

575 9592



Library of



Princeton University.

Digitized by Google

PRINCETON UNIVERSITY

Digitized by Google

Original from PRINCETON UNIVERSITY

## Westdeutsche Zeitschrift

für

### Geschichte und Kunst.

Begründet von F. Hettner und K. Lamprecht.

Herausgegeben

von

Prof. Dr. J. Hansen

Archivdirector in Köln.

Dr. J. Hashagen

Privatdozent der Geschichte in Bonn.

Jahrgang XXX



### TRIER

Verlagsbuchhandlung von Jacob Lintz

1911



(RECAP)

1575

959~

1,30

1,911

Esa . Ilge

Lind

1991.

: Die

Da \$ M.

1 80

5. W

Buchdruckerei von JACOB LINTZ in Trier.

Digitized by Google

Original from PRINCETON UNIVERSITY

### Inhalts-Verzeichnis.

	Seite
Abhandlungen.	
1. Ewald, W., Siegelmissbrauch und Siegelfälschung im Mittelalter	1
2. Ilgen, Th., Kritische Beiträge zur rheinisch-westfälischen Quellen- kunde des Mittelalters, V	141
3. Lindner, W. Ed., Das Zollgesetz von 1818 und Handel und Industrie am Niederrhein	297
4. Seeliger, G., Zur Entstehungsgeschichte der Stadt Köln	463
Kleine Beiträge.	
Berthalot, L., Ein neuer Bericht über die Zusammenkunft Fried-	
richs III. und Karls des Kühnen zu Trier 1473	419
.Handschriften	505
3. d'Ester, K., Der junge Joseph Görres und die französische Zensur	109
4. Goldschmidt, H., Eine Einung der Jülicher Ritterschaft aus	
dem Jahre 1464	100
5. Oppermann, O., Die Altfreiheit der niederrheinischen Ministerialität	409
Rezensionen.	
<ol> <li>Bloch, H., Die staufischen Kaiserwahlen und die Entstehung des Kurfürstentums. Leipzig u. Berlin, Teubner, 1911.</li> <li>Angezeigt von Prof. Dr. Ernst Mayer in Würzburg</li> </ol>	430
2. Die Regesten der Erzbischöfe von Köln im Mittelalter. III 1 (1205-1261). Bearbeitet von Dr. Richard Knipping. Bonn, Hanstein, 1909. — Angezeigt von Privatdozent Dr. F. Vigener	100
in Freiburg i. B	116
Dazu Berichtigung	461
3. Mähl, H., Die Überleitung Preussens in das konstitutio- nelle System. München und Berlin, R. Oldenbourg, 1909. —	
Angezeigt von Prof. Dr. Oppermann in Utrecht	517
4. Schmidt, W., Die Partei Bethmann Hollweg und die Re- aktion in Preussen. Berlin, Duncker, 1910. — Angezeigt	
von Prof. Dr. O. Oppermann in Utrecht	521
5. Wilhelm, F., St. Servatius. München, Beck, 1910 Angezeigt	
von Prof. Dr. Levison in Bonn	510

#### Anzeigen und Mitteilungen. Seite 1. Achtnich, R., Der Bürgerstand in Strassburg i. E. bis zur Mitte 450 3. Berger, M., Pascal David und die politische Entwicklung Elsass-541 4. Biermanns, P., Die Politik des Kurfürsten von Köln Maximilian Franz gegenüber der französischen Revolution (Hashagen) . . . . . . 130 5. Brach, K. H., Die Reform des Gerichtswesens im Erzbistum Köln 538 6. Dornfeld, E., Untersuchungen zu Gottfried Hagens Reimchronik 531 7. Dreher, F., Johann Philipp Dieffenbach 1786—1860 (M. F.) . . . 8. Finken, J., Die Reichsstadt Aachen auf dem westfälischen Friedens-9. Goossens, G., Etude sur les Etats de Limbourg (Hashagen) . . . 10. Gothein, E., Die badischen Markgrafschaften im 16. Jahrh. (Werner) 11. Grauert, H., Görres in Strnssburg i, E. (Hashagen) . . . . . . 12. Hartung, F., Berthold von Henneberg (Hashagen) . . . . . . . 13. Häpke, R., Der deutsche Kaufmann in den Niederlanden (Thimme) 14. Heeringa, K., Beschrijving van Schiedam (Keussen) . . . . . . . 15. Herkert, O., Das landesherrliche Beamtentum der Markgrafschaft 16. Hoffmann, K., Das Erzbistum Köln in den kirchenpolitischen Kämpfen 17. Jacobs, E., Cheltenhamer rheinische Handschriften in Berlin (Levison) 18. Inventaire des Mosaïques de la Gaule (Rathgens) . . . . . . . . 19. Inventare des Grossh. Badischen Landesarchivs (Keussen) . . . . 20. Johnen, J., Philipp von Elsass, Graf von Flandern 1157-1191 (Foltz) 21. Karcher, R., Das deutsche Goldschmiedehandwerk bis ins 15. Jahr-22. Kemmerling, F., Studien zur Geschichte des älteren Kölner Zei-538 23. Knetsch, G., Landständische Verfassung und reichsritterschaftliche 24. Kolb, A. G., Die Kraichgauer Ritterschaft unter der Regierung des Kurfürsten Philipp von der Pfalz (Werner) . . . . . . . . . 452 25. Köstler, R., Die väterliche Ehebewilligung (Hilling) . . . . . . 526 26. Kumpmann, K., Die Entstehung der Rheinischen Eisenbahngesell-457 27. Kunstdenkmäler der Rheinprovinz: Kölner Kirchen I bearbeitet 542 28. Lappe, J., Das Nordlüner Markenrecht (Nottarp) . . . . . . . . 527 29. Lohmeyer, K., Friedrich Joachim Stengel 1694-1787 (Rahtgens) . 30. Mendels, J., De joodse Gemeente te Groningen (Oppermann). . . 537 31. Meyhoffer, J., Le martyrologe protestant des Pays-Bas 1523-1597



		Seite
	Monatshefte für Rheinische Kirchengeschichte III u. IV (Keussen).	456
33.	Müller, W., Zur Frage des Ursprungs der mittelalterlichen Zünfte	
	(Foltz)	530
34.	Ortmann, F. J., Geschichte der Stadt Neuss während der fran-	
	zösischen Herrschaft (Hashagen)	132
35.	Parisot, H., De l'organisation de l'administration du département	
	de la Meurthe 1800-1808 (Hashagen)	130
36.	Poethen, W., Das literarische Leben im Wuppertale während des	
	19. Jahrhunderts (Oppermann)	540
37.	Püschel, A., Das Anwachsen der Städte in der Zeit der mittelalter-	
200	lichen Kolonialbewegung (Keussen)	449
38.	Rechtspflege im alten Coblenz (Keussen)	450
	Richter, P., Die kurtrierische Kanzlei im späteren Mittelalter (Keussen)	535
	Rotscheidt, W., Quellenkunde zur rheinischen evangelischen Kirchen-	000
10.	geschichte (Keussen)	455
41	Sauer, J., Die Anfänge des Christentums und der Kirche in Baden	100
11.	(Levison)	441
19	Schäfer, K. H., Kanonissen und Diakonissen (Levison)	443
	Schnabel, F., Der Zusammenschluss des politischen Katholizismus	440
40,	in Deutschland im Jahre 1848 (Oppermann)	460
11	Schreibmüller, H., Pfälzer Reichsministerialen (Thimme)	529
		020
40.	Schulz, F., Die Hanse und England von Eduard III. bis Heinrich VIII.	5.10
10	(Thimme)	542
40.	Sieber, J., Zur Geschichte des Reichsmatrikelwesens 1422—1521	-00
	(Keussen)	533
47.	Simons, Beiträge zu einer quellenmässigen Geschichte der Stadt	
	Zülpich I (Nottarp)	538
	Thisquen, J., Histoire de la ville de Limbourg, 2 Bände (Hashagen)	126
	Vanderkindere, L., Choix d'études historiques (Oppermann)	528
50.	Weimann, K., Die Mark- und Walderbengenossenschaften des Nie-	
22	derrheins (Thimme)	447
	Wichmann, R., Metzer Bannrollen des 13. Jahrh. II (Keussen)	451
52.	Zilliken, G., Der Kölner Festkalender (Nottarp)	123
52	Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde	199
	Radisaha Historisaha Kommissian	133





# Siegelmissbrauch und Siegelfälschung im Mittelalter.

untersucht an den Urkunden der Erzbischöfe von Trier bis zum Jahre 1212.

> Von Dr. Wilhelm Ewald. (Mit sieben Tafeln).

In der vor kurzem erschienenen zweiten Lieferung des Rheinischen Siegelwerkes 1) ist bereits darauf hingewiesen worden, dass von den älteren Siegeln der Erzbischöfe von Trier eine erhebliche Zahl als verdächtig oder gar als gefälscht betrachtet werden müsse. Mehrere Gründe veranlassten mich, von einer eingehenden Untersuchung der betreffenden Stücke in dem den einzelnen Lieferungen jenes Werkes beigegebenen Texthefte abzustehen, bei der Edition der Siegel der Erzbischöfe von Trier vielmehr die betreffenden verdächtigen Stücke nur kurz als solche zu bezeichnen und eine Begründung meiner Angaben in der Westdeutschen Zeitschrift in Aussicht zu stellen.

Eine gesonderte Behandlung der gefälschten bzw. verdächtigen Siegel empfahl sich schon deshalb, weil in Verbindung mit jenen angeblichen Siegeln der Erzbischöfe von Trier auch eine grössere Zahl gefälschter Siegel anderer Personen, der Geistlichkeit und des Adels, darunter auch Siegel des lothringischen Gebietes, berücksichtigt werden mussten. Das die zweite Lieferung des Siegelwerkes begleitende, ausschliesslich auf die Siegel der Erzbischöfe von Trier bezugnehmende

Westd Zeitschr. f. Gesch. u. Kunst. XXX. I

1



¹) Rheinische Siegel II. Die Siegel der Erzbischöfe von Trier (956 bis 1795), 21 Lichtdrucktafeln mit erläuterndem Text, bearbeitet von Wilh. Ewald (Publikationen der Gesellschaft für rhein. Geschichtskunde XXVII, II; Bonn, 1910).

W. Ewald

Textheft war daher zur Aufnahme dieser, sich in weiteren Grenzen bewegenden Abhandlung über die Fälschungen wenig geeignet.

Ausserdem machte eine Untersuchung der Siegelfälschungen einige allgemeinere Bemerkungen über das mittelalterliche Fälschungswesen, über die Erkennbarkeit der Echtheit und Unechtheit der mittelalterlichen Siegel erforderlich, welche ebenfalls unmöglich dem Rahmen des Textheftes der 2. Lieferung angepasst werden konnten.

Die Bearbeitung grösserer Siegelbestände, wie sie z. B. für das Rheinische Siegelwerk vorgenommen werden musste, lehrt nämlich, dass der Nachweis der Echtheit bei den verschiedenen Siegeln nicht überall mit demselben Grade von Gewissheit geführt werden kann. Zur Charakterisierung der einzelnen Abstufungen der Erkennbarkeit der Echtheit und der Unechtheit eines Siegels mussten daher unterscheidende, bisher fehlende Bezeichnungen eingeführt werden.

Zunächst musste geprüft werden, ob überhaupt die Echtheit eines Siegels nachweisbar ist, oder aber ob diese, wie von anderer Seite angenommen wurde, für uns absolut unerkennbar bleibt. Da diese Frage in direkter Beziehung mit dem mittelalterlichen Fälschungswesen steht, waren auch die Methoden mittelalterlichen Siegelbetruges zu berühren.

Zur Illustrierung meiner Ausführungen gebrauchte ich einige instruktive Beispiele, welche teilweise bereits bei Bearbeitung der Siegel der Erzbischöfe von Köln ermittelt worden waren, auf die aber in der ersten Lieferung des Rheinischen Siegelwerkes nur kurz hingewiesen worden ist.

Die vorliegende Arbeit umfasst also einen allgemeinen Teil, der sich mit der Erkennbarkeit der Echtheit des mittelalterlichen Siegels beschäftigen und eine Terminologie zur Bezeichnung der verschiedenen Grade der Nachweisbarkeit der Echtheit eines Siegels vorschlagen wird. Ein weiterer Abschnitt wird dann unter Bezugnahme auf jene Vorbemerkungen sich mit der Prüfung der uns im Zusammenhang mit den Urkunden der Erzbischöfe von Trier überlieferten Siegelbestände befassen.

Es sei noch bemerkt, dass nur die Siegel der älteren Periode bis zum Jahre 1212 in der nachstehenden Abhandlung berücksichtigt wurden, weil zur Zeit aus der späteren Periode Fälschungen nicht ermittelt sind.



### Erster Abschnitt\*).

## Der Nachweis des echten und zeitgemässen Siegels, des Siegelmissbrauches und der Siegelfälschung.

I. Die verschiedenen Arten des Siegelbetruges.

Das Siegel ist der Abdruck eines Stempels (Typares) und kann also unter normalen Verhältnissen nur unter Benutzung des zugehörigen Typares angefertigt werden. Da dieses letztere sich aber stets unter der Obhut des Siegelinhabers befand, so konnte natürlich regulär nur mit dessen Vorwissen ein Abdruck von dem Typare genommen werden. Das auf reguläre Weise, d. h. im Einverständnisse mit dem Stempelinhaber, an einer Urkunde angebrachte Siegel beweist daher die Anteilnahme des Siegelführers am Siegelungsgeschäfte und damit am Zustandekommen der Urkunde.

Bieten nun Urkunden, welche einen über eine geordnete Kanzlei verfügenden Siegelführer zum Aussteller haben, auch ausser dem Siegel in der Schrift, dem Texte u. s. w. Anhaltspunkte, die dartun, dass das fragliche Schriftstück auf den angegebenen Aussteller zurückgeht, so bildet doch bei vielen der älteren besiegelten rheinischen Privaturkunden, auch der Bischofsurkunden, das Siegel das einzige sichere Erkennungszeichen der Provenienz des zugehörigen Diplomes vom Aussteller.

Die betreffenden Schriftstücke sind nämlich in der Regel vom Empfänger geschrieben worden und enthalten daher in ihrer äusseren Form, in Schrift, Diktat u. s. w. keine Merkmale, die dem Echtheitsbeweis des Schriftstückes dienen können.

Durch Schriftvergleichung sind wir allerdings in der Lage festzustellen, ob die Schrift der fraglichen Urkunde zeitgemäss ist. Aber damit ist selbstverständlich noch nicht bewiesen, dass die Urkunden nun auch wirklich vom Aussteller herrühren. "Zeitgemäss", bemerkt

<sup>\*)</sup> Abgekürzt genannt wurden folgende Werke: Bresslau — Bresslau H., Handbuch der Urkundenlehre I. Bd., Leipzig 1889. Buch wald — Buchwald Gust. v., Bischofs- und Fürsten-Urkunden des 12. u. 13. Jhts., Rostock 1882. Goerz — Goerz Ad., Mittelrheinische Regesten, Coblenz 1876 ff. M.U. — Urkundenbuch zur Geschichte der mittelrheinischen Territorien, herausgegeben von Beyer H., Eltester L. und Goerz Ad., Coblenz 1860 ff. Lecoy — Lecoy de la Marche, Les sceaux, Paris. Ilgen — Sphragistik von Th. Ilgen, in Aloys Meister, Grundriss der Geschichtswissenschaft, Leipzig 1906. Knipping — Knipping R., Die Regesten der Erzbischüfe von Köln im Mittelalter, II. Bd., 1901. Lac. — Lacomblet, Urkundenbuch für die Geschichte des Niederrheins, Düsseldorf 1840 ff.

Diekamp<sup>2</sup>), "schreibt jeder Zeitgenosse, zeitgemäss ist auch die Schrift nach 10—20 Jahren." Die zeitgemässe Schrift bietet daher wohl zur annähernden Datierung des Schriftstückes Anhaltspunkte, vermag aber nicht die Erkenntnis zu vermitteln, dass die Urkunde wirklich auf den Aussteller zurückgeht. Das einzige, woran wir eine Provenienz des Schriftstückes vom Aussteller zu ersehen vermögen, ist das echte Siegel.

Daher ist beim Echtheitsnachweis einer vom Empfänger geschriebenen Urkunde die Bedeutung des Siegels eine wesentlich höhere, als bei den kanzleimässig ausgefertigten Urkunden, z. B. den Papst- und Kaiserdiplomen.

Das Siegel ist eben im ersteren Fall das einzige Merkmal der Authentizität der Schriftstücke, während es bei den kanzleimässig ausgefertigten Diplomen neben anderen sich aus der Form der Urkunden ergebenden Kriterien als ein weiteres Beweismittel Verwendung finden wird.

Das Siegel kann nun aber nur dann als Beweismittel für die Echtheit einer Urkunde dienen, wenn zunächst festgestellt werden kann, dass der fragliche Abdruck auch wirklich mit einem dem angeblichen Siegelführer angehörenden, und nicht mit einem gefälschten Typare angefertigt worden ist.

Im Anschluss an das bekannte Schreiben Papst Innocenz' III. über die Fälschungsarten päpstlicher Bullen nenne ich alle jene Siegel, die mit dem, in normalen Verhältnissen unter der Obhut des Siegelinhabers sich befindenden Siegelstempel angefertigt worden sind, echt.

Im Gegensatz hierzu sind solche Stempelabdrücke als gefälscht zu bezeichnen, die mit einer, vom Urkundenfälscher eigens hergestellten, vom echten Siegel mehr oder weniger abweichenden Matrize geprägt wurden.

Der Echtheitsnachweis eines Siegels beschränkt sich also lediglich darauf, zu ermitteln, ob ein Siegel der Abdruck des Originalstempels ist <sup>3</sup>). Das echte Siegel beweist aber noch nicht die Echtheit des zugehörigen Diplomes. Die Fälscher des Mittelalters haben wiederholt auf ihren Falsifikaten echte Siegel angebracht. Ein echtes Siegel kann also sowohl auf echten als auf gefälschten Diplomen vorkommen. Dem-

<sup>2)</sup> vgl. Diekamp im Historischen Jahrbuch V S. 466.

<sup>3)</sup> Die gleiche Scheidung zwischen echten und gefälschten Siegeln macht auch Bresslau S. 972. Jedoch halte ich es nicht für richtig, "echte" Siegel solcher Personen, die ursprünglich mit der Ausstellung und Besieglung der Urkunde nichts zu tun hatten, als falsche Siegel zu bezeichnen. (S. 973.) Auch kann m. E. eine missbräuchliche Weiterverwendung eines echten Siegels nicht schlechthin als Fälschung bezeichnet werden. (S. 977.)

nach wird es nur dann als ausreichendes Beweismittel für die Echtheit der besiegelten Urkunde gelten können, wenn nachgewiesen werden kann, dass das fragliche Siegel 1. mit dem Originalstempel angefertigt und ferner 2. nicht zu Fälschungszwecken missbraucht worden ist. Es handelt sich folglich darum, in jedem einzelnen Falle bei einem Siegel zu ermitteln einerseits, ob dasselbe der Abdruck eines Originalstempels oder eines gefälschten Typares ist, andererseits ob ein echtes Siegel reguläre oder missbräuchliche Verwendung gefunden hat. Die Beantwortung dieser beiden Fragen zwingt uns, die Methoden des mittelalterlichen Siegelbetruges etwas schärfer ins Auge zu fassen.

Die Mittel, welche den Urkundenfälschern zu Gebote standen, um ihre Falsifikate mit dem unentbehrlichen Siegel zu versehen, waren verschiedener Art. Bereits zu Beginn des 13. Jahrhunderts konnte Innocenz III. ein umfangreiches Verzeichnis der Methoden päpstlicher Siegel- bzw. Urkundenfälschungen aufstellen 4). Wenngleich der Papst ausschliesslich auf den Missbrauch und die Fälschungen des päpstlichen Bullensiegels Bezug nimmt, so lassen sich doch seine Angaben leicht verallgemeinern und zu einem übersichtlichen System der Methoden mittelalterlichen Siegelbetruges ausbauen.

Unter Benutzung der Angaben Innocenz' III. ist denn auch bereits von Grotefend<sup>5</sup>) ein Schema mittelalterlicher Siegelfälschungen aufgestellt worden, welches eine Scheidung empfiehlt zwischen Siegelfälschungen, die mit Anwendung neu gefertigter Siegel, und solchen, die mit Benutzung alter Siegelabdrücke bewerkstelligt wurden. Dieses Schema, das in Handbüchern der Urkundenlehre mehrfach Aufnahme gefunden hat, halte ich jedoch wegen der rein äusserlichen Einteilung nicht für gelungen, ganz abgesehen davon, dass der Ausdruck Siegelfälschung, wie ihn Grotefend verwendet, nicht immer zutreffend ist. Ich ziehe vor, der von Innocenz III. gemachten Einteilung zu folgen, und wie dies auch Ilgen in seinem Grundriss der Siegelkunde vorschlägt, zwischen Siegelmissbrauch und Siegelfälschung zu scheiden.

Die Urkundenfälscher konnten sich nämlich entweder ein echtes Siegel verschaffen — sei es unter Verwendung des Originalstempels oder unter Weiterbenutzung eines echten Siegelabdruckes — oder aber

<sup>5)</sup> Grotefend, Über Sphragistik. Beiträge zum Aufbau der Urkundenwissenschaft. Breslau 1875. S. 35. Das Schema Grotefends hat Posse, Die Lehre von den Privaturkunden (Leipzig 1887) übernommen. (S. 144.)



<sup>\*)</sup> c. 5, X de crimine falsi. V, 20.

sie mussten das erforderliche Siegel vermittelst eines neuen, eigens zu jenen Fälschungszwecken angefertigten Typares herstellen. Bei Verwendung des Originalabdruckes oder des Originalstempels ist das Siegel echt. Es liegt in diesem Falle also keine Fälschung eines Siegels, sondern nur eine missbräuchliche Verwendung eines echten Siegels vor. Die Urkunden sind gefälscht, tragen aber ein echtes Siegel. Die andere Form des Siegelbetruges hingegen, wobei der Fälscher die Siegel für die gefälschten Urkunden vermittelst eines neuen Typares anfertigte, muss als Siegelfälschung bezeichnet werden. Es besteht demnach ein Unterschied zwischen Siegelmissbrauch und Siegelfälschung.

Dieselbe Unterscheidung macht, wie bereits bemerkt wurde, auch Innocenz III. Der Papst nennt als "prima species falsitatis": "ut falsa bulla falsis litteris apponatur". Die weiteren sechs "species falsitatis" beruhen alle darauf, dass eine echte Bulle (vera bulla) gefälschten Urkunden angehängt wurde.

Neben diesen beiden Fälschungsmethoden begegnet noch eine weitere Art betrügerischen Siegelgebrauches. Der Urkundenfälscher — sei es, dass er kein Originalsiegel erhalten konnte, oder die Verwendung eines neu angefertigten Typares für untunlich hielt — benutzte den echten Siegelabdruck eines mit der Urkunde in gar keiner Beziehung stehenden Siegelführers. Die hierdurch fast regelmässig entstehende Unstimmigkeit des Urkundentextes mit der Siegelumschrift versuchte man öfters durch Verwischen von Teilen der Umschrift zu verdecken, sodass bei einer Prüfung des Siegels der Name des eigentlichen Siegelführers nicht festgestellt werden konnte.

Ein derartiges Verfahren konnte bei der Bearbeitung der Siegel der Erzbischöfe von Trier z. B. auf einer Urkunde für Ravengiersburg festgestellt werden. An Stelle eines echten Siegels des Erzbischofes Albero von Trier benutzte man ein solches des Erzbischofes Siegfried II. von Mainz (vgl. unten S. 56). Gelegentlich nahm man auch das Siegel eines Siegelinhabers, der einen ähnlichen Namen führte, wie der in der Urkunde genannte Siegler, und liess den Abdruck unverändert. So verwendeten z. B. die Benediktiner von St. Maximin auf einem angeblichen Diplome Egberts (977—991) ein echtes Siegel des Erzbischofes Egilbert von Trier (1079—1101). Wegen der Namensähnlichkeit blieb das Siegel offenbar ganz unverändert.

Eine Übersicht über die einzelnen Methoden des Siegelbetruges würde sich demnach etwa folgendermassen gestalten.



issbrauch

Fälschung

Der Fälscher benutzte:

- I. ein Originalsiegel des Ausstellers bzw. des in der Urkunde genannten Sieglers
  - a) durch Erschleichung, Raub, Diebstahl des Originalstempels,
  - b) durch Weiterverwendung eines Originalsiegelabdruckes, welcher von einer echten Urkunde oder einem Briefe abgelöst und an dem gefälschten Schriftstücke befestigt wurde.
- II. den echten Siegelabdruck eines zur Urkunde in keiner Beziehung stehenden Siegelführers.
- III. eine eigens zu Fälschungszwecken gefertigte Matrize. Diese konnte nun sein:
  - a) eine Kopie des Originalsiegels,
    - 1. ein Nachschnitt des Originalstempels,
    - eine Matrize, welche durch Abformen eines Originalabdruckes hergestellt war;
  - b) ein frei erfundenes Typar.

Dementsprechend werden sich auch unsere nachstehenden Ausführungen über die Erkennbarkeit der Echtheit eines Siegels mit folgenden Fragen beschäftigen:

- I. Sind wir in der Lage, Abdrücke eines echten Typares als solche zu erkennen?
- II. Besteht für uns ferner die Möglichkeit, die regulären echten Abdrücke von solchen zu Fälschungszwecken missbrauchten echten Abdrücken zu unterscheiden?
- III. Vermögen wir Abdrücke gefälschter Typare als Fälschungen nachzuweisen?

#### II. Nachweis der echten Siegel.

Der Nachweis der Echtheit eines Siegels geht von der Tatsache aus, dass ein Siegelführer unter normalen Verhältnissen sein Typar zur Besiegelung von Schriftstücken verschiedener von einander unabhängiger Empfänger benutzte, dass sich demnach also Abdrücke dieses Stempels auf Urkunden verschiedener Empfänger nachweisen lassen müssen, während gefälschte Typare naturgemäss nur auf Urkunden eines bestimmten Empfängers, der eben die Siegel für seine Zwecke fälschte, Verwendung fanden. Für eine solche Feststellung kommt natürlich nicht nur die Besiegelung von Urkunden und Briefen in Betracht, sondern ebenfalls die Verwendung des Siegels als Sicherungsmittel der Verschlüsse von Reliquiaren und anderen Sachen.



So wurde denn auch bei der nachstehenden Untersuchung der Siegel der Erzbischöfe von Trier ein Siegel Egilberts herangezogen, das zum Verschliessen eines Altarsepulcrums der Filialkirche von Gering, Kreis Mayen, gedient hat.

Das charakteristische Kriterium für ein echtes — ein mit dem Originalstempel verfertigtes - Siegel ist also das Vorkommen des betreffenden Typus auf Urkunden und anderen Objekten verschiedener Es kann daher der Beweis der Echtheit eines Siegels nur dann geführt werden, wenn Abdrücke des fraglichen Stempels in genügender Zahl, mindestens in 2 Exemplaren, erhalten sind. Je grösser die Zahl der verschiedenen Empfänger ist, auf deren Urkunden ein Siegeltypus nachgewiesen werden kann, um so besser ist natürlich die Echtheit des fraglichen Siegels garantiert. Nur in seltenen Fällen halte ich die Echtheit eines Siegels hinreichend gewährleistet, wenn das Siegel nur bei einem Empfänger nachgewiesen werden kann. Zunächst wenn ein Siegel einem Zwecke diente, bei dem Fälschungsabsichten ausgeschlossen erscheinen, wenn z. B. Siegel zum Verschliessen der Reliquienbehälter verwendet wurden; ferner, wenn ein Siegel eines bestimmten Siegelführers auf Urkunden eines Empfängers A nachweisbar ist, und nun auf Urkunden eines anderen Empfängers B sich Abdrücke desselben, jedoch umgeänderten, Stempels vorfinden. Derartige Umänderungen von Stempeln sind nämlich im Mittelalter öfters vorgenommen worden. Von den zahlreichen Belegen führe ich hier nur zwei an. Die geistlichen Würdenträger übernahmen nicht selten die Siegel ihrer Rochtsvorgänger und liessen die alten Stempel auf ihren Namen umändern. So siegelte z. B. der Erzbischof Hermann von Köln (1036—1056) mit einem umgravierten Stempel seines Vorgängers Pilgrim (1021-1036).

Das Siegel des Erzbischofs Pilgrim (1021—1036), eine interessante Bleibulle, fand man im Altare der Pfarrkirche von Bettenhoven (Kreis Bergheim), vgl. Rheinische Siegel I Taf. 3,2, 3,3. Auf den Urkunden Pilgrims konnte das fragliche Siegel überhaupt nicht ermittelt werden. Dagegen liess sich ein Abdruck des umgeänderten Stempels an einer Urkunde des Erzbischofs Hermann (1036—1056) von 1047 für St. Ursula in Köln (Lac. I, 182) feststellen.

Trotzdem sowohl das Siegel Pilgrims als auch die Bleibulle Hermanns sich nur für einen Empfänger nachweisen lassen, halte ich die Echtheit des fraglichen Siegels als hinreichend begründet. Durch Abänderung jenes alten Siegels Pilgrims entstand nämlich kein vollständig neuer Stempel. Der alte Stempel erhielt nur ein teilweise



neues Gepräge. Die betreffenden Siegel des ursprünglichen und des umgeänderten Siegelstempels können daher wie Abdrücke eines einzigen Typares betrachtet werden. Sie sind echt, wenn sie, wie in dem vorliegenden Falle, auf Urkunden verschiedener Empfänger nachgewiesen werden können. Gleichgültig ist hierbei, ob die Umänderung des Stempels noch bei Lebzeiten des Siegelinhabers erfolgte, oder erst nach dessen Tode durch den Rechtsnachfolger vorgenommen wurde. Wiederholt wurden nämlich auch Stempel noch zu Lebzeiten des Siegelinhabers umgraviert. So liess z. B. Johann als Bischof von Lüttich (1282 bis 1292) sein altes Siegel, das er als Bischof von Metz (1279—1282) gebraucht hatte, umändern. Das Siegelbild blieb bestehen, aber die Umschrift des Siegels wurde vollständig durch eine neue ersetzt, in der sich Johann Bischof von Lüttich nennt.

Auch hier sind die betreffenden Abdrücke des ursprünglichen und umgeänderten Stempels wie Abdrücke eines einzigen Stempels zu betrachten. Die Umänderung eines alten Stempels veränderte wohl diesen, schuf aber kein vollständig neues Typar, wie schon vorhin bemerkt worden ist. Man darf demnach in einem solchen Falle nicht von zwei verschiedenen Stempeln, sondern nur von einem Stempel im ursprünglichen und veränderten Zustande sprechen. Die Echtheit dieses Siegels des Bischofs Johann von Lüttich müsste daher selbst dann als gesichert gelten, wenn sich Abdrücke des ursprünglichen Stempels nur auf Urkunden eines Empfängers A, dagegen Abdrücke des umgeänderten Stempels des gleichen Siegelinhabers ebenfalls auf Urkunden nur eines Empfängers B vorfänden. Gleichfalls dürften in den meisten Fällen solche Siegel als Abdrücke des Originalstempels gelten, bei denen ermittelt werden kann, dass sie von anderen Dokumenten abgelöst und auf gefälschten Urkunden weiterverwendet worden sind.

Beweist somit das Vorkommen eines Siegels an Urkunden verschiedener Empfänger die Echtheit desselben, so ist umgekehrt für die Verwendung gefälschter Typare charakteristisch, dass Abdrücke solcher Stempel nur auf Urkunden eines einzigen bestimmten Empfängers, eben des Fälschers, nachgewiesen werden können <sup>5a</sup>), wenn auch, wie unten

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup>a) Es besteht fteilich ohne allen Zweifel die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens mehrerer Fälscher. Jedoch dürfte eine hieraus resultierende gemeinschaftliche Benutzung eines gefälschten Stempels, schon wegen der damit verbundenen Gefahr der Aufdeckung des Betruges, nur in den selteusten Fällen stattgefunden haben. Bei den zahlreichen Siegelfälschungen, die ich auf den älteren rheinischen Urkunden feststellen konnte, ist mir in keinem einzigen Falle ein derartiges Zusammenarbeiten mittelalterlicher Fälscherbegegnet.



noch zu zeigen sein wird (S. 17 ff.), aus dem vereinzelten Vorkommen eines Siegels allein noch nicht seine Unechtheit gefolgert werden kann.

Lässt sich ein bestimmtes Siegel auf Urkunden verschiedener Empfänger nachweisen, so vermag dieser Umstand aber nur dann die Echtheit jenes Siegels, also die Tatsache, dass ein wirklicher Abdruck des Originalstempels vorliegt, zu beweisen, wenn wir imstande sind, Originalabdrücke von geschickten Kopien echter Adrücke zu unter-Waren die Siegelfälscher im Mittelalter imstande, Originalabdrücke so vollkommen täuschend nachzubilden, dass echte Abdrücke und Kopien nicht von einander unterschieden werden können, dann wird es natürlich auch unmöglich sein, festzustellen, welche Siegel unter den aus dem Mittelalter überlieferten Siegelbeständen als Originalabdrücke betrachtet werden dürfen. Das Vorkommen eines bestimmten Siegeltypus auf Urkunden verschiedener Empfänger würde demnach nicht als ausreichendes Beweismittel für die Echtheit des Siegels dienen können, da ja immerhin der fragliche Abdruck eine geschickte Kopie des Originals sein könnte.

Die Echtheit eines Siegels bliebe also für uns absolut unerkennbar. Das Vorkommen eines bestimmten Typus auf Urkunden verschiedener Empfänger würde dann nur beweisen, dass die fraglichen Siegel vollständig das Gepräge des echten tragen, da derartige Kopien immer eine echte Vorlage voraussetzen. Wir würden damit also wohl Aufschluss über [die äussere Form des echten Siegels erhalten, nicht aber die Gewissheit gewinnen, dass die fraglichen Abdrücke wirklich mit dem Originalstempel hergestellt worden sind.

Kopien eines Originalsiegels konnten auf einem doppelten Wege verfertigt werden: 1. durch Verwendung eines Nachschnittes des echten Typares, 2. durch Benutzung von Matrizen, welche durch Abdruck oder Abguss über dem Originalsiegel geformt wurden. Ein Nachschnitt aber, er mag noch so geschickt ausgeführt worden sein, wird immer in dem einen oder anderen Punkte vom Originale abweichen. Abdrücke solcher Stempel sind daher bei einer scharfen Prüfung stets von den Originalabdrücken zu unterscheiden. (Vgl. unten S. 31). Vollkommen die Feinheiten des Originals wiedergebende Kopien liefern nur jene über scharfen Positiven durch Abdruck oder Abguss geformten Matrizen.

Bei den uns heute zum Abformen plastischer Gegenstände zu Gebote stehenden Mitteln ist es ein leichtes, von einem Positive eine haarscharfe Matrize zu nehmen und vermittels dieser wieder einen mit



dem abgeformten Gegenstande vollständig übereinstimmenden Abdruck herzustellen. Insbesondere ist bei einem solchen Verfahren die Gipsmatrize von hohem Wert. Es fragt sich aber, ob man im früheren Mittelalter, insbesondere in der für uns in Frage kommenden Periode — im 10., 11., 12. und 13. Jahrhundert — derartige Matrizen anzufertigen vermochte?

Die Kenntnis des Abformens der Siegel ist nun allerdings nicht etwa neueren Datums. Bereits im Altertum, wenigstens zu Lucians Zeit (um 175 n. Chr.), musste man mit einem solchen Fälschungsverfahren rechnen. Lucian schildert es uns eingehend in seinem Lügenpropheten 6). Man bediente sich zur Herstellung solcher Matrizen des sogenannten Col-Diese Abdruckmasse war eine Mischung aus bruttischem Pech, Erdharz, pulverisiertem Krystall, Wachs und Mastix. "Die erwähnte Komposition", sagt Lucian, "macht der Fälscher zuerst am Feuer warm, drückt sie auf das Siegel, das er zuvor mit Speichel bestrichen hat, und nimmt die Form ab. Sobald das Collyrion trocken geworden ist, erbricht er die Tafel (es handelt sich um die verschlossenen, versiegelten Wachstafeln) ohne weiteres, liest sie, legt Wachs hinauf und drückt wie mit einem geschnittenen Steine das Siegel auf, welches von dem Urbilde gar nicht zu unterscheiden ist. Höre noch ein drittes Mittel. Er streut auf Buchbinderleim Gips und macht daraus eine Art Wachs, dieses legt er solange es noch weich ist, auf das Siegel und nimmt es ab; es trocknet gleich und wird härter als Horn oder gar Stahl - und gebraucht dies zur Abnahme der Form. Es gibt hierzu noch viele andere Erfindungen, die wir nicht alle erwähnen dürfen, um nicht langweilig zu erscheinen." Auch dürfte schon eine Verordnung Solons, welche bestimmt, dass ein Siegelstecher keine Abdrücke von den durch ihn hergestellten Siegelstempeln zurückbehalten dürfe, mit jenem Fälschungssystem in Beziehung Diese im Altertum üblichen, auf der Anfertigung einer vollstehen. kommen getreuen Nachbildung des Originalstempels beruhenden Rezepte scheinen jedoch den Fälschern des Mittelalters unbekannt gewesen zu sein.

Auffallend ist zunächst, dass Innocenz III., von dem wir die ältesten ins einzelne gehenden Aufzeichnungen mittelalterlicher Fälschungsmethoden besitzen, Fälschungen, welche vermittelst solcher über echten Abdrücken geformten Matrizen bewerkstelligt wurden, nicht erwähnt. Sollte der Papst diese Methode übersehen haben? War sie vielleicht zur Zeit Innocenz' III. unbekannt oder aber kam sie für die Fälschungen

<sup>6)</sup> Ich bringe die lehrreiche Stelle aus der Übersetzung der Werke Lucians in der Langenscheidt'schen Bibliothek Bd. 35 und 36.



päpstlicher Bullen, auf welche sich jene Angaben des Papstes zunächst beziehen, nicht in Betracht?

Es liegt mir nun fern zu behaupten, dass man es im Mittelalter überhaupt nicht verstanden habe, über Siegelabdrücken Matrizen zu formen. Ich zweifle nur an der Vollkommenheit eines derartigen Verfahrens — dass nämlich die vermittels solcher Matrizen angefertigten Kopien von der Vorlage nicht unterschieden werden könnten.

Zu berücksichtigen ist zunächst, dass die heute ganz gebräuchlichen Abformmethoden im Mittelalter nur zum kleinen Teile bekannt gewesen sind. So scheint z. B. die Gipsform, die sich für solche Zwecke am besten eignet, erst seit dem Ausgange des 15. Jahrhunderts verwendet worden zu sein. Es steht fest, dass Cellini sie sehr häufig bei der Anfertigung von Siegelstempeln benutzte. Auch Verocchio soll sich derselben bedient haben. Aber wenn man auch anscheinend im Mittelalter über dieses Formmittel nicht verfügte, so gab es als Ersatz hierfür andere Stoffe, wie Schwefel, Ton und vielleicht auch Lehm.

Aus dem Berichte über einen im Jahre 1364 gegen den Siegelfälscher Johann von Schellendorf geführten Prozess will man entnehmen, dass dieser Fälscher zur Herstellung von Matrizen Schwefel verwendet habe. In den Akten wird jedoch nichts näheres über sein Verfahren angegeben. Es ist daher nicht sicher, ob es sich bei den 27 Schwefelpasten, die man bei dem Delinquenten vorfand, um Matrizen oder Positive handelt.

Der Schwefel empfiehlt sich bekanntlich zur Anfertigung scharfer Abdrücke und wird auch heute noch vielfach zur Herstellung positiver Münz- und Siegelformen gebraucht. Dass aber diese ausserordentlich brüchige Masse sich auch für Matrizen zur Prägung von Wachssiegeln eignet, welche doch einen kräftigen Druck aushalten mussten, bezweifle ich.

Ausser Schwefel soll ferner noch im Mittelalter Lehm und Ton zum Abformen benutzt worden sein. Besonders Buchwald <sup>7</sup>) vertritt

<sup>7</sup>) Buchwald bemerkt zu diesem Verfahren folgendes (vgl. S. 17): Die Schwierigkeit besteht nun im Ausguss; die reguläre Befestigung in Form jeder Art der Impressio ist unschwer; geradezu leicht, die regulärer Appensio, eine Art ausgenommen. Beim Ausgiessen misslangen mir in Neustrelitz zuerst alle Güsse, sie bekamen Risse. Der Grund lag erstens in zu dünner Auftragung und zweitens in Überhitzung des Wachses, welches sich dann der feuchten kalten Matrize nur schlecht accomodiert. Es darf nur eben bis zu völliger Flüssigkeit erwärmt sein, muss dann in grosser Menge schräge, sehr schnell auf die Matrize gebracht werden und an dieser einen Abfluss



die Ansicht, dass man feuchten Ton sehr bequem zur Anfertigung von Abgüssen habe verwenden können.

Es kann nun nicht bestritten werden, dass sich mit Ton sehr leicht Matrizen vom Originalsiegel anfertigen lassen. Die Tonform ist daher auch heute noch in Gebrauch, wenn von plastischen Gegenständen scharfe Gipspositive gemacht werden sollen. Eine andere Frage aber ist, ob mit derselben Schärfe auch Wachsabgüsse in solchen Matrizen gelingen; ob jene Abgüsse nämlich vollkommen mit den Originalabdrücken übereinstimmen, wie Buchwald behauptet.

Es ist nämlich zu berücksichtigen, dass die oft überraschende Schärfe der mittelalterlichen Wachssiegel auf Eindrücken des Stempels in das Wachs (bezw. auf Einpressen einer Schicht Wachs in den Siegelstempel) zurückgeführt werden muss. Durch Eingiessen von Wachs in den Stempel würde man niemals so vollkommen scharfe Positive erhalten haben.

Zur Anfertigung von Abdrücken aber ist die feuchte, biegsame Tonmatrize durchaus ungeeignet. Wohl hätte man die Matrize durch Trocknen oder Brennen härten und dadurch zur Herstellung von Abdrücken brauchbar machen können. Aber ein solches Verfahren würde die Originalgrösse der Form beeinträchtigt haben; die Tonmatrize schrumpft nämlich beim Trocknen ein und erhält dadurch einen kleineren Durchmesser als das Original. Es können also vermittelst jener Tonmatrizen, wenn die Originalgrösse gewahrt bleiben musste, nur Abgüsse angefertigt werden.

Buchwald hat, wie er ausführlich erörtert, bei der Verwendung von Tonmatrizen gute "Abgüsse" erzielt. Er bringt aber leider keine Abbildungen von den Originalen und den fraglicheu Abgüssen, an denen man sein Verfahren beurteilen könnte. Ich bezweifle die vollkommene

behalten, damit es die Luft in den Vertiefungen nach einer Seite verdrängen kann. Bisweilen glückt es auch, wenn man die Matrize langsam in das flüssige Wachs bringt, ohne Luft zu fangen. Es bedarf nur geringer Kunst und zwischengeschobener Blättchen mit Mittelöffnung, die nachher entfernt werden, um aufgedrückte Siegel auf der Karte zu befestigen ohne Spuren der Factur zu hinterlassen. Den Fuss auf dem Dorsum kann man nachher andrücken oder durch einen zweiten Guss vor Erkaltung des ersten leichtlich befestigen. Das ist ein Verfahren, das leicht ausführbar ist und bei einiger Übung selten fehlschlägt. Blanke Flächen lassen sich später nachpolieren mit glatten Stäbchen von entsprechender Form; für das Experiment empfehle ich die Achatspitzen, welche der Porzellanmaler zum Polieren von Metallfarben gebraucht.



14 W. Ewald

Übereinstimmung jener Abgüsse mit der Vorlage. Wenn nämlich an jene in Tonmatrizen gegossenen Wachspositive hinsichtlich ihrer Schärfe derselbe Massstab angelegt werden darf, wie an jene Abgüsse, welche für Siegelsammlungen von den noch erhaltenen Originalmatrizen des Mittelalters, also doch von vorzüglichen Negativen, angefertigt worden sind, dann bestehen ganz gewiss zwischen Abgüssen aus Tonmatrizen und den Originalabdrücken merkbare Unterschiede.

Die Abgüsse sind nämlich stets stumpf, wie dies schon Diekamp mit Recht bemerkt hat. Dieselbe Erfahrung hatte man ohne Zweifel bereits im Mittelalter gemacht. Deshalb wurde das Wachs nicht in den Stempel gegossen, sondern eingedrückt. Aber selbst wenn ein solcher Abguss nun auch dieselbe Schärfe wie ein Originalabdruck besessen hätte, so bestand bei der Verwendung einer feuchten Tonmatrize für den Urkundenfälscher noch eine weitere Schwierigkeit, nämlich das Befestigen des Wachs-Positives an den Urkunden. Der Abguss musste zu diesem Zwecke mit einer rückseitigen Wachsschicht verbunden werden. (Vgl. unten S. 22.) Hierzu aber war, wie die Siegel des Mittelalters erkennen lassen, abermals ein ziemlich starker Druck erforderlich, und mithin einer feuchten biegsamen Tonmatrize die Verwendung unzweckmässig. Eine solche musste schon bei geringem Drucke ihre ursprüngliche Form verlieren, was eine Veränderung des Abgusses verursacht haben würde. Die feuchte Tonmatrize ist daher ohne allen Zweifel zur Anfertigung vollkommener Kopien von Wachssiegeln durchaus ungeeignet.

Ein lehrreiches Beispiel für die Schärfe und äussere Form jener anscheinend mit Hülfe von Tonmatrizen hergestellten Positive bietet ein Siegel Annos II. von Köln auf einer Urkunde der Abtei Siegburg. In meinem Aufsatze über die Siegel des Erzbischofs Anno II. von Köln (in der vorliegenden Zeitschrift Bd. XXIV) habe ich bereits darauf hingewiesen.

Ich möchte an dieser Stelle nochmals zur Illustrierung der mittelalterlichen Siegelfälschungsmethoden auf jene Fälschungen zurückkommen.

Wie die Abbildungen Taf. 2,1 des echten Siegels Annos und der daneben gestellten Fälschung Taf. 2,5 unschwer erkennen lassen, ist die letztere in engem Anschlusse an das Original entstanden. Das Siegburger Siegel ist jedoch kein Originalabdruck. Die Figur des Siegelbildes ist zwar auf beiden die gleiche. Dagegen weicht die Umschrift auf dem Siegburger Siegel von der des echten freilich nur in einem einzigen Buchstaben ab. An Stelle des "H" in archiepiscopus ist nämlich auf dem Siegburger Siegel deutlich ein "N" wahrzunehmen. Der ursprüngliche



Querbalken des "H" tritt dabei noch ganz schwach hervor. Es gibt nur eine einzige Erklärung für diese kleine Verschiedenheit der Umschrift und die sonstige Übereinstimmung beider Siegel. Das Siegburger Siegel muss vermittelst einer über einem echten Siegel geformten Matrize hergestellt worden sein. Dieser Matrize fehlte an gewissen Stellen die erforderliche Schärfe, darum nahm man den Stichel zur Hand und half nach. Darch ein Versehen des Retoucheurs ist dann aus dem "H" der befremdende Buchstabe "N" entstanden.

Auch in anderer Beziehung weicht das Siegel jener angeblichen Urkunde Annos für Siegburg von den übrigen echten Siegeln Annos ab. Es ziehen sich zunächst einige starke Risse durch das ganze Siegelfeld, welche bei sämtlichen echten Siegeln Annos fehlen. Auch Buchwald hat solche Risse auf gefälschten Siegeln beobachtet und erklärt sie "als Gussspuren auf feuchte Form", "welche entstehen, wenn man flüssiges Wachs ungeschickt aufgiesst". (Buchwald a. a. O. S. 16). Diese Annahme dürfte auch für das Siegburger Siegel zutreffend sein. Höchstwahrscheinlich hat der Fälscher hier eine Matrize aus Ton oder Lehm benutzt. Für die Verwendung einer solchen Matrize, die also noch weich war und daher schon bei der Ausübung eines geringen Druckes ihre Form verlieren musste, spricht auch die ganz ungleichmässige Struktur des Abdruckes, während dieselbe auf Originalabdrücken ganz eben und gleichmässig ist. Bei der Befestigung des Abgusses auf der Urkunde wurde die mit dem Siegelrelief versehene Platte verbogen.

Das gefälschte Siegel Annos II. zeigt also deutlich, dass man es im Mittelalter wohl verstanden hat, über Originalabdrücken Matrizen herzustellen. Es lehrt aber ferner, dass diese Matrizen wegen des dazu verwendeten Materials offenbar nicht widerstandsfähig genug waren, um zur Herstellung scharfer Abdrücke, also zur Anfertigung einer vollkommen getreuen Kopie eines Wachssiegels gebraucht zu werden

Ich glaube nicht, dass man im Mittelalter die Methode des Abformens eines Originalabdruckes mit solcher Vollkommenheit zu handhaben vermochte, dass derartige Fälschungsversuche für uns unerkennbar bleiben, wie Buchwald annimmt. Man war sich auch ohne Zweifel der Unvollkommenheiten eines solchen Verfahrens wohl bewusst und suchte daher in sehr vielen, wohl den meisten Fällen, auf anderem Wege sich die unentbehrlichen Siegel zu verschaffen.

Was mich in dieser Annahme bestärkt, ist vor allem die Tatsache, dass Fälscher, selbst wenn ihnen echte Siegel zur Verfügung standen,



es unterliessen, diese Originale abzuformen, nnd sich derselben nur als Vorlage zu einem neuen, vom Originale in manchem Punkte abweichenden Stempel bedienten. Wenn die Herstellung und Verwendung der Tonmatrizen wirklich so einfach und vollkommen gewesen wäre, würde man sicherlich nicht zu jenem viel mühsameren Verfahren gegriffen haben. Ebenfalls würde sicherlich nicht die so häufige, weniger zuverlässige Fälschungsmethode, welche auf der Weiterverwendung echter Siegel beruht, zur Anwendung gekommen sein. Es erklärt sich somit auch, dass Innocenz III. in dem bereits erwähnten Verzeichnisse der mittelalterlichen Fälschungsmethoden das Abformen echter Siegel mit keiner Silbe berührt. Es muss daher mit Diekamp als höchst wahrscheinlich angenommen werden, dass in den früheren Perioden des Mittelalters die Anfertigung vollkommener Kopien von Originalabdrücken nicht bekannt gewesen ist, dass demnach, so oft man sich einer vom Originalabdrucke genommenen Matrize bediente, ein solches Verfahren an der Form des Positives nachgewiesen werden kann.

Man wird nun vielleicht an das zinnerne Typar Kaiser Friedrichs I. erinnern, um zu beweisen, dass man im Mittelalter auch widerstandsfähigere mit dem Original übereinstimmende Matrizen herzustellen vermochte. Das zinnere Typar, das Wibald von Stablo anfertigen liess, war ohne Zweifel eine Kopie des silbernen Stempels Barbarossas und wurde auch vermittelst Abguss — dafür spricht das verwendete Zinn — über einem Originalabdruck angefertigt. Mit einer solchen harten Zinnmatrize konnten dann natürlich ebenso, wie mit dem silbernen Typar, gute und scharfe Abdrücke geprägt werden.

Aber in diesem Falle ist wohl zu bedenken, dass solche Zinnmatrizen nicht unmittelbar über einem Originalabdrucke aus Wachs geformt werden konnten. Damit kommt dieser Stoff für unsere Fälschungsmethoden nicht in Betracht. Dem Abte Wibald von Stablo stand nicht nur ein wächserner Originalabdruck, sondern der silberne Original stempel zur Verfügung, als er vom Kaiser den Auftrag zur Beschaffung der zinnernen Kopie erhielt. Mit dem Originalstempel aber konnte er ein Positiv in Ton oder Lehm oder einer harten Masse machen, und über dieses dann die Zinnmatrize giessen. Übrigens ist es bis jetzt noch nicht gelungen, Abdrücke jener Zinnmatrize nachzuweisen, woran man die vollkommene Übereinstimmung mit dem als Vorlage benutzten Original erkennen könnte.

Das gleiche gilt von einem "Sigillum plumbeum sive stanneum"



des Lütticher Bischofs Adolf von der Mark, das ebenfalls eine genaue Kopie des silbernen bischöflichen Siegels gewesen zu sein scheint<sup>b</sup>).

Möglicherweise sind auch manche andere der uns aus dem Mittelalter überlieferten Bleistempel, so z. B. das bekannte Siegel Geisas von Ungarn und ferner vielleicht auch einige der Bleistempel im Britischen Museum, als Kopien und Ersatzstücke von Stempeln, welche aus einem besseren Materiale gearbeitet waren, anzusehen.

Aber wie weit diese Stempel die Form des Originals wiedergeben, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls wäre es sehr interessant, Abdrücke dieser Stempel den entsprechenden an Urkunden derselben Siegelführer begegnenden Siegeln, die vom Originalstempel genommen sind, gegenüber zu stellen. Ein Versuch in dieser Richtung, der vielleicht zeigen würde, bis zu welchem Grade der Vollkommenheit man im Mittelalter ein Originalsiegel abzuformen vermochte, ist meines Wissens noch nicht gemacht worden.

### III. Nachweis der zeitgemässen Siegel.

Gibt nun das Vorkommen eines bestimmten Typus auf den Urkunden verschiedener Empfänger die Gewissheit, dass das fragliche Siegel echt ist, so bietet umgekehrt der Umstand, dass ein gewisser Typ nur auf den Urkunden eines einzigen Empfängers begegnet, noch lange nicht die Gewähr, dass eine Siegelfälschung vorliegt. Es besteht nämlich die Möglichkeit, dass sowohl infolge der Verwendung gefälschter Stempel als auch wegen mangelhaft überlieferten Urkundenmaterials, das ja für die Periode, mit der sich unsere Untersuchung beschäftigt, charakteristisch ist, oder auch aus anderen Gründen Siegel nur auf Urkunden eines einzigen Empfängers erhalten sind.

Von manchen Erzbischöfen von Trier aus dem 10. und 11. Jahrhundert ist überhaupt nur eine einzige besiegelte Urkunde überliefert.
Oft zwar besitzen wir von demselben Bischofe eine grössere Zahl von Urkunden, die aber sämtlich ein anderes Siegel tragen. (Tabelle S. 44).
Das Vorkommen eines bestimmten Siegeltypus auf Urkunden nur eines
Empfängers wird mitunter auch darauf zurückgeführt werden müssen,
dass bisweilen ein Siegelstempel für einen speziellen Fall angefertigt

<sup>8)</sup> Heineccius J. M., De veteribus Germanorum sigillis 1719 S. 43. Joan. Hocksemius, in Historia episcoporum Leodiensium Cap. 30: \*ostensum fuit in capitulo coram magistris sigillum plumbeum, sive stanneum, eiusdem typarii cum magno sigillo argenteo episcopi'.



Westd. Zeitschr. f. Gesch u. Kunst. XXX, I.

18 W. Ewald

wurde, wie es beispielsweise aus einem Schreiben eines Bischofs von Odense bekannt ist 9).

Es fragt sich nun, ob wir nachweisen können, welche von jenen nur auf Urkunden eines Empfängers nachweisbaren Siegeln gefälscht sind, und welche wahrscheinlich mit dem Originalstempel angefertigt, aber durch Zufall nur auf Urkunden eines Empfängers erhalten geblieben sind.

Natürlich sind wir ausser stande, die Echtheit solcher nur in einem Exemplare oder in mehreren Exemplaren, aber auf Urkunden nur eines Empfängers erhaltener Siegel bestimmt nachzuweisen. Es fehlt jedes Kriterium, aus dem man ersehen könnte, dass das fragliche Siegel wirklich mit dem Stempel des angeblichen Siegelführers geprägt worden ist.

Wir können aber durch Vergleich mit anderen echten Siegeln derselben und anderer gleichzeitiger Siegelführer feststellen, ob die betreffenden Stücke u. s. w. zeitgemässe Form haben oder nicht.

Die Übereinstimmung eines Siegels mit den gleichzeitigen echten Siegeln lässt erkennen, dass das betreffende Stück seiner Form nach der angegebenen Periode angehören kann, berechtigt aber nicht anzunehmen, dass das betreffende Stück nun auch wirklich aus dieser Periode stammt, oder gar ein Abdruck des Originalstempels, also echt ist.

Ein Fälscher, der gleichzeitig mit dem fraglichen Siegelführer lebte, konnte nämlich ohne grosse Schwierigkeiten gefälschte Siegel anfertigen, die ebenfalls die charakteristischen Eigenschaften der übrigen gleichzeitigen, also auch der fraglichen echten Siegel, tragen. Ein lehrreiches Beispiel hierfür bietet ein Siegel Friedrichs I. von Köln auf einer Urkunde der Abtei Siegburg. Dieses Siegel folgt in allem den gleichzeitigen Siegeln und ist trotzdem eine Fälschung, ein Nachschnitt des echten Siegels Friedrichs I., wie wir unten S. 36 noch zeigen werden.

Zeitgemässe Siegelform ist also nicht nur eine Eigenschaft der Abdrücke der Originalstempel, sondern auch jener Fälschungen, bei denen das Original oder gleichzeitige echte Siegel als Vorlage benutzt worden sind.

Bietet bei solchen zeitgemässen Siegeln der Abdruck selbst keine Kriterien, welche sichere Schlüsse für die Echtheit oder Unechtheit des Siegels zulassen, so vermag nur die Form der Urkunde zu bestimmen, ob ein solches Siegel als verdächtig oder unverdächtig betrachtet werden

<sup>)</sup> Bresslau a. a. O. S. 979,

muss. Bei der vom Empfänger geschriebenen Urkunde ist demnach zu prüfen, ob das betreffende Dokument gleichzeitige Schrift aufweist und bezüglich des Inhaltes einwandfrei ist.

Siegel, welche nur auf Urkunden eines Empfängers nachgewiesen werden können, die aber in äusserer Beschaffenheit zeitgemäss sind, also mit den gleichzeitigen echten Siegeln anderer Siegelführer übereinstimmen und sich ferner auf einem hinsichtlich der Schrift und des Inhaltes einwandfreien Diplome befinden, möchte ich demnach als "zeitgemäss unverdächtig" bezeichnen.

Für jene Gruppe von Siegeln ist also charakteristisch, dass sie nur auf Urkunden eines Empfängers nachgewiesen werden können, dass sie ferner in der Beschaffenheit des Typ, der Umschrift usw. vollständig zeitgemäss sind, dass sie ausserdem sich auf einem einwandfreien Diplome befinden.

Bei einigen dieser in der äusseren Form zeitgemässen Siegel gelingt es mitunter auch, durch Stilvergleichung festzustellen, dass sie Arbeiten gleichzeitiger Stempelschneider sind. Z. B. konnte ein Siegel des Pfalzgrafen Siegfried nur auf Urkunden eines einzigen Empfängers, nämlich der Abtei Laach, nachgewiesen werden. Unzweifelhaft echte Siegel des Adels dieser Periode, welche zum Vergleich hätten herangezogen werden können, fehlen. Es konnte jedoch ermittelt werden, dass jenes Siegel Siegfrieds und das bekannte Siegel Adelheids, der Mutter Siegfrieds, von demselben Stempelschneider graviert worden Die stilistische und technische Verwandtschaft zwischen beiden Siegeln ist nämlich ganz auffallend. Beide Siegel sind zunächst konkav geformt, sie müssen also beide mit einem konvex geschnittenem Siegelstempel angefertigt worden sein. Ausser jener charakteristischen Form des Typares beweist ferner die Buchstabenform, die Behandlung des Reliefs mit aller Deutlichkeit, dass beide Stempel von demselben Graveur geschnitten worden sind 10). Ohne Zweifel haben Mutter und Sohn bei demselben Stempelschneider ihre Siegelstempel herstellen lassen,

Die stilistische Verwandtschaft beider Stempel spricht durchaus für die Echtheit der beiden Siegel. Sie hat freilich nicht dieselbe Beweiskraft, als wenn Abdrücke der betreffenden Stempel auf Urkunden verschiedener Empfänger nachgewiesen werden könnten. Wir bezeichnen sie daher als zeitgemäss und unverdächtig.

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup>) Das Diplom Siegfrieds von (1112) Goerz I, 1648 befindet sich im Staatsarchiv in Coblenz (Abtei Laach). Die Urkunde Adelheids wird im Staatsarchiv in Wiesbaden (Georgstift in Limburg) auf bewahrt.



Weil jedoch, wie wir noch zeigen werden, auch Fälschungen zeitgemässe Form tragen können, so ist zwischen "zeitgemässen unverdächtigen" und "zeitgemässen verdächtigen bezw. gefälschten" Siegeln zu unterscheiden. Vgl. unten S. 38. Öfters wird man sich freilich begnügen müssen einfach festzustellen, ob ein Siegel zeitgemässe Form hat oder nicht.

### IV. Nachweis des Siegelmissbrauches.

### a. Die verschiedenen Arten des Siegelmissbrauches.

Im Vorstehenden ist gezeigt worden, in welchen Fällen wir die Echtheit eines Siegels, also die Tatsache, dass der fragliche Abdruck mit dem Originalstempel hergestellt worden ist, nachzuweisen vermögen. Eine weitere Frage ist nun, ob zwischen den regulären, im Einverständnisse mit dem Siegelführer hergestellten echten und etwaigen zu Fälschungszwecken missbrauchten echten Abdrücken erkennbare Unterschiede vorhanden sind. Gefälschte Urkunden konnten, wie erwähnt wurde, entweder durch eine missbräuchliche Benutzung des Originalstempels oder aber durch die Weiterverwendung abgelöster echter Siegel mit echten Siegeln versehen werden.

Das bereits angeführte Schreiben Innocenz' III. erörtert eingehend, auf welche Weise die Fälscher echte Abdrücke ablösten und wiederum an der gefälschten Urkunde befestigten. Die Angaben des Papstes nehmen natürlich in erster Linie auf den Missbrauch der päpstlichen Bullensiegel bezug, treffen aber auch in manchen Punkten für die Weiterverwendung echter Wachssiegel zu.

Echte Siegel konnten auf folgende Weise abgelöst und auf der gefälschten Urkunde angebracht werden:

- 1) durch Trennung und Wiedervereinigung der Vorder- und Rückseite des Siegels. Diese liess sich natürlich nur bei Goldbullen und Wachssiegeln durchführen, nicht aber bei Bleibullen. Daher wird auch in den bereits wiederholt angeführten Mitteilungen Innocenz' III. über die Fälschungsmethoden des päpstlichen Bullensiegels jene Art des Siegelbetruges nicht erwähnt. Wachssiegel wurden bisweilen auch einfach abgeschnitten oder aus dem Pergamente ausgeschnitten und unter Anheften einer neuen Schicht rückseitigen Wachses an dem gefälschten Schriftstücke angebracht.
- 2. Einfacher machten es sich die Fälscher, indem sie nur die Befestigungsmittel innerhalb des Siegelstoffes durchschnitten oder ganz



freilegten und loslösten, das Siegel von dem echten Schriftstück abnahmen und dann wieder mit den alten Befestigungsmitteln an dem gefälschten Schriftstücke anbrachten.

- 3. Öfters wurden auch die Siegelbefestigungen ausserhalb des Siegels durchschnitten, und das Siegel, indem man die Befestigungsstreifen wieder aneinanderheftete, an der gefälschten Urkunde befestigt. Ein Durchschneiden und eine Wiederverbindung der alten Befestigungsmittel konnte naturgemäss am besten vorgenommen werden, wenn das Siegel an Schnüren oder Fäden befestigt war, und zwar fiel der Verdacht am wenigsten auf, wenn das Durchschneiden und die Wiederanknüpfung der Siegelschnur unter der Faltung der Urkunde erfolgte (ea parte, in qua charta plicatur, bemerkt Innocenz III.). Manchmal ist ein abgelöstes echtes Siegel durch einfaches, ganz unverdecktes Zusammenknoten der Schnur oder Aneinandernähen der Pergamentstreifen an der Urkunde befestigt worden. Ob in solchen Fällen eine betrügerische Absicht vorliegt, bedarf stets einer eingehenden Untersuchung.
- 4. Eine andere Art betrügerischer Weiterverwendung echter Siegel beruht darauf, dass man die ursprüngliche Schrift auf einer echten, besiegelten Urkunde ganz oder zum Teil entfernte und durch einen neuen Text ersetzte. (Palimpsest oder Interpolation.)

Beispiele für die verschiedenen Methoden der betrügerischen Weiterverwendung echter Siegel findet man bei Bresslau a. a. O., Posse a. a. o., Grotefend a. a. O.

### b. Die Ermittelung des Siegelmissbrauches.

Für unsere Untersuchung kommen nur 2 Arten der Weiterverwendung echter Siegel in betracht:

- 1. Spaltung und Wiedervereinigung eines Siegelabdruckes;
- 2. Weiterverwendung eines Abdruckes, der in eine an der Urkunde befestigte neue Wachsschicht eingebettet wurde.

Die Spaltung eines Abdruckes konnte bei einer grossen Zahl mittelalterlicher Siegel recht gut durchgeführt werden. Die Herstellungsart vieler Wachssiegel leistete einem solchen Verfahren geradezu Vorschub. Es ist bekannt, dass die eingehängten Siegel aus zwei Wachsschichten bestehen, einer mit dem Abdruck des Stempels versehenen Platte und einer rückseitigen an der Urkunde eingehängten Wachslage. In ähnlicher Weise sind auch viele aufgedrückte Siegel und ferner sämtliche Hängesiegel hergestellt worden. Eine Ausnahme bilden an-



22 W. Ewald

scheinend nur jene aufgedrückten Siegel, zu denen Stempel kleineren Formates verwendet wurden. Hierzu zählen z. B. die verhältnismässig kleinen Siegel der frühern Periode des Mittelalters. Die Abdrücke lassen erkennen, dass die Siegelstempel direkt in das bereits auf der Urkunde befestigte Wachs hineingepresst worden sind. Bei den grösseren aufgedrückten Siegeln des Mittelalters aber ist regelmässig das Siegelwachs in den Stempel hineingedrückt worden. Das Wachs wurde erweicht und alsdann ein Teil des Wachsballes auf der Urkunde befestigt, um als Unterlage für den Stempelabdruck zu dienen. Eine zweite Wachsschicht wurde darauf in den Stempel hineingepresst, wie dies deutlich die Fingereindrücke auf dieser Schicht bei vielen zerstörten Siegeln erkennen Dann wurde diese geprägte Platte, während sie noch am Stempel haftete, auf die an der Urkunde befestigte Wachsschicht gedrückt. Nachdem das Wachs erkaltet und hierdurch fester geworden war, konnte der Stempel entfernt werden.

In ähnlicher Weise bestehen auch die Hängesiegel aus zwei Wachsschichten: aus einer in den Stempel hineingedrückten Lage Wachs, auf welche die Siegelfäden, Pergamentstreifen usw. und alsdann die zweite rückseitige Wachsschicht gepresst wurden. Oft wurde auch die im Stempel befindliche Wachslage geritzt, damit die aufliegende Schicht besser haften blieb. (Vergl. Abb. Taf. 1,4 und 5.)

Bei der Anfertigung der Siegel war besonders darauf zu achten, dass die beiden Wachsschichten genügend mit einander verbunden wurden. Das ist aber in vielen Fällen nicht geschehen. Sehr häufig findet man in unsern Archiven Siegel, bei denen Vorder- und Rückseite von einander getrennt sind. So z. B. bei dem Taf. 1,4 und 5 abgebildeten Siegel des Erzbischofes Philipp von Heinsberg, das auch sehr gut die vorstehend beschriebene Herstellungsweise der grossen Wachssiegel erkennen lässt. Dieses Siegel ist gerade bei einer Erörterung der verschiedenen Methoden des Siegelbetruges deshalb von besonderem Interesse, weil es zeigt, wie bequem ein Urkundenfälscher ein echtes Siegel durch Spaltung ablösen und weiterverwenden konnte.

Die Schicht A, Taf. 1,4 wurde in den Stempel hineingedrückt, alsdann geritzt. Die Fäden waren bereits an der Urkunde befestigt worden und wurden nun auf die im Stempel befindliche Wachslage gelegt. Alsdann drückte man eine zweite ganz weiche Lage Wachs B, Taf. 1,5 auf die Fäden und die erste Wachsschicht. Die Fäden und die Ritzen der mit der Prägung des Stempels versehenen Wachsschicht formten sich natürlich in der noch weichen Wachsschicht



B ab, und zwar hinterliess das Fadenbündel einen vertieften Kanal, während die Ritzen der Schicht A erhaben hervortreten.

Mit einiger Geschicklichkeit konnte also ein Fälscher ein Wachssiegel von dem zugehörigen Dokumente durch Spaltung loslösen und wiederum an der Fälschung anbringen. Bei den einseitig geprägten Wachssiegeln war, wenn sie nicht, wie es seit dem 13. Jahrhunderts öfters begegnet, aus einer ganz dünnen auf der Urkunde aufgedrückten Wachslage bestanden, eine solche Spaltung sehr leicht zu bewerkstelligen, besonders, wenn die Siegelaus einer Vereinigung zweier ursprünglich von einander getrennten, vielleicht nur schlecht zusammengefügten Wachsschichten bestanden.

Viel schwieriger war eine derartige Spaltung bei Wachssiegeln mit Gegensiegeln vorzunehmen; schwieriger noch bei den ganz dünnen Münzsiegeln und vollständig unmöglich bei den Münzsiegeln mit Randschrift.

War es dem Fälscher gelungen, ein Siegel zu spalten, dann konnten entweder beide Teile des Siegels wieder an der gefälschten Urkunde zusammengesetzt, oder auch nur die geprägte Platte weiter benutzt werden, indem auf der Rückseite der letzten eine neue Wachsschicht befestigt wurde.

Wurden die beiden Teile des gespaltenen Siegels wieder zusammengesetzt, dann lässt in vielen Fallen die zurückbleibende Fuge zwischen den beiden Wachsschichten den Betrug erkennen. Wenn hingegen die geprägte obere Schrift des Abdruckes in eine neue Wachslage gebettet wurde, dann verrät bisweilen die Verschiedenheit der Farbe der beiden Wachsschichten, dass kein regulärer Siegelabdruck vorliegt. Schon im Mittelalter hat man auf die verschiedene Beschaffenheit des Wachses bei der Prüfung der Echtheit eines Siegels geachtet. So lautet z. B. ein zu einer Urkunde des Jahres 1185 eingetragener Vermerk des Kartulars der Kathedralkirche von Salisbury: "sigillum, habens formam clerici. Et nota, quod sigillum illud suspectum est, eo quod constat de duabus ceris, una veteri et altera nova".

Die Verschiedenheit des Wachses beweist freilich nicht unter allen Umständen, dass eine Weiterverwendung eines abgelösten Originalsiegels stattgefunden hat. Sie kann auch bei regulären Siegelabdrücken vorkommen, wie dies bei der oben erörterten Anfertigung der Wachssiegel des Mittelalters verständlich ist. Mitunter würde bei solchen Siegeln erst eine Spaltung des Abdruckes, die zur Aufdeckung der alten Befestigungsart des Siegels führen könnte, Klarheit bringen, aber naturgemäss muss ein solches Vorgehen auf den berechtigten Widerstand der Archivbeamten stossen.



Öfters liess aber die Beschaffenheit des Siegels eine Spaltung des Abdruckes nicht zu, z. B. bei denjenigen älteren Siegeln, bei welchen der Stempel direkt in das auf der Urkunde befestigte Wachs eingedrückt worden war. In solchen Fällen übernahm der Fälscher den Abdruck ganz unverändert; aufgedrückte Siegel wurden einfach aus dem Pergamente ausgeschnitten, bei eingehängten Siegeln wurden die Befestigungsstreifen durchgeschnitten und nun das unversehrte Siegel in eine auf der Urkunde befestigte neue Wachsschicht eingebettet. Auch in solchen Fällen lässt vielfach die Verschiedenheit der Wachsfarbe oder die Fuge zwischen den beiden Wachsschichten vermuten, dass eine betrügerische Weiterverwendung echter Siegel stattgefunden hat. Jedoch war ein gewandter Fälscher recht gut imstande, auch diese Merkmale, welche auf eine Weiterverwendung echter Siegel schliessen lassen, zu beseitigen, sodass es für uns unmöglich ist, mit Sicherheit zu entscheiden, ob ein Siegel nun auch wirklich ein regulärer Abdruck des Originalstempels oder ein zu Fälschungszwecken losgelöstes und weiterverwendetes echtes Siegel ist.

Ebenso wird eine missbräuchliche Benutzung eines Originalstempels nur in den seltensten Fällen nachgewiesen werden können. An der Beschaffenheit der Abdrücke, welche sich natürlich meist in keiner Weise von den regulären echten Siegelabdrücken unterscheiden, ist jedenfalls nicht zu ersehen, ob ein Missbrauch des Originalstempels stattgefunden hat, es sei denn, dass die betreffende Urkundenfälschung zu einem bedeutend späteren Termine, als das Datum der Urkunde angibt, entstanden ist, und etwa an der unzeitgemässen Befestigung des echten Siegels und der unzeitgemässen Beschaffenheit des Siegelwachses der Betrug festgestellt werden kann.

Aus der Beschaffenheit des Abdruckes kann daher nur mitunter ermittelt werden, ob ein echter Abdruck abgelöst und weiterverwendet worden ist, wenn nämlich der Fälscher allzu ungeschickt verfahren ist, oder wenn durch Zufall das Siegel zerbrochen ist und nun wieder die ursprüngliche Befestigung zutage tritt. Oft jedoch wird eine betrügerische Verwendung echter Siegel, wenigstens aus der Beschaffenheit der Abdrücke, nicht zu erkennen sein. In diesem letzteren Falle liefert bisweilen die Urkunde selbst den Beweis, dass eine betrügerische Verwendung eines echten Siegels stattgefunden haben muss. Ist nämlich die Unechtheit einer Urkunde erwiesen, das zugehörige Siegel aber echt, so muss natürlich hieraus unbedingt die missbräuchliche Verwendung eines Originalsiegels gefolgert werden. Welche Art von Siegelmiss-

brauch stattgefunden hat, ist natürlich aus der Unechtheit der Urkunde meist nicht zu ersehen.

Siegelmissbrauch kann also sowohl aus der Beschaffenheit des Abdruckes selbst als auch aus der Form des zugehörigen Schriftstückes ermittelt werden. Jedoch wird in manchen Fällen eine missbräuchliche Benutzung des Originalsiegelstempels und ebenso eine geschickte Weiterverwendung echter Siegel überhaupt für uns unerkennbar bleiben.

Wir können daher wohl die Echtheit eines Siegels, wenn ausreichendes Urkundenmaterial vorhanden ist, nachweisen, öfters noch ermitteln, dass ein echtes Siegel zu Fälschungszwecken weiter verwendet worden ist. Aber wenn das Siegel auch erwiesenermassen mit dem Originaltypare hergestellt worden ist und ferner auch seine Befestigung usw. ganz regulär erscheint, so ist damit immer noch nicht der Beweis geführt, dass eine missbräuchliche Verwendung eines echten Siegels nicht stattgefunden hat. Eine solche wird für uns eben in manchen Fällen unerkennbar sein.

Das echte in seiner Befestigung usw. unverdächtige Siegel beweist daher auch durchaus nicht die Echtheit der zugehörigen Urkunde, es ist nur ein und zwar ein nicht ausreichendes Kriterium der Echtheit des besiegelten Schriftstückes. Wenn man daher im Mittelalter zeitweise den Nachweis der Echtheit einer Urkunde von der Beschaffenheit des Siegels abhängig machte, so liess man vollständig die eben erörterten Fälschungsmöglichkeiten ausser Acht.

#### c. Die Weiterverwendung von Briefsiegeln.

Bei der Weiterverwendung echter Siegel bestand die Hauptschwierigkeit darin, sich echte Siegelabdrücke zu verschaffen. Zu diesem Zwecke waren den Fälschern natürlich besiegelte Briefe, welche nach Kenntnisnahme des Inhaltes wertlos geworden waren, sehr willkommen. Gerade der Umstand, dass man in der älteren Zeit für Briefe kein besonderes Siegel führte, und dass diese Briefsiegel nicht aus einer ganz dünnen, eine Weiterverwendung ausschliessenden Wachslage verfertigt waren, wie es seit dem 13. Jahrhundert z. B. auf den Mandaten Kaiser Friedrichs II. und seiner Nachfolger üblich war, scheint in hohem Masse Urkundenfälschungen begünstigt zu haben. Es ist daher zu vermuten, dass die Einführung des Sekretes, eines kleineren Siegels für Schriftstücke von vorübergehender Bedeutung, welches seit dem 12. Jahrhundert, also gerade in einer an Siegelfälschungen sehr reichen Zeit, nachweisbar ist.



sich vielleicht hauptsächlich gegen die missbräuchliche Verwendung derartiger von Briefen losgelöster Originalsiegel richtete 11).

Ich vermute, dass bei mehreren echten Siegeln, welche auf den gefälschten rheinischen Urkunden vorkommen, eine Weiterverwendung solcher von Briefen losgelöster Siegel stattgefunden hat. Was mich in dieser Annahme bestärkt, ist vor allem die Tatsache, dass die betreffenden Siegel ursprünglich "eingehängt" gewesen waren. Gerade diese Befestigungsweise des Siegels ist für den offenen und verschlossenen Brief des Mittelalters charakteristisch, während sie auf rheinischen Urkunden nur ausnahmsweise begegnet. Zudem ist zu berücksichtigen, dass man wohl selten einer Fälschung zuliebe echte Urkunden, welche doch durch Loslösen des Siegels entwertet wurden, geopfert haben wird.

Eine Weiterverwendung eines abgelösten Briefsiegels hat ohne Zweifel auf einer angeblichen Urkunde des Erzbischofs Philipp von Köln für St. Martin in Köln stattgefunden. Das Siegel, ein Abdruck des Stempels A (Rhein. Siegel I, Taf. 12,1), den Philipp von Heinsberg von 1169-1174 benutzte, ist auf einem angeblichen Diplome des Jahres 1178 rechts unter dem Texte aufgedrückt. Es besteht aus einer sehr starken, auf der Vorderseite der Urkunde etwa 3-4 cm dicken Wachsschicht. Die Befestigungsweise des Siegels ist unverdächtig, da auf Urkunden Philipps von Heinsberg bisweilen, freilich selten, das Siegel aufgedrückt ist. In der Regel aber findet man freilich auf Urkunden des Erzbischofs anhängende Siegel. Auffälliger ist, dass das Siegel mit dem Typ A noch auf einer Urkunde des Jahres 1178 vorkommt, während Philipp von Heinsberg seit 1174 einen anderen Stempel benutzte. Merkwürdig ist ferner die ganz einzigartige Dicke des Siegels, welche man sonst an keinem Siegelabdruck des fraglichen Ausstellers beobachtet. Da das Siegel beschädigt war, liess sich die geprägte Platte entfernen, und nun konnte festgestellt werden, dass das Siegel ursprünglich nicht zu der betreffenden Urkunde von 1178 gehörte. Es war früher "eingehängt" gewesen. Die alten Pergamentstreifchen, welche zum Einhängen des Siegels dienten, waren noch vorhanden, wie das die beigegebene Abbildung recht gut erkennen lässt.

<sup>11)</sup> In meinem in wenigen Monaten erscheinenden Leitfaden der Siegelkunde in dem von v. Below und Meinecke herausgegebenen Handbuche der mittelalterlichen und neueren Geschichte werde ich mich eingehend mit dieser Frage der Einführung des Secretsiegels, seiner Stellung zum sigillum maius usw. befassen.



Ausser den alten Befestigungsstreifen ist auf der Rückseite der geprägten Platte (Taf. 1,6) ferner noch ein rechteckiger Eindruck wahrzunehmen. Dieser rührt ohne Zweifel von einem Blättchen Pergament her, das sich in dem Wachs des Siegels abgedrückt hat.

Man hat zwar bisweilen bei eingehängten Siegeln zwischen das Pergament der Urkunde und den Wachsabdruck derartige Blättchen Pergament eingeschoben. Aber in dem vorliegenden Falle rührt der Eindruck in dem Siegelwachs sichtlich nicht von einem solchen zwischengelegten Pergamentblättchen her. Auf den Urkunden der Erzbischöfe von Köln mit eingehängtem Siegel, die mir zugänglich waren, habe ich überhaupt in keinem einzigen Falle ein solches zwischen Urkunde und Siegel liegendes Pergamentblättchen beobachtet.

Der in der Rückseite des Siegelabdruckes sichtbare rechteckige Eindruck ist in dem vorliegenden Falle ohne Zweifel durch das gefaltet gewesene aufliegende Schriftstück verursacht worden, gibt demnach genau die Grösse des Dokumentes an, wie es zur Versendung hergerichtet war. Das Schriftstück hatte also ein ganz kleines Format, wie es für manche Briefe des 12. und 13. Jahrhunderts typisch ist, dagegen bei den Urkunden Philipps niemals begegnet. Dass jenes zum Siegel gehörende Schriftstück ein ganz kleines Format besass, ist deutlich an der konvexen Form der Rückseite des Siegelabdruckes zu erkennen. Der äussere rückseitige, um den rechteckigen Eindruck liegende Rand des Siegels ist nämlich absichtlich geglättet und nach aussen hin abgerundet worden, in ähnlicher Weise wie bei den Hängesiegeln des 12. Jahrhunderts.

Das Wachs wurde in den Stempel hineingedrückt. Eine zweite Wachsschicht wurde an dem Briefe vermittelst eines Pergamentstreifens eingehängt und nun die letztere Wachslage mit dem Briefe auf die im Stempel befindliche breitere Wachsschicht gedrückt. Ein solches Verfahren empfahl sich deshalb, weil eben das Format des Pergamentes sehr klein war. Beim Andrücken der beiden Wachsschichten quoll die rückseitige Wachslage zu seiten des Pergamentes heraus und wurde nun mit Fingerdruck geebnet, sodass der Brief und die Rückseite des Siegels in derselben Fläche lagen. Daher stammt denn auch die Vertiefung, die das Pergamentblatt in der Rückseite des Siegels hinterliess (vgl. Abb. Taf. 1,6).

Eine ähnliche Beobachtung machte ich auf einem Briefe mit dem rückseitig eingehängten Siegel Engelberts I. von Köln (Taf. 1,1). Auch hier wurde ebenfalls das Pergament mit der bereits befestigten rückseitigen Wachsschicht des Siegels auf die geprägte, noch im Stempel



festsitzende Wachsplatte gedrückt. Auf diese Weise hat denn auch das Pergament deutlich wahrnehmbare Spuren auf der Rückseite des Siegels hinterlassen.

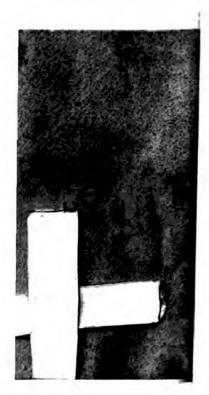
Wurden die Siegel hingegen auf Urkunden oder auf Briefen grössern Formates "eingehängt", so drückte man ebenfalls zunächst eine Wachsschicht in den Stempel hinein. Dann wurde die untere Wachsschicht des Siegels auf der Urkunde eingehängt und nun der Stempel mit der eingedrückten Wachsplatte auf die an der Urkunde befestigte Wachsschicht gedrückt. Infolgedessen wurde die untere Wachslage auseinander gedrückt. Sie legte sich wulstförmig um den Stempel. Die dem Pergament der Urkunde zugewandte Rückseite des Siegels nahm die Form der Unterlage an, bildete infolgedessen regelmässig eine ebene nach dem Rande zu mehr rechteckige Fläche. Ebenfalls fehlen im letzteren Falle die Fingereindrücke, welche wir an dem Siegel Philipps von Heinsberg bemerkten.

Die nach dem Rande zu abgerundete Form der Rückseite des Siegels beweist also die Zugehörigkeit des Siegels zu einem Schriftstücke ganz kleinen Formates, wie man es unter den Urkunden Phillips von Heinsberg nicht antrifft, wie es aber für die Briefe des 12. Jahrhunderts charakteristisch ist.

Für die Weiterwendung eines Briefsiegels spricht ausserdem der Umstand, dass das fragliche Siegel Philipps nur mit einem Pergamentstreifen eingehängt gewesen war, während bei den Urkunden mit eingehängtem Siegel fast stets zwei auf der Rückseite des Diploms kreuzweise übereinanderlaufende Streifen verwendet worden sind. Gerade die Benutzung nur eines Pergamentstreifens, ebenso das kleine Format des Schriftstückes, welches uns auf Urkunden Philipps niemals begegnet, ist für den verschlossenen und offenen Brief des 12. Jahrhunderts charakteristisch; es kann daher im Hinblick auf die Befestigung des Siegels und das Format des zugehörigen Schriftstückes wohl kaum bezweifelt werden, dass jenes Siegel auf der angeblichen Urkunde Philipps vom Jahre 1178 von einem Briefe abgelöst worden ist.

Briefsiegel waren also zu Fälschungszwecken hervorragend-geeignet. In vielen Fällen, in denen die missbräuchliche Weiterverwendung echter Siegelabdrücke festgestellt werden kann, dürften die fraglichen Siegel von Briefen herrühren. Nur ausnahmsweise wird man die Siegel von echten Urkunden abgelöst haben, da hierdurch die betreffenden Dokumente vollständig entwertet wurden.

# Westdeutsche Zeits



Digitized by Google

Original from PRINCETON UNIVERSITY

#### V. Nachweis der Siegelfälschung.

Für sämtliche Fälschungen, bei denen neu gefertigte Typare verwendet wurden, ist, wie wir bereits bemerkten, charakteristisch, dass Abdrücke jener Stempel nur auf Urkunden eines einzigen Empfängers vorkommen. Neben diesem freilich nicht ausschlaggebenden Kriterium bietet dann oft auch die Beschaffenheit des Siegels Merkmale, welche beim Nachweis der Fälschung verwendbar sind.

Bei der Ermittelung des Gebrauchs gefälschter Stempel ist von grosser Bedeutung, ob diese Fälschungen gleichzeitig mit dem in den gefälschten Urkunden angegebenen Termine, oder erst geraume Zeit nach jenem Zeitpunkt entstanden sind; ob ferner der Fälscher den Originalstempel nachschnitt, oder aber ein frei erfundenes Typar benutzte.

Die Möglichkeit der Verwendung von Matrizen, die über einem Originalabdruck geformt wurden, ist bereits erörtert worden. Wir verweisen daher auf unsere diesbezüglichen Ausführungen (vgl. S. 10).

Am einfachsten gelingt in der Regel die Ermittlung jener Fälschungen, die in einer bedeutend späteren Periode, als das Datum der Urkunde angibt, und unter Verwendung frei erfundener Typare entstanden sind.

Es ist hinreichend bekannt, dass der Typus, die Wachskomposition, die Befestigungsweise der Siegel sich von Periode zu Periode verändert haben. Derartige Veränderungen, welche durch Vergleich der echten Siegel untereinander festgestellt werden können, liessen nun sehr häufig die Fälscher ausser Acht. Fälschten sie z. B. Siegel von Personen, welche längere Zeit vor der Anfertigung der Fälschung lebten, so wählten sie für die gefälschten Siegel nicht selten die zur Zeit der Fälschung übliche Siegelform. In solchen Fällen ist es für uns sehr leicht, an dem unzeitgemässen Typ, der Wachsfarbe und der Befestigungsweise der Siegel die Fälschung zu ermitteln.

Die Abweichungen vom echten Siegel sind mitunter so stark, dass sie ohne weiteres in die Augen fallen. Oft geben sich derartige Siegel schon bei einer Untersuchung des Typus deutlich als Arbeiten einer späteren Epoche zu erkennen. So liefert z. B. schon allein eine Prüfung der äusseren Form eines angeblichen Siegels des Erzbischofes Bruno von Köln (953—965; Rhein. Siegel I. Taf. 1,5) auf einer Urkunde für das Stift St. Severin in Köln den vollständigen Beweis, dass das betreffende Stück unmöglich dem 10. Jahrhundert angehören kann, son-



dern vielmehr unbedingt eine Fälschung des 12.—13. Jahrhunderts sein muss. Das Siegel ist nämlich spitzoval; die gleichzeitigen Siegel des 10. Jahrhunderts sind dagegen rund. Erst im 12. Jahrhundert tritt in den Rheinlanden die spitzovale Siegelform auf.

Das Siegel ist anscheinend grün gefärbt. Grün gefärbtes Wachs wurde aber in den Rheinlanden erst im 13. Jahrhundert zum Siegeln gebraucht. Im 10. Jahrhundert ist stets mit ungefärbtem Wachs gesiegelt worden.

Das Siegelbild zeigt den mit der Mitra bekleideten Erzbischof in ganzer Figur auf einem Faltstuhle sitzend, während die gleichzeitigen Siegel stets bis um das Jahr 1100 das Brustbild des Erzbischofes ohne Mitra aufweisen.

Die Umschrift: "N COLONIENSIS ARCHiepiscoPuS" ist ebenfalls nicht zeitgemäss, da die unverdächtigen Bischofssiegel des 10. Jahrhunderts den Namen der Diözese, welche der betreffende Erzbischof verwaltete, nicht nennen.

Solche in mehreren wesentlichen Punkten von der Form gleichzeitiger echter Siegel abweichende, die Form einer späteren Periode aufweisende und nur auf Urkunden eines Empfängers vorkommende Siegel geben sich also ohne weiteres als Fälschungen zu erkennen. Bei manchen Siegeln sind jedoch die Abweichungen von den echten Siegeln nicht so stark, dass sie aus diesem Grunde ohne weiteres als Fälschungen betrachtet werden dürften. So z. B. wenn die Siegel in den Grössenverhältnissen mit der zeitgemässen Siegelform nicht übereinstimmen.

Ist die zugehörige Urkunde unverdächtig, so wird man auch ein solches Siegel als unverdächtig bezeichnen müssen, besonders, wenn es sich um kanzleimässig ausgefertigte Schriftstücke handelt, die in Diktat, Schrift usw. mit den zweifellos echten Diplomen derselben Kanzlei übereinstimmen.

Ergibt hingegen eine Prüfung der Urkunden, dass sie Fälschungen sind, so erscheinen auch die zugehörigen, wenn auch nur in unwesentlichen Punkten von der echten oder zeitgemässen Form abweichenden Siegel mindestens als verdächtig.

Wie bereits bemerkt wurde, können nun auch gefälschte Siegel zeitgemässe Form haben. Wenn der Fälscher nämlich eine Matrize verwendete, die einem echten bezw. gleichzeitigen Siegel nachgeschnitten oder über einem echten Siegel durch Abguss oder Abdruck geformt



war<sup>12</sup>), so sind Abdrücke solcher Formen im Typ dem echten sehr verwandt. Datieren aber derartige Fälschungen bedeutend später als in dem Datum der gefälschten Urkunde angegeben wird, dann werden sich fast stets kleinere Verstösse gegen die Siegelungsweise der früheren Periode, auf welche das Datum des Falsifikates hinweist, bemerkbar machen. Oft ist die Befestigungsweise, oft auch die Farbe des Wachses unzeitgemäss.

Schwieriger ist hingegen der Nachweis des Gebrauches von Nachschnitten des echten Siegels zu erbringen, wenn diese gleichzeitig mit dem in der gefälschten Urkunde angegebenen Datum, also noch zu Lebzeiten des in dem Diplome erwähnten Sieglers, ausgeführt wurden. In solchen Fällen bietet meistens die äussere Beschaffenheit des Siegels keine Merkmale, welche zur Aufdeckung der Fälschung führen kann. Die betreffenden Siegel sind eben in ihrer äusseren Form vollständig zeitgemäss.

Bei einer Beurteilung von Siegeln, welche im Typ u. s. w. zeitgemäss sind, aber nur auf Urkunden eines Empfängers vorkommen, wird also meistens die Beschaffenheit der zugehörigen Urkunde ausschlaggebend sein. In vielen Fällen, z. B. bei der Bearbeitung grosser Siegelbestände, wird man sich daher wohl damit begnügen müssen, festzustellen, ob ein Siegel, das nur auf Urkunden eines Empfängers nachgewiesen werden kann, zeitgemässe Form hat oder nicht, da es unmöglich sein wird, stets eine Prüfung der zugehörigen Urkunde vorzunehmen.

Mitunter sprechen bei Fälschungen, zu welchen neu geschnittene Typare, Nachschnitte des Originals oder frei erfundene Typare benutzt wurden, die stilistischen Eigentümlichkeiten der fraglichen Siegel gegen die Echtheit der betreffenden Stücke. Dabei ist es ohne wesentliche Bodeutung, ob diese Typare gleichzeitig mit dem in der Fälschung angegebenen Termine oder erst geraume Zeit nach dem angeblichen Datum des gefälschten Schriftstückes angefertigt worden sind. Öfters sind nämlich gleichzeitig mehrere Fälschungen entstanden, und in einem solchen Falle liess der Fälscher bei demselben Stempelschneider die erforderlichen Typare anfertigen. Die betreffenden Fälschungen verraten dann natürlich unter sich, wie es eben bei den verschiedenen



<sup>&</sup>lt;sup>12</sup>) Über das letztere Verfahren vergleiche unsere diesbezüglichen Bemerkungen S. 8 ff.

Arbeiten eines Künstlers ganz natürlich ist, in der Behandlung des Siegelreliefs usw. meistens eine ganz auffallende Verwandtschaft. Oft wurde auch bereits ein zu solchen Fälschungszwecken benutztes Typar umgraviert und zu weiteren Fälschungen verwendet.

Die stilistische Übereinstimmung mehrerer nur auf Urkunden eines Empfängers nachgewiesener Siegel verschiedener Stempelinhaber bietet daher bei der Beurteilung der Echtheit eines Siegels mitunter ein wertvolles Argument. Sie lässt nämlich erkennen, dass die betreffenden Siegel höchstwahrscheinlich vom Empfänger der Urkunde angefertigt worden sind, ebenso wie die gleiche Schrift der Urkunden verschiedener von einander unabhängiger Aussteller, welche nur in den Urkundenbeständen eines bestimmten Empfängers begegnet, darauf hinweist, dass die betreffenden Schriftstücke vom Empfänger geschrieben worden sind.

Mehrmals habe ich bei der Bearbeitung der rheinischen Siegel die stilistische Verwandtschaft von Siegeln, welche nur auf Urkunden eines Empfängers nachweisbar sind, zur Ermittelung von Siegelfälschungen verwenden können.

Von besonderm Interesse sind in dieser Beziehung die Siegelfälschungen der Abtei St. Martin in Köln. Es handelt sich hier um Urkunden folgender Erzbischöfe von Köln:

- 1) Everger (984-999) aus dem Jahre 989, Lac. I. 123.
- 2) Anno (1056—1075) " " " 1072, Ennen und Eckertz, Quellen zur Geschichte der Stadt Köln I. S. 482.
- 3) Friedrich I. (1100-1131) aus dem Jahre 1130, Knipping Nr. 261.

Die Siegel der aufgeführten Urkunden begegnen uns nur auf Urkunden der Abtei St. Martin in Köln. Die Verwandtschaft der verschiedenen Siegel ist, wie aus den Abbildungen (Taf. 2,2, 3, 6, 7) hervorgeht, auffallend. Sie tritt noch deutlicher hervor, wenn wir die zweifellos echten Siegel der Erzbischöfe Anno II. und Friedrich I. daneben stellen. Von Everger ist ausser dem Siegel der betreffenden Urkunde von 989 kein weiteres Exemplar erhalten, das zum Vergleich herangezogen werden könnte.

Die echten Siegel Annos und Friedrichs weisen unter sich ganz charakteristische stilistische Unterschiede auf. Die beiden Typare sind von verschiedenen Siegelstechern angefertigt worden. Dagegen sind die entsprechenden Siegel auf den Urkunden von St. Martin vielleicht unter Benutzung einer echten Vorlage von einem und demselben Stempelschneider graviert worden.

- Echtes Siegel Annos: Brustbild des Erzbischofes mit dem Hirtenstabe in der Rechten, einem geöffneten Buche in der Linken. Umschrift: † ANNO Del GRatiA COLONIENSIS ARCHIEPiscopuS, Taf. 2,1.
- Siegel der Annourkunde für St. Martin. Brustbild mit Stab und Buch wie auf dem echten Siegel.
  - Umschrift: ANNO DEI GRATIA COLONIENSIS ARCHIEPiscopuS, Taf. 2,6.
- Echtes Siegel Friedrichs I.: ganze Figur eines Erzbischofes sitzend ohne Mitra, mit dem Hirtenstabe in der Rechten, einem Buche in der Linken.
  - Umschrift: FRITHERICUS Del GRatiA COLONIENSIS ARCHI-EPiscopuC, Taf. 2,8.
- Siegel Friedrichs auf der Urkunde für St. Martin: Siegelbild wie vorhin.
  - Umschrift: FRITHERICUS COLONIENSIS ARCHIEPiscopuC, Taf. 2,3.

Bezeichnend für die Siegel von St. Martin ist der Rand um das Siegelbild, der auf den echten Siegeln fehlt; ferner die breitgezogene Buchstabenform, man vgl. z. B. das A. Ausserdem lässt die Behandlung des Siegelreliefs (z. B. der Augen) ganz deutlich erkennen, dass die betreffenden Siegel von demselben Graveur herrühren.

Die stilistische Übereinstimmung der Siegel von St. Martin kann nun auf zweifache Weise erklärt werden. Entweder sind die Siegel echt — die Erzbischöfe Friedrich und Anno hätten dann zufällig bei demselben Stempelstecher die fraglichen Typare anfertigen lassen; oder aber die Siegel sind Fälschungen, d. h. sie sind im Auftrage der Abtei St. Martin durch denselben Stempelschneider hergestellt worden.

Gerade dieser Umstand, dass die Siegel mehrerer Aussteller die solche stilistische und epigraphische Verwandschaft zeigen, sämtlich auf Urkunden nur eines einzigen Empfängers und auf zeitlich auseinander liegenden Urkunden vorkommen, ist selbst bei einem lückenhaft überlieferten Urkundenmaterial sehr befremdend. Dazu kommt dann ferner noch die auffallende Erscheinung, dass gerade jene Siegel sich als Arbeiten desselben Siegelstechers zu erkennen geben. Es wäre doch ein ganz eigenartiges Zusammentreffen, dass Personen, welche wie die genannten Erzbischöfe zu verschiedener Zeit lebten, gerade bei demselben Stempelschneider hätten arbeiten lassen, besonders, da die übrigen beiden echten Siegel der genannten Erzbischöfe von zwei

Westd. Zeitschr. f. Gesch. u. Kunst. XXX, I

3

anderen Siegelstechern hergestellt worden sind. Ferner wäre sehr merkwürdig, dass dann gerade alle jene im Stil so verwandten Siegel sich nur auf Urkunden eines einzigen Empfängers erhalten hätten, während sich von den echten Siegeln Abdrücke auf Urkunden verschiedener Empfänger nachweisen lassen.

Die Regierungszeit der Erzbischöfe schliesst freilich nicht aus, dass ein und derselbe Graveur für beide Erzbischöfe Siegel anfertigen konnte. Jedoch ist eine solche Annahme ganz unwahrscheinlich, da wir nämlich nachweisen können, dass

- I. der Stempelschneider, der die betreffenden Siegel der Erzbischöfe Anno und Friedrich auf den betreffenden Urkunden für St. Martin angefertigt hat, auch in einem anderen Falle für St. Martin gearbeitet hat;
- II. dass die Abtei St. Martin im Besitze des Typares war, mit dem das angebliche Siegel Annos hergestellt worden ist;
- III. dass sie dieses letztere Typar zu Fälschungszwecken gebraucht hat.

Wie auf der Abbildung des Evergerussiegels Taf. 2,2 deutlich hervortritt, ist dieses Siegel mit einem auf den Namen "Evergerus" geänderten Stempel geprägt worden. Den Einsatz an Stelle der alten Umschrift lässt die Abbildung des Siegels deutlich erkennen.

An sich wäre eine derartige Umänderung und Weiterbenutzung der Siegelstempel nicht auffallend. Die Siegelbestände des Mittelalters und der Neuzeit enthalten hierfür eine ganze Fülle von Belegen. Bald wurden nur einzelne Teile, bald die ganze Umschrift, bald Ausschnitte des Siegelbildes umgraviert. Auch die Siegel der Erzbischöfe von Köln bieten für die Weiterverwendung und Umgravierung der Stempel verstorbener Siegelführer ein lehrreiches Beispiel.

Hermann (1036—1056) benutzte die Bullenstempel seines Rechtsvorgängers Pilgrim (1021—1036). Die Reversseite blieb unverändert, dagegen wurde die Vorderseite der Bulle umgraviert. An Stelle des Namens des verstorbenen Siegelführers "Pilgrimus" liess Hermann seinen Namen einschneiden, sodass nunmehr die Legende lautet: † HERI-MANNVS D(eI) GRACIA ARCHIEPiscopuS. Der neue Einsatz ist an der Buchstabenform recht gut zu erkennen. (Rheinische Siegel I, Taf. 3).

Bei der regulären Umänderung eines Stempels ist natürlich das umgravierte Typar das zeitlich jüngere, da dieses immer schon einen vorher bestehenden unveränderten Stempel voraussetzt.



Der umgekehrte Fall, wenn der unveränderte Siegelstempel bei einem Siegelführer B, der umgravierte hingegen bei einem bereits lange vor B gestorbenen Siegelführer A vorkommt, beweist, dass eben das mit dem umgeänderten Stempel hergestellte Siegel eine Fälschung sein muss.

Ein Vergleich des angeblichen Siegels Evergers Taf. 2,2 und Annos Taf. 2,6 auf den Urkunden von St. Martin untereinander zeigt nun unschwer, dass jenes fragliche Siegel Evergers mit dem abgeänderten Typare Annos angefertigt worden ist. Der Name Evergerus war länger als der Annos, daher mussten bei der Umgravierung auch noch andere Buchstaben der Legende des Annosiegels getilgt werden, nämlich die Worte "dei gratia". Ohne Zweifel ist also das Evergerussiegel eine Fälschung, welche nach der Urkunde Annos im Interesse der Abtei St. Martin entstanden sein muss. Die Mönche von St. Martin verfügten zweifellos über den angeblichen Stempel Annos.

Es bleibt nun noch zu ermitteln, ob dieses Typar auch eine Fälschung von St. Martin ist, oder ob dieser Stempel als echt angesehen werden muss.

Meines Erachtens ist es ganz ausgeschlossen, dass die Mönche von St. Martin in Besitz eines echten Stempels des Erzbischofes Anno gewesen sein sollten. Die Stempel eines Erzbischofes sind freilich nicht immer nach dessen Tode vernichtet worden, wie dies ja deutlich die Weiterverwendung der Bleibulle des Erzbischofs Pilgrim (1021—1036) durch dessen Rechtsnachfolger Hermann (1036—1056) beweist. Es wird auch berichtet, dass Erzbischof Bruno (953—965) ein "sigillum aureum" der Abtei St. Pantaleon geschenkt habe, aber ob hier "sigillum" den Siegelstempel des Erzbischofes bezeichnet, ist zweifelhaft, jedenfalls würde man in einem solchen Fall die Stempel vorher unbrauchbar gemacht haben, wie dies auch mit den Siegelstempeln der französischen Könige geschehen ist, welche den Nonnen von Saussay geschenkt wurden.

Zunächst ist zu bemerken, dass Abdrücke jenes Typares des Erzbischofes Anno sich nur auf Urkunden für St. Martin ermitteln lassen. An sich würde, wie gesagt, das Vorkommen eines bestimmten Typus auf Urkunden eines einzigen Empfängers nicht unbedingt für eine Fälschung sprechen (vgl. oben S. 17). In diesem Falle aber treten noch wesentliche Umstände hinzu, welche die fraglichen Siegel verdächtig erscheinen lassen, nämlich die Tatsachen, dass es nicht Siegel nur eines, sondern mehrerer Aussteller, Annos und Friedrichs, sind, welche auf Urkunden nur dieses einen Empfängers nachgewiesen werden können.

dass gerade diese Siegel von demselben Graveur herrühren, dass ferner dieser Graveur auch sonst für die Mönche von St. Martin gearbeitet hat. Das Klostersiegel von St. Martin Taf. 2,7 zeigt nämlich genau dieselbe Technik des Stempelschnittes, wie die angeblichen Siegel Annos und Friedrichs. Da nun das Stiftsiegel um das Jahr 1150 doch wohl gleichzeitig mit den Siegeln der übrigen Stifter und Klöster Kölns angefertigt worden ist, wird man dieses Jahr wohl auch als Zeitpunkt der Anfertigung der fraglichen Bischofssiegel ansehen können.

Ungezwungen lässt sich also die nahe stilistische Verwandtschaft der fraglichen Siegel, das Vorkommen der betreffenden Stücke allein auf Urkunden für St. Martin, nur durch die Annahme von Fälschungen erklären, zu denen um das Jahr 1150 ein bestimmter Stempelschneider sämtliche in betracht kommende Typare lieferte. Für eine gleichzeitige Anfertigung der Siegel spricht ausser den bereits angeführten Gründen auch die Komposition des Siegelwachses, das aus einer eigenartigen blätterigen Masse besteht.

Ein weiteres instruktives Beispiel für die Umänderung gefälschter Stempel konnte ich noch auf zwei Urkunden der Abtei von Siegburg feststellen. Die Benediktiner von Siegburg besassen nämlich einen gefälschten Siegelstempel des Erzbischofs Friedrich I. von Köln (1100 bis 1141), Taf. 2,4. Nachdem sie diesen zu einer Fälschung (Knipping 163) benutzt hatten, änderten sie den Stempel um und gebrauchten ihn dann zur Besiegelung einer angeblichen Urkunde des Erzbischofs Hermann (1089—1099) (Lac. I, Nr. 253, Taf. 2,9). Es wurde nur ein Teil der alten Legende umgraviert. An Stelle des ursprünglichen Namens "Frithericus" setzte man "Herimannus" (vergl. Taf. 2,4 und 9). Auch hier ist wiederum der umgeänderte Stempel auf den älteren Urkunden Hermanns nachweisbar, der unveränderte Stempel hingegen auf den zeitlich jüngeren Diplomen Friedrichs.

Aus den vorstehenden Ausführungen erhellt, dass wir in vielen Fällen nicht in der Lage sind, ein abschliessendes Urteil über die Echtheit und Unechtheit eines Siegels abzugeben. Bei einer grösseren Zahl der uns überlieferten Siegel vermögen wir freilich zu beweisen, dass sie mit dem Originalstempel angefertigte, also echte Abdrücke sind. Bei manchen Abdrücken liefert weiterhin die Beschaffenheit des Abdruckes oder der Urkunde den Beweis, dass sie nicht regulär, son-

dern vom echten Schriftstück abgelöst und zu Fälschungszwecken weiter verwendet worden sind. Ob wir aber in den meisten Fällen diese letztere Art des Siegelbetruges, wie Bresslau annimmt (a. a. O. S. 977), bei sorgfältiger und genauer Prüfung zu erkennen vermögen, bezweifele ich. Jedenfalls wird eine betrügerische Weiterverwendung echter Siegel, wenn sie gleichzeitig und geschickt ausgeführt ist, manchmal unerkennbar bleiben. Ebenso meistens auch eine missbräuchliche Benutzung des Originalstempels.

Wir sind also nicht in der Lage mit voller Sicherheit festzustellen, ob ein echtes Siegel nun auch im Einverständnisse mit dem Siegelinhaber auf der zugehörigen Urkunde angebracht worden ist oder von Anfang an einen Bestandteil der zugehörigen Urkunden bildete. Daher kann das in der oben erwähnten Weise als Abdruck des Originalstempels nachgewiesene in Befestigung und sonst unverdächtige Siegel niemals, wie es zeitweise im mittelalterlichen Urkundenbeweis geschah, als absolutes Beweismittel für eine Anteilnahme des Siegelinhabers an der Siegelung und damit am Beurkundungsgeschäft dienen.

Nur bei Urkunden, welche mit einem echten aus einer ganz dünnen Wachslage bestehenden Münzsiegel (eventuell mit Randschrift) versehen sind, darf das unversehrte echte Siegel vielleicht als allein ausreichendes Beweismittel für die Authenticität der zugehörigen Urkunde angesehen werden. Solche Siegel konnten nämlich nicht vermittelst der im Mittelalter bekannten Abformverfahren nachgeahmt werden. Ebenso war eine Weiterverwendung durch Spaltung und Wiedervereinigung der beiden Wachsschichten, besonders bei Münzsiegeln mit Randschrift, vollständig ausgeschlossen. Allerdings würde auch bei jenen Münzsiegeln der Missbrauch des Originalstempels wohl nur in den seltensten Fällen nachgewiesen werden können.

Neben den nachweisbar echten Siegeln findet man nun gerade auf den älteren Diplomen eine ganz bedeutende Zahl von Siegeln, welche nur auf Urkunden eines bestimmten Empfängers nachgewiesen werden können. Diese letztere Erscheinung kann auf verschiedene Ursachen, und zwar in erster Linie auf ungenügend überliefertes Urkundenmaterial zurückgeführt werden. Es kann ferner für einen speziellen Fall von dem Siegelführer die Anfertigung eines neuen Typares veranlasst worden sein, wie wir es aus einem Schreiben eines Bischofs von Odense aus dem 13. Jahrhundert kennen gelernt haben. (Bresslau a. a. O. S. 979). Weiterhin besteht noch die dritte Möglichkeit, dass



das betreffende Siegel vom Urkundenempfänger angefertigt, also gefälscht ist.

Bei diesen nur auf Urkunden eines Empfängers nachweisbaren Siegeln ist zunächst durch Vergleich mit den zweifellos echten Siegeln festzustellen, welche von den ersteren zeitgemässe oder unzeitgemässe Form haben.

Wird nun öfters schon die vollständig unzeitgemässe Form eines Siegels das betreffende Stück als Machwerk einer späteren Periode erkennen lassen, so gestatten in anderen Fällen kleinere, unbedeutende Abweichungen von der echten Siegelform noch nicht, in dem fraglichen Siegel nun gleich eine Fälschung zu erblicken. Vielfach wird es von der Beschaffenheit der Urkunde abhängen, ob wir ein solches Siegel als gefälscht oder nur als verdächtig bezeichnen dürfen.

Unter den Siegeln, welche zeitgemässe Form aufweisen, werden manche in der näher erörterten Weise als Fälschungen nachgewiesen werden können. Bei anderen wird meist eine Prüfung der zugehörigen Urkunde ergeben, ob man dem zugehörigen Siegel das Prädikat verdächtig oder unverdächtig beizulegen berechtigt ist. Ein genaues Urteil über ein Siegel wird also in manchem Falle von einer Prüfung der Urkunde abhängen. Wir werden demnach wiederholt nicht in der Lage sein, zu einem abschliessenden Urteil zu gelangen, sondern vielfach vielmehr gezwungen sein, unser Urteil über die Echtheit bezw. Unechtheit eines Siegel zu suspendieren, und uns damit begnügen müssen festzustellen, ob das fragliche Siegel zeitgemässe Form aufweist oder nicht.

Der Nachweis der Echtheit bezw. Unechtheit eines Siegels kann also nicht in allen Fällen bis zu dem gleichen Grade von Gewissheit geführt werden. Zur Bezeichnung der verschiedenen Abstufungen schlage ich folgende Terminologie vor. Ein Siegel kann sein:

- I. echt
  - a) regulär,
  - b) zu Fälschungszwecken missmissbraucht.
- II. zeitgemäss
  - a) unverdächtig,

- b) verdächtig,
- c) gefälscht.
- III. unzeitgemäss
  - a) verdächtig,
  - b) gefälscht.

Da nun das Siegel bei der vom Empfänger geschriebenen Urkunde das einzige Merkmal der Authenticität ist, ergibt sich ferner, dass wir die Authenticität einer vom Empfänger geschriebenen Urkunde nicht mit absoluter Sicherheit nachzuweisen vermögen. Der höchste Grad der Gewissheit, zu dem wir hinsichtlich der Erkennbarkeit der Echtheit eines vom Empfänger geschriebenen Diplomes gelangen können, ist vielmehr erreicht, wenn wir feststellen können, dass die Schrift der Urkunde zeitgemäss, der Inhalt der Urkunde unbedenklich, das Siegel echt und in Material und Befestigungsweise unverdächtig ist.

Die Authenticität ist daher bei einer in einer fest organisierten Kanzlei geschriebenen Urkunde in einem viel höhern Grade nachweisbar, als bei den vom Empfänger geschriebenen Urkunden, weil auch hier noch die Form der Urkunde selbst Kriterien aufweist, welche ihre Provenienz vom angegebenen Aussteller beweisen.

Ist folglich nach Sickel eine Urkunde echt, wenn nachgewiesen werden kann, dass sie von einem bestimmten Kanzleiangehörigen diktiert, von ihm selbst oder einem zweiten bekannten Schreiber geschrieben ist, ferner ein echtes Siegel trägt, und bezeichnet man derartige Urkunden, als "Original", dann ist naturgemäss für jene Urkunden, bei denen der Echtheitsbeweis nicht bis zu diesem Grade geführt werden kann, ein anderer Terminus zu prägen.

Buchwald schlägt vor (a. a. O. S. 7), alle Urkunden "deren Schrift zur Zeit und deren Siegel zum Aussteller stimmen, in weiterem Sinne bei der Voraussetzung des ersteren auch, wenn von dem zweiten nur Spuren vorhanden sind", als "Authentica" zu bezeichnen. Meines Erachtens ist aber hinsichtlich der Echtheits-Bezeichnung einer vom Empfänger geschriebenen Privaturkunde noch eine weitere Unterscheidung zu machen, ob nämlich das zugehörige Siegel als "echt" oder wie in vorstehendem gezeigt wurde, nur als "zeitgemäss unverdächtig" nachgewiesen werden kann. Im ersten Falle ist doch die Provenienz der zugehörigen Urkunde vom Aussteller in einem viel grösseren Masse garantiert, als wenn die Echtheit des Siegels nicht ermittelt werden kann.

# Zweiter Abschnitt.

# Die Siegel der Erzbischöfe von Trier bis zum Jahre 1212.

I. Nachweis der echten Siegel.

Zur Ermittelung der echten Siegel der Erbischöfe von Trier bleibt nach unsern bisherigen Darlegungen zu prüfen, welche Siegel auf Urkunden verschiedener Empfänger vorkommen. Zu diesem Zwecke wurde die nachstehende Tabelle S. 42 und 43 aufgestellt. Sie lässt erkennen, wie viele Siegel von den einzelnen Bischöfen erhalten sind, ob diese Siegel im Typ übereinstimmen, für welchen Empfänger die besiegelte



Urkunde bestimmt war, und zu welcher Zeit die verschiedenen Siegel gebraucht worden sind. Die Tabelle ist nur bis zum Jahre 1101, also bis zum Regierungsantritte Brunos durchgeführt worden. Für die spätere Zeit war eine derartige Übersicht nicht mehr notwendig, da unter den Siegeln dieser Periode sich überhaupt nur noch eine einzige Fälschung nachweisen lässt, nämlich ein angebliches Siegel Johanns I. auf Urkunden von St. Matthias. Ausserdem konnte die missbräuchliche Weiterverwendung eines echten Siegels Arnolds, ebenfalls auf einem Diplome für St. Matthias, dann ein zu Fälschungszwecken missbrauchtes echtes Siegel des Erzbischofs Siegfried II. von Mainz, das auf einer Urkunde für Ravengiersburg als Siegel Alberos ausgegeben wurde, ermittelt werden. Verdächtig sind ferner noch zwei Siegel Brunos für Carden.

Eine weitere Tabelle S. 44 zeigt die Verbreitung der verschiedenen Siegeltypen auf den Urkunden der einzelnen Empfänger. In dieser Übersicht sind unter Benennung der einzelnen Empfänger auch die verschiedenen bei den späteren Erzbischöfen (von 1101—1212) nachweisbaren Siegeltypen eingetragen. Bereits seit der Regierungszeit Alberos ist die Zahl der erhaltenen besiegelten Urkunden eine so beträchtliche, dass es zu weit führen würde, auch hier die verschiedenen Diplome einzeln aufzuführen. Man vergleiche daher die diesbezüglichen Angaben bei Goerz und Beyer.

Die betreffenden Urkunden befinden sich grösstenteils in dem Staatsarchiv in Coblenz, vereinzelt auch in Wiesbaden, Darmstadt und in der Stadtbibliothek von Trier.

Auf Urkunden verschiedener Empfänger (vgl. Tabelle S. 44) sind nun nachweisbar von:

Heinrich I. (956—964) ein einziges Siegel. Das eine Diplom befindet sich jetzt im Staatsarchiv in Gent, nachdem es eine zeitlang der Renesse'schen Sammlung angehört hatte. Auf diesem Diplome ist das Siegel sehr gut erhalten.

Auf der zweiten Ausfertigung derselben Urkunde, welche sich in Coblenz befindet, und zwar im Trierischen Staatsarchiv, sind nur Bruchstücke des Siegels erhalten, jedoch lassen diese deutlich die Übereinstimmung mit dem Siegel der Urkunde in Gent erkennen.

Von den folgenden Erzbischöfen Theoderich, Egbert, Ludolf ist kein einziges Siegel auf Urkunden verschiedener Empfänger nachweisbar. Dagegen sind von



Poppo (1016—1047) zwei abweichende Typen auf Urkunden verschiedener Empfänger erhalten, und zwar Typ A und Typ B. Ebenso von

Eberhard (1047-1066) Typ B und Typ C; von

Udo (1066-1078) wiederum nur 1 Typ. Gleichfalls von

Egilbert (1079-1101) nur ein Typ.

Bruno (1101-1124) zwei Typen A und B.

Albero (1131-1152) zwei Typen A und B.

Hillin (1152-1169) zwei Typen A und B.

Arnold (1169-1183) nur ein Typ.

Johann (1190-1212) zwei Typen A und B.

Diese Siegel können der Vorbemerkung gemäss als echt bezeichnet werden. Sie befinden sich jedoch nicht ausschliesslich auf unverdächtigen Urkunden. Einige sind auf gefälschten Urkunden angebracht, wie unten bei der Erörterung der Siegel von Maximin und Matthias noch gezeigt werden wird (vgl. S. 70 ff.).

#### II. Nachweis der zeitgemässen, unverdächtigen Siegel.

Mehrere Siegel der Erzbischöfe von Trier sind nur auf Urkunden eines Empfängers nachweisbar, oft überhaupt nur in einem einzigen Exemplar überliefert. Diese letzteren Siegel sind nun mit den echten Siegeln zu vergleichen.

Die echten Siegel bilden nämlich die sichere Unterlage für eine Untersuchung der Weiterentwicklung des Siegeltypus, der Umschrift, der Beschaffenheit des Siegelwachses und der Befestigung der Siegel (vgl. Tabelle S. 46). Durch Vergleich mit jenen fest datierten echten Stücken lässt sich daher bei den übrigen nur auf Urkunden eines Empfängers nachweisbaren Siegeln feststellen (vgl. Tabelle S. 48), ob sie zeitgemässe oder unzeitgemässe Form besitzen.

Natürlich sind bei einer solchen vergleichenden Untersuchung auch echte Siegel anderer Siegelführer heranzuziehen. So wurde z. B. bei der Prüfung der einzelnen Typen der trierischen Bischofssiegel, soweit dies notwendig war, auf die Siegel der Erzbischöfe von Köln bezug genommen (vgl. S. 52.).

Ein Vergleich der nur auf Urkunden eines Empfängers nachgewiesenen mit den echten Siegel lässt erkennen, dass folgende in allem vollkommen zeitgemässe Form haben:

> Egbert (977—993) Typ A. Poppo (1016—1047) Typ C. Eberhard (1047—1066) Typ A. D. und E.



Regierungszeit der Erzbischöfe.	Jetziger Aufbewahrungsort der Urkunde	Datum	Empfänger	Druckort bezw. Regesten bei Goerz	Bezeichnung d. ver- schied. Typen durch d. gross. Buchstaben d. Alphabets wie im Rhein. Siegelwerk	Abbildung in der 2. Lieferung des Rhein. Siegelwerkes
Rotbert (931-956)	Coblenz Staatsarchiv	956 Sept. 15	Münstermaifeld	Goerz I. 941	1	Taf. 1,1
	Coblenz	959 Febr. 13	Trier Staatsarchiv	Goerz I. 970	1	1
Heinrich I. (956—964)	Gent Staatsarchiv	959 Febr. 13	St. Florin in Coblenz	Goerz I. 970	1	Taf. 1,3
	Trier Stadtbibliothek	973	Maria ad martyres	Goerz I. 1045	1	Taf. 1,2
Theoderich I. (965—977)	Coblenz	926	Maria ad martyres	Goerz I. 1057	I	1
	Trier Stadtbibliothek	920	Abtei Maximin bei Trier	Goerz I. 1024	D	1
	Trier Stadtbibliothek	978 Aug. 9	Abtei St. Mathias bei Trier	Goerz I. 1061	A	Taf. 1,
Egbert (977—993)	Trier Stadtbibliothek	979 zwei gleich- lautende Exempl.	Abtei St. Mathias bei Trier	Goerz I. 1064	В	Taf. 1,e
	Coblenz	186	Maria ad martyres	Goerz I. 1069	၁	Taf. 1,5
Ludolf (994-1008)	Trier Stadtbibliothek	1000	Maria ad martyres	Goerz I. 1148	1	Taf. 2,1
	Coblenz	1036 Nov. 10	Abtei St. Mathias bei Trier	Goerz I. 1257	A	Taf. 2,1
	Coblenz	(1023—1047) o. D.	Trier Staatsarchiv	Goerz I. 1229	В	Taf. 2,4
	Coblenz	(1023—1047) o. D.	Trier Staatsarchiv	Goerz I. 1307	A	1
Poppo (1016—1047)	Brüssel Bibl. royale (1016—1047) o. D. Mscr. 14795	(1016—1047) o. D.	Dom Trier oder St. Marien neben dem Dom	Goerz I. 1304	В	1
	Wiesbaden	o. D.	St. Alban in Mainz		В	1
	m :- 64 40 mm	6 7000 0001	St Mothing hai Twin	Goery I 1964	-)	Taf 2.s

z. 8 z. 8 z. 8 z. 8 Diplom	1052 1052 1052 1053 1059 Dez. 8 1059 Dez. 8 1059 Dez. 8 1059 Dez. 8	St. Simeon in Trier Goerz I. 1351  Münstermaifeld Goerz I. 1352  Florin (od. Trier. Staats-Arch.) Goerz I. 1349  St. Simeon in Trier Goerz I. 1356  Münstermaifeld Goerz I. 1372  St. Mathias bei Trier Goerz I. 1375  St. Mathias bei Trier Goerz I. 1375  St. Mathias bei Trier von Goerz I. 1375	Goerz I. 1351 Goerz I. 1352 Goerz I. 1356 Goerz I. 1356 Goerz I. 1375	С В	Taf. 3,3
Coblenz   1052     Mayen Museum   1053     Coblenz   1058     Coblenz   1059 Dez. 8     Trier Stadtbibl. (K,15)   1059 Dez. 8     Trier Stadtbibl. (K,15)   1059 Dez. 8     Trier Stadtbibl. (K,15)   1061     Coblenz   1065 Jan. 29     Coblenz   1071 Dez. 11     Coblenz   1071 Dez. 11     Coblenz   1071 Dez. 11     Coblenz   1075     Trier Stadtbibliothek   1068 Jan. 29     Coblenz   1071 Dez. 11     Coblenz   1075     Trier Stadtbibliothek   1068 Jan. 29     Coblenz   1071 Dez. 11     Coblenz   1075     Coblenz   1075     Coblenz   1084     Coblenz   1084	1052 1053 1058 1059 Dez. 8 1059 Dez. 8 1059 Dez. 8 1061 1061	Münstermaifeld lorin (od. Trier. Staats-Arch.) St. Simeon in Trier Münstermaifeld St. Mathias bei Trier St. Mathias bei Trier	Goerz I. 1352 Goerz I. 1349 Goerz I. 1356 Goerz I. 1372	В	
Mayen Museum         1052           Coblenz         1053           Coblenz         1059 Dez. 8           Trier Stadtbibl. (K,15)         1061           Coblenz         1061           Coblenz         1071 Dez. 11           Coblenz         1075           DiözesanmuseumTrier         1075           Trier Stadtbibliothek         1075           Trier Stadtbibliothek         1075           Coblenz         1075           DiözesanmuseumTrier         1075           Trier Stadtbibliothek         1084	1052 1053 1059 Dez. 8 1059 Dez. 8 1059 Dez. 8 1061 1061	lorin (od. Trier. Staats-Arch.) St. Simeon in Trier Münstermaifeld St. Mathias bei Trier St. Mathias bei Trier	Goerz I. 1349 Goerz I. 1356 Goerz I. 1372 Goerz I. 1375		Taf. 3,2
Coblenz   1058   1058   1059 Dez. 8   Trier Stadtbibl. (K,s)   1059 Dez. 8   Trier Stadtbibl. (K,s)   1059 Dez. 8   Trier Stadtbibl. (K,s)   1061   1061   1061   1065   1065   1075   1075   1075   1075   1075   1075   1075   1075   1075   1075   1084		St. Simeon in Trier Münstermaifeld St. Mathias bei Trier St. Mathias bei Trier	Goerz I. 1356 Goerz I. 1372 Goery I. 1375	В	Taf. 3,2
Coblenz   1059 Dez. 8     Trier Stadtbibl. (K,15)   1059 Dez. 8     Trier Stadtbibl. (K,15)   1059 Dez. 8     Trier Stadtbibl. (K,15)   1061     Coblenz   1061     Coblenz   1071 Dez. 11     Coblenz   1071 Dez. 11     Coblenz   1075     DiözesanmuseumTrier     Coblenz   1075     Trier Stadtbibliothek   1068 Jan. 29     Coblenz   1071 Dez. 11     Coblenz   1075     Trier Stadtbibliothek   1068 Jan. 29     Coblenz   1071 Dez. 11     Coblenz   1075     Trier Stadtbibliothek   1068 Jan. 29     Coblenz   1071 Dez. 11     Coblenz   1075     Trier Stadtbibliothek   1068 Jan. 29     Coblenz   1075     Trier Stadtbibliothek   1068 Jan. 29		Münstermaifeld St. Mathias bei Trier St. Mathias bei Trier	Goerz I. 1372 Goerz I. 1375	В	Taf. 3,2
Coblenz   1059 Dez. 8     Trier Stadtbibl. (K,15)   1059 Dez. 8     Trier Stadtbibl. (K,15)   1059 Dez. 8     Trier Stadtbibl. (K,15)   1061     Coblenz   1065     Coblenz   1071 Dez. 11     Coblenz   1071 Dez. 11     Coblenz   1075     DiözesanmuseumTrier     Trier Stadtbibliothek   1068 Jan. 29     Coblenz   1071 Dez. 11     Coblenz   1075     Trier Stadtbibliothek   1068 Jan. 29     Coblenz   1071 Dez. 11     Coblenz   1075     Trier Stadtbibliothek   1068 Jan. 29     Trier Stadtbibliothek   1068 Jan. 29     Trier Stadtbibliothek   1075     Trier Stadtbibliothek   1068 Jan. 29     Trier Stadtbibliothek   1075     Trier Stadtbibliothek   1068 Jan. 20		St. Mathias bei Trier St. Mathias bei Trier	Goery 1 1375	В	Taf. 3,2
Trier Stadtbibl. (K,s)         1059 Dez. 8           Trier Stadtbibl. (K,s)         1061           Trier Stadtbibl. (K,s)         1061           Coln Stadtarchiv         1061           Coblenz         1065           Trier Stadtbibliothek         1071 Dez. 11           Coblenz         1075           DiözesanmuseumTrier         -           Trier Stadtbibliothek         970 gefälscht. Diplom           Coblenz         1084		St. Mathias bei Trier	2001 71000	၁	Taf. 3,
Trier Stadtbibl. (K,s) 1059 Dez. 8  Trier Stadtbibl. (K,s) 1061  Coblenz  Coblenz  Coblenz  Coblenz  Coblenz  DiözesanmuseumTrier  Coblenz			2. Ausfertigung von Goerz I, 1375	ञ	Taf. 3,s
Trier Stadtbibl. (K,s) 1061  Cöln Stadtarchiv 1061  Coblenz 1068 Jan. 29  Coblenz 1071 Dez. 11  Coblenz 1075  DiözesanmuseumTrier  Trier Stadtbibliothek Coblenz 1084		St. Mathias bei Trier	nicht gedruckt	C	Taf. 3,4
Cöln Stadtarchiv 1061  Coblenz 1065  Trier Stadtbibliothek 1068 Jan. 29  Coblenz 1071 Dez. 11  Coblenz 1075  DiözesanmuseumTrier — — — — — — — — — — — — — — — — — — —		St. Simeon in Trier	Goerz I. 1383	D	Taf. 3,3
Trier Stadtbibliothek 1068 Jan. 29  Coblenz 1071 Dez. 11  Coblenz 1075  DiözesanmuseumTrier — — — — — — — — — — — — — — — — — — —		St. Simeon in Trier	Goerz I. 1384	D	Taf. 3,s
Trier Stadtbibliothek 1068 Jan. 29  Coblenz 1071 Dez. 11  Coblenz 1075  DiözesanmuseumTrier — — — — — — — — — — — — — — — — — — —		Trier Staatsarchiv	Goerz I. 1403	Ö	Taf. 3,4
Coblenz  DiözesanmuseumTrier  Trier Stadtbibliothek Coblenz  Coblenz  1071 Dez. 11  1075		St. Simeon in Trier	Goerz I. 1409	Ī	Taf. 4,1
1075  970 gefälscht, Diplom Egberts 1084		St. Florin in Coblenz	Goerz I. 1422	1	Taf. 4,1
970 gefälscht. Diplom Egberts		St. Simeon in Trier	Goerz I. 1448	1	Taf. 4,1
		(*	1	A	Taf. 4,2
1084	bibliothek 970 gefälscht, Diplom Egberts	Maximin	Goerz I. 1024	A	Taf. 4,2
	enz 1084	St. Irmin in Trier	Goerz I. 1494	В	Taf. 4,3
Egilbert (1079-1101)   Wiesbaden 1085 Juni 16 St. Sin	-	St. Simeon in Trier	Goerz I. 1499	A	Taf. 4,2
Düsseldorf 1088 B		Brauweiler	Goerz I. 1512	O	Taf. 4,4
Trier Stadtbibliothek 1097 Juli 11 St. Sin		St. Simeon in Trier	Goerz I, 1543	D	Taf. 4,5

\*) Verschluss-Siegel des Reliquienbehälters eines Altares der Kirche zu Gering (Mayen).

# Übersicht über die Verbreitung der einzelnen Siegel -

	Тур А	Anzahl der Exemplare	Тур В	Anzahl der Exemplare
Rotbert (931-956)	Münstermaifeld (956)	1		() <u>—</u> )
Heinrich I. (956 - 964) {	Trier. Staatsarchiv (959) Florin in Coblenz (959)	1	-	-
Theoderich I. (965 – 977)	Maria ad martyres (973, 976)	2	_	
Egbert (977-993)	St. Mathias b. Trier (978)	1	St. Mathias b. Trier (979)	2
Ludolf (994-1008)	Maria ad martyres	1	_	-
Poppo (1016-1047)	St. Mathias b. Trier (1036) Trier. Staatsarchiv	1	Trier. Staatsarchiv Trier Dom oder St. Marien St. Alban in Mainz	1 1 1
Eberhard (1047—1066)	Trier. Staatsarchiv (1052)	1	Münstermaifeld (1052, 1058) St. Florin Coblenz (1052) St. Simeon Trier (1053)	2 1 1
Udo (1066—1078) {	St. Simeon Trier (1068,1075) St. Florin Coblenz (1071)	2	-	_
Egilbert (1079—1101)	Gering (Kreis Mayen) Maximin (Fälschung Egbert 970) St. Simeon in Trier (1085)	1	St. Irmin Trier (1084)	1
Bruno (1102—1124)	St. Florin Coblenz (1110) Münstermaifeld (1103)	1	Trier Dom (1115) St. Paulin b. Trier (1116) St. Andreas i. Köln (1119) Trier. Staatsarchiv (1121)	1 1 1 1
Meginher (1127—1130)	Trier Dom (1129)	1	Schiffenburg	1
	Steinfeld (1135) Lonnig (1136, 1142) Siegburg (1139)	1 2 1	Simeon i. Trier (1138, 1150) Himmerode (1138) St. Maria ad martyres (1139, 1140)	2 1 3
Albero (1131—1152)	Schönau (1133) Stuben (1138) Springiersbach (1136, 1142) Schiffenburg (1139)	1 1 2	Schiffenburg (1141)	
Hillin (1152—1169)	Himmerode (1161, 1169) Laach (1153) Arnstein (1163, 1156) Maria ad martyres (1158) Springiersbach (1160)		Himmerode (o. D.) Fraulautern (1154) Mathias (1153)	_ 1 1 
Arnold (1169-1183)	nur ein Typus vorhanden auf Urkunde von Lach, Himmerode, Maximin, Stuben, Fraulautern, Springiersbach u. a.	-	_	_
Johann (1190 – 1212)	Münstermaifeld, kurtrier. Archiv, Himmerode, Thomas a. d. Kyll, Carden u. a.	-	Mathias, Stuben, Thomas a. d. Kyll, Trier Dom u. a.	_

# Typen auf den Urkunden der einzelnen Empfänger.

Тур С	Anzahl der Exemplare	Anzahl der  Anzahl der  Exemplare  Exemplare		Тур Е
_	_	-	-	÷ 1
- <del>-</del>	-	-	_	=
<u></u>	4	<del>-</del>	_	
Maria ad martyres (981)	1	Maximin (970)	1	<del>-</del>
<u>-</u> -		-	_	L.
St. Mathias (1038)	1	St. Simeon (1042)	1	, <del>C</del>
= =	=	Ξ	=	Ξ
St. Mathias b. Trier (1059) Trier. StArch. (1065)	2	St. Simeon in Trier (1052, 1061)	3 _	St. Mathias b. Trier 1059
	-	_	-	_
	-	<del>-</del> :	-	-
Abtei Brauweiler (1088)	1	St. Simeon (1097)	1	=
Stift Carden (1121)	2	_	_	_
		_	1 = 1	
=		_	-	
_		_	_	
Ravengiersberg	-	-	_	-
1.4				
<del>-</del>				
1 = 1			1 1	
_				
<del>-</del>				
=				
_				
Mathias		_		1,27

Entwicklung des Typus, der Befestigungsweise usw.

	Regierungs- zeit	Тур	Siegelbild
Heinrich	956—964	_	Brustbild
Theoderich I.	965—977	-	
Egbert	977-993	_	_
Ludolf	994—1008	-	
Megingand	1008 - 1015	-	_
Adalbero	1008 - 1016	c=	——————————————————————————————————————
Poppo	1016-1047	A	Brustbild mit Hirtenstab, segnender Rechten
		В	" " " " "
Eberhard	1047—1066	В	Brustbild mit Stab und Buch
		$\mathbf{C}$	Brustbild mit Stab, segnender Rechten
Udo	1066—1078	_	ganze stehende Figur mit Stab und Buch
Egilbert	1079—1111	A	Brustbild mit Stab und Buch
Bruno	1101-1124	A	27 29 27 27 27
		В	ganze Figur, sitzend, mit Stab und Buch
Meginher	1127—1130	_	_
Albero	1131—1152	A	ganze Figur, sitzend, mit Stab und Mitra
		В	מ ני ני ני ני
Hillin	1152 1169	A	מ יו יו יו יו יו
		В	מ ה ה ה ה ה
Arnold	1169-1183	_	מ מ מ מ מ מ
Johann	1189—1212	A	מ מ מ מ מ מ
		В	ת יו יו יו יו יו
Dietrich II.	1212-1243	_	י יו יו יו יו יו יו
Arnold	1243 - 1259	В	מ מ מ מ מ מ מ
		C	מ מ מ מ מ מ
Heinrich	1260-1286	_	ת ת ת ה ה ה ה
Boemund	1286-1299	_	ganze Figur, sitzend, mit Stab und segnende Rechte



## der echten Siegel der Erzbischöfe von Trier.

Umschrift	Grösse in mm.	Form	Wachs	Befestigung	Abbildung II. Lieferung Rheinischer Siegel
† Henricus servus Christi Jesus	49	rund	ungefärbt	eingehängt	Taf. 1,3
<u> </u>	_	_	_	_	_
<del>-</del>	-	_	_	_	_
	_	_	_	_	-
	_	_			-
A	_	_	_	_	=
† Poppo dei gratia Trevirorum archiepiscopus	43	rund	ungefärbt	aufgedrückt	Taf. 2,2
† Poppo Trevirorum dei gratia archiepiscopus	61	,,	,,	,,,	Taf. 2,4
† Eberhardus dei gratia Trevir. archiepiscopus		,,	,,	,,	Taf. 3,2
† Eberhardus " " " "	58	,,	,,	aufgedrückt u. eingehängt	Tof 2
Udo """""""	60	,,	"	aufgedrückt	Taf. 4,1
† Egilbertus dei gratia Episcopus	61	,,	"	"	Taf. 4,2
† Bruno dei gratia archiepiscopus	62	,,	,,	,,	Taf. 5,1
† Bruno Trevirorum archiepiscopus	74	,,	,,	,,	Taf. 5,3
<u> </u>	-	_	_	-	-
Albero dei gratia Trevir. archiepiscopus	<b>61</b> ×90	spitz- oval	rot, rotbraun gefärbt	anhängend	Taf. 6,1
Albero " " " "	57×78	,,	,,	,,	Taf. 6,2
† Hillinus ", ", "	64×80	,,	,,	,,	Taf. 6,
† Hillinus ", ", "	70×85	,,	,,	,,	Taf. 6,4
† Arnoldus ", ", "	<b>61</b> ×83	,,	,,	,,	Taf. 7,1
Johannes ", ", "	69×90	,,	meist rot, rot braun, auch ungefärbt	"	Taf. 7,2
Johannes ", ", ",	69×88	,,	,,	"	Taf. 7,3
† Theodericus ", ",	58×80	,,	,,,	,,	Taf. 7,5
† Arnoldus " " " "	45×75	,,	,,	,,	Taf. 8,2
† Arnoldus " " " "	<b>58</b> ×80	,,	"	"	Taf. 8,4
† Sigillum Henrici dei gratia Trevir, archiepis.	60×86	,,	,,,	,,	Taf. 8,6
† " Boemundi " " " "	65×96	,,	,,,	,,	Taf. 9,2



Typus, Befestigung usw. jener Siegel, welche sich

	Regierungs- zeit	Тур	Siegelbild	Umschrift
Rotbert	931—956	-	ganze sitzende Figur mit Stab, Buch und Mitra	Rothertus dei gratia Tre- virorum archiepiscopus
Heinrich	956—964	-	<u> </u>	_
Theoderich I.	965-977	-	Brustbild mit Stab und Buch und Mitra	† Theodericus archiepis- copus Treverensis
Egbert	977—993	A	Brustbild mit Stab und segnender Rechte	† Ekbertus archiepiscopus
		В	sitzende ganze Figur mit Stab und segnender Rechte	† Sigillum Egberti dei gratia Trevirorum archiepiscopi
		C	Brustbild mit Hirtenstab und Buch	† Ekebertus Treverensis archiepiscopus
Ludolf	994 – 1008	-	Brustbild mit Stab u. Buch	† Lutwinus dei gracia Tre- verensis archiepiscopus
Рорро	1016-1047	C	Brustbild mit Stab u. Buch	† Poppo dei gracia Trevi- rorum archiepiscopus
		D	Brustbild mit Stab u. Buch und Mitra	† Poppo dei gratia Trevi- rorum archiepiscopus
Eberhard	1047—1066	A	Brustbild mit Stab u. Buch	† Eberhardus archi- episcopus
		D	Brustbild mit Stab und segnender Rechte	† Eberhardus dei gratia Treviror. archiepiscopus
		E	Brustbild mit Stab und segnender Rechte	† Eberhardus dei gratia Treviror. archiepiscopus
Egilbert	1079 – 1101	В	Brustbild mit Stab u. Buch	† Egilbertus dei gratia Treviror. archiepiscopus
		C	Brustbild mit Stab u. Buch	† Egilbertus dei gratia episcopus
		D	Brustbild mit Stab u. Buch	† Egilbertus dei gratia episcopus
Bruno	1102-1124	C	ganze Figur sitzend, mit Stab und Buch	† Bruno Trevir. archiep.
Meginher	1127—1130	A	ganze Figur sitzend, mit Stab und Mitra	† Meinerus dei gratia Treviror. archiepiscopus
		В	ganze Figur sitzend, mit Stab und Mitra	† Meinerus Trev. archiep.
Johann I.	11891212	C	ganze Figur sitzend, mit Stab und Mitra	Johannes dei gratia Treviror, archiepiscopus

# nur auf Urkunden eines Empfängers nachweisen lassen.

Grösse in mm.	Form	Wachs	Befestigung	Abbildung Lieferung II.	Urkunde	Empfänger
80	oval	ungefärbt	aufgedrückt	Taf. 1,1		Stift Münstermai- feld
	_	· -	-	-	-	_
71	rund	rotbraun	aufgedrückt	Taf. 1,2	Fälschung des 12. Jhds.	Maria ad mar- tyres bei Trier
45	,,	ungefärbt	,,	Taf. 1,4	Schrift des 10. Jhds. Inhalt unverdächtig	St. Mathias bei Trier
88×51	spitz- oval	rotbraun	anhängend	Taf. 1,6	Fälschung des 13. Jhds.	St. Mathias bei Trier
68	rund	.,	aufgedrückt	Taf. 1,5	Fälschung des 12. Jhds.	St. Maria ad mar- tyres bei Trier
68	,,	,,	"	Taf. 2,1	Fälschung des 12. Jhds.	St. Maria ad mar tyres bei Trier
51	,,	ungefärbt	eingehängt	Taf. 2,3	Schrift  zeitgemäss, un- verdächtig	St. Mathias bei Trier
63	,,,	,,	aufgedrückt	Taf. 2,5		St. Simeon i. Trie
55	,,	,,	,,	Taf. 3,1	Schrift zeitgemäss, un- verdächtig	kurtrier. Staats Archiv
55	,,	,,	"	Taf. 3,3	Schrift zeitgemäss, un- verdächtig	St. Simeon i. Trie
58	"	ungefärbt	"	Taf. 3,5	Schrift zeitgemäss?	St. Mathias be
79	,,	,,	,,	Taf. 4,3		St. Irmin b. Trie
69	,,	grau gefärbt	- "	Taf. 4,4	Fälschung des 12. Jhds.	Brauweiler bei Köln
61	,,	rotbraun	,,	Taf. 4,5	Fälschung des 12. Jhds.	St. Simeon i. Trie
76	,,	ungefärbt	,,	Taf. 5,2		St. Castor in Carden
60	,,	,,	<b>*</b> 11	Taf. 5,4	Schrift zeitgemäss, Urkde unverdächtig	
65×54	spitz-	rötl. gefärbt	,,	Taf. 5,5	,, ,,	Schiffenburg
88×68		rotbraun	anhängend	Taf. 7,4	Fälschungen des 13. Jhds	St. Mathias be Trier

Westd. Zeitschr. f. Gesch. u. Kunst. XXX, I.

4

Bruno (1102-1124) Typ C. Meginher (1127-1130) Typ A und B. Johann (1189-1212) Typ C.

Von diesen zeitgemässen Siegeln sind aber nur folgende wegen ihres Vorkommens auf unverdächtigen, in der Schrift zeitgemässen Urkunden als unverdächtig zu bezeichnen:

Egbert (977—993) Typ A.

Poppo (1016—1047) Typ C<sup>13</sup>).

Eberhard (1047—1066) Typ A.

Meginher (1127—1130) Typ A und B.

#### III. Nachweis der gefälschten Siegel.

Mehrere jener Siegel, welche nur auf Urkunden eines Empfängers nachgewiesen werden können, und zeitgemässe Form haben, sind als verdächtig bezw. gefälscht anzusehen, wie unten noch im einzelnen gezeigt werden wird.

Es sind die Siegel folgender Erzbischöfe:

ve	rdächtig	gefälscht
Eberhard (1047-1066)	D	E
Egilbert (1079-1101)		
Bruno (1102—1124)	C	
Johann (1189-1212)		C

Alle übrigen Siegel der Erzbischöfe von Trier aus der Periode bis zum Jahre 1212, mit denen sich die vorliegende Arbeit beschäftigt, sind in ihrer äusseren Form unzeitgemäss. Zu dieser Gruppe gehören also die angeblichen Siegel der Erzbischöfe:

(931-956) Typ A (1) Empfänger Stift Münstermaifeld. Rotbert Abtei Maria ad martyres Theoderich (965-977) " A (2) bei Trier. Abtei St. Matthias b. Trier. (977 - 993)B (2) Egbert Abtei Maria ad martyres C (1) bei Trier. Abtei Maria ad martyres A (1) Ludolf (994-1008) , bei Trier

<sup>13)</sup> In der 2. Lieferung des Rheinischen Siegelwerkes wurde das betreffende Siegel wegen der zugehörigen Urkunde als verdächtig bezeichnet. Eine nochmalige Prüfung der Urkunden der Abtei St. Mathias hat aber ergeben, dass jenes Diplom nicht gleichzeitig mit den übrigen Fälschungen des 13. Jhdts. entstanden ist, dass es vielmehr seiner Schrift nach ins 11. Jhdt. zu setzen ist und wahrscheinlich als Vorlage für die späteren Fälschungen gedient hat. Wir halten daher die zugehörige Urkunde und demnach das vollkommen zeitgemässe Siegel für unverdächtig.

```
      Poppo
      (1016—1047)
      " D (1)
      " Stift St. Simeon in Trier.

      Egilbert
      (1079—1101)
      " C (1)
      " Abtei Brauweiler bei Köln.

      " D (1)
      " Stift St. Simeon in Trier.

      " B (1)
      " St. Irmin in Trier.
```

Die hinter der Bezeichnung des Typus eingeklammerten Zahlen geben die Zahl der erhaltenen Exemplare an.

Da nun mitunter auf Urkunden eines und desselben Empfängers mehrere gefälschte bzw. verdächtige Siegel zu verzeichnen sind und diese ferner fast stets in naher Beziehung zu einander stehen, die gefälschten Siegel oft von demselben Stempelschneider herrühren, empfiehlt es sich, um eine Störung des Zusammenhanges zu vermeiden, die einzelnen Siegel in Verbindung mit den übrigen Siegeln der Erzbischöfe von Trier, die auf den Urkunden desselben Empfängers vorkommen, zu erörtern.

Es werden daher die verschiedenen Siegel der einzelnen Erzbischöfe nicht im Zusammenhange miteinander untersucht, sondern in der Reihenfolge, wie sie uns in den Archiven der verschiedenen Empfänger begegnen. Diese Anordnung des Stoffes bringt freilich kleinere Wiederholungen und Verweise auf bereits vorausgegangene Bemerkuugen mit sich.

#### 1. Stift Münstermaifeld.

Im Archive des Stiftes Münstermaifeld befinden sich mehrere besiegelte Urkunden der Erzbischöfe von Trier, wie dies der Aufstellung Seite 42 entnommen werden kann. Von den Siegeln dieser Diplome ist eines gefälscht, nämlich jenes auf dem angeblichen Original Rotberts von 956 Sept. 15. Die übrigen Siegel lassen sich sämtlich auch auf Urkunden anderer Empfänger nachweisen und sind echt. Zu Fälschungszwecken missbrauchte echte Siegel konnten auf Urkunden dieses Empfängers nicht festgestellt werden.

Es bleibt daher an dieser Stelle nur jenes Siegel Rotberts zu untersuchen. Die Befestigung des Siegels und die Beschaffenheit des Wachses ist unverdächtig. Nicht so der Typ (vgl. Taf. 3,1). Bereits Bresslau hat darauf hingewiesen, dass der Typ dieses Siegels für das 10. Jahrhundert unzeitgemäss und das Siegel demgemäss als eine spätere Fälschung anzusehen sei. Auf dem Siegel wird nämlich der Erzbischof auf einem Faltstuhle sitzend, mit der Mitra bekleidet, mit dem Hirtenstab in der rechten und dem Evangelienbuch in der linken Hand abgebildet. Diese Form des Typus ist auf den Bischofssiegeln erst seit



52 W. Ewald

dem 12. Jahrhundert nachweisbar. Die Zeit der Fälschung lässt sich näher bestimmen, wenn man die Entwickelung des Typus, wie sie auf den echten und unverdächtigen Siegeln der rheinischen Erzbischöfe bemerkbar ist, zum Vergleich heranzieht. Für die Erzbischöfe von Köln ist bereits in der ersten Lieferung des Rheinischen Siegelwerkes eine solche Übersicht über die Fortbildung des Siegeltypus aufgestellt worden, für die Siegel der Erzbischöfe von Trier eine gleiche in der zweiten Lieferung der genannten Publikation. Über die Siegel der Erzbischöfe von Mainz scheint bis jetzt keine zusammenfassende neuere Arbeit zu existieren. Wir sind daher gezwungen, die für unseren Zweck ziemlich ausreichenden Angaben und Abbildungen bei Würdtwein zu benutzen 14).

#### Übersicht über die Entwicklung des Typus auf den Siegeln der Erzbischöfe von: Köln.

Bruno I. (953-965)	Brustb	ild mit	Bucl	1				
Gero (969-975)	,,	,,	,,	segr	nend			
	١ ,,	,,	,,	,				
- 11	В "	,,	und	Stab				
Pilgrim (1021—1036)	,,	,,	,,	,,				
Hermann II. (1036-1056)	,,	,,	"	"				
Anno II. (1056-1075)	,,	,,	17	,,				
Hildolf (1075—1079)	,,	,,	,,	,,				
Sigewin (1079-1089)	,,	,,	,,	,,				
Hermann III. (1089-1099)	"	,,	,,	"				
Friedrich I. (1100-1131) A	١ ,,	,,	,,	,,				
I	B ganze	Figur s	itzen	d mit	Buch	und	Stab.	
Bruno II. (1131-1137)	,,	,,	,,	,,	,,	,,	,,	
Arnold I. (1137-1151)	"	"	"	"	"	"	,,	
Arnold II. (1151-1156)	99.	,, 81	tehen	d ,,	,,	,,	,,	
Friedrich II. (1156-1158)	,,	,, si	tzend	mit l	Buch,	Stab	und	Mitra.
	1	rier.						
Heinrich (956-964) B	rustbild							
Egbert (977—993)	,,	segne	nd m	it Sta	b.			
Poppo (1016—1047)	,,	,,	,,					
Eberhard (1047-1066) A	,,	mit B			tab.			
В	,,	,,	,,	,,	,,			
C	"	segner	77.1	A				

Würdtwein, Nova subsidia diplomatica ad selecta juris ecclesiastici Germaniae, Heidelberg 1781 ff., Bd. I S. 1 ff. Eine ausführliche Publikation der Siegel der Mainzer Erzbischöfe von Otto Posse befindet sich in Vorbereitung.

```
Udo (1066—1078) ganze Figur stehend mit Stab und Buch.
Egilbert (1079—1101) Brustbild mit Buch und Stab.
Bruno (1101—1124) A " " " " " " " B ganze Figur sitzend mit Buch und Stab.
Meginher (1127—1130) A " " " " " Stab und Mitra.
```

Auf den Siegeln der Erzbischöfe von Mainz bemerkt man eine ganz verwandte Weiterbildung des Siegelbildes. Der Typus des Rotbertsiegels ist hier erst um 1153 auf Siegeln Arnolds von Selenhofen nachweisbar.

Aus dem Vorstehenden ist nun ohne weiteres ersichtlich, dass der fragliche Typ des angeblichen Siegels Rotberts erst um die Mitte des 12. Jahrhunderts gebräuchlich war. Wegen stilistischer Verwandtschaft mit den Kölnern Bischofssiegeln vom Ausgange des 12. Jahrhunderts (Friedrich I., Adolf I., Bruno II. von Köln) habe ich in der zweiten Lieferung der Rheinischen Siegel als Jahr der Fälschung ca. 1170 angenommen.

Ausser dem Siegelbilde würde auch die Form der Legende für eine Fälschung sprechen. Sie lautet: [Rotbertu]s dei gratia Trevirorum archiepiscopus. Wie das Siegelbild, so hat bekanntlich auch die Umschrift gerade in der älteren Zeit sehr starke Veränderungen erfahren, wie dies aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlich ist.

## Umschrift auf den Siegeln der Erzbischöfe von Köln.

Bruno I. (953-965)	Bruno archiepiscopus.
Gero (969-975)	Gero "
Heribert (999—1021)	Heribertus servus sancti Petri.
Pilgrim (1021—1036)	Pilgrimus dei gratia archiepiscopus.
Hermann II. (1036-1056)	Herimannus dei gratia archiepiscopus.
Anno II. (1056-1075)	Anno dei gratia Coloniensis archiepiscopus.
Hildolfus (1075—1079)	Hildolfus gratia dei Coloniensis archiepiscopus.

#### Umschrift auf den Siegeln der Erzbischöfe von Trier.

Heinrich (956-964)	Henricus	servus	Chris	ti Jesus.	
Egbert (977—993)	Ekbertus	archie	piscop	us.	
Poppo (1016—1047)	Poppo d	ei grati	a Trev	rirorum arc	hiepiscopus.
Eberhard (1047-1066)	Eberhard	lus dei	gratia	Trevirorum	archiepiscopus.
Udo (1066—1078)	Udo	,,	,,	,,	"

# Umschrift auf den Siegeln der Erzbischöfe von Mainz.

Willigis (975—1011)	Willigis archiepiscopus.
Eckenbald (1011-1021)	Eckenbaldus archiepiscopus.
Bardo (1031-1051)	Bardo archipresul.
Siegfried I. (1059-1084)	Sigefridus dei gratia archiepiscopus.
Wezelinus (1084-1088)	Wezelinus dei gratia Mogonciensis archiepiscopus.



Die Form der Legende, wie sie das Siegel Rotberts aufweist, ist auf den Siegeln der rheinischen Erzbischöfe erst seit dem Anfang des 11. Jahrhunderts üblich. Auf den älteren Siegeln fehlt die Bezeichnung "dei gratia", ebenso die nähere Bezeichnung der Diözese, welche die Erzbischöfe verwalteten. Demnach würde also auch die Form der Umschrift des Rotbertsiegels mit Bestimmtheit auf eine Fälschung späterer Zeit hinweisen.

Auch die Grösse des Siegels ist verdächtig. Der Durchmesser des Rotbertsiegels beträgt nämlich ca. 80 mm, während die echten Siegel des 10. Jahrhunderts bedeutend kleinere Grössenverhältnisse aufweisen.

#### Durchmesser der Siegel der Erzbischöfe von Trier.

Heinrich (956-964)		49	mm	Eberhard (1047-1066)	C	58	$\mathbf{m}\mathbf{m}$
Egbert (977-993)		43	,,	Udo (1066—1078)		60	"
Poppo (1016-1047)	A	58	,,	Egilbert (1079-1101)		61	,,
	В	61	,,	Bruno (1102-1124)	A	62	"
Eberhard (1047—1066)	A	56	,,	Action and Contraction of	B	74	,,
	В	57	,,				

### Durchmesser der Siegel der Erzbischöfe von Mainz.

Willigis (975—911) (oval)	45	$\mathbf{m}\mathbf{m}$	Ruodhard 1088-1109	86	,,
Eckenbald (1011-1021)	52	,,	Wezelin (1084-1088)	70	$\mathbf{m}\mathbf{m}$
Bardo (1031-1051)	54	,,	Adalbert I. (1111-1137)	83	,,
Siegfried I. (1059-1084)	60	,,	Adalbert II. (1138-1141)	83	,,

#### Durchmesser der Siegel der Erzbischöfe von Köln.

Bruno (953—965)			50	mm	Hildolf (1075-1079)		64	mm
Gero (969-975)		ca	. 52	,,	Sigewin (1079-1089)		74	,,
Heribert (999-1021)	A	,,	51	,,	Hermann (1089-1099)	A	74	"
	B	,,	72	,,	Friedrich (1100-1131)	A	70	"
Hermann II. (1036-1056	3) A	,,	57	,,		В	86	"
Anno II. (1056-1075)	A	"	<b>55</b>	"				

Siegel von der Grösse des Rotbertsiegels kommen also erst seit dem 12. Jahrhundert vor. Auch dieser Umstand spricht gegen die Echtheit des Siegels. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass das fragliche Siegel Rotberts eine frühestens in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts entstandene Fälschung ist. Verdächtig ist auch die zugehörige Urkunde, insbesondere schon wegen des merkwürdigen Datums von 956 Sept. 15. Bereits am 19. Mai des Jahres 956 ist nämlich Rotbert gestorben 15).

<sup>&</sup>lt;sup>15</sup>) vgl. Löhnert, B., Personal- und Amtsdaten der Trierer Erzbischöfe des 10.—15. Jahrh. Greifswald 1908.



(1911). Tafel 3.





Eine eingehendere Untersuchung der Echtheit des Schriftstückes bleibt jedoch der Publikation der älteren rheinischen Urkunden vorbehalten <sup>16</sup>). Es sei nur noch darauf hingewiesen, dass das Siegel, wie das ja der normale Gang der Besiegelung ist, erst nach Fertigstellung des Urkundentextes aufgedrückt worden ist. Das Siegel verdeckt nämlich Teile der Datumzeile. Demnach kann das Schriftstück vielleicht zu einer frühern Zeit als das Siegel entstanden sein. Möglicherweise war die Urkunde ursprünglich unbesiegelt.

#### 2. Abtei St. Maximin bei Trier.

Von älteren besiegelten Urkunden der Erzbischöfe von Trier ist aus dem Archive von St. Maximin nur eine einzige erhalten, ein angebliches Diplom des Erzbischofes Egbert, angeblich aus dem Jahre 970.

Diese Urkunde gehört ihrer Schrift nach einer bedeutend späteren Periode, wahrscheinlich dem 13. Jahrhundert an. Das rechts (vom Leser aus gesehen) unter dem Text der Urkunde aufgedrückte Siegel besteht aus ungefärbtem Wachs und zeigt das Brustbild eines Erzbischofes mit Buch und Stab und folgende Umschrift: "Egilbertus dei gratia episcopus"; es ist also kein Siegel Egberts (977—993), sondern ein solches eines Erzbischofs Egilbert.

Ein Vergleich mit den Siegeln des Erzbischofes Egilbert von Trier (1079—1101) lehrt, dass in dem vorliegenden Falle ein echtes Siegel Egilberts zur Anfertigung der Fälschung gebraucht wurde.

Wir bringen auf Tafel 3,3 eine Abbildung des Siegels des betreffenden Diplomes von St. Maximin und eines echten Egbertssiegels Taf. 3,10 (aus Rheinische Siegel II, Taf. 4/2). Es ist vollständig ausgeschlossen, dass jenes Siegel Egilberts auf reguläre Weise auf der zugehörigen Urkunde aus dem Archive der Abtei St. Maximin angebracht worden ist. Man kann nämlich nicht annehmen, dass Egilbert eine ihm vorgelegte Urkunde Egberts durch Aufdrücken seines Siegels bestätigt habe, wie wahrscheinlich zwei Urkunden Heinrich II. für Goslar nachträglich von Friedrich I. besiegelt wurden (vgl. Bresslau a a. O. S. 974).

Die Egberturkunde ist nämlich erst längere Zeit nach dem Tode Egilberts geschrieben worden. Das Siegel ist daher von einer echten Urkunde Egilberts abgelöst und dann auf der Fälschung von St. Maximin weiterverwendet worden, und zwar hat der Fälscher wegen der Namens-

<sup>16)</sup> Eine Publikation der älteren rheinischen Urkunden durch Herrn Professor Dr. O. Oppermann befindet sich in Vorbereitung.



verwandtschaft für das gefälschte Diplom Egberts ein Siegel Egilberts gewählt

Dieser Fall von Siegelmissbrauch zeigt deutlich, dass eine Weiterverwendung eines echten Siegels an der Beschaffenheit des Siegels selbst nicht nachgewiesen werden kann, wenn der Fälscher mit einiger Geschicklichkeit vorgegangen ist. Die Beschaffenheit des Siegels jener Urkunde für Maximin bietet nämlich an sich keine Merkmale, welche auf ein Ablösen und Wiederanheften eines Siegels schliessen lassen, es sei denn, dass man etwa die allerdings etwas massive Wachsschicht aus der Vornahme eines solchen Verfahrens herleiten will.

Auf die Übereinstimmung des Siegels des fraglichen Diplomes von St. Maximin mit dem echten Siegel Egilberts hat übrigens bereits Goerz, M. U. II. S. 627, hingewiesen. Breslau, a. a. O. S. 524, hat offenbar diesen Vermerk übersehen, da er der Ansicht ist, dass es sich doch noch vielleicht um ein echtes missbrauchtes Siegel eines Erzbischofes des 10. Jahrhunderts handeln könne.

#### 3. Stift Ravengiersburg.

Die missbräuchliche Weiterverwendung echter Siegel konnte auf den Urkunden der Erzbischöfe von Trier schon in mehreren Fällen nachgewiesen werden. Besonders charakteristisch für diese Art des Siegelbetruges ist ein angebliches Original Alberos (1131—1153) aus dem Jahre 1125 für Ravengiersburg.

Von einer ausführlichen Beschreibung des Siegels nehme ich Abstand. Es genügt die beigegebene Abbildung Taf. 1,7. Die Umschrift des Siegels, welche offenbar mit Absicht an der Stelle, wo der Name des Siegelinhabers stand, verwaschen ist, lautet: S.......... DUS · DEI GRA MOGUNTINUS ARCHIEPC.

Hieraus ergibt sich, dass der betreffende Abdruck kein Siegel Alberos, sondern das Siegel eines Mainzer Erzbischofes, und zwar, wie aus der Form des Reliefs geschlossen werden kann, das Siegel eines Erzbischofs des 13. Jahrhunderts ist. Beyer erklärt es in M. U. I. S. 534 als Siegel des Erzbischofes Arnold (1153—1160). Goerz M. U. II. S. 687 weist es dem Erzbischofe Siegfried III. von Eppstein (1230 bis 1249) zu. Es ist jedoch, wie ich durch Vergleich feststellen konnte, ein echtes Siegel Siegfried II. (1211—1230).

Wir bringen auf der beigegebenen Tafel sowohl Abbildungen des fraglichen Siegels von Ravengiersburg als auch eines Siegels Siegfrieds II. von Mainz von einer Urkunde für Kloster Eberbach 1208 Dez. 31 aus dem Staatsarchive in Wiesbaden (Taf. 1,8).



Das gleiche Siegel findet man auch noch auf Urkunden des Jahres 1215 (Marburg, Heina 1215 3/5, 1215 11/6, und Reichsarchiv München, Siegelsammlung 1220) 17).

Das Siegel von Ravengiersburg ist also zweifelsohne von einer wohl wertlosen Urkunde, oder wahrscheinlicher noch von einem Briefe des Erzbischofs Siegfried II. von Mainz abgelöst worden. Man presste auf die Rückseite des losgelösten, bzw. gespaltenen Siegels (vgl. unsere Angaben oben S 23) die bereits an dem gefälschten Diplom befestigten Pergamentstreifen und drückte auf diese alsdann eine neue Schicht weichen Wachses.

Die rückseitige Wachsschicht des Siegels unterscheidet sich in dem vorliegenden Falle ganz deutlich durch eine hellere Farbe von der geprägten Wachsplatte. Der Rand zieht sich ungleichmässig um das Siegelbild. Er bedeckt offenbar mit Absicht einen Teil der Legende. Bemerkenswert ist auch, dass der Eindruck der Stempel-Öse, der auf dem normalen Abdruck Taf. 1,8 deutlich wahrzunehmen ist, an dem Ravengiersburger Siegel fehlt. Es weist dieser Umstand darauf hin, dass der Rand, der bei normalen Verhältnissen durch Andrücken der rückseitigen Wachsschicht auf die im Stempel befindliche Wachsplatte entstand und bei diesem Vorgange an Stelle der Stempel-Öse einen Einschnitt erhielt, erst nachträglich um das abgelöste Siegel herum gelegt wurde.

# 4. Abtei Maria ad martyres bei Trier.

Auf den Urkunden der Abtei Maria ad martyres sind mehrere der ältesten Siegel der Erzbischöfe von Trier erhalten, nämlich:

- 2 Siegel Theoderichs (965-977) auf Urkunden von 973 und 976.
- 1 Siegel Egberts (977-993) auf einem Diplome von 981.
- 1 Siegel Ludolfs (994—1008) (Lutwins) auf einem Diplome von 1000.
  Auf den beiden angeblichen Urkunden Theoderichs 18) sind die

<sup>&</sup>lt;sup>18</sup>) In M. U. II S. 630 wird erwähnt, dass das Siegel auf der angeblichen Urkunde Theoderichs von 973 aus rotem Ton verfertigt sei. Diese



<sup>&</sup>lt;sup>17</sup>) Nach Wyss war das Siegel kein echtes Siegel eines Mainzer Erzbischofs Siegfried, sondern war erst zu Fälschungszwecken eigens hergestellt worden. Ein Einblick in die Sammlung der Mainzer Erzbischofssiegel des Herrn Regierungsrat Posse liess erkennen, dass das Siegel der Alberos-Urkunde ein echtes Siegel des Erzbischofs Siegfried II. von Mainz ist. Vgl. die Siegel der Urkunden von 1215 3./5. und 11./6. Marburg, Heina. Wyss, Hessisches Urkundenbuch III S. 416 ff. Publikationen aus den preussischen Staatsarchiven 73 (Leipzig 1899).

Siegel aus rotbraunem Wachs unter dem Texte, etwas rechts von der Mitte, aufgedrückt (Taf. 3,8).

Das Siegelbild zeigt das Brustbild eines mit Mitra und Pallium bekleideten Erzbischofs, welcher in der rechten Hand den Hirtenstab, in der linken Hand ein geöffnetes Buch hält. Die Umschrift des Siegels lautet: "† Theodericus archiepiscopus Trevirorum".

Schon die Wachsfarbe jener Siegel beweist deren Unechtheit. Die älteren echten Siegel, welche uns aus dem 10., 11. und der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts überliefert sind, bestehen sämtlich aus ungefärbtem Bienenwachs, dem in vielen Fällen etwas Harz zugesetzt ist. Echte Siegel aus gefärbtem Wachs begegnen zum ersten Male auf Urkunden des Erzbischofs Albero 1133 (vgl. Tabelle S. 46).

Auch die Siegel der Erzbischöfe von Köln sind noch um die Mitte des 12. Jahrhunderts regelmässig aus ungefärbtem Wachs verfertigt. Gefärbte Siegel kommen hier erst auf Urkunden des Erzbischofs Reinald von Dassel (1156—1167) vor. Nach den Bemerkungen Würdtweins a. a. O. zu schliessen, bestehen ebenfalls die Siegel der Erzbischöfe von Mainz noch bis Ende des 12. Jahrhunderts aus ungefärbtem Wachs.

Ausser der Beschaffenheit des Wachses ist auch die Form des Siegelbildes unzeitgemäss. Wie ein Vergleich mit der Tabelle S. 52 zeigt, findet sich die Mitra auf den Siegeln der Erzbischöfe von Köln zuerst unter Arnold II. (1151—1156). Um dieselbe Zeit kommt sie auch auf Siegeln der Erzbischöfe von Mainz vor, um 1154. Etwas früher begegnet sie auf echten Siegeln der Erzbischöfe von Trier, auf den Siegeln Alberos (1131—1152).

Unzeitgemäss ist endlich die Form der Legende. Bereits bei der Untersuchung des angeblichen Rotbertsiegels (vgl. oben S. 53) wurde darauf hingewiesen, dass auf den alten echten und unverdächtigen Bischofssiegeln nicht der Name der Diözese, die der Siegelführer verwaltete, ausgedrückt wurde.

Bemerkung ist unrichtig. Eine Untersuchung des Siegelstoffes ergab, dass derselbe aus Wachs besteht, dem ein roter Farbstoff, vielleicht Boluserde, zugesetzt worden ist. Auch die Bemerkung, dass das Siegel noch im Jahre 1823 "angehängt" gewesen sei, entspricht durchaus nicht dem Tatbestande. Das Siegel ist stets "aufgedrückt" gewesen. Die Behauptung, dass das Siegel ursprünglich angehängt gewesen sei, ist demnach auf eine irrtümliche Angabe in der Trierischen Chronik vom J. 1823 S. 123 zurückzuführen.



1	elicit go male ulurp	P
11	bona effect. Abbs 9	0
l actie.		ر ا
,	makes a find in	(Oc

Eine derartige genauere Fassung der Umschrift findet man auf der Trierischen Siegeln erst seit dem 11. Jahrhundert. (Vgl. die Tabelle) <sup>19</sup>).

Die Beschaffenheit des Siegelwachses, des Siegelbildes und die Umschrift lassen also keine Zweifel darüber aufkommen, dass die beiden Siegel Theoderichs nicht dem 10. Jahrhundert angehören, sondern vielmehr Fälschungen einer späteren Periode sind. Ein genaueres Datum für die Zeit der Anfertigung jener Fälschungen ergibt eine Untersuchung der Schrift der Urkunde.

Beide Urkunden Theoderichs sind schon früher wegen ihres Schriftcharakters als Produkte des 12. Jahrhunderts erklärt worden.

Gegen die Echtheit der Urkunde von 973 hat bereits Goerz M. R. I. 1045 mehrere Gründe vorgebracht, er scheint aber an der Echtheit des Siegels festzuhalten. (Vgl. M. U. II. S. 630). Die Schrift der Urkunde von 973 ist jener des Diploms von 976 nahe verwandt. Jedoch möchte ich für beide Schriftstücke nicht denselben Schreiber annehmen. Auf den Schreiber der Urkunde vom Jahre 976 gehen aber noch zwei weitere Diplome für Maria ad martyres zurück: die bereits erwähnte Urkunde Ludolfs vom Jahre 1000 und ferner ein Diplom Alberos vom Jahre 1140 (M. U. IS. 569 Nr. 514) (vgl. Taf. 4).

Das Diplom Alberos trägt ein echtes, in Befestigung usw. ganz unverdächtiges Siegel. Die Schrift ist zeitgemäss und der Inhalt der Urkunde einwandfrei. Die Urkunde ist offenbar, wie wohl die meisten Urkunden Alberos, vom Empfänger geschrieben und dann mit dem bischöflichen Siegel versehen worden.

Wir erhalten damit ein ziemlich genaues Datum für die Zeit der Siegelfälschung. Es darf wohl angenommen werden, dass die beiden Siegel Theoderichs gleichzeitig mit der zugehörigen Urkunde vor dem Jahr 1140 (ca. 1130—1140) angefertigt worden sind. Die gefälschte Urkunde Theoderichs vom Jahre 973 wird nämlich bereits im Jahre 1140 von Albero bestätigt (M. U. I. S. 571, M. 515. Or. Trier Stadtbibliothek).

<sup>19)</sup> Eine solche Wandlung in der Form der Legende ist nicht nur für die Siegel der rheinischen Erzbischöfe charakteristisch. Auch auf den späteren Siegeln der Kaiser und Könige, der Stifter und Klöster usw. macht sich deutlich das Bestreben nach einer genaueren Fassung der Umschrift, welche auf den älteren Siegeln fehlt, bemerkbar. Ich verweise auf die betreffenden Ausführungen in meiner demnächst erscheinenden Siegelkunde in dem Handbuche der mittelalterlichen und neueren Geschichte von Below-Meinecke.



60 W. Ewald

Wie nun die beigegebenen Schriftproben erkennen lassen, ist um dieselbe Zeit auch das Diplom Lutwins vom Jahre 1000 entstanden. (Vgl. Taf. 4,1.)

Es wurde ebenfalls um 1140 geschrieben; denn seine Schrift stimmt vollständig mit der unverdächtigen Urkunde Alberos, Taf. 4,2, für Maria ad martyres überein.

Von dem Erzbischofe Lutwin besitzen wir nur dieses eine Siegel auf der Urkunde für Maria ad martyres Taf. 3,6. Wir sind demnach nicht in der Lage, ein echtes Siegel Lutwins zum Vergleiche heranzuziehen. Wir können nur durch Vergleich mit anderen derselben Periode angehörenden echten und unverdächtigen Siegeln der Erzbischöfe von Trier ermitteln, ob das Siegel zeitgemässe Formen aufweist oder nicht.

Bei einer Prüfung des Siegels ist zu berücksichtigen, dass die zugehörige Urkunde eine Fälschung des 12. Jahrhunderts ist.

Demnach kann das Siegel nur ein missbrauchtes echtes Siegel Lutwins oder aber ein gefälschtes Siegel sein. Die Beschaffenheit des Siegels beweist nur, dass in diesem Falle nicht Siegelmissbrauch, sondern reine Siegelfälschung vorliegt. Die Form des Siegelbildes ist zunächst aussergewöhnlich, wie ein Vergleich mit den übrigen echten und unverdächtigen Siegeln derselben Periode auf den ersten Blick verrät. (vgl. auch unten S. 61.)

Befremdend ist auch die Umschrift: "Lutwinus Dei gratia Treverorum (oder Treverensis) archiepiscopus." Diese Form ist erst auf den echten Siegeln der späteren Erzbischöfe, seit Poppo, nachweisbar. Da freilich von Megingaud 1008—1015 und Adalbero 1008—1016 keine Siegel erhalten sind, so ist nicht ausgeschlossen, dass bereits unter Lutwin jene Änderung der Legende eingetreten ist. Zu beachten ist aber, dass die älteren echten und unverdächtigen Siegel des 10. Jahrhunderts, wie dies bereits erörtert wurde, eine andere Form zeigen. (Vgl. oben S. 53.) Auffallend ist auch die ganz eigentümliche Anordnung der Umschrift, welche teilweise ins Siegelfeld hineinreicht.

Dass das fragliche Siegel kein echtes zu Fälschungszwecken missbrauchtes Siegel, sondern vielmehr eine Fälschung späterer Zeit ist, geht vor allem aus der Beschaffenheit des Siegelwachses hervor. Letzteres ist nämlich ganz eigenartig rotbraun gefärbt, während die echten Siegel des 11. Jahrhunderts ausnahmslos in ungefärbtem Wachs abgedrückt sind. (Vgl. oben S. 58.)

Das Siegel stimmt ferner in dieser ganz eigenartigen rotbraunen Färbung so auffallend mit den beiden gefälschten Siegeln Theoderichs



überein, dass man mit ziemlicher Bestimmtheit annehmen darf, dass beide Siegel zu derselben Zeit, also um die Mitte des 12. Jahrhunderts, und von demselben Fälscher hergestellt worden sind. Diese Annahme wird gestützt durch die bereits erwähnte unverkennbare Tatsache, dass die Urkunde Theoderichs von 976 und das Diplom Lutwins von derselben Hand um 1140 geschrieben sind. Beide Urkunden sind demnach Fälschungen aus der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts. Der Verfertiger der gefälschten Stempel hat daher ohne Zweifel wie der Schreiber der Urkunden in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts gelebt. Von ihm rührt wahrscheinlich auch der gefälschte Siegelstempel her, der zur Anfertigung des angeblichen Siegels Egberts auf der Urkunde von 981 für Maria ad martyres benutzt wurde.

Das Siegel des Erzbischofs Egbert auf der bereits angeführten Urkunde für Maria ad martyres angeblich aus dem Jahre 981 (Taf. 3,2) zeigt genau dieselbe eigentümliche Form des Siegelbildes und der Umschrift wie das gefälschte Siegel Lutwins (Taf. 3,6). Auch tritt die fremdartige, durchaus nicht zeitgemässe Behandlung des Siegelbildes besonders stark hervor, wenn das einwandfreie Siegel Egberts auf der Urkunde vom Jahre 978 für St. Matthias bei Trier (Taf. 6 und Taf. 7,4) und das derselben Periode angehörende echte Siegel Heinrichs zum Vergleich herangezogen wird (Rhein. Siegel II Taf. 1,3). Ausser der Form des Siegelbildes ist ferner die Fassung der Umschrift unzeitgemäss. Ihre Form: "† Ekebertus Treverensis archiepiscopus" stimmt nicht zu dem Datum der Urkunde. Für die rheinischen Bischofssiegel des 10. Jahrhunderts ist eben charakteristisch, dass in der Legende die Namen der Diözesen der Erzbischöfe nicht genannt werden.

Wir verweisen auf unsere diesbezüglichen Bemerkungen oben S. 53 und Anmerkung 19. Die Befestigung des angeblichen Egbertsiegels ist zeitgemäss. Die Siegel sind nämlich aufgedrückt. Auffallend hingegen ist die grosse Ähnlichkeit des Egbertsiegels mit dem bereits erörterten Siegel Lutwins. Die Haltung des Stabes und Buches, und vor allem die Behandlung des Kopfes und die ins Siegelfeld hineinragende Umschrift lassen unschwer erkennen, dass beide Siegel von ein und demselben Stempelschneider gestochen worden sind.

Die Feststellung desselben Stempelschneiders ergibt auch das gleiche Datum für die Anfertigung beider Siegel. Es kann daher keinem Zweifel unterliegen, dass jene Siegel Egberts und Lutwins um dieselbe



Zeit angefertigt worden sind. Dafür spricht ausser der Verwandtschaft des Siegelbildes und der Umschrift, auch die Beschaffenheit des Siegelwachses, das bei beiden Siegeln eine ganz charakteristische rotbraune Färbung aufweist. Das Siegel Lutwins wurde aber um (1130—1140) angefertigt (s. oben). In dieselbe Zeit fällt demnach auch die Anfertigung des angeblichen Egbertsiegels.

Die Schrift der zugehörigen Urkunde bestätigt diese Annahme. Sie weist ebenfalls auf das 12. Jahrhundert hin und ist der Schrift der Urkunde Theoderichs von 976, Lutwins von 1000 und Alberos von 1140 sehr nahe verwandt, jedoch wohl kaum auf denselben Schreiber zurückzuführen.

Sämtliche vier Siegel, die zwei Siegel Theoderichs, das Siegel Egberts und das Siegel Lutwins auf den angeführten Urkunden für Maria ad martyres, sind also zur gleichen Zeit, kurz vor 1140, entstandene Fälschungen.

## 5. Stift St. Simeon in Trier.

Auf den Urkunden des Stiftes St. Simeon in Trier konnten folgende zwei Siegelfälschungen festgestellt werden.

- I. Das Siegel auf der angeblichen Urkunde Poppos von 1042 (Goerz I. 1279) Taf. 3,7.
- II. Das Siegel auf der angeblichen Urkunde Egilberts von 1097 (Goerz J. 1543) Taf. 3,9.

Das Siegel auf Goerz I. 1279 zeigt als Siegelbild einen mit der Mitra bekleideten, in den ausgestreckten Händen Stab und Buch haltenden Erzbischof. Die Umschrift lautet: "† POPPO · DeI · GRatiA TREVIRORum ARCHIEPiscopuC"; sie stimmt also im wesentlichen, mit Ausnahme des Schlussigma C, mit der Umschrift des echten Poppo-Siegels A überein.

Das Schlussigma ist mir auf keinem Siegel der Erzbischöfe von Trier begegnet, öfters aber auf den Siegeln der Erzbischöfe von Köln des 12. Jahrhunderts z. B. bei Friedrich I. 1100—1130 Typ A und B; Bruno II. (1131—1137); Reinald von Dassel (1159—1167) Typ A und anderen Siegeln. (Vgl. Rhein. Siegel I.)

Die Befestigung des Siegels, das rechts (vom Beschauer aus genommen) unter dem Text der Urkunde aufgedrückt ist, sowie Beschaffenheit des Wachses, sind unverdächtig. An der Form des Siegelbildes erkennen wir jedoch mit aller Deutlichkeit, dass das angebliche



Siegel nicht im 10. Jahrhundert, sondern frühestens im zweiten Viertel des 12. Jahrhunderts entstanden sein kann.

Erst um diese Zeit findet man nämlich auf echten Siegeln der Erzbischöfe und Bischöfe die Mitra. Man vergleiche die betreffende Tabelle S. 46.

Das angebliche Siegel Poppos ist also ohne Zweifel eine frühestens im 12. Jahrhundert entstandene Fälschung, worauf auch die Schrift der Urkunde hinweist. Höchstwahrscheinlich ist das Siegel und das zugehörige Schriftstück zur selben Zeit entstanden.

Die gleiche Schrift wie auf der angeblichen Urkunde Poppos für St. Simeon findet man auf dem angeblichen Diplome Egilberts ebenfalls für St. Simeon aus dem Jahre 1097, Goerz I, 1543.

Diese letztere Urkunde ist demnach ebenfalls als eine Fälschung des 12. Jahrhunderts anzusehen. Es fragt sich weiter, ob auch das Siegel gefälscht ist oder von einem echten Diplom abgelöst worden ist.

Das angebliche Siegel Egilberts auf Goerz I. 1543 zeigt eine ganz auffallende Ähnlichkeit mit dem echten Siegel Egilberts Typ A. Es hält schwer, die beiden Siegel auseinander zu halten. Am stärksten tritt ihre Verschiedenheit an der Form einzelner Buchstaben hervor, besonders an dem Buchstaben A in GR-A. Der Siegeltyp ist vollständig zeitgemäss. Ebenso ist die Befestigung ganz unverdächtig. Für die Beurteilung der Echtheit des Siegels ist daher die Beschaffenheit des Siegelwachses ausschlaggebend.

Sämtliche echte Siegel Egilberts und ebenso noch die Siegel seines Nachfolgers Bruno (1101—1124) bestehen nämlich aus ungefärbtem Wachs. Erst unter Meginher bezw. Albero beginnt man das Siegelwachs zu färben. Zweifellos ist daher das angebliche Siegel Egilberts ein Produkt des 12. Jahrhunderts. Es wurde nicht mit einer über einem echten Siegel geformten Matrize, sondern vermittelst eines neu gestochenen Typares, zu dem aber ein echtes Siegel Egilberts als Vorlage diente, angefertigt. Dieser Nachschnitt ist, wie ein Vergleich mit dem echten Siegel zeigt, sehr gut gelungen.

Neben jenen Fälschungen begegnet uns auf Urkunden für St. Simeon auch noch ein weiteres Siegel, das ich für verdächtig halte, nämlich das Siegel des Erzbischofes Eberhard (1047—1066) Typ D. (Rhein. Siegel II Taf. 3,3.)



Eine Übersicht über die Gebrauchszeit der verschiedenen Stempel Eberhards gestaltet sich folgendermassen:

A 1052 Kurtrier

B 1052 (Münstermaifeld) 1053 Simeon 1058 Münstermaifeld
C 1059? Mathias 1065 Kurtrier

D 1052 (Simeon) 1061 (2) Simeon E 1059 Mathias.

Eberhard hätte also nach dem Datum der Urkunden zu urteilen im Jahre 1052 drei verschiedene Stempel gebraucht.

Den Typ A auf Goerz 1350 halte ich für unverdächtig. Vermutlich hat Eberhard diesen Siegelstempel nur im Jahre 1052, also am Anfange seiner Regierung, benutzt und bald ausgeschaltet. Aus späterer Zeit sind zwei echte Siegel B 1052—1058, C 1059—1065 bekannt. Es scheint, dass diese drei A, B, C Stempel nacheinander geführt worden sind.

Es ist nun zu prüfen, ob die beiden Typare D und E zwei weitere echte, durch Zufall nur auf Urkunden eines Empfängers erhaltene, neben den Typaren B und C gebrauchte Siegel Eberhards oder aber Fälschungen sind.

Eine Nebeneinanderverwendung mehrerer Stempel ist für das 11. Jahrhundert nicht bezeugt, vielmehr spricht die Gebrauchszeit der nachweisbar echten Siegel dieser Periode gegen eine gleichzeitige Benutzung mehrerer Typare. Im 12. Jahrhundert freilich scheint man fast regelmässig mehrere Typare nebeneinander verwendet zu haben.

Die Gebrauchszeit der verschiedenen echten Siegel der Erzbischöfe von Trier ist aus der folgenden Tabelle ersichtlich. Eine solche Übersicht kann natürlich (vgl. Tabelle S. 44) erst seit der Regierungszeit Eberhards aufgestellt werden.

Eberhard (1047-1066)		1052	1053	1058		
	C				1059?	1065
Udo (1066—1078)		1068	1071	1075		
Egilbert (1079-1101)			1085			
Bruno (1102—1124)		1103		1110	1115	1121
Albero (1131-1152)		1133	1139	1140	1142	1150
Hillin (1152 1169)	A B		-1169 -1156			
Johann (1189—1212)	A B	1192- 1190	-1212 ? 119	I <b>—11</b> 99	Э.	

Die echten Siegel, und diese müssen als Grundlage zur Beurteilung der nur auf Urkunden eines Empfängers nachweisbaren Siegel dienen, lassen also erkennen, dass die Erzbischöfe des 11. und beginnenden 12. Jahrhunderts augenscheinlich nicht mehrere Stempel nebeneinander benutzt haben.

Demnach erscheinen die neben dem echten Siegel Eberhards vorkommenden Typare D und E verdächtig.

Der Stempel E ist höchstwahrscheinlich eine Fälschung (vergl. unten die Erörterung der Siegelfälschungen von St. Mathias S. 95).

Der Typ D begegnet zunächst nur auf den Urkunden der Jahre 1052 und 1061 für das Stift St. Simeon in Trier (Goerz I, 1351, 1383, 1384).

Die beiden fast gleichlautenden Urkunden Eberhards von 1061 Goerz I. 1383 und I. 1384 stammen wahrscheinlich nicht aus den Archiven verschiedener Empfänger. Wie die Rückvermerke auf beiden Urkunden beweisen, gehörten beide Schriftstücke wenigstens seit dem 14. Jahrhundert dem Archive von St. Simeon an.

Die Schrift der Urkunden mit dem Siegel Typ D ist zeitgemäss. Auf denselben Schreiber geht nämlich auch die chirographierte Urkunde Goerz I. 1350 für Kurtrier zurück, die auffallenderweise ebenfalls das von dem anerkannt echten abweichende Siegel A trägt. Da die beiden Urkunden von 1052 für verschiedene Empfänger, aber von demselben Schreiber hergestellt worden sind, kann der zeitgemässe Charakter der Schrift wohl nicht bestritten werden.

Auffallend ist, dass die Urkunden Eberhards aus dem Jahre 1052 drei verschiedene Siegel tragen und zwar

Goerz I 1350 A Goerz I 1351 D Goerz I 1349 B Goerz I 1352 B

Der Typ B ist, wie gesagt, echt. A lässt sich ebenfalls erklären (vergl. oben S. 64). D ist aber meines Erachtens ein Nachschnitt des viel besser gearbeiteten Siegels C, das erst 1059? (vgl. unten bei den Fälschungen von St. Mathias S. 95, bis 1058 begegnet uns nämlich der echte Typ B) und ferner auf einer Urkunde von 1065 nachgewiesen werden kann. Wahrscheinlich ist dieser Stempel erst in der letzten Periode der Regierung Eberhards benutzt worden. Demnach kann auch der Nachschnitt D frühestens in dieser Periode, jedenfalls erst nach 1059 entstanden sein. Sein Vorkommen auf einer Urkunde vor 1059 ist daher verdächtig.

Es ist merkwürdig, dass gerade die von derselben Hand geschriebenen Urkunden für Kurtrier und für St. Simeon (Goerz I 1350, 1351, 1383, 1384) ein vom echten Typ abweichendes Siegel tragen. Die

Westd. Zeitschr. f. Gesch. u. Kunst. XXX, I.

66 W. Ewald

Schrift der Diplome ist ohne Zweifel vollkommen zeitgemäss. Die Urkunden sind wahrscheinlich von einem Kanoniker von St. Simeon, von denen anscheinend manche als bischöfliche Sekretäre tätig waren, geschrieben worden. Es ist nicht zu entscheiden, ob es sich in diesem Falle um eine nachträgliche, vielleicht erst nach dem Tode Eberhards ausgeführte Besiegelung echter Schriftstücke, oder aber um eine Fälschung handelt. Jedenfalls scheint eine reguläre Besiegelung nicht vorzuliegen. Der Typ D Eberhards bleibt daher aus den angeführten Gründen mindestens verdächtig.

# 6. Stift Carden.

Von dem Erzbischofe Bruno (1101—1124) sind zwei echte Siegel. Typ A und Typ B bekannt. Neben diesen kommt noch ein drittes Siegel, und zwar nur auf zwei Urkunden des Stiftes Carden aus dem Jahre 1121, vor. Dieser letztere Typ C ist ohne Zweifel ein roher Nachschnitt des Typ B (vgl. Rhein. Siegel II Taf. 5). Es ist auffallend, dass Bruno in den letzten Jahren seiner Regierung zwei Stempel nebeneinander verwendet haben soll, während uns für die übrige Zeit der Gebrauch nur eines Typares ausreichend bezeugt ist. Oder sollte erst im Jahre 1121, in dem der Typ B zuletzt vorkommt, diese Änderung vorgenommen worden sein, und die Ausfertigung der beiden Urkunden für Carden erst nach der im Kurtrierischen Staatsarchive befindlichen Urkunde von 1121 mit dem Siegeltyp B stattgefunden haben?

Das Datum der Urkunde lässt keine diesbezüglichen Schlüsse zu. Von einer späteren besiegelten Urkunde Brunos aus dem J. 1122 ist Siegel abgefallen.

#### 7. St. Irmin in Trier.

Ausser den bereits bei den Fälschungen von Maximin und Simeon erörterten Siegeln Egilberts (1079-1101) lässt sich noch ein weiteres angebliches Siegel Egilberts auf einer Urkunde für St. Irmin, angeblich aus dem Jahre 1084, nachweisen.

Dieses Siegel zeigt einen ungewöhnlich grossen Durchmesser von 77 mm, während die normale Grösse der gleichzeitigen echten Siegel (vergl. die Zusammenstellung oben S. 46) zwischen 56—61 mm schwankt.

Auffallend ist auch die Form der Umschrift:

"Egilbertus dei gratia Trevirorum archiepiscopus" während sich Egilbert auf dem echten Siegel A Taf. 3,10 einfach "episcopus" nennt: † Egilbertus dei gratia episcopus.



Befremdend ist ferner, dass auf jenem Siegel der Erzbischof mit dem Pallium bekleidet abgebildet ist, während auf dem echten Siegel Egilbert kein Pallium trägt. Die Borde, die man auf jenem Siegel wahrnimmt, ist lediglich ein Besatz der Casel, wie man ihn manchmal auch auf Siegeln von Äbten und Bischöfen erblickt.

Die Form der Legende des echten Siegels, in der sich eben Egilbert "episcopus" nennt, und ebenfalls das Siegelbild, das den Siegelführer ohne Pallium darstellt, scheinen sich aus den Verhältnissen, unter denen Egilbert die Trierische Bischofswürde erlangt hatte, zu erklären.

Im Januar 1079 wurde Egilbert als exkommunizierter Propst von Passau durch Heinrich IV. zum Erzbischofe ernannt, aber von Rom nicht bestätigt. Er konnte so bis zum Jahre 1084 (Goerz I, 1488) nicht die Weihe erlangen; so erklärt sich denn auch, dass uns aus dieser Zeit keine besiegelten Urkunden Egilberts als Erzbischof von Trier vorliegen. Im September 1084 erhielt Egilbert die Weihe.

Das erste Diplom, in dem Egilbert siegelte, datiert vom 6. Sept. 1084 (Goerz I, 1489). Charakteristisch ist vielleicht, dass in der Corroborationsformel dieser Urkunde Egilbert nicht als Erzbischof genannt wird ("piissimi domini nostri Egilberti et venerabilis in hac sede pontificis.") Egilbert scheint in dieser Zeit das Siegel Typ A bereits benutzt zu haben. Dieses Siegel ist freilich nur auf der Urkunde aus dem Jahre 1085 Juni 16 erhalten. (Goerz I, 1499; vgl. Tabelle S. 44).

Wie erklärt sich nun jenes Siegel der früher datierten Urkunde für Irmin aus dem Jahre 1084, auf welchem sich Egilbert "archiepiscopus" nennt, und mit dem Pallium darstellen lässt?

Noch 1084 Sept. 18—21 hatte Egilbert das Pallium nicht erhalten (Goerz I, 1491). Erst 1085 erhielt er dieses vom Gegenpapst Clemens III. aus Rom geschickt. Jedenfalls konnte Egilbert nunmehr den Titel "archiepiscopus" annehmen und sich mit dem Pallium bekleidet abbilden lassen. Aber das scheint Egilbert nicht getan zu haben, er scheint vielmehr das wohl schon früher, direkt nach der Bischofsweihe 1084, angefertigte Siegel A weiter benutzt zu haben, wie dies aus manchen Umständen hervorgeht.

Zum Beispiel ist noch eine Urkunde von 1085 Juni 16 (Goerz I 1499) mit A gesiegelt. Auch tragen die gefälschten Urkunden Egilberts angeblich von 1088 und 1097 (Goerz I, 1512, I, 1543) Siegel, welche sich ganz deutlich als Nachschnitte von A zu erkennen geben.



Auffallenderweise wird auch noch im Passauer Memorienbuch Egilbert ebenfalls als "Treverensis episcopus" erwähnt.

Da nun die Urkunde von 1084 datiert ist, die Palliumverleihung erst 1085 erfolgte, würde man auf dieser Urkunde von 1084 ein Siegel erwarten, auf dem das erzbischöfliche Pallium noch fehlt. Besonders da Egilbert noch 1085 und wohl auch in den folgenden Jahren mit dem alten Siegel als "episcopus" siegelte, da ferner eine Nebeneinanderverwendung von zwei Siegeln für die Trierer Erzbischöfe des 11. Jahrhunderts höchst unwahrscheinlich ist, auch die Grössenverhältnisse des Siegels dem 11. Jahrhundert nicht entsprechen, halte ich das Siegel B auf den Urkunden für St. Irmin für gefälscht.

Ich glaube nicht, dass Egilbert in der späteren Zeit seines Episcopates einen neuen Stempel mit neuer Legende und neuem Bild anfertigen liess und nun hiermit die etwa unbesiegelt gebliebene Urkunde (oder zurückdatierte Urkunde) siegeln liess. Egilbert hat vielmehr höchstwahrscheinlich, wie wir dies auch von seinem Nachfolger Bruno wissen, den alten, vor der Palliumverleihung gebrauchten Stempel, auch für die Zeit seines späteren Episkopates beibehalten. Bruno nämlich siegelte von 1103—1110 mit einem Typare, auf dem er ohne Pallium abgebildet war und das die Umschrift besass: "Bruno dei gratia archiepiscopus". Auch hier fehlt wie auf dem Egilbertsiegel die Bezeichnung der Diözese (Trevirorum). Bruno erhielt (Goerz I, 1585) in Rom im Jahre 1105 März vom Papste Paschalis das Pallium verliehen. Trotzdem gab er den alten Stempel erst nach 1110 auf. Das neue Typar B (mit Pallium) lässt sich erst seit 1115 nachweisen.

### 8. Brauweiler.

Die Abtei Brauweiler bei Köln besitzt von den älteren besiegelten Urkunden der Erzbischöfe von Trier nur eine solche des Erzbischofs Egilbert, angeblich aus dem Jahre 1088. Das Siegel jenes Diploms Taf. 3,11 verrät in der Form des Typus einen ganz engen Anschluss an das echte Siegel A Egilberts Taf. 3,10, welcher besonders deutlich in der Fassung der Umschrift hervortritt. Auf beiden Siegeln lautet nämlich die Legende: "† Egilbertus dei gratia episcopus", und zeigt dabei auch die gleichen Abkürzungsformen, wie z. B. D-I; EP-S. Auch das Bild des Erzbischofs lässt die nahen Beziehungen beider Siegel unschwer erkennen.

Auf beiden Siegeln hält nämlich der Erzbischof Buch und Stab in den ausgestreckten Händen. Ferner ist auch die Form des Besatzes der Kasel auf den beiden Siegeltypen sehr ähnlich.



Abweichend aber ist die künstlerische Behandlung des Reliefs. Auf dem Siegel A tritt das Siegelbild nur ganz schwach hervor. Auf dem Siegel der Brauweiler Urkunde dagegen ist die Bischofsfigur ziemlich erhaben gebildet. Die Gewandfalten sind auf A mit einigen klaren Linien angegeben, während auf dem fraglichen Siegel für Brauweiler die Linienführung sehr unruhig und verwaschen ist. Dieselbe Unruhe im Gegensatze zu Typ A bemerkt man auch in der Buchstabenform der Umschrift, welche sich zwischen zwei parallellaufenden kreisförmigen Linien bewegt.

Eine sehr nahe Verwandtschaft mit jenem Siegel Egilberts Taf. 3,11 zeigt nun noch ein anderes, ebenfalls nur auf Urkunden für Brauweiler nachweisbares Siegel des Kölner Erzbischofs Hermann auf einer Urkunde von 1090 (Lac. I, 244). Auf Tafel 3 bringen wir Abbildungen des betreffenden Siegels Taf. 3,5 und des anerkannt echten Siegels Hermanns Taf. 3,4. Die Abbildungen lassen unschwer erkennen, dass das Siegel Taf 3,5 ohne Zweifel ein Nachschnitt des echten Siegels Hermanns ist Taf. 3,4. Man vergleiche die Haltung des Stabes und des Buches und ferner die Umschrift. Jenes Siegel Hermanns Taf. 3,5 zeigt nun gerade in denselben Punkten wie das fragliche Siegel Egilberts Taf. 3,11 auffallende stilistische Abweichungen von dem echten Siegel des Erzbischofs Taf. 3,4.

Abweichend ist zunächst die Behandlung des Siegelreliefs und die Buchstabenform der Umschrift, ferner die kreisförmige Linie, welche die Umschrift gegen das Siegelbild und gegen den äusseren Rand hin abgrenzt, auf dem echten Siegel hingegen vollständig fehlt.

Die nahe stilistische Verwandtschaft jener beiden Siegel Egilberts und Hermanns auf den Urkunden für Brauweiler lässt mit Bestimmtheit darauf schliessen, dass beide Siegel von demselben Stempelschneider, also auch wohl zur selben Zeit angefertigt worden sind.

Die Feststellung des gleichen Stempelschneiders für die beiden Typare der Erzbischöfe Egilbert und Hermann, sowie das Vorkommen von Abdrücken dieser Stempel nur auf Urkunden eines Empfängers, lassen eine zweifache Erklärung zu.

Die Siegel sind entweder echt, aber nur durch Zufall ausschliesslich auf jenen Urkunden für Brauweiler erhalten. Egilbert und Hermann haben zufällig bei demselben Graveur arbeiten lassen. Oder aber die Siegel sind Fälschungen, welche im Auftrage der Interessenten, der Abtei Brauweiler, bei demselben Stempelschneider angefertigt wurden.



1

Es wäre nun ein ganz eigenartiges Zusammentressen von Zufälligkeiten, dass zunächst der Erzbischof Egilbert von Trier und serner der Erzbischof Hermann von Köln, also Personen, welche an verschiedenen Orten lebten, bei demselben Stempelschneider Siegel gravieren liessen, während sie sonst einen anderen Siegelstecher beschäftigten. Noch merkwürdiger wäre ferner, dass sie demselben Meister gerade Nachschnitte ihrer sonst gebräuchlichen Siegel in Auftrag gegeben hätten. Auffallend bliebe weiter, dass nur auf Urkunden der Abtei Brauweiler Abdrücke dieser Nachschnitte nachweisbar sind, und dass sich jene Abdrücke auf Urkunden verschiedener Jahre, welche gerade auf denselben Gegenstand Bezug haben, besinden. Die fraglichen Dokumente Egilberts und Hermanns betressen nämlich die Rechte der Abtei Brauweiler in Clotten a. d. Mosel.

Die merkwürdige Übereinstimmung der beiden Siegel untereinander lässt sich ungezwungen nur dadurch erklären, dass die beiden Stücke im Auftrage des Urkundenempfängers angefertigt worden sind. Und zwar wurden die beiden Siegel zur selben Zeit, als die Urkunden in der Abtei Brauweiler geschrieben wurden, von demselben Stempelschneider, vielleicht einem Mitgliede des Klosters, hergestellt.

Nach dem Schriftcharakter der Urkunden zu urteilen, scheint jene Fälschung etwa um 1150-1200 stattgefunden zu haben. Für die Gleichzeitigkeit der beiden Fälschungen spricht auch die Tatsache, dass beide Siegel in tongrauem, also ganz eigenartig gefärbtem Wachs geprägt sind, während die übrigen Siegel der betreffenden sowie der gleichzeitigen Erzbischöfe (vgl. oben S. 58) aus ungefärbtem Bienenwachs bestehen.

#### 9. Abtei St. Mathias bei Trier.

Eine ganz bedeutende Zahl von Siegelfälschungen lässt sich auf Urkunden der Abtei St. Mathias bei Trier nachweisen. Gleichzeitig mit mehreren gefälschten Siegeln der Erzbischöfe von Trier entstanden dort noch eine grössere Zahl Fälschungen von Siegeln anderer Personen, des Herzogs Adalbert von Lothringen und seiner Gemahlin Jutta, des Propstes Adalbero von St. Paulin, des Abtes Bartholomäus von St. Maximin und des Abtes Gottfried von St. Mathias. Alle diese Fälschungen müssen, weil sie in direkten Beziehungen zu einander stehen, im Zusammenhange mit den gefälschten Siegeln der Erzbischöfe von Trier untersucht werden.



Neben jenen Fälschungen konnte auf Urkunden der genannten Abtei ferner noch in 3 (4) Fällen eine betrügerische Verwendung abgelöster echter Siegel festgestellt werden.

Für die Datierung der Fälschungen, insbesondere um zu ermitteln, ob dieselben zu gleicher Zeit oder zu verschiedenen Perioden entstanden sind, ist eine Untersuchung wenigstens der äusseren Form einer grösseren Zahl der älteren Urkunden von St. Mathias unerlässlich.

Für unsere Zwecke genügt es festzustellen, dass die Urkunden gefälscht, und wie jene Fälschungen zu datieren sind. Wie weit der Inhalt der Urkunde auf echte Vorlagen zurückgeht, ist für eine Untersuchung der Siegel ohne Bedeutung. Dies ist vielmehr eine Aufgabe der demnächst erscheinenden kritischen Ausgabe der älteren rheinischen Urkunden, welche im Auftrage der Gesellschaft für Rheinische Geschichtsforschung vorbereitet wird.

Es erscheint zweckmässig, die Urkunden dem Gegenstand entsprechend, den sie betreffen, in verschiedenen Gruppen zu erörtern.

A. Urkunden, welche die Besitzungen und Rechte der Abtei St. Mathias in Langsur betreffen.

Es sind dies folgende Diplome:

978 August 9 (Trier) Goerz I, 1061 mit aufgedrücktem Siegel des Erzbischofes Egbert.

979

- (2 Exemplare in Trier) Goerz I, 1064 mit drei Hängesiegeln.
  - 1. Siegel des Erzbischofes Egbert.
  - 2. Siegel des Herzogs Adalbert von Lothringen.
  - 3. Siegel der Herzogin Jutta von Lothringen.
- B. Urkunden, welche auf die Besitzungen der Abtei in Mamendorf, Wiskirchen u. a. Dörfern Bezug nehmen.

1030 (Trier) Goerz I, 1246 mit anhängendem Siegel der Herzogin Jutta.

1037 Juni 12 (Trier) Goerz I, 1260 mit anhängendem Siegel des Herzogs Adalbert und seiner Gemahlin Jutta.

, " " (Trier) Goerz I, 1261 "

C. Urkunden, welche die Jagd und Fischereirechte der Abtei St. Mathias in den Dörfern Hemptre, Lampaden usw. betreffen.

1037 Goerz I, 1258 (Trier) mit den Siegeln Adalberts und Juttas

1036 Nov. 10 Goerz I, 1257 (Coblenz) mit den aufgedrückten Siegeln des Erzbischofs Poppo und des Propstes Adalbero von St. Paulin.



1037	Goerz I, 1259 (Coblenz) mit dem anhängenden Siegel des vorhin genannten Propstes Adalbero von St. Paulin.
1059 Dez. 8	Goerz I, 1374 (Coblenz) nicht fertig gestellte Fälschung ohne Siegel.
1106 Dez. 8	Goerz I, 1596 (Coblenz) Siegel abgefallen.
1202	Goerz II, 945 (Trier I. Exemplar) mit anhängendem Siegel des Erzbischofes Johann von Trier.
1202	Goerz II, 945 (Coblenz II. Exemplar) ,,
1202	Goerz II, 949
(1203)	Goerz II, 961 (Coblenz) ,,

D. Urkunden, welche das Weiderecht der Abtei in Bermeroth, Wilting und Emmelde betreffen.

1036 Nov. 10 Goerz I, 1257 s. unter III.

1037 Goerz I, 1259

. 1177 Goerz II, 400 (Coblenz) mit anhängendem Siegel des Erzbischofes Bruno von Trier.

1192 Goerz II, 946 (Coblenz) mit anhängendem Siegel des Erzbischofes Johann von Trier.

O. D. Goerz II, 946 (Coblenz) mit den anhängenden Siegeln 1. des Erzbischofes Johann,

2. des Abtes Gottfried von St. Mathias,

3. des Abtes Bartholomäus von St. Maximin.

O. D. Goerz II, 947 (2 Ausfertigungen Coblenz) mit anhängenden Siegeln wie vorhin.

Gleichzeitig mit diesen letzteren im 13. Jahrhundert gefälschten Urkunden entstand ferner eine Urkunde Johanns, Goerz II, 915 (Trier). E. Urkunden über die Besitzungen und Rechte der Abtei in Polch.

1059 Dez. 8 Goerz I, 1375 mit aufgedrücktem Siegel des Erzbischofes Eberhard.

```
" , " , " , (2 Exempl.)
" erweiterte Fassung von Goerz I, 1375
```

Eine Prüfung der Schrift der verschiedenen Urkunden ergibt zunächst, dass eine grössere Zahl der vorstehend verzeichneten Dokumenten von demselben Schreiber angefertigt worden sind.

Auf denselben Schreiber I gehen folgende Diplome zurück:

Goerz I, 1259; I, 1374; I, 1375; I, 1596; II, 158; II, 400; II, 915; II, 946; II, 945; II, 947; II, 949.

Einem anderen Schreiber II muss die Anfertigung folgender Urkunden zugeschrieben werden:

Goerz I, 1064; I, 1246; I, 1261; II, 947.

Von einer anderen Hand III sind wahrscheinlich Goerz I, 1064; I, 1260; II, 961 geschrieben worden. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Schriften der vorstehend genannten Diplome sind ganz gering. Ohne Zweifel haben die verschiedenen Schreiber zu derselben Zeit gelebt, so dass also zwischen der Anfertigung der verschiedenen Diplome im Höchstfalle nur ein ganz kurzer Zwischenraum liegen kann. Für eine gleichzeitige Entstehung jener Urkunden spricht ausser dem Schriftcharakter auch die Fassung des Textes, in dem ganze Partien bei den verschiedenen Urkunden in gleicher Weise wiederkehren. So z. B.:

bei Goerz I, 1064; I, 1246; I, 1260; I, 1261; ferner Goerz I, 1374; I, 1375; I, 1596; ferner Goerz II, 400; II, 946; II, 947.

Schon die Übersicht über die verschiedenen von demselben Schreiber verfertigten Urkunden lässt erkennen, dass sich unter jenen Schriftstücken unbedingt eine grössere Zahl von Fälschungen befinden muss. Der Schreiber eines Diplomes von 1037 kann nicht auch noch im Jahre 1202 Urkunden geschrieben haben.

Weiterhin zeigt ein Vergleich der Schrift jener Urkunden für St. Mathias mit anderen rheinischen Urkunden des 13. Jahrhunderts, dass die betreffenden Diplome erst im 13. Jahrhundert geschrieben worden sind (vergl. Abb. Taf. 7). Die Urkunden tragen so ausgesprochen den Schriftcharakter des 13. Jahrhunderts, dass wir es unterlassen können, zum Vergleiche weitere echte Schriftstücke dieser Periode beizufügen.

Die Tatsache, dass bereits mehrere der gefälschten Diplome im Jahre 1285 bestätigt wurden, und ferner die Form einiger gefälschter Siegel (vgl. unten S. 81) veranlasst uns, als Zeitpunkt für die Anfertigung der Fälschungen ca. 1270 anzunehmen. Transsumpte aus dem Jahre 1285 liegen von den Urkunden Goerz I, 1596 und II, 945 vor.

Diese Feststellung der unzeitgemässen Schrift der fraglichen Urkunden war schon deshalb unentbehrlich, weil mitunter die Form des gefälschten Siegels z. B. bei der Verwendung von Nachschnitten keine genauen Aufschlüsse über die Zeit der Fälschung gibt. Auch ist ja in manchen Fällen Siegelmissbrauch (vgl. oben) nur dann zu erkennen, wenn die zugehörige Urkunde als Fälschung nachgewiesen werden kann. Zur Datierung und zur Ermittelung des Siegelbetruges ist also, wie wir bereits oben betonten, eine Prüfung der Urkunde oft unerlässlich; und zwar genügt in solchen Fällen meistens schon eine Untersuchung der äusseren Form der Urkunde, besonders wenn es sich um spätere Fälschungen handelt.



74 W. Ewald

Von diesem Gesichtspunkte aus erscheint die vorstehende Prüfung der Schrift der Urkunden, welche mit den für unsere Untersuchung in Frage kommenden Siegeln versehen sind, gewiss gerechtfertigt.

Neben jenen im 13. Jahrhundert gefälschten Diplomen sind noch zwei weitere verdächtige bezw. gefälschte Urkunden erhalten, welche, nach ihrer Schrift zu urteilen, früher angefertigt worden sind. Es sind dies Urkunden, welche auf die Rechte der Abtei in Polch Bezug haben (Goerz I, 1375). Über diese Schriftstücke wird unten noch eingehend gehandelt werden (vgl. S. 95).

Wir haben demnach, um dies vorauszuschicken, bei den Urkunden von St. Mathias zwei Fälschungsperioden zu unterscheiden. Eine ältere des 11. bezw. des 12. Jahrhunderts, zu der die Urkunden Goertz I, 1375 zu zählen sind, und eine spätere des 13. Jahrhunderts, der zahlreiche andere Urkunden angehören.

Neben jenen gefälschten sind auch noch mehrfach die unverdächtigen Urkunden erhalten, die als Vorlage zu den Fälschungen des 13. Jahrhunderts dienten. Es sind dies die Urkunden:

Egberts von 978 August 9 (Goerz I, 1061), Poppos von 1038 Sept. 2 (Goerz I, 1264).

Ausser diesen sind zur Feststellung des wirklichen Sachverhaltes die anscheinend echten Bestätigungsurkunden des Papstes Eugen III. von 1147 Febr. 2, 1152 Mai 27 und des Papstes Hadrian IV. von 1155 April 29 heranzuziehen.

#### A.

Von den Urkunden, welche sich auf die Mark Langsur beziehen, ist das Diplom von 978 unverdächtig (Goerz I, 1061).

Wir bringen von dem vorzüglich erhaltenen interessanten Schriftstücke eine getreue Abbildung in Lichtdruck (Taf. 7).

Auf der Urkunde ist unter dem Texte rechts in ungefärbtem, gelblichem Wachs das Siegel Egberts aufgedrückt — das einzige unverdächtige Siegel, das uns von diesem Bischof überliefert ist. (Abb. Taf. 6,4). Es zeigt das feingearbeitete Brustbild des Erzbischofs, der mit dem Pallium bekleidet ist, in der Linken den Hirtenstab hält und die Rechte zum Segnen erhoben hat.

Die Umschrift lautet: "† EKBERTUS ARCHIEPISCOPUS". Der Typ des Siegels ist also vollkommen zeitgemäss (vgl. oben S. 46 u. 52).

Ausser jener Urkunde von 978 finden wir in dem Archive von St. Mathias noch zwei weitere angebliche Urkunden Egberts, die



denselben Gegenstand betreffen (Goerz I, 1064). Beide Urkunden haben nicht nur denselben Inhalt, sondern auch denselben Wortlaut. Nur zeigt das Datum eine kleine Verschiedenheit; in der einen Urkunde A heisst es: "Data est anno domini hec donatio 979, anno nostri episcopatus quarto." In der anderen Ausfertigung B lautet das Datum wie oben, jedoch "anno nostri episcopatus quinto". Beide Urkunden sind im 13. Jahrhundert geschrieben worden (vgl. oben S. 73). Sie sind Erweiterungen der unverdächtigen Urkunde von 978, welche, wie das die nebeneinandergestellten Texte beider Ausfertigungen erkennen lassen, bei der Herstellung der beiden Urkunden von 979 als Vorlage benutzt worden ist.

C. In nomine sancte et individue trinitatis. Noverit omnium tam præsentium quam futurorum fidelium nostrorum industria, quod ego dei præeunte gratia

Egbertus sancte treverensis ecclesie archiepiscopus statum sanctæ ecclesie deique servicium corroborandum exoptans et eterne retributionis premium præcipue prospiciens quidquid in villa vel marca

Langasura iuxta fluvium Sura sita precessores mei utilitatis tenuerunt. et ego usque hodie possideo. campis areis edificiis piscationibus, pascuis viis inviis exitibus et reditibus. ad sanctum In nomine dei amen.

Nos Egbertus s. Treverensis ecclesie archiepiscopus statum sancte ecclesie deique servicium corroborandum exoptans et eterne retributionis premia præcipue prospiciens universis tam presentibus quam futuris seu legi audituris volumus esse notum. quod sancti David prophete verbis incitati et moti dicentis: Dispersit dedit pauperibus iusticia manet in seculum seculi. cornu eius exaltabitur in gloria. salubri deliberatione prehabita. corpore incolumis sanaque mente villam nostram Longasuram 'iuxta fluvium Sura sitam et omnia bona infra marcham predicte ville et ex utroque latere fluvii Sure. quam vir nobilis dominus Adalbertus dux Lottoringie et marchio et Juditta uxor sua tamquam bona propria ab omni servitute advocatia iuribus iurisdictionibus et exactione libera nobis vendiderunt. vendita in eadem libertate nobis assignaverunt assignata temporibus vite eorum quiete possidere nos fecerunt et nos eadem bona in omni libertate predicta actenus possedimus et possidemus usque hodie

Maternum cuius basilica ad aquilonem basilicæ s. Eucharii confessoris prope constructa est in integrum pro anime mee remedio restituens dono. ca videlicet ratione, ut a presenti die divini officii stabilitas vigilanti sollertia inperpetuum ibidem permaneat et omnibus horis nocturnis ante sanctum altare incense lucerne lumen adesse perpetim non deficiat. Si qua vero persona hanc nostre concessionis gratiam permutare seu istius conscriptionis paginulam temeraria potestate frangere umquam nisi cum communi fratrum ibidem deo militantium consensu temptaverit aut consimili concambio absolvat anathematis marnathe damnatione subditus vindicali a deo virga percussus imperpetuum luat et lugeat.

Et ut firmius hec mee concessionis clemencia maneat, istaque conscriptio mei sigilli impressione insigniri precepi.

Data est anno dominice incarnationis 978 indictione sexta sub die V. Idibus Augusti anno mei episcopatus III. Actum Treveris feliciter Amen. pro remedio anime nostre conferimus tradimus. donamus, et legamus campis. areis edificiis decimis curtibus familiis mancipiis utriusque sexus, agris. pratis. vineis. pascuis. silvis venationibus aquis. aquarumve decursibus molendinis. piscationibus. vicis. viis et inviis exitibus et reditibus. terris cultis et incultis. quesitis et inquirendis ac cum universis appenditiis et adiacentiis suis.

sancto Materno cuius basilica ad aquilonem basilice s. Eucharii confessoris prope constructa est

ea videlicet ratione, ut a presenti die divini officii stabilitas vigilanti sollertia in perpetuum ibidem permaneat et omnibus horis nocturnis ante sanctum altare incense lucerne lumen adesse perpetim non deficiat. Si qua vero persona hanc nostre concessionis gratiam permutare seu istius conscriptionis paginam temeraria potestate frangere umquam nisi cum communi fratrum ibidem deo militantium consensu temptaverit aut consimili concambio absolvat anathematis marnathe damnatione subditus vindicali a deo virga percussus imperpeiuum luat et lugeat.

Et ut firmius hec nostre concessionis clemencia maneat istaque conscriptio nostri sigilli impressione necnon sigillis nobilis viri Adalberti ducis Lottoringie et marchionis et Juditte uxoris sue ducisse insigniri precepimus.

Data est anno domini hec donatio incarnationis 979, anno nostri episcopatus quarto actum Treveris in ecclesia maiori feliciter Amen.

Aus der Benutzung der unverdächtigen Urkunde Egberts von 978 als Vorlage für die beiden Fälschungen von 979 erklärt sich auch die falsche Angabe der Episkopatsjahre Egberts. Der Vorgänger Egberts, Erzbischof Theoderich, ist 977 Juni 5 gestorben, demgemäss hätte in der Urkunde von 978 das zweite, nicht das dritte Episkopatsjahr angegeben werden müssen.

Von den Urkunden von 979 ist nun wahrscheinlich zuerst jene Urkunde B mit dem fünften Episkopatsjahr Egberts geschrieben worden. Da man aber das Diplom von 978 als Vorlage benutzte und dort, freilich irrtümlich, das dritte Jahr des Episkopates Egberts vermerkt wurde, erkannte man nachträglich, dass für das Jahr 979 das vierte und nicht das fünfte Episkopatsjahr Egberts stimmen würde, und fertigte nun, um eine Radierung zu vermeiden, eine neue Urkunde A an, bei der nur die betreffende Stelle geändert wurde.

An den beiden erweiterten Diplomen von 979 hängen nun drei Siegel, und zwar von rechts nach links gerechnet:

- 1. ein angebliches Siegel Egberts, Taf. 6,1,
- 2. ein angebliches Siegel des Herzogs Adalbert von Lothringen mit Gegensiegel, Taf. 6,2 und 5,
- 3. ein angebliches Siegel Juttas, der Gemahlin Adalberts, Taf. 6,3.

Sämtliche Siegel bestehen aus chokoladebraunem Wachs.

An der Urkunde B benutzte man zum Befestigen der Siegel Seidenfäden, und zwar für die Siegel Egberts und Juttas grüne, für das Siegel Adalberts gelb gefärbte.

An der Urkunde A verwendete man rundgewebte Schnüre; die Schnur für das Siegel Egberts ist grün, die des Adalbertsiegels rötlich, die des Juttasiegels gelb gefärbt.

Die Reihenfolge der 3 Siegel ist auf beiden Urkunden die gleiche. An erster Stelle hängt das Siegel Egberts, an zweiter das Adalberts und an letzter Stelle das Siegel Juttas. Selbst wenn die Schrift der Urkunde nicht zeigen würde, dass die beiden angeblichen Diplome Egberts im 13. Jahrhundert geschrieben sind, würde schon die Form der Besiegelung ausreichend beweisen, dass diese Siegel den Schriftstücken unmöglich im 10. Jahrhundert, sondern erst um die Mitte des 13. Jahrhunderts angehängt worden sind.

Die Mitbesiegelung einer Urkunde durch verschiedene Siegelinhaber war nämlich im 10. Jahrhundert, sieht man von den longobardischen gemeinschaftlichen Herzogssiegeln dieser Periode ab, ungebräuchlich. Die Fälscher folgten eben einer zur Zeit der Fälschung
üblichen Sitte. In den Rheinlanden konnte eine Mitbesiegelung erst
seit dem 12. Jahrhundert ermittelt werden. Auf den Urkunden der



78 W. Ewald

Erzbischöfe von Trier habe ich eine Mitbesiegelung anderer Personen erst seit Anfang des 13. Jahrhunderts feststellen können.

Die Anordnung der verschiedenen Siegel beweist aber, dass die Besiegelung der betreffenden Urkunden nicht im Anfange des 13. Jahrhunderts vorgenommen worden ist. Man würde sonst die in jener Zeit übliche Rangfolge der Siegel beibehalten und als Ehrenplatz für das bischöfliche Siegel die Mitte der Plica gewählt haben. Diese Rangfolge wird auf sämtlichen mit mehreren Siegeln versehenen Urkunden Johanns aus den Jahren 1203—1211 eingehalten; ebenso noch auf den älteren Urkunden des Erzbischofs Theoderich. Anscheinend tritt erst 1227 bei den trierischen Urkunden eine Änderung ein. Als Ehrenplatz wird nunmehr die rechte Ecke der Plica betrachtet, und dieser wird auch noch auf den Urkunden der späteren Perioden des Mittelalters dem angesehensten Siegler vorbehalten.

Die Mitbesiegelung und die Anordnung der Siegel auf den beiden angeblichen Diplomen von 979 würde demnach anzeigen, dass die Besiegelung der Urkunde erst nach dem Tode Johanns, frühestens in dem zweiten Viertel des 13. Jahrhunderts, vorgenommen worden ist.

Auch die rote Farbe des Siegelwachses zeigt deutlich, dass die betreffenden Siegel unmöglich im 10. Jahrhundert angefertigt worden sind (vergl. oben S. 58). Ferner sind im 10. Jahrhundert die Wachssiegel stets aufgedrückt. Hängesiegel kommen an den Urkunden der Erzbischöfe von Trier erst seit Albero, also in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts, vor; etwas früher begegnen sie in England, bereits im 11. Jahrhundert. Demnach ist also auch die Befestigung der Siegel unzeitgemäss.

Das Siegel Adalberts zeigt den Herzog in voller Rüstung auf galoppierendem Pferde. Unter dem Waffenrock des Reiters bemerkt man einen Schuppenpanzer. Der Kopf ist durch einen Topfhelm, an dem sich eine Helmdecke befindet, geschützt. In der Rechten hält der Reiter ein Schwert, in der Linken den Schild, auf dem sich als Wappenemblem ein Adler befindet. Das gleiche Wappenbild trägt auch die Pferdedecke.

Die Umschrift lautet: † Sigillum ADALBERTI MARCHIONIS ET DUCIS LOTTaringie. Auf der Rückseite dieses Reitersiegels befindet sich ein Gegensiegel, auf dem im Siegelfelde ein Adler gezeichnet ist, um diesen die Umschrift: "† SIGILLUm SECRETUm MARCHIONIS DUCIS DE".



Nach Bresslau reichen die Anfänge des Siegelgebrauches bei den deutschen Adelsgeschlechtern bis ins 10. Jahrhundert zurück. Freilich bedürfen die hierfür beigebrachten Belege aus dem 10. und 11. Jahrhundert noch einer eingehenden Prüfung. Aus dem 12. Jahrhundert sind jedoch eine grössere Anzahl unverdächtiger Adelssiegel erhalten, und seit dem Ende des 12. Jahrhunderts ist die Verwendung von Siegeln bei fast den meisten mächtigeren Adelsgeschlechtern nachweisbar. Würde demnach das Aufkommen des Siegelgebrauches bei dem Adel des Mittelalters nicht unbedingt als ein Argument gegen die Echtheit des Siegels Adalberts von Lothringen angeführt werden können, so lässt dagegen die Form jenes Siegels mit voller Sicherheit auf eine Fälschung schliessen.

Unzeitgemäss ist zunächst die Besiegelung der Rückseite durch ein Gegensiegel. Die Verwendung des Gegensiegels ist für das 10. und 11. Jahrhundert nirgendwo festzustellen. Erst seit der Mitte des 12. Jahrhunderts begegnen solche Rücksiegel, und zwar zuerst in England. Von fast sämtlichen englischen Bischöfen und Erzbischöfen sind aus dieser Zeit Rücksiegel erhalten. Etwas später, im letzten Viertel des 12. Jahrhunderts, scheint der Gebrauch des Gegensiegels auch in Frankreich eingeführt worden zu sein. Höchstwahrscheinlich ist er von dort nach Deutschland übernommen worden.

In den Rheinlanden findet man Gegensiegel erst seit dem 13. Jahrhundert (vgl. Ilgen a. a. O. S. 345). Schon dieser Umstand legt nahe, dass auch jenes angebliche Siegel Adalberts kaum vor dem 13. Jahrhundert angefertigt worden ist. Auf dieselbe Zeit weist auch der Reitertypus hin. Die Form und der Schmuck des Reiterkostümes ist nämlich im 11., 12. und auch noch in dem ersten Viertel des 13. Jahrhunderts ungebräuchlich. Erst um die Mitte des 13. Jahrhunderts wird es üblich, die Schabracke mit den Wappenemblemen zu verzieren. Man vergl. z. B. die Entwicklung der Siegel der Herzöge von Kleve (Annalen für den historischen Verein des Niederrheins, 1909), ferner die westfälischen Siegel; die Beschreibungen und Abbildungen der französischen Reitersiegel in den Werken von Demay, Blancard u. a.

Für ein Siegel des 10. Jahrhunderts würde auch die genauere Form der Legende (ducis Lotharingie), ferner die Einleitung derselben durch: "Sigillum" absolut nicht passen. Auf den älteren echten bezw. unverdächtigen Reitersiegeln wird stets der Name des Siegelinhabers im Nominativ ohne Hinzufügung des Wortes Sigillum angegeben.



Das angebliche Siegel Juttas von Lothringen ist spitzoval. Es zeigt als Siegelbild die Herzogin in ganzer stehender Figur im Hermelinmantel mit einem Buche in der linken, einem Szepter in der rechten Hand. Die Umschrift lautet: "† Sigillum IVTTE: MARCHIONISSE: LOTORINGIE."

Sowohl die spitzovale Form als auch die Umschrift beweisen, dass das Siegel unmöglich dem 10. Jahrhundert angehören kann, ebenso die Befestigung des Siegels und das chokoladebraun gefärbte Siegelwachs (vgl. oben S. 58 und 46).

Siegel adeliger Damen aus dem 10. Jahrhundert sind nicht erhalten. Allem Anscheine nach haben solche in jener Periode überhaupt noch nicht gesiegelt. Dagegen sind aus dem 11. Jahrhundert einige Damensiegel bekannt, z. B. das Siegel der Königin Richeza von Polen, dessen Echtheit jedoch strittig ist, und das unverdächtige Siegel der Pfalzgräfin Adelheid. Beide zeigen das Brustbild der Siegelführerin. Auch bei den Damensiegeln scheint demnach die ursprüngliche Form des Siegelbildes der Brustbildtypus gewesen zu sein.

Auf einem echten Damensiegel des 10. Jahrhunderts würde man demnach nicht das Bild der Siegel-Inhaberin in ganzer Figur erwarten. Ein Vergleich des Juttasiegels mit den Damensiegeln des Mittelalters zeigt aber, dass das fragliche Siegel genau denselben Typ aufweist, wie die Siegel adeliger Damen des 13. Jahrhunderts. Man vergleiche beispielsweise das Siegel der Yolande von der Bretagne von 1259 bei Lecoy de la Marche S. 206.

Die spitzovale Form des angeblichen Siegels Egberts ist verdächtig. Das Siegel ist sowohl in dieser Hinsicht als auch in der Befestigung und Färbung des Siegelwachses vollkommen unzeitgemäss (vgl. S. 46). Ebensowenig passt auch die Form des Siegeltypus zu einem echten Siegel des 10. Jahrhunderts. Der Erzbischof wird mit Mitra und Pallium bekleidet auf einem Faltstuhle sitzend dargestellt, mit dem Hirtenstabe in der Linken und mit zum Segen erhobener Rechten.

Diese Form des Siegelbildes ist erst seit dem 12. Jahrhundert nachweisbar (vgl. die Übersicht über die Entwickelung des bischöflichen Siegels oben S. 46) und erhält sich auf den Siegeln der Erzbischöfe von Trier bis zum Regierungsantritte Balduins. Seit dieser Zeit wird es üblich, zuseiten der Bischofsfigur noch zwei Schilde mit dem Stiftswappen und Familienwappen des Erzbischofes anzubringen.

Nach der Form des Siegelbildes, der spitzovalen Siegelform, der Befestigung des Siegels und der Beschaffenheit des Wachses zu urteilen, müsste jenes Siegel also in der Zeit von 1127—1307 angefertigt worden sein. Die Rangfolge des Siegels auf den betreffenden Diplomen (vgl. oben S. 78) hat bereits ein genaueres Datum für die Zeit der Fälschung ergeben. Hiernach dürfte das Siegel erst nach 1227 hergestellt worden sein.

Auf einen noch späteren Termin für die Anfertigung des Siegels lässt die Form der Umschrift schliessen. Sie lautet: "†Sigillum EGBERTI. DEI. GRACIA. TREVIRORUM. ARCHIEPisCopi".

Die Legende ist vollständig unzeitgemäss (vgl. unsere Bemerkungen oben S. 46). Sie lässt sich erst seit der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts auf den Siegeln der Erzbischöfe von Trier nachweisen, und zwar zuerst auf Siegeln des Erzbischofes Heinrich von Vinstingen (1260-1286). Etwas später begegnet sie auf Siegeln der Erzbischöfe von Köln, seit Wikbold von Holte (1297—1304). Das angebliche Siegel Egberts ist demnach ohne Zweifel eine Fälschung aus der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts. Da die Urkunde vor 1285 geschrieben sein muss, (vgl. oben S. 73) kann als annähernder Zeitpunkt für die Entstehung der Fälschung das Jahr 1270 angenommen werden.

Es ist bemerkenswert, dass der Fälscher sich gar nicht bemühte, für die gefälschten Urkunden und Siegel den im 10. Jahrhundert üblichen Stil nachzuahmen. Er hat vielmehr ohne weiteres die Siegel, welche im übrigen ganz vortrefflich geschnitten sind, in der zur Zeit der Fälschung gebräuchlichen Gestalt anfertigen lassen. Dass dieser Siegelfälscher recht gut echte Siegel nachschneiden konnte, wird später noch an einem lehrreichen Beispiele gezeigt werden. Es ist daher auffallend, dass man für die beiden Urkunden von 979 das echte Siegel Egberts nicht kopierte.

Hier ist nun zu beachten, dass der Fälscher, um die Erweiterung der Urkunde von 978 wahrscheinlicher zu machen, vorgab, der Erzbischof habe von dem Herzoge Adalbert von Lothringen und dessen Gemahlin die lothringischen Besitzungen in der Mark Langsur erworben und dann der Abtei St. Mathias geschenkt. Er hielt es daher für angebracht, neben dem erzbischöflichen Siegel auch noch die beiden lothringischen Siegel an der gefälschten Urkunde anzubringen. Die unverdächtige Egberturkunde aber bot keine Vorlagen für die erforderlichen Siegel Juttas und Adalberts, sodass der Fälscher gezwungen war, für diese die Siegelform des 13. Jahrhunderts zu wählen.

Westd. Zeitschr. f. Gesch. u. Kunst. XXX, I

82 W. Ewald

Zu diesen grossen und prächtigen Siegeln passte dann freilich schlecht ein Nachschnitt des kleinen, schlichten unverdächtigen Siegels Egberts, und aus diesem Grunde mag der Fälscher auch für das Siegel des Erzbischofes die im 13. Jahrhundert übliche Siegelform vorgezogen haben.

Die gefälschten Egberturkunden zeigen wiederum so recht die Naivität, die für manche der mittelalterlichen Urkundenfälschungen charakteristisch ist. Sie tritt hier besonders stark hervor, da noch die unverdächtige benutzte Vorlage daneben vorhanden ist. Wir hielten es daher für lehrreich, Faksimiles der beiden Diplome in Originalgrösse der vorliegenden Abhandlung beizugeben (Taf. 6 u. 7).

Es ist ausserordentlich bezeichnend für die Kritiklosigkeit, die wiederholt bei der Abfassung von Transsumpten im Mittelalter beobachtet wird, dass in einem und demselben Transsumpte von 1464 (Or. Coblenz) beide Urkunden nebeneinander unter einer ganz ausführlichen Beschreibung der Siegel als echt legitimiert wurden.

B.

Die vorhin erörterten gefälschten Siegel Egberts kommen nur an jenen Urkunden vor, welche die Besitzungen und Rechte der Abtei in der Mark Langsur betreffen, die angeblichen Siegel Juttas dagegen sowohl an diesen, wie an der gefälschten Schenkungsurkunde der Dörfer Mamendorf, Wiskirch u. a. Goerz I, 1246, ferner auch in Verbindung mit dem Siegel Adalberts an Goerz I, 1260 und I, 1261, welche dieselben Rechte von St. Mathias betreffen.

Sämtliche Urkunden sind (wie die zugehörigen Siegel) Fälschungen des 13. Jahrhunderts (vgl. unsere Angaben über die Schrift der Diplome oben S. 72): über die Siegel S. 73)<sup>20</sup>).



<sup>&</sup>lt;sup>20</sup>) Charakteristisch für manche Fälschungen sind Dorsalvermerke, die gleichzeitig oder aber unmittelbar nach Entstehung der Fälschung geschrieben sind.

Jutta schenkte der Abtei das Dorf Mamendorf usw. angeblich im Jahre 1030. Diese Schenkung wurde nachher von Adalbert 1037 bestätigt. Ein Rückvermerk auf der Urkunde von 1030 enthält die nähere Erklärung für jene Bestätigung, welche, soviel ich sehe, weder von Beyer noch von Goerz beachtet worden ist:

Sciendum est, quod ista nobilis matrona Jutta marcionissa marito suo duce Adelberto duce et marcione existente ultra mare, ipso dicto mortuo, prout rumor plurimorum auribus suis instillavit, quod tamen omni caruit veritate, dicta matrona bona infrascripta legavit monasterio sancti Eucharii, Valerii et Materni; postea modico tempore præterito prædictus maritus suus

C.

Das Siegel Juttas von Lothringen liess sich in Verbindung mit dem angeblichen Siegel ihres Gemahls auch noch auf einem Diplome jener unter C angeführten Urkundengruppe, welche auf die Jagd- und Fischereirechte der Abtei St. Mathias in den Dörfern Lampaden, Hemptre usw. Bezug haben, nachweisen: nämlich an dem sogenannten Testamente des Propstes Adalbero von St. Paulin vom Jahre 1037, wie es im M. UB. I. S. 360 Nr. 308 III (Goerz I, 1258) abgedruckt Diese Urkunde befand sich früher in der Stadtbibliothek von Trier. Goerz hat sie M. UB. II. S. 646 Nr. 348 noch benutzt, und vermerkt ausdrücklich die Übereinstimmung der anhängenden Siegel mit jenen der Fälschung von 979 (Goerz I, 1064). Die Urkunde ist heute in der Stadtbibliothek von Trier nicht mehr aufzufinden. Es kann aber wohl kaum bezweifelt werden, dass sie eine gleichzeitig mit den vorhin erörterten Diplomen entstandene Fälschung war. Jene Urkunde Juttas und Adalberts betraf denselben Gegenstand, wie zwei weitere Urkunden (Goerz I, 1257; I, 1259), nämlich die angebliche Schenkung des Propstes Adalbero von St. Paulin an St. Mathias. Jutta und Adalbert erscheinen in der betreffenden Urkunde als Verwandte des Ausstellers; Jutta als Schwester des Vaters, Adalbert als Bruder der Mutter Adalberos. Durch diese Verwandtschaft wurde ihre Mitbesiegelung erklärt.

Auf der Urkunde von 1036 Nov. 10 (Goerz I, 1257) sind die Siegel des Erzbischofs Poppo und des Propstes Adalbero unter dem Texte aufgedrückt, während an der Urkunde von 1037 (Goerz I, 1259) sich nur das Hängesiegel Adalberos befindet (Taf. 5,1).

Bezüglich der Besiegelung der Urkunde Goerz I, 1257 durch mehrere Siegelführer gilt, was bereits vorhin bemerkt wurde: sie ist für das 11. Jahrhundert vollständig unzeitgemäss (vgl. S. 78).

Das Siegel des Propstes aus weissem ungefärbtem Wachs ist in der linken Ecke unter dem Texte aufgedrückt. In der anderen Ecke befindet sich ein ebenfalls aufgedrücktes Siegel des Erzbischofs Poppo von Trier, das jetzt abgefallen ist, aber unter den Urkundenbeständen der Abtei St. Mathias in einer beiliegenden Schachtel aufbewahrt wird.

sanus et incolumis ad propria remeavit et eadem bona dicto monasterio tradita seu legata unanimi consensu, ut in ipsorum privilegiis insuper confectis apparet, roboraverunt et dicto monasterio tradiderunt.



Eine schriftliche Erklärung des frühern Direktors des Coblenzer Staatsarchivs von Eltester beseitigt jeglichen Zweifel an der Zugehörigkeit des abgefallenen Siegels zur genannten Urkunde.

Jenes Siegel des Erzbischofs Poppo ist ein Abdruck des Stempels A, der auch noch auf einer Urkunde eines anderen Empfängers (vgl. unsere Tabelle S. 44) nachgewiesen werden konnte. Das Siegel war ursprünglich auf einem anderen Schriftstücke aufgedrückt gewesen. Man hatte es von diesem entfernt, indem man das Siegel, dem äusseren Siegelrande folgend, aus dem Pergamente der Urkunde ausschnitt. Vorder- und Rückseite des Siegels waren nicht, wie es sonst wiederholt festgestellt werden konnte, von einander getrennt worden, weil hierbei die dünne Wachsschicht des Abdruckes leicht hätte zerstört werden können. Das Siegel ist nämlich wahrscheinlich, wie die älteren aufgedrückten Wachssiegel (vgl. oben S. 22) nur aus einer aufgedrückten Wachsschicht angefertigt worden, indem man den Stempel direkt in das bereits auf der Urkunde befestigte Wachs hineindrückte. infolgedessen eine Spaltung des Siegels nicht vorgenommen werden konnte ohne das Siegel zu gefährden, durfte auch das zwischen Vorderund Rückseite sich befindende Pergament nicht entfernt werden und wurde nun zum Verräter der Fälschung.

Das ausgeschnittene Siegel wurde auf der Schenkungsurkunde Adalberos folgendermassen befestigt: Man machte zunächst unter dem Texte der Urkunde einen rhombenförmigen Einschnitt, legte über diesen auf die Schriftseite der Urkunde das abgelöste Siegel und drückte nun von rückwärts durch die erwähnte Öffnung eine Schicht Wachs auf die Rückseite des Siegelabdruckes. Alsdann wurde die auf der Rückseite der Urkunde befindliche Wachslage über den Rand der Öffnung hin breit gedrückt, wodurch ein Abfallen des Siegels von dem Schriftstück verhindert werden sollte. Jedoch ist es dem Fälscher nicht gelungen, das Siegel mit der rückseitigen Wachsschicht genügend zu verbinden. Es ist vielmehr, wie mehrere andere ebenfalls zu Fälschungszwecken missbrauchte echte Siegel auf Urkunden der Abtei St. Mathias, abgefallen (vgl. unten).

Die Urkunde, von der das Siegel Poppos abgelöst worden ist, konnte ich nicht ermitteln. Das betreffende Schriftstück befindet sich weder unter den Urkundenbeständen der Abtei St. Mathias in Coblenz, noch in der Stadtbibliothek in Trier, die ebenfalls über eine grössere Zahl von Diplomen der Abtei verfügt. Das Siegel rührt jedenfalls, darüber lässt seine ursprüngliche Befestigungsweise keinen Zweifel aufkommen, von einer Urkunde und nicht von einem Briefe her.



Das zweite Siegel derselben Urkunde (Goerz I, 1257), das des Propstes Adalbero (Taf. 5,1), ist ohne Zweifel eine Arbeit des 13. Jahrhunderts. Die Urkunde ist daher für das Fälschungswesen des Mittelalters von besonderem Interesse, weil auf ihr zwei verschiedene Methoden des Siegelbetruges zur Anwendung kommen: die Weiterverwendung eines abgelösten echten, und der Gebrauch eines gefälschten Siegels.

Ganz abgesehen davon, dass schon ein Propstsiegel auf einer Urkunde des 11. Jahrhunderts höchst bedenklich wäre, da erst Ende des 12. Jahrhunderts echte bezw. unverdächtige Propstsiegel in den Rheinlanden sich nachweisen lassen, beweist auch die Form des Siegels mit aller Deutlichkeit, dass jenes fragliche Adalberosiegel einer späteren Periode angehören muss.

Das Siegel des Propstes Adalbero ist im Stil den gefälschten lothringischen Siegeln sehr nahe verwandt. Es zeigt den Propst in ganzer stehender Figur in einem einfachen langen, weitärmeligen, mit einem Kragen besetzten Gewande, in der Linken ein Buch, in der Rechten einen Zweig (die virga correctionis) haltend. Die Umschrift lautet: † Sigillum ADELBERONIS. PREPOSITI. SANCTI. PAULINI. TREVERENsis.

Ausser der spitzovalen Form, welche, wie schon erwähnt, erst seit dem 12. Jahrhundert nachweisbar ist, verrät auch die Fassung der Umschrift, die Form des Siegelbildes und vor allem die künstlerische Behandlung des Siegelreliefs, dass das Siegel unmöglich dem 11. Jahrhundert angehören kann. Auf den Siegeln der Ezbischöfe von Köln und Trier und auch bei anderen Siegelführern, z. B. den deutschen Kaisern, beobachten wir, dass die älteren Siegel nur das Brustbild, erst später die ganze Figur des Siegelführers zeigen. Dieselbe Entwickelung konnte ich auch auf den Siegeln der rheinischen Pröpste, Äbte usw. feststellen.

Die ältesten Siegel der Pröpste aus der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts zeigen ausschliesslich das Brustbild des Siegelinhabers, so z. B. das prächtige Siegel des Propstes Konrad von Carden aus dem Jahre 1196 (Coblenz, Abtei Laach). Auch ist auf jenen Siegeln die Gewandung des Propstes eine andere als auf dem fraglichen Adalbero-Siegel. Es fehlt z. B. auf jenen älteren Siegeln der pelzartige Kragen, der anscheinend erst auf den Siegeln des 13. Jahrhunderts, aber seit dieser Zeit fast regelmässig, vorkommt. Man vergleiche z. B. das Siegel des Dompropstes Engelbert von Köln aus dem Jahre 1214 (Düsseldorf, St. Georg in Köln). Das Siegelbild ist also unzeitgemäss, ebenso die Fassung der Legende.



1

Wir haben bereits darauf hingewiesen, dass die Siegel der Erzbischöfe von Köln, Trier und Mainz des 10., 11. und 12. Jahrhunderts ausschliesslich den Namen des Siegelführers im Nominativ enthalten. Erst auf den späteren Siegeln beginnt die Umschrift meist mit dem Worte "Sigillum" und dem Namen des Siegelführers im Genitiv. Auch das bereits angeführte Siegel des Propstes Konrad von Carden von 1196 zeigt z. B. noch die alte Fassung der Umschrift: "† Conradus dei gratia Trevirensis archidiaconus et Cardonensis praepositus." Im 13. Jahrhundert verschwindet diese ältere Form der Legende allmählich.

Die Befestigung des Siegels an der Urkunde und die Beschaffenheit des Siegelwachses ist hingegen einwandfrei. Diese zeitgemässe Besiegelungsweise ist ohne allen Zweifel auf eine Rücksichtnahme gegen das von einem echten Schriftstücke abgelöste Siegel Poppos, das an der anderen Ecke der Urkunde angebracht ist, zurückzuführen. Dieses letztere Siegel war ursprünglich aufgedrückt und wurde daher auch auf der Fälschung als aufgedrücktes Siegel befestigt. Der Übereinstimmung halber geschah nun auch mit dem Siegel Adalberos das nämliche. Mit Rücksicht auf das aus ungefärbtem Wachs verfertigte Siegel Poppos, ist ebenfalls das Siegel Adalberos aus ungefärbtem Wachs hergestellt worden.

Bei einem anderen Siegel Adalberos, an der Urkunde Goerz I, 1259, zu der das gleiche Typar wie zu Goerz I, 1257 gebraucht wurde, hatte der Fälscher jene Rücksicht auf ein älteres Siegel nicht zu nehmen. Er prägte daher das Siegel in rotbraun gefärbtem Wachs und hängte es vermittelst Fäden der gefälschten Urkunde an. Sowohl das verwendete Siegelwachs, als auch die Befestigung des Siegels sind in diesem Falle unzeitgemäss.

Gleichzeitig mit jenen 3 Fälschungen des 13. Jahrhunderts (Goerz I, 1258; I, 1257; I, 1259) entstanden zu demselben Zwecke noch eine Reihe weiterer Fälschungen, welche wir unter C aufgezählt haben. Es sind dies Goerz I, 1374; Goerz I, 1596; Goerz II, 945 in zwei Ausfertigungen; Goerz II, 949 und Goerz II, 961. Von diesen Urkunden ist eine unbesiegelt geblieben, nämlich die angebliche Urkunde des Erzbischofes Eberhard von Trier aus dem Jahre 1059 Dez. 8 (Goerz I, 1374). Goerz bezeichnet das Schriftstück mit Unrecht als eine Kopie des 13. Jahrhunderts; es ist vielmehr eine gleichzeitig mit den übrigen erörterten Urkunden entstandene Fälschung des 13. Jahrhunderts, welche jedoch nicht ganz fertig gestellt worden und unbesiegelt geblieben ist.

Gleichzeitig mit dieser letzten Urkunde ist von demselben Schreiber und nach derselben Vorlage noch eine weitere besiegelt gewesene angebliche Urkunde des Erzbischofes Bruno von 1106 geschrieben worden, die derselben Fälschungsgruppe angehört. Eine Nebeneinanderstellung der Urkundentexte lässt deutlich ihre Zusammengehörigkeit erkennen.

### Urkunde Eberhards von 1059.

I. n. s. e. i. t. Eberhardus dei gratia Trevirorum archiepiscopus. quia ad curam pastoralem pertinere novimus ecclesie dei non solum spiritualiter verum etiam corporaliter providere. nichilomagis adquirere quam confirmare res ecclesiasticas voluimus. quarum sine usu divinum non potest consistere servicium. itaque omnium fidelium Christi tam presentium quam futurorum dilectioni innotescere cupimus. Quod cum pro iure vel pro iuribus venatico dilectus noster Reginardus abbas s. Eucharii et conventus ipsius nec non homines ipsorum de Hemptre et de Lampede et eorum attinentiis, ab officialibus nostris multociens injuste dampnificarentur. tandem per depositionem fidelium nostrorum nichil iuris in villis predictis et eorum attinenciis et in banno venatico

nos habere cognoscentes excepto quod quelibet domus villarum predictarum soluit nobis dimidium maldrum avene ad castrum Sarburch viduis exclusis

### Urkunde Brunos von 1106.

I. n. s. e. i. t. Bruno dei gratia Trevirorum archiepiscopus. Quia ad curam pastoralem pertinere novimus ecclesie dei non solum spiritualiter verum etiam corporaliter providere. nichilomagis adquirere quam confirmare res ecclesiasticas volumus. quarum sine usu divinum non potest consistere servicium. Itaque omnium fidelium Christi tam presentium quam futurorum dilectioni innotescere cupimus. quod cum pro iure vel iuribus venatico et piscationum in Rouera dilectus noster Everyvinus abbas s. Eucharii et conventus ipsius necnon homines ipsorum de Hemptre et Lampaden et eorum attinentia ab officialibus nostris multociens dampnarificarentur iniuste, tandem per depositionem fidelium nostrorum nichil iuris in villis predictis et eorem attinenciis et in banno venatio et piscationem in Rouera a loco qui dicitur ad alnos usque ad Hildimanni pontem et in Musella a superiori insula iuxta Dudechini molendinum sita ex utroque littore fluvii usque ubi Olevia Musellam influit, nos habere cognoscentes. excepto quod quelibet domus villarum predictarum soluit nobis singulis annis dimidium maldrum avene ad castrum nostrum Sarburch viduis exclusis. ratione cuius nos et successores nostri de castro predicto easdem villas antedictas ab omnibus sibi violentiam aut injuriam facientibus defensare tenebimur et tenemur. preter solummodo contra abbatem et conuentum

nos vero deum habentes pre oculis et iusticiam

Monasterium s. Eucharii et villas predictas ab iniusta inpeticione absolvimus propter merita b. Mathie apostoli et sanctorum Eucharii. Valerii et Materni discipulorum Christi. et ne in posterum a nostris vel successorum nostrorum officialibus vel ab aliquibus pravis monasterium et predicte ville super hoc possint gravari. hanc nostre institutionis cartam fidelium nostrorum quos interesse huic actioni voluimus testimonio et sigilli nostri impressione signavimus.

Signum domini Eberhardi archiepiscopi

qui hanc cartam et scribi voluit et confirmari.

- S. Arnolfi S. Theoderici S. Hunoldi corepiscopi comitis
- S. Adalberonis S. Adalberonis S. Sigebodonis vice domini
- S. Theoderici S. Waldonis S. Azelini dyaconi
- S. Brunonis S. Tiedfridi S. Epponis subdyaconi

Data VI. Idus Decembris anno dominicae incarnationis. M. L. VIIII. Indictione XII. Regnante Henrico rege IIII. anno regni sui. IIII. Pontificatus autem domini archiepiscopi. XIII. predictum. Nos vero dominum habentes pre oculis et iusticiam de consilio prelatorum et fidelium nostrorum, qui iura episcopalia et ecclesie Treverensis noverunt et multis annis rexerunt temporibus felicis memorie Egilberti et Udonis archiepiscoporum predecessorum nostrorum. quibus etiam plene constabat de premissis. monasterium s. Eucharii et villas predictas ab iniusta impeticione absolvimus propter merita b. Mathie apostoli et sanctorum Eucharii. Valerii. et Materni. discipulorum Christi. Et ne inposterum a nostris vel successorum nostrorum officialibus vel ab aliquibus pravis monasterium et predicte ville super hoc de cetero possint grauari. hanc nostre institutionis cartam fidelium nostrorum. quos interesse huic actioni voluimus testimonio et sigilli nostri impressioni signavimus.

Signum domini Brunonis archiepiscopi Treverensis.

qui hanc cartam et scribi voluit et confirmari.

- S. Ramberti prepositi S. Vvillelmi comitis maioris S. Vvigerici advocati
- S. Godefridi corepiscopi S. Vvillelmi de Schure
- S. Theoderici corepiscopi S. Cunonis de Madelberch
- S. Adalberonis corepis.
  S. Petri mag. scolarum
  S. Meffridi de Numagen.

Data VI. Idus Decembris. anno dominice incarnationis M. C. sexto indictione XIIII. VIII. Kalend. Augusti. regni Henrici quarti imperatoris anno LIII. imperii vero XXIII. pontificatus autem domini Brunonis archiepiscopi. V. prelatis cum clero et populo annitentibus. Data est.

Ohne allen Zweifel hat derselbe Fälscher gleichzeitig beide Urkunden geschrieben und dabei als Vorlage eine ältere angebliche Urkunde Eberhards von 1059 Dez. 8 (Goerz I, 1375) benutzt. Über diese letztere Urkunde siehe unten S. 97. Dann aber wurde nur die ausführlichere gefälschte Urkunde Brunos von 1106 dem trierischen Offizial zur Bestätigung vorgelegt. Dieses Transsumpt scheint für die Fälschungszwecke aus-

reichend gewesen zu sein. Es war daher überflüssig, auch noch die gefälschte Eberhardurkunde fertig zu stellen und zu besiegeln. Eine Besiegelung war jedenfalls vorgesehen, und zwar sollte das Siegel aufgedrückt werden. Nach den Beobachtungen zu urteilen, welche ich auf den Fälschungen von St. Mathias machte, wollte man offenbar ein abgelöstes echtes Siegel weiterverwenden. Die Bestätigung der gefälschten Urkunde von 1106 (Goerz I, 1596) erfolgte im Jahre 1285. Es sind daher die beiden Schriftstücke vor diesem Zeitpunkte entstanden; wahrscheinlich um das Jahr 1270, wie die übrigen bereits erörterten Fälschungen des 13. Jahrhunderts.

Das Siegel der gefälschten Urkunde Brunos ist abgefallen. Es war in der linken Ecke unter dem Texte des Diplomes, genau in derselben Weise wie das echte, abgelöste und weiter verwendete Siegel Eberhards auf der erweiterten Fassung der Urkunde von 1059 Dez. 8 (Goerz I, 1375) an zwei kreuzweise über einanderlaufenden Pergamentstreifen eingehängt gewesen (vgl. S. 99).

Aus dem Umstande, dass das Siegel "eingehängt" war, möchte ich schliessen, dass zu dem gefälschten Diplom kein gefälschtes Typar verwendet worden ist. Die Urkunde ist nämlich von demselben Fälscher geschrieben worden, von dem auch ein grosser Teil der bereits besprochenen Fälschungen des 13. Jahrhunderts herrührt.

So oft dieser ein neu angefertigtes Typar benutzte, ist das Siegel stets in der im 13. Jahrhundert üblichen Befestigungsweise der Fälschung angehängt worden. Man vergl. Goerz I, 1258 und I, 1259. Eine Ausnahme macht nur das Siegel Adalberos 1036 November 10 (Goerz I, 1257), das wegen des weiterverwendeten echten Siegels des Erzbischofes Poppo ebenfalls aufgedrückt war (vergl. oben S. 86), sonst aber als Hängesiegel vorkommt. Diese Rücksicht auf zeitgemässe Befestigung älterer Siegel nimmt der Fälscher sonst nur dann, wenn ein echtes Siegel weiter verwendet wird, z. B. bei Goerz I, 1375 (vgl. S. 97) erweiterte Fassung.

Bei der Urkunde Brunos spricht auch die mangelhafte Befestigung des Abdruckes für die Weiterverwendung eines echten Siegels. Sämtliche echten auf jenen Fälschungen des Klosters St. Mathias verwendeten Siegel waren nämlich so schlecht befestigt, dass sie sich im Laufe der Zeit losgelöst haben. Hingegen sind alle gefälschten Siegel, welche mit einem eigens verfertigten Typare hergestellt worden sind, so z. B. das aufgedrückte Siegel Adalberos (Goerz I, 1257) mit den zugehörigen Schriftstücken recht dauerhaft verbunden worden.



Zu derselben Urkundengruppe gehören noch mehrere angeblichen Diplome des Erzbischofs Johann von Trier nämlich Goerz II, 945 in zwei Ausfertigungen; Goerz II, 949; Goerz II, 961. Auch diese Urkunden sind in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts geschrieben worden (vergl. oben S. 72). Die anhängenden Siegel Johanns sind gleichfalls gefälscht, wie bei der Erörterung der unter D zusammengestellten Urkunden noch gezeigt werden wird.

D.

Zwei Urkunden, die unter anderem das Weiderecht der Abtei St. Mathias in der Gemarkung Wiltingen und Emmele betreffen, sind bereits vorhin erörtert worden, nämlich die beiden angeblichen Urkunden des Propstes Adalbero von St. Paulin (Goerz I, 1257 und Goerz I, 1259), da sie sowohl auf die unter C als D aufgeführten Urkundengruppe Bezug nehmen.

Die angeblichen Urkunden Adalberos haben sich in Schrift und Siegel als Fälschungen des 13. Jahrhunderts zu erkennen gegeben. Als Fälschungen derselben Periode sind auch die folgenden Schriftstücke anzusehen.

- 1 Urkunde des Erzbischofes Arnold von Trier von 1177 (Goerz II, 400).
- 2 Urkunden des Erzbischofes Johann von Trier von 1192 (1202) (Goerz II, 946).
- 2 Urkunden des Erzbischofes Johann von Trier o. D. (1202) (Goerz II, 947).

Da sämtliche Urkunden erst in der 2. Hälfte des 13. Jahrhunderts geschrieben worden sind, bleibt bei der Prüfung der zugehörigen Siegel zu untersuchen, ob die betreffenden Siegel als Fälschungen oder missbrauchte echte Siegel betrachtet werden müssen.

Das Siegel an der angeblichen Urkunde Arnolds von Trier von 1177 ist in seiner äusseren Beschaffenheit einwandfrei. Das Siegelwachs und die Befestigung des Siegels sind zeitgemäss. Der Typstimmt mit den echten Siegeln Arnolds auch in der Schärfe der Prägung vollkommen überein. Da nun die zugehörige Urkunde im 13. Jahrhundert entstanden ist, ferner der fragliche Abdruck, wegen der scharfen Prägung nicht vermittelst einer über einem echten Siegel geformten Matrize angefertigt worden sein kann (vergl. oben S. 11 ff.), muss in diesem Falle also eine missbräuchliche Weiterbenutzung eines Originalabdruckes vorliegen. Denn die Urkunde ist etwa 100 Jahre nach

dem Tode Arnolds geschrieben worden, der Originalstempel Arnolds dürfte daher zur Zeit der Fälschung bereits nicht mehr vorhanden gewesen sein. Die Verwendung eines neuen gefälschten Typares, zu dem ein echtes Siegel Arnolds als Vorlage gedient hat, ist ferner wegen der vollständigen Übereinstimmung des fraglichen Abdruckes mit den übrigen echten Siegeln Arnolds ausgeschlossen.

Eine eingehende Untersuchung dieses Siegels bestätigt auch, dass tatsächlich eine Weiterverwendung eines echten Siegels stattgefunden hat.

Man kann erkennen, dass das Siegel gespalten und dann wieder an den Originalsiegelfäden, indem man die beiden Wachsplatten wieder zusammenfügte, an der gefälschten Urkunde angebracht worden ist. Jedoch ist es dem Fälscher nicht gelungen, die beiden Hälften genügend zu befestigen. Das Siegel ist auseinandergefallen. Die innere Fläche der beiden Wachslagen zeigt deutlich Spuren, die darauf schliessen lassen, dass das Siegelwachs nachträglich erwärmt worden ist. Durch Anwärmen hat man offenbar versucht, die beiden getrennten Siegelplatten zu befestigen, vgl. auch S. 90.

Wie wir schon vorhin bemerkten, ist für die Urkundenfälschungen von St. Mathias, bei welchen ein echtes abgelöstes Siegel weiterverwendet worden ist, gradezu charakteristisch, dass der Urkundenfälscher es nicht verstanden hat, derartige abgelöste Siegel auf den Fälschungen hinreichend zu befestigen.

Die übrigen Urkunden, welche derselben Gruppe angehören, nennen den Erzbischof Johann als Aussteller.

Bei einer Prüfung der Siegel dieser Diplome ist wiederum zu berücksichtigen, dass die betreffenden Schriftstücke sämtlich in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts geschrieben worden sind, dass also ohne Zweifel ein Siegelbetrug vorliegen muss.

Die angeblichen Siegel Johanns (Taf. 5,2) kommen ausschliesslich, und zwar in einer grösseren Zahl von Exemplaren, nur auf Urkunden für St. Matthias vor; sie verraten ferner einen sehr engen Anschluss an das echte Siegel Johanns B (Rheinische Siegel II, Tafel 7,3).

Wie die echten Siegel Johanns (vgl. Taf. 5,5), zeigen sie das Bild des Erzbischofs in ganzer Figur mit Stab und Buch. Die Umschrift lautet: "JOHANNES. TREVIRORum ARCHIEPISCOPVS. Das Siegelwachs ist bei allen Siegeln chokoladebraun gefärbt. Ferner sind sämtliche Siegel entweder an Schnüren oder leinenen Fäden eingehängt.



92 W. Ewald

Die Befestigung des Siegels und die Beschaffenheit des Siegelstoffes sind demnach an sich unverdächtig. Auffallend bleibt freilich, dass jene Siegel in dem eigenartigen Farbton des Wachses vollständig mit den gefälschten Siegeln Egberts, Adalberts, Juttas und Adalberos übereinstimmen.

Das Siegel Johanns ist ein Nachschnitt des echten Siegels B, steht aber, was die künstlerische Behandlung des Reliefs betrifft, weit hinter der Vorlage zurück. Ausserdem sind auch kleinere Abweichungen von dem Stempel B Johanns bemerkbar. So wird z. B. die Umschrift des Nachschnittes gegen den äusseren Rand und das Siegelbild hin von einem Perlstabe eingefasst, der bei B fehlt.

Das fragliche Siegel Johanns kommt an verschiedenen Urkunden in Verbindung mit den Siegeln der Äbte Bartholomäus von St. Maximin und des Abtes Gottfried von St. Matthias vor. Auf allen diesen Urkunden befindet sich das Siegel des Erzbischofs in der rechten Ecke, dann in der Mitte der Plica das Siegel des Abtes Bartholomäus und in der linken Ecke das des Abtes Gottfried. Diese Reihenfolge der Siegel beweist, dass die Besiegelung der Urkunde nicht während der Regierungszeit Johanns, sondern erst in einer späteren Periode vorgenommen worden ist. Sie würde demnach als ein weiteres Argument gegen die Echtheit der Siegel angeführt werden können. Auf den echten Siegeln Johanns wird stets eine andere Rangfolge eingehalten. Als Ehrenplatz gilt die Mitte der Plica. Die rechte Ecke galt, wie erwähnt, erst später (seit 1227) auf den Urkunden der Erzbischöfe von Trier als bevorzugter Siegelplatz (vgl. S. 78).

Auf dem Siegel des Abtes Bartholomäus (Taf. 5,3) wird der Siegelinhaber auf einem Faltstuhle sitzend dargestellt mit dem Abtsstabe in der rechten und einem Buche in der linken Hand. Die Umschrift lautet: BARTHOLOMEUS. DEI. GRatiA ABBAS. SanCtI. MAXIMINI. TREVERI.

Das betreffende Siegel kommt nur auf Urkunden für St. Mathias vor. Es stimmt aber mit einem anderen, echten, Siegel des Abtes Bartholomäus (Taf. 5,6) merkwürdig überein bis auf den inneren Rand, der in derselben Weise wie auf dem angeblichen Siegel Johanns von einem Perlstabe umfasst ist. Ohne Zweifel ist auch das Siegel des Abtes an den Urkunden für St. Mathias ein Nachschnitt des echten Siegels des Abtes Bartholomäus.

Ein Vergleich der fraglichen Siegel des Erzbischofs Johann (Taf. 5,2) und des Abtes Bartholomäus (Taf. 5,3) lässt unschwer erkennen, dass



die beiden Nachschnitte von demselben Stempelschneider angefertigt worden sind. Charakteristisch ist bei diesen Nachschnitten die Perlstabverzierung, die bei den echten Siegeln fehlt; ferner das bedeutend flacher gearbeitete und weniger fein modellierte Relief des Siegelbildes.

Von dem Abte Gottfried konnte ich bis jetzt nur jenes Siegel auf den gefälschten Urkunden von St. Mathias nachweisen. Dieses Siegel zeigt die stehende Figur des Abtes mit Stab und Buch. Die Umschrift lautet: "GODEFRIDVS. ABBAS. SanCtI. EUCHARII" (vgl. Taf. 5,4).

Hinsichtlich der fraglichen Urkunden Johanns aus dem Archive von St. Mathias konnte also festgestellt werden, dass

- die betreffenden Schriftstücke aus der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts stammen;
- 2. die Rangfolge der Siegel unzeitgemäss ist und ebenfalls auf eine Vornahme der Besiegelung nach 1227 hinweist;
- 3. die Siegel in ihrer eigentümlichen Wachsfarbe mit den bereits nachgewiesenen Fälschungen der Abtei St. Mathias ganz auffallend übereinstimmen;
- 4. die betreffenden Siegel nur auf Urkunden von St. Mathias vorkommen;
- 5. die betreffenden Siegel des Erzbischofs Johann und des Abtes Bartholomäus Nachschnitte echter Siegel sind und dazu von dem selben Stempelschneider angefertigt wurden.

Alle diese Feststellungen lassen sich nur folgendermassen erklären. Die fraglichen Siegel sind vermittelst gefälschter Typare hergestellt worden, die im Auftrage des Urkundenempfängers, also der Abtei St. Mathias, von demselben Stempelschneider angefertigt worden sind. Und zwar sind diese Fälschungen gleichzeitig mit den bereits vorhin nachgewiesenen Fälschungen von Urkunden des Erzbischofes Egberts von Trier, des Herzogs Adalbert und der Herzogin Jutta von Lothringen und des Propstes Adalbero von St. Paulin entstanden.

Für die Gleichzeitigkeit sämtlicher Fälschungen spricht ausser der gleichartigen Schrift der verschiedenen Urkunden insbesondere der zu den gefälschten Siegeln verwendete ganz eigenartig gefärbte Siegelstoff.

Die Gleichzeitigkeit der Fälschungen lässt vermuten, dass derselbe Stempelschneider, der die Typare für die gefälschten Siegel Egberts, Adalberts usw. geschnitten, auch die Nachschnitte zu den fraglichen Siegeln Johanns und des Abtes Bartholomäus geliefert hat.



Höchstwahrscheinlich sind auch die Siegel des Abtes Gottfried von St. Mathias mit einem gefälschten Typare angefertigt worden. Nachweisen können wir dies freilich nicht, weil das nötige Vergleichsmaterial fehlt. Immerhin besteht auch noch die Möglichkeit, dass die Benediktiner von St. Mathias sich im Besitz des Siegelstempels ihres verstorbenen Abtes befanden und mit diesem später die betreffenden Siegel an den gefälschten Urkunden anfertigten. Sehr wahrscheinlich ist freilich eine derartige missbräuchliche Verwendung des Originalstempels gerade nicht.

Man muss ausserdem berücksichtigen, dass das fragliche Siegel Gottfrieds mit jenen nachgeschnittenen Siegeln des Erzbischofs Johann und des Abtes Bartholomäus stilistisch sehr nahe verwandt ist.

Man vergleiche z. B. die Bildung des Kopfes, die Gewandbehandlung, die Schraffierung der Konsole auf den beiden Abtssiegeln. Diese Verwandtschaft, die auf eine Anfertigung der drei Typare durch denselben Stempelschneider hinweist, lässt mit grosser Wahrscheinlichkeit vermuten, dass auch die Siegel Gottfrieds an den angeblichen Urkunden des Erzbischofes Johann für St. Mathias mit einem gefälschten Typar hergestellt worden sind.

Eine Weiterverwendung echter Abdrücke des Abtes Gottfried halte ich schon deshalb für ausgeschlossen, weil die eigenartige Färbung des Siegelstoffes der betreffenden Siegel Gottfrieds genau mit jenen Abdrücken, welche nachweislich mit einem gefälschten Typare angefertigt worden sind, übereinstimmt.

Die gefälschten Siegel Johanns und des Abtes Bartholomäus von St. Maximin, sowie das verdächtige Siegel des Abtes Gottfried von St. Mathias kommen auf einer ziemlich bedeutenden Zahl von Urkundenfälschungen des 13. Jahrhunderts vor.

Ausser jenen Urkunden, welche die Weiderechte der Abtei St. Mathias in Emmelde und Wiltingen betreffen, tragen das gleiche Siegel noch folgende, ebenfalls im 13. Jahrhundert gefälschte Diplome Johanns: Goerz II, 915; II, 945 in 2 Ausfertigungen; Goerz II, 949; II, 961 (vgl. S. 72 u. 90).

E.

Ausser den bereits behandelten Urkunden Goerz I, 1257; I, 1596; II, 400 liefern auch noch einige Urkunden der Abtei St. Mathias, welche die Besitzungen und Rechte der Abtei in Polch betreffen, zwei interessante Beispiele für die Weiterverwendung echter von anderen



Stücken abgelöster Siegel. Es handelt sich um angebliche Urkunden Eberhards von 1059 Dez. 8. Zwei derselben, von dene sich das eine Exemplar in Coblenz, das andere in der Stadtbibliothek in Trier befindet, haben vollständig denselben Wortlaut. Goerz I, 1375, und ebenso Beyer im Mittelrheinischen Urkundenbuch I. S. 409 Nr. 352 scheinen nur die in Coblenz befindliche Urkunde gekannt zu haben.

Diese letztere Urkunde trägt ein echtes eingehängtes Siegel Eberhards Typ C (Rheinische Siegel II, Tafel 3, 4).

Das gleichlautende Diplom der Stadtbibliothek in Trier trägt hingegen ein aufgedrücktes, nur auf dieser einen Urkunde vorkommendes Siegel Eberhards Typ E (Rheinische Siegel 2 Taf. 3, 5), vgl. oben S. 64. Das echte Siegel Eberhards der von Beyer und Goerz benutzten Urkunde in Coblenz, welche wir mit I bezeichnen, ist heute in 2 Schichten auseinander gefallen. Die Rückseite der abgefallenen Siegelplatte zeigt Reste zweier ca. 2 mm breiten Pergamentstreifchen, die beweisen, dass das Siegel ursprünglich auf einem anderen Stücke "eingehängt" gewesen war. Durch Durchschneiden jener Pergamentstreifchen hat man das Siegel abgelöst, alsdann auf dem genannten Diplome die noch jetzt vorhandene eingehängte untere Siegelplatte aus neuem ungefärbtem Wachs angebracht und auf diese das abgelöste Originalsiegel aufgedrückt.

Die Befestigung der beiden Wachsschichten aber ist nicht genügend bewerkstelligt worden, das Siegel ist später auseinandergefallen. Diesem Zufalle verdanken wir die Aufdeckung der betrügerischen Siegelverwendung. Die Schrift der Urkunde ist zeitgemäss, die Urkunde dürfte daher höchstwahrscheinlich als eine gleichzeitige Fälschung zu betrachten sein.

Das Siegel hat mir noch in unbeschädigtem Zustande vorgelegen, als ich vor mehreren Jahren mit der Bearbeitung der zweiten Lieferung des Rheinischen Siegelwerkes begann. Schon damals war mir aufgefallen, dass die geprägte Wachsplatte sich gegen die untere auf der Urkunde eingehängte Schicht durch eine Fuge deutlich abhob. Jedoch war ich wegen der zeitgemässen Schrift des Diplomes der Ansicht, dass es sich um ein regulär angefertigtes echtes Siegel handele, und dass die Fuge nur auf eine Ungeschicklichkeit des erzbischöflichen Sieglers zurückzuführen sei. Der heutige Zustand des Siegels lässt jedoch erkennen, dass diese Fuge einem anderen Umstande ihre Entstehung verdankt, zweifellos die Folge der Weiterverwendung eines echten Siegelabdruckes ist.



96 W. Ewald

Nunmehr kann auch das Vorhandensein einer zweiten ganz gleichlautenden, jedoch mit dem Siegel E versehene Urkunde Eberhards, welche wir mit II bezeichnen, erklärt werden. Es muss zunächst vorausgeschickt werden, dass augenscheinlich I älter ist als II. Jedenfalls sind die beiden Urkunden nicht zur selben Zeit geschrieben worden, wie dies die Beschaffenheit der Tinte und des Pergamentes verrät. Wahrscheinlich ist ferner II eine nicht ganz ungeschickte Nachzeichnung von I. Ich vermute, dass man es nicht wagte, jene ältere Urkunde I als Beweismittel vor Gericht zu benutzen, weil eben die Beschaffenheit des Siegels wegen der Fuge nicht einwandfrei war und auf eine Weiterverwendung eines abgelösten Siegels schliessen liess. Darum fertigte man eine neue Urkunde an und versah diese mit einem Siegel, das vermittelst eines neuen eigens hergestellten Stempels geprägt wurde. Die ältere Urkunde wurde jedoch sowohl für die Schrift als auch für das Siegel als Vorlage benutzt, und ebenso wie die unverdächtige Egberturkunde neben der Fälschung aufbewahrt.

Das Siegel von II ist freilich in der Befestigung unverdächtig, das Wachs ist ungefärbt, also zeitgemäss. Der Typ verrät eine grosse Abhängigkeit von dem echten Siegel C. An der Beschaffenheit des Siegels lässt es sich also nicht erkennen, zu welcher Zeit das Siegel angefertigt worden ist. Jedenfalls sind die beiden Urkunden zu einem bedeutend früheren Termine als die vorhin erörterten Siegelfälschungen des 13. Jahrhunderts, wahrscheinlich im 11. bezw. 12. Jahrhundert, entstanden.

Es ist bereits vorhin (vgl. S. 64) betont worden, dass die neben dem echten Siegel Eberhards B und C vorkommenden Typen E und D schon deshalb sehr verdächtig sind, weil eine Nebeneinanderverwendung mehrerer Stempel für die Erzbischöfe des 11. Jahrhunderts nicht bezeugt ist. Die sich aus dem Vorkommen der echten Siegel ergebende Gebrauchszeit der verschiedenen Typare spricht vielmehr direkt gegen eine Nebeneinanderverwendung mehrerer Stempel. Der Stempel E ist daher sehr verdächtig.

Die betreffenden Urkunden Eberhards I und II sind jedoch im 13. Jahrhundert zur Anfertigung einer Fälschung III als Vorlage benutzt worden. Das betreffende Diplom, das sich jetzt in der Stadtbibliothek von Trier befindet und mit einem echten Siegel Eberhards Typus C versehen war, gibt sich deutlich als eine Erweiterung der vorhin besprochenen Eberhardurkunden zu erkennen. Dies beweisen die nachfolgenden nebeneinandergestellten Texte der beiden Urkunden-



Fassung bei I. und II 21).

I. n. s. e. i. t. Eberhardus dei gratia trevirorum archiepiscopus predecessorum nostrorum beate memoriæ pontificum imitando incitati exemplo qui preter spiritualem ecclesiæ dei procurationem terrenis etiam facultatibus commissis sibi ecclesiis pro respectu celestis misericordiæ multa contulerunt. nos quoque saluti nostræ consulere cupientes, aliquid in domo dei deservientibus statuimus conferre. Quam ob rem monitu et rogatu fidelis nostri reginhardi. abbatis videlicet cenobii s. evcharii villam in pago meneveldensi quæ pulicha apellatur s. Euchario et monachis illius monasterii post obitum nostrum habendam tradimus. ut perpetua nostri memoria eodem in loco et continua pro nobis apud deum intercessio permaneat. Tradimus autem eandem curtem et testamento confirmamus stabili cum mancipiis utriusque sexus. cum terris cultis et incultis. pratis. pascuis. silvis viis et inviis. aquis et aquarum excursibus. molendinis. denique cum omnibus appendiciis suis 21).

#### Fassung III.

I. n. s. e. i. t. Eberhardus dei gratia trevirorum archiepiscopus predecessorum nostrorum beate memoriæ pontificum imitando incitati exemplo qui preter spiritualem ecclesiæ dei procurationem terrenis etiam facultatibus commissis sibi ecclesiis pro respectu celestis misericordiæ multa contulerunt, nos quoque saluti nostræ consulere cupientes, aliquid in domo dei deservientibus statuimus conferre. Quam ob rem monitu et rogatu fidelis nostri reginhardi. abbatis videlicet cenobii s. evcharii villam in pago meneveldensi que pulicha apellatur s. Euchario et monachis illius monasterii post obitum nostrum habendam tradimus. ut perpetua nostri memoria eodem in loco et continua pro nobis apud deum intercessio permaneat. Tradimus autem eandem villam et curtem et testamento confirmamus stabili. cum omnibus pertinentiis suis. hoc est utriusque sexus mancipiis tributariis viris terris cultis et incultis agris pratis pascuis campis silvis venationibusque aquis aquarumve decursibus molis molendinis piscationibus exitibus et reditibus viis et inviis quesitis et acquirendis et advocatione, cum omni iure et utilitate quali nos et progenitores nostri prædictam villam et curtem ante habuimus et habere dinoscamus et quidquid ullo modo inde poterit pervenire in

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup>) Auf II. lautet ein Vermerk auf der Rückseite des Diplomes einer Hand des 13. Jahrhunderts folgendermassen:

Carta de poluchre de anniversario domini Everhardi archiepiscopi.

Sciendum est, quod dominus Everhardus archiepiscopus contulit monasterio sancti Eucharii villam totam poliche, sicut continetur in privilegio præsenti. sed quod postea dicit in eodem privilegio "tradimus autem eandem curtem" curtem voluit intelligi villam poliche prædictam totam, quia omnis villa habens quatuordecim scabinos dicitur curtis et non solum curtis sed etiam integra curtis, quia quælibet villa habens septem scabinos dicitur et est dimidia curtis, et hec est regula communis de omnibus villis.

ea conditione apposita, ut abbas predicti loci in ipso obitu nostro. C. marcas persolvat ad reddendum si qua debeamus, et quod reliquum sit. vel totum si nihil debeatur. inter fratres nostros diuidatur. Annuatim vero dentur modii frumenti. X. victime. X. vini carrata. I. item inter congregationes in anniversario nostro dividenda. Sigali quoque modii V. et leguminum modius. I. victimam. I. amam uini unam. quæ pauperibus erogentur. Si quis autem vi aut fraude qualibet hec auferre a communi abbatis et monachorum usu presumpserit et divinam sensiat uindictam. et pro illicito ausu auri libras. LX. ad fiscum regium componat. irrita tamen manente rerum ecclesiasticarum abalienatione. Ad confirmationem igitur testamenti huius, fidelium nostrorum qui interfuerunt nomina cum sigilli nostri impressione notavimus.

Signum domini Eberhardi archiepiscopi qui hoc testamentum et fieri precepit et confirmari.

- S. Arnolfi S. Teoderici S. Hunoldi corepiscopi comitis
- S. Adalberonis S. Adalberonis S. Sigebodonis vicedomini
- S. Teoderici S. Tietfridi S. Azelini diaconi
- S. Brunonis S. Waldonis S. Epponis. subdiaconi

Data VI. idus decembris. Anno dominicæ incarnationis M. L. VIIII. Indictione. XII. Regnante Henrico rege IIII. anno regni sui. IIII. anno autem pontificatus domini archiepiscopi. XIII. proprium dedimus et contradidimus predicto monasterio, eo scilicet tenore ut abbas de predicto monasterio liberam deinceps potestatem habeat de prenotata villa et curte tenendi, commutandi advocatum ponendi et praeceviandi vel quidquid sibimet placuit cum consilio fratrum in usum monasterii inde faciendi, ea condicione apposita, ut abbas eciam predicti loci in ipso obitu nostro, C. marcas persolvat ad reddendum si qua debeamus, et quidquid reliquum sit vel totum si nihil debeatur inter fratres nostros diuidatur. Annuatim vero dentur modii frumenti. X. victime. X. vini carrata. I. item inter congregationes in anniversario nostro divi-Sigali quoque modii V. et leguminum modius. I. victimam. I. amam uini unam. quæ pauperibus erogentur. Si quis autem vi aut fraude qualibet hec auferre a communi abbatis et monachorum usu presumpserit et divinam sensiat uindictam. et pro illicito ausu auri libras, LX. ad fiscum regium componat, irrita tamen manente rerum ecclesiasticarum abalienatione. Ad confirmationem igitur testamenti huius fidelium nostrorum qui interfuerunt nomina cum sigilli nostri impressione notavimus.

Signum domini Eberhardi archiepiscopi qui hoc testamentum et fieri precepit et confirmari.

- S. Arnolfl S. Teoderici S. Hunoldi corepiscopi comitis
- S. Adalberonis S. Adalberonis S. Sigebodonis vicedomini
- S. Teoderici S. Tietfridi S. Azelini
- S. Brunonfs S. Waldonis S. Epponis. subdiaconi

Data VI. idus decembris. Anno dominicæ incarnationis M. L. VIIII. Indictione. XII. Regnante Henrico rege IIII. anno regni sui. IIII. anno autem pontificatus domini archiepiscopi.XIII. Das Siegel ist links unter dem Texte eingehängt gewesen, aber später abgefallen. Es ergab sich, dass dasselbe ursprünglich an schmalen Pergamentstreifchen an einem anderen Schriftstücke eingehängt gewesen war. Der Urkundenfälscher hatte sich nicht einmal bemüht, die alten Befestigungsstreifen zu entfernen. Er befestigte das abgeschnittene Siegel auf dem gefälschten Diplome in der linken Ecke unter dem Texte durch Einhängen an zwei kreuzweis übereinanderlaufende Pergamentstreifen, deren Endstücke auf der Schriftseite der Urkunde hervortreten.

Unsere Abbildung Taf. 1,2 zeigt die Rückseite der gefälschten Urkunde. Die neuen Pergamentstreifen des Siegels sind viel breiter als die ursprünglichen Befestigungsstreifen, welche noch im Siegel haften (vgl. die Abbildung der Rückseite des abgelösten Siegels Taf. 1,3). Auf die Endstücke der an der Fälschung befestigten Pergamentstreifen drückte man nun eine Schicht Wachs und auf diese den losgelösten Abdruck. Die Urkunde ist (vgl. oben S. 72) in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts geschrieben worden; zur selben Zeit dürfte also auch die Weiterverwendung des echten Siegels Eberhards stattgefunden haben.

Unsere Untersuchung der Siegel der Erzbischöfe von Trier hat also ergeben, dass unter den 34 verschiedenen, auf Urkunden der Erzbischöfe von Trier bis zum Jahre 1212 festgestellten Typen 16 als echt, eine grosse Zahl aber als gefälscht bezw. als verdächtig nachgewiesen werden können. Eine Übersicht über die einzelnen Typen wird sich demnach etwa folgendermassen gestalten.

Regierungs- zeit	esamt er Ty	echt	unver-	DAME.			1
	Gesamtzahl der Typen	echt	dächtig	dächtig	ge- fälscht	ver- dächtig	gefälscht
931-956	1		_	_	_	_	1
956-964	1	1	_	_	-	-	_
965-977	1	-	_	_	_	_	1
977—993	3	_	1 A	_	_	-	2 Bu. (
994 - 1008	1	-		_	-	-	1
1016 - 1047	4	2 A u. B	10	_	-	1-	1 D
1047 - 1066	5	2 B u. C	1 A	2 Du. E	-	_	_
1066-1078	1	1	_		_	_	_
1079 - 1101	4	1 A	-	=	-	-	3 B, C u. 1
1101-1124		2 A u. B		1 (	-	-	_
1127—1130			2Au.B	-	-	-	_
1131 - 1152	2	2 Au. B	_	-	-	-	_
1152 - 1169	2	2 A u. B	_	-	-	_	-
1169 - 1183	1	1	-	_	-	-	-
1189-1212	3	2 A u. B	-	-	1 C	-	-
1	34	16	ō	3	1	-	9
	956-964 $965-977$ $977-993$ $994-1008$ $1016-1047$ $1047-1066$ $1066-1078$ $1079-1101$ $1101-1124$ $1127-1130$ $1131-1152$ $1152-1169$ $1169-1183$	$\begin{array}{c} 956 - 964 & 1 \\ 965 - 977 & 1 \\ 977 - 993 & 3 \\ 994 - 1008 & 1 \\ 1016 - 1047 & 4 \\ 1047 - 1066 & 5 \\ 1066 - 1078 & 1 \\ 1079 - 1101 & 4 \\ 1101 - 1124 & 3 \\ 1127 - 1130 & 2 \\ 1131 - 1152 & 2 \\ 1152 - 1169 & 2 \\ 1169 - 1183 & 1 \\ 1189 - 1212 & 3 \\ \end{array}$	956—964   1   1   965—977   1   977—993   3   — 994—1008   1   1   1   2   A u. B   1047—1066   5   2 B u. C   1066—1078   1   1   1   1   1   1   1   1   1	956—964 1 1 — — — — — — — — — — — — — — — — —	956-964     1     1     -     -       965-977     1     -     -     -       977-993     3     -     1 A     -       994-1008     1     -     -     -       1016-1047     4     2 A u. B     1 C     -       1047-1066     5     2 B u. C     1 A     2 Du. E       1066-1078     1     1     -     -       1079-1101     4     1 A     -     -       1101-1124     3     2 A u. B     -     1 C       1127-1130     2     -     2 A u. B     -     -       1131-1152     2     2 A u. B     -     -       1169-1183     1     1     -     -       1189-1212     3     2 A u. B     -     -	956-964       1       1       -       -       -         965-977       1       -       -       -       -         977-993       3       -       1 A       -       -         994-1008       1       -       -       -       -         1016-1047       4       2 A u. B       1 C       -       -         1047-1066       5       2 B u. C       1 A       2 Du. E       -         1066-1078       1       1       -       -       -         1079-1101       4       1 A       -       -       -         1101-1124       3       2 A u. B       -       1 C       -         1131-1152       2       2 A u. B       -       -       -         1152-1169       2       2 A u. B       -       -       -         1169-1183       1       1       -       -       -         1189-1212       3       2 A u. B       -       -       -	956-964     1     1     -     -     -       965-977     1     -     -     -     -       977-993     3     -     1 A     -     -     -       994-1008     1     -     -     -     -     -       1016-1047     4     2 A u. B     1 C     -     -     -       1047-1066     5     2 B u. C     1 A     2 Du. E     -     -       1066-1078     1     1     -     -     -     -       1079-1101     4     1 A     -     -     -     -       1101-1124     3     2 A u. B     -     1 C     -       1137-1150     2     -     2 A u. B     -     -     -       1152-1169     2     2 A u. B     -     -     -     -       1169-1183     1     1     -     -     -     -       1189-1212     3     2 A u. B     -     1     C     -



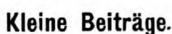
Wir erhalten also: 16 echte, 5 unverdächtige, 3 verdächtige und nicht weniger als 10 gefälschte Siegel.

Also fast ein Drittel des überlieferten Siegelbestandes bis zum Jahre 1212 ist gefälscht.

Zu dieser recht beträchtlichen Zahl von Siegelfälschungen gesellen sich ausserdem noch einige Fälle von Siegelmissbrauch.

Auf mehreren gefälschten Urkunden wurden nämlich echte Siegel weiter verwendet. Es sind dies echte Siegel von:

- Poppo (1016—1047) auf einer Urkunde für St. Mathias bei Trier (1036).
- Eberhard (1047-1066) auf zwei Urkunden von St. Mathias bei Trier (1059).
- Egilbert (1079-1101) auf einer Urkunde von St. Maximin bei Trier (970).
- Arnold (1169-1183) auf einer Urkunde von St. Mathias bei Trier (1177); ausserdem noch ein echtes Siegel des Erzbischofs.
- Siegfried II. von Mainz (1220—1230) auf einer Urkunde für Ravengiersburg (1125)<sup>22</sup>).
- <sup>22</sup>) Das auf der beigegebenen Lichtdrucktafel abgebildete Mandat des Erzbischofes Engelbert I. von Köln stammt aus der Sammlung des Herrn H. Lückger in Köln, welcher mir in dankenswerter Weise sein Material für meine Arbeiten über die rheinischen Siegel zur Verfügung stellte.



### Eine Einung der Jülicher Ritterschaft aus dem Jahre 1464.

Von Dr. Hans Goldschmidt.

Die Bedeutung ständischer Einungen für die Entwicklung des Territorialstaats ist bereits früh erkannt worden. Lünig veröffentlicht in seiner "Collectio nova" eine grosse Anzahl und Joh. Jak. Moser widmet im 13. Bande seines Staatsrechts den "Verbindungen, welche ganze Corpora von Landständen eingegangen haben" ein eigenes Kapitel<sup>1</sup>), in dem er Begriff und Zweck der Einungen so definiert, wie wir es heute tun. In neuerer Zeit hat dann Gierke, verführt durch Einungen wie die bairischen, die von besonders grosser ständischer Macht zeugen, in seinem Genossenschaftsrecht<sup>2</sup>) die Einungen und die landständische Verfassung, die aus ihnen hervor-

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>) Bd. I, Berlin 1868, S. 534 ff.



<sup>1)</sup> S. 659 ff.; siehe besonders § 26 ff.

Digitized by Google

Original from PRINCETON UNIVERSITY

gegangen sei, geradezu als die Grundlage des Territorialstaats bezeichnet. Ihm ist v. Below mit dem überzeugenden Nachweis entgegengetreten, dass sich in vielen Territorien die Entwicklung der landständischen Verfassung ohne Einung vollzog<sup>3</sup>).

Dennoch behalten sie ihren Wert für die Geschichte des deutschen Einzelstaats. Einmal bedeutet schon äusserlich, wie auch v. Below hervorhebt4), die Zeit, in welcher sie geschlossen werden, infolge ihres ganzen Charakters einen Höhepunkt ständischer Macht; denn sie stellen auch ohne Zustimmung des Landesherrn für die teilnehmenden Stände rechtsverbindliche Beschlüsse dar und setzen selbständige Landtage voraus. Und dann ist auch ihr Inhalt wichtig: bei allen Verhandlungen, an denen der Landesfürst beteiligt war, wollten die Stände einen möglichst günstigen Ausgleich zwischen den beiden im Territorialstaat einander gegenüberstehenden Rechtssubjekten, dem Landesherrn und dem durch sie vertretenen Lande, erzielen, und zur Erreichung dieses Zwecks scheuten sie sich häufig nicht, einen recht kleinlichen Standpunkt zu vertreten. Die Einungen legen demgegenüber davon Zeugnis ab, wie die Stände ihre Aufgaben und ihre Stellung auffassten, wenn sie die Verantwortung trugen und nicht durch die Zustimmung ihres Herrn gedeckt wurden. Und zwar geht aus ihnen hervor, dass die Stände sich nicht nur äusserlich als Vertreter des Landes und nicht allein ihres Standes ansahen - dass dies der Fall war, erhellt zum Uberfluss aus zahlreichen Äusserungen ihrer selbst und ihrer Zeitgenossen 5) -, sondern dass sie sich tatsächlich zum Schutz der Landesinteressen für verpflichtet hielten, wenn ihr Landesherr dieselben nicht schützen konnte oder wollte. Hierbei ist freilich zu berücksichtigen, dass Landes- und Standesinteressen sich vielfach deckten und dass daher nicht immer eine tiefere Einsicht der Stände vorzuliegen braucht.

Neben zahlreichen Einungen zum Schutz der ständischen Privilegien sind uns viele erhalten, die in erster Linie eine Lockerung des Territorialverbandes verhindern sollten; sei es, dass sich die Einungsverwandten gegenseitige Unterstützung bei Angriffen zusagten, sei es, dass sie sich bei Sukzessionsstreitigkeiten verpflichteten, nur den Landesherrn aufzunehmen, durch dessen Anerkennung ein ungeschmälerter Fortbestand des Staats verbürgt erschien. Neben den bekannten Erblandesvereinigungen der Trierer

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup>) Hier sei als markantes Beispiel eine Mahnung der Jülich-bergischen Räte auf einem Landtag 1604 angeführt, als die Stände die Kosten für eine Gesandtschaft an den Kaiser wegen Regelung der Erbfolge nicht bewilligen wollten: "Die gemeiner verliesse sich auf dieser loblicher versamlung, das durch dieselbe der landen wolfahrt zu versorgen. Da dieses verabsaumt wurde, so wurde man durch die gemeind verfleucht und vermaledeiet werden." Siehe auch G. v. Below, Landtagsakten I, S. 54 ff., Territorium und Stadt, München 1900, S. 243 ff.



<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>) G. v. Below, Die landständische Verfassung in Jülich und Berg Teil II, Düsseldorf 1886, S. 62 ff.

<sup>4)</sup> G. v. Below, Landtagsakten von Jülich-Berg, Bd. I, 1400—1562, Düsseldorf 1895, S. 71, Anm. 51.

Landstände von 1456 6) und der Kölner von 1463 sei hier nur hingewiesen auf Einungen wie die verschiedenen bairischen des 15. Jahrhunderts, die der drohenden Zerstückelung der Lande durch Erbteilungen vorbeugen sollten 7), und auf die Einungen der Jülicher Stände von 1451/52, die sich einer Veräusserung der Lande an einen fremden Herrn ohne ihren Willen widersetzen wollten 8). Ähnlich verbanden sich die schlesischen Stände 1458 zur Abwehr jedes fremden Eingriffs bis zur Wiederbesetzung des böhmischen Königsstuhls 9). Besonders gut tritt die Absicht, nicht einseitig die Interessen eines Standesmitglieds zu schützen, in einer Tiroler Einung (Falkenbund) von 1407 hervor 10), die neben Rechtsschutz zwar gegenseitige Hilfe bei Angriffen zusichert, aber hervorhebt: "Gewunn auch unser ainer oder mer in der zeit dieser verainung ausserhalb des landes ichtz ze schaffen, dem sullen wir nichtz gepunden sein, es well denn ainer oder mehr gern tuen; das sol aber dennoch mit des punds hauptleuten wissen geschehen."

Im folgenden wird nun eine bisher unbekannte Einung der Jülicher Ritterschaft veröffentlicht <sup>11</sup>), welche die unter Umständen ausschlaggebende Bedeutung starker Stände für die Integrität des Staats scharf hervortreten lässt. 79 Jülicher Ritter wollen die Landesherren <sup>12</sup>) bitten, dafür zu sorgen, dass in allen Ämtern des Landes Jülicher Landrecht und Schöffenurteil und kein anderes Recht gehandhabt wird. Für den Fall, dass das Bemühen der Landesherren vergeblich ist, schwören die Einungsverwandten, auf Anruf derjenigen, die sie zur Überwachung des rechtlichen Verfahrens einsetzen,

<sup>6)</sup> Vgl. über diese jetzt G. Knetsch, Die landständische Verfassung und reichsritterschaftliche Bewegung im Kurstaate Trier, Berlin 1909, S. 31 ff.

<sup>7)</sup> Lünig, Deutsches Reichsarchiv, Collectio nova I, Leipzig 1730, S. 611 ff.; Gierke a. a. O. S. 545 ff.

<sup>8)</sup> Landtagsakten I, S. 51/53.

<sup>9)</sup> Lünig a. a. O. S. 91.

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup>) E. v. Schwind und A. Dopsch, Urkunden zur Verfassungsgeschichte der deutsch-österreichischen Erblande, Innsbruck 1895, S. 303 ff.

<sup>2</sup> Zur Orientierung sei mitgeteilt, dass Jülich-Berg zu den Ländern gehört, in denen sich die landständische Verfassung ohne Einung ausgebildet hat. Aus älterer Zeit sind nur die beiden oben erwähnten von 1451/52 bekannt. Erst als das Aussterben des Herzogshauses um die Wende des 16. Jahrh. die Existenz der Lande bedrohte, schlossen die Stände wieder verschiedene Einungen, die im 3. Bande der Landtagsakten von Jülich-Berg veröffentlicht werden. Bekannt sind dann die Einungen unter den neuen Dynastien im 17. Jahrhundert, welche den Anlass zu schweren Kämpfen zwischen den Herrschern und den Ständen gaben. — Vgl. E. Baumgarten, Der Kampf des Pfalzgrafen Philipp Wilhelm mit den Jülich-bergischen Ständen 1669—72 in den Beitr. z. Gesch. des Niederrheins Bd. 18, 1903, S. 39 ff.; Hötzsch, Stände und Verwaltung von Kleve-Mark 1666—97, Leipzig 1908, S. 419 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup>) Bis 1469 war Gerhard von Loen neben dem Herzog Gerhard (1437—75) Mitregent des Herzogtums Jülich. Ausserdem führte seit etwa 1455 die Herzogin Sophie für ihren geisteskrank gewordenen Gemahl die Regierung.

auf eigene Kosten gemeinsam die Ungebühr abstellen und bestrafen zu wollen. An sich vereinigen sich die Ritter hier auch nur zur Wahrung eines alten Rechts. Bereits das älteste erhaltene Privileg von 1423 sicherte den Ständen zu, dass der Herzog "alle undersaessen uns lantz van Gulche bi rechten ind urdel laessen" wolle "up allen ind eiklichen steiden, dair sich dat gebueren sall" 13). Ein späteres Privileg, vermutlich von 1437 14), gestattete den Ständen sogar das passive Widerstandsrecht, wenn nicht nach Landrecht und Schöffenurteil verfahren werde. Und die Wichtigkeit einer geregelten Rechtsprechung erklärt auch ausreichend, weshalb die Ritter ein so gewichtiges Mittel wie die Einung zu ihrem Schutz für nötig hielten. Bezeichnet doch v. Below den obigen Satz als die "Habeascorpusakte des deutschen Territorialstaats", weil durch ihn der Gerichtsherr an den Spruch der Urteilfinder gebunden werden sollte 15); ausserdem, meint B., habe man wohl die steigende Masse der Kompromissentscheidungen eindämmen wollen. Die Begründung der vorliegenden Urkunde weist jedoch andere interessante Gesichtspunkte auf, welche für das Vorgehen der Ritter massgebend waren. Sie befürchteten nämlich, dass die Untersassen bei willkürlicher Rechtsprechung auswandern würden, und das könne für den Herzog, für das Land und für sie selbst 'gein genoiss noch vordel' sein. Zeigen die Stände schon mit dieser Bemerkung einen weiten Blick und ein gutes Verständnis für die wirtschaftlichen Nachteile, welche unsichere Rechtszustände dem Lande bringen konnten, so gewinnt man aus dem Wortlaut der Überschrift in Verbindung mit dem Text des Stücks den Eindruck, dass die Ritter nicht so sehr durch die Rechtsverletzung der einheimischen Amtleute zu der Einung veranlasst wurden, als durch die der auswärtigen Pfandherren in der Erkenntnis, dass die an fremde Untertanen oder Fürsten verpfändeten Landesteile leicht ganz verloren gehen konnten, wenn auch das Landesrecht nicht mehr beobachtet wurde. Welche tatsächlichen Versuche gemacht worden sind, 'zu verdringen hz. Gerhard ind fraue Sophia', lässt sich leider nicht feststellen. Jedenfalls scheint die Gefahr einer Auflösung des Jülicher Territoriums damals in bedrohlicherer Nähe gewesen zu sein, als bisher bekannt war 16).

Aus den Bestimmungen, in welchen die Ritter die Massregeln zur Erhaltung des Jülicher Landrechts für den Fall festsetzten, dass die Bemühung der Landesherren erfolglos blieb, geht dann weiter hervor, dass sie

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup>) Lacomblet, Urkundenbuch für die Geschichte des Niederrheins Bd. IV, Düsseldorf 1857, Nr. 149.

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup>) Siehe Landtagsakten I, S. 159, § 14 des Privilegs von 1475; über die Datierung ebenda S. 4, Anm. 5, S. 8, Anm. 18.

<sup>15)</sup> Landtagsakten I. S. 117 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup>) Über die Person des Hz. Gerhard und über die damalige Lage am Niederrhein vgl. Hansen, Westfalen und Rheinland im 15. Jahrh., Bd. 2, Leipzig 1890, S. 34\*ff., S. 137\*ff.; einiges auch bei Lacomblet, Archiv für die Geschichte des Niederrheins IV, Düsseldorf 1863, S. 282 ff.; Eschbach, Herzog Gerhard von Jülich-Berg und sein Marschall Joh. vom Haus, Beitr. z. Gesch. des Niederrheins Bd. 14, 1900, S. 1 ff.

damals in Jülich das stärkere Element für die Erhaltung des Territorialverbandes bildeten. In der Art, wie hier die Stände an den Landesfürsten vorbeigehen, tritt auch recht interessant das Charakteristicum der Einung und überhaupt der damaligen staatsrechtlichen Auffassung, die den Landesherrn nur als einen den Ständen gleichberechtigten Faktor ansah, zutage: es heisst nicht etwa, 'sie setzten die fürstliche Zustimmung bei ihrem eventuellen selbständigen Eingreifen voraus', sondern: 'sie nähmen an und wüssten, dass auch die Landesherren die Behandlung der Untersassen wider Landrecht ungern sähen.' Sie ändern auch eigenmächtig das passive Widerstandsrecht, welches ihnen für den Fall der Verletzung des Landrechts im Privileg von 1437 zugestanden war, in ein aktives. Das Bestreben, ihr Fürstenhaus "im lande" zu behalten, entsprang zweifellos mehr der Furcht vor einer Zertrümmerung der Lande, als grosser Anhänglichkeit an die Dynastie.

Die übrigen Festsetzungen der Einung bieten nichts Ausserordentliches; doch ist die Genauigkeit der einzelnen Vorschriften bemerkenswert, da die meisten dieser Urkunden nur recht allgemein gehalten sind. Ein Schiedsgericht, wie es der zweite Teil der Einung für "erfschaften aeder ander gebreche in dem lande van Gulich gelegen" festsetzt, war vielfach üblich und, da der gewöhnliche Rechtszug innegehalten werden sollte, wenn der Vermittlungsversuch erfolglos verlief, lässt sich auch kaum von einer Umgebung der ordentlichen Gerichte und damit von einer Stimmung, die der Rezeption des römischen Rechts günstig war, sprechen. Es scheint nur dieses ganz selbständig von den Rittern beschlossene gütliche Verfahren dafür zu sprechen, dass die Neigung, das Kompromiss anzuwenden, wenigstens in einzelnen Kreisen der Bevölkerung kaum geringer war als bei den Beamten, die v. Below in erster Linie für die Förderer dieses Verfahrens hält 17). Die Ritter erachteten eben in solchen Angelegenheiten ihre Standesgenossen für sachkundigere Richter, als die in ihrer Mehrzahl dem Bürger- und Bauernstande angehörigen Urteilsfinder der Landgerichte. Die genauen Strafbestimmungen für die eidbrüchigen Einungsverwandten sind etwas dieser Einung eigentümliches. Sie sind sonst meist offen gelassen, während hier sogar die persönliche Freiheit beschränkt wird, bis die Strafe erlegt ist. Da im letzten Teil der einstweilen rein ritterschaftlichen Einung die Aufnahme von Angehörigen anderer Stände zugelassen wird, erhärtet schliesslich auch der Wortlaut, was ihr ganzer Inhalt schon beweist: dass kein einseitiges Vorgehen eines Standes geplant war.

Beachtenswert ist endlich noch die grosse Anzahl Ritter, welche die Einung schliessen. Es sind unter Zugrundelegung des Ritterzettels von 1444 ungefähr <sup>2</sup>/<sub>3</sub> der gesamten Jülicher Ritterschaft, während bei ähnlichen Gelegenheiten kaum 20–30 als anwesend bezeichnet werden. Da aus dieser Zeit keine Ritterzettel erhalten sind <sup>18</sup>), ist die Urkunde also auch als Ergänzung zu diesen wertvoll.

Über die praktische Anwendung der Einung lässt sich nicht viel sagen.



<sup>&</sup>lt;sup>17</sup>) Landtagsakten I, S. 419/20.

<sup>&</sup>lt;sup>18</sup>) Der nächstvorhergehende erhaltene Ritterzettel ist der genannte von 1444; der nächstfolgende datiert von 1493.

Zwar kehren die Klagen über unzulängliche Rechtsprechung bis zum Aufhören der Selbständigkeit Jülichs immer wieder, aber die Stände begnügen sich damit, ihre Beschwerden darüber auf den Landtagen stets von neuem vorzubringen und beruhigen sich stets mehr oder minder leicht mit der jedesmal wiederholten Zusage des Herzogs, die Missstände abzustellen, ohne dass eine wirkliche Besserung eintritt 19). Die weiteren Vorschriften der Einung wenden sie nicht an, und ich habe auch keinen Fall finden können, in dem sie sich auf sie berufen. Der Grund dafür war, dass die Lage des Landes sich besserte und eine Gefährdung der Existenz des Staats durch unsichere rechtliche Zustände nicht wieder eintrat. Die Nachfolger Herzog Gerhards waren tatkräftige Herrscher, unter denen die Verpfändung der Ämter allmählich aufhörte, und es ist nur begreiflich, dass sie eine Ausübung landesherrlicher Rechte, wie sie der erste Teil der Einung vorsah. nicht zuliessen. Dass die Einung trotzdem nicht vergessen wurde, beweist der Fundort der vorliegenden Kopie, die "Kollektanea des Franz von Eynatten". Sie sind eine Sammlung von Papieren, die der Jülicher Ritter Eynatten im Jahre 1609 nach dem Tode des letzten Herzogs von Jülich-Kleve anlegte und in der er im Anschluss an ein von ihm geführtes Protokoll der ständischen Verhandlungen von 1609/10 Abschriften der wichtigsten Dokumente niederlegte, auf die sich die Stände und die Fürsten, welche Ansprüche auf die Erbfolge erhoben, stützten. Es ist bezeichnend, dass die Zeit, in der die Einung wieder auftauchte, abermals ein Höhepunkt ständischer Macht war.

"Dit is solchen vertrag ind bunt etlicher nae geschrieven ritterschaft des lantz von Gulich, want die amptleute ind pantherren overfallen den gemeinen adel ind den lantman nae iren gefallen ind verdringen hz. Gerhart ind fraue Sophia, iren lantfursten etc., as kundig is. As dit offenbair wart, macht man ein lantzvereinigung, die behielte den fursten im lande ind andere mehe." 1464, Dezember 6.

 Massregeln zur Erhaltung von Jülicher Landrecht und Schöffenurteil in allen Jülicher Ämtern.
 Schiedsgericht und Rechtszug der Einungsverwandten für Erbe und Liegenschaft in Jülich gelegen.
 Strafe für eidbrüchige Einungsverwandte.
 Aufnahme von weiteren Einungsverwandten.

"Wir Daem herr zo Burchaue ritter, Reinhart Schellart van Obbendorp ritter h. zo Gurzenich, Lepart van Hembach ritter, Joh. van Birgel, Henrich Speiss van Bullesheim wonende zo Bobbenheim, Reinh. Speiss h. zo

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup>) Vgl. Landtagsakten von Jülich-Berg II 1563—89, Düsseldorf 1907, S. 40, 463 ff., 520 und die S. 1011 unter "Rechtsmissbräuche" zitierten Stellen, auch meine Mitteilung "Vetternwirtschaft im alten Herzogtum Jülich" in der Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins Bd. 32, S. 377. Weitere derartige Beschwerden werden im 3. Bande der Landtagsakten von Jülich-Berg veröffentlicht werden. Die Stände weigerten sich mehrfach, weiter zu verhandeln, ehe sie bestimmte Garantien für die Beseitigung der Missstände hätten.



Bullesheim, Joh. van Lulstorpf, Frambach van Weyer h. zo Schweinheim, Hinrich van Ruissenbourg h. zo Setterich, Harper van Ruissenbourg 20), Dederich van Betgenhausen, Joh. van Binsfelt, Werner h. zo Binsfelt, Reinb. van Binsfelt, gebroedere, Joh. van Schoenraede, Wilh. van Schoenraede, gebroedere, Raeban van Plettenberg, Joh. Speiss van Bullesheim wonende zo Bullheim, Hinrich Speiss wonende zo Loirsfelt, Joh. Speiss wonende zu Vrechen, Friedr. van Steppenraide, Paen van den Bongart, Joh. van Ruissenbourg, Hinrich van Langel, Joh. van Hetzongen, Joh. van Weissweiler gen. van Verken, Gerh. van Houltorp, Henr. van Vlatten, Joh. van Levendale gen. van Patteren, Joh. van Vlatten, Goiswyn Brente h. zo Vernich, Goiswyn Brente h. zo Wachendorf, Reinh, Brente gebroedere, Arnold van Upheim, Wilh, van Goistorp, Arn. van Efferen, Gerhart sein son, Hinrich vam Houltz, Reinh. Buck van Liechtenberg gen. van Golsheim, Sander van Efferen, Dederich van Leroide, Krummel van Eynatten wonende zo Vlamersheim, Bernh. van Weverden h. zo Droefe, Wilh. Gryn, Goert Gryn van Aldenhoven, gebroedere, Joh. Gryn, Loef van Linzenich, Joh. van Linzenich, Otto van Pufflink, Wilh. van Broich, Daem van Broich, Tilman van den Broich, Godart van Immendorp, Daem Duytzsche van der Kuylen, Reinh. Raue van Ousheim, der stam van Geless, Hinrich vame Vorste, Reinh. Oesse van Walhausen, Joh. Wilderaide, Loidwich van Oylmessheim, den man spricht Mulstroe, Otto van Buischfelt. Theiss Walrave, Sibgin und Joh. van Neuekirchen, gebroedere, Gyliss van Geuwenich, Bruin van Deissbach, Wilh. ind Gottart van Frankenhoven, gebroidere, Herman Styrne van Harve wonende zo Baisweiler, Herm. van Boelendorp, Hinrich van Hoegerbach, Hinr. van Hoegerbach sein son, Aelof vame Sande, Lambrecht vame Zweivel, Werner Schanart van Irnich, Herm. van Geyen, den man spricht 'Groeffe', Schilling van Geistorp, Joh. van Groenaue doen kont allermallich, die diesen intgenwordigen brief sollen siene of hoeren lesen: Also as wir mit goden willen sementlichen ind eintrechtiglichen ein guitlich freuntlich vertrag annommen, unterstanden ind vestlich geschlossen ind overkommen sin, durch gebrech ind ungeburlicheit eine zeit bisher instanden, verhandelt ind furgenommen wirt in unser gn. 1. herren lande van Gulich etc. unredlichen, da wir doch u. gn. lieve hh. van Gulich niet aen en zeien ind bedanken uns van iren furstl. gn. alles goiden ind willen uns vortan zo irer hochgnaden ind irer gnaden lande so dienstlichen, erbarlichen, treulichen ind freuntlichen halten ind fort alle datgin doin, willentlichen ind dienstlichen zo doin, as erbair ritterschaft ind undersaissen iren gn. lieven hh. schuldig sein in unseren zemlichen vermogen zo doen, deme gein weis aefzonemen noch van zu treten ind demselven liever allzeit zozogeven in geboirlicheit dan afzonemen, dat si mit dienst aeder anders.

1. As dan unse gn. hh. vurgem. durch ire gebrechen von kriegsnoeten i. gn. lant ein deil haint verschreven ind verpant, etzlichen i. gn. underseissen of anderen etc., die dan solche verschrevonge davan haven, unbe-

<sup>20)</sup> Am Schluss der vorliegenden Kopie ist vermerkt: "Nota, das zwischen Harpar van Ruissenberg und Dederich van Bettgenhausen spacium ist gelaissen." — Der Abschreiber der Urkunde hat offenbar viele Worte falsch gelesen, wie die vielen Schreibfehler beweisen.



rechent hevent ind boerent gleich u. gn. lieve hh. datselver zo doen plaigen ind auch etzliche ander amtleute, die up amten in dem lande von Gulich vurg. beleint hant, die rete u. g. l. hh. vurs. siint ind van amptzwegen unsen g. l. hh. verloift und vereit sin, na luide brieve ind segel u. g. l. hh. in darover gegeven hain. Sint dan dieselben rede pantherren ind ampleute, in maissen vurgem., so vereit sein u. g. l. hh. vurs. ind i. gg. lant ind amten innehaiven, as voirerkliert steit, so is unse ganze meinung, dat diegiene schuldich sullen sin, die lantschaft nae lantrecht zo halten nae luide ire ind unser verschreivongen etc., in alle dermaissen, u. gn. lieve hh. unse vurfaren selige, ind uns gehalten haven, daevan wir doch van langen zeiden her vaste dagelichs mennigwerf clages, unwilles van ritterschaft, steeden, huisluiden ind undersaessen des lantz van Gulich etc. vurg. clierlichen neit gehort haven ind noch huden dagen duikweile hoeren. Dardurch dat etzliche untersaessen u. g. l. hh. vurs. upbrechen ind rumich werden ind in ander steede kommen zo wonen, dae inne uns bedunkt, dat dat u. g. l. h. ind ouch i. gn. lande vurs. ind uns gein genoiss noch vordel anbrengt um solcher ungeburlicheit will as vurg.: so sein wir ritterschaft mit namen vurs. semtlich bewegt worden in uns selvs, sint wir dan geboren undersaessen sin des lantz vurg. ind ouch besonder u. g. l. hh. vurs. wailvarende in dere i. gn. lande gern segen alles zo dem besten kommen in allen sachen. Of dan einige ungeboirlicheit as vurs. in dem lande van Gulich vurs. boiven brief ind segel ind unse alte lantzrecht van den pantherren, amptleuten of jemantz anders annemen wurde, darum so hain wir ritterschaf uns gemeinlichen vurschr. bei einander gevoigt ind uns besprochen eindrechtlichen, diese selve stucken vurg. zu brengen vur unse gn. l. hh. van Gulich etc. vurschr.; of dan sulchs geschehe, wie vurben. steit, ind willen darum i, furstl. hochegnaden alle sementlichen mit namen vurs. deinstlich, vlelich ind begerlich bitten, die pantherren, amptleuten of anderen vurs. zo unterweisen, solche ungeburlicheit aefdoin zu stellen unverzoeglich ind eine jeglichen i. gn. undersaessen lantrecht ind scheffenurteil zo widerfaren ind gedeien lassen ind auch einen jeglichen bi siine erve ind guide zo behalten ind zo lassen in geburlicheit, as unsen vurfaren ind alderen is worden. Ind of dieselven vurg. des alsdan niit en deden noch doin en wolden ind ouch van geheisch ind bevelch u. gn. l. hh. vurs. darzo nit hoiren noch verstain en wolden in maissen vurschr., so haint wir ritterschaft mit namen vurs. uns darum genzlich ind vestlichen ind stedenlichen liflichen mit upgereckten vingeren zo den heiligen verloift ind geschworen ind verbonden sementlichen ind eindrechtlichen, as dan wir dat um [!] 21) inmaissen vurger. angeroifen worden van dengenen, die wir dan darzo unter uns vuegen ind setzen ind ordinieren werden, mallich ind ein jecklich bi der vurgeloifden ind verbointnusse vurg. up seine koest ind arbeit darbei zo kommen dergenen oder demegenen, dae solche ungeborlicheit ind unredlicheit af entstande, so wer die weren of weren solche zo halden doin, afzostellen ind niet daevan in geinre wise upzohoeren, noch afzolassen, die sache der ungeburlicheit en werde gestraft ind afgestalt, as sich dat billich heischt ind gepurt zo doin; want wir getreuen ind auch wail wissen, dat unse gn. lieve hh. etc. vurg. alzo ungerne gestaeden

<sup>21)</sup> darum ?



solden laissen, dat i. gn. undersaessen boven lantrecht dat ire so ungeburlich aifgenommen solten lassen werden, as wir ungezwivelt sin, des so vast und viel geschiet is van etzlichen pantherren ind amptleuten des lantz van Gulich vurs.

- 2. Ouch were sach, dat unser einig van uns in diesem verbonde mit namen vurs. under einanderen zo doin hetten of zo doin hernaemaels kregen worden zo doin, antreffende erfschaft aeder ander gebreche in dem lande van Gulich gelegen, so wie dat viln zokommen mag ind geschiene mochte, so wer des also von uns zo doin krege of worde, sint wir genzlichen eintrechtlichen mit goeden willen eins worden ind overkommen, dat dieselven ire sachen bliven soillen mallich van in bei 2 of 3, die si keisen werden in dieser gesellschaft vurg., si guetlich zo entscheiden. Of dan dieselven, die darzo gesat ind gekoren worden, der ire gebrechen, so in der guitlicheit unter sich nit gescheiden en koenden ind erfschaf antreffend were tuischen in, so sollen die parteien mit den gekornen vrunden sementlichen kommen up die stat of stedde, dar die erschaft gehoirende ind geboerende weren, ind mallich in vur den ire gebrechen daevan updoin. Ind koenden si dan mit den scheffen aeder anderen, dar solche goiden ind erfschaft gehoirende were, nit vereinigen, so sollen die partien mit den gekoiren vrunden vurs, zu Gulich aen dat oberheuft zien of war dan die goiden gehoiren weren, da vor den ire gebrechen up zo tun ind hoeren zo lassen. So wat dan dat heuft vurs. daruffer sprechen int geven woirde vur recht, dabei sollen si dat lassen, nemen ind geven, geven ind nemen, ind ginre van in mit der sachen zo doin hain noch vorder zo soiken in ginderlei wise, sonder indracht, werwort of widerreide.
- 3. Alle ind jeklichen vuirwerten, geloefden ind puncten inhalt dis briefs, so wie vuer ind nae up uns geschrieven steit, gereden, verspreichen ind glowen wir mit namen vurs. bi der vurschr. unser geloefden ind bei unsen eren ind treuen ind rechte eidstatt vast ind stede ain alle gebreche zo halten ind darwidder nit zo doin, vurzonemen noch zu soecken of schaffen gedain zo werden durch uns selven of jemans anders van unsen wegen heimlich of offentlich in ginre wise, want dit vertrag eindrechtlich vurg. mit unsre alre wissen ind gueden willen geschiet ind zogegangen is. Ind were sach, dat unser einich van unsen mit namen vurs. diesen verboinde nit en vervolt noch beistant ein dede ind an einichen puncten dies briefs bruichlich befonden worden, inmassen hievor benant, ercliert ind geschrieven steit, wilche dat von uns were, as duck ind manchwerf hie bruchtig ind ungehorsam darin befunden wurde, der of die sollen erfallen sein mit 100 Offerlendische gulden, die hie dan, welcher unser also gebruicht bedde, zo gesinnen dergener, die wir dazo keiesen, setzen ind ordineren werden binnen Duiren ind in ire behalt zo lieveren ind zo handtricken zo behouf half unsen g. l. herren van Gulich etc. ind half unser gesellschaft vurs. of van stunt mit sins selvs live ungemaint zu Duiren in zokommen ind niet van dann zo gaen of scheiden, die 100 g. en sint erst inmaissen vurs, verricht ind wail bezalt sonder eintracht, werwort aeder wiederrede darwider zo legen, zo keren aeder zo soichen in ginre weise, uisgescheiden lifsweeden of id en wer sach, dat unse gn. lieve hh. vurg. unser einichs belenklich zo doen hetten, der of die solden asdan up die zit, daevan beweis bringen, sich gehoirt ind geboirt zue sin, sonder arglist.



4. Ouch sin wir ritterschaft mit namen vurs. sementlich einz worden, verdragen ind overkommen: were sache, das jemant van ritterschaft in dem lande van Gulich wonende of einiche ander undersaessen u.g. l. hh. des lantz vorg. in diesem verboinde nit en were, des van uns gesinnen ind begerende werenmit in diesem verboinde zo sin ind verfolg zo tun, gleich in alle dermaissen wir gedain hain ind in diesem selven brieve van uns ercliert ind geschrieven steit, der sall sich mit transfixbrieven, durch desen brief gestechen, verloven versieglen und gnoich doin, glich ind in alre massen wir mit namen vurg. gedain haven, dat doch diesen brief nit ergern sal in geinre seinre puncten noch viciiren en sal in ginere weise, sonder gedroch ind alle arglist.

Ind dis zo einer urkunde ind gezeuge der ganzer warheit ind vaster stedigheit hain wir mit namen vursch. mallich van uns sin siegel zo gezeug alre sachen vurg. mit unser rechter wiss und willen an diesen brief gehangen.

Gegeben in den jaren unses herren 1464 up sent Niclais avent des hl. buschofs."

Düsseldorfer Staatsarchiv, Jülicher Landstände X, 29; Kollektanea des Franz von Eynatten. Kopie um 1600.

# Der junge Joseph Görres und die französische Zensur. Von Karl d'Ester.

Der grosse rheinische Journalist Joseph Görres hat ebensowenig wie der bedeutende westfälische Publizist und Staatsmann Justus Möser einen den Ansprüchen wissenschaftlicher Kritik gerecht werdenden Biographen gefunden. Der Grund ist für beide Männer wohl derselbe, nämlich ihre Vielseitigkeit, ihre Zugehörigkeit zu verschiedenen Provinzen im Gebiete des Wissens. Für Görres kommt als besonderes, hemmendes Moment noch hinzu, dass sein erstes journalistisches Wirken, dessen Bedeutung für die Entwicklung des rheinischen Republikaners Justus Hashagen eingehend geschildert hat 1), in die historisch noch nicht genügend quellenmässig dargestellte Zeit französischer Herrschaft im Rheinlande fiel, und daher manches Aktenmaterial in den ungeheuren Beständen der Pariser Archive zerstreut liegt 2).

Dies war wohl auch der Grund, dass die meisten Biographen die republikanische Wirksamkeit des jungen Görres weit kürzer und lückenhafter behandelten, als seine Arbeit im Dienste der deutschen oder der kirchlichen Sache. Auch über das Verhältnis des kühnen, unerbittlich scharfen Publizisten zur französischen Zensur sind bisher nur unvollständige Vermutungen mitgeteilt worden 3). Weshalb er den Titel seines Blattes änderte, es "Rübezahl" statt "Rothes Blatt" nannte, ist uns ein Rätsel, ebensowenig wissen wir, was ihn schliesslich zur Aufgabe des "Rübezahl" bewog.

<sup>3)</sup> Vgl. Hashagen a. a. O.



A

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>) Das Rheinland und die französische Herrschaft. Bonn 1908. Für Möser vgl. neuerdings O. Hatzig, Justus Möser als Ştaatsmann und Publizist (Hannover und Leipzig, 1909).

<sup>2)</sup> Henri Roudil, der das Pariser Material über Görres alles zu einer grossen Biographie verarbeiten will, ist noch nicht zum Abschluss gelangt.

Einiges Licht fällt in das Dunkel durch einen Briefwechsel der französischen Zentralverwaltung zu Coblenz mit Görres und dem Justizminister zu Paris, der auch für die Biographie des jungen Republikaners wichtig ist<sup>4</sup>).

Diese Verhandlungen bestätigen nur zu deutlich, wie berechtigt die Vorwürfe waren, die Görres der französischen Verwaltung gemacht hatte, und wenn er auch der stärkeren Gewalt weichen musste, so verlässt er doch als moralischer Sieger aufrechten Hauptes den Kampfplatz. Die Papiere gewähren einen interessanten Einblick in das Treiben bei der Zentralverwaltung zu Coblenz. Die knappe und sachliche Verteidigung des angeschuldigten Görres sticht wirkungsvoll ab von den langatmigen, meist nur die eigentliche Sache verschleiernden Tiraden der vor der Öffentlichkeit so empfindlich getroffenen französichen Beamten.

In einem umfangreichen Schreiben vom 24. Fructidor VI (10. September 1798), riefen die Mitglieder der Zentralverwaltung des Rhein- und Moseldepartements zu Coblenz die Hilfe des Justizministers gegen die Anfeindungen des Rothen Blattes an. Sie machten den Minister besonders auf das Kapitel im 1. Trimester des 1. Jahrgangs, 2. Heft, Seite 142-160 aufmerksam, in dem Görres unter dem Titel "Gang der neuen Organisation. Über die jetzige Lage des Rhein- und Moseldepartements" in sarkastischer Weise den "Vorhang hinwegzog, hinter dem Intrigue und Kabale ihre Taschenspielerkünste trieben, um die alte Energie zu wecken, zu Untersuchungen, Prüfungen, Auffindung neuer Ansichten Veranlassung zu geben". In einer Reihe von Gemälden sollte die ganze Misère der französischen Lotterwirtschaft, die ihn, den einst so begeisterten Republikaner, von seiner Schwärmerei geheilt hatte, an den Augen der Leser vorüberziehen. Wie ein Maler beginnt er seine Skizze zuerst mit dem Kopf, oder ohne Bild gesprochen, er zeichnet zuerst die Administrationsverwaltung, wobei er feststellt, dass eine baldige Trepanierung nötig ist. Diese Behörde, die aus den Bürgern Champein, Saur, Vanrecum, Holthof, Godon und dem berüchtigten "Spitzbuben" Sta bestand, machte durch fortgesetzten Zwist unter sich die guten Absichten der Regierung zuschanden, sie trieb mit dem armen Volke, das von ihr nach unendlichen Leiden des Krieges seine Rettung erhoffte, frevelhaftes Spiel.

Über den Charakter der genannten Beamten will sich Görres gar nicht äussern; sein Urteil soll sich nur auf Tatsachen gründen. Er wirft die wichtige Frage auf, ob denn die Mitglieder der Zentralverwaltung das Gute ausführen können, selbst wenn sie es wollen. Diese Frage muss verneint werden. Als erste Bedingung für eine gute Regierung nennt Görres genaue Kenntnis des Landes und seiner Bewohner; diese kann man aber den neuen Herren nicht zubilligen. Die beiden wichtigsten Zweige der Verwaltung, Kontribution und Polizei, die Männer erfordern, die bis ins kleinste Detail mit ihrem vorliegenden Lokale vertraut sind, waren den Franzosen Champein und Godon anvertraut worden, deren willkürliche, einfach mathematisch berechnete Verteilung der Repartition Görres trefflich zu verspotten wusste.

<sup>4)</sup> Staatsarchiv zu Coblenz (Pays conquis 616).



Als zweites Requisit und conditio sine qua non für eine ideale Verwaltung forderte Görres völlige Harmonie ihrer Glieder. Doch, wie traurig war es damit bei der Coblenzer Zentralverwaltung bestellt! "Der Dämon der Intrigue und Kahale, jenes schleichende, tückische, alles Edle, Gute untergrabende Gespenst, scheint in den Mauern unserer Administration seine Höhle aufgeschlagen zu haben", alle die schlimmen Eigenschaften der Höfe der Tyrannen, die Görres auf immer verbannt glaubte, sieht er wieder in die Regierung einziehen und führt sie in einigen Stichproben dem Leser vor. So gab die Absetzung des provisorischen Generalsekretärs Rogier durch Mehée Anlass zu einem ekelerregenden Streite. Auf der einen Seite standen Champein und Godon sowie zahlreiche unzufriedene Employés, auf der anderen Mehée und Sta. Champein und Godon wurden besonders aufgehetzt durch ihre "Maskenträger, deren bösartigen Charakter man bei Gelegenheit des Blauen Blattes kennen lernen konnte". Leider war nichts Näheres über das hier genannte "Blaue Blatt" zu ermitteln, vielleicht war es ein eigenes, gegen das ,Rothe Blatt' gegründetes Organ, vielleicht meint Görres damit die Coblenzer Zeitung oder den Coblenzer Anzeiger, in denen sich gelegentlich heftige Polemiken zwischen Görres und den angegriffenen Republikanern finden.

Champein und Godon verlangten die Entlassung des Sekretärs, den Mehée beim Tribunal der Unterschlagung öffentlicher Gelder beschuldigte. Die kostbare Zeit in den Sitzungen wurde mit persönlichen Reibereien vertrödelt, wodurch die Verwaltungsgeschäfte sehr litten.

Mit diesem letzten Vorwurfe steht Görres nicht allein. Der Bürger Haan berichtet ähnliches von Trier<sup>5</sup>). Wiederholt klagt er über nachlässige Dienstführung der Beamten, die oft bis in den frühen Morgen tanzten<sup>6</sup>). In einer gedruckten Verteidigungsschrift sagte er seinen Kollegen von der Zentralverwaltung des Saardepartements ähnlich schöne Dinge, wie wir sie bei Görres finden<sup>7</sup>).

Die Verteidigungsschrift der Coblenzer Zentralverwaltung versucht die schweren Vorwürfe als Verleumdungen eines vom Hass geleiteten "Pressbengels" (folliculaire) darzutun, was freilich keine leichte Aufgabe war. Die Angeschuldigten gehen auf die einzelnen Teile der Anklage ein, wobei sie

<sup>7)</sup> Als Zegowitz, der Sekretär der Zentralverwaltung, in öffentlichen Blättern als ein Spitzbube geschildert wurde, bewog ihn Bürger Linz, sich gegen diese Vorwürfe zu rechtfertigen. Er setzte auch ein derartiges Schriftstück auf, schickte es zum Einrücken ab, aber man erklärte, von einem so schlechten Kerl wie Zegowitz nähme man nichts an. Haan a. a. O. S. 16.



<sup>5)</sup> Vgl. seine umfangreiche ,Rechtfertigung<sup>e</sup> im Staatsarchiv zu Coblenz (Bibliothek).

<sup>6)</sup> Ebd. S. 14. Auch über die Unfähigkeit der Mitglieder der Zentralverwaltung des Saardepartements fällt Haan ein hartes Urteil. Bouqueau sei in sich verliebt, weil er die französische Sprache zierlicher schreibe als die deutsche, Linz besitze noch etwas Rechtsgelehrsamkeit, die anderen weder diese noch Kenntnis der Verwaltung und der Finanzgeschäfte.

aber das Hauptgewicht auf Äusserlichkeiten legen und durch eine reichliche Dosis Selbstlob das, was an Beweiskraft fehlt, zu ersetzen suchen.

Sie beginnen mit einer Charakteristik des Redakteurs, der ein junger Mensch von 19 bis 20 Jahren sei, qui sortant de ses classes, où il a obtenu par ses succès quelque superiorité sur ses condisciples, et gâté par une folle complaisance de ses professeurs, qui n'ont pas pu contribuer à lui inspirer l'orgueil insupportable qui le dirige, s'est follement imaginé, qu'il devoit avoir la même prépondérance dans la société qu'il a eue dans son collège, et prétend régler tous les potentates et mêmes les républiques". In seinem hochfahrenden Dünkel glaube er sich zum Zensor berufen über die Obrigkeit. Unterstützung finde er bei einigen seiner Professoren, Priestern, die gestern vor ihren Mitbürgern eine Meinung verträten, um zu herrschendie sie heute widerriefen, um wieder zu herrschen. Die Angeklagten wollen ihre Sache vor der massgebenden Behörde vertreten, sie fürchten sich angeblich nicht, sie berufen sich auf das Beispiel ihres Kollegen Godon, der schon gegen den Redakteur des Rothen Blattes ein gerichtliches Verfahren veranlasst hatte, durch das der folliculaire verurteilt wurde, gerichtliche Beweise für seine Behauptungen in sein Blatt aufzunehmen.

Der langen Rede kurzer Sinn ist der im Schluss ausgedrückte Gedanke, das Verbot solcher Schmähschriften werde einen günstigen Einfluss auf den Esprit public ausüben. Es wirkt lächerlich, wenn die beiden Beamten, nachdem sie in seitenlangen Ausführungen den Minister gegen Görres scharf zu machen versucht haben, verächtlich hinzusetzen, dass das Pulikum dem Roten Blatte schon längst die gebührende Missachtung zuteil werden lasse.

Der Minister schickte das Anklageschreiben an den Generalkommissar Rüdler nach Mainz, forderte ihn zur Untersuchung der getadelten Verhältnisse auf und überliess es ihm, Görres durch einen Verweis in die gebührenden Schranken zu verweisen oder das Blatt aufzuheben.

Der Bericht, den die beiden angegriffenen Beamten Champein und Godon an Rudler einschickten, ist auf denselben Ton gestimmt wie der, mit dem sie den Minister über den wahren Sachverhalt zu täuschen suchten <sup>8</sup>). Sie machen vor allem auf die schlimmen Folgen aufmerksam, die jene von Görres so einfach und klar gegebene Darstellung der ungerechten Verteilung der Kontribution auf die Untertanen gehabt habe, die Zentralverwaltung habe Exekutionssoldaten überallhin senden müssen, um die Gelder einzutreiben.

Champein erklärt sich mehr durch die Form als durch den Inhalt der Anklage verletzt; Görres hatte nämlich seinen Artikel über die Uneinigkeit zwischen den Gliedern der Zentralverwaltung mit Ausdrücken aus der Sprache der Musik ausgeschmückt. Champein bezieht dies auf sich, da er vor acht Jahren eine Oper "Melomanie" und andere komponiert und auch Erfolg damit gehabt habe; damals habe er sich freilich nicht gedacht, dass diese Kunst einst Gegenstand des Spottes für einen Coblenzer Pressbengel werden würde. Man ersieht daraus, wie fein Görres seine Pfeile zu spitzen wusste, es erklärt sich daraus zum Teil der dem Philologen so viele Rätsel aufgebende Stil des jungen Publizisten. Statt sachliche Gründe beizubringen,

<sup>\*)</sup> Vom 27. Vendémiaire VII (18. Oktober 1798).



versichern die französischen Beamten mit frommem Augenaufschlag, dass sie so rein wie die Sonne seien, die sie bescheint, und bemühen sich, Rüdler gegen Görres aufzustacheln, indem sie darauf hinweisen, dass auch er beleidigt sei, da ihm vorgeworfen werde, er habe die Verfügung, durch die Mehée und Sta abgesetzt worden seien, unterschlagen.

Görres war auch nicht müssig gewesen, während seine Gegner ihn durch ihre Anklage zum Schweigen zu bringen hofften. Am 25. Vendémiaire an VIII (16. Oktober 1798) richtete er folgendes Schreiben an den Justizminister:

Görres rédacteur de la feuille rouge

au

Ministre de la Justice. Audiatur et altera pars.

Citoyen Ministre!

Je suis instruit, que dans une dénonciation, qui vous a été adressée, on s'efforce à me peindre à vos yeux comme un homme exalté, dont les intrigues tendroient à semer la discorde et à avilir les pouvoirs constitués.

Loin de supposer, que vous puissiez accueillir un artifice aussi grossier, qui ne tend qu'à étouffer la voix de la vérité, et à empêcher, qu'elle ne soit entendue par ceux, dont les hommes pernicieux à la chose publique redoutent la surveillance, je suis persuadé au contraire, que vous saurez apprécier ces manèges à leur juste valeur. S'il m'était cependant permis de réclamer l'opinion publique à l'appui de ce que j'avance loin de redouter le triomphe de ces mêmes hommes, je serais au contraire assuré du blâme, que cette démarche leur mériteroit.

Mes journaux sont publiés, s'ils renferment quelque fausse imputation, les lois ne sont elles point là, pour me frapper? Et l'homme juste ne doit-il point préférer cette voie à des sollicitations occultes et conséquemment insidieuses?

Il seroit superflu, je pense, Citoyen Ministre, de vous représenter, combien il étoit essentiel aux intérêts de la république d'oser peindre avec franchise la conduite de ceux qui oseroient mesurer de la confiance, que leur a accordée le gouvernement, toute fois lorsque cet exposé n'est point le résultat des passions ou des haines personelles. Depuis trop longtems ces contrées avoient été abandonnées à la rapacité d'une foule de voraces et vautours; trop de personnes n'avoient envisagé dans les pénibles devoirs d'un fonctionnaire que des moyens d'améliorer leur fortune, et si les désordres toujours inséparables d'une guerre ont été favorables à ces êtres malfaisans, le règne des lois doit devenir celui de leur punition.

Vous avez demandé un exemplaire complet de mes journaux, cette mesure me persuade encore d'avantage, Citoyen Ministre! que vous ne prononciez point, sans m'entendre. Je crois pourtant devoir vous prévenir que je n'ai jamais négligé de vous les adresser, et que pour m'assurer, qu'ils vous parviennent plus sûrement, j'en ai toujours joint un exemplaire à votre adresse à ceux, que j'ai envoyés au commissaire de gouvernement de ce pays.

Salut et Respect Görres.

Westd. Zeitschr. f. Gesch u. Kunst. XXX, I.

8

Kurz vorher hatte er als Herausgeber des Rothen Blattes sich an den Accusateur public gewandt und mit Berufung auf die Verfügung des Generalkommissars vom 12. Messidor an VI, die jedem Bürger die Befugnis gab, die Schuldigen dem Accusateur public anzuzeigen, mehrere Beamte des Kantons Zell des Verbrechens der Erpressung und der Veruntreuung öffentlicher Gelder beschuldigt. Es waren dies der Kommissar bei der Munizipalverwaltung des Kantons Zell, Albermann, Agent in Pünderich, und Gisbert Goltung, Adjunkt in Merl. Auf Seite 273—284 des dem Accusateur public miteingesandten Heftes vom Rothen Blatt waren eine Anzahl Zeugen für die von Görres mitgeteilten Vorgänge angegeben. Der Generalkommissar, dem der Accusateur public die Anklage eingeschickt hatte, forderte von der Zentralverwaltung in Coblenz einen genauen Bericht über die so schwer belasteten Beamten (1. Brumair VI. 22. Oktober 1798).

Nicht nur die Zentralverwaltung grollte Görres, auch ein Richter des Tribunals suchte sich an ihm zu rächen und wollte die Munizipalverwaltung zu Koblenz gegen ihn mobil machen. In der Sitzung der genannten Behörde vom 28. Vendémiaire VII. (19. Okt. 1798) verhandelte man über die Beschwerde des Richters am Tribunal, Bürger Collas, in der er einen Artikel des Rothen Blattes als beleidigend für die Zivilbehörde bezeichnete. Görres hatte nämlich den Mitgliedern des Tribunals vorgeworfen, sie hätten sich hinter die Coblenzer Munizipalität gesteckt, um von der militärischen Einquartierung verschont zu bleiben. Doch die Munizipalität erklärte aus mehreren Gründen auf Collas' Plan, dem verhassten Redakteur den Prozess zu machen, nicht eingehen zu können. Zunächst sei eine derartige Vereinigung der richterlichen mit der administrativen Gewalt gegen die Verfügungen des Regierungskommissars, dann sei weder das Tribunal noch die Munizipalität als Behörde angegriffen, die Klage richte sich vielmehr nur gegen einzelne Mitglieder als Privatleute, und man könne nicht eine solche Privatsache in einen Prozess einer oder mehrerer Behörden verwandeln.

Am bezeichnendsten für die Kampfesweise gegen Görres ist der letzte Grund, den die Munizipalität für ihre ablehnende Haltung anführte. Da der Auszug aus den Registern des Tribunals weder von dem Greffier noch von dem Präsidenten unterzeichnet sei, auch die Namen der Richter, die die Urkunde unterschrieben hatten, sich nicht fänden, so lasse dieser Auszug nicht die Absicht des Tribunals erkennen, sich mit der Munizipalität zu einer gerichtlichen Verfolgung des Redakteurs des Rothen Blattes zu vereinigen.

Was die Munizipalverwaltung abgelehnt hatte, das führte einige Tage später die Zentralverwaltung aus. In der Sitzung vom 29. Vendémiaire VII (20. Oktober 1798) erliess sie nämlich folgendes Arrêtée gegen Görres:

Considérant que la conduite du Rédacteur de la feuille rouge doit être reprimée en ce qu'il déverse injustement et calomnieusement le mépris sur les autorités judiciaires et administratives et sur les fonctionnaires publics de ce Département;

Vu l'extrait des délibérations des tribunaux communiqué par un de leurs membres;

Et sur le Réquisitoire du Commissaire du Directoire exécutif près d'elle;



Arrête :

Article I. L'administration estime qu'il y a lieu à supprimer la feuille intitulée Feuille rouge.

Article II. A cet effet elle sera dénoncée et particulièrement pour le trimestre de Messidor au Commissaire de Gouvernement, au Ministre de la Justice et au Ministre de la Police générale, qui tous en reçoivent deux exemplaires d'après les ordres qui ont été donnés à cet égard.

Article III. Expédition du présent et Copie du Rapport qu'il à précidé seront envoyées aux trois autoritées désignées dans l'article précédant sans qu'il soit besoin d'y annexer les numéros qui leur sont déjà parvenus.

Durch einen für seine Kampfesweise sehr charakteristischen Brief an den Regierungskommissar Rudler suchte Görres sich zu rechtfertigen. Am 1. Brumaire (22. Oktober 1798) schrieb er aus Coblenz:

Le redacteur de la feuille rouge au Citoyen Rudler Commissaire du gouvernement.

"Integer vitae, scelerisque purus, "Non eget Mauri iaculis neque arcu, "Nec venenatis gravida sagittis, "Fusce, pharetra."

On m'a denoncé, je suis tranquille. Vous me connaissez, vous connaissez mes principes, me vus, vous connaissez ceux de mes denonciateurs, vous êtes juste, je ne crains rien. Ni instrument ni dupe d'aucune partie; ni royaliste ni anarchiste, mais bien rigoriste, je prouverai juridiquement tout ce que j'ai dit.

Salut et Recpect

Görres.

Und er hielt Wort. Er liess sich am 22. Oktober von der Coblenzer Munizipalität bescheinigen, dass Collas und Godon, beide in Coblenz wohnhaft, niemals Einquartierung aufgenommen, dass Champein, Vanrecum, Holthof, Saur und alle Richter am Tribunal nicht sesshaft (domicilié) in der Gemeinde seien und kein Militär aufgenommen hätten, dass schliesslich Champein seit Einrichtung der Zentralverwaltung seinen Freund, den Bürger Ech in Rübenach, von der Einquartierungslast zu befreien versucht habe, bis endlich dieser Unfug öffentlich untersagt wurde.

Diese genaue Feststellung war nötig; denn Godon hatte in einem eingehenden Rapport die Angelegenheit der Einquartierung so dargestellt, dass er die Beamten in zwei Klassen schied, solche, die beständig in Coblenz wohnten und sich nie der Pflicht entzegen hätten, und solche, die in anderen Gemeinden ihren Wohnsitz und in Coblenz nur chambres garnies hätten; diese könnten natürlich keine Soldaten bei sich aufnehmen.

Godon hat es sehr übel genommen, dass Görres ihn und seine Kollegen statt "Citoyens" "Messieurs" nennt, dass er vor allem die arme Bevölkerung gegen sie aufhetze, jene Klasse, die stets der Gegenstand ihrer liebenden Sorge gewesen sei.

Leider werden die Akten an dieser Stelle lückenhaft; es findet sich nur noch ein nicht unterzeichneter Bericht an den Justizminister über das Rothe Blatt und den Rübezahl, der einigen Aufschluss gibt über das Verhältnis des Schreibers zu Görres.

Wir erfahren daraus, dass das Rothe Blatt kürzlich seinen Namen in Rübezahl geändert hat, leider hören wir nicht, was der Grund dazu war. Der Berichterstatter hat dem kühnen Journalisten anfangs sehr wohlwollend gegenübergestanden, er hat manches Tadelnswerte mit dem jugendlichen Alter entschuldigt, in der tollen Parodie über die französische Konstitution sah er nur eine Verspottung des Regiments am römischen Hof. Einige Kapitel über verschiedene Administratoren schienen ihm als Zeichen der Kühnheit interessant, doch hielt er es für angebracht, dem feurigen Renner Zaum und Zügel anzulegen, er liess dem jungen Heisssporn brüderliche Zurechtweisungen machen und ihm durch den Kommissar beim Tribunal des Departements Donnersberg auffordern, sich in den Grenzen zu halten, die seine Weisheit ihm als einem wahren Vaterlandsfreunde setze, man stellte ihm vor, er erwecke durch seine Schreibweise den Anschein, als wolle er die Lauge seines Spottes, mit der er den päpstlichen Klerus überschüttet, nun auch über die französische Verfassung giessen. Er zeige sich in seinen Angriffen, die er mit Vorliebe gegen französische Beamte richte; als einen "Partisan jenes Systems des Undankes", das man an den Deutschen tadeln müsse.

Kurz nach dieser freundschaftlichen Zurechtweisung rückte Görres die berüchtigte Karte der Konskriptionsverteilung in sein Blatt ein. Jetzt ging man zu Drohungen über. Damals erliess das Departement ein Arrêtée gegen das Rothe Blatt, das aber nach Ansicht des Berichterstatters nur die Frucht der gereizten Empfindlichkeit der Administration war. Auch der Minister war damals für möglichst mildes Vorgehen, er schrieb, ob es nicht mit "reproches" fraternels genug sei.

Und es blieb auch dabei; Görres änderte den Titel seines Blattes; der Berichterstatter betrachtete dies als eine gute Vorbedeutung. Aber er hatte sich getäuscht, der Geist war derselbe geblieben, und so muss er an die Unterdrückung des Rübezahl denken. Mit der Ankündigung, dass er dem Minister mit dem nächsten Kurier das Aufhebungsarrêté senden werde, schliesst der ungenannte Gewährsmann seinen Bericht.



### Recensionen.

Die Regesten der Erzbischöfe von Köln im Mittelalter. Dritter Band (1205—1304), erste Hälfte (1205—1261). Bearbeitet von Dr. Richard Knipping. Bonn, P. Hansteins Verlag, 1909. 292 S. 4°. Mk. 15,50. — Angezeigt von Privatdozent Dr. F. Vigener in Freiburg i. B.

Die Fortsetzung von Knippings Regesten hat acht Jahre auf sich warten lassen. Da der neue Band, soweit er bis jetzt vorliegt, an sauberer und sorgsamer Arbeit dem früheren (vgl. diese Zeitschrift 21 1902, S. 217 ff.) gleicht, so wird man sich mit der bisherigen geringen Marschgeschwindigkeit gern versöhnen und jedenfalls die gesonderte Ausgabe des ersten Teiles von Band 3, zu der wohl eine Bemerkung in der Histor. Zeitschrift 101 (1908),



S. 471 den Anstoss gegeben hat, dankbar begrüssen. Immerhin dürfte der Wunsch nach einer beschleunigten Vollendung des Bandes schon um der Register willen berechtigt sein. Man darf gewiss neben dem Personenund Ortsverzeichnis ein Sachregister (für Band 2 und 3) erwarten; auf einem beigeklebten Zettel werden "die" Register zusammen mit der zweiten Hälfte versprochen. Ich erinnere zugleich an frühere Wünsche. Wenigstens im Register sollte diesmal zu allen Ortsnamen, auch wenn sie nur als Familienbezeichnung vorkommen, die heutige Form gegeben werden. Ich halte es freilich im Gegensatz zu K. (vgl. Band 2, S. XVI) überhaupt für wenig glücklich, in modern gefassten Regesten die alten Namensformen an die erste Stelle oder gar allein zu setzen; die Benutzung wird dadurch wesentlich erschwert, auch wenn man ein gutes Register zur Hand hat. Obwohl sich gegen Änderungen in der Anlage eines Werkes stets Bedenken regen werden, halte ich für die Fortsetzung der Regesten, also vom 4. Bande an, noch einen andern Bruch mit der Tradition für dringend erwünscht. Bei wiederholter Benutzung des 2. Bandes und bei der Durchsicht des vorliegenden habe ich es immer wieder als Übelstand empfunden, dass hier (wie übrigens in den meisten Regestenwerken) der Regestentext, die Überlieferung, kritische und erläuternde Bemerkungen unterschiedslos mit den gleichen Typen und ohne Absatz gedruckt sind; die Trennungsstriche genügen nicht, zumal sie sich dort, wo Datum, handschriftliche Überlieferung, Druck- und Regestenverweise, andere Literaturangaben und eigene Erläuterungen des Verfassers einander folgen, leicht in unübersichtlicher Weise häufen. Ich glaube, die Regestenleitung würde sich den besonderen Dank der Benutzer (und nicht auch des Bearbeiters?) verdienen, wenn sie im 4. Bande (man denke an die reiche Überlieferungsgeschichte mancher Urkunden des 14. Jahrhunderts!) dazu überginge, dem Regestentexte alles, was zur Überlieferung gehört, in gesondertem, klein gedrucktem Absatze vorauszuschicken (dabei dürften auch die Siegelangaben, die sich bei K. nur ganz selten finden, nicht fehlen) und die Erläuterungen des Bearbeiters in Anmerkungen folgen zu lassen. Die urkundliche Form der Daten pflegt Knipping nur bei erzbischöflichen Urkunden zu geben, bei anderen selbst dann nicht, wenn sie ungedruckt sind. Es ware ein Gewinn für die Regesten, wenn fortan ausnahmslos die Urkundendaten angegeben würden. Bei der Auflösung von Daten kann auch der Vorsichtigste einmal irren, und für den Benutzer ist es immer erwünscht, in dem Regestenwerke selbst die Handhabe zur Kontrolle zu finden. Ich will gern annehmen, dass ich auch dann keinem Datierungsfehler begegnet wäre, wenn ich mehr Daten nachgeprüft hätte; aber die Berechtigung meines Wunsches lässt sich auch so an einem Beispiel leicht erweisen. Die bei Ennen, Quellen zur Kölner Geschichte II, 308 gedruckte wichtige Urkunde des Grafen Wilhelm von Jülich über sein Bündnis mit der Stadt Köln gegen Erzbischof Konrad von Hochstaden verzeichnet Knipping nr. 1661 zum 1. März 1252. Man findet dieselbe Urkunde in Hegels Verfassungsgeschichte von Köln S. XLI erwähnt mit dem Datum 1252 Februar 29. Wer von Hegel ausgeht und zu Knippings Regesten greift, muss enttäuscht teststellen, dass er noch des Druckes bedarf, um den Widerspruch zu lösen; Knipping behält Recht, aber man wird ihm doch ein wenig zürnen, dass er weder das Ur-



kundendatum angibt noch Hegels Fehler berichtigt. Hegels Verfassungsgeschichte nennt K., soviel ich bemerkt habe, nur nr. 2003 und 2044. Man würde sie gern noch (abgesehen von Reg. 1661) bei nr. 1663 und 1991/92 erwähnt finden: dort wegen des Hinweises, den Hegel S. XLI Anm. 7 gibt, hier, weil Hegel (XLIII Anm. 3) eine Stelle aus Hagens Reimchronik heranzieht, die, wie man aus einer Bemerkung Knippings bei Regest 2003 erfahren kann, vielmehr zu dem Schiedsspruch vom 16. Juni 1262 gehört.

Ich berühre damit die schwierige Frage der Literaturangaben. Bei den Drucken und "wichtigen" Regesten hat K. (vgl. Bd. 2 S. XVI) Vollständigkeit erstrebt. Die Wichtigkeitsgrenze dürfte freilich schwer zu ziehen sein. Grössere Regestenwerke wird auch der, dem der Grundsatz einer Auslese berechtigt erscheint, gern regelmässig genannt finden. Die Mainzer Regesten von Böhmer und Will z. B. werden von K. manchmal zitiert, manchmal nicht, ohne dass sich der Grund dieses Wechsels erkennen liesse. Im Ganzen darf man sich dem bewährten Takte des Bearbeiters ruhig anvertrauen. Sonstige Literatur will K. nur anführen, "soweit sie eine wesentliche Erläuterung der Urkunde" bietet. Wie im zweiten, so hat er in dem vorliegenden Bande diesen Satz mit grosser Strenge befolgt. Mir will es scheinen, als ob hier etwas mehr Weitherzigkeit am Platze wäre. Viele Darstellungen, die eine Urkunde verwerten, ohne gerade eine besondere Erläuterung der Urkunde zu bieten, stellen diese doch in einen neuen Zusammenhang, es mag sich nun um verfassungs- oder wirtschaftsgeschichtliche Forschungen oder um Arbeiten zur Reichs-, Territorial- und Lokalgeschichte handeln. Hinweise auf derartige Spezialliteratur, wofern sie nicht schlechthin wertlos ist, können immer auf Dank rechnen. Auch mit Rückverweisungen auf die eigenen Regesten ist K. zu sparsam. Einzelne Beispiele gebe ich in der unten folgenden kleinen Reihe von Berichtigungen und Nachträgen.

Hier nur noch einige Worte über die Bearbeitung der Regesten selbst. Die Fassung der Regesten ist beinahe immer vortrefflich gelungen, obwohl sie vielfach dadurch wesentlich erschwert war, dass der Bearbeiter den Inhalt der Urkunden gern in indirekter Rede wiedergibt. Nach Stichproben zu urteilen, bieten die Regesten tatsächlich erschöpfende Inhaltsangaben. In einzelnen Fällen hat K. freilich auf diese Vollständigkeit verzichten zu sollen geglaubt. Den grossen Schiedsspruch zwischen dem Erzbischof und der Stadt Köln vom 28. Juni 1258 hat er nur eben verzeichnet (Reg. 2003). Ich glaube in der Annahme nicht fehlzugehen, dass K. erst nach langem Zögern sich zu dem Satze entschlossen hat, der uns mit dieser Tatsache versöhnen soll: "Die ungewöhnliche Länge der Urkunde verbietet es, ihren Inhalt in die Form eines Regests zusammenzufassen". Die Regestierung dieses Stückes ist in der Tat keine leichte Sache, auch erkenne ich gern an, dass der (etwas gekürzte) Abdruck in Keutgens "Urkunden zur städtischen Verfassungsgeschichte" bequem zugänglich ist. Aber diese Urkunde ist von so überragender Wichtigkeit, sie bietet so reiche Aufschlüsse über die Stellung des Erzbischofs in der Stadt und sein Verhältnis zu der Stadtverwaltung, sie beleuchtet insbesondere die persönliche Auffassung, die Konrad von Hochstaden von seinen Rechten hatte, so genau, dass meiner Meinung nach der

Verzicht auf eine Inhaltsangabe auch durch die grössten Schwierigkeiten nicht gerechtfertigt ist. Auch unter Nummer 937 (s. unt. S. 121) sähe man obwohl ein "erschöpfendes Regest nicht kürzer als der vollständige Abdruck sein würde," in diesem Regestenwerke lieber ein Regest. Sonst ist mir besonders aufgefallen, dass K. die Bürgen manchmal bei Namen nennt, manchmal nicht. Dass er dabei nicht nach festem Prinzip verfährt, zeigt ein Vergleich von Regest 998 und 1304; dort fehlen die Namen, hier stehen sie, und doch handelt es sich in beiden Fällen um (gedruckte) erzbischöfliche Urkunden. Im Regest 1534 (ungedruckte erzb. Urkunde vom November 1247) möchte man statt "4 benannte Schiedsrichter" lieber die Namen dieser Richter lesen, deren Spruch der Erzbischof bestätigt, und Regest 1889 erführe man gern die "näheren Bestimmungen, die Erzb. Conrad trifft" (ungedruckte Urkunde der Abtei Deutz, vom Erzbischof mitbesiegelt). Noch hie und da, aber eben doch nur ausnahmsweise, bleiben ähnliche Wünsche unerfüllt. Einige Bemerkungen zu einzelnen Regesten, meist nur kleine Berichtigungen oder Ergänzungen, stelle ich hier nach der Nummernfolge zusammen.

Regest 130 hätten noch die völlig gleichzeitigen Jahrbücher des Reiner von S. Jakob zu Lüttich (vgl. Reg. 108) genannt werden sollen. — Bei Reg. 338 fehlt die Rückverweisung auf 308, Reg. 339 die auf 317. – Bei dem Privileg für Attendorn von 1222 (Reg. 381) konnte auf J. Brunabend, Attendorn . . . (1878) S. 19 immerhin verwiesen werden. — Zu Reg. 489 vgl. Eubel Hierarchia catholica 1, S. 403, Anm. 2. — Reg. 525. Das "wahrscheinlich" ist zu streichen. Eine Verfügung für eine Reichsstadt kann Engelbert nur als Reichsverweser gegeben haben. Zur Sache vergl. noch W. Franck, Gesch. der ehemal. Reichsstadt Oppenheim (1859) S. 15. - Die Regesten 810-812 wird K. preisgeben müssen. Er hat hier leider die einzige kritische Ausgabe, die von Rockinger (Quellen und Erörterungen IX, 1 (1863) S. 278) übersehen und zugleich die kritische Untersuchung, die F. Curschmann in seinem Buche über die Diözese Brandenburg (1906) gegeben hat. ist nicht der Kölner Erzbischof, sondern der Bischof von Merseburg neben dem Magdeburger vom Papste zur Untersuchung des brandenburgischen Zehntstreites bestellt worden. Es genüge, auf Curschmann 337 ff. (341 Anm. 2) zu verweisen. — Zu dem Briefe Erzb. Heinrichs I. an Bischof Johann von Lüttich vom 5. Januar 1238 (Reg. 886) bemerkt K.: "Die Angabe unserer Urkunde, dass die Kleriker bei Erzbischof Heinrich die Urkunde erschlichen hatten, steht im Widerspruch mit dem Briefe Bischof Johanns und ist auch an sich unwahrscheinlich. Man wird annehmen müssen, dass von dem Kopisten das vos und vester in nos und noster verlesen worden ist." Ich halte diese Annahme für verfehlt. Die Angaben des erzbischöflichen Briefes sind nichts weniger als unwahrscheinlich. Wenn sie einem Satze in dem Briefe des Bischofs von Lüttich (Reg. 864) widersprechen, so liegt das eben an dieser Stelle des Briefes, oder gewiss vielmehr an der allein überlieferten Kopie (gedruckt: Compte rendu des séances de la commiss. royale d'histoire IV. série X, S. 227 nr. 46); hier ist "vobis" für "nobis", "vos" für "nos" und "vestram" für "nostram" zu setzen. Nur so bekommt der Briefwechsel Sinn. Um eine eigene Verfügung aufzuheben, wird sich der Bischof doch nicht bittend an den Erzbischof wenden. Es handelt sich um eine erzbischöfliche



Verfügung, deren Widerrufung der Suffraganbischof bei seinem Metropoliten erwirkt. Wie der Erzbischof "durch lügnerische Angaben" zu der Ausstellung der Urkunde für die Kleriker bestimmt werden konnte, das ist in dem Briefe des Erzbischofs selbst gesagt (Compte rendu a. a. O. S. 231 f.: falso suggerentes nobis, quod per negligenciam dictorum patronorum et aliorum, ad quos collatio . . . pertinebat, eedem prebende et investitura vacaverant per tantum temporis, quod ad nos ipsarum collatio erat devoluta); sogleich auf der nächsten Seite der Regesten gibt übrigens nr. 895 ein ähnliches Beispiel. — Reg. 1216 heisst es: "Cop. in den libri registri des Mainzer Domstifts im Kreisarchiv zu Würzburg." Wer einmal einen dieser wuchtigen Bände in der Hand gehabt hat, sähe gern Band und Blatt genannt. — Zu Reg. 1335 vgl. M. Krammer, Wahl und Einsetzung des deutschen Königs (1905) S. 54. -- Zu Reg. 1446: Wenn hier die Vollziehung der Ehe für das vollendete 12. Lebensjahr der Braut in Aussicht genommen wird, so ist das nichts Auffälliges; abgesehen davon, dass eine Eheschliessung bei diesem Alter der Braut nicht selten erfolgt ist, so setzt ja das kanonische Recht die Ehemündigkeit auf das vollendete 12. Jahr. - Reg. 1499 wäre besser mit der Datierung "vor 1249 Dez. 23" untergebracht worden; die erzbischöfliche Urkunde zwischen Juli und August zu setzen, ist zu gewagt, da für den Abstand, der die päpstliche Bestätigung von ihr trennt, kein Anhalt gegeben ist. Die Ansetzung von Reg. 1552 zu "ca. 1250" erscheint gleichfalls nicht begründet: man würde das Regest lieber unter den undatierten Stücken auf S. 290 sehen. — Bei Reg. 1786 (vgl. auch Reg. 1816 und 1819) hätte W. M. Becker, Die Initiative bei der Stiftung des Rheinischen Bundes 1254 (1899) S. 63 ff. genannt werden sollen; ein Hinweis auf Becker S. 11 wäre auch schon Reg. 1305 am Platze gewesen. — Bei Reg. 1528 vermisst man die Rückverweisung auf Reg. 1359, bei Reg. 1989 die auf 1970, bei Reg. 1970 die auf 1864, Reg. 2072 war auf 2044 zu verweisen (und umgekehrt!) — Zu Reg. 2008 sind A. Schultes ausführliche Erörterungen, Gesch. des Handels und Verkehrs I, S. 239 ff. zu vergleichen; dort findet man auch die früheren Urkunden, die K. hier nach seinen eigenen Regesten hätte nennen sollen, vgl. ausserdem Reg. 2179. - Zu dem Vermerk im Reg. 2062 "Copie im Sponheimer Copiar, Karlsruher Landesarchiv" kann ich zufälligerweise die notwendige Ergänzung geben; die Urkunde steht im Kopiar 1340 f. 32. - Zu Reg. 2179 vgl. wiederum A. Schulte a. a. O. 241 f.

Nach diesen kleinen Beanstandungen darf ich der angenehmeren Verpflichtung des Rezensenten genügen und aus dem grossen Reichtum dieser Publikation einzelnes herausheben. Die Zahl der unbekannten Urkunden ist so gross, wenigstens von der Zeit Heinrichs I. (1225-38) an und namentlich für Konrad von Hochstaden (Reg. 907-2180; etwa 160 unveröffentlichte Urkunden), dass die folgenden Hinweise auch aus dem Wichtigen nur eine etwas willkürliche Auswahl bieten können. Ich gehe einfach der Reihe der Nummern nach. Aus dem verstümmelten Original einer Urkunde Erzbischof Dietrichs I. (Reg. 64) vermag K. nachzuweisen, dass erst dieser Erzbischof (1209) und nicht schon Bruno IV. die Rente zur Abfindung des abgesetzten Erzbischofs Adolf von Berg ausgesetzt hat. — Unbekannte Urkunden von Papst Honorius III. verzeichnen Reg. 194, 197, 203 (doch vgl. 233), 205, 279,

317 (Bestätigung des ebenfalls unbekannten Vergleichs über die Schulden des Erzbischofs bei einem Römer vom April 1218, Reg. 195), 467, 537; von Gregor IX. Reg. 676, 759 (Forderung eines Römers an einen Bürger von Köln), 971 (vom 1. März 1229; hätte zwischen Reg. 677 und 678 gehört), 1221 (vom 25. Sept. 1237), 1222 (vom 10. Juni 1227). Von Innocenz IV. finde ich unbekannte Urkunden in Reg. 1219, 1220 (15. März 1245, an den deutschen Episkopat), 1247, 1266, 1403 (Beschränkung päpstlicher Provisionen für St. Cunibert in Köln), 1499, 1804. Wenn man neben diesen neuen die bereits bekannten Urkunden Innocenz IV. in Kn.s Regesten durchmustert, wird es deutlich, wie stark dieser Papst auch hier hervortritt, namentlich seitdem Konrad von Hochstaden seine berühmte Reise nach Lyon unternommen hatte (vgl. Reg. 1167 ff.). Für Alexander IV. ist zu verweisen auf Reg. 1961, 1985, 1989, 2157. — Reg. 685 enthält die interessanten Bedingungen eines Ausgleichs zwischen dem Erzbischof Heinrich I. und den Kölner Prioren vom Jahre 1229. - Unter nr. 937 veröffentlicht K. im Wortlaut (s. oben) die von ihm im fürstlichen Archiv zu Neuwied gefundene Originalaufzeichnung der Vereinbarungen, die Erzbischof Konrad im April oder Mai 1239 in Rom mit dortigen Geldleuten über die Schulden seiner Vorgänger abgeschlossen hat. Auch die Quittung der sienesischen Kaufleute vom 28. März 1239 (Reg. 935) ist bemerkenswert. - Reg. 1333 bietet einen Beitrag zur Kenntnis der päpstlichen Appellationsgerichtsbarkeit. - Reg. 1359: Das Kölner Georgstift beschliesst mit Zustimmung des Erzbischofs wegen des Priestermangels, dass stets 4 Pfründen Priesterpfründen sein sollen (Dezbr. 1247; erzbischöfl. Bestätigung vom 12. Nov. 1249, Reg. 1528). — Reg. 1371 ist für die Geschichte des Domkapitels von Interesse (vgl. auch die schon bekannte Urkunde Reg. 1828). - Die im Reg. 1376 ans Licht gezogene Ordnung der Kölner Lupusbrüderschaft vom November 1246 (Februar 1248 vom Erzbischof bestätigt) ist höchst beachtenswert; sie stellt überdies nach K. (S. 195 oben) die älteste bemalte Urkunde dar, die in den Rheinlanden erhalten ist. - Die Reg. 1530 und 1531 sind wertvoll für unsere Kenntnis der Geschichte des Archidiakonats: Der Erzbischof inkorporiert am 13. November 1249 dem Stifte Rees eine Pfarrkirche, abgesehen von der Leistung an den Archidiakon; von dem Kathedraticum ist die Kirche befreit. Als Pfarrer soll vom Dekan und Kapitel ein Reeser Kanoniker präsentiert werden. Eine zweite Ausfertigung dieser Urkunde vom gleichen Tage enthält den Zusatz: der Archidiakon muss den ihm Präsentierten weihen, wofern dieser eine geeignete Persönlichkeit ist; weigert er sich, so kann das Stift nach 8 Tagen Beschwerde beim Erzbischof erheben. Bezeichnenderweise fehlt dieser zweiten Originalausfertigung die angekündigte Mitbesiegelung des Domstifts. — Reg. 1849 gibt einen hübschen kleinen Beitrag zur Geschichte des Patronatsrechtes (vgl. auch Reg. 1270 und 1430). — Einige Urkunden über einen Rechtsstreit zwischen dem Cunibertstifte und dem Makkabäerkloster zu Köln wegen der Frage der Abhängigkeit des Klosters von dem Stifte bezeugen, dass Konrad von Hochstaden persönlich seine Diözesangerichtsbarkeit auch dem Papste gegenüber aufrecht zu erhalten gesucht hat. Am 11. Oktober 1255 forderte er die Parteien auf den 13. vor das von ihm persönlich abzuhaltende Gericht (Reg. 1864). Eine Entscheidung ist damals nicht gegeben



worden. Der Scholaster des Apostelstiftes suchte im August 1257 als vom Papste delegierter Richter den Streit zu entscheiden, aber der Erzbischof verbot ihm jede Einmischung "in preiudicium nostre jurisdictionis, quia volumus, sicut de iure tenemur, de monasteriis et ecclesiis nostre diocesis ordinare" (Reg. 1970). Der Papst hat auf diese scharfe Abfertigung seines Delegaten nicht allzu scharf geantwortet: Konrad soll den schon mehr als ein Jahr hingeschleppten Prozess binnen 3 Monaten wieder aufnehmen, andernfalls wird der Papst dem Magister Gerhard von St. Severin den Prozess übertragen (1258 März 11, Reg. 1989). Das letzte Zeugnis in der Sache ist die im Reg. 2030 verzeichnete undatierte Urkunde Konrads: er vidimiert die Bulle vom 11. März und erklärt, dass ihn das Kapitel von St. Kunibert zur Betreibung des Prozesses aufgefordert habe. - Zwei unbekannte Urkunden zur Geschichte der Beziehungen des Erzbischofs zu der Stadt Köln, die wenigstens eine kleine Bereicherung unserer Überlieferung bedeuten, finden sich Reg. 2038 und 2135. — Auch auf einige neue Beiträge zur Chronologie sei eben noch verwiesen. Reg. 86: erzbischöff. Urkunde vom 5. Januar 1211 mit Osterstil, ebenso Reg. 163 vom Jahre 1217. Die Osterrechnung ist noch nicht alleinherrschend (vgl. Reg. 230, aber immerhin jetzt durch die neuen Urkunden K.s elf Jahre früher belegt als bisher ("Köln nachgewiesenermassen von 1222 ab" Grotefend, Taschenbuch der Zeitrechnung 3. Aufl., (1910) S. 12). Ausnahmsweise ist noch eine erzbischöfl. Urkunde (für die Kölner Münzerhausgenossen) vom März 1238 (Reg. 891) nach der Weihnachtsrechnung datiert; doch ist sie vom Empfänger hergestellt. Durch Reg. 1421 ist für das Jahr 1248 das sehr seltene Datum "des vircenden daes vor s Rimeyes daye" gesichert.

Es liesse sich noch vieles anführen, was nach dieser oder jener Seite hin besonderes Interesse beanspruchen kann. Das Sachregister wird gewiss die Schätze von Knippings Regestenwerk aufs beste erschliessen. Ich wiederhole nochmals den Dank für die wertvolle erste Hälfte des dritten Bandes und die Bitte um baldige Darbietung der zweiten.



## Anzeigen und Mitteilungen.

Inventaire des Mosaïques de la Gaule, publié sous les auspices de l'académie des inscriptions et belleslettres. — II. Lugdunaise, Belgique et Germanie, par M. A. Blanchet. — Paris, Ernest Leroux, 1909.

Der vorliegende, die Mosaiken der römischen Provinzen Gallia Lugdunensis, Belgica und Germania inventarisierende Band umfasst die Nummern 702-1674 des gesamten Werkes. Von den aufgeführten Ortschaften nimmt Trier mit 55 Nummern weitaus die erste Stelle ein. Das Verzeichnis beschränkt sich auf die wesentlichsten sachlichen Angaben, die aber durch tunlichst vollständige Literaturnachweise ergänzt werden. Es sind ausser den römischen auch die mittelalterlichen Mosaiken aufgenommen, wie in Germigny-des-Prés, Reims, St. Omer, Köln (S. Gereon). Auffalleud ist es, dass der Verfasser in der Regel nur bei diesen späteren Mosaiken eine Zeitangabe beifügt, sie aber bei denen der römischen Periode auch da vermeidet, wo sie mit solcher Sicherheit gegeben werden kann, wie bei dem Mosaik des Pia-

onius in Trier (um 270). Die einzelnen Objekte sind — soweit möglich — stets bei ihrem Fundort aufgeführt, und auch die zahlreichen jetzt verschwundenen und nur durch Schriftquellen bekannten Mosaiken sind in das Verzeichnis, das als ein schätzenswertes wissenschaftliches Hilfsmittel dienen wird, übernommen.

Köln. Hugo Rahtgens.

Auf die sehr dankenswerte Zusammenstellung der von der Königlichen Bibliothek in Berlin aus der Sammlung Phillipps in Cheltenham erworbenen Handschriften von Emil Jacobs im Zentralblatt für Bibliothekswesen XXVIII, 1911, S. 23 - 39, sei auch hier hingewiesen, weil sich darunter nicht wenige Handschriften rheinischer Herkunft befinden. Vor allem das Karthäuserkloster S. Barbara in Köln ist darunter vertreten, ferner die Karthause von Coblenz, das Kloster auf dem Jakobsberg in Mainz (dabei Wolfgang Trefflers Katalog der Bibliothek), Steinfeld und St. Maximin in Trier.

Zilliken, Georg, Der Kölner Festkalender, seine Entwicklung und seine Verwendung zu Urkundendatierungen. Ein Beitrag zur Heortologie und Chronologie des Mittelalters (Dissertation). Bonn, Georgi, 1910; auch Bonner Jahrbücher, Heft 119 (1910) S. 13-157.

Eine Untersuchung über den Kölner Festkalender, die von Schulte angeregt und unter Levisons Aegide mit Fleiss und Geschick durchgeführt wird, ist eine erfreuliche Bereicherung der festgeschichtlichen Literatur und wegen ihrer praktischen Verwertbarkeit in der Chronologie auch nützlich. Der Verfasser hat sich durch seine entsagende Arbeit den Dank der rheinischen Geschichtsfreunde erworben. Die vorhandenen Kalender des Kölner Sprengels aus dem Mittelalter (es sind 32 vom 9. bis zum 15. Jahrhundert) sind analysiert und zu einer systematischen Tabelle übersichtlich vereinigt worden (S. 36-126). Voran gehen Angaben aus verschiedenen Quellen über Kölner Feste der vorkalendarischen Zeit, namentlich

über die Heiligen aus der Thebaischen Legion und Ursulas Gesellschaft. Dann folgen Querschnitte aus den einzelnen Jahrhunderten, um die Entwicklung im allgemeinen zu zeigen (S. 127-135), und Angaben über örtliche Besonderheiten (S. 139-143). Bemerkenswert ist dabei, wie auch Zilliken (S. 55 A. 2) hervorhebt, die ganz singuläre Erscheinung, dass schon im 10. Jahrhundert im Kloster Werden a. d. R. das Josefsfest begangen wurde; ferner im ältesten Kölner Domkalender aus dem 10. Jahrhundert (Kd1 bei Zilliken) die verschiedenartige Wertung der einzelnen Apostelfeste, die später, abgesehen von Peter und Paul, alle gleichen Rang haben: in Kd1 hat Peter und Paul (29. Juni) und ebenso Andreas (30. November) neben der Festfeier noch eine vollgefeierte Vigil und eine Oktav (diese besondere Würdigung des Apostels Andreas begegnet auch anderswo); Simon und Judas (28. Oktober) hat eine Vigil vor dem Fest; die übrigen haben nur eine Festfeier, darunter aber Philipp und Jakob (1. Mai), Matthäus (21. September) und Johannes (27. Dezember) einen höheren Rang (wie gleich zu zeigen sein wird), als Jakob (25. Juli), Bartholomäus (24. August) und Thomas (21. Dezember); Matthias endlich (24. Februar) wird gar nicht gefeiert (vgl. die einzelnen Tage in der Tabelle). Ebensofehltin Kd1 noch die Commemoratio Pauli (30. Juni), dann Hieronymus (30. September) und Ambrosius (7. Dezember); Markus (25. April) ist durch die gleichzeitige Litania major verdrängt (S. 129-130). Aus der späteren Zeit ist auffallend der hohe Rang, den Lambert (17. September) im Kölner Missale von 1487 einnimmt (S. 99). Nach Angabe der Tabelle (S. 118) hat der Kalender von Gross-St. Martin von etwa 1325 zum 2. Dezember das Fest Agnetis secundae, das sonst allgemein und auch im selben Kalender von Gross-St. Martin zum 28. Januar verzeichnet wird (Tabelle S. 41); sollte es nicht ein Versehen etwa für Katharinae secundo sein und eine Oktav zu Katharina (25. November) bedeuten? Oder gibt es ausser der römischen Märtyrin noch eine zweite

Agnes? Agnetis secundae zum 2. Dezember begegnet übrigens nur dies eine Mal.

Ein besonderer Abschnitt (S. 135—139) ist den Veränderungen im Rang der Feste gewidmet, der zu interessanten Resultaten führt. Namentlich ist charakteristisch die Art, wie höhere Feste auf mehrere Tage ausgedehnt wurden. Anfangs gab man ihnen eine Vigil, um sich durch strenges Fasten auf die Feier vorzubereiten; dann trat neben die Vigil eine Oktave, eine achttägige Feier, endlich verschwindet die Vigil als Mittel zur Erhöhung der Feste, sie erhalten nur eine Oktav (zahlreich seit dem 13. Jahrhundert). Mit fortschreitender Zeit also wird das Feiern ausgedehnt, das Fasten

eingeschränkt.

Wer deutet die rätselhaften Buchstaben O. M. L. E. hinter den Heiligennamen im Kölner Domkalender des 10. Jahrhunderts, die Z. am Schluss seiner Tabelle bringt? Wie er (S. 26) glaubhaft macht, beziehen sie sich auf die liturgische Feier des betreffenden Tages; auch seine Erklärung der Buchstaben (S. 26 A. 1) wird richtig sein, wenigstens bezüglich O, M und L (= Omilia, Missa, Lectio). Der Versuch reizt, sie mit den jetzt üblichen Bezeichnungen der einzelnen Rangstufen bei den Kirchenfesten zu vergleichen und dadurch vielleicht ihre Bedeutung aufzuhellen. Bindeglied dienen die Festgrade aus dem Kölner Missale von 1487, die Z. unter der Bezeichnung X2 ebenfalls seiner Tabelle beigefügt hat (die Bemerkungen Z.s auf S. 139 oben sind nicht ganz richtig). Der Domkalender des 10. Jahrhunderts (Kd1) unter-scheidet die Festgrade OMLE, MLE bezw. LE, OM bezw. OME; die Bezeichnungen O und M, die beide nur zweimal vorkommen, scheiden aus der Betrachtung aus. X2 hat die Unterscheidung in Summum (sc. festum), Duplex, IX Lectionum, Semiduplex IX Lectionum, III Lectionum, Officium (sc. simplex); Omelia scheidet, weil nur zweimal vorkommend, aus. Die IX Lect.-Feste haben Semiduplex-Ritus, die III Lect. bilden den Ritus des Officium simplex, so dass sich für X2 die vier Klassen Summum, Duplex, Semiduplex, Simplex ergeben. Von

24 OMLE-Festen des 10. Jahrhunderts haben im Missale von 1487 vier den Rang eines Festum summum, zwölf sind Duplex-Feste, fünf Semiduplex-Feste, nur drei haben Officium simplex; und nach dem jetzigen römisch-kölnischen Direktorium (Köln, Theissing, 1911) haben von den OMLE-Festen fünf den Rang eines Summum bezw. Duplex I. classis, zehn den eines Duplex II. classis, zwei sind Duplex majus, sechs Duplex und eins Semiduplex. Zieht man aus diesen Gegenüberstellungen den Durchschnitt, so ergibt sich unter Berücksichtigung jedesmal der grösseren Hälfte die Gleichung: OMLE (10. Jahrhundert) - Summum und Duplex (1487) - Summum, Duplex I. und II. classis (1911), es sind also die höchsten Feste. Die zweite Stufe bilden in Kd1 sieben MLE-Feste, die 1487 Duplex - Rang haben bis auf ein Semiduplex-Fest; nach dem jetzigen kölnischen Kalender sind es ein Duplex I. classis (es ist das später hochgekommene Allerheiligenfest), vier Duplex II. classis und zwei Duplex majus. zweite Gleichung: MLE (10. Jahrhundert) — Duplex (1487) — Duplex II. classis und Duplex majus (1911). Diesen stehen die zwei LE-Feste gleich, die 1487 Duplex - Ritus und heute Duplex II. classis-Rang haben. Auf der dritten Stufe endlich stehen 21 OM-Feste in Kd1; drei davon haben 1487 Duplex-Ritus, zwei haben Semiduplex und 16 Officium simplex, während heute (abgesehen von Maria-Verkündigung, das, später im Rang gestiegen, jetzt Duplex I. classis ist) drei nach Duplex-Ritus, sechs nach Semiduplex- und elf nach Simplex-Ritus gefeiert werden; auf der gleichen Stufe stehen die drei OME-Feste, die 1487 Officium simplex haben und jetzt teils Duplex- (eins), teils Sim-plex-Rang (zwei) bekleiden. Also lautet die dritte Gleichung: OM bezw. OME (10. Jahrhundert) = Semiduplex und namentlich Simplex (1487) = Duplex, Semiduplex und Simplex (1911). Natürlich sind diese Lösungen nicht ganz restlos, aber vielleicht ist der Schlüssel richtig; die Liturgiker und Rubrizisten mögen weiter darüber nachforschen. Bemerkenswert ist das Hinabsinken mehrerer hohen Feste in Kd1: die römischen Märtvrer Agnes, Caecilia, Agatha, Johannes und Paulus, Fabian und Sebastian, die Päpste Felix und Sylvester, dann alle Vigilien, die in Kd1 noch Festen wie Weihnachten, Peter und Paul usw. gleichstehen, sind jetzt auf Duplex- oder Simplex-Ritus herabgekommen, oder richtiger gesagt, sie haben nicht das Steigen im Rang mitgemacht, das sonst bei dem raschen Anwachsen der Zahl der Feste allenthalben zu beobachten ist, womit auch die weitgehende Differenzierung der Festgrade Hand in Hand geht. Gegenüber den drei Klassen des 10. Jahrhunderts (nach dem Brauch der Kölner Kirche wenigstens; ob es anderswo ähnlich war, kann ich mangels näherer Kenntnis nicht angeben) und den vier des 15. Jahrhunderts gibt es jetzt zwölf, nämlich Duplex I. classis, Duplex II. classis, Duplex majus, die jedesmal in drei Ordnungen zerfallen; dann Duplex, Semiduplex, Simplex; ausserdem können Vigilien und Oktaven, letzte wieder einfach oder privilegiert (d. h. jede andere Festfeier ausschliessend) hinzukommen; ein Festum duplex I. classis 1. ordinis mit Vigil und privilegierter Oktav (jetzt z. B. Epiphanie, Ostern, Pfingsten) ist Summum.

Zu den Verordnungen über die Festa fori aus dem 9. und 10. Jahrhundert, die Z. (S. 136 f.) anführt, sind noch zwei jungst von Staerk publizierte Verzeichnisse dieser Feste aus dem 10. Jahrhundert, Corbieer Provenienz, zu vergleichen, an denen man die von Z. gezeichnete Entwicklung verfolgen kann (Mitteilungen aus den lateinischen Handschriften zu St. Petersburg, in Studien und Mitteilungen aus dem Benediktiner- und Zisterzienserorden, XXXI (1910) S. 491 f.). Nach dem älteren Verzeichnis sollen durch Arbeitsruhe gefeiert werden Ostern mit den drei folgenden Tagen, dann die drei Bittage vor Himmelfahrt (die also an Stelle der römischen Litania major am Markustag getreten sind), Himmelfahrt, Johannes der Täufer (24. Juni), Peter und Paul (29. Juni), Mariae Himmelfahrt (15. August), Andreas (30. November), Weihnachten mit Stephan und Johannes Ev. (25. - 27. Dezember), Beschneidung des Herrn (1. Januar), Epiphanie (6. Januar) und Lichtmess (2. Februar); in dem jüngeren Verzeichnis sind die drei Bittage als bürgerliche Feiertage weggefallen, neu hinzugekommen sind aber der vierte Weihnachtstag (Innocentes) und Mariae Geburt (8. September).

Um einzelnes zu berichtigen! S. 135 Z. 2 v. u.: Martin hatte im 10. Jahrhundert noch keine Oktav, die betreffende Angabe in E3 ist spätere Eintragung; zum ersten Mal erscheint die Oktav im 11. Jahrhundert in Kx.

S. 136 Z. 8 v. o.: Auch Andreas hatte von Anfang an Vigil und Oktav, vgl. die Angaben in Kd1 zum 29. November und 7. Dezember in der Tabelle.

S. 136 Z. 10 v. o.: Philipp und Jakob hat wie die anderen Apostelfeste nach Kd6 im 14. Jahrhundert eine Vigil (Tabelle S. 67 zum 30. April); dass sie in den meisten Kalendern fehlt, hat seinen Grund in der gleichzeitigen Quirinsfeier, die nach Ausweis der Tabelle (S. 64) in allen Kirchen begangen wurde.

S. 137 Z. 8 v. o.: Auch Laurenz wurde im 10. Jahrhundert in Werden nach W1 (Tabelle S. 88) als Festum fori gefeiert.

S. 137 Z. 10 v. o.: Benedikt ist in Werden doch wohl als Lokalheiliger zu betrachten und daraus seine dortige bürgerliche Festfeier zu erklären.

S. 31 Z. 4 v. u. ist Stadtarchiv Münster sicher verdruckt für Staatsarchiv; m. W. sind die Kindlingerschen Sammlungen alle ins Staatsarchiv gekommen, das Stadtarchiv besitzt nur Urkunden und Akten aus den letzten vier Jahrhunderten.

S. 33 Z. 10 v. o. und S. 142 Z. 14 v. o.: In Steinfeld waren Praemonstratenser, nicht Augustiner schlechthin.

S. 146 Z. 4 v. u.: Das Kloster heisst Flaesheim.

Soweit der heortologische und weitaus wichtigste Abschnitt der Z.schen
Untersuchung über die Entwicklung
des Kölner Festkalenders. Ein zweiter wesentlich kleinerer (S. 143—157)
behandelt die Verwendung des Kölner
Festkalenders zu Urkundendatierungen, mehr den Chronologen interessierend. Hier erweist Z. gegen Sachse,
dass die frühesten sicheren Datierungen nach kirchlichen Festen erst
Mitte des 12. Jahrhunderts auftreten,

und zeichnet im Uebrigen die allgemeine Entwicklung, wonach die volkstümliche Datierung nach Heiligenfesten anstatt der altrömischen Tagesbezeichnung im 13. Jahrhundert mit dem Aufkommen der deutschen Urkundensprache an Stelle der lateinischen Hand in Hand geht, bis sie selbst wieder mit Beginn der Neuzeit (vielleicht auch, was Z. nicht sagt, unter dem Einfluss der Reformation, die ja die Heiligenfeste nicht mehr anerkannte) der heutigen bequemen Tageszählung weichen musste. Auch in diesem Abschnitt bringt Z. wieder eine übersichtliche Tabelle aller im 13. Jahrhundert vorkommenden Festdatierungen mit Angabe ihrer zeitlichen Geltung.

Wie man sieht, ist in der Arbeit viel Interessantes enthalten.

Bonn. H. Nottarp.

Joseph Thisquen, Histoire de la ville de Limbourg I (1907) 367 S., II (1908) 325 S. Extrait du Bulletin de la Société Verviétoise d'Archéologie et d'Histoire IX f., Verviers, Verlag von P. Féguenne.

Die vorliegende, schon vor einigen Jahren erschienene umfängliche Stadtgeschichte verdient auch bei den rheinischen Geschichtsforschern und Geschichtsfreunden lebhafte Beachtung. Das Werk behandelt zwar eine auch heute nur wenige tausend Einwohner umfassende Stadt. Aber dieses Limburg liegt hart an der rheinischen Grenze in der belgischen Provinz Lüttich, nur einige Wegstunden von der preussischen Kreisstadt Eupen entfernt. Und Limburg hat eine grosse und viel bewegte Vergangenbeit, deren Erzählung natürlich auch die rheinischen Nachbargebiete fortgesetzt berücksichtigen muss. In alten Zeiten ein strategischer Platz ersten Ranges, spielt die die Umgegend beherrschende Festung Limburg in der Kriegsgeschichte eine hervorragende Rolle, was freilich für die unglückliche Stadt zahllose Leiden zur Folge gehabt hat.

Limburg war die Hauptstadt des alten seit 1288 mit Brabant vereinigten Herzogtums Limburg, zu dem von Preussen noch der Kreis Eupen, das 'Limburger Land' südlich von Aachen, zu rechnen ist. Wegen seiner beherrschenden und zentralen Lage ist Limburg zur Hauptstadt wie geschaffen. Es liegt auf der Grenze der deutschen und wallonischen Gemeinden innerhalb des Herzogtums, ist zeitweilig Sitz der Ständeversammlung und des Lehnhofs des Herzogtums und ständig Sitz der Haute Cour, des Hohen Gerichtshofes.

Bei der Schilderung der Stadtgeschichte, die besonders im dritten Kapitel des ersten Bandes gegeben wird, ist es unvermeidlich, die Geschichte des Herzogtums in grossem Umfange mit hineinzuziehen. Man kann deshalb zweifeln, ob es praktisch und ökonomisch war, die Geschichte der Hauptstadt aus der Geschichte des doch nicht allzu umfassenden Herzogtums auszusondern. Vor allem deshalb erhebt sich dies Bedenken, weil das reiche, für die Geschichte von Stadt und Herzogtum vorhandene Aktenmaterial ohnehin für die Stadtgeschichte ganz durchmustert werden muss, also am besten einheitlich verarbeitet wird.

Davon abgesehen, liegt der besondere und bleibende Wert dieser Darstellung in ihrer breiten, zum grössten Teile neuen archivalischen Grund-In allen Kapiteln der Arbeit wird aus diesen meist im Brüsseler und Lütticher Archiv befindlichen Quellen eine Fülle des Interessanten vor dem Leserausgebreitet. Noch mehr Nutzen hätte das bisher meist unbekannte Material freilich stiften können, wenn es etwas weniger summarisch zitiert worden wäre. Grosse Registerbände, die foliiert oder paginiert sind, können verlangen, dass man nicht nur ihre Nummern nennt. Im übrigen hat der Verfasser jedoch an die Ausbeutung der reichen in Brüssel und Lüttich vorhandenen archivalischen Schätze so viel Zeit und Kraft verwandt, dass man ihm die weniger genaue Berücksichtigung der rheinischen Nachbararchive gerne nachsehen wird. Ich erwähne besonders das teils in Aachen, teils im Düsseldorfer Staatsarchiv befindliche alte Archiv des Aachener Münsters mit seinen zahlreichen Beziehungen zu Stadt und Herzogtum Limburg. Auch die Stadtarchive Aachen und Eupen können noch wei-

teren Aufschluss geben. Da die Literatur über die Geschichte der Stadt und des Herzogtums ungewöhnlich stark verzettelt ist, so ist es verständlich, dass sie nicht restlos verwertet wird. Besonders der Abschnitt über die Reformation in Limburg verweist den Leser nur auf einen Teil der Literatur. Die zweite Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts bedürfte überhaupt noch eines sorgfältigeren Gerade in dieser Zeit Studiums. kann sich jedoch der Historiker am allerwenigsten auf die Stadt beschränken.

Der Aufbau des Ganzen verwertet nur zu Beginn einheitliche chronologische Gesichtspunkte. Schon vom vierten Kapitel ab findet man mehr eine historische Beschreibung als eine entwickelnde Darstellung. Einzelne Seiten aus dem Leben der Vergangenheit, die militarische, kirchliche, rechtliche, wirtschaftliche (mit Einschluss der Topographie) werden herausgegriffen. Bei den überaus wechselvollen Schicksalen, die die Stadt Limburg im Laufe der Jahrhunderte erlebt hat, wäre es aber doch wohl richtiger gewesen, wenn man grössere chronologische Perioden angesetzt hatte. Während die beschreibenden Kapitel verhältnismässig eingehend sind und besonders über die verwickelte historische Topographie reiche Aufklärung bringen, hätte man in dem allgemeinen Kapitel manches ausführlicher gewünscht, besonders auch die Behandlung der Zeit von 1794-1830. Dagegen sind die Mitteilungen über die sprachlichen Verhältnisse, weil sie genauer auf Einzelheiten eingehen, besonders belehrend. Als äusserster Vorposten des germanischen gegenüber dem wallonischen Sprachgebiet wird die Stadt Limburg immer ein lebhaftes Interesse erwecken.

Thisquens Werk ist endlich noch mit vielen schätzenswerten Beilagen versehen. Die Tafeln sind bis auf den Ausschnitt aus der belgischen Generalstabskarte (Limburg und Umgegend) am Anfange des ersten Bandes wohl gelungen. Am wertvollsten sind die Reproduktionen von Zeichnungen der Limburger Festung aus dem Jahre 1518 (Taf. 4 f. des ersten Bandes:

Grundriss und Aufriss). Der Prospekt Limburgs aus der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts (Taf. 2) stammt aus Brauns bekanntem Städtebuche (1576) und wird auch in der häufig benutzten Beschreibung der Niederlande von L. Guicciardini wiedergegeben. Leider sind die Tafeln nicht in ein besonderes Verzeichnis aufgenommen worden. Die Beamtenlisten im zweiten Bande verdienen als erster Versuch volle Anerkennung, wenn auch Ergänzungen und Korrekturen noch möglich sind.

Als Jurist (jetzt procureur du Roi in Charleroi) hat der Verfasser dem in der Stadt geltenden Rechte und der Gerichtsverfassung, sowie dem Verfahren besondere Beachtung geschenkt und davon im sechsten Kapitel des ersten Bandes eine anschauliche Darstellung gegeben, die um so willkommener ist, als die Ausgabe der Limburger Coutumes (1889) höheren wissenschaftlichen Anforderungen nicht genügt. Es braucht kaum gesagt zu werden, dass auch dieser Abschnitt für das Studium der Verhältnisse in den rheinischen Nachbargebieten grosse Bedeutung hat.

Hashagen.

Otto Herkert, Das landesherrliche Beamtentum der Markgrafschaft Baden im Mittelalter, Dissertation. Freiburg i. Br. 1910. C. A. Wagner, 120 S. Sonderabdruck aus der Ztschr. der Ges. f. Beförd, der Geschichtskunde von Freiburg. Bd. 26.

Eine Untersuchung zur Verwaltungsgeschichte eines süddeutschen Territoriums im Mittelalter wird freudig begrüsst werden, denn die historische Forschung hat hier im Vergleich zu nord- und mitteldeutschen Territorien zweifelsohne manches nachzuholen. Die Regesten der Markgrafen von Baden und Hachberg boten Herkert für einen guten Teil seiner Arbeit eine treffliche Grundlage, und was sonst noch an Material zur Verfügung stand, ist mit Sorgfalt herangezogen und verwertet worden. Es ist nicht Herkerts Schuld sondern vielmehr in den Quellen begründet, wenn seine Arbeit mehr eine Geschichte des landesherrlichen Beamtentums am Ausgang

des Mittelalters als im Mittelalter

geworden ist.

Denn die Markgrafschaft Baden hat sich verhältnismässig spät als Territorium wirklich consolidiert. Die Anläufe unter Rudolf I. (1243–1288) kamen unter seinen schwächeren Nachfolgern bald ins Stocken. Erst Markgraf Bernhard I. (1372–1431) wurde der eigentliche Schöpfer des badischen Territorialstaates, wie schon Festers schöner Essai 1896 dargetan hat. Die Regierung seines Urenkels des Markgrafen Christoph I. (1475 b. 1515) bedeutet eine dritte Etappe.

Die allgemeinen Grundzüge der territorialen Verwaltungsorganisation im Mittelalter sind bekannt. Im Einzelnen zeigen sich überall Verschiedenheiten. Die Persönlichkeiten der Territorialherren wie die Grösse und Zusammensetzung ihrer Territorien bedingen eine örtlich und zeitlich differierende Entwicklung. Die kleine Markgrafschaft Baden hat es nicht leicht gehabt zum festgefügten Territorialstaate zu werden. Das 13. Jahrhundert brachte den deutschen Territorien eine Neuorganisation der lokalen Verwaltung in Gestalt der Ämterverfassung. Rudolf I. begann sie auch in Baden durchzuführen. Aber in ausgedehntem Masse und mit dauerndem Erfolge ist das erst Bernhard I. gelungen. Über die alte Schultheissenverfassung aus vorterritorialer Zeit wurde die neue Amterverfassung geschichtet. Von der zweiten grossen Verwaltungsreform in deutschen Territorien, von der Umgestaltung der Zentralverwaltung hören wir bei Herkert wenig. Sie gehört zeitlich kaum mehr in seine Darstellung.

Competenzkonflikte zwischen den alten vorterritorialen Organisationen und dem neuen landesherrlichen Beamtentume blieben keinem Territorium erspart. Ihr Ausgang hing vor allem von der Energie oder Energielosigkeit des jeweiligen Landesherren ab. Seine Persönlichkeit verkörperte vornehmlich die Einheit der neu zusammengeschweissten Besitzungen. Im wesentlichen nur ihm und nicht einem abstrakten Staate fühlten sich auch die markgräflichen Beamten ver-Von all diesen Kämpfen pflichtet. und Schwierigkeiten lässt Herkerts allzu nüchtere Arbeit wenig abnen. Man braucht nur Festers Essai über Bernhard I. nachzuschlagen um zu erkennen, dass sich Herkerts Bemerkung über die Durchdringung und Zersetzung der älteren Gewalten wie über das Wesen des badischen Territorialstaats überhaupt noch mannigfach ergänzen liessen.

Freiburg i. Br. Joh. Lahusen.

Fritz Hartung, Berthold von Henneberg, Kurfürst von Mainz (1484—1504): Historische Zeitschrift 103 (1909) S. 527—551.

Wenn Hartungs Studie die territorialfürstliche Wirksamkeit Bertholds auch ausser Betracht lässt, so bietet sie doch eine so lichtvolle Schilderung des Charakters und der Reichspolitik des berühmten rheinischen Führers der ständischen Reichsreform unter Maximilian I., dass sie auch an dieser Stelle eine kurze Empfehlung verdient. Mit Recht wird das Retrospektive in der Politik des Mainzers deutlich hervorgehoben. In vielen wichtigen Punkten beruht ja die ganze Reichsreform auf älteren Plänen. Das spezifisch Ständische in ihr und in dem politischen Gebahren ihres charaktervollen Führers hätte vielleicht noch eine genauere Beschreibung verdient. Die Charakteristik der Reichsreform und der Mainzer Politik könnte noch gewinnen, wenn man sie in den grösseren Zusammenhang einer Geschichte des ständischen Staates überhaupt einordnete. Hartung erörtert - nicht ganzohne Uebertreibung - die Gründe, warum 'Reichspatriotismus' und Reformpolitik gerade am Rheine und besonders bei den geistlichen Fürsten eine so gute Stätte gefunden haben. Man darf vermutungsweise hinzufügen, dass der um das Jahr 1500 schon in allen wesentlichen Punkten fest gegründete lokale rheinische Ständestaat im allgemeinen mit seinem lebendigen Vorbilde auf die spezifisch ständische Ausgestaltung der Reichsreform nicht ohne Einfluss geblieben ist. Endlich wird noch genauer zu untersuchen sein, ob der Verfasser mit seiner ungünstigen Beurteilung nicht des Charakters aber der Politik Bertholds gegenüber der älteren Literatur im Rechte ist. Hashagen.

J. Meyhoffer, Le martyrologe protestant des Pays-Bas 1523— 1597. Etude Critique. Publication de la Société d'Histoire du Protestantisme belge. La Haye, Martinus Nijhoff, 1907. XVI, 204 S.

Diese kritische Studie behandelt eine wichtige, schon oft untersuchte Streitfrage aus der Geschichte der Gegenreformation in den Niederlanden, nämlich die Frage nach der Zahl der während der Religionsunruhen hingerichteten Ketzer. Gegenüber älteren Uebertreibungen ist man neuerdings geneigt, diese Zahl ganz ausserordentlich zu unterschätzen. Die Schuld trägt vor allem F. Van der Haeghen mit seinem Aufsatze 'du nombre des protestants exécutés dans les Pays-Bas, en vertu des placards sur l'hérésie' in den Bulletins de l'Academie Royale ... III 18 (1889) S. 556 ff. Er schätzt die Zahl der Hinrichtungen nur auf etwa 2000, vor allem auf grund der protestantischen Märtyrerbücher, die er im allgemeinen für zuverlässig und besonders für vollständig hält. Meyhoffer zeigt nun schlagend das Irrige dieser Vorstellung. Mit Hilfe eingehender archivalischer Forschungen in Brüssel, Mons und Tournay, die noch leicht erweitert werden könnten, führt der Verfasser den bemerkenswerten Nachweis, dass die Märtyrerbücher mit der von ihnen angeführten Zahl der Hinrichtungen hinter den durch die offiziellen Hinrichtungsakten belegten Zahlen (es werden besonders die Protokolle der städtischen Gerichtsbeamten, der écoutètes, baillis, mayeurs etc. benutzt), in der auffallendsten Weise zurückbleiben. Es kommt vor, dass in den Märtyrerbüchern nur 4% der aktenmässig beglaubigten Hinrichtungen aufgeführt werden. Meyhoffer ist auf grund seiner freilich noch ergänzungsbedürftigen archivalischen Studien geneigt, die unkritische Zahl v. d. Haeghens zu verzehnfachen. Die umsichtige Untersuchung des Verfassers hat besonderen methodischen Wert und zeigt einmal wieder mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, was man so oft übersieht: dass das argumentum e silentio bei Beurteilung solcher Fragen wie der erwähnten nichts beweisen Wenn ein protestantisches

Märtyrerbuch, hat man gesagt, das sich doch verpflichtet fühlt, die Zahl der Hinrichtungen aus erbaulichen Gründen möglichst zu komplettieren, für eine Stadt nur etwa zwanzig Hinrichtungen kennt, dann werden auch wohl nur diese stattgefunden haben wenn es nicht in Wirklichkeit viel weniger gewesen sind. Eine solche Argumentation wird durch die archivalischen Ergebnisse des Verfassers in ihrer ganzen Voreiligkeit und Oberflächlichkeit aufgedeckt. Also Vorsicht bei Erforschung und Beurteilung paralleler Erscheinungen in der Geschichte der rheinischen Gegenreformation: diese Mahnung wird man der lehrreichen Studie Meyhoffers entnehmen dürfen. Hashagen.

J. Finken, Die Reichsstadt Aachen auf dem westfälischen Friedenskongress. Ein Beitrag zur Aachener Religionsgeschichte. — Bonner Diss. 1910, auch abgedruckt im 32. Bande der Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins. XV, 77 S.

Auf dem Titel dieser weitschweifigen und etwas formlosen Arbeit (ein Inhaltsverzeichnis fehlt überdies) steht wohl nur versehentlich das Wort 'Religionsgeschichte'. Denn über die konfessionellen Verhältnisse in Aachen selbst wird, abgesehen von einer kurzen Einleitung über die Entwicklung seit 1611/1614, nur wenig mitgeteilt. Das Interesse des Verfassers ist vielmehr, wie ja auch der Obertitel sagt, fast ausschliesslich auf die Westfälischen Verhandlungen über das Schicksal der Aachener Protestanten gerichtet, bei denen die Versuche der Aachener Reformierten und ihres Agenten, des Predigers G. U. Wenning, die Kultusfreiheit zu erlangen, bekanntlich ebenso scheiterten wie auf dem Nürnberger Exekutionsreichstage, und zwar offenbar vor allem wegen der Abneigung der politisch mächtigen lutherischen Staaten gegen die Aachener Calvinisten. Finken schildert diesen für den dauernden Sieg der Aachener Katholiken so wertvollen Verlauf der Verhandlungen sehr ausführlich, wobei das gedruckte durch Aktenmaterial verschiedener Archive in dankenswerter Weise ergänzt wird. Auffallend

Westd. Zeitschr. f. Gesch. u. Kunst. XXX, 1.

ist die Ueberschätzung des Wertes der kleinen Fey'schen Arbeiten zur Aachener Reformations-Geschichte. Verwandte Fragen behandelt S. Keller in der Festgabe für Paul Krüger (1911) S. 475-510: Die staatsrechtliche Anerkennung der reformierten Kirche auf dem westfälischen Friedenskongress'. Hashagen.

G. Goossens, étude sur les Etats de Limbourg et des pays d'Outremeuse pendant le premier tiers du 18e siècle... Recueil de travaux publiés par les membres des conférences d'histoire [Löwen] . . . 26 (1910). XIII, 78, 177\* Seiten. Mit einer Karte.

Seit einiger Zeit finden die ständischen Verfassungen des alten Rheinlands bei den Historikern mit Recht eine grössere Beachtung. Eine Reihe belehrender Arbeiten über Kurtrier und Kurköln, vor allem aber über Jülich-Berg und Cleve-Mark sind in den letzten Jahren erschienen und haben das Urteil über Geist und Bedeutung dieser ständischen Verfassungen in wesentlichen Punkten geklärt. Goossens' Arbeit bezieht sich territorial auf verschiedene Gebiete, die heute zur Rheinprovinz gehören. Von den alten Pays d'Outremeuse, den Landen van Overmaas (Herzogtum Limburg, Grafschaft Daelhem, Valkenburg und Herzogenrath) umfasst Herzogenrath bei Herzogenrath selbst und bei Linnich an der Roer heute preussisches Gebiet. Zum alten Herzogtum Limburg aber hat der heutige preussische Kreis Eupen gehört (vor allem die alten Bänke Walhorn mit Stücken von Baelen und Montzen). Aber auch abgesehen von dieser direkten örtlichen Beziehung ist Goossens' Arbeit von der rheinischen Verfassungsgeschichte willkommen zu heissen, weil sie bei einer allgemeineren Charakteristik der ständischen Verfassung in den Rheinlanden wertvolles Vergleichsmaterial an die Hand gibt. Freilich schildert der Verfasser nur die voll entwickelte ständische Verfassung zu Beginn des achtzehnten Jahrhunderts. Es ist aber natürlich, dass dabei auch ältere Verhältnisse berücksichtigt werden. Ausserdem hat er eine umfängliche 1726-1728

verfasste lateinsche Denkschrift über die Stände von Overmaas aus der Feder des Herzogenrather Abtes Nikolaus Heyendael (1658-1733) beigegeben, die ebenfalls öfters in die Vergangenheit zurückgreift und als verfassungsgeschichtlicher und verfassungsrechtlicher Beirat für Heyendaels Nachfolger, die an den Ständeversammlungen teilnehmen werden, gedacht ist. Das darstellende Kapitel über Zusammensetzung und Befugnisse der Stände vermittelt vor allem einen lebendigen Eindruck von dem grossen Umfange der ständischen Rechte. Was die Zusammensetzung betrifft, so sind nicht nur Adel und Klerus vertreten, sondern auch der Dritte Stand', d. h. Abgeordnete der Schöffenkollegien auf den Dörfern, im Herzogtum Limburg drei für das wallonische und sechs für das deutschsprachige, heute grösstenteils preussische Gebiet. Unter den Beilagen sind besonders die Namenlisten der ständischen Kurien und Beamten nebst verwaltungsgeschichtlichen Materialien hervorzuheben, sowie eine sehr übersichtliche, im Massstab 1:160000 entworfene Karte der Lande von Overmaas, die die verwickelten Territorialverhältnisse am Anfang des achtzehnten Jahrhunderts wiedergibt und von Lüttich bis Linnich reicht. Hashagen.

P. Biermanns, Die Politik des Kurfürsten von Köln Maximilian Franz gegenüber der französischen Revolution in den Jahren 1789-1792. Münsterer Dissertation. VIII, 66 S. Hildesheim, Lax, 1910.

Leider entbehren wir immer noch eine Biographie des letzten habsburgischen Kurfürsten von Köln. Ohne genauere Berücksichtigung des Wiener und Pariser Archivs wird sie nicht geschrieben werden können. Auch die vorliegende Arbeitverwertet ausser westdeutschen schon Wiener Akten mit Erfolg. In mancher Beziehung bringt sie eine Erweiterung unserer Kenntnis. Freilich wird uns aus der Geschichte der Politik des Max Franz nur ein recht kleiner Ausschnitt geboten. Es ist nicht verständlich, warum die Darstellung nicht bis zum

definitiven Beginn der französischen Herrschaft im Herbst 1794 weitergeführt wird. Auch verzichtet der Verfasser meistens darauf, seiner Studie einen breiteren Rahmen zu geben und sie vor allem auch in die Anschauungen einzuordnen, die man sich schon nach der bisherigen Literatur über Max Franz bilden konnte. Aber in ihrer Beschränkung verdient die Leistung anerkannt zu werden. Für die Geschichte des Niederrheins haben nur die beiden letzten Kapitel Interesse, die das Verhalten des Kurfürsten zur Emigrantenfrage und zur Gegenrevolution einerseits und andrerseits zur revolutionären Propaganda beleuchten. Doch umfassen diese beiden Kapitel, die vielfach auf die Akten zurückgehen, nur das letzte Drittel der Arbeit. Am meisten Mühe hat der Verfasser darauf verwandt, über die antifranzösische Reichspolitik des Kurfürsten und über seine Stellung zu den Vorstössen der Franzosen in Elsass-Lothringen mehr Klarheit zu schaffen. Manches bedarf dabei noch näherer Untersuchung, besonders das Verhältnis des Kurfürsten zu seiner Schwester, der Königin Marie Antoinette. Auch wird eine spätere grössere Arbeit über Max Franz die Person des Kurfürsten nicht in dem Masse von seinem Kurstaate loslösen dürfen, wie Biermanns das tut. Man wird nicht umhin können, in einer Biographie des Max Franz auch der äusserpolitischen Rolle des Kölner Erzstifts schon seit dem siebenjährigen Kriege grössere Aufmerksamkeit zu schenken. Hashagen.

H. Parisot, de l'organisation de l'administration départementale et communale par le premier préfet du département de la Meurthe Jean-Joseph Marquis (1800-1808): Annales de l'Est et du Nord 4 (1908) S. 399-412; 578-591.

Diese kurze, aber sehr gehaltvolle Arbeit des verdienten lothringischen Geschichtsforschers steht auch zur Rheinprevinz in Beziehung. Beim Meurthedepartement handelt es sich um ein rheinisches Grenzgebiet. Der hier in seiner glücklichen Wirksamkeit geschilderte Präfekt Marquis war

unter dem Direktorium als Nachfolger Rüdlers eine Zeitlang mit Erfolg als Generalgouvernementskommissar in Mainz tätig. Marquis ist in mancher Beziehung mit den tüchtigsten rheinischen Präfekten der napoleonischen Zeit zu vergleichen. Durch Arbeitskraft, praktischen Sinn und Verständnis für die besonderen Bedürfnisse seines Departements ist auch er ausgezeichnet. Parisots Aufsatz beruht auf sorgfältigem Studium der einschlägigen Akten und umfassender Verwertung der Literatur. Er beginnt mit einer eingehenden Charakteristik des Personals der höheren und niederen Verwaltung und könnte schon hiermit für künftige rheinische Paralleluntersuchungen vorbildlich sein; denn über das Personal der französischen Verwaltung ist man am Rheine bisher nur oberflächlich unterrichtet. Für das Menrthedepartement ist vor allem die Anstellung von 'Modérés' bezeichnend. Man bevorzugt Männer im reiferen Alter und gesicherter gesellschaftlicher Stellung, die zugleich schon über Verwaltungserfahrung verfügen. In dem sachlichen Teile der Arbeit werden die verschiedenen Verwaltungszweige berücksichtigt. Die Kultuspolizei wird im ganzen massvoll ausgeübt. Auch Meurthedepartement erhalten Protestanten und Juden zum ersten male durch Napoleon volle Kultusfreiheit und politische Gleichberechtigung. Dagegen ist auf dem Gebiete des Unterrichtswesens bier ähnlich wie am Rhein ein gewisser Niedergang zu beobachten. In wirtschaftlicher Hinsicht erwirbt sich der Präfekt Verdienste um den Strassen- und Wegebau und wendet sein besonderes persönliches Interesse der Hebung der Landwirtschaft zu. Handel und Industrie spielen dagegen hier nur eine untergeordnete Rolle. Parisots Darstellung ist zwar nur summarisch, gibt aber ein gutes Beispiel für eine Verwaltungsgeschichte eines napoleonischen Departements. Am Rheine hat sich das historische Interesse für die französische Zeit bis jetzt immer mehr auf einzelne Städte gerichtet. Angesichts der napoleonischen Zentralisation ist jedoch diese Beschränkung unberechtigt. Als wissenschaftlich fruchtbareres Ziel wird stets die Abfassung von Departementsgeschichten betrachtet werden müssen.

Hashagen.

F.J. Ortmann, Geschichte der Stadt Neuss während der französischen Herrschaft. Wissenschaftliche Beilage zum Jahresbericht der Städtischen Oberrealschule i. E. zu Neuss. 1910. VIII, 82 S

Dieser Ausschnitt aus der Neusser Geschichte gibt eine ansprechende Schilderung der Zustände in der französischen Zeit. Neues zur allgemeinen Charakteristik der französischen Herrschaft am Rhein wird allerdings kaum geboten. Aber es ist immer nützlich, die allgemeinen Anschauungen auf engerem Raume nachzuprüfen und in den Einzelheiten genauer zu beleuchten. Das hat der Verfasser sorgfältig und sachkundig getan, wobei die Akten des Stadt-archivs und besonders des Düssel-dorfer Staatsarchivs sehr viel zur Belebung des Bildes beigetragen Das Urteil Ortmanns ist haben. besonnen und massvoll. Wohl werden mit Recht die mannigfachen Schäden der republikanischen Periode, die sich auch in Neuss zur Genüge bemerkbar machen, unverhüllt dargestellt. Aber ebenso unumwunden wird zugegeben, dass die Geburtsstunde des modernen Neuss', d. h. einer an Industrie und Handel stark interessierten Stadt in der napoleonischen Zeit zu suchen ist. Wie man überall auf dem linken Rheinufer beobachtet, so zeigt auch die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Neuss im Gegensatze zu den bekannten Notständen im Bergischen Lande schon am Anfange des 19. Jahrhunderts einen zukunftsfrohen Aufschwung.

Hashagen.

H. Grauert, Görres in Strassburg im Elsass. Dritte Vereinsschrift der Görresgesellschaft für 1910, S. 5-57. Köln, Bachem, 1910.

Der ehemalige rheinische Republikaner und Kirchenfeind Johann Joseph Görres hat sich in späteren Jahren seines bewegten Lebens wenn auch nie in einen Verteidiger des staatlichen, so doch des kirchlichen Absolutismus verwandelt. Diese grundlegende Wandlung, die vom Standpunkte seiner religiösen und kirchenpolitischen Jugendideale durchaus als Retraktation zu bezeichnen ist, psychologisch und zeitgeschichtlich zu erklären, wird eine der vornehmsten Aufgaben einer künftigen wissenschaftlichen Görresbiographie sein, auf die man aber wohl noch lange wird warten müssen. Eine für diese entscheidende Wandlung besonders wichtige Periode in Görres' Entwicklung ist die Strassburger Zeit (1819 bis 1827), die von Grauert im wesentlichen mit Beschränkung auf das gedruckte Material (doch vermisst man die Verwertung der bekannten Rühl'schen Publikation) geschildert wird. Es ist interessant, zu beobachten, dass Görres auch noch in Strassburg, etwa bis zum Jahre 1822, zu voller Klarheit kirchlich katholischer Ueberzeugung' nicht gelangt ist, dass sich in seiner religiösen Entwicklung noch immer 'verwundbare, der Kritik ausgesetzte Punkte' zeigen. Erst Beziehungen zum Katholik' seit 1824 scheinen äusserlich die endgiltige Entscheidung herbeigeführt zu haben. Auf Görres' mittelrheinische Vorgeschichte, die doch den Strassburger Zwiespalt in etwa erklärt, geht Grauert fast gar nicht ein. Jedoch erwähnt er die noch in Koblenz entstandene Schrift über den Fall der Religion und ihre Wiedergeburt, um zu zeigen, dass sie mit Görres' älteren Strassburger Anschauungen in religiös-kirchlicher Beziehung noch Berührungspunkte aufweist. Der Verfasser folgt in der Beurteilung dieser Schrift der einleitenden Charakteristik von Marie Görres; allein diese pietätvollen Worte der Tochter lassen die 1810 bei ihrem immer noch vorhandenen kirchenfeindlichen Elemente nicht klar genug hervortreten. Ich verweise besonders auf die scharfe Kritik, die Görres noch damals am Priesterstande im allgemeinen geübt hat (Politische Schriften I, 1854, S. 160 ff.). Görres' in Koblenz mit Katharina von Lassaulx geschlossene Ehe ist im Jahre 1801 bekanntlich nicht kirchlich eingesegnet worden. Man meinte später, dass die kirchliche Trauung erst in Strassburg erfolgt sei. Es besteht jedoch die Möglichkeit, dass die Trauung schon früher, vielleicht sogar noch in Koblenz während der französischen Zeit stattgefunden hat. Jedoch ist es Grauert nicht gelungen, das bestimmte Datum beizubringen, trotz Anfragen bei der Familie Görres und bei Archiven in Strassburg und Koblenz. Vielleicht könnte hier die Familie von Lassaulx weiter helfen. Hashagen.

#### Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde.

(30. Jahresversammlung in Köln am 15. März 1911.)

#### A. Veröffentlichungen.

Seit der letzten Hauptversammlung gelangten die nachstehenden Veröffentlichungen zur Ausgabe:

1. Urkunden und Regesten zur Geschichte der Rheinlande aus dem Vatikanischen Archiv, gesammelt und bearbeitet von Heinr. Volb. Sauerland. Fünfter Band: 1362-1378. Bonn 1910. (Publikation XXIII.)

2. Topographie der Stadt Köln im Mittelalter, von Herm. Keussen. 2 Bände mit Karten und Beigaben. Bonn 1910. (Zweite Preisschrift der Mevissen-Stiftung.)

3. Jülich-Bergische Kirchenpolitik am Ausgange des Mittelalters und in der Reformationszeit, von Otto R. Redlich, Zweiter Band: Visitationsprotokolle und Berichte. Erster Teil: Jülich 1533 – 1589, mit urkundlichen Beilagen von 1424 – 1559. Bonn 1911. (Publikation XXVIII.)

## B. Vorbereitete Veröffentlichungen.

1. Rheinische Weistümer. Wie der Leiter der Ausgabe, Herr Geheimrat Prof. Dr. Stutz in Bonn berichtet, wurde die Sammlung des Materials für den I. Band der Kurkölnischen Weistümer (Amt Hülchrath) ununterbrochen fortgesetzt. Herr Assessor Mayer hofft vom Herbste dieses Jahres an sich der bereits in Angriff genommenen Bearbeitung ganz widmen und dann den Band binnen kurzem in den Druck geben zu können.

Herr Archivar a. D. Dr. Forst in Zürich hat im abgelaufenen Jahre für die Ausgabe der Prümer Weistümer die Reichskammerprozessakten der Abtei Prüm im Staatsarchiv zu Wetzlar vergeblich nach Weistümern durchgesehen. Dagegen fand sich das bisher vermisste Weistum von Auw-Manderfeld in einem Gerichtsbuche, das vom Landgericht in Trier an das Koblenzer Staatsarschiv abgegeben worden war. Die Weistümer von Büdesheim und Hermespand sind noch nicht wieder aufgefunden worden.

2. Rheinische Urbare. Herr Prof. Dr. Kötzschke in Leipzig beabsichtigt den Druck des II. Bandes der Werdener Urbare demnächst wieder aufzunehmen. Die noch ausstehenden Teile der Einleitung sind von ihm im Berichtsjahre gefördert worden

Auch im verflossenen Jahre hat Herr Bibliothekskustos Dr. Hilliger in Leipzig die Arbeit an den Urbaren von S. Severin in Köln infolge anderweitiger Verpflichtungen noch nicht wieder aufnehmen können.

 Jülisch-Bergische Landtagsakten.

a) Erste Reihe (1400 1610). Herr Dr. H. Goldschmidt in Freiburg i. Br. hat unter Leitung von Herrn Geh. Hofrat v. Below die Durcharbeitung des Materials für den dritten Band, d. h. für die Jahre 1595-1610, soweit es in den Archiven zu Düsseldorf und Düren beruht, beendet bis auf kleinere Nachträge, die in verschiedenen Düsseldorfer Archivalien verstreut sind. Auf einer Reise, die er im Sommer d. J. ausführen wird, wird er die einschlägigen Materialien in einer grösseren Zahl auswärtiger Archive durchforschen und somit die Stoffsammlung abschliessen. Von Herbst d. J. an wird er mit der Bearbeitung der Akten für die Drucklegung beginnen.

b) Zweite Reihe (1610 bzw. 1624—1653). Herr Archivrat Dr. Küch in Marburg konnte den Druck des I. Bandes der II. Reihe der Jülich-Bergischen Landtagsakten (von 1624 ab) im Berichtsjahre nur wenig för-

dern. Jedoch lieferte er letzthin wieder einen grösseren Teil des Manuskriptes in die Druckerei. Mit Herrn Dr. Goldschmidt verständigte er sich wegen des Anschlusses seiner Edition an die I. Reihe dahin, dass er die Behandlung des Jahres 1610 in die Einleitung seines I. Bandes übernimmt.

4. Matrikel der Universität Köln. Herr Stadtarchivar Prof. Dr. Keussen in Köln hat seit dem Sommer vorigen Jahres die Arbeit am II. Bande (1466-1559) energisch wieder aufgenommen. Das medizinische Dekanatsbuch ist bis z. J. 1600 durchgearbeitet, ebenso gutenteils die Auszüge von Crombach und Hartzheim aus den theologischen Dekanatsbüchern, fernerhin in erheblichem Umfange die Briefbücher der Universität. Der Kommentar aus dem artistischen Dekanatsbuche ist bis z. J. 1518 durchgeführt. Die Drucklegung der Matrikel, die wahrscheinlich in zwei Teilen erfolgen wird, dürfte im nächsten Jahre bevorstehen.

5. Aelteste rheinische Urkunden. Für diese Edition hat
Herr Prof. Oppermann in Utrecht
längere Zeit in den Staatsarchiven
zu Düsseldorf und Coblenz gearbeitet.
In Düsseldorf sind vor allem die Siegburger Bestände, wo sich die Fälschungen auch auf Kaiserurkunden
erstrecken, und die Werdener Urkunden nochmals untersucht worden.
In Coblenz sind im wesentlichen Texte
verglichen worden. Die Aufarbeitung
des gedruckten Materials hat der
Bearbeiter nur wenig zu fördern vermocht.

Bei der Bearbeitung der chronikalischen und anderen nichturkundlichen Quellen zur ältesten Geschichte der Rheinlande hat Herr Dr. Jos. Deutsch in Göttingen, der unter Leitung von Herrn Prof. Levison in Bonn arbeitet, mit den Geschichtschreibern der Merovingerzeit begonnen, die er etwa zur Hälfte erledigte; insbesondere beschäftigte er sich mit den Werken des Gregor von Tours.

6. Regesten der Kölner Erzbischöfe. Den I. Band dieser Regesten (-1100) hat Herr Prof. Dr. Oppermann in Utrecht im abgelaufenen Jahre nicht zu fördern vermocht.

Dagegen hat Herr Archivrat Dr. Knipping in Coblenz kürzlich einen Teil des Manuskriptes für die zweite Hälfte des III. Bandes (1261 – 1304) in die Druckerei gegeben. Es ist zu erwarten, dass der Druck im nächsten Jahre abgeschlossen sein wird.

Die Arbeiten am IV. Bande der Regesten (1304—1414) hat Herr Dr. Wilh. Kisk yin Kölnunter Leitung von Herrn Geheimrat Prof. Al. Schulte in Bonn beständig fortgesetzt. Besucht wurden ausser dem Staatsarchiv in Düsseldorf die Archive in Wiesbaden, Luxemburg, Trier, Andernach, Coblenz, Nassau, Linz, Münster i. W., Dortmund und Xanten. Das Pfarrarchiv in Xanten lieferte eine besonders reiche Ausbeute. Herr Dr. Kisky hofft demnächst die Sammlung abzuschliessen und die Regesten des Erzbischofs Heinrich von Virneburg (1304—1332) druckfertig zu machen.

7. Geschichtlicher Atlas der heinprovinz. Den Druck des Rheinprovinz. zweiten Teiles des V. Erläuterungsbandes (Erläuterungen zur Kirchenkarte) hat Herr Dr. Wilh. Fabricius bis zum 23. Bogen gefördert. Es haben dabei verschiedene Lokalforscher in dankenswerter Weise mitgewirkt: die Herren Rektor Jungk in Saarbrücken, die Pfarrer Volk in Rheinbrohl, Allmenröder in Oberbiel bei Wetzlar, Fröhlich in Thalfang, Neubauer in Waldfischbach, die Professoren Marx in Trier und Dorvaux in Metz, denen Dr. Fabricius manche Berichtigungen und Ergänzungen zu verdanken hat. Auch die Beamten der Staatsarchive in Coblenz, Wiesbaden und Speyer, sowie Herr Reichsarhivrat Glasschröder in München liehen ihm ihren Beistand. Die Arbeiten an dem umfänglichen Register folgten einigermassen dem Fortschritte des Druckes.

Der Vorstand hat in seiner Weihnachtssitzung die Veröffentlichung eines VI., ebenfalls von Herrn Dr. Fabricius verfassten Erläuterungsbandes über den Vordern Nahegau (Kreuznach usw.) beschlossen; der grössere Teil des Manuskriptes befindet sich schon in der Druckerei.

Die von Herrn Dr. O. Schlüter,

bisher Privatdozent in Bonn, begonnenen Arbeiten an den Karten zur Kultur- und Siedlungsgeographie der Rheinprovinz haben ihren Fortgang genommen. Die Uebertragung der Tranchotschen Karten (1802—1814) auf die Messtischblätter wurde bis jetzt von der Westgrenze der Provinz über das Gebiet der Eifel und des nordöslichen Hunsrück bis in die Gegend von St. Goar durchgeführt. Die Uebertragung der Mairiegrenzen, Siedelungen und Siedlungsnamen ist bis in die Gegend von Bingen vollendet. Für die geplante Karte des Kulturzustandes zu Anfang des 19. Jahrhunderts ist in Aussicht genommen, diesen Zustand durch einen farbigen Aufdruck auf die topographische Uebersichtskarte des Deutschen Reiches in 1:200000 zu veranschaulichen.

Ueber die Tranchot-Karte veröffentlichte Herr Dr. Schlüter einen Aufsatz in der Westdeutschen Zeitschrift
für Geschichte und Kunst. Zum
Studium der Siedelungs- nnd Kulturverhältnisse machte er mehrere Reisen
in die Eifel. Da Herr Dr. Schlüter
als ordentlicher Professor der Geographie nach Halle berufen ist, scheidet er am 1. April als Mitarbeiter
aus. Doch werden die von ihm begonnenen Arbeiten in der beabsichtigten Weise durch einen anderen
Mitarbeiter fortgeführt werden.

8. Romanische Wandmalereien. Der Druck des Textbandes zu dem i. J. 1905 erschienenen Tafelwerke über die romanischen Wandmalereien in den Rheinlanden ist von Herrn Geheimrat Prof. Dr. Clemen in Bonn weiter gefördert worden.

9. Quellen zur Rechts- und Wirtschaftsgeschichte der rheinischen Städte.

a) Niederrheinische Städte. Von dieser unter Leitung von Herrn Geheimrat Ilgen in Düsseldorf stehenden Abteilung ist soeben der II. Band der Bergischen Städte fertiggestellt worden. Er enthält die Quellen von Blankenberg an der Sieg, bearbeitet von Herrn Archivassistenten Dr. Kaeber in Berlin, und die Deutzer Quellen, bearbeitet von Herrn Archivassistenten Dr. Hirschfeld in Coblenz.

Ebenso werden die von Herrn Archi-

var Dr. Lau in Düsseldorf bearbeiteten Neusser Quellen, deren Druck bis auf die Register abgeschlossen ist, in einigen Wochen erscheinen können.

Herr Archivar Dr. Foltz in Düsseldorf hat die Veröffentlichung der Weseler Quellen übernommen und im Januar mit der Arbeit begonnen.

b) Städte der südlichen Rheinprovinz. Herr Oberlehrer Prof. Dr. Rudolph in Homburg v. d. H., dessen Arbeiten unter der Leitung von Herrn Geheimrat Reimer in Coblenz stehen, hat das Manuskript über die Trierer Quellen vorläufig abgeschlossen und vorgelegt; er wird dasselbe aber noch einer Umarbeitung unterziehen, ehe die Arbeit zum Druck befördert wird.

Ueber seine Arbeiten an den Bopparder und Oberweseler Quellen berichtet Herr Archivrat Dr. Richter in Coblenz, dass er sein Augenmerk im letzten Jahre hauptsächlich auf die Verfassung und Verwaltung von Boppard gerichtet habe. Eine nicht geringe Zahl von einschlägigen Urkunden sind in den jüngst vom Staatsarchiv Coblenz als Depositum erworbenen Archivalien der Herrschaft Schöneck a. H. enthalten. Von auswärtigen Archiven kommt für die Arbeiten in Betracht das Wiesbadener Staatsarchiv wegen der bedeutenden Besitzungen des Klosters Eberbach in Boppard und das Darmstädter wegen der Propstei des Wormser Martinsstiftes zu Oberwesel, vielleicht auch das Münchener Reichsarchiv. Sobald dieses Material durchgearbeitet ist, wird die Quellensammlung im wesentlichen abgeschlossen sein. Der Grundstock liegt aber jetzt bereits in den Texten vor. Die wirtschaftsgeschichtlichen Quellen - abgesehen von den Urkunden - und das statistische Material sind noch im ganzen zu bearbeiten. Von der Text-Herstellung abgesehen ist die gedruckte Literatur für Boppard und Oberwesel im wesentlichen durchgearbeitet.

Das Quellenmaterial ist für Boppart viel umfänglicher, aber auch lehrreicher und wichtiger als für Oberwesel, so dass die Publikation in 2 ungleiche Teile zerfallen wird. Trotzdem erscheint es notwendig, an der Vereinigung in einem Bande festzuhalten, da die Materialien sich vielfach ergänzen, und die beiden Städte wiederholt und in entscheidenden Zeiten und Dingen gleiche Schicksale gehabt haben und insofern zusammen behandelt werden müssen.

10. Münzen von Trier. Der Bearbeiter dieser Publikation, Herr Prof. Dr. Menadier in Berlin, war durch andere Verpflichtungen verhindert, das beschreibende Verzeichnis der Trierer Münzen vom 14.—16. Jahr-

hundert zu vollenden.

11. Vatikanische Urkunden zur Geschichte der Rheinlande. Herr Dr. Sauerland hat den V. Band dieser Publikation (1362-1378) noch vor seinem Hinscheiden im Druck abschliessen können. Da in seinem Nachlasse sich das nahezu druckreife Manuskript für die beiden Schlussbände vorfand, so hat der Vorstand die Drucklegung dieser Bände beschlossen und Herrn Dr. Herm. Thimme in Köln übertragen. Der VI. Band (1378-1399) ist bis zum 17. Bogen gefördert worden und steht jetzt beim Jahre 1394 (n. 625). Der Band wird im Laufe des Sommers erscheinen können. Der Druck des VII. (Schluss-) Bandes (1400 - 1415) wird sich unmittelbar anschliessen.

12. Rheinische Siegel. Herr Dr. Wilh. Ewald in Köln hofft die Materialsammlung für die dritte Lieferung des unter Leitung von Herrn Geheimrat Ilgen in Düsseldorfstehenden Rheinischen Siegelwerkes, welche die Siegel der geistlichen Würdenträger (Aebte, Pröpste, Dechanten usw.) umfassen soll, in wenigen Monaten abzuschliessen. Der Bearbeiter hat bereits eine grössere Zahl von photographischen Aufnahmen, Aufnahmen, sowie Abgüsse aus den Beständen der Siegelsammlung des Brüsseler Staatsarchivs anfertigen

13. Jülich-Bergische Kirchenpolitik am Ausgang des Mittelalters
und in der Reformationszeit. Nachdem der Bearbeiter, Herr Archivrat
Dr. Redlich in Düsseldorf, soeben im
I. Teile des II. Bandes die Visitationsprotokolle aus Jülich 1533—1589
veröffentlicht hat, wird er unmittel-

bar anschliessend im II. Teile das Bergische Material publizieren. Diesem Schlussteile wird die Einleitung und das gemeinsame Sachregister für beide Teile beigegeben werden.

14. Für die Herausgabe der Statuten des Kölner Domkapitels war Herr Dr. Kallen, dessen Arbeiten unter Leitung von Herrn Geheimrat Stutz in Bonn stehen, im Düsseldorfer Staatsarchiv weiter tätig, wo er gegenwärtig die Kapitelsprotokolle und die Akten des Kapitels für diesen Zweck durchsieht. Doch wird der z. Z. durch den praktischen Schuldienst stark in Anspruch genommene Bearbeiter diese Arbeit erst vom Herbst an wieder tatkräftig fördern können.

Wörterbuch der rheinischen Mundarten. Die Arbeiten, welche Herr Geheimrat Franck in Bonn leitet, haben guten Fortgang Die im vorigjährigen genommen. Bericht erwähnten Mitarbeiter und Helfer haben ihre Tätigkeit fortgesetzt. Zu den in Bonn tätigen ständigen Mitarbeitern, den Herren Oberlehrern Dr. Müller und Dr. Trense, trat im April 1910 Herr Gymnasialoberlehrer Dr. A. Wrede in Köln, der seitdem unter Entbindung von seinem Schuldienst beschäftigt ist. aus dem ungedruckten Stoff des Historischen Archivs Auszüge für das Wörterbuch zu machen, und diese Arbeit beträchtlich gefördert hat. Dr. Trense hat das Unternehmen auch auf wiederholten Wanderungen und Reisen gefördert. Auf Veranlassung der Kommission für das Wörterbuch wurden wiederholt Artikel in rheinischen Zeitungen veröffentlicht, die eine grosse Fülle von Eingängen, und in ihnen zahlreiche sonst noch wenig oder auch gar nicht belegte Wörter und Ausdrücke, hervorriefen. Ausgegeben wurden ferner die Nummern 10-13 der Fragebogen an die Seminare, Präparandenanstalten und andere Mitarbeiter sowie die Doppelnummer 5/6 der "Anfragen und Mitteilungen zum Rheinischen Wörterbuch". Die Verarbeitung der Neueingänge ist noch nicht abgeschlossen. Die Verzettelung älterer Texte aus Büchern und Zeitschriften ist wesentlich geförert worden. Der Bestand

der alphabetischen Zettel hat sich von 170000 auf rund 195000 vermehrt; die Zahl der aus den Fragebogen zusammengestellten Zettel beläuft sich jetzt auf rund 40000.

16. Rheinische Archiv-Uebersichten. Im Herbst 1910 hat Herr Dr. Joh. Krudewig den Kreis Bitburg bereist und den Inhalt der Archive dieses Kreises verzeichnet, eine Arbeit, die gleichzeitig den Zwecken der Denkmälerstatistik dient. Diese Archiv-Uebersicht ist dem Jahresbericht beigegeben.

17. Das von Herrn Archivassistenten Dr. Schultze in Marburg unter Leitung von Herrn Geheimrat Reimer in Coblenz bearbeitete Neuwieder Archiv-Inventar ist zu Ende vorigen Jahres erschienen.

#### Mevissen-Stiftung.

Herr Dr. Heinr. Oidtmann in Linnich gab seine Preisschrift über die Glasmalereien in den Rheinlanden vom 13. bis zum Anfang des 16. Jahrhunderts in den Druck. Den Verlag des zweibändigen Werkes, für dessen Drucklegung auch die Provinzialverwaltung einen grösseren Zuschuss gewährt, hat die Firma L. Schwann in Düsseldorf übernommen. Druck und Illustration des Werkes sind bedeutend vorgeschritten, so dass das Erscheinen desselben zu Weihnachten dieses Jahres angekündigt werden kann.

Für die beiden Preisaufgaben, deren Termin am 1. Juni v. J. ablief, ist rechtzeitig je eine Bewerbungsschrift eingegangen. Nach dem übereinstimmenden Urteil der Preisrichter, denen sich der Vorstand in seiner Weihnachtssitzung angeschlossen konnte der Bewerbungsschrift für die "Begründung und den Ausbau der Brandenburgisch-Preussischen Herrschaft am Niederrhein" der Preis nicht zuerkannt werden, da sie weder in Bezug auf Vollständigkeit und Zuverlässigkeit bei Feststellung der einzelnen Tatsachen und Verhältnisse, noch hinsichtlich der Verarbeitung der Einzelheiten zu einer zusammenhängenden Darstellung den zu stellenden Anforderungen entsprach. Auch der Bewerbungsschrift um die zweite Preisschrift: "Die rheinische Presse unter französischer Herrschaft" konnte der Preis nicht zuerkannt werden, dagegen hat der Vorstand auf den Antrag des Preisgerichts beschlossen, dem Verfasser in Anerkennung des auf die Vorararbeiten verwendeten Fleisses ein Honorar von 1000 M. zu bewilligen.

InderVorstandssitzung vom 15. März ist die Ausschreibung folgender neuen Preisaufgabe beschlossen worden: "Die niederrheinische Plastik des 15. und beginnenden 16. Jahrhunderts". Preis: 2000 M., Frist: der 1. April 1913.

### Preisaufgaben der Mevissen-Stiftung.

1. Die Rheinprovinz unter der preussischen Verwaltung von 1815 bis zum Erlass der Verfassungsurkunde.

Die niederrheinische Plastik des
 und beginnenden 16. Jahrhunderts.

Für 1 beträgt der Preis 5000 M., für 2 2000 M. Frist für 1 ist der 1. März 1914, für 2 der 1. April 1913. Bewerbungsschriften sind an den Vorsitzenden der Gesellschaft, Archivdirektor Prof. Dr. Hansen in Köln, einzusenden.

#### Denkmälerstatistik der Rheinprovinz.

Die Kommission, deren Vorsitz Herr Geheimrat Prof. Dr. Clemen in Bonn führt, hat sich verstärkt durch die Zuwahl des Herrn Regierungspräsidenten a. D. zur Nedden, des Vorsitzenden des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Heimatschutz, in Coblenz, und des Herrn Pfarrers Füssenich in Lendersdorf, der schon seit Jahren die historischen Arbeiten sehr wesentlich und aufopfernd unterstützt hat.

Unter dem 1. April 1910 ist Herr Dr. Renard, der seit 10 Jahren als erster Vertreter des Provinzial-Konservators und zuletzt als Direktor des Denkmälerarchivs im Dienste der rheinischen Denkmalpflege tätig war, interimistisch ausgeschieden, um als Hilfsarbeiter im Kultusministerium tätig zu sein. Sein Rücktritt steht für den 1. Oktober 1911 wieder in Aussicht. An seiner Stelle sind seit dem Juli 1910 eingetreten Herr Dr. Erwin Hensler und Herr Dr. Ermst Wackenroder, die sowohl mit Arbeiten der

Denkmalpflege, wie der Denkmälerstatistik betraut worden sind. Neben ihnen sind z. Z. noch tätig die Herren Dr. Faymonville in Aachen und Dr. 3ng. von Behr, der letztere nur

bis zum 1. April 1911.

Der seit 10 Jahren als historischer Hilfsarbeiter bei der Kommission für die Denkmälerstatistik tätige Herr Dr. Johannes Krudewig ist unter dem 1. November 1910 aus dem festen Verhältnis zu der Kommission ausgeschieden; es besteht seitdem nur noch ein Vertrag mit ihm auf Lieferung bestimmter Arbeiten.

Fortgesetzt worden sind im Laufe des letzten Jahres die Inventarisationsarbeiten der Kunstdenkmäler von Köln und der Kunstdenkmäler von Aachen, neu begonnen ist im Sommer 1910 die Bereisung und Bearbeitung von vier Landkreisen. Herr Dr. Fay-monville hat die Kreise Malmedy und Montjoie fertig inventarisiert, Herr Dr. Wackenroder den Kreis Bitburg erledigt. Die Bereisung des sehr umfänglichen Kreises Schleiden durch Herrn Dr. v. Behr ist noch nicht völlig abgeschlossen und wird in diesem Sommer nachgeholt werden. Daneben hat Herr Dr. Krudewig im Herbst die Archivbereisung des Kreises Bitburg erledigt.

Erschienen sind im vergangenen Jahr die Kunstdenkmäler des Kreises Düren, bearbeites von Paul Hartmann und Edmund Renard. Im Druck befindet sich der erste Halbband der kirchlichen Kunstdenkmäler der Stadt Köln, der die Kirchen St. Gereon, St. Maria Himmelfahrt, St. Maria im Kapitol, St. Maria Lyskirchen, St. Maria in der Kupfergasse, St. Maria in der Schnurgasse und Gross St. Martin enthalten wird. Er ist vollständig gesetzt, alle Klischees liegen vor, seine Ausgabe steht für den Frühsommer bevor. Der nächste Band wird die Kirchen St. Alban bis St. Georg umfassen und sofort darnach in Druck gegeben werden. Die ursprünglich Herrn Dr. Renard vorbehaltenen kirchlichen Denkmäler Kölns sind unterdessen von Herrn Dr. Wilhelm Ewald übernommen worden.

Da der Etat der Kommission durch die Vorbereitung der Denkmälerpublikation für Köln und Aachen in so hohem Masse in Anspruch genommen worden ist, und da das Programm mit Rücksicht auf den ausserordentlichen Denkmälerreichtum dieser beiden Städte sehr wesentlich hat erweitert werden müssen, haben die Stadtverwaltungen von Köln und Aachen in weiser Würdigung der vielfachen Vorteile, die die Denk-mälerstatistik den historischen und künstlerischen Interessen der Stadt bieten, wesentliche Zuschüsse in der Höhe von rund einem Sechstel der Gesamtkosten übernommen.

#### Badische Historische Kommission.

(29. Plenarversammlung in Karlsruhe, am 21. und 22. Oktober 1910).

Vgl. W. Z. XXIX S. 234.

Seit der letzten Plenarversammlung sind nachstehende Veröffentlichungen der Kommission im Buchhandel erschienen:

Badische Neujahrsblätter. Neue Folge. Dreizehntes Blatt. Die BadischenMarkgrafschaftenim 16. Jahrhundert, von Eberhard Gothein. Heidelberg, C. Winter.

Briefwechsel der Brüder Ambrosius und Thomas Blaurer. Zweiter Band, bearbeitet von Traugott Schiess. Freiburg i. B., F. E. Fehsenfeld.

Oberbadisches Geschlechterbuch. Dritter Band, drittes Heft, bearbeitet von J. Kindler von Knobloch und O. Freiherr von Stotzingen. Heidelberg, C. Winter.

Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins. Neue Folge. Band

XXV, nebst den

Mitteilungen der Bad. Hist. Kommission. Nr. 32. Heidelberg, C. Winter.

Stand der einzelnen Unternehmungen der Kommission.

#### I. Quellen- und Regestenwerke.

Für den dritten Band der Regesten der Bischöfe von Konstanz hat Pfarrer Dr. Rieder das im letzten Jahr gesammelte Urkundenmaterial verarbeitet und neues Material in verschiedenen in- und ausländischen Archiven gesammelt; wo es möglich war, wurden auch schon Urkunden für den vierten Band verzeichnet. Für den dritten Band sind noch das Statthaltereiarchiv in Innsbruck und das römische Material zu erledigen. Bis zum Schluss des Jahres 1911 wird dieser Band voraussichtlich druckfertig vorliegen.

Die Vorarbeiten für den vierten Band der Regesten der Markgrafen von Baden und Hachberg, der die Regesten des Markgrafen Karl (1453-75) bringen soll, sind soweit gediehen, dass 1911 mit dem Druck begonnen werden kann. Im Berichtsjahre hat Geh. Archivrat Dr. Krieger u. a. eine Nachlese in den Kreisarchiven in Würzburg, Bamberg und Nürnberg, dem Allgemeinen Reichsarchiv und dem Geh. Staatsarchiv in München, sowie in dem Staatsarchiv in Basel gehalten, die wertvolle Ergänzungen zu diesem Bande brachte. Für das nächste Jahr ist der Besuch der Archive in Spever und Kolmar in Aussicht genommen.

Auch der Druck der ersten Lieferung des zweiten Bandes der Regesten der Pfalzgrafen am Rhein wird im Laufe des nächsten Jahres beginnen können. Das Manuskript für diese Lieferung hat Dr. Graf von Oberndorff zum grössten Teil druckfertig; sie wird die Regesten der beiden ersten Regierungsjahre König Ruprechts (1401—02) enthalten.

Für die Herausgabe eines Nachtragsbandes zur Politischen Korrespondenz Karl Friedrichs von Baden war Archivdirektor Geh. Archivrat Dr. Obser weiter tätig; am Abschluss seiner Arbeit wurde er durch aussergewöhnliche dienstliche Inanspruchnahme verhindert.

Vom Briefwechsel der Brüder Blaurer ist der zweite Band, bearbeitet von Stadtarchivar Dr. Schiess in St. Gallen, erschienen. Der Druck des dritten Bandes wird in Bälde beginnen.

Für die Korrespondenz des Fürstabts Martin Gerbert von St. Blasien hat Professor Dr. Pfeilschifter weitere Briefe gesammelt und abgeschrieben.

In der unter der Leitung von Geh. Rat Prof. Dr. Schroeder stehenden Abteilung der fränkischen Stadtrechte hat Prof. Dr. Koehne an dem Gesamtregister weiter gearbeitet; er gedenkt dasselbe bis Ende 1911 abzuschliessen. Ebenfalls bis zu diesem Zeitpunkt werden voraussichtlich druckfertig vorliegen die Stadtrechte von Neuenburg (Gerichtsassessor Merk) und von Konstanz (Professor Dr. Beyerle) in der schwäbischen Abteilung; das Register zum Ueberlinger Stadtrecht (Dr. Geier) soll im kommenden Jahre gedruckt werden. Für das Freiburger Stadtrecht hat Dr. Lahusen das Quellenmaterial bis zur zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts gesammelt.

Neu in das Programm der Kommission aufgenommen wurde die Herausgabe der Weistümer einschliesslich der Dorfrechte aus dem heutigen Grossherzogtum Baden. Eine Unterkommission (v. Below, Krieger, Schroeder, Schultze, Tumbült) wurde mit der weiteren Vorbereitung des Unternehmens betraut.

#### II. Bearbeitungen.

Die Vollendung des zweiten Bandes der Denkwürdigkeiten des Markgrafen Wilhelm hat Archivdirektor Geh. Archivrat Dr. Obser für 1911 in Aussicht genommen.

Für den zweiten Band der Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes war Geh. Hofrat Professor Dr. Gothein auch im vergangenen Jahre tätig.

Geh. Hofrat Professor Dr. Wille ist noch weiter mit der Sammlung des Materials für die Geschichte der rheinischen Pfalz beschäftigt.

Vom Oberbadischen Geschlechterbuch hat Freiherr O. von Stotzingen in Meischenstorf das vierte Heft des dritten Bandes fertiggestellt; dasselbe wird noch in diesem Jahre, das fünfte 1911 erscheinen.

Dr. Cahn in Frankfurt a. M. hat das Manuskript für das erste Heft der Münz- und Geldgeschichte der im Grossherzogtum Baden vereinigten Gebiete vorgelegt; mit dem Druck desselben wird demnächst begonnen werden.

Für die Sammlung der Siegel und Wappen der badischen Gemeinden hat Fr. Held die Entwürfe zu einem Stadt- und 29 Landgemeindewappen angefertigt. Das vierte Heft der Badischen Städtesiegel ist in Vorbereitung.

Die Herstellung der Historischen Grundkarten des Grossherzogtums Baden unter der Leitung des Vorstandes des Statistischen Landesamtes Oberregierungsrats Dr. Lange geht ihrem Abschluss entgegen; im abgelaufenen Jahr wurde die Doppelsektion Offenburg-Waldkirch ausgegeben, die Sektionen Rastatt-Bühl und Stühlingen werden noch vor Ende des Jahres folgen. Die Bearbeitung einer letzten (ursprünglich nicht geplanten) Sektion Pforzheim ist für 1911 vorgesehen.

Dr. Andreas hat für die Geschichte der badischen Verwaltungsorganisation von 1812—18 nach einem Besuch der Staatsarchive in Stuttgart und Wien seine Quellenstudien in der Hauptsache abgeschlossen. Er wird der nächsten Plenarversammlung den ersten Band der Darstellung im Manuskript vorlegen.

Für die Bibliographie der badischen Geschichte hat der Hilfsarbeiter für die allgemeinen Zwecke
der Kommission, Dr. Stamm, eine
grössere Anzahl von Zeitschriften
ausgezogen; mit dem kommenden
Jahr wird Dr. Westermann an der
Universitätsbibliothek in Heidelberg
die Fortführung dieser Arbeit übernehmen.

III. Verzeichnung und Ordnung der Archive der Gemeinden, Pfarreien usw.

Die Pfleger der Kommission waren unter der Leitung der Oberpfleger Realschuldirektor Hofrat Dr. Roder, Stadtarchivrat Professor Dr. Albert, Universitätsbibliothekar Professor Dr. Pfaff, Archivdirektor Geh. Archivrat Dr. Obser und Professor Dr. Walter wie bisher für die Gemeinde- und Pfarrarchive tätig; die Verzeichnung der grundherrlichen Archive nähert sich dem Abschluss. Die Neuordnung der Gemeindearchive wurde in sechs Amtsbezirken weiter- bzw. durchgeführt; für 1911 sind hierfür fünf Bezirke in Aussicht genommen.

#### IV. Periodische Publikationen.

Von der Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Neue Folge, ist unter der Redaktion von Archivdirektor Geh. Archivrat Dr. Obser und Professor Dr. Wiegand der XXV. Band (der ganzen Reihe 64. Band) erschienen. In Verbindung mit der Zeitschrift wurde Nr. 32 der Mitteilungen der Badischen Historischen Kommission ausgegeben. Professor Dr. Wiegand wurde auf Ersuchen von seiner Stellung als Redakteur für den elsässischen Teil der Zeitschrift entbunden und für ihn Archivdirektor Dr. Kaiser in Strassburg in die Redaktion gewählt.

Das Neujahrsblatt für 1911, "Die Anfänge des Christentums im heutigen Baden" von Professor Dr. Sauer in Freiburg wird noch vor Schluss des Jahres erscheinen. Als Neujahrsblatt für 1912 hat Dr. W. Andreas in Karlsruhe eine Schilderung "Badens nach dem Wiener Frieden von 1809" übernommen.





# Kritische Beiträge zur rheinisch-westfälischen Quellenkunde des Mittelalters.

V \*).

- A. Die ältere Überlieferung zur Geschichte und zur Legende der 11000 Jungfrauen.
- B. Entgegnungen auf die Kritiken der Beiträge I-III nebst Ergänzungen zu letzteren.

Von Th. Ilgen.

(Inhaltsübersicht zu A: I. Einleitung S. 141—147, II. Die älteste Überlieferung über die Kölner hll. Jungfrauen und deren Verehrung am Niederrhein S. 147—155, III. Die Passiones ss. Virginum S. 155—171, IV. Der Sermo in natali ss. Virginum S. 172—187, V. Die Auffindung von Reliquien der hll. Jungfrauen im 12. Jh. in Köln und die Revelationen Dietrichs von Deutz S. 187—204, VI. Die Clematianische Inschrift S. 204—223, VII. Ergebnisse S. 224—231, VIII. Der sogenannte Ager Ursulanus und die Fälschungen der Gründungsgeschichte des Machabäerklosters (darunter Urk. Erzb. Philipps von Köln von 1178) S. 231—253, und der Gründungsurkunde des Maximinklosters (1188) S. 253—271.

Inhaltsübersicht zu B: I. Entgegnungen S. 271—282, II. Ergänzungen S. 282—296.

# I. Einleitung.

Die Geschichte der Kölner Märtyrerinnen, die Entstehung und Ausbildung der Legende von den 11000 Jungfrauen oder von der hl. Ursula und ihrer Gesellschaft, wie sie auch genannt werden, zählt unter die umstrittensten Kapitel der Kölner Geschichte und der Kölner Geschichtschreibung. Wir vermögen schon den Anteil Kölns an dem geschichtlichen Vorgang, dem Martyrium christlicher Jungfrauen, das





<sup>\*)</sup> IV vgl. Band XXVII S. 38. Westd. Zeitschr. f. Gesch. u. Kunst. XXX, II/III.

wir wohl als Tatsache annehmen müssen, nicht genauer zu bestimmen. Es ist uns nicht sicher überliefert, ob Köln die Heimat der Jungfrauen oder nur ihren Marterort oder beides zugleich gebildet hat. Über den Zeitpunkt, wann das Martyrium stattgefunden haben soll, fehlt uns jede sichere Kunde. Wir besitzen überhaupt aus alter Zeit ausschliesslich Nachrichten, die mit allgemein gehaltenen Redewendungen auf das Faktum anspielen. Die Zahl 11000 scheint sich seit dem 9. oder 10. Jh. festgesetzt zu haben.

Um das Jahr 1100 aber bemächtigt sich die legendarische und erbauliche Literatur des Martyriums der hl. Ursula und ihrer Genossinnen, um den dankbaren Stoff in den verschiedensten Formen zu verarbeiten<sup>1</sup>). Damals ward zunächst eine englische Sage herangezogen, um für das Martyrium der Kölner Jungfrauen überhaupt erst einen angeblich historischen Boden zu gewinnen. Die Phantasiegewächse, die bisher auf diesem gestanden hatten, wurden durch Okulierung zu vielarmigen Schösslingen getrieben, die den kahlen umgepflanzten Stamm der alten Tradition vollständig überwuchert haben. Für diese Vorgänge steht eine verhältnismässig reiche gleichzeitige schriftliche Überlieferung zu Gebote. Wie uns der Ursprung der Legende aus einer englischen Quelle als sehr wahrscheinlich entgegentritt, so vermögen wir auch ihre spätere Ausbildung aufgrund von verschiedenen Aufzeichnungen des 12. Jhs. in den Hauptzügen deutlich zu verfolgen.

Auf welche Weise die hl. Ursula an die Spitze der Heiligenschar gerückt ist, bleibt zweifelhaft. Wahrscheinlich verdankt sie ihre hervorragende Stellung einem Inschriftenfund in Köln. Hier dürfte ihr die Führerrolle um das Jahr 1000 zugesprochen sein, ungefähr um die nämliche Zeit, in der auch die hl. Pinnosa aus der älteren Namenreihe der hll. Jungfrauen besonders herausgehoben wurde und im Stift Essen besondere Verehrung fand. Der Ruf der hl. Ursula wächst dann in Köln im Laufe der Jahrhunderte zusehends. Mehr und mehr drängt sie die übrigen Lokalheiligen, deren sich das mittelalterliche Köln in ziemlicher Anzahl erfreute, in den Schatten. Die hl. Ursula mit ihrer Schar hat den Kölner Malern vom Ausgang des 14. Jhs. ab einen dankbaren Stoff für grosse Tafelgemälde geliefert. Ihr ist in dem Jesuiten Hermann Crombach ein eigener Geschichtsschreiber erstanden,

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>) S. die Zusammenstellung in der Bibliotheca hagiographica latina II hrg. von den Socii Bollandiani 1898—1901, S. 1218 ff. und S. 1384. Die Begründung für die zeitliche Ansetzung der wichtigsten hier verzeichneten Schriften wird unten gegeben.

der im Jahre 1647 zu Köln unter dem Titel Vita et martyrium sanctae Ursulae et sociarum' ein Werk von 1155 Folioseiten veröffentlicht hat 2). Seit dem 17. Jh. bürgert sich ihr Name auch für das Stift ein, dessen Titelheilige bisher die hll. Jungfrauen insgesamt gewesen waren. Der Nebentitel von Crombachs Buch: 'Ursula vindicata' deutet an, dass es bereits in der voraufgegangenen Zeit nicht an Stimmen<sup>3</sup>) gefehlt

<sup>2)</sup> Und zwar nicht nur von protestantischer Seite. Gobelinus Person (1358-1425?) polemisierte bereits in seinem Cosmidromius (s. die Ausgabe von M. Jansen in den Veröffentlichungen der histor. Komm. für Westfalen S. 9 und 10) gegen verschiedene Unmöglichkeiten, die in der Legende von den 11000 Jungfrauen vorgetragen wurden, wobei er sich vornehmlich gegen die Revelationen des Dietrich von Deutz und der Elisabeth von Schönau (s. unten Abschnitt V) wendete. Seine kritischen Zweifel waren von ihm zusammengestellt und nach Köln an viri solempnes et magne reputacionis gesandt, aber man hatte ihn von dort aus keiner Antwort gewürdigt. Vgl. auch Fleie a. a. O. S. 766 ff. Baronius, der für die Geschichte der hll. Jungfrauen den Bericht der englischen Quelle, des Gottfried von Monmouth, benutzte, hatte ebenfalls sowohl in seinen Annales ecclesiastici zum Jahr 383 (s. die Ausg. zu diesem Jahr) wie in dem Martyrologium Romanum zum 21. Oktober (s. die Ausgabe von Venedig 1593 S. 475) kritische Zweifel gegen die Zuverlässigkeit der Überlieferung geäussert und wollte auch Köln als Marterstätte der Jungfrauen nicht gelten lassen. An ersterem Ort bezeichnet er die historia ss. virginum als commenticia, in quam diligentius



<sup>2)</sup> Erschienen in Köln bei Herm. Mylius. Crombach hatte in den voraufgehenden Jahrzehnten zwei Vorläufer gehabt, den 1603 gestorbenen Dr. Herm. Fleie, Dechant von S. Kunibert und Kanonikus der Kirche zu den h. Jungfrauen, dessen Historia ss. Ursulæ et sociarum virginum in Lippeloo's Vitæ Sanctorum 4, 755-818 (Köln 1596) erschienen ist. Seine Geschichte umfasst nur 3 kleine Oktavseiten, zu der freilich 60 Seiten Annotationes, quae dubia in historia virginum occurrunt, hinzukommen. Fleie gibt die Unsicherheit der Überlieferung in der Geschichte der Ursulaschar auf allen Punkten zu und ist zufrieden (s. S. 818), wenn man die Kirche der hll. Jungfrauen in Köln als den eigentlichen Marterort anerkennt. Wir kommen später noch auf das Schriftchen zurück. Demgegenüber hat der Jesuit Philipp Bebius in seinem Werk De vita et martyrio s. Ursulae, das zuerst in Ribadenaira's Flos Sanctorum, Köln 1630 veröffentlicht war und von Aegidius Gelenius in seinem Buch De admiranda magnitudine Coloniæ (Köln 1645) S. 338 ff. wieder abgedruckt ist, den im Laufe der Jahrhunderte angewachsenen Wust legendarischer Überlieferung durch chronologische Fixierung zu sichern versucht. Nach ihm ist die h. Ursula um 220 geboren, ihr Opfertod fällt seiner Schätzung zufolge in das Jahr 237. Dies Datum als historisch zu erweisen, hat sich dann Crombach alle Mühe gegeben und so ist im Jahr 1837 das 1600jährige Jubelfest des Martyriums der h. Ursula in Köln gefeiert worden; vgl. Reischert L., Lebensgeschichte und Martertod der h. Ursula, Köln 1837.

hatte, die dem geschichtlichen Gehalt der Legende im Ganzen oder in Einzelheiten skeptisch gegenüberstanden. Aber immer aufs neue wieder haben die Kölner Lokalhistoriker den Schirm über ihre vornehmste Ortsheilige und deren Trabanten gehalten, sobald der Versuch gemacht wurde, eine glänzende Perle aus der legendarischen Krone der heiligen Ursula als verdächtig auszubrechen. Das missglückte Unterfangen Oskar Schade's 4), aus der Ursulalegende als Kern eine mythologische Sage herauszuschälen, in jener aber eine Dichtung der Kölner Geistlichkeit zu sehen, die dem Zweck gedient habe, die ketzerischen Bewegungen der Katharer im 12. Jh. niederzuringen, hat zunächst Kessel<sup>5</sup>) zu einem flammenden Protest gegen eine solche rationalistische Geschichtsauslegung angeregt. Kessel konnte sich dabei auf die gewissenhafte Materialsammlung stützen, die Victor de Buck inzwischen in den Acta Sanctorum (Oktober IX 73-303) 1858 geliefert hatte. V. de Buck sowohl wie Kessel nehmen Anläufe zu kritischen Zweifeln an den Details der Legende, wozu sie ja freilich schon deren verschiedene Versionen nötigten; aber sie erkennen einen bestimmten historischen Gehalt in ihr. Die Arbeit von Stein 6) verfolgt vor allem den Zweck, die chronologischen Bedenken, die je nach der Bewertung der Quellen der Legende sich herausstellten, durch eine neue These aus dem Wege Auch die Abhandlungen von Klinkenberg<sup>7</sup>) befassen sich vornehmlich mit der Frage, in welcher Zeit das Martyrium der Kölner Jungfrauen stattgefunden haben könne. Es gebührt ihm das Verdienst, für unsere ältesten Literaturdenkmale der Legende neue bisher nicht berücksichtigte handschriftliche Überlieferungen erschlossen zu haben.

Wer sich bequem über die neuere Literatur zur Ursulalegende unterrichten will, greife zum Aufsatz von Mary Tout<sup>8</sup>). Für Zoepf, incumbere necesse est. Gegen Baronius Zweifel hinsichtlich der Marterstätte wehrt sich Fleie a. a. O. 789 ff. und natürlich auch Crombach.

- <sup>4</sup>) Die Sage von der h. Ursula und den elftausend Jungfrauen. Ein Beitrag zur Sagenforschung, Hannover 1854.
- 5) Kessel, Joh. Hubert, St. Ursula und ihre Gesellschaft. Eine kritischhistorische Monographie. Köln 1863.
- 6) Stein, A. G., Die hl. Ursula und ihre Gesellschaft. Ein kirchenhistorischer Versuch. Köln 1879. Vgl. dazu Düntzer in Picks Monatsschrift 6, 47 ff.
- 7) Studien zur Geschichte der Kölner Märterinnen in den Bonner Jb. 88, 79-95; 89, 105- 134 und 93, 130-179.
- 8) The legend of St. Ursula and the eleven thousand virgins in T. F. Tout and James Tait, Owens college historical essays, Manchester 1907, S. 17-56. Die Verf. gibt auch eine kurze Übersicht über die bildlichen



der in jüngster Zeit sich mit der Ursulalegende befasst hat 9), ist die Überlieferung über die Elftausend Jungfrauen ein Beispiel, "wie um ein tatsächliches Ereignis durch Verquickung von Sage und kirchlicher Tradition im Laufe der Jahrhunderte die legendare Hülle sich legt." Wird man Zoepf mit dieser allgemeinen Charakteristik der älteren Literaturdenkmale für die Kölner Märtyrerinnen beistimmen können, so dürfte aus unserer nachfolgenden Untersuchung mit einiger Sicherheit hervorgehen, dass die legendare Hülle in diesem Falle noch von grösserer Ausdehnung ist, als Zoepf annimmt. Ihr Gewebe ist nach unserer Schätzung auch um ein Beträchtliches später angefertigt, als Zoepf meint, und es lassen sich in der Legende von der hl. Ursula mehrfach Züge skrupelloser Erfindung aufdecken, die uns zeigen, dass man schon im 12. Jh. einen grösseren Apparat an erdichteten Quellenzeugnissen spielen liess, um die Märtyrer und Heiligen auf geschichtlichen Boden zu stellen, als er sich uns in den Legenden darbietet. Diesem Zweck dienten vornehmlich die bei den Erhebungen von Gebeinen der Heiligen angeblich aufgedeckten Steinzeugnisse. Da in Köln die Vorstellung von Massenmartyrien besonders gepflegt worden ist - neben der Legende von dem Opfertod der Elftausend Jungfrauen ist ja hier schon in älterer Zeit das Martyrium des hl. Gereon und seiner Genossen lokalisiert worden - ergab sich die Notwendigkeit, den dürftigen Bestand an Namen, der aus früherer Überlieferung für die Angehörigen dieser Scharen vorhanden war. zu ergänzen. durch Grabtitel und Inschriften, die in den Ruhestätten der Heiligen gefunden sein sollen, geschehen.

Daher kam den Verteidigern eines grösseren geschichtlichen Gehalts der Legende der heiligen Ursula und ihrer Schar zu statten, dass sie ihre Darlegungen auf eine Inschrift stützen konnten, die zwar deren Namen nicht nennt, die aber auf die Kirche gedeutet werden musste, die später und bis auf den heutigen Tag unter ihrem Titel geht. Es ist das die sogenannte Clematianische Inschrift, die jetzt auf einer in die Wand des gotischen Chors der Ursulakirche eingelassenen Steinplatte eingemeisselt steht. Sie galt eine Zeit lang als die älteste Bauurkunde einer Kölner Kirche und sie verdiente die hohe Wertschätzung, die ihr zu Teil geworden ist, wenn sie echt wäre, weil sie zugleich

<sup>9)</sup> Zoepf Ludw., Das Heiligen-Leben im 10. Jahrhundert. Beitr. zur Kulturgesch. des MA. hrgg. von W. Goetz (1908) 1 S. 64 ff.



Darstellungen der Ursulalegende und macht ferner auf die vom 16. Jahrh. ab entstehenden Klöster der Ursulinen aufmerksam.

das früheste Steinzeugnis und möglicherweise die älteste Quellenstelle überhaupt für die Christianisierung der Rheinlande bilden würde. Erste Autoritäten auf dem Gebiete der Epigraphik wie Ritschl und de Rossi haben sich für unbedingte Echtheit der Inschrift ausgesprochen. Ihnen ist der Herausgeber der altchristlichen Inschriften der Rheinlande, Franz Xaver Kraus 10), gefolgt, der sich bemüht hat, auch die Schwierigkeiten, die der Text der Inschrift an mehr als einer Stelle der Auslegung bietet, endgültig zu beseitigen. Wie schlecht ihm das gelungen ist, zeigt das Urteil der neuesten Bearbeiter der Inschrift in dem 1907 erschienenen Band des Corpus Inscriptionum Latinarum 11), Zangemeister's und Domaszewski's, die die Inschrift für gefälscht und den Text für derart abgeschmackt erklären, dass ihn bisher noch Niemand richtig zu deuten vermocht habe. Die Entstehung des Steines verlegen sie auf Grund epigraphischer Merkmale ins 15. Jh., ohne indessen diese zeitliche Ansetzung eingehender zu begründen. Demgegenüber unternimmt es die jüngste Abhandlung von Alexander Riese 12) wieder, den ersten Teil der Inschrift als ein authentisches Zeugnis für den ältesten Bau der Kirche zu den heiligen Jungfrauen zu erweisen.

Man sieht, an die Geschichte und Legende von den 11000 Jungfrauen knüpfen quellenkritische Probleme der verschiedensten Art an. Wenn ich diese vor allem in den folgenden Darlegungen aufgreife und besonders die Inschrift in den Kreis der Betrachtung ziehe, so geschieht es nicht, um das Für und Wider der Echtheit und Glaubwürdigkeit der Quellenzeugnisse im Einzelnen aufs neue zu erörtern. Vielmehr werde ich mich hauptsächlich mit der vernachlässigten Geschichte der

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup>) Die altchristlichen Inschriften der Rheinlande I Nr. 294 (Freiburg i. Br. 1890), wo man die Literatur über die Inschrift zusammengetragen findet. Vgl. II S. 343 zu Nr. 294: Hier hält Kraus auch gegenüber den Zweifeln von Duchesne an der Echtheit der Inschrift fest. Auch Traube, Nomina sacra (Quellen und Untersuchungen zur lat. Philologie des MA. 2, 239 (1907) meint, dass in der Abkürzung . XPI. die Beibehaltung der Punkte, der eigentlichen Suspensionszeichen, für die Kontraktion einen alten Eindruck mache.

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup>) Tom. XIII pars 2, fasc. 2 S. 32\* Nr. 1313. Joh. Ficker, Altchrist-liche Denkmäler und Anfänge des Christentums im Rheingebiet (Strassburg 1909) S. 30, bestimmen noch andere als paläographische Gründe, die für die Bearbeiter des Corpus vorzüglich massgebend waren, die Inschrift nicht für antik zu halten. Eine nähere Darlegung dieser Gründe hat Ficker in der Zwischenzeit, soviel ich sehe, nicht veröffentlicht.

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup>) Die Inschrift des Clematius und die Kölnischen Martyrien in den Bonner Jb. 118, 236 ff.

Überlieferung der Inschrift des Clematius sowohl wie der ältesten handschriftlichen Denkmäler, der Passiones ss. virginum und des Sermo in natali ss. virginum, näher befassen. Es wird sich zeigen, dass man vom Beginn des 12. Jhs. bis in die Mitte des 17. Jhs. hinein die Inschrift nur aus handschriftlicher Literatur gekannt hat, und dass ihr erstes Auftauchen im engsten chronologischen Zusammenhang mit dem Abfassungstermin der ältesten Quellenschriften für die Legende steht. Auch in deren zeitlicher Ansetzung, der Bestimmung des Verhältnisses der legendarischen Quellen zueinander und der Bewertung namentlich des Sermo in natali weichen unsere Resultate von den bisherigen ab. Eine aus dem Stift Essen stammende und sicher in das 10. Jh. hinaufreichende Überlieferung von dem Martyrium der hll. Jungfrauen, die den Forschern auf diesem Gebiete entgangen ist, kennt die Version von der englischen Herkunft der Märtyrerinnen noch nicht. Doch wir tun gut, uns den wesentlichen Inhalt unserer ältesten angeblichen Quellenzeugnisse zunächst in chronologischer Folge vor Augen zu führen.

# II. Die älteste Überlieferung über die Kölner heiligen Jungfrauen und deren Verehrung am Niederrhein.

In der Clematianischen Inschrift wird behauptet, dass veranlasst durch himmlische flammende Visionen ein vornehmer Herr Clematius an der Stelle, an der heilige Jungfrauen als Bekennerinnen Christi ihr Blut gelassen hätten, infolge eines Gelübdes den Neubau einer Basilika ausgeführt habe. Wir fügen hier den Wortlaut der Inschrift ein, weil wir in den nachfolgenden Untersuchungen fortgesetzt auf ihren Inhalt Bezug nehmen müssen:

Divinis flammeis visionib(us) frequenter admonit(us) et virtutis magnae maiestatis martyrii coelestium virgin(um) imminentium ex partibus Orientis exsibitus (!) pro voto Clematius v(ir) c(larissimus) de proprio in loco suo hanc basilicam voto quod debebat a fundamentis restituit. Si quis autem super tantam maiiestatem huiius basilicae ubi sanctae virgines pro nomine Christi sanguinem suum fuderunt corpus alicuitus deposuerit exceptis virginib(us) sciat se sempiternis tartari ignib(us) puniendum <sup>13</sup>).

Aus den Angaben der Inschrift ist weder ersichtlich, wann der Martertod der hll. Jungfrauen vor sich gegangen, noch zu welcher Zeit Clematius den Votivbau in Angriff genommen und beendet haben soll.

<sup>12)</sup> Kraus, Die altchristl. Inschr. 1 Nr. 294.



Welcher Art das Gebäude gewesen, das früher an der Stelle der wiederhergestellten Basilika sich befunden hatte, verrät uns die Inschrift ebenfalls nicht. Die Interpreten, welche für die Echtheit der Inschrift eintreten, verlegen das Martyrium in die Zeit der grossen Diocletianischen Christenverfolgung (um 305), die Erbauung der ersten christlichen Basilika — sie wird als cella cimiterialis angesehen — an der Begräbnisstätte der gemarterten Jungfrauen in den Anfang des 4., die Wiederherstellung des der Zerstörung anheimgefallenen ursprünglichen Baues durch Clematius an das Ende des 4. oder in den Beginn des 5. Jhs. In dem zweiten noch von keinem Gelehrten einwandfrei gedeuteten Satz der Inschrift spricht Clematius den Fluch über denjenigen aus, der es wagen sollte, einen Leichnam irgend Jemandes an dieser geweihten Stätte beizusetzen, Jungfrauen ausgenommen 14).

In der Basilika der Clematianischen Inschrift wird das monasterium beatarum virginum wiedererkannt, das sich in einer Urkunde von 867 <sup>15</sup>), für die wir freilich erst eine Vorlage des 17. Jhs. besitzen, erwähnt findet. Dessen Insassen werden jedoch als canonici bezeichnet.

Heilige namenlose Jungfrauen, Führerinnen von Jungfrauenscharen, die am Rhein hingeschlachtet worden seien, führt uns Wandalbert von Prüm in seinem 848 gedichteten poetischen Martyrologium zum 21. Oktober vor:

(671) Tunc numerosa simul Rheni per litora fulgent Christo virgineis erecta trophea maniplis Agrippinae urbi, quarum furor impius olim Milia mactavit ductricibus inclita sanctis <sup>16</sup>).

In dem wenig jüngeren Martyrologium Usuardi, das auf Befehl Karls des Kahlen verfasst wurde, ist zum 20. Oktober vermerkt: Civitate Colonia passio sanctarum virginum Marthae et Saulae cum

<sup>14)</sup> Vgl. Kraus a. a. O.

<sup>15)</sup> Ennen, Quellen zur Gesch. der Stadt Köln 1, 2. Hierin werden die Stifte s. Gereon, Severin, Cunibert und zu den sel. Jungfrauen, que ad thesaurum et luminaria eiusdem (s. Petri) matris ecclesie pertinere dignoscuntur aufgezählt; die Urkunde ist ausschliesslich durch die Farragines Gelenii überliefert. Vgl. auch Stein, Das Kloster . . an der Kirche der hll. 11 000 Jungfrauen in Köln in den NRhein. Ann. 31, 45 ff. Die Notiz in der Lebensbeschreibung des hl. Kunibert (623—663), dass dieser in der Kirche zu den hll. Jungfrauen die Messe zelebriert habe (vgl. Stein a. a. O. S. 47) kann nicht für ein Zeugnis des 7. Jhs. gelten; die Vita s. Cuniberti ist frühestens am Ende des 11. Jhs. abgefasst.

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup>) MGH. Poetæ Lat. 2, 597 zu XII Kal. Novembris.

aliis pluribus 17). Aber weder in dem Geschichtswerk Gregors von Tours noch in dem Martyrologium Hieronymianum, in denen sonst die älteren Kölner Lokalheiligen Berücksichtigung gefunden haben, ist von dem Martyrium der hll. Jungfrauen die Rede 18). Das älteste Essener Kalendar 19) bringt zum 21. Oktober den Eintrag: Saule et Marthe. Diese Handschrift (D,3) wird dem 9. Jh. zugeschrieben. In einem späteren Essener Kalendar (D,2) -- im zweitältesten (D,1) das von einer Hand des 10. Jhs. herrührt, steht vermerkt: s. Hilarionis sanctarumque virginum XI milium - lautet der Eintrag zum 21. Oktober: s. Hilarionis et sanctarum XI virginum Ursule, Sencie, Gregorie, Pinnose, Marthe, Saule, Britule, Saturnine, Rabacie, Saturie, Palladie. Abfassungszeit dieses dritten Essener Kalendars fällt frühestens in den Anfang des 11. Jhs., es stellt sich als eine teilweise Überarbeitung der beiden ersten Kalendare dar. Demgegenüber aber lautet die Reihenfolge dieser 11 heiligen Jungfrauen in einem Kalendar Kölner Ursprungs aus dem 10. Jh.: Martha, Saula, Brittola, Gregoria, Saturnia, Sabatia, Pinnosa, Ursola, Sentia, Palladia, Saturia 20). Auch andere ältere Kölner Kalendare 21) führen diese Namen zum 21. Oktober zum Teil auf, setzen jedoch den der hl. Ursula ebenfalls nicht an die Spitze, sondern beginnen die Aufzählung meist mit Martha und Saula. ändert sich jedoch wieder in dem Gerresheimer Kalendar, das genau die Reihenfolge des dritten Essener Kalendars einhält. Hinzugefügt sind noch in Gerresheim zu den 11 Namen die der Florina, Clementia, Grata. Das Kalendar aus Gerresheim ist uns freilich erst durch eine Niederschrift des 14. Jhs. erhalten 22).

Den unbestreitbaren Ehrenplatz unter den hll. Jungfrauen selbst in der ältesten Kölner Überlieferung nehmen also Martha und Saula ein; die hl. Ursula ist erst später aufgerückt. Vielleicht hat ein Inschriftenfund dazu die Veranlassung gegeben. An einem der Pfeiler

<sup>&</sup>lt;sup>17</sup>) Vgl. Klinkenberg, Bonn. Jb. 93, 132.

<sup>18)</sup> Vgl. Zilliken G., Der Kölner Festkalender in den Bonn. Jb. 119, 17 ff.

<sup>19)</sup> Über die Essener Kalendare (Hdschr. der Land- u. Stadtbibl. Düsseldorf D 1—3) s. Harless in Lacomblets Archiv 6, 63 ff. und Zilliken in den Bonn. Jb. 119, 29 ff. Die Handschriften folgen sich dem Alter nach: D<sub>3</sub> = C bei Harless 9. Jh. (?); D<sub>1</sub> = A; D<sub>2</sub> = B. Zilliken setzt D<sub>1</sub> vor D<sub>3</sub> an. Den Sachverhalt hat bereits Ribbeck, Beitr. zur Gesch. von Essen 20, 69 Anm. 5 richtig erkannt.

<sup>&</sup>lt;sup>20</sup>) S. Klinkenberg, Bonn. Jb. 93, 133.

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup>) Ebenda. Vgl. auch Zilliken, Bonn. Jb. 119, 25 t. und 108.

<sup>&</sup>lt;sup>22</sup>) St.-A. Düsseldorf, Stift Gerresheim, Rep. u. Hs. Nr. 3 fol. 46.

des ehemaligen Südeinganges zum romanischen Teil der Kirche zu den hll. Jungfrauen war seit alter Zeit die Grabschrift eines im Alter von 8 Jahren, 2 Monaten und 4 Tagen gestorbenen Christenmädchens des Namens Ursula eingemauert. Die Inschrift ist erst neuerdings wieder bekannt geworden, weil sie übertüncht war 23). Dass sie aus einem aufgedeckten altchristlichen Grabmal stammt, ergibt sich ohne weiteres. Die Stelle, an der sie nachträglich in der Ursulakirche angebracht worden ist, liefert ferner den Beweis, dass man ihr im Stift zu den hll. Jungfrauen zeitweilig eine Bedeutung beigemessen hat, die die Trägerin des Namens in Verbindung mit der geschichtlichen Überlieferung des Stiftes setzte. Da die Grabschrift Bestandteilen der älteren Kirche eingefügt war, darf man ihre Auffindung und anderweitige bauliche Verwendung wohl in das frühere Mittelalter verlegen, in eine Zeit, in der die hl. Ursula noch nicht unter dem Einfluss englischer Überlieferung zu einer britischen Königstochter und Anführerin einer Jungfrauenschar gestempelt war, und als man einer bestimmten Vorstellung von dem Martyrium der hll. Jungfrauen überhaupt entbehrte. Wir kämen damit etwa auf das 10. Jahrhundert.

Die drei Damenstifte in Köln. Essen und Gerresheim sind es nun, die sich am Niederrhein die Verehrung der hll. Jungfrauen am frühesten besonders haben angelegen sein lassen. Das hat für Gerresheim die Union bewirkt, die im Jahr 922 durch Erzbischof Hermann von Köln für das Kloster zu den hll. Jungfrauen in Köln und die Kirche zum hl. Hippolyt in Gerresheim eingeführt wurde. Das Kloste Gerresheim, dessen Stiftung in die 70er Jahre des 9. Jhs. fällt, war 922 durch die Ungarn zerstört worden. Deshalb verpflanzte der genannte Erzbischof die Äbtissin Lantsvind mit ihren Nonnen in das monasterium sanctarum virginum extra muros Coloniae erectum ad laudationem Dei et s. Mariae ac ipsarum XI milium virginum'. Leider fehlt in der Urkunde von 92224) eine Bemerkung darüber, welcher Art die klösterliche Niederlassung in dem Kloster zu den hll. Jungfrauen vor den Mauern Kölns bisher gewesen war. Wir haben schon angeführt, dass zufolge der ältesten Erwähnung Kanoniker im Kloster lebten; von sanctimoniales ist 867 noch nicht die Rede. Ob damals wie später ein Männer- und ein Frauenkapitel nebeneinander bestanden

<sup>&</sup>lt;sup>23</sup>) S. Klinkenberg in den Bonn. Jb. 108/9 S. 158. Die Grabschrift lautet: In hoc tumulo innocis virgo iacet nomine Ursula, vixit annibus octo mensibus duobus diens quattor.

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup>) Gedr. in den NRhein. Ann. 26/27 S. 334 ff.

haben, oder ob ersteres ursprünglich allein existierte, vermögen wir beim Fehlen von Nachrichten nicht zu entscheiden 25). Aus einem Breve Papst Johanns X. an Erzbischof Wigfried von Köln (925-926) 26) erhellt soviel, dass das Kölner Kloster in Verfall geraten war, und dass demnach dem Erzbischof Hermann die Vertreibung der Gerresheimer Nonnen durch die Ungarn eine erwünschte Gelegenheit geboten hatte, das klösterliche Leben an dem den hll. Jungfrauen geweihten Ort in Köln wieder neu aufleben zu lassen. Von dieser Zeit ab ist die Kirche zu den hll. Jungfrauen oder, wie sie seitdem ebenfalls häufiger betitelt wird, zu den hll. 11000 Jungfrauen auf jeden Fall ein sogenanntes freiweltliches Damenstift gewesen. Gerresheim blühte, wie das die Urkunde Erzbischof Hermanns von 922 bereits in Aussicht nimmt, in der Folgezeit in der gleichen Eigenschaft wieder neu auf. Die Erinnerung an die Vereinigung mit Gerresheim hält aber in Köln in den nächsten Jahrhunderten noch weiter vor, indem dem Titel des Stiftes "zu den hll. Jungfrauen", der des Stiftsheiligen von Gerresheim, des hl. Hippolyt, bisweilen angeschlossen wird 27). Ferner zeigt das aus der zweiten Hälfte des 12. Jhs. stammende älteste Konventssiegel 28) des Stifts im Bild vereinigt die hl. Ursula mit einem Pfeil in der Rechten und den hl. Hippolyt, die Linke auf das Schwert gestützt. Die Gebeine dieses Heiligen waren um 922 bei der Übersiedelung der Gerresheimer Klosterinsassen nach Köln in die Peterskirche daselbst überführt worden.

Neben den Einträgen in den Kalendaren liefern uns Vorschriften für die Liturgie im Kirchendienst Zeugnisse dafür, dass in dem Stift Essen seit alter Zeit die hll. Jungfrauen besonders in Ansehen standen. Dieses Stift war ungefähr um die nämliche Zeit wie das Stift Gerresheim

<sup>&</sup>lt;sup>28</sup>) Erhalten in vorzüglichem Abdruck an einer Urkunde von 1198, St.-A. Düsseldorf, Kl. Weiher. Die Umschrift des Siegels lautet freilich nur: Sigillum ecclesie sanctarum virginum in Colonia.



<sup>&</sup>lt;sup>25</sup>) Vgl. übrigens Stein a. a. O. S. 48.

<sup>&</sup>lt;sup>26</sup>) Abschr. 10. Jhs. in der Nationalbibliothek in Paris, vgl. Knipping, Mitt. der Preuss. Archiverw. 8, 1 Nr. 1 u. Jusselin, Le Moyen Age XXI (1908) S. 320—322.

<sup>&</sup>lt;sup>27</sup>) Zwischen 922 und 935 (regnante rege Hainrico) schenkt ein gewisser Wilhelm seiner Nichte Wendilsvint einen Hof in Meresloe u. a., der nach deren Tod 'ad monasterium s. Ypoliti et ss. XI milia virginum, quod est constructum extra muros Coloniæ civitatis' fallen soll (Or. im Besitz der deutschen Gesellschaft in Leipzig). Vgl. auch die bei Ennen, Quellen 1 Nr. 118 gedruckte Urkunde aus der nämlichen Zeit. Danach ist zu berichtigen Keussen, Topographie der Stadt Köln im MA. 2 S. 165 Anm.

gegründet worden <sup>29</sup>). Die Verehrung der hll. Jungfrauen geht aber in Essen so gut wie in Gerresheim auf kölnischen Einfluss zurück. Dafür legt der Ehrenplatz, der der hl. Ursula im dritten Essener Kalendar eingeräumt ist, schon Zeugnis ab. Und es lassen sich im ältesten Essener Offizium der hll. Jungfrauen, wie wir gleich sehen werden, auch Konkordanzen mit dem Kölner Offizium feststellen. In jenem wird aber keine der Märtyrerinnen mit Namen genannt.

Der älteste Liber ordinarius <sup>30</sup>) des Stifts Essen enthält in einem Nachtrag, dessen Niederschrift um das Jahr 1000 zu setzen sein dürfte, für die Vorfeier und die Feier des Festtages der hll. Jungfrauen selbst (20. und 21. Oktober) folgende Vorschrift:

Vigilia sanctarum virginum: Deus, qui nos beatarum virginum ac martirum tuarum annua sollempnitate laetificas, concede propicius, ut, quarum natalicia prevenimus, per earum exempla ad te gradiamur. Per secreta: Suscipe domine munera, quæ in earum tibi sollempnitate deferimus, quorum nos confidimus patrocinia liberari. Per vere dignum: Aeterne Deus qui, dum beatarum virginum merita gloriosa veneramur, auxilium nobis tuæ propinationis adquirimus; nec desperamus de veniæ largitate, quam pro eis, qui tibi placuere deposcimus. Per Christum ad complendum: Repleti domine muneribus sacris quæsumus intercedentibus sanctis virginibus ac martyribus tuis in gratiarum tuarum semper actione maneamus; per [domnum?]

In nativitate sanctarum virginum: Deus 31), qui digne tibi sacratis virginibus mirandi agonis robur indidisti, quo per martyrii palmam ad superne contemplationis pertingerent gloriam, da quæsumus earum nos intercessionibus adiuvari, quas hodierna die transcenso 32) mortis stadio in celestibus fecisti triumphari; per secreta 33).

Votiva domine dona <sup>34</sup>) mystici libaminis pro sanctarum virginum tuarum veneratione tue maiestati oblata nostra expurgent facinora et purificatos nos tanti mysterii exequendi reddant acceptos; per [domnum].

Verum dignum: Aeterne Deus. Qui de antiqui hostis persecutione non solum per viros verum eciam per feminas voluisti triumphare. Quapropter sacre virgines, quarum hodie festa celebramus, de suæ patrie natione

<sup>&</sup>lt;sup>29</sup>) S. die Urk. Bischof Altfrieds von Hildesheim 873 (877) bei Lacomblet UB. 1, 69 u. Janicke UB. des Hochstifts Hildesheim 1, 15.

<sup>30)</sup> Handschrift des Stiftes Essen auf der Landes- und Stadtbibl. Düsseldorf D1 fol. 229v. S. oben S. 149. Für die Vigilienfeier findet sich der gleiche Eintrag als Nachtrag in D3 fol. 303v, für den 21. Oktober selbst aber auf fol. 296v die Liturgie ohne Überschrift und unter Weglassung des Abschnittes: Vere dignum.

<sup>31)</sup> Dieser Abschnitt bis triumphari stimmt mit der Oratio des Ursulanischen Offiziums, das Kessel, St. Ursula S. 153 abdruckt, wortgetreu überein.

<sup>32)</sup> In D1 falsch "transcendo".

<sup>33)</sup> In D3 Super oblata.

<sup>34)</sup> Fehlt in D3.

extortes (!) virile nise sunt certamen adire et persequentium superare tormentum. Pro quo centesimi fructus donum virgineis palme floribus adornatum et lampadum splendore vestitum eisdem unigeniti tui thalamum intrantibus conferre dignatus es. Et ideo. Ad completum: Cælesti domine alimoniae refecti sacramento quæsumus, ut intercedentibus sanctis virginibus ac martiribus tuis, que pro illarum celebramus gloria, ad nostræ salutis proficiant incrementa.

Da in diesem Essener Offizium nur von den sanctae virgines und nicht von den ss. virginum XI milia die Rede ist, muss die Entstehung der Liturgie, was aus der handschriftlichen Überlieferung ebenfalls erhellt, früh angesetzt werden. Ein Abschnitt desselben stimmt mit dem Text des uns aus dem Ursulastift in Köln überlieferten Offiziums überein, wodurch Kessels 35) Vermutung zum Teil bestätigt wird, der auch dem letztern ein hohes Alter zuschreibt. Das trifft jedoch nicht zu auf die Laudes 36), schon deshalb nicht, weil darin die undena virginum milia erscheinen Dieser spätere Abschnitt des Kölner Offiziums dürfte nicht vor dem 12. Jh. entstanden sein, aus welcher Zeit auch erst dessen erhaltene Handschriften stammen. Trotzdem man nun nach der teilweisen Übereinstimmung in den Kirchengesängen bei der Feier des Festes der hll. Jungfrauen in Köln und in Essen nicht zweifeln kann, dass deren Kult am letzteren Ort von dem in Köln direkt abhängig gewesen ist, deutet das alte Essener Offizium mit keiner Silbe darauf hin, dass die Kölner Märtyrerinnen von jenseits des Meeres gekommen seien, wie das die spätere Legende behanptet.

Freilich treten darin historische Bezüge überhaupt nicht hervor, bis auf eine Stelle, die, wenn sie gleich keine bestimmten Daten und Fakta mitteilt, soviel zeigt, dass in alter Zeit eine andere Vorstellung von dem Schicksal der hll. Jungfrauen bestand, als sie durch die sogenannte Passio ss. virginum und andere ihr annähernd gleichalterige Schriften in Umlauf gesetzt worden ist. Sacre virgines . . . de sua e patrie natione extortes (!) virile nise sunt certamen adire et persequentium superare tormentum. "Hll. Jungfrauen, die, aus der Sippschaft ihres Vaterlandes oder ihrer Vaterstadt vertrieben, Männerkampf zu bestehen und die Folterungen durch ihre Verfolger standhaft zu ertragen bestrebt waren", diese Charakteristik der Jungfrauen und die Kennzeichnung des Martyriums klingen doch ganz anders, nüchterner und schlichter zwar, aber dafür viel glaubhafter, als sie uns durch den romantisch-mystischen Bericht der Passionen,

<sup>36)</sup> A. a. O. 155.



<sup>35)</sup> St. Ursula 12 f. u. 153 ff.

den wir gleich noch ausführlicher kennen lernen werden, gegeben sind. Der Satz: Qui de antiqui hostis persecutione non solum per viros verum eciam per feminas voluisti triumphare, lässt ebenfalls nicht im Unklaren darüber, dass damals die hll. Jungfrauen als Märtyrerinnen ihres christlichen Bekenntnisses gefeiert wurden. Wie es bei religiösen Verfolgungen naturgemäss ist, sind demnach die Jungfrauen um ihres Glaubens willen aus der Heimat verjagt worden. Von ihren ehemaligen Stammesgenossen, die sie offenbar zum heidnischen Unglauben zurückführen wollten, gehetzt, haben sie versucht, im männlichen Kampf sich die Freiheit des Christentums zu erstreiten. Da ihnen das nicht gelingen wollte, sind sie als Märtyrerinnen ihrer Überzeugung standhaft in den Tod gegangen.

In diesem Essener Offizium, das bisher nicht beachtet ist, haben wir die ursprünglichste Version des Schicksals der hll. Kölner Jungfrauen vor uns. Unsere Kenntnis bereichert sie freilich nicht erheblich, aber auch das negative Resultat, zu dem sie uns hinleitet, ist bemerkenswert, dass man nämlich im 10. Jh. am Niederrhein eine genauere Kunde von dem Martyrium der hll. Jungfrauen ebenfalls nicht mehr besass, so wenig wie ein Jahrhundert zuvor Wandalbert für sein Loblied auf die Märtyrerinnen bestimmte Angaben zur Verfügung gestanden hatten.

Wie nun im Kölner Stift im Laufe der Jahrhunderte die hl. Ursula aus der Schar der hll. Jungfrauen besonders herausgehoben ist, so hat in Essen die hl. Pinnosa die gleiche Ehre erfahren. Das älteste Essener Kalendar (D 3) hat Zusätze in ziemlicher Anzahl erhalten. Zum 28. Februar (II Kal. Martii) ist von einer Hand, die frühestens dem Beginn des 11. Jhs. angehört, die Notiz: Translacio s. Pinnose nachgetragen. Die Überarbeitung dieses Kalendars in D 2 bringt denselben Eintrag, während er in D 1 fehlt <sup>37</sup>). Auf dem Deckel des Evangeliars, das die Äbtissin Theophanu von Essen (1039—1054), die Schwester Erzbischof Hermanns von Köln, hat anfertigen lassen, findet sich die hl. Pinnosa neben der hl. Walburga bereits dargestellt <sup>38</sup>). Vielleicht dass Erzbischof Hermann, der am 9. September 1051 die neugebaute Essener Kirche geweiht hat, seiner Schwester die Reliquien

<sup>&</sup>lt;sup>37</sup>) Lacomblets Arch. 6, 77 u. 80. S. oben S. 149.

<sup>&</sup>lt;sup>38</sup>) Vgl. Aus'm Weerth, Kunstdenkmäler des christl. Mittelalters 2, 35. S. auch Humann G., Die Kunst des 10. Jhs. in Essen in Kunst und Kunstgewerbe 20, 364 und Arens, Franz, Der Liber ordinarius der Essener Stiftskirche 210 ff.

der hl. Pinnosa bei dieser Gelegenheit für die Essener Kirche verehrt hat. Somit kommen wir auf die erste Hälfte des 11. Jhs. als den Zeitpunkt, in dem die hl. Pinnosa als neuer Stern an dem Heiligenhimmel der Essener Stiftsdamen aufgegangen ist.

Der Festtag der Erhebung der Gebeine der hl. Pinnosa ist aber nicht nur durch das ganze spätere Mittelalter hindurch im Stift Essen am 28. Februar gefeiert worden <sup>39</sup>), mindestens seit dem 14. Jh. hat man dieser Heiligen in der Vigilie des 21. Oktober wie in der zweiten Vesper am Tag der 11000 Jungfrauen selbst besonders gedacht <sup>40</sup>), und zwar ihrer allein aus der Jungfrauenschar; der Name der hl. Ursula kommt auch im späteren Essener Offizium nicht vor. Diese Feststellung wird zur Beurteilung der einen von den ältesten Quellenschriften für die Legende der 11000 Jungfrauen mit Nutzen herangezogen werden können.

# III. Die Passiones ss. Virginum.

Ihre eigentliche Prägung hat die spätere Legende von der Elftausendschar durch die Passionen der hll. Jungfrauen erhalten, deren uns zwei in verschiedenen Fassungen aus alter Zeit überliefert sind, und die gewöhnlich durch die Anfangsworte: 'Regnante Domino' und 'Fuit tempore pervetusto' unterschieden werden 41).

Sie stimmen inhaltlich überein <sup>42</sup>). Ihnen zufolge ward Ursula, die einzige Tochter eines frommen christlichen Königs (Deonotus) in Britannien, von dem Sohn eines mächtigen heidnischen Tyrannen zum Weib erkoren. Um dieser Ehe zu entgehen und der Verbindung mit dem himmlischen Bräutigam in reiner Jungfräulichkeit teilhaftig zu werden, ersann sie folgende List, die ihr in einer Vision eingegeben war. Sie verlangte von ihrem Vater und ihrem zukünftigen Verlobten, dass für sie und 10 Genossinnen edler Herkunft je 1000 Gefährtinnen beschafft würden, mit denen sie auf 11 Galeeren nautische Übungen

<sup>42)</sup> Über das Verhältnis der beiden Schriften zu einander s. unten S. 158 ff.



<sup>39)</sup> Vgl. Ribbeck in den Essener Beitr. 20, 116.

<sup>40)</sup> S. den Auszug aus dem Liber ordinarius des Stifts Essen aus dem 14. Jh. in den Essener Beitr. 14, 122; vgl. auch 21, 69 u. 85 und Arens, Der Liber ord. 209.

<sup>&</sup>lt;sup>41</sup>) Vgl. den neuesten Abdruck der Passio: Regnante Domino von Klinkenberg, Bonn. Jb. 93, 154 ff.; die früheren Drucke sind verzeichnet Bibliotheca hagiographica latina S. 1218 ff. Die Passio: Fuit tempore pervetusto ist zuletzt gedruckt in den Analecta Bollandiana 3, 1—20.

anstellen wollte, um sich noch drei Jahre lang einem jungfräulichen Leben zu weihen. Wenn diese Frist abgelaufen, möge geschehen, was Gott gefalle. Ihrem Wunsche ward willfahrt, die Schiffe wurden hergerichtet und es versammelten sich die 11 000 Jungfrauen, unter denen Pinnosa, die Tochter eines der mächtigsten Herzöge, neben Ursula, die zweite Stelle einnahm. Der ältere Teil der Passio: R. D. bezeichnet nur diese beiden Führerinnen mit Namen. Drei Jahre lang betrieben die Jungfrauen an der britannischen Küste unter den Augen ihrer Angehörigen und anfänglich unter starkem Zuströmen der Volksmenge die Vorbereitung auf eine Seefahrt. Als dann für die heilige Ursula der Tag herannahte, an dem sie dem liebedrängenden Bräutigam als Gattin vermählt werden sollte, da gelang es ihr ihre Genossinnen, die sie für die Wahrung der Keuschheit begeistert hatte, zu einer entscheidenden Tat fortzureissen. Man schiffte sich ein, um nicht wieder zurückzukehren und Gott sandte günstigen Wind, der die Flotille nach einer glücklichen Fahrt von einem Tag und einer Nacht in den Hafen von Tiel trug. Hier wurde eine Nacht verweilt, und am folgenden Tag Proviant eingenommen — Tiel (a. d. Waal) war ein Marktort, wie die Verfasser der Passionen bemerken - worauf dann die Anker gelichtet wurden. Flussaufwärts ruderte man den Rhein binauf zur berühmten Metropole Germaniens, nach Köln. Hier erschien der Schutzengel der hl. Ursula wieder und bestärkte sie in ihrem Vorsatz zur Wallfahrt nach Rom, den sie bisher nur zagenden Mutes gefasst hatte. Die Schar der Elftausend folgt freudigen Herzens ihrem Rufe auch dahin. Die Fahrt geht wieder zu Schiff bis nach Basel, von wo aus man die Fussreise antritt. Der Aufenthalt in Rom ist dem Besuch der heiligen Stätten gewidmet, wo Gebete verrichtet werden. Aber das Verlangen, vor dem Richterstuhl des himmlischen Königs zu erscheinen, trieb die Jungfrauen zurück. Nachdem sie Basel zum zweiten Mal erreicht hatten, bestiegen sie aufs neue ihre Schiffe und liessen sich rheinabwärts bis nach Köln treiben, wo sie wiederum Hier war aber inzwischen das Barbarenvolk der Hunnen ins Land gebrochen, hatte alles verwüstet und belagerte eben in fester Umschliessung die Stadt. Davon hatten die Jungfrauen beim Verlassen der Schiffe nichts gemerkt. So konnten, als sie alle ans Land gestiegen waren, die Hunnen unversehens über sie herfallen und sie grausam niedermetzeln. Nur vor der Schönheit der hl. Ursula machten die Würgengel zunächst Halt. Ihr Fürst, ebenfalls davon bezaubert, begehrte sie zu seinem Weibe. Über den Verlust ihrer Jungfrauen

suchte er sie mit der Aussicht zu trösten, dass sie nun gewürdigt werde, die Gattin des Besiegers von ganz Europa, vor dem auch das Römische Reich zittere, zu werden. Als Ursula sich dessen weigert, streckt auch sie auf Befehl des Fürsten ein Pfeilschuss nieder, von dem getroffen sie über den Leichen ihrer Genossinnen zusammenbricht. Ein Lobpreis der hll. Jungfrauen, die mit der Stola der Unsterblichkeit angetan vor dem Herrn erscheinen und der Engelschar zugesellt werden, schliesst die Passio 'Regnante Domino' in ihrer ursprünglichen Gestalt.

Erst ein späterer Zusatz berichtet von der Vertreibung der Hunnen, die Gottes Zorn von den Mauern Kölns verjagte. Jetzt kamen auch die Kölner aus den Toren der Stadt hervor, fanden auf dem Erdboden überall zerstreut die Leichname der Jungfrauen und bestatteten sie in der Empfindung, Martyrerinnen vor sich zu haben, mit der höchsten Verehrung zur Ruhe. Seitdem blieb es für die Bürger der Stadt ein heiliges Vermächtnis, dass im Umkreis der jungfräulichen Begräbnisstätte keines Sterblichen Leichnam beigesetzt würde. Nach geraumer Zeit erschien dann, durch Visionen der hll. Jungfrauen herbeigeführt, ein frommer Mann mit Namen Clematius aus dem Orient, der einem Gelübde gemäss eine Kirche über den heiligen Aschenresten zu Ehren der hll. Jungfrauen auferbaute. Ein zweiter Zusatz zur Passio behandelt das Martyrium der hl. Cordula. Die beiden Nachträge sind in einem Teil der Handschriften der Passio 'Regnante Domino' so eng mit dem voraufgehenden Hauptabschnitt zusammengeschweisst, dass die stückweise Entstehung des Werkes dadurch verschleiert blieb. In der Passio 'Fuit tempore pervetusto' sind in allen Handschriften die den Nachträgen der Passio R. D. entsprechenden Kapitel den früheren unmittelbar angegliedert, so dass die ganze Schrift einen einheitlichen Charakter trägt.

Es ist Klinkenbergs <sup>43</sup>) Verdienst, die Komposition der Passio 'Regnante Domino' aus verschiedenen Teilen zuerst auf Grund der Münchener Handschrift (Cod. lat. 18897) bestimmt erwiesen zu haben. In ihr sind die beiden späteren Abschnitte, deren erster mit den Worten: Ut etiam Colonia illa beata (Kap. 17) beginnt, nebst der Passio s. Cordulae deutlich als Nachträge der ursprünglichen Fassung der Passio, die im Kap. 16 und im Beginn von Kap. 17 durchaus sachgemäss in einen Hymnus auf die bll. Jungfrauen ausklingt, angehängt. Dabei

<sup>&</sup>lt;sup>43</sup>) Bonn. Jb. 93, 150 ff. Für den Bericht über das Martyrium s. Cordulæ hatte freilich Crombach, Ursula vindicata S. 14 bereits die gleiche Ansicht vertreten.

ist der originale Schluss verstümmelt worden, indem man einfach den Nachsatz abgeschnitten hat, weil dieser zu deutlich das Ende der Schrift bekundete 44). Wie eine spätere Randnotiz in dem erwähnten Münchener Kodex besagt, enthielt eine Handschrift des Klosters Beuron (?) ebenfalls nur die kürzere Passio 45). Die beiden Nachträge fehlen auch dem aus der ehemaligen Prämonstratenserabtei Windberg in Niederbayern entstammenden Manuskript (Cod. N. 22244 der Münchener Hof- und Staatsbibliothek), dessen Niederschrift am Ende des 12. Jhs. erfolgt Bei dieser Sachlage verdient doch auch Beachtung, dass der zweite Teil der Weissenburger Handschrift (Cod. 3191, früher 7984, der Kgl. Bibliothek in Brüssel) 46), die bisher als die älteste bekannte Handschrift der Legende galt, umgeschrieben zu sein scheint. Auf jeden Fall sind an diesem Manuskript zwei Schreiber tätig gewesen. Die erste Hand endigt am Schluss der Vorderseite eines Blattes mitten im Satz von Kap. 13 mit den Worten: in auribus omnium exposuit. His auditis |. Die zweite Hand, welche die Fortsetzung geschrieben hat, dürfte etwas jünger sein. Da das Stück im Brüsseler Kodex Palimpsest ist, so wird vermutlich der Handwechsel bei einer so wenig umfangreichen Schrift, wie der Passio, durch die Textänderung am Schlusse der Fassung veranlasst sein, weil die Fortsetzung erst später in Weissenburg bekannt geworden war.

Es lassen sich aber weitere sachliche Gründe vorbringen, die mit ziemlicher Bestimmtheit dafür zeugen, dass die Passio 'Regnante Domino' ursprünglich ohne die erwähnten Zusätze bestanden hat. Sie sind uns zunächst in der Passio 'Fuit tempore pervetusto' gegeben. Um sie verständlich zu machen, müssen wir jedoch zunächst das Verhältnis der beiden Passionen zu einander klarstellen.

Dass die eine Passio von der anderen abhängig ist, kann nicht bezweifelt werden. Sie gleichen sich in der äusseren Anlage vollkommen, ihr Inhalt deckt sich überall und es treten in den korrespondierenden

<sup>44)</sup> Er lautete: O quale hac die in celo factum est tripudium . . . quam devota congratulatio patriarcharum et confessorum, cum tante (statt tum), anime suorum participes effici meruere gaudiorum prestante domino nostro Jesu Christo, qui vivit et regnat in secula seculorum. Amen. Der gesperrt gedruckte Satz ist in den Handschriften der erweiterten Passio unterdrückt und die Fortsetzung mit "Ut etiam Colonia" hinter "confessorum" angeschlossen.

<sup>&</sup>lt;sup>45</sup>) Vgl. Klinkenberg a. a. O. S. 152; die Lesung: "Buronensi" ist nicht ganz sicher.

<sup>46)</sup> S. darüber unten S. 163.

Kapiteln beider Schriften wörtliche Anklänge an vielen Stellen <sup>47</sup>) hervor. Während man früher die Passio F. t. p. für eine späte gekürzte Bearbeitung der anderen Passio hielt <sup>48</sup>), ist man heutzutage geneigt, in ihr die älteste Form der Legende zu erkennen <sup>49</sup>), weil eine Handschrift einen Widmungsbrief überliefert, mit dem der Verfasser sein Werk angeblich dem Erzbischof Gero von Köln (969—976) <sup>50</sup>) überreicht hat. Wir werden darauf bei der Besprechung der Handschriften zurückkommen.

Der Verfasser der Passio F. t. p. schreibt in einem überaus schwülstigen Stil. Da dieser die ganze Schrift durchzieht, darf man darauf schliessen, dass sie in einem Zuge niedergeschrieben ist. Nun sind aber in ihr die Abschnitte von Kap. 17 der Passio R. D., die wir als Zusätze zu erweisen gesucht haben, deutlich zu einem Ganzen mitverarbeitet. Weiter erklärt ihr Verfasser in der Schlusspartie, in der die Passio der hl. Cordula behandelt wird, ausdrücklich, dass deren Märtyrertod in der Geschichte der übrigen Jungfrauen nicht enthalten

47) Z. B.

R. D. cap. 6.

Igitur sub primo surgentis aurore diluculo patris mestitiam relevatura, eo quippe die tyranni legatis erat responsurus, hilaris ad eum venit blandeque arridens: Noli, inquit, mi pater super hac re aliquo ulterius merore contabescere..

Ferner

R. D. cap. 9.

Post hec dato signo quia mare contiguum erat, raptim ad naves convolant... omnique ludorum genere exercitate nihil intemptatum relinqunt. Sic per dies singulos puellariter pallestrizantes aliquando circa meridiem, aliquando circa nonam, aliquando die toto in ludis assumpto ad vesperam reverse sunt.

F. t. p. cap. 6.

Igitur cum Phoebee lampadis ortu minores pallescerent ignes . . erat pater mestissimus; haud injuria, quia invisi tyranni legatis absque dubio super nuptiis filie responsurus erat. Ad quem serena fronte . . hilari voce filia accedens taliter infit: Noli pater, inquit, super hoc negotio, quod te angit, in presenti . . moveri

F. t. p. cap. 9.

Proinde paratis navibus cum armorum supplemento altum petierat — erat igitur mare contiguum — Christi athletarum cuneus et . . lusum diebus singulis exercebat. Aliquando vero ad meridiem usque . . interdum ad nonam vel vesperum saepe etiam totum solem ludum consummantes suis satisfecerant votis.

- 48) V. de Buck, Acta SS, Oct. IX 93.
- 49) S. Dümmler in Wattenbachs Geschichtsquellen 7º 1, 47 Anm. 2 und Zoepf Ludw., Das Heiligenleben im 10. Jh. 65 ff.
  - 50) Abgedr. in den Analecta Bollandiana 3, 7-9.

11\*



sei. Seine Quelle für diese waren, wie er sagt <sup>51</sup>), Gesta virginum. Die ursprüngliche Passio R. D. nennt ja freilich aus der Zahl der Jungfrauen ebenfalls nur zwei Namen: Ursula und Pinnosa. Aber wir haben auch keine Anzeichen, die vermuten liessen, dass in alter Zeit irgend eine andere Quelle, die mehr Details geboten hätte, vorhanden gewesen wäre; und der Verfasser der Passio F. t. p. verfügt auch seinerseits nicht über mehr Namen und Tatsachen. Auf den später zu behandelnden 'Sermo in natali' kann der Passionsschreiber nicht Bezug nehmen. Die Konkordanzen in beiden Passionen bedingen, wie schon hervorgehoben ist, die Abhängigkeit der einen von der andern. Da die Passio R. D. bis in den ersten Teil von Kapitel 17 hinein die Eigenschaften an sich trägt, die der Verfasser der Passio F. t. p. von seiner Quelle, Gesta virginum, angibt, so wird man sie wohl auch als solche ansehen dürfen.

Die Passio F. t. p. ist zwar phrasenreicher, aber an sachlichen Angaben ärmer als die Passio R. D. Der Bearbeiter der ersteren erklärt an mehr als einer Stelle 52), dass er die Berichte seiner Quelle zusammengefasst oder nur im Auszuge wiedergegeben habe. Darin ist er tatsächlich soweit gegangen, dass er auch dabei den logischen Zusammenhang ausser Acht gelassen hat. In Kapitel 6 der Passio F. t. p. wird berichtet, wie der Vater der hl. Ursula in die Notwendigkeit versetzt wurde, den Gesandten des heidnischen Fürsten auf deren Brautwerbung eine Antwort zu erteilen. Von dieser Gesandtschaft ist aber in den vorhergehenden Kapiteln mit keiner Silbe die Rede; das dritte Kapitel bringt nur die in Monologform vorgetragenen Erwägungen des Vaters des zukünftigen Bräutigams, in denen er, um sein Ziel zu erreichen, auch vor der Anwendung von Gewaltmitteln nicht zurückschreckt. Dass er jedoch Gesandte mit solcher Instruktion an den Hof des Vaters der hl. Ursula abgefertigt habe, findet sich in der Passio F, t, p, nicht vermerkt. Dagegen wird im Kap. 3 und 4 der Passio R. D. die Abordnung der Gesandtschaft und die Art und Weise, wie diese ihre Brautwerbung angebracht hat, in dem angegebenen Sinne ausführlich geschildert. Das sind doch kräftige Belege 53) dafür, dass

<sup>&</sup>lt;sup>51</sup>) S. Kap. 19, Anal. Boll. 3, 18.

<sup>52)</sup> Im Kapitel 4 heisst es: ut paucis dicam, im Kap. 15: ut autem strictim cuncta complectar. Im Kap. 8 gebraucht der Passionist die Wendung: ut succincte perstringam.

<sup>53)</sup> Sie sind Zoepf, Das Heiligenleben S. 65 f. entgangen. Zoepf betont zwar ebenfalls die sachliche und wörtliche Abhängigkeit der beiden Passionen

wir die Passio R. D. ohne die Zusätze sowohl als die ältere Schrift wie als die Quelle der Passio F. t. p. anzuerkennen haben.

Freilich in den Zusatzkapiteln findet sich die bemerkte stoffliche Übereinstimmung zwischen den beiden Passionen ebenfalls. Es steht nichts im Wege, in diesen Partien für beide Schriften gemeinsame Quellen vorauszusetzen; die Passio s. Cordulae kann auf jeden Fall zeitweilig als selbständiges Werkchen existiert haben. Wie wir aus einer Urkunde von 1135 <sup>54</sup>) erfahren, waren damals Stiftungen zur Feier des Festes der hl. Cordula in der Ursulakirche in Köln erfolgt. Da diese Heilige in den alten Listen der elf als Führerinnen bezeichneten hll. Jungfrauen <sup>55</sup>) nicht genannt wird, muss sie erst später ausgegraben sein; vielleicht darf man unter diesen Umständen vermuten, dass sie nicht lange vor dem Jahre 1135 aus der Zahl der bisher namenlosen Jungfrauen herausgehoben ist.

Wie wir noch hören werden, müssen in den ersten Jahren des 12. Jhs. in der nordwestlichen Vorstadt Kölns, in Niederich, zahlreiche Grabfunde außgedeckt sein, bei denen man auch Inschriften ermittelt hat. Die Liste, die um die Mitte jenes Jahrhunderts in der Abtei Deutz von solchen Inschriftenfunden außgestellt wurde und die uns durch deren Küster Dietrich überliefert ist <sup>56</sup>), lässt es aber ausser Zweifel, dass man nicht davor zurückgeschreckt hat, die Resultate der Ausgrabungen in jener Zeit durch erdichtete Zeugnisse zum Zwecke der besseren Begründung der Legende von den 11000 Jungfrauen zu vermehren. Das berechtigt auch zu der Vermutung, dass gerade damals die Überlieferung zur Geschichte der Kölner Märtyrerinnen die Öffentlichkeit sehr lebhaft beschäftigte. Wir besitzen dafür eine weitere Reihe von Anhaltspunkten.

Das alte Essener Offizium enthält, wie bereits hervorgehoben ist, keine Andeutung über die Herkunft der hll. Jungfrauen und die näheren Umstände ihres Martyriums. Zufolge dem späteren Kölner Offizium <sup>57</sup>), das uns jedoch frühestens in Antiphonarien des 12. Jhs. überliefert ist, wurden die Märtyrerinnen durch göttliche Fügung aus dem Orient nach

<sup>57)</sup> Kessel S. 155.



von einander (s. besonders S. 65 Anm. 4), aber da er den Prolog der Passio: F. t. p. für echt hält, schliesst er ohne weiteres, dass sie die Quelle der Passio: R. D. sei.

<sup>54)</sup> Lacomblet, UB. des Niederrheins 1, 321.

<sup>55)</sup> S. oben S. 149.

<sup>56)</sup> S. Abschnitt V.

Köln geführt, um hier den Opfertod zu erleiden. Diese Version war, darüber kann nach dem Wortlaut des Offiziums kein Zweifel obwalten, auf Grund der Clematianischen Inschrift selbst, wenn auch durch missverständliche Auslegung einzelner Worte, oder wenigstens im Anschluss an vollständig gleichlautende Nachrichten entstanden, in denen die Verdienste des Clematius um die Ehrung der hll. Jungfrauen in Köln verherrlicht wurden. Damit vermochte man jedoch den Inhalt der Passio R. D. in ihrer ursprünglichen Gestalt absolut nicht in Einklang zu bringen. Diese kennt die Persönlichkeit des Clematius noch nicht. Erst in dem ersten Nachtrag ist auch sie in die Passio hineingebracht, und man merkt diesem Zusatz auch sonst an, dass er unter dem Eindruck des Bekanntgewordenseins der Clematianischen Inschrift niedergeschrieben ist. Nur die orientalische Herkunft der Kölner Märtyrerinnen wurde aus ihr in diesem Falle nicht herausgelesen. lässt darauf schliessen, dass die Legende, in der die englische Abstammung der hll. Jungfrauen behauptet wurde, älter war als die Annahme, dass diese Orientalinnen gewesen seien. Danach dürfte die Clematianische Inschrift später das Licht der Welt erblickt haben, als die Passio R. D.

Literarisch verwertet tritt uns diese Passio zuerst in der im Anfang des 12. Jhs. verfassten Weltchronik Sigeberts von Gembloux entgegen. Dass sie die Quelle des Chronisten für seinen Bericht abgegeben hat und nicht die Passio F. t. p., erhellt schlagend daraus, dass bei Sigebert unverkennbare wörtliche Anklänge z. B an Sätze im Kap. 6 der Passio R. D. vorhanden sind. Der Mönch von Gembloux hat jedoch nur den Inhalt der ursprünglichen Passio ohne den der Zusätze in seine Weltchronik aufgenommen, an der er bis zu seinem im Jahr 1111 erfolgten Tod gearbeitet hat. Und die Kenntnis der Legende ist ihm erst nach dem Abschluss seines Werkes vermittelt worden. Der Bericht über die Ursulaschar war dem eigenhändigen Manuskript Sigeberts durch einen Pergamentzettel zugefügt, den man zum Jahr 453 angenäht hatte. Er ist jetzt verloren, doch ist der Text der Stelle in die Abschriften übergegangen <sup>58</sup>)

Wir heben diesen Umstand hier nachdrücklich hervor, weil er im Zusammenhang mit der handschriftlichen Überlieferung der Passio R. D. bedeutungsvoll wird. Soweit meine Kenntnis von Handschriften <sup>59</sup>),

<sup>&</sup>lt;sup>58</sup>) Vgl. MGH. SS. 6, 310.

<sup>59)</sup> In der folgenden Besprechung der handschriftlichen Überlieferung für die Passio sind nur Manuskripte berücksichtigt, deren Alter der bis-

welche die Passio R. D. bringen, reicht, hat keine von diesen ein höheres Alter als das Jahr 1100. Der Brüsseler Handschrift 3191 (7984), die noch Klinkenberg 60) als die älteste Handschrift ansieht, wurde bereits gedacht. Sie gehört sicher erst dem 12. Jh. an. Die Passio ist freilich das einzige Stück dieses Manuskriptes, das im 12. Jh. geschrieben ist; alle übrigen sind älter. Der Codex bringt im Ganzen 53 Passionen oder Lebensbeschreibungen von Heiligen. Die Passio ss. virginum hat man nachträglich zwischen die ehemalige vorletzte und letzte Pergamentlage eingeschoben, so dass sie an die 50. Stelle in der Reihenfolge der in dem Manuskript vorliegenden selbständigen Schriften gerückt ist. Der Rotulus auf der Rückseite des ersten Blattes des Codex rührt erst von einer Hand des ausgehenden 16. Jhs. her. Die Passio ist überdies, wie schon erwähnt, Palimpsest, wie auch die auf dem breiten Rand des Pergaments fortlaufend stehen gebliebenen Kapitelszahlen und Inhaltsangaben des ausradierten Textes erkennen lassen; sie scheinen sich auf eine Erläuterungsschrift zu einem Stücke der Vulgata zu beziehen. Auch diese sind von einer Hand geschrieben, die frühestens in den Anfang des 12. Jhs. gesetzt werden darf. Dieser Befund nötigt erst recht dazu, worauf übrigens der Schriftcharakter der Passio ebenfalls deutlich hinweist, das Alter der Handschrift auf das 2. bis 4. Jahrzehnt des 12. Jhs. zu normieren.

Der Kodex war ursprünglich Eigentum des Petersklosters in Weissenburg i. Elsass, aus dessen Besitz er spätestens im 17. Jh. in die Bibliothek des Jesuitenkollegs 61) in Molsheim i. Els. übergegangen Nach der Überlieferung aber hat das Stift St. Peter in Weissenburg im Jahr 1113 Reliquien der hll. Kölner Jungfrauen erhalten, die ihm durch die Abtei Deutz zugeführt waren 62). Ist es nicht mehr als wahrscheinlich, dass auf diesem Wege und um diese Zeit auch die Passio R. D. erst nach Weissenburg gelangt ist?

herigen Schätzung nach über die Zeit um 1100 hinaufgehen soll. Herr Professor Dr. W. Levison in Bonn hat die Güte gehabt, mich auf einige dieser Handschriften aufmerksam zu machen. Mit seltener Liberalität hat mir der genannte Herr ferner sonstige Literatur für diese Studie mitgeteilt. Ich möchte nicht unterlassen, ihm auch an dieser Stelle dafür meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

<sup>62)</sup> Crombach, Ursula vind. 658 u. 1002.



<sup>60)</sup> Bonner Jb. 93, 151.

<sup>61)</sup> Der untere Rand des 2. Blattes des Kodex trägt die Exlibris-Notiz von einer Hand des 16. Jhs.: Codex monasterii s. Petri zu Wissenburg. Sie ist durchstrichen und dafür der neue Besitzer, das genannte Jesuitenkolleg eingesetzt.

Ebenso sind von dem Kloster Tegernsee unter dessen Abt Aribo zwischen den Jahren 1102 und 1134 Reliquien der hll. Jungfrauen erworben worden 63). Die Niederschrift der Passio R. D., die wir, wie erwähnt, aus diesem Kloster besitzen, muss aber gleichfalls um jene Zeit erfolgt sein. Die Ausetzung der Handschrift durch Klinkenberg 64), der sie vermutungsweise noch dem 11. Jh. zusprechen zu können glaubt, ist unbedingt zu hoch gegriffen. Der Bezug von Heiligtümern der Kölner Märtyrerinnen scheint also auch in Tegernsee Hand in Hand mit der Anschaffung der schriftlichen Überlieferung über die Elftausendschar — der Sermo in natali ist in der Tegernseer Handschrift ebenfalls enthalten — gegangen zu sein.

Nicht älter als die Weissenburger und Tegernseer Handschrift ist der Codex Vaticanus, Barberini N. 586, der freilich von Poncelet <sup>65</sup>) dem 11.—12. Jh. zugeschrieben wird. Er zeigt eine sehr saubere zierliche Buchschrift <sup>66</sup>), deren Schreiber unter dem Einfluss einer romanischen Schule gestanden haben dürfte <sup>67</sup>). Nächst der Brüsseler (Weissenburger) Handschrift wird man sie wohl als die älteste Niederschrift der erweiterten Passio R. D. anzusehen haben. Sie weist keine Kapiteleinteilung auf; selbst an der Stelle, an der die späteren Erweiterungen der ursprünglichen Passio anheben, ist kein Zeilenabsatz eingetreten.

Von der Berücksichtigung des weiteren handschriftlichen Materials der Passio R. D. glaubte ich für die Zwecke dieser Studie Abstand nehmen zu können, weil es nach den mir bislang bekannt gewordenen gedruckten Veröffentlichungen durchweg erst dem späteren 12. Jh. zugeteilt wird. In dessen Beginn, so darf man wohl auf Grund des schriftlichen Niederschlags, den die Passio damals verursacht hat, vermuten, ist sie zum ersten Mal konzipiert worden. Sie hat das Interesse für die Elftausend Jungfrauen neu belebt und die Phantasie jener Zeit mit neuen Impulsen zur Ausgestaltung der Legende der Kölner Lokal-

<sup>63)</sup> MGH. SS. 15, 1067 f.

<sup>64)</sup> Bonn. Jb. 93, 151.

<sup>65)</sup> Catalogus codicum hagiographicorum Latinorum bibliothecæ Vaticanæ (1910) S. 465.

<sup>&</sup>lt;sup>66</sup>) Das Königlich Preussische Historische Institut in Rom hat die Güte gehabt, mir das Faksimile einer Seite dieser Handschrift zu übermitteln, wofür ich hier auch öffentlich meinen Dank abstatten möchte.

<sup>&</sup>lt;sup>67</sup>) So vermutet Herr Prof. Dr. Chroust in Würzburg, der sich freundlichst bereit hat finden lassen, seine Ansicht über das Alter der Handschrift auszusprechen. Chroust verlegt die Zeit der Niederschrift zwischen 1075 und 1125.

heiligen erfüllt. Dabei kamen dieser Gräber- und Inschriftenfunde, die anlässlich der im Anfang des 12. Jhs. (1106) erfolgten Stadterweiterung im Norden Kölns gemacht wurden, noch zu Hülfe. Wir werden uns damit im nächsten Abschnitt eingehender beschäftigen.

Unsere Annahme würde freilich hinfällig, wenn der Prologus, der zu der Passio 'Fuit tempore pervetusto' erhalten ist, sich als von deren ursprünglichem Verfasser niedergeschrieben herausstellen sollte. Dieses Schriftstück in Briefform ist an Erzbischof Gero von Köln (969 Ein gewisser H. erklärt darin, dass er die nachfolgende Geschichte der hll. Kölner Jungfrauen auf Grund der Mitteilungen geschrieben habe, die ihm der Graf Hoolfus, der angebliche Brautwerber Otto des Grossen um die Hand der englischen Prinzessin Edith, der Tochter Edward des Älteren, gemacht habe. Dem Grafen Hoolfus soll die Erzählung vom Erzbischof Dunstan von Canterbury bei seiner Anwesenheit in Canterbury (Dorvernis) vorgetragen sein. Es sei zunächst darauf aufmerksam gemacht, dass die Vermählung des späteren Kaisers Otto I. - Kaiser erst seit 962 - mit Edith bereits 929 stattgefunden hat, dass Dunstan erst 959 Erzbischof von Canterbury geworden ist 68). Die Vorrede kann also unmöglich original in dem Sinne sein, dass sie ein Zeitgenosse Erzbischof Geros von Köln verfasst hat. In jener Zeit wusste man am Niederrhein auch davon noch nichts, dass die 11000 Jungfrauen aus Britannien nach Köln gesegelt sein sollten, um sich dort die Märtyrerkrone zu verdienen. Das lehrt uns das alte Essener Offizium zum 21. Oktober. Ein Geistlicher jener Periode dürfte seinem Oberhirten auch mit weniger schmeichlerischen und devoten Ausdrücken sich genaht haben, als sie der Prologschreiber in der Feder führt. Um eine Probe von dessen Schreibweise zu geben, setzen wir die Adresse des Prologs hier ein:

Summe divinitatis theoremate coelitus predito, virtutum gradibus satis prenuntio et per omnia summi apostolatus gloria merito prepollenti domno archipresuli Geroni sue pastoralitatis proprio exigente peccato abjectissima ovis H. optate prosperitatis tempora prolixa et post vite huius volubilem cursum immarcessibilem indefectivi bravii coronam.

Sollte der Ausdruck "corona indefectivi bravii" (== die Krone fleckenloser Vollkommenheit?) <sup>69</sup>) nicht spätlateinisch sein? Das Wort conventus, das sich in der Zusammensetzung "puellarum clarus con-

<sup>69)</sup> An bravium = "Ziel des Läufers" darf man doch hier nicht denken.



<sup>68)</sup> Vgl. die kritischen Bemerkungen von Mary Tout in Owens college historical essays 23 ff.

ventus" in der Vorrede findet, kommt in diesem Sinne erst vom 12. Jh. ab häufiger vor.

Ungewöhnlich für das 10. Jh. ist es ferner, dass der angebliche Verfasser der Passio seine Quelle mit solcher Bestimmtheit angibt, wie es in dem Prolog geschieht. Ein "comes Hoolfus", aus dessen Munde der Prologschreiber die Geschichte der 11000 Jungfrauen gehört haben will, dem sie aber vom Erzbischof Dunstan erzählt sein soll, begegnet uns in den Diplomen Ottos I. nicht. Vielleicht ist der Name aus der Essener Urkunde von 966 70), in der Hooldus comes in pago Borhtergo (Brukterergau) erscheint, falsch abgelesen.

Überdies fehlt die Vorrede in der ältesten bisher bekannt gewordenen Handschrift der Passio F. t. p., dem Cod. lat. 642 der Königl. Hof- und Staatsbibliothek in München 71). Das Werkchen trägt auch hierin nicht den Titel: Historiae oder historia sanctarum virginum Agrippinensium 72), sondern hat das Incipit: Passio sanctarum XIcim milium virginum apud Coloniam requiescentium. Die Niederschrift der Passio im Münchener Codex rührt von einer Hand her, die nach meiner Schätzung in den ersten Jahrzehnten des 12. Jhs. 73) tätig gewesen ist. Da die Passio F. t. p. auf der Passio R. D. fusst, muss also, wenn unsere Ansetzung der Abfassungszeit der letzteren um 1100 zutreffend ist, die Bearbeitung der zweiten Passio sehr bald nach dem Bekanntwerden der ersten erfolgt sein. Die chronologischen Verstösse in der Vorrede gegen Ereignisse des 10. Jhs. könnte man nun schon einem Schreiber des 12. Jhs, ruhig in die Schuhe schieben. aber doch sehr ins Gewicht, dass der Prologus erst in späteren Handschriften auftaucht, und dass dann in diesen der ganzen Schrift der Charakter eines Geschichtswerkes beigelegt ist, den ihm sein Verfasser ursprünglich nicht gegeben zu haben scheint. Die Vorrede findet sich erst in einem Codex, der aus dem ehemaligen Dominikanessenkloster

<sup>70)</sup> MGH. Dipl. 1, 325.

<sup>71)</sup> Vgl. Neues Archiv für ältere deutsche Gesch. 9, 399. Sie ist den Herausgebern der Passio in den Analecta Bollandiana unbekannt geblieben.

<sup>&</sup>lt;sup>72</sup>) Incipit prologus de historiis sanctarum virginum Agrippinensium, so beginnt die Schrift in der Handschrift, durch die die Vorrede überliefert wird; s. Analecta Bollandiana 3, 7.

<sup>&</sup>lt;sup>73</sup>) Die Handschrift Cod, lat, 642 enthält ausser der Passio die Gesta Salvatoris und die Visio Karoli; das erstere Stück ist noch von einer Hand des 11. Jhs. geschrieben und daraufhin hat man offenbar die ganze Handschrift in dieses Jahrhundert gesetzt.

Mariae Vallis bei Luxemburg <sup>74</sup>) stammt. Auch ihn hat man im Alter meines Erachtens stark überschätzt; höchstens dürfte er in der zweiten Hälfte des 14. Jhs., vielleicht auch erst im Anfang des 15. Jhs. entstanden sein. Auf jeden Fall ist man bei dieser Sachlage zu der Vermutung berechtigt, dass der Prologus zu der Passio F. t. p. nicht von ihrem ersten <sup>75</sup>) Bearbeiter herrührt, sondern in späterer Zeit vorgesetzt ist.

Die Passionen haben sich wegen ihres unverkennbaren legendarischen Charakters bei den neueren Kölner Historikern der Martergeschichte der hll. Jungfrauen keiner sonderlichen Wertschätzung zu erfreuen gehabt. Schon V. de Buck 76) hatte hervorgehoben, dass in der Passio R. D. 'multa . . . reperiri, quae ita ab universo humano usu abhorrent, ut omnem omnino superent fidem'. Auf eine ähnliche Tonart sind die Würdigungen der Schrift bei Kessel, Stein und Klinkenberg gestimmt. Trotzdem lässt man die Annahme gelten, dass die hll. Kölner Jungfrauen ihrer Abkunft nach Engländerinnen seien, wie das in der Passio behauptet wird. Mit der Kritik des Inhalts der Passio F. t. p. haben sich diejenigen Historiker, die in ihr die älteste Form der Überlieferung erkennen wollen, nicht weiter direkt beschäftigt 77). Das Resultat einer sachlichen Prüfung kann freilich für sie kein anderes werden, als für die Passio R. D. Was in diesen beiden Schriften über die angebliche Geschichte der Kölner hll. Jungfrauen vorgetragen wird, ist im Ganzen wie im Einzelnen so abenteuerlicher Natur, dass man auch nicht an einen geschichtlichen Kern zu glauben vermag, der sich darin verbergen Die kurze Inhaltsangabe, die wir oben gegeben haben, offenbart das doch zur Genüge, ohne dass es dazu noch ausführlicher Begründung bedürfte. Dass aber die Phantasie eines Kölner Geistlichen ohne Anregung von anderer Seite auf so extravagante Erdichtungen verfallen wäre, wird man kaum vermuten können. Die Herkunft der Märtyrerinnen aus England sowohl wie die romantische Seeunternehmung

<sup>77)</sup> Zoepf S. 69 betont ihren durchaus legendarischen Charakter ebenfalls.



<sup>&</sup>lt;sup>74</sup>) Jetzt Nr. 1875 der Königlichen Bibliothek in Brüssel. Vgl. J. van den Gheyn, Catalogue des manuscrits de la bibliothèque royale de Belgique V zu Nr. 1875, der den Schriftcharakter des 13. Jhs. darin erkennen will.

<sup>&</sup>lt;sup>75</sup>) Zoepf, Das Heiligenleben im 10. Jh. S. 66 Anm. 11 scheint der Prolog glaubwürdig. Er hat jedoch noch keine Kenntnis davon, dass er in der ältesten Handschrift nicht enthalten ist.

<sup>76)</sup> Acta SS. Oct. IX 81.

durch die Jungfrauenschar sind Züge, die offenbar für die Kölner Heiligen von auswärts hergeholt worden sind.

Zu dieser Vermutung werden wir dadurch gedrängt, dass in der englischen Überlieferung aus der ersten Hälfte des 12. Jhs. eine Sage existiert, die mit der Ursulalegende eine gewisse Verwandtschaft zeigt.

Gottfried von Monmouth hat in seiner unr die Mitte des 12. Jhs. verfassten Geschichte der Könige Britanniens die im Umlauf befindlichen heimischen Sagen und Legenden zusammengetragen. An die Kämpfe der Briten im nordwestlichen Frankreich (Armorica - Bretagne) zur Zeit des Kaisers Maximus (Maximianus) knüpft die durch ihn überlieferte Sage an, dass der dort siegreiche Prinz Conanus Meriadocus für seine Landsleute britische Frauen erbeten habe, damit jene mit diesen im eroberten Lande dauernd sesshaft würden. Er wandte sich deswegen an Dionotus, den König von Cornwallis, dessen schöne Tochter Ursula er sich zur Frau wünschte. Dionotus brachte auch aus den verschiedenen Provinzen 11000 Töchter edler Herkunft und 60000 aus dem niederen Volke auf, die sich in London zusammenfanden. Von hier aus segelte die Frauenschar die Themse abwärts in die See, geriet jedoch da in einen heftigen Sturm, der die Mehrzahl der Fahrzeuge mit ihren Insassen vernichtete. Die Frauen, die dem nassen Tod entrannen, wurden an die Inseln der Barbaren verschlagen, wo sie von Hunnen und Pikten, den von Gratian gegen Maximus geworbenen Horden, teils hingeschlachtet, teils zu Hörigen gemacht wurden 78).

Klinkenberg <sup>79</sup>) zieht auch den wälischen Brut Tysylio heran, der ihm zufolge als Quelle Gottfrieds von Monmouth anzusehen ist <sup>80</sup>), um damit ein höheres Alter der Kölner Ursulalegende stützen zu können, weil im Sermo in natali ss. virginum, der angeblich schon in karolingischer Zeit gehalten sein soll, ebenfalls die britische Herkunft der Kölner Jungfrauen vertreten wird. In der wälischen Sage wird sowenig der Name der Ursula wie der ihres Vaters Dionotus genannt. Sollte nicht doch auch dieser Umstand darauf hindeuten, dass die Sage im Inselreich früher im Umlauf war, ehe die kölnische Legende entstand? Die erstere ist auf jeden Fall viel stärker auf Menschenmöglichkeiten zugeschnitten, so dass in ihr schon irgend ein geschichtlicher Gehalt

 <sup>80)</sup> Ch. Gross, The sources and literature of English history (1900)
 S. 189, hält jedoch den Brut Tysilio für eine späte Ableitung.



<sup>&</sup>lt;sup>78</sup>) Klinkenberg, Bonn. Jb. 89, 131 f. hat die Stelle aus Gottfried neu abgedruckt.

<sup>79)</sup> Bonn. Jb. 93, 145 ff.

stecken könnte, der an die Beziehungen der Briten zur Bretagne in der ersten Hälfte des 5. Jahrhunderts anknüpfte. In der britischen Sage erscheint auch das Hereinziehen der Hunnen verständlicher, die in jener Zeit bis nahe an die Bretagne nach dem Westen Europas vorgedrungen waren, während wir keine älteren Quellenzeugnisse dafür

haben, dass sie jemals Köln belagert haben sollten 81).

Beeinflussung der kölnischen Legende durch die englische Sage oder umgekehrt kann nicht bezweifelt werden. Die Bezüge im Inhalt, die Ubereinstimmung in den Namen sind so greifbar, dass irgend eine oder mehrere Formen der Abhängigkeit zwischen beiden Überlieferungen bestanden haben müssen. Ich möchte glauben, dass eine einheimische britische Sage von der beabsichtigten Verpflanzung heimischer Frauen nach dem Auslande, nach der Bretagne, die teils ein Opfer des Meeres geworden, teils durch die Hunnen hingeschlachtet sein sollen, der kölnischen Dichtung in der Passio das Gerippe geliefert hat. Da diese Motive dem erfinderischen Kölner Geistlichen noch nicht ausreichten, um darauf den Märtyrercharakter der hll. Jungfrauen zu gründen, ward die Wallfahrt nach Rom vor der Niedermetzelung durch die Hunnen eingeschoben. Die Flucht vor der ehelichen Verbindung mit dem Sohn des tyrannischen Herrschers und der Drang, mit dem himmlischen Bräutigam vereinigt zu werden, welche in den Passionen die eigentlichen Triebfedern der Handlungsweise der hl. Ursula bilden, beruhen ganz selbstverständlich auf den Anschauungen von dem Keuschheitsideal, wie sie in Damenstiften besonders gepflegt wurden. Sie haben bei dem geschichtlichen Martyrium Kölner Jungfrauen keine Rolle gespielt, das bezeugt uns das Essener Offizium. Die Jungfrauen sind aber sicherlich auch nicht aus Britannien ausgezogen, um sich in Köln die Märtyrerkrone zu verdienen.

Dass die britische Sage auf heimischem Boden erwachsen ist, davon geht auch Klinkenberg <sup>82</sup>) aus. Er schliesst jedoch die Möglichkeit aus, dass das Aufkommen der hl. Ursula als Führerin der 11 000 in Köln in die britische Überlieferung hinübergeflossen sein und damit eine wechselseitige Befruchtung der beiden Sagen stattgefunden haben könne. Zu dieser ablehnenden Folgerung gelangt Klinkenberg, weil er die Version von der englischen Herkunft der Kölner Märtyrerinnen bereits im 7. oder 8. Jahrhundert ausgebildet sein lässt <sup>83</sup>). Gottfried

<sup>83)</sup> Bonn. Jb. 89, 134; er folgt dabei V. de Buck u. a.



<sup>81)</sup> Klinkenberg, Bonn. Jb. 93, 165 verwirft diese Nachricht ebenfalls.

<sup>82)</sup> Bonn. Jb. 93, 144 Anm. 1.

von Monmouth legt der heimischen Königstochter nicht nur den Namen Ursula bei, er benennt auch ihren Vater mit dem in christlichen Legenden sonst häufiger verwendeten Auskunftswort Dionotus (Deo notus). Und schliesslich bleibt doch der Zahlenansatz 11000, den der Engländer für den einen Teil seiner Kolonistenfrauen bietet, gegenüber der gleichen Zahl in der alten Kölner Überlieferung befremdlich, wenn wir nicht annehmen, dass Gottfried von der Legende der Elftausendschar in Köln Kunde erhalten hatte. Sie konnte ihm z. B., um nur eine Möglichkeit anzudeuten, durch Sigeberts von Gembloux Chronik vermittelt sein, dessen Werk in den ersten Jahrzehnten des 12. Jahrhunderts schon weite Verbreitung gewonnen und auch in der Normandie eine Fortsetzung durch Robert von Mont-Saint-Michel um 1150 erfahren hatte. Gottfried von Monmouth hätte danach die heimische Sage, auf deren Anregung hin erst die Kölner Sage entstanden war, mit Details aus dieser bereichert. Die Zulässigkeit dieser Annahme 84) ist dadurch gesichert, dass wir das Bekanntwerden der Legende von den 11000 Kölner Jungfrauen für den Anfang des 12. Jahrhunderts geradezu als ein literarisches Ereignis bezeichnen müssen. Aus dieser Zeit stammen nicht nur die ältesten Handschriften der Passionen, die Zahl der Exemplare eben des 12. Jahrhunderts, die wir noch heute besitzen, ist so gross, dass sich daraus ergibt, dass in dieser Epoche die Verehrung der hll. Kölner Jungfrauen so recht in Aufnahme gekommen ist oder wenigstens eine neue Blüteperiode erlebt hat.

So schlecht der erste Teil der Passionen, nach Klinkenbergs Ergebnissen also die Passio R. D. in ihrer ursprünglichen Fassung, auch in der historischen Kritik wegkommt, im ersten Zusatz (Kap. 17 und 18 der Passio R. D.), in dem die Clematianische Inschrift eine breitere Auslegung erfährt, glaubt man einen Quellenarm vor sich zu haben, wenn er auch erst durch Ableitung gewonnen sei. Dabei ist man sich des mindestens latenten Widerspruchs, der zwischen dem Inhalt der Legende und der Inschrift besteht, nie recht bewusst geworden. Wenn die Herkunft der hll. Märtyrerinnen aus Britannien wirklich auf alter Tradition in Köln beruht hätte, was bedurfte es dann des Herrn Clematius, der aus dem Orient zitiert sein soll, um deren in Vergessenheit geratenes Andenken zu erneuern? Die auf seinen Namen getaufte Inschrift bereichert die Geschichte der hll. Jungfrauen auch nicht wesentlich, vor allen Dingen findet sich darin keine Andeutung über ihren Zug aus Britannien. Die beiden Versionen haben ursprünglich

<sup>84)</sup> Sie wird auch von Zoepf S. 69 Anm. 3 vertreten.

unabhängig von einander bestanden, die zwei Legendenkanäle sind erst nachträglich zu einem Hauptkanal vereinigt. Die Passionenlitteratur spricht entschieden dafür, dass die Legende, welche die Elftausend Jungfrauen aus Britannien heransegeln liess, in Köln früher aufgekommen war, bevor die Clematianische Inschrift ausgegraben wurde. Sie ist zuerst der Passio R. D. in einem Nachtrag angehängt und hat hierin eine Auslegung erfahren, die deutlich zeigt, dass sie der Legende mit dem britannischen Einschlag hinterher angepasst ist. Dem Anhang der Passio R. D. zufolge bestatten die Kölner Bürger die durch die Hunnen getöteten Jungfrauen in dem Bewusstsein, Märtyrerinnen die letzte Ehre zu erweisen. Sie sind es daher auch, die den Bann über deren Begräbnisstätte legen und es zu einer heiligen Gewohnheit erheben, dass an diesem Orte Niemand anders beerdigt werden dürfe. Lange nach diesem Vorgang erscheint dann der aus dem Orient durch göttliche Visionen herbeigeholte Herr Clematius, um, wie es hier heisst, den Bau der Kirche zu den hll. Jungfrauen zu "vollenden". Dem gegenüber hat sich der Bearbeiter der Passio F. t. p. (Kap. 17) darauf beschränkt, an dieser Stelle den Wortlaut der Clematianischen Inschrift in seine Darstellung aufzunehmen, ohne sich den Kopf darüber zu zerbrechen, weshalb Clematius erst noch durch umständliche himmlische Zeichen herangeholt werden musste, nachdem die Kölner die sterblichen Überreste der Jungfrauen Christus bereits mit beständigen Gelübden dargebracht hatten. Denn aus der Inschrift muss man doch herauslesen — und das ist nachweislich seit dem 12. Jahrhundert geschehen —, dass Clematius, indem er die Kirche, die zu Ehren der hll. Jungfrauen schon bestanden hatte, wieder herstellte oder neu erbaute, den Ruf dieser Heiligen aufs neue begründete. Nach der Inschrift wird auch jetzt erst, also durch Clematius, der Fluch über den ausgesprochen, der es wagen sollte, an der durch den Opfertod der Jungfrauen geweihten Stätte eines Anderen Leichnam beizusetzen.

Man sieht also, und das dürfte sich nach der Würdigung des zweiten selbständigen Werkes über die hll. Kölner Jungfrauen, das als Quelle für deren Geschichte angesehen wird, erst recht klar herausstellen, der Inhalt der kürzeren Passio R. D. genügte zunächst den Bedürfnissen des 12. Jahrhunderts nach Aufklärung über die Geschichte des Martyriums der sogenannten Elftausend nicht; es wurden damals auch andere Spuren ausgegraben, von denen man meinte, dass sie zur Aufhellung der durch den Schleier grauer Vorzeit verdeckten geschichtlichen Vorgänge dienen könnten.



## IV. Der Sermo in natali ss. Virginum.

Selten dürfte eine Schrift eine so verschiedene Bewertung erfahren haben, wie der Sermo in natali sanctarum Coloniensium virginum 85). Wattenbach 86) hielt ihn eine Zeit lang für eine nach Form und Inhalt moderne Predigt. Das war natürlich ein Irrtum, denn wir besitzen Handschriften des Sermo aus dem 12. Jahrhundert. Dem gegenüber hat man auf der anderen Seite nicht nur im Alter der Predigt zu hoch gegriffen, auch ihr Quellengehalt ist weit über das Mass, das wir einem Kanzelprodukt zugestehen können, hinausgehoben worden. Der Geschichtschreiber der hl. Ursula, Crombach, wollte den Sermo um 500, bald nach des Clematius Lebzeiten, gehalten sein lassen 87). Sein antiquissimum membraneum manuscriptum Leodiense — die von ihm ebenfalls zitierte Kölner Handschrift kennen wir nicht - stammt jedoch erst aus der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts. Es ist der Kodex Nr. 3229, vordem Nr. 9810-14 der Königlichen Bibliothek in Brüssel. der einem in ihm befindlichen signierten Bibliotheksverzeichnis 88) zufolge im Lorenzkloster in der Vorstadt Lüttichs geschrieben ist. Unter zahlreichen Heiligenleben und Passionen steht auch unser Stück darin 89) mit der Überschrift: Sermo in festivitate beatissime societatis XI milium virginum. Dass die Tegernseer Handschrift, aus der Klinkenberg den Sermo neuerdings veröffentlicht hat 90), nicht älter ist, haben wir bereits angeführt. Die Niederschrift des Sermo im Codex Vaticanus latinus 8565, den A. Poncelet 91) in das 11./12. Jahrhundert setzt, möchte ich auf Grund von photographischen Nachbildungen einiger Seiten desselben, die ich ebenfalls der gütigen Vermittlung des Preussischen Hist. Instituts in Rom verdanke, auch erst um 1120 oder 1130 erfolgt sein lassen. Die Handschrift stammt aus Malmedy. Der Duktus der Schrift ähnelt demjenigen stark, der uns in dem von verschiedenen Schreibern

<sup>&</sup>lt;sup>85</sup>) Zuletzt gedruckt von Klinkenberg, Bonn Jb. 89, 113 ff.; vgl. Bibliotheca hagiographica latina S. 1218.

<sup>86)</sup> Geschichtsquellen I, 34 Anm. 2.

<sup>87)</sup> Ursula vindicata 982.

<sup>88)</sup> Bl. 197.

<sup>89)</sup> Bl. 165v--167v. Die Handschrift ist schon seit längerer Zeit auf das 12. Jh. bestimmt; auch van den Gheyn hält im Catalogue an dieser Festsetzung fest.

<sup>90)</sup> Bonn. Jb. 89, 113 ff. S. oben S. 164.

<sup>&</sup>lt;sup>91</sup>) Catalogus codicum hagiographicorum Latinorum bibl. Vaticanæ (1910) 231.

angelegten Briefkodex Wibalds von Stablo, der sich im Staatsarchiv Düsseldorf befindet, entgegentritt <sup>92</sup>). Die Sammlung Wibalds ist um 1150 angelegt. Der Brüsseler Kodex Nr. 11550—55, der den Sermo gleichfalls enthält. rührt von einem Schreiber her, der nach 1200 geschrieben hat. Unsere handschriftliche Überlieferung für den Sermo dürfte daher nicht über den Anfang des 12. Jahrhunderts hinausreichen.

Man hat aber in der Predigt Bemerkungen 93) entdecken wollen, die notwendig auf das 9. Jahrhundert bezogen werden müssten. Sie hebt mit dem Preis der Kölner Jungfrauenschar an, die richtiger nach dem Ort ihres Martyriums und nicht nach ihrem Geburtsland bezeichnet würden. Schon hierin kommt also die Ansicht zum Ausdruck, dass sie Ausländerinnen gewesen seien. Aber das "rectius cognominamus" deutet zugleich an, dass es zur Zeit des Predigers abweichende Lesarten für die Herkunft gab. Die Jungfrauen hätten auf die Freuden der irdischen Ehe verzichtet, hätten Vater und Mutter verlassen, um sich ganz dem himmlischen Bräutigam hinzugeben. Damit sei ihnen ein grosses Verdienst zugeflossen. Und wisse man auch wenig von ihrem Verhalten in früheren Lebensjahren, durch ihren Märtyrertod wäre ihnen der höchste Ehrenplatz gesichert. Und der gebühre danach auch den Verheirateten und Witwen, die sich wohl unter einer so grossen Zahl befunden hätten, und denen ein strenger Richter in Fragen der Jungfräulichkeit diesen Platz nicht ohne Martyrium zugebilligt haben dürfte. Übrigens sei es selbstverständlich, dass auch diese Frauen vordem sich eines korrekten und Gott wohlgefälligen Lebenswandels befleissigt hätten, wenn sich einzelne von ihnen auch mit dem anderen Geschlecht fleischlich vermischt hätten. Das wäre bei einer so grossen Zahl von Weibern, wir reden nicht nur von Jungfrauen, setzt der Verfasser ausdrücklich hinzu, unmöglich. Dabei wird jedoch ein Vergleich mit den Amazonen zurückgewiesen, die unter ihrer Führerin in der Niedermetzelung des Gegners die Siegespalme erstrebten; die Jungfrauen hätten diese gleich ihrem Verlobten im Opfertod gesucht. Freilich, wenn Christus gewollt hätte, argumentiert der Prediger weiter, konnte er. dem der himmlische

<sup>93)</sup> S. Klinkenberg, Bonn. Jb. 89, 118 ff.
Westd. Zeitschr. f. Gesch. u. Kunst., XXX, 11/111.



<sup>&</sup>lt;sup>92</sup>) Halkin und Roland, Recueil des chartes de l'abbaye de Stavelot-Malmedy I p. XLVI, die den Kodex selbst übrigens nur aus der Beschreibung von Pertz im Archiv für ält. deutsche Gesch. 2, 261 kennen, setzen ihn ins 11. Jh. und auch Herr Prof. Chroust in Würzburg, der seine Meinung über das Alter der Handschrift gütigst ausgesprochen hat, will sie der zweiten Hälfte des 11. Jhs. einreihen. Mir scheint die Verwandtschaft mit dem Codex epistolaris Wibaldi ausschlaggebend.

Vater mehr als 12 Legionen Engel zur Verfügung stellte, auch eine Schar von weniger als 12 000 (reinen) Jungfrauen zusammenbringen <sup>94</sup>). Zweifellos gebühre der Jungfräulichkeit der höchste Preis, aber das Verlassen der Eltern, das Drangeben von Hab und Gut werde beim jüngsten Gericht auch in die Wagschale gelegt, wobei auf den Jüngling im Matthäusevangelium Bezug genommen wird. Die Marterkrone verleihe aber unbedingt die höchste Würde. Wie der jungfräuliche Sohn der Jungfrau unsere Jungfrauen aber stufenweise dazu emporgeführt hat, bleibt für uns, so erklärt der Prediger, mit dem Schleier des Geheimnisses bedeckt.

Wohl halten sich, fährt er fort, in unseren Kreisen mündliche Überlieferungen in zäher Beständigkeit, die glaubhaft erscheinen und, wenn sie nicht wahr sind, wenigstens die Wahrscheinlichkeit für sich haben. Es sind auch mancherlei Meinungen vermutungsweise darüber geäussert und aufgezeichnet, ohne dass sich Widerspruch von autoritativer Seite dagegen erhoben hat <sup>95</sup>). Denn man darf den nicht der Lüge zeihen, der auf der Suche nach der Wahrheit sich an alte fromme Überlieferungen anschliesst und sie in der landläufigen Weise beurteilt. In unserer Gegend hat die Wut der hereinbrechenden barbarischen Völkerschaften alle geschichtlichen Erinnerungen ausgelöscht und deren Niederschrift verhindert: selbst das Andenken an die hll. Jungfrauen, das die Kirche so treulich hütete, ist aus der Brust des einst frommen

<sup>&</sup>lt;sup>94</sup>) Zu welchen Künsteleien der Interpretation ein thema probandum führen kann, das zeigen die Versuche Klinkenbergs (Bonn. Jb. 89, 125 f.) aus diesem Kapitel des Sermo herauszulesen, dass dem Verfasser die Normierung der Zahl der Märtyrerinnen auf 11000 noch unbekannt gewesen sei und dass er an dieser Stelle mit Nachdruck die Ansicht vertrete, die grosse Schar der Kölner Märtyrerinnen habe lediglich aus Jungfrauen bestanden.

<sup>&</sup>lt;sup>95</sup>) Aus Kapitel 5 des Sermo ist der Schluss gezogen worden, dass zur Zeit der Abfassung von den Erlebnissen der h. Ursula und ihrer Gesellschaft noch keine Geschichte oder Denkschrift in Umlauf war; (Kessel S. 13 f.). Die Worte: Denique plurima per opinionis conjecturam probantur esse conscripta, quibus tamen nulla unquam auctoritas refragata est, besagen aber mit aller Deutlichkeit das gerade Gegenteil. Der Prediger stellt doch nicht Betrachtungen über allgemeine historische Aufzeichnungen an, sondern beschäftigt sich ganz speziell mit der Überlieferung über die hll. Jungfrauen. Hinzukommt, dass die Brüsseler Handschrift Nr. 9810—14, welche die besten Lesarten bietet, im Kapitel 5 an der Stelle: servatum religiosis frequenter colloquiis volvitur, aus der nur mündliche Verbreitung der Ursulalegende vor der Abfassung des Sermo gefolgert wird, die Variante eloquiis hat, was doch auch auf schriftliche rednerische Leistungen gedeutet werden kann.

Volkes entschwunden. Dabei wird auf die Unterdrückung des Volkes Israel durch die Aegypter exemplifiziert.

Die Vernachlässigung der verehrungswürdigen Stätten des kostbaren Schatzes, meint der Redner, war bei unseren Landsleuten eine vollständige geworden und von langer Dauer, so dass aus dem fernen Osten erst ein vornehmer und frommer Mann Clematius, der auch zugleich das Ansehen und die Mittel besass, die Gräber der hll. Jungfrauen durch ein ehrendes Denkmal zu schmücken, nach Köln kommen musste. Durch schreckhafte Zeichen war er dazu aufgefordert und, was er an seinem früheren Wohnort zunächst von Furcht getrieben gelobt hatte, brachte er hier durch Wiederherstellung der Basilika der hll. Jungfrauen in frommer Verehrung zur Vollendung. Es wird dann der erste Satz der Clematianischen Inschrift im Wortlaut angezogen, und falsche Deutungen, die sich daran angeschlossen hatten, werden abgelehnt. Wir müssen uns später mit dieser Stelle noch eingehender beschäftigen.

Auf Grund der Clematianischen Inschrift habe sich auch die irrige Meinung festgesetzt, berichtet der Prediger, die hll. Jungfrauen selbst seien aus dem Orient herbeigeführt, indem man sie als kriegerische Schar zum Schutz des Römischen Reiches in Gemeinschaft mit der Thebaischen Genossenschaft hierher habe ziehen lassen; nach anderer Auffassung soll ein frommes Gelübde sie in unsere damals noch im Besitz der Heiden befindlichen Gegenden getrieben haben, um Gebetsübungen anzustellen. Es sei jedoch ganz unglaubhaft, dass der Orient sie dem Occident gesandt habe, da, wenn sie nach einer auszeichnenderen Betätigung des religiösen Bekenntnisses und einem seligeren Leben trachteten, sie sich vielmehr dahin gewandt haben würden, wo die Spuren des Wandels des Herrn und seiner Leidenszeit, wo dessen Grabstätte und überhaupt der Ursitz der gesamten Kirche zu finden seien. Sehen wir doch, ruft der Prediger aus, dass bis auf den heutigen Tag hier nicht weniger als anderswo diesem allgemeinen Drange gefolgt wird, wie wir das von den Gläubigen, die aus allen Teilen unseres Landstrichs in unermüdlichem Eifer dahin ziehen und in die Heimat zurückkehren, hören können 96). Ist es nicht ganz klar, dass der Redner hiermit auf die Kreuzzüge anspielt?

<sup>&</sup>lt;sup>96</sup>) Die Stelle im Kapitel 7 scheint etwas verderbt überliefert: Quod et adhuc videlicet hic non minus quam (al)ibi (so ist das "ibi" der Handschriften doch wohl zu verbessern oder wenigstens dem Sinn nach zu deuten) vulgata cernimus actitari, quando illuc ex omnibus huius plage par-



12\*

Den Gedanken der Herkunft aus dem Osten in verneinendem Sinne weiterspinnend führt der Prediger dann im nächsten Kapitel aus, dass sie auch in Rom am Sitz des Christenverfolgers das ersehnte Martyrium leichter hätten erringen können, als in seiner Heimat, für die ihm Christenverfolgungen seltener bezeugt erscheinen.

Die Mehrzahl aber — wir geben dieses und die beiden folgenden Kapitel (9-11) möglichst im Wortlaut wieder — indem sie gleichsam durch eine vermittels eines Auges geleitete Methode, d. h. unter vernünftiger Abwägung des Für und Wider, wie es sich bei recht scharfsinniger Betrachtung der Führerrolle der Geschichten und Zeiten herausstellt, den Verlauf der Dinge sorgfältiger untersuchte, ist zu dem Glauben gekommen, dass die Insel Britannien unserer Gott bekannten Schar Gebärerin und Amme zugleich gewesen sei. In dieser Meinung stimmen ohne jeden Einwand sowohl die, welche den heiligen Zug entsendet haben sollen, also englische Gewährsmänner, wie die, welche gewaltig darüber frohlockten, ihn aufgenommen zu haben, hiermit sind die Kölner oder Rheinländer gemeint, überein. Auch die in der Mitte zwischen diesen wohnen, die Bataver, bekräftigen das nämliche durch zustimmende Anzeigen von Spuren; bei ihnen sieht man nämlich zahlreiche Orte, die durch unsere Heiligen geehrt zugleich und mit Reliquien ausgestattet sind. Denn auch in "Batavia", welches der doppelarmige Rhein durch Umfliessen zur Insel macht, sollen sie eine Niederlassung gegründet und sich daselbst eine zeitlang aufgehalten haben.

Zu den Zeiten nämlich der Kaiser Antoninus und Commodus (Maximus) hat der Britenkönig Lucius vom Papst Eleutherius, dem 14. Nachfolger des seligen Petrus, Prediger des christkatholischen Glaubens erlangt, den sich das Volk nach der Annahme bis auf die Zeiten Diocletians ohne jede Verfolgung bewahrt hatte. Durch dessen fortgesetzte Grausamkeit wurde auch der römische Papst Marcellin, in der Reihenfolge der 28., der sich, trotzdem er schon halb unterlegen war, wieder aufraffte, für seinen mannhaften Kampf der Märtyrerkrone gewürdigt <sup>97</sup>). Als nach ihm sofort die Wogen der Verfolgungen über alle Länder hereinbrachen, blieb dieser Sitz, der vornehmste von allen,

tibus fideles studiis infatigabilibus euntes indeque redeuntes alloquimur.

<sup>97)</sup> Die Stelle ist in den Drucken nach der Brüsseler Handschrift 9810-14 dahin zu ergänzen: Marcellinus.. pene victus, constantiam deinde resumens..

7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Jahre und überdies 10 Tage der Leitung seines Oberhirten, wie die Chronographen versichern, beraubt. In jener Zeit wurde Britannien, eine Insel jenseits des Meeres, die in der Länge sowohl wie in der Breite eine gewaltige Ausdehnung hat, nachdem sie sich der Stille dauernden Friedens lange erfreut hatte, auf Befehl Maximians durch eine äusserst grausame Christenverfolgung erschüttert. Bei dieser Gelegenheit erwarben viele die Krone des Martyriums, viele wurden infolgedessen gewaltsam in die Fremde getrieben, viele wanderten auch freiwillig aus und entgingen so gewissermassen glücklicher dem mannigfachen Elend in ihrem Vaterland bei der Plünderung, Verwüstung, Zerstörung und dem Niederbrennen von Kirchen und Klöstern und bei der Ermordung von Bürgern. Damals sind auch jene seligen allein Gott mit Namen und ihren Verdiensten nach bekannten, uns aber immerdar verehrungswürdigen Scharen von Jungfrauen ihrem Haupte, ihrem einigen Bräutigam, unserem Herrn Jesus Christus folgend, auf gemeinsamen Beschluss hin nach dem Osten aufgebrochen zu Stätten, von denen sie früher ihren Glauben empfangen und von denen sie nunmehr erfahren hatten, dass dort die Verfolgung ihren Anfang genommen habe, begierig den ihnen winkenden Ruhmesglanz vorweg zu ergreifen.

Es wird uns versichert, dass sich unter ihnen berühmt und ausgezeichnet eines Britenkönigs Tochter, von den Ihrigen Winnosa, bei uns Pinnosa genannt, befunden habe; ihr folgten alle anderen in der Liebe zu Christus vereinigten Schwestern mit gleicher Hingebung und Eifer. Recht wenige von ihnen kennen wir mit Namen, aber wir haben es an ihrem beständigen Wirken erfahren, wie sie durch Tugend und Frömmigkeit ausgezeichnet waren. Als sie, von tiefster Einsicht der wahren Weisheit erfasst, mit Leib und Seele bereit waren, sich dem Herrn hinzugeben, wie glänzend sich da ihrer Klugheit Scharfsinn, der Gerechtigkeit Billigkeit, der Mässigung Wahrheit, der Tapferkeit Beherztheit zeigte, das können nur die leicht und nüchtern erwägen, die in der glücklichen Bereitschaft sind, nach ihrem Vermögen ihnen nachzufolgen.

Wir aber preisen sie nicht bloss am heutigen Tag, sondern für alle Zeiten deswegen so gewaltig, weil sie, indem die Unmenschlichkeit der Henkersknechte über sie hereinbrach, dieses Land der Agrippina Colonia nicht nur gastweise so im Vorbeigehen gegrüsst, sondern hier mit des Martyriums Siegespreis gekrönt es gewissermassen als ihre Heimat durch Vergiessen ihres heiligen Blutes dauernd geehrt und uns in ihren köstlichen Leibern ein solches Mass von Fürsprache gebracht haben,



als so viele Tausende für die, die würdig darum bitten, an Sündenerlass erlangen können beim Erbarmen unseres Erlösers.

Mannigfaltiger Art waren also bei Lebzeiten des Predigers die Überlieferungen über die hll. Jungfrauen, die teils von Mund zu Mund weitergegeben im Gedächtnis seiner Landsleute lebten, teils schriftlich aufgezeichnet in die Form zusammenhängender Erzählung gebracht Davon ging freilich nichts auf die Zeit des Martyriums selbst zurück. Die Barbaren, die gerade hier so wild gehaust hatten, trugen nach der Meinung des Predigers die Schuld daran. Als feststehend erkennt dieser, und zwar auch auf Grund britischer Quellen, die Herkunft der Jungfrauen aus England und ihren bei Köln erfolgten Opfertod an; das spricht er gleich im Eingang seiner Predigt aus. hier spielt er auch darauf an, dass sie, um ihrem himmlischen Bräutigam folgen zu können, den Verlockungen der irdischen Liebe entsagt 98) und Eltern und Verwandte verlassen hätten. In dieser Motivierung liefern uns die Passionen den Auszug der 11 000 aus England ebenfalls. Unser Prediger ist aber auch der Meinung, dass Frauen und Witwen sich unter ihrer Zahl befunden hätten. Er meint ferner. dass sie nicht ohne männliche Begleitung ausgezogen sein könnten. Die Frage, wer alles zur Ursulanischen Gesellschaft gehört habe, ist, wie wir noch erfahren werden, im 12. Jahrhundert sehr lebhaft erörtert worden.

Mit den Andeutungen, die der Prediger im 1. Kapitel über die Beweggründe macht, die die Jungfrauen zur Preisgabe ihres Vaterlandes veranlasst haben sollen, lassen sich freilich seine Angaben im 10. Kapitel über den nämlichen Punkt schwer in Einklang bringen. Hier treibt sie die angeblich auf Befehl Maximians in Britannien eingeleitete Christenverfolgung aus dem Lande. Warum sie den Märtyrertod, den sie erstrebten, nicht in ihrer Heimat über sich ergehen liessen, wo doch eine Christenverfolgung stattfand, sondern zu dem Zweck nach dem Osten zogen, das erfahren wir vom Redner nicht <sup>99</sup>). Über das Martyrium in Köln selbst bietet er nichts von Belang; der Prediger findet uns mit der Redensart "occurrente lictorum immanitate" ab, die zweifellos nicht auf eine genauere Kenntnis von diesem Ereignis bei ihm schliessen lässt.

<sup>98,</sup> Kap. 1. . . nisi etiam cum carnis affectibus, quos olim amore ipsius (domini sponsi sui) spreverant.

<sup>&</sup>lt;sup>99</sup>) Dieser Widerpruch wird auch durch die andere Lesart an dieser Stelle in der Tegernseer Handschrift, auf die Klinkenberg (Bonn. Jb. 89, 128) grosses Gewicht legt, nicht beseitigt.

Noch ein Vorgang aus der in der Passio R. D. gegebenen Darstellung des Zuges der hll. Jungfrauen aus Britannien nach Köln wird in dem Sermo gestreift. Sie sollen in Batavia sichtbare Zeichen ihres Aufenthaltes zurückgelassen haben. An vielen Orten würden daselbst die Heiligen verehrt, und man bewahre Reliquien von ihnen. Dann heisst es weiter: nam et in Batavia, quam Rhenus bicornis circumfluendo insulam facit, sedem fundasse ibidemque aliquamdiu mansisse referentur 100). Bekanntlich ist diese Stelle nach verschiedenen Richtungen hin ausgenutzt worden, um dadurch das Alter des Sermo in die erste Hälfte des 9. Jhs. hinaufzuschrauben. Keiner der Interpreten des Sermo von V. de Buck angefangen bis auf Klinkenberg hat es aber bezeichnender Weise für nötig befunden, von den Worten sedem fundasse etc. eine annehmbare Erklärung zu geben, sie übergehen sie meist bei den Anführungen dieser Stelle in ihren Darlegungen vollständig 101), oder deuten sie anderweitig aus. Der Satz besagt deutlich, dass die hll. Jungfrauen hier einen Sitz begründet und sich einige Zeit daselbst aufgehalten haben sollen. Nach der letzteren Wendung kann das erstere nur geschehen sein auf der Fahrt von England nach Köln. damals waren die Jungfrauen noch gar keine Märtyrerinnen, wie sollten sie also dazu gekommen sein, hier eine Niederlassung, d. h. doch wohl ein Kloster zu den hll. Jungfrauen einzurichten, bevor sie noch eine Legitimation durch die Errungenschaft der Heiligkeit dazu aufweisen konnten? Die Stelle bekommt zwar auf keine Weise einen rechten Sinn, aber wir begreifen ihre Entstehung wenigstens, wenn wir uns den Bericht der Passio vergegenwärtigen, dass nämlich die hl. Ursula mit ihrer Schar auf der Fahrt von England nach Köln in Tiel gelandet und hier einen Rasttag gehalten habe, um Proviant einzunehmen. Dieses Umstandes erinnerte sich unser Prediger vermutlich. jedoch das Motiv der Verproviantierung zu nüchtern für den Zug von

u. 18; Stein, NRhein. Ann. 26/27, 131 zitiert die Stelle, aber in der resumierenden Zusammenfassung 142 übergeht er sie. Klinkenberg, Bonn. Jb. 89, 113, 127 u. 133 und 93, 165. Kl. nimmt an letzterem Ort bei der Würdigung der Passio zwar Bezug auf die Notiz in dem Sermo, verzichtet aber ebenfalls darauf, irgend welche Konsequenzen aus dieser Konkordanz zu ziehen. Für die Auslegung Klinkenbergs (Bonn. Jb. 89, 133), dass der Prediger einen Teil der Jungfrauen in Batavien sterben und begraben werden lasse, kann der Wortlaut der oben zitierten Stelle unmöglich aufgeboten werden. Kl. hat das aliquamdiu übersehen.



<sup>100)</sup> Kap. 9.

hll. Jungfrauen erscheinen mochte, erging er sich in vielsagenden aber recht unklaren Andeutungen über diesen Punkt. Und an Stelle des einfachen Marktortes Tiel setzte er die Landschaft, in der dieser gelegen war. Batavia bedeutet also in diesem Falle Batava, Batua, zu Deutsch die Betuwe, die vom Rhein und von der Waal umflossen wird und auf die demnach auch im 12. Jahrhundert noch die Bezeichnung: quam Rhenus bicornis circumfluendo insulam facit, passte.

Zu der Hochschätzung des Sermo hat ganz unverkennbar der Umstand sehr wesentlich beigetragen, dass darin die Clematianische Inschrift zitiert und deren erster Satz im Wortlaut überliefert wird. Den Verfasser zeiht man zwar auf Grund der von ihm an die Inschrift geknüpften Bemerkungen ausserordentlicher Schwäche in der Kunst der Interpretation 102), aber zu unrecht, wie wir gleich sehen werden. Der Prediger wendet sich gegen die Ansicht, dass man aus der Wendung, - wir setzen am besten seine eignen Worte 103) ein quod Clematius de proprio a fundamentis sanctarum virginum ecclesiam scribitur erexisse, putant eum proprium hic prædium habuisse, in quo eandem reedificaverit. Klinkenberg meint nun, es sei ein Missverständnis vom Redner, dass die Ansicht, als ob die Basilika zu den hll. Jungfrauen von Clematius als Eigenkirche auf seinem Allod errichtet wäre, auf das "de proprio" in der Inschrift zurückgeführt werde, ohne zu sehen, dass sie in dem Ausdruck "in loco suo" ihren Grund habe. Es existierte aber im 12. Jahrhundert eine literarische Überlieferung der Inschrift, in der das "in loco" noch fehlte. Sie bringt uns der Deutzer Küster Dietrich, dessen Verdienste um die Kölner hll. Jungfrauen von uns im nächsten Kapitel noch eingehender gewürdigt werden müssen. Wir stellen zur besseren Orientierung den betreffenden Satz der Inschrift bei Dietrich von Deutz 104) und in dem Sermo gegenüber.

Theodericus Aedituus 105).

Sermo 106).

. . Clematius huc de proprio suo . . . Clematius vir consularis de hanc basilicam . . a fundamentis resti- proprio in loco suo hanc basilicam . . a fundamentis restituit. tuit.

Nehmen wir an, dass die Polemik des Predigers sich gegen die Textgestalt der Inschrift, wie sie im Liber Dietrichs von Deutz 107)

<sup>102)</sup> Klinkenberg, Bonner Jb. 89, 126 f.

<sup>103)</sup> Sermo Kap. 6. Wir geben den Text nach der Brüsseler Handschrift Nr. 3229 (9810-14), der zuverlässiger ist, als der des Münchener Kodex, den Klinkenberg für den Neudruck zu Grunde gelegt hat.

<sup>&</sup>lt;sup>104</sup>) Vgl. Lacomblets Archiv 5, 253 und unten S. 181.

<sup>&</sup>lt;sup>105</sup>) A. a. O. S. 298. — <sup>106</sup>) Kap. 6. — <sup>107</sup>) S. unten S. 181 Anm. 111.

enthalten ist, richtete, so wird der Vorwurf, der gegen jenen erhoben ist, hinfällig. Das führt uns dann freilich zu der Vermutung, dass die Worte "in loco" der Textüberlieferung, die nur "de proprio" hatte, später zugefügt sein müssten. Diese Möglichkeit legen uns auch die Erläuterungen nahe, die der Prediger der Inschrift in seiner Fassung nunmehr gegeben hat. Quam (basilicam) prius edificatam fuisse, quamvis multo jam tempore destructam, nemo fuit, qui vel hactenus dubitaverit. Sed ex proprio pecunie sue pretio melius eam aliunde veniens religiosus idem Clematius creditur recuperasse, qui . . in loco proprio pretiosorum corporum venerationem debitam redintegravit. Doch wir wollen der Erörterung über die Clematianische Inschrift nicht vorgreifen.

Aus der nämlichen Quelle wie der Deutzer Küster kann der Prediger auch seine Wissenschaft von den Amazonen geholt haben, deren Zusammenstellung mit den hll. Kölner Jungfrauen Klinkenberg <sup>108</sup>) so fremdartig anmutet. In dem Abschnitt der Weltchronik <sup>109</sup>), der in dem Liber Theoderici Aeditui ebenfalls enthalten ist, findet sich unter der Rubrik: De regnis barbaris auch ein Abschnitt: De Amazonibus. Da er geeignet ist, uns den Sinn der Stelle im Sermo <sup>110</sup>), zu erläutern, fügen wir dessen Wortlaut nach dem Original unten an, weil er bisher noch nicht veröffentlicht ist <sup>111</sup>). Aus welcher Vorlage Dietrich von Deutz geschöpft hat, vermag ich nicht anzugeben.

maringen. Die Stelle steht fol. 66. De Amazonibus: Amazones quoque de Gothis tali modo dicuntur processisse. Cum habitarent in Mesia duo regii iuvenes Phinus et Scolopetius per factionem ab eis depulsi ingentem iuventutem secum traxerunt et in Cappadocia iuxta fluvium Thermodoontem considentes campos Themiscyrios sibi subiecerunt. Ubi dum proxima queque populantur, insidiis finitimorum circumventi omnes fere extincti sunt. Uxores vero illorum exilio et viduitate permote arma corripiunt, viros qui restabant, interficiunt sicque accense in hostem ultionem occisorum virorum excidio finitimorum exsecuntur. Tunc verite ne prole deficiente rarescerent, factis nundinis semel in anno externos concubitus ineunt conceptosque mares patribus reddiderunt, feminas reservantes ad arma bellica erudierunt. Puellis dextras mamillas inurebant, ne sagittarum iactus impedirentur, unde Amazones, idem sine mammis vocantur. Reginas multas habuerunt, inter



<sup>108)</sup> Bonn, Jb. 93, 138.

<sup>109)</sup> Vgl. die Ausgabe Dietrichs in MGH. SS. 14, 573.

<sup>110)</sup> Kap. 2. Sie lautet: Nec enim, quod de Amazonibus legitur, huic sanctæ spiritualis cunei virtuti comparandum esse putamus: illæ namque cædendo ut ductor suus (für ductrix sua?), istæ moriendo ut sponsus suus victoriam quesierunt.

In diesem Vergleich der hll. Jungfrauen mit den Amazonen kommt die Auffassung der kriegerischen Bereitschaft der Märtyrerschar am deutlichsten zum Ausdruck. Sie aber wird der englischen Quelle verdankt, sie erscheint zuerst in der Passio R. D., in der die britannische Abkunft der Kölner Elftausend am frühesten und ausführlichsten begründet wird. Unser Prediger hat sie gekannt, und wir dürfen daher auch voraussetzen, dass er im Kapitel 9, in dem er seine Gewährsmänner für diese These kritisch beleuchtet, direkt auf den Verfasser der Passio Bezug nimmt. Er weiss aber auch, dass die Überlieferung der Passio auf eine englische Quelle zurückgeht. Die Worte des Predigers (Kap. 9): 'in qua sententia (Britanniam insulam . . huius Deo note multitudinis genetricem et nutricem pariter exstitisse) concordant procul dubio et hi, qui sanctum agmen misisse dicuntur et qui se hoc suscepisse magnopere gratulantur', können doch nicht anders gedeutet werden, als dass man unter denjenigen, welche die hl. Schar ausgesandt haben sollen, die Bewohner Britanniens, und denjenigen, die ihnen Aufnahme gewährt haben, die Kölner, versteht. Da aber der Prediger im vorhergehenden Satz betont hat, dass seine Darlegungen die Resultate scharfsinniger historischer Untersuchungen seien, so spielt er damit zweifellos auf eine englische Quelle an, während der zweite Teil des Satzes vermutlich die Passio R. D. im Auge ha. Dass diese im Anfang des 12. Jahrhunderts entstanden ist, haben wir oben wahrscheinlich zu machen versucht.

Verlegen wir daher die Abfassung des Sermo nach der der Passio, also etwa in das 2. oder 3. Jahrzehnt des 12. Jahrhunderts, so schwinden die Bedenken, die gegen die Auslassungen des Predigers geltend gemacht worden sind <sup>112</sup>). Es bleibt eine recht vage Annahme, auf Grund der Stelle im Kapitel 9 'apud quos (den Bewohnern zwischen Britannien und Köln) pleraque loca sanctis his cernuntur honorata simul et illustrata reliquiis' behaupten zu wollen, die Worte müssten vor den Normanneneinfällen geschrieben sein, weil von diesen wilden Seefahrern alle Kirchen und Klöster in Holland zerstört seien. <sup>113</sup>). Und wie wenig stichhaltig das andere Argument ist, dass nach 839 Batavia nicht mehr als eine vom

quas Pentisilea Troiano bello clara fulsit; et usque ad Julium Cesarem regnaverunt.

<sup>&</sup>lt;sup>112</sup>) Vgl. H. Düntzer in der Besprechung von Steins Schrift, Die heilige Ursula etc., in Picks Monatsschrift für die Gesch. Westdeutschl. 6, 47 ff.

<sup>113)</sup> Sie ist zuerst von V. de Buck a. a. O. 79 aufgestellt und von den Kölner Geschichtsschreibern der h. Ursula begierig aufgegriffen, so von Kessel 15; vgl. auch Klinkenberg, Bonn. Jb. 89, 113.

Rheine umflossene Insel aufgeführt sein könne, haben wir bereits hervorgehoben 114). Mit Batavia war garnicht "Holland", sondern die "Betuwe", in der die Handelsstadt Tiel gelegen war, gemeint. Hingegen ist weiter schon nachdrücklich von uns darauf aufmerksam gemacht 115), dass der Prediger mit deutlichen Worten auf die Berichte von Kreuzfahrern Bezug nimmt, von denen man mündliche Schilderungen aus dem heiligen Lande erhalte. Da der Verfasser des Sermo auf den unermüdlichen Eifer seiner Landsleute anspielt, die Stätten des Leidens Christi aufzusuchen, muss er gelebt haben, als die erste Kreuzzugsbegeisterung schon weitere Wellen geschlagen und immer neue Scharen zum Zug nach dem heiligen Lande angefeuert hatte.

Der Verfasser des Sermo wird allgemein für einen Kölner Geistlichen ausgegeben 116), der den Stiftsdamen zu den hll. Jungfrauen in Köln seine Predigt gehalten habe. Die Belege dafür findet man darin, dass der Redner ein paar Mal sich des Ausdrucks nostrates 117) bedient, dass er gern das Pronomen ..hic" zur Bezeichnung der Gegend des Martyriums gebraucht 118). Er spricht aber von Köln und den Kölnern in der dritten Person (Kap. 6 u. 9), und nennt die Stadt nicht etwa 'civitas nostra', den Jungfrauen gibt er im Eingang seiner Schrift den Titel 'SS. Colonienses virgines'. Im Schlusskapitel (11), in dem er deren Marterstätte preist, führt er diese auch nur als hanc Agrippinæ Coloniæ terram' ein, was zunächst nichts weiter als unser Kölnisches Land heisst. Wie konnte es aber ein Kölner fertig bringen, das Lob der h. Pinnosa zu singen und der h. Ursula gar nicht zu gedenken? Die Passiones R. D. ebenso wie F. t. p. führen sie doch beide auf und teilen der hl. Ursula die unbestrittene Führerrolle zu. Aus dieser Verlegenheit hat man sich mit der Ausrede zu ziehen versucht, dass der Prediger in einer Zeit geschrieben habe, in der das Andenken an die hll. Kölnischen Jungfrauen schon sehr verdunkelt war; selbst deren vornehmste, die hl. Ursula, habe man nicht mehr gekannt und an ihre Stelle die h. Pinnosa geschoben 119). Wann der Umschlag eingetreten und die h. Ursula

<sup>114)</sup> S. oben S. 180.

<sup>115)</sup> S. oben S. 175.

<sup>116)</sup> Vgl. Acta SS. Oct. IX 79, Kessel S. 19 etc.

<sup>117)</sup> Kap. 5; im Kap. 6 redet er aber von loculis in nostratibus.

<sup>&</sup>lt;sup>118</sup>) S. namentlich Kap. 8 (martyrium) quod quidem eas ubicunque locorum ita quesisse non ambigentes, sicut hic invenisse didicimus.

<sup>119)</sup> Kessel S. 15. Der Versuch Klinkenbergs, Bonn. Jb. 93, 143 f., die Erwähnung der Pinnosa auf entfernte Namensanklänge in den englischen Quellen zurückzuführen, ist so weit hergeholt, dass er keiner ernsthaften Widerlegung bedarf.

in Köln über die h. Pinnosa wieder den Sieg davongetragen haben, und auf Grund welcher Zeugnisse oder Funde das geschehen sein soll, weiss man natürlich nicht anzugeben, denn es fehlt an jeder Nachricht darüber, dass die h. Pinnosa in Köln überhaupt einmal für eine hervorragende Heilige gegolten habe 120).

Es kann aber wohl keinem Zweifel unterliegen, dass der Prediger mit einer Kirche in Verbindung gebracht werden muss, in der der h. Pinnosa besondere Verehrung gezollt wurde. Die ist ihr vom 11. Jahrhundert ab im Stift Essen, das nicht nur in der Diözese Köln lag, sondern das im 12. Jahrhundert wahrscheinlich auch in das Gebiet des weltlichen Herzogtums der Erzbischöfe von Köln gerechnet wurde, zu teil geworden, nachdem am Anfang desselben Jahrhunderts ihre Gebeine von Köln dahin übertragen waren. Es ist uns zwar keine ausführliche Nachricht über diese Translatio erhalten, aber da Köln nachweislich von den ersten Jahrzehnten des 12. Jahrhunderts ab überallhin Reliquien der hll. Jungfrauen abgegeben hat, so ist doch wohl die Vermutung berechtigt, dass das Stift Essen die Gebeine der h. Pinnosa, wenn auch ein Jahrhundert früher, ebendaher bezogen habe. Dass die Verehrung der hll. Märtyrerinnen am letzteren Orte überhaupt von dem Kölner Stift zu den hll. Jungfrauen angeregt war, lehrt, abgeschen davon, dass Köln seit ältester Zeit als deren Marterort galt, die Übereinstimmung, die in dem alten Kölner und Essener Offizium besteht. Die hl. Pinnosa ragt aber in alter Zeit unter den in Essen verehrten Jungfrauen ebensowenig besonders hervor, wie das die hl. Ursula zunächst in Köln getan Der Nachtrag im ältesten Essener Kalendar über die Translatio s. Pinnose zum 28. Februar, der nach dem Jahr 1000 gemacht ist, wird auch den ungefähren Zeitpunkt anzeigen, zu dem das Stift Essen seine Lokalheilige aus der Zahl der 11000 Jungfrauen in Köln bezogen hat. Die Legende 'Regnante Domino' von der Ursulaschar, die nach unserer Vermutung um 1100 niedergeschrieben war, macht aus ihr eben nur die beiden Heiligen Ursula und Pinnosa namhaft. Und feiert die 'Passio ss. virginum', die in Köln nach englischen sagenhaften Berichten ausgearbeitet ist, vornehmlich die hl. Ursula, so streicht der Essener Kanoniker, für den wir den Verfasser des Sermo in natali ss. virginum' ge:rosten Mutes erklären dürfen, am Festtag der Heiligen besonders das Verdienst der hl. Pinnosa heraus. Viel weiss er den Essener Stiftsdamen freilich von ihr nicht zu erzählen. Dafür verleiht er der Essener

<sup>120)</sup> Ihr Name kommt in den älteren Archivalien des Ursulastiftes nicht vor.



Spezialheiligen aber, der von der Passio nur die Standesqualität herzoglichen Geblüts zugebilligt war, den Rang einer Königstochter. Offenbar wollte er damit dem Selbstgefühl seiner Zuhörerinnen, die sich ihrerseits edler Geburt rühmten, ein wenig schmeicheln.

Diese Ungenauigkeit in der Berichterstattung ist bezeichnend für unseren Prediger. Er hat gern den Mund voll genommen, wie wir das schon in der Nachricht über den angeblichen Aufenthalt der 11000 Schar in Tiel konstatieren konnten. Statt des Ortsnamens setzt er die Landschaft ein, eine Landung zur Verproviantierung wird zur Niederlassung daselbst, die doch zu dem Zeitpunkt, zu dem sie geschehen sein sollte, ganz unmöglich war. Das können wir dem Prediger schon glauben, dass in seiner Zeit, zu Anfang des 12. Jahrhunderts, auch bereits Reliquien der hll. Jungfrauen aus Köln nach Holland überführt waren. Wie er im Eingang seiner Predigt die Kölner hll. Jungfrauen aus England ausziehen lässt, um unter Verzicht auf die ihnen sich darbietende Verheiratung ihrem himmlischen Bräutigam das Opfer ewiger Jungfräulichkeit zu bringen, während er sie gegen Schluss derselben vor der in England ausgebrochenen Christenverfolgung weichen lässt. freilich nur um einer solchen an einem östlicher gelegenen Orte mit Feuereifer entgegen zu eilen, haben wir bereits angedeutet. Herzens die verschiedensten Angaben über einen Punkt hintereinander bringen, kann nur der, der in dem Wunsche seine Zuhörer zu begeistern die Worte nicht genauer wägt. Das nehmen wir einem Kanzelredner so sehr nicht übel, so lange er nicht den Anspruch erhebt, dass seine Darstellung eine auf gewissenhafter Prüfung der Überlieferung beruhende Geschichtserzählung bieten solle. Der Prediger tut das aber doch im Kapitel 9, wenn er gleich dabei auch nur die Resultate der Untersuchungen anderer vorführt. Nichtsdestoweniger ist aber gerade in diesem 9. Kapitel, in dem er sich für die britannische Herkunft der Elftausend und den Zug derselben von England über Batavia nach Köln entscheidet, seine Berichterstattung so ungenau wie möglich.

Bestimmte geschichtliche Daten trägt der Prediger eigentlich nur zwei vor und zwar im Kapitel 10, die jedoch mit dem Martyrium der Kölner Jungfrauen direkt nichts zu tun haben. Davon ist die Nachricht über die Christianisierung Britanniens aus Beda geschöpft <sup>121</sup>), die Bemerkungen über den Märtyrertod des Papstes Marcellin gehen den eigenen Bemerkungen des Verfassers zufolge auf einen Papstkatalog als Quelle zurück. Die Bestimmung der nach Marcellins Tod einsetzenden Sedis-

<sup>121)</sup> Vgl. V. de Buck in den Acta SS. Oct. IX, 78.



vakanz des päpstlichen Stuhles auf Jahr und Tag nimmt sich überdies in unserer Predigt recht eigenartig aus. Sonst hat es sich der Verfasser in seinem Werke vor allem angelegen sein lassen, die Streitfragen, die sich zu seiner Zeit an die Herkunft und das Martvrium der 11000 Jungfrauen anschlossen, zu erörtern. Darüber die Essener Stiftsdamen zu unterrichten, war offensichtlich sein Hauptbestreben. Die Frage, ob die Heiligenschar vornehmlich aus Jungfrauen zusammengesetzt gewesen, musste die Insassen eines Damenstiftes besonders interessieren. Deshalb wird sie im Sermo auch mit solcher Ausführlichkeit an erster Stelle Die Abstammung der hll. Jungfrauen aus Britannien, die behandelt. in der romanhaften Passio R. D. geboten wurde, liess sich in diesem Sinne am besten ausdeuten. Daher lehnte der Prediger auch die Meinung, als ob die Märtyrerinnen aus dem Orient eingewandert seien für sie hatte vielleicht die Legende von der thebäischen Legion vorbildlich gewirkt — so energisch ab. Aber er musste doch auch mit der im Essener Offizium festgelegten Überlieferung rechnen, dass die hll. Jungfrauen das Opfer von Christenverfolgungen geworden seien. Aus diesem Grunde ergeht er sich in unklaren Andeutungen über die Verfolgungen zur Zeit Diocletians und Maximinians, als deren Opfer er zunächst den Papst Marcellin vorführt. Die Verwüstungen, die durch sie in Britannien hervorgerufen, schildert er in ganz allgemeinen Wen-An sie wiederum knüpft er mit einem blossen ..tunc" das Martyrium der hll. Jungfrauen an, die um dieses zu erringen nach Osten gezogen seien, in Gegenden, aus denen sie früher ihren Glauben empfangen und von denen ihnen mitgeteilt war, dass daselbst die Verfolgungen ihren Anfang genommen hätten. Da der Verfasser des Sermo im Eingang des Kapitels 10 betont hatte, dass durch Sendboten des Papstes Eleutherius den Einwohnern Britanniens das Christentum gebracht worden, so kann man aus diesen Bemerkungen sogar eine Anspielung auf die Wallfahrt der Elftausend nach Rom herauslesen. Die Hunnenthese musste der Prediger jedoch eben auch mit Rücksicht auf die alteingewurzelten Vorstellungen im Stift Essen gänzlich fallen lassen. Deshalb erwähnt er sie auch gar nicht. Denn über soviel historische Kenntnisse verfügte man doch im 12. Jahrhundert, dass man wusste, dass die bekannteren Chris enverfolgungen nicht mit dem Hunneneinfall direkt in Zusammenhang gebracht werden durften. Wenn die Version, dass die Hunnen die Henkersknechte der hll. Jungfrauen gewesen seien, in Köln trotzdem im Laufe des 12. Jahrhunderts sich festgesetzt hat. so verdankt sie das in erster Linie dem Umstand, dass durch sie das



Massenmartyrium auf engem Raume eine plausible Erklärung erhielt. Unser Prediger zerbricht sich darüber den Kopf nicht weiter, er schliesst seine kurzen Bemerkungen über das Martyrium mit einem Loblied auf die Essener Ortsheilige Pinnosa und die hll. Jungfrauen insgesamt.

Eine Schrift, die nach dem Eingeständnis ihres Verfassers sich nicht auf Zeugnisse gründete, die den Ereignissen, welche sie schildert, nahe standen, können wir doch nicht als Quelle anerkennen. Das verbietet vor allem auch der eigentliche Zweck des Sermo, der auf Erbauung und Belehrung der Zuhörerinnen gerichtet war. Es war nicht die Schuld des Verfassers der Predigt, wenn er dabei zahlreiche polemische Erörterungen vortragen musste. Die Ausbildung der Legende war zu seinen Lebzeiten noch vollkommen im Fluss, und die verschiedenen Meinungen über die hll. Jungfrauen und deren Opfertod standen sich einander gegenüber. So ward der Sermo eine förmliche Kontroverspredigt.

## V. Die Auffindung von Reliquien der hll. Jungfrauen im 12. Jahrhundert in Köln und die Revelationen Dietrichs von Deutz.

Zu einer Kontroverspredigt über die hll. Kölner Jungfrauen, wie sie uns im 'Sermo in natali' gegeben wird, war aber der Beginn des 12. Jahrhunderts just die rechte Zeit. Eben erst hatte die Bekanntschaft mit dem britischen Sagenkreis einen kölnischen Geistlichen dazu angeregt, die Überlieferung von der beabsichtigten Verpflanzung englischer Frauen nach Nordfrankreich für eine Legende von den 11000 Kölner Jungfrauen zu adaptieren, wodurch England zu deren Geburtsland gestempelt ward. Daneben lief die Meinung um. dass sie aus dem Orient gekommen wären. Verschiedene andere Umstände lenkten um das Jahr 1100 das öffentliche Interesse auf die kölnischen Märtvrer und Märtyrerinnen aufs neue hin. In den Klöstern muss damals das Bestreben, möglichst zahlreiche Reliquien von Heiligen anzusammeln, um sie vor der andächtigen Menge an den Festtagen in Gefässen und Schreinen verwahrt vorzeigen zu können, allgemein Platz gegriffen Zahlreiche Reliquienverzeichnisse sind in dieser Zeit in den Kirchen neu aufgestellt. Stammen doch die grossen künstlerisch ausgeführten Reliquienschreine auch zumeist erst aus dem 12. Jahrhundert. Für Köln lässt sich aus dem Anfang dieses Jahrhunderts auf jeden Fall eine sehr lebhafte Nachfrage nach Reliquien der Thebäischen Legion sowohl wie der Schar der 11 000 Jungfrauen feststellen. Ihr scheinen



die Stadterweiterungen, die Notwendigkeit die Stadtmauern weiter hinauszuschieben und die infolgedessen namentlich im Norden und Nordwesten der alten Römerstadt vorgenommenen Erdarbeiten Vorschub geleistet zu haben. Die früheste Nachricht, die wir darüber besitzen, steht im Zusammenhang mit den Kämpfen Kaiser Heinrichs IV. gegen seinen rebellischen Sohn <sup>122</sup>). Der Kaiser war im Frühjahr 1106' nach Köln geflüchtet, nachdem Erzbischof Friedrich I., der für Heinrich V. Partei ergriffen hatte, aus der Stadt vertrieben worden. Mit Zustimmung Heinrichs IV. legten die Kölner Bürger einen erweiterten Befestigungsgürtel, der aus Wall, Gräben und Torburgen bestand, um die alte Römerstadt. Die Ausschachtungsarbeiten förderten römische wie christliche Gräberfunde und Inschriften zu Tage, von denen ein Teil noch erhalten ist 123). An diese geschichtlichen Vorgänge in Köln knüpft ein freilich, wie es scheint, erst später entstandener Bericht über die Ubertragung von Leichnamen Angehöriger der Elftausendschar, die in Köln bei dem Festungsneubau ermittelt sein sollen, nach dem Kloster Waussor bei Dinant an. Es geschieht das in der Translatio trium Coloniensium virginum . . in monasterium Walciodorense 121). Klosterbruder Magister Richer im Anfang des 12. Jahrhunderts soll die Transferierung von Gebeinen der Kölner Märtyrerinnen nicht nur. sondern auch die der hll. Candidus und Victor nach Waussor beschrieben haben, wie uns in der Geschichte dieses Klosters bezeugt wird 125). Aber hierin hat man die Ankunft der Reliquien nach Waussor erst in die Zeiten des Abtes Dietrich verlegt 126), der 1129-1152 regierte. Wir können uns mit der Aufdeckung des chronologischen Widerspruchs in diesen Nachrichten hier nicht weiter befassen; als Tatsache wird man annehmen dürfen, dass bei dem Hinausschieben des Mauergürtels in der Vorstadt Niederich in Köln zu jener Zeit auch in der Umgebung der Ursulakirche Gräberfunde gemacht worden sind, in denen man Reliquien der hll. Elftausend Jungfrauen hat erkennen wollen. doch auch bereits im Jahr 1113 die Gebeine der hl. Palmatia und anderer Kölner Märtyrerinnen aus der Schar der hl. Ursula durch Vermittlung der Abtei Deutz nach dem Stift S. Peter in Weissenburg

<sup>&</sup>lt;sup>122</sup>) Vgl. darüber jetzt Hansen in den Mitt. des Rhein. Vereins für Denkmalpflege V, 1 S. 15 f.

<sup>123)</sup> Klinkenberg, in den Kunstdenkmälern der Rheinprovinz, Köln 1, 269 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>124</sup>) Veröffentlicht in den Acta SS. Okt. 9, 239 ff. und Analecta Bollandiana 11, 128 ff.

<sup>125)</sup> S. Hist, Walciodorensis in den MGH. SS. 14, 534.

<sup>126)</sup> Ebenda S. 535. Vgl. hierzu Analecta Bollandiana 11, 114.

i. E., aus dessen Bücherschätzen wir- eine der ältesten Handschriften der Passio R. D. besitzen, übertragen worden sein 127).

Gleichzeitig begann man damit, in den Kölner Kirchen selbst die vorhandenen Gräber zu öffnen 128), um die Reliquienbestände zu vermehren. Wie das in S. Gereon ausgeführt ist, in der Kirche, die nach der Überlieferung das Martyrium der Kölner Thebäischen Legion verewigte 129), schildert uns Abt Rudolf von St. Trond, der zeitweise Abt von Köln-Pantaleon war, in einem Brief vom Jahr 1122 sehr anschaulich 130). Es sollte für den späteren hl. Norbert der Leichnam eines der Thebäischen Märtyrer beschafft werden. Die Aufdeckung eines Grabmals in der Kirche von S. Gereon fand im Herbst 1121 nächtlicher Weile statt. In dem Grab lag bestattet eine männliche Leiche, von der bei der Erhebung ausser Knochenteilen nur noch Staubreste übrig blieben, während sich die Kleidung und die kriegerische Ausrüstung ziemlich gut erhalten zu haben scheint. Die Kölner, die von dem Funde Wind bekommen hatten, widersetzten sich der Entführung dieses Heiligtums in der Annahme, dass die gefundenen Gebeine die des hl. Gereon seien. Wenn der Verfasser der Vita s. Norberti recht berichtet ist, muss aber Norbert damals trotzdem in den Besitz von Reliquien von Märtyrern der Kölner Thebäer-Legion gelangt sein. Und auch der Abtei St. Trond sind durch den Bruder Echebert nachher Staub- nebst Knochenpartikeln und Kleiderreliquien etc., die bei der Erhebung von 1121 ermittelt waren, zugeführt worden. Der genannte Abt Rudolf will die letzteren wiedererkannt haben, als sie der Bruder Echebert zugleich mit Reliquien von den Kölner hll. Jungfrauen heimgebracht hat 131).

In der Lebensbeschreibung des hl. Norbert wird behauptet, dass dieser damals selbst in Köln anwesend war. Das deutet der Brief des Abtes Rudolf von St. Trond ebenfalls an. Durch Norberts glückliche Hand sollen ausserdem auch die Gebeine von Angehörigen der Elftausend Jungfrauen, ferner der hll. Mauri und der beiden Ewaldi entdeckt worden sein 132). Wahrscheinlich hat es sich daher auch in eben

Westd. Zeitschr. f. Gesch u. Kunst XXX, II/III.



<sup>127)</sup> Crombach, Ursula vind. 658 u. 1002.

<sup>128)</sup> Die seit dem Beginn des 12. Jhs. vorgenommenen Erhebungen und Übertragungnn von Heiligengebeinen, über die Berichte erhalten sind, hat Wattenbach, Geschichtsquellen 6II, 247 Anm. 1 zusammengestellt.

<sup>129)</sup> Stolle, Franz, Das Martyrium der thebäischen Legion S. 41.

<sup>130</sup> MGH. SS. 10, 330 ff.

<sup>131)</sup> A. a. O. 332.

<sup>132)</sup> Vita Norberti in MGH. SS. 12, 681.

190

jenen Tagen zugetragen, dass Erzbischof Friedrich von Köln (1099—1131) dem Küster Gottfried der Abtei Corvey Reliquien der hll. Jungfrauen schenkte, die dieser seinem Kloster überbrachte <sup>133</sup>). Von Erzbischof Friedrich behauptet Crombach <sup>134</sup>), dass er Reliquien der hl. Jungfrauen, die bei Ausgrabungen in der Nachbarschaft der Kirche von St. Ursula zu Tage gefördert worden, an die Kölner Kirchen verteilt habe. Er äussert sich indessen nicht bestimmter über die Quelle, aus der diese Nachricht geschöpft ist.

Aus den 40er Jahren des 12. Jahrhunderts besitzen wir Nachrichten, dass nach dem Kloster Zwifalten im Schwarzwald 135), ferner nach dem Kloster Disibodenberg a. d. Nahe 136) Reliquien der 11 000 Jungfrauen transferiert worden sind. Auch das Kloster Tegernsee, aus dem uns sowohl die Passio wie der Sermo in natali ss. virginum Coloniensium in Niederschrift aus der Mitte des 12. Jahrhunderts überliefert ist 137), wird durch den Erwerb von Reliquien der Kölner Märtyrerinnen erst veranlasst worden sein, sich das literarische Rüstzeug für die kirchliche Verehrung dieses kostbaren Schatzes zu beschaffen. Dafür, dass in eben jener Zeit Breitenau in Hessen und Sponheim sich ebenfalls von Köln aus mit Reliquien aus der Elftausendschar versorgt haben, ist uns erst Johannes Trithemius in seinen Hirsauer und Sponheimer Chroniken der Gewährsmann 138). Nach Cæsarius von Heisterbach 139) sind im Laufe des 12. Jahrhunderts zahlreiche Gebeine der hll. Jungfrauen an Klöster des Cisterzienserordens abgegeben worden <sup>140</sup>). Ein Reliquienverzeichnis des Marienstifts in Aachen aus dem 12. Jahrhundert nennt ebenfalls zahlreiche Namen von hll. Jungfrauen, von

<sup>133)</sup> Cuius (Friderici Coloniensis episcopi) dono Godefridus edituus s. Viti reliquias sanctarum virginum nobis advexit. Ann. Corbeienses bei Jaffé, Biblioth. Corb. 1, 41.

<sup>134)</sup> Ursula vindicata 658.

<sup>&</sup>lt;sup>135</sup>) Ann. Zwifalt, MGH, SS, 10, 56 u. 88. Unter den Reliquien werden auch solche sancte Ursule regine genannt.

<sup>&</sup>lt;sup>136</sup>) Ann. Disibodenberg. ebenda 17, 26.

<sup>137)</sup> S. oben S. 164.

<sup>138)</sup> Acta SS. Oct. IX 241.

<sup>139)</sup> Dialogus Miraculorum Dist. 8. Kap. 79 ff., Strange 2, 148 ff.

<sup>140)</sup> Über die späteren Translationen vgl. Crombach, dessen Nachrichten z. T. aber auf Erfindung zurückgehen. S. auch V. de Buck in den Acta SS. Oct. 9, 247 ff. Im Jahr 1181 sind Reliquien von 7 hll. Jungfrauen (sociarum s. Ursule) von Köln nach Grand-Mont bei Nancy überführt; s. das Itinerarium fratrum Grandimontensium bei Migne Patrolog. lat. 204, 1221. Vgl. auch zu 1172 Knipping, Reg. der Kölner Erzbischöfe 2, 976.

deren Gebeinen Partikeln im Heiligenschatz der Kirche verwahrt wurden <sup>141</sup>).

Wir haben schon kurz angedeutet, dass der Überlieferung zufolge die Abtei Deutz den Erwerb von Reliquien der hll. Kölner Jungfrauen für das Stift S. Peter in Weissenburg vermittelt hat. Der Bruder Wolfram, der in Deutz auf der Schule gewesen und daselbst Profess getan hatte, soll sie 1113 bei seiner Versetzung ins Elsass mitgebracht haben 142). Vom Abt Gerlach von Deutz hat, wie wir noch hören werden, um die Mitte des 12. Jahrhunderts das Kloster Schönau bei Heidelberg Reliquien von Angehörigen der Elftausendschar erhalten. Die Klöster Breitenau in Hessen und Disibodenberg a. d. Nahe, in die, wie bemerkt, in jener Zeit Gebeine der Kölner Märtyrerinnen übertragen waren, das Lorenzkloster in Lüttich, dem wir eine der ältesten Handschriften des Sermo in natali sowie eine solche der Passio R. D. verdanken, standen mit der Abtei Deutz in Gebetsgemeinschaft <sup>143</sup>). Deutz pflegte demnach mit diesen Klöstern näheren Verkehr. Im 12. Jahrhundert muss die Abtei Deutz geradezu eine Ausgrabungskampagne zur Aufdeckung von Heiligenreliquien in der Vorstadt Kölns, in Niederich, eingeleitet haben, deren Seele der Abt Gerlach gewesen ist. Bei seinen Lebzeiten und denen seines Nachfolgers Hartpern, während der Jahre 1155-1164, hat man zahlreiche Leiber heiliger Märtyrer und heiliger Jungfrauen, die zur Schar der hl. Ursula und zur Thebäischen Legion gezählt wurden, in jener Gegend erhoben und der Deutzer Kirche zugeführt. Vermutlich hat die Abtei von ihren neu erworbenen Reliquienschätzen an die Klöster, mit denen sie engere Verbindung pflegte, abgegeben. Für sich selbst behielt sie jedoch einen reichen Vorrat zurück. Der Konservator der Reliquien, der Deutzer Küster Dietrich, hat davon ein Inventar aufgenommen, das uns in dessen eigenhändiger Niederschrift erhalten ist 144). Der sogenannte

<sup>&</sup>lt;sup>144</sup>) S. oben Anm. 143; vgl. Lacomblets Archiv 5, 253 ff. und MGH. SS. 14, 560 ff. S. auch Bibl. hagiogr. lat. 1220. Die Reliquien in den



<sup>141)</sup> Quix, Codex dipl. Aquensis 1 Nr. 41.

<sup>&</sup>lt;sup>142</sup>) S. oben S 163.

<sup>&</sup>lt;sup>143</sup>) Das Verzeichnis der zur Deutzer Gebetsbruderschaft zählenden Klöster ist in der Originalhandschrift des gleich näher zu besprechenden Liber Thioderici Aeditui, die heutzutage im Fürstl. Museum zu Sigmaringen verwahrt wird, enthalten (fol. 26). In den Veröffentlichungen aus der Handschrift ist es nicht mit abgedruckt. Das Deutzer Nekrolog, das ebenfalls der Liber Thioderici enthält, zählt zahlreiche Memorienfeiern von Brüdern gerade des Lorenzklosters in Lüttich auf.

Liber Thioderici Aeditui vereinigt eine Reihe verschiedener, teils praktischen Zwecken des Klosters Deutz dienender teils historische Bearbeitungen oder Kompilationen darstellender Schriften. Unser Stück, das den Titel Revelationes titulorum vel nominum sanctorum martirum et sanctarum virginum führt, ist zwar schon oft gedruckt worden, sonderbarer Weise aber noch an keiner Stelle vollständig. Die umfangreichste Wiedergabe liefert V. de Buck in den Acta Sanctorum (Oct. IX 243—245); abgesehen jedoch davon, dass er einzelne Sätze im Text ausgelassen hat, so dass über die Auslegung der betreffenden Abschnitte Zweifel entstehen können, — von ihm ist vor allem dabei der Text der Clematianischen Inschrift vollständig unterdrückt worden. Man muss daher zur Ergänzung des Drucks in den Acta SS. denjenigen, den Lacomblet in seinem Archiv 145) geliefert hat, hinzunehmen.

Eine genauere Beschreibung des Verzeichnisses der Titel mag dessen Einrichtung veranschaulichen. Einleitend hebt Dietrich in feierlich urkundlicher Form hervor, dass 1155 und während der folgenden neun Jahre unter der Regierung Kaiser Friedrichs, Papst Hadrians IV. usw. die Erhebungen der Gebeine der Heiligen, deren Titel er beschreibt, in der Vorstadt Kölns stattgefunden habe. <sup>146</sup>). Seiner Aussage nach

Kirchen waren gewöhnlich der Hut des Küsters anvertraut. S. die Bemerkung Dietrichs Lac. Arch. 5, 287: Custos omnem ecclesie thesaurum et ornatum in custodia tenet necnon reliquias clavesque reliquiarum.

145, Band 5, 292-299.

146, Bei der Bedeutung, die Dietrichs Aussagen zukommt, führen wir die Eingangsstelle im Wortlaut an: Anno ab incarnatione Domini nostri Jhesu Christi M. C. L. V. indictione IV. et continua novem sequentium annorum revolutione Romanorum regente imperium Fridericho cesare, Romane quoque ecclesie pontificatum Adriano papa IV. administrante, presidentibus etiam per successiones sancte Coloniensi ecclesie archiepiscopis videlicet Arnoldo secundo, Friderico secundo et Reinoldo archicancellario, in ecclesia vero Tuiciensi Gerlacho abbate existente levata sunt corpora sanctorum martirum et sanctarum virginum suburbio Coloniensis civitatis et adducta trans Renum in oratorium sancte Dei genitricis et perpetue virginis Marie, quod est constructum a beato Heriberto eiusdem loci patrono in castro Divitensi. Quorum nomina vel titulos in corum sepulchris inventos et in archivis eiusdem ecclesie reconditos ad posterorum noticiam ideirco scedulis et apicibus dignum duximus annotari, quia devotionem sanctorum martirum, quos preter opinionem cunctorum viventium oculis nostris transferri vidimus et quorum insuper corpora vel titulos e tumulis manibus nostris eruimus, in quibus etiam mille martiriorum signa et aspeximus et venerati sumus, artius posterorum memorie commendare curamus. Singillatim ergo singulorum titulos, uti in lapidibus cum eis inventis exaratum esse perspicitur, incipientes a majoribus hoc modo digessimus. Hierauf folgen die Tituli,



ist Dietrich an Ort und Stelle dabei tätig gewesen, er will an den ermittelten Leichnamen selbst tausenderlei Spuren des ausgestandenen Martyriums erkannt haben. Die in den Gräbern gefundenen Titel und Namen der Heiligen sollen zum dauernden Andenken im Deutzer Archiv niedergelegt sein. Wie das freilich möglich war, da diese Dietrichs bestimmten Angaben zufolge in Stein eingegraben waren, hören wir nicht; babylonische Archiveinrichtungen waren doch in mittelalterlichen Klöstern nicht vorgesehen. Es sind nämlich die Einzelnamen von etwa 85 männlichen und 120 weiblichen Teilnehmern des Zuges der Elftausend und der Thebäischen Legion, die Dietrich aufzählt. gleich bei der Mehrzahl nur Name und Titel der Heiligen vermerkt sind, so bringt der Deutzer Küster doch auch Grabschriften, die kurze historische Notizen aufweisen; in einem Falle wird sogar die Beschreibung von Emblemen gegeben. Das Namensverzeichnis ist nun in der Weise abgeteilt, dass erst die Namen der hll. Märtyrer, die Deutz unter den beiden genannten Äbten empfangen hat, und zwar nach Gerlach und Hartpern gesondert, aufgeführt werden und dann in gleicher Form die Namen der hll. Jungfrauen mit ihren Titeln, soweit ein solcher ihnen beigelegt ist. Einige der Frauen und Jungfrauen haben sich auch in die erste Rubrik verirrt.

An die Liste der hll. Jungfrauen schliesst sich unmittelbar die Clematianische Inschrift an, so dass kein Zweifel darüber bestehen kann, dass nach der Ansicht Dietrichs der Stein, auf dem sie sich befunden haben soll, damals erst zu Tage gefördert und ebenfalls in das Archiv der Abtei Deutz geschafft worden ist. Dietrich vermerkt erläuternd dazu: Propter huius tituli sententiam nullum corpus apud ecclesiam sanctarum virginum sepelitur.

Der dem Verzeichnis der Tituli und zwar als letztem der Clematianischen Inschrift unmittelbar folgende Zusatz wird von Dietrich mit diesen Worten 147) eingeleitet:

Preter hec igitur sanctorum pignora, quorum nomina hic notata videntur, sunt et alia apud nos, sine nominibus quidem in terra, sed in celo nominata, centenarium numerum excedentia. Quorum media fere pars principali altari, quedam vero arcis juxta idem altare positis, cetera quoque scriniolis in cripta dispositis inclusa tenetur, que utique promiscuo sexu non dubitamus esse permixta. Et quidem ea, quorum hactenus susceptione fructi sumus, sive nota per nomina fuerunt sive ignota, diligenter descripsi. Si vero, ut opto, aliqua deinceps venerint, sive ego ea describam sive alter, pro hoc alteri idem, quod michi exopto, scilicet peccatorum veniam, Christi eiusque genitricis et sanctorum istorum gratiam viteque eterne consortium promereri. Sed o quam magna . . .

<sup>147)</sup> Fol. 53v der Originalhandschrift.



Wir bemerken zunächst, dass Crombach 148) diesen Passus unterdrückt hat, er nimmt den Text Dietrichs erst mit den Worten "O quam magna" wieder auf. Der Geschichtschreiber der hl. Ursula, der den grössten Wert darauf legt, jedes kleinste Zeugnis, das aus früheren Jahrhunderten zur Geschichte seiner Heiligen und ihrer Schar vorhanden war, in ausführlicher Weise wiederzugeben, muss doch in diesen Sätzen einen etwas bedenklichen Inhalt gefunden haben, weil er sie von der Veröffentlichung ausgeschlossen hat. Dabei greift er auch noch zu Ausflüchten, die der Wahrheit nicht entsprechen, indem er erklärt: subditur post multa hoc ss. martyrum encomium "O quam magna" etc. Er hat nur einige weibliche Namen des Deutzer Verzeichnisses, den Text der Clematianischen Inschrift und die oben im Wortlaut aus dem Thiodericus Aedituus zitierte Stelle ausgelassen.

Die Worte Dietrichs von Deutz lassen gewiss eine harmlose Deutung zu. Aber der Satz (Et quidem ea etc.), in dem er ausführt, dass die bislang in Deutz aufgenommenen Heiligenpfänder, mochten ihre Namen bekannt oder unbekannt sein, von ihm gewissenhaft beschrieben seien, nimmt sich doch etwas eigentümlich aus, wenn man bedenkt, dass seine Tätigkeit bei diesem Geschäft sich zumeist darauf beschränkt haben muss, den Reliquien Namen zu geben. Dass diese Titel von Dietrich selbst oder seinen Hintermännern erfunden seien, ist heute die allgemeine Meinung, selbst bei den katholischen Geschichtschreibern der Elftausendschar 149). Unter diesen Umständen muss es auffallen, dass der Küster sich veranlasst sieht, für sich sowohl wie seinen Nachfolger, dem die Verzeichnung der in Zukunft neu ankommenden Reliquien übertragen werden sollte, mit so grossem Nachdruck die Sündenvergebung anzuflehen. In den Auslassungen Dietrichs hat man daher möglicherweise das direkte Eingeständnis zu sehen, dass die tituli sanctorum martirum et sanctarum virginum zum Teil von ihm fabriziert seien. Wir brauchen übrigens diesem Punkt für unsere Untersuchungen keine weitere Be-Viel wichtiger wäre es festzustellen, wie die deutung beizumessen. Abtei Deutz dazu gekommen ist, in einer vornehmlich das Stift zu den hll. Jungfrauen in Köln interessierenden Angelegenheit eine so hervor-

<sup>148)</sup> Ursula vindicata S. 494.

<sup>&</sup>lt;sup>149</sup>) Diese hat zuerst V. de Buck a. a. O. 242 ausführlich begründet. Schon Gobelinus Person im Cosmidromius Kap. 23 (Ausgabe von M. Jansen S. 10) hat wegen des titulus s. Cyriaci pape gegen die Glaubwürdigkeit der Liste geeifert. Vgl. zu den Titeln auch Kraus, Die altchristl, Inschr. I S. 165 ff.

ragende Rolle zu übernehmen. Dafür lässt uns leider unsere Überlieferung im Stich.

Die Revelationen Dietrichs basieren auf der durch die Passio R. D. verbreiteten Legende, dass die hll. Jungfrauen aus England stammten und dass sie vor ihrem Martyrium in Köln eine Wallfahrt nach Rom unternommen hätten. Während die Liste der unter Abt Gerlach transferierten Reliquien von Märtyrern hauptsächlich die Namen von Päpsten, Kardinälen, Bischöfen und sonstigen Geistlichen enthält, bei deren Aufführung im Titel gelegentlich ausdrücklich vermerkt ist, dass sie sich der Jungfrauenschar auf der Fahrt von Rom nach Köln angeschlossen und hier den Märtyrertod erlitten hätten, bringt das gleiche Verzeichnis für die Zeit Abt Hartperns vornehmlich Namen, deren Trägern die englische Herkunft durch die beigesetzten Titel deutlich aufgedrückt Sanctus Nothus martir et rex Scottorum et uxor sua Sara occisi sunt in eodem loco — eröffnen diesen Reigen. Dass sie die Eltern der sancta Ursula regina, mit der das erste Verzeichnis weiblicher Namen beginnt, gewesen seien, wird nicht ausdrücklich gesagt. Die Passio R. D. bezeichnet aber als Vater der hl. Ursula den britannischen König Dionotus. Papuinus, König von Hibernien, und Barachius, Bischof von Hibernien, sollen der Deutzer Überlieferung zufolge Brüder des Königs Nothus gewesen sein. Wie es der genannte sanctus Papuinus martir et rex Hiberniensis, bei dem in den Revelationen hinzugefügt ist, qui venit visitare corpora sanctarum virginum, fertig gebracht hat, noch nachträglich das Martyrium zu erlangen, ist aus dem kurzen Titel nicht ersichtlich. Ferner werden an dieser Stelle eine ganze Reihe englischer und anderer fremdländischer Bischöfe, Äbte und Geistlichen namhaft gemacht. Wir notieren nur: Sanctus Amandus martir et episcopus de Lauduna, quod est in Anglia; Sanctus Monoldus 150) martir et episcopus Trajectensis, frater Cendeboldi regis. Über diesen Sanctus Cendeboldus rex qui tunc temporis fuit, und wohl seine Gattin Theophenilla — sie wird ihm mit den Worten et Theophenilla regina, qui regnavit 12 annis, unmittelbar angereiht — erführen wir gern Näheres, aber der Titel schweigt sich darüber aus, wo dessen Königreich gelegen war. Den Schluss der zweiten männlichen Liste bilden Namen von angeblichen Genossen des hl. Gereon, des Führers der Thebäerlegion.

Das erste Verzeichnis der hll. Jungfrauen, von denen Abt Ger-

<sup>&</sup>lt;sup>150</sup>) Die Bischofslisten von Tongern-Maastricht kennen einen Bischof Monulph, der in der zweiten Hälfte des 6. Jhs. gelebt haben soll.



lach für sein Kloster Reliquien gewonnen hat, hebt, wie bereits kurz erwähnt, mit dem Titulus sancte Ursule regine beatissime virginis an. Mehr berichtet er uns von ihr nicht. Aber dass sie nach des Deutzer Dietrich Meinung eine Schottin gewesen, deutet der Titulus s. Ortmarie an: Hic jacet sancta Ortmaria, que attulit sancte Ursule de Scottia ad dotum (?) suum mille virgines; que fecit titulari omnes excellentissimas virgines. Wir dürfen daher annehmen, dass Theodericus Aedituus die Version bekannt war, die durch die Passio R. D. in Umlauf gesetzt war, der zufolge die hl. Ursula für die Tochter des Königs Nothus oder Dionotus galt. Der Titel der hl. Pinnosa lautet: Sancta Pinnosa virgo principalium una. Durch Dietrich lernen wir auch deren Eltern mit Namen kennen: Sanctus Abararius 151) martir et dux et uxor eius Faravia, pater sancte Pinnose virginis. Auch mehrere Schwestern von ihr werden namhaft gemacht.

Von den durch Dietrich als Führerinnen bezeichneten Heiligen stimmen mit den in den ältesten Kalendarien namentlich aufgeführten 11 heiligen Jungfrauen 152) nur die beiden Namen Ursula und Pinnosa überein. Der Küster kennt jedoch die Überlieferung der Passionen, denen zufolge immer 1000 Jungfrauen unter einer Führerin in der Ursulaschar vereinigt gewesen sein sollten. So lautet der Titulus sancte Albine virginis: Sancta Albina Brittanica, una ex undecim, quarum quelibet mille virgines adduxit. Mit Namen nennt er als Führerinnen ausser Ursula und Pinnosa: (Ortmaria), Albina, Essentia, Baragia, Panafreta, Tisma soror sancte Cordule, diese selbst und Gerasina. Die hl. Cordula wird besonders ehrenvoll in dem Verzeichnis behandelt, ebenso die hl. Florina. Von ersterer lautet der Titel: Titulus sancte Cordule: Hic est sepulta sancta Cordula virgo, que sequenti die fuit occisa. Felix est qui timet Deum. Dass diese Heilige erst am Tage nach dem Gesamtmartyrium die Marterkrone errungen habe, wird ja in dem zweiten Anhang zur Passio, dem Martyrium sancte Cordule 153) näher geschildert. Sie soll sich zunächst auf dem Grund eines Schiffes verborgen gehalten, aber am nächsten Tage männlichen Mutes den

<sup>151)</sup> Im Kapitel 8 der Passio R. D. hat Klinkenberg, Bonn. Jb. 93, 164, aus den Worten: Pinnosa, maximi cuiusdam ducis filia, den Namen Maximus für den Vater der Pinnosa herauslesen wollen; es soll aber damit nur gesagt werden, dass sie eines der mächtigsten Herzöge Tochter war. Der Verfasser der Passio war in Namen noch nicht so erfindungsreich wie der Deutzer Küster.

<sup>152)</sup> S. oben S. 149.

<sup>153)</sup> Passio ss. virg. Kap. 19-22.

Opfertod gesucht haben. Ihr Festtag wurde, wie wir aus einer Urkunde von 1135 154) erfahren, schon damals in der Kirche der hll. Jungfrauen in Köln gefeiert. Der hl. Florina, die im Gerresheimer Verzeichnis den alten 11 Namen zugefügt ist 155), wird sogar zugeschrieben: Titulus maximus: Divinis flammeis visionibus frequenter admoniti et virtutis magne majestatis ego Quirillus presbiter et Clematius sepelivimus corpus sancte Florine virginis. Hierbei werden, wie man sieht, die Eingangsworte der Clematianischen Inschrift noch einmal verwertet.

Von Clematius sind nach der Liste des Dietrich von Deutz damals zwei Titel ermittelt worden. Titulus Clematii: Clematius invenit ista corpora occisa cum aliis virginibus et sepelivit ea in pace. Dieser Titel ist ziemlich am Schluss des ersten Verzeichnisses männlicher Heiligenreliquien eingesetzt. Es folgen darauf noch einige Namen männlichen Geschlechts, darunter der sancti Quirilli: Hic jacet sanctus Quirillus martir frater sancti Marculi, worauf dann wiederholt wird mit der Einführung alius (scl. titulus): Hic jacet sepultus Clematius, qui manibus suis sepelivit sacras virgines.

Weil nun die von Thiodericus Aedituus mitgeteilten Titel neuerdings allgemein für gefälscht angesehen werden - höchstens macht man noch den schüchternen Versuch, den einen oder anderen zu retten 156) hat man darauf verzichten zu müssen geglaubt, die Titel des Clematius zur Erläuterung der Clematianischen Inschrift heranzuziehen. Sie jedoch machen uns erst deren zweiten Satz verständlich, in dem Clematius diejenigen zum Feuer der Hölle verdammt, die es wagen sollten, bei der hehren Majestät der von ihm wiedererbauten Basilika, wo die hll. Jungfrauen für Christi Namen ihr Blut vergossen haben, den Leichnam irgend jemandes zu bestatten "exceptis virginibus." mag nun, wie Kraus 157) es tut, die Deutung vorziehen: "Die Jungfrauen ausgenommen" d. h. es solle ausser den hier bestatteten Märtyrerinnen niemand an dieser Stelle beigesetzt werden, oder aber über-"Jungfrauen ausgenommen," sodass darunter die späteren setzen: Stiftsdamen zu verstehen wären, die also zur Zeit der Abfassung der Inschrift ihren Kirchhof noch bei der Ursulakirche gehabt hätten, — der Satz bekommt erst einen Sinn, wenn die durch die Titel des Clematius geschaffene Voraussetzung besteht, dass dieser sich auch um das Begräbnis

<sup>157)</sup> A. a. O. 146.



<sup>154)</sup> S. oben S. 161.

<sup>155)</sup> S. oben S. 149.

<sup>156)</sup> Kraus, die altchristl. Inschr. 1 S. 148.

oder die Erhebung der Gebeine der hll. Jungfrauen verdient gemacht habe und daher das Recht für sich in Anspruch nehmen konnte, den Bann über seinen Kirchenbau zu legen.

Die Abtei Deutz hat sich übrigens nach dem Bekanntwerden ihrer bedeutenden Reliquien- und Inschriftenfunde darum bemüht. Atteste für die Echtheit einzelner Stücke zu beschaffen, die sie schon in den Augen der Zeitgenossen gegen alle kritischen Zweifel sicher stellen sollten. Durch Abt Gerlach sind nämlich von den erworbenen Reliquien einzelne Gebeine von Angehörigen der Elftausendschar an das Kloster Schönau abgegeben worden. Sie haben bekanntlich die Nonne Elisabeth daselbst zu Visionen 158) begeistert, in denen Stand und Herkunft auch einer Anzahl männlicher Heiligen, die nach der Liste Dietrichs gemeinsam mit den hll. Jungfrauen vor den Mauern Kölns zu Märtyrern geworden waren, offenbart wurden. Abt Gerlach hatte den Auslassungen der Elisabeth zufolge selbst die Titel bezeichnet, deren Beglaubigung er wünschte und von denen er den Verdacht hegte, sie könnten von den Leuten, welche die Heiligengebeine aufgefunden hatten, gefälscht sein 169). brauchen uns bei diesen Erdichtungen einer ekstatischen Frauenseele nicht länger aufzuhalten, denn es kann nach dem Eingeständnis der Nonne nicht bezweifelt werden, dass sie unter den Einflüsterungen der Äbte Gerlach' von Deutz und Ekbert von Schönau gestanden hat 160). Sie drücken zudem der Tätigkeit des Thiodericus Aedituus nur den Stempel überirdischer Inspiration auf.

Wie uns übrigens der Deutzer Küster versichert, sind die Revelationen nicht so sehr sein eignes Werk, als vielmehr das seines Abtes

wie aus dem eben gegebenen Zitat hervorgeht, fanden die Visionen auf Bestellung statt. Wenn Roth a. a. O. S. CXIII erklärt, man wisse nicht, ob Elisabeth auf Anregung Ekberts und Gerlachs sie gehabt habe, so hat er offenbar die vorstehende Stelle übersehen. Vgl. auch die Einleitung zu den Visionen der Elisabeth.



Roth, F. W. E., Die Visionen . . der hl. Elisabeth von Schönau 2. Aufl. S. 123 ff.

<sup>159)</sup> A. a. O. S. 124. Horum precipuos ac maxime notabiles (titulos sanctorum episcoporum atque aliorum magnorum virorum) transmisit ad me ex supradicta urbe prefatus abbas (Tuiciensis Gerlacus), sperans aliquid mihi per gratiam domini de eis posse revelari et cupiens certificari per me, utrum credendum eis esset an non. Habebat quippe suspicionem de inventoribus sanctorum corporum, ne forte lucrandi causa titulos illos dolose conscribi fecissent.

Von diesem war nicht nur das Sammeln der Reliquien Gerlach 161). ausgeführt worden, er soll auch Tage und Nächte lang in unermüdlichem Eifer damit zugebracht haben, für deren würdige Aufbewahrung und Auszeichnung Sorge zu tragen. Vermutlich fällt daher die Tätigkeit Gerlachs im Interesse der Heiligenscharen auch nicht erst in die Zeit. als er Abt des Köln gegenüber gelegenen Klosters (1145 oder 1146) geworden war. Wir haben ja schon gehört, dass die Abtei Deutz bereits im Anfang des 12. Jahrhunderts die Vermittlung von Ursulareliquien nach auswärts betrieb. Also werden ihre eignen Erwerbungen an solchen Schätzen ebenfalls schon vor 1155 eingesetzt haben, von welchem Jahr an gemäss Dietrichs Verzeichnis mit der Überführung von Reliquien aus der Niedericher Vorstadt nach Deutz begonnen sein soll. Da Dietrichs Liste selbst erfunden ist, wird man der Jahresangabe auch kein grösseres Gewicht beizulegen brauchen. Sie gewährt uns aber zweifellos im Zusammenhang mit den anderen oben beigebrachten literarischen Zeugnissen einen Einblick in das Geschäft, das in Köln und Deutz in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts mit der Aufdeckung von Reliquien der Elftausend Jungfrauen und der Heiligen, die man dieser Schar zuzählte, eingeleitet worden ist. Die Nachrichten, die wir über den Bezug von solchen eben in jener Zeit aus den verschiedensten Orten erhalten, treten so zahlreich auf, dass wir bei unserer lückenhaften Überlieferung schon den Schluss ziehen dürfen, dass die Verehrung der hll. Jungfrauen eben damals besonders in Aufnahme gekommen war und dass daher Reliquienübertragungen noch häufiger stattgefunden haben, als uns berichtet wird. Im Anfang des 12. Jahrhunderts sprosst ja auch die legendarische Literatur über die Kölner Märtyrerinnen in reicher Fülle empor. Es sprechen eine ganze Reihe von Anzeichen dafür, dass sie überhaupt erst damals neu entstanden ist.

Wenn wir uns diese Sachlage vergegenwärtigen, dann kommt es bei der Würdigung der Nachrichten, die wir aus dieser Renaissanceperiode der Legendenbildung über die Kölner hll. Jungfrauen besitzen, nicht so sehr darauf an, dass wir deren Details nur für die Stelle verwerten, an der sie uns vorgetragen werden, sondern dass wir uns die Zeitfolge, in der die Nachrichten ungefähr aufgekommen sind, vor Augen führen und uns darüber klar werden, in welcher Weise sie in-

<sup>161)</sup> Lacomblets Archiv 5, 296. Beim zweiten Abschnitt der tituli erklärt er: illarum, que in diebus domini Gerlaci abbatis studiosissimi earum reconditoris advenere, qui in eis colligendis, fovendis, honorandis pervigili studio dies pariter continuabat et noctes.



einander greifen. Als der erste Abschnitt der Passio R. D. erdichtet wurde, war die Meinung, die durch die Kalendarien und die älteren Offizien gestützt war, noch in Geltung, dass die hl. Ursula mit ihrer Durch die Passio aber Schar nur aus Jungfrauen bestanden habe. wurde erstmalig die Legende verbreitet, dass die Jungfrauen als kriegerische Schar aus Britannien hergesegelt seien. Diese Anschauungen und Annahmen erlitten infolge der Gräberfunde, die bei Gelegenheit der Stadterweiterung Kölns im Anfang des 12. Jahrhunderts gemacht wurden, einen starken Stoss. Man deckte nicht nur Inschriften, die weibliche Namen aufwiesen, sondern auch solche mit männlichen auf. gemäss fanden sich in Köln eine grosse Anzahl solcher, bei denen kein Zweifel obwalten konnte, dass ihre Träger römischer Nationalität gewesen waren. So gut uns der Grabstein einer neunjährigen Ursula erhalten geblieben ist, der natürlich mit der gleichnamigen Persönlichkeit der Legende direkt nichts zu schaffen hat und doch bei deren Kennzeichnung mitgewirkt zu haben scheint, ebenso gut mag es auch geschehen sein, dass in jener Periode Inschriftensteine ermittelt wurden, auf denen der Name eines Clematius und die anderer Persönlichkeiten ehemaliger orientalischer oder römischer Abstammung standen. Der jüngeren Legende von der englischen Herkunft der Märtyrerinnen, die sich noch nicht allgemeiner Zustimmung zu erfreuen hatte, trat infolgedessen eine andere Version gegenüber, die die Jungfrauen aus dem Süden oder dem Orient stammen liess und die ihnen Begleiter aus ihrer Heimat gab. Es kann aber ferner gar nicht bezweifelt werden, dass die tatsächlichen Funde, die damals in der Vorstadt Niederich ans Licht kamen, durch die Erdichtungen der Kölner und Deutzer Geistlichkeit in einem Umfang ergänzt worden sind, dass der Charakter des wirklichen Bestandes an Inschriften ein völlig anderer wurde. Die Ergänzungen sind, wie wir aus den Titeln Dietrichs von Deutz ersehen, zum Teil erst den verschiedenen Versionen der Legende angepasst. Wir dürfen wohl auch billig bezweifeln, dass die Tituli des Deutzer Küsters, wie er uns glauben machen will, tatsächlich in Stein ausgeführt waren. Durch die Bemerkung, dass die Inschriftensteine im Archiv der Abtei Deutz hinterlegt seien, verrät unser Gewährsmann schon, dass er auch in dieser Hinsicht schwerlich bei der Wahrheit geblieben ist.

Trotz des Sträubens der neueren Interpreten der Clematianischen Inschrift, die Auslegung für zulässig zu erklären, dass durch sie die Einwanderung der hll. Jungfrauen aus dem Orient bezeugt sein sollte, scheint es doch, dass das Stück ursprünglich diesem Zweck gedient

oder wenigstens das angegebene Resultat gezeitigt hat. Das legt uns besonders die Antiphona zu den Laudes des Ursulanischen Officiums nahe, das uns zuerst in Handschriften des 12. Jahrhunderts erhalten ist. Hierin findet sich die folgende Stelle 162):

Que (scl. undena virginum milia) divino nutu a partibus Orientis exhibite pro Christi nomine hic fudere cruorem, quia nunquam in persecutione potuerunt ab eius divelli confessione. Benedicamus ergo Deum celorum cum omni creatura, qui tam precioso locum istum decoravit martirio. Clematius igitur vir clarissimus voto, quo debebat, a fundamentis sanctum templum erexit, in quo et virginum venerantur merita et populorum laudantium Deum concurrit frequentia.

Wenn man nicht annehmen will, dass die Clematianische Inschrift überhaupt erst auf Grund dieses Offiziums fabriziert sei, so muss man ohne Weigerung zugestehen, dass das letztere eine Überarbeitung der ersteren ist. Die Konkordanzen in beiden Stücken sind so handgreiflich, dass man sie nicht besonders aufzuzeigen braucht. Es ist aber nun doch besonderer Beachtung wert, dass der Inhalt der Inschrift, indem er als Nachtrag der Passio R. D. angehängt worden ist, uns in anderer Auslegung entgegentritt, so dass nicht die hll. Jungfrauen, sondern Clematius darin aus dem Orient herbeigeholt wird. Dass die Lesart, die Jungfrauen seien Orientalinnen gewesen, tatsächlich auf die Inschrift zurückging, bezeugt auch der Verfasser des Sermo im Kapitel 7. Sie war aber mit dem Bericht der Passio R. D. ganz und gar nicht in Einklang zu bringen. Da ihr der Inhalt des Titulus Clematianus erst in einer späteren Überarbeitung zugefügt ist, so spricht doch auch dieser Umstand dafür, dass er überhaupt erst aufgetaucht ist, als die Legende von der britischen Abstammung der Kölner Märtyrer bereits erfunden war.

Und dazu kommt noch, dass die Clematianische Inschrift unter den "tituli" Dietrichs von Deutz sich befindet — er bezeichnet auch sie ausdrücklich als titulus — die zu seiner Zeit in der Vorstadt Kölns aus dem Erdboden ans Licht gefördert sein sollten. Bereits vor dem Jahr 1155, mit dem der Küster die Elevationstätigkeit seiner Äbte beginnen lässt, war die Inschrift freilich bekannt, denn sie ist in die Passionen und das Werk des Predigers übergegangen, die nach unserer Annahme in den ersten Jahrzehnten des 12. Jahrhunderts geschrieben

<sup>162)</sup> Kessel S. 155.



wurden. Das hindert jedoch nicht, dass sie gleichen oder ähnlichen Ursprungs ist, wie die anderen erdichteten Titel, die Thiodericus Aedituus beschreibt. Wir müssen uns eben doch vor Augen halten, dass es Geistliche in Köln und aus der Nachbarschaft der rheinischen Metropole waren, die sich im Anfang des 12. Jahrhunderts die Ausgestaltung der Legende von den Elftausend Jungfrauen und ihrer Begleiterschar mit allen Mitteln haben angelegen sein lassen. Zwischen ihnen aber konnte ein Austausch der Erzeugnisse ihrer schöpferischen Phantasie stattfinden, auch ehe sie in zusammenhängender Form niedergeschrieben und zur schriftlichen Verbreitung weitergegeben wurden. Die Liste Dietrichs von Reliquien angeblicher Angehöriger der Elftausendschar wird sicherlich auch nicht die erste gewesen sein, die man in jener Periode angefertigt hat, denn wir haben ja gehört, dass der Export derartiger Heiligtümer bereits seit dem Anfang des 12. Jahrhunderts von Köln aus schwunghaft betrieben wurde.

Schon der Verfasser des Sermo 163), deutet bestimmt an, dass seiner Überzeugung nach auch männliche Wesen sich im Zuge der hll. Ursula und ihrer Begleiterinnen befunden haben müssten. Es war ihm demnach bekannt, dass in Köln auch Gebeine von heiligen Männern aufgefunden sein sollten, die man der gläubigen Menge als Begleiter der Kölner Märtvrerinnen vorstellte. In dieser Beziehung haben die Deutzer Äbte und ihr Küster eine achtungswerte Erfindungsgabe entwickelt. Ihr Verzeichnis enthielt die Namen von Päpsten, Kardinälen, Bischöfen und sonstigen Geistlichen, ferner von britannischen Königen, Herzögen und Begleitern nichtfürstlichen Ranges wie Clematius und Polocronius u. a. Mochten die Insassen des Stiftes zu den hll. Jungfrauen in Köln und die der anderen Damenstifte am Niederrhein von dieser Bereicherung ihrer besonderen Heiligenschar zunächst auch nicht sonderlich erbaut sein 164), auf jeden Fall haben sie sich im Laufe der Zeit diesen Zuwachs gefallen lassen und eine Anzahl der Gebeine auch solcher Persönlichkeiten unter ihre Reliquienbestände aufgenommen. Aegidius Ge-

<sup>163)</sup> Kap. 2. Nam quis unquam omnium mulierum, non dicimus tantummodo virginum, multitudinem tantam sine sexus alterius intermixtione crederet convenisse? fragt er in nüchterner Erwägung.

<sup>104)</sup> Daraus erklären sich wohl die gleichsam entschuldigenden Bemerkungen des Predigers, die in der vorstehenden Anmerkung angezogen sind. Sie sollten vermutlich die Essener Stiftsdamen mit den ihnen bekannt gewordenen Ausgrabungen in Köln, bei denen angeblich auch männliche Teilnehmer des Ursulamartyriums ermittelt waren, aussöhnen.

lenius <sup>165</sup>) macht um 1650 in dem damaligen Thesaurus sacer des Ursulastiftes in Köln noch die Überreste des Aetherius, des Bräutigams der hl. Ursula, des Papstes Cyriacus, der bekanntlich gar nicht existiert hat, des Patriarchen Jacob und des Bischofs Pantulus von Basel namhaft, deren Titel sämtlich bei Dietrich von Deutz zu lesen sind.

Das Schürfen von Reliquien der hl. Ursula und ihrer Schar, dem sich die Geistlichkeit in Köln und der Umgegend seit dem Beginn des 12. Jahrhunderts so eifrig gewidmet hat, ist demnach für die Geschichte der Legende geradezu von einschneidender Bedeutung geworden. Die Titel, die damals den angeblichen Funden beigelegt worden sind, trugen den verschiedensten Meinungen Rechnung, die in jener Zeit über die Nationalität und das Martyrium der hll. Jungfrauen und ihrer Begleiter verbreitet wurden. Möglicherweise haben sie auch erst die besondere Ausgestaltung des einen oder anderen legendarischen Zuges veranlasst, Auf jeden Fall ist durch sie die Fusion der verschiedenen Legenden besiegelt worden, deren Werdeprozess wir zum Teil an der Entstehung der erweiterten Passio R. D. verfolgen können. Als der Essener Kanoniker seinen Sermon über die hll. Kölner Jungfrauen niederschrieb, waren die letzteren schon Gegenstand öffentlicher Diskussion. Prediger war auch die Clematianische Inschrift bekannt. Hälfte zitiert er im Wortlaut. Aber wir erfahren gleichzeitig von ihm, dass über deren Interpretation ein heftiger Streit der Meinungen entstanden war, was doch auch wiederum darauf schliessen lässt, dass sich an sie keine alte Tradition anschloss. Das war begreiflich, wenn die Inschrift, wie wir vermuten, im Zusammenhang mit den Entdeckungen, die bei der Suche nach Reliquien der Elftausendschar im Anfang des 12. Jahrhunderts in Köln gemacht wurden, in die Welt gesetzt worden war. Wir werden gleich sehen, dass in der literarischen Überlieferung jener Zeit auch ihr Text noch keineswegs eine feste Gestalt angenommen hatte. Und wenn wir dann hören, dass die Inschrift als Steindenkmal vom 12. bis in das 17. Jahrhundert hinein überhaupt nicht nachweisbar ist, sondern stets nur aus den uns bekannten Buchquellen des 12. Jahrhunderts zitiert wird, so müssen wir doch auf den Punkt besonderes Gewicht legen, dass dies zeitweilig so hoch bewertete epigraphische Denkmal in der zweifellos gefälschten Titelsammlung des Küsters Dietrich von Deutz steht. Sie, die um die Mitte des 12. Jahrhunderts niedergeschrieben ist, stellt offenbar den Gesamtertrag an frommen

<sup>165)</sup> De admiranda magnitudine Coloniæ S. 336.



Fälschungen dar, die man seit den ersten Jahrzehnten jenes Jahrhunderts zum Zwecke der Verbreitung von Reliquien der hll. Kölner Märtyrerinnen anzufertigen sich erlaubt hatte. Dem Küster Dietrich, den Äbten Hartpern und insbesondere Gerlach von Deutz mag der Hauptteil dieser "ficticii tituli" zur Last gelegt werden müssen, aber sie sind wahrscheinlich im Einverständnis nicht nur, sondern auch mit Unterstützung der massgebenden Persönlichkeiten des Stiftes zu den hll. Jungfrauen in Köln, dem ja die Verehrung dieser Heiligen besonders am Herzen liegen musste, und anderer Kölner Geistlichen an die Arbeit gegangen.

## VI. Die Clematianische Inschrift.

Die Clematianische Inschrift war demnach nicht, wie noch Kraus 166) behauptet, seit der karolingisch-ottonischen Periode in der Literatur Der Sermo in natali ss. Virginum, in dem sie zitiert wird und dessen Konzeption man in jene Zeit verlegt hat, ist vielmehr zum ersten Male im Anfang des 12. Jahrhunderts gehalten worden. Sein Verfasser lebte in den Tagen, als ein kräftiger Anstoss zur Neubildung von Legenden über das Martyrium der hll. Jungfrauen in Köln gegeben war. Der erfolgte vor allem dadurch, dass um das Jahr 1100 Reliquien der hl. Ursula und ihrer Schar in Köln aufgefunden und zu begehrten Heiligtümern wurden. Der lebhaften Nachfrage kam man hier willfährig entgegen, indem man Titel von Heiligen ersann, die angeblich zu jenen Märtyrermassen gehört hatten. Ihnen reihte man auch den eines Herrn Clematius an, dessen Namen vermutlich eine Römerinschrift geboten hatte. Clematius wurden besondere Verdienste um die Bestattung der hll. Jungfrauen zugeschrieben, wie er auch zum Wiedererbauer der Kirche, die deren Titel trug, gestempelt ist. Aber man war sich über die Rolle, die Clematius bei der Neubelebung des Andenkens der Kölner Märtyrerinnen gespielt haben sollte, zunächst nicht einig. Das spricht sich deutlich in der gesamten literarischen Überlieferung jener Periode aus; auch in den Textvarianten der Inschrift, wie wir sie aus der Passio F. t. p., aus dem Sermo und den Revelationen Dietrichs von Deutz kennen lernen, sind Spuren dieser Meinungsverschiedenheiten zurückgeblieben. Zur besseren Übersicht stellen wir die Texte der Inschrift, die uns unsere ältesten schriftlichen Quellen bieten, hier nebeneinander und fügen gleichzeitig die Form hinzu, in der sie auf der heutigen Steininschrift in der Ursulakirche verewigt ist.

<sup>166)</sup> Die altchristl. Inschriften 1 S. 143.

IV I II III

Thiodericus Aedi- Sermo in natali 167): Steininschriftin der Passio: F. t. p. Ursulakirche: tuus:

Divinis flammeis Divinis flammeis . . divinis flammeis visionibus fre- visionibus frequen- visionibus frequen- visionib(us) quenter admonitus ter admoniti et vir- ter admonitus ut quenter et virtus magne tutis magne maies- virtutis magne ma- t(us) et virtutis pietatis martirii tatis martirii ce- iestatis martyrii ce- magnae mailestatis celestium virginum lestium virginum lestium imminentium ex imminentium ex imminentium Orientis partibus Orientis partibus Orientis nentium ex partipartibus exhibitus pro voto exhibitus pro voto exhibitus pro voto b(us) Orientis ex-Clematius hu c pro- Clematius hu c de Clematius vir con- sibitus pro voto prio in loco suo proprio suo sularis de pro- Clematius hanc basilicam voto hanc basilicam voto prio in loco suo c(larissimus) de quo debebat a fun- quo debebat a fun- hanc basilicam voto proprio in loco damentis restituit. damentis restituit. quod debebata fun- suo hanc basili-Si quis autem super Si quis autem super damentis restituit. cam voto quod de-

tantam maiestatem tantam majestatem huius basilice, ubi huius basilice, ubi virgines sancte virgines pro sancte nomine Cristi nomine pro sangui- sanguinem Christi suum nem suum fuderunt, fuderunt, corpus alicuius de- alicuius deposuerit posuerit, exceptis exceptis virginibus, virginibus, sciat sciat se sempiternis sempiternis ignibus tartari ignibus puniendum. se puniendum.

Divinis flammeis freadmonivirginum martyrii cælestium ex virgin(um) bebata fundamentis restituit. Si quis

autem super tanmailestatem huilus basilicæ, ubi sanctæ virgines pro nomine Christi sanguinem suum fuderunt corpus alicuilus deposuerit exceptis virginib(us) sciat se sempiternis tartari ignibus puniendum.

Wenn uns diese Redaktionen der Inschrift vorlägen, ohne dass wir über den Zeitpunkt und die Art der Überlieferung unterrichtet wären, so dürfte man auf Grund der Textvergleichung an der entscheidenden Stelle (Clematius huc de proprio etc.) wohl ziemlich übereinstimmend zu der Auffassung gelangen, dass die Lesarten der Passio und Dietrichs von Deutz die ursprünglicheren seien, weil sie die kürzeren

<sup>167)</sup> Der Text im Münchener einer- und im Brüsseler und Vatikanischen Kodex (s. oben S. 172) andererseits weichen in der Schreibung mehrfach von einander ab. In der letzteren Handschriftengruppe steht ammonitus. Wichtiger sind die Varianten der beiden letzteren Handschriften "et" für "ut" vor virtutis und "quo statt "quod". Wir haben die Lesarten des Münchener Kodex zu Grunde gelegt, weil sie vornehmlich in die späteren Drucke übergegangen sind.

sind, wobei wir natürlich von dem Ausfall des zweiten Satzes der Inschrift im Sermo absehen. Darin bestärkt uns noch, dass der Verfasser der Predigt gegen eine Hypothese polemisiert, die seiner Angabe nach auf Grund der Textform, die uns Dietrich von Deutz erhalten hat, aufgestellt war. Diese Annahme, dass nämlich Clematius auf seinem Eigengut die Basilika zu den hll. Jungfrauen neugebaut habe, kommt freilich in der Lesart der Passio F. t. p. (proprio in loco suo) noch deutlicher zum Ausdruck. Vielleicht hatte der erste Entdecker der Inschrift überhaupt diese Textgestalt gewählt, und es ward erst spater die Praposition "de" vor "proprio" eingeschoben, mit Hülfe deren die erwünschtere Auslegung der Stelle sich leichter rechtfertigen liess. Der Prediger wäre demnach falsch berichtet gewesen, als er behauptete, die obige Hypothese gehe auf das "de proprio" zurück. Wie er es in seinen Studien auch sonst an der nötigen philologischen Akribie hat fehlen lassen, haben wir bereits gesehen. Unser Urteil in dieser Hinsicht darf sich auch dadurch nicht beirren lassen, dass er gerade bei dieser Gelegenheit den zeitgenössischen Interpreten der Inschrift Mangel an Sorgfalt vorwirft 168).

Dass für die Lesart der Passio F. t. p. und der Tituli Dietrichs von Deutz: huc (proprio in loco suo oder de proprio) im Sermo die Variante: v(ir) c(onsularis) und im Ursulanischen Offizium des 12. Jahrhunderts die: V(ir) C(larissimus) vorkommt, wird für den, der an die Echtheit der Inschrift glaubt, ein willkommenes Argument abgeben. dass (H) V. C. infolge eines Lesefehlers auf dem originalen Steindokument entstanden sein müsse. Tatsächlich bringt die heutige Steininschrift statt des huc nur die Buchstaben VC. Dagegen ist jedoch geltend zu machen, dass der Schlussbuchstabe "s" des "huc" vorhergehenden Wortes "Clematius" zur fälschlichen Einschiebung eines H beim Ablesen von einer Inschrift eine recht schlechte Handhabe bot. wir aber schon wiederholt hervorgehoben haben, richtete sich gegen die Auslegung, welche der Clematianische Titel gerade an dieser Stelle erfahren hatte, im Beginn des 12. Jahrhunderts eine scharfe Opposition. Nehmen wir an, dass die Inschrift, wie so viele andere Titel, die dem Andenken an die hl. Ursula und ihre Begleiterschar gewidmet waren, in den ersten Jahrzehnten des 12. Jahrhunderts neu fabriziert worden

<sup>168)</sup> Kap. 6 heisst es im Sermo: Quod quia breviter designari pagine brevitas (so ist nach der Brüsseler Handschrift anstatt "veritas" in Klinkenbergs Druck zu lesen) ipsa poscebat, quosdam minus diligenter intuentes (für intendentes) sensus eius verus et ad sententie totius solutionem omnimodis aptus hucusque latebat.

ist, so begreifen wir, wie die damalige Anschauungsweise über die Entstehung von Kirchen zunächst in den Text der Inschrift unbewusst hineingeraten konnte. Erst als man sich darüber klar wurde, dass durch einen solchen Satz der Nimbus der angeblich altehrwürdigen Basilika Einbusse erleiden könnte, ging man dazu über, den Text der angeblichen Inschrift, die man als Steindenkmal wahrscheinlich noch gar nicht zur Verfügung hatte, zu emendieren. Aus echten Inschriftensteinen mochten Kölner Geistliche ermittelt haben, dass angesehene Römer den Titel "vir consularis" geführt hatten. Dass dieser jedoch für die frühchristliche Periode, in die das Auftreten des Clematius notwendig fallen musste, nicht mehr zeitgemäss war, blieb ihnen verborgen. Ebenso leicht liess sich aber auch aus den VC des "huc" ein "vir clarissimus", wie im Ursulanischen Offizium steht, herauslesen. Die Hauptsache war, dass auf die eine oder andere Weise das Pronomen "huc", das die unerwünschte Deutung der Stelle mit veranlasste, beseitigt wurde. Aus "proprio in loco suo" und der Lesart "de proprio", die uns durch den Deutzer Küster Dietrich erhalten ist, ward dann der Text im Sermo kombiniert, dessen Verfasser den Sinn der Stelle nach der Auffassung des Kölner Stifts noch durch einen längeren Kommentar festzulegen suchte.

Da wir hier die Entwicklung der Textgestaltung der Inschrift berührt haben, sei gleich erwähnt, dass sie mit der Tätigkeit des beginnenden 12. Jahrhunderts in unsern literarischen Erzeugnissen noch nicht zum Abschluss gelangt ist. Als der Inschrift in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts in Köln wieder eingehendere Beachtung geschenkt wurde, ohne dass man sich jedoch zunächst über ihren epigraphischen Charakter klar war, kam der Text in verschieden abweichender Fassung zum Vorschein. Bei dem Dechanten von S. Kunibert in Köln, Hermann Fleie, der in seinem Werkchen über die hl. Ursula die Inschrift anführt, war für "et virtutis" "et virtute" eingesetzt. Die Änderung ging offenbar auf das Bestreben zurück, die geradezu unerträgliche Häufung der Genitive aufzuheben 169). Den gleichen Zweck hatte schon das "ut" für "et", das sich in einzelnen Handschriften des Sermo findet, nach anderer Richtung hin verfolgt. Fleie's Vorlage kann nur eine unserer handschriftlichen Quellen für die Inschrift benutzt haben, weil er die Worte huc de proprio in loco suo beibehalten hat. Wenn durch ihn der Satz "et virtute" bis "imminentium" in Kommatas eingeschlossen wird, so

<sup>169)</sup> Aus dem nämlichen Grunde haben neuere Interpreten der Inschrift "virtutibus" vorgeschlagen; s. Kraus a. a. O. S. 144.



14\*

geschieht das deshalb, um zu verhüten, dass "imminentium" zu "ex partibus Orientis" gezogen würde, eine Wortverbindung, aus der, wie wir gehört haben, herausgelesen war, die hll. Jungfrauen seien aus dem Orient nach Köln gewandert. Der Hagiograph Surius 170), durch den um das Jahr 1570 den späteren Kölner Geschichtsschreibern der Sermo in natali in einem bequem zugänglichen Druck geboten wurde, hat die gekennzeichneten Worte "ut virtutis etc." — er benutzte also eine Handschrift des Sermo, die zur nämlichen Klasse wie der Münchener Kodex gehörte — noch enger durch eine Klammer zusammengeschlossen, ein Verfahren, das auch Crombach 171) adoptiert hat. Fleie's Textüberlieferung bietet auch wieder die Wortstellung: "pro nomine Christi", die wir in der Passio: F. t. p. finden.

Aegidius Gelenius <sup>172</sup>) führt uns einen aus den Deutzer Revelationen und dem Sermo in natali kontaminierten Text vor und erlaubt sich dabei die Korrektur, dass er statt des "ut" hinter "admonitus" ein "vi" einsetzt, um für die vielen Genitive eine Abhängigkeitsstelle zu schaffen. Aus dem Sermo ist "vir consularis" übernommen; nach Thiodericus Aedituus wird jedoch gedruckt: voto quo debebat und pro Christi nomine. Crombach <sup>173</sup>) gibt zunächst den Text des Sermo mit Weglassung der Verwünschungsformel nach Surius, jedoch mit quo für quod, während er an einer späteren Stelle <sup>174</sup>) den ersten Teil der Inschrift in der Fassung des Deutzer Küsters hat. In der Verwünschungsformel heisst es "pro Christi nomine" auch bei ihm <sup>175</sup>).

Aus welchen Quellen aber haben unsere Gewährsmänner seit dem 12. Jahrhundert die Inschrift geschöpft? Der Bearbeiter der Passio F. t. p. hat sie dem Text seiner Schrift eingefügt, ohne mit einer Silbe zu erwähnen, dass es sich dabei um ein angebliches Steindokument handele, das als ältestes Zeugnis für die Geschichte der hll. Jungfrauen besondere Beachtung verdiene. In dem Zusatz zur Passio R. D. ist nur der Inhalt der Inschrift verwertet worden, wenn sich gleich deutliche Wortanklänge an deren Text in den entsprechenden Sätzen finden. Welche Auslegung sie im Ursulanischen Offizium des 12. Jahrhunderts erfahren hat, ist ebenfalls bereits erwähnt; darin wird natürlich nicht

<sup>170)</sup> De probatis Sanctorum vitis; s. die Ausgabe Coloniæ (1617) 5, 331.

<sup>171)</sup> S. unten S. 213.

<sup>172)</sup> De admir. magnitudine Coloniæ (1645) S. 34 u. 170.

<sup>&</sup>lt;sup>173</sup>) Ursula vindicata 479, vgl. 985.

<sup>174)</sup> Ebenda 982.

<sup>175)</sup> Ebenda 476.

vermerkt, auf welche Quelle der betreffende Passus zurückgeht. Von ganz besonderem Interesse aber sind die auf die Form der Überlieferung der Inschrift sich beziehenden Äusserungen des Verfassers des Sermo. Er zitiert den ersten Satz derselben mit folgenden einleitenden Worten:

Cuius (der Wiedererbauung der Basilika zu den hll. Jungfrauen durch Clematius) monumenta lapidibus istis servantur incisa, que et huic operi verbis eisdem putavimus inserenda: Divinis flammeis etc. So lautet der Text in den beiden ältesten uns bislang bekannt gewordenen Handschriften des Sermo, im Codex Vaticanus lat. 8565, der in Malmedy geschrieben ist, und ferner in der aus dem Lorenzkloster in Lüttich stammenden Handschrift, die sich heute auf der Brüsseler Bibliothek befindet. Im Tegernseer Kodex ist "istis" einfach ausgelassen 176), vermutlich weil man mit dem demonstrativen Pronomen absolut nichts anzufangen wusste 177). Die späteren Drucke 178) aber haben aus dem "istis" ein "istic" gemacht. Deren Autoren wurden natürlich von einem ähnlichen Sprachempfinden geleitet, wie der Schreiber der Handschrift von Tegernsee; auch sie verstanden nicht, worauf das "lapidibus istis" zu beziehen sei. Dass aber diese Lesart die ursprünglichere ist, dafür bürgt uns neben ihrer Besonderheit das Alter und die Zuverlässigkeit der Handschriften aus Malmedy und dem Lorenzkloster in Lüttich, die sie uns überliefern. Deren Textgestalt des Sermo verdient an allen Stellen, an denen Abweichungen zu konstatieren sind, den Vorzug vor derjenigen, die uns der Kodex aus Tegernsee bietet. Man wird aber doch zugestehen, dass die Kennzeichnung durch den Plural mit dem hinweisenden Fürwort: "lapidibus istis" für die Fundstelle, aus der der Prediger die Inschrift abgeschrieben haben will, eigentümlich klingt, um so mehr, als er nur einen Satz daraus bringt. Und mit keiner Silbe deutet der Verfasser des Sermo sonst an, wie das Steindenkmal beschaffen gewesen und wo wir es zu suchen hätten.

Wie schon erwähnt, charakterisiert auch der Deutzer Küster Dietrich den Text der angeblichen Urkunde über den Neubau der Basilika zu den hll. Jungfrauen als Inschrift. Er zählt ihn als letzten Titel in den Revelationes titulorum auf, die er durch seinen Liber in

<sup>178)</sup> Surius 5, 331.



<sup>176)</sup> Klinkenberg, Bonn. Jb. 89, 121.

<sup>&</sup>lt;sup>177</sup>) Klinkenberg a. a. O. 118 hält deshalb die Worte: que et huic operi etc. nebst dem ersten Satz der Inschrift überhaupt für einen späteren Zusatz des Autors.

die Welt gesetzt hat. In den Vorbemerkungen zu seiner Veröffentlichung hat er erklärt: . . titulos, uti in lapidibus cum eis (corporibus sanctorum martirum et sanctarum virginum in suburbio Coloniensis civitatis) inventis exaratum esse perspicitur . . hoc modo digessimus. Liegt es da nicht nahe, das Citat des Verfassers des Sermo mit diesen sicher erdichteten Angaben des Thiodericus Aedituus in Zusammenhang zu bringen? Wir haben bereits hervorgehoben, dass die zweifelhafte Titelsammlung, die man in Deutz zusammengestellt hat, vermutlich älter ist, als die Jahre angeben, welche die Reinschrift von Dietrichs Werk trägt. Auf jeden Fall hatte man sich in der Abtei Deutz schon im Anfang des 12. Jahrhunderts Reliquien der Elftausend zu besorgen verstanden und von diesen Erwerbungen auch nach auswärts abge-Es versteht sich von selbst, dass diese ebenfalls mit Namen ausgezeichnet wurden. Also hatte die Liste Dietrichs schon Vorläufer gehabt, die von ihm in sein Werk übertragen worden waren. Die Abtei Deutz aber und das nahe gelegene Stift Essen pflegten unter einander Gebetsgemeinschaft, und so dürfen wir wohl auch annehmen, dass der Essener Kanoniker, als den wir unserer Vermutung zufolge den Verfasser des Sermo anzuerkennen haben, Gelegenheit gehabt hatte, sich mit den literarischen Erzeugnissen zur Ursulalegende in Deutz vertraut zu machen. Grosse Wahrscheinlichkeit spricht weiter dafür, dass polemische Bemerkungen im Sermo auf die Textform der Inschrift, wie sie auch Dietrich von Deutz überliefert hat, zurückzuführen sind. Als der Prediger schrieb, war ferner der alte Glaube, dass die hl. Ursula und ihre Begleiterschar nur aus Jungfrauen bestanden habe, über den Haufen gestossen. Das hatten die Grabfunde bewirkt, die bei der Stadterweiterung Kölns seit dem ersten Jahrzehnt des 12. Jahrhunderts gemacht waren. Durch sie waren in der Umgebung der Ursulakirche auch die Gebeine männlicher Leichen aufgedeckt. Die Versuchung lag nahe, darin die Überreste von Begleitern der hll. Jungfrauen sehen zu wollen. Man liess eine Anzahl aus England stammen, zum grösseren Teil sie aber der hl. Ursula erst auf ihrer Rückkehr von der Wallfahrt nach Rom sich anschliessen. Die kölnische Geistlichkeit gab ihnen Namen, die uns die Liste Dietrichs von Deutz erhalten hat. Eine Bezugnahme auf sie, deren Einzeltitel aus "lapides" bestehen sollten, oder eine frühere Sammlung ähnlicher Art, in der gleich wie in Dietrichs von Deutz Verzeichnis die Clematianische Inschrift ebenfalls gestanden haben kann, vermag uns die Worte "lapidibus istis", mit denen der Prediger das Inschriftenzitat vorbringt, ohne weiteres verständlich zu machen. Die "tituli" des Thiodericus Aedituus sind ganz gewiss damals gar nicht auf den Stein gebracht worden. Demnach hätte auch der Verfasser des Sermo kein Original des Steindokumentes vor Augen gehabt. Wäre es der Fall gewesen, er hätte uns wohl mehr von seinem Aussehen und seinem Standort mitgeteilt.

Bekanntlich befindet sich die Clematianische Inschrift heutzutage auf einer Kalksteinplatte von nur 10 cm Dicke, die in die südliche Wand des gotischen Chors der Ursulakirche eingelassen ist. Die Erbauung dieses Chors fällt aber erst in die zweite Hälfte des 13. und den Anfang des 14. Jahrhunderts. An jener Stelle könnte der Prediger die Inschrift nicht studiert haben, selbst wenn sie bei seinen Lebzeiten in Stein ausgeführt gewesen wäre. Sie müsste also damals einen anderen Standort gehabt haben. Von einer Umsetzung des Denkmals hören wir jedoch nichts. Man hat überhaupt, wenn wir die Bemerkungen des Verfassers des Sermo und des Deutzer Küsters ausschalten, bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts keine Kenntnis davon besessen, dass die Clematianische Inschrift als Steinoriginal vorhanden Selbst zu Crombachs Zeiten, als dieser sein Geschichtswerk über die hl. Ursula herausgab, muss sie noch nicht in der heutigen Form in der Kirche zu den hll. Jungfrauen angebracht gewesen sein, sonst hätte er sie uns gewiss genauer beschrieben.

Crombachs Vorläufer als Geschichtschreiber des Ursulanischen Martyriums, der Dechant von Köln-Kunibert, Dr. theol. Herm. Fleie, († 1603), der uns als erster wieder, nach einer Pause von Jahrhunderten, den Text der Inschrift mitteilt, hat keine Ahnung davon besessen, dass dieser in solcher Fassung auf Stein bestanden haben sollte. Er gibt ihn für ein Stiftsstatut aus, demzufolge es verboten gewesen wäre, die Kirche zu den hll. Jungfrauen als Begräbnisstätte zu benutzen. Vorgefunden hat er den Wortlaut der Inschrift "in antiquissimo eiusdem ecclesiae (ss. Virginum) libro" 179). Fleie war auch Kanoniker im Ursulastift. Da er überdies, wie wir erwähnt haben 180), eine Geschichte der Titelheiligen dieser Kirche und ihrer Genossinnen geschrieben hat, so wäre es doch geradezu sonderbar, dass das Steindenkmal, obgleich es bei seinen Lebzeiten schon an so hervorragender Stelle in der Kirche sichtbar gestanden hätte, nicht aus dieser Quelle von ihm zitiert wäre. Wenn man beim Neubau des Chors um 1300 die Bedeutung des Stückes als älteste Bauurkunde

<sup>180)</sup> S. oben S. 143 Anm. 2.



<sup>179)</sup> Lippeloo, Vitae Sanctorum 4, 817.

richtig gewürdigt und es von der alten Abbruchstelle hierhin verpflanzt hätte, so würde man doch später kaum so pietätlos gewesen sein, die Inschrift einfach zu übertünchen. Übrigens sind weder an der aus Hausteinen bestehenden Chorwand noch auf der Inschriftenplatte Reste von Tünche zu entdecken.

Von den Kölner Historikern des 17. Jahrhunderts braucht Aegidius Gelenius 181) zur Beschreibung der Inschrift, da wo er sie im vollständigen Wortlaut abdruckt, die von ihm gern benützte, aber etwas fragwürdige 182) Wendung: "hinc est monumentum". der zweiten Stelle 183) drückt er sich nicht deutlicher aus. Und bei der Wiedergabe der Vita und des Martyriums der hl. Ursula, die der Jesuit Philipp Bebius verfasst hat 184) — das Werk Crombachs befand sich damals noch unter der Presse 185) - fügt Aeg. Gelenius zu dem Zwischensatz des Bebius: ut ex inscriptione apud Surium et alios posita colligi potest 186) kein Wort hinzu. Also damals kannte er so wenig wie sein Gewährsmann Bebius die Inschrift in der Chorwand der Ursulakirche. Aeg. Gelenius druckt sie auch nicht unter den Monumenta ecclesiae s. Ursulae ab, dem Titel, unter welchem er die Inschriften der Kirchen einzureihen pflegte, obwohl er unter dieser Rubrik aus der Ursulakirche zwei angebliche, heute freilich verlorene Inschriften im Wortlaut abdruckt 187).

Crombach yerfährt in ähnlicher Weise wie Gelenius. Zwar erklärt er 188): "Curavit is (Clematius) saxis templi praeter alia inci-

<sup>181)</sup> De admir . . magnitudine Coloniæ S. 34.

<sup>182)</sup> A. a. O. S. 280 wird die angebliche Urkunde über den Bau der Türme von Köln-Kunibert im Wortlaut angeführt, und zwar: uti constat ex eo, quod subjicitur monumento. Gelenius verlegt den Bau ins Jahr 1308, das auch das angebliche "monumentum" verewigte. In Stein scheint es jedoch nie ausgeführt gewesen zu sein. Auf jeden Fall stimmt dieses monumentum von 1308 mit dem Text einer urkundlichen Notiz über den Turmbau von 1389 (St.-A. Düsseldorf, Köln-Kunibert, Urkk.) vollkommen überein.

<sup>183)</sup> A. a. O. S. 170: Ita enim habet monumentum.

<sup>184)</sup> A. a. O. S. 338.

<sup>185)</sup> Vgl. ebenda S. 345.

<sup>186)</sup> Ebenda S. 345.

<sup>187)</sup> Ebenda S. 3.6. Die versifizierte Grabinschrift der Xantia (Kraus I Nr. 296) "inter ruta repertum monumentum", wie Gelenius behauptet, sollte "ibidem basi parietis inædificatum" sein. Nach Crombach, der sogar die Grössenverhältnisse des Steins beschreibt, repositus deinde lapis est loco, quo repertus erat. Miteinander in Einklang bringen lassen sich diese 1645 und 1647 gedruckten Angaben nicht gut.

<sup>188)</sup> Ursula vindicata 982.

dendam prohibitionem hanc cum diris, ne quis in fundo martyrii et ecclesiae recens instauratae quempiam alium funeraret", aber an welcher Stelle der Kirche dies geschehen sei, berichtet er nicht. Und das Citat, das er bei dieser Gelegenheit aus der Inschrift liefert, bietet den Text des Thiodericus Aedituus und nicht den des heutigen Steines. Wo er sonst die Inschrift in seiner Ursula vindicata anführt, wiederholt er die Stelle aus dem "Sermo". Den vollen Wortlaut der Inschrift im Zusammenhang findet man an keiner Stelle seines umfangreichen Druckwerkes, der steht erst in seinen nur handschriftlich erhaltenen Annalen 189). Hier 190) leitet Crombach ihn mit folgenden Worten ein: "Anno Christi 462, Hilarii papae 2, Leonis imperatoris 6 etc. Exsurgit undecim millium virginum templum altius, cumque certe Clematius incolarum narratione comperisset solum ob sanctitatem corporum virgineorum, quibus area tota implebatur, hactenus nullum illic sepultum cadaver tolerasse, sed ilico terra deliscente ejectasse, ne posteritati huius rei caperet oblivio, posteros omnes adjurandos censuit hac in ecclesiae saxis excisa monitione: Divinis flammeis . . . .

Dass die chronologischen und sonstigen Angaben dieser Notiz unhistorisch sind, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Den Standort des grossen Steinmonumentes (saxa), auf dem die Inschrift angebracht sein sollte, beschreibt er aber hier so wenig wie in seiner Ursula vindicata näher. Doch er führt uns den Text in Majuskelschrift vor, die offenbar den Eindruck erwecken soll, dass sie nach dem Original kopiert sei. Dabei behält Crombach indessen die Klammer bei, die durch Surius' Veröffentlichung des Sermo für den Satz (ut virtutis magnae maiestatis martyrii coelestium virginum imminentium) bei den Kölner Historikern des 17. Jahrhunderts gebräuchlich geworden war. Er hält auch in seinen Annalen an der durch eine Handschriftengruppe des Sermo eingebürgerten Variante "ut" für "et" fest, ferner reproduziert er die sonstigen in der literarischen Überlieferung des 17. Jahrhunderts üblichen Lesarten . . exhibitus, . . . voto quo, . . . pro Christi nomine . . Bemerkt sei noch, dass von Crombach an der Stelle des Textes der Inschrift . . exceptis virginibus . . für virginibus zunächst ein "sanctis" hingemalt war, das durch Korrektur zu virginibus umgestaltet ist.

<sup>190)</sup> Tom. I u. II fol. 753 u. 754.



<sup>&</sup>lt;sup>189</sup>) Die sich im Histor. Archiv in Köln unter Chroniken und Darstellungen Nr. 109 mit dem Titel: Annalium metropolis Coloniæ Agrippinensis tomi I ff. in Originalschrift befinden.

Auf Grund dieser Angaben dürfen wir dreist behaupten, keiner der Kölner Altertumsforscher des 16. und 17. Jahrhunderts hat den Text der Inschrift nach der heutigen Steinplatte kopiert, sie citieren ihn nur aus ihren literarischen Quellen. Wenigstens einer von ihnen müsste doch einmal den Wortlaut der Inschrift korrekt wiedergegeben haben und schliesslich darauf gekommen sein, bei der Abschriftnahme auch einige von den "sehr exquisiten ortho-Eigenheiten" <sup>191</sup>) zu vermerken. graphischen Die Schreibungen "mailestas", "huijus" etc., das schöne "exsibitus" für exhibitus, die man so hoch einschätzt, sind vermutlich weiter nichts als Dittographien und Versehen des ungeübten Steinmetzen aus späterer Zeit. Gelenius und Crombach ein Verständnis hatten für das Interesse, das die Geschichtsforschung an der Form, in der ein Denkmal erhalten ist, nimmt, sehen wir z. B. aus zahlreichen Mitteilungen, die sie über Inschriften geben. Bei der Clematianischen Inschrift schweigen sie sich aber darüber aus. Crombach redet zwar von "saxis templi" oder "ecclesiae", auf denen die Inschrift überliefert sein sollte, Gelenius hingegen beruft sich nur auf das "monumentum". Und trotz der besonderen Aufmerksamkeit, die der letztere gerade diesem Denkmal gewidmet hat, findet er es nicht der Mühe wert, die Notiz des Jesuiten Bebius, der die Inschrift nur aus Surius' Werk und anderen Drucken kannte, zu berichtigen und zu ergänzen. Bei dem Eifer, mit dem Gelenius und Crombach die Geschichte der alten Kölner Kirchen durchforscht haben, hätte es ihnen schliesslich doch auch auffallen müssen, dass dies ehrwürdige Denkmal an einer Stelle angebracht war, an der es, ware es echt überliefert gewesen, ursprünglich nicht gestanden haben konnte, nämlich an der Wand des gotischen Chors. Gelenius aber hat, wie bereits betont ist, es unterlassen, die Inschrift bei der Beschreibung der Ursulakirche in dem Kapitel der Monumenta 192) zu bringen, in das er sonst regelmässig alle Inschriften einsetzt. Und doch versichert er hier ausdrücklich, dass er nur die "caetera monumentorum fragmenta" übergehe, deren Beschreibung er Crombachs Werk vorbehalten wolle.

Die Wandflächen des Chors der Ursulakirche, an deren südlicher sich heute die Inschrift befindet, sind durch senkrecht auf den Sockel herablaufende Lisenen in vertiefte längliche Felder geteilt. In den Abstand zwischen zwei Lisenen ist die heutige Inschriftenplatte in der

<sup>191)</sup> Kraus a. a. O. S. 143.

<sup>192)</sup> A. a. O. 356.

Breite von 0,71 Metern exakt hineingepasst. Das könnte ja bei der Anlage des Chors geschehen sein, indem der Abstand der Längsstreifen der damals schon vorhandenen Inschrift zuliebe gewählt wäre.

Die Beschaffenheit der Inschrift, die Akkommodierung des Steins an die Lisenenteilung der Wand und dessen geringe Dicke von nur 0,10 m lassen aber unbedingt auch die Möglichkeit zu, dass die Platte zu jeder beliebigen Zeit nachträglich an der heutigen Stelle eingefügt worden ist. Glaubt man denn wirklich, dass eine Prunkurkunde über den Bau einer Kirche oder meinetwegen auch nur eines Privatoratoriums von römischen Steinmetzen in einer so schwächlichen Bearbeitung jemals ausgeführt wäre! Beim Neubau selbst eines Bethauses standen genug "saxa" zur Verfügung, auf denen sich dies Zeugnis für seinen Ursprung in kräftigerer Fassung hätte anbringen lassen. Und Clematius, wäre er tatsächlich die historische Persönlichkeit des 4./5. Jahrhunderts gewesen, die die Basilika zu den bll. Jungfrauen von Grund aus neu erstehen liess, hätte gewiss, da er angeblich durch seinen Bannfluch die Schänder dieser geweihten Stätte zurückschrecken wollte, darauf Bedacht genommen, dass dies durch im Lapidarstil eingemeisselte Lettern geschehen wäre und nicht durch Buchstaben, die höchstens eine Vertiefung von einigen Millimetern zeigen. Es ist nicht nur ein innerer Widerspruch, wenn Klinkenberg 193) meint, dass die Buchstabenformen auf der Inschrift noch durchaus die Markigkeit und Zierlichkeit der klassischen Züge an sich trügen, es trifft weder die eine noch die andere Kennzeichuung nach meinem Dafürhalten darauf zu. Buchstaben sind in Wirklichkeit ganz dünn in den weichen Stein eingegraben, viel dünner, als es nach der Photographie 194) den Anschein hat.

Dass die Inschrift graphische Besonderheiten zeigt, wird zugestanden. Auf den ersatzlosen Ausfall der Endsilben "us" und "um" etc. vornehmlich in den ersten Zeilen der Inschrift hat man freilich kein Gewicht gelegt, und man darf ihn wohl auch nicht zu hoch veranschlagen, obwohl die Willkür, die in dieser Beziehung auf dem Steindokument herrscht, zu denken gibt. Die Anwendung der "i" geminata zwischen zwei Vokalen wird als auf bester alter Grammatikerdoktrin beruhend erklärt <sup>194a</sup>); man muss aber gleichzeitig eingestehen, dass sie sich schwerlich auf einer andern Inschrift des 4. Jahrhunderts werde nachweisen lassen <sup>195</sup>). Die Schreibung "exsibitus" für "exhi-

<sup>195)</sup> So Klinkenberg, Bonn. Jb. 88, 93 f.



<sup>193)</sup> Bonn. Jb. 88, 93. — 194) Kraus a. a. O. Tafel XX 2.

<sup>194</sup>a) Kraus a. a. O. S. 143.

bitus" erkennt Klinkenberg wenigstens als auffällig an <sup>196</sup>), und er macht auch darauf aufmerksam, dass die Ligatur & im Worte "corpus" an die späte Zeit erinnert <sup>197</sup>). An welche Zeit dabei zu denken ist, das spricht er freilich nicht aus. Weder auf den von Kraus bearbeiteten altchristlichen Inschriften der Rheinlande noch auf den von Le Blant <sup>198</sup>) veröffentlichten gleichartigen französischen Denkmalen lässt sich aber diese Ligatur ermitteln, trotzdem die Buchstabenfolge "or" in lateinischen Namen wie Worten wohl zu den häufigsten gehört. Ob diese Inschriftenligatur tatsächlich schon karolingisch ist <sup>199</sup>)? Gerade sie hat sich erst durch die Minuskel und in der Kursivschrift herausgebildet. Wie aber die frühen Doppel-"i" Schreibungen mit der zweifellos erst mittelalterlichen Ligatur & zusammengestimmt werden können, darüber hat sich Klinkenberg nicht geäussert.

Welche Schwierigkeiten die Deutung des Textes der Clematianischen Inschrift verursacht, ersieht man aus den zahlreichen Kommentaren, die darüber geschrieben sind. Wir verweisen auf die Zusammenstellung der Erklärungsversuche der verschiedenen Stellen bei Kraus, die zugleich den grossen Apparat veranschaulichen, der herangezogen werden musste, um die bombastischen und geschraubten Ausdrücke der Inschrift einigermassen verständlich zu machen.

Die Inschrift zerfällt deutlich in zwei Teile, die urkundliche Notiz über den Neubau an der Begräbnisstätte der hll. Jungfrauen, den Clematius ausgeführt haben soll, und dessen Bannfluch gegen diejenigen, die es wagen würden, an dieser Stelle jemand anders zu begraben. Es wurde schon darauf aufmerksam gemacht, dass dieser zweite Abschnitt mit dem Partizipialsatz "exceptis virginibus" nur dann verständlich wird, wenn man annimmt, dass Clematius nicht nur die Grabbasilika neu gebaut hat, sondern damals auch die Gebeine der hll. Jungfrauen, soweit er sie auffinden konnte, an dieser neuhergerichteten Begräbnisstätte selber habe zusammentragen lassen. Die Worte der Inschrift legen ihm die Absicht unter, dass er bestimmen wollte, falls später noch Reliquien der Märtyrerinnen aufgedeckt würden, sollten

<sup>196)</sup> A. a. O.

<sup>197)</sup> A. a. O. S. 93 Anm. 5.

<sup>198)</sup> Inscriptions chrétiennes de la Gaule antérieures au VIII siècle Tome I u. II. Paris 1856 u. 1865.

<sup>199)</sup> Sie findet sich auf dem Bruchstück eines Grabsteins im Wallraf-Richartz-Museum in Köln Nr. 24, der zwar als karolingisch ausgezeichnet ist, aber doch später anzusetzen sein dürfte.

auch sie in der von ihm neuerbauten Basilika beigesetzt werden <sup>200</sup>). Im andern Falle bleibt der Zusatz "exceptis virginibus" die reine Tautologie, es sei denn, dass darunter, wie wir bereits ausgeführt haben, die späteren Stiftsdamen verstanden werden sollten. Wir werden dadurch aber genötigt, die "tituli" des Thiodericus Aedituus auch zu ihrem Recht kommen zu lassen, die besagen, dass Clematius die hll. Jungfrauen bestattet habe.

Der Deutzer Küster hat ja das Eingangsmotiv der Clematianischen Inschrift auch beim Titel der hl. Florina verwendet. Den Verfechtern der Echtheit der Clematianischen Inschrift gilt der Ausdruck: Divinis flammeis etc. natürlich als eine einfache Nachahmung der Worte der Inschrift. Aber gerade das mehrfache Vorkommen dieser Wendung trägt, wie mir scheint, zum Verständnis derselben sehr wesentlich bei. Die im Abendland seit dem 4. Jahrhundert hochgehaltene Unverletzlichkeit der Grabesruhe, die auch durch kirchengesetzliche Bestimmungen später festgelegt ward, hat während des ganzen Mittelalters bis in die Neuzeit hinein in der Auffassung theoretisch fortbestanden 201), den unzähligen Erhebungen und Translationen von Gebeinen von Heiligen Um das Sakrileg bei der Umbettung von Reliquien zu vermeiden, griff man zu dem Mittel, den Heiligen selbst die Aufdeckung seiner Gebeine und deren anderweitige Aufbewahrung fordern zu lassen, oder aber es wurden die Himmelszeichen zu Hülfe gerufen. So werden auch der Presbiter Quirillus und Clematius durch göttliche flammende Zeichen aufgefordert, die hl. Florina zu begraben, wozu sie noch durch die Erwägung bestimmt werden, dass sie sich um so hehre Majestät verdient machen. Der angebliche Neubau der Grabbasilika auf der Marterstätte hatte nach mittelalterlicher Auffassung Clematius ebenfalls in die Notwendigkeit versetzt, die Grabesruhe der Gebeine der hll. Jungfrauen zu stören. Deshalb ward er nicht bloss durch himmlische Flammenzeichen, sondern durch das Erscheinen der Jungfrauen selbst mit Nachdruck zu seinem Werk angefeuert.

Von solchen Anschauungen ist der doppelte Ansporn eingegeben, den die Inschrift für die Tätigkeit des Clematius im Interesse der hll. Jungfrauen wirksam sein lässt. Das visionäre Moment spielt bei den Erhebungen von Heiligen im 12. Jh. eine Hauptrolle. Die zu den

<sup>&</sup>lt;sup>201</sup>) Vgl. Sdralek in Kraus' Realencyklopädie der christl. Altertümer 2, 913 ff.



<sup>&</sup>lt;sup>200</sup>) Das gibt auch Klinkenberg (Bonn. Jb. 88, 91) zu, aber wegen der entgegenstehenden historischen Schwierigkeiten plädiert er dann doch für die Übersetzung: "ausser den beigesetzten (?) Jungfrauen".

Elftausend zählenden zwei Jungfrauen, deren Gebeine das Kloster Waussor erworben, sollen 1105 den bei den Befestigungsarbeiten im Norden Kölns tätigen Bauern zuvor erschienen sein, und diese darauf vorbereitet haben, dass sie das Glück hätten, der Jungfrauen Leichname aufzudecken, zwischen denen man auch den ihres Führers und Bischofs ermitteln werde 202). Die hl. Cordula offenbart sich in nächtlicher Vision der Klausnerin Helintruda auf der zum Stift Heerse gehörigen Burg Iburg (Driburg) in Westfalen, um sie über ihr Martyrium aufzuklären 203). Die Reliquienfunde, welche der hl. Norbert 1121 in Köln nach dem Bericht seines Biographen 204) erzielt hat, waren auf dem gleichen Wege zustande gekommen. Die Jungfrau aus der Elftausendschar, deren Gebeine Norbert erhielt, hatte einem der Begleiter desselben in der Nacht ihren Namen und ihre Begräbnisstätte durch eine Vision angezeigt. Am folgenden Tage wurden an der angegebenen Stelle ihre Reliquien erhoben. Durch die Visionen der Elisabeth von Schönau sind die Deutzer Revelationen beglaubigt worden 205). sind natürlich alles fromme Dichtungen, von denen man nicht erst den Beweis zu erbringen braucht, dass sie geschichtlichen Wert nicht haben können. Und wenn viele Jahrhunderte nach dem Martyrium der hll. Jungfrauen plötzlich deren Titel in Masse auftauchen, wenn uns bei dieser Gelegenheit eine der Heiligen namhaft gemacht wird, die zur Zeit der Katastrophe die Titelauszeichnung der vornehmsten Jungfrauen besorgt haben soll 206), so tragen doch diese Nachrichten den Stempel der Erfindung an der Stirn.

Die Clematianische Inschrift aber ist gleichen Ursprungs wie die Sepulkraltitel, die uns die aus der Abtei Deutz überlieferten Revelationen im Liber Thioderici Aeditui auftischen. Der "Titulus Clematianus" war so wenig wie die übrigen damals enthüllten Namensaufschriften der Gräber der Heiligen "in lapidibus exaratus". Wem der fromme Betrug mit der Konzipierung der Inschrift speziell zur Last fällt, ob dem Deutzer Küster, der sich in der Nachschrift zu seinen Listen als "nomenclator" bekennt, oder seinem Abte Gerlach, dem eifrigsten Entdecker der Reliquien der hll. Jungfrauen, wie ihn Dietrich bezeichnet, oder ob andere ältere Kölner Geistliche hülfreiche Hand dabei geleistet

<sup>202)</sup> Translatio trium Col. virg. in den Anal. Bollandiana 11, 129.

<sup>&</sup>lt;sup>203</sup>) S. Passio R. D. cap. 20 u. Passio F. t. p. cap. 19.

<sup>&</sup>lt;sup>204</sup>) MGH. SS. 12, 682.

<sup>&</sup>lt;sup>205</sup>) S. oben S. 198.

<sup>206)</sup> Oben S. 196.

haben, das vermögen wir heute natürlich nicht mehr zu entscheiden. Inhalt und Textform der Inschrift aber sind ganz im Geiste jener von visionären Erscheinungen ekstatischer Persönlichkeiten erfüllten Zeit geboren, wie sie von den Erfindern der Fälschungen vorgeschickt wurden.

Dass die Fälschung der Inschrift so glänzenden Erfolg haben konnte, verdankt sie zum Teil den geschickten Hülfsoperationen, die ihr in späteren Jahrhunderten bewusst und unbewusst zuteil geworden sind. Unsere Darlegung hat ja wohl den Beweis dafür erbracht, dass es nicht bloss darauf ankommt, unsere mittelalterlichen Quellen nach Form und Inhalt kritisch zu prüfen, auch der Geschichte der Überlieferung, die von den Epigraphikern namentlich in diesem Falle sehr stark vernachlässigt war, muss auf das sorgfältigste nachgegangen werden. Dann vermögen wir auch den zeitlichen Ursprung von Fälschungen, und die Arbeit von Jahrhunderten, die ihnen förderlich gewesen ist, klarer ins Licht zu stellen.

Der Geleitsbrief, den ehedem Ritschl und De Rossi der Clematianischen Inschrift gegeben hatten, so dass alle kritischen Zweisel an der Echtheit fast verstummt waren, ist zum Glück neuerdings durch andere Autoritäten auf dem Gebiet der Epigraphik wieder zurückgezogen worden. Zangemeister und Domaszewski nennen die Inschrift eine Fälschung des 15. Jhs. <sup>207</sup>). Diese Annahme kann sich natürlich nur auf die Ausführung der Inschrift in Stein auf der Kalksteinplatte beziehen, weil ihr Text zweisellos bereits zu Beginn des 12. Jhs. existiert hat. Allein aus epigraphischen Merkmalen den Zeitpunkt einer Fälschung setstellen zu wollen, bleibt — wie sich bei diesem Beispiel wiederum aufs schlagendste ergibt — stets ein gewagter Versuch.

Von den Zeiten des Verfassers des Sermo und des Deutzer Küsters ab, die den Clematianischen Titel als Inschrift anführen, ohne jedoch zu melden, wo sie damals angebracht war und in welcher Form sie existierte, bis auf Crombach haben wir keinen einzigen Zeugen, der uns das Denkmal in der Kirche zu den hll. Jungfrauen in Köln aus Autopsie beschreibt. Surius, Fleie, Bebius, Aeg. Gelenius und Crombach selbst, sie alle benützen nachweislich nur die Textform der literarischen Überlieferung. Wie wenig mit den Angaben der beiden letzteren über die Form, in der die Inschrift als Steindenkmal zu ihrer Zeit erhalten sein sollte, anzufangen ist, haben wir schon dargelegt. Ja selbst der erste neuere Epigraphiker Nordwestdeutschlands, Baron von Hüpsch, der im J. 1801 eine Sammlung von Inschriften dieses

<sup>&</sup>lt;sup>207</sup>) CIL. XIII p. 2 fasc. 2 S. 32\*.



Gebietes <sup>208</sup>) veröffentlicht hat, scheint sich bei der Wiedergabe des Textes der Clematianischen Inschrift <sup>209</sup>) der gedruckten Literatur angeschlossen zu haben, trotzdem er die Inschrift als ein Inventarstück der Kirche zur hl. Ursula in Köln vorführt. Schon seine Quellenangabe lautet reichlich unbestimmt: Coloniae in ecclesia s. Ursulae de restitutione eiusdem basilicae per Clematium circa initium saec. V. Und er bietet uns nur den ersten Satz der Inschrift bis "restituit" dar und zwar mit den Konjekturen "vi" "vir consularis", wie wir sie im Druck des Aeg. Gelenius zusammengestellt finden.

Frühestens nach dem Erscheinen von Crombachs Werk über die hl. Ursula (1647) dürfte demnach die Clematianische Inschrift erstmalig auf Stein gebracht und in die südliche Chorwand in der Ursulakirche eingelassen sein. Durch wen das geschehen ist, darüber lassen sich nur Vermutungen äussern. Ein beliebiger Steinmetz, der in der Kirche zu den hll. Jungfrauen Bauarbeiten ausgeführt hat, kann selbstverständlich die Veranlassung dazu nicht gegeben haben. Hinter einem solchen müssen Persönlichkeiten gestanden haben, die den erdichteten historischen Gehalt dieser Inschrift zu würdigen imstande waren. Wenn wir uns der verschiedenen Bemerkungen Crombachs erinnern, in denen er darauf anspielt, dass die Inschrift tatsächlich in der Kirche zu den hll. Jungfrauen in Stein eingemeisselt gewesen sei, so wird man doch leicht auf die Annahme gebracht, dass bei ihm der Wunsch nicht bloss der Vater des Gedankens, sondern auch der Tat geworden ist. Überdies können wir die sogenannte Diodorainschrift, das inhaltliche Pendant der Clematianischen Inschrift, als solches auch dafür anführen, dass Crombach augenscheinlich die Absicht gehabt hat, es ebenfalls in Stein herstellen zu lassen. Sie lautet:

> Christe quem dominum coeli regemque deumque Crux jubet agnosci mortem qui vicit acerbam Martyrioque suo reparavit secula cunctis Hic ubi virgineum fudit manus impia sanguem Angeli seu Christi casta inter somnia iussu Clematius fuso posuit pro sanguine templum Et Diodora simul cara et gratissima conjunx In tantum meritum coelestia facta resurgunt.

<sup>208)</sup> Epigrammatographia sive collectio inscriptionum antiquioris, medii et recentioris ævi provinciarum Germaniæ inferioris. Bd. I u. II. Köln 1801.

<sup>200)</sup> Bd. 2 Nr. 12. Unter Nr. 13 verzeichnet er: ibidem in sepulchro s. Ursulae sub Cuniberto ep. circa 644: Sepulchrum sanctæ Ursulæ indicio columbæ detectum. Diese Inschrift wird auf Grund des Berichtes der Vita Cuniberti in späterer Zeit fabriziert sein.

Soweit sich feststellen liess, hat Fleie 1596 in seiner Geschichte der hl. Ursula diese Verse zuerst veröffentlicht 210). Er entnahm sie, wie er uns mitteilt, dem nämlichen "uralten Buch" der Ursulakirche, aus dem er auch den Text der Clematianischen Inschrift publiziert hat. Demgemäss versichert denn auch Aeg. Gelenius, die Verse seien "in tabulario Ursulano" erhalten 211). Nach Crombach aber waren sie um das Jahr 463 "templi (s. Ursulae) saxis incisum" 212). Wo sie jedoch zu seiner Zeit an oder in der Kirche eingelassen waren, vergisst er wieder anzu-Von diesen Versen sind die vier letzten erst in den Jahren 1852 und 1853 bei der Renovierung der Ursulakirche über deren Hauptportal neu in Stein eingegraben worden 213). Dieses Gegenstück zur Inschrift des Clematius hält selbst Kraus 214) für eine Fälschung sehr später Zeit; er lässt es freilich noch der nachkarolingischen Zeit angehören, wo die Bildung der Ursulanischen Sage längst im Flusse war. Wir werden die Inschrift aber wohl noch etwas tiefer, erst in das 15./16. Jahrhundert, hinabrücken müssen.

Wir haben sie hier als Beispiel dafür angezogen, um zu belegen, wie wenig Glaubwürdigkeit Crombachs Angaben in dieser Hinsicht verdienen. Wer sich freilich auf den Standpunkt stellt, dass wir jedes Wort, das uns die Kölner Historiker geistlichen Standes im 16. und 17. Jahrhundert überliefern, gutgläubig hinzunehmen haben, der wird auch hier zu dem Ausweg greifen, dass die Inschrift, seit sie Crombach zuletzt gesehen hatte, verschwunden sei, bis sie dann erst in jüngster Zeit ihre teilweise Wiedererweckung erlebt habe.

Die mehr als unbestimmt gehaltenen Einführungsworte, die Crombach für beide Inschriften verwendet, erwecken aber den Verdacht, dass sie in Aussicht genommene Ergänzungen der Lücken in der Überlieferung der Quellen zur Geschichte der hl. Ursula und ihrer Schar vorbereiten sollten. In den 40er Jahren des 17. Jahrhunderts sind Anbauten an die Ursulakirche ausgeführt und grössere Renovierungsarbeiten im Innern vorgenommen worden. Der kaiserliche Gesandte Johann Krane — er wird auch a Crane geschrieben — hatte sich erboten, die sogenannte Goldene Kammer auf seine Kosten grösser und

<sup>&</sup>lt;sup>210</sup>) Lippeloo 4, 817 f. Die Varianten im Text bei Fleie "Angli" für "Angeli", "casto" für "casta" sind offenbar nur Druckfehler.

<sup>211)</sup> De adm. magnit. Col. 33.

<sup>212)</sup> Ursula vindicata 982.

<sup>&</sup>lt;sup>213</sup>) Vgl. auch Düntzer in Picks Monatsschr. 6, 50.

<sup>&</sup>lt;sup>214</sup>) Die altchristl. Inschr. 1 S. 147.

prächtiger neu herrichten zu lassen. Das Projekt zum Neubau lag dem Stiftskapitel am 24. März 1643 vor und wurde genehmigt <sup>215</sup>). Im Zusammenhang damit erfolgten umfassende Reparaturen in der Kirche überhaupt. Aeg. Gelenius teilt uns mit <sup>216</sup>), dass bei diesen Bauausführungen heidnische Grabsteine entdeckt wären, die in die Wände eingemauert gewesen seien. Vielleicht hat man auf Grund solcher Vorbilder damals auch die Platte, auf der die Clematianische Inschrift neu eingemeisselt war, der Chorwand eingefügt.

Dass man in Köln im 16. und 17. Jahrhundert recht wohl wusste, wie Inschriften aus der Römerzeit aussahen, das zeigen uns die Sammlungen und Veröffentlichungen der Kölner Geschichtsforscher dieser Zeit doch zur Genüge <sup>217</sup>). Wer sich darüber unterrichten will, wie weit es die Brüder Gelenius, Crombach und ihr Anhang in der Kunst, die ältere Inschriftenschrift zu reproduzieren, gebracht haben, der schlage ihre Werke in ihrer eigenen handschriftlichen Überlieferung auf <sup>218</sup>). Die Nachbildung der Inschriftenmajuskel ist doch wahrlich kein Hexenwerk. Sie ist sogar um 1600 in Kölner Privaturkunden geübt worden <sup>219</sup>).

Vielleicht stellt man aber in Zukunft, wenn erst einmal die Einsicht durchgedrungen ist, dass wir in den Rheinlanden mit einer viel grösseren Zahl von Inschriftenfälschungen oder auch Repliken rechnen müssen, als es Kraus in seinem Werke getan hat, eingehende epigraphische Schriftvergleiche an und kommt dabei zu dem Resultat, dass Inschriften, die ihrer Entstehung nach z. T. um ein halbes Jahrtausend und mehr zeitlich auseinander liegen sollen, ganz ähnliche Buchstabenformen und zudem auffällige gleichartige technische und epigraphische Besonderheiten aufweisen. Ich empfehle zu diesem Zweck die Clematianische Inschrift <sup>220</sup>) und die Weiheinschrift in Schwarz-

<sup>&</sup>lt;sup>215</sup>) St.-A. Düsseldorf, Köln-Ursula, Stiftsprotokolle; s. auch Crombach, Ursula vind. 471.

<sup>216)</sup> De admir. magn. Col. 336.

<sup>&</sup>lt;sup>217</sup>) Vgl. nur den Plan von Köln, den Arnold Mercator 1570 bearbeitet und 1571 veröffentlicht hat; er bringt schon eine ganze Reihe von Abbildungen römischer Altertümer; s. auch Kunstdenkmäler der Rheinprovinz, Köln I, (1906) 90, 154 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>218</sup>) Auf ein Beispiel aus Gelenii Farragines im Stdt.-A. Köln 24, 209 habe ich bereits in dieser Ztschr. 24, 48 aufmerksam gemacht.

<sup>&</sup>lt;sup>219</sup>) Die erste Zeile einer Schreinsurkunde von 1594 (St.-A. Düsseldorf, Kölner Schreinsurk. C. XIII) ist in römischer Majuskel geschrieben.

<sup>220)</sup> Kraus 1 Nr. 294.

heindorf 221). Hier beschränke ich mich darauf, hervorzuheben, dass die komplizierte Ligatur "nte" sowohl auf der Clematianischen Inschrift in "frequenter" wie auf der Schwarzrheindorfer Inschrift in presente vorhanden ist. Die Ligatur "or" ist auf der letzteren ebenfalls häufiger verwendet.

Die Gebrüder Gelenius und Crombach zeigen in ihren historischen Werken das Bestreben, die Geschichte Kölns, wie sie sie bei ihren Studien ermitteln zu können geglaubt hatten, durch urkundliche und inschriftliche Zeugnisse fester zu fundieren. Nach den Äusserungen Crombachs tut man ihm kein Unrecht, wenn man annimmt, dass er die Anregung zur Anbringung der Clematianischen Inschrift, die seinen Untersuchungen zufolge ehedem in Stein gehauen vorhanden 'gewesen sein sollte, deren Standort er jedoch nicht anzugeben vermochte, an der Chorwand in der Ursulakirche gegeben habe. Die Geschichte der Inschrift lehrt uns schon, dass sie ein authentisches Zeugnis für den zweiten Bau der Kirche zu den hll. Jungfrauen durch Clematius aus frühchristlicher Zeit nicht sein kann. Der Name des Erbauers der Basilika ist ebenso gut eine Erfindung, die um 1100 in Deutz oder Köln gemacht ist, wie man damals zahlreiche Namen und Titel der hll. Jungfrauen und ihrer Begleiter und angeblichen Blutzeugen dort frei erdichtet Der Text der Inschrift ist das schwülstige Produkt mönchischer Phantasie aus eben dieser Periode. Sie wurde nicht, wie der Küster Dietrich in der Abtei Deutz uns glauben machen will, um 1155 bei Grabungen in der Vorstadt Kölns aufgedeckt, sondern im Anfang des 12. Jahrhunderts in Köln frisch konzipiert. Bis um die Mitte des 17. Jahrhunderts existierte sie überhaupt nicht als Steininschrift.

Demnach muss auch der jüngste Versuch Alexander Riese's, den ersten Satz der Inschrift wenigstens in frühchristlicher Zeit entstanden sein zu lassen, als misslungen bezeichnet werden. Gewiss ist es schmerzlich, den Ausfall eines angeblichen Steindenkmals für eine Periode, für welche das übrige schriftliche Quellenmaterial zur Geschichte des Niederrheins nahezu völlig versagt, beklagen zu müssen. Wir dürfen uns indessen mit dem Gedanken trösten, dass selbst die zahllosen und umfangreichen Kommentare es nicht fertig gebracht haben, uns den Sinn des Textes der sogenannten Clematianischen Inschrift einwandfrei zu erschliessen.

<sup>&</sup>lt;sup>221</sup>) Ebenda 2 Nr. 513.



## VII. Ergebnisse.

Die schriftliche Überlieferung über die hll. Jungfrauen in Köln reicht nach unseren Untersuchungen nicht in das 4. Jh. hinauf, sie setzt erst um die Mitte des 9. Jhs. ein. Jungfrauenscharen, die zu Tausenden unter heiligen Führerinnen durch ketzerische Wut hingeschlachtet sein sollen, besingt damals Wandalbert von Prüm in seinem Geistlichen Jahr. Die ihnen in Köln errichteten Siegeszeichen verkündeten, meint er, ihren Ruhm. Schade nur, dass er selbst nichts dazu getan hat, ihn mit bestimmteren Angaben der Nachwelt zu erhalten. Es scheint doch, dass schon zu Lebzeiten Wandalberts die Ereignisse, die den Opfertod zahlreicher Jungfrauen herbeigeführt hatten, derart im Wandel der Jahrhunderte verblasst waren, dass nichts mehr als das Faktum selbst in der Erinnerung der Volksgenossen fortlebte. Glaubensheldinnen dürfen wir aber die Jungfrauen nennen, denn Wandalbert deutet an, dass sie im Dienste Christi den Tod gefunden hatten; ihre Führerinnen erklärt er für Heilige. In ähnlichem Sinne preist das Essener Offizium aus dem 10. Jh. die hll. Jungfrauen, über deren Zahl hierin jedoch keine Andeutung gegeben ist, als die Opfer von Christenverfolgungen. Nicht genug, dass man sie aus ihrer Heimat verjagt hatte, ihre Peiniger setzten ihnen nach und folterten sie zu Tode, da sie von ihrem Bekenntnis nicht lassen wollten.

Welche Rolle Köln bei diesen Vorfällen zufällt, ob die Stadt die Heimat der Jungfrauen und zugleich ihr Marterort war, oder nur das erstere oder das letztere, vermögen wir aus den allgemeinen Wendungen unserer ältesten Nachrichten nicht herauszuschälen.

Tatsache ist, dass das Andenken an die jungfräulichen Märtyrerinnen in Köln durch eine Kirche, die ihnen zu Ehren daselbst
errichtet war, festgehalten wurde. In dem Umstand, dass zufolge der
Urkunde von 867 zunächst Männer hier den Kirchendienst versahen,
liegt kein Argument, das uns berechtigte, die Echtheit jenes Schriftstückes anzufechten. Wenn wir manche sagenhaften Berichte ausschalten,
dürfte sich doch ergeben, dass die Mehrzahl der Damenstifte am Niederrhein nicht vor der zweiten Hälfte des 9. Jhs. ihren Anfang genommen
hat. Demnach wäre die Umwandlung der Kirche zu den hll. Jungfrauen
in Köln aus einem Kanonichenkapitel in ein Damenstift vielleicht sogar
erst durch die Verpflanzung der Gerresheimer Nonnen, deren Kloster
die Ungarn zerstört hatten, nach Köln im Jahr 922 erfolgt. Auf die
Möglichkeit dieses Sachverhalts aufmerksam zu machen, ist umsemehr
erforderlich, als er durch die Fälschung der Clematianischen Inschrift.



bei deren Auslegung die Annahme, als sei Clematius zugleich der Stifter eines Jungfrauenklosters gewesen, immer stillschweigend mit unterlief, vollständig in den Hintergrund gerückt worden ist.

Die hohe Verehrung, die die hll. Jungfrauen im Damenstift Essen (dessen Titelheilige seit der Gründung jedoch die Jungfrau Maria und die Märtyrer Cosmas und Damian waren) gefunden haben, ist dort erst von Köln aus importiert worden und wuchs im Laufe der Jahrhunderte Dafür sind uns die Essener Kalendare des 9.-11. Jhs. allmählich an. sichere Zeugnisse. Nicht die hl. Ursula, nicht die hl. Pinnosa, sondern Martha und Saula treten in dem ältesten Essener Kalendar so gut wie in den ältesten Kalendarien überhaupt namentlich auf. Erwägen wir nun, dass erst in den Kalendarien, die uns aus Köln sowohl wie aus Essen vom 11. Jh. ab erhalten sind, die hl. Ursula an der Spitze von 11 genannten Jungfrauen steht, dass in Essen die hl. Pinnosa ebenfalls erst um diese Zeit hervortritt, und berücksichtigen wir, dass die hl. Ursula zusammen mit dem hl. Hippolyt, dem Stiftsheiligen von Gerresheim, auf dem ältesten Konventssiegel des Kölner Stiftes abgebildet erscheint, so ist doch die Vermutung erlaubt, dass der hl. Ursula in Köln die Führerrolle erst zuerteilt ist, nachdem im Jahre 922 die Nonnen aus Gerresheim ihren Einzug in die Kirche zu den bll. Jungfrauen in Köln gehalten hatten. Jetzt rücken die hll. Kölner Märtyrerinnen überhaupt erst in die Stelle ein, für die sie wie keine anderen Heiligen geeignet waren, nämlich himmlische Vorbilder für die Insassen von Damenstiften zu werden. Das sind sie unverkennbar im 10. Jh. in Köln, Essen und wohl auch Gerresheim geworden.

In Köln war vermutlich um jene Zeit bei Neu- oder Renovierungsbauten an der Kirche zu den hll. Jungfrauen das erwähnte Grabmal der Jungfrau des Namens Ursula aufgedeckt worden. Vielleicht hat man sich dadurch veranlasst gesehen, diesen Namen in die Liste der hll. Jungfrauen aufzunehmen, die, wie uns die älteren Kalendarien lehren, erst im Laufe der Jahrhunderte ergänzt worden ist. Das muss bereits im 10. Jh. geschehen sein. Dass man jedoch in dieser Periode über greifbare Daten aus deren Geschichte nicht verfügte, können wir mit Bestimmtheit aus dem Essener Offizium schliessen.

Damals aber war die Zahl der hll. Jungfrauen in Köln schon auf 11000 normiert 222). Wie sie zustande gekommen ist, das aus unserer lückenhaften Überlieferung herauszudestillieren, wird uns wohl

<sup>&</sup>lt;sup>222</sup>) Vgl. hierzu auch Klinkenbergs Kapitel 5: "Die Zahl der Kölner Märterinnen" in den Bonn. Jb. 93, 130 ff.



niemals einwandfrei gelingen. Nicht um die zahlreichen Hypothesen durch eine neue zu vermehren, sondern um zu zeigen, dass die möglichen Fälle noch nicht erschöpft sind, sei erwähnt, dass ein missverständlicher Gebrauch des Textes im Martyrologium Wandalberts an der Elftausendzahl schuld sein oder deren Aufkommen unterstützt haben könnte. Wandalbert setzt die Tagesbezeichnung ins Versmass selbst, nicht selten nach der römischen Kalenderbezeichnung ein, während die Zahlen sonst in der Regel nur am Rande ausgeworfen waren. Der 21. Oktober, der Tag der hll. Jungfrauen, hat darin die Bezeichnung XII Kal. Novembris, der 22. Oktober aber XI Kal. Novembris. Der wird dann auch dem entsprechend nach den Versen auf die hll. Jungfrauen wie folgt 223) eingeführt:

Tunc numerosa simul Rheni per litora fulgent Christo virgineis erecta trophea maniplis Agrippinae urbi, quarum furor impius olim Milia mactavit ductricibus inclita sanctis. Undecimum festo Philippus episcopus auget.

Der Festtag des Bischofs Philipp von Fermo ist der 22. Oktober 

XI Kal. Nov. War "undecimum" mit einer Ziffer (XI) geschrieben oder ward es als "undecim" verlesen, so konnte es missbräuchlicher Weise zum vorhergehenden Satz gezogen werden, sodass es mit den ductrices sanctae verbunden wurde. Wir hätten auf diese Weise die Zahl 11 der Führerinnen, deren Namen uns ja in der späteren Kalendarienreihe unter dem Vortritt der hl. Ursula genannt werden. Die "milia" Wandalberts wären manipelweise auf die ductrices in der späteren Auslegung verteilt worden, womit die Elftausend vollzählig wurden.

Bereits vor dem Jahre 1054 hat die Kölner Kirche zu den hll. Jungfrauen die Gebeine der hl. Pinnosa, die in der zweitältesten Namenliste der 11 Führerinnen steht, an das befreundete Stift Essen abgegeben. Die schriftliche "Translatio sancte Pinnose", die das nach unserer Vermutung bezeugte, ist leider verloren gegangen. Dass sie einst bestanden hat, legen uns zahlreiche Analogien nahe, wie wir denn auf dem gleichen Wege unter Zuhülfenahme des alten Essener Offiziums dazu kommen, uns das Auftreten der hl. Pinnosa in Essen in der dargestellten Weise zu erklären.

So wuchs das Ansehen der Kölner Märtyrerinnen zunächst im engsten Umkreis, indem die Stiftsdamen am Niederrhein zu ihnen als

<sup>&</sup>lt;sup>223</sup>) MGH. Poetæ Lat. 2 S. 597 V. 671 - 675.

Wegweisern für einen gottgefälligen Wandel auf Erden aufschauten. Der Eintrag in den allgemeinen Kalendarien scheint an andern Orten vorläufig keine namhaften Kultstätten für die Kölner Märtyrerinnen geschaffen zu haben. Das wurde aber mit dem 12. Jh. anders, nachdem sich Köln zum wichtigsten Verkehrsmittelpunkt des nordwestlichen Deutschlands entwickelt hatte. Jetzt erhält die Legende von den elftausend Jungfrauen durch die Herübernahme der englischen Sage eine angebliche historische Grundlage, und die Aufdeckung alter Grabstätten bei den Befestigungsanlagen im Norden Kölns, in der Vorstadt Niederich, und die dabei erfolgte Ermittlung zahlreicher Leichenreste, in denen man Reliquien der Märtyrerinnen zu erkennen glaubte, gaben die Veranlassung, ihren Ruhm auch in die Kirchen des übrigen Deutschlands und des Auslandes zu tragen, mit denen man von Köln aus Verkehr unterhielt.

Der Umstand freilich, dass in der britischen Sage sowohl wie in der mittleren Traditionsschicht für die hll. Kölner Jungfrauen nicht nur der Name der Ursula als Anführerin einer Jungfrauenschar, sondern auch deren Zahl, die in beiden Überlieferungen auf 11000 224) angegeben wird, übereinstimmen, bleibt merkwürdig genug. Es steht doch aber nichts im Wege, wenn man annimmt, dass der britische Sagenkreis und die deutsche Legendenbildung sich im Laufe der Zeit auch wechselseitig beeinflusst haben. Darüber kann meines Erachtens ein Zweifel nicht bestehen: die Legende von der hl. Ursula, die uns die Passio R. D. zuerst vorführt, ist ein reines Phantasieprodukt, das die in ihr enthaltenen romanhaften Züge, die abenteuerliche Seefahrt von England nach Köln und das Blutbad durch die Hunnen, direkt der englischen Quelle entlehnt hat. Erst auf diesem Wege sind die hll. Kölner Jungfrauen zu Britinnen geworden. Es lässt sich keine Brücke schlagen, die von den Märtyrerinnen des Essener Offiziums, in denen wir eben die Kölner Jungfrauen des 10. Jhs. zu erkennen haben, zu den der Legende nach aus England herübergesegelten Jungfrauen führte, die zufolge dieser Version, um der irdischen Ehe zu entgehen, der Gemeinschaft mit dem himmlischen Bräutigam zustrebten. Dieser Zug hat in dem Anschauungskreis, der in Damenstiften herrschte, seine Entstehung gefunden. Das Gelübde der Keuschheit, das von den Insassen solcher Institute verlangt wurde, hat ihn hervorgebracht. Der Verfasser der Passio hat das Motiv der britischen Sage, dass Jungfrauen,

<sup>&</sup>lt;sup>224</sup>) Man muss daneben auch betonen, dass die englische Sage ausser 11 000 vornehmen Jungfrauen 60 000 Frauen aus dem niederen Volke zählt.



die zur Verheiratung reif und bestimmt waren, durch widrige äussere Umstände nicht dazu kamen, in dem Sinne umzuarbeiten verstanden, dass er für die Kölner Jungfrauen den freiwilligen Verzicht auf die Ehe einsetzte.

Um die Jungfrauen auch noch zu Märtyrerinnen des christlichen Glaubens zu stempeln, als welche sie in der heimischen Überlieferung galten, wurde die Wallfahrt nach Rom dazu erfunden und an die Seefahrt aus Britannien angeschlossen. Den Versuch, den V. de Buck unternommen hat, die Niedermetzelung der hll. Jungfrauen durch die Hunnen vor Köln als historisch zu belegen, wird man von vornherein als verfehlt bezeichnen müssen. Das Massenblutbad, dem die hll. Jungfrauen vor den Toren Kölns aber zum Opfer gefallen sein sollen, ist für die Kölner Geistlichkeit vom 12. bis in das 17. Jh. hinein das wirksamste Hülfsmittel geworden, um auch die übrige Welt an dem Heiltum der Kölner Martyrerinnen teilnehmen zu lassen. Dieser Vorstellung verdankt auch der "Ager Ursulanus" seine Entstehung, der es möglich machte, die in der nähern und weiteren Umgebung der Ursulakirche im Laufe der Jahrhunderte bei Erdarbeiten und feierlichen Grabungen aufgedeckten Leichenreste für Reliquien der hll. elftausend Jungfrauen Wir werden unten noch den Nachweis bringen, dass dieser terminus technicus, der in einer gefälschten Urkunde von 1178 zur Anwendung kommt, zwar erst im Anfang des 16. Jhs. eingeführt ist, aber schon seit dem 12. Jh. sind in der Niedericher Vorstadt gemachte Leichenfunde zu den eben geschilderten Zwecken benutzt worden.

Diese massenhaften Reliquienfunde, die durch die Enthüllungen Dietrichs von Deutz auch schriftlich festgelegt wurden, riefen in den Anschauungen über die Elftausendschar, insbesondere über deren Zusammensetzung, aber auch über ihre Herkunft, die eben erst durch die Anpassung an die englische Sage in eine neue Richtung gedrängt waren, eine förmliche Revolution hervor. Die Tituli Clematiani, die darunter eine Hauptrolle spielten, nannten Clematius nicht nur als denjenigen, der sich der hll. Märtyrerinnen zuerst angenommen und sie ehrenvoll bestattet haben sollte, sondern er ward zum zweiten Kirchengründer und geradezu zum Schirmherrn der Reliquien der hll. Jungfrauen. Das liessen sich aber die Kölner nicht gefallen; das Verdienst, den Märtyrerinnen die erste würdige Ruhestätte bereitet zu haben, nahmen sie für ihre Vorfahren in Anspruch 225). Als Wiederhersteller der den

<sup>&</sup>lt;sup>225</sup>) In dem ersten Zusatz zur Passió R. D. (Kap. 18) wird deshalb auch der Bann, den der Clematianischen Inschrift zufolge Clematius über die



hll. Jungfrauen geweihten Basilika liess man Clematius gelten, aber dagegen wehrte man sich von seiten des Stifts, dass dieser den Bau als Eigenkirche errichtet habe. Gab man das zu, so verlor die Kirchenstiftung an Ehrwürdigkeit. Ferner muss eine England feindliche Richtung damals in Köln vorhanden gewesen sein, die dagegen opponierte, dass die Kölner Märtyrerinnen britannischer Abstammung gewesen wären. Lieber gönnte man sie dem Orient. Und da Clematius angeblich durch Visionen aus dem Orient herangeholt war, verlegte man die Heimat der Jungfrauen ebendahin.

Diesen Rattenkönig von widersprechenden Ansichten suchte der Verfasser des Sermo in natali ss. virginum zu entwirren. einandersetzungen in der Predigt werden doch erst verständlich, wenn wir sie vor den Angehörigen eines Damenstiftes zu einer Zeit gehalten sein lassen, in der die älteren Auffassungen von dem Wesen der hll. Jungfrauen durch neue Hypothesen vollständig erschüttert worden waren. Die Vorstellung von der englischen Herkunft griff der Redner begierig auf, denn dabei konnte das Motiv der Flucht vor der weltlichen Ehe kräftig unterstrichen werden. Die Reliquienschürfungen, bei denen Knochenreste von Persönlichkeiten beiderlei Geschlechts ausgeschachtet waren, hatten es freilich in seiner Geltung etwas abgeschwächt, aber darüber, dass Frauen, Witwen und Männer bei dem Zug der Elftausend beteiligt gewesen sein sollten, wusste der Prediger seine Zuhörerinnen mit einigen allgemein menschlichen Erwägungen Gegen die Herleitung der Jungfrauen aus dem hinwegzutrösten. Orient aber machte er entschieden Front, da die Jungfrauen, um das Martyrium zu erleiden, nicht von dort, dem Sitz der Christenverfolgungen, auszuziehen nötig gehabt hätten. Dass diese in Köln das Opfer einer Christenverfolgung geworden seien, trägt er als seine Überzeugung vor, an der er vermutlich im Hinblick auf das alte Essener Offizium festhielt. Infolgedessen steht er auch der Legende, dass die bll. Jungfrauen von den Hunnen niedergemetzelt seien, ablehnend gegenüber; er erwähnt sie wenigstens nicht. Wer die Verfolger der christlichen Jungfrauen gewesen, darüber äussert er sich indessen nicht

Kirche zu den hll. Jungfrauen gelegt haben sollte, als ein durch die Kölner Bürgerschaft geheiligter Brauch ausgegeben. Ex eo autem tempore (nach der Bestattung der Märtyrerinnen durch die Kölner Bürger) iam crescente divina religione non modo consuetudo, sed pro consuetudine civibus sacramentum inolevit, ut intra ambitum virginalis sepulturae nemo usque hodie cuiusquam mortui sepeliret corpus.



näher. Auch die Rolle, die dem Clematius durch die erdichtete Inschrift und die daran angeschlossenen Vermutungen zugeteilt wurde, suchte der Verfasser des Sermo sicherer zu umgrenzen. Für ihn war der aus dem Orient citierte Clematius der Wiederhersteller der in Verfall geratenen Basilika an der Stätte, an der sie vordem zu Ehren der hll. Jungfrauen errichtet worden. Er lässt ihn den Bau aus eigenen Mitteln ausführen und schreibt ihm das Verdienst zu, die Verehrung der Märtyrerinnen nicht nur in Köln erneuert, sondern selbst in seine Heimat getragen zu haben. Woher er die Kenntnis dieses letzteren Umstandes besass, erfahren wir natürlich wiederum nicht. Es ist nur dem Mangel an älterer glaubhafter Überlieferung zuzuschreiben, dass man diesem in verschiedenen Farben schillernden Elaborat der Kanzelberedsamkeit den Wert einer Quelle hat beimessen wollen. Die Predigt ist ein blosses Referat über die Kontroversen, die in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts in den Kreisen der rheinischen Geistlichkeit über das Martyrium der Kölner hll. Jungfrauen in Umlauf waren. Ihr Verfasser sucht Stellung zu den teilweise mit einander im Widerstreit liegenden Ansichten zu nehmen, was ihm jedoch, wie wir schon hervorgehoben haben, nicht recht gelungen ist, weil er über die Hauptschwierigkeit ziemlich gedankenlos hinweggeht.

An das Netz von legendarischen Zügen, welches vornehmlich das 12. Jahrhundert um das nur als nackte Tatsache bekannte Martyrium zahlreicher Jungfrauen in Köln gewoben hatte, knüpfen nun die folgenden Jahrhunderte immer weitere Maschen an. Besonders die Teile, die von der Abtei Deutz aus bearbeitet waren, wurden fortgesetzt. Immer aufs neue entdeckte man Reliquien in und bei der Kirche zu den hll. Jungfrauen, die zur Erbauung gläubiger Christen nach den verschiedensten Teilen der Welt ausgeführt worden sind. Es fanden sich auch wiederholt die Taufpaten, die den ausgegrabenen Gebeinen Heiligennamen und -titel beilegten. Gewöhnlich geschah das auch weiterhin in der Weise, dass man die betreffende Heilige durch Visionen selbst in Tätigkeit treten liess <sup>226</sup>). Wer sich darüber unterrichten will, der

<sup>&</sup>lt;sup>226</sup>) S. z. B. Translatio s. Odiliæ in den Analecta Bollandiana 3, 20-28. Die hl. Odilia, Maromei regis filia, erscheint hierin unter den 10 illustres virgines, die der hl. Ursula folgten. Vgl. auch das Schriftchen: Gloriosi corporis s. Odiliæ virg. et m. ex . . Colonia in fratrum s. Crucis apud Huyenses . . monasterium translatio . . collecta per fr. Joa. Banelium, Coloniæ Agr. 1621.

möge die Erzählungen Crombachs nachlesen. Seinen Fundberichten wird man sich natürlich überall skeptisch gegenüberstellen müssen. Bisweilen nennt er seine Gewährsmänner, aber es sind nicht selten seine Zeitgenossen, auf die er sich für Ereignisse, die hundert und mehr Jahre zurückliegen sollten, beruft. Alles, was ältere und jüngere Überlieferung und Erfindung über die Erhebung von Gebeinen von Heiligen darbot, die der Schar der elftausend Jungfrauen angegliedert waren, trägt er gläubig vor. Und er selbst setzt das Geschäft der Bereicherung der Überlieferung wie der Vermehrung der Ursulareliquien in Gemeinschaft mit Aegidius Gelenius fort.

Bereits im Ausgang des 15. Jahrhunderts war aber das nähere Terrain um die Kirche zu den hll. Jungfrauen für Nachgrabungen nach Heiligenreliquien wohl unergiebig geworden. So suchte man das Gebiet östlich davon hineinzuziehen. Diesem Zweck diente die Fälschung einer Urkunde im Machabaeerkloster, die den zu Unrecht berühmt gewordenen "Ager Ursulanus" schuf und den Bezirk um dieses Frauenkloster nicht nur in dessen Bereich verlegte, sondern gerade zu seinem Zentrum erhob. Der so wohl gelungene im Anfang des 16. Jhs. ausgeheckte fromme Betrug ermutigte, wie es scheint, Crombach und namentlich Aeg. Gelenius, den gleichen Versuch mit dem Maximinkloster zu wiederholen. Wir werden diese beiden Schachzüge zur Erweiterung des supponierten Marterfeldes in der Niedericher Vorstadt anhangsweise in dem folgenden Kapitel behandeln.

## VIII. Der sogenannte Ager Ursulanus und die Fälschungen der Gründungsgeschichte des Machabaeerklosters (darunter Urk. Erzb. Philipps von Köln von 1178) und der Gründungsurkunde des Maximinklosters (1188).

Die Geschichte des sogenannten "Ager Ursulanus", der angeblichen Marter- und Begräbnisstätte der 11 000 Jungfrauen <sup>227</sup>), kann als Schulbeispiel dafür dienen, wohin es führt, wenn wir späterer Überlieferung Glauben schenken, ohne sie an dem vorhandenen unverfälschten gleichzeitigen archivalischen Material zu kontrollieren. Dabei fallen auch eigentümliche Streiflichter auf die eklektische Methode,

<sup>&</sup>lt;sup>227</sup>) Vgl. Klinkenberg, Bonn. Jb. 93. 171 ff. und Die Kunstdenkmäler der Stadt Köln 1 u. 2 S. 269; Düntzer in Pick's Monatsschrift 6, 56 nimmt wenigstens an der weiten Ausdehnung, die dem Ager Ursulanus gegeben worden ist, Anstoss.



die man vielfach anzuwenden beliebt, indem Nachrichten, die auf den ersten Blick als unhaltbar sich darstellen, ruhig über Bord geworfen, hingegen andere, im engsten Zusammenhang damit auftretende Zeugnisse, denen ein Mäntelchen in Gestalt einer Urkunde umgehängt ist, unbesehen für zuverlässig hingenommen werden.

Der aus dem Kölner Dunkelmännerstreit sattsam bekannte Ortwinus Gratius hat 1524 in Form einer an die Machabaeernonnen gerichteten Epistel eine Schrift über den Ursprung und die Entwicklung der Kirche und des Klosters zu den hll. Machabaeern verfasst <sup>228</sup>). Er stützt sich dabei auf die Dokumente, die ihm sein Freund Helias Mertz, lateinisch Mercaeus oder Marcaeus, Beichtiger der Nonnen des genannten Klosters, geliefert hat. Mertz will sie im Jahre 1504 unter dem Hochaltar der Kirche, als dieser behufs Inangriffnahme des Neubaus derselben abgebrochen wurde, entdeckt haben <sup>229</sup>). Von der Schrift des Kölner Humanisten sind bisher nur Bruchstücke veröffentlicht, ihr Inhalt ist in Auszügen bei Fleie und Crombach in deren Geschichtswerken über die hl. Ursula wiedergegeben worden <sup>230</sup>). Die geschichtliche Epistel des Ortwinus Gratius bildet einen Teil des Buches, das der genannte Helias Mertz <sup>231</sup>) bei Lebzeiten hatte auf Pergament

Epistel vorliegt: De insigni ornatu, nobilitate et loci antiquitate ad divos Macabæos martyres in Colonia atque obiter de sanctarum undecim milium virginum strage olim in hoc et locis propinquis patrata, quanta quoque non modo hic civium sed universorum etiam Ubiorum congratulatione horum b. Macabæorum corpora auctore Reginaldo archiepiscopo ex Mediolano Coloniam et hic in hanc sacratissimam ædem postmodum fuerint delata, Ortwinus Gratius Daventriensis, Christi sacerdos, venerabili Macabæiticarum virginum collegio hic Deo et sanctis eius iugiter servientium salutem, observantiam et honorem.

Septem fratrum Macabæorum etc. Wie aus der Beschreibung der Altäre in der Machabæerkirche hervorgeht (fol. 95v des oben beschriebenen Manuskriptes) hatte Ortwinus Gratius eine Altarvikarie des Klosters inne: Taceo altare illud meridionale, cui ipse inservio.

<sup>229)</sup> S. unten.

<sup>&</sup>lt;sup>230</sup>) Die entsprechenden Vermerke, was Fleie und Crombach im Wortlaut aus der Epistel gedruckt haben, sind unten bei den Textstellen gemacht. Aeg. Gelenius, De admir. magn. Col. 537 f. liefert ebenfalls einen Auszug aus der Epistel.

<sup>&</sup>lt;sup>231</sup>) Über ihn vgl. Hartzheim, Bibliotheca Coloniensis 111. Er war befreundet mit Joh. Trithemius Das Testament des Helias Mertz findet sich in gleichzeitiger Abschrift im Kopiar des Machabæerklosters, St.-A. Düsseldorf, Rep. u. Hs. 2 fol. 125 mit dem Datum 1527, in der funfzeynder in-

schreiben lassen, "da", wie es in Rechnungsaufzeichnungen des Machabaeerklosters von 1527 232) heisst, "der her Machabeer hystoryen yn gescreven ys". Letztwilliger Verfügung des Stifters des Werkes gemäss wurde es im Kloster an Feiertagen, wenn "der hilger Machabeer cassie" der Schrein, in dem deren Reliquien auf bewahrt wurden und den der genannte Beichtvater des Klosters ebenfalls neu hatte anfertigen lassen — ausgestellt war, auf diesem ausgelegt. Das Original scheint uns nicht mehr erhalten zu sein, doch besitzen wir eine gleichzeitige Niederschrift auf Papier, die vielleicht als die erste Reinschrift anzusehen ist, nach der man die Prunkschrift auf Pergament kopiert hat. Diese erste Reinschrift befindet sich heute in der Nationalbibliothek zu Paris im Fonds latin Nr. 10161 233). Der umfangreichere Abschnitt dieses Werkes, in dem die Nachrichten über die Machabaer aus der Bibel und von Flavius Josephus ab zusammengetragen sind, ist als "liber ad. Erasmo Roterodamo diligenter recognitus ac emendatus" zu Köln durch Eucharius Cervicornus gedruckt 234). Die Epistel des Ortwinus Gratius zur Geschichte des Machabaeerklosters hat man jedoch nicht mit aufgenommen. Hier folgen die Hauptstellen aus ihr, welche die angebliche Geschichte der Kirche und des Klosters betreffen.

Priscis siquidem temporibus, quum huius inclytæ Agrippinensium civitatis mænia nondum tam ampla tamque speciosa forent, totus iste apud vos (Macabæiticas virgines) circumquaque locus vulgo Greynsberch 285) fuit nominatus, qui nativum in se collem tunc extra urbem | tollens munimentum in fol. 99v circuitu suo suburbanum quoddam habuit, in quo præpotens quidam atque opum vir dives inhabitans sacellum parvum tum pro commodo suo privato tum ad divæ Magdalenæ honorem in eo loco, ubi nunc Macabæorum est

<sup>&</sup>lt;sup>235</sup>) Die ältere Geschichte des Greynsberch und der Magdalenenkapelle hat Crombach frei nach Ortwinus Gratius bearbeitet (s. Ursula vind. S. 481 f.). Der Greynsberch heisst bei ihm: Clivus Greesbergensis.



dictien up eynen godesdach den 20. dach des mayntz Junii. Der 20. Juni fiel aber 1527 auf den Donnerstag. Nach Forst's Zusätzen zum Exemplar von Hartzheim im Histor. Archiv Köln S. 111 ist Mertz am 27. Juli 1528, nach der Rechnung des Klosters (s. unten) jedoch 1527 gestorben. Seine Grabschrift, die sein Freund Ortwinus Gratius (s. die Klosterrechnungen) angefertigt hat, im Histor. Archiv Köln, Chron. u. Darst. 181a.

<sup>232)</sup> Hs. im Hist. Arch. Köln, Geistl. Abt. 160 fol.

<sup>&</sup>lt;sup>233</sup>) Vgl. Knipping in den Mitt. der Preuss. Arch.-Verw. 8, 37. Die Handschrift war 1736 im Besitz des Jesuitenkollegs in Köln.

<sup>&</sup>lt;sup>234</sup>) Die Stadtbibliothek in Köln besitzt ein Exemplar (A D 27), das reich mit gemalten Holzschnitten zur Geschichte der Legende der hll. Machabæer verziert ist. Vgl. Hartzheim, Bibl. S. 111. Wie aus dem Nachwort hervorgeht, ist dies Buch noch vor des Helias Marcæus Tod erschienen.

templum, extruxit, ut urbanis tumultibus semotus, illic in suburbio curarum liber soli Deo inserviret eique de bonis omnibus sibi collatis acceptum referret. Qui postmodum vita feliciter peracta, fatali concedens necessitati, uxorem post se reliquit æque Christo deditissimam, quæ spretis mundi deliciis de generis sui propagine puellas colligere satagens, vitam induit monasticam, suas possessiones atque facultates necnon aliquot illic Rylenses agros proximos liberaliter illis relinquendo, ut salutaris sui deinceps memoria perpetuis in loco isto vestro temporibus in Domino permaneret. Porro his rebus ut tunc ita constitutis occupavere locum vestrum atque habuere initio (sicuti ex vetustissimis litterarum monumentis accepimus) piæ quædam devotæque mulierculæ, quas vulgo monachas seu solitarias appellamus, quæ in isto Greynsbergensi monticulo (cui ex tunc nomen Magdalon seu clivis Magdalenæus) sacellum illud humile ac perangustum incolentes vitam duxerunt abstractam ac plane religiosam. Successu deinde temporis sororibus istis bene atque beate viventibus supervenit Dei nutu Christoque | auspice Colo- fol. 100 niam nobilissima virgo Sigillindis ex regia Britannorum stirpe procreata cum fidissimo integerrimoque sacerdote suo Quirillo, decenti sibi comite, quæ hunc sibi monticulum præ ceteris diversarum etiam regionum sedibus atque domiciliis velut alterum montem Sionem, Taboremve aut Carmelum peculiariter delegit, ut divinis in eo contemplacionibus et abstruso mentis lumine verum cœli lumen numenque ipsum triforme secretior contueretur. Hac igitur illustri virgine vitam Coloniæ beatissimam cum Quirillo presbitero ac reliquis consororibus aliquamdiu peragente angelo ipsa iubare (?) meruit colitus illustrari. Suis namque virtutum meritis hoc spiritu intellexit præsago, quomodo nobilissima quædam virgo regia ex Britannia filia Ursula nomine cum multis virginum milibus ad se Coloniam esset ventura indeque Romam cum desponsato sibi adolescente (qui haud pauco etiam militum ac nobilium virorum comitaretur exercitu) pro votis Deo exequendis quantocius petitura, se quoque eiusdem spiritus instinctu eidem comitatui ad istud iter eisdem virginibus adiungendam et utriusque sponsalia inter peregrinandum, sola fide addicta, confirmaturam fore præcognovit atque adeo, ut in ipso omnium reditu pares cum paribus hoc isto in loco vestro felici martyrio simul coronaretur.

Es folgt nun eine Schilderung des Zuges der hl. Ursula mit ihrer Schar, unter der sich auch deren Bräutigam Etherius befindet, nach Köln, wo sich Sigillindis mit den Nonnen anschliesst, um an der Fahrt nach Rom teilzunehmen und bei der Rückkehr von dort unter den Mauern der Stadt Köln durch die Hunnen das Martyrium zu erleiden. Die Hinschlachtung der Scharen durch die Hunnen auf dem Greynsberg wird mit drastischer Anschaulichkeit geschildert und dabei dem passiven Verhalten der Kölner Bürger die beste Seite abzugewinnen gesucht. Infolge der zufliessenden Blutströme der unschuldig Gemordeten tritt der Rhein aus seinen Ufern.

Ad cuius quippe perpetuam rei memoriam haec ipsa adhuc platea, quæ fol. 103v portam cænobii vestri praeterit Rhenumque versus declinat, "Sanguinis vicus"

Digitized by Google

Original from PRINCETON UNIVERSITY

usque hodie appellatur, porta identidem urbis ad Rhenum (licet humilis et angusta) eodem se nomine gaudet insignitam. Qua sola ex re luce clarius patet, istis potissimum vestris in locis eam multitudinem sacratissimum suum effudisse cruorem atque tum demum abinde occidentem versus plurimam partem confestim deportatam (multitudo enim eo loco quo occiditur facile sepeliri haud potest) aliisque reconditam locis.

Die Hunnen werden nach dem Blutbad durch Erdbeben und Unwetter verscheucht, und es kommen die Kölner aus den Toren hervor, um die Leichname und versprengten Gliedmassen der hll. Jungfrauen und Märtyrer zu bestatten.

Ea autem corpora, quæ vel nimio profusa cruore vel inhumanius fol. 104v mutilata fuere, proprius in isto vetusto divæ Magdalenæ loci vestri sacello atque vicinis prope agris reposuere, nobilissimum apud vos Polyandrion constituentes, cuius vero et area iam tunc tepido exaturata cruore bonam etiam funerum ipsorum partem in se absumpsit. Nam facto ibi, qui nunc est ad templi levam, rotundo capaci ac profundo scrobe copiosius in eum s. martyrum cruor isque coagulatus est profusus, ad cuius memoriam lapis ille rotundus et elevatus atque instar pyramidis fastigiatus eo per Heliam nostrum loci erectus est mirisque intus reliquiarum deliciis refertus, quo tam insignem sancti cruoris lacum insigniter notaret 236). In cuius etiam nobilis antri signum pavimentum ipsum vetustissimo illic lapidum circulo constravit divæ etiam Sigillindis virginis sanctique martiris et sacerdotis Quirilli corpora, utpote ipsis Agrippinensibus nota, in isto eorum sacello Magdalenæo tunc per eos funerata sunt, non paucis huius loci fidelibus utriusque sexus circumfusis, oculis suis minime temperantibus. Ex eo igitur deinceps tempore totus insignis iste Greynbergensis locus tanto tamque sacro tot martyrum illic caesorum sic usquequaque cruore uvidus, hoc nomen amittens, Ursulaei sanguis ager dici cepit, quo nomine et in præsentem usque diem insignitus dinoscitur, cuius siquidem | bibula terræ arena recentem marty- fol. 105 rum cruorem in se sucepissit (!) eoque ipsum solum totum imbutum est. Hinc 287) post annos aliquot, salutis videlicet quadringentesimum terciumque

<sup>&</sup>lt;sup>237</sup>) Diese Stelle von hier an bis zu . . quam a nostris condecorarentur druckt Fleie, Historia ss. Ursulae et sociarum bei Lippeloo, Vitæ sanctorum 4, 778 wörtlich ab, wie er S. 777 angibt: ex commentario quodam doctissimi viri Ortwini Gratii de initio et progressu ecclesiæ ss. Machabæorum, qui extat manuscriptus adhuc apud sanctimoniales eiusdem ecclesie. Crombach, Urs. vind. 764 bringt diese Stelle ebenfalls und setzt den Text noch fort bis: ad levam in eo obtinente. Crombach bezeichnet seine Quelle als Machabæiticarum virginum archæa und zwar manuscriptus codex daselbst.



<sup>236)</sup> Aeg. Gelenius, De admir. magn. Col. 538 schildert uns die Denkmale, die Helias Mertz aufrichten liess, mit folgenden Worten: . . hodie sunt monumenta: collecti illic sanguinis puteus et statua angeli in primo templi ingressu cum hac epigraphe: Hic Ursulaea strages. In der "statua angeli" haben wir offenbar den oben bezeichneten lapis ille rotundus etc. wiederzuerkennen.

et sexagesimum aut circiter Solinus archiepiscopus Coloniensis, quem alias Aquilinum vocatum legimus, ut sacris his locis munitionem aliquam faceret sanctisque virginibus reverentiam maiorem (sicuti in archivis huius urbis reperimus notatum) vetustis istis tunc mœnibus nova quædam a loco, ubi nunc est xenodochium, quod nostri Wyperwald vocant, adiiciens statuensque portam, quæ vulgo Wirpelportze appellatur, ea loca, ubi nunc b. Ursulæ extat basilica et eam Greinbergensem sive Ursulani agri regionem vestram muro circumcinxit et intra urbem contraxit eamque tanto ampliorem reddidit, necnon ossa sanctorum quoad potuit e terra, veteribus eruens locellis, lapideis iterum recondit mausoleis et ædiculam istam tunc Magdalenæam in loco vestro ipso extruxit ampliorem. Fuere quoque his temporibus, qui basilicam istam divæ Ursulæ sacram a vobis occidentem versus extruerent, ut abunde affatimque tam sacris pignoribus per vicinia copia fieret venerationis atque a pluribus tam exteris quam a nostris condecora. rentur. Ea ergo causa fossæ tunc aliquot in isto vernanti suavique sanguinis agro rubricosoque polyandrio apertæ sunt, ne diutius tam sacræ reliquiæ delitescerent. Et presertim, quando primum (ut dixi | mus) illud Magdalenæ fol 106 sacellum per Solinum in templum istud novissimum, quod nostro tempore per Heliam tam anguste est instauratum, ampliaretur, istius tamen sacelli spacio tuno perpulchre introcluso locumque suum ad levam in eo obtinente aperta sunt divæ Sigillindis sanctique Quirilli corpora, quæ per admirandam ibi tunc Deo devotis sanctimonialibus factam revelationem ex illo sacello, ubi eatenus in terra latuerant, reverenter exempta et in novum istud templum ad altare, quod constructum erat in loco, ubi nunc in medio areæ huius basilicæ illud lapideum extat monumentum, decenter translata sunt.

Sie wirken hier Wunder, von denen eines erzählt wird. Ortwinus Gratius geht darauf zur Überführung der Gebeine der hll. Machabaeer nach Köln über.

Siquidem anno proinde Christi millesimo centesimo | sexagesimo quarto, fol. 106 quum Fædericus (!) Romanorum rex huius nominis primus Mediolanenseis sibi rebelles subiugasset essetque civitas eorum in eius redacta potestatem, Reginaldus Rugrave Coloniensis archiepiscopus illic cum rege præsens trium Magorum, Felicis quoque et Naboris Mediolanensium martirum necnon septem fratrum Macabæorum et Solomonæ matris eorum corpora ex eius licentia illine solerter Coloniam deferri fecit et totius negotii, priusquam propalatum fuisset ac mentis suæ sententiam sorori suæ primariæ tunc Ursulæi in hac urbe collegii virgini (quæ abbatissa nuncupatur) scripsit eamque de singulis certiorem reddidit. Tum ut egregium apud illustreis maioris bisilicæ (!) canonicos civeisque omneis beneficium collocaret, tum ut eam contentionem, quæ dudum inter eandem sororem suam et vestri loci id temporis sanctimonialeis ob istius Ursulæi sive Sanguinis agri nomen exorta erat, dirimeret atque cum fruge sedaret, ipsos treis Magos, Felicem et Naborem suæ cathedrali (ut dignum fuit) destinavit ecclesiæ, sanctorum vero Macabæorum corpora iussit, ut per illustreis eiusdem maioris basilicæ canonicos cum digna festivitate in istam nostram ædem deferrentur, idque ea agi ratione, quo tantorum martyrum fama et in istum locum accessione nomen eidem

per hoc mutaret atque aboleret, quod et sic magna cum omnium congratulatione factum esse constat ultimo mensis Maii die anni sequen I tis simulac fol. 106v Coloniam venerant, ut sic vestræ sanctimoniales, tantis muneribus placatae nomini cederent et rebus omnibus ultro citroque compositis utrinque Deo Optimo Maximo commodius inservirent prioresque martyres æque atque posteriores pacifice venerarentur. Duplici ergo titulo ac nomine duplicique thesauro locum istum insignitum et exornatum adhuc veneramur: aut enim agrum (ut diximus) Ursulæum sive Sanguinis nomine veteri aut Macabæiticam ædem vocitamus, vulgo Sanct Mavyron, quod Italice (quando quidem ex Mediolano et nomen ad nos sequutum est) sonat Sanctam Matrem Virorum, ipsam videlicet Solomonam matrem reputando, nimirum ob sua beneficia vulgo famosam, omnium quidem literis ac linguis semper magnificandam. Successu 238) proinde temporis reverendissimus Philippus de Heynsberg archiepiscopus Reginaldi successor meritissimus templum istud, quod Solinus erexerat et ob hoc præmemoratam pertinacen Ursulanarum simul et vestrarum virginum cœnobitarum contencionem in eum usque diem non consecratum erat, in Dei Omnipotentis ac matris Christi, necnon Undecim Milium Virginum priorum videlicet martyrum omnium honorem magnifice consecravit et ipsorum sacris reliquiis altare primum opplevit. Secundum vero, quod tunc erat (ut dixi) in area nunc huius basilicæ corporibus beate Sigillindis atque Quirilli iden | tidem impositis honorifice occlusit, necnon virgines ipsas id fol. 107 temporis illustreis in hoc isto insigni comobio vestro Deo atque sacratissimis istis martyrum pignoribus sub instituto divi patriarchæ Benedicti militandas sacravit ac clausuris suis obfirmavit virginesque perpetuas et arcanas illic rite sancivit, unde et extunc sacratissimus iste locus non parva ex frequentibus sanctorum nostrorum miraculis incrementa sui nominis suscepit. Siquidem post aliquot annos, quum Engilbertus a Monte archipræsul hic præsideret ecclesiæ Coloniensi, prædecessoris sui Reginaldi gesta maximi pendens, ut pro tanti patris sentencia sua ordinatio dignum consequeretur effectum, ipse eandem nostram basilicam mutato nomine in honorem divorum Macabæorum denuo consecrare ac dedicare annitebatur. Verum antequam perficeret, per comitem quendam de Isenberga crudeliter nimisque impie (pro dolor) interfectus fuit. Post ipsum archiepiscopus Henricus cognomento Mællenerck proximus successor ob periculosas etiam tum diversarum tempestatum calamitates propter comitem præfatum interfectorem exortas frequenter procul agens, hoc negotii cum nostra basilica cuidam apostolico legato Joanni Mithylenæo Cypriensi viro reverendissimo, hic Coloniæ tunc præsenti commisit, ut novum istius templi caput, hoc est chorum veteri illo dirupto longiorem ac spaciosorem constructum ad ho | norem Dei omnipotentis sancto- fol. 107v rumque martyrum Macabæorum consecrare ac dedicare dignaretur. Quod ille dum faceret, eorundem ossa tunc (christianæ siquidem pietatis non inobservans) partim in altare principale partim in arcam quandam eo loci decentissime reposuit, appositis simul literulis, quibus posteri rem ita gestam

Westd. Zeitschr. f. Gesch. u. Kunst. XXX, II/III.

<sup>&</sup>lt;sup>238</sup>) Von hier an bis opplevit abgedruckt bei Crombach, Ursula vindicata S. 793, wobei er bemerkt: Archæa loci breviter rem gestam his consignant verbis.

comprobarent ac pro comperto (quemadmodum nos minores nunc habemus) essent habituri.

Es folgt dann der Preis der Vorsehung, die alles so wohl gefügt. Weiter handelt Ortwinus Gratius: de quarta huius templi instauratione, die 1504 XVII. Kalendas Aprilis der Pater Helias begonnen hat, indem er mit Genehmigung des Erzbischofs Hermann von Hessen den Hochaltar der Kirche eröffnen und abbrechen liess. Quo facto ecce omnia, quae ante a nobis narrata sunt, luce clarius a praecessoribus ac majoribus nostris in eo literis et monumentis commendata, munita atque recondita conspiciuntur <sup>239</sup>). Hierdurch begeistert nimmt Helias den völligen Neubau der Kirche in Angriff, Ortwinus spricht die Hoffnung aus, dass es diesem vergönnt sein möge, sein Werk ganz zu vollenden. Zum Schluss apostrophiert Ortwinus die Machabäernonnen mit folgenden Worten:

Postremo hoc unum vos rogatas velim, ut pro vestra omnium pietate fol 13 hunc virum (Heliam) mecum crebra exhortatione pulsetis, ut universa ea, quæ ad divorum Macabæorum laudem et gloriam ex diversis sanctorum patrum ac doctorum et aliorum illustrium virorum scriptis, ut supra dixi, non sine labore collegit, nunc tandem in unum condignum redigat volumen, ea quoque quae de Agro Ursulano et loci antiqui | tate vetustis- fol 13 simis eruit monimentis et nunc habet in manibus eis adiiciat, ne vel temporum calamitate vel posterorum ignavia vel rubiginoso mortalitatis vicio pereant.

Datiert ist die Epistel des Ortwinus Gratius an die Machabaeernonnen: Coloniae ex aedibus meis 240) anno salutis nostrae 1524.

Den vereinigten Bitten der Machabaeernonnen und des Ortwinus Gratius hat Helias Mertz, wie bereits angedeutet ist, z. T. Folge gegeben, indem er seine Kollektaneen aus den Schriften der hll. Väter und gelehrter und berühmter Männer der verschiedenen Zeiten zur Geschichte der hll. Machabaeer in ein Buch hat zusammenschreiben lassen, das nach des Paters Tod 1528 (?) in einen Prachtband eingebunden ist <sup>241</sup>). Wenngleich wir das im Machabaeerkloster ehedem verwahrte Originalmanuskript nicht mehr besitzen, so scheint doch in

<sup>&</sup>lt;sup>239</sup>) Auch diesen Passus führt Crombach a. a. O. S. 797 im Wortlaut auf <sup>240</sup>) Als Professor an der zur Artistenfakultät gehörigen Bursa Cukana (Kuyck) hatte er Wohnung daselbst; diese lag auf dem Eigelstein zwischen Machabæer- und Maximinenstrasse.

<sup>&</sup>lt;sup>241</sup>) S. die oben zitierte Rechnung im Histor, Archiv Köln. Das Buch enthielt wahrscheinlich auch, wie wir aus der Pariser Handschrift schliessen dürfen, die Historia passionis divorum septem fratrum Macabæorum, die den bekannten Lippstädter Humanisten Joh. Cincinnius zum Verfasser hatte.

der Handschrift der Pariser Nationalbibliothek uns ein damit vollkommen gleichlautendes Exemplar überliefert zu sein. Sicher war auch in das Originalmanuskript die Epistel des Ortwinus Gratius aufgenommen, denn Hermann Fleie zitiert in seiner Geschichte der hl. Ursula daraus eine Stelle unter ausdrücklicher Berufung auf die Handschrift, die im Machabaeerkloster verwahrt wurde <sup>242</sup>). Um so auffälliger erscheint es, dass in dem gleichzeitigen Druck das Geschichtswerk des Kölner Humanisten weggelassen ist.

Von Helias Mertz ist aber auch dem weiteren Inhalt der Bitte des Ortwinus Gratius, dass er den obigen Auszügen auch dasjenige, was er über den Ager Ursulanus und die alte Überlieferung des Ortes aus uralten Denkmälern aufgestöbert habe, anschliessen möge, nicht willfahrt worden. Da diese "vetustissima monumenta", die der Neuerbauer des Machabaeerklosters in Händen haben sollte, in der Pariser Handschrift fehlen, darf man wohl voraussetzen, dass sie der Prunkhandschrift ebenfalls nicht beigegeben waren. Wir kennen daraus ein Stück <sup>243</sup>), die Urkunde von 1178, durch die Erzbischof Philipp von Heinsberg eine auf dem sogenannten Ager s. Ursule zum Gedächtnis der hll. Jungfrauen erbaute Kapelle mit Zustimmung der Brüder des Kunibertstiftes, in dessen Bezirk sie gelegen war, Benediktinessen überweist, damit sie sich darin der Verehrung der hll. Jungfrauen in klösterlicher Ehrbarkeit widmeten. Hier sei zunächst der Text der Urkunde eingerückt.

In nomine sancte et individue Trinitatis. Philippus Dei gratia sancte Coloniensis ecclesie archiepiscopus universitati fidelium tam presentium quam futurorum. Notum facimus omnibus Christi fidelibus, quod capellam in memoriam Sanctarum Virginum in loco qui dicitur s. Ursule ager in Colonia constructam cum omnibus pertinentiis suis sanctimonialibus ordinis b. Benedicti in eadem Deo et Sanctis Virginibus in perpetuum servituris de communi fratrum s. Cuniberti assensu, intra quorum terminos ipsa capella sita esse

Vielleicht darf man ferner das Attest der Meisterin Elisabeth und des Konventes des Machabæerklosters vom 17. Juli 1256 (Crombach, Ursula vind. 675 f.) für die Stiefschwester Erzbischof Conrads von Hostaden, Imana, die hier als Äbtissin von Georgental bezeichnet wird (vgl. Cardauns, Konrad v. Hostaden 58 Anm. 3) dahin rechnen. In diesem Dokument wird bescheinigt, dass multa corpora ss. undecim millium virginum in loco nostro (conventu ss. Machabæorum) requiescant und dass kürzlich ein Leichnam aufgedeckt sei, cum certo et evidenti martyrii sui signo, carello vid. in capite suo, quo fuerat sagittata tempore passionis ad similitudinem b. Ursulæ. Das Stück ist freilich in der Vita s. Julianæ enthalten.



<sup>&</sup>lt;sup>242</sup>) Oben S. 235 Anm. 237.

dignoscitur, presentibus etiam Coloniensis ecclesie prioribus, pro reverentia Sanctarum Virginum necnon et pro consideratione religionis et honestatis sanctimonialium earundem quiete et pacifice perpetuis temporibus concessimus possidendam, statuentes ut nulli omnino hominum liceat eam ipsis auferre, diminuere seu exinde eas quomodolibet temere perturbare, ex auctoritate s. Petri et nostra bannum et damnationem omnibus denunciantes, qui adversus huius facti veritatem aliquam injusticiæ vel violentiæ audaciam tentarint inferre. Ad immortalem igitur huius rei memoriam presentem paginam sigilli nostri impressione fecimus communiri. Facta sunt hec anno Dominice incarnationis 1178 indictione quinta.

Auf den Inhalt dieser Urkunde nimmt Ortwinus Gratius deutlich Bezug, wenn er gleich deren Datum nicht vermerkt. Freilich hebt er an der betreffenden Stelle zunächst hervor, dass durch Erzbischof Philipp von Köln die angeblich von Erzbischof Solinus errichtete Kirche überhaupt erst auf den Titel der hll. Jungfrauen geweiht worden sei, weil sich das Ursulastift dem bisher widersetzt habe. Davon steht in unserer Urkunde nichts. Ortwinus Gratius bemerkt dann aber weiter doch, dass die alte klösterliche Niederlassung daselbst bei dieser Gelegenheit aufgehoben und an deren Stelle ein Benediktinessenkloster getreten sei, was ja auch in der Urkunde zum Ausdruck kommt.

Von dieser Urkunde ist heutigen Tages keine ältere handschriftliche Vorlage vorhanden. Gedruckt wird uns die Urkunde zuerst ohne Angabe der Quelle durch Hermann Fleie 244) im Jahr 1596 vorgeführt, der sie sonderbarer Weise als Beleg benützt, um seine These zu stützen, dass das Ursulastift ebenfalls im Zentrum der Marterstätte der hll. Jungfrauen gelegen sei. Auch Crombach 245) bringt den Text der Urkunde, hat jedoch ebenfalls anzumerken vergessen, woraus er ihn geschöpft hat. Nach Crombachs Druck hat der Helmstedter Propst Gregor Overham eine Abschrift in seine Kollektaneen aufgenommen. Floss 246), der das Stück danach abdruckt, irrt, wenn er meint, dass Overham seine Quelle nicht genannt habe; das betreffende Kapitel aus Crombachs Werk ist in der Wolfenbütteler Handschrift genau zitiert. Aber weder im Archiv des Machabaeerklosters noch in dem des Kunibertstiftes, der Mutterkirche der Machabaeerkirche, wie wir gleich noch hören werden, lässt sich eine Spur dieses angeblichen Stiftungsbriefes des Machabaeerklosters entdecken.

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal kurz den Bericht des

<sup>&</sup>lt;sup>244</sup>) Historia ss. Ursulæ etc. S. 784 f.

<sup>&</sup>lt;sup>245</sup>) Ursula vindicata 792 (Tom. II lib. IX cap. 18).

<sup>&</sup>lt;sup>246</sup>) NRhein, Ann. 30, 205. Danach Knipping, Reg. der Köln, Erzb. 2, 1101.

Ortwinus Gratius. Ihm zufolge hiess in alter Zeit die Gegend um das Machabaeerkloster Greynsberch, auf dem schon vor dem Ursulanischen Martyrium eine Magdalenenkirche stand, in der sich Klausnerinnen angesiedelt hatten. Hier bereiteten die Hunnen der hl. Ursula und ihrer Schar bei ihrer Rückkehr von Rom des Blutbad. Infolge dessen wurde der Greynsberch, auch Magdalon oder Magdalenenhügel genannt, umgetauft und führte seitdem die Bezeichnung "Acker des Ursuläischen Blutes" oder kurz "Ursulaacker". Im Jahr 463 soll dann Erzbischof Solinus dieses Gebiet laut Nachrichten, die Ortwinus Gratius im städtischen Archiv gefunden haben will, mit Mauern umgeben und die Magdalenenkirche vergrössert haben. In die nämliche Zeit wird der Bau der Ursulakirche verlegt, der Kirche, mit der mindestens seit dem Jahr 922 nachweislich das Damenstift zu den hll. Jungfrauen Nach der Ansicht unseres Gewährsmannes entsteht verbunden war. wegen des Ursulaackers nun ein Jahrhunderte dauernder Streit zwischen dem Ursulastift und der Magdalenenkirche, den Erzbischof Rainald seiner im Ursulastift als Äbtissin amtierenden Schwester zu Liebe dadurch zu schlichten sucht, dass er 1164 zugleich mit den Reliquien der hl. Dreikönige aus Mailand die Machabaeerreliquien übersendet und diese für die Magdalenenkirche bestimmt. Zum Namen Ursulaacker kommt nun, nachdem am 31. Mai 1165 die Machabäerreliquien in Köln eingetroffen waren, der Name Machabäerkirche hinzu, wofür auch "Sanct Mavyron" gebraucht wird, eine Vergröberung, wie Ortwinus Gratius meint, des Mailändischen Dialekts für Sanctam matrem Trotzdem soll dann Erzbischof Philipp von Heinsberg, Rainalds Nachfolger, die Magdalenen- oder Machabaeerkirche — keiner dieser Namen ist freilich in der Urkunde von 1178 vermerkt — auf den Titel der 11000 Jungfrauen geweiht haben, der ihr bisher wegen des Streites mit dem Ursulastift vorenthalten war. Die Nonnen, die in der Kirche ihren Gottesdienst verrichteten, bekannten sich seitdem zur Benediktinerregel. Schon Erzbischof Engelbert von Berg habe zwar auf die Intentionen seines Vorgängers Rainald zurückgreifen wollen, wäre jedoch darüber ermordet worden. Erst durch dessen Nachfolger Erzbischof Heinrich sei die inzwischen vergrösserte Kirche zu Ehren der hll. Machabäer geweiht worden, und zwar vom apostolischen Legaten Johann von Mithylene. Das Datum der Weihe führt Ortwinus Gratius nicht auf. Diese Geschichte der Machabaeerkirche will Ortwinus Gratius, wie er ausdrücklich erklärt, aus den Schriftstücken und Denkmälern geschöpft haben, die Helias Mertz am 16. März 1504 bei dem mit erzbischöf-



licher Genehmigung erfolgten Abbruch des Hochaltars in der damaligen Kirche aufgefunden haben soll<sup>247</sup>).

Nach dieser Quelle hat Crombach 248) die Geschichte des sogenannten "Ager Ursulanus" in seiner Ursula vindicata verarbeitet. Er versteht es, den Bericht noch mit Namen und Daten, die an anderen Stellen überliefert werden, auszugestalten. Ihm zufolge hat Clematius verhindert, dass die vom Erzbischof Solinus vergrösserte Magdalenenkirche den Titel zu den hll. Jungfrauen erhielt, der Schwester Erzbischofs Rainald legt er den Namen Gepa bei, da dieser ihm aus Urkunden jener Jahre bekannt geworden war. Zur Erklärung des Umstandes, dass die Machabäerkirche nicht sofort nach dem Eintreffen der Reliquien der hll. Machabaer in Köln daraufhin geweiht sei, liefert er die Motive, wie er auch die Handlungsweise Erzbischof Philipps von Heinsberg im Jahre 1178, die uns die angeführte Urkunde offenbart, zu rechtfertigen Crombach verdanken wir endlich auch das Jahr der Weihe zu den Zeiten des Erzbischofs Heinrich. Seinen Angaben zufolge ist bei dem Urkundenfund im Hochaltar durch Helias Mertz vom 16. März 1504 249) auch die folgende Inschrift zum Vorschein gekommen:

Anno incarnationis Domini 1228 VII. Kal. Octobris dedicatum est monasterium istud et hoc altare a venerabili Joanne Mithylenensi archiepiscopo in honorem s. Mariae virginis et ss. Machabaeorum et ss. Petri et Pauli et aliorum Apostolorum et s. Michaelis et Omnium Sanctorum.

Der Erzbischof Solinus oder Aquilinus von Köln ist eine sagenhafte Persönlichkeit. Wenn Ortwinus Gratius nicht selbst die Nachricht erfunden hat, dass dieser den Greynsberg oder Ager Ursulanus mit Mauern umgeben habe, so waren die Notizen, die er darüber im städtischen Kölner Archive eingesehen haben will, eine Dichtung. die im Anfang des 16. Jhs. noch kein hohes Alter erreicht hatte. Das Jahr 463 für Solinus bot die Koelhoffsche Chronik <sup>250</sup>). Es fehlt an jedem andern Zeugnis dafür, dass im Bezirk Niederich jemals eine Magdalenenkirche bestanden habe. Unter den zahlreichen Schreins-

<sup>247)</sup> S. oben S. 238.

<sup>&</sup>lt;sup>248</sup>) S. 790 zitiert er ausdrücklich "quod archæa Machabæitica et ex iis manuscriptus depromtus codex fuse memorant". Dass er eine Stelle der Epistel des Ortwinus Gratius wörtlich entnommen hat, ist schon erwähnt.

<sup>&</sup>lt;sup>249</sup>) Im Anschluss an die betreffenden Auslassungen des Ortwinus Gratius (s. oben S. 237) sagt Crombach ausdrücklich S. 797: Inventa tunc etiam talis epigraphe fuit.

<sup>&</sup>lt;sup>250</sup>) Chroniken der deutschen Städte, Stadt Köln 2, 377.

notizen, die wir vom 4. Jahrzehnt des 12. Jahrhunderts ab aus Niederich besitzen, kommt eine Kirche oder Kapelle dieses Namens nie vor. Die Kölner Magdalenenkirche lag im Kirchspiel Severin; sie wird bereits um das Jahr 1200 erwähnt <sup>251</sup>).

Die Reliquientranslationen, die Erzbischof Rainald für seinen Bischofssitz bewirkt hat, zählen zu den meistbemerkten Zeitereignissen. Keine gleichzeitige Quelle <sup>252</sup>) indessen bezeugt, dass durch ihn auch die Reliquien der hll. Machabäer aus Mailand nach Köln überführt seien. Diese Nachricht liefert zuerst Heinrich von Beeck in seiner zwischen 1469 und 1472 verfassten Agrippina <sup>253</sup>); aus ihm ist sie in die Koelhoffsche Chronik übergegangen.

Eine Kirche zu den hll. Machabäern existierte aber bereits in Köln unter Erzbischof Anno II.  $(1056-1075)^{254}$ ). Sie lag, wie es in der unten angeführten Urkunde von 1134 heisst, bei der Eigelsteinspforte. In späteren Urkunden, so in einer von 1224 <sup>255</sup>), wird ihre Lage "auf dem Berg" (capella ss. Machabeorum sita Colonie in Monticulo) näher bezeichnet, für den mir jedoch der deutsche Name Greynsberg nicht weiter begegnet ist. Ob die Kapelle zu den hll. Machabäern als Eigenkirche von dem Grafen Hermann von Saffenberg gegründet worden ist, geht aus unserer urkundlichen Nachricht von 1134 nicht

<sup>&</sup>lt;sup>255</sup>) Lacomblet UB. 2, 115. Weitere Belege s. bei Keussen, Topographie 2, 77 ff. In einem Schreinseintrag von 1180—1185 Kölner Schreinsurk. II, 1 S. 146 heisst es übrigens auch: in Monticulo juxta ss. Virgines; also grenzte dieser auch an die Ursulakirche.



<sup>&</sup>lt;sup>251</sup>) Kölner Schreinsurkk., hrsg. von Hoeniger, 2 S. 266 Mr. 6.

<sup>&</sup>lt;sup>252</sup>) S. deren Zusammenstellung bei Knipping, Reg. der Erzb. v. Köln 2 Nr. 804, vgl. auch Nr. 800.

<sup>&</sup>lt;sup>253</sup>) S. Chron. der deutsch. Städte, Köln 2, 516. Wie Cardauns hier vermerkt, findet sich die Notiz auch in einem Zusatz der Hamburger Hs. der Chronica præsulum Col. zu Philipp von Heinsberg. In dem Druck des Liber Heliæ Marcæi (s. oben S. 233) wird ex catalogo martyrum ven. magistri Usuardi zitiert: Pridie Calendas Junii apud Coloniam Agrippinam translatio ss. Macabæorum, quæ a. i. d. 1164 a domino Reginoldo Col. archiepiscopo facta est. Cuius quidem translationis festum per . . Hermannum de Hassia arch. Col. a. 1506 in festum s. Cuniberti . . translatum dinoscitur. Das ist natürlich erst ein späterer Zusatz zu dem Martyrologium Usuardi.

<sup>&</sup>lt;sup>254</sup>) Das geht aus der im Original überlieferten Urkunde Erzbischof Brunos von Köln vom 18. Juli 1134 (Lac. UB. 1, 318, vgl. Knipping, Reg. der Kölner Erzb. 2 Nr. 303) hervor, in der berichtet wird, dass zu den Zeiten Erzbischof Annos Graf Hermann von Saffenberg sein Eigengut zu Mondorf 'ad ecclesiam sanctorum Machabeorum fundatam Colonie juxta portam, que dicitur Eigelis . . in dotem ecclesie' geschenkt habe.

hervor; auf jeden Fall ist sie erst von ihm dotiert worden. Auch in einem Eintrag des Schreins Niederich aus den Jahren 1164-1176 256) figuriert sie noch als 'capella ss. Machabeorum'. Sie diente als Filialkirche und war, wie wir aus späteren Notizen deutlich ersehen, der Pfarrkirche von S. Kunibert affiliiert 257). Das Chronicon magnum Belgicum überliefert, dass Erzbischof Philipp von Heinsberg (1167-1191) in der Kirche zu den hll. Machabäern ein Kloster eingerichtet habe 258). Seit den 70er und 80er Jahren finden sich denn auch die sorores, domine oder moniales de ss. Machabeis häufiger in Urkunden genannt 259). Zwischen 1188 und 1203 treten pastor Gernandus et conventus ecclesie ss. M. 260) auf und im Anfang des 13. Jhs. erscheint auch eine Meisterin des Konventes 261). Über die rechtlichen Verhältnisse der Kapelle und des mit ihr verbundenen Nonnenkonvents unterrichtet uns eingehender die folgende Urkunde vom 11. April 1211, aus der wir auch unter Heranziehung von Urkunden von 1224 262) willkommene Klarheit über die schon angedeuteten Beziehungen der Machabäerkirche zum Kunibertstift gewinnen.

Ecclesia sive cappella sanctorum Machabeorum cum reliquiis et altaribus sive antiquis sive de novo institutis est ecclesie sancti Cuniberti cum jure patronatus. Altare vetus et summum, quod in ea est, in arbitrio est ecclesie sancti Cuniberti, utrum movendum sit vel maneat. Si tamen movendum est, in quocunque loco construatur, cedit ecclesie sancti Cuniberti cum sanctuario in ius patronatus. Reliquie sub predicto altari posite non movebuntur nec aperientur nec transferentur, nisi de consilio et licencia conventus sancti Cuniberti et eius cui collata est cappella de iure patronatus. Alia vero altaria manebunt sicut sita sunt in locis suis illibata. Sanctimoniales illius loci invenient personam congruam et honestam, que de manu eius, cui ecclesia sive cappella illa collata est, recipiet auctoritatem de supradicto altari servire primo populo horas et missas tantum ibi celebrando, confessiones populi non audiendo nec in aliquo iuri parrochie detrahendo, sanctimonialibus secundario de indulgentia eis ab ecclesia sancti Cuniberti concessa, et

<sup>&</sup>lt;sup>256</sup>) Hoeniger, Kölner Schreinsurkk. II, 1 S. 100.

<sup>257)</sup> S. unten.

<sup>&</sup>lt;sup>258</sup>) Keussen, Topographie 2, 118b Nr. 39.

<sup>&</sup>lt;sup>259</sup>) Kölner Schreinsurkk, a. a. O. S. 122, 128 u. 135.

<sup>260)</sup> Ebenda 164.

<sup>261)</sup> Ebenda 306.

<sup>&</sup>lt;sup>262</sup>) Im Jahr 1224 überträgt Propst Bruno von S. Kunibert die Machabäerkapelle der Dechanei dieses Stiftes, deren Inhaber die Parochie der Kunibertskirche versah, ut parochia ipsa et capella eadem perpetuo sint unita. S. die Übertragsurkunde im St.-A. Düsseldorf, Köln-Kunibert und die Bestätigungsurkunde Erzbischof Engelberts vom 4. Juni 1224 bei Lacomblet UB. 2, 115.

ipse providebunt ei necessaria. Elemosine, que ibidem offeruntur, sicut hucusque ad edificia disponantur. Gradus qui ducit in medium ecclesie firmatus erit duabus seris; clavem interioris sere habebit magistra, exteriorem vero habebit persona illa, que ibi Deo serviet . . . . . . Et ille gradus non aperietur, nisi de magna necessitate. Qui tamen deponetur, cum aptior ad descendendum locus poterit inveniri. Nullam sepulturam habebunt, nisi fuerint sanctimoniales; servi, ancille et quecumque alie persone, si ibi obierint, ad sepulturam sancti Cuniberti deferentur. Recipient etiam sacramenta ecclesiastica ab ecclesia sancti Cuniberti. Nullam processionem nec sollempnitatem facient publicam, sed de choro suo descendent in claustrum suum eundo et redeundo et sicut decens fuerit Domino serviendo. Sanctimoniales sepedicte pro beneficiis ab ecclesia sancti Cuniberti sibi collatis et in recognitionem tante gratie singulis annis dabunt aureum denarium valentem duodecim denarios Colonienses ad scrinium beati Cuniberti in festo ipsius. Datum et actum anno Domini millesimo. CC. undecimo, tertio Idus Aprilis <sup>263</sup>).

Wie aus dieser Urkunde zu schliessen ist, waren damals Umbauten in der Kirche vorgesehen, bei denen es sich auch darum handelte, eventuell den Hochaltar zu entfernen und an anderer Stelle wieder aufzurichten. Die Urkunde lehrt uns ferner, dass in der Kirche ein erhöhter Jungfrauenchor bestand, von dem Stufen in das Mittelschiff hinabführten, die jedoch durch eine ständig verschlossene Tür abgesperrt waren, damit eine regelmässige Kommunikation zwischen dem Chor und dem Mittelschiff der Kirche nicht stattfinden könne. Auch die Verlegung dieser Stufen war damals in Aussicht genommen. Also plante man in jener Zeit durchgreifende Änderungen am Kirchengebäude. Sie müssen in den nächsten Jahren nach 1211 ausgeführt und unter Erzbischof Heinrich zum Abschluss gekommen sein, da zu dessen Zeiten, laut einer Urkunde vom Oktober 1232 <sup>264</sup>) an einem 26. September, durch den Bischof Johann von Mytilene in Vertretung des verhinderten

<sup>&</sup>lt;sup>264</sup>) Knipping, Reg. der Köln. Erzb. 3 ¡Nr. 761. Eine Abschrift der Urkunde aus dem 16. Jh. bringt das Kopiar des Machabæerklosters im St.-A. Düsseldorf.



<sup>&</sup>lt;sup>263</sup>) Or. St.-A. Düsseldorf, Köln-Kunibert, Pgt., in doppelter Ausfertigung. Die erste Ausfertigung zeigt an der mit Punkten bezeichneten Stelle eine Rasur, die so gründlich erfolgt ist, dass die hier geschrieben gewesenen Worte nicht mehr zu erkennen sind. In der zweiten Ausfertigung ist die obige Stelle vollständig ausgelassen. Die erste Ausfertigung war mit drei, die zweite mit zwei Siegeln besiegelt, die jedoch bei der letzteren von den Pergamentstreifen völlig abgebröckelt sind, so dass von Wachs keine Spur mehr zurückgeblieben ist. An der ersten Ausfertigung sind noch erhalten das Siegel des Kunibertstiftes und Reste des Siegels des Machabæerkonventes (?). Die Urk. ist nach einer undatierten Abschrift des 15. Jhs. gedruckt in den NRhein, Ann. 83, 135.

Erzbischofs die Machabäerkirche neu geweiht worden ist. Hiernach darf man aber wohl annehmen, dass der Termin der Weihe des Neubaus nicht weit vor dem Oktober 1232 lag, vielleicht eben am 26. September 1232 stattgefunden hatte und nicht, wie uns die erst aus späterer Zeit überlieferte Inschrift glauben machen will, schon am 25. September 1228 <sup>265</sup>). Dass diese Inschrift nicht authentisch ist, geht schon daraus hervor, dass dem Weihenden ein unrichtiger Titel gegeben ist.

Bezeichnenderweise werden uns die Urkunden von 1134, 1211 und 1224 nur aus dem Archiv des Kunibertstiftes überliefert. Vorlagen für sie sind im Archiv des Machabäerklosters nicht mehr enthalten, es gibt hier heute weder Originalausfertigungen davon, noch haben sie Aufnahme in Abschrift in die im Anfang des 16. Jahrhunderts zusammengestellten Kopiare gefunden. Die Originale dieses Archivs aber hat man in eben dieser Zeit mit Rücknotizen versehen und, wie es scheint, nach dem Alter fortlaufend numeriert. Dass aber zweite Ausfertigungen der Stücke von 1134, 1211 und 1224 ehedem im Archiv des Machabäerklosters ebenfalls vorhanden waren, dürfen wir nach dem Verfahren, das man bei solchen Gelegenheiten im Mittelalter gewohnheitsmässig einhielt -- für zwei interessierte Empfänger doppelte Ausfertigungen der Urkunden auszustellen — mit ziemlicher Sicherheit folgern. Ist diese Vermutung zutreffend, so sind die Urkunden im Machabäerarchiv wohl beseitigt worden, weil sie mit der von Helias Mertz und Ortwinus Gratius im Anfang des 16. Jhs. neukonstruierten älteren Geschichte des Machabäerklosters schlechterdings nicht in Einklang zu bringen waren.

Nach dem Resultat, das uns die Nachrichten in unzweifelhaft echten Urkunden der verschiedensten Herkunft zur Geschichte der Kirche und des Klosters der hll. Machabäer liefern, bedarf es keiner längeren Begründung, dass die Epistel des Ortwinus Gratius über diesen Gegenstand, an der der Klosterbeichtvater Helias Mertz unverkennbar als intellektueller Urheber mitbeteiligt ist, eine dreiste Erfindung darstellt. An ihr ist weiter nichts historisch, als dass zu den Zeiten Erzbischof Philipps von Heinsberg mit der Machabäerkirche ein Benediktinessenkloster verbunden worden ist, und dass man den Erweiterungsbau der Kirche, der infolge der Klostergründung notwendig geworden war, unter Erzbischof Heinrich von Molenark vor Oktober 1232 neu geweiht hat. Die Machabäerkirche, die wir unter diesem Namen seit der zweiten

<sup>265)</sup> S. oben S. 242.

Hälfte des 11. Jhs. kennen, hat vorher nicht die Bezeichnung Magdalenenkirche geführt, sie ist auch nicht, wie die Urkunde von 1178 im Zusammenhang mit dem Bericht des Ortwinus Gratius vorspiegelt, in den Jahren von 1178 bis 1228 dem Andenken der hll. Jungfrauen gewidmet gewesen. Es gab im Mittelalter nicht einmal einen Altar zu den hll. Jungfrauen in der Machabäerkirche. Wenigstens die im Machabäerkloster ausgestellten Urkunden würden doch in jener kritischen Zeit den streitigen Titel getragen haben, und sicher hätte auch das Kunibertstift, dem das Patronat über die Kirche zustand, Veranlassung genommen, eine angeblich darauf sich beziehende Verfügung des Erzbischof Philipp zu respektieren. Es klingt aber an sich schon unglaubhaf, dass dieser Erzbischof einer zweiten Kirche am nämlichen Ort ein Patrozinium ohne ein unterscheidendes Merkmal zugesprochen haben sollte, dessen sich seit Jahrhunderten eine in unmittelbarer Nachbarschaft gelegene bedient hatte. In den Jahren 1169, 1171, 1172, 1174, ja noch zwei Jahre vor 1178, im Jahre 1176 266), hatte Philipp von Heinsberg selbst Urkunden für das Stift zu den hll. Jungfrauen ausgestellt und diesem darin anstandslos den Titel 'ecclesia ss. virginum' Das Stift zu den hll. Jungfrauen sowohl wie das Machazugebilligt. bäerkloster gehörten dem Orden des hl. Benedikt 267) an. Von Ordenswegen würde man daher schon gegen einen derartigen unlauteren Wettbewerb, wie er aus der Schilderung des Ortwinus Gratius hervorleuchtet, eingeschritten sein. Das Stift zu den hll. Jungfrauen, das 1178 seinen Titel durch mindestens 250 Jahre alte Zeugnisse belegen konnte, hätte sich eine solche Vergewaltigung auch von einem Erzbischof nicht widerspruchslos gefallen lassen. Nicht das geringste Anzeichen findet sich in den Archivalien des Stiftes aus dem Mittelalter, dass man den altererbten Titel jemals zu verteidigen genötigt gewesen wäre.

Die Bezeichnung "Ager Ursulanus" kommt vor den Entdeckungen des Helias Mertz und des Ortwinus Gratius — die Urkunde von 1178-gehört dazu — überhaupt nicht vor. Von den 30er Jahren des 12. Jhs. bis zum Beginn des 16. Jhs. besitzen wir in die Tausende von Einträgen, die beim Schrein Niederich (in dem die Machabäerkirche

<sup>&</sup>lt;sup>266</sup>) Knipping, Reg. der Erzb. v. Köln 2 Nr. 939, 960, 972, 1013 u. 1050 <sup>267</sup>) Stein, Das Kloster der 11000 Jungfrauen, NRhein. Ann. 31, 54 bezweifelt zwar die Zugehörigkeit des Stifts zum Benediktinerorden, aber dafür sprechen abgesehen von allgemeinen Erwägungen schon die engen Beziehungen, die das Stift zu den Benediktinerklöstern unterhielt. S. das Bruderschaftsbuch von Gladbach aus dem 12. Jh., Aachener Ztschr. 2, 283 f.



mit ihrem angeblichen Ager Ursulanus gelegen war) stattgefunden haben. Die meisten von ihnen bringen eine nähere Ortsbestimmung, wozu jedoch niemals das in der neueren Literatur zu Ehren gelangte Gräberfeld benutzt worden ist, während der "Monticulus", der Gratius-Marcaeus den Namen "Greynsberg" führt, sehr häufig genannt wird. Selbst in der schriftlichen Überlieferung des Machabäerklosters begegnet uns der Ausdruck Ager Ursulanus vor 1500 nicht, obwohl die Zahl der Urkunden von ca. 1200-1500 in diesem Archiv sich auf rund 200 beläuft. Der um 1170 geborene Caesarius von Heisterbach 268) berichtet, dass sein Kloster zwei Leiber von Jungfrauen aus der Schar der Elftausend empfangen habe. Er nennt bei dieser Gelegenheit seinen Gewährsmann mit Namen, der die Reliquien innerhalb des Bereiches des Stifts zu den hll. Jungfrauen ausgraben half. Von einem "Ager Ursulanus" weiss er nichts. Caesarius aber gilt für ein Kölner Kind. Auf jeden Fall war er mit den örtlichen Verhältnissen in Köln vollkommen vertraut, und er würde, seiner Neigung für den Wunderglauben folgend, sicher davon erzählt haben, wenn es zu seiner Zeit in seiner Vaterstadt einen als Heiligenfeld besonders gekennzeichneten Bezirk gegeben habe. In der späteren Passio sive historia XI milium virginum, die in den 80er Jahren des 12. Jhs. verfasst sein soll, ist ebenfalls von einem Ager Ursulanus nicht die Rede 269).

Die angebliche Urkunde Philipps von Heinsberg aus dem Jahr 1178 verdanken wir der tätigen Phantasie des Helias Marcaeus. Dass die Indiktion V nicht zum Jahr 1178 stimmt, ist Knipping <sup>270</sup>) schon aufgefallen, es müsste XI heissen. Knipping tritt auch für die Echtheit der Urkunde von 1134 <sup>271</sup>) ein, die Stein <sup>272</sup>) für ganz oder teilweise gefälscht erklärt, weil in ihr schon eine Machabäerkirche genannt werde, was unserer sonstigen Überlieferung widerstreite. Zum Beweis dafür wird eben die Urkunde von 1178 als schwerstes Geschütz aufgeführt. Bei diesen Argumenten Steins brauchen wir uns nach den früheren Darlegungen nicht weiter aufzuhalten; er fusst auf Crombach, dessen Quelle wir ja vor uns haben. Gegen den Tenor der Urkunde

<sup>&</sup>lt;sup>268</sup>) Dialogus miraculorum dist. 8 cap. 86. Strange 2, 154. Die Gebeine waren sub fundamento muri, die zur Erweiterung des cellarium des Stifts aufgegraben war, gefunden. Über des Cæsarius wahrscheinliche Geburtszeit vgl. NRhein. Ann. 65, 237 f.

<sup>269)</sup> Gedr. bei Crombach, Ursula vindicata 513 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>270</sup>) Reg. der Kölner Erzb. 2, 1101.

<sup>&</sup>lt;sup>271</sup>) Ebenda 303.

<sup>&</sup>lt;sup>272</sup>) NRhein. Ann. 30, 204 f.

von 1178 sind an sich keine erheblichen Einwände zu erheben, was durchaus begreiflich ist. Man hatte im 16. Jahrhundert genug Urkunden Erzbischof Philipps in Händen, die als Vorlagen zu gebrauchen waren. Immerhin sei bemerkt, dass die Urkunden dieses Erzbischofs am Schluss der Grussformel ziemlich regelmässig das "in perpetuum" aufweisen, das dem Stück von 1178 fehlt. Statt "in memoriam ss. Virginum" pflegt in echten Dokumenten gewöhnlich "in honorem etc." gesetzt Die Motivierung "pro reverentia ss. Virginum necnon et pro consideratione religionis et honestatis sanctimonialium", mit der den Nonnen die Kirche zugesprochen wird, will mir für das Jahr 1178 als nicht recht zeitgemäss passen. Recht hart und ungelenk klingen die Worte: statuentes, ut nulli . . . liceat eam (capellam ss. Virginum) ipsis (sanctimonialibus) auferre, diminuere seu exinde eas quomodolibet temere perturbare. Auch die Poenformel hat einen nüchternern Wortlaut, als er echten Stücken aus jener Zeit eigen zu sein pflegt<sup>273</sup>). Die Wendung: ad immortalem huius rei memoriam kommt in keiner anderen Urkunde Erzbischof Philipps unter den Korroborationsformeln vor; dafür gebraucht man im 12. Jh. lieber "perpetuam" oder "sempiternam"; nur einmal heisst es in einer Urkunde Philipps von 1190: ut . . . nostra memoria non cum sonitu transiret, sed apud sepius dictam ecclesiam immortaliter viveret<sup>274</sup>). ferner ziemlich die Regel, dass die Formel für die Siegelbekräftigung durch einen vollständigen Satz eingeleitet wird, während die Präposition "ad" mit einem Substantivum erst im Laufe des 13. Jhs. üblicher wird. Auffällig erscheint auch, dass Zeugen der Beurkundung nicht namhaft gemacht sind, trotzdem im Text ausdrücklich vermerkt wird: de communi fratrum s. Cuniberti assensu. . . . presentibus etiam Coloniensis ecclesie prioribus.

Doch wir geben ruhig zu, dass alle diese Ausstellungen, die gegen den Text der Urkunde geltend gemacht werden können, nicht so schwerwiegend sind, dass sich dafür nicht eine rechtfertigende Erklärung bringen liesse. Entscheidend bleibt, dass das Stück deshalb nicht echt sein kann, weil es unserer sonstigen unverdächtigen Überlieferung direkt ins Gesicht schlägt. Eine ältere Vorlage fehlt dafür und wir können dessen Existenz über das 16. Jahrhundert nicht zurück verfolgen. Die Urkunde von 1178 steht inhaltlich im engsten Zusammenhang mit der erdichteten Geschichte der Kirche und des Klosters

<sup>&</sup>lt;sup>274</sup>) Ebenda 1, 525.



<sup>&</sup>lt;sup>273</sup>) S. die Urkunden Erzbischof Philipps in Lac. UB. Bd. 1.

zu den hll. Machabaeern, die Ortwinus Gratius 1524 auf Grund der angeblich von Helias Mertz unter dem Hochaltar jener Kirche 1504 aufgefundenen Dokumente verfasst hat. Dass diese ebenso wie die Urkunde von 1178 gefälscht gewesen sein müssen, lehren uns die unzweifelhaft echten urkundlichen Zeugnisse, die wir noch heute zur Geschichte der Machabaeerkirche besitzen.

Helias Mertz hat sich nicht gescheut, die Erzeugnisse seiner und seines Freundes Ortwinus Gratius Erfindungsgabe der Mit- und Nachwelt als bare Münze darzubringen; dafür ist uns sein Machabaeerbuch Zeuge. Wir dürfen ihm oder seinen Eingebungen daher wohl auch die Inschrift zuschreiben, die ehedem über dem Tor des Machabaeerklosters <sup>275</sup>) angebracht war.

Is Ursulanus ager profluwio virginum Cinxit Solinus sacer funera nobilium Monarcha Philippus dedicavit aedem MCLXXXIII.

Denn von ihm ist ja der Neubau der Kirche zu den hll. Machabaeern, der 1504 in Angriff genommen wurde, geleitet worden. Ihm verdanken wir auch die Säule oder Pyramide, die zur Linken der Kirche stand, und die die Aufschrift trug: Hic Ursulaea strages <sup>276</sup>). Auf Anleitung des findigen Beichtigers des Machabaeerklosters sind offenbar aber auch die folgenden Inschriften als Reliquientafeln fabriziert, die sich heute im Kölner Museum befinden.

Hec corpora sine titulo hic inventa sunt et consultu archiepiscopi Philippi cofo hic recondita sunt tempore Gerliwi sacerdotis <sup>277</sup>).

Ferner die nur in Fragmenten erhaltene:

Reliquie s[anct]arum X[I millia v]irg(inum) anno MCLXVI a Ge[rliw]o p(res)b(ite)r(o) s(un)t hic posite <sup>278</sup>).

Von der letzteren bemerkt Kraus nur, die Inschriftenplatte bestehe aus falschem rötlichem Marmor. An ihrer Authentizität äussert er keine Zweifel. Dass die Inschriften aus der Machabäerkirche stammten, vermutet auch Kraus; er bringt sie in Zusammenhang mit der grossen Umgrabung des sogenannten Ursulaackers um die Mitte des 12. Jahrhunderts.

<sup>&</sup>lt;sup>275</sup>) Kraus, Die altchristl. Inschr. 2 S. 334 Nr. 46. Schon Kraus erklärt sie für gefälscht.

<sup>276)</sup> S. oben S. 235 Anm. 236.

<sup>277)</sup> Kraus a. a. O. 2 Nr. 597.

<sup>278)</sup> Ebenda Nr. 600. Sie befindet sich noch heute im Wallraf-Richartz-Museum unter Nr. 26 der christl. Inschriften.

Was es damit für eine Bewandtnis hat, haben wir oben gesehen. Besonders die erstere Inschrift ist eine Musterkarte von epigraphischen Willkürlichkeiten. Das recondita ist in folgender Weise geschrieben: Resoltt | A; mit A beginnt die neue Zeile. Zu dem seltsamen Wort "cofo" bietet Kraus die sinnreiche Erklärung: "Sonst kommen andere Formen für Kiste u. dgl. vor." Ich denke, man wird es nicht für eine allzu kühne Vermutung ausgeben, wenn man annimmt, dass Helias Mertz die Hand des Steinmetzen geführt hat, von dem diese Platten im Beginn des 16. Jahrhunderts hergestellt wurden <sup>279</sup>).

Alle diese Stücke, die Urkunde von 1178, die Säule mit der ausdrücklichen Aufschrift: Hic Ursulaea strages, schlagen in die Tendenz hinein, die uns die Epistel des Ortwinus Gratius über die Entstehung und die Entwickelung der Machabaeerkirche so deutlich verrät, nicht nur das Alter dieser Kirche möglichst hoch hinaufzuschrauben, sondern auch das Gebiet, das um sie lag, zum eigentlichen Marterfeld der hl. Ursula und ihrer Schar zu stempeln. Da die hl. Ursula selbst vom Stift zu den hll. Jungfrauen seit alter Zeit mit Beschlag belegt war, blieb Mercaeus und Gratius nichts anderes übrig, als für ihre Zwecke eine andere angebliche Heilige aus der Schaar der 11000 auszuwählen. Sie nahmen zu diesem Zweck die s. Sigillindis, die sie im Register Dietrichs von Deutz 280) vorfanden. Aus derselben Liste ergab sich auch der presbiter Quirillus 281), dem in dieser neben Clematius die Ehre zuerkannt wird, sich bei der Bestattung der Märtyrerinnen ausgezeichnet zu haben. Um aber auch auf diesem Gebiete dem Machabäerkloster vor dem Stift zu den bll. Jungfrauen die Priorität zu vindizieren, wurden Sigillindis und Quirillus zu Vorläufern der hl. Ursula und ihrer Schar gemacht, die in Köln schon heimisch geworden sein sollten, bevor die hl. Ursula dort zum erstenmal aus England eintraf. Sigillindis und ihr Begleiter schliessen sich indessen dieser dann auf ihrer Wallfahrt nach Rom an, geniessen aber durch ihren früheren Aufenthalt in Köln den Vorzug, dass nach dem Martyrium ihre Leichname von den Kölnern, die die 11000 bestatteten,

<sup>&</sup>lt;sup>281</sup>) Ebenda 294 u. 297.



Aeg. Gelenius, De admir. magn. Col. 538, hebt die Verdienste des Marcæus um die Anordnung der Ursuläerreliquien in der neuen Machabäerkirche ausdrücklich hervor. Ille glutine tenaci ossa sacra Ursulæa conglutinavit et per totum templum miro ac laudabili ordine disposuit; ille nobiliores reliquias certis monumentis imposuit. Darunter vermerkt er an erster Stelle reliquiæ s. Pastolasii archiepiscopi Agriensis Ungarici.

<sup>280)</sup> S. Lacomblets Archiv 5, 297.

sofort erkannt und in der Magdalenenkirche beigesetzt werden, zu deren Insassen sie ja ehedem engere Beziehungen gepflogen haben sollten. Wenn wir heutzutage auf diese bequeme Weise auch noch Geschichte machen könnten, dann bedürfte es der mühseligen Nachforschungen in den Archiven nicht mehr!

Die Epistel des Ortwinus Gratius: De insigni ornatu etc. ad divos Macabaeos zählt in die Klasse der Klostergründungsgeschichten, deren von Klöstern des Benediktinerordens um die Wende des 15. und 16. Jahrhunderts eine ganze Anzahl neu entstanden ist. Die Benediktiner sind nach der Einführung der Bursfelder Kongregation die tätigsten Förderer der humanistischen Bewegung in Deutschland geworden. Auf die von ihnen mit Eifer betriebenen historischen Studien, die sich vielfach der Geschichte der einzelnen Niederlassungen zuwandten, habe ich schon in dem IV. Kritischen Beitrag die Aufmerksamkeit gelenkt 282). Als ihren geistigen Leiter im ersten Viertel des 16. Jahrhunderts muss man Johannes Trithemius 283) betrachten. Mit ihm war unser Helias Mertz befreundet 284). An Erfindungsgabe kann es der letztere mit seinem moselländischen Freunde ruhig aufnehmen. Wie viel von den erdichteten Angaben in der Darstellung der Entstehung des Machabaeerklosters freilich Helias Mertz, wie viel Ortwinus Gratius zugesprochen werden muss, vermögen wir natürlich nicht zu entscheiden. Gratius bezeichnet Mertz als denjenigen, der ihm die Dokumente und Belege, die unbedingt gefälscht waren, geliefert hat.

Wir müssen übrigens beiden dankbar sein, dass sie nicht wie ihre zeitgenössischen Verfasser der 'Fundatio monasterii Brunwilarensis' <sup>285</sup>) oder der 'Relatio de fundatione Gladbacensis monasterii' <sup>286</sup>) ihren Werken selbst den Stempel hohen Alters aufgedrückt, sondern sich damit begnügt haben, nur unechte Vorlagen in die Welt zu setzen, auf die sie sich beriefen. Freilich die schriftstellerischen Leistungen von

<sup>282)</sup> Diese Ztschr. 27, 94.

<sup>283)</sup> Silbernagl, Johannes Trithemius 21885 S. 160 ff.

<sup>284)</sup> S. oben S. 232 Anm. 231.

<sup>&</sup>lt;sup>285</sup>) Dass diese oder vielmehr das sogenannte Chronicon Brunwilarense, aus dem sie geschöpft ist, nicht im 11. Jh., sondern erst im Anfang des 16. Jhs. entstanden ist, dafür werde ich unten zunächst einige vorläufige Belege beibringen.

<sup>&</sup>lt;sup>286</sup>) Als deren Verfasser gibt sich der Abt Heinrich († 1066 als Abt von Köln-Pantaleon) aus, vgl. Bæhmer, Fontes rer. Germ. 3, 349 ff. Bei näherer Untersuchung dürfte sich herausstellen, dass seinen Namen ein Gladbacher Mönch in der ersten Hälfte des 16. Jhs. missbräuchlich verwendet hat.

Marcaeus-Gratius haben ungefähr den nämlichen Erfolg gehabt, wie diejenigen der Konventualen von Brauweiler und Gladbach. Der Ager Ursulanus in Köln wird in der neueren Literatur noch ebenso wacker bepflügt, wie die in den beiden benachbarten Klöstern entstandenen Dichtungen sich mit grosser Zähigkeit in unseren Quellenwerken und historischen Darstellungen als gleichzeitige Zeugnisse halten.

Die Versuche der Marcaeus-Gratius, dem adligen Stift zu den hll. Jungfrauen in Köln seinen Ruhm als die erste und älteste Verehrungsstätte der Kölner Märtyrerinnen streitig zu machen und ihn für das zumeist mit Nonnen bürgerlicher Abkunft besetzte Machabaeerkloster in Anspruch zu nehmen, bilden zugleich ein Zeichen für die neue soziale Richtung, die mit der Bursfelder Kongregation bei dem ehedem ständisch stark exklusiven Benediktiner-Orden ihren Einzug gehalten hatte.

Die Passiones ss. virginum, die Revelationen Dietrichs von Deutz und der Elisabeth von Schönau haben den Ruf Kölns als Marterstätte der 11 000 Jungfrauen dauernd begründet. Zahlreiche Reliquien dieser Märtyrerinnenschar sind von hier aus namentlich seit dem 12. Jahrhundert in alle Welt hinausgeschickt worden. Es half nichts, dass die Stadt Köln im Jahr 1392 eine Bulle Papst Bonifaz' IX. <sup>287</sup>) auswirktedurch die verboten wurde, Reliquien aus der Stadt fortzuschaffen. Wie gerade das Ursulastift wegen seiner Heiligenschätze fortgesetzt umworben wurde, zeigt die Nachricht, die wir aus den Stiftsprotokollen des 17. Jahrhunderts <sup>288</sup>) erhalten, dass die angeführte Bulle des Papstes in Abschrift zur Nachachtung in der Kirche aufgehängt war. Das hinderte natürlich nicht, dass trotzdem auf Ersuchen der Erzbischöfe und anderer hochgestellter Geistlichen auch weiter Partikeln von Heiligen aus der Ursulaschar abgegeben wurden <sup>289</sup>).

Ebenso begreiflich war es, dass bei den anderen Kirchen, die im Gebiet des ehemaligen nördlichen Vorstadtbezirkes Kölns — auf das seit dem 12. Jahrhundert das Martyrium der 11 000 lokalisiert war — lagen,

<sup>287)</sup> Ennen, Quellen 6, 64.

<sup>&</sup>lt;sup>288</sup>) St.-A. Düsseldorf, Köln-Ursula, Protokolle des Stifts, Eintrag vom 13. März 1646. — Die Abgabe von Reliquien wird 'propter bullam pontificis in ecclesia affixam' abgelehnt.

<sup>&</sup>lt;sup>289</sup>) S. die Einträge in den vorstehend zitierten Stiftsprotokollen, die von 1573 ab im St.-A. Düsseldorf erhalten sind.

sich der Wunsch rege machte, von dem Ruhm des Ursulastiftes auch Der Vorstoss, den Marcaeus-Gratius für einen Anteil zu bekommen. das Machabaeerkloster unternahmen, ging freilich schon etwas über den Anspruch auf Teilhaberschaft hinaus. Sie machten die Kirche zu den bll. Machabaeern und die Vorläufer, die sie dieser andichteten, geradezu zum Mittelpunkt des Marterfeldes. Auf ihrer Grundlage, auf dem von ihnen erfundenen Ager Ursulanus, hat man aber im nächsten Jahrhundert einfach weiter gebaut. Aegidius Gelenius entwirft im Anschluss an die Aufzählung des Reliquienschatzes des Maximinklosters 290) sogar einen Situationsplan des Lagers der Ursulaschar, das in Kreuzesform geteilt vier nach Nationen geschiedene Flügel gezeigt habe; der östliche, den die Italiener eingenommen hätten, sei im Gebiet der Kirche S. Johann und Cordula gelegen gewesen, der westliche, der Britannische beim Ursulastift, der Spanische im Süden beim Maximinkloster, der der Donauvölker im Norden in der Gegend des Machabaeerklosters, während der Schnittpunkt der Kreuzbalken sich an der Stelle der Kirche und des Hospitals Allerheiligen befunden habe. Wie man sich bei einem Blick auf die Karte von Niederich in Keussens Topographie (Bd. II Nr. IX) durch den Augenschein überzeugen kann, hat Aeg. Gelenius das Stadtbild eingehend studiert und daraufhin den Lagerplan der Ursulaschar "rekonstruiert". Seine schriftlichen Quellen macht er uns nicht bekannt. Wir besitzen nur eine ausschliesslich durch ihn überlieferte Urkunde über die Gründung des Maximinklosters von 1188, die uns darüber Aufschluss geben dürfte, wie er durch diesen Beleg seine These, dass auch die Maximinkirche im Bereich des Ager Ursulanus liege, zu stützen suchte.

In seinem grossen Geschichtswerk 'De admiranda.. magnitudine Coloniae' (S. 546) bringt er Auszüge aus dem "Diplom" wie er sagt, von 1188, in dem die Gründung des Klosters der regulierten Augustinessen zum heiligen Maximin in Köln beschrieben wird. Das Kloster erscheint hierin als ein Abspliss des Stiftes der 11000 Jungfrauen, das der Regel des hl. Benedikt folgte. Der Urkunde zufolge müsste die Äbtissin Clementia von S. Ursula als die Stifterin des Maximinklosters angesehen werden. Den vollen Wortlaut des Stückes hat uns

<sup>&</sup>lt;sup>290</sup>) De adm. magn. Col. 547, vgl. auch 606. Crombach, Ursula vind. 470 liefert gleichfalls eine Beschreibung des Ager Ursulanus und auf dem Titelblatt des Tomus posterior seines Werkes hat er auch eine "delineatio", eine bildliche Skizze, des Marterfeldes gegeben, auf der auch das Jesuitenkolleg in dessen Bereich hineingezogen ist.

Aeg. Gelenius ebenfalls überliefert in seinen sogenannten Farragines <sup>291</sup>), wo ihm die Überschrift: 'Diploma fundationis sancti Maximini in Colonia' gegeben ist. Bemerkungen, die dem Drucke des Auszugs sowohl wie der Abschrift am Schluss angefügt sind, müssen dahin gedeutet werden, dass Gelenius das Original der Urkunde vorgelegen habe. Die Niederschrift in den Farragines rührt von seiner eigenen Hand her. Er verschweigt indessen auch hier, wo das Original der Urkunde zu finden war. Da die Urkunde bisher noch nicht im Wortlaut bekannt geworden ist, veröffentlichen wir hier zunächst den Text derselben.

Diploma fundationis sancti Maximini in Colonia.

In nomine sanctæ et individuæ Trinitatis. Notum sit Dei fidelibus præsentibus et posteris, quod ego Clementia per Dei misericordiam abbatissa sanctarum virginum et totus conventus eiusdem loci ecclesiam beati Maximini liberam dimisimus cum omni loco ad eandem ecclesiam pertinente ad honorem domini salvatoris et sanctissimæ matris eius.

Pia enim consideratione mote pauperes sorores, quæ ad locum eundem descenderunt, benigne adiuvimus ecclesiæ libertatem dando, ut ex hoc ipsa devotio ibidem servientium Deo accipiat augmentum et nos a Deo expectaremus remunerationem, ad quem pauperes et divites pium et tutum habent refugium. [Quando apud nos soror vel frater decedet, sorores loci praedicti eisdem obsequiis quibus et nos iuvabunt aram transeundo.]

In ecclesia beati Maximini terra non aperietur ad quærendum corpora sanctorum sine consilio et consensu abbatissæ sanctarum virginum et conventus. Hæc pie et prudenter statuta sunt non in servitutem loci, sed propter maiorem ecclesiarum concordiam.

Census, qui de curtibus persolvitur, libere et integraliter erit ecclesiæ beati Maximini; si ipsa ecclesia aliquam de curtibus emerit vel ob piam causam in se collatam acceperit, nulli inde aliquid persolvet; si quicunque alius de curtibus aliquam pretio vel modo alio acquisiverit, illud quod vulgo dicitur ,vurhure' pastori ecclesiæ beatæ Mariæ super Vallum persolvetur. [Si, quod Deus avertat, religio in loco prædicto destructa fuerit et conventus dissipetur, libertate propter religionem data locus exuetur et sicut prius subiectus erit ecclesiæ sanctarum virginum].

Hæc rationabiliter ordinata, ut robur firmius haberent, communita sunt sigillo ecclesiæ. Horum sunt testes: Clementia abbatissa, Irmintrudis decana, Clementia, Friderunis, Mabilya, Melendis, Gertrudis, Sophia, Euphemia, Beatrix, Elisabeth, Cristina, Jutta, Beatrix, Constantia, Benedicta, Ida, Helewigis, Agnes, Helewigis, Friderunis.

Ulricus, Heribertus capellani archiepiscopi, Albertus, Herimannus, Rodulphus canonici maioris ecclesiæ, Immo canonicus sanctæ Mariæ ad Gradus,

Everhardus pastor ecclesiæ sancti Jacobi, Henricus pastor ecclesiæ sanctæ Mariæ super Vallum, Tirricus, Albertus, Wilhelmus, Hildebrandus præsbiteri, Waldeverus inclusus ecclesiæ beati Maximini.

Acta sunt hæc anno dominicæ incarnationis MCLXXXVIII.

<sup>291)</sup> Stdt.-A. Köln: Bd. 24, 23v.



Am Schlusse des Textes ist angefügt:

NB. Hae litterae sunt integerrimæ, et inferius ex filis sericis rubris pendet sigillum ovale, in quo quasi virgo in sede locata cum aperto libro in sinistra et telo super humeros eminente.

Quæ hic lineis subducta, cupiunt virgines non evulgari.

Diese Worte beziehen sich auf die von uns in eckige Klammern gesetzten Stellen.

Der Zusatz, dass die Jungfrauen einige Sätze des Textes der Urkunde von der Veröffentlichung ausgeschlossen wünschten, macht uns, was die Herkunft der Urkunde anlangt, nicht klüger. Im 17. Jahrhundert hält man an der gelegentlich geübten Unterscheidung früherer Jahrhunderte, dass mit "virgines" zumeist die Insassen adliger Stifter, mit "sorores" die der weniger vornehmeren Klöster bezeichet wurden, nicht mehr fest. Der Ausdruck "virgines" kann daher auf die Damen des Ursulastifts wie auf die Nonnen von Maximin gedeutet werden, denn die Urkunde handelt von beiden Korporationen. Wir würden ihre Vorlage deshalb mit demselben Rechte im Archiv von Köln-Ursula wie in dem von Köln-Maximin suchen. An keiner dieser Stellen lässt sich aber auch nur eine Spur von ihr entdecken.

Inhaltlich stellt sich die Urkunde als ein merkwürdiges Gemisch von einem Referat über die Gründung des Klosters zum h. Maximin und von Statuten für die neue Schöpfung dar. Im Eingang erklären die Abtissin Clementia und der Konvent von S. Ursula, dass sie die Kirche zum h. Maximin mit dem zugehörigen Bezirk zu Ehren des Heilandes und der Gottesmutter freigegeben haben. Der folgende Satz wiederholt den nämlichen Gedanken (ecclesiae libertatem dando) und gibt die Motivierung für die Gründung, durch die man den Gottesdienst in dem neuen Kloster zu heben bemüht war und für welche der Lohn im Jenseits erwartet wurde. Arme Schwestern waren es, die sich in der Kirche des h. Maximin zu klösterlichem Leben zusammenfanden. Man hat diese Notiz und andere Nachrichten über S. Ursula dazu benutzt, um den Gegensatz zwischen dem gottgeweihten Lebenswandel der neuen Klosterfrauen und den weltlichen Neigungen der Stiftsdamen in das gebührende Licht zu setzen 292). Unsere Urkunde enthält noch die Bemerkung, dass die Maximiner Nonnen die Verpflichtung übernahmen, die Totenfeiern von Stiftsdamen und Kanonikern von S. Ursula durch eine Prozession um den Altar, doch vermutlich in der Klosterkirche Maximin, mitzubegehen.

<sup>&</sup>lt;sup>292</sup>) Stein, Das Kloster der 11 000 Jungfrauen, NRhein. Ann. 31, 45 ff., s. besonders S. 75 f.



Dann beginnt in der Urkunde die Reihe der statutarischen Festsetzungen. Ohne Genehmigung der Äbtissin und des Konvents von S. Ursula darf man in der Kirche vom seligen Maximin den Erdboden nicht öffnen, um nach Leichnamen von Heiligen zu suchen. Dieses Statut wurde in frommer Voraussicht erlassen, nicht um dem Kloster eine Servitut aufzuladen, sondern um eine grössere Eintracht zwischen den beiden Kirchen, zwischen Stift und Kloster, herbeizuführen. Den Zins, der von den Höfen - von welchen ist nicht gesagt - gezahlt wird, soll das Kloster unverkürzt einnehmen. Der Kauf von Höfen für die Kirche von Maximin oder die Schenkung von solchen an das Kloster bleibt abgabenfrei. Kauft oder erwirbt hingegen jemand anders auf irgend eine Weise einen Klosterhof, so steht dem Pfarrer von S. Marien auf dem Wall die Vorheuer zu. Die ecclesia s. Mariae in Vallo oder in Campo, der ältere Name für die Maria Ablasskirche, war die Pfarrkirche für das Ursulastift. Endlich ist in der Urkunde bestimmt, dass, falls, was Gott verhüten möge, das klösterliche Leben an dieser Stätte aufgehoben werden und der Konvent auseinandergehen würde, jene auch die Freiheit, die ihr bei der Klostergründung verliehen sei, einbüssen und sie wieder der Kirche der h. Ursula unterworfen sein solle.

Wir haben bereits angedeutet, dass sich weder in dem Archiv des Ursulastiftes noch in dem des Maximinklosters auch nur eine Notiz findet, die auf das ehemalige Vorhandensein eines Originals oder einer ältern Abschrift der obigen Urkunde hindeutete. Der Zeitgenosse des Aeg. Gelenius, der Jesuit Hermann Crombach, kennt freilich diese Urkunde oder wenigstens ein Schriftstück ganz ähnlichen Inhalts ebenfalls. In seiner S. Ursula vindicata 293) bemerkt er, das Kloster S. Maximin sei eine Tochter von S. Ursula. Elf Kanonissinnen des Stiftes hätten erfüllt von der Liebe zur Armut und im Drang nach einer schärferen Disziplin diese Kirche bezogen, seien jedoch vom Ursulaner Kolleg mit ausreichenden Renten versehen worden. Das wäre um 1188 geschehen.

<sup>293)</sup> S. 506. Est hæc (ecclesia s. Maximini) quaedam colonia parthenonis Ursulani: nam inde undecim numero canonicæ ad hoc sacellum paupertatis amore et arctioris disciplinæ studio concesserunt sufficientibus ab ipso collegio Ursulano dotatæ censibus, circa annum Domini 1188. Copiam vidi literarum, quibus eo anno a Clementia Sanctarum Virginum antistita et conventu toto eiusdem loci manumittebantur, ut arctius Dei obsequio se manciparent: iis praeter s. Ursulæ canonicas subscripsere cathedralis ecclesiæ canonici et Waldenerus (!) homo solitarius ecclesiæ b. Maximini, quem Cæsarius lib. II cap. 27 cænobii Maximini vocat initiatorem et, dum Coloniæ literis daret operam, adhuc superstitem.



Crombach versichert, eine Abschrift der Urkunde gesehen zu haben, durch welche die genannten Kanonissinnen 1188 von der Äbtissin Clementia und dem gesamten Konvent des Stiftes Ursula aus dessen Verband entlassen wurden, um sich dem Dienste Gottes in strengerer Übung zu widmen. Die Urkunde sei unterschrieben gewesen von den Kanonissinnen von S. Ursula, von Domkanonikern und dem Einsiedler der Maximinkirche Waldeverus. Woher Crombach die Kenntnis hatte, dass es 11 Kanonissinnen gewesen wären, die aus dem Ursulastift in das Maximinkloster übergegangen seien, verrät er uns nicht 294). Davon steht in der Urkunde von 1188 nichts zu lesen, und auch darüber schweigt diese, dass die abziehenden Kanonissinnen vom Mutterstift einen Anteil vom bisherigen Stiftsvermögen bekommen hätten. Aufzählung der Zeugen der Urkunde von 1188 ist in der Ursula vindicata unvollständig. Crombach erwähnt an einer späteren Stelle seines Werkes<sup>295</sup>) den Gründungsvorgang in dem angegebenen Sinne noch einmal und stellt bei dieser Gelegenheit in Aussicht, dass er darüber an einem anderen Orte ausführlicher handeln wolle. Ob das geschehen ist, vermag ich nicht zu sagen.

Gleich Aeg. Gelenius, der den Fundort des Originals, aus dem seine Abschrift geschöpft sein soll, verschweigt, unterlässt es auch Crombach mitzuteilen, wer ihm die Einsicht der Kopie der Urkunde von 1188 verschafft habe. Da er jedoch in der Vorrede zur Ursula vindicata Aeg. Gelenius unter den Gönnern seines Werkes nennt, die ihm Urkunden und Niederschriften zur Verfügung gestellt haben, und da zwischen Crombach und Gelenius ein reger Verkehr und ein Austausch in den Resultaten ihrer beiderseitigen Geschichtsstudien stattgefunden haben muss <sup>296</sup>), darf man die Vermutung hegen, dass er die Abschrift der Urkunde von 1188 eben durch diesen kennen gelernt hat. Damit

<sup>&</sup>lt;sup>294</sup>) Die Notiz bei Aeg. Gelenius, De admir. magn. 546, hinter den als Zeugen genannten 21 Kanonissen: 'si his capitularibus accenseas præpositam, erunt numero 22, id est in utroque chori latere undecim virgines' hat ihm dafür vielleicht als Vorbild gedient. Eine Pröpstin gibt es im 12. Jh. im Stift nicht und die doppelte "11"Zahl der Jungfrauen lässt sich für diese Zeit im Stift ebenfalls nicht satzungsgemäss belegen.

<sup>&</sup>lt;sup>295</sup>) S. 793 . . de quo multa alibi.

veröffentlicht wurde, an verschiedenen Stellen auf das bevorstehende Erscheinen von Crombachs Werk (1647) hin, so S. 338: Dum historia vitæ et martyrii (s. Ursulæ) brevi edenda expectatur, und S. 356: qui undecim libros brevi dabit de historia Ursulana.

scheidet Crombach als eine besondere Überlieferungsstelle aus. Überdies sind seine Angaben zu kurz und unvollständig, als dass sie uns zur Beurteilung der Urkunde von 1188 wesentliche neue Merkmale liefern könnten <sup>297</sup>).

Auf die eigenartige Zusammensetzung der Urkunde haben wir bereits aufmerksam gemacht. Es bestehen aber gegen deren Gesamtinhalt nicht nur die gewichtigsten Bedenken, sondern auch was uns Gelenius über deren Besiegelung überliefert, ist zweifellos falsch.

Das Nonnenkloster S. Maximin ist nicht erst im Jahr 1188 gestiftet worden, es bestand mindestens bereits im Jahr 1186. Das erfahren wir aus einer Urkunde Erzbischof Adolfs von Köln aus dem Jahr 1196 <sup>298</sup>), in der er die dem Kloster in voraufgegangenen Jahren gemachten Schenkungen zusammenfasste und bestätigte. Zu diesen Schenkungen gehörte die Hufe in Bocklemund, welche die Nonnen von S. Maximin der Frau des Aachener Schultheissen Ricolph verdankten und deren Besitz ihnen schon durch eine Urkunde Erzbischof Philipps von Köln von 1186 gewährleistet war. Und die Kirche S. Maximin existierte schon vor 1172 <sup>299</sup>); ob sie freilich als Klosterkirche gegründet war, oder ob die Ansiedlung von Nonnen erst später damit verbunden ist, entzieht sich unserer Kenntnis.

Wir werden später hören, dass der Einsiedler Waldeverus und dessen ehemalige Konkubine den Nonnenkonvent eröffnet haben. Und es gibt kein anderes Zeugnis als das Diplom von 1188, aus dem hervorgeht, dass S. Maximin ein Tochterkloster von S. Ursula gewesen sei. Es dürfte wohl auch ein einzig dastehender Vorgang bleiben, dass, wie uns Crombach glauben machen will, Kanonissinnen eines freiweltlichen Stiftes — und das war die Kirche zu den hll. Jungfrauen schon vor 1188 300) — aus diesem ausgeschieden wären, um ein einfaches Nonnenkloster zu gründen. Die Urkunde von 1188 drückt sich freilich vorsichtiger aus als Crombach. In ihr heisst es nur, dass die Äbtissin und der Konvent von S. Ursula die Kirche von S. Maximin, in der arme

<sup>300)</sup> Die gegenteilige Auffassung von Stein in den NRhein. Ann. 31, 73 ff. ist hauptsächlich durch unser Diplom von 1188 veranlasst.



<sup>&</sup>lt;sup>297</sup>) V. de Buck, Acta SS. Oct. IX 230 kennt die Urkunde nur aus dem Druck bei Gelenius.

<sup>&</sup>lt;sup>298</sup>) Knipping in den NRhein. Ann. 65, 222; s. Reg. der Kölner Erzbischöfe 2, 1509.

<sup>&</sup>lt;sup>299</sup>) Kölner Schreinsurkunden II, 1, 89 n. 1; vgl. dazu Keussen, Topographie 2. 134 Nr. 26.

Nonnen (sorores) 301) zu gemeinsamem Leben zusammengetreten wären, freigegeben hätten, diese Kirche also von der Abhängigkeit, in der sie bisher zum Ursulastift gestanden haben sollte, losgelöst wäre. Dass Stiftskanonissinnen in das neue Kloster übergegangen seien, davon steht im Diplom nichts. Selbst auf ein derartiges Verhältnis der Maximinkirche zum Ursulastift deutet jedoch keine andere urkundliche oder chronikalische Überlieferung hin. Endlich hat aber nie eine nähere Beziehung der Kirche oder des Klosters von S. Maximin zur Pfarrkirche Maria auf dem Wall bestanden. Das Maximinkloster lag nicht im Sprengel dieser Pfarre, sondern in dem der Lupusparochie 302), und durch Urkunde Erzbischof Adolfs von Köln vom 19. Mai 1201 303) wurde es ausdrücklich dem Schutz des Dekans und des Kapitels des Doms unterstellt, während sich der Erzbischof das Patronat vorbehielt. Infolgedessen ist es völlig ausgeschlossen, dass dem Pfarrer von Maria-Ablass die Vorheuer bei der Veräusserung von Höfen seitens des Klosters in einer Stiftungsurkunde desselben eingeräumt sein könnte, ganz abgesehen davon, dass eine derartige Bestimmung in so allgemeiner Fassung überhaupt wenig glaubhaft erscheint.

Ein ungewöhnliches Verfahren bedeutet es ferner im 12. Jh., dass ein Stift aus sich heraus ohne die Genehmigung des Kirchenoberen, des Erzbischofs, eine ihr angegliedert gewesene Kirche aus dem bisherigen Verband entlassen haben sollte. Auch der Ausdruck, mit dem der angebliche Trennungsakt gekennzeichnet wird, ist in dieser Form für das 12. Jh. befremdend, wenigstens an der zweiten Stelle, wo es heisst "ecclesiae libertatem dando". Als im Jahr 1185 die Äbtissin von Vilich im Anschluss an die zu den Gütern des Stiftes gehörige Kapelle in Gräfrath ein neues Frauenkloster errichtete, wurde diese Kapelle aus der Gemeinschaft mit der Pfarrkirche zu Wald, die der Abtei Deutz unterstand, ebenfalls herausgehoben. Das geschah freilich auch mit der Wendung "quod eadem capella ad prefatos usus libera ei (der Äbtissin) est concessa et tradita". Der "terminus technicus" für diesen Vorgang ist aber hier, wie auch sonst "emancipatio". Und diese nimmt Erzbischof Philipp von Köln vor 304). Denn damals riefen die Stifte und

<sup>301)</sup> Der Ausdruck begegnet uns in der zitierten Urkunde von 1196 in der gleichen Weise.

<sup>302)</sup> Keussen, Topographie I Einl. S. 193.

<sup>&</sup>lt;sup>303</sup>) NRhein. Ann. 65, 229 . . . predictum locum decano cunctisque suis successoribus et toti capitulo maioris ecclesie commisimus. Or. im St.-A. Münster.

<sup>304)</sup> Lacomblet UB. 1, 497.

Klöster in der Regel für blosse Gütererwerbungen das Urkundenzeugnis der Erzbischöfe an, um wie viel mehr für eine Klosterneugründung.

Dass man in Köln im 12. Jahrhundert in der Auffindung von Heiligenreliquien von grossem Glück begünstigt gewesen ist, haben wir bereits dargelegt. Unter diesem Gesichtspunkt liesse sich wohl auch die Bestimmung der Urkunde von 1188 rechtfertigen, die das Graben nach Gebeinen der Heiligen im Erdboden der Kirche von S. Maximin ohne die Genehmigung der Äbtissin und des Konventes von S. Ursula verbot. Ein echtes Statut dieser Art wäre freilich im Jahr 1188 wohl durch den Erzbischof erlassen worden. Die Motivierung, welche dieser Verordnung gegeben ist, dass sie eine grössere Eintracht zwischen dem Stift und dem Kloster garantieren solle und nicht eine Last für das letztere bedeute, klingt aber recht eigentümlich. Das mit ihr angeblich verfolgte Ziel ist auf jeden Fall nicht erreicht worden, denn es bestehen auch nach 1188 keine näheren Beziehungen zwischen Stift und Kloster, von einer innigeren Verbindung zwischen den beiden Konventen weiss unsere sonstige urkundliche Überlieferung absolut nichts 305).

Die Satzung, dass die Suche nach Reliquien in der Maximinkirche nur unter Beschränkungen stattfinden solle, setzt aber doch voraus, dass die Kirche zum hl. Maximin bereits im Jahre 1188 im Rufe gestanden hätte, als ob sie die Ruhestätte berühmter Heiligen gewesen wäre. Sie zählte jedoch nicht zu den Orten, soviel wir wissen 306), an denen wie bei der Kirche zu den hll. Jungfrauen oder bei S. Gereon alte Märtyrerlegenden lokalisiert waren. Wir hörten ja, dass dieser Umstand bei der Ursulakirche mindestens seit dem 12. Jh. dazu geführt hatte, dass sie als allgemeine Begräbnisstätte gesperrt wurde. Wenn damals die Stiftsdamen noch in der Kirche beerdigt werden konnten — die Worte der Clematianischen Inschrift "exceptis virginibus" sind vielleicht in diesem Sinne zu deuten 307) — so hat man in späterer Zeit auch sie auf dem

<sup>307)</sup> S. oben S. 197 u. 217.



<sup>305)</sup> In der Mitte des 14. Jhs. empfängt das Ursulastift vom Maximinkloster einen Zins aus Gütern in Bocklemünd (St.-A. Düsseldorf, Köln-Ursula, Akten Nr. 35) Einkünfteregister: 'conventus ad s. Maximinum 30 denarios et dimidium maldrum avene de bonis sitis apud Buggelmunte'. Über diese Güter besass das Ursulastift offenbar die Grundherrlichkeit. Ein Filiations-Verhältnis zwischen den beiden Instituten ist natürlich durch einen Nutzungsvertrag über Güter nicht begründet worden.

<sup>306)</sup> Selbst die Nachricht bei Crombach, Ursula vindicata 503 f., dass im 14. Jh. in der Maximinkirche zahlreiche Leiber von Heiligen erhoben worden seien, ist nicht historisch beglaubigt; wir kommen darauf noch zurück.

7

1

Kirchhof von Maria-Ablass zur letzten Ruhe gebettet 308). Befremdend aber wirkt es, dass eine Kirche, über deren Boden angeblich 1188 - freilich ohne Genehmigung der Kirchenoberen - ein beschränktes Öffnungsveto verhängt war, durch ein Privileg Erzbischof Adolfs von Köln vom 19. Mai 1201 309) ausdrücklich als öffentliche Beerdigungsstelle zugelassen wurde. Um der Armut der Nonnen aufzuhelfen, erlaubte ihnen der genannte Erzbischof, auf Wunsch jeden in ihrer Kirche zu begraben, vorausgesetzt, dass der Pfarrer des Kirchspiels, dem der Tote bei Lebzeiten angehört hatte, damit sich einverstanden erklärt habe. hoffte dabei natürlich auf die entsprechenden Messenstiftungen, die für die Vergünstigung, in einer Kirche beigesetzt zu werden, gespendet wurden. Wie wir aus den Urkunden des Maximinerklosters erfahren, haben denn auch zahlreiche Leichenbestattungen in der Kirche selbst stattgefunden 310). Der gewesene Rentmeister der Stadt Emmerich, Rutger Weynholtz, wurde noch 1621 im Chor der Kirche beigesetzt 311). Dieser Brauch, der durch das Privileg von 1201 sanktioniert war, verträgt sich mit dem Statut des Diploms von 1188 ganz und gar nicht.

Nach einer Bestimmung, die ähnlich wie die über die Zinsen von den Höfen in so allgemeinen Wendungen vorgebracht ist, wird man in anderen Urkunden des 12 Jahrhunderts vergebens suchen können. Andererseits ist der Begriff der "curtis" in dieser Zeit so eng gezogen, dass wir ruhig behaupten dürfen, die Nonnen von S. Maximin wären übel daran gewesen, wenn sie im 12. Jh. allein auf die Zinsen von "Höfen" 312) angewiesen wären. Übrigens hat die Frau des Aachener Schultheissen, wie schon erwähnt, dem Kloster bereits 1186 einen "mansus", also

<sup>308)</sup> In der Bulle Papst Sixtus' IV. vom 1. März 1480 wird es als Brauch bezeichnet, dass in der 'ecclesia b. Mariæ Indulgentiarum . . abbatissæ ac canonissarum et canonicorum . . ecclesiæ ss. undecim millium virginum pro tempore decedentium corpora sepeliuntur' (St.-A. Düsseldorf, Köln-Ursula).

<sup>309)</sup> NRhein. Ann. 65, 229 f.

<sup>310)</sup> S. St.-A. Düsseldorf Urkk. Köln-Maximin. Unter anderem erfolgte 1477 durch die Erben Wilhelmss de Hinderhuysen für den Maximinaltar eine Stiftung, 'circa quod altare dictus quondam W. est sepultus'. Von Wilhelm van Melich heisst es in Urk. vom 18. Januar 1499: 'der in unser kirchen vur U. L. Fr. altair begraven lyget'.

<sup>311)</sup> S. die Urk. vom 18. April 1621 im St.-A. Düsseldorf, Köln-Maximin; seine Erben hatten dem Kloster als Entgelt 100 Thlr. geschenkt.

versus S. Maximinum' (Keussen, Topogr. 2, 87) einmal läuten hören und diese mit kühner Phantasie einfach dem Maximinkloster zugesprochen. "Curia" und "curtis" werden synonym gebraucht.

eine Hufe in Bocklemund geschenkt, und natürlich bestanden die Einnahmen des Klosters späterhin keineswegs nur aus Höfen. Dass dem Pfarrer von Maria-Ablass die Vorheuer von einem verkauften Hof statutengemäss zugesprochen sei, ist eine Erfindung, die sich durch die innere Unwahrscheinlichkeit, weil Maximin gar nicht in dessen Sprengel lag, wie durch das Fehlen jedes anderen urkundlichen Zeugnisses dafür als solche kund gibt.

Den Klosterstiftern im 12. Jh. ist aber auch gar nicht der Gedanke gekommen, dass das gottgefällige Werk, das sie begonnen hatten, nicht von Bestand sein könnte. Die Bestimmung, dass, wenn das klösterliche Leben in S. Maximin zerstört und der Konvent sich auflösen würde, die Selbständigkeit (libertas) der Kirche ebenfalls erlöschen und sie wieder dem Ursulastift unterstellt werden sollte, entspricht nicht den Gepflogenheiten jener Zeit.

Bei den Zeugen des Diploms hapert es auch an manchen Stellen. Für die Namen der Äbtissin und der übrigen Kanonissinnen des Stifts zu den hll. Jungfrauen darf man sich nicht auf die Urkunde der Äbtissin Clementia von 1191 berufen, die bei Crombach 313) abgedruckt Sie ist ebenfalls eine Fälschung; Vorlagen für sie sind weder im Staatsarchiv Düsseldorf, noch im Pfarrarchiv von S. Ursula nachweisbar. Eine Originalurkunde aus der 2. Hälfte des 12. Jhs mit den Eintragungen der Zeugen oder Bürgen, wie folgt: Subscripsi ego Irmindrudis decana, ego Clementia subscripsi, gibt es sonst nicht; dieser Brauch war schon im 11. Jh. ausser Übung gekommen. Indessen die in dem Diplom von 1188 aufgeführten Namen finden sich z. T. in einer Urkunde von 1198 und nahezu vollzählig noch in einer von 1202 wieder, die beide im Original314) vorliegen und unverdächtig sind. Die Friderunis, die im Diplom von 1188 zweimal vorkommt, heisst 1202 Friherunis; ausserdem werden hier noch genannt Frideradis und Fri-Die erzbischöflichen Kapläne und die aufgeführten Domkanoniker sind auch in anderen Urkunden aus den 80er Jahren nachzuweisen, nur den Kanoniker Immo von Mariengraden habe ich nicht festzustellen vermocht. Die Inhaber von Kölner Pfarrkirchen nennen sich in dieser Zeit meist noch 'ecclesiastici' 315), sie bedienen sich jedoch auch bereits

<sup>313)</sup> Ursula vindicata 794 f. Ein Regest dieser Urkunde, angeblich 'ex libro diplomatum ss. XI mil. virg.' gezogen, bringt auch Aeg. Gelenius in den Farragines XI, 558v.

<sup>314)</sup> St.-A. Düsseldorf, Köln-Ursula s. a.

<sup>315)</sup> S. die Urk. von 1176 bei Lacomblet UB. 1, 461.

des Titels 'pastores'. Pfarrer an Maria-Ablass war aber 1188 nicht Heinrich 316) sondern Dietrich 317). Die Tirricus, Albertus, Wilhelmus, Hildebrandus presbiteri (?) sind wohl als Angehörige des Stifts zu den hll. Jungfrauen zu betrachten; sie werden sonst bis auf Hildebrandus, den ich weiter nicht als Zeuge erwähnt gefunden habe, um 1188 nicht mit dem altertümlichen Titel, sondern als canonici oder fratres bezeichnet 318). Der Waldeverus inclusus tritt zwar an anderer Stelle nicht als Urkundenzeuge auf, wir kennen ihn jedoch aus verschiedenen Dokumenten 319) jener Jahre. Aeg. Gelenius hat, wie er mitteilt 320), seine Kenntnis über ihn aus Caesarius von Heisterbach 321) geschöpft. Dieser führt uns seinen Zeitgenossen Waldeverus in ecclesia sancti Maximini . . . inclusus als coenobii eiusdem initiator' vor. Caesarius setzt an dieser Stelle hinzu: 'est enim illic congregatio sanctimonialium'. Und dieser Nonnenkonvent ist, wie man aus des Caesarius weiterer Darstellung schliessen muss, durch die ehemalige Konkubine des "inclusus", also des Waldeverus, und diesen selbst inauguriert worden. Ein derartiger Ursprung des Nonnenklosters zum hl. Maximin durch eine reuige Sünderin war dem Aeg. Gelenius anscheinend nicht vornehm genug; er unterdrückt diese Angabe des Caesarius. Deshalb und aus anderen Gründen musste bei ihm die Äbtissin Clementia vom Stift zu den hll. Jungfrauen einspringen.

Bei der Beschreibung von deren resp. ihrer Kirche Siegel<sup>322</sup>) hat unser Gewährsmann sich aber arg vertan. An der Druckstelle sowohl wie in dem Zusatz zu seiner Niederschrift des Diploms in den Farragines bemerkt er ausdrücklich, dass seine Vorlage eine vorzüglich erhaltene Originalausfertigung gewesen sei, an der an roten Seidenfäden ein ovales Siegel gehangen habe, auf dem eine sitzende Jungfrau zu sehen gewesen wäre, die das geöffnete Buch in der Linken und einen über die Schulter hinausragenden Pfeil (in der Rechten) gehalten habe.

<sup>316)</sup> Heinrich kommt in den 50er und 60er Jahren vor, s. Kölner Schreinsurk. II, 1 S. 84.

<sup>&</sup>lt;sup>317</sup>) Kölner Schreinsurk, II, 1 S. 153. ecclesiasticus de S. Maria in Campo Teodericus für die Zeit 1183-1192.

<sup>318)</sup> S. Knipping, Reg. der Kölner Erzbischöfe im Register.

 <sup>319)</sup> Kölner Schreinsurkk. II, 1 S. 129, 130, 132 aus den Jahren 1180
 —1185. Waldeverus inclusus de S. Maximino; er war der Bruder des Küsters Franko von S. Kunibert.

<sup>320)</sup> De admir. magn. 546.

<sup>321)</sup> Dialogus miraculorum dist, XI cap. 27 (Strange 2, 293).

<sup>322)</sup> S. oben S. 151.

Wessen Siegel wir darin zu erkennen haben, sagt freilich Aeg. Gelenius in seiner Beschreibung 323) nicht; im Text der Urkunde ist von dem "sigillo ecclesiae" die Rede. Darunter kann nach allgemeinem Sprachgebrauch nur das Konventssiegel verstanden werden 324). Das Konventssiegel des Ursulastiftes in jener Zeit kennen wir aber sehr genau. Es stellt, wie oben 325) ausgeführt ist, die hl Ursula und den hl. Hippolyt Eine Verwechselung mit dem Siegel der Äbtissin Clementia kann ebenfalls nicht eingetreten sein, denn sie ist auf ihrem Siegel, von dem wir mehrere Abdrücke zur Verfügung haben, stehend dargestellt. Die rechte Hand streckt sie segnend aus, in der Linken hält sie das Buch 326). Aeg. Gelenius hatte für seine Beschreibung offenbar ein Siegel der Friderunis 327) vor Augen, die in den 20er und 30er Jahren des 13. Jhs. Äbtissin war. Sie erscheint auf ihrem Siegel sitzend und hat in der Rechten die virga correctionis - so nennen wir heute das "telum" des Gelenius — mit der Linken das Buch gefasst. Ein Siegel dieses Typus kann an einem echten Diplom der Äbtissin Clementia von 1188 nicht ursprünglich befestigt gewesen sein. Überdies sind die vom Ausgang des 12. und aus dem Beginn des 13. Jhs. datierten Urkunden des Stifts zu den hll. Jungfrauen sämtlich mit den Siegeln sowohl der Äbtissin wie des Konvents besiegelt gewesen, was regelmässig auch in der Korroborationsformel zum Ausdruck gelangt 328). Unserm Diplom soll aber nur das 'sigillum ecclesiae' angehängt gewesen sein. Was die Äbtissin Clementia bei einem so wichtigen Geschehnis wie der Gründung eines Filialklosters bestimmt haben könnte, für eine von ihr ausgestellte Urkunde mit ihrem Siegel zurückzuhalten, ist nicht einzusehen; dafür hätte sie sicher im Text eine Motivierung gebracht. Aber, wie schon

<sup>328)</sup> S. die Urk. des Klosters Köln-Weiher von 1198, ferner die Urkk. Köln-Ursula von 1202 u. 1204.



<sup>323)</sup> S. oben S. 256. Auch im Druck a. a. O. heisst es nur: Sigillum ex filo serico appensum figuræ ovalis repræsentat virginem tenentem dextra sagittam, sinistra librum.

<sup>324)</sup> Die Äbtissin Clementia besiegelt die von ihr ausgestellte Urkunde von 1202 (s. oben Anm. 314) 'nostro et ecclesie sigillo'.

<sup>325)</sup> S. 151 Anm. 28.

<sup>326)</sup> S. St.-A. Düsseldorf Köln-Kl. Weiher, Urk. von 1198 und Köln-Ursula, Urk. von 1204. Die Umschrift lautet: Pia Clemencia ex Dei gracia ecclesie sanctarum virginum abatissa.

<sup>327)</sup> Das Siegel der Äbtissin Eufemia, der nächsten Nachfolgerin der Clementia, zeigt ebenfalls noch den stehenden Typus; s. Urk. Köln-Ursula von 1207. Siegel der Äbtissin Friderunis hängen an Urkk. von 1229 und 1239, ebenda.

betont wurde, das von Aeg. Gelenius beschriebene Siegel kann ja auch gar nicht das 'sigillum ecclesiæ' sein.

Der Argumente, die gegen die Originalität dieses angeblichen Gründungsdiploms des Maximinklosters zeugen, sind es danach wohl genug. Die Siegelbeschreibung steht nicht im Einklang mit dem im Kontext der Urkunde bezeichneten Konventssiegel. Das Stück, das Aeg. Gelenius an der Urkunde gefunden haben will, bietet ein Siegelbild, das der Zeit von 1188 überhaupt nicht entspricht. Ein Klostergründungsdiplom aus dem genannten Jahr kann nicht ausschliesslich von einer Äbtissin ausgestellt sein, dazu bedurfte es der Genehmigung des Erzbischofs.

Wer für dessen Echtheit eintreten will, hat vor allem den Beweis zu führen, dass die ältere urkundliche Überlieferung, die das Kloster S. Maximin schon vor dieser Zeit bestehen lässt, verfälscht ist. muss auch den Caesarius von Heisterbach fal-cher Berichterstattung zeihen, der den Klosterstifter, den Einsiedler Waldeverus, noch persönlich gekannt hat. Mit der Annahme eines Versehens in der Datierung im Diplom von 1188 kommt man keinen Schritt weiter, denn je höher man die Urkunde zeitlich heraufrückt, um so weniger passt sich die Siegelbeschreibung, die vom Original genommen sein soll, den Typen an, die wir von Konventssiegeln und von den ältesten Siegeln von Äbtissinnen kennen. Der Vorgang aber, dass ein freiweltliches Damenstift einen wirklichen Ableger für ein Nonnenkloster eines anderen Ordens hergegeben haben sollte, bildet für das 12. Jahrhundert geradezu eine Einzelerscheinung, wie es nicht minder verwunderlich bleiben würde, dass Stift und Kloster auf ihr gegenseitiges Verwandtschaftsverhältnis nach dem Gründungsakt von S. Maximin nicht wieder zurückgekommen sein sollten. Das geschieht erst auf die Anregung von Aeg. Gelenius und Hermann Crombach hin. Und nun, nachdem fünfthalbhundert Jahre lang Mutter und Tochter sich absolut nicht umeinander bekümmert haben, entwickelt man plötzlich einen solchen Zartsinn nach dem Zeugnis des Urkundenentdeckers auf einer der beiden Seiten, dass Stellen der Gründungsurkunde des Klosters Maximin beim Druck nicht veröffentlicht werden durften. Was aber in der Bestimmung Verfängliches liegen konnte, dass bei Todesfällen im Stift die übliche Kirchenseier auch im Kloster stattzufinden habe, das werden wir heutzutage schwer ergründen können. Höchstens konnte sie zu des Gelenius Zeiten auffällig erscheinen, da ein solcher Brauch offenbar niemals geübt worden war. Und für die angebliche ehemalige Abhängigkeit des Klosters vom Stift, worauf sich

der zweite anstössige Satz bezog, gab es ebenfalls kein anderes Zeugnis als das Diplom von 1188. Von diesen Gesichtspunkten aus werden die zusätzlichen Bemerkungen des Aeg. Gelenius, die er der Niederschrift des Diploms in seinen Farragines beigibt, geradezu zur Spiegelfechterei, die darauf berechnet war, den Benutzer der Urkunde hinter das Licht zu führen. Wenn es nach unseren vorherigen Darlegungen über die Art und Weise, wie Aeg. Gelenius mit Hülfe von Crombach das gefälschte Diplom unter unsere echte Überlieferung eingeschmuggelt hat, noch einer Bekräftigung dafür bedarf, dass Aeg. Gelenius auch der Urheber dieser Fälschung ist, in diesen Bemerkungen ist sie geliefert. Auf so abstruse Einfälle kann nur jemand geraten, für den eine dringende Veranlassung vorliegt, die aufmerksame Prüfung eines Schriftstückes durch Nebendinge abzulenken. Aeg. Gelenius allein bietet uns eine von ihm selbst verfertigte Abschrift dieser Urkunde dar, die er nach dem Original genommen haben will. Dieses angebliche Original kann nach den vom Entdecker geschilderten diplomatischen Merkmalen nicht echt gewesen sein, sein Inhalt steht nicht nur im Gegensatz zu unseren sonstigen Nachrichten von der Entstehung des Maximinklosters, er liefert auch Satzungen, die in dieser Form im 12. Jh. sicher nicht erlassen worden Der Schluss ist daher doch berechtigt, dass Aeg. Gelenius gar kein Original zu Gesichte bekommen hat, dass die Urkunde vielmehr eine freie Erfindung von ihm ist.

Den Motiven, die Aeg. Gelenius zur Fabrikation eines solchen Diploms veranlasst haben, kommen wir auf die Spur, wenn wir seine Angaben über die Stiftung des Maximinklosters mit den Mitteilungen Crombachs 329) zusammenhalten. Wir haben ja gesehen, dass Crombach die Urkunde von 1188 ebenfalls kannte und daraufhin eine Schilderung der Entstehung des Klosters geliefert hat, bei der er jedoch die von Gelenius unterdrückte Notiz des Caesarius von Heisterbach anzieht, dass der Einsiedler Waldeverus der Begründer desselben gewesen wäre. Der Ruf von Maximin sei aber erst durch die Reliquien der Heiligen aus der Ursulaschar gewachsen, die teils in die Kirche transferiert, teils auf dem Grundstück des Klosters, da wo die Wohnungen der Nonnen sich befanden, bei Grabungen feierlich erhoben worden sein sollten. Im Jahre 1348 wären 136 'corpora de sodalitate sanctarum undecim millium virginum' aufgedeckt worden. Crombach nennt auch die Namen von einer Anzahl dieser Heiligen, die uns Aeg. Gelenius ebenfalls als

<sup>329)</sup> Ursula vind. 506 f.

Reliquienbestand der Maximinkirche vorführt 330). Crombach beruft sich dabei auf seinen Freund, den Exrektor der Kölner Universität Caspar Brincius, - er war 1644 Rektor - der ihm den urkundlichen Akt über den Fund 'in pervetusto manuscripto pergameneo monasterii libro, . . . nominibus adiectis martyrum, sicut in titulis inventa fuerunt', aufgezeigt habe. Er will sie nur aus dem Deutschen in das Lateinische übersetzt haben. Crombach hält es jedoch für nötig, sich energisch dagegen zu verwahren, dass 'tituli et corpora' für 'supposititia' gehalten Das urkundliche Zeugnis, das er weiter zum Beweis des eben geschilderten Fundes vorführt, ein Ablassbrief Erzbischof Wilhelms von Köln für die Katharinenkapelle in der Maximiner Kirche vom 11. Februar 1351, kann als solches gar nicht gelten, denn in dieser Urkunde steht nur, dass in die Kapelle Reliquien der hll. 11000 Jungfrauen übertragen wären; wo sie indessen ermittelt waren, ist darin nicht vermerkt. Überdies sucht man auch von diesem Ablassbrief eine Niederschrift im Archiv des Maximinklosters vergebens, trotzdem die beiden erhaltenen Kopiare des 16. Jhs. den ehemaligen Urkundenbestand desselben sonst ziemlich vollständig wiederzugeben scheinen. Die "sehr alte Pergamenthandschrift" ist leider ebenfalls, wie es scheint, rettungslos verloren.

Die Zuverlässigkeit solcher Nachrichten und die ihnen angeblich zu Grunde liegenden Tatsachen brauchen wir jedoch nicht weiter zu prüfen. Wir dürfen uns hier schon auf den analogen Fall, den uns die Revelationen des Dietrich von Deutz und der Elisabeth von Schönau aus der Mitte des 12. Jahrhunderts bieten, stützen und danach auch Crombachs Enthüllungen bewerten. Uns interessiert an diesen Berichten auch nur das Bestreben des Aeg. Gelenius und Crombachs, das Maximinkloster ebenfalls in den Bereich des Ager Ursulanus hineinzuziehen.

Wir haben schon erwähnt, wie ihn Aeg. Gelenius entsprechend der Lagerscheidung, die bei der Ursulaschar eingehalten sein soll, nach Nationen gliederte derart, dass er den südlichen Flügel beim Maximinkloster als den "Spanischen" bezeichnete. Dem entsprechend gehörten nach Crombach die Reliquien, die 1348 beim Maximinkloster ausgegraben waren, zumeist ehemaligen Persönlichkeiten spanischer Herkunft an. Er macht Euphrosina, eine Königin, und Gorgonius, einen Bischof aus Spanien, namhaft. Das Vaterland des Königs Amerus und seiner Gattin, der Königin Anastasia, nebst dem ihres Beichtigers Respondiasculus gibt er jedoch nicht an. Der letztere erscheint bei Gelenius als

<sup>330)</sup> De admir magn. Col. 547.

s. Respondiasticus und ist von ihm zum Bischof erhoben. Um solchen Reliquien erst die rechte Weihe zu verleihen, musste der Ort, an dem sie gefunden waren, in alte Verbindung mit dem Mittelpunkt der Ursulalegende gebracht werden. Das Manöver der Gratius-Mercaeus liess sich nicht gut bei der Maximinkirche noch einmal wiederholen. Gegen die Zuweisung mehrerer älterer Pseudoschwestern konnte sich am Ende das Ursulastift auch einmal energisch auflehnen. So ward das Maximinkloster unbekümmert um die verschiedene Ordenszugehörigkeit vielmehr zu dessen Tochter erhoben. Dass sie freilich von der Mutter wirklich anerkannt worden sei, davon hören wir auch jetzt nichts. Man wird sich derartige Geschichtskonstruktionen im Stift zu den hll. Jungfrauen, wenn sie hier überhaupt bemerkt worden sind, ruhig haben gefallen lassen, weil sie doch zu nichts verpflichteten.

Vielleicht hoffte man mit Hülfe derartiger Filialen gelegentlich den Reliquienschatz erneuern zu können, der durch die Anforderungen, die seit Jahrhunderten an ihn gestellt worden waren, selbst in seinem reichen Bestand Lücken zeigen musste. Die Bezirke von Frauenklöstern, auf deren Kirchhöfen zahlreiche Nonnen begraben lagen, waren dazu besonders geeignet. Zur Schaffung einer speziellen Fundstelle für Reliquien spanischer Heiligen mochte sich in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts ein Bedürfnis herausgestellt haben, da seit den 80er Jahren des vorhergehenden Jahrhunderts der Niederrhein zeitweilig immer aufs neue von der spanischen Soldateska überflutet worden war.

Mit welchem Eifer Aeg. Gelenius seine Feder in den Dienst der Heiligen- und Reliquienverehrung gestellt hat, das offenbaren uns seine Druckwerke fast auf jeder Seite. Die Vorrede zum zweiten Buch des Werkes: De admiranda sacra et civili magnitudine Coloniae, in dem eine geschichtliche Übersicht über die Kirchen und Klöster Kölns geboten wird, handelt ausschliesslich von dem Reliquienkult. Zahlreiche nicht veröffentlichte Beiträge zu diesem Kapitel liefert er in den Farragines.

Ob und in wie weit er bei dem grossen Fund von Ursulanischen Reliquien, der im Jubiläumsjahr der Jesuiten am 3. Juli 1640 gemacht war, beteiligt worden ist, vermögen wir nicht zu erkennen. Wir hören nur, dass er ein lebhaftes Interesse an der Angelegenheit nahm und dass ihm deren Prüfung durch die kirchliche Behörde nicht schnell genug vonstatten gegangen ist 331). Crombach 332 berichtet uns darüber,

<sup>&</sup>lt;sup>331</sup>) S. De admir. magn. Col. 222.. 'Coloniensis sancta sedes.. reperta anno 1640 centum corpora diligentissime curavit examinari et adhuc (1645) sub judice sinit latere'. — <sup>332</sup>) Ursula vindicata S. 471.



dass im Mittelpunkt des Ager Ursulanus — die Stelle gibt er nicht näher an — eine Grube mit 600 Leichnamen, bei denen eine gewaltsame Todesart festzustellen gewesen, entdeckt worden wäre.

An 100 Körpern hätten sich nach dem Urteil vieler deutliche Spuren des ausgestandenen Martyriums gezeigt. Andere freilich wollten diese Annahme nicht gelten lassen. Deren Zuverlässigkeit sei jedoch dadurch bestätigt, dass beim Neubau der Goldenen Kammer in der Ursulakirche durch den kaiserlischen Gesandten Johann a Crane 333), als Sand für die Kalkgrube ausgehoben wurde, in der Nähe der Kirche eine Leiche zum Vorschein gekommen wäre, die die nämlichen Merkmale der Bestattung usw. aufwies, die man bei jenen 100 beobachtet habe. Da die letztere nach ihrem Fundort zu den mit der hl. Ursula umgekommenen Heiligen zu rechnen sei, müsse es auch auf die obigen Hundert zutreffen, argumentiert Crombach. Auch er aber bringt, soweit ich sehe, keine Notiz darüber, dass die vom Erzbischof Ferdinand bestellten Gutachter sich für die Echtheit jener 100 Reliquien ausgesprochen hätten. Die von Gelenius 334) aufgeführten Reliquien der hl. Ursula und verschiedener ihrer Genossinnen, die das Jesuitenkolleg in Köln 1645 besass, stellen frühere Erwerbungen vom Stift zu den hll. Jungfrauen dar.

Der Ruf, den dieses infolge einer seit dem 12. Jahrhundert geheiligten Tradition in der Welt genoss, die wahre Ruhestätte der hll. Ursula und ihrer standhaften Genossinnen zu sein, konnte auch durch starke Reklame, die den Mittelpunkt des Ursulanischen Martyriums im 16. Jahrhundert nach dem Machabaeerkloster zu verlegen strebte, nicht beeinträchtigt werden. Die Vergrösserung, die mit dem erst damals erfundenen Ager Ursulanus von Aeg. Gelenius, Crombach und den Kreisen, deren Interessen sie vertraten, beabsichtigt war, hat ebenfalls, soweit wir sehen, allgemeine Anerkennung nicht gefunden. aber sie hat doch wesentlich dazu beigetragen, diesem Trugacker zu zeitweiliger historischer Bedeutung zu verhelfen. Es hat seinen Eindruck nicht verfehlt, dass man eine angeblich ältere Schwester der Ursulakirche, die Magdalenen-Machabaeerkirche, und eine jüngere Tochter, das Maximinkloster, aufzeigen konnte, die im Bereich des ehemaligen Ager Ursulanus gelegen sein sollten. Die Machabaeerkirche ist indessen nicht aus einer Magdalenenkapelle hervorgegangen, da eine solche in jener Gegend Kölns gar nicht existiert hat, das Maximin-

<sup>333)</sup> S. oben S. 221.

<sup>&</sup>lt;sup>334</sup>) De admir. magn. Col. 511.

kloster hat zum Ursulastift niemals in einem Filiationsverhältnis gestanden, wie es auch nicht erst 1188 gegründet ist, und der Ager Ursulanus war nicht schon seit dem 12. Jahrhundert hochberühmt, sondern ihn muss man überhaupt erst als eine Schöpfung der Gratius-Mercaeus ansehen.

### B. Entgegnungen auf die Kritiken der Beiträge I-III nebst Ergänzungen zu den letzteren.

#### I. Entgegnungen.

Wenn ich auf die Kritik, die Clemen und Schrörs an den ersten drei von mir veröffentlichten kritischen Beiträgen geübt haben, bisher nicht eingegangen bin, so sollte das kein Eingeständnis bedeuten, dass ich durch die Argumente meiner literarischen Widersacher von der Unrichtigkeit meiner Darlegungen überzeugt worden wäre. es das Wirksamste, neues Material beizubringen, um wiederholt zu zeigen, in wie verhängnisvoller Weise Johannes und Aegidius Gelenius durch mehr oder weniger geschickte Machenschaften, die sie zu ihrer Zeit in ihrer autoritativen geistlichen Stellung ohne Widerspruch zur Durchführung bringen konnten, die Bilder geschichtlicher Zustände der Vergangenheit oder angeblicher Vorkommnisse in den Rheinlanden und vornehmlich in Köln beeinflusst haben, indem sie Dokumente gefälscht Wie das zweifelhafte Verfahren der Brüder ferner aber am besten aufgedeckt werden könnte, darüber habe ich länger geschwankt. Ich dachte zeitweise daran, ein Gesamtbild von ihrer geschichtschreibenden Tätigkeit zu entwerfen. Aber diese bewegt sich doch nur auf lokalem Boden und befasst sich auch hier vorwiegend einseitig mit dem kirchlichen Leben. Und dieses begreifen die Gelenii als echte Kinder der Zeit des schlimmsten Religionskrieges, den je ein Land erlebt hat, ausschliesslich in seinen im äusseren Kirchendienst sich offenbarenden Betätigungen.

Die eingehenden Erörterungen, die insbesondere Schrörs meinen Beweisführungen gewidmet hat, überzeugten mich ferner davon, dass ich nach weiteren schlagenden Beispielen suchen musste. Fälschungen historischen Quellenmaterials lassen sich eben nur durch minutiöse Detailuntersuchungen begründen. Die Fälscher selbst sind natürlich so klug gewesen, sich hinter Autoritäten zu verschanzen und sich auf Originale oder den Originalen gleichwertige Quellen zu berufen.



Dazu kam endlich die Erkenntnis, dass Joh. und Aeg. Gelenius in dieser ihrer Wirksamkeit Vorläufer gehabt haben, die vornehmlich in die Humanistenzeit zurückgehen. Die Geschichtschreibung der humanistischen Periode in den Rheinlanden ist aber bislang auf das ärgste vernachlässigt worden. Wenn ich Zeit dazu finde, werde ich demnächst bei einer Entstehungsgeschichte der klevischen Fürstenchroniken eine Schilderung zu geben versuchen, mit welcher Fülle von Erfindungsgabe auf diesem Gebiete schon im beginnenden 15. Jahrhundert gearbeitet worden ist.

Durch solche Erwägungen bin ich zu dem Entschluss gekommen, an der bisherigen Form von Einzelbeiträgen festzuhalten. Sie wachsen sich, wie der vorstehende Beitrag V erkennen lässt, gelegentlich zu Untersuchungen aus, die auch des allgemeineren Interesses nicht entbehren dürften, weil sie die Überlieferung über ein Ereignis aus der Geschichte Kölns durch mehrere Jahrhunderte verfolgen. Ausgegangen war ich dabei von der gefälschten Gründungsurkunde des Augustinessenklosters Köln-Maximin von 1188. Sie lenkte meine Aufmerksamkeit auf das Pendant für das Kloster der Benediktinerinnen zu den hll. Machabäern aus dem Jahr 1178. Der angeblich seit dem Anfange des 12. Jahrhunderts hochberühmte Ager Ursulanus, der uns in dieser Urkunde von 1178 zum ersten Male vorgeführt wird, regte meine kritischen Zweifel an, umsomehr, als er in keinem unverdächtigen Zeugnis vor dem 16. Jahrhundert genannt wird. So bin ich schliesslich auf die Legende von den 11000 Jungfrauen und die Clematianische Inschrift, deren unsichere Überlieferung durch Aeg. Gelenius ich mir schon längst vorgemerkt hatte, abgekommen.

Soviel wird doch wohl Schrörs zugestehen, dass weder Aeg. Gelenius noch Crombach eine Ausführung der Clematianischen Inschrift in Stein vor der Veröffentlichung ihrer Geschichtswerke, in denen sie dieses Dokument behandeln, jemals zu Gesichte bekommen hat. An ihrem Verlangen aber, dieses angeblich altehrwürdige Zeugnis in die Form zu bringen, die es ursprünglich gehabt haben sollte, ist ebenfalls nicht zu zweifeln. Ich wiederhole das hier nur, um die Tendenz der an der Geschichte Kölns und der Rheinlande im 17. Jahrhundert so sehr interessierten Kreise in die richtige Beleuchtung zu rücken. Sie lehrt uns auch die Bestrebungen verstehen, die die Gelenii dazu gebracht haben, die Kirche zu Schwarzrheindorf mit einer Weiheinschrift, die Burg Kempen mit einer Bauurkunde neu auszustatten.

Auf alle Einwände einzugehen, die Schrörs gegen meine Thesen von der Fälschung der Weiheinschrift in Schwarzrheindorf und der



Gedenktafel des Burgbaus zu Kempen erhoben hat, hiesse meine Untersuchungen im einzelnen aufs neue vortragen. Ich muss mich daher darauf beschränken, einige der wichtigsten Punkte herauszugreifen. Für Schwarzrheindorf gebe ich ausserdem einen weiteren Beitrag im Sinne des Schreibens des Bonner Kanonikers Franciotti.

Zum I. kritischen Beitrag dieser Ztschr. 24, 34-60. Dagegen: Die Weiheinschrift von Schwarz-Rheindorf von Schrörs und Clemen, NRhein. Ann. 81, 71-111, und Schrörs, Zur Weiheinschrift ebenda 82, 169 f. Joh. Gelenius hatte 1625 bei dem genannten Franciotti Erkundungen über geschichtliches Material zum Bau der Schwarzrheindorfer Kirche durch Erzbischof Arnold - das dürfen wir ruhig aus dessen Schreiben vom 6. August 1625 herauslesen — eingezogen. An Denkmälern in der Kirche verzeichnete der Kanonikus den Grabstein Erzbischof Arnolds, der vollständig zerbrochen war; kein Buchstabe sei darauf zu ermitteln gewesen, sondern nur ein gezücktes (?) Schwert. Ich habe die Vermutung ausgesprochen, dass wegen dieses Emblems der Grabstein nicht der Erzbischof Arnolds sein könne. Schrörs (S. 78) wendet ein, dass auf Grabmälern in den Domen zu Würzburg und Trier den Bischöfen neben dem Stabe auch das Schwert als Sinnbild der herzoglichen Gewalt beigegeben sei. Er hat es nur unterlassen anzumerken, aus welcher Zeit diese seine Belege stammen. Darstellungen von Bischöfen aus der Mitte des 12. Jahrhunderts kennen wir doch recht zahlreich. Für den entsprechenden Nachweis eines mit dem Schwert versehenen Bildes eines Erzbischofs aus dieser Periode werden auch die Kunsthistoriker Schrörs dankbar sein.

Hinter dem Hochaltar, an dem Ort, an welchem heutzutage die Weiheinschrift steht, hatte Franciotti ein Epitaph entdeckt, dessen Steinfläche an verschiedenen Stellen ausgebrochen war (epitaphium quibusdam in locis excisum). Er fand es mit Schmutz bedeckt, so dass die Schriftzeichen darauf schwer lesbar geworden; das Wort archiepiscopi hatte er entziffert. Damit soll nach Schrörs einfach die heutige Weiheinschrift gemeint sein. Wenn Epitaphien auch als Inschriftentafeln vorkommen, so darf man doch voraussetzen, dass einem Kanoniker des 17. Jahrhunderts in einer grossen Stiftskirche — Franciotti war Kanonikus in St. Cassius und Florentius in Bonn — der Unterschied zwischen einem Grabmal und einer Weiheinschrift nicht unbekannt war. Wäre er im Zweifel über den Charakter des Denkmals gewesen, so hätte er es nicht so ohne weiteres als "vetus epitaphium" bezeichnet. Überdies war der Stein stark beschädigt, was auf den heutigen Inschriftenstein ebenfalls nicht zutrifft.



Schrörs (S. 80) nimmt nun an, jenes Epitaph sei gereinigt worden und dabei wäre der Text der Inschrift zu Tage getreten, den wir in den Farragines Gelenii (30 Bl. 18) lesen. Im Jahre 1631, kurz vor des Joh. Gelenius Tod (1631 April 30), war das aber noch nicht der Fall, wie wir aus dem nachfolgenden Schreiben, offenbar eines der damaligen Vikare in Schwarzrheindorf, an Aeg. Gelenius mit ziemlicher Sicherheit erschliessen können:

Molto reverendo signor patrono osservatissimo.

Ho ricevuto le sue con molto piacere et intese per esse, quanto Lei da me sapere desidera, onde fece il mio dovere quant' ho potuto subitamente. Ma me doglio, che Lei non posso servire meglio in questo negotio come vorrei l'esser servito.

A sapere ch' in Vilick non si sa niente ô vero poco di quei santi. Solamente il curato di quel luogo dice, che lui habbia trovato una historia scritta d' un' certo monaco, ma senza nome, et quell' istesso monaco se riferisse in sua historia sopra il Surio. Anco dice il curato, che lui habbia (al piacere dell' abbatissa) ridotto quell' historia degli detti santi in versi volgari, ma non potendo havere l'historia intiera, che l' habbia lasciata à fornire. Piu forse si potrebbe intendere dall' abbatissa istessa.

Quant' al Reindorp dal vescovo Arnoldo manco di certeza so dire, perche fino che l'abbatissa sta qua, non fu owerto il schrinio nostro et così non si sa cosa particolare o reale di quel negotio. Per il presente sta nostra abbatissa in Colonia. Sua Signoria potra forsi per il suo fratello il signor vicario havere la gratia, che Lei lascia owrire il detto nostro schrinio, che sta in Bona, et così si vedrebbe forsi cose alcune degne et d' importanza.

Piu oltre me fu raccontato una volta d' una delli virgini nostre canoniche, che questa figura dalla nostra chiesa sarrebbe allo veschovo Arnoldo stata proscritta nel mare, quando stava in grandissimo pericolo, e che luy essendo liberato doppo habbia così lasciar fabricare in nostro tempio, come si vede adesso. Ma queste sono pure et semplicissime rilationi. Cose notabili, vere et da credito, senza dubio alcuno, io non ho inteso sin' hora, manco le posso dire o scrivere. Per ciò prego che sua R<sup>na</sup> m' habbia escusato per questa volta, quando per un altra intenderò qualche cosa degna et piu certa, egli farò sapere. Adio etc.

tutto vestro

A Reindorpf A<sup>0</sup> 1631, li 28 d' Aprile Gerardo Vinhoven. Adresse: An Aegidius Gelenius, Pfarrer von St. Christoph. Or. in Gelenii Farragines im Stdt.-A. Köln 8, 232.

Vinhoven wusste demnach 1631 ebensowenig etwas bestimmtes über den Bau der Kirche zu berichten, wie 1625 Franciotti. In Schwarz-rheindorf erzählte man sich, dass dem Erzbischof Arnold, als er (bei seiner Teilnahme am zweiten Kreuzzug) in Seegefahr gewesen war, durch eine Vision das Bild der Kirche vorgespiegelt worden sei, wie er sie ausführen solle, was er denn auch nach seiner Errettung getan habe. Cose notabili,

vere et da credito, senza dubio alcuno, io non ho inteso sin hora' schreibt Vinhoven; die Worte sind, denke ich, deutlich genug.

Vielleicht gelingt es, bei weiteren Nachforschungen in den Farragines Gelenii den Zeitpunkt noch genauer zu ermitteln, wo Aeg. Gelenius
die Stelle aus Otto von Freising über die Weihung der Kapelle in
Gegenwart König Konrads bekannt geworden ist Erst im Jahr 1637
hat Aeg. Gelenius, wie wir aus dessen feierlichem Protokoll vom 3. Mai
ds. Js. erfahren, Einsicht vom stiftischen Archiv nehmen können.

Als Hauptargument, das gegen die Echtheit der Inschrift spricht, hat bereits Arsène de Noue 335) vorgebracht, dass die Notiz über die Dotierung der Kapelle so unvollständig und unbestimmt lautet, 'Dotata (capella) est ab eodem fundatore . . . praedio in Rulistorf cum omnibus suis appendiciis, agris, vineis, domibus', heisst es auf der Inschrift. Ich hatte deshalb auf diesen Punkt nur hingedeutet und bemerkt, dass man in der Aufzählung vor allem Rheindorf selbst vermisse. Hierauf erwidert Schrörs (S. 89), "dass Rheindorf selbst nicht einmal genannt werden konnte (von Schrörs gesperrt), da die Kirche auf der Burg Rheindorf erbaut war, also ein Zubehör des Rheindorfer Gutes bildete. Sie erst noch mit Rheindorf dotieren zu wollen, wäre juristisch ein Widersinn gewesen." Nun, diesen juristischen Widersinn hat man im 12. Jahrhundert begangen, wie Schrörs übrigens aus der Originalurkunde Philipps von Heinsberg von 1173 auf den ersten Blick hätte lernen können. Dieser Erzbischof hat ihn zwar nicht selbst verbrochen, aber er bezeugt, dass sein Vorgänger Arnold, der Erbauer der Kapelle und der Stifter des Klosters, so unverständig gewesen ist. Erzbischof Philipp erklärt: 'Sunt igitur hec predia, que predictus Arnoldus archiepiscopus Coloniensis eiusque soror Hadewigis abbatissa prenominate ecclesie (Rindorph) contulerunt: predium in Rinhdorp cum omnibus appertinentiis suis, predium in Bilka, cum ecclesia eius et decima . . . curtim in Walshoven'. Es folgen dann noch 18 einzelne Besitzstücke, Höfe, Hufen, Fischereigerechtsame, und erst dann werden genannt: 'predium in Hunepha, unde persolvantur 5 ame vini et due urne, predium in Rulixdorp et in Buela, in Waldorp due ame vini etc. Diese vier Posten waren in einer Urkunde Kaiser Friedrichs I. von 1156 deshalb besonders nambaft gemacht, weil sie damals von der Wiedschen Familie für die Klostergründung erst neu angekauft waren und nicht zum alten Hausgut, mit dem natürlich die ehemalige Burgkapelle in erster Linie bewidmet worden ist, zählten. Auf dieses letztere beziehen sich die jenen genannten

<sup>335)</sup> Bonn. Jb. 29/30 S. 189



Erwerbungen vorausgehenden Worte des Kaisers im Diplom von 1156: in tuitionem nostram suscepimus . . . omnes possessiones mobiles sive immobiles, quas ipse (Arnoldus archiepiscopus) eidem ecclesie (in Rindorf) contulit'. Schrörs ist also bei seiner Widerlegung einer flüchtigen Benutzung der Urkunde von 1156 und der Nichtbeachtung des betreffenden Passus in der Urkunde von 1173 in gleicher Weise zum Opfer gefallen, wie das auch den Fälschern der Inschrift passiert ist. Das Gut in Rülsdorf war ein Sondereigenhof, kein Salhof mit zugehörigen Mansen, wie uns das die Angaben in den Urkunden von 1156 und 1173 bestimmt bezeugen. Rülsdorf mangelte es an den 'appendiciis. agris, vineis, domibus', die ihm in der Inschrift zugelegt werden, und es hat so wenig die Hauptdotation ausgemacht, wie Schrörs einfach aus der gefälschten Inschrift herausliest, dass es unter den Besitzungen des Stiftes in späterer Zeit überhaupt nicht mehr erwähnt wird, während der Salhof Rheindorf mit den ihm angegliederten Hufengütern bis in die Neuzeit hinein den Hauptbestandteil des stiftischen Besitzes gebildet Dass aber eine Eigenkirche nicht ohne weiteres und für alle Zeit als ein Zubehörstück des Salgutes, auf dem sie erbaut ist, gelten kann, mich darüber mit Schrörs auseinanderzusetzen, würde zu weit führen. Ich kann Schr. jetzt einfach auf Stutz, Das Eigenkirchenvermögen (O. v. Gierke's Festschrift 1187 ff., insbesondere 1241 ff.) verweisen.

Und mag auch der Blick der Klosterinsassen des 12. Jhs. noch so stark auf das himmlische Jenseits gerichtet gewesen sein, dafür sorgte man trotzdem, dass man authentische und richtige Zeugnisse für den irdischen Güterbesitz bei der Hand hatte; sie sind sogar vielfach auf illegalem Wege verbessert worden. Hätte man in Rheindorf im Anschluss an die Weihung der Kapelle 1151 eine Inschrift aufgestellt, durch die auch die Dotierung der Stiftung verewigt werden sollte, so wäre nicht unterlassen worden, den Salhof in Rheindorf, wie das in der Urkunde von 1173 geschieht, an erster Stelle namhaft zu machen. Denn darin stimme ich mit Schrörs überein, dass er das älteste Stiftungsobjekt gewesen ist. Aeg. Gelenius hat fälschlich die Urkunde Kaiser Friedrichs I. von 1156 für den frühesten Stiftungsbrief gehalten. Wahrscheinlich sollten auch noch die übrigen drei genannten Namen von Gütern auf den Stein gesetzt werden. Da zeigte sich jedoch, dass kein Platz mehr da war, und so wurden kurzer Hand die Güter der Kapelle in Schwarzrheindorf zu Anhängseln des Gutes Rülsdorf gestempelt, während wir ganz genau wissen, dass dieses damals nicht der Mittelpunkt eines grösseren Hofesverbandes - darum handelt es sich zu jener Zeit bei

den Appertinentien — war. Es gehörte bei der Weihe der Kapelle 1151 noch gar nicht dem Stifter derseiben. Eine solche offenkundig falsche Angabe, in einer gleichzeitigen Urkunde vorgetragen, würde unbedingt den Anlass geben, sie in diesem Passus für gefälscht zu erklären. Gelten für Inschriften andere Regeln der kritischen Methode?

Zur Beurteilung der Paläographie der Schwarzrheindorfer Inschrift vermag ich entscheidendes Material zur Zeit nicht vorzulegen. Die Untersuchungen über die Bronzetafeln an der Domtür in Mainz habe ich noch nicht wieder aufnehmen können. Dass wir es hier mit einer Replik des Originals zu tun haben, die aller Wahrscheinlichkeit nach im 15. Jh. hergestellt ist, darauf deutet doch der vorzügliche Erhaltungszustand der Inschriftentafeln hin. Auch mit derartigen Wiederholungen älterer Inschriften müssen wir unbedingt rechnen. Das lehrt uns der folgende Beschluss des Petersstiftes in Mainz aus dem Jahr 1504 (Schaab, Geschichte der Stadt Mainz 2, 387 Anm. 1): 'Item fuit conclusum, quod omnes lapides sive grabstein . . ., sive essent in ecclesia s. Petri sive extra in medio circuitus in capella s. Ciriaci, debent signari et signanter insculpi per lapicidam'. Bei diesem Kapitelsbeschluss handelt es sich doch unverkennbar mindestens um Erneuerung der Inschriften auf den Grabsteinen.

Für Clemen ist meine Abhandlung die Veranlassung geworden, seine Ansicht über die Entstehungszeit der Schwarzrheindorfer Kirche einer Revision zu unterziehen, bei der er jedoch zur Ablehnung der Möglichkeit gelangt, die ich angedeutet hatte, dass der Centralbau nicht schon 1151 vollendet worden sei, sondern erst aus der Klosterperiode herrühre. Wenn Clemen auch zugibt, dass sich möglicherweise Reste einer früheren Kapelle des Herrenhofes Rheindorf bis in die Neuzeit erhalten hätten, so meint er doch, dass diese Kapelle nicht den stolzen Titel "capella operosa", den Otto von Freising anwendet, getragen haben könne. Dem fachmännischen Urteil von Clemen vermag ich nicht entgegenzutreten. Die Echtheit der Inschrift wird aber durch seine Darlegung weder erwiesen noch auch nur gestützt.

Zum II. kritischen Beitrag dieser Ztschr. 25, 3—118. Dagegen: Schrörs Heinr.: Die Bronzeinschrift der Burg zu Kempen (NRhein. Ann. 86, 134—156). Diese Abhandlung von Schrörs ist ein Meisterstück der Apologetik. Spielend werden alle Argumente, die gegen die Echtheit dieser Bauurkunde sprechen, bei Seite geschoben. Die Inschrift besagt, dass der Erzbischof Friedrich von Sarwerden anfangs Mai 1396 den Befehl zum Bau der Burg Kempen (hoc



castrum) gegeben habe, und dass das Werk dank der Fürsorge Johann Hunts innerhalb 4 Jahren, also im Jahre 1399 oder 1400, vollendet worden sei. In dieser Zeit war aber die Burg und Stadt Kempen an den Grafen Dietrich von Mörs verpfändet, und sie ist erst im Jahr 1404 durch den Erzbischof wieder eingelöst worden. Damit war für die genannten angeblichen vier Baujahre die Burg mit allen Rechten und Nutzungen in den Besitz des Mörser Grafen übergegangen. Der Graf verpflichtete sich nur, die Leute, die er seinerseits auf die Burg setzte, zuvor dem Erzbischof Friedrich huldigen und schwören zu lassen. Wenn während der Pfandschaft auf der Burg Kempen wichtige Neubauten ausgeführt wären, so hätte das auf Befehl des Pfandinhabers geschehen müssen und nicht des Pfandsetzers. Im anderen Falle wären im Pfandvertrag deswegen genauere Bestimmungen getroffen worden.

Schrörs sucht (S. 149) die Wucht dieses Argumentes dadurch abzuschwächen, dass er mir ein Missverständnis des Reverses des Grafen v. Mörs von 1392 nachweisen und dabei zugleich den Termin des Anfanges der Pfandschaft in dieses Jahr 1392 hinaufrücken will, so dass wenigstens der Beginn der Pfandschaft und des angeblichen Baues der Burg Kempen nicht gerade in das nämliche Jahr zu fallen brauchten. Dabei ist ihm aber das Missgeschick zugestossen, dass er nur den ersten Satz dieses Reverses gelesen hat und mir infolgedessen die Deutung von "want" = "wann, wenn", als "weil" zu Unrecht in die Schube schiebt. Meine Bemerkung: "dass der Mörser Graf, wenn ihm Burg und Stadt Kempen als Pfand überliefert werden sollten, niemand auf das Schloss setzen wolle" war nicht aus dem Satz: "want die . . ertzebusschof zu Colne . . uns hait laissen ind doin hulden ind sweren synen amptman zu Kempen etc.", sondern aus den Worten: "oft sache were, dat uns die vurgenannte burgh ind stat von Kempen gelevert ind geantwert wurden ind wir die ynnemen, dat wir asdan nyman up die . . slosse setzen ensolen". Hieraus geht ganz klar hervor, dass der Zeitpunkt des Darlehensvertrags und der Huldigung (1392) keineswegs mit der Übergabe der Burg zusammenfiel, sondern dass die letztere erst für später in Aussicht genommen war. Den Termin hierfür, 1396, hatte ich, wie ich S. 102 ausdrücklich vermerkt habe, aus dem Erlass Erzbischof Friedrichs von 1396 an die Stadt Kempen gezogen, in dem dieser mitgeteilt wird, dass Kempen usw. dem Grafen von Moers als Pfand übergeben sei. Der Erzbischof fordert darin die Kempener Bürger auf, dem Pfandherrn gehorsam zu sein. Dieses Schreiben hat keineswegs, wie es nach Schrörs Angabe (S. 149) den Anschein erweckt,

lediglich den Inhalt, als ob damals dadurch das Darlehen bloss auf 17000 fl. erhöht worden wäre. Dass die Stadt Kempen ein Interesse daran hatte zu erfahren, dass sie verpfändet worden sei, liegt auf der Hand und der Erzbischof Friedrich hat sicherlich nicht 4 ganze Jahre gewartet, bis er seinen Untertanen das mitgeteilt hat, sondern Stadt und Schloss Kempen sind erst dem Grafen von Moers im Jahr 1396 ausgeliefert worden. Dieser spielt damals fortgesetzt den Geldvermittler und Bürgen seines Verwandten, des Erzbischofs, der für die Löse von Schloss, Stadt und Land Linn dem Grafen von Kleve 70000 fl. zahlen musste. Die Beschaffung des Geldes wird dem Mörser Grafen vielleicht einige Schwierigkeiten bereitet haben. Linn war ebenfalls ein kölnisches Pfandstück gewesen und hatte sich infolgedessen seit dem 13. Jahrhundert in vollem Besitz der Grafen von Kleve und der jüngeren Söhne dieses Hauses befunden.

Schrörs äussert (S. 149 f.) Ansichten über das Wesen der Pfandschaften, die zeigen, dass seine Gewährsmänner, auf die er sich beruft, mit der Eigenart dieser Institution am Niederrhein nicht vertraut sind. Die Pfandschaften haben mit den "Offenhäusern" in unserer Gegend nichts zu tun. Im übrigen gibt es recht verschiedene Pfandverträge.

Wenn Schrörs (S. 150) meint, dass die Zeitumstände im Jahr 1392 dem Erzbischof eine Verstärkung seiner Grenzfestung Kempen - nach Schrörs S. 148 soll es sich jedoch 1396-1400 nur um den Bau der Innenburg Kempen handeln - besonders hätten nahe legen müssen, weil Kleve damals auf Linn verzichtet habe, so ist das eine etwas eigentümliche Motivierung. Dadurch war ja eben die kölnische Grenze gegen klevisches Gebiet weiter hinausgeschoben, also brauchte das Binnenland nicht noch besonders geschützt zu werden. Schrörs zitiert hierfür Darlegungen des Dechanten Schlünkes in Kempen, die dieser in einem unveröffentlichten Vortrag gegeben hat. Als Leiter des Staatsarchivs Düsseldorf darf ich demgegenüber wohl betonen, dass in diesem noch zahlreiches unbenutztes Material zur Klarstellung des Verhältnisses zwischen Kurköln und Kleve vorhanden ist, aus dem sich wahrscheinlich günstigere Zeitpunkte zur Errichtung der Burg Kempen erschliessen lassen würden als der obige, wenn anders auf diesem Wege diese Frage gelöst werden könnte.

Tatsache ist, dass die Burg Kempen mindestens bereits beim Regierungsantritt Erzbischof Friedrichs (1370) bestanden hat, weil dieser seit jener Zeit wiederholt auf ihr residiert hat. Im Jahr 1377 erscheint sie auch als Amtssitz (s. S. 99 f. im 25. Bd. d. Ztschr.). Infolge-



dessen kann der Bau der Burg Kempen nicht erst in die Jahre 1396 Auch hier weiss Schrörs mit Hülfe des Dechanten bis 1400 fallen. Schlünkes Rat. Er konstruiert zwei Bauzeiten, die ältere für die Vorburg und die jüngere, die Hunt'sche Periode, für die innere Hauptburg, ohne natürlich einen andern Beleg als die Angabe der Inschrift bringen Abgesehen davon, dass das, was Schrörs als Vorburg zu können. bezeichnet, weiter nichts als Wirtschafts- und Stallgebäude sind. die von einem Torturm unterbrochen und auf einer Seite von einem Eckturm flankiert waren, also gewiss nicht als alte Burg und Residenz eines Erzbischofs gelten können, hat er dabei nicht gewürdigt, dass Clemen (Kunstdenkmäler des Kr. Kempen S. 93) gerade bei diesem Bauwerk die Einheitlichkeit der Anlage als das bemerkenswerteste hervorbebt. Ich glaube, man pflegte selbst im Mittelalter Erweiterungsbauten nicht im Mittelpunkt der ursprünglichen Anlage, sondern mehr an der Peripherie anzusetzen.

Als Zeuge, "dass unter Erzbischof Friedrich von Sarwerden in sehr eingreifender Weise an der Burg gebaut worden", wird von Schrörs (S. 148) der bekannte Pfarrer Mooren zitiert, der erklärt hat, dass man das Wappen des Erzbischofs (einen zweiköpfigen roten Adler) an fünf verschiedenen Stellen, in Stein gehauen, eingemauert sehe. Diese Nachricht bei Mooren ist nichts weiter als die Wiedergabe der Notiz des Kempener Schreibers aus der Mitte des 17. Jhs., Gord Kessel, die ich (S. 95) angezogen habe und die natürlich erst auf Grund der Inschrift fabriziert ist. Es ergibt sich das schlagend aus der ziemlich wörtlichen Übereinstimmung bei Kessel und Mooren. Nur die Blasonierung des Sarwerdener Wappens rührt von Mooren her. Dieses Wappen aber ist nirgends auf der Burg heute mehr nachweisbar, wie sich denn auch das Wappen Johann Hunt's, der steinerne Hund, nicht erhalten hat.

Für die hervorragende Rolle, die dieser ehemalige Metzgermeister — zum Baumeister hat Johann Hunt übrigens Clemen, Kunstdenkmäler Kempen S. 91, nicht ich, gemacht — im Text der Inschrift spielt, bringt Schrörs die "ungezwungene" Erklärung (S. 138 f. und 150 f.) vor, dass er Hypothekengläubiger auf die Burg gewesen sei. Das war zu jener Zeit aber gerade der Graf Dietrich von Mörs. Und um die Konkordanz der Kempener Inschrift mit derjenigen, die den Bau der Mauern der Stadt Xanten durch Erzbischof Friedrich 1389 verherrlichte, zu rechtfertigen, hat Schrörs (S. 152) "denselben erprobten Gelehrten" für die Anfertigung beider Stücke ausfindig gemacht, denn,



so versichert Schrörs, "Verse dieser Art machen, war wahrhaftig nicht jedermanns Sache". Mag sein, aber für Baudenkmäler, die verschiedenen Zwecken dienten und deren Errichtung nicht unter auch nur annähernd gleichen Bedingungen erfolgt war, hätte doch wohl ein Gelehrter selbst des 14. Jhs. Ausdrücke gefunden, die diesem Unterschied einigermassen Rechnung zu tragen vermochten.

Wenn ich die Gebrüder Joh. und Aeg. Gelenius für die Urheber dieser gefälschten Inschrift erklärt habe, so ist das in erster Linie deshalb geschehen, weil sie sich literarisch zuerst mit ihr befassen. Dabei widersprechen sich die Angaben der beiden Brüder über den Standort der Inschrift. Der "locus supra januam versus interiorem aream tendentem ex aula majore", den Johannes angibt, kann nicht identisch sein mit dem "murus arcis Kempensis" des Aeg. Gelenius (so Schrörs S. 136 f.). Der letztere hat ja den Text der Inschrift eigenhändig niedergeschrieben, müsste ihn daher doch vom Standort selbst abgelesen Dass das "videtur" in der Notiz des Joh. Gelenius anders gedeutet werden kann, will ich Schrörs zugeben, an der Zulässigkeit meiner Auslegung muss ich aber trotzdem festhalten. Die Angabe Kessels "ober der thür des newen sahlss" darf deshalb nicht mit der des Joh. Gelenius in Korrespondenz gesetzt werden, weil es sich hier um einen "neuen Saal" handelt und das Wort "Saal" im 17. Jh. die Bedeutung "aula" = "Hofburg" nicht mehr hatte.

Schrörs (S. 144) will die paläographische Kritik für Inschriften nicht entscheidend sein lassen. Der Satz lässt sich mit dem nämlichen Recht umkehren. Der Fehler des Graveurs "ditti" für "dicti", worauf Schrörs (S. 145) so grosses Gewicht legt, kann ebenso gut durch dessen eigene Unachtsamkeit oder Ungeschicklichkeit, wie die Undeutlichkeit seiner schriftlichen Vorlage entstanden sein.

Zum III. kritischen Beitrag dieser Ztschr. 26, 1—25, dagegen: Schrörs, H. Hat Joh. Gelenius eine päpstliche Kanonisationsbulle für den hl. Heribert erfunden? NRhein. Ann. 89, 30—45.

Bei der Kanonisationsbulle für den hl. Heribert liegt der Sachverhalt höchst einfach. Schrörs muss selbst zugestehen (S. 31 f.), dass die Urkunde nicht echt ist. Sie ist durch Joh. Gelenius in die Welt gesetzt; dieser sorgt dafür, dass sie in den altehrwürdigen Liber Thioderici Aeditui der Abtei Deutz, der Stiftung und Begräbnisstätte des Erzbischofs Heribert, eingetragen wird; Joh. Gelenius verbürgt sich für seine Quelle, die er dem Original gleich schätzt. Diese seine Quelle, das 'antiquissimum manuscriptum bibliothecae s. Apostolorum' ist jedoch



heute nicht mehr aufzutreiben. Des Johannes Bruder Aeg. Gelenius behauptet sogar: 'in archivo ss. Apostolorum (est) bullarum exemplar'. In der archivalischen Überlieferung weder des Kölner Apostelstiftes noch der Abtei Deutz lässt sich irgend ein älterer Hinweis auf dieses Stück ermitteln. Die Argumente, die Schrörs (S. 32) für den mittelalterlichen Ursprung der Fälschung vorbringt, wiegen recht leicht. Als ob ein Fälscher des 17. Jhs. "den rhythmischen Satzschluss" nicht auch älteren Vorlagen hätte entlehnen können. Wie es um das Talent der Gelenii zum Fälschen steht, von denen Schrörs (S. 32), wenn sie sich wirklich daran begeben hätten, bessere Resultate als die Kanonisationsbulle für den hl. Heribert erwarten zu können glaubt, das kann man ja aus der vorstehenden Kritik der Fälschung der Gründungsurkunde des Klosters Maximin von 1188 ersehen (oben S. 255); weitere Beispiele folgen gleich.

Schrörs wirft mir auch hier wieder allerhand Missverständnisse und dergleichen vor. In den obigen Darlegungen habe ich bei mehreren Fällen gezeigt, wie es um solche Vorwürfe von Schrörs steht. Statt mich auf eine Nachprüfung und Widerlegung seiner Gegenbeweise einzulassen, die für die Öffentlichkeit kein weiteres Interesse bieten und bei denen auch wissenschaftliche Ergebnisse nicht herausspringen können, will ich hier zunächst ein weiteres Fälscherstückehen der Gebrüder Gelenius vortragen, bei dem es sich um die Erfindung einer Inschrift und einer Urkunde zugleich handelt, und das wohl einer ausführlicheren Begründung entraten kann.

### II. Ergänzungen.

Die Heiligkeit der Richeza, der gewesenen Königin von Polen († 1063), zu beweisen, hat sich Aeg. Gelenius die erdenklichste Mühe gegeben und zu diesem Zweck die Historia et vindiciae b. Richezae (Köln 1649) geschrieben. Es war ihm am 12. April 1633 erlaubt worden (s. S. 49 der Historia, vgl. Farragines 11, 581), das Grabmal der Richeza in der Mariengradenkirche in Köln zu eröffnen. Bei dieser Gelegenheit fand er — wir lassen ihn selbst reden — 'caput (Richezae) reticulo aureo astrictum incumbebat pulvinari, sub quo latebat plumbea lamina, cui insculptum erat, quod supra retuli epitaphium'; Farragines 11, 581 hat Aeg. Gel. eigenhändig bemerkt: 'sub capite erat discus ex plumbo, cui insculptum epitaphium'. Dies Epitaphium druckt er auf S. 42 ab, und er schreibt zu einigen Stellen Erläuterungen. Kraus, der die Grabschrift veröffentlicht (Die altchristl. Inschr. 2 S. 334 Nr. 47), bemerkt dazu: "Weder Form noch Inhalt dieser Bleiplatte lässt mir

einen Zweisel an ihrer Unechtheit." Kraus' Autorität wird Schrörs vermutlich anerkennen; den Beweis, dass das Stück ein Falsisikat sei, kann ich mir also in diesem Fall schenken. Es handelt sich nur darum, sestzustellen, wer den Aeg. Gelenius so schändlich hinter das Licht geführt hat. Das hat dessen eigener Bruder Johannes getan, der in Farragines I, 116° das 'Epitaphium Richezae, quod intra sepulcrum est', eigenhändig in Majuskelbuchstaben niedergeschrieben hat. Aegidius nimmt Farragines 11, 581° ausdrücklich Bezug auf das: 'epitaphium (b. Richezae) a. d. fratre meo p. m. exceptum et explicatum; plane consonat originali in sepulchro'. Johannes ist am 30. April 1631 gestorben. Wie wir gehört haben, will aber sein Bruder die Bleiplatte mit dem Epitaph erst am 12. April 1633 im angeblichen Grabmal der Richeza in der Mariengradenkirche an das Tageslicht gebracht haben. Wie reimt sich das zusammen? Schrörs wird vielleicht auch in diesem Falle eine entschuldigende Erklärung für seine Schützlinge bei der Hand haben.

Um nun nicht hinter seinem Bruder in dem Eifer für die Aufhellung der Geschichte der sel. Richeza zurückzustehen, hat Aeg. Gelenius eine auf S. 20 f. der Historia b. Richezae zuerst abgedruckte Urkunde erfunden, durch die die genannte Königin sich zur Wachszinsigen des Stifts zu den hll. Jungfrauen in Köln gemacht haben soll. Schrörs darf sich bei der demnächstigen Ehrenrettung nicht dadurch beirren lassen, dass Lacomblet (UB. 4, 605) die Urkunde abdruckt. ist durch Ritz (Ledebur, Allgem. Archiv 11, 149) getäuscht worden, der ein Original der Urkunde bei der Wiedergabe vor Augen gehabt haben will, was natürlich nicht der Fall war. Die Ritzschen Handschriftenschätze sind erhalten und befinden sich im Staatsarchiv Düsseldorf, das angebliche Original jener Urkunde findet sich aber nicht darunter. Das Brouillon der Urkunde findet Schrörs in den Farragines Gelenii (11, 559v). Crombach kennt die Urkunde natürlich auch und setzt sie um das Jahr 1030 an (vgl. Ursula vindicata 783 und 1000; seine Angaben an beiden Stellen weichen aber etwas voneinander ab). Vorbild für den Gesamttext des Stückes scheint die Wachszinsigenurkunde im Archiv des Stifts zu den hll. Jungfrauen aus der Zeit Erzbischof Friedrichs (Pfarrarchiv St. Ursula Nr. 2) gewesen zu sein. Hinzunehmen muss man auch die Urkunde der Konventualin Bezecha des Ursulastifts von 1047 (Lac. UB. 1, 182). Vielleicht ist Aeg. Gelenius auch bekannt geworden, dass im Stift Münsterbilsen in der Diözese Lüttich eine Urkunde von 1040 vorhanden war, durch die sich eine Freie Ragenesa oder vielmehr Regenza zur Wachszinsigen dieses Stifts



gemacht hatte (vgl. Miraei Opera dipl. 4, 503 u. Pirenne, Album Belge de Diplomatique (1909) Taf. XXI). Als Quellé macht Aeg. Gelenius (Hist. Rich. 21) namhaft: "liber" (qui) tabulas mendose et sine interpunctionibus scriptas exhibebat. Wie er zu seinem Hauptzeugen, dem "comes Kadelo" — nicht Rathelho, wie es in den späteren Drucken heisst — gelangt ist, erzählt er an derselben Stelle. Die hier zitierte Vorlage, in der Kadelo genannt wird, hat Beyer (MRhein. UB. 1, 324) abgedruckt. Sollte Schrörs sich von dieser Fälschung nicht überzeugen können, so bin ich gern erbötig, später bei passender Gelegenheit etwas nachzuhelfen.

Das wird am besten geschehen, wenn die Frage der Geschichtschreibung über die rheinischen Pfalzgrafen - Richenza war ein Abkömmling dieses Hauses - die nach der allgemeinen Annahme in der zweiten Hälfte des 11. Jhs. in deren Klosterstiftung, der Abtei Brauweiler, eingesetzt haben soll, aufs neue aufgerollt wird. Als ihr vorzüglichstes Produkt gelten die Fundatio monasterii Brunwilarensis (s. die Ausgabe von Koepke in MGH. SS. 11, 394 ff., die Waitz in SS. 14, 121 ff. unter dem Titel 'Brunwilarensis monasterii fundatorum actus' noch einmal besorgt hat; vgl. Pabst, Herm., Die Brauweiler Geschichtsquellen im Archiv f. ält. deutsche Gesch. 12, 80 ff. Text 147 ff.) und die Vita Ezonis hg. von Harless in Lacomblets Archiv 4, 164 ff. (vgl. dazu Waitz, Nachr. d. Göttinger Gesellsch. d. Wiss. 1863 Nr. 1 S. 1 ff., nebst Cardauns, Die Chron. d. deutsch. Städte, Köln 1 S. LIX.), die inhaltlich vollkommen das nämliche Werk darstellen, das angeblich ein Brauweilerer Konventuale G. dem Abt Wolfhelm dieser Abtei (1065-1091) gewidmet Waitz in der Handausgabe der Chronica Regia (Einl. S. XV nnd S. 30 ff.) gibt ihm auch den Titel 'Annales Brunwilarenses'. Waitz nimmt an, dass deren Text zum Teil in die Annalen von S. Pantaleon, wie Abschnitte der Chronica Regia auch bezeichnet werden, von denen wir Handschriften aus dem 13. Jh. besitzen, übergegangen sei. Nun, dieser angebliche Brauweiler Annalist, den man in den Jahren 1076-1079 schreiben lässt — Waitz SS. 14, 121 Anm. 3 setzt die Abfassungszeit des Werkes nach dem Jahr 1058 an - kennt die hl. Sara, wahrscheinlich die Mutter der hl. Ursula, die uns Theodericus Aedituus erst um die Mitte des 12. Jhs. vorgestellt hat, er kennt auch schon die in Brauweiler später sehr verehrte hl. Elisabeth, die erst im Jahre 1231 gestorben ist (s. Kap. 10 resp. 18 und 16 der Fundatio, Vita und Actus). Diesen Anachronismus laben sämtliche Herausgeber und Bearbeiter der angeblich von Augenzeugen verfassten Brauweiler Geschichtsquellen unbesehen hingenommen.

Die Fundatio oder Actus, die Vita und die von Waitz supponierten Annales Brunwilarenses gehen zurück auf eine Handschrift aus den 20er Jahren des 16. Jhs., das sogenannte Chronicon Brunwilarense (Histor. Archiv der Stadt Köln, C. 17), und in dieser Zeit ist auch erst diese ausführliche Geschichte der Gründung der Abtei und der Äbte unter Zuhülfenahme der Urkunden des Archives, der kurzen Brauweilerer Annalen (MGH. SS. 16, 724-728) und der Annalen von S. Pantaleon in Köln zusammengeschrieben. Der Sachverhalt ist z. T. dadurch verschleiert worden, dass der Inhalt dieser Brauweilerer Handschrift des 16. Jhs. immer nur bruchstückweise gewürdigt und veröffentlicht ist. Selbst Eckertz (Die Brauweiler Abtschronik in den NRhein. Ann. 17, 119 ff. u. i. d. folg. Bden.) hat den ersten Teil der Handschrift nicht mit Sie liefert uns auch die Vita Wolfhelmi in der ältesten Gestalt (der Druck von Wilmans, MGH. SS. 12, 180-195 reproduziert nur den gekürzten Text des Surius), die der Brauweilerer Mönch Konrad zwischen 1110 und 1123 auf Bitten der Äbte Eberhard von Brauweiler und Hermann von Köln-Pantaleon verfasst haben soll. Die mittelalterliche Überlieferung in Brauweiler aber weiss nichts von einer Seligoder Heiligsprechung Wolfhelms, was übrigens schon Mabillon (s. Wilmans a. a. O. S. 180) hervorgehoben hat; noch in dem im Jahr 1476 neu geschriebenen Nekrolog der Abtei (StA. Düsseldorf, Brauweiler Rep. u. Hs. Nr. 4) figuriert der 'venerabilis abbas Wolfhelmus' unter den Gestorbenen, deren Memorie gehalten wurde. Erst eine Hand des 17. Jhs. hat dazu bemerkt: "non legitur", d. h. er war nunmehr aus dieser Liste gestrichen und wurde als Heiliger oder Seliger verehrt. Die Vita beati Wolfhelmi ist so gut ein Machwerk aus der Zeit des 15. bis 16. Jhs., als es die Brauweilerer Annalen und deren Ableger sind. Der Bär, den sich die Geschichtschreibung mit diesen Brauweilerer Fälschungen hat aufbinden lassen, steht an Grösse dem nichts nach, den zufolge der Fundatio (Kap. 26) der Pfalzgraf in dem seiner Provinz Saalfeld benachbarten "saltu Sclavorum, qui ob densitatem nemoris umbrosam juxta linguam eorum Lovia (!) dicitur", erlegt haben soll; das Fell dieses Bären mass nach dem Waidbefund (probatum est) 15 Fuss in der Länge. Fälschungen wollen natürlich erst eingehender bewiesen sein. demnächst geschehen. Ich führe die Sache hier überhaupt nur an, weil um die Ableitungen dieser Brauweiler Dichtung, die unter der Überschrift Fundatio geht, unter anderen der Jesuit Gamans sich Verdienste erworben hat, während dem Aeg. Gelenius das identische Werk unter dem Titel Vita, gesta et obitus domini Ezonis eiusque Deo devotissimae coniugis Mathildis' verdankt wird.

Dass man im 16. Jh. in Brauweiler den Stiftern der Abtei, den Pfalzgrafen, wieder ein so lebhaftes Interesse zuwandte, daran war der Kaiser Maximilian schuld, der 1505 aus Anlass eines Unwetters im Kloster eingekehrt war. Als man ihm die Grabmäler der Klostergründer zeigte, die ohne Schmuck waren, äusserte er sich sehr missbilligend darüber, 'quare provisores vestros tam despecte jacere permittitis'. Die Folge davon war, dass der zeitige Abt Johannes de Weda befahl: 'jam dictum sepulchrum variis picturis decorari et epitaphium apponi'. (Brauweiler Chron. in den NRhein. Ann. 19, 250.) Also aus dieser Zeit stammen die gereimten Grabschriften, die Kraus (Die altchristl. Inschriften 2, 526, 527 u. 529) als dichterische Erzeugnisse des 11. Jhs. hinnimmt, deren älteste Überlieferungsform uns eben auch in der am Anfang des 16. Jhs. niedergeschriebenen Brauweilerer Chronik entgegentritt.

Dem Aeg. Gelenius, der die Grabschriften natürlich in seiner Vita Ezonis wiedergibt, müssen sie gut gefallen haben, denn er scheint sie verschiedentlich als Muster verwertet zu haben, so für die Grabschrift der Ordensfrau Margarethe in Walberberg (Kraus 2 Nr. 533), die uns zur Zeit nur in seiner Überlieferung (De admir. magn. Col. 719) bekannt ist. Seine Quelle hierfür war die Liste der Heiligen des Cisterzienserordens bei Henriquez 336), in der die Notiz stand: Margareta in monasterio Walburgis monialis. Er hat ihr auf dem Grabstein das 'pedum praelaturae' beigegeben. Als Pendant zu dieser Inschrift darf man das ebenfalls verlorene Epitaph der Mathildis ansprechen, das Aeg. Gelenius unter den Denkmälern der Pantaleonskirche aufzählt (De adm. magn. Col. 374, bei Kraus a. a. O. Nr. 582).

Aufs lebhafteste ist zu bedauern, dass die Grabschrift des Grafen Edmund von Friesheim verschwunden ist. Aeg. Gelenius hat sie von der vierten Säule im Schiff des Kölner Domes kopiert, wo sie sich als 'aereum monumentum Emundi comitis de Frisheim cum hac epigraphe' befand <sup>337</sup>).

Inclitus ante fui comes Emundus vocitatus, Hic nece prostratus subtegor ut volui; Frisheim sancte meum fero Petre tibi comitatum, Et mihi redde statum te precor aethereum! Haec lapidum massa comitis complectitur ossa.

<sup>336)</sup> Fasc. Sanctorum ord. Cist. lib. 2, dist. 26, cap. 69.

<sup>337)</sup> De admir. magn. Col. 240 f., vgl. Kraus 2 Nr. 543. Kraus hält das æreum monumentum für eine Bronzeplatte. Nach von Hüpsch, Epigram-

Hierzu bemerkt Gelenius, es gehe hieraus hervor, dass an dieser Stelle sich ehedem ein über den Boden herausragendes Steindenkmal befunden habe, nach dessen Beseitigung, sei es beim Neubau des Domes, sei es bei anderer Gelegenheit, dafür das Erzdenkmal an der Säule angebracht wäre. Weil nun die Küster, wenn die Memorie (des Grafen (?)) gefeiert werde, bei diesem Denkmal um die Säule, wie das einst um das Steindenkmal geschehen sei, Leuchter aufzustellen pflegten, so behaupte das leichtgläubige Volk mit derselben Sicherheit wie es falsch sei, in der Säule sei irgend ein Architekt geborgen. Ich möchte glauben, schliesst Gelenius, dass des Grafen Grabmal an der Stelle gestanden habe, an der nachher die Säule errichtet ist 338).

Unbekümmert um die Inschrift auf der Erztafel haben also die Kölner der Säule, bei der zu gewissen Zeiten Kerzen aufgestellt wurden, eine andere Bedeutung beigemessen; sie meinten, durch sie werde das Andenken eines Dombaumeisters verewigt. Dass sie von dem Grafen von Friesheim nicht viel wissen wollten, ist begreiflich, denn ein solcher hat gar nicht existiert. Es hat niemals eine Grafschaft Friesheim und folglich auch keine Grafen dieses Namens gegeben. Die Inschrift will uns freilich glauben machen, dass Graf Emund seine Grafschaft Friesheim der Kölner Kirche (S. Peter) geschenkt habe. Nur soviel ist richtig, dass das Domstift der hauptsächlichste Grundherr in Friesheim war, so dass seine Besitzungen und Gerechtsame daselbst in späterer Zeit unter dem Titel "Herrlichkeit" zusammengefasst wurden 339). Ursprünglich bildete Friesheim einen Vogteibezirk, der jedoch im 12. Jh. zu dem erzstiftischen Territorium Lechenich gerechnet wurde 340). Das Vogtamt war in den Händen der Herren von Kerpen; von Johann von Kerpen hatte es 1273 der Vogt Gottfried von Vrisheym in Nutzung,

<sup>340)</sup> S. die Anm. Nr. 342.



matographia 2 S. 9, soll das Epitaph in weissem Marmor ausgeführt gewesen sein. Quelle von Hüpsch ist jedoch des Gelenius Werk.

<sup>338)</sup> Die Stelle lautet wörtlich S. 241: Ex quo intelligas licet, eo loco molem quondam supra terram eminentem extitisse, ex qua sublata sive dum nova basilica construeretur sive alia occasione æreum illud monumentum columnae sit affixum. Et quia æditui, dum memoria agitur, ad hoc monumentum candelabra solent circum columnam uti olim circa monumentum constituere, credulum vulgus architectum, nescio quem, in columna conditum tam secure quam falso affirmat. Ego crediderim comitis monumentum ipso, quo columna posita est, loco situm fuisse.

<sup>339)</sup> St.-A. Düsseldorf, Köln-Domstift, Akten Nr. 27.

der es am 30. November dieses Jahres zunächst auf 15 Jahre an das Domstift verpfändete <sup>341</sup>). Seit der Zeit scheint die Friesheimer Vogtei im Besitz des Domstifts geblieben zu sein. In Friesheim hatte früher einer der Kölner Dompröpste ein freies Eigengut angekauft, das zeitweise dem Dietrich von Gladbach zu Lehen gegeben war. Dieses Lehen lösten die Domkanoniker zu den Zeiten Erzbischof Philipps wieder ein und bestimmten die Einkünfte aus dem Gut zur Bestreitung der Ausgaben für die Beleuchtung im Chor des Domes. Damals behauptete der Friesheimer Vogt Dietrich, das obige Besitztum gehöre auch zur Friesheimer Vogtei, ein Anspruch, der jedoch durch ein Urteil des Erzbischofs abgewiesen wurde <sup>342</sup>).

Wie die Grabschrift des Grafen Emund von Friesheim aber zustande gekommen ist, lehrt uns folgender Eintrag im Memorienbuch des Domstiftes. Hier liest man zu XVI. Kal. Dezembris 343): Obiit Emundus comes. Vigilia ad vesperas maior prepositus ponit quatuor cereos. Rufum convivium de Vrisheim. Diese drei Einträge stehen unabhängig von einander für sich da 344). Die vier Kerzen, die der Dompropst aufstellen musste, hingen mit der Memorie des Grafen Emund gar nicht zusammen; sie wurden nur aus dem Ertrag des Gutes in Friesheim angeschafft, das aber keine Schenkung des Grafen Emund, sondern, wie wir gesehen haben, durch Ankauf vom Domstift erworben war. Noch viel weniger hatte das 'Rufum convivium' mit der Totenfeier zu tun. Drei "rote Gastmahle" wurden von den anwesenden Mitgliedern des Domkapitels jährlich begangen, und zwar das letzte, wie es im Liber Ordinarius des Domstiftes heisst: in octava s. Martini 345); der 16. November fällt ja in die Martinsoktav. Dieses dritte

<sup>341)</sup> Urk. z. J. u. D. St.-A. Düsseldorf, Köln-Domstift.

<sup>342)</sup> Gedr. Lacomblet UB. 1, 440 zum Jahr 1171; die Urkunde gehört jedoch, wie Knipping, Die Reg. der Kölner Erzb. 2 Nr. 1165, ausführt, in spätere Zeit, vielleicht 1181. Die Vorurkunde dieses Stücks, die undatiert und zur Zeit noch ungedruckt ist, wird durch die Domkopiare (vgl. diese Ztschr. Ergänzungsheft 3, 122 f) überliefert. Hierin findet sich die Notiz, dass das Gut ad ministerium lampadarum (in choro maioris ecclesie) in conspectu Dei et b. Marie v. gekauft sei. Die Lage des predium bezeichnet Erzb. Philipp: 'in territorio nostro Leggenich'.

<sup>343)</sup> Lacomblets Archiv 2, 19.

<sup>344)</sup> In dem Memorienbuch ist, wenn mit der Feier eine Stiftung verbunden war, das regelmässig durch einen Zusatz: "qui contulit", "qui legavit", "de quo habemus" etc. zum Ausdruck gebracht; s. S. 18 u. 19 a. a. O.

<sup>345)</sup> Lacomblets Arch. 2, 38: Rufum convivium (dominorum) datur tribus vicibus in anno presentibus.

"rote Mahl" wurde also aus den Einkünften von Friesheim bestritten. Der am 16. November gestorbene Graf Emund hat vermutlich um das Jahr 1000 gelebt, als es noch nicht Brauch war, dass sich die Herren den Namen von Ortsgrafschaften beilegten. Der Verfertiger der Inschrift hat den Namen der angeblichen Grafschaft einfach aus dem dritten Eintrag im Domnekrolog zu Unrecht herübergenommen. Das geht klar aus der Notiz des Aeg. Gelenius in seinen 'Sacri et pii fasti' eben zum XVI. Kal. Decembris hervor, die lautet: Item Colonia pia memoria Emundi comitis de Freisheim, qui s. Petro comitatum donavit <sup>346</sup>).

Auf die stilistischen Geschmacklosigkeiten und die grammatischen Härten - ich weise nur auf das "fero tibi" in der 3. Zeile hin, das beide Kennzeichen in sich vereinigt, - des Textes der Inschrift näher einzugehen, hat keinen Zweck, da sich Stümperarbeiten nach sprachlichen Merkmalen zeitlich sehr schwer fixieren lassen. Sollte es aber im alten Dom und zwar im Schiff der Kirche ein Denkmal eines Grafen gegeben haben, das wirklich aus einer "massa lapidum", also aus Steinblöcken zusammengesetzt gewesen wäre? Und in diese sei eine Erztafel eingelassen gewesen, die man später einfach an die Säule übertragen habe? Wie schon erwähnt, der kurze Vermerk im Domnekrolog: 'Obiit Emundus comes', ohne nähere Angabe lässt darauf schliessen, dass der genannte Graf im 10. oder 11. Jh. gelebt hat. Gibt es aus dieser Periode schon Bronzeepitaphien oder vielmehr Steindenkmale mit Bronzeplatten? Nach meinem Dafürhalten ist auch diese Grabschrift eine Fälschung des Aeg. Gelenius, bei der es sich höchstens noch um die Frage handeln kann, ob sie überhaupt in Erz ausgeführt worden ist. Der Fall der Maximiner Gründungsurkunde von 1188 (S. 255) ist ein Beleg dafür, dass sich Aeg. Gelenius nicht scheut, seinen Fälschungen auch fingierte Originale als Grundlage zu geben.

Wahrscheinlich liegt der Fall bei der von Kraus (Bd. 2 S. 334 Nr. 48) für unecht erklärten Inschrift über den Bau des Erasmusaltars in der Severinkirche ähnlich 347). Aeg. Gelenius führt sie mit den Worten ein: 'uti antiquissimus manuscriptus meus folio 173 et inscriptio

<sup>347)</sup> Der Eingang der Inschrift, von der Aeg. Gelenius, De admir. magn. Col. 277, eine Nachbildung druckt, lautete angeblich: S. Evardus me fecit. Quicunque hunc locum destruere voluerit etc. Aeg. G. weiss zu berichten, dass der betreffende Heilige und Märtyrer der b. Ewardus Levita gewesen sei, den man sonst nicht kenne. 'Ego', fährt er fort, 'in æternæ vitæ libro notiorem ut alia multa arbitror; porro inscriptio in marmore huiusmodi ibidem habetur'.



<sup>346)</sup> De admir. magn. Col. 738.

vetusta docent'. Die Inschrift ist verschollen und das uralte Manuskript ebenfalls nicht mehr aufzutreiben. Über die capella s. Erasmi haben wir Nachrichten von 1245 an 348).

Das Kapitel der zweifelhaften Bauurkunden und Epitaphe schliesse ich vorläufig mit dem Hinweis auf die Grabschrift Erzbischof Pilgrims von Köln (Kraus 2 Nr. 538): 'Anno incar(nationis) Domin(i) MXXXVI indict(ione) XVVIII K(al.) Sept(embris) obiit Piligr(imus) arch(ie)p(iscopu)s fundator e(c)cl(esia)e huius'. Sie hat Aeg. Gelenius <sup>349</sup>) bei der Aufdeckung der Gebeine Erzbischof Pilgrims in der Apostelnkirche am 17. August 1643 ermittelt; sie ist im Sarkophag Pilgrims in der Kirche heute noch erhalten. Auch hier wieder, wie bei der Aufdeckung des Leichnams der Richeza, erklärt er: 'sub capite archiepiscopi jacuit plumbeus discus vel orbis cui . . . incisa'. Schon Kraus hat angemerkt, dass die Indiktion nicht stimmt. Steffens (vgl. NRhein. Ann. 88, 176—179) wird sich ein Verdienst erwerben, wenn er die in seinem Besitze befindliche Photographie dieser Bleiplatte vervielfältigen lässt. Bis dahin halte ich mit einer Entgegnung auf seine Kritik zurück.

Eine Anzahl von Weiheinschriften von Kirchen und Kapellen. die mit der Schwarzrheindorfer nahe Verwandtschaft zeigen, hat das Missgeschick getroffen, dass sie verschwunden sind. Wir sind daher bei ihnen meist ebenfalls auf Aeg. Gelenius Zeugnis, als unsere älteste Quelle, angewiesen. Die Andreaskirche "haec domus Domini (!)" soll 974 durch Erzbischof Gero geweiht sein (Kraus 2 Nr. 535). Unser Gewährsmann (De admir. magnitudine Col. 291, vgl. auch Farragines 9, 68) hat sie 'ex vetustissima epigraphe' geschöpft. Vielleicht erinnert sich Schrörs bei dem "domus Domini" an die "mater Domini" auf der Weiheinschrift von Schwarzrheindorf. Schon besser klingt die verlorene Dedikationsinschrift der Elogiuskirche in Köln, von der uns Aeg. Gelenius (De adm. magn. Col. 622, vgl. Kraus 2 Nr. 549) ein Faksimile mit-Bedenklicher erscheint mir jedoch wieder die nach Alfter bei Kraus (2 Nr. 581) abgedruckte Weiheinschrift der hl. Kreuzkapelle in der Kölner Pantaleonskirche, über deren Standort usw. nichts bekannt Auf der Inschrift ist von 'Hermanno tertio archiepiscopo Coloniensi, qui Dives cognominatus est' (!) die Rede. Alfter hat die Inschrift aus Gelenii Farragines 11, 563° geschöpft, wo ebenfalls das falsche Datum A. D. i. 1094 ind. IV. Nonis Julii steht, das von Aeg.

<sup>348)</sup> Keussen, Topographie 2, 182.

<sup>349)</sup> De admir. magnitudine Coloniæ 303.

Gelenius (De adm. magn. Col. 365) in 1094 ind. II, IV Nonis Julii, verbessert ist. Die Inschrift hat man nach der Urkunde von 1094 Juli 2 (gedr. Lac. UB. I, 248) fabriziert.

Schrörs, der eine Abhandlung zur Baugeschichte der Kirchen auf dem Apollinarisberge (NRhein. Ann. 67, 130—136) veröffentlicht hat, wird es lebhaft interessieren, dass uns Aeg. Gelenius auch die Dedikationsinschrift der Krypta dieser Kirche — das Faktum wird uns durch eine Urkunde von 1117 bei Lac. UB. I. 284 mit fast den gleichen Worten überliefert — gerettet hat (Farragines 9, 55): 'Ibidem in monte s. Apollinaris supra cryptam s. M. Magdalenae est haec inscriptio: Anno Domini millesimo centesimo decimo septimo, indictione octava, dedicata est crypta huius sacelli per venerabilem dominum (Arnulphum, dieser Name ist durchstrichen und an den Rand gesetzt) Erlungum Wirceburgensis ecclesiae episcopum et hoc mandato domini Friderici archiepiscopi Coloniensis in honore sanctae Dei genetricis semper virginis Mariae, s. Thomae apostoli, s. Stephani protomartyris, s. Martini, s. Nicolai et omnium sanctorum cum indulgentiis solitis'.

Als NB. folgt: 'Secundum cathalogum Wirtzburgensium episcoporum debet hic Arnulphus esse Erlongus comes a Calb vel Calow vel Caleben, qui illo tempore vixit et Coloniae fuit'. (Vgl. dazu auch Gelenius, De adm. mag. Col. 750.) Will Schrörs (S. 134) auch gegenüber diesem Steinzeugnis die Konjektur, dass statt des Jahres 1117 das Jahr 1116 — die Indiktion passt freilich immer nur auf 1115 — einzurücken sei, aufrecht erhalten? Merkwürdig, dass sich auf der Inschrift und in die Urkunde derselbe chronologische Fehler eingeschlichen hat.

Auch die Kenntnis einer Grabschrift aus der Apollinariskirche verdanken wir Aeg. Gelenius (a. a. O.) 'Regiomagum juxta Rhenum vulgo Apollinarisbergh loco amoenissimo inscriptum est sequens epitaphium vetusto saxo: Anno Domini MCXX obiit reverendus dominus Cuno (ursprünglich war Erno Ratisbonensis geschrieben) episcopus Ratisbonensis et abbas Sigebergensis fundator huius monasterii vitae sanctimonia praeclarus'.

Hier ist wiederum ein NB. angeschlossen: 'Circa hoc epitaphium, quod ab anno 1105 usque ad annum 1126 praefuerit (juxta metropolim Salisburgen.) Ratisbonensibus Hartwicus episcopus, filius Engelberti ducis Carinthiorum, itaque fieri debuerit, quod existente controversia inter hunc Hartwicum et Ulricum fuerit quoque tertius designatus hic Cuno'. Im 4. Buch des Hauptwerkes des Aeg. Gelenius (De admir.



magn. Col. 690) ist der Todestag des b. Cuno mit dem obigen Jahr unter dem 19. Mai eingesetzt. Cuno ist jedoch erst 1126 Bischof von Regensburg geworden und am 19. Mai 1132 gestorben.

Als Gründer der Propstei Apollinarisberg sind zufolge der erwähnten Urkunde von 1117 die Bürger von Remagen anzusehen; Erzbischof Friedrich von Köln hat jene nur der Abtei Siegburg, deren Abt damals Cuno war, angegliedert. Doch ich will der Erörterung über diese Inschriften, deren Verteidigung Schrörs vielleicht übernehmen wird, nicht vorgreifen.

Der Beachtung westfälischer Geschichtsforscher empfehle ich die folgenden Weiheinschriften und Kirchenbauurkunden, die in Aufzeichnungen des Joh. Gelenius vorliegen: Farragines 3, 170: 'Anno 1144, 29. Augusti, Arnoldus archiepiscopus Coloniensis consecravit ecclesiam in Anlagen (Allagen Kr. Arnsberg) ad honorem Dei, Deiparae matris, ss. Joannis Baptistae, Nicolai, Catherinae, Barbarae'.

(Extat ea de re tabula in sacrario ibidem cum designatione reliquiarum. Nunc servatur dedicatio ecclesiae dominica post s. Jacobi, an ex primaeva institutione, an ob reconciliationem, nescitur. Fuit enim bello Truchsesiano prophanata).

Wenn die Inschrift authentisch ist, muss ein Regest derselben auch in den Nachträgen zu dem II. Band der Regesten der Kölner Erzbischöfe gegeben werden.

Auf derselben Seite der Farragines wie oben ist eingetragen:

'Sub hierotheca reliquiarum in ecclesia Hornensi (Horn Kr. Lipp-stadt) habetur vetustis characteribus haec inscriptio:

Anno Dominice incarnationis MCXXXVI indiccione XIII regnante domino Lothario tercio Romanorum imperatore fabrefacta... sub domino Gerlaco presbitero in ecclesia Hornon in honorem Dei et sancti Ciriaci martiris; hoc opus perfecit Ticius'.

Der Schlusssatz könnte auf einer römischen Inschrift gestanden haben.

Für Erwitte, ebenfalls im Kr. Lippstadt, findet man Farragines 3, 180° folgenden Eintrag:

'In sacrario parochialis ecclesiae Erwithensis supra januam extat in ipso muro lapis habens insculptam matronam quasi divino numini e coelo ad orientem manum e nubibus extendenti turrim egregiam eius



loci cum templo offerentem; ad marginem superioris lapidis extat hoc chronographicum, in quo litera D non est numerus:

haeC obtVLIt doMIna deXtera (haec domina obtulit dextera am Rande);

quo sciatur turrem eam aedificatam anno 1167.

Ante foras meridionales in muro superiore prominent leones, quibus Henrici Leonis Angariae et Westphaliae ducis memoriam significari existimem'.

Das ist der vorläufige Ertrag an unechten oder mindestens zweifelhaften Inschriften und Urkunden, den ich bei der Durchsicht etwa der Hälfte der Bände der Sammlung der Farragines Gelenii festgestellt habe und den ich hiermit der öffentlichen Kritik unterbreite. Ich sehe ihn nur als Abschlagszahlung auf die von Schrörs für meine "blossen Behauptungen verlangten Beweise" (NRhein. Ann. 86, 154) an, dass die Brüder Gelenius mit der Fälschung historischer Denkmäler sich befasst Für die Mehrzahl der Stücke bieten uns die Gelenii die haben. einzige heutzutage erhaltene oder die älteste Überlieferungsform. Einige erweisen sich aber so offenkundig als spätere Fabrikate, dass selbst der vorsichtige Kraus sie für unecht erklärt hat. Das Verfahren, nach dem die Fälschungen hergestellt sind, war in sehr vielen Fällen das nämliche. Nachrichten aus Urkunden, Nekrologien und Chroniken erhielten einfach epigraphische Form, ohne dass viel am Text geändert wurde. Nur bei dem Grafen Edmund von Friesheim hat Aeg. Gelenius seine Quelle etwas phantastisch ausgeschmückt. Für die einzelnen Klassen der Fälschungen wurde verschiedenes Material verwandt, soweit sie überhaupt praktisch zur Ausführung gelangt sind. Bauurkunden brachte man meist auf Stein, Grabschriften wurden in Bronze oder gar in weichem Blei angefertigt. Unter den letzteren ist für die engen Beziehungen, welche Joh. und Aeg. Gelenius zu diesen Machwerken haben, der Totenschein für die Königin Richeza der signifikanteste. Wie uns Aeg. Gelenius versichert, ist die fragliche Bleiplatte (epitaphium) von seinem Bruder Johannes aufgefunden (exceptum) und entziffert (explicatum); dessen eigenhändige Niederschrift in Majuskelform ist uns in den Farragines noch erhalten. Joh. Gelenius ist am 30. April 1631 gestorben. Erst am 12. April 1633 entdeckt aber Aeg. Gelenius die Bleiplatte unter dem Haupt der Richeza in deren Grabmal, aus dem sie auch Johann kennen gelernt haben will. Zu allem Überfluss versichert Aeg. Gelenius noch, dass ihm in damaliger Zeit allein die Vergünstigung



294 Th. Ilgen

zu teil geworden sei, das Grab und dessen Inhalt zu untersuchen 350). Er aber ist der Geschichtschreiber der Königin Richeza, der ihr auch zuerst den Titel einer Seligen beilegt. Die Brauweilerer Überlieferungen wissen davon noch nichts, wie sie auch den von den Gelenii produzierten Totenschein nicht kennen, der gegenüber den Einträgen im Brauweiler Nekrolog und der Chronik im Datum differiert. Aeg. Gelenius hatte bei Lebzeiten seines Bruders Johannes offenbar die Brauweilerer Chronik noch nicht zur Hand, aus der er später die Vita Ezonis extrahiert hat und deren Kenntnis ihn davor bewahrt hätte, eine Platte mit unrichtigen Daten anfertigen zu lassen. Aeg. Gelenius hat später in den Textveröffentlichungen das notorisch falsche Jahr 1057 in 1063 umgeändert (s. De admir. magn. Col. 313 u. Hist, b. Richezae 42). Diese Fälschung muss doch von Leuten herrühren, die sich mit geschichtlichen Altertümern befasst hatten und die sich für die Lebensgeschichte der ehemaligen polnischen Königin interessierten. Das haben Joh. und Aeg. Gelenius nachweislich getan. Ihre Bemerkungen aber, wie sie zu der Bleiplatte gelangt sein wollen, stehen einander, was den Zeitpunkt anlangt, im direkten Widerspruch. Sind wir da wirklich nicht berechtigt, in ihnen die Urheber des Falsifikates zu erkennen? Man bringe die Belege dafür, dass das Epitaph schon vor dem Eingreifen des Joh. und Aeg. Gelenius existiert hat,

Die Aufdeckung und Erhebung der Gebeine von Heiligen, von Erzbischöfen und überhaupt Persönlichkeiten, denen Verdienste um die Kirche zugeschrieben wurden, und die vornehmlich auf Betreiben des Joh. und Aeg. Gelenius von den 20er Jahren des 17. Jhs. ab stattgefunden haben, verdienen eine eingehendere kritische Untersuchung. Sie setzen, soweit ich sehe, ein mit der Aufdeckung des Leichnams des Erzbischofs Engelbert von Köln am 6. August 1622, dessen Ruhestätte man damals zunächst nicht genauer kannte 351).

Durch Joh. Gelenius ist dann im Jahr 1626 der Suitbertusschrein in Kaiserswerth eröffnet worden <sup>352</sup>). Was damals alles an inschriftlichem Material ermittelt worden sein soll, muss auf Grund der Archivalien

<sup>350)</sup> Historia b. Richezæ S. 49.

<sup>351)</sup> Dem hl. Engelbert hat Aeg. Gelenius später ein besonderes Werk gewidmet: Vindex libertatis ecclesie et martir s. Engelbertus, Col. 1633. Hier beschreibt er S. 172 die Aufdeckung des Grabmals in der Katharinenkapelle im Dom; vgl. auch De adm. magn. Col. 236, wo er bemerkt: corpus divina providentia ex tenebris erutum.

<sup>352)</sup> Vgl. NRhein. Ann. 63, 55.

des Stifts Kaiserswerth noch auf seine Echtheit geprüft werden. Ebenfalls unter persönlicher Leitung des Generalvikars Joh. Gelenius erfolgte im Juni 1628 in der Klosterkirche zu Scheda in Westfalen die Erschliessung der Gräber des sel. Hechardus <sup>353</sup>), des angeblichen Gründers des Klosters, und des sel. Hermann, des ersten Propstes desselben. Die notariellen Protokolle, welche der Generalvikar darüber hat aufnehmen lassen, liegen uns noch vor <sup>354</sup>). Um die Vita b. Hechardi haben sich die Gebrüder G. nicht bloss dadurch verdient gemacht, dass sie sie kommentiert haben, aller Wahrscheinlichkeit nach verdankt sie ihnen überhaupt die Entstehung. In seinem 1645 erschienenen Hauptgeschichtswerk nennt Aeg. Gelenius als Stifter von Scheda den Rathard von Ardey <sup>355</sup>).

Der Untersuchung des Grabmals der Königin Richeza durch Aeg. Gelenius haben wir bereits gedacht. Als erzbischöflicher Historiograph, wie Aeg. Gelenius in dem betreffenden Bericht genannt wird,

<sup>355)</sup> De admir. magn. Col. 718 zum 30. August: 'in comitatu Marcano.. venerabilis Rathardi de Ardeia fundatoris Scheidani monasterii ord. Præmonstr'.



<sup>353)</sup> S. die Vita b. Hechardi in den Acta SS. Juli 1, 272—277. Schon aus dieser Ausgabe kann man in etwa den Anteil herauslesen, den Joh. und Aeg. Gelenius an diesem Werk haben. Den Bollandisten ist es durch die Jesuiten Jacob Kritzraet und Grothus vermittelt. Der s. Hechardus findet sich nicht in den Listen des Prämonstratenserordens. Der Sachverhalt muss noch näher geprüft werden. Dabei ist denn auch die Urk. Erzbischof Philipps von 1173 über die Weihe des Klosters Scheda (s. Knipping, Die Reg. der Erzb. von Köln 2, 981), die, wie es scheint, zuerst in Kleinsorgens Kirchengesch. Westphalens auftaucht, auf ihre Echtheit zu untersuchen. Die Schenkgeber für das Kloster, die Gebrüder von Hagnen, sowohl wie eine Anzahl von Zeugen treten mit zweifelhaften Standesbezeichnungen und Titeln auf. Das Datum scheint der Vita b. Hermanni entlehnt; s. Acta SS. a. a. 0. 272.

<sup>354)</sup> Sie finden sich handschriftlich in den Farragines 3, 63-65. Das über den Befund im Grabe des Hechardus ist gedruckt in den Acta SS. a. a. O. 276. Man hatte dabei aufgedeckt: lapidem quadratum viridis coloris, quales prope Werlas (Werl b. Soest) effodi solent, sexcubitalem, cuius peripheriæ sequentes versus antiquis majusculis litteris omnino, postquam lapidem lavari curassemus, legibilibus insculpti erant:

Signis non tardus noster fundator Hechardus Presbiter hoc pulchro requiescit carne sepulchro.

Pneumate sanctorum possidet ipse chorum.

Vorher ist er bezeichnet: monasterii Scheidani Præmonstr. ord. fundator beatus vir Hechardus.

dürfte er vornehmlich die Ausmittelung der Gebeine des Erzbischofs Pilgrim und deren feierliche Translation in die Kölner Apostelnkirche betrieben haben. Die erstere fand am 17. August 1643 in Gegenwart des Bischofs Franz Wilhelm von Osnabrück und anderer kirchlicher Würdenträger mit Einwilligung des Erzbischofs Ferdinand statt, nachdem man jedoch der Vorsicht halber an der betreffenden Stelle vorher eine Probegrabung angestellt hatte. Auch hier wurde in der gleichen Situation wie bei der Königin Richeza der Totenschein des Erzbischofs auf einer runden Bleischeibe ermittelt, dessen Wortlaut wir schon angezogen haben. Unter den Beigaben im Grabmal entdeckte man auch den Siegelring des Erzbischofs mit der Aufschrift: Pilgrimus archiepiscopus 356). Aeg. Gelenius ist sichtlich eifrig bemüht gewesen, auch für diesen Erzbischof die Heiligenverehrung durchzusetzen 357), wie ja das mit dem 1225 ermordeten Erzbischof Engelbert 1618 dadurch zunächst eingeleitet war, dass Erzbischof Ferdinand angeordnet hatte, es sollte dessen 'dies natalis' durch ein kirchliches Offizium gefeiert werden 358). Für Pilgrim hat es Aeg. Gelenius aber nicht einmal erreicht, dass er in die neueren Heiligenlisten aufgenommen worden ist, was ihm bei der Königin Richeza von Polen wenigstens gelungen ist 359).

Wen Aeg. Gelenius gern in den Stand der Heiligkeit versetzt gesehen hätte, hat er im 4. Buch seines Hauptwerkes offenbart, in dem er die Persönlichkeiten nach den Kalendertagen zusammenstellt, die seiner Meinung nach die kirchliche Verehrung verdienten. Um für einzelne von ihnen ausser den bereits erwähnten die Belege eines gottgefälligen Wandels beizubringen, hat er eingehende historische Erkundigungen unternommen, so für die Gräfin Hildegundis von Meer, die Stifterin des Klosters an dem genannten Ort. An der Abfassung der Vita beati Luckeri, der in Amel bei Malmedy sein Wirkungsfeld gehabt haben soll, scheint er ebenfalls eifrigen Anteil gehabt zu haben. Doch das müssen erst weitere Untersuchungen klarstellen.

<sup>359)</sup> S. das Heiligenverzeichnis bei Grotefend, Zeitrechnung des MA. Bd. 2, Abt. 2.



<sup>356)</sup> De admir magn. Col. 302 ff. u. 428 ff.

<sup>357)</sup> S. seine Darlegungen a. a. O. 300.

<sup>358)</sup> Aeg. Gelenius, Vindex libertatis, s. Engelbertus 171 f.

# Das Zollgesetz von 1818 und Handel und Industrie am Niederrhein.

Von Dr. Wilh. Ed. Lindner, Augsburg.

## Einleitung.

Lage, Bezugs- und Absatzgebiete von Industrie und Handel am Niederrhein zu Ende des 18. Jahrhunderts.

Das Wirtschaftsgefüge am linken Niederrhein, im Gebiet der heutigen Regierungsbezirke Köln und Düsseldorf, war im 17. und 18. Jahrhundert in erster Linie durch die Landwirtschaft bestimmt. Das häusliche Spinnen und Weben im Winter, zunächst der Wolle, später des Flachses, bildete allmählich einen tüchtigen Arbeiterstand heraus, sodass sich eine ansehnliche Textilindustrie entwickeln konnte. Ihre Betriebsform war fast ausschliesslich die des Verlagsystems (Heimindustrie). Die Vorzugslage am Rhein endlich bewirkte einen bedeutenden Handel, der hauptsächlich in den alten Privilegien Kölns wurzelte, aber fast vollständig von Holland abhängig war.

Zu Ende des 18. Jahrhunderts waren folgende Industriezweige 1) von mehr als lokaler Bedeutung:

Die alteingesessene Leinenindustrie fusste auf der ausgedehnten Flachskultur des linken Rheinufers. Das hausgesponnene Leinengarn ging in die Webereien von Rheydt, Gladbach, Viersen, Dülken, Crefeld, Kempen, Geldern usw., von dort zumeist in die Bleichen von Haarlem, um dann als holländische Leinwand in alle Teile der Welt zu gehen. Ansehnlich war auch die Kölner Spitzenindustrie.

Die Seidenindustrie, alt und sehr wichtig, hatte von ihrer Mutter, der holländischen Seidenindustrie, deren Spezialitäten auf dem

¹) Vgl. J. A. Demian, Geographisch-statistische Darstellung der deutschen Rheinlande nach dem Bestande vom 1. August 1820, Coblenz, Hölscher, 1820, S. 54 u. 58. — Fr. O. Dilthey, Die Geschichte der niederrheinischen Baumwollindustrie. Jena, Fischer, 1908, S. 3 u. 8. — Fr. v. Restorff, Topographisch-statistische Beschreibung der kgl. preuss. Rheinprovinzen, Berlin 1830, S. 121, 122, 124. — M. Schwann, Geschichte der Kölner Handelskammer, 1. Bd., Köln, Neubner, 1906, S. 27, 50, 67, 68, 179, 287. — A. Thun, Die Industrie am Niederrhein und ihre Arbeiter, 1. und 2. Teil, Schmollers Forschungen 1879, 1. Teil, S. 158. — R. Zeyss, Die Entstehung der Handelskammern und die Industrie am Niederrhein während der franz. Herrschaft, Leipzig 1907, S. 81, 83, 85, 102.



Weltmarkte: Bänder, Samte, Tücher und gewisse Arten leichter Zeuge übernommen und diese darin zurückgedrängt. Der Hauptsitz war Crefeld; aber auch in Rheydt, Gladbach, Cöln (insbesondere Seidenbandfabriken), Viersen, Süchteln, Gladbach, Dahlem, Dülken, Kaldenkirchen, Schwanenberg, Brüggen, Kempen, Neuss, Issum, Gräfrath ü. a. O. wurde sie stark betrieben. Ihr ausländisches Absatzgebiet war vornehmlich das nördliche Europa, dazu die Türkei und Amerika. Die Rohseide wurde teils aus Italien, teils aus Ostindien bezogen.

Wollindustrie. Konnten sich die in Köln, Zülpich, Euskirchen, Crefeld, Kempen, Brüggen, Orsoy, Geldern, Wesel u. a. O. bestehenden Wollspinnereien, -Webereien und -Wirkereien auch nicht mit denen des Aachener Bezirks messen, so waren sie doch von einiger Bedeutung. Ihr ausländisches Absatzgebiet war das nördliche Deutschland, Dänemark, Polen und Russland; neben einheimischer wurde sächsische, böhmische und italienische Wolle verarbeitet, für das feine Tuch spanische.

Baumwollindustrie. Die Spinnerei war bis 1798 in unserem Gebiet in keiner Weise vertreten.

In der Weberei waren 1798 nur schwache Anfänge in Rheydt und Gladbach vorhanden. Dort hatten sich bergische Verleger niedergelassen, als die Bevölkerung im Wuppertal nicht mehr hinreichte, um alle Aufträge ausführen zu können. Wegen der niedrigeren Löhne im Linksrheinischen und bei dem Vorhandensein eines gut eingearbeiteten Arbeiterstandes (Leinenweberei) waren sie übergesiedelt. Das Garn wurde aus England bezogen.

Entsprechend der Bedeutung der Textilindustrie waren auch deren Hilfsindustrien, wie Bleicherei, Druckerei, Färberei usw. gut vertreten. Die Farbstoffe lieferten Italien und der holländisch-indische Handel.

Tabakfabrikation war im Clevischen und in Köln in ansehnlichem Umfang vorhanden. Der Rohtabak wurde aus Amerika über Holland, aus dem rechtsrheinischen Cleve, der Pfalz und dem Elsass bezogen. Das Absatzgebiet war das rechte Rheinufer bis zur Elbe.

Der Hauptsitz der Gerberei (und Leimfabrikation) war Köln. Die schweren brasilischen Häute bezog man aus Holland, die leichteren Häute vom rechten Rheinufer, woher auch Leimleder und Häuteabfall für die Leimfabriken kamen. Das Absatzgebiet für das Kölner Leder war das rechte Rheinufer<sup>2</sup>).

<sup>2)</sup> Die schon damals blühende Fabrikation von "Kölnischem Wasser" wird hier weiter nicht behandelt, da sie bei ihrem monopolartigen Charakter zollpolitischen Einflüssen nicht ausgesetzt war.



Wenn auch der Handel Kölns 1798 von ziemlicher Bedeutung war, so war doch der alte Glanz aus der Hansazeit längst und gründlich dahin. Neben den Gründen für den Verfall der Hansa überhaupt sind es speziell das Stapel- und Umschlagsrecht, diese vermeintliche einzige Rettung, die immer drückendere Abhängigkeit von holländischer Willkür (so zwar, dass Gothein Köln einfach "holländischer Agent" nennt), sowie geistige, religiöse und politische Engherzigkeit, welche Cölns kaufmännische Regsamkeit sehr gedämpft hatten. Sonst wäre es bei der von der Natur so begünstigten Lage der Stadt nicht zu verstehen, dass der Eigenhandel sich am Ende des 18. Jahrhunderts auf Getreide und Wein beschränkte, dass der im folgenden angeführte Handel Kölns in der Hauptsache Kommissions- und vor allem lediglich Speditionshandel geworden war. Der ausserkölnische Handel am Niederrhein darf, abgesehen von dem Getreidehandel von Neuss, unerwähnt gelassen werden, da er nur ein binnenländischer war.

Die Hauptartikel des linkshreinischen auswärtigen Handels waren zunächst europäische Rohprodukte.

Der Getreideüberfluss des linken Rheinufers wurde ins Bergische, Märkische und über Holland nach England gehandelt. Der Weinhandel Kölns war sehr ausgedehnt. Seine Rhein-, Mosel- und Ahrweine setzte er vor allem in Belgien und Holland, England, Berg, Preussen, Westfalen und Russland ab. Klee-, Lein- und Rübsamen, Rüböl, Wachholderbeeren, Hanf, Obst, Hülsenfrüchte, Pottasche, Lohrinden, Mineralwasser, Tuffsteine und Erden des linken Rheinufers und des Oberrheins wurden nach dem rechten Rheinufer und Holland vermittelt. Wichtige Ein- bezw. Durchfuhrartikel waren Fische, Tran, Öle. Dazu kamen die europäischen Rohstoffe für die links- bezw. rechtsrheinische Industrie: Kupfer aus Sachsen und Ungarn, Seide aus Italien, Wolle aus Sachsen, Böhmen und Italien.

Weiterhin waren wichtig die aussereuropäischen Rohprodukte.

Zunächst wurden für die links- wie rechtsrheinische Industrie indische Farbwaren und Rohseide, amerikanische Tabakblätter, brasilische Häute eingeführt. Der Tabakhandel erstreckte sich bis zur Elbe und nach Frankfurt a. M., Franken und Schwaben, während die linke Rheinseite von Holland und Belgien aus versorgt wurde <sup>3</sup>). Der Handel mit Kolonialwaren im engeren Sinne, wie Kaffee, rohem und

<sup>3)</sup> Vgl. Schwann 67.

raffiniertem Zucker, Reis, Gewürzen, Rum usw. war lebhaft, das Absatzgebiet waren beide Rheinseiten, Süddeutschland einschliesslich der Schweiz.

Der Handel in Fabrikaten war, da die Verleger meist ihre eigenen Exporteure waren, weniger hervortretend und beschränkte sich mehr auf die Vermittlung von Halbfabrikaten rheinabwärts. Besonders zu erwähnen sind Roheisen, namentlich Siegerländer und von der Eifel, Blei, Glas- und Töpferwaren vom Mittel- und Oberrhein, Leder von Köln; dazu rheinaufwärts Salz aus Holland, ausländische Manufaktur-Luxuswaren<sup>4</sup>).

Die Wirtschaft des rechten Rheinufers, im Gebiete der heutigen Regierungsbezirke Cöln und Düsseldorf fusste am Ende des 18. Jahrhunderts in den alten Zweigen der Eisen- und Textil-Industrie<sup>5</sup>). War der Boden für die Landwirtschaft nur schlecht geeignet, so gab er dem Eisen- und Kohlenbergbau desto mehr; die vielen gefällreichen Bäche lieferten Kraft, die Garnbleicherei im ehemals grünen Wuppertal hatte die Grundlage der Textil-Industrie abgegeben. Der Handel hatte bisher unter dem Vorrechte Kölns gelitten.

Von Bedeutung waren folgende Industriezweige<sup>6</sup>):

Die Leinenindustrie bezog das Leinengarn aus Hannover, Braunschweig und Minden. Ein kleiner Teil wurde im Märkischen gesponnen. Die Garnbleichen waren wegen der teuren Löhne und Grundstückspreise aus dem Wuppertal weg und an andere rechtsrheinische Plätze, besonders ins Märkische (Essen) gewandert. Neben der Herstellung von Zwirn, Spitzen und Bettüberzügen waren in Elberfeld und Barmen vor allem die Bandwirkereien (auch Seiden-, Baum- und Halbwollenband) bedeutend. Der Absatzmarkt war der Norden von Deutschland und Europa, Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, Südund Nordamerika.

Die Seidenindustrie hatte ihren Sitz in Mülheim a. Rhein, Kaiserswerth, Elberfeld und Barmen. Mitte des 18. Jahrhunderts entstanden, war sie immer bedeutender geworden. Das Hauptprodukt waren Stapelartikel (Landestrachten) für Russland und Polen.

<sup>4)</sup> Vgl. Schwann 63, Restorff 150 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup>) Auch hier gibt Thun II einen ausgezeichneten Einblick in die Entwicklung, Betriebsformen und Arbeiterverhältnisse.

 <sup>&</sup>lt;sup>6</sup>) Vgl. Demian 55, 61, 62. — O. R. Redlich, Napoleon I. und die Industrie des Grossherzogtums Berg. Düsseldorfer Jahrbuch, 17. Bd., 1902, S. 195 ff. — Restorff 129. — Thun 19, 59, 115, 171, 173, 178, 188, 191, 261.

Wollindustrie: Neben Lennep und Hückeswagen hatten noch viele andere Orte Tuch- und Kasimirfabriken. Ihr Absatz war Deutschland, Holland, die nordischen Länder, Frankreich und Italien.

Baumwollindustrie: Die Spinnerei (Elberfeld, Cromford) wurde im Bergischen im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts eingeführt. Die Rohbaumwolle wurde durch den holländischen Handel bezogen. Aber nur ein kleiner Teil des Garnverbrauchs wurde im Lande selbst hergestellt, den weitaus grössten Teil lieferte England.

Die Weberei hatte gegen Ende des 18. Jahrhunderts die Leinenweberei verdrängt. Ein glänzender Aufschwung hatte mit der französischen Revolution eingesetzt. Neben Elberfeld und Barmen traten Essen, Ruhrort, Solingen. Die Elberfelder Verleger liessen ganz überwiegend auf dem Lande im Arnsberger Bezirk weben. Das Hauptabsatzgebiet war Frankreich und Italien; weiter lieferte man für Deutschland, Holland, Amerika. Der durch den englisch-französischen Kriegeintretende Verlust des ostindischen Marktes wurde leicht verschmerzt.

Bei der Färberei ist zu unterscheiden die Lohnfärberei, welche die von der Leinen-, Seide-, Woll- und Baumwollindustrie gebrauchten Garne färbte und stark entwickelt war, und die Türkischrotfärberei, die vom In- wie Ausland bedeutende Aufträge erhielt.

Die Kleineisenindustrie: Wurden zu Solingen und den Nachbarorten Dorp, Höhscheid, Gräfrath, Wald und Merscheid, sowie in Essen hauptsächlich Klingen (Schwerter, Messer, Gabeln, Scheeren) hergestellt, so waren Remscheid, Kronenberg, Lüttringhausen, Lennep, Velbert, Wermelskirchen, Radevormwald, Halver die Ursprungsstätten all der Feilen, Sägen, Sensen, Sicheln, Meisseln, Hobeleisen, Bohrer, Schlittschuhe, Winden, Zangen, Schlösser, Riegeln, Kaffeemühlen usw., die als Remscheider Stahlwaren (mercerie und quincaillerie) weltbekannt waren. Das Eisen bzw. der Stahl wurde hauptsächlich vom Siegerland bezogen, die Kohlen von der Ruhr; der Stahl wurde an Ort und Stelle Der Absatz ging 1798, nachdem der Handel mit England seit 1793 gestört war, vor allem nach Frankreich, dann nach Deutschland, Holland, Polen, Russland, Italien, Spanien, Portugal, Amerika und Der Solinger Waffenindustrie erwuchs in jenen Jahren infolge der Kriege immer grössere Konkurrenz und Absatzverlust, da die meisten grösseren Staaten sich unabhängig machten und eigene Fabriken anlegten 7).

Vgl. Eb. Gothein, Geschichtl. Entwicklung der Rheinschiffahrt im
 Jahrh. Schriften d. Vereins f. Sozialpolitik, Bd. 101, Leipzig 1903, S. 5,
 12, 19. – Schwann 15, 16, 125—127.



Westd. Zeitschr. f. Gesch. u. Kunst. XXX, II/III.

Der auswärtige Handel des rechten Rheinufers war bestimmt durch die industrielle Entwicklung und durch die Lage am Rhein. Da der Verleger Fabrikant und Kaufmann in einer Person war, so sind mit den bei der Industrie angegebenen Bezugs- und Absatzgebieten auch die Handelsbeziehungen gegeben. Den Absatz zur See besorgte der holländische Kaufmann, den in Deutschland, Frankreich usw. der Verleger selbst, oft in einer Art Grosshausierhandel. Daneben nahm der Speditionshandel Duisburgs nur eine bescheidene Stellung ein; seine Hauptartikel waren Kolonialwaren, die er für seinen Brotgeber, den Holländer, vermittelte. Die Ruhrkohlenverschiffung war für jene Zeit ziemlich bedeutend; Demian (S. 138) gibt sie auf über 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Mill. Ztr. an, die besonders nach Holland gingen. Der Handel der übrigen Hafenstädte des rechten Niederrheins war vollends bedeutungslos infolge des Übergewichts Kölns. Nur Düsseldorf fing in jener Zeit an, sich zu regen. 1798 wurde hier eine Beurtfahrt nach Holland eingerichtet und die alte Umgehung Kölns von Düsseldorf nach Zündorf verstärkt betrieben.

Aus der Übersicht der einzelnen Wirtschaftszweige der beiden Rheinseiten ergeben sich vor allem vier Punkte:

- Das Vorhandensein einer auf den ausserterritorialen Absatz abgestellten Industrie, die zwar keine Grossindustrie, aber für die damaligen Verhältnisse bedeutend ist.
- 2. Die grosse Bedeutung des französischen Absatzmarktes für die Industrie und die noch grössere Bedeutung derjenigen Absatzmärkte, welche bald darauf französische oder unter französischem Einfluss stehende Gebiete wurden: Holland, Belgien, Hansestädte und das nördliche Deutschland, Rheinbundstaaten, Italien, Spanien, Polen; diese Absatzmärkte sind als "neufranzösische" zu bezeichnen.
- 3. Die volle Abhängigkeit des Handels, soweit er auf die See angewiesen war, von Holland.
  - 4. Die innigen Beziehungen zwischen beiden Rheinufern.

In diese Verhältnisse hatten bereits die kriegerischen Verwicklungen aus Anlass der französischen Revolution, insbesondere der Seekrieg Englands gegen die mit Frankreich seit 1795 verbündete batavische Republik, störend eingegriffen. Anfangs Oktober 1794 waren die Franzosen endgültig an den Niederrhein vorgedrungen und hatten u. a. die Ausfuhr von Getreide und sonstigem Armeebedarf verboten. Die Umwälzung der gewohnten wirtschaftlichen Verhältnisse brachte aber

erst die Verlegung der französischen Zollgrenze an den Rhein am 3. Juli 1798 8).

## I. Kapitel.

## Die Zoll- und Steuerverhältnisse am Niederrhein vor 1818 und ihre Wirkung auf Handel und Industrie.

## I. Die Franzosenzeit 1798-1814.

Frankreich hatte 1790 alle inneren Zollschranken aufgehoben und 1791 einen allgemeinen mässig schutzzöllnerischen Grenzzolltarif eingeführt. Von 1793 ab war die gesamte Wirtschaftspolitik der Republik und des Kaiserreichs durch die beiden Zwecke: Kampf gegen England und Heranbildung einer möglichst starken nationalen Industrie, 1793 bzw. 1796 wurden deshalb gewisse Industrieerzeugnisse, in erster Linie alle englischen, verboten. Den bergischen Hauptartikeln wurde 1796—1801 ein Vorzugszoll von 10% v. W. eingeräumt. In diese Verhältnisse trat Handel und Industrie des linken Rheinufers ein, als 1798 die französische Zollgrenze an den Rhein verlegt wurde. Ein unerhört grosses inländisches Marktgebiet eröffnete sich der linksrheinischen Wirtschaft, während andererseits in die bisherigen innigen Beziehungen zum rechten Rheinufer hart eingegriffen wurde. Verbindungen mussten gelöst, neue mühsam aufgesucht werden; neue Produktions-, neue Konkurrenzverhältnisse erforderten scharfe Beachtung. 15 Jahre lang wirkte die anti-englische Wirtschaftspolitik auf das intensivste am linken Niederrhein. Immer stärker wurde das Schutzzollsystem ausgebaut, so besonders durch das Zollgesetz vom 30. April 1806. das u. a. hohe Zölle auf Kolonialwaren, Einfuhrverbot von Baumwollzeugen, Zölle auf Baumwollgarn und selbst auf Baumwolle, aber auch Ausfuhrprämien brachte. Als daraufhin England die Blokade erklärte, verfügte Napoleon am 21. November 1806 die völlige Handelssperre gegen England 9). Der nicht zu verhindernde riesige Schmuggel

<sup>9)</sup> Zu dem Krieg zwischen Frankreich und England trat als weiteres störendes Moment das Verhalten der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Diesen war es gelungen, durch die Neutralitätserklärung 1793 und den Freundschafts- und Handelsvertrag mit England 1794 den gesamten kolonialen Verkehr Frankreichs, Hollands und Spaniens an sich zu bringen. Als England von 1805 ab amerikanische Schiffe nach feindlichem Gut untersuchen und ev. wegnehmen liess, gaben die Amerikaner am 22. Dez. 1807 die Embargo-Act, wodurch die Unionshäfen gesperrt und den Amerikanern alle Schiffahrt nach fremden Ländern untersagt wurde. Durch die Non-Inter-



<sup>8)</sup> Vgl. Zeyss 92 ff.

(seine Prämie betrug  $40-50^{\rm c}/_{\rm 0}$  v. W.) und fiskalische Rücksichten veranlassten Napoleon, das System der Kontinentalsperre selbst durch seine "Lizenzen" und durch das Edikt von Trianon, 5. August 1810, zu durchbrechen. Durch dieses wurde das Verbot der Kolonialprodukte aufgehoben, dafür wurden sie mit einem Zoll von ungefähr  $50^{\rm o}/_{\rm 0}$  v. W. (Höhe der bisherigen Schmugglerprämie!) belegt; die Vorräte mussten in gleicher Höhe nachversteuert werden. Das absolute Verbot der englischen Manufakturwaren wurde dadurch nicht berührt.

Gemäss dem Grundsatz: französische Erzeugnisse überall hin. nach Frankreich keine fremden, zwang Napoleon die abhängigen Staaten, den französischen Fabrikaten eine Vorzugsstellung einzuräumen. So wurde in den Jahren 1805—1808 der italienische Markt zum nurfranzösischen Absatzgebiet umgewandelt, die Rheinbundstaaten gewährten den französischen Waren Erleichterungen 10). Preussen musste im Estève-Tarif 1807 die französischen Erzeugnisse zu 8 ½ o einlassen. Holland und die übrigen neuen französischen Gebiete standen den französischen Fabrikaten offen, ohne selbst ins Zollgebiet aufgenommen zu werden 11). Dies schaffte der Industrie mehr als Ersatz für die verlorengehenden Absatzgebiete: Übersee, Spanien, Russland 12).

Da die wirtschaftlichen Massnahmen Napoleons auf die Erlangung der wirtschaftlichen Autarkie abgestellt waren, so wurde die links-rheinische Industrie<sup>13</sup>) möglichst zu fördern gesucht.



course-Act vom 1. März 1809 wurde der Verkehr mit Ausnahme des mit Frankreich und England wieder frei gegeben, 1811 auch der mit Frankreich. Am 18. Juni 1812 erfolgte die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an England. Der Krieg dauerte bis Ende Dezember 1814.

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup>) Vgl. P. Darmstädter, Studien zur napoleonischen Wirtschaftspolitik. Vierteljahrschrift f. Sozial- u. Wirtschaftsgeschichte, 2. u. 3. Bd., Leipzig 1904 u. Stuttgart 1905, S. 124, 590.

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup>) Zeyss erwähnt S. 129, dass Holland und Nord-Deutschland 1811 auf einige Monate einbezogen waren.

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup>) Nicht nur wirtschaftspolitisch, auch 'technisch wurde der französischen Industrie alle mögliche Förderung zu teil; durch Ausstellungen, Prämien, Beschreibungen der neuesten Verfahren usw. suchte man die Betriebe zu vervollkommnen. Der Gedanke liegt nahe, dass die linksrheinischen Fabrikanten, solange sie einen übertriebenen Schutzzoll genossen, sich nicht allzu viel aus diesen Neuerungen machten; dass sie aber nach ihrem Eintritt in den Konkurrenzkampf 1814 sich schleunigst jener Verbesserungsanleitung erinnerten.

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup>) Vgl. Dilthey 5, 8. — Ch. Schmidt, L'industrie du grand-duché de Berg en 1810 (Addition aux Mémoires de Beugnot) (Extrait de la "Revue

Durch das Fernhalten der englischen, westfälischen und schlesischen Leinen vom grossen französischen Absatzmarkt und durch die Fürsorge Napoleons erlebte die Leinen ind ustrie ihren letzten Aufschwung. Das Hauptabsatzgebiet war der französische, also inländische Markt, besonders die neuen nördlichen Gebiete. Aus dem Bergischen waren Leinenbandfabriken auf das linke Ufer übergesiedelt.

Die Seidenindustrie war bedeutender als um 1798 geworden. Nach der Besetzung durch die Franzosen war das Monopol der v. d. Leyen nicht mehr beachtet worden; besonders gepflegt wurde die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Deshalb empfand gerade die Seidenindustrie die Seesperre und die Wirkung der Embargound der Non-Intercourse-Acte empfindlich. Aber auch hier half die derzeitige Hauptverkehrsform des Handels: der Schmuggel, und zwar über Dänemark. Von den früheren Absatzgebieten war 1810 Russland verloren gegangen. Das Hauptabsatzgebiet war der inländische Markt geworden, besonders die neuen nördlichen Gebiete. früher versperrte Preussen hatte seine Grenze öffnen müssen. Die Konkurrenz in Deutschland war erschwert durch den Rohstoffzoll.

Die Wollindustrie hatte den russischen Markt verloren, dafür aber Ersatz am französischen und italienischen gewonnen, den vorher die Engländer und Sachsen innehatten. Für die feinen Tuche wurde die Wolle aus Spanien auf dem Landweg bezogen.

Bei der Baumwollindustrie war die Spinnerei erst durch das Verbot der englischen Garneinfuhr und weiterhin durch das Aufheben des Vorzugszolles auf bergisches Garn, das dann ein Übersiedeln veranlasste, entstanden. Der Hauptsitz war Gladbach, Rheydt, Neuss; dazu kamen noch einzelne Spinnereien in Viersen, Burgwaldniel, Süchteln, Crefeld, Mörs, Rheinberg, Grevenbroich, Bonn und Köln. Ihre Abnehmer waren die linksrheinischen Baumwollwebereien und -wirkereien. "künstliche Treibhauspflanze" (Dilthey) war die Baumwollspinnerei aber ebensowenig wie die Baumwollweberei. Denn es waren geschulte Unternehmer, geschulte Arbeiter, fliessendes Wasser, endlich ein aussichtsreiches Absatzfeld vorhanden. Auf die Dauer wäre auch ohne Prohibitivsystem am linken Niederrhein die Baumwollspinnerei entstanden und in Blüte gekommen. Dass ihr Entstehen gerade in die extreme Schutzzeit fiel, das war die Quelle ihres späteren vorübergehenden Rückgangs. Denn so entstanden manche kleine unvollkommene Betriebe

d'histoire moderne et contemporaine", Bd. V) S. 400. - Schwann 179, 287 ff und passim. - Zeyss 81 ff. und passim.



mit ungenügendem Anlage- wie Betriebskapital. Andere wurden z. B. in Bonn angelegt, wo es an gelernter Arbeiterschaft rundweg fehlte. An alter Konkurrenz mangelte es ja nicht; aber das eingeschmuggelte englische Garn war doch mit der Schmugglerprämie belastet.

Die Weberei gelangte infolge der Wirtschaftspolitik zu hoher. Blüte und grosser Ausdehnung, besonders als die bergische Konkurrenz fast ausgeschaltet war und die bergischen Fabrikanten in grösserer Zahl übersiedelten und ferner der italienische Markt den französischen Geweben vorbehalten wurde. Ausser dem Hauptsitz Rheydt ragten Wickrath, Gladbach, Viersen, Süchteln, Neuss und Köln hervor. Das Garn lieferte zunächst Berg, dann die linksrheinischen Spinnereien; daneben wurde englisches Garn in grossem Umfang eingeschmuggelt. Das inländische Zollgebiet, Italien und die übrigen neuen französischen oder von Frankreich abhängigen Gebiete boten einen ausgezeichneten Die Krisis von 1810/11, die vom Warenhandel ausging und dann infolge der Pariser Kredite auf die Industrie übergriff, hatte am linken Niederrhein keine besonderen Wirkungen im Gefolge, da hier die Industrie auf lokaler Kreditgrundlage beruhte. Lebhafte Klagen, besonders von 1812 ab, verursachte der im grossen betriebene Schleichhandel mit englischen Baumwollzeugen.

Dieser so umfangreiche Schmuggel mit englischen Manufakturwaren ist besonders zu betonen; denn er stellt die späteren Klagen über die "Überschwemmung" seitens Englands ins richtige Licht. Ranke berichtet (S. 68), dass trotz des Kontinentalsystems und der Absperrung sich die englische Fabrikatenausfuhr von 21—22 Mill. Pfd. St. im Jahre 1804

gehoben habe. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass 1804 die englischen Waren zwar in Frankreich verboten waren, dass aber östlich des Rheins, dann in Italien und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika die Einfuhr englischer Fabrikate noch gestattet war. 1808 und 1812 war ihre Einfuhr dagegen in allen genannten Gebieten verboten; das Plus, das die englische Industrie in den Kolonien absetzte, konnte unmöglich so gross sein, dass es das Minus auf den bisherigen Hauptabsatzmärkten ausgeglichen, geschweige denn so bedeutend übertroffen hätte.

Trotz der hohen Zölle auf amerikanische Tabakblätter und des schwierigen Bezuges desselben sowie trotz des dadurch verursachten Verlustes des bedeutenden rechtsrheinischen Absatzgebietes blieb die Tabakindustrie, von Abwanderungen nach der rechten Rheinseite abgesehen, bis 1810 ziemlich auf alter Höhe. Mit der Einführung des staatlichen Monopols am 29. Dezember 1810 mussten natürlich die Fabrikanten ihre Betriebe einstellen.

Trotz des wegen des Seekrieges schwierigen Bezuges brasilischer Häute und des hohen Zolles auf die leichteren rechtsrheinischen Häute waren die Gerbereien und Lederfabriken stark und in Blüte. Der frühere grosse Absatz rechts des Rheines war wegen des Ausfuhrverbotes verloren gegangen, dafür bot der französische Markt mehr als genügenden Ersatz. Die Eichenlohrinde bezog man aus dem Moselund Saar-Departement.

Die Zuckerindustrie war in Köln, Crefeld und Uerdingen 1802 neu erstanden. Von 1811 ab wandte man sich zum Teil der Rübenzuckerfabrikation zu. Nicht nur durch die hohen Zölle, sondern zuletzt sogar durch Verbot des indischen Zuckers versuchte Napoleon diese junge Industrie zu fördern.

Der Handel war mehr und mehr unsichtbar geworden, d. h. er schlug nur mehr zum Teil die altgewohnten behördlich kontrollierten Wege ein, er hatte sich vielmehr eine neue Verkehrsform zugelegt: den Schmuggel<sup>14</sup>). Ohne diesen Übergang zu einer (offiziell) mehr unsichtbaren Betriebsform wäre es dem Landesprodukten-, speziell dem Getreide handel unmöglich gewesen, trotz des Ausfuhrverbotes das rechte Ufer und Holland sich als Absatzgebiet zu erhalten. Der Weinhandel hatte sich zu einem ziemlichen Teil auf das rechte Ufer verzogen, war aber im grossen und ganzen auf seiner alten Höhe geblieben. Dem Kolonialwarenhandel half auch das "Unsichtbarwerden" auf die Dauer wenig. Der Konsum ging bei den unglaublich hohen Preisen sehr stark zurück, der cölnische Kommissions- und Speditionshandel als Agent Hollands litt mit diesem auf das empfindlichste unter der Kontinentalsperre und dem englisch-amerikanischen Krieg. In jenen Jahren entwöhnten sich die Schweiz, sowie das obere und mittlere Deutschland in

<sup>14)</sup> Dass in der Tat der Grosshandel diesen gezwungenen Ausweg wählte, zeigt uns das Beispiel des Abr. Schaaffhausen bei Schwann S. 99. Dort auch die interessante Mitteilung, dass man später den jährlichen Verlust der französischen Zollverwaltung allein in Köln auf mehr als 3 Mill. frc. schätzen konnte. Vgl. auch Schwann S. 104, 109, 113, 165, 193, 298, 329, passim. Auch bei Zeyss, Thun, Gothein usw. finden sich überall die mannigfachsten aktenmässigen Belege für die enorme Bedeutung des Schmuggels, in dem man in jenen Jahren eine lang nachhaltende (1818!) und grossartige Übung erhielt.



starkem Masse des Rheins als Bezugslinie, so dass von 1814 ab die Möglichkeit des Aufschwungs nicht voll benützt werden konnte. kam, dass sich rechtsrheinische Städte, voran Düsseldorf, mit Erfolg bemühten, die Vormachtstellung Kölns zu mindern. Ferner hatte sich das Kapital in steigendem Masse der geschützten Industrie zugewandt, und zwar vor allem der Textilindustrie, wo die beiden Produktionsfaktoren Natur (fliessendes Wasser) und Arbeit (Leinenweber) bereits vorhanden waren. Der Tabakhandel war zunächst zum grossen Teil auf das rechte Ufer übergesiedelt; der zurückbleibende Teil war durch das staatliche Monopol von 1810 vernichtet worden. Der Fischhandel Kölns war infolge der hohen Zölle ausgeschaltet worden. Der Handel mit Tuffsteinen, Erden, Glas und Töpferwaren, sowie die Vermittlung von Rohstoffen vom Ober- und Mittelrhein nach Holland waren infolge des Niedergangs der Rheinschiffahrt, welche 1812/13 ihren Tiefstand erreichte, auf ein Minimum zusammengeschrumpft. Dagegen hatte sich entsprechend der Kräftigung der Industrie der Teil des Handels, der ihre Rohstoffe und den Vertrieb ihrer Produkte vermittelte, gehoben 15).

Auf dem rechten Rheinufer hatte das bayrische Herzogtum Berg einen einfachen und sehr niedrigen Landzoll. Bei der Einfuhr wurde die Hälfte, bei der Aus- und Durchfuhr der volle Betrag des Auf Handel und Industrie hatte die unbedeutende Satzes erhoben. Abgabe keinen Einfluss und sollte ihn auch nicht haben. der bisher verpachtete Landzoll in eigene Verwaltung genommen und eine zweckmässige Zollordnung erlassen; einer Erhöhung der Sätze widersetzten sich die Stände mit Erfolg. Ähnliche oder noch unvollkommenere Zolleinrichtungen bestanden in den anderen Gebieten, aus denen 1806 das Grossherzogtum Berg unter Murat mitgebildet wurde. Der Zolltarif vom 8. September 1807 war die einfache Zusammensetzung der alten Tarife der verschiedenen Landschaften, so dass die Abgabe im ganzen zwar merklich erhöht, Handel und Industrie aber nicht wesentlich beeinträchtigt wurden. Er wies ein einziges Verbot, das der Einfuhr von Crefelder Seidenwaren 16) auf. Die Sätze waren derartig, dass sich ein Schmuggel nicht lohnte. 1808 kam das Grossherzogtum Murat ging als König nach ganz unter französische Verwaltung. Sizilien. Ein neuer Zolltarif vom 10. September 1808 und ein Zollgesetz vom 11. Januar 1809 wiesen bereits hohe Sätze auf. Dekret vom 2. Oktober 1810 endlich dehnte die Bestimmungen des

<sup>16)</sup> Vgl. Thun II. Teil 261.



<sup>&</sup>lt;sup>15</sup>) Vgl. Schwann passim, bes. 313-330. — Zeyss 98, 123.

Edikts von Trianon auf Berg aus. Dazu kam 1811 und 1812 Tabakmonopol und Salzregie. Bezeichnend für jene Zeit sind die Worte Jacobis: "Die höchsten Verwaltungsstellen selbst mussten Auswege suchen, die in dem Dekret von Trianon verfügten hohen Auflagen, wie auch in anderen Gegenden Deutschlands geschah, zu umgehen, um nicht das schon 'tief gesunkene Gewerbe vollends niederzudrücken <sup>17</sup>)." — Am 1. November 1813 rückte das erste Streifcorps der Verbündeten in Düsseldorf ein <sup>18</sup>).

Der Aufschwung der bergischen Industrie dauerte bis 1806. Waren in den ersten Jahren der Franzosenherrschaft auf dem linken Rheinufer sowohl Fabrikanten wie Arbeiter auf das rechtsrheinische übergesiedelt 19), so schlug diese Bewegung in ihr Gegenteil um, als der französische Tarif von 1806 schwere Beeinträchtigung des Absatzes auf dem französischen und das Dekret vom 10. Juni 1806 mit seinen späteren Verschärfungen solche auf dem italienischen Markte brachten. Manche bergischen Niederlassungen am linken Ufer dienten vornehmlich zur Maskierung des umfangreich betriebenen Schmuggels. Aber auch diese unsichtbare Art des Vertriebes, welche die bergische Industrie auf ihrer Höhe hielt, ging zurück, als im Sommer 1809 eine französische Douanenlinie von Rees a. Rhein bis nach Bremen errichtet, 1810 Holland und der deutsche Norden nach Frankreich einverleibt und die starre Zollinie im Osten des Grossherzogtums nach den Sätzen des Trianontarifes gezogen worden war. Berg genoss nicht wie die linksrheinische Konkurrenz die Vorteile des Estèvetarifs in Preussen, nicht die Bevorzugungen der französischen Industrie in den Rheinbundstaaten. die Seesperre hatte es den bedeutenden amerikanischen und den spanischen Markt fast völlig verloren. Die Bitte um Einverleibung nach Frankreich wurde abgeschlagen. So auf allen Seiten am Absatz wie am billigen Bezug der Rohstoffe (besonders Leinengarn, Baumwolle und Seide) aufs ärgste gehindert, schrumpfte die bergische Industrie immer mehr ein. Am stärksten war die Übersiedlung nach Frankreich in den Jahren 1810 und 1811. Aber 1813 noch wanderten etwa 3000

<sup>&</sup>lt;sup>17</sup>, Vgl. die Denkschrift des bergischen Staatsrates und Generalzolldirektors Jacobi v. 9. Dez. 1813, abgedruckt bei Brandt, Studien zur Wirtschafts- u. Verwaltungsgeschichte d. Stadt Düsseldorf im 19. Jahrhundert, Düsseldorf 1902, S. 78 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>18</sup>) Vgl. Neigebaur, Darstellung der provisorischen Verwaltungen am Rhein vom Jahre 1813-1819, Köln, Bachem 1821, S. 12.

<sup>19)</sup> Vgl. Zeyss 110.

Arbeiter aus der Textil- und Eisenbranche nach der linken Rheinseite aus <sup>20</sup>). Die zurückbleibenden Arbeitslosen rotteten sich zu Banden zusammen, es kam zu gefährlichen Aufständen gegen die französische Verwaltung <sup>21</sup>).

Am Ende der Franzosenherrschaft lag die Gesamtheit der einzelnen bergischen Industriezweige darnieder. Der frühere Hauptabsatz nach dem Auslande konnte auch durch den Schmuggel nur notdürftigst aufrecht erhalten werden; der kleine, nun allerdings zollgeschützte und mit freiem inneren Verkehr ausgestattete inländische Markt bot keinen Bei der Baumwollspinnerei waren während der Blütezeit der bergischen Baumwollindustrie vor 1806 zu den wenigen vorhandenen Spinnereien einige neue gekommen: nämlich je eine in Mülheim an der Ruhr, Kettwig, Elberfeld, Sonborn, Hückeswagen, Lüdenscheid und Mechterstädt. Sie mussten nun wie die anderen ihren Betrieb einschränken oder ganz stillsetzen. In der Kleineisenindustrie war zu dem fast gänzlichen Verlust der ausländischen Absatzgebiete und der immer ausgedehnteren Errichtung von Waffenfabriken in den fremden Staaten 22) die Aufhebung aller Privilegien gekommen. Da die Solinger und Remscheider Industrie aber völlig auf Zunft und Bruderschaft aufgebaut war, brachte dies eine tiefgehende Erschütterung her-Der ausländische Wettbewerb, besonders der steiermärkische, erstarkte unter diesen Umständen immer mehr. Ein Lichtblick war die 1810 gelungene Herstellung von Gussstahl. Die Tabakindustrie, die gut emporgekommen war, wurde durch die Ende 1811 eingeführte Regie stillgesetzt. Die Tabakfabrikanten machte man zu Zolleinnehmern. Neu eingeführt wurde dagegen die Zuckerindustrie infolge des Verbots der Zuckereinfuhr <sup>23</sup>).

Der rechtsrheinische Handel hatte bis 1810 eine gute Zeit. Das rechte Rheinufer wurde ein Hauptbetriebsplatz für den grossen "unsichtbaren" Handel nach Frankreich. Viele linksrheinische Kaufleute verlegten ihre Niederlassungen dorthin, die Holländer bevorzugten mehr und mehr die rechtsrheinischen Städte Duisburg und Düsseldorf.

<sup>&</sup>lt;sup>20</sup>) Diese von Schmidt S. 400 gegebene Ziffer beruht wahrscheinlich auf dem Bericht eines Interessenten und muss schon deshalb bezweifelt werden, weil das Wiederemporkommen nach 1813 in so raschem und starkem Umfang sonst nicht gut möglich gewesen wäre. Vgl. auch Thun 60.

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup>) Vgl. Zeyss 139.

<sup>&</sup>lt;sup>22</sup> Vgl. Thun 59. Oben S. 301.

<sup>23)</sup> Vgl. Brandt 81, 83.

Köln ward noch mehr als früher umgangen <sup>24</sup>), der Landverkehr nach Frankfurt wurde stärker denn je. Dieses günstige Bild, das bereits 1806 durch den Verlust des sichtbaren Handels nach Frankreich und Italien eine starke Trübung erfahren hatte, änderte sich aus den oben angeführten Gründen. Der Warenzug von den nordwesteuropäischen Häfen mied die Rheingegenden, der Absatz der bergischen Fabrikate wurde minimal, der Schmuggel bei den eigenen hohen Prämien, dem vielfach vermehrten Risiko und dem verminderten Konsum unlohnend. Eine Ausnahme unter den niederrheinischen Städten machte Wesel, das zu Frankreich gehörte und seit der Einbeziehung Hollands und des nördlichen Deutschlands als Hauptdouanen- und Oktroistation zum "Zentralpunkt der Speditionen am Niederrhein" <sup>25</sup>), die ja allerdings nicht besonders lebhaft waren, wurde.

Ein Rückblick auf die wirtschaftlichen Verhältnisse am Ende der Franzosenherrschaft zeigt uns den grossen Unterschied der Lage auf den beiden Rheinufern. Links eine aus ihrem Beharrungszustand vor 1798 aufgescheuchte, gutbeschäftigte, extrem geschützte und bevormundete Industrie, die zum Teil sich vorzeitig entwickelt hat und einen allzugrossen technischen Fortschritt nicht kennt; die ferner ihre Beziehungen zu Frankreich und vor allem zu den "neufranzösischen" Gebieten als ihrem Inland teils aufs innigste verstärkt, teils neu geknüpft hat, so dass der unterbundene Absatz nach Russland, Polen, Portugal und Amerika mehr wie ersetzt ist; rechts dagegen eine alte, im Konkurrenzkampf erfahrene Exportindustrie, die nach grossem Aufschwung seit 3 Jahren schwere Fesselung ertragen muss, so dass ihr Leben der Flamme eines zurückgeschraubten Lampendochtes vergleichbar ist, die trübe schwelt und anfängt zu flackern. Der Handel bietet uns dagegen links wie rechts das Bild des Tiefstandes; der noch vorhandene hat sich in einen sichtbaren und unsichtbaren geteilt, ist deshalb und infolge der steten Kriege und politischen Änderungen in einen Zustand nervöser Unsicherheit gekommen.

## II. Die provisorische Verwaltung 1814 bis Juni 1815 und die ersten Jahre der preussischen Herrschaft bis 1818.

Mit dem Vordringen der Verbündeten nach der Befreiungsschlacht von Leipzig erfuhren die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse am Niederrhein eine gründliche Umänderung.

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup>) Vgl. Gothein 19. — <sup>25</sup>) Vgl. Schwann 327.



Durch Kabinets-Order vom 19. November 1813 wurden die ehemals preussischen Provinzen auf dem linken Elbeufer in zwei Militärgouvernements: "zwischen der Elbe und Weser" und "zwischen der Weser und dem Rhein" eingeteilt. In jedem Gouvernement wurde neben dem Militär-Gouvernement auch noch ein Zivil-Gouverneur eingesetzt. Für das Rhein-Weser-Gouvernement (Sitz Münster) war es von Vincke. Diese Organisation dauerte bis Ende April 1816<sup>26</sup>).

Als Verwaltungsrat für die zu besetzenden deutschen Länder hatten die Verbündeten am 21. Oktober 1813 ein "Zentraldepartement" eingesetzt, welches sofort die drei Generalgouvernements von Sachsen, Frankfurt und Berg errichtete. Die provisorische Verwaltung des letzteren, das in der Hauptsache durch das frühere Herzogtum Berg gebildet wurde, übernahm am 25. November 1813 der russische Staatsrat Justus Gruner. Als dieser Generalgouverneur vom Mittelrhein wurde, folgte ihm am 4. Februar 1814 Prinz Alexander zu Solms-Lych, der am 30. Juni 1814 das Gouvernement wieder an Gruner abgab. Am 15. Juni 1815 kam es zum General-Gouvernement vom Nieder- und Mittelrhein unter Sack. Inzwischen waren durch Beschluss der Verbündeten zu Basel vom 12. Januar 1814 mehrere neue General-Gouvernements gebildet worden:

- 1. des Niederrheins, welches die linksrheinischen Departements Roer, Niedermaas, Ourthe umfasste unter dem preussischen Staatsrat Sack seit dem 10. März 1814 mit dem Sitz zu Aachen;
- 2. das des Mittelrheins für die Departements Donnersberg, Rhein und Mosel, Saar, unter Justus Gruner mit dem Sitz zu Trier, später Koblenz, dann Mainz;
  - 3. das des Oberrheins, Sitz Colmar;
  - 4. das von Vesoul.

Zu den Grundsätzen für die Verwaltung, die zu Basel festgesetzt wurden, gehörte auch die Aufhebung der droits réunis und sonstigen lästigen Abgaben, sowie die möglichste Beibehaltung der bisherigen Verwaltungsart. Infolge des Pariser Vertrages vom 31. März 1814 wurden die General-Gouvernements vom Nieder- und Mittelrhein zusammengelegt unter Abtretung a) des linken Maasufers an das belgische General-Gouvernement und b) des rechten Moselufers an die österreichisch-bayrische Regierungskommission zu Kreuznach. Die Ver-

<sup>&</sup>lt;sup>26</sup>) Vgl. Schulteis, Die Karten von 1813 und 1818, Erläuterungen zum geschichtlichen Atlas der Rheinprovinz, 1. Band, her. v. d. Ges. f. rhein. Geschichtskunde, Bonn 1895, S. 110.

waltung des hieraus am 14. Juni 1814 gebildeten "General-Gouvernements vom Nieder- und Mittelrhein", unter Sack, wurde wie die Bergs für preussische Rechnung geführt (Bestimmung des Pariser Vertrages). Es gab, gemäss den Beschlüssen des Wiener Kongresses, am 12. Mai 1815 das rechte Maasufer und einen grossen Teil seines Südwestens an das neugebildete Königreich der Niederlande (Holland und Belgien wurden vereinigt) und empfing dafür Berg und die am 21. Juni 1815 abgetretenen nassauischen Gebiete (Fürstentum Siegen, die Ämter Altenkirchen, Ehrenbreitstein, Frensburg, Friedenwald, Hammerstein, Linz, Vallendar, Altenwied, Dierdorf, Heddesdorf, Hohensolms, Neuenburg, Neuwied, Braunfels, Greifenstein) sowie am 1. Juni 1815 das rechte Moselufer bis zur Nahe. Durch die Verordnung vom 30. April 1815, die Grundlage der preussischen Verwaltungsorganisation, wurden die beiden Provinzen "Herzogtümer Jülich-Cleve-Berg" und "Grossherzogtum Niederrhein" geschaffen und Sack der gemeinsame Oberpräsident dieser "Kgl. preussischen Provinzen am Rhein".

Nach Sacks Ernennung zum Oberpräsidenten von Pommern (23. März 1816) erhielt Jülich-Cleve-Berg als Oberpräsidenten Friedrich Graf zu Solms-Laubach mit dem Amtssitz zu Köln. Zur Provinz gehörten die drei Regierungsbezirke Köln, Düsseldorf und Cleve; der letztere erhielt von Westfalen das rechtsrheinische Cleve. 1821 wurde der Regierungsbezirk Cleve mit dem Düsseldorfer vereinigt, sodass der Gebietsumfang der Provinz Jülich-Cleve-Berg sich mit dem der heutigen Regierungsbezirke Köln und Düsseldorf deckt. Oberpräsident der Provinz Niederrhein, mit den drei Regierungsbezirken Aachen, Trier und Coblenz, wurde Staatsminister von Ingersleben mit dem Amtssitz in Coblenz; Gebietsumfang der Regierungsbezirke war der gleiche wie heute; Siegen kam zu Westfalen.

Nach Solms' Tod (24. Februar 1822) wurden die beiden Provinzen 1822 zu einer "Rheinprovinz" vereinigt unter Ingersleben. <sup>27</sup>).

In zollpolitischer Beziehung wurde bereits am 29. November 1813 das Kontinental-System für Berg aufgehoben, die Einfuhr der

<sup>&</sup>lt;sup>27</sup>) Vgl. Neigebaur, a. a. O. S. 3-8, 44-63. — Neigebaur, Die angewandte Cameral-Wissenschaft, dargestellt in der Verwaltung des Gen.-Gouverneurs Sack am Nieder- nnd Mittelrhein, Leipzig 1823, S. 1-4, 530. — Schultheis 115, 159. — Scotti, Sammlung der Clevisch-Märkischen Gesetze 3. Teil, Düsseldorf 1822, Nr. 3446, passim. — A. Herrmann, Graf zu Solms-Laubach, Annalen d. histor. Vereins f. d. Niederrhein, 87. Heft, Köln 1909, S. 159, verlegt die Vereinigung der beiden Provinzen irrtümlich in das Jahr 1824.



englischen Waren erlaubt, die ausserordentlichen Abgaben von Kolonialwaren abgeschafft und die Erhebung der Zollabgaben nach dem Gesetz vom 11. Januar 1809, das den Tarif vom 10. September 1808 zur Grundlage hatte, angeordnet 28). Gruner und v. Vincke unternahmen sofort die Regelung der nachbarlichen Beziehungen. Die Verhandlungen führten am 12. Dezember 1813 zur Konvention zu Dortmund<sup>29</sup>). Nach § 10 der Konvention soll zwischen dem Gouvernement Berg und dem Ruhrdepartement kein Zwischenzoll erhoben werden, vielmehr "sollen in Hinsicht des Zollwesens jene Länder als Territorium betrachtet und in dieser Art auf der Grenze mit Ein- und Ausgangszöllen versehen werden. Diese Zölle sind eine gemeinschaftliche Einnahme beider Gouvernements, werden nach einem gleichförmigen Tarif, der entworfen werden soll, gehoben, und die Nettoeinnahme wird nach dem Verhältnis der Population geteilt". Demgemäss beauftragte Gruner seinen "Staatsrat und General-Strassen- und Wasserbau-, auch Zolldirektor" Jacobi am 20. Dezember 1813, sich mit dem Bevollmächtigten Vinckes, dem kgl. preuss. Geh. Kriegsrat Liebrecht, in Verbindung zu setzen. Es komme "zunächst darauf an, einen neuen Zolltarif für beide Gouvernements gemeinschaftlich zu entwerfen, und dabei zugleich die Verminderung der bisherigen so unverhältnismässig grossen Anzahl der Zollbedienten zu berücksichtigen". Sehr bald konnte Jacobi seinem Chef das Ergebnis der Verhandlungen mit Liebrecht vorlegen. Nach seinem Bericht wurden die Tarifsätze so gestellt, dass sie "einerseits keine begründete Beschwerde, andererseits immer noch weit höhere Erträge als bisher" brachten. "Der Bequemlichkeit des Handels wegen und um so wenig als möglich zu Unterschleifen und gehässiger Untersuchung Veranlassung zu geben", seien die Waren in 4 Hauptklassen eingeteilt worden. Die Tarifsätze seien zumeist niedriger als die von 1807 und wesentlich niedriger als die von 1810. Die vorgeschlagenen Sätze pro Zentner ergeben sich aus folgender Tabelle (siehe nebenstehend):

Die Sätze für Wein 30) findet Jacobi zu hoch; er habe aber nachgeben müssen. Die Kolonialwaren seien so hoch belastet, als es ohne Stockung des Zwischenhandels möglich sei. In die Zollordnung bringt er einen Artikel, wonach die Einnehmer dem Zollpflichtigen mit

<sup>28)</sup> Scotti Nr. 3453.

<sup>&</sup>lt;sup>29</sup>) Dieses und das folgende aus Staatsarchiv Düsseldorf, VIII. Gen.-Gouv. Berg, Zölle, Steuern etc. Nr. 60.

<sup>30)</sup> Die aber in den Akten nicht angegeben sind.

Tarifsätze in Ggr.

	Grossher	Grossherzogt. Berg	_	Preis	- E	hein-	Rhein-Weser-Zoll- verband 1814	r-Zol 814		Sa	Sacks E	Intwi	Entwurf 1814	14	Be	Berliner Projekt
	1807	1809	<u>g</u>	in	Tarifsatz	satz	i ii	- in % v. W	W.	Tarifsatz	satz	i i	in % v. W	. W.	Tarif = in satz v. V	= in % v. W.
	Tarifsatz Einf.   Ausf.	Tarifsatz . Einf. Ausf.	f. Thir.	. = Ogr.	Ein-	Aus-	Ein- fuhr	Aus- I	Durch- fuhr	Ein-	Aus-	Ein-	Aus- fuhr	Durch- fuhr	Ш	Einfuhr
	1 2 3	g †	9	2	∞	6	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
1. Klasse. Rohstoffe f. d. Industrie		ĝ				4										
Robseide	1 14/3	12/3 54/3		29040		N 01	0.003	0.007	0,010	11/3	+ 4	0.002	0.014	0,019	12	0.041
Baumwolle	1	1	763/8		-			0,100	0,163	$\frac{1}{2}$	7	0,089	0,22		12	0,655
Wolle	1	1	-	1200	1	21	0,083	0,170	0,353	$1^{1/2}$	4	0,125	0,33	0,455	15	1,0
2. Klasse. Manufakturwaren .	$3^{1/3}$ $1^{1/4}$	51.3 32/3	. 83		4	-				20	$1^{1/2}$					
Barchent (grob. Baum-		1	g	1009	A	-	0	0		10	11/.	0	-	0	10	0
Sohlleder		-		1464	4		0,973		0.25	. rc	11/3	0.34	0,075		2 2	9,0
Zucker, roh, z. Konsum	1	1	_	009	۸.	۵.	2		210	2		0,83	0 25	1.08	15	2,0,
3. Klasse. Kolonialwaren und ähnliche	22/3 1/3	in den and.	-		80	. 3				4	1					
Kandis; Pfeffer	1	Klassen	$33^{1/3}$	800	3	-	0,375		0,417	4	-	0.9	0,125		15	1,5
Kaffee	1	1	277/9	_	3		0,45	-	0,5	4	1	0,6	0,15		15	1,8
Kakao	1	1	50	480	co (	1/3	10	0,07	0,695	4	_	0,83	0,208	1.038	15	2,2
Keis	1	1	8/18	2002	. 3	1/3	1,5	0,167	1,667	4	_	2,0	0,5	2,2	12	0,0
4. Klasse, Besonderes,				000						-		4	(	,		
Zucker, roh, t. Kathn.	1	1	25	009	1	1	1	1	1	11/2	c	0.35	0.83	1,08	ı	1
Pottasche	1	I	12	228		1	1	1	1	_	-	0.347	1,04	1,387	J	1
Stabeisen	1	1	00	192	1	1	1	1	1	1/3	21	0.174	1 04	1,214	1	1
Blei	1	1	9/90	140	T		1	1		1/3		0,24		1,67	1	i
Salz, roh, z. Konsum .	1	1	$2^{1/2}$	09	50	$1^{1/2}$ 3	33,38	2,5 3	35,83	50		33,33		35,83	1	1
Salz, roh, f. Raffinerien	1	1	$2^{1/2}$	09	Ī	1	-	1	1	62/3	71	11,11	2,5	13,61	1	İ
Getreide: Weizen	1	1	21/3	09	1	ſ	1	-	1	01	2/3	3,33	1,11	4 44	1	*

Bescheidenheit begegnen und willig jede Auskunft geben müssen. Die beiden Gouverneure sowie Berlin genehmigten alsbald diesen Entwurf und so konnte bereits am 9. Januar 1814 "die provisorische Zollordnung für die Lande Münster, Cleve, Berg, Mark, Tecklenburg, Lingen und die eingeschlossenen Gebiete in Kraft, der Rhein-Weser-Zollverband ins Leben treten<sup>31</sup>).

In den gleichen Tagen, in denen am linken Rheinufer mit den flüchtigen Douanenbeamten auch die starre Douanenkette am linken Ufer verschwand (den letzten rheinischen Platz, Cöln, verliessen die letzten Franzosen am 14. Januar 1814), in denselben Tagen wurde am rechten Rheinufer von Unkel bis Emmerich, dann weiter nach Meppen, hinüber nach Minden und in ziemlich gerader Richtung zurück nach Unkel, eine neue Zollinie errichtet. Aber ihr Charakter war ein anderer. Nicht Schutzzölle sollten die Sätze in erster Linie sein, sondern Einnahmequellen. Für Ende 1814, bzw. anfangs 1815, sind verschiedene Preise in den Düsseldorfer Akten enthalten, sodass man für einzelne Artikel berechnen kann, wieviel Prozente vom Wert die Sätze des Rhein-Weser-Zolltarifs betrugen (s. Spalten 10-12 der letzten Tabelle). Im allgemeinen kann man mit 1/2 % rechnen. Die Sätze sind für die damalige Zeit in der Tat niedrig bemessen und reizen nicht zum Schmuggeln; bei der groben Einteilung in 4 Klassen sind die pro Gewichtseinheit geringwertigeren Artikel weit höher belastet als die hochwertigeren derselben Klasse. Jedenfalls erfüllte der Rhein-Weser-Zolltarif seine Aufgabe, unter ziemlicher Schonung einen guten Reinertrag zu liefern. Klagen wurden nur in geringer Zahl vorgebracht. Der Tarif wurde anfangs Januar 1815 in formaler Beziehung geändert, indem "die alphabetische Klassifikation aufgegeben und dafür zwei Hauptabteilungen eingeführt wurden, wie die Gegenstände ungefähr zusammengehören". Es scheint, dass diese, nicht näher bekannten, Änderungen auf Berliner Einflüsse zurückzuführen sind (s. unten das Ladenbergsche Projekt). Der bergische Staatsrat und Direktor der Steuern und Zölle, v. Rappard, urteilte mit nicht allzugrosser Zufriedenheit: "Ein haltbares System lässt sich dabei so leicht nicht einführen, weil die

<sup>&</sup>lt;sup>31</sup>) Vgl. Scotti Nr. 3470. — Neigebaur, Cam.-Wiss. 405; dort ist irrtümlicherweise das Inkrafttreten der provisorischen Zollverfassung für den Januar 1815 berichtet. Schon auf der nächsten Seite lässt er Sack 1814 sich nach den berg-münsterschen Sätzen richten. — Über die von Gothein 65 und 81 erwähnte Notabelnversammlung zu Düsseldorf im August 1814 ist in den von mir benützten Akten nichts zu erfahren.

Objekte gar zu heterogen sind <sup>32</sup>)." Eine wichtigere Änderung ist die Erhöhung des Einfuhrzolles auf englisches Baumwollgarn im Oktober 1815. Er stieg von 4 Gr. auf 80 Gr. oder 3 Rtlr. 8 Gr. per Ctr. <sup>33</sup>), bedeutete also bei einem Düsseldorfer Durchschnittspreis von 125 Rtlr. für Kettengarn (watertwist) und 107 Rtlr. für Einschlagoder Schussgarn (muletwist) einen Schutz von 2,67 bzw. 3,1 % v. W. Die Baumwollweber, -garnhändler und Türkischrotfärber freilich berechneten die hierdurch bewirkte Bevorzugung der bergischen Spinner, also ihre eigene Benachteiligung, gegenüber den englischen Konkurrenten auf 20 %, indem sie Transport-, Versicherungs-, Provisionskosten, Betriebsabgabe usw. abzogen <sup>34</sup>). War diese Berechnungsart auch eine durchaus subjektive, so hatte ihr unablässiges Drängen doch den Erfolg, dass der Garnzoll 1818 auf einen Rtlr. ermässigt wurde.

Am linken Rheinufer sah Sack den Erfolg von Gruner und Vincke. Auch er brauchte Einnahmen und hatte dazu eine bisher extrem geschützte Industrie vor dem plötzlich hereinbrechenden freien Konkurrenzkampf zu bewahren.

Im Mai 1814 liess er den ehemaligen Steuerdirektor Bernard die Grenzen bereisen, "um eine sichere und feste Basis zu einer künftigen, der Lage der Sache angemessenen und zur Beförderung der inländischen Kultur und Industrie notwendigen Zolleinrichtung zu erhalten" <sup>35</sup>). Im Juni 1814 <sup>36</sup>) hielten der "Direktor der Land- und Wasserzölle vom Nieder- und Mittelrhein" Bernard und die Vertreter der beiden anderen Gouvernements Konferenzen ab. Ihr Ergebnis war der Entwurf eines "Landzolltarifes für die Generalgouvernements vom Nieder- und Mittelrhein, Herzogtum Berg und die Provinzen Münster, Cleve, Mark, Lingen und Tecklenburg".

Der Entwurf liess die Klassifikation des berg-münsterischen Tarifs unverändert, erhöhte aber die Abgabensätze; die aus den östlichen kgl.

<sup>32)</sup> St.-A. Düss. a. a. O. Nr. 96, Handelsbericht v. 28. Febr. 1815.

<sup>&</sup>lt;sup>33</sup>) Es ist bemerkenswert, dass der am 1. Juni 1814 in Alt-Preussen eingeführte Ersatzzoll auf den Ctr. Baumwollgarn 3 Rtlr. betrug; vgl. Dilthey 11 (4 Tlr. bergisch = 3 Rtlr. 8 Ggr.).

<sup>&</sup>lt;sup>34</sup>) St.-A. Düss. a. a. O. Nr. 96, Hand.-Ber. v. Nov. und Dez. 1815. Die Garnpreise gingen in der Folge beträchtlich herunter, so dass der Schutz auf 6—7 % stieg.

<sup>35)</sup> Dies und alles folgende nach St.-A. Düss. Gouv. Comm. Roer-Dep. IV, 10, 2; ergänzt durch Neigebaur, Cam.-Wiss. 403 ff. Neigebaur fusst, wie ich mich oft überzeugen konnte, auf Aktenmaterial.

<sup>36)</sup> Protokoll v. 23, Juni.

preussischen Provinzen kommenden und dahin gehenden Landesprodukte und Fabrikate sollten nur den dritten Teil bezahlen, falls sie im Lande erzeugt waren oder dort verblieben. Alle im Tarif nicht benannten zollbaren Gegenstände sollten bei der Einfuhr 75 ct. (für Nieder- und Mittelrhein) bzw. 15 Stbr. (für Berg) bzw. 5 Ggr. (für Münster), bei der Ausfuhr 60 ct. bzw. 12 Stbr. bzw. 4 Ggr. per Ctr. bezahlen. Eine weitere kleine indirekte Erhöhung der Sätze wäre dadurch eingetreten, dass als Gewichtseinheit der Ctr. zu 50 Kg. = 107 alte Pfd. (coln. oder preuss.) zu Grunde gelegt wurde, während der berg-münstersche Tarif den zu 110 Pfd. aufwies. Der Rheinverkehr sollte (wie aus Bemerkungen aus der späteren Korrespondenz hervorgeht) die Abgaben nicht entrichten 37). Aus der Tabelle S. 315 sind die projektierten Sätze ersichtlich. Zu bemerken ist, dass gebleichtes Garn aus Leinen, Wolle und Baumwolle sowie Geld zu den Manufakturwaren gezählt wurde; in der vierten Klasse waren zu entrichten u. a.

- a) 10 bzw. (bei der Ausfuhr) 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Gr. für gesponnene und gezwirnte Seide, seidene Bänder und Spitzen, Seidenwaren und Samt aller Art, Wollwaren und fabrizierten Tabak;
- b) 12 bzw. 1 Gr. für gebreitetes Eisen, grobe und feine Eisenund Stahlwaren;
- c) 20 bzw. 1 Gr. für Eisen- und Stahldraht;
- d) <sup>1</sup>/<sub>3</sub> bzw. 2 Gr. für Stab- und Schmiedeeisen, raffinierten Stahl, rohes Blei, Messing, Kupfer;
- e) 1/30 bzw. 1 Gr. für Eisenerz;
- f) 8 bzw. 11/2 Gr. für gegerbte Häute;
- g) 1 bzw. 3 Gr. für Pottasche;
- h) 20 bzw.  $1^{1}/_{2}$  Gr. für rohes und feines Salz, dagegen nur  $6^{2}/_{3}$ , wenn roh für inländische Raffinerien eingeführt;
- i) verboten war die Einfuhr von Spielkarten.

Die genauere Angabe des Entwurfs rechtfertigt sich dadurch, dass er 1. die Ansichten und Pläne der rheinischen Verwaltung zu jener Zeit wiedergibt, 2. dass er die Grundsätze kennzeichnet, welche den Handelsvertrag mit Belgien abschliessen liessen, 3. dass er endlich die Veranlassung gab, den rheinischen Verwaltungsbeamten und durch sie Berlin die Wünsche der rheinischen Interessenten darzulegen, sodass diese in Berlin während des Werdegangs der Zollreform bekannt waren.

Am 30. Juli 1814 legte Sack den Entwurf in Berlin vor. Er hoffte auf Grund einer früheren allgemeinen Ermächtigung des Finanz-

<sup>37)</sup> So St.-A. Düss. a. a. O. IV, 10, 2; dagegen Gothein 81.

ministers, in Zollsachen eine provisorische Regelung vorzunehmen, die Genehmigung zur Einführung zu erhalten. Im August 1814 hatte jedoch Ladenberg als Chef der 3. Generalverwaltung die Leitung der indirekten Steuerverfassung in den überweserischen Provinzen erhalten. Er veranlasste eine Verfügung des Finanzministers Grafen v. Bülow (unterm 12. August 1814) an Sack, worin dieser den Auftrag erhielt, "einen einfachen Zolltarif nach den Hauptsätzen von 12 Ggr. per Ctr. verpackter und 6 Ggr. unverpackter Waren [bei der Einfuhr; Ausfuhrzoll sollte ganz wegfallen] mit den zum Besten des inländischen Gewerbefleisses notwendigen Ausnahmen und Normierung besonderer Sätze für Objekte, die nicht nach dem Gewicht verzollt werden können", ausarbeiten zu lassen 38). "Diesem von mir veranlassten Auftrag", so fährt Ladenberg fort, "lag die Überzeugung zu Grunde, dass die eigenartigen Verhältnisse des 2. Bestandteiles der Monarchie ein höchst einfaches, den Verkehr weder verdrängendes, noch in Bezug auf Formalitäten zu gerechten Beschwerden geeignetes indirektes Steuersystem notwendig machen," und dass deshalb vorläufig die finanziellen Zwecke den politischen und staatswirtschaftlichen untergeordnet werden müssten, Nach den Erfahrungen hätten dann die Zollsätze erhöht oder, im Falle dies nicht möglich, Verbrauchsabgaben von wenigen Objekten eingeführt werden können. Am besten wäre dies in Verbindung mit den städtischen Abgaben geschehen, da daran die Rheinländer gewöhnt gewesen seien. "Der für die Staatskassen ergiebigere und für den Handel und die Stimmung der neuen Untertanen gleich vorteilhafte Plan dieser Erhebung eines einfachen Zolles blieb unausgeführt, und auf eine in den Annalen der preussischen Finanzgeschichte unerhörte Art schreiben wir seit 18 Monaten über eine noch immer nicht begonnene Zolleinrichtung, die bei Anwendung der natürlichen Mittel bequem in 2 Monaten ausgeführt sein könnte . . . . Es ist weit besser, eine wenn auch noch zu verbessernde, als gar keine Zolleinrichtung zu haben. Da Se. Exzellenz - Sack - meine früheren Pläne verworfen hat, so ist nur

<sup>&</sup>lt;sup>38</sup>) Dieses Projekt war nicht Ladenbergs originelle Idee. Bereits 1810 hatte der Regierungsrat Loeffler ein Reglement betreffend die Vereinfachung der Zölle und Handlungsakzise ausgearbeitet, dessen Tarif für verpackte Waren 1 Tlr., für unverpackte <sup>1</sup>/<sub>3</sub> Tlr. per Ctr. vorsah, mit besonderen Sätzen für Getreide, Vieh und andere bestimmte Artikel. Siehe H. Freymark, Die Reform der Handels- und Zollpolitik von 1800—1821 und ihre Bedeutung. Samml. nat.-ökon. und stat. Abhandl. d. staatsw. Seminars zu Halle, her. von J. Conrad, 17. Bd., Jena 1898, S. 38.

zu prüfen, in wieweit die von demselben ausgesprochenen Absichten ihnen entgegen sind 39)."

Sack glaubte den Widerstand der massgebenden Berliner Stelle überwinden zu können. Er berief für den 26. August 1814 nach Aachen Vertreter der Handels- und Industriekammern seines Gouvernements und legte ihnen den Entwurf der drei Generalgouvernements vor. Auch den drei Gouvernements-Commissären (vormaligen Präfekten) übersandte er am 26. August 1814 eine Abschrift des Entwurfs nebst Promemoria. In dem Begleitschreiben an den Appellationsrat Bölling, Gouv.-Commissär in Aachen, heisst es: " . . . . Zollsystem für nötig erachtet, und ist demselben seitens des Herrn Finanzministers v. Bülow, Exzellenz, im allgemeinen auch schon beigetreten." In diesem Begleitschreiben wie im Promemoria wird die Notwendigkeit, mit Berg und Münster einen "Begränzungszirkel (Zollverband)" mit freiem inneren Verkehr zu bilden, in erster Linie mit dem Einnahmebedürfnis begründet; höhere Abgaben würden den Verkehr stören, die Einnahmen schmälern und nur den Schmuggel fördern, bei den Grenzen des Landes eine dann nötige stärkere Grenzbesetzung den Ertrag der Zölle aufzehren. sehen hier bei Sack bereits die Haupteinwände gegen den Zoll, die 1818 immer und immer wiederkehren.

Die Handelskammer von Köln und die "Manufakturkammern" von Crefeld, Aaehen und Stolberg gaben Mitte September 1814 und, auf nochmaliges Anfordern, im Oktober 1814 ihre Gutachten zum Tarifentwurf ab. Köln spricht sich zunächst für die Nichtbesteuerung des Handels aus; denn diesen müsse man jetzt umsomehr fördern, als die Industrie durch die veränderten Verhältnisse zu Frankreich schwer benachteiligt sei. Auf jeden Fall sollten die Transitabgaben bedeutend ermässigt werden. Es könnten ferner auf das Gouvernement nicht die gleichen Grundsätze wie bei dem "berechtigten" belgischen und holländischen Zollsystem angewendet werden; denn jenes sei 1. als Einnahme und als Schutz für die Industrie eingerichtet, während der Entwurf nur Einnahmen erzielen wolle, und 2. seien jene Länder durch ihre Lage am Meer die ersten Käufer der Bedürfnisse des Kontinents und könnten den andern Ländern den Preis diktieren. Das könne

<sup>&</sup>lt;sup>39</sup>) Staatsarchiv Coblenz, Rep. Obp. Jülich-Cleve-Berg VII, 1, 5 volum. I, Ladenbergs Votum die Zölle und indirekte Steuerverfassung in den überweserischen Provinzen betr., vom 28. Februar 1816. — Diese Äusserung der massgebenden Berliner Stelle greift zwar der folgenden Darstellung etwas vor, ist aber des Zusammenhangs wegen ganz zitiert.

aber der rheinisch-cölnische Handel nicht; die Versorgung des oberdeutschen Marktes mit Kolonialwaren würde nach Ausführung des Entwurfs über die französischen Häfen, Kanäle und Landstrassen erfolgen. Der Rheinwein würde von den französischen Weinen in Russland, Polen usw. verdrängt; der Salzhandel verliere das rechte Moselufer an die dortigen Salinen und sinke so auf ein Viertel. Der freie Verkehr mit dem rechten Rheinufer sei völlig belanglos. — Interessant ist hier die völlig inkonsequente Anerkennung der belgischen und holländischen Zölle als "berechtigte" und die fatalistische Unterordnung unter die niederländischen Schikanen, sowie die Verleugnung der grossen Interessen am rechten Rheinufer.

Legte Köln das Hauptgewicht auf die Abwehr der Transitabgaben, so beklagt Crefeld das Fehlen von industriellen Schutzzöllen, die Besteuerung von Rohstoffen bei der Einfuhr und von Fertigfabrikaten bei der Ausfuhr. Das Projekt stelle lediglich eine neue Steuer, nicht aber "ein Repressaliensystem gegen die französische Douane" dar. Der freie Verkehr innerhalb des Zollverbandes verschaffe Crefeld keine Vorteile. Die Transitabgaben seien mässig und könnten getragen werden, dürften aber nicht höher werden; "denn sonst würde der Nachbar - Holland - zu Repressalien gereizt, wo man doch auf den Absatz bei ihm angewiesen sei". Im übrigen könne man noch nicht über die Zollsätze entscheiden, da ja die Landesgrenzen noch unbestimmt seien. — Die Crefelder Industrie trifft hier mit dem Cölner Handel in dem Wunsche nach Mässigkeit der Transitabgaben zusammen; bei beiden die Überzeugung der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Holland.

Aachen wendet sich gegen die Zölle auf industrielle Rohstoffe, besonders gegen den übermässigen auf Stahldraht wegen seiner Nähnadelfabriken; es wünscht die zollfreie Wiederausfuhr der zur Konsumtion eingehenden Waren.

Stolberg hat nichts zu erinnern.

Bölling überreichte Sack am 30. Sept. 1814 die Gutachten der Kammern, einen eigenen Bericht sowie "Bemerkungen zum erläuternden Promemoria" und "Erinnerungen zu dem Gutachten der Handelskammern". Diese beiden Schriftstücke hatten M. Koch, der früher preussischer Rheinzollbeamter und dann im Büro Böllings war, zum Verfasser. Bölling wie Koch befürworten höhere Sätze zum Schutze der Industrie; dies sei nötig, da Holland 3% v. W., Belgien 8% erhebe und Frankreich sein Verbotsystem beibehalten habe. Crefeld



wird im allgemeinen beigestimmt, Cöln gegenüber auf die Blüte des rheinischen Speditionshandels 1780—1790 verwiesen, wo doch jeder Uferstaat seinen hohen Rheinzoll erhoben habe. Da der Speditionshandel auf dem Rhein bleibe, werde er von dem Entwurf nicht getroffen. Dagegen seien die Cölner Ausführungen wohl zu beachten. Grundgedanke bei Bölling und Koch ist wie bei Sack: durch den Einfuhrzoll besteuere ich den eigenen Untertanen, durch den Aus- und Durchfuhrzoll aber den Fremden.

Dieses Material lag den Vertretern der Zollbehörden der 3 Gouvernements, v. Rappard, Liebrecht und Bernard, vor, als sie in den Konferenzen vom 23.-26. Oktober 1814 (zu Düsseldorf und Sundern 40)) über die Umarbeitung des von Berlin abgelehnten Entwurfs und über den am 1. Oktober 1814 von Bernard in Brüssel abgeschlossenen provisorischen Handelsvertrag mit Belgien (s. unten S. 326) berieten. Sie erklärten sich gegen den Vorschlag Ladenbergs, weil "dadurch Handel und Gewerbe ihrer Länder zerstört" würden. Der Tarifentwurf ward umgeändert, wo es unbesorgt geschehen konnte, und dieser "Modifikations-Tarif-Entwurf" 41) wiederum Berlin vorgelegt; zugleich der Handelsvertrag mit Belgien. Die Ministerialverfügung vom 17. September 1814 brachte eine scharfe Zurückweisung dieses Entwurfs wie des Handelsvertrages. Sack wurde angewiesen, Handelsvertrag und Zolltarifentwurf sowie das Berliner Projekt vom 12. August 1814 (12 Ggr. pro Zentner für verpackte, 6 für unverpackte Waren) nochmals durch Kommissare beraten zu lassen, wobei "unterrichtete und vorurteilsfreie Kaufleute und Fabrikanten aus allen 3 Gouvernements gehört" werden sollten. Sack beauftragte am 12. Januar 1815 Bölling, an Stelle von Bernard, dessen weitere Führung der Angelegenheit von Berlin verboten worden war, den Konferenzen von Düsseldorf am 16.-23. Januar 1815 beizuwohnen. Er solle jedoch Bernard mitnehmen, um die Einwürfe der Kaufleute zu widerlegen. Man solle sie aber nicht beeinflussen; die Beratungen seien "auf Grund der von den drei Generalgouverneuren erlassenen Modifikationstarifentwürfe" zu führen. Das Ergebnis der Beratungen und die Wünsche von Handel und Industrie waren: "Die Kaufleute und Fabrikanten . . . . waren einstimmig für das Projekt der drei Gouverneure; sie erklärten:

<sup>&</sup>lt;sup>40</sup>) Kann auch Fundern oder Tundern heissen; die Handschrift war hier schwer leserlich; die topographischen Werke jener Zeit gaben keinen Anhalt.

<sup>41)</sup> Der Wortlaut ist in den Akten nicht vorhanden.

1. dass höhere Zollsätze z. B. von12 bzw. 6 Ggr., den Handel zu sehr belasten würden; 2. dass sie höchstens zu 4½ bzw. 2½ Ggr. angenommen werden könnten; 3. dass selbst diese Sätze für viele Artikel bedeutende Modifikationen erleiden müssten; 4. dass eine Zollerhebung allein bei der Einfuhr und nicht auch bei der Ausfuhr lediglich auf das Inland falle, statt dass Ein- und Ausfuhrzoll die Abgaben zwischen Inländer und Fremde teile; 5. dass ein auf Ein- und Ausfuhr und auf die Qualität der Ware nach gewissen allgemeinen Rubriken basierter Zolltarif, etwa dem bereits von den drei Zollbehörden projektierten ähnlich, welcher einer näheren Revision unterworfen werden könnte, dem Interesse des Handels am meisten entsprechend wäre".

Es ist leider nicht zu ersehen, wer die je drei "Kaufleute und Fabrikanten" aus den drei Gouvernements waren. Die Einstimmigkeit der Erklärung lässt darauf schliessen, dass ein linksrheinischer Industrieller, z. B. aus Crefeld, nicht dabei war. Denn in Verbindung mit "den zum Besten des inländischen Gewerbfleisses notwendigen Ausnahmen", d. h. Ermässigung der Sätze für Rohstoffe, hätte das Berliner Projekt mehr als Sack's Entwurf das Verlangen nach Schutz (s. oben Crefeld) erfüllt.

Eine Ergänzung dieser Düsseldorfer Erklärung stellt die Denkschrift der Cölner Handelskammer vom 12. Februar 1815 dar. Die angeblichen Vorteile des Berliner Projekts: Erhebung sehr vereinfacht, Handel nicht gestört, keine lästigen Zolluntersuchungen, neue Einnahme für den Staat, Förderung der Industrie, leichtes Ertragen seitens des inländischen Konsums, da dieser bisher noch von keiner Abgabe belegt sei — diese Vorteile seien nicht vorhanden. Denn bei einer ganzen Reihe von Artikeln stellten die Sätze eine Wertbesteuerung von 5, 10 und mehr Prozent dar (z. B. gelber Ocker, Trass, Schieferstein je 50 %). Sollte also der Handel nicht vernichtet werden, so müssten so viele Ausnahmen eintreten, dass störende Untersuchungen stets noch notwendig seien. Auch können der Handel, insbesondere der Transithandel, und die Industrie derartige Abgaben nicht tragen. Schon jetzt sei die Verfrachtung auf dem Rheine teurer und langwieriger; denn die Fracht betrage bis Strassburg per 50 kg:

- a) von Havre zu Lande in 34 Tagen . . . . 11,25 frc.,
- b) von Antwerpen bis Cöln zu Land, einschl. des belgischen Transitzolles von 1 %, und von Cöln bis Frankfurt auf dem Rhein in 55-60 Tagen 14,00 "



Wenn nun aber nach Beendigung des englisch-amerikanischen Krieges <sup>42</sup>) Frankreich wieder mit seinen Kolonien und Nordamerika in Verbindung träte, sodass London nicht mehr der einzige Hauptmarkt wäre, dann kämen die Kolonialwaren überhaupt nicht mehr über die Rheinstrasse. Die Einrichtung von Zöllen am Niederrhein würde weiterhin eine solche seitens der Nachbarn nach sich ziehen. "Sollte nun aber der Handel Deutschlands bloss deswegen den Fesseln des Fremdlings entronnen sein, um in den Verfügungen deutscher Fürsten neue Fesseln zu finden, die alle seine Schwungkraft lähmten?" Was endlich die bisherige Nichtbesteuerung des Konsums anlange, so seien der anderen Steuern gerade genug vorhanden: Rheinoktroi, Zwangsanleihen, Patentsteuer usw.

Sollte aber dennoch ein Zollsystem eingeführt werden, so schlage die Handelskammer vor:

- einen Höchstsatz der Abgaben für verpackte Waren von 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Ggr., für unverpackte von 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Ggr., mit der Massgabe, dass sie
- 2. bei keinem Artikel 1 % v. W. überstiegen;
- 3. volle Rücksichtnahme auf die in Düsseldorf vorgeschlagenen Modifikationen;
- 4. Freiheit des Transits auf dem Rhein;
- 5. Beibehaltung der Vorzugsstellung des Kölner Freihafens.

Schliesslich wendet sich die Kammer gegen einen Ausfuhrzoll auf Steinkohlen, da sonst an einen Wettbewerb mit den besseren englischen Kohlen in Holland nicht zu denken sei, gegen die Belegung der Holländer Heringe mit 2 Rtlr. 10 Ggr. per Tonne, da dadurch den viel schlechteren deutschen, Emdener, Heringen nichts genützt werde, ferner gegen den von Sack eingeführten Salzzoll, da durch diesen "der ehemals grosse Salzhandel vernichtet" sei, endlich gegen den Vorschlag, die Baumwolle mit nur 12 Ggr. zu belasten, wenn sie für inländische Fabriken, dagegen mit 2 Rtlr., wenn sie für das Ausland bestimmt seien; denn die ausländischen Fabrikanten seien ja nicht auf den Bezug durch Köln angewiesen. —

Die Düsseldorfer Verhandlungen vom Januar 1815 wurden dem Finanzministerium im März 1815 vorgelegt. Die Wünsche und An-

<sup>42)</sup> Diese war inzwischen eingetreten, aber bei Abfassung der Denkschrift noch nicht bekannt.

sichten der rheinischen Interessenten kamen auf diese Weise zur unmittelbaren Kenntnis der Berliner Stellen; allerdings waren es nur die Wünsche des Handelsstandes. Ausser dieser Hauptbedeutung bildete die Erklärung der Interessenten für Sack eine willkommene Unterstützung im Widerstand gegen das Berliner Projekt; da Ladenberg aber auch nicht nachgab und Berlin über das künftige indirekte Steuersystem noch nicht schlüssig war. so war die Folge, dass weder Sacks noch Ladenbergs Projekt zur Ausführung kam und das ganze linksrheinische, 1815 an Preussen fallende Gebiet von 1814 bis 1818 ohne Zolleinrichtung blieb. Der unten zu besprechende Salzzoll beanspruchte keine eigentliche Zolleinrichtung.

Noch eine Erscheinung, gleichsam die Antwort Berlins auf die Opposition am Rhein, ist in dem Auftreten des vormaligen Oberkonsistorialpräsidenten Jacobi "als ernannten kgl. Kommissarius zur Ausarbeitung einer neuen Zollverfassung für die Provinzen zwischen Weser und der Maas" zu erwähnen. Jacobi erschien im April 1815 in Aachen. Am 10. April schickte er ein Rundschreibon an alle Handelskammern, worin er betonte, dass Grenzzölle nach Mass und Gewicht, nicht nach dem Wert, eingeführt werden sollen, und zur Ausfüllung der sehr vielen Rubriken in den mitübersandten 4 Tabellen — Schemata - aufforderte. In diesen wurden die tiefgründigsten Fragen gestellt, deren Beantwortung von vornherein nicht zu erwarten war-Am 22. April ersuchte er Bölling um die vorhandenen Handelsstatistiken, die dieser nicht geben konnte, da die vorhandenen Papiere beim Abzug der Franzosen zum Teil verbrannt, zum Teil durcheinandergeworfen seien. Gleichzeitig übersandte er an Jacobi die oben erwähnte Denkschrift der Kölner Handelskammer vom 12. Februar 1815. Jacobi scheint im Sommer 1815 einen Zolltarifentwurf ausgearbeitet zu haben; Rappard schreibt darüber in seinem Handelsbericht vom 31. August 1815 an Sack: "Der Entwurf zur neuen Zollverfassung für die Länder zwischen der Weser und der Maas, welcher von dem kgl. Herrn Commissario hierhin übermacht und begutachtet worden", erfülle einen Teil der Wünsche; der andere würde durch den Frieden erfüllt<sup>43</sup>). — Die Bedeutung Jacobis liegt in der Orientierung Berlins durch einen gewissermassen neutralen Beamten. Zur Ausführung gelangte der Entwurf nicht.

Belgien, zu dessen Generalgouverneur von den Verbündeten anfangs 1814 Baron v. d. Horst und dann Prinz Wilhelm von Oranien,

<sup>43)</sup> St.-A. Düss. a. a. O. Nr. 95.



seit 1. Dezember 1813 souveräner Fürst der Niederlande, bestellt worden war, war für die linksrheinische Wirtschaft in jener Zeit als Hauptdurchgangsland für den Verkehr nach dem nördlichen Frankreich von grosser Bedeutung. Die Grenze des Generalgouvernements vom Nieder- und Mittelrhein mit Frankreich wurde nämlich vom Juni 1814 bis zum Mai 1815 durch das verkehrsgeographisch wenig bevorzugte Wälderdepartement (dem späteren Grossherzogtum Luxemburg), nach dessen Abtretung an Wilhelm von Oranien und der Erwerbung des rechten Moselufers bis zur Nahe nur durch das letztere gebildet. Die Wiederaufrichtung der starren Zollgrenze durch Frankreich am 25. Juni 1814 wäre nun durch die Umwandlung des bisherigen sichtbaren Verkehrs in den "unsichtbaren" zu ertragen gewesen, aber das belgische Generalgouvernement hatte am 20. Juni 1814 einen Grenzzoll mit 8 % v. W. bei der Einfuhr und 1 % bei der Durchfuhr eingeführt. Dieser an sich geringe Durchfuhrzoll half aber dem Handel, d. h. dem Schmuggel, nicht, da die Waren auf den grossen, zum Transit bestimmten Landstrassen ein- und wieder ausgeführt werden mussten; dieses war unmöglich, ohne den französischen Zollbeamten in die Hände zu fallen. Um diesen auszuweichen und von allen Punkten Belgiens ausgehen zu können, musste man also den hohen Eingangszoll bezahlen oder bereits nach Belgien einschmuggeln. Hinzu trat der durch den Eingangszoll erschwerte Wettbewerb mit der einheimischen Industrie auf dem belgischen Markt. Auf der anderen Seite wünschte Belgien bei den bevorstehenden Zöllen Rheinland-Westfalens eine Vorzugsstellung zu erlangen, die für seine Industrie wie vor allem für den Handel Antwerpens wichtig werden musste 44).

So schloss denn, nach vielem Verhandeln und nach vorausgegangener Zusammenkunft Sacks mit Wilhelm von Oranien, am 10. Oktober 1814 der Steuerdirektor Bernard mit dem belgischen "Spezialkommissar der Finanzen" Gericke einen "Handels- und Zoll-Traktat", der am 17. November 1814 veröffentlicht wurde und bis zum 3. November 1815 bestand 45).

Der Vertrag setzt für gewisse Gegenstände, deren einheimischer Ursprung durch ein vorgeschriebenes Zertifikat erwiesen ist, den gegenseitigen freien Verkehr unter Erlegung gewisser Abgaben fest. Zu

<sup>44)</sup> Vgl. Neigebaur, Cam. Wiss., 427 ff.

<sup>45)</sup> Abgedruckt bei Zimmermann Anlage I.

diesen in einem Verzeichnis 46) aufgeführten Gegenständen gehören alle Rohstoffe und Landesprodukte, so ziemlich alle Halbfabrikate und der grösste Teil der Fertigfabrikate. Es zeigt keine besondere Geschicklichkeit, dass es Bernard und Sack entweder nicht gelungen ist oder dass sie es versäumt haben. Baumwollgarn und Baumwollgewebe, Leinwand- und Halbleinenzeuge, Tabakfabrikate u. a. m. in das Verzeichnis hinein zu bringen. Betreffs der Abgabenhöhe sieht Artikel 3 eine Maximalgrenze in soweit vor, als einerseits Belgien mindestens das Wagegeld, der zukünftige Maas-Weser-Verband die Zölle des gerade geltenden berg-münsterschen Tarifs erheben, andererseits bei dem nämlichen Artikel der Abgabensatz des einen Gouvernements nicht höher sein darf als der des anderen. Die für die linksrheinische Wirtschaft wichtigste Bestimmung ist jedoch, dass vorläufig, bis zur Einrichtung der Zölle jenseits der Maas, Belgien bei der Ein- bzw. Ausfuhr der im Verzeichnis aufgeführten Gegenstände nur das Wagegeld erhebt. Diese Bestimmung ist allein in Kraft getreten und bewirkte 47), dass während der einjährigen Vertragsdauer und bei einer Einfuhr rheinischer Erzeugnisse im Werte von 11 Mill. fcs., nur 22026 fcs. an Zöllen bezahlt werden mussten statt 728838 fcs., die ohne Vertrag fällig gewesen wären (in Wirklichkeit aber auch nicht bezahlt, sondern defraudiert worden wären). Allzu genau hielt man sich in Belgien nicht an den Vertrag; dies beweist die Nachricht, dass am 25. Januar 1815 der belgische Eingangszoll auf Tücher und Kasimire von 3 auf 5 % erhöht worden sei. In welcher Form diese Zollerhöhung durchgeführt wurde, ob etwa in Gestalt einer Wagegeld-Erhöhung, ist nicht ersichtlich.

Für die Durchfuhr aller Waren durch Belgien ist eine Meistbegünstigungsklausel im Artikel 5 vorhanden; mehr als 1 % v. W. darf in keinem Falle erhoben werden. Die Klausel fand keine Anwendung, sodass es bei 1 % verblieb. Immerhin hatte dieser Zollsatz die für das Rheinland wohltätige Folge gehabt, dass Holland seinen Transittarif am 27. Oktober 1814 ermässigte.

Der Vertrag ist von Sack auch für die Gouvernements Gruners und Vinckes abgeschlossen worden, wahrscheinlich mit ihrer vorherigen, sicher mit ihrer nachträglichen Einwilligung; so wurde der Beitritt Bergs am 6. Dezember 1814 bekannt gemacht 48), auch ergaben die

<sup>46)</sup> Da Zimmermann das zum Verständnis des Vertrages durchaus nötige Verzeichnis nicht bringt, ist es im Anhang S. 399 abgedruckt.

<sup>47)</sup> St.-A. Düss. IV, 10, 2 fol. 142.

<sup>48)</sup> Vgl. Neigebaur, provisorische Verwaltungen, 37.

Konferenzen Ende Oktober 1814 zwischen Bernard, Rappard und Liebrecht, sowie die Düsseldorfer im Januar 1815 Uebereinstimmung. Sack war eben beim Abschluss des Vertrages von dem Zustandekommen des Maas-Weser-Zollverbandes nach seinen Ideen fest überzeugt, trotzdem die Ministerialverfügung vom 12. August 1814 bereits seine zollpolitischen Grundsätze verworfen hatte.

Die Bedeutung des Handelsvertrages besteht darin, dass er völlig einseitig ein Jahr lang einer grossen Reihe rheinischer Erzeugnisse gering belasteten Eingang in Belgien und damit auch die Möglichkeit lohnenderen Schmuggels nach Nordfrankreich gewährte, also in kritischer Zeit dem rheinischen Wirtschaftsleben einigermassen Hilfe brachte. Der Vertrag wäre bei seinen Mängeln, besonders hinsichtlich der notleidenden Baumwollindustrie, auf die Dauer keine geeignete Grundlage für die vertragsmässige Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Belgien gewesen; für uns ist jedoch lediglich die Tatsache entscheidend, dass das Maas-Weser-Gebiet geraume Zeit Vorteile genossen hat, ohne selbst in irgend einem Punkte entgegen zu kommen.

Das Urteil über den Handelsvertrag war verschieden. Es ist natürlich, dass sein Urheber Sack den "Verein offenbar weit vorteilhafter für uns als für Belgien" fand 49). Bei den Interessenten herrschte der Gedanke vor: bei vielen Mängeln immerhin brauchbar. So sagt die Kölner Handelskammer in der Denkschrift über die Handelsbeschränkungen seitens Hollands, vom 26. August 1815 50): "ohne den Traktat würde es gewiss noch schlimmer um unsere Fabriken aus-Die Denkschrift der Crefelder Handelskammer über den gleichen Gegenstand vom 9. September 1815 51) fasst die Hauptbeschwerden gegen Belgien und damit gegen den Vertrag zusammen: Zoll von 5 % auf Tücher und Kasimire, von 40 % auf Puder und Stärke, von 10% auf Baumwollgewebe, von 25 fcs. per 50 Kg. auf fabrizierten Tabak, hohe Belastung der Leinengewebe, Verbot der Einfuhr von Baumwollgarn, Halbleinenzeugen, schwarzer Seife. - Anders als am Rhein stellte man sich in Berlin zu dem Vertrag. hier nicht den Augenblickserfolg, sondern die Durchkreuzung der Berliner Reformpläne, die Unbrauchbarkeit des Vertrages, als Grundlage für die Dauer zu dienen. Auch verstimmte die Eigenmächtigkeit Sacks sehr. Neben der schon erwähnten Ministerialverfügung vom gar

<sup>&</sup>lt;sup>49</sup>) Schreiben an Bölling v. 12. 1. 1815.

<sup>50)</sup> St.-A. Düss. IV, 10, 2 fol. 124 ff.

<sup>51)</sup> St.-A. Düss. IV, 10, 2 fol. 142.

17. Dezember 1814 an Sack erging am gleichen Tage eine solche an Gruner, er solle mit Zuziehung einiger einsichtsvollen Mitglieder der Handelskammern der drei Gouvernementsbezirke "den weitläufigen Vertrag" durchgehen und deren Erklärungen zu Protokoll nehmen lassen, "welche Massregeln sie noch für nötig erachten, um die Hauptzwecke eines jeden Handelsvertrages zu erreichen" <sup>52</sup>). Diese einsichtsvollen Mitglieder aber wünschten "nur in unbedeutenden Punkten eine Abweichung vom Handelsvertrag", wünschten vielmehr den Abschluss eines solchen Vertrages auch mit Holland <sup>53</sup>).

Sack liess also den Vertrag trotz des Berliner Befehls, ihn zu suspendieren <sup>54</sup>), fortdauern, bis er am 3. November 1815 erlosch. Belgien oder vielmehr das neue Königreich der Niederlande hatte die Kündigung ausgesprochen, da ein Handelsvertrag nur für einen seiner Teile wirtschaftlich und politisch schädlich, ein günstiger Vertrag mit Preussen für das ganze Königreich nicht zu erlangen war.

So hatte denn auch der Handels- und Zollvertrag mit Belgien keine Grenzzolleinrichtung am linken Rheinufer gebracht.

Durch die im August 1814 zur Begutachtung des Zolltarifentwurfs aufgeforderten Handelskammern war die Absicht bekannt geworden, einen hohen Salzzoll als Ersatz für die aufgehobene französische Salzregie einzuführen 55). Als nun Spekulanten sich von der französischen Ostsalinengesellschaft mit grossen Mengen zu versehen begannen, führte der Gouvernementskommissär des Wälderdepartements, Frhr. v. Schmitz-Grollenburg in Trier, im November 1814 auf eigene Faust die projektierte Salzzollerhebung an der Grenze ein. Sack trat ihm bei und verfügte durch Verordnung vom 21. November 1814 <sup>56</sup>) die Erhebung des Salzzolls von 3 fcs. (= 20 Ggr.) beim Eingang, von  $22^{1/2}$  ct. beim Ausgang, Rohsalz für Raffinerien 2 fcs. bzw.  $22^{1/2}$  ct. per Ztr. ab 1. Dezember 1814. Die Verordnung kündigt die Publizierung der Maas-Weser-Zollorganisation in nächster Zeit an, richtet

<sup>52)</sup> St.-A. Düss, XII, Gen.-Gouv. Berg, ausw. Angel. Nr. 6.

<sup>53)</sup> Böllings Bericht üb. d. Düsseldorfer Verhandlungen v. 4. 2. 1815.

<sup>&</sup>lt;sup>54</sup>) Vgl. A. Zimmermann, Geschichte der preuss.-deutsch. Handelspolitik aktenmässig dargestellt, Oldenburg und Leipzig 1902, S. 11.

<sup>55)</sup> Im Gouvernement selbst gab es keine Salzwerke, man war vielmehr auf die Salzeinfuhr von Holland, Belgien, Frankreich und Westfalen angewiesen.

<sup>&</sup>lt;sup>56</sup>) Journal des Nieder- und Mittelrheins Nr. 70.

demgemäss keine besonderen Zollbüros ein, sondern überträgt die Erhebung des Salzzolls als Nebenamt den Bürgermeistern, Adjunkten, Schiffahrtsoktroi-Einnehmern, pensionierten Zollbeamten usw., die durch Anteil an der Zolleinnahme bezahlt werden. Die Einfuhr hat über bestimmte Grenzorte zu geschehen. Als Vorläufer des allerdings nicht ausgeführten Zollverbandes mit den beiden östlichen Nachbargouvernements findet sich die Bestimmung, dass Salz von dort über den Rhein kommend vom Eingangszoll befreit ist, wenn der jenseitige Ausgangszoll gezahlt ist, und ebenso der Ausgangszoll zurückerstattet wird, wenn die Quittung über den jenseitigen Eingangszoll beigebracht wird. Die vorhandenen Vorräte, die über 1 Ztr. betragen, entrichten die Abgabe als Nachsteuer. Alle Einnehmer, Polizei- und Forstorgane haben Uebertretungen zu verhindern und dürfen deshalb Transporte kontrollieren. Hohe Strafen und Anzeiger-Belohnungen werden festgesetzt. - Sie haben zwar einen nun einsetzenden bedeutenden Schmuggel nicht hindern können; immerhin erbrachte der Salzzoll im ersten Jahr, obwohl infolge der Grenzänderung im Mai 1815 an der Maas eine zeitlang keine Hebestellen waren, über 500 000 fcs. Einnahme 57).

Die oben von den Cölnern behauptete Vernichtung ihres seit Januar 1814 wieder aufgenommenen Salzhandels ist wohl nicht auf den Salzzoll Sacks zurückzuführen, wenn sie überhaupt eingetreten ist; denn die Wettbewerbsverhältnisse blieben im Inland, da alles Salz eingeführt werden musste, die gleichen, während der Verkehr auf dem Rheine vom Salzzoll ja nicht berührt wurde. Es kann sich lediglich um die bisher von inländischen Grenzpunkten, wie Trier, aus versorgten ausländischen Gebiete, z. B. das rechte Moselufer, handeln, die aber keine grosse Ausdehnung haben konnten, da die Frachtkosten gar bald dem französischen Salz den Vorsprung gaben. — Der Salzzoll Sacks wurde wie der des berg-münster'schen Tarifs durch die kgl. Verordnung vom 10. Juni 1816 betr. Ausübung des Salzregals in den westlichen Provinzen aufgehoben.

Die Betrauung von Bürgermeistern usw. im Nebenamt mit der Erhebung des Salzzolles kann man nicht als Zolleinrichtung im eigentlichen Sinn bezeichnen; da es aber ausserdem garnichts von irgend welcher Zollorganisation am linken Niederrhein, abgesehen von der städtischen Oktroieinrichtung, gab, so dürfte die Sage von einem "Landzoll Sacks" usw. erledigt sein. In der neueren Literatur sprechen ins-

<sup>&</sup>lt;sup>57</sup>) St.-A. Düss. IV, 10, 2. Vgl. Neigebaur, Cam.-W. 411 ff.

besondere Dilthey 13, Gothein 65 u. 82, Hansen <sup>57a</sup>) 151, Schwann 368 Fussnote, Zimmermann 10, irrig von der Zolleinrichtung Sacks.

Während der frauzösischen Herrschaft und Beeinflussung hatte die rheinische Wirtschaft für den unterbundenen Absatz nach Uebersee, Russland und rechtsrheinischen Gebieten Ersatz am französischen und besonders am "neufranzösischen" Markt gefunden. Mit der Zertrümmerung von Neufrankreich, mit dem Aufhören der Kontinental- und Seesperre, mit der Änderung der gesamten politischen und kommerziellen Verhältnisse der Erde änderten sich natürlich auch, zum zweiten Male innerhalb zweier Jahrzehnte, die wirtschaftlichen Beziehungen des Niederrheins zu den ausländischen Märkten. Es ist deshalb kurz bei diesen zu verweilen.

Frankreich, in den Grenzen von 1792, war zunächst, bis zur Einnahme von Paris am 30. März 1814, infolge des Vorrückens der Verbündeten gesperrt. Dann begann eine starke Einfuhr aus den Gründen: keine Zölle, geleerter Markt, grosse Menschenmassen, Furcht vor baldiger Wiederherstellung der Douane. Da brachte das Zollgesetz vom 25. Juni 1814 ein stärker als je vorher ausgebildetes Verbotsystem; viele Artikel wurden nun auf den doch weniger bequemen Absatz durch Schmuggel angewiesen und durch dessen Prämie verteuert, sodass der Absatz nach Frankreich bedeutend zurückging. günstigere Verhältnisse wurden hierin vorübergehend durch das zweite Vordringen der Verbündeten in Frankreich 1815, für einzelne Waren durch die Annahme als zollfreies "Militärgut" für die Okkupationsarmee, die bis 1818 in Frankreich blieb, endlich durch den Sack'schen Handelsvertrag mit Belgien erreicht. Das französische Zollgesetz vom 21. April 1816 verbot die Einfuhr von Kolonialwaren zu Lande und verschärfte auch in anderen Punkten das Verbotsystem; die Produkte der bergischen Kleineisen-Industrie wurden im Durchschnitt mit 63 % belastet 58). Bei den Verhandlungen, Gutachten usw., anlässlich des Sack'schen Tarifentwurfs hatte dies Verbotsystem wiederholt Anlass gegeben, höhere Sätze als Gegenmassregel zu fordern. Man wollte 59) in Ermangelung eines Handelsvertrags eine Zollvereinigung aller an Frankreich grenzenden Staaten zustande bringen, um so durch hohe Be-

v. Vincke 30. Sept. 1814; Handlungsvorstand zu Mülheim a. d. Ruhr
 Dez. 1814; Solinger Kaufleute; St.-A. Düss. Nr. 100



<sup>57</sup>a) Hansen, Gustav von Mevissen, I, Berlin, 1906.

<sup>58)</sup> St.-A. Coblenz VII, 1, 5 vol. V fol. 299 ff.

steuerung der französischen Hauptprodukte, vor allem des Weins, der nicht geschmuggelt werden könne, Frankreich zur Ermässigung zu zwingen. Aus diesen Plänen wurde nichts. Auch Vorstellungen des preussischen Gesandten in Paris hatten keinen Erfolg 60). Frankreich ging unentwegt in seinem Verbotsystem weiter. Verschärfungen kamen 1818, 1819 durch das Gesetz vom 16. Juli, 1820 durch das vom 7. Juli, wodurch z. B. die bergischen Eisenwaren durchschnittlich mit 96 0/0 belastet wurden 61); die Jahre 1821 und 1822 brachten u. a. Beschränkungen des Getreide- und Viehhandels, eine übermässige Belastung der Leinenwaren und Bänder. Der Schutz der französischen Produzenten war eben nicht durch die Höhe der Zollsätze bzw. der Verbote, sondern durch die Höhe der Schmuggler-Prämien gegeben. Diese hingen ab

- 1. von den eigenen Unkosten der Schmuggler,
- 2. von der Höhe der Zollsätze,
- 3. von dem Risiko, das durch die Quantität und Qualität der Grenzbesetzung und durch die Höhe der bei Ertappung zu erwartenden Strafen bestimmt war.

Deshalb das andauernde erfolgreiche Drängen nach höheren Zollsätzen, nach härteren Strafen, nach strengerer Grenzbesetzung (schliesslich zog sich eine dreifache Douanenkette um Frankreich). Derartige Massnahmen reizten natürlich immer mehr zum Schmuggel wegen der höheren Prämie, hatten aber doch verminderte Konkurrenzfähigkeit der ausländischen Fabrikate im Gefolge<sup>62</sup>).

Belgien hatte nach einer kurzen Zeit freien Marktes am 20. Juni 1814 den oben S. 326 angeführten Grenzzolltarif eingeführt, dessen

<sup>&</sup>lt;sup>61</sup>) Der Handelsvorstand von Remscheid gibt in seiner Vorstellung an Hardenberg über den auswärtigen Handel, vom 20. Mai 1820 (St.-A. Cobl. a. a. O.), in der er einen Handelsvertrag mit Frankreich fordert, folgende Daten:

Fabrikpreis v. 100 Kg.:			Eingangsabgaben:	º/o v. W.:
geschm. Stahl	80	fr.	72,05 fr.	90 %
Sensen	180	"	118,25 "	66 %
Werkzeuge von Eisen und Stahl	150	"	164,45 "	109 %
Werkzeuge ganz aus Stahl	250	"	233,75 "	93 %
grobe Feilen	120	,,	95,15 "	79 %
feine Feilen	250	27	291,50 "	117 %
" " über 6"	200	77	233,75 "	117 %

 <sup>62)</sup> St.-A. Coblenz a. a. O. fol. 300. – Vgl. Neigebaur, Cam.-W. 425.
 — C. W. Ferber, Beiträge zur Kenntnis des gewerbl. und kommerziellen Zustandes der preuss. Monarchie, Berlin, Trautwein, 1829, S. 255.

<sup>60)</sup> Vgl. Zimmermann 22, 23. — Vgl. unten S. 337.

Geltung für eine Reihe rheinischer Erzeugnisse durch den Sack'schen Handelsvertrag auf ein Jahr ausgesetzt wurde. Inzwischen war Belgien im Sommer 1815 mit Holland zum "Königreich der Niederlande" vereinigt worden. Der politischen Einigung sollte durch das Zollgesetz vom 3. Oktober 1816 die wirtschaftliche folgen (s. unt. "Niederlande").

Holland hatte seit Ende 1813 die alten Transitabgaben allmählich wieder eingeführt und sie zusammengelegt, sodass sie nur in Arnheim und Nymwegen erhoben wurden, musste sie aber im Tarif vom 27. Oktober 1814 etwas ermässigen, da Belgien seinen Durchfuhrzoll auf 16/0 festgesetzt hatte 63). Das freihändlerische Holland scheute sich dabei nicht, bei einzelnen Artikeln durch hohe Zölle oder gar Verbote die Durchfuhr unmöglich zu machen 64), sodass der holländische Kaufmann als verteuerndes Zwischenglied benützt werden musste. Da kam durch die Einbeziehung des industriellen Belgien der Schutzzollgedanke auch in den nunmehrigen

Niederlanden auf. Das Zollgesetz vom 3. Oktober 1816, in Kraft getreten am 1. Dezember 1816, suchte dem schutzzöllnerischen Süden und dem freihändlerischen Norden zugleich gerecht zu werden und bildete so, im Verein mit der schikanösen Handhabung, eine Quelle berechtigter Klagen im Rheinland. Es führte einen allgemeinen Wertzoll von 3% (nur wenige Artikel genossen einen Vorzugstarif von 2%) auf alle Durchfuhr ein, wobei der fremde Kaufmann gezwungen wurde, sich eines niederländischen Kommissars zu bedienen, dazu die Untersuchung, die wie stets bei Wertzöllen willkürliche Taxierung, die Plombierung der Ware, wofür weitere 11/4 % v. W. Gebühren erhoben wurden. Damit nicht zufrieden, wurde ein Tonnengeld für jedes fremde Schiff, das in Holland eintraf (2 fl. 20 St. für jede Doppeltonne), eingeführt. Man rechnete in Deutschland nach, dass sich dadurch die Belastung des Transits auf 6%, bei geringwertigen Waren auf 15% steigere. Die Monopolstellung für einzelne Artikel, wie Salz, Gewürze, Tee, Heringe blieb 65). Eine Änderung trat bereits mit dem am 16. März 1818 in Kraft getretenen Zollgesetz ein Die Wertverzollung wich der nach dem Bruttogewicht; die Durchfuhrabgabe auf Zucker wurde auf 21/2 fl. von 100 Pfd. Bruttogewicht nebst 15% vom Zoll als Aufschlag (Syndikat), im ganzen etwa 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% v. W. fest-

<sup>63)</sup> St.-A. Düss. IV, 10. 2. - Vgl. Gothein 86.

<sup>64)</sup> St.-A. Düss. a. a. O. — Vgl. Schwann 375.

<sup>65)</sup> Vgl. Gothein 93.

gesetzt 66). Durch seine wenig günstigen Folgen für die holländischen Interessenten selbst wurde die Regierung veranlasst, im neuen Tarif vom August 1822, in Kraft getreten am 1. Januar 1823, die Transitabgaben zu mildern. Im Durchschnitt betrug jetzt der Transitzoll etwa 1% v. W., durch die Nebenkosten stieg er jedoch noch immer auf 2% und höher. So wurde beim Wein eine Belastung von 71/2% bei Farbhölzern und Tabak eine solche von 3% von den Interessenten herausgerechnet. Die Durchfuhrverbote auf Salz, Gewürze, Tee und Heringe blieben 67). In den folgenden Jahren wurden die Transitabgaben stufenweise ermässigt 68), bis endlich durch die Rheinschifffahrtsakte vom 31. März 1831 an Stelle aller Transitabgaben auf dem Rhein das droit fixe trat; diese Abgabe betrug vom Ztr. bei der Bergfahrt 13<sup>1</sup>/<sub>4</sub> ct. niederländisch, bei der Talfahrt 9 ct, bestimmte Massenartikel hatten ermässigte Sätze<sup>69</sup>). Damit war das Haupthindernis der gedeihlichen Entwicklung der rheinischen Wirtschaft beseitigt.

Hannover erhob, wie die Hansestädte, keine Durchfuhrabgaben 70).

Westfalen ausserhalb des Rhein-Weser-Zollverbandes erhob etwa 6% v. W. an Eingangsabgaben 71).

Preussen östlich der Elbe. Das preussische Verbotsystem war durch den Estèvetarif 1807, der für die französischen Waren durchschnittliche Eingangsabgaben von 10% festsetzte, durchlöchert worden. 1809 wurde er nochmals bestätigt für die aus Frankreich, aus den abgetretenen Provinzen und dem Kreis Cottbus kommenden Waren; der Mindestsatz betrug 8% Doch wurden meist auch andere Waren auf Pässe des Akzise- und Zolldepartements gegen diese niedrigen Abgaben eingelassen. In der Provinz Preussen wurden alle fremden Fabrikate gegen den tarifmässigen Zoll, der nach spezifischen Sätzen erhoben wurde und etwa 1% v. W. betrug, und eine Akzise von 2 Ggr. à Tlr. =  $8^{1}/3$ % v. W. eingelassen. Die Sperre gegen England

<sup>&</sup>lt;sup>66</sup>) Akten der Handelskammer Köln (H. K. K. fortan). Monats-Berichte v. Februar u. März 1818. Weitere Angaben über dieses in der Literatur bisher nicht bekannte Zollgesetz fehlen.

<sup>67)</sup> Vgl. Gothein 122.

<sup>68)</sup> Vgl. Ferber 258.

<sup>69)</sup> Vgl. Gothein 137.

<sup>70)</sup> Geh. St.-A. vol. IIIa 2. Okt. 1819.

<sup>71)</sup> Vgl. Freymark 45.

blieb natürlich bestehen. Durch das Edikt vom 20. März 1813 wurde die Kontinentalsperre aufgehoben, die Waren aller befreundeten oder neutralen Nationen in Preussen zugelassen, die französischen dagegen Der 1813 eingeführte Kriegsimpost wurde am 1. Juni 1814 durch den Ersatzzoll ersetzt. Dessen Sätze waren u. a. per Ztr. Rohbaumwolle 2 Tlr. zum Durchgang, 12 Ggr. zum Verbrauch, Baumwollgarn 3 Tlr., Fabrikwaren zum Durchgang seewarts 1 Tlr., sonst 8 Ggr., wenn aus Stahl 1 Tlr., Webereierzeugnisse seewarts 7 Tlr. 12 Ggr., sonst 5 Tlr. Es waren demnach in Preussen rechts der Elbe von 1814 bis 31. Dezember 1818 zu entrichten: Ersatzzoll, Eingangslizent und Zoll, Wasser- und Binnenzölle, Provinzialzoll, Akzise nebst Nebengebühren. Die Einfuhr der verbotenen Waren wurde fast ausnahmslos, vom 27. Januar 1816 ab durchwegs, auf Pässe hin gestattet. Durch Gesetz vom 11. Juni 1816 wurde die Mehrzahl der Binnen- und Wasserzölle sowie der schlesische Provinzialzoll aufgehoben. Eine Erneuerung der Verbote 1815 blieb nur ganz vorübergehend in Kraft; nur für Baumwollwaren hielt sie vom 15. März 1815 bis 4. Februar 1817 an, indem weitere Pässe nicht mehr ausgestellt werden durften mit Ausnahme von feinen Weisswaren, ostindischem Nanking und Strumpfwaren, für welche die bisherige Abgabe von 81/30/0 bestehen blieb 72). Im allgemeinen kann man für den preussischen Osten die Belastung der importierten ausländischen Fabrikate vor 1818 auf 12-15 % v. W. annehmen.

Die Erzeugnisse des Niederrheins, von denen bisher nur wenig nach Preussen gekommen war, wurden am 7. April 1815 vom preussischen Finanzministerium als inländische anerkannt und ihnen die zollfreie Durchfuhr durch die preussischen Länder rechts des Rheins sowie die Einfuhr gegen eine Verbrauchsabgabe von 9 Pf. bis 2 Ggr. vom Tlr., also  $3-8^{1/3}\%$  v. W., dem gleichen Satze wie für die westfälischen Waren, zugestanden <sup>73</sup>). Durch Bekanntmachung Sacks vom 24. Januar 1816 wurde dies dahin berichtigt, dass die Verbrauchsabgabe rechts der Elbe bis zu  $8^{1/3}\%$ , links der Elbe dagegen bis zu 2% betrug. Auch wurden besondere Bestimmungen für den Verkehr zur Messe in Frankfurt a. O. getroffen <sup>74</sup>). Für die Zeit vom 20. September bis

<sup>74)</sup> H. K. K., Akt Gewerbesteuer. — Der berg-münstersche Tarif wird



<sup>&</sup>lt;sup>72</sup>) Vgl. Freymark 32, 41. — Lexis, Artikel "Baumwollindustrie" im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Aufl. — C. F. W. Dieterici, Der Volkswohlstand im preuss. Staate, 1846, S. 87.

<sup>&</sup>lt;sup>73</sup>) St.-A. Düss. Nr. 96. — St.-A. Coblenz VII, 1, 5 vol. I, fol. 12. — Neigebaur, Cam.-W. 435.

31. Dezember 1818 (in der für die östliche Hälfte der Monarchie das Zollgesetz von 1818 noch nicht in Kraft getreten war) bestimmte die Verordnung über transitorische Bestimmungen in Absicht des inneren Verkehrs und der Nachsteuer von ausländischen Waren, vom 26. Mai 1818, dass westliche Erzeugnisse gegen Ursprungsschein frei in die östlichen Provinzen eingehen sollten, dagegen Getränke, Esswaren und Tabak noch nach dem alten Akzisetarif zu behandeln seien, bis die Neuordnung der inneren Steuern durchgeführt sei 75).

Sachsen (Königreich) hatte nur geringe Zölle; es blieb im Grenzakzisetarif vom 22. März 1822 seinem alten freihändlerischen System treu <sup>76</sup>).

Bayern hatte 1807 seine Binnenzölle aufgehoben und durch einen Grenzzolltarif mit schutzzöllnerischer Tendenz ersetzt. Der Tarif vom 22. Juli 1819 war mässig schutzzöllnerisch; so wurde vom Ztr. brutto bei Baumwollwaren aller Art 20 fl. (— 13<sup>1</sup>/<sub>3</sub> Rtlr.), bei Rohbaumwolle Einfuhr 50 kr Ausfuhr 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> kr. erhoben. Bayern war ein guter Absatzmarkt für die rheinische, insbesondere bergische Industrie <sup>27</sup>).

Württemberg hatte 1808 seine Binnenzölle aufgehoben und Grenzzölle eingeführt. Der Tarif vom 11. November 1812 war mässig schutzzöllnerisch; so wurde bei der Einfuhr vom Zentner Baumwollwaren 8 fl 32 kr, Baumwollgarn und Baumwolle 32 kr, bei der Ausfuhr Baumwollwaren 16 kr, Baumwollgarn 1 fl 3 kr erhoben 78).

Baden hatte 1812 seine Binnenzölle aufgehoben und einen Grenzzoll eingeführt. Der Tarif vom 2. Januar 1812 wies sehr mässige Sätze auf; so hatten bei der Einfuhr der Zentner Baumwollfabrikate 2 fl, gefärbte Baumwollgarne 1 fl 20 kr, Baumwolle 48 kr, bei der Ausfuhr entsprechend 16, 24, 48 kr zu bezahlen 78). Bayern, Würt-



in den Bekanntmachungen nicht besonders erwähnt; es ist anzunehmen, dass sich die genannten linkselbischen Abgaben, soweit sie höher waren als die berg-münsterschen Sätze, nur auf jene preussischen Gebiete beziehen, die nicht dem Rhein-Weser-Zollverband angehörten.

<sup>75)</sup> Trat am 1. Juni 1819 ein.

<sup>&</sup>lt;sup>76</sup>) Vgl. Ferber 261.

<sup>&</sup>lt;sup>77</sup>) St.-A. Cobl. Obpr. Jülich - Cleve - Berg V, 5, 22. An bergischen Eisen- und Stahlwaren wurde 1818 nach Bayern für etwa 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Mill. fl. ansgeführt.

<sup>&</sup>lt;sup>78</sup>) Vgl. C. Krökel, das preuss.-deutsche Zolltarifsystem in seiner hist. Entwicklung seit 1818. Conrads Jahrb. Supplementheft VII, Jena 1881, S. 2 — Lexis 709.

temberg und Baden ordneten 1822 Repressivmassregeln gegen Frankreich und alle Staaten an, welche diesen Massregeln nicht beitreten wollten <sup>79</sup>). So gelangten denn, wenn auch nur in Süddeutschland und in anderer Gestalt, jene Seite 331 mitgeteilten Pläne betr. eine Zollvereinigung gegen Frankreich zur Ausführung.

Kurhessen hatte ebenso wie Nassau und die andern deutschen Kleinstaaten nur geringfügige Zölle.

Österreich hatte sich schon seit 1775 durch hohe Grenzzölle und Verbote abgesperrt. Durch Dekret vom 20. September 1817 dehnte es auch für Tirol und seine italienischen Erwerbungen, Venetien und die Lombardei, seine Verbote, die insbesondere Baumwoll- uud Wollwaren betrafen, aus <sup>80</sup>).

Die Schweiz hatte verhältnismässig geringe Zölle, etwa bis zu 6%. Die Handelskammer Cöln klagte im Juni 1816 über dieses "Prohibitivsystem", während der grosse Bericht Bülows es als System der Handelsfreiheit pries<sup>81</sup>).

Spanien bildete sein Schutzzollsystem ab 1. Januar 1821 zum Verbotsystem aus 82). Solange die amerikanischen Kolonien noch nicht abgefallen waren, hatte Spanien das Monopol des Handels mit ihnen.

Portugal hatte hohe Zölle. England wusste sich wichtige Handelsvorrechte zu sichern, sodass der englische Kaufmann die Vermittlungsrolle übernahm.

England hatte seit 1792 sein Schutzsystem zum ausgesprochenen Prohibitivsystem gesteigert. Die Leineneinfuhr war unmöglich; Seidenwaren hatten etwa 75%, Baumwollwaren 50% v. W. zu entrichten. 1825 wurden die Sätze nur bei den Waren ermässigt, in welchen das Ausland nicht konkurrieren konnte. Durch die Kornbill vom 23. März 1815 wurde die preussische Einfuhr schwer geschädigt. Etwas Entgegenkommen fand der preussische Handel durch den Schiffahrtsvertrag vom 2. April 1824; am 3. Mai 1826 erlangte Preussen die Meistbegünstigung in den Häfen Englands und seiner Kolonien 83).

<sup>83)</sup> Vgl. G. Schmoller, Das preuss. Handels- und Zollgesetz vom 26. Mai 1818, im Zusammenhang mit der Geschichte der Zeit, ihrer Kämpfe und Ideen. Rede v. 3. August 1898. Manuskript. — Zimmermann 93. — Freymark 47. — Ferber 257.



<sup>&</sup>lt;sup>79</sup>) Vgl. Ferber 256. — Zimmermann 98.

<sup>80)</sup> Vgl. Der Regierungsbezirk Aachen in seinen administrativen Verhältnissen während der Jahre 1816—1822, aus amtlichen Nachrichten entnommen. Aachen, Beaufort Sohn (ohne Jahr).

<sup>&</sup>lt;sup>81</sup>) H. K. K., Mon.-Ber. 1816. — Carl Dieterici, Zur Geschichte der Steuerreform in Preussen von 1810—1820, Berlin 1875. S. 78.

<sup>82)</sup> Vgl. Ferber 256.

Russland hatte sein altes Schutzsystem 1810 zum Verbotsystem entwickelt. Der Tarif vom 31. Juni 1816 brachte Ermässigungen, ebenso der vom 20. September 1819; aber bereits am 12. März 1822 kehrte Russland zum Verbotsystem zurück; zugleich wurde auch der Handelsvertrag mit Preussen vom 19. Dezember 1818 aufgehoben 82).

Die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika hatten 1812 ein Schutzsystem angenommen, das immer weiter ausgebaut wurde. Gleich nach Beendigung der amerikanischen Befreiungskriege hatte Preussen mit den Vereinigten Staaten einen Handelsvertrag abgeschlossen, der 1828 erneuert wurde.

Mittel- und Süd-Amerika. Als die mittel- und südamerikanischen Kolonien 1810—1821 von Spanien bezw. Portugal abgefallen waren, warf sich die deutsche wie englische Unternehmungslust mit Macht auf diese neuen Gebiete (Gründung der Rheinisch-Westindischen Compagnie).

Die Zollbarrieren der verschiedenen Länder hinderten die Konkurrenzfähigkeit der rheinischen Fabrikate, wo diese nicht aus andern Gründen ausgeschlossen war, nicht oder nur wenig, wie aus der folgenden Darstellung ersichtlich ist.

Die Wiederumstülpung der Verhältnisse 1814 brachte für das niederrheinische Wirtschaftsleben eine Reihe von anormalen Jahren, die hauptsächlich in folgenden Tatsachen ihre Begründung finden:

- Für die linksrheinische Industrie fiel der extreme Schutz plötzlich und vollkommen weg.
- 2. Sie musste nun auf einem grossen Teile des bisherigen Inlandes unter denselben Verhältnissen konkurrieren wie z. B. England und das rechte Rheinufer; dabei fiel ihre zum Teil geringe technische Vollendung schwer in die Wagschale.
- 3. Für die rechtsrheinische Industrie fiel die Fesselung fort.
- 4. Für den Handel war die Zeit der Hinderung durch die eigene Regierung beendet, dagegen kam die fatale Abhängigkeit von Holland wieder verstärkt zum Ausdruck.
- Das bisherige Inland Frankreich, Belgien, Italien, zum Teil auch Holland versuchte sich durch Zölle mehr oder weniger abzuschliessen.

<sup>82)</sup> Vgl. Ferber 256.



- Der Friede zur See liess die unterbundene T\u00e4tigkeit nach und von \u00dcbersee wieder aufleben, gab auch Anlass zu wilden Spekulationen.
- Die englische Einfuhr wurde sichtbar und durch den Wegfall der meisten Schmuggelprämien sowie durch die spätere Krisis vermehrt.
- 8. Durch den Übergang vom Krieg zum Frieden trat mit Beginn des Jahres 1816 eine schwere Wirtschaftskrisis in England ein, die weiterhin ihre Wirkungen auch auf das Rheinland und dessen Absatzmärkte erstreckte und erst gegen Ende 1817 abebbte.
- 9. Die Verstärkung dieser Wirtschaftskrisis durch die Missernte von 1816 und die schlechte Ernte von 1817, die eine schwere Teuerung und geringe Konsumkraft zur Folge hatten.
- Die Unsicherheit über das bevorstehende Zollsystem in Preussen beunruhigte den Handel sehr.

Die Hauptursache der englischen Wirtschaftskrisis 1816 bis 1817 war der Übergang vom Krieg zum Frieden. Der grosse Mehrbedarf der napoleonischeu Kriege, des Krieges gegen Amerika und der Befriedigung der nötigsten Bedürfnisse nach dem Kriege ("Retablissement" nach Heinrich Dietzel) hatte mit Schluss des Jahres 1815 so ziemlich sein Ende erreicht; deshalb trat 1816 der notwendige Rückbildungsprozess ein. Die englischen Produzenten und Händler hatten die Aufnahmefähigkeit des kontinentalen Marktes weit überschätzt; sie hatten nicht beachtet, erstens, dass der Kontinent nicht in dem angenommenen Umfang bisher von englischen Waren abgeschlossen war, zweitens, dass durch die Kriege die Konsumkraft stark herabgedrückt war, drittens, dass die kontinentalen Staaten (Frankreich, Russland, Österreich, Spanien usw.) bei ihrem Prohibitivsystem blieben oder es verschärften.

Die Jahre 1814 bis 1818 waren demnach völlig anormale; eine Vergleichung dieser schwankenden und von den verschiedenartigsten Umständen beeinflussten Verhältnisse mit den ruhigeren Zeitläuften nach 1818, denen Krisen aber auch nicht fehlen, begegnet den grössten Schwierigkeiten. Hinzu tritt das Versagen der Statistik. War schon ihre Aufstellung damals mangelhaft und höchst unzuverlässig 84),

84) St.-A. Cobl. a. a. O. I, 1, 7 vol. 1. Die Regierung zu Düsseldorf: "Es ist eine kritische Sache um die Sammlung von Nachrichten . . . . . die eingegangenen Übersichten sind sehr dürftig ausgefallen." Die Regierung zu Cleve (5. Januar 1817): "Man könne sich nicht einmal von der Wahrscheinlichkeit überzeugen und als gewiss annehmen, dass die Angaben meist hinter der Wahrheit zurückbleiben werden." ". . . . muss aufgeschoben



so sind die überlieferten Daten derartig lückenhaft, dass nur wenige Zahlen, die eben auf denselben Fehlerquellen beruhen, eine relative Anwendung finden können. Über den Wert der einseitigen Interessentenberichte s. unten Anm. 85.

werden, damit der Departementalrat die meistens einseitigen und unbestimmten Angaben der Ortsbehörden berichtigen kann." "... sei sehr dürftig ausgefallen." - 1815 hatte das statistische Amt in Berlin die Aufnahme einer grossen statistischen Tabelle angeordnet, die 434 Rubriken umfasste, wozu noch 163 Rubriken betr. "Bevölkerungsliste" kamen. Ende 1816 wurde mit ihrer Aufnahme begonnen. Am 14, Dezember 1816 verlangte der Oberpräsident Graf von Solms-Laubach für sich eine Fabrikentabelle (über Ertrag, jährlichen Absatz, Selbstkosten usw.). Ende 1816 wollte Staatsrat Kunth als General-Handels- und Fabrikenkommissar eine Gewerbestatistik mit 471 Rubriken. Auf die Beschwerde der drei westlichen Oberpräsidenten hin verzichtete Kunth auf seine eigene Tabelle, von der des statistischen Büro sollten die schwer auszufüllenden Rubriken weggelassen werden (Cobl. Obpr. Jülich-Berg I, 1, 2.). Die Orts-, Unterverwaltungsbehörden und Regierungen gingen nur mit grösstem Widerwillen an diese Arbeit, sodass erst im Herbst 1817 die Angaben allmählich einliefen. So war denn die rheinische Verwaltung bei den entscheidenden Verhandlungen des Staatsrates 1817 ohne nähere Unterlagen. Das endlich gesammelte Material ist unbrauchbar. So sind z. B. in dem einen Kreis zu den "vorzüglichsten Fabriken" Betriebe gezählt, die auch nur einen Arbeiter beschäftigten; in einem anderen Kreis wieder nur die grösseren; bei Baumwollfabriken ist nicht zu erkennen, ob Färberei usw. dabei ist. Die 1821 veröffentlichte "Generaltabelle der Fabriken und Manufakturen in den Provinzen Niederrhein-Jülich-Cleve-Berg, Westfalen und Sachsen" fusste auf den 1817 gesammelten Daten. Die in späteren Jahren aufgenommenen Gewerbetabellen sind ebenfalls zu einer Vergleichung nicht gut zu gebrauchen, da sie andere Grundsätze aufweisen, die eine andere Eingliederung zur Folge hatten. Über die Mangelhaftigkeit der Statistik jener Zeit vgl. Engel, Die Notwendigkeit einer Reform der volkswirtschaftl. Statistik besonders der Gewerbestatistik, Zeitschr. des k. preuss. statist. Büros 10. Jahrg. Heft 3, 1870, 164/65, ferner Beiträge 1829 S. 112, Sehring, Geschichte der preuss.-deutsch. Eisenzölle von 1808 bis zur Gegenwart, Schmollers Forschungen 1882 S. XIV. Die von Mützell, Neues topogr.-stat.-geogr. Wb. d. preuss. Staates, 6 Bde., Halle 1821-25, zusammengestellten Daten sind den preussischen Gewerbetabellen, deren erste 1819 eingefordert wurde, entnommen.

<sup>85</sup>) Die vom Staatsrat v. Rappard erstatteten "Monatlichen Handelsberichte und Übersichten über den Stand der Industrie im Gen.-Gouv. Berg", die von 1814 bis April 1816 Berg, vom Mai 1816 bis Ende 1817 den Regierungsbezirk Düsseldorf umfassen, sind aus Berichten von Händlern, Fabrikanten und Zollbeamten zusammengestellt; von den Berichten sind die von Josua Hasenclever, Remscheid, und Christof Andreae, Mülheim, durch ihre Klarheit bemerkenswert. Mit diesen Handelsberichten Rappards, welche die



Die lähmende Absperrung während der letzten drei Jahre der französischen Herrschaft hatte die industrielle Tätigkeit im Bergischen und Märkischen aufs äusserste behindert. Diese Fesseln sprangen und neues Leben drang in alle Zweige<sup>86</sup>).

Die Leinenindustrie. Die 1814 stärker einsetzende irländische Konkurrenz in Leinengeweben verursachte zwar Klagen der Leinwandweberei, doch war diese ja nur mehr ganz gering vertreten. Die Exportzweige: Band-, Schnur- und Spitzenfabrikation dagegen nahmen verstärkt ihren alten Absatz nach den meisten Teilen Europas

wirklichen Verhältnisse richtig wiedergeben dürften, kontrastieren die völlig einseitigen Monatsberichte der Handelskammer Cöln. Während dort das Blühen einzelner Industriezweige nachgewiesen wird, hört gleichzeitig Cöln "in allen Ländern gleiche Klagen über schlechten Gang von Handel und Industrie mit Ausnahme der Industrie in Frankreich"; während die Einfuhr von Kolonialwaren und englischen Fabrikaten den Handel am Rhein lebhaft beschäftigen, wird gleichzeitig der Handel in Köln als "leblos", als "seit einem vollen Jahre darniederliegend" bezeichnet (Juni 1816). Im April 1817 wird der Geschäftsgang als lustlos erklärt, im April 1818 ist man mit ihm zufrieden, da die Rheinschiffahrt flott gehe, im April 1819 endlich wird er richtig als darniederliegend hingestellt; gleichzeitig werden Ziffern angeführt: die Anfuhr allein aus Holland und Belgien im Cölner Hafen betrug, abgesehen von Salz und Getreide:

im April 1816: 69190 Ztr.

" " 1817: 90979 "

" " 1818: 59412 "

" 1819: 28452 "

1817 ist aber doch der Geschäftsgang "lustlos"! Derartiger Beispiele könnten noch viele beigebracht werden"; sie zeigen, dass die Monats-Berichte für den Wirtschaftshistoriker nur relativen Wert haben und auf die Dauer den Interessen des Kölner Handels schädlich sein mussten, insofern als die einschlägigen Regierungsbehörden ihnen nicht mehr die Bedeutung beilegen konnten, die sie bei mehr objektiver Fassung verdienten. Gothein spricht S. 126 sehr milde von "jenen Übertreibungen, wie sie dem vorwärtsstrebenden Interessenten stets erlaubt sind".

86) Quellen für die Darstellung der Industrie wie auch des Handels von 1814—1818 einschliesslich sind die Rappardschen Handelsberichte (s. Anm. 85), die Mon.-Ber. der H. K. K., ergänzt durch den ausgezeichneten Bericht Kunths; G. J. Ch. Kunth, Bericht über die Regierungs-Departements von Trier, Coblenz, Köln, Aachen und Düsseldorf v. 12. Oktober 1816, abgedruckt bei F. u. P. Goldschmidt, Das Leben des Staatsrats Kunth, Berlin 1881. Ferner Jacob Aders in Joh. Friedr. Benzenberg, Über Handel und Gewerbe, Steuern und Zölle, Elberfeld 1819. — C. W. Grote, Histor.-statist-literar. Jahrbuch für Westfalen und den Niederrhein, 2. B., Coesfeld 1818, S. 165 ff. — Thun I, II passim.



und Amerikas auf. Die Bänder und Schnüre aus dem Wuppertal waren Artikel, welche die Zölle anderer Länder nicht zu fürchten hatten. Selbst Frankreich blieb einer der besten Märkte. Die Bleichereien waren für Holland, Belgien und Frankreich gut beschäftigt. Rotes Garn wurde nach Sachsen geliefert. Unangenehm war, dass die Engländer grosse Posten Leinengarn in Hannover und Westfalen aufkauften, dagegen die bergischen Erzeugnisse einzuführen verboten; selbst ein Zoll von  $40\,{}^{0}/_{6}$  v. W. hätte noch lohnende Geschäfte nach England gestattet.

Die Seidenindustrie. Das Wuppertal hatte die alten Stapelartikel, die Landestrachten für Russland und Polen, so ziemlich verloren und sah nach den Befreiungskriegen seinen Hauptmarkt, das ausgesogene Deutschland, auf dem Wege, statt der Seidenzeuge immer mehr Baumwollgewebe zu benützen. Doch nahm auch die bergische Seiden-Weberei und -Druckerei an dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung 1814 teil. Sie hatte sich wie Crefeld auf einige bestimmte Artikel eingerichtet (Tücher, Bänder, Samte), war zudem im ausländischen Wettbewerb erfahren, sodass sie den Fabrikanten in Preussen mit Erfolg entgegentreten konnte. Den früheren Beschäftigungsgrad vermochte sie allerdings bis 1821 nicht zu erreichen. Wie die Leinenindustrie klagte sie über das Verbot in England; auch ihr hätte ein Zoll von 40% noch lohnenden Absatz gestattet. Der Hauptabsatz der Mülheimer Samte und Bänder ging im Gegensatz zu Elberfeld-Barmen nach Frankreich und Italien. Der französische Zoll störte nicht, da der französische Bedarf zu gross war.

Die Wollindustrie hatte den nachhaltigsten Anteil am wirtschaftlichen Aufschwung. Die Spinnerei, Färberei usw. waren mit der Weberei verbunden; Maschinen wurden immer allgemeiner eingeführt. In der Hauptsache wurden Tücher hergestellt. Die Jahre 1815 und 1816 bezeichnen ein stetes Vorwärtsschreiten, 'die allgemeine Notlage 1816 und 1817 hatte keinen übermässigen Einfluss, die englische Konkurrenz konnte gut ausgehalten werden. Der Hauptabsatz war auf den Braunschweiger Messen, Norddeutschland und Dänemark. Lebhaft beklagt wurden auch hier die Abgaben im Altpreussischen, die die Konkurrenz mit Schlesien beeinträchtigten. Neben Lennep und Hückeswagen traten [Lüttringhausen, Wipperfürth, Wermelskirchen, Barmen und Kettwig immer mehr hervor.

Die Baumwollindustrie. Die Spinnereien waren nur mit veralteten Maschinen ausgestattet und bis auf die zu Cromford wenig



leistungsfähig. Kunth machte 1816 ihren Besitzern den Vorwurf, nicht ernstlich bemüht zu sein, die neueren Fortschritte der Engländer kennen Immerhin konnten sie in den gröberen Garnen die Konkurrenz mit den Engländern aufnehmen. Die englische Garneinfuhr wurde wegen der sehr vermehrten Tätigkeit der bergischen Webereien und Wirkereien sowie Rotfärbereien nach Aufhebung der Kontinentalsperre wieder sehr bedeutend. Bis zum Sommer 1815 wurde indes der englische Wettbewerb von den Spinnern nicht als besonders gefährlich betrachtet. Erst von da ab begannen die Klagen. Den Vorsprung der englischen Garne führten die Spinner darauf zurück, dass die Engländer den Baumwollmarkt in Händen hätten und so den besten Robstoff für sich heraussuchen und verarbeiten könnten; sie erreichten in der Tat im Oktober 1815 die Erhöhung des Garnzolles auf 3 Rtlr. 18 Ggr. seitens des Rhein-Weser-Zollverbandes. Dieser Zollschutz, zu dem auch noch der Frachtenschutz und der durch die holländischen Abgaben bewirkte Schutz kam, lies die Betriebe auch die Krisis 1816/ 1817 überstehen; im Herbst 1817 zogen die Garnpreise etwas an, die wieder lebhaftere Tätigkeit der Baumwollwebereien liess auch die Spinnereien ihr nicht besonders glänzendes Dasein, gegründet auf die groben Garne, weiterleben. Der Absatzmarkt war lokal, nur die Rotfärberei lieferte etwas nach Belgien und Deutschland.

Mit der Befreiung vom französischen Joch setzte für die Baumwollweberei ein neuer Aufschwung ein. Hergestellt wurden hauptsächlich Siamosen, wenig Baumwollsamt; dazu Bänder und Schnüre. Ganz Deutschland, insbesondere die Messen von Braunschweig, Frankfurt a. M. und a. O., Leipzig, Hamburg, ferner Holland, Dänemark, Norwegen, Frankreich, Schweiz, Spanien, Portugal und Amerika zählte man mit Stolz als Absatzmärkte auf; das Verbot ausländischer Baumwollwaren in Preussen bewirkte, dass Pommern und Schlesien ein guter Markt für die bergischen Waren wurden. Bis zum Sommer 1815 dauerte die Freude, die Konkurrenz der englischen "geschmacklosen Waren" nicht fürchten zu müssen. Von da ab begannen die Klagen, besonders als die Erhöhung des berg-münsterschen Garnzolles und der holländischen Abgaben auf die Baumwollgarndurchfuhr (4 0/0 ab 16. März 1818) eine Verteuerung der hauptsächlich verwendeten englischen Garne und damit verminderte Konkurrenzfähigkeit gegenüber England und dem linken Rheinufer brachte 87). Seit dem Oktober 1815 verstummte die

<sup>87) 1816—1818</sup> darf man die Gesamtbelastung (aber ohne Wasserzölle) eines durchgeführten Ztr. Baumwollgarn seitens Holland auf etwa 4 % v. W.



Forderung nach Schutzzöllen auch auf Gewebe nicht mehr; im Oktober 1815 kam auch der Gegensatz zwischen Spinner und Weber zum ersten Male klar zum Ausdruck<sup>88</sup>). Mit dem Frühjahr 1816 setzte dann infolge der Krisis in England eine wenig erfreuliche Zeit auch für die bergischen Webereien ein. Das Sinken der Baumwoll-, Garn- und Gewebepreise brachte starke Verluste, der an sich geschwächte Markt wurde jetzt in der Tat mit englischen Waren mehr oder minder "überschwemmt" <sup>89</sup>). Hinzu trat die Teuerung infolge der Missernte von

annehmen. Dies macht bei einem angenommenen Wert von 80 Rtlr. 3,2 Rtlr. aus. Die Fracht Amsterdam-Köln einschl, der Wasserzölle betrug 1817 nach Nau (v. Nau, Beiträge zur Kenntnis u. Beförderung d. Handels u. d. Schifffahrt, 5 Bde., 1818-25, Mainz, Kupferberg & Wirth) I, 285, 22<sup>2</sup>/<sub>3</sub> Ggr. per Ztr.; Zoll und Fracht betrugen demnach bis Köln etwa 4 Rtlr. 3 Ggr. Die Fracht auf dem Landwege von Bremen nach Elberfeld betrug nach Rappards Handelsbericht vom März 1816 3 Rtlr. 21 Ggr. per Ztr.; Hannover erhob keinen Durchgangszoll. Für den bergischen Weber stellte sich also der noch dazu langsamere Bezug auf dem Rhein um vieles teurer als auf dem Landweg, da noch der Transport vom Rhein ins Wuppertal usw. hinzukam. Der Rheinweg wurde infolgedessen von ihm auch nicht benutzt. Der Vorteil der billigeren Fracht für den bergischen Weber vor der linksrheinischen Konkurrenz wurde aber aufgehoben durch den bergmünsterschen Garnzoll. Der Elberfelder Weber war mit seinen 80 + 3 Rtlr. 21 Ggr. + 3 Rtlr. 8 Ggr. = 87 Rtlr. 5 Ggr. dem Cölner Konkurrenten gegenüber mit 80 + 4 Rtlr. 3 Ggr. + 11/3 Ggr. (vom Wasser ins Haus) = 84 Rtlr. 4 Ggr. im Nachteil. - Gothein macht über die Frachtverhältnisse ausführliche Angaben S. 163-66; aus ihnen geht, wie aus dem ganzen Werke Gotheins, die holländische Willkür klar hervor.

- <sup>88</sup>) Die Bemerkung bei Gothein 83 betr. Äusserungen im Sinne des striktesten Freihandels aus dem Bergischen kann sich nur auf solche von Händlern, wie z. B. Jacob Aders, beziehen.
- 89) Die nach Aufheben der Kontinentalsperre eintretende englische "Überschwemmung" fand zwar statt, wird aber in der Literatur fast stets übertrieben hingestellt. Die schon während der Kontinentalsperre sehr starke Einfuhr englischer Textilwaren ist bereits S. 306 erwähnt. Sie wurde 1813/14 eben sichtbar. Weiter: es war ein Zollgesetz in Sicht, die Baumwollindustriellen wollten Verbote oder hohe Schutzzölle, folglich wächst die "Überschwemmung" ins Ungeheuere nach ihren Angaben. Die bei Freymark 81 angeführte, den Akten des Finanzministeriums entnommenen Ziffern, wonach an englischen Baumwollwaren in Preussen eingeführt wurden:

```
1813/14 für 2199 940 Th.

1815 " 1525 098 "

1816 " 710 737 "

1817 " 920 471 "

1818 " 1042 335 "
```

können keine besondere Beweiskraft beanspruchen. Sie geben nur an, was



1816. Erst vom Herbst 1817 an fanden die vielen ausser Betrieb gesetzten Webstühle allmählich wieder Beschäftigung. Aber einen neuen grossen Aufstieg vermochte die rechtsrheinische Baumwollweberei nach dieser schweren Erschütterung nicht mehr zu nehmen. Sie blieb, ein immerhin beachtenswertes Glied der Gesamtindustrie, auf ihrem alten Stand.

Die Leiden und Freuden der rechtsrheinischen Industrie machte die Färberei getreulich mit. Dagegen vermochten die Türkischrot-Färbereien sich im grösseren Teil ihrer Produktion von dem lokalen Markt unabhängig zu machen; Sachsen und die Schweiz waren ihre Hauptabnehmer; zur Verarbeitung gelangte überwiegend englisches Garn.

Die Kleineisenindustrie. Bereits 1813 waren für die Solinger Klingenindustrie grosse Bestellungen seitens des preussischen Staates eingelaufen, der auch in der Folgezeit ein guter und getreuer Kunde Das nach den Befreiungskriegen und nach der Beendigung des englisch-amerikanischen Krieges einsetzende Retablissement der Heere und Marinen, die vermehrte Tätigkeit in den Kolonien hoben nach Sprengung der Fesseln auch die übrigen Zweige der Solinger, Remscheider und Märkischen Eisenindustrie. Der durch die Krisis 1816/ 1817 eingetretene Rückschlag wurde seit Ende 1817 zwar wieder überwunden, doch blieben die niedrigen Preise und die während der Notzeit verschärfte innere Konkurrenz auf viele Jahre hinaus. Absatzgebiete waren Amerika, Spanien, Portugal, der deutsche und nordische Markt; der Absatz nach Frankreich, zuvor der wichtigste, war seit 1816 sehr behindert. Lebhaft beklagte man sich über die englische Konkurrenz sowie über die Belastung des Rheinweges durch Holland. Als im Februar 1818 die Waffendurchfuhr in Holland verboten wurde, wählte man in steigendem Masse den Landweg nach Bremen und Hamburg<sup>90</sup>).

<sup>&</sup>lt;sup>90</sup>) Vgl. Schwann 395. Dies wird bestätigt durch die in Anmerk. 87 angeführten Frachtkosten.



in Preussen deklariert und verzollt wurde; da vom 15. März 1815 bis 4. Februar 1817 gewisse Arten von Baumwollwaren in Preussen verboten waren, wurde viel eingeschmuggelt und erscheinen so die Ziffern für 1816 und 1817 sehr niedrig. Auch ist nieht ersichtlich, ob die Einfuhr im Westen bei diesen Zahlen mit inbegriffen ist; für das linke Rheinufer, wo keinerlei Zollämter den Eingang überwachten, ist das sicherlich nicht der Fall. Für die Einfuhr englischer Baumwollwaren im Westen und in den Hauptabsatzgebieten der rheinischen Industrie fehlen Ziffern. Man muss gemäss den Handelsberichten Rappards als sicher annehmen, dass seit dem Frühjahr 1816 die Einfuhr englischer Baumwollwaren stärker wurde. Die erhöhte Einfuhr dürfte auch geblieben sein; siehe die Zahlen für 1822–1829 bei Freymark 83, bei denen man etwa <sup>3</sup>/<sub>4</sub> auf englische Einfuhr rechnen kann.

Die rechtsrheinische Industrie hatte demnach von 1814 bis zum Sommer 1816 eine glückliche Zeit; darauf kam der starke Rückschlag bis Ende 1817; von da ab war es ein langsames Erholen, aber bis auf die Tuchindustrie keine besonders zufriedenstellende Lage. Von einem Wunsche nach Freihandel ist bei den Industriellen keine Rede. im Gegenteil, der Ruf nach Schutzzoll erschallt auf der ganzen Linie mehr oder minder dringend.

Die linksrheinische Industrie war auf den grossen inländischen Markt eingestellt, die neufranzösischen Gebiete waren für sie von grösserer Bedeutung als das eigentliche Frankreich. Da sich diese neufranzösischen Gebiete nicht mit derartig hindernden Zollmauern nach dem Sturz des Kaisertums umgaben, ferner der Verkehr mit Frankreich durch verschiedene Umstände, insbesondere durch den Schmuggel, in ziemlichem Masse aufrecht erhalten blieb, so ist der Bruch mit der französischen Vergangenheit nicht von der Bedeutung. die ihm bisher in der Literatur beigemessen wurde. Weit wichtiger ist der mangelhafte technische Zustand, in dem sich insbesondere die Baumwollindustrie befand, und die Plötzlichkeit des Wegfallens jeglichen Schutzes: die Baumwollindustrie und die Leinenindustrie, die auf letzteren am meisten gebaut hatten, mussten natürlich schwer getroffen werden. Dagegen musste der Fortfall der Fesseln die gesunde Exportindustrie nur günstig beeinflussen; das sind insbesondere die Seidenund, wenn auch abgeschwächt, die Wollindustrie. Das Aufhören der Monopole musste die Tabakindustrie wieder ins Leben rufen. Es war ein Glück, dass die linksrheinische Industrie einige Jahre ungetrübter Konkurrenz durchzumachen hatte und so in eindringlicher Weise erfuhr, dass ihre technische und organisatorische Einrichtung nicht auf der Höhe war. Es ist aber zu bedauern, dass diese Schulzeit in derartig anormale Zeiten fiel und dass sie zu frühzeitig beendet wurde.

Für die Leinenindustrie bedeutete der Wegfall des Schutzes und der intensiven Förderung den Beginn ihres unaufhaltsamen Rückganges, soweit die Webereien in Betracht kommen. In den billigeren Geweben wurde sie von der irischen, schlesischen und westfälischen Konkurrenz infolge der billigeren Löhne aus den bisherlgen ausländischen Absatzgebieten verdrängt. Nur in feinem Damast konnte sie sich, wenn auch mit Mühe, auf dem Weltmarkte behaupten. Während der schlechten Jahre bis 1820 wandten sich mehrere Baumwollindustrielle vorübergehend wieder der Leinenindustrie zu. Die Preise des Leinen-

garns blieben sich vom Januar 1815 bis 1828 stets gleich <sup>91</sup>). Sehr viel Leinengarn wurde nach England ausgeführt.

Die Seidenindustrie, die in ihrer kraftvollen Entwicklung keines Schutzes, sondern der Freiheit bedurfte, begrüsste das Ende der Seesperre und das Aufhören des Rohstoffzolles mit Freuden. Zum französischen und neufranzösischen Markt traten wieder verstärkt der deutsche, nordamerikanische und dänische, von 1816 ab auch wieder russische. Nur der Absatz in Bändern stellte die Fabrikanten nicht zufrieden; man schrieb dies der stärkeren Konkurrenz Elberfelds zu 92).

Die politische Veränderung war für die linksrheinische Wollindustrie nicht nachteilig. Kölner Wollspinnereien, mit Maschinen
ziemlich gut eingerichtet, verarbeiteten westfälische Wolle für Westfalen;
auch die Crefelder Manufakturen stellten neue Maschinen ein und waren
gut beschäftigt. Der neue inländische Markt wurde vermehrt aufgesucht. Besondere Klagen liegen aus jener Zeit nur hinsichtlich der
verschiedenen Abgaben im inländischen Verkehr vor.

Grosse Bestürzung herrschte in der Baumwollindustrie, als das schöne Verbotsystem in die Brüche ging; denn jetzt musste man sich ja allein auf die vorhandenen, gesunden Grundlagen stellen. Es war ein Glück für die linksrheinische Baumwollindustrie, dass der reinigende Strahl englischer Konkurrenz 1816—1818 die Betriebe ohne Existenzberechtigung ausfegte und die Unternehmer zwang, ihre schlummernde wirtschaftliche Energie anzuspannen. Einstweilen fühlte man freilich nur die schmerzhafte Seite dieser Reinigung.

Der Rückgang der Spinnereien setzte in geringerem Masse 1814, in stärkerem erst 1816 ein. Zunächst waren eben die bergischen und schweizerischen Webereien, für welche besonders die Bonner und Cölner Spinnereien Garn lieferten, und ebenso noch die linksrheinischen Webereien selbst mehr oder weniger gut beschäftigt. Die englische Krisis und die Teuerung änderten dies 1816. Es erfolgten Betriebseinstellungen und -beschränkungen in Bonn, Köln, Gladbach usw.; man verlegte sich mehr und mehr auf das Spinnen von nur gröberen Garnen. Empfindlich war der hohe Preis der noch dazu schlechten Baumwolle, die die Konkurrenz der englischen und französischen Spinner um den Rohstoff dem Rheinland übrig liess, verteuert durch die niederlän-

<sup>&</sup>lt;sup>92</sup>) Vgl. Thun 112. — Grote 180. — O. Hintze-Schmoller, Die preuss. Seidenindustrie im 18. Jahrh. u. ihre Begründung durch Friedrich d. Grossen, 3. Bd. Acta Borussica, Berlin 1892, S. 330.



<sup>91)</sup> H. K. C., Waren-Preise und Wechselkurse.

dischen Abgaben. Schwer rächte sich jetzt das Mangelhafte der technischen Einrichtungen der meisten Anlagen; der Kredit zur Verbesserung fehlte vorläufig. Während sich die bergischen Spinnereien ab Ende 1817 langsam erholten, dauerte die schlechte, aber heilsame Lage der linksrheinischen, die ja durch keinen Garnzoll geschützt waren, bis Ende 1818 <sup>93</sup>).

In der Weberei war der Rückgang nicht so einschneidend wie bei den Spinnereien. Die technischen Einrichtungen waren verhältnismässig bessere wie dort, wenn auch noch immer herzlich schlecht; ein wohlorganisierter Schmuggel nach Frankreich und Belgien liess deren Abschliessung weniger empfinden, durch Beschränkung auf die Herstellung von Siamosen, neben denen nur wenig Barchent, Baumwollsamt und Halbleinen erzeugt wurden, gelang es — dank der an sich gesunden Grundlage der Industrie — die Zeit der englischen Überflutung und der gleichzeitigen Teuerung zu überstehen, wenn auch mit Betriebseinschränkungen und wenig Gewinn. Schwer wurde die holländische Transitabgabe auf Baumwollgarn empfunden.

Die während der Jahre 1811—1813 eingestellten Betriebe der Tabakindustrie nahmen 1814 die Produktion lebhaft wieder auf. Die Kölner Fabriken entzogen sogar der Seidenfabrikation Arbeiter. Der belgische Zoll und die Nichtaufnahme der Tabakfabrikate in den Handelsvertrag mit Belgien waren um so unangenehmer, als das linke Maasufer ein Hauptabsatzgebiet war und die holländischen Fabrikate dort nun frei eingingen. Man darf aber ruhig annehmen, dass die rheinischen Fabrikate doch ihren Weg nach Belgien fanden; denn es gab in jenen Jahren keinen Zweig der rheinischen Industrie, der sich durch den Zoll oder das Verbot eines Landes von einem erworbenen Absatzmarkt in stärkerem Masse verdrängen liess. Der Schmuggel ins Ausland blühte und war den Behörden wohl bekannt. Die Tabakfabrikanten waren Schutzzöllner; sie verlangten hohen Eingangszoll auf ausländische Tabakfabrikate, freien Eingang ihrer Rohstoffe 94).

Durch die Beendigung der Seesperre und des englisch-amerikanischen Krieges war für die Gerberei der Bezug der brasilischen Häute wieder erleichtert worden; die Wiedergewinnung des rechtsrheinischen Absatzgebietes durch die Erledigung des Ausfuhrverbotes sowie die starke Nachfrage während und nach den Befreiungskriegen

<sup>93)</sup> Vgl. Dilthey 11 ff. — Schwann 390—93. — Thun 158. — Kunth passim.

<sup>94)</sup> H. K. C., Gewerbesteuer a.

gaben lebhafte Beschäftigung. Mitte 1817 lenkte man in ruhigere Bahnen ein. Äusserst drückend waren die holländischen Abgaben, die durch das Gesetz vom 16. März 1818 auf 15% v. W. stiegen 95).

Als für die Rübenzuckerindustrie Ende 1813 die richtige Technik endlich gefunden schien und die Produktion durch energische Bekämpfung des Vorurteils der Konsumenten und durch eifrigste Förderung seitens der Regierung schon eine ansehnliche Höhe erreicht hatte, trat die freie Einfuhr des ausländischen Zuckers und damit eine Verringerung der Produktion ein. Man wünschte deshalb Besteuerung des fremden Zuckers und Syrups. Zu statten kam die starke Belastung der Zuckerdurchfuhr seitens Hollands. Einen ausländischen Markt hatte diese Industrie noch nicht. Die Crefelder Fabrik produzierte 1816 nur mehr 250 Ztr. Der Preis der Zuckerrüben betrug 8 Ggr. per 50 Kg <sup>96</sup>). —

Der Überblick über die einzelnen Industriezweige auf dem linken Rheinufer zeigt zwar kein besonders glänzendes Bild der Wirtschaftslage 1814—1818, immerhin ist diese weit besser als man bisher in der Literatur annahm. Durch den Eintritt der freien Konkurrenz hatte in stärkerem Grade nur die Leinenweberei, welche bei den hohen rheinischen Löhnen nicht konkurrenzfähig war, und die Baumwollindustrie, welche technisch und organisatorisch nicht auf der Höhe stand, zu leiden.

Nach der Aufhebung der Kontinentalsperre und des französischen Systems der "Hinderung des Handels" (Schwann) kam auch der Rheinhandel wieder zu Ehren. Die rechtsrheinischen Städte liessen die während der Franzosenzeit erlangte bessere Stellung Cöln gegenüber nicht fahren, wenn ihnen dieses auch infolge seines Umschlagrechtes und Freihafens, seiner Eigenschaft als Stationsstadt, seiner alten Verbindungen, seines Vermögens, seiner guten Hafeneinrichtungen weit voraus war. Das Jahr 1814 brachte zunächst das Sichtbarwerden der bisher schon starken englischen Fabrikateneinfuhr und der sonstigen bisher geschmuggelten Waren. Zu diesem offiziellen, nur scheinbaren Aufblühen des Handels trat aber auch eine wirkliche Belebung, insbesondere in Kolonialwaren und Rohstoffen für die Industrie; doch war der Handel noch durch die Fortdauer des englisch-amerikanischen Krieges und durch die Ungewissheit über die endgültige Gestaltung der politischen Verhältnisse behindert. So setzte erst im Jahre 1815

<sup>96)</sup> Vgl. Kunth 226.



<sup>95)</sup> H. K. Köln, Mon. Ber. — Schwann 395.

der eigentliche Aufschwung des auswärtigen Handels ein. Das Ende des genannten Krieges brachte als Nebenerscheinung so manchen Verlust für Spekulanten in Kolonialwaren infolge des ausgiebigen Fallens der Preise. Dieses Preissinken war die natürliche Folge des verstärkten Angebots der während des Seekrieges aufgestapelten Waren. war das Anbieten verhältnismässig zurückhaltend; stürmisch wurde es erst im Frühjahr 1816, als die Kreditüberspannung infolge des Überganges zu ungewohnten Friedensverhältnissen sowohl im englischen Handel wie vor allem in der englischen Industrie zur Krisis führte (s. oben S. 339). England suchte durch Abstossen seiner Vorräte zu billigsten Preisen und durch verstärkte Produktion 97) der Schwierigkeiten Herr zu werden. So hatte denn auch der rheinische Speditionshandel gute Tage - soweit die holländischen Schikanen es zuliessen. Nach einer stärkeren Versorgung Mitte 1817 bis Frühjahr 1818 anlässlich des kommenden Zollgesetzes flaute der Geschäftsgang ab. Der Gang der einzelnen Haupthandelszweige 1814-1818 ergibt sich aus folgendem 98):

Der Wegfall des Getreideausfuhrverbotes bedeutete für den Cölner Getreidehandel die Wegräumung seines Haupthindernisses. Zwar konnten Versendungen nach England, dem ausländischen Absatzgebiet, vorläufig nicht stattfinden. England verschloss nämlich durch die Kornbill vom 23. März 1815 seine Häfen, wenn der Preis per Winchester Quarter Weizen unter 80 sh sank. Dies trat erst nach der Missernte von 1816 ein. Inzwischen boten die Versorgung des rechten Rheinufers, Getreidelieferungen für die nach Frankreich vordringenden Truppen sowie die Einfuhr von Ostsee- und Hollandgetreide aus Anlass der Missernte von 1816 und der schlechten Ernte von 1817 Gelegenheit zu lohnender Tätigkeit. Hinderlich waren die aus Anlass der Missernte verhängten Fruchtsperren seitens Österreichs, Bayerns, Hessens,

1814 6100 Ballen,

1815 6500

1816 6600

1817 8060 .

1818 8000 .

Diese Angaben sind aber von einem Baumwollhändler gemacht, der über den Mangel an Baumwolle klagt und so die hohen Preise erklären will; sie sind also mit Vorsicht aufzunehmen.

<sup>97)</sup> Der wöchentliche Verbrauch Englands an Rohbaumwolle betrug nach H. K. Köln, Mon. Ber.:

<sup>98)</sup> H. K. C. Mon. Ber.

Kurhessens und Frankreichs. Die gute Weizen- und Kleesamenernte von 1817 brachte Ausfuhr nach Holland und England, das vom September bis November 1817 die Einfuhr zuliess. Auch 1818 war die Ausfuhr nach England infolge der dortigen Dürre stark.

Noch mehr Freude als über die Aufhebung der indirekten Steuer empfand der Weinhandel über das Ende der Schikanen seitens der französischen Zollbeamten. Die unangenehmen Abgaben bei der Durchfuhr durch Holland beeinträchtigten jedoch das Geschäft in ziemlichem Masse. Infolge des bevorstehenden Zollgesetzes versahen sich die Weinhändler Ende 1816 bis Anfang 1818 mit enormen Vorräten aus Frankreich. Die Ernten 1816 und 1817 am Rhein und an der Mosel waren missraten <sup>99</sup>).

Der Kolonialwarenhandel, der Hauptzweig des rheinischen Speditionshandels, ging von 1814 ab wieder fortdauernd aufwärts. Zu seiner vollen Entfaltung kam er indes, dies sei hier schon bemerkt, vor 1831 niemals; dafür sorgten die holländischen Abgaben (Seezoll, Durchgangszoll, Kommissionsgebühren, Lagergeld, Syndikat, Plombage — auch für Artikel, die nicht plombiert wurden —, Verfall der Leinpfade usw.). Mit dem Aufhören der hohen Zölle und Schmugglerprämien trat eine ganz erhebliche Verbilligung der Kolonialwaren und dadurch eine Vergrösserung des Konsums, ein teilweises Zurückwandern des Warenzuges auf den Rhein, eine stärkere Zufuhr aus Holland ein. Diese vermehrte sich nach dem Ende des englisch-amerikanischen Krieges, besonders aber mit Beginn der wirtschaftlichen Krisis in Eng-Mit dem Jahre 1817, in dem man sich im Hinblick auf das drohende Zollgesetz reichlich zu versorgen begann, war der Höhepunkt erreicht. 1818 herrschte in der ersten Hälfte noch guter Geschäftsgang, sodass im Mai die Transport-Aktiengesellschaft für die Rheinund Mainschiffahrt gegründet wurde, hernach aber kam eine verkehrsstille Zeit.

Ein besonderes Spekulationsobjekt war in diesen Jahren der Kaffee. Dieser blieb die ganze Zeit hindurch in festen Händen (meist in England und Holland), welche den Preis andauernd in die Höhe trieben und festhielten. Im ganzen stiegen die Preise der Kolonialwaren, nach ihrem abermaligen Sturz anfangs 1815. langsam bis Ende 1816, gingen anfangs 1817 wieder zurück, stiegen ab Mitte 1817 und blieben von Herbst 1817 bis August 1818 auf angemessener Höhe. Das Absatzgebiet waren die beiden Rheinseiten und Süddeutschland,

<sup>99)</sup> Vgl. Grote 187.



aber beschränkt durch die steigende Konkurrenz von Genua, den französischen Häfen und Hamburg.

Was den Handel mit Industrie-Rohstoffen anbetrifft, so war, entsprechend dem Stande der betr. Industrie, die Einfuhr amerikanischer Tabakblätter nach der Beendigung des englisch-amerikanischen Krieges sehr gut, die von ostindischer Rohseide gut, die von amerikanischer und ostindischer Baumwolle sehr schlecht; die anfängliche Versorgung der Schweizer Fabriken mit Baumwolle wurde von Mitte 1818 ab immer geringer.

Der Fabrikatenhandel lag zumeist in den Händen der Verleger und ist deshalb durch die Lage der betr. Industrie gegeben. Für die Hauptartikel, wie Garne und Gewebe, bildeten sich indes immer mehr reine Händler heraus, wie z. B. Jacob Aders.

Zum Verständnis des Zollgesetzes von 1818, als eines Teiles der Reform der indirekten Steuern 1818/21 ist es nötig, kurz auf die steuerliche Belastung am Niederrhein vor 1818 einzugehen, weil aus der zu gering erscheinenden Belastung des Westens sich Hauptgesichtspunkte für das neue Steuersystem ergaben.

Die Franzosen hatten die verschiedenen vorgefundenen Abgaben aufgehoben und allmählich ein, abgesehen von der fehlenden Besteuerung des beweglichen Kapitals, wohl ausgearbeitetes Steuersystem eingeführt. Es war drückend und verhasst besonders durch die gewaltige Verteuerung der Lebens- und Genussmittel infolge der indirekten Steuern und durch die willkürlichen Schikanen und gehässige Kontrolle der Steuer- und Zollbeamten 100). Am Ende der Franzosenherrschaft bestanden am Niederrhein folgende Abgaben:

- I. Die direkten Steuern. Sie waren Ertragssteuern und bis auf die Patentsteuer Repartitionssteuern, d. h. ihr Ertrag wurde im voraus für jedes Departement bestimmt, kontingentiert; die Departements verteilten auf die Distrikte, diese auf die Gemeinden, diese auf die Individuen gemäss der Mutterrolle. Die Hauptsteuer war die 1790 eingeführte
  - a) Grundsteuer. Sie betrug etwa 12-15 % vom Reinertrag 101). Mit der Aufnahme des Katasters wurde 1807 be-

<sup>&</sup>lt;sup>101</sup>) Geh. St.-A. 1. Heft betr. die Prot. Bericht Solms-Laubachs vom 19. April 1817,



<sup>100)</sup> Eine genaue Darstellung der französischen Abgaben bietet Dav. Hansemann, Preussen und Frankreich, 2. Aufl., Leipzig 1834, S. 41—82; seine Wahrscheinlichkeitsrechnungen und deren Resultate sind indes abzuweisen.

gonnen. Im Bergischen betrug die Grundsteuer oft 30 %; dazu waren die Gemeinden, wie auch auf dem linken Rheinufer, gänzlich ungleich belastet.

Als Nebensteuern traten hinzu:

- b) Personal- und Mobiliarsteuer v. J. 1791. Sie war für jeden Steuerpflichttgen die gleiche, nämlich der Wert von 3 Arbeitstagen, der vom Präfekten festgesetzt wurde, und betrug nicht unter 50 ct. und nicht über 1.50 fr. per Tag. Der hierdurch vom Steuerkontingent der Gemeinde usw. nicht aufgebrachte Betrag wurde auf die Wohnungsinhaber nach der Grösse des Mobiliars verteilt. Ferner
- c) Tür- und Fenstersteuer v. J. 1798. Sie wurde nach der Zahl der auf Strasse, Hof und Garten gehenden Öffnungen erhoben gemäss einem Klassentarif, der mit der Grösse des Wohnortes, des Hauses und der Art der Öffnungen wuchs 102). Ferner
- d) Patentsteuer (Gewerbesteuer) v. J. 1791/95. Sie war eine Quotitätsabgabe, d. h. ihr Anteilverhältnis, der Steuerfuss, war fest bestimmt, der Ertrag also nicht kontingentiert. Sie zerfiel in 2 Teile: die feste Abgabe war durch Tarif festgesetzt und richtete sich nach der Natur des Geschäftes und der Grösse des Ortes die proportionale Abgabe hatte den für Wohnhaus, Werkstatt, Magazin usw. aufgewendeten Mietzins zum Massstab und betrug je nach dem Gewerbe den 10., 20., 30. oder 40. Teil desselben 103).

Die 1811 eingeführte Bergwerksteuer bestand aus 10 fr. vom qkm der Oberfläche und 5 % vom Reinertrag, wofür die Patentsteuer wegfiel <sup>104</sup>).

#### II. Die indirekten Steuern.

- a) Die droits réunis 105).
  - Gebühren vom Verkauf der Trauben-, Apfel- und Birnen-Weine,
  - 2. Gebühren von der Bierbrauerei,

<sup>105)</sup> Geh. St.-A. Heft 1 betr. die Prot. Ber. Solms-Laubachs vom 19. April 1817.



<sup>102)</sup> Im Grossherzogtum Berg wurde sie nicht eingeführt.

<sup>&</sup>lt;sup>103</sup>) Eheberg, Finanzwissenschaft III, 2. Aufl., S. 426. — Neigebaur, Cam.-W., 466, 467.

<sup>104)</sup> Praktisch ist sie zur Patentsteuer zu rechnen.

- 3. Gebühren vom Branntweinbrennen aus Getreide und Kirschen,
- 4. Konzessionsgelder für die Erlaubnis, aus verschiedenen Stoffen zeitige Essenzen zu brennen,
- 5. Regie des Tabaks,
- 6. Konzessionsgelder von Land- und Wasserdiligencen,
- 7. Kartenstempel,
- 8. Gold- und Silberstempel,
- 9. Stempel für gestochene Musikalien,
- 10. Gezwungener Ankauf und Gebühren von Salz,
- 11. Gebühren von Pulver und Salpeter.
- Gebühren von der inneren Schiffahrt, von Fähren u. dergl. auf Flüssen und Kanälen.
- b) Die nicht zu den droits réunis gehörenden:
  - 1. Stempelpapier,
  - 2. Einregistrierungsgebühren (bei Eigentumswechsel, insbesondere bei Erbschaften),
  - 3. Gerichtskanzleigebühren.
- c) Die Douane.
- IIIa. Die Zusatzzentimen zu den direkten Steuern; sie gingen in der Hauptsache an die Departements, zum kleineren Teile an die Gemeinden, für Verwaltungs-, Erhebungskosten, Unterricht, Strassen-, Kanal- und Dammbauten usw. Hierher gehöran auch der Kriegszuschlag von 10 % auf alle Zölle und das dem Staat zustehende Zehntel vom städtischen Oktroi 106).
- IIIb. Die Ersatzakzise im Grossherzogtum Berg. Als in Berg 1810 die französische Grundsteuer eingeführt wurde, kam die alte Akzise in Wegfall; gleich darauf aber wurde als Ersatz ein Aufschlag von 8 % auf Grund- und Personalsteuer verfügt. Später wurde er auf 2 ½ % ermässigt und schliesslich jedes Jahr die feste Summe von 116 914 fr. erhoben 107).

Zu diesen Staatseinkünften traten noch die Einnahmen aus

- IV. Domänen, Forsten, Gewässern usw., sowie
- V. Ausserordentliche Einkünfte 108).

<sup>108)</sup> Vgl. Anm. 103, dazu Reg.-Bez. Aachen passim.



<sup>&</sup>lt;sup>106</sup>) Für die 1798 aufgehobenen Akzisen erhielten die Städte 1800 bzw. 1801 den Oktroi; von 1812 ab wurde dieser mit den droits réunis erhoben. Ein Beispiel bietet Schwann 296.

<sup>107)</sup> St.-A. Coblenz VII, 5, 38.

Über die Höhe der Einkünfte sind uns einzelne Angaben er-So betrugen u. a. halten.

die Einnahmen 1811 oder 1812 im Grossherzogtum Berg von der Grundsteuer . . . . 1613319 fr.

> Personal- oder Mobiliarsteur 542 812 " Patentsteuer . . . . . 329877 "

2 486 008 fr.,

oder pro Kopf der Bevölkerung die direkten Steuern allein 7,05 fr. Die indirekten Abgaben betrugen etwa das Vierfache der direkten 109).

Die Douanen-Einnahmen 1812

der Zolldirektion Köln betrugen 5 627 254 fr. 110).

Cleve 1468657 ...

Die Einnahmen aus den droits réunis schätzte man pro Kopf der Bevölkerung auf 3 fr., wovon etwa 25 ct. aus der Tabak- und 1,50 fr. aus der Salzregie stammten 111).

Diese wenigen Ziffern lassen bereits den bedeutenden Ausfall erkennen, der 1814 bei Aufhebung der droits réunis und der Douane eintrat. Hier setzten die Bemühungen der provisorischen Regierung ein, auf dieser relativ geringen Heranziehung des Westens zu den Staatslasten basierten mit die Berechnungen für das neue preussische Steuer- und Zollsystem.

Die provisorische Verwaltung hob gemäss dem Baseler Beschluss (s. oben S. 312) die droits réunis und die Douane bis auf Kartenstempel und Schiffahrtsabgaben auf, liess die übrigen Abgaben bestehen und führte den berg-münster'schen Tarif und den Sack'schen Salzzoll ein. Ausserdem gab es noch Kriegssteuern als Beiträge zum Befreiungskrieg; so wurde dem Gen.-Gouv. Berg im Januar 1814 eine solche von 3 Mill. fr., im Februar 1814 eine Zwangs-Kriegsanleihe von 1 Mill. fr. auferlegt und sofort eingetrieben 112). Dazu kamen sonstige

<sup>112)</sup> Neigebaur, Prov.-Verw. 18 u. 20. - Scotti 3471, 3484.



<sup>109)</sup> Neigebaur, prov. Verw. 14.

<sup>110)</sup> Dabei zu beachten, dass nach der Anm. 32 gegebenen Äusserung Schwanns Köln allein 3 Mill. fr. durch den Schmuggel einbüsste. Hätte man auch die Zolleinnahme vollständig, so ergäbe sich doch kein richtiges Bild der durch sie bedingten Belastung, da die Schmugglerprämien dazu gerechnet werden müssen.

<sup>111)</sup> St.-A. Coblenz VII, 5, 23. — Statistik der preuss. Rheinprovinzen, Cöln 1817 (anonym, aber der Aachener Regierungsdirektor v. Reiman als Verfasser bekannt).

Kriegslasten; die Verpflegung musste zum Teil in Geld umgewandelt werden, so dass Kommunal- und Kreisabgaben entstanden, die unter den Franzosen nicht vorhanden waren und so das Gefühl der härteren Belastung auf Jahre hinaus hervorriefen <sup>113</sup>).

Als 1815 die preussische Regierung die Herrschaft über den Niederrhein antrat, war sie auf folgende Einnahmen angewiesen: aus obigen
I, IIIa, IIIb, IV und V, sowie aus den indirekten Steuern: Stempel,
Gerichtskanzlei-, Einregistrierungsgebühren (für die direkte Sukzession
waren diese aufgehoben worden), die Abgaben auf Flüssen 114), Kanälen,
Chausseen (nur auf dem rechten Ufer), Häfen, Brücken, Krahnen usw.,
die Zölle aus dem berg-münster'schen Tarif und dem Sack'schen Salzzoll, Karten- und Kalenderstempel, das Zehntel vom städtischen Oktroi 115).

1816 wurde, wie oben S. 330 erwähnt, das Salzregal eingeführt. Es wurden Salzfaktoreien angelegt, welche die Tonne Salz aus Belgien zu 6 Th. kauften und zu 12 Th., ab 1820 zu 15 Th. verkauften <sup>116</sup>).

Nach der "Generalbalance der jährlichen Landesrevenuen nach der jetzt bestehenden Verfassung gegen diejenigen, welche wahrscheinlich aufkommen dürften, wenn die — von Bülow — projektierten Steuergesetze zur Ausführung kommen sollten" <sup>117</sup>) brachte die Provinz Jülich-Cleve-Berg folgende Einnahmen im Jahre 1816:

1.	Grundsteuer		1 383 408	Rtlr.
2.	Personal- und Mobiliarsteuer		271 935	"
3.	Tür- und Fenstersteuer .		70 479	"
4.	Gewerbesteuer		128 117	"
5.	Stempel- und Einregistrierun	g	253 124	"
6.	Kommunikationsabgaben .		104 805	"
7.	Abgaben von den Forsten .		137 571	"
8.	" " " Domänen		482 164	"
9.	Verzehrungssteuern (1/10 Oktroi		675	77
10.	Zollgefälle		130 457	77
			2 962 735	Rtlr.

Die direkten Steuern erbrachten sonach 1853939 Rtlr., die indirekten 489061, die Domänen und Forsten 619735.

<sup>113)</sup> Geh. St.-A. vol. Ia: Bericht Bülows an Hardenberg über die anonyme rheinische Bittschrift, vom 7. Februar 1816.

<sup>114)</sup> Mosel, vgl. Neigebaur, Cam.-W. 403, Lippe und Ruhr.

<sup>115,</sup> Geh. St.-A. Heft 1 betr. die Prot., Bericht Solms-Laubachs.

<sup>116)</sup> Reg.-Bez. Aachen 139.

<sup>&</sup>lt;sup>117</sup>) Geh. St.-A. Heft 2 betr. die Prot. Vom Finanzministerium für den Staatsrat ausgearbeitet.

Die Bevölkerungsziffer betrug anfangs 1816 für Reg.-Bez. Cöln 321 612 Seelen, Düsseldorf 363 107, Cleve 210 625, zusammen für die Provinz Jülich-Cleve-Berg 895 344 118). Es ergibt sich demnach ein Staatsbeitrag pro Kopf der Bevölkerung 1816 in Jülich-Cleve-Berg

2 Rtlr. 1 Ggr. 8<sup>3</sup>/<sub>10</sub> Pfg. bei den direkten Steuern.

13 , 1<sup>3</sup>/<sub>10</sub> , , indirekten Steuern, 2 Rtlr. 14 Ggr. 96/10 Pfg.

" 16 " 71'10 " bei den Domänen und Forsten, 3 Rtlr. 7 Ggr. 47 10 Pfg. im ganzen.

In der Provinz Niederrhein betrugen 1816 die Einnahmen aus direkten Steuern . . 1711 286 Rtlr,

indirekten Steuern . 1016444

" Domänen und Forsten 490 199 "
3 217 929 Rtlr. 119).

Die Bevölkerung betrug anfangs 1816 938 155 Seelen, sodass sich für die Provinz Niederrhein 1816 ein Staatsbeitrag pro Kopf der Bevölkerung mit

1 Rtlr. 19 Ggr. 9<sup>3</sup>/<sub>10</sub> Pfg. bei den direkten Steuern,

1 , 2 , — , , indirekten Steuern, 2 Rtlr. 21 Ggr. 9<sup>3</sup>/<sub>10</sub> Pfg.

— " 12 "  $6^{5}/_{10}$  " bei den Domänen und Forsten, also 3 Rtlr. 10 Ggr. 38/10 Pfg. im ganzen ergibt.

Demnach betrug das Aufkommen der "Rheinprovinz" 1816

an direkten Abgaben , . Rtlr. 3565225

" indirekten " . . " 1505505

Rtlr. 5070730

an Domänen und Forsten . " 1109934

insgesamt . Rtlr. 6180664

Da die Bevölkerung sich anfangs 1816 auf 1833499 Seelen belief, betrug der Staatsbeitrag pro Kopf der Bevölkerung der Rheinprovinz 1816

> 1 Rtlr. 5 Ggr. 8 Pfg. bei den direkten Abgaben  $\frac{-\ ,\ 19\ ,\ 8\frac{1}{2}\ ,\ ,\ ,\ indirekten}{2\ \text{Rtlr.}\ 1\ \text{Ggr.}\ 4\frac{1}{2}\ \text{Pfg.}}$ — " 14 " 6 " bei den Domänen und Forsten 2 Rtlr. 15 Ggr. 101 Pfg. insgesamt.

<sup>118)</sup> Geh. St.-A. 1. Heft betr. die Prot. Solms-Laubachs Bericht.

<sup>119)</sup> Geh. St.-A. Bb. ad vol. Ia fol. 7, 168. Die Gewerbesteuer ist dort bei den indirekten Steuern mitenthalten: sie ist mit Rtlr. 122 000 (einem

Wenn man mit dieser geringen Belastung die oben erwähnten drückenden Abgaben unter der französischen Herrschaft vergleicht, so versteht man die herzbeweglichen Klagen über preussische Bedrückning selbst unter Berücksichtigung der Kriegsanleihen und Verpflegungsgelder schlecht; dagegen versteht man das Bestreben der preussischen Regierung, die neugewonnenen Gebiete erheblich stärker zur Beitragsleistung heranzuziehen <sup>119a</sup>).

Das Steueraufkommen der westlichen Provinzen, insbesondere der wohlhabenden Provinz Jülich-Cleve-Berg, war an sich nicht zu gross und konnte gar wohl eine Erhöhung ertragen. Aber die Verteilung der Lasten war mangelhaft; die Hauptlast ruhte auf dem Grundbesitze und war dazu sehr ungleichmässig auf die einzelnen Gemeinden verteilt.

Das Aufblühen der Wirtschaft nach Abstreifung der Fremdherrschaft und ihrer wirtschaftlichen Fesseln, die ziemlich geringe Bedeutung des "Verlustes" des bisherigen Inlandmarktes, der Rückschlag infolge der englischen Wirtschaftskrisis, verstärkt durch die Teuerung, die drückende Abhängigkeit von Holland bei dem überseeischen Verkehr — das ist die Signatur der Wirtschaftsepoche 1814—18 am preussischen Niederrhein. Die Verschiedenartigkeit und der verschiedene Intensivitätsgrad der Umstände, welche das rheinische Wirtschaftsleben beeinflussten, lassen nur einige wenige Hauptforderungen — vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus — für das kommende wirtschaftspolitische System erkennen:

- 1. Notwendigkeit, Holland zur Aufgabe seiner Schikanen zu zwingen. Holland hinderte die Rückkehr des früheren Eigenhandels nach Cöln und anderen rheinischen Städten, es behinderte den überseeischen Verkehr der Industrie. Erst wenn diese Fesseln gefallen waren, konnte sich die rheinische Wirtschaft, die von Natur auf den Rheinweg angewiesen war, richtig entfalten.
- 2. Nicht-Einführung eines Schutzzollsystems. Die Grundlagen der Industrie waren derartig gesunde, dass ein scharfer Wettbewerb erst die vielfach noch schlummernden Kräfte ans Tageslicht ge-



Verhältnis, das sich aus anderen Angaben dort ergab) zu den direkten gerechnet worden.

<sup>&</sup>lt;sup>1194</sup>) Inwieweit dies der preussischen Regierung mittels der Steuerund Zollreform von 1818—1821 gelang, ist aus Anlage III S. 403 ersichtlich.

bracht, vor allem die schnellere allgemeine Einführung der Maschinen und eine bessere Arbeitsteilung im Gefolge gehabt hätte. Dies gilt für alle Industriezweige, insbesondere für die Baumwollindustrie.

- 3. Möglichkeit, das Rheinland zu höheren, aber besser verteilten, Staatslasten heranzuziehen.
- 4. Basierung des auswärtigen Absatzes auf Handelsverträge, des inländischen auf freien Verkehr.

### II. Kapitel.

# Der Werdegang der preussischen Steuer- und Zoll-Reform und rheinischer Einfluss hierauf.

Die allmähliche Erstarrung des Zoll- und Akzisewesens in Preussen hatte eine äusserst geringe Elastizität der Einnahmesteigerung zur Folge gehabt. Der wirtschaftliche Verkehr war in jeder Weise durch das, früher wohltätige, System gelähmt und behindert; der Schmuggel war ins unerträgliche gewachsen. Mit der Einführung der Gewerbefreiheit trat eine einseitige Belastung der Städte ein. Der durch den Krieg erschöpfte preussische Staat brauchte dringend eine Neuordnung seiner Finanzen. Es war aber klar, dass dieses System neue Einnahmequellen, neues wirtschaftliches Leben nicht bringen konnte.

Die Richtungslinien für das zu wählende neue System waren gegeben:

In psychologischer Beziehung durch die neuen Ideen der Zeit; Adam Smith hatte die meisten höheren preussischen Staatsmänner nachhaltig beeinflusst.

In finanzieller Beziehung durch die Notwendigkeit, die ausgesogenen alten Provinzen etwas zu entlasten, dabei aber ein entwicklungsfähiges System mit möglichst hohem und andauerndem Ertrag zu finden. Der Ertrag war abhängig zunächst und vor allem von dem Gedeihen der Wirtschaft, das nach den gemachten Erfahrungen und der neuen Lehre nur bei möglichster Freiheit, insbesondere bei freiem inneren Verkehr, eintreten konnte; dann von der Beseitigung oder wenigstens ganz erheblichen Verminderung des Schmuggels; ferner von der Verringerung der Kosten des Systems; dabei kam neben dem Erhebungs-System besonders die geographische Lage des Staates in Betracht: die so ausgedehnten Grenzen des langgestreckten, zerrissenen Gebietes; endlich von der gleichmässigen Heranziehung aller Kräfte in Stadt und Land.



In innerpolitischer Beziehung durch die Notwendigkeit, die so verschiedenartigen Gebiete der Monarchie zu einem Ganzen zusammenzuschweissen, zugleich den lästigen und verhassten Druck und die Korruption des alten Systems zu entfernen, die Erhebung der neuen Abgaben möglichst wenig fühlbar, sowie möglichst gerecht zu gestalten.

In äusserpolitischer Beziehung durch das Bündnisbedürfnis nach der englischen und russischen Seite hin, das Bedürfnis nach Frieden und Sammlung, da man Zollkriege nicht führen konnte; ferner durch den Wunsch, billige Handelsverträge abschliessen zu können, andererseits durch die Notwendigkeit, ein Zwangs- und Repressivmittel gegen das Ausland, insbesondere die deutschen Staaten, in der Hand zu halten.

In wirtschaftlicher Beziehung durch die hinderliche Rücksicht auf den Teil der grossen in der Industrie angelegten Kapitalien, der durch die bisherige merkantilistische Politik in eine falsche Richtung gewiesen war, und der nicht durch den plötzlichen Wegfall jeglichen Schutzes der Vernichtung ausgesetzt werden sollte. Dem trat entgegen das als richtig erkannte Prinzip der Nichtbevormundung, der Nichthinderung, sowie die Rücksicht auf das Erholungsbedürfnis der Konsumenten, deren bessere Kaufkraft wiederum die Erhöhung des finanziellen Ertrages bewirken musste.

In geographischer Beziehung durch die lange Küste des Ostens und die Lage der westlichen Provinzen zwischen Frankreich, den Niederlanden und Deutschland, welche Preussen zum Lande des Zwischenhandels stempelten, der aber nur durch mässige Durchfuhrabgaben, wenn solche überhaupt erhoben werden sollten, gewonnen oder erhalten werden konnte.

In zeitlicher Beziehung durch den Zwang der finanziellen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, mit der Zoll- und Steuerreform endlich und schleunigst abzuschliessen. Es war unmöglich, Bundeszölle oder sonstige Vereinbarungen abzuwarten.

Die Entwicklung der Verhältnisse hatte so Ober- und Untergrenzen für das neue System gewiesen. Sie erkannt und die Erkenntnis mit frischem Mut in die Tat umgesetzt zu haben, ist das Verdienst der preussischen Geheimräte.

Von einer Mitwirkung der Interessenten beim Zustandekommen der Zoll- und Steuerreform konnte bei dem damaligen Regierungssystem nur in beschränktem Umfange die Rede sein. Die Gesetze wurden erst bekannt gemacht, wenn sie fertig waren und in Kraft



treten sollten; die Vorarbeiten und Entwürfe wurden sorgfältig geheim gehalten, nur in Ausnahmefällen wurden die Interessenten gehört dem Werden des Zollgesetzes von 1818 sind hinsichtlich der Orientierung Berlins über die rheinischen Wünsche und der Möglichkeit ihrer Geltendmachung zeitlich zwei Epochen zu unterscheiden: die Zeit der Projekte, für den Westen ein gesondertes Zollsystem einzuführen, von Anfang 1814 bis Ende 1815; und die Zeit der Ausführung des Planes, für die ganze Monarchie ein einheitliches Zollsystem durchzuführen, von Anfang 1816 bis zum Abschluss der Staatsratsverhandlungen am 2. Juli 1817, bzw. bis zur Kabinettsorder vom 1. August 1817, worin Friedrich Wilhelm III. dem Werke des Staatsrates zustimmte und die baldigste Durchführung anordnete. - Als Wege, auf denen sich die rheinischen Wünsche und Bedürfnisse in Berlin Geltung verschaffen konnten, kamen in Betracht; die mittelbare Beeinflussung mittels der Verwaltungsbehörden in der Provinz (Landrat bzw. Bürgermeister, Regierung, Oberpräsidium) und der Spezialkommissäre (Jacobi 120), Kunth 121), sowie die rheinische Herkunft des Bearbeiters des Zollgesetzes Carl Georg Maassens 122); ferner unmittelbare Eingaben an den König, an Hardenberg oder das Finanzministerium. Direkte Gut-

<sup>120)</sup> S. oben S. 325.

<sup>&</sup>lt;sup>121</sup>) Staatsrat G. J. Chr. Kunth, seit 1816 General-Handels- und Fabriken-Kommissär, bereiste als solcher 1816 die rheinischen Provinzen und erstattete im Oktober 1816 dem Staatskanzler Hardenberg einen eingehenden ausgezeichneten Bericht über Lage und Bedürfnisse von Handel und Industrie am Rhein; abgedruckt bei Goldschmidt 181 ff. Vgl. Anm. 86, S. 341.

<sup>122)</sup> Staatsrat K. G. Maassen, geb. 1769 zu Cleve, verbrachte seine ersten Amtsstellungen als Auskultator, Referendar und Archivar von 1791 bis 1803 bei der clevisch-märkischen Regierung, war 1804-1807 Kriegs- und Domänenrat an der Kammer in Hamm, trat 1808 als vortragender Ministerialrat in bergische Dienste. 1809 wurde er als Regierungsdirektor nach Potsdam berufen, 1816 übernahm er als Nachfolger Kunths die Generalverwaltung für Handel und Gewerbe (unterm Finanzministerium); er war "die Seele der Ministerialkommission, welche die neuen Steuergesetze entwarf" (Hoffmann) seine Mitarbeiter waren nach Viebahn (G. v. Viebahn, Statistik des zollvereinten u. nördl. Deutschland, 1. Teil, Berlin, Reiner 1858 S. 136) die Geheimen Oberfinanzräte Beuth und v. Schütz -. Am 2. Juni 1818 wurde Maassen zum General-Steuer-Direktor ernannt. Die erfolgreiche Durchführung der neuen Zoll- und Steuergesetze, sowie die Anbahnung des deutschen Zollvereins war hauptsächlich sein Werk. 1830 wurde er an Stelle des Herrn v. Motz Finanzminister, am 2. November 1834 starb er. J. G. Hoffmann, Nachlass kleiner Schriften, Berlin 1847, 649-669.

achten kamen nach 1815 nicht in Betracht, da man die rheinischen Interessenten nicht befragte <sup>123</sup>).

Während der ersten Epoche, 1814 und 1815, waren die rheinischen Interessenten gut über die Pläne der massgebenden Stellen unterrichtet und konnten so Stellung nehmen. Seit der Mitteilung des Sackschen Tarifentwurfs im August 1814 und den sich daran anschliessenden Verhandlungen wusste man, dass ein Grenzzollsystem nach Art des berg-münsterschen, aber mit etwas erhöhten Sätzen, bevorstehe. Sofort hatten sich Cöln für Freihandel, Crefeld dagegen für Industrieschutzzölle erklärt (s. oben S. 331). Eine nähere Darlegung der rheinischen Wünsche brachten dann die Düsseldorfer Konferenzen vom Januar 1815 aus Anlass des Ladenbergschen Projektes, deren Protokolle in Berlin vorgelegt wurden. Die eifrige Informationstätigkeit Jacobis wie die regelmässigen Berichte der Regierungsbehörden, die aus den Berichten von Kaufleuten, Industriellen und Zollbeamten zusammengesetzt waren, vermittelten der Berliner Regierung die Wünsche am Rhein: möglichst keine Belastung des Handels, wenn aber nötig, nicht mehr als 1 % v. W.; dazu der nicht besonders dringende Wunsch der Textilindustrie nach Schutz.

Berlin war demnach über die rheinischen Wünsche im allgemeinen orientiert, als zu Anfang des Jahres 1816 die Reformpläne greifbare Gestalt anzunehmen begannen.

Die bisherigen Vorstellungen der Interessenten hatten zwar die Verwaltungsbehörden der Provinz überzeugt, aber wenig Eindruck in Berlin gemacht. Die zwangläufige Richtung der Reform schloss es von vornherein aus, derartige Wünsche einzelner Teile zu berücksichtigen, wenn sie der Haupttendenz des Reformwerkes im ganzen (Mehrertrag bei anderer Verteilung der Lasten) so stark zuwiderliefen. Diese Tendenz ergibt sich vortrefflich aus der S. 356 bereits zitierten "Generalbilance". Darnach sollten die 7 östlichen Provinzen in Zukunft 2980399 Rtlr. weniger, die drei westlichen 3875625 Rtlr. mehr als bisher für den Staat aufbringen (Verwaltungskosten bereits abgerechnet). Im einzelnen war die zukünftige Mehr- bzw. Minderbelastung so gedacht:

<sup>123)</sup> Die rheinischen Fabrikanten wurden nicht wie die Berliner von der Spezialkommission unter v. Heydebreck (Febr. 1817) vernommen, um ihr Gutachten zu den Entwürfen Bülows abzugeben. Kaufleute waren unter jenen Sachverständigen überhaupt nicht. Deshalb forderte Kunth auch in seinem Gutachten, solche aus allen Teilen der Monarchie zu vernehmen. Vgl. Dieterici, Volkswohlstand 89 ff.



				Auf den Kopf der Bevölkerung entfällt						
		***				-				
	$\mathbf{Mehr}$	Weniger		oishe			ünfti	_		
		200 00 00 00 00	Tlr.	Ggr.	Pfg.	Tir.	Ggr.	Pfg.		
Brandenburg		2765992	5	12	3	3	4	5		
Pommern		309224	3	11	8	2	21	2		
Neuvorpommern	80 955		1	17	9	2	9	7		
Westpreussen		419093	3	13	4	2	19	6		
Ostpreussen		754 516	3	11	_	2	13	9		
Posen	1032510		1	9	2	2	17	4		
Schlesien	538689		2	18	11	3	1	4		
Sachsen		383728	4	5	2	3	21	7		
Westfalen	1 391 327		2	3	_	3	12	4		
Jülich-Cleve-Berg	1010229		2	14	5	3	17	5		
Niederrhein	1474069		2	7		3	20	4		
Staat	5 527 779	4 632 553								

Der Staat hätte nach diesem Projekt des Finanzministers Grafen Bülow bei einer starken Entlastung der altpreussischen Gebiete dennoch eine Mehreinnahme von 895 226 Tlr. erzielt. Die verstärkte Heranziehung speziell der Provinz Jülich-Cleve-Berg sollte, wie aus folgender Aufstellung ersichtlich, geschehen:

Grundsteuer	1383408	Tlr.
Gewerbesteuer	128117	77
Stempel und Einregistrierung	253 124	"
Kommunikationsabgaben	104 805	"
Abgaben von den Forsten	137571	77
" " " Domänen	482164	"
Konsumptionssteuern von inländischen Erzeugnissen		
a) Mahlsteuer 407 478 Tlr	v.	
b) Backsteuer 20788 "		
c) Fleischsteuer 201716 "		
d) Biersteuer		
e) Branntweinsteuer 303750 "		
f) Tabakblättersteuer 18000 "		
g) Weinsteuer 10000 "		
	1387751	,,
Verbrauchssteuer von ausländischen Erzeugnissen .	306 000	"
Zollgefälle	96 024	"
And the second section is a second section of the second section in the second section is a second section of the second section of the second section is a second section of the second section of the section of		"

Insgesamt . . . 3972964 Tlr.

Danach sollten nur die bisherige Personal- und Mobiliar-, Türund Fenstersteuer, Verzehrungssteuer (durch Wegfall des städtischen Oktroi) und die berg-münsterschen Zölle wegfallen, an der Höhe und Verteilung der Grundsteuer nichts geändert werden.

Von einer unmittelbaren Mitwirkung der rheinischen Interessenten in der 2. Epoche ist keine Rede. Sie wussten nichts von dem Gang der Verhandlungen, wurden nicht um Gutachten usw. befragt. Die rheinischen Interessen konnten daher nur durch die rheinische Verwaltung wahrgenommen werden.

Bülow teilte am 18. März 1816 dem Oberpräsidenten und den Regierungen einen Plan für indirekte Steuern und Abgaben von fremden Handelsgegenständen mit, der bereits a) Zoll- und Verbrauchssteuer auf ausländische Waren, b) innere Konsumtionssteuern vorsah und im allgemeinen die Grundlinien des späteren Bülowschen Entwurfs enthielt 124). Die Gutachten der Regierungen Cöln (30. August 1816), und Cleve (29. August 1816), sowie des Regierungsrats Schläfke in Cöln (18. Oktober 1816) erkennen zunächst die Notwendigkeit von Schutzzöllen auf Fabrikate an; während Cöln hohe Zölle und Ausgangszölle auf Rohstoffe in der Art der Nachbarländer fordert, ist Cleve für mässige Sätze und möglichst geringe Belästigung des Verkehrs. Die Schwierigkeiten, die die Freiheit des Rheins und die geographische Lage der Rheinlande einer Gleichheit der Zollsätze für den Osten und Westen der Monarchie bereiten, werden hervorgehoben. Cleve ist gegen die Ergänzung der Zölle durch die Verbrauchssteuer, da sonst die Defraudation zu sehr herausgefordert und so die Kontrollkosten zu hoch würden. Schläfke spricht sich auch gegen Transitabgaben aus, da dadurch der "blühende Handel" vernichtet werde. Völlig ablehnend werden die inneren Konsumtionssteuern behandelt. Solange die drückende Grundsteuer nicht reformiert sei, könne man an solche nicht denken. Sie würden den alten Hass gegen die droits réunis wieder aufleben lassen 125).

Diese Vorstellungen hatten den Erfolg, dass in den ausgearbeiteten Entwürfen betr. die Zölle und Verbrauchssteuern, nebst Tarif und Zollordnung, welche Bülow am 6. November 1816 den Regierungen zur Begutachtung übersandte, der durchschnittliche Zollsatz per Ztr. im Westen  $^{1}/_{2}$  Rtlr., im Osten  $1^{2}/_{3}$  Rtlr. betrug. Die Verbrauchssteuersätze waren zum Teil etwas niedriger als im endgültigen

<sup>124)</sup> St.-A. Cobl. VII, 5, 1.

<sup>125)</sup> St.-A. Cobl. VII, 1, 5 vol. I.

Gesetz, die geplanten inneren Konsumtionssteuern ergeben sich aus der Übersicht für Jülich-Cleve-Berg auf S. 363.

Den Oberpräsidenten waren die Entwürfe nicht mitgeteilt worden, erst auf ihre gemeinsame Beschwerde vom 16. Dezember 1816 an Hardenberg erhielten Graf Solms-Laubach, v. Vincke und v. Ingersleben sie unterm 9. Januar 1817 vom Finanzminister zugesandt, aber ohne Aufforderung, sie zu begutachten. Dessen ungeachtet verabredeten sich die drei Oberpräsidenten, gesondert ihre Vorstellungen zu erheben, und einigten sich durch Korrespondenz im Februar 1817 über die Hauptpunkte. Auch fand am 22. Februar 1817 eine Konferenz in Cöln über die Entwürfe statt, an der Solms-Laubach und Ingersleben mit den meisten der höheren rheinischen Regierungsbeamten teilnahmen. Noch sind die Gutachten der Regierungsräte Gossen und Schläfke, sowie Briefe der Regierungs-Chefpräsidenten v. Pestel und v. Reimann zu erwähnen, durch die sich Solms-Laubach kurz vor seiner plötzlichen Berufung nach Berlin (die Abreise erfolgte schon Mitte März) noch etwas orientieren konnte. Diese unvorhergesehen überstürzte Zuziehung zu den entscheidenden Beratungen veranlasste ihn auch, am Eingang seines ausführlichen Berichtes an die Staatsratkommission vom 19. April 1817 sein lebhaftes Bedauern darüber auszusprechen, dass "die Umstände nicht erlaubt haben, den vorliegenden Entwurf mit verständigen Eingesessenen unserer Provinz in nähere Erwägung zu ziehen". Deshalb könnten die Oberpräsidenten nicht das Interesse aller kennen 126).

Die Beurteilung, welche Bülows Entwürfe bei der rheinischen Verwaltung und ihrem Vertreter im Staatsrat fanden, gipfelte einerseits in der schärfsten Ablehung der Pläne bezüglich der inneren Konsumtionssteuern, andererseits in der Billigung der Vorschläge betr. Zollsystem, Tarifsätze und Verbrauchssteuer auf ausländische Waren.

Hinsichtlich der inneren Abgaben machte Solms-Laubach darauf aufmerksam, dass es "die Gemüter in den Rheinlanden mit Recht beunruhigen würde, wenn die vorgeschlagenen Steuern eingeführt würden, ohne gleichzeitig die Grundsteuer zu ermässigen und mit den anderen Provinzen gleichzustellen". Der König habe in seiner Botschaft aus Wien an die Rheinländer vom 5. April 1814 u. a. versprochen: "Ich werde euch nicht durch öffentliche Abgaben bedrücken, die Steuern sollen mit eurer Zuziehung reguliert und festgestellt werden, nach

<sup>&</sup>lt;sup>126</sup>) Hinzu kommt das Fehlen jeglicher statistischer Unterlagen; s. Anm. 84.

Westd. Zeitschr. f. Gesch. u. Kunst. XXX, II/III.

einem allgemeinen, auch für meine übrigen Staaten zu entwerfenden Plan <sup>127</sup>)." Solms-Laubach forderte gleich den beiden anderen Oberpräsidenten aus dem Westen Quotisation des Mehraufkommens, dessen Aufbringung dann die Provinzen selbständig vornehmen sollten. — Das Schicksal dieses Teils der Bülowschen Vorlagen ist bekannt; sie wurden dem Finanzministerium zur Neubearbeitung zurückgegeben, den Oberpräsidenten ihre Besprechung mit einsichtsvollen Eingesessenen aufgetragen. Die Frucht der neuen Beratungen war dann das Gesetz vom 8. Februar 1819. Die Grundsteuer am Rhein wurde jedoch nicht ermässigt.

Bei der Billigung der Zölle und der Verbrauchssteuer von ausländischen Waren ging die rheinische Verwaltung hauptsächlich von dem Gedanken aus, dadurch die niederländische Regierung zu bewegen, ven der schikanösen Behandlung des Transits abzustehen. Es war dies in der Tat der grösste Hemmschuh für eine gedeihliche Entwicklung der niederrheinischen Wirtschaft. Man hoffte, "dass die Liberalität der preussischen Regierung die niederländische bewegen werde, einen auf billigen Grundsätzen beruhenden Handelstraktat abzuschliessen, das einzige Mittel - wie die Erfahrung gelehrt hat - den rheinischen Fabriken zu helfen 128). "Neben dieser, nicht in Erfüllung gegangenen, Hoffnung auf einen Handelsvertrag mit den Niederlanden waren es der seit 1816 infolge der wachsenden englischen Konkurrenz und der Teuerung immer stärker werdende Wunsch der Fabrikanten nach Schutz und finanzielle Rücksichten, ferner die mit Freude begrüsste Aufhebung der Eingangsabgabe für westliche Erzeugnisse im Osten und die Freiheit des inneren Verkehrs, welche die rheinische Verwaltung zur Beistimmung zum Zollprojekt veranlassten. Die infolge der geographischen Lage der Provinz und der "von den Rheinländern gründlich erlernten Kunst, zu defraudieren" sowie der Bedürfnisse des Zwischenhandels notwendige Mässigkeit der Sätze schien im Entwurf bereits vorhanden zu sein; auch war Solms-Laubach schon aus dem Grunde für Beibehaltung der vorgeschlagenen Sätze, weil "das Gesetz ein Versuch sein solle und man Zollsätze eher herunter als hinaufsetzen könne." Bei einigen Halbfabrikaten und Fabrikaten wünschte Solms-Laubach für den Westen einen Zollschutz bezw. höheren Schutz; so bei Alaun, Blei, Gusseisen, geschmiedetem Eisen, Blei-, Gold- und Silberglätte, groben Bleiwaren,

<sup>&</sup>lt;sup>127</sup>) Geh. St.-A. 1. Heft betr. die Protokolle, Solms Bericht v. 19. 4.
1817. — Vgl. auch J. Fr. Benzenberg, Über Provinzialverfassung, 1819, S. 134.
<sup>128</sup>) St.-A. Cobl. VII, 1, 5 vol. I.



Stahl, Papier und Papierfabrikaten; für Oel- und Leinsaat wollte er zollfreien Eingang; bei Waffen und Kurzwaren wünschte er die Verbrauchssteuer von 18 Tr auf 1 herabgesetzt und dafür den Zoll auf 3 Tr erhöht zu haben 129). Auch beantragte er die Gleichstellung der Getreideein- und Ausfuhrzölle für den Westen mit denen für den Osten. Im Regierungsentwurf waren für den Westen die Getreideeinfuhrzölle etwas niedriger, die Getreideausfuhrzölle dagegen etwas höher als für den Osten angesetzt; nach seiner Ansicht könne die geringe Erhöhung unbedenklich getragen werden 130). Endlich forderte Solms-Laubach Aufhebung des Salz-Monopols und Wiedereinführung des freien Salzhandels sowie im Verein mit Ingersleben und Vincke die sofortige vorläufige Grenzbesetzung im Westen, damit nicht Spekulanten die frühzeitige Kenntnis des beschlossenen Gesetzes ausnützen und Rheinland-Westfalen mit Waren überschwemmen könnten.

Mit seinen Anträgen auf Erhöhung hatte Solms-Laubach zumeist Erfolg; denn die Staatsratskommission stand zu sehr unter dem direkten Eindruck der gerade während ihrer Sitzungsperiode — zweites Vierteljahr 1817 — am stärksten fühlbaren wirtschaftlichen Krisis. Deshalb betrafen die von ihr (in nicht grossem Umfang) vorgenommenen Änderungen an den einzelnen Tarifsätzen überwiegend Erhöhungen zum Schutze der Industrie, während die zahlreich gestellten Anträge auf Ermässigungen nur selten durchgingen. Die groben Baumwollwaren z. B. wollte die Staatsratskommission mit 12% Verbrauchssteuer schützen gegenüber dem sonst beabsichtigten 10% igen Schutz aus Rücksicht auf die dort beschäftigten Arbeiter. Die Erhöhungen geschahen bei der Staatsratskommission nicht aus finanziellem Interesse, sondern ausdrücklich um Schutz zu gewähren, "aus Rücksicht auf die Gewerbsamkeit" 131). Die Kommission wollte durch den festgesetzten Schutz die Konkurrenz nicht ausschalten, sie wollte aber der inländischen Industrie einen gewissen Vorsprung gewähren. — So wurden auch Solms-Laubachs Anträge auf Ermässigung abgelehnt, ebenso wie die vorläufige Grenzbesetzung im Westen; für letztere kam die Nachsteuer auf die vorhandenen Vorräte. Der Antrag auf Aufhebung des Salzmonopols wurde zwar von der Kommission angenommen, nicht aber vom Finanzminister und dem König.

<sup>&</sup>lt;sup>129</sup>) Randbemerkungen zu den einzelnen Tarifsätzen im gedruckten Tarifentwurf.

<sup>130)</sup> St.-A. Cobl. a. a. O.

<sup>&</sup>lt;sup>131</sup>) Geh. St.-A. 2. Heft betr. die Prot, 8.-11. Sitz., 26. 4.-1. 5. 17.

An Eingaben der Interessenten liegt in dieser Periode nichts vor. Es scheint, dass die von Berlin ausgegebene Weisung, die Entwürfe und Beratungen ja geheim zu halten, richtig befolgt wurde. So hatten die rheinischen Interessenten keine Gelegenheit, direkt bei der Gestaltung des Zollgesetzes von 1818 mitzuwirken; denn die Hochflut von Vorstellungen, Schmerzens- und Entrüstungsschreien, die vom Frühjahr 1818 ab in stetem Anschwellen gegen das Gesetz heranwogte. prallte an der Tatsache ab, dass das Plenum des Staatsrates bereits am 2. Juli 1817 mit 53 gegen 3 Stimmen die Vorschläge der Kommission gut geheissen und der König am 1. August 1817 zugestimmt hatte, so dass nichts mehr geändert wurde. Dass die Vorschläge nicht sofort Gesetz wurden, lag an Schwierigkeiten der Reform der indirekten Steuern im Osten 132). Am 26. Mai 1818 vollzog der König das "Gesetz über den Zoll und die Verbrauchssteuer von ausländischen Waren und über den Verkehr mit den Provinzen des Staates". Es wurde noch geheim gehalten bis zur Veröffentlichung Mitte September 1818 133). Eine gleichzeitig bekannt gegebene Verfügung vom 12. September bestimmte als Tag des Inkrafttretens des Zollgesetzes im Westen den 20. September 1818; am 19. September 1818 abends hörte die berg-münster'sche Zollverfassung zu bestehen auf.

Die Frage, welchen Einfluß die rheinischen Interessenten auf den Werdegang des Zollgesetzes von 1818 hatten, ist dahin zu beantworten, daß er so gut wie null war; das Erlangte, wie Schutzzölle für die Industrie und etwas niedrigere Sätze als für den Osten, war durch die allgemeine Richtung der Reform gegeben. Für die Regierung aber war es immerhin wertvoll zu wissen, daß der Vertreter der rheinischen Verwaltung, Oberpräsident Solms-Laubach, mit dem Zollgesetz einverstanden war.

#### III. Kapitel.

# Das Zollgesetz vom 26. Mai 1818.

Das Zollgesetz von 1818 brachte Preussen ein einheitliches, modernes Handelssystem; es brachte die Abkehr vom Merkantilismus.

<sup>132)</sup> S. hierüber Freymark 57 ff.

<sup>133)</sup> Amtsblatt der Kgl. Regierung zu Cöln Nr. 35, Dienstag, den 15. September 1818. Die Beilage enthielt das im 9. Stück der Gesetzessammlung erschienene Gesetz nebst Zoll- und Verbrauchssteuertarif, Verordnung über transitorische Bestimmungen in Absicht des inneren Verkehrs

Grundsätzlich konnten alle ausländischen Erzeugnisse von nun an ein- und durchgeführt, alle inländischen ausgeführt werden. Eine, bis auf eine im ganzen unwesentliche Verschiedenheit der Tarifsätze für den Osten und den Westen einheitliche, Grenzzollinie umschloß den Inlandsmarkt. Der Osten und der Westen wurden zu einem Wirtschaftsgebiet vereinigt, indem sie den gleichen Bedingungen unterworfen wurden und ihr gegenseitiger Verkehr mit Ausnahme der vorläufig noch akzisepflichtigen Gegenstände abgabenfrei wurde Durch Aufhebung der noch übrig gebliebenen Binnenzölle und der Akzisen auf ausländische Waren wurde mit der Freiheit des inneren Verkehrs begonnen, die bald, am 1. Juni 1819, durch die "Verordnung wegen veränderter Einrichtungen infolge der Steuergesetze vom 26. Mai 1818 und vom heutigen Tage, vom 8. Februar 1819", zum größten Teile durchgeführt und am 1. September 1820 durch das "Gesetz über die Einrichtung des Abgabenwesens, vom 30. Mai 1820" völlig hergestellt wurde <sup>134</sup>).

und der Nachsteuer von ausländischen Waren, die Zoll- und Verbrauchssteuerordnung, alles vom 26. Mai 1818, sowie einen Auszug aus der allgemeinen Gerichtsordnung.

<sup>134</sup>) Es ist nicht richtig, zu sagen, dass das Zollgesetz den freien inneren Markt gebracht habe. Es trifft dies nur auf die ohnehin unbedeutenden Binnenzölle und auf die Akzisen von ausländischen Waren zu. Nicht die Zölle, sondern die Akzisen, und hier wieder ganz überwiegend die von inländischen Waren, waren das Haupthemmnis des Verkehrs. Das Verhältnis der Belastung durch Zölle zu der durch Akzisen ist ungefähr 1:4. — Die Verordnung vom 8. Februar 1819, wie das Gesetz wegen Besteuerung des inländischen Branntweins, Braumalzes, Weinmostes und der Tabaksblätter, vom 8. Februar 1819, am 1. Mai 1819 ausgegeben, traf in der Hauptsache folgende Bestimmungen: Alle Privatabgaben von den in den Gesetzen vom 26. 5. 18 und 8. 2. 19 erwähnten Gegenständen werden aufgehoben. Bis auf weiteres bleiben noch die Akzise von Fleisch, Gemahl und Brennmaterial, wo bereits eingeführt. Die bisherige Mahlsteuer von Braumalz fällt fort. Alle anderen Akzisen und Gemeindeabgaben dieser Art werden aufgehoben, so insbesondere die Handelsakzise vom Vieh und anderen Gegenständen. Jede Beschränkung zwischen den Provinzen usw., wie zwischen Stadt und Land hört für den Verkehr mit allen anderen inländischen Erzeugnissen auf. In den Landdistrikten fällt die Mahlsteuer weg, die Schlachtsteuer bleibt nach dem Gesetz vom 7. 9. 11. Die Übergangsbestimmungen des Gesetzes vom 26. 5. 18 werden entsprechend abgeändert. Zuckerraffinerien, welche rohen, indischen Zucker raffinieren und ins Ausland versenden, erhalten im Westen und links der Oder 4 Rtlr. 8 Ggr., rechts der Oder 3 Rtlr. 8 Ggr. Steuervergütung.

Das Gesetz über die Einrichtung des Abgabenwesens vom 30. Mai 1820 sieht u. a. folgeude Bestimmungen vor: Es werden aufgehoben:



Für den Osten und den Westen wurden zwei verschiedene Tarife erlassen; der für den Westen hatte niedrigere Sätze, da dieser "leichter umfahren werden könne". Diese Unterscheidung fiel schon 1821 bei der Revision weg; die neue Erhebungsrolle vom 25. Okt. 1821, in Kraft getreten am 1. Januar 1822, wies nur einen Tarif auf, der nur bei wenigen Artikeln, wie z. B. Baumwollgarnen, noch einen Unterschied zwischen Ost und West machte. Diese "Vereinheitlichung" bedeutete für den Westen eine erhebliche Erhöhung der Eingangszölle.

Die alte Trennung in Zoll und Akzise war noch insofern beibehalten, als Zoll und Verbrauchssteuer unterschieden wurden. Für beide wurden spezifische Sätze eingeführt. Eingangszoll von 1 Pfg. bis 2 Th., in der Regel ½ Th., hatten grundsätzlich alle Waren zu zahlen; die zollfreien Artikel waren namentlich angegeben. Ein Zoll von 1 Th. war auf Baumwollgarn, Bürstenbinderarbeiten, gebleichtes, gefärbtes Leinengarn gelegt; ein Zoll von 2 Th. auf Baumwollwaren, Hutmacherarbeiten, Instrumente, Kleider, kurze Waren, bearbeitete Seide, Spitzen, Uhren, Wollgarn und Wollwaren. Es bedeutete dies eine Verstärkung der auf jene Artikel gelegten erheblichen Verbrauchssteuer. Ausgangszoll war auf Rohstoffe und Abfälle, die für die Industrie wichtig waren und die meist frei eingingen, gelegt; ferner auf rohe, ungebleichte Leinwand, Getreide und Vieh. Der Eingangszoll stellte in Verbindung mit dem etwaigen Ausgangszoll den Transitzoll dar.

Die Verbrauchssteuer, welche die eigentliche Zollbelastung darstellte, wurde auf die ins Inland eingeführten und dort verbleibenden Halb- und Fertigfabrikate und auf die meisten Konsumtibilien gelegt. Nach § 8 des Gesetzes sollte nur "von mehreren Waren des Auslandes"

a) Konsumtionssteuern: 1. die Akzise von Fleisch, Gemahl und Brennmaterial; 2. die Generalakzise, Landakzise, Fleischsteuer und der Mahlgroschen, bzw. dessen Surrogate in Sachsen; 3. die besondere Mahl- und Schlachtsteuer in einzelnen Distrikten; 4. die Oktrois in den rheinischen und westfälischen Städten.

b) Personalsteuer: 1. die Personensteuer vom 7. 9. 11; 2. die Personenund Charaktersteuer in Sachsen; 3. die in einem Teil des Arnsbergschen Regierungsbezirks erhobene Vermögenssteuer; 4. die französische und bergische Personal- und Mobiliarsteuer in den westlichen Provinzen; 5. die Tür- und Fenstersteuer.

Die Bezirks- und Gemeindeausgaben können aufgebracht werden durch Erhöhung der Klassen- oder Mahl- und Schlachtsteuern usw.

Verbrauchssteuer erhoben werden; in Wirklichkeit sind alle irgendwie bedeutsameren Waren getroffen, mit Ausnahme des Getreides <sup>135</sup>).

Die lästige Trennung in Zoll und Verbrauchssteuer, die sich besonders dadurch bemerkbar machte, daß ersterer vom Bruttogewicht, letztere vom Nettogewicht erhoben wurde, fand bereits 1821 ihr Ende. Der neue Zolltarif faßte die beiden in den Zoll zusammen und brachte eigene Transitzölle. In der weiteren Darstellung ist unter "Zoll" stets Zoll und Verbrauchssteuer verstanden.

Der Tarif war einfach und übersichtlich. Diese Einfachheit wurde dadurch erzwungen, daß man die tausende verschiedener Warenartikel, die besteuert werden sollten, in 67 Warengruppen zusammenpferchte. So enthielt die eine Tarifnummer 28 die "kurzen Waren": a. grobe, aus Messing, Kupfer, Zinn, Blei, gewöhnlichem Stahl, unvergoldet oder unversilbert; ferner: aus Porzellan, Glas, Holz, Horn, Leder, Lack; Nürnberger Waren, feine Drechsler- und Tischlerwaren, Spielzeug, Klavierdraht, Siegellack, Blei- und Rotstifte, feine Bürsten, Stecknadeln, Nähnadeln, Knöpfe usw.; Waffen aller Art, feine Schlösser, feine Eisengusswaren, feine Sattler- und Riemerarbeiten, Sattel- und Reitzeuge, Peitschen, Brieftaschen, ordinäre lackierte Waren, Röhre und Stöcke, Brillen, Dosen, Kämme, feine Seife, Parfümeriewaren; Messer, Scheeren, Ringe, Schnallen, Fingerhüte, Pfeifenröhre, Knöpfe, feine Werkzeuge, welche aus den im Eingange genannten Urstoffen gefertigt sind;

b. feine, alle Waren, welche zum Teil oder ganz aus Gold, Silber, Platina mit Gold- oder Silberbelegung, oder aus Semilor, Bronze und anderen feinen Metallgemischen, oder aus feinem Stahl, Alabaster, Elfenbein, Schildpatt, Perlmutter, Bernstein, unechten und echten Steinen und Perlen, Krystall, gefertigt sind; mithin ausser den in der vorigen Rubrik zuletzt genannten Waren: Uhrketten, Flacons, Etuis, Degengehänge, Stutz- und Pendeluhren, Kronenleuchter, Goldfäden, Goldblatt, feine lackierte Waren; Männer- und Frauenputz, gehäkelt, gestrickt, gestickt, Bonnets, Fächer, Blumen, Schmuckfedern, Bast- und Strohhüte; feine Posamentierwaren, Tressen, Tragbänder, feine Schuhe, lederne Handschuhe, Perückenmacherarbeit".

betrug per Scheffel Weizen 3 Ggr. 6 Pfg., Roggen 6 Pfg. Der dreizehnjährige Durchschnittspreis in der Rheinprovinz war, nach den Beiträgen z. Stat. 1829, 1816—1828 beim Scheffel Weizen 2 Rtlr. 4 Ggr. 10 Pfg., Roggen 1 Rtlr. 21 Ggr. 11 Pfg., sodass der damalige Weizenzoll 4,73 % vom Inlandspreis, der Roggenzoll 1,1 % ausmachte. Das durchschnittliche Qualitätsgewicht war beim Scheffel (= 55 L.) Weizen 84 Pfd. preuss., beim Roggen 89,5 Pfd., oder 39,2 Kg. bzw. 41,8 Kg.



Die Folgen einer derartigen derben Zusammenpferchung waren natürlich eine weit grössere Belastung der gröberen Waren gegenüber den feineren, höherwertigen Waren derselben Gruppen, die Möglichkeit einer willkürlichen Zuweisung an der Grenze zwischen groben und feinen Waren, vor allem aber die Tatsache, daß der Durchschnittssatz der Belastung weit über das regelmässige Höchstmaas von 10 % hinausging.

Bei Zollbeträgen über 5 Th. hatte die Zahlung zur Hälfte in Gold stattzufinden; dabei wurde der Friedrichsdor zu 5 Th. gerechnet. Da diese Münze, vor allem der halbe Friedrichsdor, im Verkehr verhältnismässig selten war, so mußte ein Agio gezahlt werden, das auf 5 Th. etwa 10-12 Ggr. oder 8,3-10 % ausmachte. Es stellte dies eine wesentliche Erhöhung der Zollsätze dar und war in der Hauptsache eine Belastung des Grosshandels.

Dem ausgesprochenen Zwecke nach sollten die Abgaben vom auswärtigen Handel einerseits Einnahmen, andererseits Industrieschutz bringen unter Aufrechterhaltung des Prinzips "gemässigter Handelsfreiheit".

Die Tarifsätze auf die ausländischen Konsumtibilien wurden lediglich unter dem finanziellen Gesichtspunkt aufgestellt; sie wurden so hoch gegriffen, als es die Gefahr, den Schmuggel zu reizen, vermeintlich eben zuliess. Ein ungefährer Anhaltspunkt für diese Höhe ergab sich aus den bisherigen Schmuggelprämien. Die Belastung durch die Verbrauchssteuer, zu der der Eingangszoll von ½ Th. tritt, ergibt sich aus einer Zusammenstellung, welche der Handelsvorstand in Wesel in einer Eingabe vom 1. Nov. 1818 aufmachte. Die Preise sind inländische Loco-Mittelpreise des Grosshandels in den Jahren 1816, 1817, 1818 und enthalten demnach bereits die holländischen Zölle, die bergmünster'schen Zölle und die Frachtkosten und Spesen bis Wesel.

Tar Pos.	Artikel	Gewicht	Einkaufspreis	Verbr Satz pr. Quart od. Pfd.	Betr. der Verb. Steuer	macht o o v. W.
14c	franz. Rotwein					
	mitte	l 1 Eimer	14 Th.	2Gr.3Pf.	5T.15Gg.	40
	sehr gu	t 1 ,	21 "	77	"	27
	extra gu	t 1 "	30 "	,,	"	183/4
140	Rosinen und 1	10 Pfd. 18	8 " 8Ggr.	8Pf. 37	C.1Gr.4Pf.	17
	Korinthen					
	Lorbeeren	" 1:	3 " — "	8 "	n	23
	Lorbeerblätter	, 1	3,8,	8 "	,,	22
	Anissamen	, 2'	7 , 12 ,	8 "	"	11



Tar Pos.	ı	Artikel	Gewich	nt	Einl	kaufsp	reis	p	Verb Sat or. Q od. I	z uart	Betr. der Vert. Steuer	macht  o/o  v. W.
14 p	Kaffee		110 Pfd.	36	Th	166	igr.	1	Gr.		4T.14Gg.	$12^{1/2}$
	Cichorie	en	40 Pfd	. 9	,,	4	77	1	"		1,16,	18
	Kakao		110 Pfd.	. 30	, ,	12	"	1	"		4,14,	15
	Mandel	n	n	32	,,,	-	n	1	n		77	14
	trock.	Orangen	n	12	,,,	16	n	1	77		n	38
	Oranges	chalen	n	19	,,	20	27	1	"		n	23
	Citrone	nschalen	n	18	3 ,,	8	n	1	n		n	25
	Piment		"	35	,,	3	"	1	77		77	13
	Ingwer		77	33	,,	16	n	1	"		n	$13^{1}/_{2}$
	Galgant	;	"	18	3 ,,	8	"	1	"		"	25
14 q	Zucker	Kandis	n	36	; ,,	16	n	1	, !	,,	8 Th.6 Pf.	22
	"	Melis	n	27	"	12			" (		n	29
	77	Puder (Fa	rin) "	22	,,	22	"	1	" (	, ,	,	35
	Sago		n	22	, ,,	22	"	1	, (	, ,	n	35

Bei diesen sehr hohen Finanzzöllen war der Reiz zum Schmuggeln natürlich nicht aus der Welt geschafft.

Bei den ausländischen Fabrikaten sollte wie bei den ausländischen Konsumtibilien die Verbrauchssteuer "in der Regel", wie sich das Gesetz sehr vorsichtig ausdrückt, 10% v. W. nicht übersteigen. Bei groben Baumwollwaren hatte der Staatsrat ausdrücklich als Ausnahme  $12^{1}/_{2}\%$  festgesetzt. Inwieweit die Regel bei den wichtigsten Waren eingehalten wurde, ergibt sich ebenfalls aus der oben erwähnten Zusammenstellung des Handelsvorstandes von Wesel. Für die Preise gilt das dort Gesagte.

Tar. Pos.	Artikel	Gewicht p. Stück od. Dzd.	Einkaufspreis	Verbrauchs- St. Satz p. Pfd.	Betr. der Verbr. St.	macht  o/o  v. W.
4c1	Barchent	81/2 Pfd.	6Th. 10Ggr	. 9Ggr.	3T.4 Gg.6Pf.	49
п	Cassas	6 ,,	6 ,, 12 ,,	,,	2 ,, 6 ,,	34
are	Dymity	6 ,,	9 ,, 15 ,,	,,	2 ,, 6 ,,	23
Baumwollwaren	,,	6 ,,	14 ,, — ,,	,,	2 ,, 6 ,,	16
J)W(	Gingham	$5^{1/2}$ ,,	10T.16Gg.8P	f. ,,	2,,1,,6,,	19
3am	,,	6 ,,	13Th. 2Ggr	. ,,	2 ,, 6 ,,	17
e H	Sergenett	3 ,,	6 ,, 16 ,,	,,	1 ,, 3 ,,	16
grobe	Velveteen	$6^{1/2}$ ,, 1	4 ,, 4 ,,		2 ,, 10,, 6 ,,	17
<b>6</b> 10	Thicksets	5 ,,	11 ,, 12 ,,	,,	1 ,, 21,,	16



Tar. Pos.	Artikel	Oewicht Verbrauchs- p. Stück Einkaufspreis St. Satz Verbr. od. Dzd. p. Pfd. St.	macht % v. W.
4c2	Callicos	4 Pfd. 9Th. 8Ggr. 12Ggr. 2T. 0Ggr.	21
	,,	4 ,, 17 ,, — ,, ,, 2 ,, —,,	11
	gedr. Cassas	6 ,, 8 ,, 18 ,, ,, 3 ,, —,,	34
E.	Cottonets à		
feine Baumwollwaren	17 Ellen	$2^{1}/_{3}$ ,, $3$ ,, $12$ ,, ,, $1$ ,, $4$ ,,	<b>35</b>
»IIc	" à 22 "	$3^{1}/_{2}$ ., $5T.14Gg.6P.$ ,, $1,18,$	31
m w	klare Mousslin	$1^{3}/_{8}$ , 7Th. — Ggr. , — , , 14,, 6Pf.	9
Saur	Battiste ,,	$2^{3}/4$ ,, 6 ,, 4 ,, ,, 1 ,, 9.,	22
e H	,, ,,	$3^{1}/_{2}$ ,, 9 ., 2 ,, 1 ,, 18.,	19
ein	Patents 5/4	$3^{2}/_{3}$ ,, 7 ,, 12 ,, ,, 1,, 20,,	24
-	,,	3 ,, 10 ,, 8 ,, ,, 1 ,, 12,,	15
	Ms. Strümpfe	$3^5/_8$ Pfd.	
		p. Dzd. 6 ,, 10 ,, ,, 1,,19,, 6 ,,	28
66c1		6 Pfd. 12 ., — ,, 4Gg.6Pf. 1 ,, 3,,	9
	Boyen	$30  ., \ 36 \ ,, \ - \ ,, \ ,, \ 5 \ ,, 15 ,,$	16
	Cold Prince	$12^{1}/_{2}$ , 25 , 16 , , 2 , 8, 3 ,	9
	gekip. Flanell	18 ,, 13 ,, 22 ,, ,, 3 ,, 9,,	24
n n	geraut ,,	10 ,, 7Th.5Ggr.6Pf. ,, 1 ,, 21.,	26
grobe Wollwaren	halbdicke Ms.	A Control of the Cont	
)]w	Strümpfe		
M	42-11-1-11	p. Dzd. 5T.21Gg. ,, — ,, 21,,	15
pe	Handschuhe		
910	Males Ma	p. Dzd. 3,, 15 ,, ,, —,, 13,, 6,,	15
	dicke Ms.	25/ D£4	
	Strumpte	3 <sup>5</sup> / <sub>8</sub> Pfd. p. Dzd. 4 ., 19 ., 6Pf, 1 ., —, 2 .,	21
	Milaina		
200	Milains 40 Laden	$13^{1}/_{2}$ Pf.10 ,, 16 ,,8 ,, ,, 2 ,, 12,, 9 ,,	24
28a		8 ,, 6,,16 ,, 4 Ggr. 1 ,, 8,,	20
	25 Dzd. Kla-	,, 0,,10 ,, 1 08 1 ,, 0,,	
en	vierdraht	8 ,, 3 ,, 18 ,, ,, 1 ., 8,,	36
Jar	24 Dzd. ord.		
5	Bleistifte	6 ,, 1,, 6,, ,, 1,,—,,	80
ırze	12 Dzd. dicke		
7	Schreinerstif.	12 ,, 1 ,, 12 ,, ,, 2 ,, —,,	133
grobe kurze Waren	18 Dzd ord.	10.	=0
50		12 ,, 4 ,,— ,, ,, 2 ,,—,,	50
	24 Dzd. ord. Schneberger	4 ,, 1,, - ,, -,, 16,,	66
	Schrieber Ret	<b>1</b> ,, <b>1</b> ,, <b>1</b> ,, <b>1</b> ,, <b>1</b> ,, <b>1</b> ,,	00

Tar. Pos.	Artike	Gewicht p. Stück od. Dzd.	Einkaufspreis <sup>c</sup>	Verbrauch St. Satz p. Pfd.	Verbr.	macht o o v. W.
b	24 Dzd. kleine					
u	Pfeifen	61/2 Pf	-T.15 Gg.	4 Ggr	. 1T. 2Gg.	173
Waren	12 Pack Sor-					
	tierspielzeug	6 ,,-	- ,, 20 ,,	,,	1 ,, —,,	120
kurze	1 Satz 17er					
k	Schachteln	101/2 ,, -	- ,, 14 ,,	,,	1 ,, 18,,	300
feine	12 St. gekleid.					
fe	Puppen	2 ,,-	-,,17 ,, 4	Pf. ,,	<b>—</b> ,, 8,,	46
c	12 Dzd, Feld-					
	spiegel					
	Nr. 0, 1, 2, 3	151/2	4 ,, — ,,	••	2 ,, 14,,	64
	12 St. Rahm-					
	spiegel '/8, '/2,					
	·/4, ·/1 Glas	91/2 ,,	2 ,, 5 ,,	,,	1 ,, 14,,	72
8e2	Nägel 11/2, 2, 3	3				
	4 Pfd. p. 1000		3 8	1 Ggr	. 4 4	32
	ditto grosse		0,,-,		4 ,, 4,,	43
14s1	Tabak, geringe					
	u. Hauptsorte		36162	Ggr 6Pf.	1111	31
	Tabak, mittel					21
136)	" sehr gute					12'/2
,	7. Hear Vo.					

Zu diesen Verbrauchssteuersätzen kommt noch der Zoll, so bei den Geweben 2 Th. pro Zentner. Er macht z. B. beim billigsten Baumwollstoff, Barchent, Preis 73 Th.,  $2^3/4\%$  v. W., beim teuersten Baumwollgewebe, klarem Mousslin, Preis 560 Th, 1/3% v. W. aus.

Die Gesamtbelastung schwankt: bei den:

groben Baumwollwaren zwischen 17 und 52%, durchschnittlich 24%; Durchschnittspreis 180 Th.

feinen Baumwollwaren zwischen  $9^{1}/_{3}$  und 36%, durchschnittlich 23%; Durchschnittspreis 245 Th.

gröberen Wollwaren zwischen 9<sup>1</sup>/<sub>3</sub> und 27%, durchschnittlich 18%; Durchschnittspreis 120 Th.

kurzen Waren zwischen 21 und 300%, durchschnittlich bei Pos. 28 a) 64%, bei b) 159%, bei c) 68%.

<sup>136)</sup> H. K. C. Mauth I.

Man muss sich angesichts dieser Zahlen fragen, ob denn Berlin sich überhaupt über die Preise orientiert hatte. Die Frage muss wirklich bejaht werden. In den Akten des Geh. St. A. findet sich eine <sup>137</sup>) Tabelle, aus der hervorgeht, dass man im Finanzministerium bei der Aufstellung der Tarifsätze folgende Preise zu Grunde legte:

Baumwollgarn		100	Th	per	Ztr.
Baumwollwaren a	. weisse	450	77	77	"
b	. gedruckte	450	77	"	77
Tuch- und Wollw	aren	600	"	"	77
Wolle		120	"	n	77
gegerbtes Leder		40	"	"	77
Messingwaren		40	77	"	77
Lohe zum gerben		2 4	n	"	n

Seidenwaren, glatt und gemustert 1430-1870 Th per Ztr.

Diese zum Teil etwas sehr grosszügig angenommenen Preise lassen es verständlich erscheinen, dass die Staatsratskommission annähernd 10% bezw.  $12^{1}/2\%$  festgesetzt zu haben glaubte, dass aber in Wirklichkeit die Sätze meist erheblich darüber hinausgingen. Aus den Angaben der Pr. Staatszeitung, des offiziellen Regierungsorgans, vom 19. November 1820, ergibt sich, dass Berlin mindestens 1820 wusste, wie hoch und übermässig der von ihm gewollte Schutz der Industrie war. Dort wird nämlich der Durchschnittswert der eingeführten englischen groben Baumwollwaren mit 110 Th per Ztr., der gedruckten und feinen weissen Baumwollwaren mit 330 Th angegeben.

Aus dem bisherigen ergibt sich:

- in den Hauptzweigen der Manufacturwaren war der 1818 eingeführte Schutz meist höher als 20%.
- 2. die Sätze waren gegenüber den vor 1818 in praxi bestehenden erheblich höher.

Man kann demnach nicht von einem Übergang Preussens zum Freihandel sprechen; 1818 wurde freier Handel, nicht aber Freihandel gewährt.

Für den Westen bedeutete naturgemäss das Zollgesetz von 1818 den klaren Übergang zum Schutzzoll, da ja vorher am linken Rheinufer keine, am rechten nur die geringfügigen Zölle des Rhein-Weser-Zollverbandes vorhanden waren. Immerhin ist es nicht angängig, von einem Hochschutzzoll zu sprechen; in der damaligen Zeit

<sup>137)</sup> bei Freymark 75 teilweise abgedruckte

war die Differenz zwischen Selbstkosten und Verkaufspreis noch eine derartig hohe, dass ein tüchtiger Zoll bezw. Schmuggelprämie noch gut vertragen werden konnte. Dies ergibt sich u. a. aus jener Bemerkung in den Rappard'schen Handelsberichten, dass man auch bei 40% Zoll noch gute Geschäfte in England machen könne; es ergibt sich ferner aus der Tatsache, dass der Export von den so hoch besteuerten Bändern und Eisen- und Stahlwaren nach Frankreich trotz der grossen Schmuggelprämien noch gut lohnte. Auch nahm in der Folge die Einfuhr englischer Baumwollwaren der absoluten Menge nach nicht ab, wie aus der Tabelle bei Freymark S. 83 annähernd geschlossen werden darf <sup>138</sup>).

Eine automatische Erhöhung der Zölle erfolgte durch das im Laufe der Zeit eintretende Sinken der Preise. Wie erheblich dieses Sinken war, geht aus einer Aufstellung hervor, welche von den Abgeordneten des norddeutschen Handels im "Entwurf zu einem Zolltarif für das vereinte Deutschland", Frankfurt a. M. 1848, gegeben wurde <sup>139</sup>). Wenn diese Aufstellung auch nur die Etappen 1818—1834—1848 angibt, so können sie doch ein relatives Bild geben, da bis 1834 sich die Zölle nicht vermindert, vielmehr grösstenteils etwas erhöht haben.

Eine Minderung der Belastung trat in nicht erheblichem Grade dadurch ein, dass die Manufakturwaren, hauptsächlich durch die vermehrte Anwendung besserer Maschinen, im Laufe der Jahre stetig etwas leichter gearbeitet wurden. Doch wog diese Verminderung die eben angeführte Erhöhung durch das Sinken der Preise nicht auf.

Eine Ermässigung einiger Tarifpositionen ergab sich bei den durch Verfügung des Finanzministeriums vom 29. 10. 1820 bekannt gemachten redaktionellen Änderungen des Zolltarifs, in Kraft getreten am 1. 1. 1821. Danach wurden u. a. die Ausfuhrzölle auf Eisen, auf Glasur- und Hafnererze aufgehoben, den inländischen Weinhändlern bei der Einfuhr fremder Weine für eigene Rechnung <sup>1</sup>/<sub>15</sub> Rabatt gewährt, die Verbrauchsabgabe von unbearbeiteten Tabakblättern und Stengeln

<sup>&</sup>lt;sup>189</sup>) S. Anl. II S. 401; die Preise sind die Mittel aus den offiziellen Notierungen der Hamburger Börse.



<sup>138)</sup> Unter der Annahme, dass von den dort angeführten Mengen 3/5 aus England kamen, wobei die eingeschmuggelten Waren natürlich nicht gerechnet sind, und unter Zugrundelegung eines Durchnittspreises von 180 Th. p. Ztr., um die Vergleichsmöglichkeit mit der Tabelle bei Freymark 81 zu erhalten. — Freymark macht übrigens bei den Tabellen, wo er die Mengen in 1000 Pfd. angibt, den Fehler, dass er die aus Ferber bzw. den Akten geschöpften Zentner-Zahlen mit 100 multipliziert; der preuss. Zentner hatte aber damals noch 110 Pfd.

allgemein auf 8 Pfg. per Pfd. festgesetzt, vor allem aber die Verbrauchssteuer bei groben kurzen Waren auf 2 Ggr. 8 Pfg. und bei feinen kurzen Waren auf 12 Ggr., gegenüber den bisherigen 4 bzw. 16 Ggr., ermässigt <sup>140</sup>).

Eine prinzipiell wichtigere Änderung trat mit dem am 1. 1. 1822 in Kraft getretenen neuen Tarif ein 141). Es handelte sich hier um eine Erhöhung der Einnahmen aus den Zöllen. Die Kab. Ordre vom 7. 6 1821 an den Finanzminister v. Klewiz bestimmte: Der durch die niedrigen Preise der Landesprodukte 1820 bei der Klassensteuer bewirkte Einnahmeausfall sei durch Erhöhung der Abgaben von ausländischen, besonders überseeischen Waren zu decken. die Zölle auf Tabak, fremde Weine, Kaffee, Zucker, besonders Rohzucker für Raffinerien, zu erhöhen. Durch die Erhöhung sei eine Einnahme von jährlich 11/2 Mill. Th. zu erzielen. Demgemäss legte Klewiz einen Entwurf vor, welcher Erhöhungen der Zölle auf Branntwein, Wein und Most, Kaffee und Surrogate, Zucker, Syrup, Öle, Gewürze usw., sowie auf Eisen- und Stahl-, Woll-Waren usw. brachte. Um die Einnahmen zu erhöhen, wurden ferner die Sätze für fabrizierten Tabak, kurze Waren, Seiden-, Leinen- und in geringem Masse auch Baumwollwaren herabgesetzt, um mehr Deklarationen zu erzielen. Zwei Hauptschmuggelartikel, Zucker und Kaffee, mussten also statt ermässigt erhöht werden und wurden nun durchschnittlich mit 40 bzw. 15% besteuert. - Eine weitere Erhöhung ergab sich für den Westen durch den neuen Tarif. wie schon oben angeführt, durch die Zusammenziehung zu einem einheitlichen Tarif. Ihre Bedeutung geht u. a. daraus hervor, dass an rohen Tabakblättern 1820 im Westen 62972 Ztr., im Osten dagegen nur 22588 Ztr. versteuert worden waren. Durch die "Vereinheitlichung" wurde die Belastung von 3 Th. 13 Ggr. 4 Pfg. auf 4 Th. p Ztr. erhöht, wodurch sich bei gleicher Versteuerung im Westen eine Mehreinnahme von rund 10000 Th. ergeben hätte.

Eine Ermässigung erfuhr am 15. 6. 20 der Ausgangszoll auf Wolle, von 3 Th. 8 Ggr. auf 3 Th. p. Ztr.

Die Zahlung der Zölle zur Hälfte in Gold wurde zweimal, 1818 und 1824, vorübergehend insofern gemildert, dass statt des Goldes Silbergeld mit 10% Agio bezahlt werden durfte 142).

<sup>140)</sup> St.-A. Cobl. VII, 1, 5 vol. V fol. 424 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>141</sup>) Geh. St.-A. vol. V fol. 54 ff.; Preuss, Gesetzes-Samml. 1821 Nr. 15.

<sup>142)</sup> St.-A. Cobl. Acc. 17/09 Nr. 176.

#### IV. Kapitel.

# Die Aufnahme des Zollgesetzes bei den rheinischen Interessenten.

In der grossen Denkschrift des Geh. Regierungsrats Jacobi über das Zollgesetz, vom 15. April 1818, wird betont, dass seine Ausführungen "auf fleissige Rücksprache mit den Gewerbetreibenden und Handelsleuten beruhe". Es ist deshalb anzunehmen, dass etwa vom März 1818 ab die rheinischen Interessenten über die allgemeinen Grundsätze des Gesetzes orientiert waren. Dies stimmt auch mit der Angabe Merkens vom 16. 3 19 und mit der Tatsache überein, dass um diese Zeit eine lebhafte Versorgung der Lager erneut einsetzte, so zwar, dass die Preise ansehnlich in die Höhe gingen. Im Juni 1818 wusste man schon die einzelnen Sätze und, entgegen der späteren Behauptung Merkens, auch die beabsichtigte Einführung der Nachsteuer. Auch darüber waren die Interessenten unterrichtet, dass an dem Gesetz kaum mehr etwas geändert werden könne; denn der Finanzminister lehnte am 28, 10, 17 die Bitte der Cölner Handelskammer, ihr den in Aussicht stehenden Zolltarif mitzuteilen, mit der Begründung ab, dass das Gesetz bereits dem Staatsrat vorgelegen habe.

So konnte denn der Ansturm all der Bittschriften, Vorstellungen, Eingaben, Denkschriften usw, welche der rheinische Handelsstand gegen das Zollgesetz losliess, schon frühzeitig einsetzen. Es regnete derart viele Vorstellungen an Regierung, Ministerium, Staatskanzler und König, dass in Berlin ein Muster zur Beantwortung der Eingaben aufgestellt wurde (Aug. 18), dass der Finanzminister v. Klewiz voll banger Besorgnis Hardenberg ermahnte, nicht auf die Eingaben aus dem Westen zu hören (21. 8. 18), dass endlich der Handelsminister und der Finanzminister dem Staatskanzler erklärten, es gehe über ihre Arbeitskraft und über das Bedürfnis, jede dieser immer gleichen Klagen zu beantworten (9. 7. 19).

Den grössten Entrüstungssturm erregte zunächst die notwendige Ergänzung des Zollgesetzes: die Nachsteuer, nach Merkens "die Aufhebung der Rechtmässigkeit des Eigentums".

Die "Verordnung über transitorische Bestimmungen . . ." vom 26 5. 18 bestimmte, dass die Bestände an ausländischen Waren, welche Gewerbtreibende in den westlichen Provinzen besitzen und die für den Handel bestimmt sind, einer Nachversteuerung in Höhe der betreffenden darauf ruhenden Verbrauchssteuer unterworfen werden. Sie erfolgte



auf Grund einer Deklaration; es stand dem Besitzer frei, statt der Entrichtung der Nachsteuer die Waren innerhalb 6 Monaten nach dem Auslande zurückzusenden.

Die mannigfachen, oft von grösster Erbitterung zeugenden Eingaben <sup>143</sup>) gegen diese Nachsteuer enthalten in immer wiederkehrender Folge folgende hauptsächlichen Einwendungen:

Sie sei vor allem ungerecht: denn die Warenvorräte seien im Vertrauen auf die bestehenden Gesetze gekauft und zwar mit der Kalkulation, dass sie bei gleichen Gesetzen und Abgaben wieder verkauft werden könnten; die Waren, besonders die Weine, die noch nach dem Tarif von Trianon versteuert und hernach auf ein Drittel der Selbstkosten herabgesetzt worden seien, müssten jetzt nochmals versteuert werden, ohne dass sie damals entschädigt worden wären; die Stadtakzise, die jetzt aufgehoben werde, sei umsonst aufgebracht; die Abwälzung auf den Konsumenten gelinge nicht wegen des Fallens der Preise im Ausland und wegen schlechter Bewachung der Grenze; es sei ungerecht, die Nachsteuer einzuführen, den Schmuggel aber nicht genügend zu bekämpfen; der gewissenhaft deklarierende Kaufmann werde gegen den minderehrlichen zurückgesetzt; der Kaufmann sei mit seinen zu versteuernden Vorräten im Nachteil gegen den Fabrikanten, der seine Rohstoffe nicht versteuern müsse; höhere Preise könne aber der Händler nicht verlangen, da sonst der Fabrikant die Kundschaft gewänne.

Sie sei dazu eine absichtliche Schädigung der Interessenten; denn: kein Besitzer von Vorräten hätte mit dem Verkauf zurückgehalten, vielmehr ihn beschleunigt, wenn er von der Nachsteuer gewusst hätte; jeder vermehrte sein Lager, zumal der Konsument sich auf lange hinaus versorgte; diese Vorkäufe fielen gerade in eine Zeit hoher Preise; als dann nach dem Inkrafttreten des Gesetzes die Preise fielen, seien erst recht starke Verluste eingetreten; als die Nachsteuer bekannt geworden sei, habe niemand an ihren Bestand geglaubt und deshalb die Vorräte behalten, während doch die Preise immer mehr sanken.

Kein Gesetz habe ferner rückwirkende Kraft, gemäss § 14 Einl. Allgem. Landrecht; in grossen Staaten, wie Frankreich, England und Österreich sei niemals eine Nachverzollung erhoben worden.

<sup>&</sup>lt;sup>143</sup>) St.-A. Cobl. VII 1, 5 vol. IV. — H. K. C. Mauth I. — Geh. St.-A. vol. II.



Des weitern könne der Staat, da er bei der Herabsetzung der Zollsätze nichts vergüte (bergischer Garnzoll), auch bei der Erhöhung keine Nachforderung machen.

Endlich sei die Erlaubnis der Wiederausführung illusorisch; denn: es entständen die doppelten hohen Transportkosten; es sei zweifelhaft, ob der Absatz auf fremdem Markt überhaupt gelinge; es entstände immer Verlust, da man um jeden Preis verkaufen müsse; durch das Zurückgehen der Preise im Ausland in der Zwischenzeit entsänden grosse Verluste.

Aus diesen Gesichtspunkten heraus verlangte man daher Aufhebung der Nachbesteuerung, zum mindesten für jene Waren, welche vor erlangter legaler Kenntnis der Verordnung bestellt wurden.

Berlin hatte für solche Klagen natürlicherweise durchaus kein Verständhis; der Finanzminister widerlegte sie in der Hauptsache in seiner Antwort vom 7. 8. 18: Die Nachsteuer sei nicht nur aus finanziellen Erwägungen heraus eingeführt, sondern auch aus Gründen der Gerechtigkeit gegen das gesamte Publikum und den Handelsstand im Ganzen. Die Massregel könne nicht zu Gunsten einiger Korporationen, denen es gelungen sei, die neuen Steuersätze früher kennen zu lernen und so Vorräte auszuschaffen, zurückgezogen werden brauchssteuer treffe den Konsumenten und nicht den Kaufmann, es sei deshalb keine rückwirkende Kraft des Gesetzes, wenn die zum künftigen Verbrauch bestimmten Waren besteuert werden. Auch sei bisher in Preussen bei wichtigen Steuern immer so verfahren worden; eine Abweichung würde die Steuer, welche die Nation aufbringe, in die Kassen einzelner Verkäufer fliessen lassen, wenigstens auf eine geraume Zeit, und so den anderen Kaufleuten, welche sich mit weniger bedeutenden Vorräten versehen hätten, einen empfindlichen Schaden zufügen. Auch könne, bis auf einzelne Fälle, dem Handelsstand kein Nachteil aus der Steuer erwachsen, da die Entrichtung ganz allgemein sei und deshalb eine allgemeine Preissteigerung vorsichgehen werde. Jene wenigen Einzelfälle müssten dem Ganzen untergeordnet bleiben, wenn auch hier Milderungen nicht ausgeschlossen seien. Ebenso werde durch Stundung der Nachsteuerbeträge und durch Lagerung auf öffentlichen Packhöfen den Kaufleuten alle mögliche Erleichterung gewährt werden.

Noch weit umfangreicher als die Eingaben gegen die Nachsteuer sind die, oft mit jenen verbundenen, Vorstellungen gegen Zoll und Verbrauchssteuer selbst. Ihr Ton ist meist wesentlich milder, wenn auch z. B. die Ausführungen des sehr streitbaren Merkens an

Westd. Zeitschr. f. Gesch. u. Kunst.! XXX, II/III.

Digitized by Google

Derbheit und Einseitigkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Die Vorstellungen bleiben sich von 1818 bis in die 1820er Jahre hinein gleich 144).

Hauptsächlich aus den Gründen: geographische Lage der westlichen Provinzen, überall offene Grenzen, Abhängigkeit des Wirtschaftslebens von dem der Nachbarstaaten — wurden von den Interessenten gegen das Zollgesetz folgende Besorgnisse laut:

Vor allem werde der Handel vernichtet. Denn: der Schmuggel reisse allen Verkehr an sich, da die unübersichtlichen und ausgedehnten Grenzen eine richtige Überwachung fast unmöglich machten; der Zwischenhandel werde abgelenkt und östlich oder westlich vorbeigehen; die engen Handelsbeziehungen mit dem Auslande werden zerstört oder mindestens schwer beeinträchtigt; ein selbständiger Inlandhandel könne bei dem beschränkten Gebietsumfang nicht bestehen, der Osten der Monarchie sei zu weit weg; der Fabrikant erhalte ein Monopol vor dem Händler; die im Gesetz vorgesehenen 10% würden weit überschritten; durch die Herabsetzung des Garnzolles auf 1 Th. seien gegenüber dem bisherigen berg-münster'schen Satze Verluste auf die Vorräte entstanden.

Des weiteren erwachse der Industrie kein Vorteil, sondern Nachteil: durch Schädigung des Zwischenhandels erleide auch die auf den Bezug der Rohstoffe vom und auf den Absatz nach dem Ausland angewiesene Exportindustrie Schaden; wegen des Aufsichts- und Verwaltungsdienstes werden ihr produktive Arbeitskräfte entzogen; es entstände ein unnötiger Mehraufwand von Kosten und Arbeit, weil dann im Lande selbst produziert werden müsse, was vorteilhafter aus dem Auslande bezogen werde; die Bedürfnisse werden daher vermindert, die Waren verschlechtert; der Gewerbefleiss werde durch Ausschaltung der Konkurrenz

<sup>144)</sup> St.-A. Cobl. VII, 1, 5 vol. V: Düsseldorfer Eingabe vom 2. 10. 19; Bericht der Reg. zu Cleve 9. 1. 20; d. Reg. zu Düsseldorf vom 24. 12. 20. — vol. IV: Gedanken über das neue preuss. Gesetz von Jacob Aders, Oktober 1819. — H. K. C. Mauth I; Denkschrift vom 5. 9. 18; Wesel 1, 11. 18; Glas- und Porzellanhändler Herbst 18; Nürnberger Waren-Händler Sept. 18; Weinhändler 24. 9. 18; Detailhändler in Manufakturwaren 16. 9. 18 und 3. 3. 19; HK. Cöln: Über die Recht- oder Unrechtmässigkeit der Nachsteuer v. 16. 3. 19, und: Beruht das neue Zoll- und Verbrauchssteuergesetz in einer erschöpfenden Kenntnis des hiesigen Landes, der hiesigen Gewerbe, Handels- und Fabrikzweige? v. 29. 3. 19, beide von Merkens verfasst; Kurzwaren-Händler 13. 9. 19; Drogisten 30. 9. 19; über den Einfluss des neuen Steuersystems, v. 1. 12. 19, von Merkens. — Mauth II: Kaufleute von Warendorf v. 22. 3. 21 usw. usw. — Geh. St.-A. vol. IIIa. — S. hierüber auch Benzenberg, Handel und Gewerbe 134 ff., und Benzenberg, Über Preussens Geldhaushalt und neues Steuersystem, Leipzig 1820, S. 313 ff.

ertötet; der Absatz werde erschwert, wenn nur preussisches Gebiet und nicht ganz Deutschland mit einem Grenzzoll umschlossen sei, weil dann die Nachbarstaaten Gegenmassregeln ergreifen; durch die zu schwache Grenzbesetzung sei ein Schutz nur in Höhe der Schmuggelprämie gegeben; durch die Rohstoffzölle auf Tabakblätter und Rohzucker werde die Konkurrenzmöglichkeit im Auslande vernichtet.

Ferner habe die Staatskasse keine Einnahmen; denn: das vorgesehene Grenzpersonal verschlinge bereits einen grossen Teil der Einnahmen; es sei aber viel zu schwach, so dass der Schmuggler und nicht der Staat die Einnahmen aus dem Zollgesetz habe; solle der Schmuggel unterdrückt werden, so verursache dies so hohe Kosten, dass sie die Einnahmen bei weitem übersteigen (Jacobi rechnet gar 113<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%); die Städte seien gegenüber dem Lande ungerecht belastet, weil dieses besser schmuggeln könne.

Auch leide das Nationalvermögen in sofern, als die Schmuggler überwiegend Ausländer seien und so die von den deutschen Konsumenten gezahlte Schmuggelprämie ins Ausland fliesse.

Dazu komme, dass die Moralität der Bewohner durch den so starken Reiz zum Schmuggeln auf das ernsteste gefährdet werde.

Weiters könne man den Konsumenten eine so hohe Verbrauchssteuer nicht zumuten; die Zölle seien nur eine ungerechte Bevorzugung einiger Fabrikanten auf Kosten der Nation.

Endlich sei vorauszusehen, dass die deutschen Staaten Repressivmassregeln ergreifen, so dass Reibungen und Spaltungen unter den deutschen Stämmen entständen; auch das Ausland könne durch diese hohen Zölle nicht beeinflusst werden, da Preussen auf es, es aber nicht auf Preussen angewiesen sei.

Schliesslich werde die gedrückte Stimmung der Rheinländer noch erbitterter, da einerseits die Erinnerung an das verhasste Douanensystem geweckt werde, andrerseits der Staat neue grosse Ansprüche stelle, bevor er seine Versprechungen eingelöst habe.

In wieweit die Besorgnisse in wirtschaftlicher Hinsicht berechtigt oder nicht berechtigt waren, ist aus dem V. Kapitel zu ersehen. Hier sind noch die Wünsche und Vorschläge anzuführen, welche aus jenen herauswuchsen.

Die Industrie wünschte Beibehaltung der Schutzzölle, möglichst Erhöhung derselben, vor allem aber Sicherung des Schutzes durch



strenge Massnahmen gegen den Schleichhandel, dazu Aufhebung der deutschen Binnenzölle und Einführung von Reichsgrenzzöllen 145).

Der Handel dagegen hatte folgende Wünsche: Gar keine Zölle oder wenigstens nur Zölle ohne Verbrauchssteuer; warten mit der Einführung der Zölle, bis der Deutsche Bund allgemein solche einführe; mit andern Worten, da man den guten Bundestag kannte, auf unabsehbare Zeit hinausschieben; wenn Zölle aber bleiben, dann mindestens Herabsetzung auf die 10 %, wie im Gesetz als Norm aufgestellt, am besten aber auf die Höhe der Schmuggelprämie (weshalb diese in den Eingaben mit 4—6 % angegeben wird, während sie in Wirklichkeit im Durchschnitt höher war). Zu diesem Zweck arbeiteten "die in Düsseldorf zur Beratung zusammengetretenen Deputierten der Kaufmannschaft mehrerer Städte der westlichen Provinzen" einen "Entwurf zu einem ermässigten Zoll- und Verbrauchssteuertarif" aus (2. 10. 19) 146). Danach sollte festgesetzt werden:

Eingangszoll 4 Ggr. vom Ztr., gegenüber dem geltenden Zoll von 2 Rtlr. bei Manufaktur- und Fabrikwaren und von '/2 Th. bei anderen Gütern;

#### Verbrauchssteuer:

- a) bei Manufaktur- und Fabrikwaren 5 % von dem durch Schätzung auszumittelnden wahren Wert;
- b) bei Metallen ebenfalls 5 %;
- c) bei Konsumtibilien spezifische Sätze, z. B.

```
Kaffee p. Pfd. 4 Pfg., jetzt p. Pfd. 1 Ggr.

Zucker fabrizierter ""6 """""1 " 9 Pfg.
"roh, fabr. ""2 """""— "8 "

Tabak fabrizierter ""5 % """— "8 "
"roh, fabr. ""2 % """— "8 "
Wein fremd. deutsch p. Quart 8 Pfg., "p. Quart 1 "3 "
"ausländ. ""1 Ggr., """2 2 "3 "
```

<sup>&</sup>lt;sup>145</sup>) Diese von Friedrich List beeinflussten Fabrikanten, welche dem Deutschen Handelsverein nahe standen, waren am Rhein in starker Zahl vertreten. Siehe hierüber auch Benzenberg, Handel und Gewerbe 134 ff. und Benzenberg, Geldhaushalt 313 ff.

<sup>146)</sup> Geh. St.-A. Die Vertreter waren aus folgenden Städten: Cöln (Ph. Heymann, Mich. Dumont), Düsseldorf (Fr. Hoffmann, C. Hopfensack, J. G. S. Abrath), Greven (J. L. Biederlack), Minden (D. Koch), Münster (J. Hüffer, Th. Winckelmann), Coblenz (Fr. Kehrmann), Duisburg (E. W. Schreber, Davidis), Iserlohn (E. D. Middendorf, J. W. Lahr), Mülheim-Ruhr (H. Michels, J. W. v. Euken, bzw. der (n Substituten J. W. Meininghaus, Frz. v. Halfern), Rheine und Steinfurth (S. Ellerhorst), Warendorf (B. Verkrüzen), Wesel (J. E. Seib). — Geh. St.-A. vol. IIIa fol. 218 ff.; H. K. C. Mauth I.

Es sollten demnach ungefähr die geltenden Zollsätze auf  $^{1}/_{3}$ , die Verbrauchssteuersätze bei Manufaktur- und Fabrikwaren auf  $^{1}/_{2}$ , bei Konsumtibilien auf  $^{1}/_{3}$  ermässigt werden.

Transitzölle sollten ganz wesentlich ermässigt werden.

Die hiernach gegebenenfalls noch nötigen Staatseinnahmen sollten auf andere Art gewonnen werden.

Derartig radikale Abänderungsvorschläge, deren Annahme die Aufgabe des ganzen neuen Systems bedeutet hätte, mussten naturgemäss von der Regierung von vornherein abgelehnt werden.

Die verschiedenen Antworten des Finanzministers bzw. des Staatskanzlers auf die Eingaben betonen stets, dass bei der Beratung des Gesetzes die besonderen Verhältnisse des Rheinlandes sowohl hinsichtlich der Industrie wie des Handels berücksichtigt worden seien, so weit die finanziellen Zwecke des Gesetzes es zuliessen.

Im einzelnen sind aus den verschiedenen Antworten folgende Punkte hervorzuheben:

Eine Schädigung des Handels sei bei der Mässigkeit der Sätze nicht zu befürchten, da ja andere Länder, so Frankreich und die Niederlande, noch viel straffere und förmlichere Zollmassnahmen hätten, ohne dass ihr Handel beeinträchtigt werde. Beim Verkehr mit den deutschen Nachbarstaaten seien alle möglichen Erleichterungen gewährt, insbesondere durch die "kurzen Transitzölle" <sup>147</sup>).

Der Schmuggel könne am besten durch die Kaufleute selbst bekämpft werden, wenn diese eben von den Schmugglern nichts kaufen wollten. Man habe allerdings diesen riesigen Schmuggel nicht vorausgesehen, vielmehr bei der Mehrheit der Kaufleute "auf den geraden Sinn für die Abtragung der Geldvorschüsse vertraut". Die Schmugglerbanden seien nur "die vorgeschobenen Leute von kapitalkräftigen, unbekannten Personen, welche die Berechtigung zum Verkauf hätten".

Ein Hauptzweck des Gesetzes sei der Schutz der inländischen Gewerbsamkeit; es müsse demnach an dem Durchnittssatz von 10 % für die Verbrauchssteuer festgehalten werden. Es sei nicht die Absicht des Gesetzgebers gewesen, einen Tarif zu machen, worin eine jede einzelne Warengattung genau mit 10 % betroffen werde. Sonst hätte man ebenso viele Tarifsätze erhalten wie unter dem alten System, es wären warenkundige Beamte nötig gewesen, die alten Streitigkeiten

<sup>147)</sup> Auf kurzen Durchgangsstrecken durch vorspringende preussische Landesteiel, die leicht umgangen werden konnten, wurden nicht die normalen, sondern eigene, niedrigere Transitzölle erhoben.



zwischen Steuerpflichtigen und Beamten hätten fortgedauert, das so lästige und verhasste Ein- und Auspacken und Verwiegen nach den Klassen hätte beibehalten werden müssen. Da man aber einen einfachen, eine schnelle Abwicklung des Verkehrs ermöglichenden Tarif wollte, habe nur eine Zusammenfassung und ungefähre 10 % ige Belastung nach dem Durchschnittwert eintreten künnen. Dass hierbei die gröberen Waren stärker belastet werden als die feineren derselben Gruppe, habe man gewusst und gewollt; denn dadurch werde den am meisten verbreiteten Gewerben des Inlandes ein grösserer Schutz verliehen. Dem Händler aber stehe es frei, die höhere Belastung durch Abwälzung auf die feineren Waren wett zu machen. Was im besonderen die Baumwollwaren anlange, so seien die Preise für Baumwollwaren so niedrig, dass oft nicht das Material bezahlt werde, sodass dieser Zustand kein dauernder sein könne.

Eine Erhöhung der Sätze sei nicht möglich aus Rücksicht sowohl auf den Fremden, der doch auch in Preussen verkaufen müsse, um etwas dort kaufen zu können, als auch auf den Konsumenten, wenn dieser bei gleicher Güte ausländische Waren viel billiger und viel besser erlangen könne, wie endlich auf den sonst eintretenden Schmuggel.

Eine Ermässigung der Abgaben auf Konsumtibilien sei wegen des sonst eintretenden starken Steuerausfalls nicht möglich; es müssten denn die direkten Steuern ganz beträchtlich erhöht weraen. Dies sei aber nicht angängig. Das Zollgesetz sei nur ein Teil der sich immer mehr entwickelnden Steuerverfassung.

Die westlichen Provinzen allein können nicht mässigere Sätze erhalten wegen des notwendigen freien Verkehrs in der Monarchie.

Das Zollgesetz berücksichtige die anzustrebende Vereinigung mehrerer deutscher Staaten zu einem Handelssystem ebenso wie notwendige Gegenmassregeln gegenüber dem Ausland. Man könne aber nicht warten, bis alle Staaten sich endlich einigten; wenn Preussen voran ginge, folgten die andern nach.

Die Interessenten wurden durch die verschiedenen offfiziellen Antworten auf ihre Eingaben nicht beruhigt; erst die Zeit brachte mit zunehmender Gewöhnung die zunehmende Einsicht von der Notwendigkeit dieses Gesetzes für das Staatsganze und damit das allmähliche Versiegen der Petitionsflut.

### V. Kapitel.

# Die Wirkung des Zollgesetzes auf Handel und Industrie am Niederrhein.

Die Wirkung des Zollgesetzes von 1818 auf Handel und Industrie am Niederrhein besteht, kurz gesagt, in folgendem:

- Es bewirkte eine Zweiteilung des Handels in einen sichtbaren und einen unsichtbaren Teil, nämlich in den legalen Handel und den Schmuggel.
- 2. Es hatte keinen wahrnehmbaren schädlichen oder fördernden Einfluss auf den Handel, beide Teile desselben als Gesamtheit genommen.
- 3. Seine unmittelbare Wirkung auf die Industrie, mit Ausnahme der Tabakindustrie, war gut.
- 4. Es verlangsamte die technische Verbesserung der Industrie und übte so mittelbar eine schlechte Wirkung aus.

Die Zeit nach 1818 ist im Verhältnis zu der 1814-1818 eine ruhige zu nennen. Waren jene Jahre fortgesetzt anormale, so fällt in diese Epoche nur ein Nachzucken der Wirtschaftskrisis 1816/17 in das Ende des Jahres 1818, wodurch bis etwa Mitte 1819 eine vorübergehende Credit- und Geldknappheit zu beobachten ist; ferner setzte mit Beginn des Jahres 1826 auch am Rhein die Wirkung jener internationalen Handels- und Industrie-Krisis ein, deren Ursprung die Agrarkrisis des Kontinents der 1820er Jahre ist. Die Credit- und Geldnot brachte auch am Rhein, wie im Auslande, einige Wechselfirmen zu Fall; doch verschwand das allgemeine Misstrauen bereits vom April Die Agrarkrisis selbst hatte sich am Rhein nur im Jahre 1823/24 fühlbar gemacht, indem es an Absatzgelegenheit der überreichlichen Ernte mangelte; im übrigen waren die guten Ernten während dieser Epoche der Grund zu einem gedeihlichen Weiterentwickeln der rheinischen Wirtschaft. Die Ermässigung der niederländischen Durchfuhrabgaben, teilweise bis auf etwa 1%, ab 1. 1. 23, wurde mit Freuden begrüsst; noch mehr das erste Erscheinen eines Dampfschiffes in Köln am 29. 10. 24. Dies und die Fahrt des ersten Dampfschiffes zwischen Köln und Mainz anfangs Mai 1827 waren die Vorboten der Wendepunkte für das Aufblühen der rheinischen Wirtschaft: Dampfschiffahrt, Aufhebung der Transitzölle auf dem holländischen Rhein, Aufhebung des Umschlagrechtes von Köln. — Im allgemeinen ist unsere Epoche als eine Zeit der ruhigen, stillen Weiterentwicklung, ohne besondere störende Momente, zu bezeichnen.



Das Zollgesetz trennte mit einem Schlag den Handel in einen sichtbaren, legalen Teil, der in den damaligen Berichten und in der Literatur als "der Handel" erscheint, und in einen unsichtbaren, illegalen Teil, den Schmuggel, dessen Bedeutung stets unterschätzt wurde.

Beim legalen Handel zeigt sich auch in den Jahren 1818— 28 dasselbe Bild wie früher: der Eigenhandel umfasst in der Hauptsache nur Getreide und Wein, während der Hauptteil des Handels, in Kolonialwaren, fast lediglich Speditionshandel ist. Der legale Handel war in unserer Epoche kein blühender; eine Ausnahme machte der Getreidehandel.

Dem Getreidehandel in Köln und Neuss bot sich ein reiches Feld der Tätigkeit durch die regelmässigen guten Ernten am Oberund Niederrhein und die bald schlechten, bald guten Ernten in England, ein Umstand, der zu dem steten Spiel des Oeffnens und Schliessens der englischen Häfen führte. Die Ernten am Rhein waren 1818-20 reich, 1821--22 mitttelmässig, 1823 sehr reich, 1824 reich, 1825 mittelmässig, 1826 gut, 1827 gut, 1828 sehr gut. Der starke Bedarf der industriellen Bezirke der Rheinprovinz und die wohlausgebildete Ausfahrorganisation nach Holland und England liessen am Rhein die sonst in Deutschland bestehende Agrarkrisis nur 1823/24 zum Vorschein kommen. Der Getreidehandel überstand diese Zeit der Lähmung gut. Seines Charakters als richtigen Spekulationshandels wurde der rheinische Getreidehandel 1828 durch die Einführung der gleitenden Skala bei den englischen Getreidezöllen etwas entkleidet. Ein unmittelbarer Einfluss der in den 20er Jahren etwas mehr erhöhten, aber immer noch verhältnismässig geringen preussischen Getreidezölle auf den rheinischen Getreidehandel ist nicht zu beobachten.

Im Weinhandel stellte die Nachversteuerung der vor dem Inkrafttreten des Zollgesetzes aufgehäuften riesigen Vorräte an die Händler grosse Anforderungen. Mit Ausnahme einer Firma konnten sie sie aber überwinden. Verschiedene Versuche zu schmuggeln hatten einige unangenehm empfundene Massregeln der Zollbehörden zur Folge (besonders Zwang, die süddeutschen Weine, für welche der ermässigte Zollsatz beansprucht wurde, in Coblenz zu deklarieren). Der preussische Zoll bildete aber im allgemeinen nicht das befürchtete Zerstörungsmittel; der rheinische Weinhandel war zu gut fundiert. Die vorzüglichen Weinernten am Rhein und an der Mosel 1819, 1822 und 1825 gaben dem Ausfuhrgeschäft nach England und besonders nach Russland einen sehr grossen Umfang. Dagegen konnte der Handel mit franzö-



sischen Weinen die doppelte Belastung mit preussischen und holländischen Zöllen nicht gut vertragen; er ging mehr und mehr zurück. Die Regierung kam den Händlern durch Gewährung von Privatweinlagern, ab 1825 von Steuercredit entgegen.

Der legale Handel mit Kolonialwaren wurde infolge des Zollgesetzes von 1818 nur mehr ein kleiner Teil des Gesamthandels mit Kolonialwaren. Demgemäss sind die beweglichen offiziellen Klagen der Interessenten über den Tiefstand des Handels nicht ohne weiteres durch den Hinweis auf den lebhaften Verkehr abzuweisen; er durfte allerdings in den Berichten z. B. der Kölner Handelskammer nicht bedeutend sein, weil sonst die geringe Zolleinnahme nicht hätte erklärt werden können. Infolge des Schwergewichts des unsichtbaren Teiles musste auch der legale Handel die unten betonte Ablenkung von den früheren Hauptorten und von den natürlichen Verkehrswegen mitmachen. -Die Preise waren nach Inkrafttreten des Zollgesetzes gesunken und sanken auch, abgesehen von Schwankungen, im Laufe der 20er Jahre mehr und mehr. Eine Belebung erfuhr der legale Kolonialwarenhandel zunächst durch eine allmählich eintretende Umwandlung des unsichtbaren Teils in den sichtbaren, etwa vom 1824 ab bemerkbar, vor allem aber durch die Einführung der Dampfschiffahrt. Ein wirkliches Aufleben ist aber erst mit der Beseitigung der holländischen Transitabgaben und mit dem Abschluss des Zollvereins eingetreten. Eine Verminderung des Konsums infolge des Zollgesetzes ist nicht wahrzunehmen.

Auch bei den Industrierohs'toffen, Halb- und Fertigfabrikaten trat bei den hochbesteuerten Erzeugnissen eine Zweiteilung ein. Dies gilt besonders für rohe Tabakblätter, Rohzucker und Textilwaren. Die stärkere Heranziehung der ostindischen und dann der egyptischen Baumwolle seitens der rheinischen Spinnereien war von geringer Bedeutung. Infolge des guten Fortgangs der Baumwollweberei nach 1818 und der Festsetzung des Garnzolles auf nur 1 Th. war die Einfuhr englischer Garne sehr lebhaft. Im übrigen hing der Handel mit Rohstoffen und Halbfabrikaten von der Lage der verarbeitenden Industrie ab, war demnach während unserer Epoche gut. Die Einfuhr ausländischer Manufakturwaren war nicht bedeutend, dagegen die Ausfuhr sehr gut. Lag diese auch noch zum grössten Teil in den Händen der Verleger, die meist direkt mit dem holländischen Exporteur verkehrten, so hatte sich doch eine Wandlung in sofern vollzogen, als die "Rheinisch-Westindische Compagnie", 1821—32, mit gutem Erfolg



die direkte Ausfuhr bergischer und weiterhin deutscher Fabrikate nach Mexiko ins Werk setzte. Erst als sie sich nach der Krisis von 1826 auf mehrere Absatzmärkte einliess, geriet sie ins Wanken und musste 1832 liquidieren. Die Compagnie führte in den Jahren 1821—1831 an Waren (im Werte von . . . Thr.) aus:

Leinwaren	3288000
Woll-Waren	1 537 250
Baumwoll-Waren	935 300
Seiden- und halbseiden-Waren	649400
Eisen-, Stahl- und Metallwaren	464 000
Porzellan- und Glaswaren (haupts. aus	
Österreich und Böhmen)	346 300
Waffen	137 000

Für die namaligen Verhältnisse weisen diese Ziffern eine ansehnliche Höhe auf.

Der Schmuggel war sowohl von den rheinischen Regierungen vorausgesehen, wie auch von den Interessenten im voraus angekündigt worden. "Man fürchtet, der ganze Handel werde vom Schleichhandel regiert werden; wir haben leider keine Ursache, diese Furcht nicht auch zu hegen". Diese Voraussage der Kölner Handelskammer vom August 1818 ging sofort nach Inkrafttreten des Gesetzes in Erfüllung.

Erklärlich erscheint das Unsichtbarwerden des grossen Teiles des Handels einmal daraus, dass die hohen Zollsätze, welche eine Schmuggelprämie von 4—10% v. W. zuliessen, einen sehr hohen Anreiz bildeten; zum andern aus der Leichtigkeit des Schmuggels infolge:

- Beschaffenheit der Grenzen: dichte Waldungen, so besonders der "Reichswald", Heide, Moor, Schlagholz;
- 2. Freiheit des Rheins:
- geringe Quantität und Qualität der Zollbeamten; sie waren in der Mehrzahl Invaliden und ehemalige freiwillige Jäger, zu gering besoldet, um gegen Bestechungen durchaus gefeit zu sein.
- 4. Unterstützung durch niederländische Zollbeamten.

Endlich erklärt sich der riesige Umfang des Schmuggels aus der Gewohnheit und gründlichen Ausbildung sowohl von der französischen Zeit her wie in der laufenden Zeit (nach Frankreich und den Niederlanden); hinzu trat die Verwilderung, die noch von den Revolutionsjahren her in gewissen Kreisen des Volkes steckte. Ein bitteres Urteil gibt der Regierungsrat Dr. Pauls in Cleve 1820 ab: "Die französisch-holländische Douane hat die Bevölkerung der Grenzgemeinden



tüchtig geübt, die seitdem erwachsene Jugend hat statt der Elemente der Religion, der Tugend, der Wissenschaft nur die Fertigkeit des Schmuggels, die Gewohnheit zu lügen, zu betrügen, und die Leichtigkeit falscher Eide gelernt."

Es waren nicht die vorgeschützten kleinen Leute und Arbeitslosen, welche den Schmuggel betrieben; diese waren nur die ausführenden Organe. Die Organisatoren waren ohne Zweifel der eigentliche Handel. Dies ergibt sich sowohl aus seinen Äusserungen wie aus Tatsachen. So berichtet z. B. die Kölner Handelskammer im August 1819: Der rechtliche Handel mit hoch besteuerten Waren sei ungefähr vernichtet und zu den Schleichhändlern übergegangen, und im November 1820: Wegen des Konkurrenzkampfes mit untergeordneten Handelsplätzen müsse auch der Kölner Grosshändler an schmutziger Quelle schöpfen. Zwar erklärt sie im Mai 1822: "Köln darf sich rühmen keinen Schmuggel zu treiben" - wird aber durch die Entdeckung des unterirdischen Ganges aus dem Kölner Freihafen in die Stadt im Juli 1823 etwas peinlich vom Gegenteil überzeugt. Landtransporte vom niederrheinischen Hafenstädtchen rheinaufwärts, die es früher nicht gab, nahmen einen derartigen Umfang an, dass sie weit über die Kraft eines Kleinhändlers gegangen wären. Die Organisation der grossen Schmuggler-Banden an der niederrheinischen Grenze und am Rhein bedingte notwendig sehr kapitalkräftige Unternehmer. Der Umsatz des Handels war so, dass er mit versteuerten Waren allein garnicht hätte gemacht werden können.

Die Hauptorte des Schmuggels waren die niederländische Grenze von Roermond bis Nymwegen, wo die nahe Maas das Heranschaffen der grossen Warenmengen sehr erleichterte, und die Rheinufer aufwärts bis etwa Düsseldorf. Während die Frachtladungen aus Holland der Düsseldorfer und Kölner Schiffe gering waren, hatten die Schiffer der unteren Plätze stets reichliche Ladung.

Die Hauptgegenstände bildeten die hochbesteuerten Artikel: Zucker, Tabak, Kaffee, Manufakturwaren, sowie das zur Einfuhr verbotene Salz. Am' grösseren Gewicht oder Umfang störte man sich nicht; der Zucker wurde in Wagenladungen über die Grenze gebracht.

Der Umfang des Schmuggels wird verschieden angegeben. Das Verhältnis der eingeschmuggelten zu den deklarierten dürfte bei den hochbesteuerten Waren etwa 3:1 gewesen sein. Die Regierung zu Cleve ist der Ansicht, "dass nur höchstens 10% von den schmuggelfähigen Waren versteuert" würden (9. 1. 20); die Düsseldorfer Re-



gierung dagegen glaubt, dass bei den hochbesteuerten Waren <sup>1</sup>/<sub>8</sub> versteuert, <sup>2</sup>/<sub>3</sub> nicht versteuert würden. Ein Teil der Waren wurde meist deshalb versteuert, um mit dem Schein so und so oft die Grenze passieren zu können. Nach Angabe der Hauptzollämter sollen in Köln allein vom 1. 1. — 30. 9. 23 441 210 Pfd. Zucker unversteuert eingegangen sein, in den 5 Regierungsbezirken der Provinz in der gleichen Zeit 914 300 Pfd. In dem einzigen Hauptamtsbezirk Kaldenkirchen wird die jährliche Einschwärzung von Salz auf 1800 Lasten (à 3350 Pfd.), wovon etwa 5 % nur konfisziert werden können, angegeben. Graf Solms-Laubach, der sich am 21. 7. 20 mit eigenen Augen von diesem lebhaften Treiben an der Grenze bei Kaldenkirchen überzeugte, schätzte die Zahl der Menschen, welche sich jede Nacht durch Schmuggel ernähren, auf 2000.

Den grössten Umfang scheint der Schmuggel in den Jahren 1820—23 gehabt zu haben; die zahlreichen Massregeln der Regierung gegen den Schmuggel hatten erst auf die Dauer Erfolg. Für 1824 berichtet der Provinzial-Steuerdirektor v. Schütz (Mitarbeiter Maassens) ein Abnehmen des Schmuggels; 1828 bemerkte auch die Handelskammer Köln ein merkliches Zurückgehen. Doch war der Schmuggel noch bis in die 30er und 40er Jahre hinein sehr stark, so zwar, dass 1838 eine Kontrolle beim Verkehr mit Kaffee eingeführt werden musste (in anderen Provinzen bestand eine Lager- und Transportkontrolle schon lange), und dass 1843 der jährliche Einkommenausfall in der Rheinprovinz durch den Schmuggel auf 30000 Th. berechnet wurde. Er blieb eben in dem grossen Rahmen, bis das neue Verkehrsmittel, die Eisenbahn, seinem Dasein im grossen ein Ziel setzte.

Die Höhe der Schmuggelprämie richtete sich meist nach dem auf dem betreffenden Artikel ruhenden Zoll. In den Berichten der Interessenten wird sie auf 4—6% angegeben; die Obergrenze ist aber auf etwa 10% anszudehnen. So beträgt im folgenden Beispiel Schmuggelprämie + Fracht von Venlo nach Köln oder Duisburg bei Kolonialwaren etwa 14%. Das Beispiel ist auch in sofern interessant, als es zeigt, dass wohletablierte Schmugglerfirmen richtige Prämienkurszettel, Prämientarife, versandten.

Im Frühjahr 1820 ging den Kaufleuten zu Wesel, Duisburg, Mühlheim, Düsseldorf folgendes Schreiben nebst Verzeichnis zu (1 Th. = 30 Stbr. holländ.):

"Venlo, 25. März 1820.

Wir haben Ihnen unterm 22. Mai v. J. die Prämie von Zucker, Tabak, Karotten und anderen nicht zu hoch im Preise stehenden



Kolonialwaren zu 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stbr. holländisch vom Pfd. brutto Amsterdamer Gewicht angeboten. Diese Prämie war würklich nicht zu hoch, und sichert uns nur einen geringen Gewinn. Da wir aber sehr wünschten, mit Ihrem werten Hause in Geschäftsverbindung zu treten, so wollen wir Ihnen die Prämien so stellen, wie sie in beifolgendem Verzeichnis angegeben sind. Hoffentlich werden Sie sich recht bald dadurch veranlasst finden, Ihre Sendungen aus Holland durch unsere Vermittlung zu beziehen. In dieser Erwartung versichern wir Sie unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Swertz, Moubis & Co.,"

Das beiliegende Verzeichnis, der Prämientarif, lautete:

"Swertz, Moubis & Co.,

Kommissärs und Spediteurs in Venlo, machen sich verbindlich, unten benannte Waren vorausgesetzt, dass ihnen dieselben durch ihre eigenen Rangschiffe zugesendet werden, von Amsterdam und Rotterdam aus, längstens binnen einen Monat nach der Ankunft in Venlo unter gehöriger Sicherheitsleistung zu dem beibemerkten Prämien frei nach Duisburg oder Köln zu liefern: Kaffee, Karotten und Tabak von gewöhnlicher Güte zu 2 Stbr. holländ. v. Pfd. brutto Amst.. Zucker und andere nicht zu teuere Kolonialwaren zu  $2^1/4$  Stbr. holländ, v. Pfd. brutto Amst., Tee und feine Gewürze zu  $3^1/4$  Stbr. holl. v. Pfd. b. Am., Manufakturwaren, feine, zu 6%, grobe zu 7-10% nach Verhältnis des Wertes, wenn sie nicht Transito deklariert sind durch Holland."

Die Holländer berechneten auf dem Rhein als Prämie 3 Th. 20 Gr. 8 Pfg. p. Ztr. gleichviel welcher Waren, also bei Zucker etwa <sup>2</sup>/<sub>5</sub> des Zolles nebst Goldagio, bei fabriziertem Tabak <sup>1</sup>/<sub>3</sub>.

Durch den Schmuggel konnten die Preise nicht derart erhöht werden, dass dadurch die Nachsteuer von den Vorräten bei gleichbleibendem Gewinn auf den Konsumenten hätte abgewälzt werden können. Auch der ehrliche Kaufmann sah sich mit der Zeit gezwungen, seinen Handel in einen sichtbaren und unsichtbaren zu teilen. Wie sehr die Preise durch die Schmuggelprämie beeinflusst waren, zeigt sich aus einer Aufstellung der Regierung zu Köln (24, 4, 21). In Köln kostete im Februar 1821 der Ztr. Zucker zu 101 Pfd, kölnisch:



		im Frei- haten	Zoll	solite also in der Stadt kosten	kostet also dagegen Schmugg- wirklich ler-Prämie
Farin	hellbrauner	15 Th.	10 Th. 38 St.	25 Th. 38 St.	21 Th. 6 Th.
"	gelber	17 "	'n	27 " 38 "	23 " 6 "
Kandis	brauner	20 "	n	30 , 38 ,	28 , 8 ,
**	hellbraun	23 ,	77	33 " 38 "	31 " 8 "
Melis		24		34 . 38	33 . 9 .

Der Schmuggel ermässigte den Schutzzoll für die Industrie, zumeist auf die Höhe der Schmuggelprämie. Immerhin erfreute sich diese noch eines hinreichenden Vorsprungs vor dem Ausland auf dem inländischen Markt.

Die Zweiteilung des Handels in den legalen Handel und den Schmuggel, deren Verhältnis sich etwa 1:3 verhält, bewirkte, dass die Vormachtstellung Kölns noch mehr als in der französischen Zeit ins Wanken geriet. So nahm der Duisburger Kolonialwarenhandel nach 1818 in immer stärkerem Masse zu; Mühlheim am Rhein, Ruhrort, Homberg, Essenberg, Werthausen und viele andere vorher völlig unbedeutende rheinische Plätze, konnten sich mit einem Male als "Handelsstädte" bezeichnen. Wurde der legale Handel durch das Zollgesetz schwer beeinträchtigt, so blühte auf der andern Seite der Schmuggel um so besser; nimmt man beide Teile zusammen, so kann man nicht von einer Schädigung des Handels durch Zollgesetz sprechen. Es ist aber auch nicht nachweisbar, dass das Gesetz den Handel direkt gefördert hätte; denn die Hauptsache für ihn, Handelsverträge und vor allem die Beseitigung der holländischen Schikanen, hatte es unmittelbar nicht zur Folge. Man kann dem Zollgesetz von 1818 nur in sofern eine Förderung des Handels zuschreiben, als es der Vater des Deutschen Zollvereins wurde. Eine weitere indirekte Förderung des Handels ist ferner vielleicht darin zu erblicken, dass Preussen zur Bekämpfung des Schmuggels auf dem Rhein die "Schliessung des Rheines" durchführte, d. h. die im freien Verkehr auf dem Rhein

<sup>148)</sup> Diese Spalte ist in der Tabelle der Regierung derart ausgefüllt, dass die Differenz zwischen Soll-Preis und wirklichem Preis genommen ist; also entsprechend: 4 Th 38 St., 4 — 38 —, 2 — 38 —, 2 — 38 —, 1 — 28 —. Diese Differenz ist jedoch nicht die Schmuggelprämie; vielmehr ergibt sich die letztere aus dem Unterschied zwischen Freihafenpreis und wirklichem Preis. Die Schmuggelprämie der vorliegenden Tabelle ist brutto, d. h. sie enthält auch den Anteil von den Zöllen, die für einen Teil der Waren der Sicherheit halber entrichtet werden mussten, ferner die nötigen Bestechungsgelder und sonstigen Unkosten des sauberen Gewerbes.

schwimmenden Schiffe mussten in Emmerich bzw. in Coblenz deklarieren und wurden dann bei der Umladung in Köln auf die Richtigkeit der Deklaration hin kontrolliert, So half indirekt das Zollgesetz in Verbindung mit dem Umschlagrecht von Köln an der Mürbemachung Hollands und führte so zur Befreiung des Rheins durch die Rheinschiffahrtsakte vom 31. März 1831.

Einen direkten Nutzen vom Zollgesetz hatte im Gegensatz zur Gesamtheit des Handels die rheinische Industrie.

Die Lage der einzelnen Zweige der Industrie gestaltete sich 1818-1828 folgendermassen:

In der Leinenindustrie erfuhr die Weberei am Niederrhein noch mehr als bisher, dass ihre Lohnverhältnisse mit den schlesischen und auch westfälischen nicht konkurrieren konnten. Bis auf wenige Damastfabriken und Flachsspinnereien verschwand die ehemals so glänzende Leinenweberei. Dagegen blieb die Leinenbandwirkerei, besonders im Wuppertal, die mit der von Woll- und Baumwollband verbunden war, auf der alten Höhe erhalten. Ihr Absatz ging vermehrt nach Alt-Preussen, Deutschland, ferner nach Frankreich, Spanien und Portugal, Nord- und Süd-Amerika; der Absatz nach Frankreich litt unter den dortigen sehr hohen Zöllen.

Die Seidenindustrie war in ruhigem Fortschreiten. Für den verschlossenen russischen Markt war der englische mehr und mehr in Aufnahme gekommen, der aber nur für einen Teil der Produkte günstig war. Der Absatz ging ausserdem vermehrt nach Alt-Preussen, ferner nach dem übrigen Deutschland, Frankreich. Holland, Dänemark, Norwegen und Schweden. Den gleichen Absatz hatten die Seidenbänder.

Die Tuchfabriken des rechten Rheinufers hatten ihren Absatzmarkt in Russland und Süddeutschland mehr und mehr eingebüsst, dafür aber überseeische Absatzmärkte gewonnen. Auch die linksrheinische Industrie arbeitete mehr für Übersee wie früher.

Während die linksrheinischen Baumwoll-Spinnereien 1818 den Schutz von 1 Th. neu erhielten, wurde er den rechtsrheinischen von 3½ auf 1 Th. heruntergesetzt. Deshalb blieb ihre Produktion auf die Herstellung der mehr geschützten und ihrer technischen Vollendung entsprechenden groben Garne beschränkt — zum Vorteil für die Webereien, welche sonst die Konkurrenz gegen England in feineren Geweben mit dem einheimischen Garn nicht hätten aufnehmen können. Mit Ende des Jahres 1818 besserte sich die Lage der Spinnereien etwas. Mit Vorteil verwendeten sie mehr und mehr die ostindische



Baumwolle. Nach einem Rückschlag 1820/21, während dem eine Kölner Spinnerei nach Nymwegen verlegt wurde und eine grosse Grevenbroicher ihren Konkurs anmelden musste, kam anfangs 1823 wieder lebhafte Tätigkeit. Diese musste auch aufrecht erhalten werden, um die vom Herbst 1823 ab einsetzende englische Konkurrenz auch in groben Garnen zu bekämpfen. Viel Gewinn wurde dabei nicht erzielt, aber man bekielt doch die groben Garne für sich. Ein Hilfsmittel im Kampfe waren die gegenüber England geringeren Arbeitslöhne 149). Die Spinner führten ihren seit 1815 aufgenommenen Kampf gegen die Weber, Färber und Garnhändler um einen höhern Schutzzoll unermüdlich fort. 1830 gelang ihnen eine Erhöhung auf 2 Th. 150).

Die Baumwoll-Weberei hatte von dem Zollgesetz von 1818 unmittelbaren Nutzen. Einerseits der geringe Garnzoll, andererseits der hohe Zoll auf Gewebe: die Folge war frisches Leben und vermehrte Produktion. Die Hauptartikel waren Siamosen, Ginghams und Barchents. Der Absatz ging nach Hannover, Hamburg, Bremen, Niederlanden, besonders aber durch den holländischen Handel nach den Kolonien. Auch nach dem östlichen Teil der Monarchie wurde mehr als bisher versandt. So wurde der Verlust des französischen und italienischen Marktes mehr wie wett gemacht. Der niederländische Tarif vom 24. 3. 26 sah hohe Durchfuhrabgaben vor, wurde aber in der Praxis von den niederländischen Zollbeamten glücklicherweise nicht angewendet 151).

Die Rotfärbereien setzten auch nach 1818 ihr Aufblühen fort. Die Erzeugung von roten Garnen vermehrte sich in Elberfeld von 1816—1825 auf das Dreifache. Fast die Hälfte der Garneinfuhr wurde nach dem Rotfärben wieder in Ausland geschickt.

War früher Frankreich der Hauptmarkt für die Erzeugnisse der Remscheider und Solinger Kleineisenindustrie gewesen, so war es um 1827 mehr in den Hintergrund getreten. Die Ausfuhr nach Übersee hob sich von 1818—1828 sehr stark. Die Messerfabriken vervollkommneten sich immer mehr, waren 1827 ununterbrochen beschäf-

<sup>&</sup>lt;sup>149</sup>) Der Aufschwung der Spinnereien kam erst Mitte der 40er Jahre, als die rheinische Weberei zur Fabrikation von Baumwollbiber überging, zu dem grobe Garne gebraucht wurden.

<sup>&</sup>lt;sup>150</sup>) Dilthey 18 ff. bringt eine hübsche Darstellung dieser Schutzzollbestrebungen.

<sup>&</sup>lt;sup>151</sup>) Über das fortdauernde Aufblühen liegen verwertbare Zahlen bis auf eine Ausnahme nicht vor. An Baumwollgarn wurden eingeführt im Westen 1823 26 555 Ztr., 1824 32 476 Ztr.

tigt und konnten sowohl auf den deutschen Märkten wie in Italien, Portugal und Übersee die englische Konkurrenz sehr gut aushalten. Die französischen und holländischen Zölle wurden sehr beklagt; als Ersatz für den stark verminderten Absatz nach Russland und Polen, wo Einfuhrverbot war, wurden in Amerika neue Absatzmärkte aufgesucht.

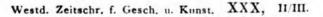
Die vor 1818 blühende Tabak-Industrie wurde durch das Zollgesetz in ihrem ausländischen sehr beträchtlichen Absatz geschädigt; der Zoll auf ausländische Tabakblätter, bzw. die Schmuggelprämie, minderte die Wettbewerbsfähigkeit. Auch war die Sicherung des inländischen Marktes durch den Zoll auf Fertigfabrikate infolge des Schmuggels in diesen Jahren noch nicht durchzuführen. Immerhin traten die angekündigten schrecklichen Folgen: Auswanderung, Existenzvernichtung, Arbeiterentlassungen usw. nicht ein. Durch Ermässigung der Eingangsabgabe auf amerikanische Tabaksblätter und durch strengere Massnahmen gegen den Schmuggel wurde für die Tabakindustrie gegen Ende der 20er Jahre eine bessere Lage geschaffen 152).

In der Zuckerindustrie entstanden infolge der hohen Schmuggelprämie für raffinierten Zucker, besonders um 1824, immer neue Zuckersiedereien, während die bestehenden ihren Betrieb erweiterten. Sehr hinderlich waren einer weiteren Ausdehnung die holländischen Transitabgaben, welche die Konkurrenz mit den Zuckerfabriken an der Weser erschwerten. Ende der 20er Jahre war die Lage der Zuckerfabriken am Rhein gut <sup>153</sup>).

Die Gerbereien blieben nach wie vor auf ihrer Höhe bestehen. Beklagte wurde der Zoll Kurhessens (8 Th. p. Ztr.) auf Leder 154).

Der Wunsch der rheinischen Fabrikanten nach Schutzzoll war erfüllt worden. Aus der Lage der Industrie vor 1818 heraus war oben (S. 358) vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus die Forderung aufgestellt worden, der Industrie keinen Schutzzoll zu geben, hauptsächlich um sie technisch und organisatorisch noch mehr zu heben. Es ist kein Zweifel, dass nach 1818 die Industrie, soweit Nachrichten vorliegen, mit dem Zollgesetz im ganzen zufrieden war, dass sie regeres

<sup>&</sup>lt;sup>154</sup>) Quellen für das V. Kapitel: die Akten des St.-A. Cobl., insbesondere VII, 1, 5 vol. V; H. K. C. Mauth I—III, H. K. C. Gewerbesteuer, H. K. C. Warenpreise und Wechselkurse, H. K. C. Monatsber, Geh, St.-A. vol. IIIa.



Original from PRINCETON UNIVERSITY

<sup>&</sup>lt;sup>152</sup>) Zur besseren Maskierung des umfangreichen Schmuggels errichtete anfangs der 20er Jahre eine holländische Tabakfirma, Zwartendyk, in Emmerich eine Filiale.

<sup>153)</sup> Über die Rübenzuckerfabrikation liegen keinerlei Angaben vor.

Leben zeigte als vorher. Es ist aber zu berücksichtigen, dass zu dieser Besserung sicher die ruhigeren Zeiten, die guten Ernten, das Vermindern der holländischen Abgaben usw. beitrugen; dass ferner eine unmittelbare Wirkung des Zollgesetzes auf das Ausland, auf welches die rheinische Industrie als Exportindustrie angewiesen war, nicht nachzuweisen ist. Über das gegenseitige Stärkeverhältnis dieser Einflussfaktoren lässt sich streiten. Tatsache ist, dass nach 1818 die Industrie besser daran war, dass der Verkehr nach dem Osten zunahm; Tatsache ist aber andererseits auch, dass die allgemeinere Verbreitung besserer Maschinen in den 20er Jahren einen nur sehr geringen Fortgang genommen hat. Der "Gewerbeverein" fing erst um 1827 an, englische Spinnmaschinen usw. im Lande zu verteilen. Allgemein durchgeführt war die Anwendung guter, rationeller Maschinen erst in den 40er und 50er Jahren. Dem gegenüber kann nicht bezweifelt werden, dass unter der Herrschaft freier Konkurrenz die so nötige Hebung der Technik ganz wesentlich rascher vorsichgegangen wäre; vor 1818 war hierzu ein guter Anfang gemacht worden.

Abgesehen von dem formalen Einfluss auf die Gestalt des Handels hat das Zollgesetz von 1818 am Niederrhein nicht jenen grossen Einfluss ausgeübt, den es im Osten der Monarchie hatte. Die Gründe hiefür liegen in den vom Osten verschiedenen wirtschaftlichen Verhältnissen, in der geographischen Lage, in dem Charakter der niederrheinischen Industrie als Exportindustrie, vor allem aber darin, dass nicht die Zollfrage, sondern die Frage der Befreiung des Rheins die wichtigste Frage für das gesamte rheinische Wirtschaftsleben der damaligen Zeit war.

# Anlage I.155)

#### Verzeichnis zum Handelsvertrag mit Belgien.

Journal des Nieder- und Mittelrheins.

Aachen, Samstag den 19. November 1814.

Nr. 105.

#### Verordnung

wegen Bekanntmachung eines mit dem General-Gouvernement von Belgien abgeschlossenen Handels- und Zoll-Traktats.

(Beschluss.)

Nachweisung zum Artikel I, der Übereinkunft vom 10. Oktober 1814 gehörig.

- Einländische Gegenstände, deren Ein- und Ausfuhr von beiden Seiten erlaubt ist.
- 1. Stahl in Blättern und Platten, Stahldraht, Stahl verarbeitet aller Art.
- 2. Alaun.
- 3. Dachschiefer und Lagen.
- 4. Silber, gemünzt, in Barren, Stangen und in Klumpen.
- 5. Waffen aller Art, Feuergewehre, Säbel, Degen usw.
- 6. Vieh jeder Gattung.
- 7. Bier und Bier-Essig aller Art.
- 8. Holz jeder Art.
- 9. Knöpfe jeder Art.
- 10. Bürstenbinder-Arbeit.
- 11. Galmey.
- 12. Casimir und andere Stoffe aus Wolle, Baumwolle und Seide.
- 13. Griesasche, Pottasche, Waidasche.
- 14. Hüte, Mützen und Tressen von Stroh.
- 15. Holzkohlen.
- 16. Steinkohlen, Erdkohlen.
- 17. Kalk.
- 18. Rütt, genannt Terras.
- 19. Wachs, roh.
- 20. Hörner und Hornenden von Ochsen, Kühen, Schaafen und Ziegen.
- 21. Kupfer-Wasser, Vitriol.
- 22. Häute, trockene in Haaren aller Art.
- 23. Leder-Arbeit aller Art, Schuhmacher-Arbeit, Sattler-Arbeit usw.
- Kupfer und Messing, roh, gegossen in Platten, Rosetten, Bruchkupfer und Kupferspähne.
- 25. Spitzen aller Art.
- Tücher und Stoffe von Wolle, rein oder vermischt, über den Wert von von 6 Fr. die 7 Dezimeter.
- 27. Eichenrinde, Lohe.
- 28. Dünger.
- Eisen in G\u00e4nsen, oder Masselen, Geuse, Stangen, geschnittenes in N\u00e4geln, geschlagen, gegossen und verarbeitet aller Art.
  - Altes Eisen.

155 Zu S. 327

26\*



- Garn von Flachs, einfach, gezwirnt, roh, gebleicht zum N\u00e4hen und Weben

  Von Hanf desgleichen.
- 31. Heu.
- 32. Käse.
- 33. Früchte aller Art.
- 34. Getreide, als: Weitzen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais und Mengkorn.
- 35. Grütze.

Nota. Man behält sich indessen vor, die Erlaubnis der Ausfuhr der Getreide und der Grütze in dem Falle aufheben zu dürfen, wenn Mangel an diesen Gegenständen zu befürchten sein sollte.

- 36. Öle aus Samen.
- 37. Wolle aller Art über den Preis von 2 Fr. das 1/2 Kilogramm.
- 38. Gemüse jeder Art, grün und trocken.
- 39. Gehechelter Flachs.
- 40. Kramware.
- 41. Mobilien aller Art.
- 42. Honig.
- 43. Modewaren und neue Kleidungsstücke aller Art.
- 44. Geld von Gold, Silber und Kupfer.
- 45. Gold gemünzt, in Barren, Stangen und in Klumpen.
- 46. Knochen von Ochsen, Kühen und andern Tieren.
- 47. Erdene Waren, als: Klinkerte zum Pflastern, Töpferwaren, Steingut, Fayence und Porzelain.
- 48. Korbmacherholz oder Weidengerten aller Art.
- 49. Stroh.
- 50. Papier jeder Art.
- 51. Posamentier-Arbeit.
- 52. Kämme aller Art.
- 53. Steine zu Mörtel, genannt Terrass, zu Kalk, blaue oder weisse zu Gips, Schleifsteinen.
- 54. Schreibfedern.
- 55. Bänder von Baumwolle, Leinen, Floretseide und Wolle.
- 56. Seife, weisse und gefärbte.
- 57. Seide in Bändern, Stoffen und Seidenwaren aller Art.
- 58. Teppiche und Tapeten.
- 59. Pfeifenerde, Töpfererde, Walkerde, Erde zu Fayence, Porzelain, Glas und Kristall.
- 60. Leinwand von Werk und Hanf.
- 61. Glaswaren, Glas zu Fenster, Spiegeln, Flaschen.
- 62. Fleisch, frisch, gesalzen und geräuchert.
- 63. Wagen.
- 64. Geflügel.
- 65. Zink.
- II. Einländische Gegenstände Belgiens, deren Einfuhr in den Ländern diesseits Maas und Weser unter Verwaltung S. M. des Königs von Preussen stehend, und in einer und derselben Zolllinie begriffen, erlaubt ist:
  - 1. Amidon oder Stärke.



- 2. Hüte von Haaren, Filz und Wolle.
- 3. Fische und andere Produkte des belg. Fischfanges, ausgenommen Häringe.
- III. Einländische Gegenstände der obgenannten preussischen Gouvernements, deren Einfuhr in Belgien erlaubt ist.
- 1. Näh- und Stecknadeln.
- 2. Hanf.
- 3. Haare unverarbeitet.
- 4. Werg aller Art.
- 5. Netze und andere Werkzeuge zum Fischfang.
- 6. Sämereien aller Art.

Nota: Dieselbe Bedingung wie beim Getreide und der Grütze.

Abgeschlossen und unterzeichnet zu Brüssel, am 10. Okt. 1814.

Bernard.

Gerike.

# Anlage II.

(Zu S. 377.)

Aus "Entwurf zu einem Zolltarif für das vereinte Deutschland. Frankfurt a. M. 1848. Ausgearbeitet und mit Motiven versehen in Gemässheit der Beratungen der in Frankfurt a. M. versammelten Abgeordneten des Handelsstandes. November 1848".

Vergleichende Zusammenstellung der Preise einiger wichtiger Handelsartikel zu Anfang der Jahre 1818, 1834, 1848.

I. Verzehrungsgegenstände, Fabrikmaterialien und Halbfabrikate. Preis per Zollztr., 14 Thalerfuss.

	2.	1. 18	3.	1. 34	7.	1. 48	Vergleich der Preise 18 und 48 %
	Th.	Sgr.	Th.	Sgr.	Th.	Sgr.	der Vermindg.
Zucker braun, Brasil	16	10	8	-	6	25	58
" " Havanna	17	13	9	14	7	7	59
Kaffee Java	33	26	21	11	13	9	61
" Domingo	32	20	21	5	11	16	65
Kakao Caraccas	49	1	42	4	24	6	51
Tee, Bohé	40	_	35	15	16	4	60
" Pecco	378	23	280	21	167	23	40
Baumwolle, Georg.	64	17	29	25	17	22	73
Tabak, Virgin.	21	9	13	9	12	15	41
" Portorico	30	29	17	22	17	22	43
Häute, amerik.	24	25	26	6	17	10	30
Reis, Karolina	16	22	7	1	8	12	50
" ostindischer	10	19	5	16	4	25	55
Indigo	276	4	206	16	148	13	46
Cochenille	1229	8	335	17	232	9	81
Blauholz	2	28	2	17	2	5	26
Quercitron	7	9	3	9	4	16	38



	2.	1. 18	3.	1. 34	7.	1. 48	Vergleich der Preise 18 und 48%
	Th.	Sgr.	Th.	Sgr.	Th.	Sgr.	der Vermindg.
Pfeffer	26	25	14	16	10	15	61
Piment	25	6	14	16	16	4	36
Cassia lignea	85	4	29	19	24	6	72
Muscat-Nüsse	240	15	201	20	119	11	50
Arrac	55	16	27	2	9	2	84
Salpeter ostind.	15	15	10	25	10	17	32
Schwefel	5	11	6	2	3	18	33 .
Zinn	36	23	26	6	31	8	15
Wein franz, ord. rot.	12	12	6	6	4	29	60
Branntwein franz.	21	11	8	21	10	8	52
Rosinen	10	29	6	10	6	29	36
Korinten	16	12	8	19	8	16	48
Mandeln, bittere	39	26	22	10	17	17	56
Thran	18	6	8	5	8	23	52
Walfischbarden	22	14	45	5	58	2	-158
				(die	einzige	Erhöl	hung)
Häringe	6	6	4	7	4	7	32
Twist Water Nr. 20, 2a	93	7	37	4	26	10	72
Twist Mule Nr. 40, à 60							
prima et 2a	135	14	67	7	41	24	69
Steinkohlen	_	18	_	9	_	10	44
Blech, schwarz	9	29	6	18	6	16	34
" verzinnt	17	10	11	29	9	11	46
							A Second

II. Manufakturwaren. Nach Originalfakturen, nach den englischen Einkaufspreisen in sh. und d. Beim Vergleich von 1818 mit später ist zu beachten, dass die Qualitäten nicht mehr dieselben geblieben sind, vielmehr meist durch Anwendung der Maschinen usw. verbessert.

				1818	1834 .	1848	"/o Verm.
7, 8	Yd.	gedr. Kattun à 28 Yd.	e mittel p. St.	25/—	10 6	6-	76
	n	gedr. Kattun à 28 Yd.	e feine p. St.	40 - 50/	17	9/	82
1/2	Elle	n Velveteens	p. Yd.	2/1	$-/10^{1/2}$	- 71/2	70
				2/8	$-/13^{1/2}$	-/101/2-12	67
3/4	"	Satteens	p. "	2/9	$-/12^{1/2}$	$-/8^{1/2}$	74
6/4	"	Cambrics	p. St. à 12 Yd.	24.6	10/6	7/6	69
6/4	,,	Jacconets	p. " à 20 "	48 - 60/	17-20/	13-16/	73
9/8	,,	Shirtings wei	sse p. St. à 40 Yd.	42-45/	16/6	9 - 12/	71
9/8	"	Printers	p. " à 24 "	26-27/	9/9	5-6/	78
8 4	,,	,,	p. " à 24 "	54	19,6	14/	74
9/8	**	Long Cloth	p. " à 36 "	36/	13	10/6	71
5/8	,,	Nankeens	p. Yd.	$0/12^{1/2}$	$0/4^{1/2}$	$0/3^3/4$	70
3/4	"	Hosenzeuge (	Cords) p. "	0.16	0/7	$0/5^{1/2}$	66

9/8	Yd.	Bandanoes (türk. rot) p. Dzd.	1818 30/	1834 10/	1848 7/6	<sup>0</sup> / <sub>0</sub> Verm. 75
9/8	,,	Bombacine u.				
5/8	"	Merinos p. St. à 28 Yd.	30 - 45/	13-20	10-15/	67
6/4	"	Orleans p. St.	_	38/	20/	(47)
6/4	.,	Figured Tibets p. "	-	90/	33/	(63)

Anmerkung: Meist gleichmässige Verminderung. Nicht gleichmässig bei den gedruckten Kattunen: Diese waren 1818 fast ausschliesslich Handdruck, dessen Löhne überdies jetzt geringer sind als damals. Velveteens wurde 1818 nur ½ Elle = 18 inches breit gemacht, jetzt kommen dagegen fast nur ¼ Yd = 27 inches im Handel vor. Die jetzigen Cambrices werden aus besserem Rohmaterial und durch Maschinen gleichmässiger angefertigt. Bei Nankeens kommt eine so gute Qualität wie 1818 gangbar war, kaum mehr vor.

# Anlage III.

# Finanzstatistische Angaben zum Steueraufkommen der Rheinprovinz nach 1818.

I. Aufkommen der Rheinprovinz 1821 156).

	Regierungsbez.	Coblenz	Trier	Aachen	Köln	Düsseldf.	Sa.
A.	direkte Abgaben	632145	513181	604584	655539	1113586	3519035
В.	indirekte "	619562	403026	522970	812090	996068	3353716
C.	Domänen	23309	2898	16808	55137	158 280	256432
D.	Forste	101677	153146	72118	54871	56920	438732
E.	Kommunikations-						
	Abgaben	30659	3695	47876	40415	109792	232437
		1407352 1	075 946 1	264 356 1	618052	2434646	7800352
	Ausgaben insg	gesamt					3085801
	bleibt Übersch						4714551

Die Bevölkerung betrug 1821: 1976357 Seelen; demnach Staatsbeitrag pro Kopf der Bevölkerung der Rheinprovinz 1821;

<sup>156)</sup> St.-A. Cobl Acc. 21./08, Nr. 229 fol. 45.



II. Einnahmen und Ausgaben in Rtlr. der Rheinprovinz 1822 167):

Regierungsbezirk	Coblenz	Trier	Aachen	Köln	Düsseldorf	Rheinprovinz
Fläche in Quadratmeilen	4 140	2 919	4 837	5 650	6 457	24 003
Bevölkerung	378 789	325 464	324 060	350 324	623 062	2 001 699
A. direkte Steuern:						
1. Grundsteuer	411 188	327 275	419 015	446 135	711 876	2 315 489
2. Klassensteuer	194 668	193 608	152 938	158 953	358 214	1 058 381
3. Gewerbesteuer	50 299	39 925	52 704	54 048	103 375	300 351
4. Personal- und Mobilar-Steuer .	1574	1	1	20	1	1 644
5. ausserordentliche Einnahmen	63	6	3 487	1	1	3 498
Summe der direkten Steuern	657 731	560 817	628 144	659 206	1 173 465	3 679 363
Ausgaben bei den direkten Steuern	76 175	59 085	46 095	58 986	72 198	312 536
B. indirekte Steuern:						
6. Zoll- und Verbrauchssteuern 158	298 196	265 604	350 196	580 410	894 163	2 388 569
7. Stempel, Einregistrierungs- und						
Hypothek,-Gebühr	82 198	44 662	48 567	76 507	72 324	324 258
8. ausserordentliche Einnahmen	659	16	3 475	803	ı	4 923
9. Gerichtssporteln und Taxen	12 023	ı	1	1	) , , ,	
10. Geldstrafen	3 461	Ì	4 738	1	2290	F18 02
Summe der indirekten Steuern	396 507	310 282	406 976	657 720	972 109	2 743 594
Ausgaben bei den indirekt. Steuern	154 458	102 507	7 025	14 023	35 685	313 698
C. Domänen	31 900	2 730	14 951	77 710	163 648	290 939
Ausgaben	7 073	289	999	30 496	58 318	.97 240
D. Forsten	88 048	75 664	66 654	40 635	73 511	344 512
Ausgaben	49 335	13 733	32,283	8 883	32 232	136 466
Einnahmen der Finanzverwaltung	1 174 186	949 493	1116 725	1 435 271	2 382 733	7 058 408
Ausaaben der Finanzverwaltung	287 041	600 921	690 98	119 388	198 433	859 940

158) Gemäss den Gesetzen vom 26. 5. 18, 8. 2. 19 (Steuer von Branntwein, Braumalz, Wein, Tabaksbluttern) und 30. 5. 2 157) St.-A. Cobl. a. a. O. fol. 59. - Die Ausgaben sind cursiv gedruckt und stehen jeweils unter der betr. Einnahmeziffer. (Mahl- und Schlachtsteuer).

Regierungsbezirk	Coblenz	Trier	Aachen	Köln	Dusseldon	T. T
17. 17. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1.	30.803	3 556	24 081	28 459	116 037	202 938
Ausgaben b. d. Kommunikationsabaaben	3 307		1 982	1	ı	5 289
beim Gewerbe- und Bauwesen	91.276	54 125	68 564	68 302	170 683	452 950
Verwaltung des Innern	ı	1	401	10 839	1	11 240
Ausgaben	40 504	66 954	42 562	89 362	88 948	328 330
", d. geistl. u. Schulangel	1	3 139	1 969	16 730	l	21 838
	282 19	73 456	70 519	147 993	008 99	419 550
" des Medizinalwesens	1	1	367	479	476	1 322
Ausgaben	5 856	4 925	4 067	5 539	8 540	28 927
" der Justiz	1	1	911	1	1	911
	79 555	999 99	47 710	156 697	83 692	434 320
" der Polizei	1	1	ı	1	i	1
:	3 783	1779	1 288	1	1	6 850
", des Staatskreditwesens	1	22 156	413	Ì	3 204	25 773
Ausgaben	1	1	1051	1	51767	52 788
Ausserordentl. der allgem. Verwaltung	629	818	1 756	807	537	4 577
Ausgaben	102 809	74 517	76 459	105 389	66 983	456 156
Rheinschiffahrts-Oktroi	98 755	1	1	72 836	309 710	481 301
•	38 306	1	ı	64 867	20323	123 496
Pensionen und Wartegelder	139 229	110 235	123 418	176 390	224 210	773 482
Summe aller Einnahmen	1 304 405	979 162	1 146 623	1 565 421	2 812 697	7 808 308
Ausgaben	852 948	999 829	523 659	256 956	1 009 878	3 942 078
bleibt Uberschuss	451 457	350 496	622 964	638 494	1 802 819	3 866 230
Staatsbeitrag pro Kopf bei d. direkt. St.						1 Rtr. 25 Sgr. 1 Pf.
", ", indirekt. St.						","
" " Domän, u, F'orsten						5 Ktr. 6 Sgr. 2 Ft. - " 9 " 6 "
						3 Rtr. 15 Sgr. 8 Pf.

159) Bei Düsseldorf einschl. Einnahmen aus Gewerbe- und Bauwesen.

II. Einnahmen und Ausgaben in Rtlr. der Rheinprovinz 1822 167):

Regierungsbezirk	Coblenz	Trier	Aachen	Köln	Düsseldorf	Rheinprovinz
Fläche in Quadratmeilen	4 140	2 919	4 837	9 650	6 457	24 003
Bevölkerung	378 789	325 464	354 060	350 324	623 062	2 001 699
A. direkte Steuern:						
1. Grundsteuer	411 188	327 275	419 015	446 135	711 876	2 315 489
2. Klassensteuer	194 668	193 608	152 938	158 953	358 214	1 058 381
3. Gewerbesteuer	50 299	39 925	52 704	54 048	103 375	300 351
4. Personal- und Mobilar-Steuer .	1574	1	1	20	1	1644
5. ausserordentliche Einnahmen.	67	6	3 487	1	1	3 498
Summe der direkten Steuern	657 731	560 817	628 144	659 206	1 173 465	3 679 363
Ausgaben bei den direkten Steuern	221 92	59 085	46 095	58 986	72 198	312536
indirekte Steuern:						
6. Zoll- und Verbrauchssteuern 158	298 196	265 604	350 196	580 410	894 163	2 388 569
7. Stempel, Einregistrierungs- und						
HypothekGebühr	82 198	44 662	48 567	76 507	72 324	324 258
8. ausserordentliche Einnahmen	659	16	3 475	803	1	4 923
9. Gerichtssporteln und Taxen	12 023	1	1	1	2 600	1
10. Geldstrafen	3 461	1	4 738	1	2500	20 844
Summe der indirekten Steuern	396 507	310 282	406 976	657 720	972 109	2 743 594
Ausgaben bei den indirekt. Steuern	154 458	102 507	7 025	14 023	35 685	313 698
C. Domänen	31 900	2 730	14 951	77 710	163 648	290 939
Ausgaben	7 073	289	999	30 496	58 378	.97 240
D. Forsten	88 048	75 664	66 654	40 635	73 511	344 512
Ausgaben	49 335	13 733	32 283	8 883	32.232	136 466
Einnahmen der Finanzverwaltung	1174186	949 493	1116 725	1 435 271	2 382 733	7 058 408
Auenahen der Finanzmernaltung	987 041	176 000	090 98	119 388	108 133	040 040

108) Gemäss den Gesetzen vom 26. 5. 18, 8. 2. 19 (Steuer von Branntwein, Braumalz, Wein, Tabaksblättern) und 30. 5. 2 157) St.-A. Cobl. a. a. O. fol. 59. - Die Ausgaben sind cursiv gedruckt und stehen jeweils unter der betr. Einnahmezisfer. (Mahl- und Schlachtsteuer).

Regionnashezirk	Coblenz	Trier	Aachen	Köln	Dusseldort	Discingation and
E Kommunikationsahoaben 159)	30 803	3 556	24 081	28 459	116 037	202 938
Ausgaben b. d. Kommunikationsabgaben	3 307	1	1 982	1	1	5 289
" beim Gewerbe- und Bauwesen	91216	54 125	68 564	208 89	170 683	452 950
Verwaltung des Innern	1	1	401	10839	1	11 240
Ausgaben	40 504	66 954	42 562	89 362	88 948	328 330
" d. geistl, u. Schulangel	1	3 139	1 969	16 730	1	21 838
	61 282	73 456	70 519	147 993	008 99	419 550
des Medizinalwesens	1	1	367	479	476	1 322
	5 856	4 925	4 067	5 539	8 540	28 927
der Justiz	ĺ	1	911	1	1	911
	79 555	999 99	47 710	156 697	83 693	434 320
" der Polizei	1	1	1	1	i	1
	3 783	1779	1 288	1	1	0 8 9 9
des Staatskreditwesens	1	22 156	413	1	3 204	25 773
	İ	1	1031	1	51767	52 788
Ausserordentl. der allgem. Verwaltung	659	818	1 756	807	537	4 577
Ausgaben	102 809	74 517	76 459	105 389	66 982	921 924
Rheinschiffahrts-Oktroi	98 755	1	-	72 836	309 710	481 301
	38 306	1	1	64 867	20 323	123 496
Pensionen und Wartegelder	139 229	110 235	123 418	176 390	224 210	773 482
Summe aller Einnahmen.	1 304 405	979 162	1 146 623	1 565 421	2 812 697	7 808 308
Ausaaben	852 948	628 666	523 659	226 926	1 000 878	3 942 078
bleibt Überschuss	451 457	350 496	622 964	638 494	1 802 819	3 866 230
Staatsbeitrag pro Kopf bei d. direkt. St.						1 Rtr. 25 Sgr. 1 Pf.
" " " indirekt. St.						11 ,,
						3 Rtr. 6 Sgr. 2 Ft. — , 9 , 6 ,,
						3 Rtr 15 Sor 8 Pf

159) Bei Düsseldorf einschl. Einnahmen aus Gewerbe- und Bauwesen.

### III. Wirkliche Jahreseinnahmen in Rtlr. der Provinzialsteuer-

Jahr	gai	in- ngs- aben	gan	us- ngs- b- ben	gan		2	Blei- und Zettel-	ler	(voi	sser- coll n den hein- oll- ern")		rannt ein <sup>161</sup>	1		Brau- alz <sup>16</sup>		W	'ein 141
1823	1 35	0 271	29 :	269	93	175	69	2	859	563 5	524	460	139	1	64	578		160	891
1824	1 36	6 050	30 (	078	102	262	110	2	892	550 1	97	591	639	2	218	061		101	101
825	1 56	0 674	35 9	259	105	382	75	2	879	591 6	614	602	534	12	237	<b>51</b> 0		145	144
826	1 51	5 019	208	369	97	374	75	2	752	623 2	259	583	622	2	43	230		140	793
827	1 57	9 518	24 4	142	102	120	133	2	921	607 7	750	550	516	2	18	674		281	826
.828	1 64	4 916	24 8	333	93	150	178	3 2	293	631 (	36	622	894	1	98	487		128	161
.829 167)	1 54	4 639	27 2	206	87	433	264	28	376	588 8	31 168	620	5121	69) 1	86	917	169	248	370 169
830	1 75	3 489	31 4	108	78	491	139	3	757	659 2	28 171)	587	724	69) 1	92	666	169)	54	265 169

<sup>160)</sup> St.-A. Cobl. Acc. 21/08. Nr. 2817.

bei den direkten Abgaben also . . . 4 055 846 Rtlr. betrugen.

<sup>161)</sup> Ges. v. 8. 2 1819.

<sup>162)</sup> Ges. v. 30. 5. 1820.

<sup>163)</sup> Ges. v. 7. 3. 1822.

<sup>164)</sup> Chausseen, Brücken, Dämme, Fähren, Schleusen, Kanäle usw.

<sup>165)</sup> Dabei 47 470 "Strafen und Konfiskationen".

<sup>166) &</sup>quot; 38 859 " " " " " 191 249 "Barrieren-Einkünfte", wovon 62 245 aus verpachteten Barrieren.

<sup>167)</sup> Genaue Angabe über die Veranlagung der direkten und indirekten Steuern in der Rheinprovinz für 1829 sind in den "Beiträgen z Stat. d K. Preuss. Rheinlande 1829", S. 95 ff. enthalten, daraus zu entnehmen, dass die Solleinnahmen bei der

### i rektion Köln an indirekten Abgaben der Rheinprovinz 1823-1830 160).

Tabak- Lätter <sup>161</sup> )	Mahl- steuer	Schlacht- steuer		Salz- revenüen	Kommuni- kations- anstalten	Ausserordentliche Einnahmen	Etats- Soll	Summe der indirekten Abgaben
8 138		798 191		-	_	14 406	_	3 645 510
1 3 530	202 209	184 363	410 309		_	13 730	3 828 595	3 786 532
12814	208 283	188 312	436 182		-	_	3 828 595	4 162 101
17 982	205 279	189 250	483 016	-	_	-	3 998 940	4 268 331
19 698	193 853	186 350	490 406	_	68 102	12 557	3 998 940	4 394 708 165
17 831	179 140	181 925	511 612	_	66 475	14 034	3 998 940	4 559 995 166
18 507 169)	174 598	186 237	517 008	1 359 628	211 641 170)	14 768	5 359 702	5 790 132
10 557 169)	195 766	188 162	486 264	1 319 793	224 219 172)	11 750	5 360 069	5 798 962

<sup>&</sup>lt;sup>168</sup>) Die Rheinzollämter zu Andernach, Linz, Ruhrort und Wesel wurden Ende 1828 aufgehoben; es blieben demnach nur die zu Coblenz, Cöln, Düsseldorf und Emmerich.



<sup>169) &</sup>quot;darunter Ausgleichungsabgaben von hessischen Produkten".

<sup>170)</sup> Davon von Chausseen allein 149 532.

<sup>171) &</sup>quot;Elb-, Weser-, Mosel- und Rheinzölle".

<sup>172)</sup> Davon von Chausseen allein 160 966.

# Quellen.

Akten des Geheimen Staats-Archivs, R. 74. M XXXVIII. Nr. 58 Vol. Ia, Ib, II, IIIa, IIIb, IV, V, Bb. ad Vol. Ia; 1., 2.. 3. Heft betreffend die Protokolle des kgl. Staatsrats über die Steuerverfassung, 1817.

Akten des kgl. Staatsarchivs Coblenz: Rep. d. Oberpr. des Herzogt. Jülich-Cleve-Berg, Sekt. I Fach I fasc. 2 48, V 5 3-32, V 6 32, VII 1, 4, 5, 6; — Acc. 21/08, Oberpr. d. Rheinprovinz, Tit. III Sekt. 2, Lit. d. Nr. 2—58, E 16, VI 3 10—40, VI 6 1—189, VII 8, VII 12, V 1, E Nr. 7; — Acc. 2/1890 Oberpr. d. Rheinprovinz, III 2 D 15; — Acc. 17/1909 Oberpr. d. Rheinprovinz IX C.

Akten d. kgl. Staatsarchivs Düsseldorf: Gouvernement-Kommissariat. Roer-Department. IV. 10. 2. Acta betr. den Landzoll 1814—16. — VIII. Gen. G. Berg, Zölle, Steuern etc. Nr. 60, betr. Einführung eines neuen Zolltarifs 1813—14; Nr. 100, betr. Repress. gegen Frankreich; Nr. 103, betr. Begünst. d. Weinb., Nr. 6, ausw. Angeleg. Nr. 96, 97, 99 betr. die vom Staatsrat Rappard einzureichenden Berichte über die Handelsverhält. u. d. Geld- u. Wechselkurse 1814, 1815, 1816 u. 1817. — Reg. Düsseldorf I n 2; III C 5 n. IV. 10. 3. IV. 10. 5.

Akten d. Handelskammer Köln im rhein.-westfälischen Wirtschaftsarchiv zu Köln: Mauth I 1817—19, Mauth II 1820—27, Mauth III 1828 ff. Gewerbesteuer 1821—1832. Fabriken. — Monatsberichte 1816—1828. — Warenpreise und Wechselkurse a.

Archiv der Stadt Köln, H I, Abt. 1-17.



## Kleine Beiträge.

### Die Altfreiheit der niederrheinischen Ministerialität.

Von Prof. Dr. Otto Oppermann in Utrecht.

Jacob Ahrens, Die Ministerialität in Köln und am Niederrhein. Leipziger Abhandlungen, hg. von Brandenburg, Seeliger, Wilcken. Heft IX. Leipzig, Quelle & Meyer, 1908-97 Seiten. Mk. 3.50.

Die Ministerialität des Capitulare de villis, so führt A. aus, ist in zwei Gruppen geschieden, die der Zentralverwaltung und die der Lokalverwaltung. In Hincmars Epistola de ordine palatii zerfällt die am Hofe dienende Ministerialität ihrerseits wieder in eine höhere und eine niedere. Zu ersterer gehören Kämmerer und Pfalzgraf, Seneschall und Schenk (buticularius), Marschall und Mansionarius, vier venatores principales und ein Falkner. Diesen höheren Beamten sind sowohl die niederen Ministerialen der Zentralverwaltung wie die Ministerialen der Lokalverwaltung untergeordnet. Die höheren Hotämter tauchen nun in der Überlieferung wieder auf, sobald die Quellen wieder reichlicher zu fliessen beginnen. Im erzbischöflichen Hofdienst des 12. Jahrhunderts begegnen die Ämter des Kämmerers, Schenken und Marschalls ebenfalls; die Funktionen des Seneschalls sind teils auf den Vogt, teils auf den Truchsessen (dapifer) übergegangen, nur in gewisser Hinsicht ist der Vogt auch dem karolingischen Pfalzgrafen vergleichbar. Auch die beiden andern Gruppen der Ministerialität sind später wieder vorhanden. Dem neu sich bildenden Stand der Ministerialen, dessen Recht im Kölner Dienstrecht und verwandten Quellen schriftlich festgelegt wurde, können jedoch die niederen Ministerialen des Hofdienstes gar nicht, die Ministerialen der Lokalverwaltung, die villici, anscheinend nur in bescheidenem Masse zugezählt werden. Andererseits erweiterte sich der Kreis der Ministerialität durch neu geschaffene Ämter, wie sie namentlich die Kölner Stadtverwaltung erforderte. Für den Ursprung der Ministerialität des 11. und 12. Jahrhunderts bezeichnet A., hier die Aufstellungen Wittichs bekämpfend, die Ämter der landwirtschaftlichen Lokalverwaltung als wesentlich. Er hält fest an der Ansicht von Waitz, dass für den Ministerialen der Dienst zu Pferde charakteristisch ist; die Hofamter sind nicht für die Entstehung, sondern erst für die spätere Entwicklung von Bedeutung. Denn erst allmählich ist die zu höheren Diensten verwendete Gruppe der Ministerialität so zahlreich und bedeutungsvoll geworden, dass sie zu einem geschlossenen Stande erwachsen konnte. Begünstigt wird dieser Prozess durch die einflussreiche Stellung, die die Ministerialen in der Grundherrschaft einnehmen, und durch die Entwicklung eines starken Standesbewusstseins.

Ein zweiter Abschnitt erörtert das Recht der Ministerialen. Sie waren im 12. Jahrhundert zur Übernahme von Lehen gegen Mannschaft (hominium), die sich von den Benefizien im Erbrecht und in der Art der Dienste unterschieden, durchaus fähig. Sie besassen um diese Zeit auch in breitem Umfang Eigen, und obwohl ihnen eine Burtscheider Urkunde das usucapium possessionis, quod theotonica lingua exprimitur sala, d. h. die Fähigkeit, ein Gut zu landrechtlicher Gewere zu besitzen, rundweg abspricht,



war vielfach anderwärts ihre Verfügungsgewalt über Eigengut nur dadurch beschränkt, dass zu einer Veräusserung die Zustimmung ihres Herrn erforderlich war. Ihren Gerichtsstand hatten die Ministerialen nur vor diesem; sie waren also dem Gericht des Vogtes nicht unterworfen, dem vielmehr von dem Kölner Dienstrecht in dem unter Vorsitz des Erzbischofs gehaltenen Ministerialengericht das Vorrecht des Urteilfinders zugewiesen wird. Beschränkungen familienrechtlicher Natur ergaben sich durch die Notwendigkeit, bei der Heirat die Zustimmung des Herrn einzuholen, und durch die Möglichkeit, von diesem veräussert zu werden. Doch pflegt in letzterem Falle schon seit Beginn des 12. Jahrhunderts die Zustimmung des betreffenden Ministerialen in den Veräusserungsurkunden erwähnt zu werden, so dass es unstatthaft ist, aus der Tatsache der Veräusserung auf unfreien Stand des Betroffenen zu schliessen. Den Stand der Ministerialen anlangend betont A. zunächst mit Recht, dass der Gegensatz von frei und unfrei im 12. Jahrhundert bereits sehr viel an Schärfe eingebüsst hatte. So weit dieser Gegensatz noch vorhanden war, galten die Kölner Ministerialen als Unfreie, aber ihre Unfreiheit war eine ausserordentlich gemilderte und schloss sogar einen hohen Vorzug in sich vermöge der in § 8 des Dienstrechtes festgelegten Exemption von der Gerichtsgewalt der nobiles terrae, der Hochgerichtsherren im Gebiet der weltlichen Herrschaft des Erzbischofs.

Das Aufsteigen der Ministerialen zum Rechtsstande des freien Mannes darf nach A. nicht auf massenhaften Eintritt von Freien in die Ministerialität zurückgeführt werden, da eine solche Annahme sich quellenmässig nicht begründen lässt. Das Entscheidende ist vielmehr die allmähliche Angleichung der Ministerialität an die freie Vasallität und die schliessliche Verschmelzung mit ihr. Diese wird vorbereitet durch zwei Momente: einmal durch den wachsenden Einfluss, den die Ministerialen als Stand des Territoriums gewinnen, namentlich indem sie sich an Bürgschaften für die finanziellen Verpflichtungen des Landesherrn beteiligen, und zweitens durch die Ergebungen in die ligische Vasallität, die im 13. Jahrhundert unter der freien Ritterschaft am Niederrhein immer häufiger werden und einen der Ministerialität sehr ähnlichen Rechtsstand schaffen.

Ich habe so ausführlich referiert, um zu zeigen, dass hier ein schwieriger und vielfach umstrittener Gegenstand mit eindringendem Ernst und selbständigem Urteil behandelt ist. Es verdient auch besonders hervorgehoben zu werden, dass A. bemüht gewesen ist, sich gegebenenfalls über Echtheit oder Unechtheit der von ihm verwerteten Urkunden ein Urteil zu bilden. Einen argen Missgriff bedeutet freilich, dass er die schon von Lacomblet und Sloet (Oorkondenboek I Nr. 181) als späte Fälschung gekennzeichnete Urkunde des Erzbischofs Anno für das Quirinusstift zu Neuss (Archiv f. d. Geschichte des Niederrheins II, 330) mehrfach als echt benutzt hat (S. 34. 36. 48). Unter den Zeugen erscheinen Bischof Ansfrid von Utrecht † 1010) und Bischof Magenardus von Paderborn, womit im besten Falle Bischof Meinwerk († 036) gemeint sein könnte. Die 17 ministeriales, die den Schluss der Zeugenreihe bilden, sind sowohl ihrer Zahl als ihrer Benennung nach für 1074 eine Ausnahmeerscheinung. Umso weniger durfte A. die Angaben dieser Fälschung verfassungsgeschichtlich verwerten.

Die in § 3 des Dienstrechtes erwähnten summi officiales curie werden von A. (S. 20) mit Recht als Ministerialen gedeutet. Der Wortlaut der Stelle — der in Ungnade gefallene Ministeriale wird angewiesen, die nobiles terrae et eos precipue, qui summi officiales vocantur, um ihre Fürbitte anzugehen — scheint allerdings auf nobiles zu weisen, zumal da die Inhaber der Ministerialenämter an andern Stellen des Dienstrechtes (§ 4 und 11) einfach als ministeriales bezeichnet werden. Den Ausschlag zu gunsten von Ahrens', übrigens s. Zt. schon von Hegel verfochtenen Deutung — gibt grade die Stelle, aus der Frensdorff (Mitteilungen a. d. Stadtarchiv v. Köln, 2. Heft S. 24) gegen Hegel geschlossen hat, dass es sich um nobiles handeln müsse: Zu Anfang des 13, Jahrhunderts wird im Dialogus clerici et laici die Wahl des Erzbischofs als unmöglich bezeichnet, wenn sie nicht stattfinde presentibus nobilibus terre, beneficiatis hominibus s. Petri et summis officialibus episcopi, quorum est electionem approbare. (Chronica regia ed. Waitz S. 318.) Darunter kann nur der Konsens der Laien verstanden werden — dem Edelvogt kommt nach den weiteren Ausführungen die prima vox in assensu prestando zu - und dass an ihm auch die Ministerialen teil hatten, ist gar nicht zu bezweifeln.

Dagegen bedeutet es ein sachlich nicht unerhebliches Versehen, dass A. für das Kölner Dienstrecht die ältere — allerdings auch in der 3. Auflage (1904) von Altmann-Bernheims Ausgewählten Urkunden noch geführte — Datierung auf ca. 1154 beibehalten hat, obwohl doch Knippings Regestenwerk (Nr. 927) darüber unterrichtet, dass durch die Erwähnung der vetus domus archiepiscopalis (§ 9), die den von Erzbischof Reinald erbauten Palast voraussetzt, das Jahr 1164 als terminus a quo gegeben ist. Wahrscheinlich aber muss das Dienstrecht noch erheblich weiter herabgerückt werden.

Es ist jedenfalls nicht vor Philipp von Heinsberg entstanden und bedeutet ein Glied in der zielbewussten Territorialpolitik der Kölner Kirchenfürsten. Schon aus diesem Grunde darf man gewiss nicht mit A. (S. 42, vgl. auch S. 52) vermuten, dass die coniuratio der Utrechter Ministerialen von 1159 eine ähnliche Kodification des Standesrechtes zum Ziele gehabt habe. Ich habe kürzlich in dieser Zeitschrift (27, 214 ff. und 28, 181 ff.) ausgeführt, dass es sich bei dieser coniuratio um eine kommunale Bewegung der städtischen, aus der Reichsministerialität hervorgegangenen Dienstmannschaft handelte: das Ziel war also hier nicht auf Festlegung, sondern im Gegenteil auf Sprengung des territorialen Ministerialenverhältnisses gerichtet.

Damit kommen wir zu den Einwendungen, welche wir gegen die von A. vertretene Gesamtauffassung erheben müssen.

Nach A. (S. 40) sind die Ministerialen hauptsächlich emporgekommen durch die Stellung, die sie in der Grundherrschaft "der Quelle der wirtschaftlichen und politischen Macht ihrer Herren" einnahmen. Nun waren die Erzbischöfe von Köln, deren Ministerialität im Mittelpunkt der Untersuchung steht, nicht nur Grundherren, sondern auch Territorialfürsten, und es hätte somit unbedingt erörtert werden müssen, wie weit sie in der einen und wie weit sie in der andern Eigenschaft über die Quellen der wirtschaftlichen und politischen Macht verfügten. Eine solche Erörterung hat



A. sehr zu seinem Nachteil unterlassen; denn indem wir sie jetzt nachholen, wird sich ergeben, dass sie geeignet ist, sehr wesentliche Ergebnisse seiner Untersuchung zu erschüttern und die von ihm bekämpfte Auffassung Wittichs, mindestens was einen Hauptpunkt, den massenhaften Übertritt freier Grundbesitzer in die Ministerialität, anlangt, für das niederrheinische Gebiet als richtig zu erweisen.

Entscheidenden Aufschluss über den ursprünglichen Rechtsstand der Kölner Ministerialität bietet eine bei Lacomblet UB. I nr. 196 gedruckte Urkunde des Erzbischofs Anno von 1061. Anno berichtet da, sein Ministeriale Hermann sei von ihm wegen eines an dem Ministerialen Richezo verübten Totschlages geächtet und sein gesamter Besitz eingezogen worden. Nach einiger Zeit sei den Freunden des Missetäters Hoffnung gemacht worden, dass er die erzbischöfliche Gnade wiedererlangen könne. Daraufhin habe Hermann von dem Propst Wezelin von St. Mariengraden 10 Pfund Gold entliehen, die dem Stift kurz vorher vom Erzbischof überwiesen worden waren, und Hermanns Vater Bertolf habe bis zur Rückgabe dieser Summe dem Stift drei Häuser mit einem jährlichen Zinsertrag von 10 Mark Silber verpfändet.

Die Gnade des Erzbischofs, deren Verlust in Ächtung und Gütereinziehung zum Ausdruck gekommen ist, wird also durch Entrichtung von 10 Pfund Gold wiedererlangt. Daraus scheint hervorzugehen, dass der schuldige Ministeriale dem Stand der edeln Leute angehört, die nach dem Sachsenspiegel (III 64 § 3) dem Herzog zehn Pfund wetten.

Es fragt sich, ob dies mit den sonstigen Quellenzeugnissen sich in Einklang bringen lässt.

Dem Bereich der Herzogsgewalt wird in der Sachsenspiegelstelle der Amtsbereich der mit Königsbann ausgestatteten Grafen und Vögte gegenübergestellt: ihnen wettet man 60 Schillinge. Also nicht die gräfliche, sondern die ausserordentliche, im Königsbann enthaltene Amtsgewalt unterscheidet die Grafen und Vögte vom Herzog. Grafschaften hat auch dieser; das Herzogtum ist ja nichts weiter wie eine Zusammenfassung von Grafschaften. Aber einen Königsbann gibt es im Herzogtum nicht; ein herzoglicher Graf, der mit dem Königsbann ausgestattet wird, wird eben dadurch aus dem Herzogtum eximiert, in einen reichsunmittelbaren Grafen verwandelt.

Auch die Herzogsgewalt des Erzbischofs von Köln werden wir uns somit auf allen Seiten durch Gebiete begrenzt denken müssen, die durch den Königsbann der Reichsgewalt unmittelbar unterstellt waren. In der Tat bezeugen ihn für Siegburg die Fronung eines Allodes zu Röndorf durch den preco liber im Jahre 1102 (Lacomblet UB. 1 260), und der Sechszigschillingbann des Siegburger Schultheissen in einem (unechten) Diplom Heinrichs IV. von 1071 (ebenda 214). für Remagen der prefectus einer Urkunde von 1110/17 (ebd. 284), für die Besitzungen des Aachener Marienstifts ein Diplom Heinrichs IV. von 1076 (ebd. 227), für die des Adalbertstifts ein Diplom Heinrichs V. von 1103 (ebd. 261), für Boppard und Duisburg die in Diplomen Lothars III. von 1129 (ebd. 304. 305) auftretenden Reichsschultheissen. Dagegen gibt es — abgesehen vom Gericht des Kölner Burggrafen, von dem noch die Rede sein wird — keinen Königsbann in dem

ganzen Gebiet, das sich als schmaler Streifen von Bonn das linke Rheinufer abwärts bis über Xanten hinaus erstreckte und im Kölner Dienstrecht als terra Coloniensis bezeichnet wird (vgl. Ahrens S. 65). Allerdings begegnet eine confirmatio durch Bann häufig schon in den erzbischöflichen Urkunden des 11. Jahrhunderts 1): nostro confirmantes banno et perpetuo ligantes anathemate, banno dei ac saucte Marie matris eius sanctique Petri apostoli ac nostro anathemizantes, super hac traditione et privilegio pacem sub anathematis insolubili vinculo tirmavimus - mit solchen Wendungen gibt Erzbischof Sigewin deutlich zu erkennen, dass er neben der geistlichen Strafgewalt eine weltliche Banngewalt handhabt. Aber es ist nicht der Königsbann, sondern ein vom Erzbischof selbst ausgehender Friedensbann, In diesem Sinne muss auch verstanden werden, was Erzbischof Friedrich I. in einer seiner Urkunden von der Erwerbung eines Allods durch das Kloster Siegburg berichtet: traditum est et banno confirmatum Sigebergensi ecclesie . . . Hec autem traditio in nostra presentia Bunne facta cum multi adessent nobiles, comes videlicet de Juliaco Gerhardus, Geueno et Ludevicus, Adalbertus de Norvenich et plures alii tam liberi quam ministeriales.

Aber auch für Köln selbst ist uns eine derartige, vom Erzbischof selbst gehandhabte Gerichtsbarkeit urkundlich bezeugt. Nach einer Urkunde von 1169 hat Abt Arnold von St. Maximin iudicio canonico et forensi in presentia archiepiscopi Coloniensis assidentibus prelatis prioribus et laicis liberis et ministerialibus eiusdem ecclesie iudicio canonico et forensi Anerkennung des freien Standes für die Nachkommenschaft einer Cerocensualin erlangt. Die Verhandlung wird als veritas bezeichnet; sie war ein Rügeverfahren, wie es sich auf Grund der fränkischen Gerichtsverfassung in den niederländischen und nordfranzösischen Gebieten als stille oder durchgehende Wahrheit ausgebildet hat 2). Da ferner die Entscheidung iudicio canonico et forensi erfolgt ist, so kann nicht bezweifelt werden, dass hier zugleich mit einer Generalsvnode, wie sie einmal jährlich um den 1. August in der Pfalz zu Köln abgehalten wurde, eine landrechtliche Gerichtsverhandlung stattgefunden hat. Ihre Zuständigkeit muss sich über den Bereich der Kölngaugrafschaft hinaus erstreckt haben. Denn unter den Beisitzern des Erzbischofs werden mehrere gräfliche Edelherren genannt. Ebenso ist es ja schon in der oben angeführten Urkunde des Erzbischofs Friedrich I. Die erzbischöfliche Banngewalt kann nicht die gräfliche sein, sondern erstreckt sich über den Bereich mehrerer Grafschaften.

In diesen Grafschaften gibt es keinen Königsbann, aber es ist durchaus notwendig, sich gegenwärtig zu halten, dass ihre Inhaber ausserdem im Besitz von Gerichtsherrschaften sind, die durch den Königsbann unmittelbar mit dem Reiche verknüpft sind. Es wird unten gezeigt werden, dass das Kölner Dienstrecht diese ausserhalb der erzbischöflichen Banngewalt gelegenen, mit Königsbann ausgestatteten Gerichtsherrschaften meint, wenn es von der iurisdictio spricht, welche die nobiles terre Coloniensis in locis et terminis suis haben. Ausserhalb der terra Coloniensis im engeren Sinne

- 1) Lacomblet UB. I 231, 242, 243.
- 2) Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte II 494.

Westd. Zeitschr. f. Gesch. u. Kunst. XXX, IIIII.

dingen die Grafen von Müllenark, Nürburg, Jülich, Sayn bei Königsbann, innerhalb dieses Gebietes verwalten sie erzbischöfliche Grafschaften.

Der Erzbischof selbst hat in diesem Gebiete das Recht, über Grundstücke den Bann auszusprechen und das Recht ein Rügeverfahren einzuleiten. Befugnisse, die in karolingischer Zeit den Königsboten und Grafen durch besondere Vollmacht, den Königsbann, verliehen wurden. Auf dieser Grundlage beruht jedoch die Amtsgewalt des Erzbischofs nicht; er hat ja nicht den Königsbann.

Die weltliche Gerichtsgewalt des Erzbischofs, die in der Urkunde von 1169 zum Ausdruck kommt, muss demnach auf eine Herzogsgewalt zurückgeführt werden. Ihr räumlicher Umfang ist natürlich erst nachträglich durch Errichtung reichsunmittelbarer Herrschaften von allen Seiten eingeengt worden; das im einzelnen zu verfolgen kann hier nicht die Aufgabe sein. Hier kommt es nur darauf an, ob die Urkunden die Kölner Herzogsgewalt mit den Ausführungen der Sachsenspiegelstelle im Einklang zeigen. Wir sahen schon: Herzogsgewalt und Königsbann schließen sich hier wie dort aus. Es lässt sich aber ferner auch nachweisen, dass der Kölner Erzbischof-Herzog in der Tat über die Ministerialen eine Gerichtsbarkeit hat, die der des Sachsenspiegelherzogs über die edeln Leute entspricht.

Diese unterstehen nicht der Gerichtsbarkeit der herzoglichen Grafen, sondern bilden eine einheitliche, über das ganze Herzogtum verteilte Gerichtsgemeinde, die ihren Gerichtsstand vor dem Herzog selbst hat. Ebenso die Kölner Ministerialen: die herzoglichen Grafen haben über sie nicht zu urteilen. Kampfwürdiges Ungericht der Ministerialen wird vor dem Erzbischof-Herzog selbst ausgetragen. Das Dienstrecht untersagt zwar den gerichtlichen Zweikampf zwischen Ministerialen, auch als Sühne für einen Totschlag, aber gerade dies Verbot beweist doch, dass der Zweikampf der profanen Rechtssitte entsprach. Wo er ursprünglich stattzufinden pflegte, ist nicht mehr mit Sicherheit zu ermitteln; denn die weitere Bestimmung des Dienstrechtes, dass der Totschläger, wenn er nach Jahr und Tag die Gnade des Erzbischofs nicht wiedererlangt hat, in der beim neuen Bischofspalast gelegenen Thomaskapelle von Vogt und Kämmerer in Haft gehalten werden soll, regelt natürlich Verhältnisse, die sich so erst nach Erbauung des Palastes gestaltet haben können.

Diese Gerichtsgewalt des Erzbischofs über kampfwürdiges Ungericht seiner Ministerialen ist nicht herrschaftlichen, sondern landrechtlichen Ursprungs. Wir erführen ja aus der Urkunde von 1061, dass ein Ministeriale, der einen Totschlag verübt hat, in landrechtlichen Formen geächtet worden ist; der Erzbischof hat damit die Banngewalt in Achtsachen ausgeübt, die er, wie wir aus der falschen Burggrafenurkunde wissen, vom Reiche hatte. Bestimmend für den Rechtsstand der Kölner Ministerialen ist also der höchste landrechtliche Stand der Freien gewesen, der über die Masse der niederen Freien dadurch emporgehoben war, dass er seinen Gerichtsstand nicht vor dem herzoglichen Grafen, sondern nur vor dem Herzog selbst hatte.

Auch im Sendgericht nahm dieser Stand eine Ausnahmestellung ein: über die Ministerialen haben nach dem Dienstrecht (§ 9) Archidiakone und



Dekane keine Sendgerichtsbarkeit, sondern nur der erzbischöfliche capellarius, der am Tage nach Petri Kettenfeier, also im Anschluss an den synodus episcopalis, sein Sendgericht vor der Johanneskapelle in der alten erzbischöflichen Pfalz, also an der Stelle der fränkischen Königspfalz hielt.

Entspricht somit der ursprüngliche Rechtsstand der Kölner Ministerialen in vieler Hinsicht dem der Schöffenbarfreien des Sachsenspiegels, so ist doch nicht zu übersehen, dass er eine frühere Schicht der Standesbildung darstellt als diese.

Die Kölner Herzogsgewalt hat ihren Sitz in der karolingischen Pfalz unmittelbar am Dom, die schon im 9. Jahrhundert an die Erzbischöfe übergegangen sein muss, da der Dom schon damals an diese Stelle verlegt worden ist. Die Herzogsgewalt der Erzbischöfe muss also spätkarolingischen Ursprungs sein.

Der karolingische Ursprung des Kölner Herzogtums erhellt auch daraus, dass es nachträglich eingeengt und durchbrochen erscheint durch Errichtung von Gerichtsherrschaften, die durch den Königsbann unmittelbar mit dem Reiche verknüpft wurden. Diese Praxis, die bisher nur den Königsboten zugestandene ausserordentliche Amtsgewalt dauernd mit der regulären gräflichen Amtsgewalt bestimmter Gerichtsherrschaften zu verbinden, hat die vom Kölner Herzogtum unabhängigen niederrheinischen Territorialgrafschaften gezeitigt, die es rings umgaben.

Ihre Gerichtsgewalt wird gegen die herzogliche des Erzbischofs in einer oben schon erwähnten Stelle des Dienstrechtes in sehr lehrreicher Weise abgegrenzt. Wenn ein Ministeriale des Kaisers, so wird ausgeführt, einen erzbischöflichen Ministerialen zum gerichtlichen Zweikampf vor den Kaiser fordert, so soll dieser seine Gerichtsbarkeit nicht ausüben, sondern die beiden dem Erzbischof überweisen, damit dieser (kraft seiner Gerichtsbarkeit über kampfwürdiges Ungericht, das aber in Köln gemäss den Bestimmungen des Dienstrechtes nicht mehr durch Zweikampf ausgetragen wird) sie aburteile. Weil also, fährt das Dienstrecht fort, der Kaiser über die Ministerialen des hl. Petrus keine Gerichtsbarkeit ausübt, evidens est et manifestum, quod nobiles terre Coloniensis, qui iurisdictionem in locis et terminis suis habent, nulla ratione habeant iudicare ministeriales beati Petri de allodiis et de capitibus suis.

Den Gerichtsherren der terra Coloniensis wird also Gerichtsbarkeit über Eigen und kampfwürdiges Ungericht Kölner Ministerialen abgesprochen unter Hinweis darauf, dass auch der Kaiser, der über Reichsdienstmannen eine solche Gerichtsbarkeit hat, sie über Kölner Ministerialen nicht in Anspruch nehme. Die iurisdictio der Kölner Edelherren, die nicht auf die Ministerialität sich erstrecken soll, kann somit nicht die herzogliche Grafengewalt sein, die sie innerhalb der terra Coloniensis ausübten; es kann nur eine Gerichtsgewalt sein, die der vom Kaiser über die Reichsdienstmannen ausgeübten entspricht, es kann nur die mit dem Königsbann verliehene ausserordentliche Amtsgewalt sein, in locis et terminis suis über die Reichsdienstmannen zu richten. Diese Gerichtsbarkeit aber schliesst die über Eigen und kampfwürdiges Ungericht der Schöffenbarfreien in sich; denn



dieser Stand ist ja aus Reichsdienstmannen, die mit Eigen ausgestattet sind, gebildet worden und wird aus ihnen fortwährend ergänzt.

Es zeigt sich also, dass dem Stand der Kölner Ministerialen in den das Kölner Herzogtum umgebenden Territorialgrafschaften der Stand der Reichsdienstmannen und Schöffenbarfreien entspricht. Damit bestätigt sich von neuem unsere Auffassung, dass die Kölner Ministerialen gleichen Standes mit den edeln Leuten des Sachsenspiegels sind. Denn in den Königsdienstmannen und Schöffenbarfreien des 10. Jahrhunderts wiederholt sich ja der Stand der herzoglichen edeln Leute der Karolingerzeit. Diese wie jene unterstehen nicht dem Grafengericht, sondern bilden eine über die niederen Stände der Freien emporgehobene Schicht. Der Unterschied ist nur, dass über Ungericht der Reichsdienstmannen und Schöffenbaren der bei Königsbann dingende Graf, über Ungericht der edeln Leute der Herzog zu Gericht sitzt.

Dass der Stand der edeln Leute für das rheinische Gebiet keine theoretische Konstruktion ist, beweist das Aufgebot Ottos II. von 981, das zuletzt von Uhlirz<sup>3</sup>) eingehend gewürdigt worden ist. Danach sollen unter anderem die Erzbischöfe von Köln und Mainz je 100 Panzerreiter (loricatistellen.

Man wird nun weder behaupten wollen, diese Panzerreiter — das Aufgebot fordert ihrer im Ganzen mehr als 2000 — seien unfreie Ministerialen gewesen, noch wird man annehmen dürfen, dass ein Stand von wehrhaften Grundbesitzern, aus dem allein der Erzbischof von Köln noch gegen Ende des 10. Jahrhunderts 100 Panzerreiter nach Italien entsenden konnte, drei bis vier Generationen später völlig ausgestorben oder von andern Ständen aufgesogen war. Nur unter der einen oder andern Voraussetzung aber ist der unfreie Ursprung der Kölner Ministerialität, wie er von Ahrens im Anschluss an die herrschende Meinung verfochten wird, denkbar.

Die loricati, das wird niemand bezweifeln wollen, stellen die Oberschicht der freien Grundbesitzer der Karolingerzeit dar, die unter Königsbann zum Reiterdienst aufgeboten wurden.

Der Erzbischof hat über sie dadurch den Heerbann erlangt, dass die Grafschaften, in denen sie ansässig sind, der Kölner Kirche überwiesen worden sind. Ihren landrechtlichen Stand haben die loricati damit zunächst noch nicht eingebüsst; die Banngewalt des Herzogtums ist ja ebensogut eine landrechtliche wie die vom Grafen durch Königsbann ausgeübte. Aber indem das Kölner Herzogtum zum Fahnlehn wurde, wurden seine Hintersassen zu einem lehnrechtlichen Stand, zu Vasallen. So konnten sie mit den unfreien erzbischöflichen Hofbeamten zu einem neuen Stand, den Ministerialen, verschmelzen.

Ich habe schon in meinen Utrechter Untersuchungen (II S. 181) darauf hingewiesen, dass diese Verschmelzung auch in der Terminologie der Urkunden erkennbar ist: die Bezeichnung servientes, die sich nur auf Unfreie im strengen Wortsinne deuten lässt, wird zu Anfang des 12. Jahrhunderts durch das umfassendere Wort ministeriales verdrängt. Ahrens hat sich (S. 8) begnügt, durch Vergleichung einiger Zeugenreihen erzbischöflicher

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Jahrbücher des deutschen Reiches unter Otto II. (1902) 237 ff.



Urkunden festzustellen, dass sich "die Identität der Bezeichnungen mit voller Sicherheit ergibt". Durch eine eindringendere Untersuchung kann man, glaube ich, doch noch etwas weiter kommen.

In der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts werden in den Zeugenreihen der erzbischöflichen Urkunden gewöhnlich milites und servientes einander gegenübergestellt (Lacomblet, UB. I, 196. 236. 248. 252), unter welch letzteren regelmässig der advocatus urbis erscheint. Nur eine Urkunde von 1090 (Lacomblet, UB. I, 244) führt als letzte Zeugen 7 ministeriales auf, aber nicht im Gegensatz zu einer Gruppe von milites; vielmehr werden sämtliche weltliche Zeugen unter der allgemeinen Bezeichnung laici zusammengefasst. Da sich unter den ministeriales weder der Untervogt noch sonst ein erzbischöflicher Beamter befindet und das urkundliche Material füx eine Vergleichung der Namen mit anderen Zeugenreihen nicht ausreicht, so erscheint es an sich bedenklich, diese ministeriales für servientes zu erklären. Vollends unstatthaft wird diese Gleichsetzung dadurch, dass der Erzbischof erklärt, die Urkunde - es handelt sich um das Gut Clottendas von Erzbischof Anno dem Mariengradenstift überwiesen worden war, auf Grund einer früheren Schenkung der Königin Richeza aber von der Abtei Brauweiler beansprucht wurde — priorum et familiarium nostrorum consilio ausgestellt zu haben. Für diesen Beirat in Angelegenheiten des erzstiftischen Grundbesitzes kommen neben den Prälaten und edelfreien Vasallen zunächst die niederen Vasallen des platten Landes in Betracht, die aus Grundbesitzern freien Standes hervorgegangen sind. Solche Vasallen, nicht unfreie Bedienstete, werden wir im vorliegenden Falle hinter der Bezeichnung ministeriales suchen müssen.

Auch die oben herangezogene Urkunde von 1061, nach der ein Ministeriale wegen Totschlags eines andern dem Erzbischof 10 Pfund Gold wettet, nötigt ja nicht zu der Annahme, dass diese Ministerialen dem Stande der servientes angehörten, welche als Zeugen hinter den milites aufgeführt sind. Aus diesem letzteren Stande können die fraglichen Ministerialen ebenso gut hervorgegangen sein. Aus dem 11. Jahrhundert liegt somit für die Identität der Bezeichnungen ministeriales und servientes noch kein Beweis vor.

Nach unsern Ergebnissen muss die Bildung der Ministerialität sich so vollzogen haben, dass der Stand der freien Vasallen, der milites, sich spaltete und seine untere Schicht sich mit den unfreien Dienstleuten, den servientes, zu dem neuen Stande der Ministerialität verband.

Noch das Dienstrecht bezeichnet (§ 4) die Oberschicht der Ministerialen, die im Besitze eines mindestens 5 Mark jährliche Einkünfte erbringenden Lehens und verpflichtet ist, den Erzbischof zur Kaiserkrönung über die Alpen zu begleiten, als milites. Dass diese milites ihrerseits Knechte baben, ist ein entscheidender Beweis für ihre freie Herkunft.

Die bisherige Oberschicht der milites bildete fortan den Stand der Edelfreien. Der Geburt nach gehören sie demselben Stand an wie der grösste Teil der Ministerialen, aber sie haben sich ihre landrechtliche Freiheit bewahrt durch die unmittelbare Beziehung, in der sie vermöge des von ihnen gehandhabten Königsbanns zur königlichen Gewalt stehen. Zu diesen



Edelherren gehört auch der Kölner Burggraf, und der von ihm gehandhabte Königsbann ist von entscheidender Bedeutung für den Rechtsstand einer Bevölkerungsgruppe, die in den Urkunden des 12. Jahrhunderts gleichfalls als Freie der Ministerialität gegenübergestellt wird: der Kölner Bürger.

Das einheitliche königsbannfreie Gebiet der erzbischöflich-herzoglichen terra Coloniensis ist in Köln selbst durchbrochen durch den Amtsbereich des Chefs der Regalienverwaltung, des mit Königsbann ausgestatteten praefectus urbis. Dieser Amtsbereich wird gebildet durch das von der königlichen Gewalt im 10. Jahrhundert revindizierte Stadtgebiet östlich der Hohestrasse und südlich des Domes, sowie durch alle öffentlichen Strassen, Plätze und Befestigungswerke. Natürlich untersteht dem Burggrafen eine Ministerialität, in deren Händen die Markt- und Zollverwaltung sich befindet, und ebenso selbstverständlich ist, dass diese Ministerialität ihrem ursprünglichen Rechtsstand nach eine königliche ist, ihren Gerichtsstand also vor dem unter Königsbann dingenden Burggrafen gehabt haben muss.

Es kann nach den Angaben des Diploms Ottos II. für Worms von 979 DO. II 199 allerdings nicht bezweifelt werden, dass die gesamten Einkünfte aus Bann und Zoll in Köln schon damals dem Erzbischof überwiesen waren. Aber Konrad II. hat, um das Anrecht der Krone auf die Kölner Regalien zu wahren, wieder einen praefectus urbis eingesetzt, und die Bestrebungen, dauernde Beziehungen der königlichen Gewalt zur Regalienverwaltung herzustellen, bilden seitdem das Leitmotiv in allen Kämpfen zwischen Stadt und Erzbischof.

Die erzbischöfliche Politik ist natürlich darauf gerichtet, die Reichsministerialen der Regalienverwaltung mit den unfreien erzbischöflichen Hofbeamten zu verschmelzen. Die Reichsgewalt setzt dem seit Anfang des 12. Jahrhunderts eine Politik der Freilassung entgegen: indem Reichsministerialen der Regalienverwaltung vor dem Königsgericht zu höchster Freiheit freigelassen werden, bildet sich in der städtischen Bevölkerung eine schöffenbarfreie Oberschicht, die standesbildend auf die Gesamtheit der Bürgerschaft einwirkt, Zu Anfang des 13. Jahrhunderts ist der in der ottonischen Königspfalz gelegene Kamphof die Stätte für kampfwürdiges Ungericht Kölner Bürger. In ihm hat nach der falschen Burggrafenurkunde der Erzbischof den Vorsitz, der Burggraf die Befugnis eines ersten Urteilers und "Vogtes". Doch ist dies, wie an anderer Stelle von mir ausgeführt worden ist<sup>4</sup>), nicht der ursprüngliche Rechtszustand gewesen; ursprünglich dingte hier der Burggraf selbst unter Königsbann.

Es war das Gericht, dem ursprünglich die Reichsdienstmannen der Regalienverwaltung unterstanden hatten, ein Gericht, wie es ja das Dienstrecht voraussetzt, indem es von den nobiles terre Coloniensis spricht, qui iurisdictionem in locis et terminis suis habent.

Ausser für kampfwürdiges Ungericht der Reichsdienstmannen und später der Bürger war dies Gericht des Kölner Burggrafen für Eigen zuständig, und dadurch ist es von entscheidender Bedeutung für den Rechtsstand der Kölner Bürger geworden: die rechte, durch Königsbann gewirkte

<sup>4)</sup> Hansische Geschichtsblätter 1911 S. 39 ff.

Gewere an Eigengut schützte sie in ihrer landrechtlichen Freiheit, bewahrte sie vor der Verschmelzung mit der Ministerialität.

Auf diese stadtkölnischen Dinge musste hier eingegangen werden, weil Ahrens (S. 28 f.) auch für die stadtkölnische Ministerialität einen rein herrschaftlichen Ursprung annimmt. Man sieht, dass er auch hier die verwaltungsgeschichtliche Bedeutung der erzbischöflichen Grundherrschaft weit überschätzt, ihren reichsrechtlichen Grundlagen nicht genügend Rechnung trägt-

Fassen wir zusammen, so ist zu sagen, dass die Abhandlung von Ahrens trotz der methodischen Sorgfalt, mit der sie gearbeitet ist, ihr Ziel in einem wesentlichen Punkt verfehlt hat. Ein massenhafter Übertritt Freier in die Ministerialität hat allerdings stattgefunden, sie besteht in der Hauptsache aus den reiterdienstpflichtigen Freien der Karolingerzeit. Dieser Übertritt lässt sich auch quellenmässig nachweisen, freilich nicht aus urkundlichen Einzelergebungen in die Ministerialität, sondern an der Hand der Veränderungen, welche die Gerichtsverfassung im Laufe der Jahrhunderte erlitten hat. Ich glaube auf diesem Wege im 28. Bande dieser Zeitschrift (S. 157 ff.) die altfreie Herkunft der Ministerialität im Bistum Utrecht nachgewiesen zu haben; hier galt es zu zeigen, dass im Erzbistum Köln die Dinge nicht anders liegen, dass von einem unfreien Ursprung der Ministerialität in Köln und am Niederrhein gar keine Rede sein kann.

# Ein neuer Bericht über die Zusammenkunft Friedrichs III. und Karls des Kühnen zu Trier 1473.

Mitgeteilt von Dr. L. Bertalot in Berlin.

Die Zusammenkunft Kaiser Friedrichs III. und Herzog Karls des Kühnen von Burgund zu Trier im Jahr 1473 hat die Gemüter der Zeitgenossen in ungewöhnlichem Masse beschäftigt. Das zeigt die stattliche Zahl gleichzeitiger Berichte, deren Liste man bei A. Bachmann (Deutsche Reichsgeschichte unter Friedrich III. und Maximilian I., Leipzig 1894, II 422—3), nachlesen kann.

Der neue Bericht in Form von zwei Privatbriefen ist als ganzes ausführlicher als die anderen, bietet aber im einzelnen wenig bemerkenswertes vor diesen. Über den Verfasser wissen wir nur, was aus den Briefen selbst hervorgeht: er ist nicht ungelehrt, er gehört zum Gefolge des Mainzer Erzbischofs, wohl in niederer Stellung; denn bei dem köstlichen Gastmahl vom 7. Oktober, bei dessen Schilderung ihm noch nachträglich das Wasser im Munde zusammenläuft, scheint er nur passiver Zuschauer gewesen zu sein; nach dem letzten Absatz ist er zusammen mit dem ungenannten Adressaten einmal in Friedenszeiten in Kärnten gewesen. Hinsichtlich der historischen Treue erweckt der Verfasser alles Vertrauen. Er scheidet gewissenhatt zwischen fremder Erzählung und dem, was er selbst gesehen und gehört, und vergisst selbst da nicht ein vorsichtiges 'si recte viderim' hinzuzufügen. Der Vorliebe seiner Zeit für grosse Zahlen bringt er einige Kritik entgegen: den Mantel des Herzogs schätzt er auf über 100000 scuti, während 'man'



ihn nach Lalaing auf 200000 schätzte; den Wert des Trierer Kreuzes mit dem Splitter vom Kreuzesholz gibt er mit 100000 Gulden an, der libellus de magnificentia Caroli ducis (Basler Chroniken III 1887, 351) auf 200000. Die Erwägungen, die er über die Vereinbarkeit der Bestimmungen der Goldenen Bulle mit dem dem Burgunderherzog in Trier eingeräumten Rang anstellt, und die Bemerkungen über die Unverbindlichkeit der in den öffentlichen Audienzen gewechselten schönen Reden zeugen vom Urteil des Verfassers. Er berichtet wie alle anderen Quellen nur Äusserlichkeiten, ohne ihren Wert zu überschätzen. Das Wichtigste, was hinter den Kulissen vorging, entzog sich seiner Kenntnis; er vergleicht es hübsch mit den Verhandlungen des Areopags, wie Lalaing mit einem Conklave.

Meine Quelle ist der codex Diez C. folio 59 der Berliner Königlichen Bibliothek, ein Sammelband von einer Hand, die f. 16r '1488' datiert. Der Inhalt ist in Kürze folgender: f. 1r Jasonis de Maino oratio ad Alexandrum VI. (= Hain 10975-8 und wohl daraus abgeschrieben); f. 1 Terenzexzerpte; f. 2-3r Ciceros somnium Scipionis aus Macrobius; f. 4-16r 'paruulus moralis (beg.: 'Licet homo inter animalia sit magis erectus') mit Commentar und Scholien; f. 17r Brief des Eneas Silvius an Antonio Tedeschi (ed. Wolkan n. 37); f. 17v - 32r Virgils Bucolion mit Commentar und Scholien; f. 32v Exzerpte; f. 33-39 Leonardo Brunis Komoedie Poliscena, Schluss fehlt (Hain 1595-6); f. 40-57 Poggios Fazetien, Anfang fehlt; f. 58-59 Gedicht von Paris (94 Verse; 'Uxor regis Priami vidit dum dormiret . . .'): f. 59v die 22 ersten Verse des Gedichts 'Pergama flere volo . . .' (vgl. Jakob Werner, Beiträge zur Kunde der lat. Lit. des Ma. 1905, 8-11); f. 62-69 die hier edierten Briefe; f. 70v Exzerpte: f. 71-73 'Dialogus Samuelis' [Karoch de Lichtenberg inter adolescentem et virginem de amore], beg.: 'Aha dii rature spectatores' (andere Hss. Gotha Gymnasium, Erlangen 762 f. 19-23, München lat. 15737 f. 290v). Leer sind f. 16v, 60-61, 70r.

Bei der folgenden Edition ist die Interpunktion, die Verwendung von Majuskeln bei Satzeingängen und Eigennamen, die Trennung von u und v nach modernem Brauch geregelt. Alle andern Abweichungen von der Hs. sind im Apparat gebucht. Einige Ungleichmässigkeiten, wie expectare neben exspectare, his neben his u. ä. zu glätten, schien mir nicht erforderlich.

#### a) Trier 1473 Oktober 7.

Te, qui novarum rerum, dum splendide sunt, auditor avidus esse soles, cupere scire mecum existimo, quam magnificus in hanc urbem Trevirorum illius magnanimi ducis Burgundionum¹) adventus fuerit. Liberabo itaque te expectacione hac et, quatenus res gesta sit, ut vidi utque accepi, paucis ad te scribam. Dum adhuc Mettis²) esset cesaria maiestas, que in finibus Lothoringie vetus et ampla et plurimum populosa civitas est, a Mecio ut ferunt tempore Julii Cesaris devicta et nomen sortita³), cum ante hac Mediomatricum diceretur, adven-runt quattuor oratores ducis Burgundie⁴), quorum primus

<sup>1)</sup> Brugundionum Hs. — 2) methis Hs. — 3) Vgl. Histoire de Metz par des religieux Bénédictins (Jean François et Nic. Tabouillet) I, Metz 1769, S. 7—8. — 4) Brugundie Hs.

Traiectensis episcopus erat, alter cancellarius 5), sed reliqui comites duo 6), premissi ut de loco qui pro conventu magis foret idoneus 7) cum Cesare convenirent. Licet enim Mettensis<sup>8</sup>) civitas, que sub hiis finibus recte ut sic dixerim imperii meta<sup>9</sup>) dici possit, territoria ducis suis prope iuncta habeat et in hanc plurimorum iudicio satis accommoda et fere delecta videretur, ne tamen populus, cuius iam adhuc recens fuit suspicio 10) ob proditorium facinus, quod in hanc urbem dux Lothoringie 11) superioribus diebus machinatus erat, quo eam 12) dolo noctuque caperet, qui quoque et se civitatemque suam caucior factus et vigilia multa observabat, aliquid forsan tumulti in Burgundum 18) consciret aut ipsius milites, cum apud multos prodicionis conscii insimulati essent, neque satis tutum crederetur ob novitatem facinoris duas illi portas dies noctesque apertas 14) fore illumque cum tribus milibus recipi inter menia, cuius potencia illis plurimum suspecta est, placuit in hac Treveri conventum fieri, que urbs spectabilis est omnium ut ferunt 15) per Galliam et Germaniam antiquissima, cum a Trebeta filio Nini octavo fere anno Abrahe condita sit, cuius nobilitatem antiquissima edificia et monimenta antiquitatis inscripta marmoribus satis demonstrant; pretero devotissima martirum loca, que vetustate sua et devota et cuique veneranda sunt.

Eo dum nos ante penultimam Septembris diem profecti essemus offenderemusque, multa tentoria ducis ibi fixa esse, die Jovis que eiusdem mensis ultima fuit, cum iam sub luce per diem integrum et usque in seram noctem et pluscula parte preterite lucis populis in armis et que ad impedimenta et ad sarcinas locata erant sine delectu sine ordine, sed ut quisque maturius potuit, hospicia cepisset, hora fere prima post meridiem archiepiscopus Treverensis obviam illi cum equitatu suo premissus est. Erant ipsi plures quam ter centum equites, partim sagittarii, partim qui lanceas ferunt 16) armis nostro more bene instructi, colore omnibus uno, qui rubeus erat. Ut dux salutatus et cesarem obviam proficisci sensit, cepit uti ducis officio, clavam manu gessit, singulos obivit et quo ordine se suosque videri voluit ipse distribuit. Erat inter septa, que subter menibus urbis sunt, et inter id vie, unde duci iter fuit, campus late patens et in planum undique fere diffusus. nisi quod ex transverso itineris eminencia quedam sub latere uno prodiit, et submissiore semper progressu amplo quidem sed qui bene prospici potuit paulatim decidens ad Mosellam fluvium. Subsedit in hunc locum quasi delectum ex industria equitatum omnem ab eminencia, que tum sibi sinistra parte fuit, sic usque ad Mosellam constituit, ut omnes uno ordine velud in lineam iuncti consisterent et quisque casside tectus vultum huc, unde cesar venturus erat, converteret. Mille et quingenti erant ut aiunt ex omnibus copiis delecti, quibus singulis nec tamen omnibus singulos tantum pueros habere concessit. Reliqui enim, qui subserviunt vel qui armis minus instructi

<sup>5)</sup> Wilhelm Hugonet. — 6) Graf Johann von Marle und Engelbert von Nassau. — 7) ydoneus Hs. — 8) methensis Hs. — 9) metha Hs. — 10) fehlt in der Hs. — 11) lottoringhie Hs. — 12) iam Hs. — 18) Brugundum Hs. — 14) apertos Hs. — 15) Z. B. Gesta Treverorum, M.G. Scriptores VIII, 130. — 16) ferant Hs. — 17) duum triuumve Hs.



sunt, aut iam intra urbem recepti aut in continentibus locis, ubi sub spacio duorum triumve 17) miliarium plures decem milibus esse ferunt, relicti erant.

Erat admodum pulchrum videre egregio splendore tot armatos homines, quorum nemo fere non micanti casside tectus, non armis munitus, non ornatus epipheis variisque equorum phaleris 18), non aut rigenti ex auro toga vel argentea vel sericia saltem indutus fuit. Stabant equi fortes et alacres, non modo frenis ac operimentis decori, sed et iam aureis iam argenteis nolis alioque decore 19) multo superbi, sic frena spumancia mandebant, sic acrem volvebant ignem sub naribus, sic auribus micabant ac clangentibus tubis stare loco nesciebant, ut non meliores crediderim, quos vel Castor domuit vel Rhesus ad fatale Ilion duxit 20). Ex equitibus illis ducentos pene ferunt armis circumquaque splendidissime munitos, quos latini cataphractos 21), nostri vulgares churiczer 22) vocant. Reliqui etsi minus prioribus egregie tamen et loricis et thoracibus 23) variisque generibus armorum, alter tamen altero melius instructi erant preter arcuarios, qui, ut in sagittam expediciores sint, leviorem armaturam ferunt; nec enim balistis utuntur nostro more neque lanceas deferunt nostras, sed hastilia que breviora et largo ferro prefixa sunt et que Gallorum lingua gesa 24) vocant. Rarus fuit ex omnibus his, cui non vel ex auro vel gemmis preciosis ac multum nobilibus aliquod insigne ac preciosum vel in capite vel in toga fuerit. Togam voco tunicellam hanc, que iam armatos ambit, que non tam contegit 25) quam sui precio armis et viro decorem adicit 26). Quod si tibi velim describere, quam decorus quamque preciosus ipse Carolus 27) dux fuerit, quam pulcher et ipse totus armatus in equo feroci ac alacri consederit, quot margaritas, quibus maiores vix quisquam vidit, quot lucidissimas gemmas, ad quas aurum et sordidum et futile putant, quarum 28) tibi nomine describere nequeo, quot artificum miranda ingenia tulerit in capitis pileo et in toga armorum et operimentis equorum, presertim quatuor, qui se cum aliis quinque tum sequebantur, vereri haberem, ne forte, mihi si verba pro re deficerent, hii, qui rem melius prospexerint, me vel vanum vel temerarium existimarent. Non crediderim Percephalem nostrum, si modo verum sit, quod valgaris ille poeta noster de illo refert 29), usquam tot unionibus gemmisque lucidissimis et raritate preciosis fulcitum fuisse quam dux ille hoc die aliisque diebus fuerit. Missa autem ista facio, nesciens quidem

<sup>18)</sup> faleris Hs.

 <sup>19)</sup> decori Hs. — 20) uel phesus velud fatale ilion ad troyam duxit Hs.
 21) cathaf'rathos Hs. — 22) d. h. Kürassreiter, Kürassier. — 23) toracibus Hs.

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup>) lat. gaesum und gessum aus germ. gêr abgeleitet. Galt als typische Waffe der Franzosen, wie der damals cursierende Merkvers besagt:

Gessa ferunt Galli, Macedum sunt tela sarisse, armatus pilo tendit Romanus in hostem.

<sup>&</sup>lt;sup>25</sup>) contingit Hs. — <sup>26</sup>) addicit Hs. — <sup>27</sup>) karolus Hs. — <sup>28</sup>) Quorum Hs.

<sup>&</sup>lt;sup>29</sup>) Parzivals Rüstung wird weder bei Wolfram noch in dem damals Wolfram zugeschriebenen jüngern Titurel als glänzend geschildert. Da die Beschreibung von Feirefiz' Rüstung (Parzival 741) keineswegs signifikant ist, so dürfte auf das markante Steinverzeichnis Wolframs bei der Schilderung von Anfortas' Lager angespielt sein (Parzival 791).

quanto pluri quam centum milibus scutis 30) ille decor opinione multorum appensus sit.

Ut acies eo quo modo dixi structa et dux secedens paululum cum pueris ac tubicinis ante suos consisteret, imperator et ipse suos ex ortorum septis deduci fecit in planum. Erat cesarianis longa et effusa cesaries, chlamides varie 31) picte et munde, sed viliores quam Burgundi 32), dum videri volunt, deferunt, equi tamen, quales et Gallus et Burgundus laudare potuit, fortes et ni fallor Gallorum equis nec virtute nec alacritate minores. Substratis sellis tres una simul primum comites et deinde quos sequens ordo decuit incedebant. Ubi itaque homines ex abditis educti eo servato ordine iuxta cesarem consistebant, habuit cesar lateri suo cum singulis famulis principes iunctos Maguntinum meum Treverensem quoque archiepiscopos, Maximilianum natum suum, bone indolis puerum nondum ut ferunt annorum quindecim, Lodevicum quem nigrum vocant 33) et Albertum 34) duces Bavarie, episcopum Eystetensem 35) et Caroli 36) marchionis de Baden duos filios 37), Eberhardum comitem de Wirtenberck 38) et oratores 39) marchionis de Brandenburch ac Sigismundum Austrie ducem et alios quoque duos, quibus pre ceteris velud illustribus honor impendi solet, quorum alterum barbatum quidem et gestantem habitum fratrum minorum patriarcham Antiochenum 40), que civitas dudum Turco subiecta est, alterum Turci fratrem minorem natu vocant 41), qui inter cesarianos eciam stipendia meretur. Ubi dux cesarem adesse vidit, processit obviam cum solis pueris ac tubicinis, cumque et cesar illi solus quoque obvius iret essetque pactum42), ne quis descendisset equo, ut tubarum hinc inde sonus increpuit, dux ipse in hoc admirandus et inclitus, cum adhuc haud parum distaret multum submittens se in dextrum latus equi, flectens 43) se toto corpore simul 44) nudato capite et extenta manu progressus obviam quasi cum desiderio suscepturus sacram maiestatem venerabundus accessit. Quibus verbis sese salutaverint quidque 45) verborum preterea 46) dictum sit, ipsi norunt, quia soli erant. Paucis tum dictis posteaquam et ceteri principes salute preventi sunt equitatumque totum omnes obierunt 47), eciam cesar noster, cum et Jupiter, adesse non iussus deesse tamen nolens, pluviam altam demitteret celo et rebus adimeret splendoris plurimum 48).

Equites Treveri ut primi exierant 49) ita quoque primi in urbem redibant. Sequebantur hos arcuarii ducis sexcenti fere ut aiunt, equis ut predixi parum submissioribus, validis tamen et ad cursum et ad laborem vegetis, forma quoque et ornatu conspicuis 50). Comitabantur hos cesariani homines, preter barones et comites, quos iuxta se cesar constituit, hinc satrape ducis

<sup>&</sup>lt;sup>30</sup>) suis Hs. — <sup>31</sup>) clamides vario Hs. — <sup>32</sup>) Brugundi Hs. — <sup>33</sup>) Pfalzgraf bei Rhein. — <sup>34</sup>) Albrecht von Baiern-München. — <sup>35</sup>) estetensem Hs. — <sup>36</sup>) karoli Hs. — <sup>37</sup>) Albrecht und Christoph.

 <sup>38)</sup> wirthenbarck Hs. — 39) Hardnid von Stein und Ludwig von Eyb.
 — 40) Anthiocenum Hs. Es war Laurentius Zane, Bischof von Treviso. —
 41) Prinz Osman Bajesid. — 42) actum Hs. — 43) flectentis Hs. — 44) simbol Hs.

<sup>45)</sup> quicque Hs. — 46) preterit Hs. — 47) obierant Hs.

<sup>48)</sup> Hier fehlt in der Hs. das Verbum zu cesar und vielleicht noch mehr.

<sup>49)</sup> exigerant Hs. - 50) conspicis Hs.

et proceres et post illos tubicines sui et exhinc nostri. Sequebantur hos viri tredecim aut plures, si recte viderim, veste varia sed nobili vestiti; nescio quod illis nomen rite dederim 51); vulgo perchephantes 52) vocantur, hominum genus, quod apud Gallos non modo non despici sed in honore multo haberi solet. Cesar, qui ducem honoraturus venit, hoc illum honore ibi inter eundum 58) affecit, ut ad levam ipsi proximus et solus equitaret, Maguntinum autem et Treverensem archiepiscopos electores imperii post se sine tamen ullius medio, postque 54) illos alios qui aderant principes baronesque et comites constitueret. - Admiranti mihi, cur hoc fieret, quando, ut Aurea bulla cavet, nemo dux, nemo rex, nemo cuiusvis amplioris excellencie electoribus imperii, dum apud cesarem sunt, vel sessione vel incessu preferri debeat, id mihi responsum est, hunc non fuisse actum imperii sed quem cesar pro honore ducis instituerit fierique voluerit. Que racio si vera est, concluserit mihi id quod antehac erat in presagio, ut nil hic agatur de rebus imperii, quando dux ipse ubique hunc locum tenet. - Sed redeo unde digressus sum. Post proceres cesarianos et oratores principum, preeuntibus primum nonnullis 55) vexillariis, post quos pueri ducis, qui eo locati erant, sequerentur, reliquus exercitus triplici ordine instructus pulchro spectaculo, nisi nox diem ademisset, per urbem ferebatur. Ut quoque per medium urbis ad id loci ventum fuit, ubi e regione secus iter tamen et paulo divercius cesari palacium apud edes episcopi structum erat, dux autem extra urbem processurus esset nec pati vellet cesarem fore comitem, licet cesar multum frustra contenderit, prevenientes se multo honore, cesar tandem, cum et iam nox atra et tempus pluvidum esset, abiit, et dux accitis pueris post se inter plurimas facculas et ardentes cereos, que partim ante se ferebantur, partim e domibus pendebant, ad monasterium sancti Maximini, quod ex altera parte urbis situm est, secessit.

Est ibi palacium sibi permagnifice structum, ornatum pluribus tapetis aureis et argenteis vario miroque diversarum historiarum artificio quam decenter tam vivide intertextis. Inter hoc et urbis menia sub ortis et vineis, qui sub utroque latere siti sunt, tentoria multa fixa habet, tres quoque ediculas, quas secum vehi facit et quibus pro tentoriis utitur. Suspensa sunt iuxta tentoria vexilla incubancium <sup>56</sup>), qui ad custodiam deputati sunt, qui et hiis incubant, et certum, quod <sup>57</sup>) cuiuslibet generis homines habitant. Hic stabulantur scorta, hic caupones, hic stabularii, hic coci culinas instruunt, hic cupidinarii, cetarii, vertores, aucupes, hic omnium rerum nundine sunt. Frequens est in itinere et equorum et hominum <sup>58</sup>) transitus. Nemo est, qui vel eat vel redeat quietus. Nec mireris me tanta scribere. Tria etenim milia hominum ducem secuta sunt, quorum pars plurima stipendio militat sibique ere suo prout potest <sup>59</sup>) victum parat; medium urbis occupat pro equis sue familie; residua pars inter cesarianos dispertita est.

<sup>&</sup>lt;sup>51</sup>) dixerim Hs. — <sup>52</sup>) Ableitung von poursuivant-Unterherold (Grimm, DW VII 1561).

<sup>53)</sup> intereundem Hs — 54) Postquam Hs.

 <sup>55)</sup> non' Hs. — 56) incumbancium Hs. — 57) que Hs. — 58) omnium Hs.
 — 59) poterit Hs.

Altera die, que Octobris prima fuit, cum ex consilio cesaris Treverensis archiepiscopus, Albertus Bavarus, episcopus Mettensis 60) et comes de Katzenelnbogen 61) premissi essent, qui comitarentur illum venturum ad cesarem, precedebant illum nobiles sui, bini simul, longo sed modesto ordine, omnes fere induviis longis nigris nisi qui ex auro vel argento erant sed et ex serico multum preciosis, in equis paulum submissioribus quam sub armis utuntur, sellis et sellarum operimentis phalerisque 69) multum splendidis et nitentibus. Parum tunc visum erat cesari illum diu expectasse sub gradibus, verum ubi intra curiam 63) venit, foris enim iussit equos consistere, processit obviam cesar eumque lateri suo iunctum in penetrale satis pro reverencia nostra structum induxit. Consistentibus ibi a dextro latere nostris, a leva vero duce cum familia sua, solos enim nobiles secum duxit, cancellarius ducis brevem oracionem habuit, contestatus quanto desiderio duci suo fuerit accedere et videre sacram maiestatem cesariam. Licet enim Gelrenses, quos paulo ante devicit, quando obsidione cinxit Novimagium, idque licet et natura et situ munitissimum 64) sit, aliaque eiusdem patrie oppida populata 65) et ditissima in dedicionem conpulit, devicti sint, vereri tamen habeat, ne sui absenciam moleste 66) ferant subjecti scilicet sed nondum perdomiti. Estas insuper hec aridior 67) solito satis accomodata 68) sibi fuerit in res Frisonum, quos bello commodius adegisset, quandoquidem recusant iugum suum, aliaque multa occurrerint, quibus rite induci potuerit, ut hoc iter intermisisset, noluerit tamen hoc intermittere desiderio visendi cesarem. Speraret quoque hunc conventum et sibi et reipublice plurimum conducturum. Quando itaque et ipse ex sanguine Caroli 69) natus esset et ob id Alemanos precipue coleret, offerret 70) se nacioni germanice et cesarie maiestati cum rebus et fortunis omnibus, uterentur se et his omnibus pro arbitrio, quando obedienciam cesari debitam recognosceret 71) et se sue maiestati commendatum esse vellet. His et aliis in hunc modum 72) dictis, que commendacionis causa dicta neminem obligant, cum grates relate essent, quod tot tantasque res intermiserit et venerit ad presenciam cesaris quodque spes esset, prosperum 73) felicemque hunc conventum fore, qui conducat et ad res publicas et privatas, de quibus alio tempore conferendum esset. Salutatis se invicem in palacium suum dux rediit comitantibus se his, qui primum ipsi premissi erant.

Quid aliis diebus actum sit, quam colebre convivium imperatori suisque proceribus instituerit, quam munificus et magnificus fuerit, aliud scribendi tempus expostulat. Jam plus quam satis est, dum quod esse epistola ceperit in historiam fere prodiit Vale. Ex Treveri, septima octobris anno millesimo quadringentesimo <sup>74</sup>) septuagesimo tercio.

#### b) Trier 1473 November 2.

Cum superioribus litteris meis, quas sub hoc mense ad te dedi, cognoveris aliquid de magnificencia Caroli ducis Burgundie, arbitror tibi id

<sup>66)</sup> fehlt Hs. — 67) hoc waridis Hs. — 68) accomadare Hs. — 69) sangien karoli Hs. — 70) offert Hs. — 71) debiti recongnoscerat Hs. — 72) mundum Hs. — 73) prospexerum Hs. — 74) anno et ceteri Hs



<sup>&</sup>lt;sup>60</sup>) methensis Hs. — <sup>61</sup>) comes kattzenelboghen Hs. — <sup>62</sup>) fallerisque Hs. — <sup>63</sup>) curia Hs. — <sup>64</sup>) nuntissim Hs. — <sup>65</sup>) opida populasti Hs.

incitamento esse, ut que posthac gesta sint scire cupias. Geram igitur iterum morem tuo desiderio, ne me umquam tibi defuisse rite iudicaveris, et quid posthac vel viderim vel audiverim, prout verius potero ad te scribam.

Die Saturni, que huius mensis altera fuit, cum dux accepisset cesarem ad se profecturum esse, iussis quam mox suis, ut omnes in equis essent, obviam illi usque in palacium 75) profectus est. Erat tamen ipsi 76) super aurea veste, que variis gemmis et margaritis intertexta in precio multo fuit, indumentum aliud; nescio quod illi nomen rite dederim; longum et aniplum erat, figuratum fere in formam dalmatice, quam in ceremoniis pontificum pluviale vocant, in fimbriis miro modo clarum ex intertextis gemmis et lapidibus obductum circa scapulas et supra preciosis pellibus in eum fere morem, ut electores imperii deferre soliti sunt, qualem habitum senatoribus olim fuisse crediderim vel provinciarum prefectis, si me non fallunt monimenta veterum. Ut itaque cesar et principes secum rediere et in palacium 25) suum deducti sunt, dominus 77) dominus meus Maguntinus oracionem habuit 78) de rebus fidei, ut eum minime lateat, quam feroces sint 79) hoc tempore Turci hostes christiani nominis, quam multos ex nostris sine dilectu sexus, sine etatis differencia infantes et senes et hiis 80) proximis annis gladio occiderint, pueros et iuvenes in servitutem redegerint, virgines stupraverint, templa et divinissimas edes spurciciis suis polluerint 81), quam longe lateque per Christianorum imperia debachati sint, nec furori suo adhuc modum ponant, quin in dies peiora 82) nostris mala inferant et eo liberius, quo peccatis nostris exigentibus desidia et dissidio nostro minus impediti sunt, ut quoque christianum nomen funditus delere conentur. Ob quas res cesaria maiestas dietam et convencionem principum et procerum et civitatum instituerit apud Augustam 83) proxime celebrandam esse et nil dubitaverit, quin et ipse per oratores saltem suos adesse voluerit, placuisset tamen sue cesarie maiestati prius secum et in persona de his rebus agere et de bene gerendis consilia et deliberaciones conferre et antecapere. Quapropter pro honore dei et amplissima fama sui nominis, ob celebrem suorum progenitorum famam, quam de republica christiana bene meriti sunt, ob tutelam christiane fidei, cuius princeps devotissimus semper creditus sit, velit tot malis christiane fidei occurrere, consilia ferre et auxilio non deesse, non dubitaturus, quin ceteri principes suo subsidio freti alacriores concurrant et firmati fiducia Turcas a Christianorum finibus pellant. In hunc vero finem, non enim ipse affui, ferunt peroratum esse. Ad dux ubi ex arciori loco in palacium 84) mayus itum est, iussit cancellarium suum palam omnibus ut ferunt in hanc respondere sentenciam: Se non ignorare, quot iam mala fecerit quove tendat 85) Turcorum audacia, que sepius quam velit non sine molesto corde audire habeat; dolere ob id plurimum, quod tam gravi ruina suo tempore 86) respublica christiana cadere et premi debeat; sibi quoque nil unquam mayus in voto, nil unquam 87) maiori fuisse desiderio, quam ut pacatis domi rebus suis

 $<sup>^{75}</sup>$ ) pallacium Hs. —  $^{76}$ ) ipe Hs. —  $^{77}$ ) D' Hs. —  $^{78}$ ) habuisse Hs. —  $^{79}$ ) sunt Hs.

 $<sup>^{80}</sup>$ ) his Hs.  $-^{81}$ ) poluerunt Hs.  $-^{82}$ ) peyora Hs.  $-^{83}$ ) Augustum Hs.  $-^{84}$ ) pallacium Hs.  $-^{85}$ ) tendit Hs.  $-^{86}$ ) tempora Hs.  $-^{87}$ ) vsque Hs.  $-^{87}$ 

feliciter possit occurrere et se murum pro domo domini opponere, ad quod se moveret baptismus sacer et christiana professio, forcia et laudabilia facta progenitorum suorum de domo Burgundie, vindicandum a se malum proavi, patris sui summus in hanc rem animus, sua propria virtus, innata nobilitas et ex alto concessa victoria. Sed fuisse hactenus sibi rem cum potentissimo rege Francie domino suo, qui se nusquam demeritum in bella multa coegisset, ne se modo quietum sinat, cum quo multa federa pacis, quibuscumque promissionibus fide bona sacramento eciam firmata, nullo 88) tempore firma esse potuerant, quin facta infecta fecerit Christo 80). Hanc solam obsistere sibi causam arduam quidem et nimis gravem suis humeris 90), ne sui ipsius 91) desiderio possit satisfacere. Quid enim foris boni faciet, dum domi bella sint, dum vexetur populus, dum impense ad res bellicas denegentur, que futura esse nemo hominum dubitarit, qui modo res bello et pace actas intelligeret. Quas ut cesaria maiestas possit intelligere et quam iustus sibi timor sit, velit paucis disserere omnium retro gestorum ordinem et repetitis bellorum iniciis, quid iam pace, iam induciis, quid treugis et bello actum fuerit, recensuit longo ordine, concludens demum, ex omnibus satis liquere, quod nulla sui culpa sed impulsus bella gesserit, quod per se nusquam steterit, cur pax servata non sit. Quod si cesaria maiestas, cui ob singularem prudenciam et maiestatem tanti nominis plurimum in hac re et merito confidat, quascumque condiciones pacis crediderit 92) inveniri posse, per quas firma et inviolata pax possit subsistere, quod tamen ex ante gestis crediderit 92) longe difficillimum 93), nollet abnuere quicquid equitas decerneret et firmata pace cum rebus bonis et fortunis omnibus concurrere ad opus fidei, cuius desiderio nil sibi fuerit unquam mayus. In eam sentenciam cum multa perorata essent, quid responsum quidve actum posthac Athenis 94) curiam Martis 95) vix occulciorem crediderim 96).

Die vero Jovis, que septima Octobris fuit, instituit dux ipse cesari principibusque et illorum proceribus, qui de domesticis erant, sic magnificum ac grande convivium, ut modo longe <sup>97</sup>) facilius capiam, quod de Assuero historia sacra meminit <sup>98</sup>). Ut namque cesar in curiam venit eius loci, in quo duci palacium <sup>99</sup>) structum fuit, agebatur ab Eberhardo <sup>100</sup>) comite de Wirtenberck et obnoxio sibi <sup>101</sup>) Vito de Rechsperck et a quatuor aliis binis simul noxius ille ludus, quem in hastis preacutis ac fortibus sub clipeis <sup>102</sup>) solis innixis vertebre curiales nostri nunc plurimum ludunt. Nec is tamen Gallis tam placuit quam qui posthac pari certamine sed maiori forte gestus est, dum iunior de Holoch <sup>103</sup>) tam immanem <sup>104</sup>) hastam, ut dux miraretur, infregerat. Ab hoc ludo in ecclesiam proditum est, que tapetibus longis et amplis ex auro et argento, ex miris ingeniis, ex constantissimis artibus in toto sui circuitu mirifice ornata fuit; in choro quidem de historia passionis dominice, in ceteris partibus de historia Troyana, ut consilia capta <sup>105</sup>), Helena rapta,

<sup>&</sup>lt;sup>88</sup>) ullo Hs. - <sup>89</sup>) x<sup>0</sup> Hs. - <sup>90</sup>) huē Hs. - <sup>91</sup>) suipig Hs.

<sup>92)</sup> crederit Hs. — 93) difficilimum Hs. — 94) athenas Hs. — 95) d. h. der Areopag. — 96) crederim Hs. — 97) longius Hs. — 98) Esther II 18. — 99) pallacium Hs. —  $^{100}$ ) Ebrehardo Hs. —  $^{101}$ ) si' H. —  $^{102}$ ) clippeis Hs. —  $^{103}$ ) Graf Albrecht von Hohenlohe. —  $^{104}$ ) īmāet Hs. —  $^{105}$ ) cepta Hs. —

abducta, bella gesta, viri fortes occisi et circum menia ducti. Trova quidem capta incensa eversa fuerit. Erat in altari quod in choro unicum est et in alta eminencia, que pridie desuper structa et ordine triplici constructa fuit 106), ex sanctorum reliquiis, ex auro et argento, ex margaritis nimium preciosis. ex diversis nobilissimisque lapidibus et gemmis tantus tamque ingens decor, ut vix quisquam una vice huic parem viderit. Locabantur in eminencia quam dixi ex argento 18 ymagines, quam magnas rite dixerim nescio, sed magne et fabrefacte erant, quibus singuli cerei prelucebant, et preter has alie due sancti Georgii et dive Barbare ex auro puro ut fertur facte. Inter cruces et nobiles multasque capsas, quibus reliquie sanctorum inerant, affuit crux miri decoris reducta in figuram lilii, in qua de ligno vite pars magna fuit, sic gemmis clara, sic margaritis preciosissimis ornata, ut meminerim me vix quicquam ullo tempore vidisse splendidius, octuaginta milibus quondam pignori data et tanto relicta est, appensa vero amplius quam centum milibus. Ut igitur per episcopum quendam indutum pontificalibus cum mitra et baculo admodum preciosis concinnentibus egregie cantoribus missa 107) de spiritu sancto solempniter cepta est, erat ad sinistrum altaris cornu aureis pannis strata et obducta sedes, in qua cesar stetit et paulum post hunc Burgundus, principibus nostris ex transverso consistentibus. Ubi oblacio facta pacis osculum per Treverensem cesari datum, duci porrectum, recusanti vero a Treverensi recipere a ministrante prebitum est, utque missa finem cepit et admiracione multa tot reliquiarum capse prospecte sunt, proditum est in cenaculum grande, quod iterum ornatissimis tapetibus ex historia Gedeonis 108) aliisque pannis aureis summe decorum fuit. Sedebat in superiori eius parte, que parum elevacior fuit, cesar principum medius, a dextra Moguntinus et post eum Treverensis, dehinc Leodiensis episcopus, a sinistra dux ipse et post hunc Maximilianus, deinceps Stephanus 109) Lodevicus Albertus, Bavarie duces. In tabulis duabus longis et paulo submissioribus sedebant a dextra episcopus Eystetensis, marchiones de Baden, oratores marchionis de Brandenburch 110), frater ut aiunt Turci 111), et demum ceteri comites, a leva parte episcopus Mettensis 112), comes de Wirtenberck 113), oratores Sigismundi ducis Austrie et post hos reliqui cesariani proceres. Erat inter cesarem et Burgundum ex argenteo vas magnum in navis effigie, quod nebulis et aliis que levari convenerat receptui fuit 114), et iuxta id credencie due, quibus venena, detegi ferunt, opera certe miri ingenii et ob cornu rinocerontis, cuius ibi pecia magna fuit, magis splendida. In tabulato, quod in inferiori cenaculi parte contra cesarem stetit, quantum auri et argenti in diversas poculorum et huiusce suppellectilis elaboratum formas in diversas in diversis ac longis ordinibus steterit, appendere nescio. Id autem scio, cornua sex de unicornibus ibi suffixa fuisse, quorum duobus neque maiora neque magis longa ab his qui tum aderant neque Veneciis neque in Mediolano sed neque in locis

<sup>106)</sup> distructa sint Hs. - 107) missam Hs.

<sup>&</sup>lt;sup>108</sup>) Jasonis haben die andern Quellen. — <sup>109</sup>) steffanus Hs. Pfalzgraf Stephan aus dem Haus Simmern, Dompropst zu Köln. — <sup>110</sup>) brandenborch Hs. — <sup>111</sup>) Thurci Hs. — <sup>112</sup>) methensis Hs. — <sup>113</sup>) wirthenberk Hs. — <sup>114</sup>) Der Satz ist ganz verderbt.

ullis antehac usquam visa sunt. Cesari ministrabant proceres et clientes sui. qui in hoc ministerium delecti sunt, et cuique principum suus chironomon, non tamen volanti cultello tunc usus, ut alias suevit fieri, sed qui sine paratu superfluum tolleret et evacuatum ciphum repleri faceret. Ingens et celebris erat 115) pompa in deferentis ferculis, quorum sex et triginta erant opipare 116) satis structa et gallico more trinis tantum gressibus tredecim fere simul dilata et convivantibus simul apposita. Preibant quolibet gressu novem tubicines vestiti serico, qui tubas clangerent, non flexibiles ductu nec nostris similes 117), sed que in longum ducte, tametsi nescio quid gravius et nostris submissius sonabant, famelicis tamen, quibus iam pluscula diei pars abiit, auditu iocundissime erant. Sequebatur hos hoc hominum genus, quod perchephantes vocant, tredecim fere numero nitide vestiti, qui salutato principe mox, ne impedimento forent, per aliam ianuam emittebantur. Incedebant deinceps octo ex proceribus, primi ut ferunt in consilio, quisque torque mirifici operis ornatus, in aurea veste longa et ad tales usque protensa. Post omnes hos fercula primum ferebantur. Qualis in his sapor, quibus condimentis, quibus salsamentis speciebusve condita et apparata fuerint et que posthac amplo paratu 118) gesta sint, tametsi scirem, referre desinerem, veritus ne famis memoria dolorem renovet, quem tum sustinui, cum tota fere die ieiunus et ad quemlibet odorem oscitanti similis steti. Sol occidens cene finem fecit, et me de his rebus finem facere equum est.

Die lune, que dicti mensis decima et octava fuit, cum iam sub ortu solis Albertus dux Bavarie domum rediturus abiisset, instituit dux post meridiem militaris rei pulchrum spectaculum. Est post monasterium divi Maximini 119) ex agrorum equa superficie campus admodum situ pulcher, conclusus ab utroque latere viniferis montibus, in quem satis longe porrectum civitas olim deducta creditur. In eum locum sex et viginti delecti milites equo inter se numero dispertiti sunt, sic armis undique tecti, sic cassidibus et micantibus desuper cristis ornati, ut quos accinctos 120) bello iure crederes; equi ipsorum fortes et magnanimi, non tamen ferreis tegminibus sed operimentis ex corio 121) tecti, ut Gallicis et Ytalis in hoc genere ludi mos est, haste satis tenues non ferro sed plumbo preacute. Ut itaque bellancium more hinc isti, ex adverso vere alii quasi ex insidiis prodibant et hastam quisque suam ferens expectabant prelium, dirus mox sonus in morem tonitrui ex bombardis sex, quas serpentinas dicunt, obortus 122) est, qui nubes cum summo vigore penetrans 123) inter abrupta montium reflexus mirum in modum equos et homines movit. Mox viris 194) pugnaturis similes dimissis lanceis citato cursu sese expectantes, ut equi se pectoribus excepere non resistentibus lanceis, aliqui deiecti 125), nonnulli simul cum equis ceciderunt. Interibant mox equi duo magni precii preter alios plures, qui vel sub thoris fracti vel alias graviter lesi pene inutiles reddebantur. Hii, qui tum casu susperstites relicti erant, eductis mox gladiis, qui vibratiles et in hunc ludum facti erant, crebris ictibus se petebant. Et posteaquam iam huc illucque

Westd Zeitschr. f. Gesch. u. Kunst. XXX, II/III.

<sup>&</sup>lt;sup>115</sup>) erit Hs. - <sup>116</sup>) opipere Hs. - <sup>117</sup>) silens Hs. - <sup>118</sup>) patu Hs.

 $<sup>^{119}</sup>$ ) maxiani Hs.  $-^{120}$ ) accitos Hs.  $-^{121}$ ) coreo Hs.  $-^{122}$ ) abortusque Hs.  $-^{123}$ ) cum sumo penetrans Hs.  $-^{124}$ ) viri Hs.  $-^{125}$ ) delecti Hs.

discursum, iam secessum e prelio, mox properanter reditum est, intermissa est tandem hec belli effigies, et mox bini simul simulato 126) duello accincti 127) sunt. Ubi sic res manu forti, sic acri impetu, sic fuga iam huius iam alterius bello quidem astancium spectaculo gesta est, ut, etsi me plurimum oblectarit, hunc tamen ludum ludere non ludum sed quid serio simile verius dixerim, eo autem usque lusum est, quoad dux satis lusum credidit et, ne quispiam victor evaderet, occidente iam sole signo dato ludum diremit. Sic apud nos luditur. Hii ludi in honorem cesaris ducuntur. Ceterum non pari ludo cum suis domi luditur: qui misere trucidantur, miserius in servitutem maximam abducuntur.

Turci quidem iam iterum his diebus egressi per Croaciam, unde frequens illis in nos incursus patet, plurima loca de patrimonio cesaris depopulati sunt neque modo ut dicitur in sua redierunt. Nos deo grates maximas debemus, quod in iam defluxa quadragesima non eruperint. Offendissent nos palantes et quasi ludentes in itinere nec in oppidis 128) satis cautos. Transierunt ponte Drawin flumen iuxta Tollenburck, quod cesaris castrum est, et acta multa preda ex continentibus locis circa Bleiburck, quod ex altera parte fluminis est, et trans flumen circa Volkenmarck et sanctum Vitum et reliquis locis plurimis Carinthie, quas tum inermes peragravimus, apud Lavamundum et Mantan, que vix ville due sicut olim firma municipia consedisse dicuntur, hac ut arbitror spe ducti, ut, postquam spoliis terram nudaverint, pontem ibi transirent, si flumen increverit, cum nemo fuerit, qui arceat eos, quominus libere transituri sint. De aliis occurrentibus postea scies. Jam vale et me dominis meis doctoribus, quos nosti mihi amicos esse, commendatum fac. Ex Treveri, die martis altera Novembris anno 1473.

- 128) stimulato Hs. - 127) accīti Hs. - 128) opidis quod Hs.



## Recension.

## Die staufischen Kaiserwahlen und die Entstehung des Kurfürsten-

tums. Forschungen von Hermann Bloch. Leipzig und Berlin, Teubner. 1911. — Angezeigt von Prof. Dr. Ernst Mayer in Würzburg.

Der erste Eindruck, den man von diesem in zwei Abhandlungen über Kaiserwahlen und über Kurfürstentum zerlegten Buch bekommt, ist sicherlich ein überaus günstiger. In lebendiger, eleganter Schilderung wird ein Prinzipienkampf zwischen Papsttum und Kaisertum vorgeführt, an dem die deutsche Nation den lebhaftesten Anteil genommen haben soll und der jeweils in den Wahlurkunden seinen getreuen Niederschlag fand. Freilich wird man doch schon bald ein wenig stutzig; denn eigentlich ist es — mindestens in der Geschichte des Mittelalters und wohl auch überall sonst ausser in den Versammlungen von Doktrinären — stets so gewesen, dass man nicht um Grundsätze stritt, sondern der eigentliche Kampf jeweils Einzelfällen galt und die Änderung der Grundsätze sich dann gewöhnlich nicht als Ziel,

sondern als sekundäre Folge ergeben hat. Das Befremden wird aber zunehmen, wenn man die Ausführungen auf ihre Begründung prüft. Denn dann wird von dem kühnen Gebäude, das mit so viel Phantasie errichtet ist, eigentlich gar nichts übrig bleiben.

I.

Bloch geht von der Vorstellung aus, es habe sich etwa seit Friedrich I. in Deutschland die nationale Vorstellung gebildet, dass das imperium dem zum deutschen König Gewählten mit der Wahl zustehe (S. 10 ff; besonders farbig S. 14). Dieser "staufische Staatsgedanke" sei dann vom Ssp. III. 52 und dem ebenfalls sächsischen Johannes Teutonicus in der glossa ordinaria zum decretum Gratiani vertreten (S. 84 ff.). Dagegen habe sich mindestens seit Gregor VII. an der Curie die Auffassung entwickelt, dass der Papst einen "entscheidenden Einfluss auf die Wahlen des deutschen Königs und römischen Kaisers" besitze. Aus diesen beiden Themen wird dann alles folgende, wie eine hübsche Fuge, abgewandelt. — Was sagen nun die Quellen dazu?

Es ist zunächst ganz irrig, in der Verbindung des imperium mit der Wahl irgend etwas deutsches zu sehen. Vielmehr liegt der Ausgangspunkt Wie ich anderwärts (italienische V. G. II S. 61 f.) begründet habe, wird seit dem Ende des 9. Jahrhunderts das Kaisertum und das davon an sich getrennte und auch immer wieder unterschiedene italienische Königtum doch zusammengeworfen und als eine Gewalt über Italien betrachtet, Schon am Ende des 9. Jahrhunderts wird die Wahl zum longobardischen König und die weltliche, auf byzantinischem Recht beruhende, von der kirchlichen Krönung vollständig unterschiedene (meine ital, V. G. II S. 54 ff.) römische Wahl zum Kaiser konfundiert (meine ital. V. G. II S. 61 und bereits Dönitz, Über Ursprung und Bedeutung des Anspruchs der Päpste auf Approbation der deutschen Königswahlen S. 17 f.) und die Herrschaft über ganz Italien durch eine Wahl übertragen an der, in örtlich und zeitlich getrennten Wahlkörpern, die italienischen Grossen und die Römer mit ihrem Bischof beteiligt sind. Das tritt zu Anfang des 11. Jahrhunderts hervor, wenn (M. P. Chartae 1. 238 = D. Henrici II. 321 : 1014) Heinrich II. von den italienischen Fürsten sagt: elegerunt nos in regem et imperatorem, und gilt noch später; denn Arnulf von Mailand (I. 14) erzählt: tunc Ardoinus quidam nobilis Hipporegiae marchio a Longobardis Papiae elegitur et vocatus Caesar ab omnibus perambulat universum. Ebenso wird in der Fälschung vom ausgehenden 11. Jahrhundert die auf den Namen Leo's VIII, geht und in das Dekret (dist. 63. c. 23) übernommen ist, nur mehr von einem regnum Italiae, das auch die römischen Gebiete befasst, gesprochen. Allemal wird das ganze nichtbyzantinische Italien seit dem Anfang des 11. Jahrhunderts als eine geographische Einheit gefasst (z. B. die cantilena in Henricum bei Wipo H. A. S. 80; Ekkehard von Aura praef. [S. S. VI S. 9]), als orbis Diese Auffassung ist dann auch von der heranwachsenden Rechtsschule in Bologna angenommen worden; denn Irnerius stellt den reges transalpini lediglich den römischen Bereich entgegen, so dass ganz Italien zu letzterm gehört (Irnerius questiones de juris subtilitatibus ed. Fitting IV § 4 hac ratione transalpini quoque reges videntur posse statutis suis abrogare iura Romana, cum et ipsi Rome iam dudum ceperant imperare) und



— was noch einen Schritt weiter führt — Bulgarus betrachtet die longobardischen Könige direkt als imperatores (Savigny, Geschichte des römischen Rechts in M. A. IV S. 476 quidam sunt qui ex hec lege inferre volunt, legem Longobardam non esse legem, quoniam hac forma facta non est; quibus non consentio; non enim Theodosius potuit facere legem secuturis imperatoribus). — Die Longobardischen Quellen gehen nun davon aus, dass der König von den longobardischen Grossen gewählt wird. Daneben steht aber die überkommene römische Wahl.

Wie diese in den ordines bis herein in das 12. Jahrundert noch während der kirchlichen Weihehandlung selber von der Salbung und Kaiserkrönung unterschieden wird, so erscheint sie auch später als ein selbständiger Rechtsakt, der zeitlich auch schon lange vor der Kaiserkrönung stattfand. Bei der deutschen Wahl Konrads III, verspricht (promittente) der päpstliche Legat summi pontificis ac totius Romani populi urbiumque Italiae assensum (Ottonis chron, VII. 22). Zu 1201 berichtet eine für diese Zeit natürlich sehr gut unterrichtete englische Quelle (S. S. XXVII S. 180): Innocentius papa et Romani elegerunt sibi in Romanum imperatorem Ottonem regem Alemanie; sofort wird das dann als confirmata electio betrachtet. Das approbare der electio in Romanum imperatorem ferner, das 1211 Innocenz III. gegenüber Friedrich II. ausübt, wiewohl dieser ja erst viel später zum Kaiser gekrönt wird, erweist sich wieder bei genauer Zusicht als ein collaudari a civibus et populo Romano und als confirmatio dieser electio durch den Papst Conradus Ursperg. H. A. S. 92). Nichts anderes will aber auch Friedrich I vom Papst: er lässt den Kanzler bitten, ut declaretis eum in regem et defensorem Romanæ ecclesiæ. - Das alles ist dasselbe, was nach den ordines der Papst noch einmal unmittelbar vor der Salbung und Krönung als Führer der römischen Wähler durch sein designare (ital, V. G. II S. 54 f.) tut. So ist die ganze päpstliche Approbation der Königswahlen, wie sie namentlich von Engelmann aus der geistlichen Gewalt des Papstes abgeleitet wurde, nichts anderes als die führende Einwirkung des Papstes bei der Mitwahl, die von den Römern in Bezug auf den Monarchen von Italien beansprucht wird. Sie findet sich bis herein in das 13. Jahrhundert losgelöst von der Salbung und Krönung und lange vor diesen letzteren Akten: meine Ausführungen in it. V. G II S. 54 f. sind dahin zu ergänzen. -

Dass die italienische Monarchie überhaupt auf Wahl beruht, ist die Lehre, welche die Legisten wie die Canonisten des 12. Jahrhunderts gleichmässig vertreten: so die ersteren in Anschluss an Inst. I, 2 § 6 (z. B. Azonis summa aurea [Lugduni 1550] f. 6 B. § 8 a populo Romano licet et hodie potest condi lex — licet dicitur potestas translata in principem; dicitur enim translata, id est concessa, non quod populus omnia a se abdicaverit), und für die Canonisten Rufinus dist. 4 (ed. Singer S. 13) mit der gleichen Begründung. Auch die extremen kirchlichen Schriftsteller sehen die electio und nicht allenfalls die kirchliche Salbung und Krönung als das entscheidende an; das eigenartige ist bei ihnen nur, dass sie die besondere römische Wahl, welche geschieht ab apostolico, consensu principum et acclamatione populi festhalten: so Honorius von Autun, summa gloria c. 31.

Hier setzt nämlich eine Änderung der italienischen Theorie ein. Es



ist freilich nur ein vorübergehender unhistorischer Klassizismus, wenn unter Friedrich I. die Römer für sich allein die Kaiserwahl beanspruchen (Ottonis Fris. gesta II, 29; Ragewin II, 49). Aber — vielleicht im Zusammenhang mit diesem selbständigen Vorgehen der Römer, vielleicht durch die Erstreckung des Begriffs imperium Romanum auf Deutschland und Italien - verblasst das Recht des Papstes. Nicht nur wird angenommen, dass von dem Augenblick der Wahl zum König dieser in Italien alle Rechte des Kaisers hat, sondern es wird auch die Beteiligung des Papstes bei der Wahl geleugnet. So etwas blickt schon aus der Auffassung des Bulgarus, der die alten longobardischen Könige, die vom Papst ja nie bestätigt wurden - und das wusste man im 12. Jahrhundert - als imperatores betrachtet; und dazu stimmt, dass eine Fälschung aus der Romagna den König Aistulf selbstverständlich als imperator fasst (Muratori Antiquit, V col. 3:5; meine ital. V. G. II S. 63 N. 62. Vor allem aber tritt jene Meinung, dass es auf den Papstwillen nicht ankommt, die ja schon zur Zeit des Honorius von Autun verbreitet gewesen sein muss, weil sie dieser bekämpft (summa gloria 22, 31), gerade bei den Kanonisten auf.

In dem Glossar zum Dekret dist. 93 c. 24, das bekanntlich den Satz enthält, quomodo si exercitus Imperatorem faciat, heisst es: ex sola autem electione principum dico eum verum imperatorem, antequam a papa confirmetur. Argu. hic licet non ita appellatur. Vielleicht — mehr ist es nicht - hat Hugelmann, Die deutsche Königswahl in corpus juris canonici S. 28 recht, dass die Glosse auf Johannes Teutonicus zurückgeht. ganz gewiss hat Bloch Unrecht, wenn er darin (S. 85 f.) einen Beleg für die "sächsische" Auffassung über die Kaiserwahl findet und diesen Beleg nun im folgenden immer wieder betont. Denn wie die ältesten Kanonisten die Zweischwertertheorie in dem Sinn, dass beide Schwerter dem Papst gegeben sind, ablehnen (z. B. Glosse divinitus zu dist. 96 c. 11, Damasi brocarda [regulae juris tam curtis quam canonici Lugduni 1566 | S. 846, 848; Huguccio [Maassen SB. Wiener Ak. 24 S. 68 N. 19 = Richter-Dove K R § 44 Nr. 7; Gierke, Das deutsche Genossenschaftsrecht III S. 534 N. 1), so hat bereits Huguccio a. a. O. den Satz "quod imperator potestatem gladii et imperium habet non ab apostolico, sed a principibus et populo per electionem. Ante enim fuit imperator quam papa, ante imperium quam papatus . . . Si ergo alicubi inveniatur vel innuatur, quod imperator habet potestatem gladii a papa, sic intelligo i. c. unctionem et confirmationem, quam a papa accipit et jurat ei fidelitatem. Ante quidem imperator est quoad dignitatem, sed non quoad unctionem, licet ante non dicatur imperator et ante habet potestatem gladii et eam Mein gelehrter Kollege Gillmann, von dem eine Ausgabe des Huguccio zu erwarten ist, teilt mir mit, dass das Glossem über Huguccio zurückverfolgt werden kann und wird den Beweis dafür demnächst antreten 1),

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nachdem diese Rezension geschrieben war, kommt mir Blochs Verbesserung in der Historischen Vierteljahrsschrift XIV S. 240 ff. vor Augen, wo die Stelle aus Huguccio als eine neue handschriftliche Entdeckung mitgeteilt wird; dass sie längst an leicht zugänglichem Platz gedruckt ist, weiss Bloch noch immer nicht. Zu c. 24 dist. 93 habe Huguccio die gleichen Ansichten



Es findet sich keine Spur davon, dass die glossa ord. zum Dekret irgendwelche deutsche oder gar sächsische Meinung über Kaiserwahl zum Ausdruck bringt. Vielmehr ist von der gesamten weltlichen wie kirchlichen Jurisprudenz Italiens seit der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts die kaiserliche Gewalt an die Wahl durch die Fürsten geknüpft und die päpstliche Confirmation, die jetzt nur mehr als die mit der Krönung unmittelbar verbundene Designation gedacht wird, zusamt der Krönung gibt nicht mehr als den Namen; diese allgemeine italienische Rechtsauffassung ist es, die Friedrich I (Ragewin I c. 11) in Besançon vertritt. — Sie beherrscht auch die Päpste in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts. Innocenz III. hat frischweg davon geredet, dass die principes Otto IV. zum imperator wählen (Bloch S. 37). Dass er Otto IV. als rex Otto in Romanorum imperatorem electus bezeichnet (z. B. Registr. Innocentii III. de negotio Romani imperii n. 95-103, 163, 172), bedeutet durchaus nicht (so Bloch S. 38 N. 1), dass Otto nicht das imperium hat. Denn später (n. 155) spricht der Papst ganz unbefangen davon, dass (die Fürsten) dem rex Otto ad regendum imperium efficaciter assistatis, wiewohl er noch immer den Ausdruck rex Otto in imperatorem electus beibehält. 1201 berichtet der Legat, dass auctoritate vestra publice denunciavimus regem Romanorum et semper Augustum (n. 51), und 1208 bezeichnet sich Otto IV. (n. 160) in einem Brief, dem noch jeder Gegensatz gegen den Papst fehlt, als Romanorum rex et Augustus. Also auf beiden Seiten nimmt man den Standpunkt ein, dass die Wahl zum König bereits das imperium gibt und zum Rex Romanorum macht. Dass dann schon der rex Romanorum Harduin und wiederum Heinrich VI. (Toeche, Heinrich VI. S. 516) als Caesar gefasst wird, mag ja allerdings ein Zurückgreifen auf die spätrömische Titulatur und einen gewissen Gegensatz zu der schliesslich herrschend gewordenen deutschen Gleichsetzung von imperator und Caesar enthalten, so dass nach jenem Sprachgebrauch Caesar eben den zweiten nach dem eigentlichen Augustus bedeutet. Aber irgend welche Spitze gegen das Papsttum (so Bloch S. 17) ist wiederum nicht zu erkennen; sondern nur das ist das Besondere der beiden Fälle, dass der Titel Caesar sichtlich auf Italien bezogen und so noch für Heinrich VI. auf die Auffassung des 11. Jahrhunderts (Waitz VI S. 147 Nr. 1) zurückgegriffen wird, welche sonst im 12. Jahrhundert durch die Einbeziehung auch von Deutschland (Zeumer, Heiliges römisches Reich deutscher Nation S. 8 ff.) in das imperium Romanum zurückgedrängt war. - Innocenz IV. endlich ist von alledem ebenfalls mit keinem Wort abgewichen. Er meint in seiner Glosse zur Dekretale venerabilem, dass von den zwei Prätendenten Otto IV. und Philipp der Erste wegen der Krönung in Aachen im Besitz des Königtums war (die Stelle bei Bloch S. 184 f.). Von all den interessanten Folgen, die Bloch S. 186 und S. 194 N. 1 zieht, steht kein Wort im Text, wohl aber findet sich im Zusammenhang (ich benutze den Druck Argentinae 1478) die von Bloch übergangene Glosse et defensore, wo es heisst sed eis negligentibus eligere imperatorem. Darum hat schon vorher

noch einmal kürzer vorgetragen. Was 'dann Bloch S. 252 ff. sagt, ist eine verschämte Zurücknahme seiner bisherigen Grundlagen.

zur gleichen Dekretale Innocenz IV. ganz unbefangen dem lediglich von den Fürsten Gewählten, vielleicht auch noch vom Erzbischof von Köln Gekrönten (?) die Gewalt des imperator gegeben (die Stelle bei Bloch S. 191 Nr. 2). Bloch S. 191 ff. behauptet freilich, dass diese Glosse später entstanden und ein Ausweg ist, den der Papst mit Rücksicht auf Heinrichs Raspe Lage suchte. Wir andern wissen von diesem ganzen Roman gar nichts, wissen nur, dass der Verfasser in einem und demselben Aufsatz von einer Wahl zum imperator spricht und kommen lediglich zu dem Ergebnis, wie es ganz schlicht schon von Krammer, Der Reichsgedanke des staufischen Kaiserhauses S. 73 f., gefunden ist. So Innocenz IV. in der Theorie. In der Praxis aber hat er dem zum rex Romanorum gewählten sofort kaiserliche Gewalt zugeschrieben (const. II. 3048); ja im feierlichsten Augenblick auf dem Konzil von Lyon bestimmte er: illi autem, ad quos in eodem imperio imperatoris spectat electio, eligant libere successorem (c. 2 in sexto II. 14). - Weicht so die Kurie nicht von dem ab, was die weltliche wie die kirchliche Jurisprudenz des 12. Jahrhunderts über die Kaiserwahl lehrt, so bildet dann natürlich auch der Ssp. in der ältesten Fassung keinen Gegensatz zur kirchlichen Praxis, der einerseits die Wahl durch die Fürsten als keiseres kore fasst (III. 58 § 2), andererseits in der Quedlinburger und Nürnberger Handschrift nach III § 42 § 1 die Weihe durch den Papst nur den Kaisernamen verleihen lässt. Es ist eben mit der Einbeziehung Deutschlands in das imperium Romanum und dem Zurücktreten der longobardischen Wahl der gewählte deutsche König so viel wie der rex Romanorum.

Gegenüber einer solch einheitlichen Rechtslage ist es dann auch gar nichts besonderes (a. M. Bloch S. 40), wenn die Wähler Philipps von Schwaben davon sprechen, dass sie ihren Kandidaten zu Romanorum regem et semper augustum una voce gewählt hätten (const. II. 6 § 6): sie tun damit nicht mehr und nicht weniger als das, was bei der Wahl Ottos IV. auch geschah. Beides ist hinwieder kein Gegensatz zu den Nachrichten von 1198 (Bloch S. 21 f.), die von einem eligere imperatorem reden; denn nach der allgemeinen Auffassung des 12. und beginnenden 13. Jahrhunderts ist die Königswahl zugleich die Wahl des Kaisers, der aber den Titel noch nicht führen darf. Ebenso wenig ist es etwas besonderes, wenn einige Nachrichten (Bloch S. 63) die erste Wahl Friedrichs II. von 1196 als ein eligere in imperatorem schildern. Deshalb ist dann auch alles, was Bloch S. 72 f. über den Gegensatz des Kölner Krönungsrechts und des päpstlichen Bestätigungsrechts sagt, freie Erfindung, für die er keinen Beleg anführen kann. Wenn 1208 Otto IV. in Frankfurt, wie wir schon sehen, zum Romanorum rex et augustus (von neuem) gewählt, in Sachsen aber die gleichzeitige Anerkennung des Königs zu Halberstadt als ein eligere in imperatorem bezeichnet wird (Bloch S. 82 f.), so geht es doch nicht an, in der ersten Form den Willen der Fürsten zu sehen, frei über das Reich zu verfügen (Bloch S. 80), gleichzeitig aber auch in der zweiten Form den imperialistischen Gedanken zu finden (Bloch S. 84), den doch Innocenz in das Gegenteil verkehrt haben soll. Vielmehr zeigt beides einfach, dass die Wahl ebensogut als Wahl zum König der Römer wie als Wahl zum Kaiser angesehen wurde, in vollem Einklang mit der allgemeinen Theorie. - Genau so ist



436 Recension.

man 1211 bei Friedrich II. vorgegangen, der in Nürnberg zum (futurus) imperator erhoben, gleichzeitig in Rom gewählt wird (Bloch S. 91, S. 92): es ist vollständig korrekt, dass er den Titel imperator doch nicht führt, sondern als electus imperator oder in Romanorum imperatorem electus (ich sehe hier nicht die Spur eines Gegensatzes, den Bloch S. 101 will) sich bezeichnet oder bezeichnet wird. Wenn es dann noch zu der erneuten Wahl zu Frankfurt von 1212 heisst, dass F. Romanorum imperatorem electum . . . in dominum et regem Romanorum uniformiter elegimus (Const. II, 451), so ist das wiederum gar nichts besonderes. In der Urkunde selber wird nämlich dieser imperator electus auch als rex augustus et rex Sicilie bezeichnet und damit gesagt, dass eben imperator electus et rex Romanorum = rex augustus, d. h. also rex Romanorum ist. Dann handelt es sich bei der Frankfurter Erhebung nicht darum (Bloch S. 103), dass jetzt "die Rechtswirkungen der Nürnberger Kaiserwahl beseitigt und ersetzt werden sollen", sondern in Frankfurt geschieht jetzt von einer grösseren Zahl von Fürsten das gleiche, was in Nürnberg 1211 geschehen war, genau so wie der 1201 zum Kaiser gewählte Otto IV. 1208 allgemein zum rex Romanorum ausgerufen wird. — Vollständig in der Luft steht die Behauptung (S. 109 ff.), dass bei der Wahl Heinrichs VII. die Fürsten die "Unterordnung der deutschen Wahl unter den römischen Spruch" hätten verhindern wollen. Auch wenn man naiv genug ist, die Briefe des Kaisers und seines Kanzlers über diese Komödie für bare Münze zu nehmen, so fehlt doch jeder Schein eines Belegs dafür, dass die Fürsten auf einmal so patriotisch gewesen wären, um wegen der Freiheit der deutschen Wahl nicht auf den kaiserlichen Wunsch einzugehen (so Bloch S. 112 ff.). - Wiederum genau in das Schema passt die Wahl von 1237. Die Fürsten wählen Konrad IV. in Romanorum regem et in futurum imperatorem nostrum post obitum patris habendum. Es ist wieder eine vollständig unbelegte Behauptung, dass der Ausspruch sonst gelautet habe in regem Romanorum et in futurum imperatorem (S. 281 f.) und selbst, wenn das wahr wäre, so hindert das noch nicht, dass der Zusatz post obitum patris habendum sich, wie es viel natürlicher ist, nur auf das in futurum imperatorem bezieht. Auch diesmal ist eben der von den Fürsten Gewählte, weil er imperator heissen wird, als solcher dazu freilich erst nach dem Tod des Vaters gekrönt sein soll, jetzt schon rex romanorum. - Heinrich Raspe haben seine Anhänger gewählt (elegerunt) in regem Allamanie et Romanorum principem. Gewiss ist das etwas besonderes insofern, als anschliessend an die Sonderstellung Deutschlands unter Heinrich VII, wiederum die Herrschaft über die Romani von der über Deutschland getrennt und so zur älteren Ausdrucksweise zurückgegriffen wird. Aber wie man daraus die Absicht des Papstes herauslesen will, dass der Prätendent .. erst - durch die römische Wahl kaiserliche Gewalt und kaiserlichen Namen erhalte", ist einfach unverständlich. Tatsächlich wissen wir, wie schon gesagt, gerade hier, dass der Papst die kaiserlichen Befugnisse des Heinrich Raspe schon an die deutsche Fürstenwahl anknüpfte; dass dabei der Papst Heinrich Raspe als Romanorum rex electus, als Romanorum rex, als in Romanorum regem assumptus bezeichnet (Bloch S. 196), ist immer wieder dasselbe. — Die Wahl Wilhelms von Holland baut Bloch auf dem Gegensatz auf, in den der Erzbischof von



Köln einesteils zu der Wahltheorie des Papstes, anderenteils zu dem Erbrecht der Kaiser gestanden haben soll (S. 209 f.) Der Papst habe zunächst die Krönung in Aachen nur für Deutschland wirken lassen wollen; dann habe er durch den Erzbischof von Köln Graf Wilhelm doch zum König der Römer für sein kaiserliches Amt weihen lassen, wenn der Erzbischof auch nicht erreichen konnte, dass der Papst ihm die Übertragung der Kaisergewalt überliess (S. 219-222): alle diese detaillierten Behauptungen stehen ohne ein Wort des Belegs (über die Wirklichkeit Kempf, Interregnum S. 57 Nr. 2) vollständig in der Luft 1251 geht dann nach Bloch die Unstimmigkeit schon weiter, wenn auch der Erzbischof noch einmal durch Anerkennung seines Krönungsrechts befriedigt wird; das tolgert Bloch aus const. II, 359. Im Jahre 1252 aber sei der Gegensatz noch schärfer geworden (S. 260-263). All das ist lediglich aus der Tatsache erdichtet, dass allmählich wegen der Gegensätze in der niederrheinischen Politik zwischen dem Erzbischof und dem König scharfe Dissidien entstanden sind (Cardauns, Konrad von Hostaden S. 35 ff.). Von einer Differenz zwischen dem Erzbischof und dem Papst wissen wir lediglich nichts.

Haben so die Päpste die Theorie der Legisten und Kanonisten, dass die Fürstenwahl dem König die kaiserliche Gewalt gibt und nur der Name imperator erst durch die Krönung erlangt wird, angenommen, so ist freilich trotzdem die ältere selbständige römische Wahl doch noch nicht aufgegeben, wiewohl sie dieser Theorie gegenüber eigentlich kein Raum mehr hat: Konrad III., Friedrich I., Otto IV., Friedrich II. unterlagen ihr und sind soweit vom Papst konfirmiert. Es ist aber bezeichnend, dass noch Innocenz IV. in seinen Apparatus von dieser römischen Wahl, welche unabhängig von der Kaiserkrönung ist, nichts sagt, sondern die päpstliche Confirmation lediglich gelegentlich der Krönung sich vollziehen lässt (gl. et coronamus zu Dekretale venerabilem), dagegen das Recht des Kaisers im allgemeinen auf die Fürstenwahl zurückführt und nur ausnahmsweise dem Papst ein Recht der electio gibt, wenn die Fürsten zu wählen versäumen (Glosse et defensore zu Dekretale venerabilem).

Diese Unveränderlichkeit der Rechtslage, die sich entsprechend der Autonomie des Rechts ähnlich wie bei den modernen Konkordaten trotz der heftigsten politischen Kämpfe zwischen Kaiser und Papst erhalten hat, ist um so merkwürdiger, als bereits in den kirchenrechtlichen Quellen der Zeit starke Ansätze für eine päpstliche Bestimmung der Kaiserwahl hätten gefunden werden können. Der Sicherheitseid, den der Kaiser dem Papst leistet (Dist. 63 c. 23) wird schon von der Glosse zum Dekret als juramentum fidelitatis für ein gewährtes feudum gefasst. — Weiter wird die Salbung (und Krönung) als eine confirmatio betrachtet und darum entsteht nun die Vorstellung, dass dieser confirmatio, wie nach kanonischem Recht regelmässig jeder Konfirmation, eine examinatio der Wahl auf ihre Rechtmässigkeit vorausgehen muss; bei zwiespältigen Wahlen konnte so etwas ja gar nicht umgangen werden. Gerade diese Vorstellung ist es, welche an der Dekretale venerabilem ihren Anhalt fand und sowohl im Dekretalenapparat Innocenz IV., wie in dem des Ostiensis ausführlich erledigt wird. Es ist dabei von grösster Bedeutung, dass auch Ostiensis, auf den sofort zurückzukommen ist, dieses Prüfungsrecht durchaus



nicht als ein Recht der freien Bestätigung fasst, sondern nur dann dem Papste ein arbitrium gibt, wenn die beiden Parteien gleich stark sind und keine rechtmässige Majorität vorliegt. - Dann hat sich auf Grund der konstantinischen Schenkung (dist. 96 c. 14), die freilich als palea nicht glossiert ist, die Anschauung gebildet, dass der Papst theoretisch das imperium besitzt. Und wie das seit der Mitte des 11. Jahrhunderts in der papstlichen Kleidung zum Ausdruck kommt (meine ital. V. G. II S. 72 N. 102), so wird auch in der Literatur des 12. Jahrhunderts der Papst als verus imperator gefasst (Wiener S. B. 64 S. 111 immo ipse verus imperator sit [summa Coloniensis 1169-1170]; S. 132 quod ipse est verus imperator et imperator vicarius eius [summa Parisiensis gegen 1170]; dazu Gierke, Genossenschaftsrecht III S. 521 N. 12). Die notwendige Folge, dass dann der Kaiser doch nur der vicarius des Papstes ist, wurde nicht erst in der Mitte 13. Jahrhunderts (von Ostiensis), sondern schon im 12. Jahrhundert gezogen (die Belege bei Bloch S. 159 N. 4; dass der Satz der summa Parisiensis, welcher sonst dem 12. Jahrhundert angehört, soweit aus dem 13. Jahrhundert stammen soll, ist nicht nur eine blosse Behauptung, sondern gegenüber der gleichen Fassung in der Summa Coloniensis unmittelbar falsch). — Eine andere ebenfalls daraus fliessende Konsequenz, dass nämlich der Papst das Romanum imperium zu verwalten hat, wenn es unbesetzt ist, hat schon Petrus Damiani (Bloch S. 162 N. 4) aufgezeigt; sie ist dann von Innocenz III. (c. 10. X. II. 2) angewendet und später (Innocenz IV. zu diesem c. licet ex suscepto) nicht nur dem Kaiser, sondern allen selbständigen Königen gegenüber behauptet. — Endlich kennt schon die Theorie des 12. Jahrhunderts das Recht des Papstes zur Absetzung des Kaisers; das findet sich gerade bei jenem Huguccio an derselben Stelle, in der er die Gewalt des imperator lediglich auf die Wahl der principes und des populus zurückführt.

Die entscheidende Wendung kommt aber doch erst nach der Absetzung Friedrichs II. Zum ersten mal wird nach 1252 von Ostiensis in seinem Dekretalenapparat gelehrt: non videtur, quod rex Romanorum habeat potestatem hanc, quousque per sedem apostolicam fuerit approbatus (Glosse zu c. 26 X. V. 40). Es ist dabei sehr charakteristisch, dass Innocenz IV., an den sich Ostiensis gerade zu diesem Canon anschliesst, und dass der Kommentar des Ostiensis zur Dekretale venerabilem selber noch gar nichts von diesem Satz weiss, dass vielmehr Ostiensis zu c. 26 X 5. 40 unter Berufung auf das Braunschweiger Weistum ursprünglich das Gegenteil lehrt und der angeführte Satz nur später eingeflickt erscheint. ist dann freilich von grösstem Einfluss geworden; denn auf ihm beruht der spätere Zusatz, den die ursprüngliche Glosse zu dist. 93 c. 24 (contrarium est verum ex decret, venerabilem) erfahren hat, gründet sich der ja das kommentierte Dekret benutzende Schwabenspiegel 118 und die späteren Texte des Sachsenspiegels III. 52 § 1, während dann das Weistum von 1338 zu Rhense und die Constitutio licet iuris nichts anderes als die Rückkehr zum Reichsrecht ist, wie es unbestritten bis 1252 galt. Woran der Satz des Ostiensis rechtlich anknüpft, ist nicht unmittelbar zu erweisen. Vermuten möchte ich, dass die selbständige vom Papst geleitete römische Wahl, die in der Praxis trotz der entsprechenden

Rechtsauffassung bis in das 13. Jahrhundert nicht erloschen war, den Anhalt abgab und somit schliesslich die byzantinische Kaiserwahl wieder eine rechtliche, allerdings merkwürdig umgedeutete Realität geworden ist. Politisch aber erklärt sich die Änderung dadurch, dass jetzt zum ersten mal seit der Erstarkung des Papsttums eine italienische Zentralgewalt fehlt und die ganze Lage das Papsttum von seinem Standpunkt aus zur Ordnung der italienischen Verhältnisse zwingt. Da ja schon früher die Vorstellung besteht, dass der Papst das imperium verwalten kann, wenn es unbesetzt ist, so braucht man nur die Besetzung des imperium von der päpstlichen Konfirmation abhängig zu machen, um die oberste Gewalt über Italien provisorisch in die Hand des Papstes zu legen.

II.

Kürzer kann sich der Referent über die zweite Abhandlung fassen, die von der Entstehung der Kurfürsten erzählt. Bloch hat es verschmäht, auf die bisherige Literatur im einzelnen zurückzugreifen, und bei dem Umfang dieser Literatur kann man das wohl billigen, wenn er selber erhebliches neues zu sagen hat. Sehen wir zu, ob das der Fall ist.

Zunächst meint Bloch, dass das ausschliessliche Wahlrecht der "Lehnsfürsten" und das Zurücktreten der "Amtsfürsten" (d. h. nach der ältern, richtigeren Theorie der Grafen, die nicht mehr als Fürsten betrachtet werden) eine Folge des "imperialen Gedankens" sei. Mir ist diese Phrase ganz unverständlich, denn es ist doch einfach so und durch die gleichzeitigen Quellen bezeugt, dass "ausschliesslichen eben die Vasallen des Königs (von den Kirchenlehen abgesehen) Fürsten") sind, die Grafen aber allerorten zu Vasallen der Herzöge oder anderer Fürsten herabsanken. — Der wesenlose Konsens zur Wahl, der den Magnaten doch noch verbleibt, wie sie ja auch auf Reichstagen stets anwesend waren und akklamiert haben, soll 1237 beseitigt worden sein (Bloch S. 335); jeder Beleg für eine solche sehr unwahrscheinliche Änderung fehlt aber.

Innerhalb der Wähler scheidet auch Bloch wie so viele andere eine Gruppe von Vorstimmberechtigten aus, und als erfindungsreicher Schriftsteller, der überhaupt gern Gesetze ersinnt, weiss er, dass 1152 durch ein Reichsgesetz einzelnen weltlichen Fürsten ein Vorstimmrecht gegeben worden ist (Bloch S. 313/314), wiewohl dafür nicht der leiseste Anhalt vorkommt. Aber was sind denn [die Belege für jenes Vorstimmrecht selber? Die Nachricht Giselberts für die Wahl Friedrichs I. spricht doch lediglich von der Bildung einer Kommission, wie sie in anderer Form ja schon für die materielle Wahl Lothars aufgestellt wurde und vielleicht später für die Wahl Ottos IV. vorkommt, gilt also nicht für das Stadium der Kur, in der das Wahlresultat bereits feststeht, sondern für die materielle Erwählung. Was Bloch S. 308 anführt,

<sup>1)</sup> Die palatini des Gervasius von Tilbury gemäss dem damaligen französisch-englischen Sinn von palatinus (M. Öst. J. 32. 456; dazu noch Bructon, De legibus Anglie Bd. II; S. 290 § 4, wo die comites Paleys die in England seltenen Inhaber der vollen Gerichtsbarkeit, also unsere "Landesherrn" sind); der deutsche Sprachgebrauch, an den Bloch S. 316 N. 4 denkt, kommt natürlich nicht in Betracht.



1

440 Recension.

beweist nur — was man auch sonst weiss —, dass eine Rangordnung für die Wahl bestand, die ja nach allgemeiner menschlicher Erfahrung gerade dann und allein dann entscheidend ist, wenn es sich noch um die materielle Wahl handelt, nicht schon um die Wahlverkündigung, von der allein Ssp. III. 57 § 2 spricht. Dagegen ist es Bloch so wenig wie seinen Vorgängern gelungen, irgend einen Beleg für einen besondern Kreis weltlicher Wähler, der bei der materiellen Wahl vor den Bischöfen gestimmt hätte, ausfindig zu machen. Vielmehr zeigt umgekehrt der Bericht über die Halberstadter Wahl von 1208, wo zuerst der Erzbischof von Magdeburg, dann erst der Herzog von Sachsen, der Landgraf von Thüringen, die übrigen principes wählen, dass damals ein solches Vorstimmrecht, aus dem sich das Kurfürstentum entwickelt hat, nicht bestand. Denn sonst hätte der Herzog von Sachsen vor dem Erzbischof von Magdeburg wählen müssen.

Bloch nimmt dann doch eine sehr vage Beeinflussung der Königswahl (Kaiserwahl) durch kanonisches Recht an (S. 337 f.), wobei freilich in seiner Schilderung des kanonischen Wahlverfahrens bezeichnend genug gerade die wichtigste Form, die electio per scrutinium ausfällt. Er meint, dass durch kanonischen Einfluss die unitas actus der Wahl eingeführt worden sei, die dem deutschen Recht gefehlt haben soll (S. 347). Mir scheint, dass gerade die Nachricht über die Wahl Lothars etwas ganz anderes bezeugt, und die Königsannahme in den verschiedenen Reichsteilen, welche im 9. Jahrhundert besondere Königreiche waren, spricht nicht dagegen, dass auch in Deutschland die Königswahl alle, auch die abwesenden oder dissentierenden, bindet.

Schliesslich aber führt er das ausschliessliche Wahlrecht der Kurfürsten — dies die allein wichtige Veränderung im Königswahlrecht — auf ein wieder nicht erhaltenes, aber von ihm ersonnenes Weistum zu Braunschweig zurück (S. 361 ff.). Wieder fehlt jeder Beleg. Ich habe meinerseits die Bildung des ausschliesslichen Wahlrechts damit zu erklären versucht, dass eben rein tatsächlich um die Mitte des 13. Jahrhunderts ganz wenig weltliche Fürsten als Wähler in Betracht kommen (D. fr. V. G. II S. 395), die dann mit den Kurfürsten verwechselt werden. Jedenfalls scheint mir die Lösung besser als die, ein Weistum zu erfinden und dann mit ihm zu erklären.

Das ist im Wesen alles, was Bloch zur Kurfürstenfrage beibringt; neu scheint mir da nur, dass wir jetzt zwei bisher unbekannte Rechtsquellen besitzen sollen. Dem gegenüber ist es mir vielleicht doch noch erlaubt, mit einem Wort den eigenen Standpunkt zu vertreten. Ich halte es nach wie vor für die einzig mögliche Lösung, die Angabe des Ssp. III. 57 mit dem kanonischen scrutinium zusammenzubringen. Der Verfasser des Ssp. schildert ja, was immer wieder übersehen wird, als reiner Jurist einen Akt, der juristisch zwar sehr relevant, politisch aber sehr gleichgiltig ist und deshalb in den geschichtlichen Nachrichten nur gelegentlich mit dem Gegensatz der electores und der übrigen principes gestreift wird: er spricht nur von der Verkündigung einer Wahl, welche vorher vollkommen rechtsverbindlich stattgefunden hat und deshalb einmütig verkündigt werden muss. 3 geistliche und 3 — nicht 4 — (so noch Ostiensis) weltliche Fürsten nehmen für die beiden Kollegien der Wähler, die als solche oft genug unterschieden werden, diese Verkündigung

vor. Die gleiche Verkündigung (electio: Ztschr. Ser. St. G. A. XXIII S. 55) haben nun nach den älteren kanonischen Quellen genau so die Skrutatoren, die ebenfalls in der 3-Zahl auftreten. Gewiss hätte man schon längst die Identität des scrutinium und der kore in Ssp. III. 57 erkannt, wenn man nicht der Meinung gewesen wäre, dass das scrutinium eine Neubildung von 1215 ist. Allein schon länger (Ztschr. Savigny St. G. A. XXIII S. 55 N. 8) steht ihr Vorkommen vor 1215 fest; jüngst hat sich (meine it. V. G. II S. 514 N. 3) schon für 1192 das Vorhandensein von 3 Skrutatoren (electores) ergeben. So ist es sachlich sehr leicht möglich, dass aus der kirchlichen Praxis das Institut eines dreiköpfigen Wahlvorstandes genau so in den Formalismus der deutschen Königswahl hernbergenommen ist, wie es z. B. für die Dogenwahl geschah. Es ist doch eigentlich selbstverständlich, dass für eine solche materiell höchst unbedeutende, nur formell wichtige Einrichtung der Brauch derjenigen Kreise massgebend wurde, die weitaus am meisten Wahlen zu vollziehen und noch dazu die Schreibgeschäfte auch der Königswahl zu versehen hatten. Wenn es wirklich richtig wäre, dass in Ssp. III. 52 § 1 die Quedlinburger Handschrift den Urtext enthält, dann hätte man hier vielleicht sogar noch ein Anzeichen des allmählichen Eindringens: denn es heisst, svenne die gecoren wert von den bischofen, die dar to gesat sin, und man könnte das als Beleg dafür ansehen, dass die kore, d. h. das scrutinium, zuerst nur bei den geistlichen Fürsten gebräuchlich war. Aber viel wahrscheinlicher ist es, dass hier eben nur eine versehentliche Iteration — veranlasst durch das vorausgehende Kiesen — vorliegt und die von Homeyer gewählte Lesart richtig ist.



# Anzeigen und Mitteilungen.

Joseph Sauer, Die Anfänge des Christentums und der Kirche in Baden (Neujahrsblätter der Badischen Historischen Kommission, Neue Folge 14), Heidelberg, Carl Winters Universitätsbuchhandlung 1911. 130 Seiten. 1,20 Mk.

Die Neujahrsblätter der Badischen Historischen Kommission wenden sich nicht an die engeren Fachkreise, sondern wollen in den weitesten Kreisen des Volkes die Kunde der heimatlichen Vergangenheit verbreiten und die Liebe zur vaterländischen Geschichte wecken und nähren. Das vorliegende Heft darf als ein gutes Beispiel solcher Popularisierung gelten. Der Inhalt ergibt sich aus dem Titel und bedarf keiner weiteren Erläuterung, wenn ich hinzufüge, dass

der Verfasser sich die Wende des ersten Jahrtausends als Grenze gesetzt hat. Das heutige Baden ist ein junges Gebilde, sein Gebiet war vor dem 19. Jahrhundert ebensowenig kirchlich wie politisch eine Einheit; nicht weniger als sechs Diözesen hatten seit der Durchführung einer festen Diö esanordnung in karolingischer Zeit Anteil an ihm, ohne dass auch nur eine einzige ganz darin aufgegangen wäre, und ein Hinweis auf die Beziehungen von St. Gallen und der Reichenau zeigt ja schon allein, wie wenig die heutigen politischen Grenzen mit der damaligen Kulturent-wicklung gemein haben. Bei diesem ersten Versuch, für das ganze Gebiet Badens ein möglichst vollständiges Bild der älteren Kirchengeschichte



zu zeichnen, liess sich so ein Übergreifen in die Nachbargebiete häufig nicht vermeiden, und die Schwierigkeiten der Darstellung werden vielfach noch durch die Trümmerhaftigkeit, Dürftigkeit und geringe Glaubwürdigkeit der Überlieferung gesteigert. Dieser Schwierigkeiten ist der Verfasser im wesentlichen Herr geworden; nur im vierten Kapitel, das die Klostergründungen behandelt, scheint mir das Streben nach Vollständigkeit hier und da zu sehr zur Aufnahme von Einzelheiten geführt zu haben, die für eine solche Zusammenfassung entbehrlich waren und die Darstellung etwas belasten. Vereinzelte Härten des Ausdrucks und kleine Flüchtigkeitsfehler (S. 89 "Kaiser" Karl der Einfältige, S. 97 die Frankischen "Könige" Karlmann und Pippin, S. 99 Neustrien statt Austrasien, S. 122 Tours statt Poitiers; S. 123 wird der hl. Martin zweimal genannt, wo zwei verschiedene Namen nötig sind) möchte ich auf Rechnung einer übereilten Drucklegung setzen. Dass man über manche Fragen anderer Meinung sein kann, ist für diese Zeit bei der Art der Überlieferung begreiflich; so würde ich späte Quellen, die auch der Verfasser keineswegs ohne Kritik aufgenommen hat, wie die Vitae Galli und Fridolini, auch die Vita Austrobertae für die Darstellung nur mit grösserer Zurückhaltung und stärkeren Vorbehalten herangezogen haben, als es hier mitunter geschehen ist, und für die Annahme einer von Balther in der Vita Fridolini be-nutzten Quelle des 6. Jahrhunderts mit Überlieferungen von Poitiers (S.34) scheint mir jeder Anhalt zu fehlen. Wenn so zweifelhafte Quellen verwertet wurden, konnte mit Vorbehalt auch die Passio des Desiderius und Reginfridus erwähnt werden, die teilweise die Ortenau zum Schauplatz hat (vgl. Neues Archiv XXVII, 389 ff.; demnächst MG. SS. R. Merov. VI, 51 ff.). Bei der Geschichte Pirmins (S. 60) sind meine Ausführungen über die grosse Urkunde des Elsässischen Grafen Eberhard (Neues XXVII, 368 ff.) übersehen, nach denen Abt Romanus erst 730, nicht 728 an Stelle Pirmins erscheint. Von den Kirchenpatronen (die Sauer schon im

Freiburger Diözesan-Archiv, Neue Folge VIII, 1907, S. 218 ff. behandelt hatte) gehört Leonhard (S 119) sicherlich nicht "dem ältesten Christentum Alamanniens" an, sondern sein später ungemein verbreiteter Kult ist hier wie anderswo ausserhalb der engsten Heimat frühestens im 11. Jahrhundert bekannt geworden (vgl. SS. R. Merov. III, 394 f.; Acta sanctorum Novembris III, 139 ff.). Wenn Sauer gleich vielen Vorgängern vom Mittelalter an den jungen Bertin aus Konstanz nach Luxeuil kommen und so ein Band zwischen Alamannien und dem Kloster Columbans knüpfen läßt (S. 40), so liegt hier eine alte Verwechslung zwischen Konstanz und Coutances in der Normandie vor, das der Biograph von Audomar und Bertin mit Constantia und Constantinensis regio unzweifelhaft gemeint hat (vgl. SS. R. Merov. V, 754. 759). Die Bezeichnung von Kloster- und Wanderbischöfen der ausgehenden Merowingerzeit als "Chorbischöfe" (S. 54, 80) scheint mir trotz Hermann vonReichenau (S. 58), der von diesen Verhältnissen der Frühzeit ebenso-wenig eine klare Vorstellung haben konnte wie Folkwin (Gesta abbatum Lobiensium c. 3, SS. IV, 57), nicht sehr empfehlenswert, weil dadurch die vorhandenen Unterschiede verwischt werden; wie ich schon einmal an dieser Stelle hervorhob (XXVII, 497 Anm. 19), stehen die Abt- und Klosterbischöfe "den Diözesanbischöfen selbständig gegenüber, während die Chorbischöfe des Abendlandes von vornherein Gehilfen des Leiters der Diözese und ihm untergeordnet sind". und es scheint mir der Klarheit zu dienen, diesen Unterschied auch in der Bezeichnung hervortreten zu lassen. In der Literaturübersicht möchte bei der Vita Columbani auch auf die zweite Ausgabe von Krusch (Jonae Vitae sanctorum, SS. R. Germ., 1905), bei Pirmin auf Acta sanctorum Novembris II, 2ff. hinzuweisen sein. Diese Bemerkungen, die sich mir beim Durchlesen aufdrängten, sollen nicht den Wert der inhaltreichen Schrift mindern, der ich die Gelegenheit wünsche, bei einer zweiten Auflage davon Gebrauch machen zu können. Wilh. Levison. Bonn.

Karl Heinr. Schäfer, Kanonissen und Diakonissen, die kanonische Aebtissin. Abdruck aus der Röm. Quartalschrift XXIV, S. 49—90. Freiburg im Breisgau, Herdersche Verlagshandlung 1910, 1.50 Mk.

Vor zwei Jahren habe ich im 27. Bande dieser Zeitschrift (S. 491 bis 512) das Buch Schäfers über "die Kanonissenstifter im deutschen Mittelalter" besprochen. Musste ich auch manche Einzelheiten der Arbeitsweise und der Ergebnisse namentlich in bezug auf die ältere Zeit beanstanden, so glaube ich doch in vollem Umfang den Verdiensten des Verfassers gerecht geworden zu sein, die er sich durch die Behandlung eines im ganzen lange vernachlässigten Gegenstandes erworben hat, indem er den Blick für die Besonderheiten der Kanonissen gegenüber den nach einer Klosterregel lebenden Nonnen geschärft und eine Fülle von Stoff zur Kenntnis der Entwicklung und der Einrichtungen der Kanonissenstifter zusammengetragen hat. Der vorliegende, auch gesondert erschienene Aufsatz des Verfassers dient dem Zweck, das Hauptwerk in Einzelheiten durch neue Belege zu ergänzen und angefochtene Ergebnisse zu verteidigen. Als Anhang (S. 84-90) werden im Auszug acht Urkunden der Jahre 1447—50 für oder über deutsche und belgische Kanonissenstifter aus den Registerbüchern Nikolaus' V. mitgeteilt, von denen hier auf die zweite, Thorn betreffende Urkunde hingewiesen sei, die einen weiteren bezeichnenden Beleg dafür enthält, wie man in den letzten Jahrhunderten des Mittelalters die Bezeichnung ordinis sancti Benedicti ruhig neben dem Leben nach Kanonissenweise bestehen liess und nur an die Vorsteherin strengere Anforderungen stellte (S. 86,10 ist statt que ad hoc wohl quem adhuc zu lesen, S. 89,15 fide digno, S. 90,2 commendatur). Von den Ausführungen seien diejenigen hervorgehoben, die aufs neue die Zugehörigkeit der Diakonissinnen zum Klerus und ihren kirchlichen Dienst darlegen und ihre Fortdauer auch im Abendlande bis ins 11. Jahrhundert noch mehr belegen; dankenswert ist

in diesem Zusammenhang die Heranziehung liturgischer Quellen, des Ordinationsformulars der kanonischen Aebtissin, und der Nachweis, dass es teilweise dem Weiheformular von Diakon und Diakonissin nahesteht. Dass es freilich "noch in die vor-karolingische Zeit" zurückreicht (S. 57), ist einstweilen eine blosse Behauptung; denn die einzige bisher zeitlich bestimmbare Tatsache in dem Formular ist die Uebergabe der regula an die Aebtissin, und da es vor der Aachener Synode von 816 keine Kanonissenregel gegeben hat, so scheint mir die Unbestimmtheit wenig gerechtfertigt, dass mit der regula "wahrscheinlich" die Aachener gemeint sei und diese Formel "wohl" frühestens ins 9. Jahrhundert zurückgehe. Den einen Teil für jüngeren Zusatz, den Rest für älter zu erklären, geht nicht so ohne weiteres an und bedarf noch des Beweises; zunächst steht nur fest, dass das vorliegende Formular wenigstens in der Anwendung auf die Leiterin von Kanonissen der Zeit nach 816 angehört, mag es nun damals erst mit Benutzung anderer Formulare zusammengestellt worden sein oder vorher eine andere Verwendung gehabt haben.

In meiner früheren Besprechung glaube ich bewiesen zu haben, dass Schäfer mit Unrecht das Dasein zahlreicher Kanonissenstifter für die Merowingerzeit angenommen hat; etwa ein Viertel der neuen Ausführungen (S. 71-79) ist gegen mich gerichtet und sucht mich zu widerlegen. Ich halte es nicht für nötig, auf alle einzelnen Erörterungen einzugehen, stelle fest, dass ich nach meiner Ueberzeugung auch nicht eine Zeile zurückzunehmen habe, und bitte den Leser, sich selbst ein Urteil zu bilden. Schäfer hat sich die Widerlegung doch allzu zu leicht gemacht; wenigstens scheint mir z. B. die blosse Wiederholung der Behauptungen über St. Radegunde in Poitiers (S. 77) noch keine Widerlegung meiner auf die Quellen gestützten und die Zeitunterschiede berücksichtigenden Ausführungen (S. 495 f.) zu sein, und wenn Schäfer (S. 58) hier das Kennzeichen eines Kanonissenstifts darin findet, dass "gleich die erste Aebtissin zur

Diakonin geweiht wurde", so ist daran nur richtig, dass Radegunde sich zur diacona weihen liess, als sie sich vom Könige trennte, aber nicht etwa bei der Einrichtung ihres erst später

gegründeten Klosters 1). Es ist auch ein sehr bequemes Verfahren (S. 79), von den von mir (S. 506 f.) angeführten neun Stellen aus dem Leben der Adelheid von Vilich, die für das 10. Jahrhundert den Klostercharakter von St. Maria im Kapitol erweisen, von denen zwei ausdrücklich die Regel Benedikts nennen, gerade nur eine solche herauszugreifen, die weniger bestimmt von der doctrina monachicae conversationis redet, und der Hinweis auf eine falsche Angabe über St. Ursula2) widerlegt ebensowenig die Nachrichten über das zu Vilich in engen Beziehungen stehende Marienkloster, wie eine für die streitigen Fragen belanglose Stelle der Vita Brunonis c. 34 (vgl. dazu auch Schrörs, Annalen des historisch. Vereins für den Niederrhein 88, 1910, S. 71 Anm. 2). Nach Schäfer spricht (S. 79) für den ursprünglichen Stiftscharakter von S. Maria im Kapitol

auch der Umstand, dass "das im

1) Der zwischen Weihe und Klostergründung liegende Aufenthalt Radegundens in Suedas skann mehrere Jahre gedauert haben nach W. Meyer, Der Gelegenheitsdichter Venantius Fortunatus (Abhandlungen der Göttinger Gesellschaft der Wissenschaften, philol.-hist. Klasse, Neue Folge IV, 5), 1901, S. 95.

9. Jahrhundert gegründete" Kanonissenstift Herdecke seinen Ursprung von dort herleitete. Aber es sind wieder nur ganz späte Quellen, die über die Frühzeit von Herdecke unterrichten; so viel ich sehe, fehlen alle auch nur halbwegs alten Nachrichten über die Anfänge. Im 15. Jahrhundert entlehnte man freilich für Herdecke die Statuten des Kölner Stifts in einer Gestalt (J. D. von Steinen. Westphäl. Geschichte IV, 1760, S. 159 bis 163), die zwischen den beiden von Schäfer mitgeteilten Abschriften des Kölner Textes vom Ende des 14. und aus der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts (Annalen des historischen Vereins für den Niederrhein 83, 1907, S. 98-101 in der Mitte steht<sup>3</sup>, und man übernahm mit der Einleitung der Statuten auch die Behauptung, man habe von Anfang an niemals die Regel Benedikts anerkannt. Wird nun diese Meinung für die Kölner Kanonissen aufs deutlichste durch das im 11. Jahrhundert verfasste Leben der Adelheid von Vilich widerlegt, so ist natürlich die aus den Kölner Statuten abgeschriebene Aussage der Insassen von Herdecke noch weniger beweiskräftig, die im späten Mittelalter so gut über den Ursprung ihres Stiftes unterrichtet waren, dass sie dessen Stifterin Frederun für "Konync Karles süster dochter" ausgaben (v. Steinen S. 118) und die Gründung ins Jahr 810 setzten (ebd. S. 159), so dass nur Karl der Grosse gemeint sein kann, dessen einzige in Betracht kommende zwei Schwester Gisela andere Schwestern sind früh gestorben) unvermählt als Aebtissin von Chelles ihr Leben beschlossen hat. Die Möglichkeit eines Zusammenhanges von Herdecke mit "Sunte Marien Malsboychgelen the Koylne" (ebd. S. 118) soll damit ebensowenig bestritten werden, wie ich es für das Kölner Kloster und Remiremont getan habe (a. a. O. S. 506); aber auf die ursprünglichen Einrichtungen der drei Stifter fällt aus den späten Statuten keinerlei Licht, und mit demselben Rechte,

<sup>2)</sup> Schäfer bemängelt nämlich S. 79, dass in der Vita Adelheidis c. 3 (SS. XV, 757) angegeben wird, man habe in S. Ursula secundum regularem institutionem sancti Iheronimi gelebt, onach einer Nonnenregel des hl. Hieronymus, die es nicht gegeben hat. Das letztere ist richtig; trotzdem ist die Angabe der Vita aber erklärlich und verständlich, wie schon A. G. Stein gesehen hat (Das Kloster und spätere adelige Damenstift an der Kirche der heiligen 11000 Jungfrauen zu Köln, Annalen des historischen Vereins f. d. Niederrhein 31, 1877, S. 55), indem er die Worte mit Recht auf die Aachener Kanonissenregel von 816 bezog. In einem Teil der Handschriften fehlt das Vorwort der Institutio sanctimonialium, das allein über deren Ursprung Auskunft gab; da nun mehr als ein Viertel der Regel und gleich die ersten drei Kapitel (vgl. auch c. 10, 14, 20, 22) mit ausdrucklicher Quellenangabe aus Hieronymus' Schriften entlehnt sind, so lag die Bezeichnung der Regel nach ihm - pars pro toto - immerhin nahe, so wenig zutreffend sie auch einem aufmerksamen Leser erscheinen musste. Jedenfalls geht es nicht an, daraufhin die Glaubwürdigkeit der Quelle überhaupt zu bestreiten.

<sup>3)</sup> Meist stimmen die Herdecker Statuten mit der älteren Kölner Fassung überein, so vor allem im § 22 nach Schäfers Zählung; aber sie enthalten auch den § 24, der sich nur in der jüngeren Abschrift findet.

mit dem die Aussagen von Herdecke gegen die mehrere Jahrhunderte ältere Vita Adelheidis geltend gemacht werden, könnte man auf die Erwähnung von Karls Schwestertochter hin die (hroniquescandaleuse des kaiserlichen Hofes vermehren. L. Schmitz-Kallenberg hat sich denn auch durch jene Quellen nicht abhalten lassen, die Anfänge von Herdecke in seinem Monasticon Westfaliae, 1909, S. 33, anders zu kennzeichnen: "Benediktinerinnen, seit 15. Jahrhundert freiweltliches adeliges Damenstift" (vgl. auch J. Linneborn, Der Zustand der westfälischen Benediktinerklöster in den letzten 50 Jahren vor ihrem Anschlusse an die Bursfelder Kongregation, Zeitschr. f. vaterländische Gesch. u. Altertumskunde 56, 1, 1898, S. 36 ff.). Jedenfalls ist der Hinweis auf Herdecke für die Kenntnis der Frühzeit von S. Maria im Kapitol ohne jede Bedeutung.

Ich hatte es bedauert, dass Schäfer für die vorkarolingische Zeit zu wenig das Dasein anderer Regeln neben der Benedikts berücksichtigt hat, und hatte an die des Casarius, Columban, Donatus und die Regula cuiusdam patris ad virgines erinnert, "auf die soeben Gougaud die Aufmerksamkeit hingelenkt" hatte (S. 492). Triumphierend belehrt mich der Verfasser (S. 80 Anm.), dass die letztgenannte Regel bereits 1663 in der berühmten Regelsammlung Holstens abgedruckt sei. die er "eingehend studiert" habe. Ich weiss nicht, wem er damit etwas Neues sagen will; ich habe bei keiner Regel eine Ausgabe genannt, und wenn ich jene anonyme Regel dadurch näher bezeichnete, dass ich auf die gerade schwebenden Streitfragen hindeutete, so brauchte ich darum keine vollständige Bibliographie zu geben, zumal Gougaud an der von mir angeführten Stelle die Ausgaben erwähnt, und dass das eingehende Studium der nicht-benediktinischen älteren Regeln in Schäfers Buch nur ungenügende Spuren hinterlassen hat, kann ich auch nicht als meine Schuld ansehen.

Ich verzichte auf eine weitere Auseinandersetzung und beschränke mich auf eine Frage, auf die einzugehen ich bei der Selbstverständlichkeit der Lösung für überflüssig gehalten hatte, deren Nichterwähnung Schäfer aber jetzt getadelt hat (S. 73). Wenn es vor 816 von einer Frauenkongregation oder einer ihrer Insassinnen (wie von Männerklöstern und Mönchen) heisst, sie lebe nach der (ihrer) regula oder regulariter, so bezog ich das, wie es sonst allgemein geschieht, auf eine in der Kongregation geltende bestimmte Klosterregel, wofür sich ja auch in zahlreichen Fällen der sichere Beweis erbringen lässt; nach 816 gilt diese Auffassung nicht mehr im vollen Umfang, weil es seitdem auch eine Kanonissenregel gibt, aber für die frühere Zeit ist m. E. überhaupt kein Zweifel möglich. Dagegen macht nun Schäfer (S. 72 f.; vgl. S. 56 und "Kanonissenstifter" S. 123) geltend, dass regulae sanctorum patrum usw. "die kanonischen Verordnungen von Bischöfen und Synoden", die "Synodal- und Vätervorschriften" bezeichnen; er verweist auf Wendungen Merowingischer Synoden wie ut nunc severiorem regulam sibi vellent Domini sacerdotes inponere; secundum priorum chanonum regulam; quid de antiquis regulis, quid de noris ambiquitatibus - - senserimus; praesentibus regulis vetera statuta renovacimus. Wendungen, die lediglich zeigen, dass regula auch eine allgemeinere Bedeutung hat (vgl. Karóv) und auch ohne Rücksicht auf das Klosterleben gebraucht werden kann -- Schäfer hätte, wenn er das für eines Beweises bedürftig hielt, bis zu Cicero und vermutlich noch weiter zurückgehen können. Aber es ist etwas ganz anderes, ob im allgemeinen von ecclesiastica regula, antiquae regulae, regulae patrum usw. ohne irgend eine Beziehung auf Mönche oder Sanktimonialen und ihre besondere Lebensordnung gesprochen wird (nicht einer der von Schäfer für die Zeit vor 8:6 beigebrachten Belege hat damit auch nur das mindeste zu tun, ausser einer allgemeinen Wendung des Konzils von Saint-Jean-de-Losne im Jahre 673/5. MG. Concilia I, 218, c. 14, und mit einer anderen Ausnahme, auf die ich sogleich komme), oder ob mit Bezug auf die Mitglieder einer bestimmten Kongregation von der regula

Westd. Zeitschr. f. Gesch. u. Kunst. XXX, II/III.

schlechthin geredet, ihr Leben reqularis genannt wird, und nichts ist in dieser Hinsicht bezeichnender als die Vita Odiliae, die - natürlich nach 816 — bereits die canonica regula im Sinne der Kanonissenregel kennt (c. 16, demnächst MG. SS. R. Merov. VI, 46), aber im selben Kapitel der canonica vita, dem canonicus habitus das Leben nach einer eigentlichen Nonnenregel als regularis vita, reqularis conversatio gegenüberstellt. Ein einziges Beispiel für eine Frauenkongregation der Merovingerzeit bringt Schäfer bei\*) (S. 73 Anm. 1), das Privileg des Bischofs Drauscius von Soissons von 667 für das Marienkloster in seiner Bischofsstadt (Pardessus II, S. 139 f.): ubi puellae virgines ac Deo sacratae Etheriae abbatissae, relicta pompa seculi, sub regula beatissimorum patrum -- sunt conlocatae, indem er erklärt: "So ist auch die regula beatissimorum patrum für Soissons von 667 nicht von einer bestimmten Klosterregel, sondern vom kanonischen Leben zu verstehen"; aber er widerlegt sich damit unfreiwillig selbst, indem er nur wenige Zeilen hätte weiter zu lesen brauchen, um zu erfahren, wer die beatissimi patres sind: regulam et cursum sancti Benedicti, catenus ut, postquam in ipso monasterio introierint Domino militare, foras de ipso monasterio exire licentiam non habeant, et ad modum Luxoviensis monasterii. quem beatus Columbanus tenuit, requlam ad profectum animarum earum studeant in omnibus custodire. Und weiter: Stirbt die Aebtissin, quam unanimiter omnis congregatio illa ancillarum Dei ex semet ipsis optime regulam compertam eligerent, sibi seniorem instituant. Der Bischof darf das Kloster unter bestimmten Voraussetzungen betreten, ubi in.rta regula(m) locus permittit; andere Personen dürfen es nicht betreten, excepto, si pro bona necessitate aut utilitate ipsius monasterii fuerit aut mens Deo devota petierit, regula

4) Ueber die canonica regula bei Gregor von Tours IX, 39, auf die Schäfer in diesem Zusammenhang nicht eingeht mit Wecht), habe ich a. a. O. S. 495 f. ausführlich gesprochen und dargelegt, dass damit die allgemeinen kirchlichen Vorschriften gemeint sind. tamen docente, und Männerbesuch ist im übrigen verpönt, damit die Nonnen sind de perfecta quiete ac de conservata castitate — et supradicta regula viventes. Endlich wird mit dem Falle gerechnet, si aliqui forsitan — excedendum (= excedendo) ipsa e sanctaemoniales de earum religione tepide secum duxerint suprascriptam sanctam regulam. Diese Tatsachen sprechen für sich selbst; erwähnt man von den Quellen nur das, was zu den eigenen Annahmen passt, so wird die Beweisführung sicherlich ungemein erleichtert.

In einem Anhang (S. 80—84) wendet sich Schäfer gegen den Versuch von A. Pöschl (Bischofsgut und Mensa episcopalis I, 1908, S. 50 ff.), den Namen der Kanoniker aus ihrem Psalmensingen beim Chordienst zu erklären; in der Sache kann ich ihm beistimmen, die beigebrachten Gründe scheinen mir freilich nur zum Teil für die Frage beweiskräftig zu sein. Bonn. Wilh. Levison.

### Acta Sanctorum Novembris tom. 3.

Nach einer langen, durch wertvolle Vorarbeiten wie viele Handschriftenverzeichnisse und die ausgezeichnete Bibliotheca hagiographica Latina ausgefüllten Pause ist ein neuer Band des grossen Werkes der Bollandisten erschienen, der 3. Band der Acta sanctorum Novembris (Brüssel 1910), der den 5. bis 8. November umfasst und auch die Interessen der rheinischen Geschichtsforschung mit einer Reihe von Abschnitten berührt, die sämtlich von Albert Poncelet bearbeitet sind, dessen Name die Vortrefflichkeit der Ausführung verbürgt. Neben kleineren Abschnitten über Bischöfe Florentius von Strassburg (S. 395-403 und 946), Rufus von Metz (S. 383-385), Fibicius (S. 62-64) und Wiomad von Trier (S. 852-855) sowie Gerrich, den Gründer von Gerresheim (S. 102 – 104), verdienen die von umfangreichen Einleitungen begleiteten Viten von Willibrord (S. 414-500) und Engelbert I. von Köln (S. 622-684 und 946) besondere Hervorhebung. Willibrord betrifft die rheinischen Studien nicht nur als Friesen-Bekehrer, sondern

auch als Gründer von Echternach, und so sei darauf hingewiesen, dass hier neben den beiden, auf breiter handschriftlicher Grundlage bearbeiteten Büchern Alkwins sich auch die von dem Echternacher Abt Thiofrid in Prosa und Versen verfassten umfangreichen Viten finden, die bisher nur gesondert veroffentlicht waren und weniger für die Geschichte Willibrords von Bedeutung sind als für die Kenntnis der klassischen Studien in Westdeutschland um die Wende des 11. und 12. Jahrhunderts. Über Engelbert, für dessen Leben die hier sehr gerühmten Regesten von Knipping (III, 1) noch benutzt werden konnten, ist das Werk des Caesarius von Heisterbach zum ersten Mal im vollen Umfang und in ursprünglicher Gestalt auf Grund der Handschriften herausgegeben, während man bisher auf einen vielfach veränderten Text und bei dem dritten Buch, den Wundern nach dem Tode, auf einen Auszug angewiesen war.

W. L.

Eine Jenaer Dissertation von Joseph Johnen, Philipp von Elsass Graf von Flandern (1157-1191), die auch im 79. Bande der Bulletins de la Commission royale d'histoire de Belgique, Brüssel 1910, erschienen ist, (XXV, 129 Seiten), untersucht hauptsächlich die auswärtige Politik des Grafen bis zum Jahre 1180. Ende seiner Regierung hat bereits in den Werken von Cartellieri, König und Smets über König Philipp August, Balduin V. von Hennegau und Heinrich I. von Brabant eine ausführliche Behandlung erfahren. Johnen verwertet eine sehr umfangreiche Litteratur; sein Bücherverzeichnis umfast 18 Seiten. Obwohl Philipp nicht nur seinen rebellischen Lehnsleuten sowie den freiheitlichen Bestrebungen seiner Städte mit Schärfe entgegentrat, sondern auch dem Papst gegenüber zu gunsten Thomas Beckets eine offene Sprache zu führten wusste, fehlt es ihm doch bei seiner prunkhaft selbstsüchtigen Persönlichkeit an der zur Erreichung eines grossen Zieles nötigen Festigkeit und Ausdauer. Auf dem Kreuzzug, bei dem ihm eine Zeitlang die Krone des Königreichs Jerusalem vorschwebte, wie nicht minder bei seiner französischen Politik verhinderte sein schwankendes Verhalten den Erfolg. Die von Cartelli ri geäusserte Vermutung, Philipp habe danach gestrebt, Flandern und die lothringischen Gebiete zu einem großen Zwischenreich zu vereinigen, lehnt J. ab.

Düsseldorf. M. Foltz.

Untersuchungen zur deutschen Staatsund Rechtsgeschichte. Herausgegeben von Otto von Gierke. 106. Heft. Die Mark- und Walderbengenossenschaften des Niederrheins von Dr. Karl Weimann. Breslau, Verlag von M. & H. Marcus. 1911. 160 S.

An die Arbeiten von Schotte1), Haff 2) und Varrentrapp 3) zur Geschichte der westfälischen und hessischen Marken reiht sich die vorliegende Untersuchung, die das Anschlussgebiet, den Niederrhein, behandelt. Die räumlichen und die verfassungsgeschichtlichen Formen der Mark- und Walderbengenossenschaften des Niederrheins erörtert Weimann in zwei umfangreichen Kapiteln, und es sei vorweg bemerkt, dass man aus ihnen überall reichhaltige Belehrung schöpfen kann. Die älteren Quellen sind sorgfältig interpretiert, für das spätere Mittelalter und die Folgezeit bot das Düsseldorfer Staatsarchiv wertvolles ungedrucktes Material. Haff hatte für Westfalen das Ueberwiegen grosser Gemeinmarken über die Dorfallmenden betont; für den Niederrhein gelingt es Weimann, wenigstens im Anschluss an Feststellungen von Below's das Vorhandensein zahlreicher Grossmarken und ihr Bestehen bis tief in die Neuzeit hinein nachzu-Sorgfältig erörtert er die vielumstrittene Frage nach dem Verhältnis von Gross- und Kleinmarken und nach der Entstehung der letzteren. Dass dabei die Rübel'schen Theorien ad absurdum geführt werden, kann

der gemeinen Marken in Hessen 1909.

Schotte, Studien zur Geschichte der westfäl. Mark- und Markgenossenschaft,
 Haff, Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgesch. Bd. VIII, S. 17 ff.
 Varrentrapp, Rechtsgesch. und Recht

nicht weiter wunder nehmen, ebensowenig aber, dass Weimann auf Grund seines Materials zu keinem festen Ergebnis kommt, dazu ist die "Durcheinanderschlingung der Genossenkreise" zu kompliziert. Dass Dorfallmenden und Grossmarken schon früh nebeneinander bestanden haben, soviel scheint jedoch festzustehen. Die Beurteilung der Frage nach dem Einfluss staatlicher Massnahmen auf die Gestaltung der Markgenossenschaft führt Weimann auch zu meiner Arbeit über Forestis\*). Für einzelne Berichtigungen bin ich ihm zu Dank verpflichtet, dagegen bei der Frage, von wann ab Aus-Forstbezirke dehnung der über fremden Grund und Boden stattgefunden hat, glaube ich an meiner Ansicht festhalten zu müssen, dass häufiger erst in der Salier-, in der Sachsenzeit dagegen nur ausnahmsweise derartige Uebergriffe anf privates Eigentum und Allmenden statigefunden haben. Weimann beruft sich auf DO. II Nr. 50, und allerdings tritt diese Wildbannverleihung zu Gunsten der Kölner Kirche als Bestätigung einer Schenkung König Ludwigs - wohl Ludwig das Kind — auf. Und ebensowenig lasst sich leugnen, dass in diese Wildbanndistrikte von gewaltiger Ausdehnung Landkomplexe einbezogen sind, die der Kölner Kirche nicht zu eigen gehören. Das beweist in der Tat schon die Hervorhebung des "cum populi consensu". "Erklärlich" wird diese Zustimmung damit freilich nicht. Warum sie zu einer wiederholten Bestätigung eines längst vorhandenen Zustandes erforderlich sein soll, erscheint kaum ersichtlich. Aber kann sie nicht rein mechanisch aus der Vorlage übernommen sein? Das wäre noch auffälliger, wenn man in Betracht zieht, dass diese Formel hier überhaupt zum ersten Mal auftaucht, in der Karolingerzeit und in den Urkunden Ottos I., also in einer nicht geringen Zahl von Forstverleihungen, nicht vorkommt und erst im 11. Jahrhundert häufiger wird 5).

Bei alledem wird man das Recht haben, in dem verloren gegangenen Privileg Ludwigs eine Wildbannverleihung zu vermuten, der gegenüber die Bestätigung Ottos II. eine erhebliche Erweiterung des ursprünglich eingeforsteten Gebiets darstellt. Wenn man nun noch dazu nimmt, dass ein grosser Teil der in DO. II Nr. 50 aufgeführten Wildbanndistrikte königliches Eigentum war - Weimann selbst weist dies nach -, über das also in jeder beliebigen Weise verfügt werden konnte, ohne Eigentumsrechte Dritter anzutasten, so genügt das, um Weimanns sich auf DO. II Nr. 50 stützende Polemik zurückzuweisen.

Im Anschluss an die Auseinandersetzung über Forestis kommt W. auf die Bedeutung des sogenannten Rottzehnten zu sprechen, in dem er ein originäres bischöfliches Verfügungsrecht sieht. Wenn er unter Stellungnahme gegen Philippi 6) einen Zusammenhang mit dem Wildbann nicht gelten lassen will, so mag man ihm darin für die von ihm behandelte geben. Art des Zehnten recht Philippi unterscheidet jedoch mit gutem Grund zwischen kirchlichen Zehnten und solchen anderer Provenienz, und seine Vermutungen über die Osnabrücker Forstprivilegien im Zusammenhang mit dem Zehntenstreit sind nicht von der Hand zu weisen. Jedenfalls handelt es sich hier um äusserst komplizierte Fragen, in denen das letzte Wort noch längst nicht gesprochen ist.

Die Behandlung der verfassungsgeschichtlichen Formen der gemeinwirtschaftlichen Verbände stellt Weimann unter die Gesichtspunkte Gesamtrecht, Einzelrecht und Herrenrecht. Hier wird zum ersten Mal der dem Niederrhein eigentümlichen Form der Walderbengenossenschaften eine gründliche Untersuchung zu teil. Ibre Entstehung durch Umbildung der Marken, durch Umformung der Nutzungsberechtigungen zu Realrechten mit der Hufe als "dinglichem Substrat", ihre Verwandtschaft, ja



<sup>4)</sup> Archiv für Urkundenforschung. Bd. II,

S. 101 ff.
5) Vgl die Uebersicht in Archiv für Urkundenforschung a. a. O. S. 153. In D. Karol. I

Nr. 273, der bekannten Fälschung von 1077, ist "collaudatione illius regionis potentum" ein Zusatz zur echten Vorlage!

<sup>6)</sup> Archiv für Urkundenforschung, Bd. II,

stellenweise Identität mit den Markgenossenschaften und die komplizierten und höchst mannigfaltigen
Formen der Grenzgebiete, alles dies
ist von Weimann sorgfältig herausgearbeitet. Im besonderen dem Gang
seiner Untersuchungen hier zu folgen,
würde zu weit führen; für alle
Einzelheiten des inhaltsreichen Buches
muss auf dieses selbst verwiesen
werden.

Köln. Dr. Hermann Thimme.

Püschel Alfred, Das Anwachsen der deutschen Städte in der Zeit der mittelalterlichen Kolonial-Bewegung. Mit 15 Stadtplänen. (Abhandlungen zur Verkehrs- und Seegeschichte, im Auftrage des hansischen Geschichtsvereins herausgegeben von Dietr. Schäfer. Band IV). Beilin 1910.

Im J. 1879 hat Dietr. Schäfer in seinem Buche: Die Hansestädte und König Waldemar von Dänemark, S. 181/2, ausgeführt, dass die deutschen Städte im Ostseegebiet von Lübeck bis Reval im Laufe des 13., spätestens in der ersten Hälfte des 14. Jahrh. die Ausdehnung gewannen, in der sie dann ein halbes Jahrtausend fortbestanden, und dass einzelne Ausnahmen - Stettin und Königsberg sich durch besondere Verhältnisse erklären. Dasselbe gelte auch von den älteren weiter westlich gelegenen Städten von der Elbe bis zum Rhein. wenn diese sich auch im allgemeinen langsamer entwickelten. In Köln sei die topographische Entwicklung in noch früherer Zeit zum Stillstand gekommen. P., ein Schüler Schäfers, hat in dem vorliegenden Buche den quellenmässigen Nachweis für die Richtigkeit der These seines Lehrers durch eine sorgfältige Einzelunter suchung über die topographische Entwicklung einer Anzahl von grösseren mittelalterlichen Städten erbracht; die These erfährt nur die geringfügige Einschränkung, dass der Abschluss der Entwicklung in einzelnen Fällen erst in der zweiten Hälfte des 14. Jahrh stattgefunden habe.

P. schliesst sich in seiner Untersuchung der Schäfer'schen Reihenfolge an. Methodisch wäre der umgekehrte Weg richtiger gewesen.

Weil aber die Untersuchung der nordostdeutschen Kolonialstädte verhältnismässig leicht zu führen war, so geht P. von diesen aus. Aus ihrer Gruppe behandelt er Lübeck, Rostock, Wismar, Stralsund, Breslau und Braunschweig. Breslau ist die einzige Stadt nicht nur aus dieser Gruppe. sondern von allen 15 durch P. untersuchten Städten, bei der um 1800 eine nennenswerte Siedelung städtischen Charakters ausserhalb der Grenzen des 14. Jahrh. vorhanden ist. Dagegen ist z. B. in Lübeck die Bebauung zu Ende des 13. Jahrh. bereits in allen Teilen zum Abschluss gekommen.

In einer zweiten Gruppe behandelt der Verf. 5 ältere Städte des Binnenlandes: Hildesheim, Magdeburg, Erfurt, Frankfurt und Nürnberg. Hier ergibt sich dasselbe Resultat. So ist z. B. bei Erfurt die räumliche Entwicklung um die Mitte des 14. Jahrh. zum Stillstand gelangt; aber das zuletzt einverleibte Gelände war noch um 1850 nur vereinzelt bebaut.

Auch die 4 Römerstädte, welche P. für seine Untersuchung ausgewählt hat, Regensburg, Augsburg, Strassburg und Köln, bieten dasselbe Bild. Bei Köln sind sogar, was dem Verfasser unbekannt geblieben ist, zur Zeit des Burgundischen Kriegs i. J. 1474 die wenigen Ansiedelungen vor der Mauer (Sülz, Weyer, Melaten, Mechtern) vom Rate aus fortifikatorischen Rücksichten beseitigt worden. Den Raum innerhalb der Mauern von 1200 hat erst die Entwicklung des 19. Jahrh. ausgefüllt.

Die Ausführungen des Verfassers gehen durchweg nur auf die rein tatsächliche Feststellung der geschilderten Entwicklung hinaus. Auf eine Erörterung der wirtschaftlichen und politischen Gründe, welche den frühzeitigen Stillstand im Wachstum der deutschen Städte verschuldet haben, lässt er sich nicht ein. Eine Andeutung nach dieser Richtung findet sich nur am Schlusse S. 212, wo der Verfasser darauf hinweist, dass die Seehandelsstädte Hamburg und Bremen und die Residenzstädte Berlin, Königsberg u. Dresden eine andere Entwicklung nahmen, weil sie sich unter Ausnahmebedingungen vergrösserten.

Wer wie der Referent sich selbst eingehend mit topographischen Studien beschäftigt hat, weiss die Schwierigkeiten der von P. angestellten Untersuchungen zu würdigen. Durchweg liegt die Kenntnis der topographischen Entwicklung der deutschen Städte noch sehr im argen; ihre Quellen müssen mühsam gesammelt und gesichtet werden. So hat sich der Verfasser durch viel Gestrüpp durcharbeiten müssen, um Klarheit über die Grundlagen für seine Aufgabe zu schaffen. Seine Arbeit ist infolge dessen übermässig mit Nebenuntersuchungen belastet worden, die sie umfänglicher gestalteten, als ihm erwünscht sein mochte. Auch ist die Nachprüfung im einzelnen erschwert, da sie bei den einzelnen Städten eine sehr intime Kenntnis der lokalen Verhältnisse erfordert. Weil der Re-ferent dem Verfasser bei der Bearbeitung des Kölner Kapitels mit Rat und Auskunft zur Seite stehen konnte. wurden ihm die Schwierigkeiten besonders klar, welche für einen Aussenstehenden bei der Feststellung der topographischen Entwicklung einer fremden Stadt zu überwinden sind. Indem der Verfasser bei 15 Städten diesen mühsamen Weg beschritt und seine Ergebnisse auf den beigefügten Stadtplänen zur Anschauung brachte, hat er sich nicht nur um die städtegeschichtliche Forschung im allgeein Verdienst erworben. sondern auch die lokalgeschichtlichen Studien erheblich gefördert. So ist z. B. bei Braunschweig der gegen Fritz (Deutsche Städteanlagen) und Rietschel (Markt und Stadt) geführte Nachweis bemerkenswert, dass die Altstadt keine planmässige Gründung gewesen ist.

Wie sich der Referent bei der Durchsicht des Kölner Abschnittes überzeugte, ist die Arbeitsweise des Verf. eine sorgfältige. An kleineren Versehen ist ihm nur aufgefallen, dass S. 201 wohl infolge eines Lesefehlers Holzpfortenbühel statt Hochpfortenbüchel steht, und dass zwischen Friesenwall und von Werth-Strasse der Hildeboldplatz ausgelassen ist. Zu S. 202 ist zu bemerken, dass die für das Alter der Ursulakirche angeführte Clematianische

Inschrift neuerdings mit sehr erheblichen Beweisgründen in Zweifel gezogen wird.

Die von P. auf Grund einer Angabe von Stübben zum Plane der Kölner Stadterweiterung im J. 1881 angenommene Grösse von 397 ha. für das mittelalterliche Köln ist, wie mir Herr Vermessungsdirektor Halbach mitteilt, zu niedrig geschätzt, vielmehr ist die Grösse der Stadt innerhalb der mittelalterlichen Mauer auf 401 ha. anzunehmen, wie ich sie auch in meiner Topographie der Stadt Köln S. 55\* Anm. 2 angegeben habe. Die Grösse der Römerstadt beläuft sich auf 96.80 ha., die der Rhein-vorstadt auf c. 24, die der 1106 eingemeindeten Stadtteile auf c. 96 ha. (Niederich 46. Oversburg 36, S. Aposteln 14 ha.), sodass für die neuen Stadtteile v. J. 1180 ein Ausmass von c. 185.20 ha. verbleibt.

Köln. Herm. Keussen.

Karl Achtnich. Der Bürgerstand in Strassburg bis zur Mitte des XIII. Jahrhunderts (Leipziger historische Abhandlungen, Heft XIX), Leipzig, Quelle & Meyer, 1910. X, 55 Seiten und 1 Stadtplan (Preis geh. 2 Mk.).

Das Fehlen einer Untersuchung über die Entstehung des mittelalterlichen Bürgerstandes wurde schon wiederholt beklagt. Die vorliegende, auf Anregung Seeligers entstandene Leipziger Dissertation ist daher als Beitrag zur Klärung dieser Frage zu begrüssen. Der Verfasser kommt zu dem Ergebnis, dass in der Zeit bis etwa 1180 der Strassburger burgensis als "Burgbewohner", d. h. Bewohner der ummauerten Stadt, der civis dagegen lediglich als "Einwohner" oder "Städter" zu betrachten ist. Die Grundlage für die Ausbildung eines, von den bischöflichen Ministerialen i. a. streng gesonderten Bürgerstandes, die um die Wende des 12. und im Laufe des 13. Jahrhunderts erfolgte, findet A. in den Wirtschaftsinteressen gemeinsamen der Kaufleute und Handwerker; Altfreiheit und Grundbesitz sieht er als gänzlich bedeutungslos für jene Entwicklung an. Mit dieser Behauptung dürfte der Verfasser freilich

über das Ziel hinausschiessen; jedenfalls hätte es zu ihrer Begründung eines näheren Eingehens auf die Herkunft der Zugewanderten und auf die Strassburger Grundbesitzverhältnisse bedurft. Der Umstand, dass die Strassburger Patrizier in der ganzen Stadt über Grundbesitz vertügten, einzelne Familien sogar fast in jeder Gasse, bätte doch Berücksichtigung verdient. Anch die Auffassung des Verfassers von §§ 5 und 17 des zweiten Stadtrechts (S. 34 ff.) erfordert Widerspruch. Möge die Arbeit zu weiteren Untersuchungen der aufgeworfenen Frage auf breiterer Grundlage Veranlassung geben!

Düsseldorf. M. Foltz.

Der VI. Band der Quellen zur lothringischen Geschichte (1910) bringt die Fortsetzung (II. Teil) der von Karl Wichmann herausgegebenen Metzer Bannrollen des dreizehnten Jahrnunderts. Dieser II. Band enthält die Fortsetzung der Texte. Während im I. Bande die erhaltenen Bannrollen aus der Zeit von 1220-1279 (vgl. Bd. XXVIII, 142 dieser Zeitschrift) veröffentlicht sind, bringt der II. Band die Bannrollen von 1281, 1285, 1288, 1290, 1293 und 1298, und ausserdem als Nachtrag, aber an der Spitze des Bandes die hinterher aufgefundene unvollständige Bannrolle v. J. 1277. Der offenbar sorgfältigen Textedition geht eine Beschreibung der Handschriften vorauf. Erst wenn die Edition durch die für Band III und IV vorgesehenen Register und Karten ergänzt ist, wird eine wissenschaftliche Benutzung in erwünschter Weise einsetzen können.

Rechtspflege im alten Coblenz. Coblenz 1911. Die vorliegende gut illustrierte Vereinsgabe des Kunst-, Kunstgewerbe- und Altertums-Vereins für den Regierungsbezirk Coblenz für das Jahr 1911 enthält 3 Aufsätze. Fritz Michel handelt über alte Coblenzer Gerichtsstätten, gleichzeitig ein lehrreicher Beitrag zur Geschichte des Coblenzer Gerichtswesens überhaupt. Der Verfasser gibt gute Nachrichten über das Schöffengericht, das geistliche und

das Hofgericht und ihre Sitze. Paul Richter, Die ältesten Siegel des Coblenzer Schöffengerichts, geht aus von dem ältesten Gerichtssiegel, das an einer Urkunde v. J. 1282 erhalten ist; es stammt aus der Zeit, wo der städtische Rat als selbständige Verwaltungsbehörde neben das stets vom Erzbischof abhängige Gericht trat. Schon 1287 ist das Siegel, welches eine aufgeblühte Rose darstellt, in der Weise abgeändert, dass an Stelle des Fruchtbodens ein hässlicher Männerkopf tritt. Richter bringt diese Fratze zusammen mit dem Coblenzer Wahrzeichen, dem Männchen am Kaufhaus, und möchte sie Sinnbild der Lästerer Schandmäuler autfassen. Der dritte Beitrag, das Strafverfahren wider Johann Lutter von Cobern wegen Strassenraubs i. J. 1536, von Heinr. Reimer, gibt eine aktenmässige Darstel ung des bekannten Aufsehen erregenden Prozesses, der dadurch von besonderem Interesse ist, dass in ihm, wenn auch in unvollkommener Weise, die Vorschriften der eben erlassenen Carolina zur Anwendung gelangten. Der Darstellung des Prozesses ist eine kurze Geschichte des Adelsgeschlechtes Lutter von Cobern voraufgeschickt, dem der hingerichtete Ritter angehörte. Der Kölner, dem der missglückte Raubzug gegolten hatte, Peter vom Krebs, war, wie zusätzlich bemerkt sein möge, Ratsherr der Goldschmiede-Gaffel (1525-1543), war also jedenfalls ein lohnendes Objekt für die Strassenräuber.

Herm. Keussen.

Richard Karcher. Das deutsche Goldschmiedehandwerk bis ins 15. Jahrhundert. Leipzig, E. A. Seemann, 1911 (Beiträge zur Kunstgeschichte, N.F.XXXVII).

Die wirtschaftliche und soziale Lage des deutschen Goldschmicds von den ältesten Ueberlieferungen bis zur Ausgestaltung der zünftigen Organisation zu schildern, unter Zusammenfassung des schriftlichen Quellenmaterials, war die Aufgabe, die sich der Verfasser gestellt hat. Die den Stoff übersichtlich gruppierende, beachtenswerte Schrift ge-

langt in wesentlichen Punkten zu neuen Ergebnissen und bildet eine wertvolle Ergänzung zu den kunsthistorischen Untersuchungen von v. Falke, Creutz und Rosenberg auf der Grundlage der erhaltenen Goldschmiedearbeiten

Für die frühe Klosterzeit (vor dem 12. Jahrh.) ist der Nachweis von Bedeutung, dass es auch damals neben der vorherrschenden klösterlichen Goldschmiedekunst Laiengoldschmiede gab, die gelegentlich sogar zu kirchlichen Arbeiten herangezogen wurden. Bei einigen der Belegstellen Karchers scheint es mir freilich zweifelhaft, ob eigentliche Laien oder Konversen gemeint sind. Auch bei dem berühmtesten der Goldschmiede-Mönche, dem Theophilus (Rogerus), möchte Karcher annehmen, dass er vor seinem Eintritt ins Kloster weltlicher Goldschmied war. Ferner bekämpft Karcher die namentlich von Meyer (Die Strassburger Goldschmiedezunft) vertretene Annahme eines unfreien, hofrechtlichen Ursprungs des Goldschmiedehandwerks. Wie in der Frühzeit der germanischen Stämme gab es auch schon vor dem Aufblühen der Städte neben unfreien Goldschmieden ein von freien Laien ausgeübtes Goldschmiedehandwerk, wofür sichere Quellen schon aus dem 11. Jahrhundert vorliegen.

Für die ältere Städtezeit stammen die meisten Nachrichten aus Köln, wo auch die erste urkundliche Erwähnung der Zunft, der "fraternitas aurifabrorum" v. J. 1259 angetroffen wird. Der Ausbau der Zunft vollzog sich im 14. Jahrhundert, und zwar ging die Anregung zum zünftigen Zusammenschluss von den Goldschmieden, nicht von der städtischen Behörde aus. Eingehend werden dann das Verhältnis zur Münze sowie die wirtschaftlichen Bestrebungen der Zunft behandelt. Bei der Besprechung des Zeichnens der Ware wäre eine Berücksichtigung der Arbeiten Rosenbergs am Platze gewesen; es ist eine auffallende Erscheinung, dass nach den Schriftquellen die Verpflichtung des Zeichnens mit dem Meister- und Stadtstempel schon im 14. Jahrhundert allgemein geworden zu sein scheint (in Erfurt schon 1289), während

bisher auf erhaltenen Objekten keine Stempel vor dem 15. Jahrhundert nachgewiesen sind.

Die verbreitete Auffassung, das Zunftwesen sei an sich kunstfeindlich, hat zu der Ansicht geführt, dass der künstlerische Charakter des Goldschmiedehandwerks es freier von zünftigen Beschränkungen gehalten habe. Nach dem von Karcher beigebrachten Material ist das Gegenteil der Fall, und grade in der Blütezeit. am Ende des 15. und im 16. Jahrhundert, mehren sich die einengenden Bestimmungen für die Goldschmiede. Köln. Hugo Rahtgens.

A. G. Kolb, Die Kraichgauer Ritterschaft unter der Regierung des Kurfürsten Philipp von der Pfalz. Inaugural-Diss. der hohen phil. Fakultät der Universität Freiburg i. B. vorgelegt. Stuttgart, W. Kohlhammer 1909. VIII, S. und 154 S.

Von verschiedenen Seiten widmet sich in letzter Zeit die Forschung mit besonderem Eifer der so wichtigen reichsritterschaftlichen Standesbewegung im Westen Deutschlands um 1500. Zu der Monographie: Die frånkische Ritterschaft 1495-1524 von Fellen (hist. Studien, Ebering, Berlin, Heft 50, 1906) trat die weitere in demselben Verlag erschienene von G. Knetsch. Die landständische Verfassung und reichsritterschaftliche Bewegung im Kurstaate Trier, vornehmlich im XVI. Jahrhundert (hist. Studien, Heft 75, 1909). Dazu tritt nun die vorliegende Dissertation, die den ersten Teil einer Gesamtdarstellung der Kraichgauer Ritterschaft in der kritischen Zeit des beginnenden 16. Jahrhunderts bildet. Während die beiden ersteren Schriften systematisch den Stoff zu meistern suchen, sieht sich der Verf. wegen der Leberfülle des Materials zu einer genetischen veranlasst. Die Behandlungsweise Beschränkung auf das kleine Gebiet des Kraichgaues, jenes Winkels zwi-schen Rhein und Neckar, und auf einen bestimmten Zeitraum, auf die Jahre 1476-1508, machen den Ausschnitt aus der Geschichte der ritterschaftlichen Bewegung um so interessanter, als dadurch eine für die Erforschung jenes Standes in dieser Zeit unbedingt notwendige Ausführlichkeit möglich wurde. Der Verf. ist ferner in der glücklichen Lage, vorwiegend ungedrucktes Material für seine Arbeit zu verwenden. So wurde das Generallandesarchiv in Karlsruhe, das Staatsarchiv in Stuttgart, das Stadtarchiv in Ulm und das gräfliche Archiv Schwaigern ausgebeutet. Vielleicht wären noch weitere Aufschlüsse im Koblenzer Staatsarchiv und aus den reichsritterschaftlichen Akten der Stadtbibliothek Trier zu erwarten gewesen

Dass der Verf. sogar imstande ist, durch die Akten auch den persönlichen Motiven auf die Spur zu kommen, seine macht erst recht schätzbar, namentlich einem Leser. der wie der Rezensent genötigt ist, auch den kleinsten Regungen des Ritterstandes in jener Zeit nachzugehen, die nach publizistischem Ausdruck in der literarischen Hochflut der 20er Jahre des 16. Jahrh, ringen Dabei vergisst der Verf. nicht, die Bestrebungen der Kraichgauer unter einem grösseren Gesichtspunkte zu umfassen. Stellenweise scheint die vorliegende Arbeit mehr eine Geschichte des Territoriums der Pfalz und insbesondere der Regierung des Kurfürsten Philipp bringen zu wollen, ja die Reichsgeschichte unter Kaiser Maximilian I. tritt oft bedeutend in den Vordergrund. Das kann aber niemand befremden, der bedenkt, dass grade infolge der Zentralisierungsbestrebungen des damaligen Fürstentumes das Standesbewusstsein der Ritterschaft des Westens aufs höchste gesteigert und der Reichsgedanke in ihr wiedererweckt wird.

Noch hatte die Pfalz in der ersten Hälfte des 15 Jahrh, keine landesständischen Rechte auf die Kraichgauer Ritterschaft. Das Verhältnis der Kraichgauer zu dem Kurfürsten war durch das Interesse des Dienstes und finanzielle Abhängigkeit bestimmt, wurde immer enger durch die Schirmund Erbschirmverträge zwischen beiden, ging aber nicht zur Landsässigkeit über. Die Annäherung an den Landesherrn hatte eine derartige Entfernung der Kraichgauer Ritterschaft von Kaiser und Reich zur Folge, dass

sie die Opposition des Pfalzgrafen gegen den Kaiser zu der ihrigen machte. Als nun mit der Regierung des Kurfürsten Philipp durch die Wiedererneuerung der Turniergesellschaft zum Esel im Jahre 1478 (bei der auf rittermässige Geburt gegenüber dem neuen von Kaisern und Landesfürsten geschaffenen Adels-element scharf gesehen wurde) das Standesbewusstsein der Kraichgauer gehoben wurde, musste es bei der Ueberordnung der ritterlichen Standesinteressen über die Pflichten dem Pfalzgrafen gegenüber mit letzterem zum Zusammenstoss kommen. Die an sich schon den ritterschaftlichen Ansprüchen diametral entgegenge-setzten Ansichten des Pfalzgrafen wurden durch die feindliche Haltung der Humanisten am Heidelberger Hof, und ganz besonders durch den dä-monischen Einfluss des Marschalls Johann von Trotha auf den Kurfürsten aufs feindlichste zugespitzt. Territoriale Verwicklungen zwischen Württemberg und der Pfalz gaben der Kraichgauer Ritterschaft Gelegenheit, an ihre wirtschaftlichen Rechte zu denken, und erst das kaiserliche Spezialmandat wegen Anschluss der Ritterschaft an den schwäbischen Bund riss diese zur politischen Organisation in der Speirer Vereinigung vom Jahre 1488 fort. Es trat auf diesem Tage derselbe Geist der politischen Unabhängigkeit im Kraichgauer Adel hervor; wie später auf dem Landauer Tag 1522 in der ganzen westdeutschen Reichsritterschaft. Es dürfte der Verfasser jetzt, nach den Veröffentlichungen des Rez. in dieser Zeitschrift, geneigt sein, auch den Rittertag zu Landau, der von ihm in den richtigen Zusammenhang mit dem Speirer gebracht wurde, doch als eine "Art Ritterverschwörung" einzuschätzen. Der Gedanke der Reichsunmittelbarkeit gewann schon damals zu Speier gegenüber dem Schirmverhältnis zur Pfalz immer mehr Boden. Aber aus der unklaren Lage, in der sich die Kraichgauer Ritterschaft dadurch befand, dass der Kaiser und der Schwäbische Bund sie als reichsunmittelbar, der Kurfürst sie als Landsassen behandelte, wurden die Kraichgauer erst durch die Kata-



strophe im bayerischen Erbfolgekrieg endgültig befreit. Der besiegte Pfalzgraf verlor seine Länder rechts des Rheins, und damit wurde ihm auch die Kraichgauer Ritterschaft entfremdet; der siegreiche König forderte von ihr seine Anerkennung als ihres unmittelbaren Herrn.

Die Arbeit ist trotz der vielen Einzeluntersuchungen durch zusammenfassende Ergebnisse übersichtlich gestaltet, die Literatur ist neben den reichlichen Auszügen aus Akten ziemlich vollständig herangezogen. Vielleicht dürfte sich für den weiteren Abschluss der Arbeit die Schrift von Below, Ueber die Ursache der Rezeption des römischen Rechts, vorteilhaft verwerten lassen, und so die Darstellung noch mehr in die Kontroversen allgemeiner Natur hineingezogen werden.

Düren. H. Werner.

In einer schön ausgestatteten Monographie gibt K. Heeringa eine Beschrijving von Schiedam. I. Teil: Schiedam voor 1600 (Schiedam, H. A. M. Roeland, 1910). H. schildert die topographische Entwicklung der kleinen holländischen Stadt in 3 Epochen: I. Schiedam vor 1400, II. im 15. Jhrh., III. im 16. Jahrh. Der populär gehaltenen Darstellung sind die wissenschaftlichen Belege in besonderen Anmerkungen beigegeben. Ausser durch zahlreiche Abbildungen ist das Werk durch 2 vortreffliche Karten-Nachbildungen geschmückt: Schiedam um 1550 und im J. 1598, die letztere in Mercator'scher Art.

Eberhard Gothein, Die badischen Markgrafschaften im 16. Jahrhundert. Neujahrsblätter der Badischen Historisch. Kommission, Neue Folge 13. Heidelberg 1910, Karl Winters Universitäts-Buchhandlung. S. 1—91.

Die vorliegende kleine Schrift ist ein Kabinetstück eigener Art. Nicht nur dass sie in mässigem Umfang ein kleineres geschichtliches Gebiet für einen bestimmten Zeitraum behandelt, sie ist auch für sich ein abgerundetes Ganzes, dessen Fluss der Darstellung nicht durch gelehrte Detailfragen und Anmerkungen oder durch weit-

ausgreifende Exkurse gestört wird. Der Verfasser ist allerdings wie kein anderer für dieses Gebiet dazu geeignet, infolge seiner Fülle von Kenntnissen lokaler und allgemeiner Natur sein Urteil so zu gestalten, dass man bei der Vorführung eines kleinen Territoriums den grossen geschichtlichen Zusammenhang stets sich selbst hinzudenken kann. Die Darstellung macht überall den Eindruck des Zweifellosen in vielleicht zu hohem Grade. Dieser Geschlossenheit des Ganzen, die wohl von der Tendenz des Unternehmens der Neujahrsblätter gefordert wird, entspricht auch die einfache Teilung des Stoffes in 2 Kapitel: "Das Land und die Fürsten" und "Städte und Gewerbe". politische Geschichte ist mit der Kulturschilderung aufs innigste verknüpft; so hören wir von der Zerstückelung des echten Patrimonialstaats, wie er gerade durch diese Natur in die mannigfachsten Verhältnisse anderer Territorialstaaten wie Kurtriers verflochten ist, wie einzelne Mitglieder des markgräflichen Hauses die Kondottierenrolle dem bescheidenen Fürstenwinkel im Oostale verzogen. Von dem hervorragenden badischen Fürsten, dem Markgrafen Cristoph (1475 1527). erhalten wir genauere Angaben über seine Wirksamkeit als Wirtschafter, als Ordner von Recht und Gesetz, des Rechnungs- und Forstwesens. Wenig erfahren wir von der schwülen Zeit des Bauernkrieges, der allerdings an der wohlwollenden und Vertrauen erweckenden Persönlichkeit dieses Fürsten sich brach. In derselben Weise werden auch die anderen Fürsten der Markgrafschaft in der bezeichneten Epoche behandelt. Im zweiten Kapitel gibt dann der Verfasser dem zur Verfügung stehenden Raum entsprechend eine gekürzte Darstellung rein bürgerlichen Lebens. Sie will die im 1. Band seiner Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes vorgetragenen Meinungen, soweit sie betreffen, badische Verhältnisse revidieren und ergänzen.

Düren. H. Werner.

Quellenkunde zur rheinischen evangelischen Kirchengeschichte, im Auftrag der rheinischen Provinzial-Synode angefertigt von W. Rotscheidt. Neuwied, Louis Heuser, 1910, Mk. 1.40.

Diese Erinnerungsgabe zur Gedächtnisfeier der Tagung der ersten Generalsynode der reformierten Gemeinden in Jülich-Cleve-Berg, 1610, entspricht einem dringenden Bedürfnis der kirchengeschichtlichen Forschung der Rheinprovinz, Die Anordnung und Einteilung des Materials ist möglichst einfach gehalten, wie der Bearbeiter mit Recht betont, in der Erkenntnis, dass ein solches Nachschlagebuch sich schneller gebrauchen und handhaben lässt, je weniger Abteilungen und Unterabteilungen es aufweist. Der Stoff ist in 6 Gruppen eingeteilt: A. Zur Gesamtkirchengeschichte, B. Zur Geschichte einzelner Territorien und Synoden, C. Zur Geschichte der Einzelgemeinden, D. Biographisches, E. Kirchliche Einrichtungen, Gebräuche, Verfassung und Verwaltung, F. Die Akten des Rheinischen evangelischen Kirchenarchivs in Coblenz. Innerhalb der ersten 5 Abteilungen ist die alphabetische Folge innegehalten. Die Einteilung der 6. Gruppe richtet sich selbstverständlich nach der bestehenden sachlichen Anordnung der Archivalien. Ein eingehendes Register erleichtert die Benutzung. Bequem und für den wirklichen Benutzer nur erwünscht ist bei den Gruppen B und C der freie Raum zwischen den einzelnen Namen, der für handschriftliche Nachträge freigelassen ist. Nicht einverstanden ist der Referent mit der Nichtberücksichtigung der katholischen Dekanatsgeschichten, da in manchen derselben (z.B. Grevenbroich und Blankenhe m) sonst unbekanntes Aktenmaterial zur Reformationsgeschichte mitgeteilt und verwertet worden ist, wenn auch meist in einseitiger Darstellung.

Karl Lohmeyer, Friedrich Joachim Stengel (1694 - 1787): Mitteilungen des histor. Vereins für die Saargegend, Heft XI. Düsseldorf, L. Schwann, 1911.

In den letzten zwei Jahrzehnten, angeregt vor allem durch das bekannte

grundlegende Werk Gurlitts über die Baukunst des Barock, haben zahlreiche Einzeluntersuchungen dieses infolge der früheren Geringschätzung des Barock so lange vernachlässigte Gebiet der Kunstwissenschaft weiter ausgebaut. Wie viel hier aber noch immer nachzuholen ist und welche Ueberraschungen dabei möglich sind, zeigt die vorliegende Arbeit über Friedrich Joachim Stengel, einen seit hundert Jahren so gut wie vergessenen Architekten jener Gruppe von grosszügigen, erstaunlich vielseitigen und dabei zugleich feinsinnigen Barockmeister des 18. Jahrhunderts. Eine trotz vieler Verluste besonders glückliche Erhaltung der monumentalen und aktenmässigen Quellen ermöglichte es dem Verfasser überdies, bis in alle Einzelheiten anschaulich zu schildern, wie eine der kleinen deutschen Residenzen, Saarbrücken, durch den Willen eines baulustigen Fürsten und nach den Plänen eines genialen Architekten, eben jenes Stengel, entsteht als ein einheitlich gedachtes Kunstwerk, bei dem jeder Teil, selbst das unter-geordnete Bürgerhaus, zu einer harmonischen Gesamtwirkung beizutragen bestimmt ist. Aehnliches finden wir ja an vielen Fürstenhöfen des Absolutismus; hier aber steht von Anfang an bis zum völligen Ausbau der Residenz derselbe Mann von hervorragenden künstlerischen Qualitäten an der Spitze des Bauwesens, und nach seinen Ideen unterstützt von einem kunstverständigen und gross denkenden Fürsten (Wilhelm Heinrich von Nassau-Saarbrücken) - baut sich der Ort mit dem Schloss, den Kirchen, Plätzen, öffentlichen und privaten Gebäuden auf. Und von alledem ist noch so viel erhalten, dass wir uns das Fehlende leicht an der Hand der quellenmässig belegten Ausführungen Lohmeyers einem lebendigen Gesamtbild ergänzen können.

Auch die Art des Kunstbetriebes am Hofe eines solchen Serenissimus wird durch das Aktenmaterial hell erleuchtet. Zu allen Bauunternehmungen gibt der Oberbaudirektor (Stengel) die Idee an und liefert den Gesamtentwurf mit Detaillierung der wertvolleren Teile. Die weitere Ausführung wird aber den unteren Baubeamten, Künstlern und Handwerkern mit teilweise weitem Spielraum zur künstlerischen Selbstüberlassen; bei der betätigung bewundernswerten Schulung jener Leute war es möglich, dass dennoch alles sich zu einer einheitlichen, im ursprünglichen Plane gewollten Wirkung zusammenschliessen konnte.

Diese Tätigkeit Stengels am Hofe Nassau-Saarbrücken, die den Hauptabschnitt seines langen Lebens bildet (er starb 1787 im Alter von 92 Jahren), umfasste mit kurzer Unterbrechung die Zeit von 1735 – 75. Hier in Saarbrücken entstand auch sein letztes und zugleich bedeutendstes Werk, die Ludwigskirche, die Lonmeyer wohl ohne Uebertreibung das Beste und Eigenartigste des aus-klingenden Rokoko in Deutschland nennt, und der er eine Sonderveröffentlichung widmen will.

Ausserhalb Saarbrückens sind als Werke Stengels namentlich der Winterbau des Biebricher Schlosses und das Schloss zu Dornburg im Heimatlande Stengels, Anhalt-Zerbst (er war in Zerbst geboren), zu nennen. Zu letzterem, nur teilweise ausgeführten Schlossbau ist ein hochinteressanter Entwurf Stengels vorhanden 1).

Der Entwicklungsgang Stengels, über den wir durch einen von ihm selbst abgefassten Lebenslauf besonders gut unterrichtet sind, hat ihn als Architekten des Fürstabts von Fulda und später am Schlosse zu Biebrich den Einfluss des Mainzers Maximilian von Welsch empfangen lassen, was Lohmeyer Veranlassung gibt, über diesen neben Neumann grössten Baukünstler des westlichen Deutschlands im 18. Jahrhundert ganz neues Material (darunter einen wundervollen Plan Fuldaer zur Orangerie) zu bringen und uns eine Veröffentlichung über ihn in Aussicht zu stellen, von der wir wesentliche

Berichtigungen und Bereicherungen unserer Kenntnisse des westdeutschen Barock erwarten dürfen.

Die vortreffliche Arbeit wird durch ein reichliches und gediegenes Abbildungenmaterial unterstützt. Zur Veranschaulichung der Baugeschichte Saarbrückens, die ja, wie erwähnt, den wesentlichsten und interessantesten Teil des Buches ausmacht, hätte die Beigabe eines Stadtplanes, zusammen gehalten mit der von Lohmeyer abgebildeten Ansicht aus dem Jahre 1772. gute Dienste geleistet. Auch wären von den kleineren Stengel'schen Palaisbauten einige Grundrisse, auf die auch im Text nur wenig eingegangen ist, recht erwünscht gewesen. Doch dies nur nebenbei.

Köln. Hugo Rahtgens.

Ferd Dreher, Prof. Dr. Joh. Phil. Dieftenbach (1786-1860), sein Leben und Wirken. Friedberg i. d. W. 1911. 48 Seiten (zu beziehen durch die Dyksche Buchhandlung in Leipzig, geh. 1,50 Mk.)

Der kurzen Festrede, in der auch Dieffenbachs füntjährige Tätigkeit in Krefeld (in den Jahren 1806-1811, als Gründer und Leiter einer Privatschule und Schriftleiter des Krefelder Wochenblattes) gedacht wird, sind Anmerkungen beigefügt, in denen zahlreiche Schriften und kleine Aufsätze zur Geschichte Friedbergs und der Wetterau nachgewiesen werden. M. F.

Jahrgang III und IV der von W. Rotscheidt, jetzt in Mörs, herausgegebenen Monatshefte für Rheinische Kirchengeschichte berücksichtigen wiederum alle Teile der Provinz. Besonders eingehend und lehrreich sind die Mitteilungen, welche K. Harraeus über die untergegangene evangelische Gemeinde Rhens macht. Die 125 Nummern der Aktenauszüge reichen bis 1685. Eine Geschichte der evangelischen Gemeinde Winningen liefert der dortige Pfarrer A. Müller. Dem Hunsrück ist ein Aufsatz zur kirchlichen Geschichte des Hunsrücks von A. Zillessen gewidmet, sowie die von F. Glaser mitgeteilten Akten zur Einführung des Simultaneums in Kirn an der

<sup>1)</sup> Die nicht zur Ausführung gekommenen, von Pavillons unterbrochenen Wandelhallen, die den Schlosshof umfassen, sind doch keine so völlige, von Palladio beeinflusste Neuerung, wie Lohmeyer meint; sie finden sich in reicherer und barockerer Ausbildung schon beim Dresdener Zwinger.

Nahe. Grössere Beiträge betreffen ausserdem die Gemeinden Neukirchen bei Moers, Ringenberg, Emmerich und

Der IV. Jahrgang wird in erfreulicher Weise durch einen schönen und anregenden Aufsatz von Fr. Nippold eröffnet: Allgemeine Ergebnisse der Spezialstudien der "Monatshefte". Von demselben Verfasser enthält derselbe Band ausserdem einen Aufsatz: Die Begründung des Jesuitenkollegs in Emmerich und der Glaubenskrieg, der III. Band Ausführungen zur Reformationsgeschichte von Emmerich. Sehr eingehend sind die Mitteilungen zur Geschichte der evangelischen Gemeinde Solingen (-1848) von dem dortigen Pfarrer F. Gieseke. Kulturgeschichtlich wertvoll ist der Aufsatz von W. Bösken über die französische Gemeinde in Cleve, die von 1685-1803 bestanden hat, und deren Reste allmählich in die deutsche reformierte Gemeinde aufgingen. Von allgemeinerem Werte ist der Bericht über den Zustand der Pfarrkirchen im Bergischen Lande (von 1636), den Bockmühl veröffent-licht, und ein aus dem Jahre 1631 stammender Bericht über die retormierten Kirchen im Jülicher Lande, mitgeteilt von W. Rotscheidt Ebenso sind beachtenswert die Beiträge zur Geschichte der evangelischen Kirche in der mittleren Saargegend von Rektor Jungk. In den zahlreichen kleineren Beiträgen, welche jeder Jahrgang enthält, ist namentlich auch biographisches Material verwertet. Die zahlreichen Bücherbesprechungen stammen meist aus der Feder des rührigen Herausgebers, dem zu wünschen ist, dass noch mehr als bisher die lokalen Forscher ihm ihre Beihülfe leihen möchten.

Kumpmann, Karl, Die Entstehung der Rheinischen Eisenbahngesellschaft 1830 - 1844. Ein erster Beitrag zur Geschichte der Rheinischen Eisenbahn (Veröffentlichungen des Archivs für rheinisch-westfälische Wirtschaftsgeschichte, Band 1). Essen-Ruhr, 1910, G. D. Baedecker, XX, 510 S. Geb. M. 8.-

Die Entstehungsgeschichte der

Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft erhält ihre bedeutsame Eigenart durch ihren ungewöhnlich interessanten internationalen politischen und Hintergrund, wirtschaftlichen Teilnahme historischer Persönlichkeiten und durch ihre ausserordentliche Kompliziertheit. Es ist das grosse Verdienst des Verfassers, diese Eigenart in seiner sorgfältigen, geschickt disponierten und lebendig geschriebenen Arbeit anschaulich vor

Augen geführt zu haben.

Seiner eigentlichen Aufgabe entledigt sich der Verf. in den Kapiteln 2-5 und 7 und 8. Er schildert hier die Entstehung des Planes einer Köln-Antwerpener Bahn, der, schon vor der Trennung Belgiens von Holland vorhanden, erst nach derselben von dem jungen Staat energisch aufgegriffen und durch das allgemeine Eisenbahngesetz vom 1 Mai 1834 gesichert wird. Erheblich langsamer entwickeln sich die Dinge im Rheinland, speziell in Köln. Wohl verkennt man hier nicht die grosse Bedeutung des neuen Verkehrswegs für den Kampf um die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Holland, das durch seine Handelspolitik eine freie Rheinschiffahrt nicht auf kommen lässt, und es wird, da der Staat Preussen als Unternehmer aus bekannten Gründen nicht in Betracht kommt, schon im Mai 1835 ein Komité für die Eisenbahn gebildet, das im Dezember desselben Jahres auch die vorläufige Konzession erlangt — Erfolge, die hauptsächlich Ludolf Camphausen zuzuschreiben sind, der, erst dreissigjährig, die treibende Kraft in Köln ist, durch die seltene Vereinigung von kaufmännischer, philosophischer schriftstellerischer Begabung durch die Reinheit seiner Gesinnung eine einzigartige Persönlichkeit. Erst 1835 aber, nach Ueberwindung von mancherlei Widerständen, kommt die Rheinische Eisenbahn - Gesellschaft zustande, und doch erheben sich erst jetzt die eigentlichen Schwierigkeiten. Es beginnt ein zweijähriger Kampf um die Linienführung, den der tat-kräftige und geschickte David Hansemann im Interesse der Städte Aachen und Düren gegen Camphausen führt und 1837 zu seinen Gunsten ent-

scheidet. Camphausen scheidet freiwillig aus, Hansemann organisiert die Eisenbahngesellschaft und leitet den Bau der Bahn durch alle Hemmnisse, besonders finanzieller Natur, bis zur glücklichen Vollendung im Herbst 1843, wird dann aber bald mit seinen Kollegen durch den Bankier Oppenheim, der ebenfalls Mitglied der Direktion war, aus finanzpolitischen Gründen verdrängt und macht Mevissen Platz, der dann fast ein Menschenalter hindurch dem Unternehmen vorsteht und ihm den Stempel seiner Unternehmerpersönlichkeit aufdrückt.

Es ist im Rahmen eines kurzen Referats nicht möglich, von dem reichen Inhalt dieser Kapitel eine zutreffende Vorstellung zu geben. Besonders die ausgiebige Verwertung von Briefen der führenden Persönlichkeiten gibt dem vom Verfasser entworfenen Bild einen Reiz, dessen Genuss nur die Lektüre gewähren kann. Leberhaupt hat der Verfasser Quellenmaterial erschöpfend herangezogen, das ihm neben dem Berliner Staatsarchiv vorwiegend das Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsarchiv in den Akten der Eisenbahngesellschaft, der Handelskammer Köln und dem handschriftlichen Nachlass der Persönlichkeiten lieferte. Entgangen sind dem Verfasser für die Vorgeschichte der Bahn einmal Tatsache, interessante Friedrich List während seines Pariser Aufenthaltes um die Wende des Jahres 1830 auch für die Anlage dieser Bahn sich interessiert hat und für ihren Bau tätig gewesen ist, ferner das erste Schreiben der Handelskammer Antwerpen über das Projekt vom 28. Juli 1831, das aber von der Handelskammer Köln mit Rücksicht auf die ungeklärte politische Lage, das schwebende Projekt einer Köln-Amsterdamer Bahn und die günstige Entwicklung der Rheinfrachten ablehnend beantwortet wurde.

Die Darstellung der Entstehungsgeschichte der Rheinischen Eisenbahn unterbricht das sechste Kapitel, in dem der Verfasser die seit 1840 einsetzenden Bemühungen der Gesellschaft, d. h. Hansemanns schildert, den alten, schon einmal gescheiterten Plan des Baues einer Rhein-Weser-Bahn durchzuführen, ein Versuch, der trotz der zähen Arbeit Hansemanns 1843 an der Haltung der Regierung und der Opposition der Gegner scheitert.

Bereits in diesem Kapitel fällt dem Leser eine gewisse Breite der Erzählung auf, zu der den Verfasser die Liebe zu seinem interessanten Stoff verleitet hat. Wenn auch diese Pläne und die Arbeit der Gesellschaft für ihre Verwirklichung dargestellt werden mussten, so konnte das Wesentliche doch viel mehr herausgearbeitet werden, zumal gerade für diesen Abschnitt die Hauptquellen in den beiden Hansemannschen Besehr bequem zugänglich waren. Es geht doch zu weit, wenn der Verfasser z. B. einmal schreibt: "Am 22. April bestätigte Hansemann dem Finanzminister den Empfang seiner Erklärung vom 14. und . . Auch in den beiden letzten Kapiteln stört diese Neigung, alles mitzuteilen, was die Akten berichten, die Lektüre. Auch hier musste der Stoff mehr kommandiert werden. So sind die Ausführungen über die Zollabfertigung zu breit geraten, und die Schilderung der Feste anlässlich der Eröffnung der Bahn im achten Kapitel verträgt dieser Ausführlichkeit sich schlechterdings nicht mit dem wissenschaftlichen Charakter des Buches.

Statt dessen wäre es wünschenswert gewesen, wenn der Verfasser auf die durch den Stoff aufgeworfenen Fragen ausführlicher eingegangen wäre. Das Tarifwesen und die Tarifpolitik des jungen Unternehmens hätte eine eingehendere Behandlung verdient, und es wäre durch die Durchdringung mit tariftheoretischen Gesichtspunkten und durch Vergleiche mit dem Tarifwesen anderer Bahnen lichtvoller geworden. Bei der Darstellung des Kampfes um die Statuten der Gesellschaft zwischen Camphausen und Hansemann vermisst man nach dem Siege Hansemanns eine zusammenfassende Vebersicht und Wertung der gegensätzlichen Anschauungen. Das Urteil, die Statutenentwürfe seien von Camphausen und Hausemann "fast ohne Vorbild in der Werkstatt der Gedanken" konstruiert worden,

begründet werden müssen. hätte Dem Referenten erscheint es der sonst zu konstatierenden Verwertung ausländischer Erfahrungen gegenüber nicht haltbar. Auch der Würdigung der beiden Camphausenschen Schriften von 1833 und 1835 kann man nicht zustimmen. Die hohe Einschätzung der ersten ist nur begründet, wenn ihre gedankliche Unabhängigkeit von den seit 1:27 erscheinenden Listschen Schriften über die Eisenbahnen dargetan wird. Dieser Beweis ist aber nicht erbracht. Der Zweck der Schrift von 1835 ist nicht genügend hervorgehoben. Sie sollte der bedrohlich werdenden Agitation für die Einführung von Dampfwagen auf den Landstrassen, wie sie Lips und andere seit 1833 betrieben, entgegentreten und die Abnormität der entmutigend wirkenden Höhe der Baukosten der Liverpool-Manchester-Bahn dartun. gesichts dieser speziellen Zwecke der Schrift, die sie mit der von 1833 unvergleichbar machen, hält der Referent das Urteil, sie stehe dem Gehalt und der Gedrungenheit der Gedankenfolge nach hinter der ersten zurück, nicht für gerecht.

Am wenigsten befriedigt das erste einleitende Kapitel der Arbeit. Es gibt die übliche Zusammenstellung der bekannten Daten über die Anfänge des Eisenbahnwesens in Deutschland, besonders in Rheinland-Westfalen, ohne neue Gesichtspunkte und ohne Genauigkeit im einzelnen. Als Nationalökonomen hätte es dem Verfasser eigentlich näher liegen müssen, einmal das Aufkommen des neuen Verkehrsmittels im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung Englands zu schildern und als heuristischen Gesichtspunkt dabei das Wort Lists zu verwerten: Dem Aufkommen der Manufakturen hauptsächlich ist die Verbesserung der Strassen, der Flussschiffahrt, die Anlegung von Kanälen und Eisenbahnen zuzuschreiben. Verdienstlich wäre ferner eine Geschichte der Reception des Eisenbahngedankens in Deutschland gewesen, besonders durch eine sorgfältige Analyse der Schriften zum Eisenbahnwesen etwa bis zum Bau der ersten Eisenbahn. Es hätte sich ergeben, dass der Ruhm, den man bisher Fritz Harkort zuerteilt, eigentlich Joseph von Baader gebührt, dass dem Jahre 1833, in dem die Schriften von List, Camphausen, scheidende Bedeutung zukommt, und Harkort, Newhouse, Lips, Egen, Henschel und Gordon erscheinen, in der Geschichte des Eisenbahngedankens in Deutschland und damit des deutschen Eisenbahnwesens eine entwäre eine reizvolle Aufgabe gewesen, die Spiegelung der neuen Erfindung im Geiste die er Männer zu betrachten. Durch Lösung dieser beiden Aufgaben wäre die Eisenbahnliteratur einen Schritt vorwärts gebracht worden.

In der Form, in der es vorliegt, gibt das Kapitel zu einigen ergänzenden und berichtigenden Bemerkungen Anlass.

Wenn der Verfasser S. 7 die herkömmliche Anschauung teilt, man habe zu Beginn der Eisenbahnzeit geglaubt, die Eisenbahnen hätten bei weitem die grösste Wichtigkeit nicht für die Güter-, sondern für die Personenbeförderung, so stimmt das nur für den Kontinent, nicht aber für England, wo man anfangs gerade die entgegengesetzte Meinung vertrat. Die Begeisterung für Eisenbahnprojekte in England wird erst dadurch verständlich.

Ueber den S. 16 erwähnten Vertrag Kölner Handelshäuser mit einer Güterbe-tätterei über die Einrichtung regelmässiger Schnell- und Frachtfuhren zu festgesetzten Preisen, für die sich der Verfasser auf die Rothersche Denkschrift vom 16. Aug. 1835 beruft, findet sich das Quellenmaterial im Wirtschaftsarchiv. Danach ist diese Vereinbarung nicht in Kraft getreten. Als Versuch einer Verbesserung des Landfuhrwesens behält sie natürlich trotzdem ihre Bedeutung.

Auf S. 6 ist irrtümlich als Vertreter des Ideals der freien Schiene David Hansemann zitiert. Die Bedeutung der Hansemannschen Schrift von 1837 liegt in dieser Hinsicht aber gerade darin, dass er damals schon auf die praktischen Erfahrungen verweist, die der Verwirklichung dieses Ideals entgegenstehen. Es liegt demnach eine Verwechselung mit der ent-

sprechenden Camphausenschen Arbeit | von 1838 vor.

Unter den Gründen, die für das Scheitern des Eisenbahnprojektes Amsterdam-Köln S. 32 angegeben werden, fehlt der Hauptgrund: es gelang nicht, die Ertragsfähigkeit der Bahn infolge der Konkurrenz des Rheins nachzuweisen. Erst S. 119 Anm. 1 wird darauf hingewiesen.

In der Darstellung der Entstehung des Eisenbahngesetzes von 1838 vermisst man die energische Betonung des Einflusses der englischen Eisenbahngesetzgebung, besonders der Liverpool-Manchester-Act, und der ausländischen, besonders der englischen Erfahrungen im Eisenbahnwesen, die nicht so bescheiden waren, wie der Verfasser annimmt.

Indes alle diese Anmerkungen berühren nicht die Lösung der eigentlichen Aufgabe des Verfassers, die ihm, wie schon erwähnt, trefflich gelungen ist. Sein Verdienst bleibt darum gross, es wäre freilich noch grösser gewesen, wenn er die Gelegenheit, historische Ergebnisse aus seinem Stoffe herauszuarbeiten, noch mehr benutzt hätte. —

Das Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsarchiv, als dessen erste Publikation das Werk erscheint, konnte kein besseres Zeugnis von dem Reichtum seiner Schätze und keinen überzeugenderen Beweis von seiner Existenzberechtigung geben, als es mit diesem Werk geschehen ist.

Köln. Dr. G. Witzel.

Franz Schnabel, Der Zusammenschluss des politischen Katholizismus in Deutschland im Jahre 1848. Heidelberger Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte. Herausgegeben von Karl Hampe und Hermann Oncken. 22. Heft. Heidelberg, Karl Winter 1910. 218 S., 3,60 Mk.

Eine aus der Schule Hermann Onckens hervorgegangene, ungewöhnlich reife, gehaltvolle und tief eindringende Arbeit. Aus dem fast verwirrenden Reichtum des Inhalts kann hier nur das Hauptsächlichste hervorgehoben werden.

Als Organisatoren des politischen

Katholizismus treten im Jahre 1848 vor allem drei Männer hervor: Erzbischof Geissel von Köln, dem im deutschen Episkopat eine leitende Rolle zufällt, Domkapitular Lennig in Mainz, der Gründer des Piusvereins zum Schutze der religiösen und kirchlichen Freiheit (23. März 1848), und der Demagog des badischen Katholizismus, Franz Joseph Buss, Präsident der ersten Katholikenversammlung zu Mainz Anfang Oktober 1848. Geissel, an Willenskratt und politischer Begabung allen seinen Mitstreitern, aber auchder preussischen Bureaukratie weit überlegen, arbeitet von vornherein auf ein klar erkanntes Ziel los: nicht wie in Belgien Trennung. sondern Unabhängigkeit der Kirche vom Staat, so dass die staatliche Aufsicht wegfiel, der staatliche Schutz aber der Kirche verblieb. Die Beschlüsse einer von Geissel geleiteten Kölner Bischofskonferenz werden die Grundlage für die Bildung eines katholischen Vereins unter den Mitgliedern des Frankfurter Parlamente. dessen Präsident Radowitz wird. Der Verein vermochte zwar die Wünsche der Kölner Konferenz bei der Beratung nicht durchzusetzen, errang aber, da ja auch die Linke die Trennung von Staat und Kirche erstrebte, gleichwohl für die Kirche eine weit unabhängigere Stellung, als ihr in den meisten Einzelstaaten bis dahin beschieden war. Aehnliche Erfolge hatte die Politik Geissels bei der Feststellung der preussischen Verfassung zu verzeichnen; noch die Revision durch Zentralkommission zwischen dem 26. Juli und 12. Oktober hat, offenbar infolge einer Verständigung der Klerikalen mit Radikalen, über das Verhältnis von Staat und Kirche auffallend weitgehende Bestimmungen gezeitigt, die denen der Frankfurter Grundrechte im wesentlichen entsprechen. Noch auffallender ist, dass diese Bestimmungen in die oktroyierte Verfassung vom 5. Dezember übergegangen sind.

Nachdem der Frankfurter katholische Verein sich um diese Zeit aufgelöst hatte, ist dann im Kampf um die Reichsverfassung der konfessionelle Gegensatz in voller Schärfe erwacht. Er deckte sich mit dem der Kleindeutschen gegen die Grossdeutschen, aber nationale Ziele hatten auch die letzteren: sie verfochten die historischen Rechte des alten Reiches gegen die usurpierten des protestanfreilich tischen Preussen. Aber wünschten sie ein zweiköpfiges Direktorium, kein Kaisertum, weil dies die Zentralisation und damit die Gefährdung der eben erlangten Kirchenfreiheit bedeutet hätte und dem Sondergeist namentlich der Baiern unerträglich war. Nur die Revolution hat dem deutschen Katholizismus den politischen Zusammenschluss und die Erringung der Kirchenfreiheit ermöglicht; mit der befreiten Kirche haben dann die alten Gewalten einen Bund gegen die Revolution geschlossen.

Das alles ist auf Grund einer umfassenden Literatur- und Quellenkenntnis mit erfreulicher Ruhe und Unbefangenheit dargelegt. Die mannigfachen geistigen Einwirkungen des Auslandes, namentlich Frankreichs, sind nachdrücklich hervorgehoben, die Erfolge der Katholiken bei den Wahlen für das Frankfurter Parlament bis ins Einzelne dargelegt, die Persönlichkeiten der Führer, auch die zweiten und dritten Ranges treffend und in stetem Hinblick auf ihr Verhältnis zu den grossen Zeitströmungen charakterisiert.

Freilich, die Arbeit zeigt auch, wie viel auf diesem Gebiet noch Problem ist. Die regen Beziehungen der katholischen Intelligenz zu den führenden französischen Glaubensgenossen, das Ringen des mittelalterlich-romantischen mit dem jesuitischen Katholizismus, die Meinungsverschiedenheiten über die Zulassung der Jesuiten und die Errichtung einer deutschen Nationalkirche, die Widerstände, auf die Geissels Politik bei niederen Klerus stiess, das Verhalten von Radowitz, die Taktik der Klerikalen während der entscheidenden Krisis des preussischen Verfassungswerkes - das alles wird von Schnabel mehr nur gestreift als erschöpfend behandelt. Bleibt somit in Vorgeschichte und Verlauf des von ihm geschilderten Prozesses noch manches dunkel, so betont das Vorwort doch mit Recht, dass er ungewöhnlich reichen Aufschluss für die weitere Geschichte des politischen Katholizismus in Deutschland bietet. Die für seine Erfolge entscheidende Verbindung hierarchisch - legitimistischer und demokratischer Tendenzen ist schon bei seinem ersten Zusammenschluss sichtbar und wirksam.

Utrecht.

O. Oppermann.



### Berichtigung.

Im ersten Hefte dieses Jahrganges ist in die von Herrn Dr. F. Vigener verfaßte Besprechung S. 117, Zeile 20 von unten, von mir versehentlich das Wort "vorauszuschicken" eingefügt worden. Dieses Wort ist zu streichen.

Hashagen.



# Zur Entstehungsgeschichte der Stadt Köln.

## Kritische Bemerkungen im Anschluss an Hermann Keussens Topographie der Stadt Köln<sup>1</sup>).

Von Gerhard Seeliger.

Inhalt: I. Charakterisierung des Keussenschen Werkes, seine Bedeutung als Geschichtsquelle. S. 463–468. II. Verfassungsfragen. Keussens Ansichten im Verhältnis zu anderen (Seeliger, Beyerle) S. 468–476. III. Die Kölner Allmende. S. 476—482. IV. Das Bürgerregiment auf dem Stadthaus im 12. Jahrhundert. S. 482—497. V. Schluss-Skizze: Die Anfänge der Kölner Stadtgemeinde. S. 497—505.

I

Einem Preisausschreiben der Mevissen-Stiftung von 1891 verdankt Keussens Werk seine Entstehung. Schon 1900 wurde dem Preisrichter-kelleg der Entwurf einer Topographie der Stadt Köln im Mittelalter vorgelegt. Aber noch waren umfassende Arbeiten zu bewältigen, und erst während des Druckes, der 1904 begonnen hatte, wurden die Karten und die speziellen Abschnitte der Darstellung hergestellt. Fast zwei Jahrzehnte emsiger Forschertätigkeit hat Keussen der Kölner Topographie gewidmet. Aussergewöhnlicher Fleiss, tiefes Verständnis für das Allgemeine und Besondere im mittelalterlichen Verfassungsleben und hervorragender Scharfsinn mussten sich vereinigen, um ein Werk zustande zu bringen, das als einzigartig gelten darf, das an Bedeutung ähnliche Veröffentlichungen der älteren und neuesten Zeit so übertrifft, wie Köln die Schwesterstädte Deutschlands im Mittelalter überragte. Allerdings verfügt Köln über ein besonders reiches archi-

Westd. Zeitschr. f. Gesch. u. Kunst. XXX, IV.

30



<sup>1)</sup> H. Keussen, Topographie der Stadt Köln im Mittelalter. Gekrönte Preisschrift (Preis-Schriften der Mevissen-Stiftung, gekrönt und herausgegeben von der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde), 2 Bde in 4°. XXVIII. 209\*. 457. 496 S. 9 Karten in folio. Bonn, Hanstein 1910, Pr. 50 Mk., geb. 60 Mk.

valisches Material, in erster Linie über die bis ins 4. Jahrzehnt des 12. Jahrhunderts hinaufreichenden Schreinskarten und -bücher, die bis 1877 auf dem Speicher des Landgerichtsgebäudes ruhten und wissenschaftlich fast unbenutzt blieben, die aber dann, ins Historische Archiv der Stadt Köln überführt, als eine Geschichtsquelle ersten Ranges erkannt und in ihren ältesten Beständen von der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde veröffentlicht wurden. Wenn die Kölner Topographie, die vor mehreren Jahrzehnten Peter Fuchs bearbeitet hat und die als Handschrift in vier Bänden im Kölner Stadtarchiv verwahrt wird, den Anforderungen nicht genügt, so liegt das — abgesehen von anderen Umständen — vornehmlich darin, dass Fuchs die wichtigen Aussagen der städtischen Grundbücher nicht verwertet hat.

Keussens Werk "will eine geschichtliche Ortsbeschreibung der Stadt Köln in allen Einzelheiten geben, zwar mit grundsätzlicher Beschränkung auf das Mittelalter, aber ohne den Zusammenhang mit der späteren Entwicklung aus den Augen zu verlieren". Die Beschreibung der Einzelgrundstücke ist nach den Schreinsbezirken geordnet. die sich über die ganze Stadt ausbreiten. Der erste Band bietet die Beschreibung der Grundstücke von S. Martin, S. Brigida, S. Alban. S. Laurenz, S. Peter, S. Columba und S. Aposteln — der sieben inneren Bezirke; der zweite die der Grundstücke von Airsbach (Oversburg), Niederich, Severin, Mauritius (Weverstrasse), Christoph, Eigelstein und Hacht — der sieben äusseren, erst im 12. Jahrhundert der Stadt einverleibten. Es folgt ein Verzeichnis der Fluren, die in den Schreinsbüchern der Aussenbezirke erwähnt sind und die sich mit den Schweidbezirken der Bauernbänke decken. Im einzelnen wird das Material, das vornehmlich den Schreinsbüchern entnommen ist, so gruppiert, dass innerhalb der Bezirke die Strassen in alphabetischer Folge (unter Zugrundelegung der modernen Namen) aufgeführt werden. Dabei sind die lateinischen Quellenstellen lateinisch, die deutschen deutsch wiedergegeben, alle natürlich in starker Abkürzung. Um eine rasche Orientierung und eine bequeme Benutzung der Einzelangaben zu ermöglichen, sind den Beschreibungen der einzelnen Gebiete Sonderpläne dieser Bezirke vorangesetzt, je sieben im ersten und zweiten Band. Da naturgemäss die Benutzbarkeit der umfassenden Quellenstellen von einem guten Register abhängt, so ist der Abfassung eines Personenund Ortsregisters (S. 341-478) und eines Glossars (S. 479-4961 grosse Sorgfalt zugewendet worden.

Von besonderem Wert sind die dem Werk beigegebenen 9 Karten: 1. die Kölner Stadterweiterungen im Mittelalter, ein Blatt, auf dem



das Anwachsen der Stadt in allgemeinen Umrissen deutlich zu beobachten ist, die römische Stadt, die im 10. Jahrhundert besiedelte Rheinvorstadt, die 1106 und 1180 einverleibten Gebiete; 2. Köln in Karolingischer Zeit um 800; 3. in Ottonischer Zeit um 1000; 4. in Hohenstaufischer Zeit um 1150; 5. um das Jahr 1300; 6. Übersicht über die Schreinsbezirke (um 1500); 7. Übersicht über die Pfarreinteilung, die kirchlichen und Wohltätigkeitseinrichtungen (um 1500); 8. der Kölner Stadtplan des Arnold Mercator von 1571; 9. Prospekt der Stadt Köln i. J. 1531, nach dem Holzschnitt des Anton Woensam von Worms. Die Zeichnungen der Karten 1—7 sind das Ergebnis tiefgehender Einzelforschung, an der neben Keussen auch Klinkenberg (Bl. 2) und Oppermann (Bl. 2. 3. 4) beteiligt waren. Als besonders erfreulich ist hervorzuheben, dass die historischen Eintragungen der Karten sich frei gehalten haben von Konzessionen an unsichere Theorien, die mitunter siegesgewiss Ergebnisse von höchst zweifelhaftem Wert verkündet haben. Keussen gewährt nur dem wirklich Feststehenden Aufnahme und wusste das nur Wahrscheinliche als solches zu kennzeichnen. Mit einer Ausnahme: die Ansicht über die Allmende von Altköln, wie sie auf Bl. 2 und 3 verwertet ist, kann m. E. — es soll darüber unten gehandelt werden — keineswegs als wirklich sicher begründet gelten.

Das Werk Keussens wird in Zukunft als eminente Quelle zu wirken berufen sein. Es wird nicht nur dem Kölner Lokalforscher, es wird dem Sozial- und Verfassungshistoriker im allgemeinen viel zu bieten haben und zur intensiven Beschäftigung mit Fragen anregen, die von allgemeinem geschichtswissenschaftlichem Interesse sind.

Wenn schon längst in der Schreinspublikation Hönigers grundlegendes Material zur Erforschung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse vorlag, so werden jetzt durch die genauere topographische Fundierung weit sichere Ergebnisse ermöglicht. Und viel ist hier noch aufzuklären: der Charakter des freien und abhängigen Grundbesitzes, die Art der Grundübertragungen, der Unterschied zwischen Schreinsgut und anderem Gut innerhalb der Stadt, die Gerichtszuständigkeit gewisser Grundstücke und die Art ihrer Verbindung mit nichtbürgerlichen, mitunter mit ausserstädtischen Gerichten. Hier erwachsen wichtige Aufgaben dem Rechtshistoriker, dem es auf die juristische Charakterisierung ankommt, aber auch dem Historiker, der die für das soziale und politische Gemeinschaftsleben wichtigen Zusammenhänge zu erfassen strebt.

Die Topographie wird ferner wichtige Dienste den Arbeiten leisten, die sich mit der Bewohnerschaft von Köln näher beschäftigen, die deren



Herkunft in lokaler, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht, deren Besitzverhältnisse und gleichzeitige Zugehörigkeit zum Stadt- und einem Hofgericht erforschen, die sich mit der Frage beschäftigen, wie sich Bewohnerschaft zur Bürgerschaft i. e. S., wie sich allgemeinere Teilnahme an den Vorteilen des Stadtrechts zum Bürgerrecht verhält, seit wann und wie ein Bürgerrecht i. e. S. entstand, mit der Frage, ob Besitz freien Grundeigens Voraussetzung für Erwerbung des Bürgerrechts bildete, ob Dinggenossenschaft zum Bürgertum geführt hat usw.

Die Topographie mag aber auch Anregung bieten zu einer Beschäftigung mit den Immunitäten in Köln. Diese nehmen einen verhältnismässig recht grossen Teil des Stadtgebiets in Anspruch. Wieder Erzbischof, der Stadtherr, sich anfangs einen weiten Bezirk um den Dom (den späteren Hachtbezirk) als Immunität von bürgerlicher Siedelung freigehalten hat, so auch andere geistliche Herren: von Anfang an finden sich Immunitäten im alten Stadtgebiet von recht beträchtlicher Ausdehnung. Wie aber der Erzbischof zu Beginn des 13. Jahrhunderts einen Teil seiner Immunität Leuten von bürgerlicher Beschäftigung übergab, ohne allerdings damit die aufgeteilten Grundstücke dem Stadtgericht, sondern um sie vielmehr einem eigenen Hofgericht zu unterstellen, so haben auch andere Herrschaften Teile ihrer Immunitäten aus wirtschaftlichen Erwägungen bürgerlich besiedeln lassen und besonders gerne Zinshäuser nach der Strassenfront hin vergeben, wobei teils ein Aufhören aller Immunitätsrechte und volles Eintreten in den Stadtrechtskreis erfolgte, teils aber eine gewisse Wahrung von Sonderrechten beansprucht wurde. Gewiss war das Stadtrecht gegenüber den Immunitäten im Vordringen begriffen. Anderseits sind noch in späterer Zeit Neubildungen von Immunitäten zu beobachten: durch Zusammenkaufen von Grundstücken und Zusammenfügen zu einer neuen Immunität oder einem möglichst exemten Gebiet. Bekannt ist, wie die Stadtbehörden sich dagegen wehrten, teils mit teils ohne Erfolg.

Die Topographie Keussens reicht naturgemäss als Quelle für Erörterungen in der eben berührten Richtung nicht aus. Sie wird aber stets mit ihren topographischen Zusammenstellungen eine sichere Grundlage bieten und oft der Forscherarbeit den sichern Weg weisen.

Seinem Quellenwerk, d. i. der Beschreibung der Kölner Grundstücke, hat Keussen eine umfangreiche "Darstellung" vorausgeschickt: (S. 1\*—204\*). In knappster Weise wird hier ein ungemein ausgedehntes Material verarbeitet, die Quellen-Angaben der "Beschreibung" von verschiedenen Gesichtspunkten aus verwertet, aber weit darüber



hinaus archivalisches und gedrucktes Material herangezogen, um ein lebendiges Bild der städtischen Verhältnisse zu entwerfen. stellung zerfällt in einen allgemeinen (S. 1\*-77\*) und in einen speziellen Teil (S. 78\*-197\*). Im allgemeinen Teil, der übrigens grösstenteils ein mitunter veränderter Wiederabdruck von zwei vorher veröffentlichten Arbeiten Keussens ist<sup>2</sup>), wird die topographische Entwicklung Kölns von der Römerzeit an und seine Verfassungsentwicklung auf topographischer Grundlage behandelt. Im speziellen wird Haus und Hof der Bürger eingehend betrachtet, Grösse und Bauart, Treppe und Dach, Einteilung und Einzelverwendung der Räume. Es werden die Privat- und die öffentlichen Gebäude beobachtet, die Strassen und Plätze, die Befestigungsanlagen, die Wasserversorgung und die Entwässerung studiert. Unsere Kenntnis der Verfassungs- und Rechtsverhältnisse empfängt ebenso reiche Förderung wie die des privaten Lebens. Und Keussens Ausführungen sind umso wirksamer, weil sie über das lokalhistorische hinausgehen, weil Keussen vergleichende Blicke auf andere Städte zu werfen und so seinen Betrachtungen eine allgemeingeschichtliche Grundlage zu geben wusste.

Auf Einzelnes soll hier nicht eingegangen werden. Von nicht geringem Interesse ist, was wir über die Beschaffenheit und über die Bildung der grossen herrschaftlichen Höfe erfahren, was über Häusereigentum (schon im 12. Jahrhundert begegnet ein getrenntes Stockwerkeigentum), was über Strassenpolizei und Massnahmen gegen Überhang und Vorgezimmer, was über die wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Stadtbezirke (Unterschied zwischen agrarischem und gewerblichem Charakter der Siedelung, 60—70 Bierbrauereien im 15. Jahrhundert) u. dgl. mehr berichtet wird. Auch die Frage der Häuserzahl und der Einwohnerzahl wird erörtert und im Hinblick auf zwei allerdings in den Aussagen divergierende Verzeichnisse von 1656 und 1705 das Ergebnis gewonnen, dass — abgesehen von den auf 200—300 zu schätzenden Häusern der Immunitäten — die Anzahl der Gebäude rund 8000, die Zahl der Einwohner am Ende des Mittelalters etwa 37000 betragen habe.

2) Die "Untersuchungen zur älteren Topographie und Verfassungsgeschichte von Köln", in der Westd. Ztschr. 20 (1901) erschienen, bilden im wesentlichen die Abschnitte I, III-IX der Darstellung, die nur ein neues Kapitel II "Überreste der Römerzeit im Mittelalter" (S. 5\*—11\*) hinzufügt. Die Studie "Die Entwicklung der älteren Kölner Verfassung und ihre topographische Grundlage" (Westd. Ztschr. 28, 1910) ist in der Hauptsache als Abschnitt X der Darstellung in der Topographie abgedruckt, nur das 4. Kapitel der Abhandlung "Schöffen und Senatoren" ist fortgeblieben.



In der Tat gewähren Keussens Forschungen einen tiefen Einblick in das reiche und mannigfaltige Bürgerleben des mittelalterlichen Köln. Manche Bemerkung wird noch weiterer Forschung Anregung bieten. Aber Keussen hat vor allem die Kölner Siedelungsgeschichte aufgehellt. Und diese Forschungen halte ich für abschliessend. Jetzt wissen wir bestimmt, wo und wann die einzelnen Gebiete im Weichbild des mittelalterlichen Köln besiedelt wurden, wir kennen die vom Bischofshof und von den einzelnen Stiftern ausgehenden herrschaftlichen Gerechtsame, wir kennen den Umfang des Gebiets, das durch Mauer und Wall in älterer Zeit umschlossen wurde, wir vermögen zu beobachten, wann und wie wirtschaftliche und militärische Bedürfnisse zu Stadterweiterungen geführt haben.

Da wir so ein reiches Tatsachenmaterial als zweifellos feste Grundlage haben — sollte da nicht die Frage nach dem Ursprung der Kölner Bürgergemeinde und der eigenen bürgerlichen Organe mit Sicherheit beantwortet werden dürfen? Keussen hat sich in seiner "Darstellung" zusammenfassend geäussert. Es soll im folgenden Stellung zu diesen Fragen genommen und einige strittige Punkte zu beleuchten versucht werden.

11.

In der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts ist das Dasein mehrerer Kölner Kleingemeinden nachzuweisen, daneben aber auch eine Gesamtgemeinde, die das ganze von der Stadtbefestigung umschlossene Gebiet umfasste. Die Frage nach dem Ursprung dieser kommunalen Bildungen ist oft erörtert, von der einen Seite ist ihre Entstehung aus staatlichen Gerichtsbezirken, von der andern Seite ihr ursprünglich kommunaler. d. i. privater. Charakter betont worden. Besonders seit Kruse die Schreinsführung der Kölner Parochieen aus einer alten Bauerschaftskompetenz ableiten zu müssen geglaubt hat, wurde — insbesondere von G. v. Below — die Bildung des kölnischen Gemeindelebens auf eine besondere Gemeindegewalt zurückgeführt, die neben der staatlichen und unabhängig von dieser und deren Inhabern bestanden haben soll. Die "Landgemeindetheorie", d. i. die Annahme, dass die Stadtgemeinde aus der älteren Landgemeinde hervorgegangen, oder wenigstens - nach einer neueren Formulierung — nach ihrem Vorbild gestaltet worden sei. ist dabei in verschiedener Art zur Anwendung gelangt. Seit in unwiderleglicher Weise nachgewiesen wurde, dass die Kleingemeinden Kölns nicht als alte ländliche Ortsgemeinden, sondern als Neubildungen der

nachkarolingischen Zeit zu gelten haben, schien die "Landgemeindetheorie" für Köln definitiv versagt zu haben. Keussen brachte ihr ein Wiederaufleben. "Wenn es gelingen sollte", bemerkte er 1901, "für die Altstadt Köln eine Allmende zu erweisen und dadurch der ursprünglichen Kölner Gemeinde den Charakter einer Markgemeinde aufzudrücken. so wäre damit die Entwicklung der deutschen Stadtgemeinde aus der Landgemeinde auch bei derjenigen Stadt erwiesen, bei der diese Erklärung bisher immer nur als eine künstliche Konstruktion erscheinen musste, weil ihr das wesentlichste Kennzeichen der Landgemeinde abging" 3). Da nun Keussen den Beweis erbracht zu haben meinte. dass Altköln eine Allmende besessen habe, so muss man doch die Folgerung ziehen — wie ich annahm und auch jetzt annehme —, Keussen wollte "die Entwicklung der Stadtgemeinde Köln aus der Landgemeinde Köln" ableiten<sup>4</sup>). Jedenfalls sah G. v. Below in Keussens Ausführungen eine neue wichtige Stütze seiner Landgemeindetheorie 5). Auch andere über die Entstehung der Stadtgemeinden im allgemeinen vorgetragenen Ansichten sind auf Köln angewendet worden. In neuester Zeit mit besonderem Nachdruck die mit der Marktsiedelungstheorie kombinierte Gildetheorie: ausserhalb des römischen Köln sei im 10. Jahrhundert eine Marktgemeinde gegründet worden, die ihrem Wesen nach eine Gilde war; sie sei die erste Gemeinde städtischen Charakters im Bereiche von Köln, der Ausgangspunkt für die Entstehung der Stadt gewesen.

Mit diesen Ansichten suchte ich mich in einer 1909 erschienenen Schrift auseinanderzusetzen<sup>6</sup>). Die erste Gemeindebildung in Köln sollte auf ihren Ursprung hin erforscht werden. Die Natur der für die ältere kommunale Tätigkeit so charakteristischen Schreinsführung galt es dabei zunächst zu erkennen. Und da konnte, in scharfem Gegensatz zu Kruses, wie mir schien, recht allgemein angenommenen Ansichten, konstatiert werden, dass die Schreinsführung nicht aus einer besonderen Gemeindekompetenz, sondern dass sie aus einem Bedürfnis

<sup>3)</sup> Westd. Zeitschrift XX, S. 21.

<sup>4)</sup> Das äusserte ich in meinen "Studien z. ält. Verfssg. Kölns" 1909 S. 86. Dagegen erklärte Keussen, Westd. Ztschr. XXVIII. 504 n. 198 und Topogr. I, 68\* n. 8, er nehme nicht an, dass die spätmittelalterliche Stadt Köln aus einer Landgemeinde hervorgegangen sei usw.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup>) Vierteljahrsheft f. Sozial- u. Wirtschaftsgesch. 1909, S. 419.

<sup>6)</sup> Seeliger, Studien zur älteren Verfassungsgeschichte Kölns (Abhdlg. der Kgl. Sächs. Gesellsch. d. Wissensch. 24, 3), 1909.

der normalen Gerichtsverwaltung hervorgegangen sei. Die Burgerichtsbarkeit der Kölner Sondergemeinden, so wurde erkannt, ist nicht eine alte Funktion der Gemeinde, sie ist nicht von Anfang an als Gemeindegerichtsbarkeit zu charakterisieren, die im Gegensatz zur staatlichen Gerichtsbarkeit stand, sie hat sich vielmehr erst als solche herausgebildet. die Folge einer allmählichen Loslösung der Gemeinde von der bischöflichen Herrschaft. Und diese Richtung der Entwicklung glaubte ich auf allen Gebieten des bürgerlichen Gemeindelebens beobachten zu können, insbesondere in der ältesten Geschichte der Kölner Gesamtgemeinde. In positiver Hinsicht ergaben die Betrachtungen: königliche Privilegien haben dem Erzbischof die rechtliche Grundlage geboten, um auf einem besonderen Gebiet der erzbischöflichen Herrschaft jene wirtschaftlichen und rechtlichen Einrichtungen zu treffen, welche das neue bürgerliche Gemeinwesen schufen; erzbischöfliche Institutionen und erzbischöfliche Beamte, nicht Beamte einer bürgerlichen Gemeinde. waren in der älteren Zeit die Träger und Pfleger des besonderen zur Ausbildung gelangenden bürgerlichen Rechts; erst später trat die bürgerliche Gemeinde selbständig auf, erst später hat sie sich Organe verschafft, die nur der Bürgerschaft dienten, erst nach und nach hat sich ein klares Gegenüber von Stadtherrschaft und Gemeinde herausgebildet. Als bürgerliche Organe aber der Gesamtgemeinde Köln, die "im 12. Jahrhundert vorhanden" ist, deren Kompetenzen in erster Linie sich "auf die Pflege des militärischen Schutzes und auf die der gemeinsamen bürgerlichen Handels- und Gewerbeinteressen" bezogen. glaubte ich nicht von Anfang an die Richerzeche ansehen zu sollen, sondern ich kam auf Grund erneuter Prüfung der urkundlichen Nachrichten zu dem Schluss, dass "als Vertreter der Gesamtstadt Köln bis 1180 vornehmlich Schöffen und Unterrichter, das sind die im Zentralgericht massgebenden bürgerlichen Personen" erscheinen, dass aber neben ihnen noch andere bürgerliche Elemente im Bürgerhause wirkten: die Bürgermeister der Sondergemeinden und die meliores totius civitatis, die ich schon damals als Genossenschaft der Vornehmen (spätere Richerzeche) organisiert voraussetzte.

Alle meine Betrachtungen gingen von topographischen Grundlagen aus, ich stützte mich stets auf die Forschungen der Kölner Historiker. Es war daher für mich von besonderem Interesse, die Stellung des Forschers kennen zu lernen, dem wir in den letzten Jahren vornehmlich Aufklärung über die Topographie des mittelalterlichen Köln verdanken. In einem 1910 erschienenen Aufsatz, der dann in den



darstellenden Teil der Topographie hinübergenommen wurde, hat Keussen seine Ansichten dargelegt: "G. Seeliger hat festgestellt, dass die einheitliche Stadt Köln sich nicht gebildet hat als eigener Gerichtsbezirk aus alten Hoch- und Niedergerichtsbezirken, vielmehr trotz der Verschiedenheit der Gerichtsbezirke; sie ist auch nicht aus alten Ortsgerichtsbezirken hervorgegangen, sondern sie ist topographisch, wirtschaftlich und rechtlich ein neues Gemeinwesen. Wenn ich nun auch in diesem Hauptergebnis mit Seeliger vollständig übereinstimme, so weiche ich doch in der Auffassung von dem Verlauf, den die Kölner Verfassungsgeschichte genommen hat, von seinen Anschauungen erheblich ab." So bemerkt Keussen am Eingang seiner Ausführungen, die in neun Abschnitten ein Bild der Kölner Verfassungsgeschichte bis zur Vollendung der Ratsverfassung zeichnet und in der mit grosser Gewissenhaftigkeit die Übereinstimmung und das Auseinandergehen seiner und früherer Ansichten vermerkt wird <sup>7</sup>).

Mit Keussen stimmt im wesentlichen überein J. Hansen, der

7) Keussen geht darin wohl etwas zu weit, ja er geht, wie mir scheinen will, allzusehr ins kleinliche hinüber. Manche Einwände und polemische Bemerkungen kann ich überhaupt nicht als zutreffend gelten lassen. So wenn er (Topogr. I, 68\* n. 8; Westd. Zeitschr. XXVIII, 504 n. 198) meine lediglich in topographischem Sinne angewandte Bezeichnung "Rathaus" als "irreführend" erklärt, weil das Bürgerhaus erst im 13. Jahrh. zum Rathaus wurde, - er selbst gebraucht z. B. für das 10. Jahrh. wiederholt die Bezeichnung "Saphirenturm", obschon das Saphirengeschlecht den Turm erst seit 1177 besass. So die wiederholte Bemerkung Topogr. I 34\* n. 6; 60° n. 5 (Westd, Ztschr, XXVIII, 473, 481), dass ich irrigerweise einen Mauerbau im 10. Jahrh, annähme, während damals nur ein Wall errichtet wurde ich habe, flüchtig die Ausdehnung der Stadt andeutend, die Worte "Verlängerung der Römermauer" gebraucht, jedenfalls ohne damit eine Ansicht über die Art der Befestigungsanlage zu äussern. Unberechtigt ist die polemische Bemerkung (Topogr. 1 67\*; Westd. Ztschr. XXVIII, 500), dass in der Bewegung 1106 jener unmittelbare Zusammenhang zwischen Monarchen und Bürger zu finden sei, den ich Studien S. 73 vermisste — ich sprach von der Zeit des ausgehenden 10. Jahrhs. Ebenso die Behauptung (Topogr. I, 60\* n. 9; Westd. Ztschr. XXVIII, 481), dass ich die Zeit Heinrichs IV. als eine Periode völliger Harmonie erklärte. Auch die Bedenken (Topogr. I, 51\* n. 1; Westd. Ztschr. XXVIII, 501) gegen den Ausdruck "überlassen" kann ich nicht teilen. Zutreffend ist gewiss die Berichtigung Topogr. I, 69\* n 1 (W. Z. XXVIII, 505 n. 199); ich hätte S. 65 domus agendarum rerum in M<sub>1</sub> V<sub>1</sub> irrig auf das allgemeine Bürgerhaus bezogen. Aber ich tat das nach der bisherigen Annahme Kölner Forscher, und Keussen selbst eröffnet Topogr. I, 143b die über das Rathaus gesammelten Stellen mit eben dieser domus agendarum rerum.



kürzlich einen anziehenden Aufsatz veröffentlicht und darin nicht nur ei 11 lebendiges Bild von der kommunalen Wirksamkeit der bürgerliches Behörden im 12. Jahrhundert gezeichnet, sondern auch mit überzeugender-Klarheit die Bedeutung des 1106 von der Bürgerschaft erlangten militärischen Rechts für die weitere Entwicklung zur Selbständigkeit herausgearbeitet hat8). Auf meine Arbeit ist schon Anfang 1910 ein Aufsatz G. v. Belows gefolgt, in dem auch die Kölner Verhältnisse stark berührt und unter Ablehnung der Marktsiedelungs- und Gildetheorie ein Wort der Verteidigung der Landgemeindetheorie gewidmet Sodann hat K. Beyerle Ende 1910 einen ausführlichen Artikel speziell über "Die Entstehung der Stadtgemeinde Köln" veröffentlicht 10). Beyerle lehnt den Zusammenhang der Kölner Stadt- mit einer älteren Landgemeinde ab, er erklärt sich überhaupt gegen das Postulat G. v. Belows, "dass es zur Gesundung der Auffassung unentbehrlich sei, den Zusammenhang von Stadt- und Landgemeinden zu beachten." Er gelangt ferner zum Ergebnis, dass "von einem Herauswachsen der Gesamtgemeinde Köln aus der S. Martinsvorstadt nicht die Rede sein" könne (S. 39), dass es nicht angehe, "für die Entwickelung der Gesamtgemeinde Köln der Marktvorstadt als Marktgemeinde ausschlaggebende Bedeutung beizulegen" (S. 40). Er fand schliesslich, dass die Kölner Kaufleutegilde "niemals dazu bestimmt war, einen öffentlichen Verband zu bilden oder zu stützen" (S. 40) und dass "für den Aufbau der Gesamtgemeinde Köln der Kaufmannsgilde kein Anteil" zukam (S. 49). Wenn Beyerle in den bisher berührten Fragen zu denselben Ansichten gelangte, die ich in meinen "Kölner Studien" vertreten habe 11), so ist er in der Erörterung über Alter und Bedeulung der Richerzeche vor 1180 mehr der Ansicht Keussens zugeneigt; er will die Richerzeche als Produkt der Coniuratio von 1112 gelten lassen und dabei gewisse Grundgedanken des Gildewesens herangezogen sehen. Das Charakteristische seiner Ausführungen aber liegt in dem Betonen einer innigen Verbindung zwischen Stadtgemeinde und Gericht.

<sup>\*)</sup> J. Hansen, Köln. Stadterweiterung, Stadtbefestigung, Stadtfreiheit im Mittelalter (Sonderabdr. a. d. Mitt. des Rhein. Vereins f. Denkmalpflege V). Düsseldorf 1911.

<sup>\*)</sup> Stadtgemeinde, Landgemeinde u. Gilde (Vierteljh. f. Sozial- u. Wirtschaftsges, 1909 S, 411 ff.).

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup>) Zeitschrift der Savigny-Stiftung 31, S. 1-67.

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup>) Auf die zahlreichen polemischen Bemerkungen Beyerles einzugehen ist hier nicht der Ort. Hier ist nur das zu berühren, was mit jenen Fragen zusammenhängt, die eine Auseinandersetzung mit Keussen veranlasste.

treibendes und schaffendes Moment in der Stadtbildung Kölns wird der Gerichtsverband hervorgehoben, Beyerle setzt "eine räumliche und persönliche Deckung von Dingverband und Gemeinde" voraus, er nimmt dabei "ein gewisses Mass von Gemeindedasein vor der Entstehung der Kölner Parochialgemeinden" an, er sieht "es in dem dinglichen Bande des Grundbesitzes und in der genossenschaftlichen Kraft des städtischen Sondergerichts".

Mit der Ansicht, dass im Gerichtsverband eine Gemeinschaftsidee unter den Gerichtsgenossen gepflegt wurde und dass das für die Stadtentwicklung von grosser Bedeutung war, wird man sich ohne weiteres Diese Annahme harmoniert durchaus mit den einverstanden erklären. auch von mir vertretenen Grundansichten. Die Ausbildung des neuen Stadtrechts hat die Wirksamkeit eines besonderen Gerichtes zur Voraus-Das Gericht hat eine Gerichtsgemeinde. Aber es hat in nachkarolingischer Zeit auch einen Gerichtsherrn. Und dieser Gerichtsherr hat vom König Privilegien zur Schaffung jener Einrichtungen erhalten, die das Entstehen bürgerlicher Siedelungen und die Erweckung städtischen Lebens ermöglichten: Marktrecht, Zoll, Münze mit festen Rechten zwingender Gewalt. Der Stadtherr ist der Gerichtsherr und zugleich der Inhaber jener vom König gewährten Gerechtsame, er trifft seine Massnahmen kraft der vom König erhaltenen Gewalt, aber er herrscht nicht gleich einem absoluten Monarchen in einem Polizeistaat. sondern er herrscht mit den Untergebenen, er muss ihnen seine Teilnahme gewähren. Rechtsprechung und Rechtsbildung sind bei den Deutschen Volkssache geblieben. "Das dem germanischen Wesen eigentümliche Streben nach Autonomie wusste sich überall, in den Kreisen der staatlichen Verwaltung wie in denen der verschiedenen privaten Herrschaften Geltung zu verschaffen." Mit dieser Bemerkung in meinen Kölner Studien glaubte ich nur auf eine allgemein anerkannte Tatsache hinzuweisen, der man in der für die Entstehung des Stadtrechts wichtigen Periode auf Schritt und Tritt begegnet. An der Bildung des besonderen Stadtrechts in den Siedelungen der Kaufleute und Handwerker haben die Genossen des Gerichts oder der Gerichte, die dafür in Betracht kamen, naturgemäss einen grossen Anteil. So war es auch in Köln.

Wenn Beyerle für die Kölner Bewohner "ein gewisses Mass von Gemeindedasein" beansprucht oder den Ausdruck "Gemeinde" anwenden will, so ist dagegen nichts einzuwenden. Nur muss man sich bewusst bleiben, dass diese "Gemeinde" etwas grundverschiedenes ist von der



späteren Stadtgemeinde: hier eine Gemeinschaft der dem Gerichts- und Stadtherrn unterstehenden Leute, die - wie alle Untertanen von Herrschaftskreisen in Deutschland — an den wichtigen Gemeinschaftsfunktionen mitwirkten, die, um ein Wort Beverles verstärkt anzuwenden. ein recht "erhebliches rechtliches Eigenleben führten", aber das eben nur als Untertanen der Gerichtsherrschaft; später dagegen eine Gemeinschaft, die nicht mehr Teilhaber an der erzbischöflichen Stadtgewalt. sondern Träger einer ganz selbständigen Macht sein wollte. Es kommt schliesslich nicht viel darauf an, in welchem Sinne man das Wort "Gemeinde" gebrauchen will. Ich glaube mich in meinen Kölner Studien ausführlich und deutlich darüber ausgesprochen zu haben, in welchem Sinne ich nach dem Anfang einer Kölner Stadtgemeinde fragen wollte. Die Ausführungen Beyerles, dass schon vor 1100 durch das Wirken der Gerichtsgemeinde "ein gewisses Mass von Gemeindedasein" vorhanden war, enthalten daher tatsächlichk einen Widerspruch gegen meine Ansicht.

Noch unberechtigter scheint mir Beverles Widerspruch in einem zweiten Punkt zu sein: "Seeliger und v. Below haben sich, so bemerkt Beyerle S. 16, den Weg zu klarer Erkenntnis dadurch versperrt, dass sie die gemeindebildenden Kräfte des Gerichts und der Stadtherrschaft teils nicht beachteten, teils leugneten." Ich darf wohl allgemein darauf hinweisen, dass ich die Entstehung des Gemeindelebens in den Kölner Sondergemeinden aus dem Gerichtswesen abzuleiten suchte, dass ich die äusseren Kleingemeinden Kölns als Gerichtsbezirke sich bilden, die innerstädtischen, die einer kirchlichen Verwaltungsnorm ihr Dasein verdankten, durch Übernahme von Funktionen der Gerichtsverwaltung zu Trägern weltlich - bürgerlicher Gemeinzwecke werden liess. "Aus der Teilnahme gewisser Volkskreise an staatlichen Funktionen ist die autonome Wirksamkeit der Kölner Sondergemeinden entstanden," so wurde generell bemerkt. Und die gleiche Richtung der Entwicklung nahm ich für die Gesamtgemeinde Köln in Anspruch. "Aus der von der Herrschaft zugelassenen oder unmittelbar gewährten Autonomie, aus der den bürgerlichen Elementen gestatteten Teilnahme an obrigkeitlichen Funktionen ist ein selbständiger Organismus der Gemeinde hervorgewachsen." Die Herrschaft ist immer in erster Linie als Gerichtsherrschaft aufgefasst, die obrigkeitlichen Funktionen als Gerichtsfunktionen. Und daher galten auch mir die Schöffen naturgemäss als die ersten Vertreter der Bürgerschaft.

Volle Übereinstimmung der Ansichten Beyerles und der meinigen herrscht allerdings nicht. Nur liegt der Dissens nicht darin, dass ich



die gemeindebildenden Kräfte des Gerichts und der Stadtherrschaft nicht beachtete oder leugnete, während sie Beverle betonte. macht mir ja, wie unten zu bemerken sein wird, den Vorwurf, den Zusammenhang zwischen Gemeindebildung und Stadtherrschaft überschätzt Der Dissens beruht vielmehr auf einer verschiedenen Beantwortung der Frage, ob ein unmittelbarer Zusammenhang von Gerichtsbezirk und Stadtbezirk, von Gerichtsgenossen und Stadtbürgern anzunehmen sei. Beverle lässt — ich hoffe ihn hierin richtig verstanden zu haben — die Stadtgemeinde Köln, natürlich abgesehen von den später eingemeindeten Gebieten, aus einem einheitlichen Gerichtsbezirk, die Stadtbürgerschaft aus der Dinggenossenschaft entstehen ("räumliche und persönliche Deckung von Dingverband und Gemeinde"). Ich halte das für unzutreffend. "Eine bürgerliche Gemeinschaft mit vollständigen, vom Erzbischof als dem Inhaber der staatlichen Gewalt in Köln unabhängigen Gemeindeorganen, mit Funktionen im Gesellschaftsleben, die von denen des Staats und der staatlichen Gerechtsame zu sondern sind, hat es anfangs nicht gegeben." Erst im 12. Jahrhundert trat in Köln eine Gemeinde in diesem Sinne auf. Sie übte solche Befugnisse aus, die nachweislich vorher vom Stadtherrn gehandhabt wurden. Aber sie ist nicht aus dem Gerichtsbezirk der Altstadt Köln hervorgegangen, sie ist nicht die alte Gerichtsgemeinde, sie kann nicht als deren Fortsetzerin Denn die Stadtgemeinde Köln mit ihren charakteristischen bürgerlichen Einrichtungen trat erst zeitlich nach der Ausdehnung der Stadtbefestigung im J. 1106 auf, sie bezog sich — was allgemein angenommen wird — von vornherein auch auf die Bezirke Airsbach, Niederich und Aposteln, ohne dass die besonderen Untergerichte von Airsbach und Niederich aufgehoben wurden. Eine Gemeinde ward aufgerichtet, die sich über die innerhalb Wall und Mauer Wohnenden erstreckte, ein einheitliches bürgerliches Regiment trotz der fortbestehenden Verschiedenheit und Sonderung des Gerichtswesens. Und so blieb es. Eine vielbesprochene Urkunde von 1154 gibt auch hier Aufschluss: Der Erzbischof traf im Streit der Kölner Bürger mit den Bewohnern der Villa S. Pantaleon die Entscheidung, dass die Villenbewohner, die nach Nachbarrecht leben, nicht zur allgemeinen Bürgersteuer herangezogen werden dürfen (ad communem civium collectam), dass sie aber dann unter das allgemeine Bürgerrecht zu treten haben (communi civium iure teneantur), wenn sie in den Mauerring aufgenommen werden (civibus coadunentur) 12). Damit ist deutlich gesagt, dass die Bürgergemeinde

<sup>12)</sup> Lacomblet I nr. 380 = Ennen, Quellen I nr. 67.



keineswegs als einheitliche Gerichtsgemeinde galt. Vorstellungen und Voraussetzungen dieser Art waren den Streitenden, der Kölner Bürgerschaft und der S. Pantaleoner Bauerschaft, ebenso fremd wie dem die Entscheidung treffenden Erzbischof. In der Tat: nicht aus einer älteren einheitlichen Gerichtsgemeinde ist die Kölner Stadtgemeinde entstanden, die Einheit des Gerichts ist auch später nicht begehrt worden. Wohl hat die unter der Gerichtsgewalt des Erzbischofs stehende Gerichtsgemeinde Altkölns eine volle Wirkung auf die Ausbildung des Stadtrechts geübt, aber Trägerin der freien kommunalen Bewegung des 12. Jahrhunderts war nicht sie, sondern eine bürgerliche Verbindung ganz anderer Art.

Die letzten Betrachtungen sind etwas ausführlicher gehalten, weil sie zugleich die Erörterungen vorbereiten sollten, die durch eine Auseinandersetzung mit den Ansichten Keussens veranlasst werden. Auf zwei Punkte vornehmlich bezieht sich, wie ich glaube, die von der meinigen abweichende Auffassung Keussens: 1. auf das Verhältnis der neuen bürgerlichen Gemeinde zu einer älteren Landgemeinde Altköln: 2. auf die Organisation der bürgerlichen Vertretung von Gesamtköln und besonders auf die Stellung der Richerzeche vor 1180. Diese beiden Momente sollen in zwei Abschnitten etwas näher ins Auge gefasst werden.

#### III.

Köln in der Ausdehnung der alten Römerstadt bildete nach Keussens Annahme eine Landgemeinde. Bezeugt werde diese Tatsache durch das Dasein einer Allmende, die sich über den südwestlichen Teil der einstigen Römerstadt, über den späteren Griechenmarkt, dann aber über das westlich vor der Römermauer gelegene S. Apostelngebiet erstreckte. Diese Allmende Altkölns sei aufgeteilt worden, als die Kirche S. Aposteln begründet wurde und, so müssen wir doch annehmen, als die Ansiedlung der Griechen erfolgte, die "auf die Kaiserin Theophano. Gemahlin Kaiser Ottos II", zurückgeht <sup>13</sup>). Demnach gegen Ende des 10. Jahrhunderts. Mit der Aufteilung der Allmende habe die ländliche Altgemeinde Köln aufgehört. Aber — so glaube ich den Ge-

<sup>13)</sup> Die Karten Keussens zeigen eine kleine Inkonsequenz. Auf Bl. 2 (Köln um 800) wird für die Allmende nur der Südwestwinkel der Römerstadt beansprucht, auf Bl. 3 (Köln um 1000) aber auch der vor der Römermauer ausgebreitete Apostelnbezirk. Ferner: Da Keussen (vgl. die Bemerkung auf Bl. 3) die Besiedelung der Allmende innerhalb des römischen Köln auf Theophano zurückführt, so müsste die Allmende im J. 1000 bereits als aufgeteilt gelten.

dankengang Keussens richtig wiederzugeben — die Altgemeinde hatte nicht nur eine Allmende, sondern sie übte eine niedere Gerichtsbarkeit aus, und diese frei gewordenen Gemeindefunktionen mussten eine anderweitige Pflege erhalten. Sie wurden übernommen von den inzwischen entstandenen kirchlichen Gemeinden, die nunmehr zu ihrer kirchlichen Wirksamkeit noch jene niedere Gerichtsbarkeit hinzunahmen, "die wir der Altgemeinde zuschreiben müssen und die wir sie später jedenfalls in ihren Burgerichten ausüben sehen" <sup>14</sup>). Diese Gerichtsbarkeit mag. bemerkt Keussen, "unter dem Vorsitz der herrschaftlichen Richter — wie dies nachweislich später in den Anfängen des Schreinswesens der Fall war — geübt worden sein".

Was spricht für die Annahme dieses Zusammenhanges? Lediglich die durchaus unbewiesene Hypothese, dass im gesellschaftlichen Leben eine Gemeindegerichtsbarkeit unerlässlich gewesen sei. ich die Richtigkeit dieser Voraussetzung bezweifle, so fällt für mich die Begründung dieser Verbindung. Aber noch mehr. sicher nachgewiesen zu haben, dass in der Schreinsführung der Kleingemeinden eine überaus charakteristische Entwicklung zu beobachten sei: ursprünglich mussten bei jeder Wirksamkeit der Kleingemeinden im Immobiliarverkehr die Unterrichter des erzbischöflichen zentralen Schöffengerichts anwesend sein, erst nach und nach wurden die Kleingemeinden frei von dieser zentralrichterlichen Aufsicht, mussten sich dabei allerdings in der Hauptsache auf die nichtstrittigen Rechtssachen des Immobiliarverkehrs beschränken und die Streitsachen dem Zentralgericht überlassen. Und wie die Betrachtung der sieben Kleingemeinden des älteren Köln diese Entwickelung einer allmählichen Herausbildung rein kommunaler Angelegenheiten im Gegensatz zu den unter dem Erzbischof stehenden Gerichtssachen zeigt, so ist ein analoger, obschon durch die Verschiedenheit der Gewaltverhältnisse andersartiger Bildungsgang in den Aussenbezirken zu bemerken. Zwei Weistümer von etwa 1150 und 1300 zeigen mit wünschenswerter Deutlichkeit den Anfang und das Ende einer vielsagenden Entwicklung 15). Mitte des 12. Jahrhunderts erscheinen Gerichts- und Gemeindesachen in eigentümlicher Verbindung, die Gemeinde nicht als eine kraft eigenen Rechts auf einem bestimmten Gebiet des gesellschaftlichen Lebens wirksame Institution, sondern als Inhaberin der von der Herrschaft zugestandenen Autonomie — die iura parochie sind vom

<sup>15)</sup> Vgl. Seeliger, Studien S. 46 ff.



<sup>14)</sup> Topographie I, 59\*f. (Westd. Ztschr. XXVIII, 480).

Niedericher Grafen der Gemeinde gegeben worden. 150 Jahre später dagegen bietet sich ein anderes Bild dar, Gerichts- und Gemeindeorgane. Gerichts- und Gemeindekompetenzen sind ganz scharf geschieden: Tätigkeit der Richter und Schöffen auf der einen Seite, der Burmeister und Amtleute auf der anderen.

Wenn man die auf allen Gebieten der Schreinsführung und der Gerichtsübung begegnende Entwicklung beachtet, wenn man die, wie ich glaube, feststehende Tatsache berücksichtigt, dass die für die Kölner Kleingemeinden charakteristische Schreinsführung zuerst unter Leitung der Gerichtsbeamten erfolgte und erst später als reine Kommunalsache vom Gerichtswesen losgelöst wurde, wenn man überdies beobachtet, dass in Niederich — und so war es gewiss auch sonst — erst in der zweiten Hälfte des 12. und im 13. Jahrhundert Gemeindeund Gerichtsbeamtentum, Gemeinde- und Gerichtskompetenz gesondert wurde, dann wird man, meine ich, unmöglich die Wirksamkeit der Kleingemeinden auf dem Gebiete des Immobiliarverkehrs aus einer von alters her bestehenden Gemeindegerichtsbarkeit ableiten dürfen. Von einer selbständigen Gerichtsbarkeit kraft Gemeinderechts ist in der Tat nichts zu bemerken, von ihr kann im älteren Köln nicht die Rede sein.

So müssen wir den Zusammenhang zwischen Land- und Stadtgemeinde für Köln leugnen, auch wenn wir Keussens Voraussetzung:
im Bereich des römischen Köln habe bis Ende des 10. Jahrhunderts
eine Landgemeinde bestanden, als zutreffend gelten lassen 16). Denn
auch in diesem Falle vermögen wir in keiner Weise einen Zusammenhang
zwischen der älteren Land- und den späteren kleinen bürgerlichen
Sondergemeinden wahrzunehmen. Aber ich glaube jetzt, nach wiederholter Prüfung des Materials, einen Schritt weiter gehen und die Frage,
ob eine Landgemeinde Altköln bezeugt sei, mit einem glatten Nein
beantworten zu müssen.

<sup>16)</sup> Das war der Standpunkt in meiner Studie von 1909. Ich hatte die Existenz einer Landgemeinde Altköln als erwiesen oder wenigstens als wahrscheinlich angenommen. Auch jetzt leugne ich nicht die Möglichkeit ihres Daseins, sondern behaupte nur, dass jeder Nachweis fehle. — Wenn G. v. Below (Vierteljsh. f. Sozial- u. Wirtschaftsges. 1909 S. 419. 423) wiederholt behauptet, dass ich die Existenz einer alten Ortsgemeinde Köln geleugnet habe "allen Ernstes", so ist das unzutreffend. Ähnlich Keussen, Topogr. I, 55\* (Westd. Ztschr. XXVIII, 470). Ich habe 1909 Keussens Annahme einer alten Gemeinde als richtig vorausgesetzt, gebrauchte sogar die Redewendung "eine nicht geringe Wahrscheinlichkeit." Vgl. Studien S. 87.

Das Dasein einer Landgemeinde Köln glaubte Keussen durch den Hinweis auf eine Allmende nachgewiesen zu haben. Gewiss eine richtige Voraussetzung. Das Dasein einer Allmende ist ein untrüglicher Beweis für das Dasein einer Landgemeinde. Keussen zeigte, dass im Kölner Stadtgebiet grössere Flächen erst sehr spät besiedelt und bebaut wurden, er wies auf die Sandkaule der Pfarrei S. Alban, auf den grossen Bezirk Berlich in S. Columba, auf den weiten Griechenmarkt, der mit dem Neumarkt ein ausgebreitetes unbebautes Gebiet gebildet habe, er gedachte des westlich der Römermauer gelegenen Unterbezirks von S. Aposteln, der Porta Ovina, und meinte, dass sie auf das bei der Allmende mittelalterlicher Städte ausschlaggebende Moment hinweise. Er besprach ferner eingehend einen zwischen Rat und Apostelnstift 1439 ausgebrochenen und 1481 durch Teilung abgeschlossenen Streit über Ansprüche auf einen freien Platz im Westen der Aposteln-Immunität, von dem Zeugen aussagten, dass er allgemein zugänglich und benutzbar, dass er eine wilde Gemeinde -- allemanne -- gewesen sei; Keussen sah in diesem Landstrich den letzten "Rest der Kölner Allmende" 17). Den Hauptbeweis aber für die Annahme, dass die im Westen des römischen und des heutigen Köln gelegenen Stadtteile (Griechenmarkt, Aposteln, Porta Ovina) die Allmende der Landgemeinde Altköln gebildet haben, und zwar einer Gemeinde im Umfang des römischen Köln, sah Keussen in einer allerdings erst dem späten Mittelalter angehörenden Nachricht über eine merkwürdige Sylvesterprozession. Diese ging vom Dom aus, berührte die der Römermauer zunächst benachbarten Strassen und ging schliesslich auf dem Mauritius-Steinweg (zunächst der westlichen Römermauer) nach der Apostelnkirche. Sie wird von Keussen als christliche Umbildung eines alten fränkisch-heidnischen Markumganges gedeutet; und da sie sich um die alte Römermauer bewegte, so soll sie Zeugnis von einem einheitlichen Wirtschaftsbetrieb der innerhalb dieser Mauern lebenden Bevölkerung ablegen; da sie die Rheinvorstadt ausschloss, so soll sie das ehrwürdige Alter dieses Markumganges zu erkennen geben. Die Sylvesterprozession, bemerkt Keussen, scheine "zu beweisen, dass eine einheitliche Gemeinde in Köln mit gemeinsamer Allmende vorhanden war, ehe die wachsende Bevölkerungszahl zur Auflösung des Gemeindeeigens nötigte und gleichzeitig eine Dezentralisation in Sondergemeinden

Westd. Zeitschr. f. Gesch. u. Kunst. XXX, IV.

<sup>&</sup>lt;sup>17</sup>) Topogr. I, 12\* ff. (Westd. Ztschr. XX, 21 ff.). Folgerichtig hätte K. nicht nur Griechenmarkt und Aposteln, sondern auch die anderen bis ins 10. Jahrh. unbebauten Stadtgebiete, bes. den Berlich, für die Allmende beanspruchen müssen.

herbeiführte, wie sie zugleich auch vom kirchlichen Standpunkte aus für die Seelsorge als nötig erachtet wurde."

Der Beweis scheint mir nicht zwingend zu sein. Die Deutung der Prozession, bei der als wichtigste Reliquie das Haupt des Papstes Sylvester einhergetragen wurde, als Markumgang, halte ich für durchaus willkürlich, eine Beziehung aber auf eine vermeintliche Gemeindemark Köln in der von Keussen angenommenen Ausdehnung für unmög-Dass jeder Markumgang an den Grenzen der Mark erfolgt und nicht mitten durch die Allmende hindurch führt, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. In Köln wäre das der Fall gewesen. Denn die Sylvesterprozession ging auf dem Mauritius-Steinweg nach der Apostelnkirche, während nach Keussens Annahme die Allmende vom Griechenmarkt über den Mauritius-Steinweg und Aposteln hinweg weithin nach Westen gereicht haben soll. Und nach Keussens Ausführungen sind es gerade Nachrichten über diese westlich gelegenen Landstriche (der Name Ovina Porta, der Streit um ein Landstück westlich der Aposteln-Immunität), welche Hinweise auf eine ehemalige Allmende der Altkölner Gemeinde bieten sollen.

Allerdings, so muss ich gleich hinzufügen, diese angeblichen Hinweise scheinen mir nicht vorhanden zu sein. Die nachweislich lange unbesiedelt gebliebenen Gebiete Altkölns oder der späteren Stadt Köln haben natürlich nicht ohne weiteres als Teile einer Allmende zu Aus diesem Grunde scheint mir aber auch die Annahme, die weite Südwestecke des römischen Köln (Griechenmarkt-Neumarkt). die nach Keussens gewiss zutreffendem Beweis noch im 10. Jahrhundert unbesiedelt war, habe als Teil einer Allmende zu gelten, eigentlich der Begründung zu entbehren. Warum, so fragen wir unwillkürlich? Ebensogut könnten andere spät besiedelten Teile der Stadt einer Allmende zugewiesen werden. Aber auch die von Keussen als unmittelbare Hinweise gedeuteten Nachrichten dürfen m. E. als solche nicht gelten. Der "Berlich" im Nordwesten des römischen Köln bezeugt gewiss das Vorhandensein einer Ebertrift, die Porta Ovina im Westen vor der Römermauer das einer Schafweide, aber wem diese Weideplätze gehörten, das erfahren wir nicht, und diese Landstriche als Teile einer altkölnischen Allmende in Auspruch zu nehmen - Keussen tut das merkwürdigerweise nur beim Gebiete porta ovina, nicht beim Berlich — ist m. E. nicht angängig. Und nun gar der Hinweis auf den Streit mit dem Stift Aposteln! Erwägen wir die Zusammenhänge. Gegen Mitte des 15. Jahrhunderts erhob die Stadt Köln Anspruch auf ein innerhalb

ihrer Mauern, unmittelbar an der Aposteln-Immunität gelegenes Landstück, das bisher von allen Leuten betreten wurde, auf welchem man Ballspiele veranstaltete und das deshalb von Zeugen als wilde Gemeinde allemanne bezeichnet wurde. Diese Tatsache soll bezeugen, dass hier der letzte Rest einer Allmende zu sehen sei? Die Allmende ist ja nach Keussen schon vor mehr als 400 Jahren, etwa i. J. 1000, aufgeteilt, damals auch die Altgemeinde Köln aufgelöst worden. nun soll die Nachricht, dass die im 12. Jahrhundert entstandene Grossgemeinde Köln im 15. Jahrhundert Anspruch auf ein unbebautes, allgemeiner Benutzung zustehendes Grundstück erhob - das taten bekanntlich die Stadtgemeinden dieser Zeit stets --, das Dasein einer Allmende Altkölns im 9. und 10. Jahrhundert bezeugen? Wir dürfen, meine ich, solche Folgerungen nicht ziehen. Dass Bewohner des alten Köln vielfach, obschon gewiss nicht allgemein, Landwirte waren und dass diese agrarischen Verbänden angehörten, ist ohne weiteres voraus-Aber wie es mit ihrer Markgemeinschaft bestellt war, das zusetzen. vermögen wir nicht zu erkennen. Jedenfalls entbehrt die Annahme, dass gerade die Bewohner des einstigen römischen Köln eine Landgemeinde gebildet und eine eigene Allmende besessen haben, zunächst wenigstens jeder mittelbaren und unmittelbaren Begründung.

So glaube ich mich für einen Zusammenhang zwischen den bürgerlichen Kleingemeinden Kölns und einer hypothetischen Landgemeinde Altköln nicht aussprechen zu dürfen, auch nicht für den von Keussen stark abgeschwächten Zusammenhang. Dass gewisse Übereinstimmungen und Analogien zwischen Land- und Stadtgemeinden zu beobachten sind, ist begreiflich. Aber das vermag die Entwicklung der einen aus den andern nicht zu bezeugen.

Die Abweichung meiner Ansicht von der Keussens ist, wenn wir nach den historisch wichtigen Zusammenhängen fragen, im Grunde nicht bedeutend. Auch Keussen anerkannte, dass die Sondergemeinden Kölns topographisch, wirtschaftlich und rechtlich Neubildungen etwa des 11. Jahrhunderts seien <sup>18</sup>). Auch er nahm an, dass die sieben innerstädtischen Parochieen einer Neuorganisation der Kirchspiele ihr Dasein verdankten und dass die weltlich-kommunalen Funktionen hinzugetreten seien; dass die sieben äusseren aus Gerichtsbezirken entstanden.

<sup>&</sup>lt;sup>18)</sup> Dass ein "Hinüberwachsen der Parochialverfassung in das weltliche Recht", wie Beyerle S. 54 sich ausdrückt, schon vor Anfang des 12. Jahrhs. möglich, ja wahrscheinlich sei, gebe ich ohne weiteres zu, obschon Nachrichten erst aus dem 12. Jahrh, vorliegen.



Nur in dem einen Punkt gehen unsere Meinungen auseinander: während Keussen die kommunale Wirksamkeit der Kleingemeinden aus der hypothetischen Gemeindegewalt einer hypothetischen altkölnischen Ortsgemeinde, die sich aufgelöst habe, ableitet, glaubte ich diese Wirksamkeit als neu entstanden auffassen zu sollen, als neu entstanden aus den neuen allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen der bürgerlichen Siedelungen.

#### IV.

Die städtische Entwickelung Kölns zeigt im 12. Jahrhundert ein ununterbrochenes Aufsteigen der Bürgerschaft zur Freiheit von der erzbischöflichen Bevormundung: in hohem Masse Freiheit in der äusseren und in der Wirtschafts-Politik, Freiheit im Militärwesen, Freiheit im Steuer- und Gerichtswesen. Von einer solchen freien Stellung der Bürgerschaft, wie sie im zweiten und dritten Jahrzehnt des 12. Jahrhunderts zu beobachten ist, sei, so bemerkt Keussen, vor dem 12. Jahrhundert nicht die Rede. Diese Errungenschaft verdanke Köln Heinrich IV.. der sie 1106 gegen den bisherigen Stadtherrn unterstützte. Damals sei die grosse Stadterweiterung (Einverleibung der Bezirke Oversburg. Niederich, Aposteln) erfolgt, damals von den Bürgern eine neue Befestigungsanlage begonnen worden. Und die Folge der Vorgänge von 1106 sei die Conjuratio von 1112 gewesen. Sie setze eine schon vorhandene Stadtgemeinde voraus. Diese sei "in Köln erst 1106 geschaffen worden". Auf die Vereinigung von 1112 sei die dem 12. Jahrhundert eigentümliche bürgerliche Organisation der Gesamtgemeinde zurückzuführen. der grossen Erweiterung von 1106 konnte das Schöffenkolleg der Altstadt als berufenes Organ der Bürgerschaft nicht mehr gelten, die anderen Bevölkerungselemente und die neuen Stadtbezirke mussten am bürgerlichen Regiment beteiligt sein: "auf dem Zusammenschluss der einzelnen parochiae, d. h. der Sondergemeinden der Alt- und Rheinvorstadt und der Vorstädte Oversburg und Niederich", beruhe die neue Gemeinde. Naturgemäss bildeten "die Vorstände der Einzelgemeinden durch ihren Zusammenschluss den Vorstand der Samtgemeinde, der zu ihrer Vertretung befugt ist". "Diese Vereinigung, die in der Form einer Coniuratio erfolgt ist", müsse "die Grundlage der Richerzeche gewesen sein" 19). So "verwirklichte sich" die neue Organisation, die

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup>) Hier ist mir nicht ganz verständlich geworden, wie sich Keussen den Vorgang vorstellt. Bildeten die Vorsteher der Sondergemeinden die neue Stadtobrigkeit? Über das Verhältnis dieser Zentralbehörde zur Richerzeche.



durch die Erweiterung d. J. 1106 in die Wege geleitet worden sei. "in der aus der Coniuratio v. J. 1112 hervorgehenden Richerzeche". Allerdings fehlte der Richerzeche lange Zeit "die ausdrückliche Anerkennung des Stadtherrn", weshalb die formelle Ausstellung der Urkunden, an denen sie beteiligt war, bis zum J. 1180 niemals in ihrem Namen erfolgte; "die Erzbischöfe konnten nicht offiziell zugeben, dass die Stadt sich ihrer Herrschaft zu entziehen begann; sie erkannten als Stadtvertretung, mit der sie verhandelten, nur die Schöffen an, die zu ihnen in einem amtlichen Verhältnis standen". Erst 1180 sei eine Änderung erfolgt: der Erzbischof bestätigte der Bürgerschaft all ihre Rechte und guten Gewohnheiten. Das sei so zu deuten, dass der Erzbischof die bis dahin rein auf Herkommen und Usurpation beruhende städtische Verfassung genehmigte, wie das im gleichen Jahre auch der Kaiser getan habe. Damit sei "ein wesentlicher Umschwung erfolgt: nunmehr war die Richerzeche mit den von ihr übernommenen Funktionen als autonome Stadtbehörde anerkannt, die auf dem Bürgerhause tagte und das Stadtsiegel führte" 20).

So ungefähr hat Keussen die Anfänge des selbständigen kommunalen Lebens von Köln aufgefasst. Er lässt den Kapiteln, die sich mit dieser Frage beschäftigen, Ausführungen folgen, in denen über die Anerkennung der politischen Autonomie der Stadt, über das erste Auftreten des Rates und über das Verhältnis des weitern und engern Rates gehandelt wird. Da über diese weitere Entwickelung der Kölner Autonomie kaum eine wesentliche Divergenz der Ansichten herrscht, so sei sie nicht weiter berücksichtigt. Hier soll nur die Frage des Anfanges der Kölner Kommune beleuchtet werden.

Keussens Ansicht hat neuestens durch Jos. Hansen eine Ergänzung und nähere Begründung erfahren. Mit besonderem Nachdruck weist Hansen auf die Wichtigkeit der Vorgänge von 1106 hin. Heinrich IV. habe damals die Bürger ermächtigt, die königliche "Burg" Köln in Zukunft für den König zu verteidigen, er übertrug damit im Bereich des städtischen Weichbildes die Militärhoheit, die sich vorher kraft königlicher Delegation in den Händen des Erzbischofs befunden habe, auf die Bürgerschaft. So geschah der erste Schritt zur Emanzipation der Kölner Stadtgemeinde vom erzbischöflichen Stadtherrn kraft königlicher Autorität, ihr erstes politisch bedeutsames Recht war staatlichen



die doch Keussen auch 1112 als Stadtobrigkeit entstehen lässt, fehlt nähere Aufklärung.

<sup>&</sup>lt;sup>20</sup>) Vgl. Topogr. I, 71\* ff. (West. Ztschr. XXVIII, 510 ff.)

Ursprungs. Das Befestigungsrecht sei, so führt Hansen aus, nie mehr verloren gegangen, diese "erste öffentliche Funktion" der Gemeinde vielmehr der Angelpunkt für die Weiterbildung der bürgerlichen Selbständigkeit, für die Gewinnung anderer politischer Gerechtsame, besonders des Besteuerungsrechts, geworden.

Wenn ich die Grundzüge der Entwickelung, die Keussen und Hansen der Verfassung der Kölner Gesamtgemeinde gezogen haben, mit den Ausführungen vergleiche, die ich den gleichen Fragen gewidmet habe, so will mir scheinen, dass das Übereinstimmende bei weitem überwiegt, dass aber allerdings neben einzelnen Widersprüchen sich auch Hinweise und Gedanken finden, die zwar nicht im Gegensatz zu einander stehen, sich aber wesentlich ergänzen.

Drei Punkte des Unterschieds glaube ich besonders hervorheben zu sollen: 1. in der Beurteilung der Vorgänge von 1106 und 1112: 2. in der Charakterisierung der bürgerlichen Vertretung am Stadtregiment vor 1180; 3. in der Frage der Entstehung dieser reinen Gemeindeorgane und ihres ursprünglichen Zusammenhanges mit der erzbischöflichen Stadtregierung.

1. Keussen und mit ihm Hansen leiten die bürgerliche Organisation der Grossgemeinde Köln von einem 1112 vorgenommenen konstitutiven Akt der Bürgerschaft ab. Ich habe mich dagegen unter gewissem Vorbehalt einer mehr skeptischen Beurteilung angeschlossen. Ich glaubte beachten zu müssen, dass sich schon unter Heinrich IV. die Bürgerschaft gegen den Erzbischof erhoben habe (1074, dann 1106), und dass es vielleicht schon damals zu einer kommunalen Organisation gekommen sei. Ja unter dem Eindruck der neuen Ausführungen Keussens und besonders Hansens möchte ich jetzt das "vielleicht" wenigstens für 1106 in ein "zweifellos" verändern. Aber ob die damals geschaffenen bürgerlichen Einrichtungen von Dauer waren, das wissen wir nicht. Meine Bemerkung "vielleicht war auch die Ordnung 1112 nur vorübergehender Natur" muss ich aufrecht erhalten, obwohl ich gerne zugeben, dass eine gewisse Wahrscheinlichkeit für Keussens Hypothese spricht. Denn die selbständige kommunale Wirksamkeit der Kölner Bürgerschaft ist seit 1106 nicht mehr unterbrochen worden. Das hat Keussens und Hansens Darstellung besonders klar zur Anschauung gebracht. Wenn Keussen es ganz undenkbar findet, dass die freiheitlichen Bestrebungen der Kölner des 12. Jahrhunderts von einer nicht organisierten Bürgerschaft getragen werden konnten, so ist ihm unbedingt zuzustimmen. Fraglich bleibt aber, was 1106 bzw. 1112



geschaffen wurde. Nach Hansens Meinung ist 1106 auf Grund kaiserlicher Privilegierung eine selbständige Stadtgemeinde im Bereich der neuen Umwallung begründet und durch die coniuratio von 1112 in ihrer Emanzipation vom erzbischöflichen Regiment weitergeführt worden; damals wurde, so glaubt Hansen, neben den Schöffen, die bisher als bürgerliche Berater des Erzbischofs in städtischen Dingen fungiert hatten, eine selbständige bürgerliche Vertretung eingerichtet. Die Bedeutung der Vorgänge von 1106 für die Emanzipation der Bürgergemeinde gebe ich vollkommen zu: die Verleihung militärischer Gewalt an die Bürgerschaft durch Heinrich IV. ist die wichtige Grundlage der folgenden bürgerlichen Freiheitsbewegung. Aber dass 1106 oder 1112 eine neue bisher unbekannte Bürgervertretung geschaffen wurde, das ist nicht bezeugt. Ja das ist deshalb m. E. nicht wahrscheinlich, weil die Führer der Bürgerschaft in der folgenden Emanzipationsbewegung dieselben sind, die schon vor 1106 in bürgerlichen Dingen dem Stadtherrn als Berater dienten 21). Gewiss fand 1106 und wohl auch 1112 eine Bewegung der Bürger statt, die sich revolutionär gegen den Erzbischof richtete. Aber es ist durchaus nicht nötig anzunehmen, dass damals eine neue Bürgervertretung ins Leben trat, es ist vielmehr durchaus möglich anzunehmen, dass damals die schon vorhandenen und bekannten bürgerlichen Führer die Leitung übernommen haben. Jedenfalls vermag der Umstand, dass die Schöffen dem Erzbischof eidlich verpflichtet waren, nicht ihre Teilnahme an den Bewegungen 1106 und 1112 zu widerlegen.

Eine weitere Streitfrage ist die, ob die Richerzeche als das Organ der nach Freiheit strebenden Gesamtgemeinde seit 1112 zu gelten habe.

2. Zwei Gründe haben Keussen bestimmt, die Richerzeche als Vertreterin des bürgerlichen Stadtregiments schon vor 1180 anzunehmen: einmal die Meinung, dass der Richerzeche im 12. Jahrhundert das Bürgerhaus gehörte, welches den Mittelpunkt des autonomen Bürgerlebens bildete; dann die Voraussetzung, dass die Richerzeche die Verfügung über das allgemeine Stadtsiegel besessen habe.

Ich vermag beide Annahmen nicht als gesichert gelten zu lassen. Aus der Tatsache, dass das Bürgerhaus, das spätere und heutige Rathaus, schon in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts bezeugt, einmal domus divitum genannt wurde, während es sonst domus in quam cives

<sup>21)</sup> Darüber handelt der folgende Abschnitt,



conveniunt und domus civium hiess. darf kaum auf die Existenz der Richerzeche geschlossen werden. Vielleicht wurde das Bürgerhaus nur deshalb einmal Haus der Reichen genannt, weil die dort herrschende Bürgervertretung zweifellos aristokratischen Charakter hatte. achten ist jedenfalls, dass die Richerzeche auch später nicht Eigentümerin des Hauses war, dass sie in ihm nur soweit zeitweilig dominierte, als sie beim Stadtregiment den massgebenden Einfluss ausübte. Später wurden die Räume des Bürgerhauses vom Rat, aber auch von der Richerzeche und den Schöffen benutzt — das Bürgerhaus war eben nicht das Haus einer bestimmten Bürgerkorporation, sondern das der jeweiligen zentralen Bürgerorgane 22). Aber selbst wenn wir — was ich allerdings für unwahrscheinlich halte - das Bürgerhaus als Haus der Richerzeche ansehen wollten, so wäre damit keineswegs die Richerzeche als die bürgerliche Vertretung des 12. Jahrhunderts bezeugt, so wäre vielmehr — da andere Nachrichten auf den grösseren Einfluss anderer Bürgerelemente hinweisen — die Erklärung zu geben, dass die Richerzeche der Gesamtbürgervertretung, an der sie ja auch mitbeteiligt war, ihr Haus zur Verfügung gestellt habe.

Das Siegel der Stadt, das sigillum civium oder commune sigillum urbis, war seit 1149 nachweislich im Gebrauch. Mit ihm hat seit 1180 die Richerzeche, mit ihm hat später im 13. Jahrhundert der Rat. obschon neben ihm noch die Richerzeche existierte, die Urkunden beglaubigt. Es war demnach das Siegel der jeweiligen obersten Bürgerbehörde. Was bezeugt, dass von Anfang an die Richerzeche über seine Verwendung zu verfügen hatte? Keussen meint 23), dass glücklicherweise in einer Urkunde von 1158 eine einwandfreie Antwort gegeben sei: die Mauritiuskirche übertrug der Marienkirche zu Maastricht ein Allod, und zwar durch die Hand der Schöffen und unter dem Zeugnis vieler anderer rechtschaffener Leute; den Bürgern aber habe es gefallen. das Siegel der heiligen Stadt Köln der Urkunde anzufügen. Ein Zeugnis für das Verfügungsrecht der Richerzeche? Keussen argumentiert so: da die Schöffen als an der Rechtshandlung beteiligt ausdrücklich angeführt werden, und da in derselben Urkunde die Erlaubnis der Besiegelung ausdrücklich als von den Bürgern ausgehend erwähnt wird. so seien Schöffen und Bürger zu unterscheiden und so können nicht die Schöffen, sondern die Bürger als die über das Bürgersiegel Ver-



<sup>&</sup>lt;sup>22</sup>) Vgl. die Quellenstellen Topogr. I, 143 f. Dazu Lau, Köln 310 ff.

<sup>23)</sup> Topogr. 1, 70<sup>a</sup> (Westd. Ztschr. XXVIII, 507).

fügenden gelten. Man mag die Nachricht sigillum etiam sancte Coloniensis urbis huic cartule innnectere civibus placuit auffassen wie man wolle, man mag sie als Beschluss der bei der Rechtshandlung anwesenden Bürger deuten oder als Verfügung einer besonderen, eigens dazu berechtigten Bürgerbehörde -- von irgend einem Hinweis auf die Richerzeche ist nicht die Rede. Keussen beweist nicht mit dieser Urkunde, dass die Bürger durch die Richerzeche vertreten waren, vielmehr dient ihm das, was er beweisen soll, als feste Voraussetzung für seine Deutung. — Im J. 1159 geschah übrigens etwas Ähnliches wie 1158: St. Gereon kaufte ein Allod in der Villa Marsdorf, und zwar erfolgte die Übertragung in Gegenwart der Schöffen und Bürger durch die Judices nach dem Recht der Stadt Köln: zur besseren Beglaubigung ward die betreffende Urkunde mit dem Stadtsiegel geschmückt. und als Zeugen werden Burggraf, Vogt, Untergraf, Untervogt, 2 Zöllner. eine Reihe von Schöffen angeführt und es wird generell auf alle Schöffen, Schöffenbrüder und vornehmen Kölner Bürger (Coloniensis urbis potiores cives) hingewiesen 24).

So fehlt, wie ich meine, jeder Hinweis darauf, dass das Stadtsiegel von der Richerzeche geführt wurde. Und diesen bietet auch nicht die von Keussen hervorgehobene Tatsache, dass die Schöffen ein eigenes Siegel besessen haben. Die Schöffen (Nos Coloniensium senatores) machen in einer Urkunde 1171 bekannt, dass die Kaufleute von Dinant ein vom ehemaligen Erzbischof Friedrich ausgestelltes Zollprivileg vorgezeigt und damit vor den Zöllnern, Schöffen und vor vielen Bürgern nachgewiesen haben, welchen Zoll sie in Köln zu leisten verpflichtet seien. Sie geben den Inhalt des Privilegs an und stellen zur Wahrung der Dinanter Rechte unter eigenem Siegel (sigilli nostri impressione) die Urkunde aus 25). Obwohl am Original das Siegel leider nicht mehr hängt, und obwohl Schöffensiegel erst aus späterer Zeit erhalten sind, schliesse ich mich doch Keussens Annahme an: 1171 führten die Schöffen ein eigenes Siegel. Sie urkundeten aber damals, wie wohl zu beachten ist, nicht als Vorsteher der Stadtgemeinde, sondern als Rechtweiser im Bürgergericht; sie handelten in einer besonderen Schöffen-, nicht in einer allgemeinen Bürgersache. Warum also die Folgerung: weil die Schöffen ein eigenes Siegel besassen, deshalb sollen sie mit der Führung des Bürgersiegels nichts zu tun haben, sondern nur die meliores, die neben den Schöffen als Führer im Bürgerhaus

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup>) Ennen, Quellen I Nr. 74. — <sup>25</sup>) Ennen, Quellen I Nr. 80.



genannt werden — diese meliores aber seien die Richerzeche? Zu dieser Folgerung liegt m. E. kein Anlass vor.

Überblicken wir die mit einem Stadtsiegel beglaubigten Urkunden vor 1180. Ausser den beiden oben erwähnten von 1158 und 1159 kommt eine von 1149 in Betracht: Untervogt, Untergraf. Schöffen und meliores der ganzen Stadt bestätigen unter Zustimmung des Volks die Brüderschaft der Decklakenweber; sodann eine von 1159; Rectores. Judices und das ganze Volk des heiligen Köln treffen Verfügungen über bürgerliche Organisationen: endlich eine von 1178: Vertrag zwischen den Verduner und Kölnern auf Grund von Beratungen der Schöffen und der prudentissimi von Köln 26). Wir sehen: stets wird der Schöffen gedacht, nie der Richerzeche, neben den Schöffen mit wechselnden Ausdrücken der multi alii probi, der potiores cives. der meliores, des totus populus, der prudentissimi civitatis. Das Stadtsiegel ist eben Beglaubigungsmittel der allgemeinen Bürgerbehörde, an der die Schöffen hervorragend beteiligt, aber nur neben anderen beteiligt waren 27). Diese Erkenntnis wird durch die Existenz besonderer Schöffensiegel nicht erschüttert.

Vermochten wir bisher keine positive Nachricht darüber zu finden, dass die Richerzeche vor 1180 die "regierende Behörde" der Bürgerschaft gewesen sei, so liegen mehrere Zeugnisse vor, aus denen m. E. die Unmöglichkeit einer solchen Annahme zu folgern ist.

Die erste sichere Erwähnung der Richerzeche bietet eine Urkunde, die etwa 1180 ausgestellt wurde. Es verliehen die Bürgermeister (qui tunc temporis civitatis magistratum tenuerunt) mit Zustimmung der Amtleute der Richerzeche (ex communi consilio et consensu officialium de richirzegcheide) den Drechslern eine Bruderschaft und liessen das auf dem Bürgerhaus im Kapitel der Amtleute approbieren <sup>28</sup>). Drei Jahrzehnte vorher (i. J. 1149) ist, gleichfalls im Bürgerhaus, den Decklakenwebern die Bruderschaft bestätigt worden, aber nicht von der Richerzeche, sondern von Untervogt, Untergraf, Schöffen und Vornehmen der Stadt (ab advocato Ricolfo, a comite Hermanno, a senatoribus, a melioribus tocius civitatis vulgi etiam favore applaudente) <sup>29</sup>). Das ist ein Unterschied, der deutlich spricht. Andere Meldungen unterstützen diese Aussagen. Sie seien kurz angeführt.

<sup>&</sup>lt;sup>29</sup>) H. v. Lösch, Zunfturkunden I nr. 10.



<sup>&</sup>lt;sup>26</sup>) Siehe unten Anm. 29, 31, 34.

<sup>&</sup>lt;sup>27</sup>) Unzutreffend ist die Bemerkung Beyerles (Ztschr. d. Savigny-Stift. 31, 64), dass ich die Führung des Bürgersiegels den Schöffen zugewiesen habe.

<sup>28)</sup> H. v. Lösch, Kölner Zunfturkunden I nr. 13.

- a. Als der Kölner Erzbischof i. J. 1155 den Befehl des Kaisers. durch Gerichtsspruch die Zollfreiheit des Stifts Cornelimünster festlegen und schriftlich zur allgemeinen Kenntnis der Bürger gelangen zu lassen. ausführte, berief er das Schöffenkolleg und die vornehmen Bürger zusammen (totius suae civitatis senatu convocato et melioribus de civitate et aliis qui erant praecipui et sanioris consilii astantibus caepit diligenter discutere) 30). — b. Die rectores indices et totus populus sancte Colonie treffen 1159 eine Verfügung über bürgerliche Organisationen 31). — c. Im J. 1174 machte Erzbischof Philipp bei der Stadt Köln eine Anleihe; dabei wurden als Vertreter der Gesamtbürgerschaft die Bürgermeister der Kleingemeinden genannt (magistri parochiarum pro universis civibus similiter firmaverunt), unter den Zeugen aber angeführt: scabini et magistratus urbis pro universis civibus 32). — d. Als die Kaufleute von Verdun sich im 6. Jahrzehnt des 12. Jahrhunderts zu bestimmten Zöllen bekannten — die Aufzeichnung darüber erfolgte im Schöffenschrein - geschah es unter Zeugenschaft der Schöffen und Schöffenbrüder (acta sunt hec sub testimonio senatorum et eorum confratrum) 33). — e. Ein Vertrag zwischen den Bürgern von Verdun und Köln i. J. 1178 ward geschlossen auf Grund der Beratungen der Schöffen und der verständigsten Bürger Kölns (consilio senatorum et prudentissimorum civitatis Colon.) und die mit dem Stadtsiegel geschmückte Urkunde beglaubigt durch das Zeugnis der namentlich angeführten Schöffen und Schöffenbrüder 34).
  - 30) Lünig, Reichsarch. 18, 728 f. nr. 8 (Knipping, Köln. Reg. nr. 609).
- verschiedene Ansichten aufgestellt worden. Ich bin Studien S. 64 ff. zum Schluss gelangt, dass wir sie als Vorsteher der Kleingemeinden aufzufassen haben. Keussen, Topogr. I, 70° n. 3 (Westd. Ztschr. XXVIII, 506) bestreitet die Möglichkeit dieser Deutung. Seine Erwägung, diese Vorsteher können nicht vor den Unterrichtern (iudices) genannt werden, kann m. E. nicht entscheidend sein, besonders nicht in einer Urkunde, welche Verhältnisse der Kleingemeinden ordnet. Die vorgeschlagene Deutung rectores = Unterrichter (sonst immer iudices genannt), iudices = Schöffen (sonst immer scabini oder senatores genannt) kann ich nicht annehmen. Übrigens kommt dieser Dissens der Meinungen für die hier behandelten Verfassungsfragen nicht in betracht. Auch Keussen ist ja der Meinung, dass die rectores von 1154 nicht als Vertreter der Richerzeche zu gelten haben.
  - 32) Ennen, Quellen I nr. 85.
  - 33) Schreinsurk., Scab. 1 I 3 (Höniger 2, 293) = Ennen, I nr. 107.
  - 34) Ennen, Quellen I nr. 90.



Vertreter der Gesamtbürgerschaft begegnen uns, wie wir den angeführten Zeugnissen entnehmen, wiederholt und unter verschiedenen Umständen: bei Verhandlungen und Abmachungen mit dem Erzbischof, bei Verfügungen, die ganz selbständig von der Bürgerschaft getroffen und verbrieft wurden. Niemals ein Wort von der Richerzeche, die nach 1180 ebenso folgerichtig als Magistrat der Stadt erwähnt, wie sie vor 1180 verschwiegen ward <sup>35</sup>).

Keussen hat diese Tatsache natürlich wohl bemerkt. Er will sie indessen nicht mit einem Wandel in der bürgerlichen Vertretung, sondern damit erklären, dass die Richerzeche bis 1180 gewissermassen nur inoffiziell und vom Stadtherrn nicht förmlich anerkannt gewirkt Erst dadurch, dass der Erzbischof 1180 alle Rechte und Gewohnheiten der Bürgerschaft bestätigte, habe er die Richerzeche anerkannt. Wir müssten uns daher nach Keussens Annahme die Verhältnisse der bürgerlichen Organisationen im 12. Jahrhundert etwa in folgender Weise vorstellen. Im J. 1112 hat sich die Kölner Bürgerschaft eine dauernde Organisation in der Richerzeche gegeben. Die Richerzeche besass das Bürgerhaus. hatte die Verfügung über das Stadtsiegel, war Vertreterin der Gesamtbürgerschaft. Aber da der Stadtherr die Selbständigkeit der bürgerlichen Verwaltung nicht anerkannt hatte, so hielt sich die Richerzeche zurück; sie regierte, aber sie nannte sich nicht, sie nannte sich auch nicht in den Urkunden, die ganz selbständig von der Bürgerschaft ausgestellt und mit dem ihrer eigenen Verfügung unterstellten Siegel beglaubigt wurden. — Das wäre eine gewiss höchst merkwürdige, eine, wie ich glaube, geradezu unverständliche Erscheinung. greiflich wäre erst recht das Verfahren des Erzbischofs, der wiederholt mit bürgerlichen Vertretern Beratung pflog, der von der Bürgerschaft Geld borgte und ihr Zölle verpfändete, der also der gegebenen Tatsache, dass die Bürgerschaft eine selbständige Organisation besitze, Rechnung trug, der aber dabei stets die eigentliche Bürgervertretung, die Richerzeche, überging und andere Bürgervertretungen erwähnte.

In der etwa 1180 ausgestellten Zunfturkunde wurden die beiden Bürgermeister der Richerzeche als diejenigen genannt qui tunc temporis civitatis magistratum tenucrunt, in der Urkunde von 1174 dagegen, in der über die Anleihe des Erzbischofs berichtet wird. galten die Bürgermeister der Kleingemeinden als magistratus urbis 36). Mir will scheinen.

<sup>35)</sup> Ich glaube Studien S. 65 f. nachgewiesen zu haben, dass sich vor 1183 weder die Richerzeche noch ihre Bürgermeister in echten Urkunden vorfinden.

<sup>36)</sup> Siehe oben S. 489 n. 32. - Über magistratus vgl. Studien S. 64.

dass die Annahme eines Jahrzehnte langen Versteckenspielens der Richerzeche nicht haltbar sei. Wäre die Richerzeche vor 1180 in ihrer später charakteristischen Organisation und Bedeutung schon vorhanden gewesen, dann hätte sie auch in den Urkunden Erwähnung finden müssen. Sie stets unter den ganz wechselnden Ausdrücken wie meliores, potiores, probi, prudentissimi usw. verborgen zu sehen, scheint mir Bedenken zu unterliegen. So kann die beobachtete Tatsache, dass etwa im J. 1180 die Richerzeche einen Zunftbrief ausstellt, im J. 1149 aber Untervogt, Untergraf, Schöffen und Vornehme der Stadt — beide Urkunden tragen das gleiche Stadtsiegel — wie ich meine, nicht damit erklärt werden, dass die Richerzeche zwar schon 1149 die gleiche dominierende Stellung im bürgerlichen Organismus besessen habe wie nach 1180, dass ihr indessen die erzbischöfliche Anerkennug fehlte; wir werden vielmehr mit zwingender Notwendigkeit auf einen Wandel in der bürgerlichen Zentralvertretung selbst schliessen müssen.

Wie im ausgehenden 12., wie im ganzen 13. und noch zum teil im 14. Jahrhundert mehrere bürgerliche Organisationen und Vertretungen neben einander an der bürgerlichen Zentralstelle, die im Bürgerhaus ihren Mittelpunkt besass, beteiligt waren, so wirkten auch im 12. Jahrhundert mehrere Gruppen bürgerlicher Elemente an der Leitung bürgerlicher Angelegenheiten im Bürgerhaus mit. Wer das Bürgersiegel in Verwahrung hatte, wissen wir nicht — Verwahrung bedeutet übrigens. wie wir der späteren Stadtgeschichte entnehmen, noch keineswegs freie selbständige Verfügung. Wer dagegen als der eigentlich dominierende Faktor unter den an der bürgerlichen Zentralstelle stehenden Elementen zu gelten habe, ist m. E. durch Nachrichten des 12. Jahrhunders sicher Die Teilnahme der einzelnen Gruppen scheint je nach dem Gegenstand verschieden gewesen zu sein, die Teilnahme der Schöffen aber war nach den Aussagen unserer Quellen ganz unerlässlich. Beachten wir das, dann müssen wir die Schöffen als die wichtigsten, von allem individuellen Wechsel unabhängigen bürgerlichen Vertreter ansehen. Als die wichtigsten, aber nicht als die einzigen. Neben ihnen und neben den mit ihnen in Verbindung stehenden bürgerlichen Unterrichtern erscheinen am Bürgerregiment noch andere bürgerliche Elemente. Ein eigentümlicher Dualismus begegnet, derselbe, den wir als charakteristisch unter den Leitenden der Kleingemeinden beobachteten: Bürger, die im amtlichen Verhältnis zum Stadtherrn standen (Unterrichter, Schöffen). und Bürger ohne jede derartige amtliche Beziehungen. Als letztere werden die Bürgermeister der Kleingemeinden und meliores totius civi-



tatis, prudentissimi oder dgl. genannt<sup>37</sup>). Es mag dahingestellt bleiben. ob nicht mit diesen Beziehungen mitunter alle nichtrichterlichen Bürgervertreter, d. i. auch die Bürgermeister der Kleingemeinden, mit gemeint Es muss dahingestellt bleiben, ob wir schon damals die Existenz der Richerzeche oder einer Vorläuferin vermuten dürfen. hat die Richerzeche jene bedeutsame Stellung, die seit 1180 nachzuweisen ist, vor 1180 nicht besessen. Selbst innerhalb jener bürgerlichen Vertretung, die neben den Schöffen auf dem Bürgerhaus bestand. kann sie damals nicht dominiert haben. Das ergibt sich aus der schon erwähnten Urkunde von 1174, in der die Bürgermeister der Kleingemeinden als magistratus urbis bezeichnet sind. Erst etwa 1180 werden die Bürgermeister der Richerzeche als magistratus civitatis genannt. Jetzt war eine Wandlung im Regiment auf dem Bürgerhaus Diese Wandlung mit den bedeutsamen Ereignissen der vollzogen. Stadtgeschichte von 1180 in Verbindung zu bringen, halte ich für einen richtigen Gedanken der früheren Kölner Forscher. Ansicht dagegen, dass das Auftreten des Rates als Ergebnis der Eingemeindung von Aussenbezirken im J. 1180 aufzufassen sei 38), scheint mir schon aus dem Gesichtspunkt nicht haltbar zu sein, weil der Rat erst 36 Jahre nach der Stadterweiterung als eine leitende Behörde neben der Richerzeche aufzutreten begann.

Der Unterschied der Ansichten, dessen in den letzten Ausführungen gedacht wurde, ist im Grunde genommen nicht tiefgehend. Es handelt sich eigentlich nur um eine etwas verschiedene Bewertung der Teilnahme von Schöffen und vornehmen Bürgern am bürgerlichen Zentralregiment. Denn die Art der bürgerlichen Regierung und die Anzahl der bürgerlichen Gruppen, die dabei wirksam waren, wurden von Keussen, Hansen und mir gleich beurteilt. Aber der nach unserer bisherigen Betrachtung fast bedeutungslose Unterschied der Meinungen birgt noch etwas anderes in sich und hängt mit einem tieferen Auseinandergehen der Ansichten zusammen.

3. Keussen erklärte sich bestimmt gegen meine Äusserung, der Erzbischof habe "die bürgerlichen Untertanen frühzeitig zu einer gewissen Teilnahme an der Pflege bürgerlicher Gemeininteressen herangezogen", er muss auch die Folgerung ablehnen, die ich weiter zog: "aus dieser Teilnahme, aus ihrer Organisation hat sich in Köln die kommunale Vertretung gebildet." Gewiss ist Keussen ohne weiteres zuzugeben, dass

<sup>37)</sup> Vgl. oben S. 488.

<sup>38)</sup> Topogr. I, 76\* (Westd. Ztschr. XXVIII, 519).

eine solche Teilnahme in der älteren Zeit, etwa im 10. u. 11. Jahrhundert, nicht bezeugt ist — aus dieser Zeit sind m. W. urkundliche Nachrichten, in denen diese Erwähnung zu erwarten wäre, überhaupt nicht vorhanden. Aber die allgemeine Beobachtung, dass in Deutschland überall und auf allen Gebieten der Regierung seit der fränkischen Zeit Teilnahme und gewisse Autonomie der Beherrschten zur Entwicklung gelangte, lässt Ähnliches für Köln voraussetzen. Und seit dem 12. Jahrhundert sind Nachrichten vorhanden, die eine vom Erzbischof gewährte Teilnahme bezeugen, u. zw. schon zu einer Zeit, da ein bürgerliches Regiment noch nicht organisiert war. Wenn wir 1103 hören, dass der Erzbischof die den Kölner Handel angehenden Zollrechte von Lüttich und Huvunter wesentlicher Mitwirkung der bürgerlichen Elemente regelte (a senioribus nostre civitatis rei reritatem addiscere potui . . . iudicio scabinorum, sacramento negotiatorum, presentia virorum illustrium) 39) so ersehen wir: für den Stadtherrn ist eine Teilnahme bürgerlicher Elemente geradezu selbstverständlich. Hier ist nichts Erzwungenes und Erkämpftes. Und so hat z. B. der Erzbischof 1154 in einer das bürgerliche Interesse wesentlich angehenden Angelegenheit den consensus civium eingeholt 40). So hat er 1155 wegen einer Zollfrage die Schöffen, die Vornehmen und andere Einsichtige der Stadt berufen 41). Ich glaube meine Ansicht, dass der Kölner Erzbischof bürgerliche Elemente zu einer gewissen Teilnahme heranzog, in vollem Umfang aufrecht erhalten zu müssen.

Aber die Hauptfrage ist die, wie sich die Kölner Bürgervertretung in der ersten Zeit ihres Daseins, also im 12. Jahrhundert, entwickelt hat, aus welcher Wurzel sie stammt. Über das 12. Jahrhundert kann dabei nicht zurückgegangen werden. — Auch Keussen und Hansen lassen ein Bürgerregiment der Gesamtgemeinde Köln — wenn man von einer vielleicht flüchtig zur Geltung gelangten Organisation des Jahres 1074 absieht — erst im 12. Jahrhundert entstehen. Auch sie betonen nachdrücklich, dass die im 12. Jahrhundert auftretenden Funktionen der bürgerlichen Behörden staatlichen, nicht kommunalen Charakter haben, dass alle die wichtigen Betätigungen, die die bürgerlichen Behörden Kölns im 12. Jahrhundert zu entfalten begannen, vorher vom Inhaber der staatlichen Gerechtsame, besonders vom Erzbischof und seinen Leuten, wahrgenommen worden waren, so das Befestigungsrecht und die

<sup>39)</sup> Hans, UB, III nr. 601; Knipping, Regesten nr. 28.

<sup>40)</sup> Lacomblet I nr. 380; Knipping, Reg. nr. 571.

<sup>41)</sup> Siehe oben S. 489.

Militärhoheit, die Hansen neuestens in den Vordergrund seiner Betrachtung der Kölner Kommunalentwicklung gerückt hat, so die Fürsorge für Gewerbe, Handel, so das Besteuerungsrecht. Für das Verständnis der bürgerlichen Gemeindebildung ist die starke Betonung dieses Gesichtspunktes von nicht geringer Wichtigkeit. Wir finden im Köln des 12. Jahrhunderts keine einzige Funktion der im Bürgerhaus wirkenden Bürgerbehörde, die aus einer älteren Gemeindekompetenz stammte, die als Fortbildung einer solchen gelten könnte, sie alle hängen vielmehr zusammen mit den anfangs von der erzbischöflichen Herrschaft gepflegten Gemeininteressen, sie sind von der zur selbsttätigen Gemeinschaft zusammengetretenen Bürgerschaft in der Art übernommen worden. dass die Bürgerbehörde sich an die Stelle älterer stadtherrlicher Beamten zu setzen strebte. Allerdings nicht auf allen Gebieten der öffentlichen Zunächst nur auf jenen, die im besondern städtisch-bürger-Tätigkeit. lichen Interesse lagen. Es ist bezeichnend, dass die im 12. Jahrhundert beanspruchte Kompetenz der Gemeinde Köln sich auf die Fürsorge für die Befestigung, auf die Regelung des Gewerbewesens und des Handels. auf das Recht der Besteuerung bezog, dass zuerst die Gerichtsherrschaft des Stadtherrn nicht alteriert werden sollte 42). Es erhob sich eine neue Macht neben den vom Staat stammenden Mächten der Stadtherrschaft, es begann sich eine besondere Gemeindekompetenz zu bilden. es begannen Funktionen, die vorher von den Inhabern staatlicher Gewalt gewahrt waren, sich loszulösen und einer besonderen Gemeindekompetenz zuzufliessen, ein Nebeneinander und Gegenüber von Staat und Gemeinde erstand 43). Allerdings war das in Köln, wie auch anderwärts oft, nur ein vorübergehendes Stadium der Entwicklung. Denn die neue Macht der Gemeinde suchte später alle öffentlichen Funktionen zu gewinnen und die anderen Mächte zu verdrängen, somit wieder eine Einheit der staatlichen und kommunalen Kompetenzen zu schaffen.

<sup>42)</sup> Schon aus diesem Grunde dürfte die einfache Ableitung der Stadtgemeinde Köln aus einem älteren Gerichtsbezirk Köln unhaltbar sein,

<sup>43)</sup> Daher sehe ich in den bekannten Gegenüberstellungen G. v. Belows (Gemeinde – Landesherrschaft) manch Zutreffendes. Eine Auseinandersetzung kann hier nicht vorgenommen werden. Äusserungen freilich wie "die Kölner Gemeinden (sind) nie in Abhängigkeit von dem Stadtherrn gebracht.. (sie gehören) vielmehr zu der im 12. Jahrh. doch noch nicht geringen Zahl von Gemeinden, welche sich die alte Unabhängigkeit zu bewahren gewusst haben" (Entsteh. der dt. Stadtgemeinde S. 42) kann ich nicht zustimmen-Ebenso wie ich die Richtigkeit der Gegenüberstellung und Sonderung von Gemeindeherr und Landesherr leugne. All das hängt mit G. v. Belows Landgemeindetheorie zusammen.

Mögen die zuletzt angestellten Betrachtungen in manchem mit den Ansichten Keussens und Hansens übereinstimmen, ihnen wenigstens nicht unmittelbar widersprechen, so gehen zweifellos in anderen Punkten unsere Meinungen auseinander. Während die beiden genannten Forscher die Kölner Bürgerschaft eine einheitliche Usurpation vornehmen und durch die Coniuratio von 1112 eine freie rein bürgerliche Zentralregierung einsetzen lassen, glaubte ich eine allmähliche Loslösung des bürgerlichen Regiments vom stadtherrlichen als charakteristisch annehmen zu müssen.

Besonderen Wert legte ich in meinen Kölner Studien auf den Nachweis, dass die älteste Schreinsführung der Kölner Parochieen anfangs unter Teilnahme der Unterrichter des erzbischöflichen Zentralgerichts erfolgen musste, dass aber dann die iudices hinter den magistri civium und officiales zurücktraten, dass eine Loslösung der unter Leitung der rein bürgerlichen Beamten stehenden Kommunal- von den Gerichtssachen Die gleiche Richtung zeigt die Entwicklung der bürgerlichen Zentralbehörde. Auch hier anfangs ein gewisser Dualismus: Unterrichter und Schöffen, das sind Leute des erzbischöflichen Gerichts, und neben ihnen die Bürgermeister der Kleingemeinden und eine Gruppe vornehmer Bürger, das sind Führer der Bürgerschaft ohne Zusammenhang mit Stadtherrschaft und Gericht. Dabei überwog anfangs jenes bürgerliche Element, das amtlich mit der Stadtherrschaft in Verbindung stand. All das ist durchaus verständlich, und es ist geradezu natürlich, dass die auf Erlangung von Autonomie gerichteten bürgerlichen Tendenzen Anlehnung an bestehende Verfassungsinstitute suchten. Schöffen und Unterrichter in Köln wurden deshalb zuerst wichtige Träger der bürgerlichen Tendenzen, weil sie Bürger und Gerichtsbeamte zugleich waren.

Dann ging die Entwicklung weiter. Und sie vollzog sich in der Weise, dass die rein bürgerlichen Vertreter die anderen mit der Stadtherrschaft und der stadtherrlichen Organisation in Verbindung stehenden bei Seite schoben. Nicht auf Zufall beruht es, dass in den Kleingemeinden ebenso wie in der Gesamtgemeinde diese Entwicklung durchgriff. Die gleichen damals im Bürgertum wirkenden Kräfte gelangen zum Ausdruck, das auf sich selbst gestellte Bürgertum dringt vor. Aber noch im 13. Jahrhundert sind verschiedene Auffassungen und verschiedene Strömungen neben einander zu bemerken. Noch der bekannte Schiedsspruch von 1258 geht von der Grundauffassung aus, dass die selbständigen bürgerlichen Einrichtungen auf einer vom König oder vom Erzbischof als dem Stadtherrn gewährten Autonomie beruhen und

Westd. Zeitschr. f. Gesch. u. Kunst. XXX, IV.

PRINCETON UNIVERSITY

32

deshalb fortdauernd der erzbischöflichen Hoheit unterstehen. Der Erzbischof selbst hatte dabei bittere Klage geführt über die Emanzipationstendenzen der bürgerlichen Organe und auf die Zeiten hingewiesen, da die Schöffen, die eidlich verpflichtet waren, das Recht der Kirche und der Stadt zu wahren, unter steter Zustimmung des Erzbischofs am Regiment über die Stadt beteiligt waren — cum scabini Col. ex debito iuramenti consilio et auxilio ius ecclesie atque civitatis Col. teneantur defendere et conservare, ac ea ratione de ipsorum consilio cicitas Col., consentiente tamen archiepiscopo. ab antiquo consueverit gubernari 44. Der Erzbischof hatte mit diesen historischen Reminiszenzen durchaus recht, nur dass er nicht noch weiter zurückzusehen und auf das noch unbeschränkte erzbischöfliche Stadtregiment hinzuweisen vermocht hat.

Drei Urkunden bezw. Urkundengruppen mögen die Phasen der Entwicklung kennzeichnen.

- 1. Der Erzbischof hatte im J. 1103, also vor der Aufrichtung der Kölner Gesamtgemeinde im J. 1106 und vor der Einsetzung eines eigenen bürgerlichen Zentralregiments, gewisse Zollfragen, die das Kölner Interesse angingen, zu regeln. Er tat das, indem er die Senioren der Stadt befragte (a senioribus nostre civitatis rei veritatem addiscere). indem er die genauen Zollbestimmungen durch einen Urteilsspruch der Schöffen, durch Eid der Kaufleute und durch die Zeugenschaft von genannten Bürgern bekräftigen liess (hoc testimonium sancitum et astipulatum iudicio scabinorum, sacramento negotiatorum, presentia virorum illustrium) 45).
- Untervogt, Untergraf, Schöffen und Vornehme der ganzen Stadt bestätigen 1149 unter Zustimmung des Volkes den Decklakenwebern die Bruderschaft<sup>45</sup>).
- Bürgermeister und Amtleute der Richerzeche erteilen in einer etwa 1180 ausgestellten Urkunde den Drechslern die Bruderschaft 45).

Gewiss ist es nur Zufall, dass wir aus der Zeit vor Begründung der Kölner Gesamtgemeinde nicht noch andere ähnliche Nachrichten besitzen als die der Urkunde von 1103. Was diese uns sagt, darf als allgemein charakteristisch für das Verhältnis vor 1106 gelten: eine bürgerliche Zentralbehörde, die selbständig bürgerliche Gemeininteressen zu pflegen hatte. gab es noch nicht: der Erzbischof herrschte, ohne durch eine bürgerliche Vertretung verfassungsmässig beschränkt zu werden, aber er herrschte in der

<sup>45)</sup> Siehe oben S. 493, 488 Anm. 39, 29, 28.



<sup>&</sup>lt;sup>44</sup>) Ennen, Quellen II, nr. 384. Keutgen, Urk. z. städt. VG. nr. 147 c. 43. Vgl. Studien S. 72.

Art. dass er in gegebenen Fällen mit gewissen Kreisen der Bürgerschaft in Verbindung trat, und zwar naturgemäss in erster Linie mit jener Bürgergruppe, die ihm amtlich — besonders kommen die bürgerlichen Unterrichter und Schöffen in Betracht — verbunden waren. Eben diese Bürgerelemente, die offenbar schon längst im erzbischöflichen Stadtregiment eine gewisse Rolle gespielt hatten, traten in Köln an die Spitze der Bürgerschaft, als sich diese kommunal organisierte und Autonomie verlangte; sie standen im Mittelpunkt jener Organisation, die 1106 und 1112 ins Leben getreten war<sup>46</sup>). Und sie bewahrten Jahrzehnte lang ihre dominierende Stellung, obschon neben ihnen noch andere Bürgerklassen als Teilhaber am bürgerlichen Stadtregiment zu wirken begonnen hatten. Das sagt uns mit voller Deutlichkeit die Urkunde von 1149, das sagen uns andere diesen Jahrzehnten angehörenden Zeugnisse. Wenn auch bei diesem Aufsteigen bürgerlicher Selbstherrlichkeit Usurpation, Empörung und Gewalttaten eine Rolle gespielt haben, wenn auch nicht alles. was die Bürgerschaft in ihrem Streben nach Selbständigkeit tat, die Anerkennung oder Billigung des Stadtherrn gefunden hat, der Erzbischof muss sich doch mit der neuen Tatsache, dass eine Gemeinde mit selbständigen Organen sich gebildet hatte, alsbald, jedenfalls schon lange vor dem J. 1180, abgefunden haben. Frieden herrschte zumeist, und 1149 ist der Erzbischof bei selbständigen Massnahmen der Bürgerschaft sogar als persönlich anwesend bezeugt<sup>47</sup>). Der Erzbischof muss das neue bürgerliche Regiment stillschweigend oder ausdrücklich gestattet haben, er hat das wohl getan, weil im Stadthause jene bürgerlichen Leute dominierten, die in einem amtlichen Verhältnis zu ihm standen. die ihm eidlich verpflichtet waren, die als die mit bürgerlichen Verhältnissen Vertrauten schon längst von ihm in wichtigen Angelegenheiten der Stadt befragt worden sind. In der Tat ist in Köln ein nicht geringer Anschluss der bürgerlichen Verwaltung der Gesamtgemeinde an das stadtherrliche Regiment der älteren Zeit zu bemerken, ein allmähliches Herauswachsen, eine schrittweise Emanzipation. "Aus der mit und unter dem erzbischöflichen Regiment zur Entfaltung gelangten bürgerlichen Betätigung im Gemeinschaftsinteresse ist die selbständige Vertretung der bürgerlichen Gemeinde hervorgegangen."

V.

Die Entstehung der Kölner Stadtgemeinde und der bürgerlichen Selbstregierung lässt sich nach keinem der Schemen charakterisieren.

<sup>46)</sup> Vgl. die Bemerkungen oben S. 485, 488, 493.

<sup>47)</sup> Trier. Archiv 7, S. 86 f.

die von der allgemeinen Stadtrechtsforschung in neuester Zeit aufgestellt wurden. Waren in älterer Zeit auch gewiss agrarische Verbände der vielfach Landbau treibenden Bevölkerung in und um Köln vorhanden, so sind doch Beziehungen irgend welcher Art zwischen ihnen und der späteren Stadtgemeinde nicht zu bemerken. Selbst die bisher ganz unbewiesene Annahme, dass einst die Bewohner des ehemaligen römischen Köln eine besondere Landgemeinde gebildet hätten, würde solche Zusammenhänge nicht dartun.

Gewiss ist ferner auch für Köln anzunehmen, dass in den den Markt umgebenden Siedelungen der Kaufleute und Handwerker der Mittelpunkt des bürgerlichen Lebens und zugleich der bürgerlichen Bewegungen zu suchen sei. Aber die im 10. Jahrhundert besiedelte Rheinvorstadt, das vornehmste Viertel der Marktsiedelung, ist niemals ein mit besonderen Rechten ausgestattetes Gebiet gewesen, in dem etwa das Stadtrecht besonders gepflegt wurde und das als eigentlicher Träger der städtischen Entwicklung zu gelten habe.

Gewiss hat es auch in Köln frühzeitig eine genossenschaftliche Vereinigung der Bürger (Gilde) gegeben, aber es ist nicht anzunehmen. dass aus Institutionen dieser Gilde die spätere Bürgergemeinde erwachsen oder dass die Gilde der ursprüngliche Träger bürgerlicher Freiheitstendenzen gewesen sei.

Von der Römerzeit her hat sich wahrscheinlich in Köln eine nichtbäuerliche Bevölkerung erhalten. Sie hat in der fränkischen Periode eine weitere Kräftigung empfangen, besonders nach dem Rhein hin im Osten, aber auch ausserhalb der Römermauern (Friesen). Die einzelnen Stiftskirchen bildeten Mittelpunkte für neue Siedelungen einer nichtagrarischen Bevölkerung. Aber eine dieser Siedelungen wurde Trägerin der ganzen Stadtbildung: die Siedelung in der alten Römerstadt, mit der die Rheinvorstadt durch Ausdehnung der Befestigung topographisch, wirtschaftlich und rechtlich vereinigt wurde. Hier war der Markt, hier befanden sich alle Einrichtungen, die zur Erweckung und Pflege des städtischen Lebens führten. Hier war der Erzbischof. dessen Hochgerichtsbarkeit sich über ein weit grösseres Gebiet erstreckte. Bannherr und Niedergerichtsherr, hier brachte er jene Gerechtsame zur Geltung, mit denen der ausgestattet sein musste, der eine grössere Siedelung von Kaufleuten und Handwerkern gründen oder erhalten wollte, hier war der Erzbischof Stadtherr. Keine Geschlossenheit des Grundeigentums war die Voraussetzung der Stadtherrschaft. Gegen Ende des 10. Jahrhunderts, gerade in der Zeit des starken Aufblühens der



Rheinvorstadt, schenkte der Erzbischof dem Martinskloster reiches Grundeigentum innerhalb dieses Bezirkes (territoria und areae), er vergab Grundeigentum in der abgeschwächten Kraft, dass der Beschenkte nur feste, vom Schenkgeber bestimmte Renten, dass er aber sonst keine Gerechtsame dinglicher und persönlicher Art beanspruchen durfte. Den stadtherrlichen Rechten taten solche Verschiebungen der Eigentumsrechte keinen Abbruch. Wohl gab es auch damals noch Grundeigentum anderer Art in der Altstadt Köln. Wir dürfen annehmen, dass wie in späterer Zeit so auch früher hofrechtliche Gerichtsverbände in die Altstadt hineinragten, dass Leute, die Handel und Gewerbe trieben, in der inneren Stadt auf solch herrschaftlichem, einem Hofgericht zugehörigen Grundstück sassen. Aber die Gewalt des Stadtherrn und seines Gerichts ging über diese die Persönlichkeit des Beliehenen wirtschaftlich und rechtlich nur wenig bindenden Privatherrschaften hinweg; vor der Einheit der über das ganze Stadtgebiet reichenden erzbischöflichen Stadtgerichtsherrschaft trat die Bedeutung dieser privaten Herrschaftsgerichte, die sich auf Leihefragen beschränkten, mehr zurück. erzbischöfliche Schöffengericht aber war das Gericht, in dem das Stadtrecht zur Ausbildung kam, es stand im Mittelpunkt der ganzen Stadtrechtsentwicklung. Alles das unter der Herrschaft des Erzbischofs. war Inhaber der vom König stammenden Rechte, auf denen alles Städtewesen beruht, von seiner Herrschaft gingen die Massnahmen aus, die der Fürsorge des neuen wirtschaftlichen und sozialen Kreises galten. Nicht einer Gemeinde hat der König Privilegien für Pflege des Stadtlebens gegeben, sondern der erzbischöflichen Herrschaft. Die Bewohner der städtischen Siedelung mögen Interessengruppen gebildet haben (Gilden), aber diese waren nicht Träger der bürgerlichen Entwicklung. sondern nur ihr Ergebnis. Die Stadtbewohner nahmen teil am stadtherrlichen Regiment, an der Handhabung des Rechts und an der Fürsorge für öffentliche Wohlfahrt, aber einmal nur soweit, als die deutsche Gerichtsgemeinde überhaupt an der Rechtsprechung und Rechtsbildung beteiligt war, sodann soweit, als der Stadtherr aus Gründen der Zweckmässigkeit eine weitere Mitwirkung gestattete.

Das ist die erste Phase in der Entwicklung des Städtewesens in Köln. Dann erfolgte ein Umschwung. Die Bürgerschaft trat als selbständiger Machtfaktor im Gesellschaftsleben auf. Gleiche wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen trugen die grosse Bewegung, die über Mitteleuropa einherging. Die Kölner Bürgerschaft erhob sich zuerst 1074, vermutlich ohne dabei zu einer bürgerlichen Organisation



gelangt zu sein. Sie erhob sich 1106 für Heinrich IV., sie erlangte das Befestigungsrecht und die Militärhoheit, sie erweiterte auf kaiserliche Veranlassung das Stadtgebiet und sie bildete schliesslich eine Gemeinde für sich mit eigenen Organen, sie übernahm selbständig Gemeinbefugnisse, die bisher der Stadtherr geübt hatte.

Charakteristisch für das Verständnis der neuen Gemeinde ist: der Bezirk der Stadtgemeinde Köln deckte sich nicht mit einem oder mit mehreren Gerichtsbezirken, weder mit dem Bezirk des Hochgerichts, der ja weit über das Gemeindegebiet hinausreichte, noch mit denen von Niedergerichten, die durch die Stadtgrenzen durchschnitten wurden. Die Stadtgrenze war nicht durch Rücksichten auf die Gerichtsorganisation, sondern durch andere Gesichtspunkte bestimmt. Sie reichte so weit, als Wall und Mauer reichten. Und den Zug dieser hatten militärische und wirtschaftliche Momente geboten. Die Gemeinde Köln ist demnach mit Durchbrechung der durch das Gerichtswesen geschaffenen topographischen Ordnung begründet worden. Ihr Gebiet ist weder als ehemals grundherrlicher, noch als alter kommunaler oder als staatlicher Verwaltungsbezirk anzusehen, es ist eine neue Schöpfung, verlangt von den neu erwachten Gemeinschaftsbedürfnissen einer Handel und Gewerbe treibenden Bevölkerung.

Charakteristisch ist ferner: Die neue Gemeinde, deren Gebiet weder einfach aus einem Landgemeinde- noch aus einem Gerichtsbezirk hervorgegangen ist, setzte nicht Befugnisse einer älteren Landgemeinde fort, sie übernahm auch nicht schlechthin die Funktionen einer staatlichen Behörde. Sie trat auf zur Wahrung der besonderen durch das neue bürgerliche Leben geschaffenen Gemeinbedürfnisse, für die vor dem 12. Jahrhundert die Stadtherrschaft gesorgt hatte, die nun die Bürgerschaft selbst zu pflegen wünschte. So löste sich ein Teil der bisher von der Stadtherrschaft geübten Befugnisse los und bildete einen neuen Kompetenzkreis der neuen Gemeinde. Kein Ausbau alter Gemeindefunktionen, die im Gegensatz zu staatlichen standen, keine Anknüpfung an hypothetische ältere Landgemeinden, deren Wirken mit dem der Kölner Stadtgemeinde gar nichts gemein haben konnte. etwas Neues trat die Stadtgemeinde auf, neben den bisher bestehenden gesellschaftlichen Institutionen, neben Gerichts- und Stadtherrschaft. Aber einmal vorhanden und einmal anerkannt, suchte sie später die Pflege aller Gemeinbedürfnisse zu gewinnen und die Funktionen der Stadtherrschaft schlechthin in sich aufzunehmen, die Gemeinde zur Trägerin der wichtigsten staatlichen Gewalten überhaupt zu machen.

Charakteristisch ist schliesslich: Das bürgerliche Regiment, das die neue Gemeinde sich setzte, knüpfte zuerst an ältere Verhältnisse der Stadtherrschaft an. Die der Stadtherrschaft nahestehenden und längst beim Stadtregiment behilflichen Bürger wurden zuerst die vornehmsten Führer der Gemeinde. Aber ihnen traten alsbald zur Seite andere bürgerliche Elemente und diese, deren erste Organisation vielleicht aus einer älteren Privatkorporation (Gilde) hervorgegangen ist, verdrängten nach und nach die älteren Vertreter, bis eine wirklich rein bürgerliche, vom Erzbischof unabhängige Leitung der Gemeinde geordnet ward. Das Regiment auf dem Bürgerhause haben zuerst Schöffen, Vorsteher der Kleingemeinden und vornehme Bürger geführt (1112—1180), dann aber mehr und mehr die Bürgermeister und Amtleute der Richerzeche und schliesslich der Rat. — —

Gewiss dürfen wir nicht das, was sich für die Kölner Entwicklung ergab, verallgemeinern und als typisch für die Verfassungsgeschichte der Städte überhaupt ansehen. Wenn wahrgenommen wurde, dass die Kölner Gesamtgemeinde des 12. Jahrhunderts nicht einfach aus einer älteren Gerichtsgemeinde entstanden ist, dass der Stadtbezirk sich vielmehr von den fortbestehenden anders begrenzten Gerichtssprengeln unterschied, so darf das keineswegs als der deutschen Stadtgemeinde Und so auch sonst. Das Besondere allgemein eigentümlich gelten. ist von dem allgemein Charakteristischen zu unterscheiden. Obschon das im einzelnen nur durch umfassenden Vergleich der Kölner Entwicklung mit der anderer Städte möglich ist, so dürfen doch ohne weiteres einige Folgerungen lediglich aus den Kölner Verhältnissen gezogen werden. Und da möchte ich generell den Satz aufstellen: Behauptungen über die allgemeine Stadtentwicklung haben als unrichtig zu gelten, wenn ihnen die Kölner Geschichte widerspricht.

So müssen wir — auch wenn wir nur den Blick auf Köln richten und von allen anderen zahlreichen Zeugnissen absehen — die Annahme jenes schroffen Dualismus sozialer und politischer Art ablehnen, jenes Gegensatzes von frei und unfrei, von öffentlichrechtlich und privatrechtlich, der in der neueren Städteforschung oft als unerlässlicher, wichtiger Ausgangspunkt aller Betrachtungen und Kombinationen galt. Als unzutreffend werden wir die allgemeine Giltigkeit beanspruchenden Behauptungen erachten, dass Hofrecht und Stadtrecht unüberwindliche Gegensätze seien — hier das Gebiet der Unfreiheit, dort das der Freiheit, hier private, dort öffentliche Gewalt, dass der Gerichtsstand

<sup>48)</sup> Vgl. Kölner Studien S. 74, 91 f.



vor dem Hofgericht den vor dem Stadtgericht ausschliesse und umgekehrt, dass der Erwerb von Grundbesitz zu Hofrecht Unterwerfung der Persönlichkeit des Beliehenen unter das Hofrecht und damit Unfreiheit zur Folge habe, dass im Gegensatz dazu der Besitz von Stadtrechtsgut Freiheit verleihe, dass die städtische Bewegung eine Bewegung ausschliesslich der Freien war u. dgl. <sup>49</sup>).

Aber die Kölner Verhältnisse lehren noch mehr. Sie lehren die Unhaltbarkeit einzelner allgemeiner Theorien über die Entstehung des deutschen Städtewesens. So die der Landgemeindetheorie, der Marktsiedelungs-, der Gilde- und der kombinierten Gilde- und Marktsiedelungstheorie; so die jener Annahme, dass die Stadtgemeinde schlechthin aus einer älteren Gerichtsgemeinde abzuleiten sei. Dadurch, dass in Köln eine Entwicklung nachgewiesen wurde, die der von diesen Theorien gezeichneten widerstreitet, ist deren Allgemeingiltigkeit selbst wider-Besonders das Verhältnis von Stadt- und Landgemeinde erfährt durch die Kölner Entwicklung Aufklärung. Denn in Köln treten uns mit einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig lässt, jene bestimmten kommunalen Funktionen entgegen, die von der bürgerlichen Gemeinde des 12. Jahrhunderts in Anspruch genommen werden, hier sehen wir, dass sie mit den Aufgaben ländlicher Gemeinden gar nichts gemein haben. dass sie durchaus den neuen Gemeinbedürfnissen entsprungen sind. die das ganz anders geartete, wirtschaftliche und politische Leben der Stadt geschaffen hatte. Man mag die Landgemeindetheorie auffassen und modifizieren wie man will, sie ist schon im Hinblick auf Köln unhaltbar.

Gewiss sind die Beobachtungen richtig, dass manche Städte aus Dörfern entstanden sind, ebenso die Beobachtung, dass sehr häutig Marktsiedelungen, neben älteren Dörfern begründet, Träger des besonderen Städtewesens, oder dass Grundsätze des älteren Gildewesens bei Konstituierung von bürgerlichen Gemeinden angewendet wurden, oder dass Stadtgemeinden einfach aus älteren Gerichtsgemeinden hervorgegangen seien. Aber diese Beobachtungen erfassen nur eine der vorkommenden Formen, nicht das Notwendige und allgemein Eigentümliche der Stadtentstehung. Das Singuläre wurde als das Wesentliche und Entscheidende angesehen — das ist, wie ich glaube, der diesen allgemeinen Theorien zu Grunde liegende Irrtum.

<sup>&</sup>lt;sup>49</sup>) Hier sei nur hingewiesen auf einige Stellen aus den beiden Aufsätzen G. v. Belows, auf denen die spätere Städteforschung vielfach beruht, Histor. Ztschr. 58 u. 59 (1888/89). Vgl. Histor. Ztschr. 58, 229. 234. 237. 241, 242; Bd. 59, 235 f.



Die Kölner Entwicklung vermag uns indessen nicht nur Negatives zu sagen, ihr sind einige Gesichtspunkte zu entnehmen, unter denen die Entstehung des Städtewesens im allgemeinen betrachtet sein will.

Zwei Stadien der Entwicklung sind in Köln wohl zu unterscheiden: die Bildung städtischer Siedelung, städtischen Lebens, städtischen Rechts und sodann die Bildung einer sich selbst regierenden Bürgergemeinde, die nach und nach Trägerin der wichtigsten politischen Gemeinschaftsrechte wird. Die Bildung des städtischen Wesens in Köln ist bis tief ins 11. Jahrhnndert hinein ohne selbständige kommunale Betätigung von Bürgervertretungen vor sich gegangen, unter dem Schutze und der Wirksamkeit des Stadtherrn. Stadtherr aber war der Erzbischof deshalb, weil er die Bann- und Gerichtsherrschaft, weil er zugleich jene vom König stammenden Gerechtsame (Marktherrschaft) besass, die für Erweckung und Pflege des neuen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens unerlässlich waren. Längst blühten in Köln Handel und Gewerbe, längst gab es ein besonderes Recht der bürgerlichen Bewohner, als seit Ende des 11. Jahrhunderts die bisher vom Erzbischof durchaus beherrschte, und zwar auch in den speziell das städtische Wesen angehenden Dingen beherrschte, Bürgerschaft nach Selbsregierung zu ringen begann.

Die Unterscheidung von zwei Entwicklungsstadien ist, glaube ich, auf das ältere Städtewesen im allgemeinen anzuwenden. Natürlich nur auf die aus dem 10. und 11. Jahrhundert stammenden, nicht so auf die erst später gegründeten Städte. Aber auf die älteren Zeiten haben wir unseren Blick zu richten, um das Wesen der neuen Bildung zu verstehen.

Dass das Heraustreten des deutschen Volkes aus den rein agrarischen Lebensformen, dass die beginnende Bedeutung von Handel und
Gewerbe städtisches Wesen erzeugt haben, wird niemand leugnen.
Durchaus verschieden aber wird die Frage beantwortet, ob und wie
der neue städtische Wirtschaftskreis mit dem älteren agrarischen Organismus (Dorf, Grundherrschaft), ob und wie der neue Rechtskreis mit
den älteren Rechtsgemeinschaften im Zusammenhang stand <sup>50</sup>). Zweierlei
scheint mir bei Beantwortung dieser Fragen beachtet werden zu müssen:
einmal die m. E. allgemeingiltige Tatsache, dass das älteste Städtewesen

<sup>50)</sup> Grundsätzlich geäussert habe ich mich bereits in meiner Schrift: Staat und Grundherrschaft in der älteren deutschen Geschichte. Leipziger Programm 1909 S. 41 ff.



stets unter einem Herrn zur Entwicklung gelangt ist, dass freie Dörfer weder die wirtschaftliche noch die rechtliche Möglichkeit besassen, ihre freie ländliche Gemeinde in eine städtische zu wandeln. Sodann der Umstånd, dass der Herr die Befugnisse, die für die Einrichtung von Märkten und Marktsiedelungen unerlässlich waren, weder seinen eigenen privatherrlichen Gerechtsamen, noch einer besonderen Gemeindegewalt entnommen, sondern vom König selbst erlangt hatte: "aus dieser Quelle floss das, was die besonderen bürgerlichen und städtischen Rechtskreiseerzeugte". Aber eine grundsätzliche Sonderung der stadtherrlichen und der privatherrschaftlichen Gerechtsame desselben Herrn war unbekannt: wie mitunter dieselben Beamten für Stadt und Fronhofswirtschaft des Stadtherrn bestellt wurden, wie den Grundhörigen und Unfreien die Aufnahme in den neuen bürgerlichen Kreis keineswegs immer versagt war, so flossen oft Gerechtsame staatlichen und privaten Ursprungs zusammen. Mannigfach gestalteten die Stadtherren das Verhältnis ihrer Kompetenzen verschiedenen Ursprungs, bald im Sinne einer zweckmässigen Scheidung der privaten Fronhofs- und der öffentlichen Stadtherrschaft, bald im Sinne einer Verbindung, ja einer allgemeinen Heranziehung der Bürger verschiedenen Geburtsstandes zu Leistungen an die eigene Fronhofswirtschaft. Dem historischen Beschauer aber werden, je nachdem sein Blick auf diese oder jene Stadt fällt, je nachdem er von diesem oder jenem allgemeinen Gesichtspunkt ausgeht, die Verhältnisse sich verschieden darbieten und er wird teils Öffentlichkeit und Freiheit, teils Privatherrschaft und Unfreiheit allein erkennen, wenn er nur das eine oder das andere annehmen zu dürfen meint.

Wie aber die erste Bildung städtischen Lebens sich überaus verschieden gestaltet hat, so musste notwendig erst recht die zweite bedeutsame Entwickelung, die Begründung einer sich selbst regierenden Gemeinde, in überaus mannigfacher Art erfolgen. Dem deutschen Städtewesen als solchem ist nur das eigentümlich und gemeinsam, dass um die Wende des 11. und 12. Jahrhunderts neue Tendenzen der Selbstregierung auftraten. Aber überaus verschieden musste, schon wegen der grundverschiedenen Voraussetzungen, der Weg der Verwirklichung und des Fortbauens auf älteren Einrichtungen sein. Die Gilde-, die Landgemeinde-, die Gerichtsgemeindetheorie mögen in der Entwicklung dieser und jener Stadt ein durchaus berechtigtes Zeugnis finden — ihre Allgemeingiltigkeit wird damit nicht bewiesen.

Auf eine Charakterisierung der Gewaltverhältnisse in den Städten haben die Geschichtsforscher meist grosses Gewicht gelegt und dabei

die Unterscheidung von öffentlicher und privater Herrschaft in ganz verschiedener Art und unter ganz verschiedenen Voraussetzungen getroffen. Sodann haben sie meist für Erscheinungen der Stadtentwickelung, die in Wahrheit als singulär zu gelten haben, auch wenn ihr Vorkommen überaus häufig bezeugt ist, allgemeine Bedeutung beansprucht. In diesen Umständen liegt, wie ich glaube, der wesentliche Grund dafür, dass trotz tiefgehender Forschung und weitreichender Polemik eine Einigung in grundsätzlichen Fragen der Städteforschung bisher nicht erzielt werden konnte.



# Kleine Beiträge.

# Die aus den Mitteln der Emil vom-Rath-Stiftung im Jahre 1911 von der Universitätsbibliothek zu Bonn erworbenen Handschriften.

Von Dr. Martin Bollert, Universitätsbibliothekar.

Die preussischen Staatsbibliotheken haben jahrzehntelang infolge unzulänglicher Anschaffungsmittel an Unterernährung gelitten. Die für den Büchererwerb verfügbaren Fonds reichten nicht hin, auch nur von der neu erscheinenden Literatur das Notwendige zu kaufen; die Ausfüllung von Lücken in den Beständen war ein Ding der Unmöglichkeit, da ja nicht einmal das Einreissen neuer empfindlicher Lücken verhindert werden konnte.

Der schwerste Notstand ist seit dem April 1910 beseitigt worden: damals wurden von staatswegen die Anschaffungsfonds erheblich vermehrt und überdies entschloss sich die preussische Unterrichtsverwaltung, das zum Notwendigen noch fehlende, welches sie vom Staate nicht zur Verfügung gestellt bekommen konnte, von den Bibliotheksbenutzern in Form einer Gebühr zu erheben.

Die Mittel unserer rheinischen Universitätsbibliothek wuchsen dadurch beinahe auf das doppelte. Man ist bier jetzt in der Lage, — das darf mit Befriedigung nach so langen Hungerjahren ausgesprochen werden — das unbedingt Nötige an neuer wissenschaftlicher Literatur zu kaufen. Und wenn diese Zeilen gedruckt sind, so wird der preussische Landtag auch die Mittel bewilligt haben, die zu einer allmähligen Ausfüllung der peinlichsten Lücken zu schreiten erlauben.

Aber so sehr man sich dieser Zuführung frischen Lebenssaftes durch den Staat erfreuen mag, es bleiben für die Bibliotheken über das nächste Bedürfnis hinaus noch Entwicklungsmöglichkeiten, von deren Fülle das blühende Bibliothekswesen Nord-Amerikas eine Vorstellung geben kann, für deren Verwirklichung aber die Mittel der Allgemeinheit billiger Weise nicht wohl beansprucht werden können. Solche Aufgaben können nur gelöst



werden, wenn der Opfersinn des einzelnen für die Wissenschaft interessierten Mannes zu Hilfe kommt.

Es ist bekannt (vgl. Zentralblatt für Bibliothekswesen 27. 1910. S. 401), dass die Bonner Universitätsbibliothek der Freigebigkeit des Herrn Geh. Kommerzienrats Dr. Emil vom Rath in Köln einen Fonds von 30000 M. verdankt, der ihr die Erfüllung einer solchen Aufgabe erleichtern soll: die besondere Pflege rheinischer Literatur. "In dem Bestreben, — heisst es in der Stiftungsurkunde — die Erforschung der Vergangenheit meiner rheinischen Heimat zu fördern und zugleich die Verschleppung wertvoller Schriftdenkmäler, die rheinischer Herkunft sind oder das Rheinland betreffen, nach Möglichkeit zu verhindern, aber auch um den Rückerwerb bereits nach auswärts gewanderter Handschriften, alter Drucke und wertvoller Werke rheinischen Ursprungs zu erleichtern, stelle ich hiermit der rheinischen Hochschule für ihre Universitätsbibliothek die Summe von 30000 Mark zur Verfügung."

Was seit Menschengedenken für die Bonner Bibliothek in einer auch nur bei bescheidensten Ansprüchen irgend nennenswerten Weise unmöglich gewesen war: Handschriften zu kaufen, das haben wir vermöge dieser hochherzigen Schenkung im April 1911 tun können. Damals kam ein Teil der Sammlung des englischen Bibliophilen Sir Thomas Phillipps bei Sotheby. Wilkinson & Hodge in London unter den Hammer, und die Bibliotheksverwaltung erbat und erhielt von dem Vorstande der 'Dr. Emil vom Rathschen Stiftung' die Ermächtigung, eine Anzahl von Handschriften zu erwerben, die durch Herkunft, Sprache oder Inhalt den Rheinlanden gehörten.

Obwohl wir uns, um die Versteigerungspreise nicht in die Höhe zu treiben, vorher mit der Königlichen Bibliothek in Berlin, zu deren Gunsten auf einige wichtige Stücke von uns verzichtet wurde, und mit einigen anderen inbetracht kommenden Stellen verständigt hatten, musste doch für die sprachlich interessanten Stücke ein verhältnimässig hoher Preis bezahlt werden, da ein sehr zahlungskräftiger Konkurrent in Gestalt des Londoner Germanischen Seminars auf dem Plane erschienen war. Von zwei Jahren der Zinsertrag des Stifungsvermögens musste darangegeben werden, um einen bescheidenen Teil ehemals deutschen Gutes dem Vaterlande zurückzuerobern. Möchte der Edelsinn des ersten Spenders viele freigebige Helfer an unseren grossen Aufgaben herbeilocken!

Von den erworbenen Handschriften gebe ich im Folgenden ein kurzes Verzeichnis, bei dessen Aufstellung ich mich der Hilfe von Herrn Professor Dr. Levison (Bonn) und Herrn Assistent Dr. Asen (Bonn) zu erfreuen hatte.

Über die Bibliothek des Sir Thomas Phillipps, der die grösste und reichste Handschriftensammlung besass, die je in der Hand eines Privatmannes gewesen ist, insonderheit die aus Deutschland stammenden Teile der Sammlung, wie die Bücherei des Leander van Ess, wolle man den Aufsatz von Emil Jacobs: Die von der Königlichen Bibliothek zu Berlin aus der Sammlung Phillipps erworbenen Handschriften (Zentralblatt für Bibliothekswesen 28. 1911. S. 23 u. ff.) vergleichen.



'Ess' = Sammlung und Verzeichniß handschriftlicher Bücher . . . welche besitzt Leander van Eß. Darmstadt 1823.

'Versteig.-Kat.' = Bibliotheca Phillippica. Catalogue of a further portion of the . . . manuscripts . . . of the late Sir Thomas Phillipps . . . which will be sold by auction by Messrs. Sotheby, Wilkinson & Hodge . . . April 1911.

'Phillipps Ms.' gibt die Signatur aus der Bibliotheca Phillippica in Cheltenham an.

Abkürzungen sind aufgelöst, Interpunktionen binzugefügt.

# 1. Bonner Signatur: S 1251, 2º.

Perg. 177 Bl. (29,5×19,5 cm) 14./15. Jahrh. — Alter Lederband mit Holzdeckeln. Lagen von 4 Bogen. Bl. 177 leer. Initialen rot und blau, z. T. mit ornamentaler Verzierung.

# S. Gregorii Homiliae. [Deutsch.]

Bl. 1: In isto volumine continentur XL omelie beati Gregorii pape Et datum fuit nobis Carthusiensibus domus sancte barbare in Colonia per religiosum bresbyterum domnum Adolphum Bruwer confratrem nostrum, pro tempore priorem domus sancte Margarete in Basilea minori, post mortem honorabilis domine Nese Bruwers matris sue, cuius anima requiescat in sancta pace. Amen. Anno domini millesimo quadringentesimo quadragesimo.

Bl. 1<sup>v</sup>: Die tafel van den evangelien nan somughen sonnendaghen. Schluss Bl. 176: Hier eynden sante Gregorius omelien te duutsche. Niederrheinischer Dialekt.

Ess Nr. 84. — Rob. Priebsch, Deutsche Handschriften in England. Bd. 1, 1896. Nr. 41. — Phillipps Ms. 469. — Versteig.-Kat. Nr. 507.

#### 2. Bonner Signatur: S 1252.

Pap. 159 Bl. (21×14 cm) 15. Jahrh. (1468). — Alter Lederband mit Holzdeckeln. Lagen von 6 Bogen. Bl. 1 und 159 leer.

# Sonntagsevangelien mit ihren Sermonen durch das ganze Jahr.

Anf. Bl. 2: Hee beginnent de hilge ewangelium op alle sondage dorch dat yair myt eren Sermonen. Schluss Bl. 158v: Hee endent de sondachs ewangelien dorch dat iair myt eren sermonen geent Anno domini 1468.

Niederrheinischer Dialekt. — Aus dem vorderen Vorsatzblatte und aus Bl. 2 sind Streifen ausgeschnitten, die wahrscheinlich die Angaben von früheren Besitzern enthielten. Auf dem Rücken ist aufgeklebt u. a. die alte Signatur A A 24.

Ess Nr. 270. — Priebsch, a. a. O., Nr. 61. — Phillipps Ms. 654. — Versteig.-Kat. Nr. 361.

#### 3. Bonner Signatur: S 1253.

Pap. 26 Bl. (22×15,5 cm) 15. Jahrh. (1464). — Alter Pergament-umschlag. Eine Lage von 6 und eine Lage von 7 Bogen.



# Ordinarium für das Brevier, und Totenamt.

Anf. Bl. 1: In nomine domini nostri Jesu Christi. Des ersten sundachs in der aduent. Schluss Bl. 26<sup>V</sup>: Geschreuen in den iaren vnses heren dusent veirhundert ind veir ind seszich des seisten dages in deme mertz.

Niederrheinischer Dialekt, Totenamt lateinisch. — Gemäss der Schlußschrift (Bl. 26<sup>v</sup>) geschrieben 1464 im Kloster zu den weissen Frauen in Köln von einer Schwester, die im Kloster Engelthal [Bonn] Profess abgelegt hat.

Vorgeheftet sind 4 Bl. in kleinerem Format: Anweisung zum Gebrauche des Lectionariums vom Tage der Kettenfeier Petri bis zum Andreastage, unter Berücksichtigung des Wechsels der Sonntagsbuchstaben.

Bl. 4v von späterer Hand: Katharyna Fyschenych huirt dyt zo, der yt na yrem doit krycht, der byt got vur sy.

Ess Nr. 271. — Phillips Ms. 655. — Versteig,-Kat. Nr. 770.

4. Bonner Signatur: S 1258, 2°.

Pap. 55 Bl.  $(34\times21$  cm). 19. Jahrh. (1823). — Bl. 54 und 55 leer. Spruchgedicht.

Anf. Bl. 1: Hie is doch wyse zo aller zyt. Schluss Bl. 53: Wilt hie dan eyn verreder wesen.

### Alt-köln. Dialekt.

Auf dem inneren Vorderdeckel das Exlibris: Georgius Kloss, Francof. a. M.; (vgl. Allg. Deutsche Biographie. Bd. 16. 1882, S. 228). Auf Bl. 53 die Eintragung von Georg Kloss, dass die Handschrift 1823 zu Friedberg abgeschrieben worden ist aus einer um 1462 'per Johannem de Buwschem campanarium in Liblare' geschriebenen Sammelhandschrift, welche aus der Versteigerung der Bibliothek des Fürsten Salm stammt. Unsere Abschrift ist 1835 mit der Sammlung Kloss in London versteigert worden.

Catalogue of the library of Dr. Kloss, which will be sold by auction by Mr. Sotheby and Son. London 1835. — Phillipps Ms. 11045. — Versteig.-Kat. Nr. 435.

5. Bonner Signatur: S 1249, 2º.

Perg. 297 Bl. (26×17 cm) 14. Jahrh.; in dem voranstehenden Kalender ist das Fest d. Conceptio Mariae (8. Dez.), welches in der ersten Hälfte des 14. Jahrh. aufgekommen ist, von erster Hand eingetragen, das Fest der heil. Anna (26. Juli), das im 15. Jahrh. aufkam, ist erst von späterer Hand nachgetragen. — Alter Lederband, Holzdeckel. Lagen von 6 Bogen. — Viele Initialen mit ornamentaler Verzierung, farbig und vergoldet. Auf Bl. 33 eine figürliche Darstellung.

# Breviarium.

In Köln geschrieben, wie das Heiligenverzeichnis des Kalenders erweist. Dass es später in der Salvatorkirche in Utrecht in Gebrauch gewesen ist, lassen die nachträglichen Kalendereintragungen an den Tagen des Bonifacius (5. Juni) und Willibrord (7. November) vermuten; hier werden beide Heilige,



welche in Beziehung zu der genannten Kirche stehen, als 'patronus sancti Salvatoris' bezeichnet.

Voraus geht dem Breviarium ein Festkalender und diesem eine Ostertabelle, die zusammen mit den Buchstaben, welche der Kalender in den Monaten März und April darbietet, den Ostertermin für die Jahre 1260 bis 1791 erkennen lässt; sie wird bezeichnet (Bl. 3<sup>v</sup>): tabula Johannis sacerdotis canonici Colon[iensis?] dicti de Arwilre.

Ess Nr. 44. - Philipps Ms. 429. - Versteig.-Kat. Nr. 134.

6. Bonner Signatur: S 1250.

Pap. 206 Bl. (14×10 cm) 15. Jahrh. — Alter Lederband. Meist Lagen von 5 Bogen. Bl. 201—206 leer.

Caeremoniae domus Carthusiae, Consuetudines domus S. Albani prope Treverim.

Anf. Bl. 1 [von anderer, aber alter Hand]: Contenta libelli: Cerimonie domus Carthusie. Consuetudines pro subdiacono et diacono. Consuetudines pro officio sacriste domus sancti Albani prope Treverim. Schluss Bl. 200v: misericordiam absolucionem et oracionem propter deum. Amen.

Ess Nr. 288. — Phillipps Ms. 672. — Versteig.-Kat. Nr. 1033.

7. Bonner Signatur: S 1248, 2º.

Perg. 12 Bl. (30×21 cm) 14. Jahrh. — Lagen von 6 Bogen. Zahlreiche Nachträge verschiedener Hände. Unvollständig, nach Ausweis der Reklamante Bl. 12<sup>v</sup>.

### Census et pensiones camerariae in Dietkirchen [Bonn].

Anf. Bl. 1: Infrascripta sunt census & pensiones camerarie in Deytkirchen conscripti sub anno Domini MCCCXCIII.

Ess Nr. 120. — Phillipps Ms. 505. — Versteig, Kat. Nr. 297.

8. Bonner Signatur S 1255, 2°.

Pap. 188 Bl. (32×21,5 cm) 16. Jahrh. — Verschiedene Hände. — Unter dem modernen Einband alter Kalblederumschlag. Meist Lagen von 4 und 6 Bogen.

Kopialbuch von Urkunden über Verpachtungen des Klosters S. Maximin bei Trier, 1512-1548.

Anf. Bl. 1: Tabula continentium [darüber: contentorum] in hoc libro. Schluss Bl. 188v: aigenhandig underschrieben, Geschen zu Lutzemb . . . .

Phillipps Ms. 21878. - Versteig.-Kat. No. 1034.

9. Bonner Signatur: S 1247, 2°.

Perg. 45 Bl. (32×24 cm) 14.—15. Jahrh. — Lagen von 6 Bogen; Bl. 1 und 2 der ersten Lage, Bl. 12 der letzten Lage fehlen. Zahlreiche Nachträge verschiedener Hände.

### Totenbuch des Klosters S. Caecilia in Köln.

Der erhaltene Teil des Totenbuches beginnt mit V. Id. Jan. und schliesst mit XVII. Kal. Dec.

Ess Nr. 96. — Phillipps Ms, 481. — Versteig.-Kat. Nr. 234.



10. Bonner Signatur: S 1254.

Pap. 35 Bl. (22×16 cm) 15. Jahrh. — Aus einem Buchdeckel ausgelöst. Teile des Textes weggeschnitten. Verschiedene Hände.

Akten eines. Prozesses vor dem Offizial der Kölner Kurie betr. das Personat an der Pfarre zu Frechen. [Bruchstücke.]

Zwischen 1440 und 1450. Vgl. Geschichte der Pfarreien der Erzdiözese Köln. Bd. 6. 1887, S. 272 u. ff. Bl. 1 und 2 enthalten in einer Hand aus später Zeit (etwa 18. Jahrh.) Hinweise auf die Seitenzahlen eines (handschr. oder gedruckten) Bandes mit Urkunden der Grafen und Herzöge von Geldern (und Cleve) und anderen Urkunden derselben Gegend, von 1247—1543, mit Angabe des Datums und teilweise kurzer Andeutung des Inhalts. — Auf Bl. 2<sup>v</sup>: Sum ex Libris Richardi Joannis de Nerii.

Phillipps Ms. 27059. - Versteig.-Kat. Nr. 460.

11. Bonner Signatur: S. 1257, 20.

Pap. 16 Bl. (28,5 21 cm) 15. Jahrh. — Bl. 8—10 und 16 leer. — Verschiedene Hände.

# Inquisitionsprotokolle des Inquisitors Johannes Krawinckel

- 1) Bl. 1-7: gegen Nicolaus Hovet de Tremonia, 1477. Mit Randbemerkungen und Zusätzen eines rechtsgelehrten Gutachters.
- 2) Bl. 10: gegen Ketteltasche de Zuzato, 1478.
- 3) Bl. 11—14: gegen Hermannus assertus capellanus in Tremonia, 1489. Auf Bl. 1 die Bleistifteintragung Tross; die Handschrift ist demnach wohl durch Vermittlung des Pariser Antiquars Edwin Tross (vgl. Allg. Deutsche Biographie, Bd. 38, S. 652) in den Besitz des Sir Phillipps gelangt.

Phillipps Ms. 4739 u. 10229. — Versteig.-Kat. Nr. 557.



# Recensionen.

Friedrich Wilhelm, Sanct Servatius oder wie das erste Reis in Deutscher Zunge geimpft wurde. Ein Beitrag zur Kenntnis des religiösen und literarischen Lebens in Deutschland im elften und zwölften Jahrhundert. München, Verlag von C. H. Beck, 1910. XV. XCVI und 321 Seiten, 2 Tafeln. 12 Mk. — Angezeigt von Prof. Wilh. Levison in Bonn.

Ich habe im Hinblick auf die Akten der angeblichen Kölner Synode von 346 gelegentlich den Wunsch ausgesprochen (Neues Archiv 32, 1907, S. 547; Bonner Jahrbücher 118, 1909, S. 46 Anm. 7), man möchte einmal die fabelreichen späteren Legenden des Bischofs Servatius von Tongern-Maastricht näher untersuchen, mit denen die Überlieferung jener Synodalakten teilweise im Zusammenhang steht und von denen bis dahin nur Bruchstücke gedruckt waren, die um so weniger einen genügenden Einblick gestatteten, als es von

dem umfangreichen, in zahlreichen Handschriften erhaltenen Werk mehrere stark von einander abweichende Bearbeitungen und Fassungen gibt (vgl. die Übersicht von Poncelet, Bibliotheca hagiographica Latina II, nr. 7617-7638). Das vorliegende Buch, dessen vortreffliche Ausstattung Erwähnung verdient, beseitigt diese Lücke in dankenswerter Weise zum grossen Teil, indem es eine dieser Fassungen vollständig darbietet, andere im Anschluss an sie kennen lehrt und damit die weitere Forschung wesentlich erleichtert. Die Geschichtsforschung hat freilich unmittelbar von diesem Machwerk nicht allzuviel zu erwarten, das von handgreiflichen Lügen wimmelt; gegenüber den älteren, auf Gregor von Tours beruhenden Viten des Servatius (hrsg. von Krusch, MG, SS. R. Merov, III. 83-91, vgl. IV, 766) genügt es in dieser Hinsicht darauf hinzuweisen, wie hier eine bei Heriger (SS. VII, 172) als Gerücht erwähnte Behauptung von Servatius' Abstammung aus der Familie Christi weiter ausgesponnen ist: Servatius wird zum Urenkel einer Schwester von Marias Mutter Anna, zum Sohn eines Vetters von Johannes dem Täufer, und ein Vergleich mit Methusalem und dergleichen mehr genügt dem Verfasser zur Beseitigung des Abstandes von Jahrhunderten. Dennoch bietet diese Schwindelgeschichte nicht geringes Interesse, sie hat grossen Erfolg gehabt, auch auf die spätere Geschichtschreibung eingewirkt; in literarischer Hinsicht ist wenigstens die hier gedruckte Fassung beachtenswert, deren Verfasser eine bedeutende Kenntnis der Klassiker wie Sallust und Lucan verrät und eine zwar nicht ungekünstelte, aber doch gewandte Reimprosa schreibt, und an diesem Ort darf auf sein durch Wilhelm erschlossenes Werk um so mehr hingewiesen werden, als es nicht nur durch die Heimat Maastricht die Westdeutsche Forschung berührt, sondern in den (in anderer Fassung schon bekannten) Wundern hie und da auch Rheinische Namen wie Köln, Andernach, Coblenz, Siegburg, Jülich und Aachen begegnen. Wilhelm ist als Germanist dem Stoffe nahegetreten, der auch in die deutsche Literatur des Mittelalters Aufnahme gefunden hat; Heinrich von Veldeke und ein oberdeutscher Dichter haben ihn im 12. Jahrhundert auf Grund lateinischer Vorlagen bearbeitet.

Es gab eine solche fabelreiche Geschichte des Servatius sicher schon um die Wende des 11. und 12. Jahrhunderts, da Sigebert von Gembloux († 1112) sie zu den Jahren 399 und 453 für seine ('hronik (SS. VI, 304, 309) benutzt hat, die er bald nach 1100 begonnen, vor 1106 zum ersten Mal beendet hat<sup>1</sup>). Welche der verschiedenen Bearbeitungen war damals vorhan-

Westd. Zeitschr. f. Gesch. n. Kunst. XXX, IV.

¹) Die Servatius-Legende ist auch benutzt in der 2. Vita Memorii, die in die 2. Vita des Bischofs Lupus von Troyes aufgenommen worden ist (Acta sanctorum Julii VII, 77—79), welche nach der Vita Landiberti des Bischofs Stephan von Lüttich (901—920) verfasst ist (vgl. G. Monchamp und J. Demarteau, Leodium III, 1904, S. 14—24) und Hugo von Flavigny in seiner um 1090 begonnenen Chronik (SS. VIII, 310—312) bekannt war (vgl. Krusch a. a. O. III, 101. 119); aber die Vita Memorii fehlt in einem Teil der Handschriften der Vita Lupi, und da die Benutzung Hugos andere Teile dieser Quelle betrifft, so möchte ich daraufhin 1090 nicht als sichere Zeitgrenze für das Dasein der Servatius-Geschichte in Anspruch nehmen.

den und hat als älteste zu gelten? Zwei von ihnen streiten um den Vorrang, das Werk eines Presbyters Jocundus, aus dem die Translatio und die sich anschliessenden Miracula vollständig von Köpke (SS. XII, 85-125) gedruckt worden sind, während von der vorhergehenden eigentlichen Vita nur wenige Bruchstücke von ihm, andere jetzt von Wilhelm S. 277-283 veröffentlicht sind, und das von diesem S. 3-147 ganz herausgegebene anonyme Werk, das er Gesta sancti Servatii nennt. Die Bezeichnung ist bequem, weil sie die Unterscheidung von Vita, Translatio und Miracula erspart, ohne freilich quellenmässig begründet zu sein, wie Wilhelm meint; denn wenn er nicht eine der älteren Vitae Servatii, sondern seinen Text in den sancti Servatii gesta erkennt, von denen der Verfasser der ersten Kölner Vita des Bischofs Severin spricht (Acta Sanctorum Octobris X, 58, § 5), so hat er übersehen, dass diese Vita Severini schon dem 10. Jahrhundert angehört und eine Quelle der Servatius-Legende darstellt, nicht von ihr abhängig ist (Wilhelm S. XIII und 53; vgl. dagegen meine Ausführungen in den Bonner Jahrbüchern 118, S. 46). Doch kommt darauf nicht viel an, und es empfiehlt sich, die bequeme Bezeichnung beizubehalten. Köpke hat das Werk des Jocundus kurz nach 1088 angesetzt; Wilhelm sucht in einem einleitenden Abschnitt über die lateinischen Servatius-Legenden nachzuweisen, dass es erst nach dem Tode des 1192 ermordeten Lüttischer Bischofs Albert, vielleicht also erst im 13. Jahrhundert entstanden sei, während er in den Gesta die Quelle des Jocundus sieht, die nicht lange nach 1087, sicher vor 1106 verfasst worden sei2). Er schreibt beiden Darstellungen auch entgegengesetzte politische Absichten zu. Der Verfasser der Gesta sei ein Gegner Gregorianischer Anschauungen gewesen, der als Publizist in seinem Kreise "eine kaiserfreundliche Stimmung schaffen" wollte; es war ihm "im Grunde genommen um nicht Geringeres zu tun, als die von Gregor aufgestellte Doktrin über die Schlüsselgewalt und die mit dieser eng zusammenhängenden Ansprüche Gregors auf den Primat des Römischen Stuhls zu bekämpfen", die Geschichte von der Übergabe eines Schlüssels von Petrus an Servatius war ihm ein Mittel zu diesem Zweck. Umgekehrt schrieb Jocundus, "um die Schlüsselübergabe Petri an Servatius zu tilgen", seine "kirchliche Gesinnung" tritt deutlich zu Tage. So nach Wilhelm; aber dieser hat hier wie auch sonst Dinge in die Quellen hineingelesen, die gar nicht darin stehen. Bei der Schlüsselgewalt handelt es sich an den wenigen Stellen, wo von der Servatius verliehenen Vollmacht die Rede ist, lediglich um das Recht der Sündenvergebung (S. 47 und 56), und es ist auch eine eigenartige Äusserung kirchenpolitischer Bestrebungen, wenn das Umhertragen der Schlüsselreliquie auf den Feldern als Mittel gegen die — Mäuseplage empfohlen wird (S. 140)3).

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> In Jocundus erkennt die Quelle, in den Gesta die Ableitung S. Balau, Étude critique des sources de l'histoire du pays de Liége au moyen âge (Mémoires couronnés par l'Académie royale de Belgique 61), 1903, S. 312 ff., dessen Ausführungen Wilhelm entgangen sind.

<sup>3)</sup> Auf Taf. II gibt Wilhelm eine Abbildung des noch in Maastricht aufbewahrten angeblichen Petrusschlüssels des Servatius. Vgl. darüber jetzt auch den unkritischen Aufsatz von H. Leopold, Der Maestrichter Con-

Und dass andererseits Jocundus den Schlüssel keineswegs hat ausschalten wollen, sondern wenigstens dreimal (sein Werk ist zum Teil ungedruckt) davon redet, hat schon Poncelet in seiner Besprechung des Wilhelmschen Buches hervorgehoben (Analecta Bollandiana 29, 1910, S. 351). Gerade Jocundus hätte schwerlich gegen eine antigregorianische Richtung angekämpft, er, der sich als eifrigen Bewunderer und Verehrer Heinrichs IV. aufs deutlichste zu erkennen gibt (c. 54, 55, SS. XII, 113 f.), und wenn er es bedauert, dass universos transferri permisit deus in alios, scilicet clericos in laicos, servos in dominos, alia in alia, ita ut nemo in suo proposito atque decreto maneat, und wenn er dann klagt, dass man gar Heinrich IV., den Gesalbten des Herrn, vom Throne zu stossen wage (ebd. S. 114), so scheint mir der dem Verfasser der Gesta zugeschriebene Standpunkt sicherlich in gleichem Masse auch Jocundus zuzukommen (vgl. auch c. 8, S. 95, 11 ff.). Gewiss tritt auch in den Gesta eine kaiserfreundliche Gesinnung hervor: In den Wundern, durch die Servatius tempora et regnum et loca Henrici imperatoris quarti verherrlicht, sieht der Verfasser der Gesta (c. 66, S. 145) die Widerlegung derer, die behaupten, man könne Gott unter dem exkommunizierten Heinrich nicht dienen; Servatius zeige dem gegenüber, excommunicationis vim apud inferentes non magis quam apud commercentes locatam esse, Worte, deren Sinn Wilhelms Ubersetzung S. XXI nicht unwesentlich verschiebt.

Es ist nur eine beiläufige Bemerkung, die so den Standpunkt des Verfassers der Gesta verrät, die zugleich auch lehrt, wann er geschrieben hat. Wilhelm hat die Worte auf Heinrich IV. bezogen; aber die Gesta unterscheiden bei der Zählung der Heinriche sorgfältig zwischen Königtum und Kaisertum. Heinrich III, nennen sie Heinricum Romani orbis imperatorem secundum (c. 6, S. 24, 8), Heinricus secundus Romanorum imperator augustus (c. 29, S. 98, 10), und stellen ihn Heinrich IV. so gegenüber (c. 34, S. 106, 1): Sublato immortales ad sedes Heinrico secundo Romani orbis augusto ipsiusque filio Heinrico, tum rege quarto, post autem tertio imperatore, pilam omnis terre manu eulogita gestante; jene Erwähnung Henrici imperatoris quarti kann also, wie schon Haller (bei Behaghel, Literaturblatt für germanische und romanische Philologie 32, 1911, Sp. 138) bemerkt hat, nur Heinrich V. gelten, dessen Exkommunikation und Kampf mit der Gegenpartei (wenigstens für das nur in einem Teil der Handschriften sich findende Kapitel 66) auf die Jahre 1112-1122 führt, um die Grenzen möglichst weit zu ziehen 4). Wenn also bereits vorher Sigebert von Gembloux eine Servatius-

fessio-Petri-Schlüssel (Römische Quartalschrift XXIV, 1, 1910, S. 131—154); vgl. dazu A. Poncelet, Analecta Bollandiana 30, 1911, S. 481 f.

4) Vielleicht erklärt sich nun auch eine merkwürdige Stelle in c. 2 (S. 7), wo der Ruhm des alten Tongern gepriesen wird: Quante vero generositatis quamque amplissime gentilitatis educaverit cives, Babyloniorum exercitus Persicarumque phalangum prodidere sagittiferi duces, navibus Galliarum (Galliciarum BCRG) finibus nuper allapsi totque laborum totque preliorum immanitatibus per gratiam dei vix demum fracti. Qui nimirum protestabantur se terram hereditariam cognationi sue, cui veteres presederant Tungri, requisitum venisse. Ist die Lesart Galliciarum etwa richtig und darf man in den



Legende ähnlichen Inhalts benutzt hat, so können es doch nicht die Gesta gewesen sein; vielmehr dürfte es sich um Jocundus handeln.

Wilhelm sieht freilich in dessen Werk eine Ableitung der Gesta, die frühestens ein Jahrhundert nach diesen entstanden sei; eine Stelle von c. 78 des Jocundus (SS. XII, 124) soll dafür schwer in die Wagschale fallen. Dort wird geschildert, wie man 1087 von Maastricht mit dem Leichnam des Servatius nach Aachen zieht und wie der Heilige dort feierlich empfangen wird, wie man ihm entgegenzieht: Hinc tamquam sponsus de thalamo suo, perpetuae virginis de sanctuario in fimbriis procedunt aureis canonici. --Adest et cum suis intimae caritatis filiis martir gloriosus pontifex Adelbertus, et de monte Pharan 5) venit anachorita Johannes letus et intrantem digno suscepit honore. Dazu bemerkt Wilhelm S. 120: "Nun gibt es aber bloss zwei Bischöfe des Namens Adelbert (Albert), die das Martyrium erlitten haben: Adelbert von Prag († 23. April 997) und Albert von Löwen, Bischof von Lüttich († 21. November 1192). Ein Zweifel, dass hier im Text des Jocundus eine ganz plumpe Fälschung vorliegt, ist ausgeschlossen", und m der Einleitung erklärt er S. XXVII f.: "Unter dem pontifex Adelbertus kann kaum jemand anders als Albert von Lüttich gemeint sein. — Das Werk des Jocundus gehört also möglicherweise erst in das dreizehnte Jahrhundert". Wilhelm hatte eine richtige Ahnung, wenn er drei Seiten später über Jocundus schrieb: "Ich habe das Gefühl, wir Philologen werden mit diesem Mann nicht fertig. Er wird uns immer zum Narren haben"; wenigstens in diesem Fall hat sein Gefühl nicht getäuscht. Von der Deutung auf den späten Albert von Lüttich hätte ihn, worauf bereits Poncelet hingewiesen hat (a. a. O. S. 352 Anm. 1), die blosse Tatsache abhalten sollen, dass nach Köpke die von diesem zu Grunde gelegte und auch von Wilhelm benutzte Trierer Handschrift des Jocundus dem Anfang des 12. Jahrhunderts angehört, was Poncelet nach eigener Anschauung bestätigt. Gemeint ist selbstverständlich Adalbert von Prag, dessen Name hier durchaus am Platze ist; die Gesta hätten auf den Weg zur richtigen Erklärung führen können, indem sie zusammenfassend sagen (c. 47, S. 120, 17): sanctarum congregationum et plebium undique secus confluentium. Die Aachener Kongregationen ziehen Servatius entgegen gleichsam unter Führung ihrer Heiligen: Die Stiftsherren der Münsterkirche, deren Patronin Maria ist; die Kanoniker des von Otto III. begründeten Stiftes St. Adalbert und die Mönche des ebenfalls auf ihn zurückgehenden hochgelegenen Klosters Burtscheid, von dessen Patronen früh Johannes der Täufer neben Apollinaris und Nikolaus in den Vorder-

Worten einen undeutlichen Wiederhall der Kämpfe in Spanien erkennen, wo die Christen die gegen die Almoraviden erlittene Niederlage bei Ucles (1108) und die sich anschliessenden Verluste im Laufe des nächsten Jahrzehnts wettzumachen begannen? Oder ist nur ein Raubzug von Sarazenen nach Südfrankreich gemeint?

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup>) Die Hereinziehung des biblischen Namens erklärt Wilhelm S. 120 richtig aus Deuteron. 33, 2 (Dominus de Sinai venit, — apparuit de monte Pharan et cum eo sanctorum milia) und Habacuc 3, 3 (Deus ab austro veniet et sanctus de monte Pharan).



grund tritt. Statt weiterer Belege setze ich eine Stelle der zweiten Fassung der Chronica regia Coloniensis hierher, die im Anschluss an die Brauweiler Gründungsgeschichte (SS. XIV, 131) zum Jahre 1001 beim Tode Ottos III. alle drei Patrone zugleich nennt (ed. Waitz S. 33): Corpus delatum in Franciam in medio oratorii sancte Marie, quod est Aquisgrani, - sepelitur, propter quod eundem locum cultu quam maximo renovaverat et, constructis ibidem etiam aliis monachorum atque canonicorum monasteriis, illustriorem, quam eatenus esset, fecerat. Monachorum monasterium, quod dicitur Porcetum, in honore sancti Johannis baptystae et sancti Nicholai Mirrenorum archiepiscopi constituerat, - - canonicorum in honore sancti Alberti episcopi et martiris, quod idem, de Boemia natus, suo tamen tempore et monachus et martir factus, clarus virtutibus enitebat. Die Worte des Jocundus bieten also nicht den mindesten Anstoss, aber auch keinerlei Anhalt zur Datierung. Köpke (SS. XII, 86) setzte das Werk bald nach dem Jahre 1088 an, das am Schluss von c. 78 (S. 125) genannt wird. Zwar erscheint dieses Kapitel als Nachtrag, aber auch der übrige Teil kann nicht viel früher entstanden sein: Die am 14. Dezember 1077 gestorbene Kaiserin Agnes heisst beatae memoriae (c. 47.54, S. 110.113 f.), und der Verfasser weiss von Versuchen, Heinrich IV. der Herrschaft zu berauben (c. 55, S. 114), hat also sicher nach 1077 geschrieben. Dem Anfang des nächsten Jahrhunderts gehört die Trierer Handschrift an; aber man muss weiter zurückgehen, wie eine von Wilhelm übersehene Stelle zeigt, die Köpke (S. 92, 24) mitgeteilt hat: Possident quidam, ut aiunt, his diebus Hierusalem — illam, inquam, Hierusalem, in qua crucifixus est ille unicus unicae virginis filius, — qui quorundam lingua Perse, quorundam Turci appellantur. So konnte man nur zu einer Zeit schreiben, da die Seldschukkischen Türken Herren von Jerusalem waren, also nach 1071, aber auch nur vor dem ersten Kreuzzuge. Jocundus hat sein Werk mithin um 1090 zum Abschluss gebracht, während die Gesta ein Menschenalter jünger sind; sie sind von Jocundus abhängig, nicht umgekehrt, wie dieser denn auch seinen Quellen Paulus (Wilhelm S. 281, 15 dolis circumventum; vgl. S. 66, 5) und Heriger (ebd. S. 281, 35 ff.; vgl. S. 71, 6 ff.) im Wortlaut näher steht als die Gesta, nur dass diese die Historia Romana des Paulus Diaconus noch einmal herangezogen und neue Auszüge aus ihr zu denen des Jocundus hinzugefügt haben. Noch ein anderer Umstand erklärt sich aufs beste bei diesem Verhältnis. Die Gesta erzählen c. 43 (S. 115, 7) von einem Pilger, der von Rom nach Maastricht zurückkehrt und dabei den Weg über Argentinam und Herbipolim nimmt, - die letzte Stadt, Würzburg, gewiss ein seltsamer Aufenthaltsort auf dem Wege von Strassburg nach Maastricht. Der grosse und unwahrscheinliche Seitensprung verschwindet, wenn man Jocundus c. 64 (SS. XII, 118, 23) zur Hand nimmt: Cum autem transissent urbem Argentinam et que ducit Wicenburch eligissent viam. Der Verfasser der Gesta hat offenbar in seiner Handschrift des Jocundus Wirceburch statt Wicenburch gelesen und den Namen, wie es so oft geschieht, in Herbipolis übertragen, ohne sich die geographischen Verhältnisse klar zu machen; dass aus Wicenburch auf dem Umweg über Wirceburch Herbipolis wird, ist verständlich, während der umgekehrte Weg wenig wahrscheinlich erscheint, da doch Herbipolis kaum Anlass zu einer Verlesung geben konnte. Ich



fasse zusammen: Jocundus hat um 1090 geschrieben; die Gesta sind eine gegen 1120 entstandene, meist kürzende, selten erweiternde, zugleich in Sprache und Anordnung kunstvollere Bearbeitung.

Vom Standpunkt des Geschichtsforschers hätte man so vor allem eine Veröffentlichung der ungedruckten Teile des Jocundus gewünscht, für die freilich nicht nur die öfter fehlerhafte (z. B. Wilhelm S. 282, 15 in Venetiam statt penitus etiam) Trierer Handschrift benutzt werden dürfte; freuen wir uns, dass wenigstens eine der Bearbeitungen in vollem Umfang zugänglich geworden ist, deren Ausgabe dem Buche Wilhelms dauernden Wert verleihen wird, wenn auch noch manche offene Frage bleibt. So bedarf die Stellung des von ihm nach einer Trierer Handschrift mit T bezeichneten Textes (S. 273-278 und bei den Lesarten der Gesta), dessen Anfang Ad illuminandum genus humanum der älteren zweiten Vita des Servatius entnommen ist, bei der veränderten Einreihung des Jocundus einer neuen Untersuchung auf breiterer handschriftlicher Grundlage 6). Die S. 19, 35 erwähnte Vita Audmari ist die Vision des Salvius aus Gregor von Tours (SS. R. Merov. I, 291, 22 ff.; vgl. ebd. V, 747). Benutzung der Vita Landberti ist für die Gesta keineswegs erwiesen (S. XXII, XXIV); die S. 28, 32 aus ihr angemerkte Stelle ist aus der Vita Eligii II, 2 (SS. R. Merov. IV, 696) abgeschrieben, die selbst wieder auf der Vita Martini des Sulpicius Severus c. 10,1 (ed. Halm S. 119) und den Divinae institutiones des Laktanz IV, 18, 12 beruht, und die Fassung T der Gesta (S. 274, 30) steht mit den ersten zwei Worten Sulpicius näher, so dass man dasselbe für den (hier ungedruckten) Jocundus vermuten möchte. Zu S. 11, 17 vgl. 1. Kor. 9, 2; zu S. 26, 3 und 53, 18 Apostelgeschichte 4, 32. S. 104, 21 ist lacerus schwerlich ein Eigenname, sondern wohl gleich lacer (vgl. Jocundus c. 49, SS. XII, 111, 20: crines lacerant). Dem köstlichen frater Stabulaus S. 110, 38 hat bereits Poncelet seinen Namen genommen. Das Monogramm an der Spitze der Indersdorfer und Schäftlarner Handschriften (Taf. I; vgl. S. LXXXI) möchte ich nach Art der Monogramme der Königsurkunden erklären und S(ancti) Servati(i) lesen; nimmt man den Haken vor E als Minuskel-s, so sind sämtliche Buchstaben dafür vorhanden, da das A von dem senkrechten Strich und dem mittleren Querbalken des E sowie dem linken Teil des V gebildet wird, so dass das Monogramm dann lediglich eine Überschrift der Gesta darstellt und nichts mit der Heimat der Handschriften zu tun hat.

Kürzer kann ich mich an dieser Stelle über den weiteren Inhalt des Buches fassen, der vor allem die deutsche Literaturgeschichte berührt. In

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup>) Nicht berücksichtigt hat Wilhelm Bertars bald nach 916 verfasste Gesta episcoporum Virdunensium c. 1 (SS. IV, 40): Legitur vero in Vita sancti Servatii episcopi, ubi de Agripinensis aecclesiae archiepiscopi depositione res agitur, quod interfuisset Sanctinus urbis Clavorum episcopus. Hat es wirklich am Anfang des 10. Jahrhunderts schon eine solche Servatiuslegende gegeben, hat also Jocundus schon einen Vorgänger gehabt, oder handelt es sich um ein späteres Einschiebsel in die Verduner Bischofsgeschichte, deren Überlieferung nicht über das Ende des 12. Jahrhunderts zurückreicht? Vgl. Balau a. a. O. S. 128 Anm. 1.



einem zweiten Teil der Einleitung beschäftigt sich Wilhelm mit den deutschen Servatiusgedichten des 12. Jahrhunderts, dem Werk des Heinrich von Veldeke und dem Oberdeutschen Servatius, von dem er S. 151-269 eine neue Ausgabe veröffentlicht. Veldekes Werk schreibt er ebenfalls "journalistischpublizistische" Absichten zu, die Heimat des oberdeutschen Dichters sucht er genauer auf Indersdorf zu bestimmen, beides mit reger Phantasie, aber ohne zureichende Gründe, worauf einzugehen ich mir um so eher versagen kann, als die Ausführungen schon von germanistischer Seite Ablehnung erfahren haben (vgl. Behaghel a. a. O. Sp. 137-142; A. Bernt, Anzeiger für Deutsches Altertum 35, 1911, S. 25-33). In einem Vorwort wendet sich der temperamentvolle Verfasser gegen die Vorherrschaft grammatischen und metrischen Kleinkrams in der Germanistik und betont lebhaft deren Zugehörigkeit zu den Geschichtswissenschaften. Ob seine Vorwürfe berechtigt sind, zu entscheiden, steht mir nicht zu. Dass er selbst in seiner Einleitung nicht immer die rechten Verbindungswege zu unserer Wissenschaft hin eingeschlagen hat, glaube ich gezeigt zu haben; aber für die entsagungsvolle Ausgabe der Gesta Servatii sind wir Historiker ihm zu Dank verpflichtet.

Hans Mähl, Die Überleitung Preussens in das konstitutionelle System durch den zweiten Vereinigten Landtag. München und Berlin, R. Oldenbourg, 1909. 268 S. M. 6.

Dr. Walter Schmidt, Die Partei Bethmann Hollweg und die Reaktion in Preussen. 1850—1858. Berlin, Alexander Duncker. 1910. 245 S. — Angezeigt von Prof. Dr. O. Oppermann in Utrecht.

Mähl schildert nach einem kurzen Überblick über die Frage des Konstitutionalismus in Preussen in der Zeit vor dem 19. März zunächst (S. 25—122) den Verlauf der Verfassungsfrage unter dem Ministerium Arnim (19. bis 29. März) und in den ersten Tagen des Ministeriums Camphausen-Hansemann, sodann (S. 123—227) sehr ausführlich die Verhandlungen des zweiten Vereinigten Landtages (2. bis 10. April), endlich (S. 228—264) den Kampf der Regierung gegen die wirtschaftliche Notlage im April 1848.

Die Lektüre des Buches ist keine durchweg erfreuliche Aufgabe. Es verdient gewiss alle Anerkennung, dass M. ausser der einschlägigen Literatur in umfassender Weise die Zeitungen und für die Verhandlungen des zweiten Vereinigten Landtages sogar ungedrucktes Material aus dem Archiv des Abgeordnetenhauses herangezogen hat. Aber dieser Stoff ist in grossen unverarbeiteten Massen in die Darstellung übergegangen; nicht nur Zeitungen und Verhandlungsberichte, sondern auch neuere, jedermann zugängliche Quellenpublikationen, wie der zweite Band von J. Hansens Mevissenbiographie oder der von E. Brandenburg 1906 herausgegebene Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Camphausen sind oft eine halbe oder auch eine ganze Seite lang ausgeschrieben. So hat das Buch trotz der unleugbaren formalen Gewandtheit des Verfassers und trotz des lebhaften und ansprechenden Temperamentes, mit dem er sich vernehmen lässt, den Charakter



einer Kompilation von ermüdender Breite erhalten, aus der man den brauchbaren Inhalt erst herausschälen muss.

Ich erblicke diesen brauchbaren Inhalt vor allem in dem Bemühen, den wechselnden Entschliessungen der Regierung Schritt für Schritt sorgsam nachzugehen und den Sinn der politischen Schlagworte, die in den Quellen begegnen, in einwandfreier Weise festzustellen. Eine solche Untersuchung hat M. S. 30 ff. den mit einer Breslauer Deputation geführten Verhandlungen gewidmet. Sie hatte gefordert, dass die Konstitution von einer durch Urwahlen berufenen Volksvertretung festgestellt werde, und der König hat ihr die von sämtlichen Ministern unterzeichnete Antwort geben lassen: es ist mein Wille, ein volkstümliches Wahlgesetz zu erlassen, welches eine auf Urwahlen gegründete, alle Interessen des Volkes ohne Unterschied der religiösen Glaubensbekenntnisse umfassende Vertretung herbeizuführen geeignet ist, und dies Gesetz vorher zur Begutachtung dem Vereinigten Landtag vorzulegen, dessen schleunige Berufung ich für den allgemeinen Wunsch des Landes halten muss. Diesem Wunsch würde ich zuwiderhandeln, wenn ich das neue Wahlgesetz ohne ständischen Beirat erlassen wollte.

Bei diesem abschlägigen Bescheid hat man es aber nicht bewenden lassen: der König erklärte weiter, er könne auf den Antrag der Deputation für jetzt und so lange nicht der allgemeine Wunsch des Landes sich dem ihren anschliesst, nicht eingehen; er machte sieben Punkte namhaft, die der neuen Volksvertretung zur Beratung vorgelegt werden sollten, und versprach demnächst das Heer auf die neue Verfassung vereidigen zu lassen.

Diese Antwort vom 22. März ist nach M. ein verfassungsgeschichtlich bedeutsameres Dokument als das Bodelschwinghsche Patent vom 18. März. Jedenfalls enthält sie, wie M. (S. 58. 70) mit Recht hervorhebt, geradezu eine Aufforderung, auf die Stimmung im Lande im Sinne der für jetzt abgelehnten Wünsche der Deputation einzuwirken, was in der Tat der Ausgangspunkt für eine erfolgreiche Agitation gegen den Vereinigten Landtag geworden ist. Auch der Begriff der Urwahlen, die erst unter dem Druck der von der Deputation erhobenen Vorstellungen in den Bereich der königlichen Entschliessungen aufgenommen worden sind, ist von M. richtig festgestellt worden. Es ist darunter, wie übrigens auch die S. 185 angeführte Äusserung Camphausens vom 13. April und die unten (S. 524) mitgeteilten Ausführungen Bethmann Hollwegs vom 1. September 1848 ergeben, ein nicht notwendig direktes, aber allgemeines und gleiches Wahlrecht zu verstehen im Gegensatz zu einem Wahlrecht, das von einem Zensus abhängig ist. Die Urwahlen wurden, wie eine Auslassung des Breslauer Korrespondenten der Vossischen Zeitung vom 29. März erkennen lässt, als amerikanisch den englischen Zensuswahlen gegenübergestellt. (Mähl S. 40.)

M. hat sich nun ferner bemüht darzulegen, dass Graf Arnim, der schon damals ein Zweikammersystem und für die zweite Kammer ein Zensuswahlrecht geplant habe, mit stillschweigender reservatio unter der Bezeichnung Urwahlen dies Zensuswahlrecht verstanden habe. Das ist an sich nicht gerade wahrscheinlich, denn das Zensuswahlrecht war ja gerade der englische Wahlmodus, der durch den Begriff der Urwahlen ausgeschlossen wurde. Bei näherem Zusehen ergibt sich dann auch, dass der Minister am



22. März der königlichen Antwort noch keinen versteckten Sinn untergelegt hat; während der folgenden Tage hat er dann allerdings versucht, sie beiseite zu schieben.

In seiner Schrift "Die Verheissungen des 22. März und die Verfassung vom 5. Dezember" sagt Graf Arnim, in jener Petition habe der Ausdruck Urwahlen, wie er selbst am Abend des 21. März im Gespräche mit der Breslauer Deputation hervorgehoben habe, den Gegensatz gegen die bisherige Beschränkung der Kategorien der Wähler (Grundbesitz usw.) und gegen den Wahlmodus der bisherigen Landtagswahlen bezeichnen sollen, welch letztere zum grossen Teil nicht in der Weise geschehen, dass diejenigen Klassen, die überhaupt zur Vertretung auf dem Landtag berechtigt waren, auch an der Wahl direkt oder indirekt teilnehmen. Man habe nur begehrt, dass auch die geringsten selbständigen Staatsbürger vertreten würden und bei der Wahl auf nähere oder entferntere Weise konkurrierten (Mähl S. 35).

Das Wahlrecht ist hier, wie man sieht, an die Eigenschaft des selbständigen Staatsbürgers geknüpft; aber diese Einschränkung steht zum Begriff der Urwahlen nicht in Widerspruch. Urwahlen bedeuten auch nach dieser Äusserung ein nicht notwendig direktes, aber allgemeines, nicht durch Grundbesitz oder einen Steuerzensus bedingtes Wahlrecht.

Dagegen ist nun während der folgenden Tage (bis zum 29. März) aus den Beratungen des Ministeriums der Entwurf zu einem Wahlgesetz hervorgegangen, der mit den Verheissungen vom 22. März schlechterdings nicht mehr im Einklang stand. Es waren zwei Kammern vorgesehen: in der ersten Kammer war dem grundbesitzenden Adel ein erdrückendes Übergewicht gewährt; als Wähler für die zweite sollte nur zugelassen werden, wer Grundbesitzer war oder als selbständiger Einwohner entweder an direkter Staatssteuer 4 Thaler zahlte oder sich über ein Vermögen von mindestens 200 Thalern auswies (Mähl S. 51 ff.).

Dies Zweikammersystem aber war, wie sich aus der von M. S. 42 Anm. 1 mitgeteilten Stelle ergibt, von ihm aber nicht genügend beachtet worden ist, nicht als Inhalt eines Wahlgesetzes für eine neue Volksvertretung gedacht, das dem Vereinigten Landtag vorgelegt werden sollte, sondern die ser selbst sollte in der Weise einberufen werden, dass seine bisherige Herrenkurie zu einer ersten Kammer umgestaltet, die Masse der übrigen Abgeordneten aber nach einem abgeänderten Wahlverfahren einberufen wurde. Es war das ständische Reformprogramm, das schon in der Adresse der rheinischen Landtagsabgeordneten vom 11. März dem König vorgetragen worden war und auch deren Antwort vom 18. März zu Grunde lag. Auf dies Programm hat Graf Arnim schon wenige Tage nach dem 22. März wieder zurückgegriffen: er hat also nicht die ehrliche Absicht gehabt, die an diesem Tage gegebene Zusage einzulösen. So wird der allgemeine Ansturm gegen das Ministerium Arnim nur zu verständlich.

Es tritt hier zu tage, dass sich der Kampf in den letzten Märztagen nicht eigentlich um die Rechte der Krone, sondern um die ständischen Rechte des Vereinigten Landtages dreht. Das Ministerium Arnim gedachte sie zu konservieren und nur durch eine Änderung des Wahlrechts umzugestalten;



eine Mittelpartei betrachtete es als konstitutionelles Recht des ständischen Landtages, zur Beratung des Wahlgesetzes für eine neue Volksvertretung zugezogen zu werden, wollte ihn aber dann für immer aufgelöst wissen; die demokratische Linke endlich forderte die Oktroyierung des neuen Wahlgesetzes ohne Einberufung des Landtages, durch den sie das Zustandekommen einer "Monarchie mit demokratischen Institutionen" gefährdet glaubte. Das Ministerium suchte den Boden des Patentes vom 18. März wiederzugewinnen, die Mittelpartei forderte die Einlösung der Zusage vom 22. März, die Linke wünschte über dieselbe hinaus den Vereinigten Landtag völlig auszuschalten.

Für die Beurteilung des Ministeriums Camphausen-Hansemann, das am 29. März gebildet wurde, ist der entscheidende Punkt, dass es darauf verzichtete, die ständischen Rechte des Vereinigten Landtages unter Umgestaltung seines Wahlrechtes zu erhalten. Die Tätigkeit der alten Stände sollte sich auf die Genehmigung des Wahlrechts für eine neue Volksvertretung beschränken. Diese war als konstituent gedacht, und man war sich durchaus darüber im Klaren, dass dies wie Mevissen es in einem Brief vom 29. März ausdrückt, "einen gänzlichen und entschiedenen Bruch mit allen Traditionen" bedeute.

Camphausen hat also schon bei Übernahme des Ministeriums den Standpunkt der Adresse vom 11. März verlassen. Immerhin hielt man zunächst noch an den Absichten der bisherigen Regierung fest, indem man die konstituierende Versammlung aus zwei Kammern zu bilden und die zweite Kammer nicht aus Urwahlen, sondern aus Zensuswahlen hervorgehen zu lassen gedachte. Doch ist die Beschränkung des aktiven Wahlrechts durch einen Zensus alsbald wieder fallen gelassen worden, fast ebenso rasch auch das Zweikammersystem. Vielleicht der wesentlichste Punkt, in dem Mähl unsere bisherige Kenntnis der Dinge bereichert hat, ist der Nachweis, dass diese Sinnesänderung des Ministeriums dem Einfluss Mevissens und v. Beckeraths zugeschrieben werden muss. Ihren Beweggründen ist Mähl nicht weiter nachgegangen; man wird sie, glaube ich, in der deutschen Frage suchen Sie hatte Mevissen in den letzten Tagen auf das lebhafteste beschäftigt. Am 21. März schon hatte er seiner Entrüstung darüber Ausdruck gegeben, dass Arnim Premierminister geworden sei "in einem Augenblick, wo Preussen sich an die Spitze Deutschlands stellen will und muss", und am 26. März hatte Fallati aus Tübingen in einem Brief an Mevissen der Besorgnis Ausdruck gegeben, dass Preussen sich in der Nacht vom 18. zum 19. März die Hegemonie verscherzt habe und wieder hinter Osterreich zurückgedrängt werde. Man werde in Süddeutschland Friedrich Wilhelm jetzt nicht an der Spitze Deutschlands sehen wollen; vielleicht wisse Mevissen, wie sich ein Bruch in Deutschland selbst von Preussen aus vermeiden lasse 1).

Das moralische Ansehen der preussischen Krone in Süddeutschland konnte aber nicht besser wieder gehoben werden, als wenn die preussische Nationalversammlung so gestaltet wurde, dass sie den auf ein deutsches Parlament gerichteten Plänen sich einfügte. Dass v. Beckerath von ganz

<sup>1)</sup> Hansen, Gustav v. Mevissen II 352 f.

ähnlichen Absichten erfüllt war, zeigt die von ihm verfasste Adresse, die am Abend des 1. April dem Vereinigten Landtag zur Genehmigung vorgelegt wurde: Die Freiheit, hiess es darin, ist dem gesamten deutschen Vaterlande verbürgt durch die sich bildende Volksvertretung beim Bunde; sie ist Preussen verbürgt durch die Institutionen, welche Ew. Majestät als Grundlagen der preussischen Verfassung zugesichert haben <sup>2</sup>).

Einleitungsweise sagt M., er gedenke zu zeigen, dass Ziel und Richtung der preussischen Verfassungsreform "durch rein preussische Verhältnisse, durch den Druck einer Bewegung, die das ganze Land erfasste, bestimmt wurde." Wie unsere Darlegungen ergeben, ist das nur halb richtig. Die Bewegung, die das Land erfüllte, ist allerdings für die Gestaltung der preussischen Verfassung von grösserer Bedeutung gewesen, als man gemeinhin anzunehmen geneigt ist; aber diese Bewegung war keine rein preussische, sondern die deutsche Sache. Das Ministerium der Rheinländer hat unter Aufgabe des ständischen Reformplanes vom 11. März, der übrigens schon damals im Grunde nur noch der Camphausens war, die Fregatte Preussen entschlossen auf den deutschen Strom hinausgestossen.

Walter Schmidt hat sich die dankenswerte Aufgabe gestellt, unsere Kenntnis der preussischen Reaktionsperiode von 1850-1858 durch eine Studie über die Partei des Preussischen Wochenblatts zu bereichern. Einleitend skizziert S. (S. 10-38) die konservative Reaktion in Preussen: die Haltung des Königs, den Gerlachschen Kreis und die politische Tätigkeit des Ministerpräsidenten Otto v. Manteuffel. Wir erfahren sodann (S. 49-53), dass die Wiedereinberufung der durch § 105 der Verfassungsurkunde aufgehobenen Provinzialstände durch den königlichen Erlass vom 28. Mai 1851 eine Gruppe der konservativen Partei in die Opposition drängte, und werden S. 49-77) mit dem Führer dieser Gruppe, Moritz August von Bethmann Hollweg, seiner gegen die Reaktivierung der Provinzialstände gerichteten Schrift von 1851, und seinen hervorragendsten Gesinnungsgenossen Geheimrat Mathis, Graf Robert von der Goltz und anderen, bekannt gemacht. Der Hauptteil des Buches (S. 78-218) schildert zunächst den Kampf der neuen Partei mit der Gruppe der Kreuzzeitung um den massgebenden Einfluss beim König bis zu dem Siege der letzteren im Frühjahr 1854, der in einer Schwenkung der preussischen Politik zu Russland hin und in der Entlassung zweier dem Wochenblatt nahestehenden Politiker, des Kriegsministers v. Bonin und des englischen Gesandten Bunsen, zum Ausdruck kam. Wir lernen dann die Grundsätze kennen, die Bethmann Hollweg und seine Freunde in der inneren Politik gegenüber der konservativen Reaktion zur Geltung zu bringen suchten: vorbehaltlose Anerkennung der Verfassung vom 31. Januar 1850 als Fundament des ganzen Staatslebens, Konstitutionalismus nach englischem Vorbild, aber keinen von einer Parlamentsmehrheit abhängigen König, sondern Stärkung der Königsgewalt durch verständnisvolles Zusammenwirken mit der Volksvertretung, Widerstand gegen die Herstellung der obrigkeitlichen Gerechtsame der Rittergutsbesitzer, verstärkter Einfluss des Königs auf die Besetzung der ersten Kammer, Ausgleich des Gegen-

<sup>2,</sup> Mähl S. 141.



satzes zwischen den westlichen und den östlichen Provinzen der Monarchie, in der Frage der Selbstverwaltung zwar keine Verteidigung der bureaukratischunitarischen Provinzial- und Gemeindeordnung vom 11. März 1850, die auch
nach der Meinung des Wochenblattes für die sechs östlichen Provinzen ein
"revolutionäres, den bisherigen Zustand auf den Kopf stellendes, die vorhandenen organischen Elemente zersetzendes und deshalb der Bürokratie
in die Hände arbeitendes Gesetz" war, aber Ablehnung der Städteordnung
für das Rheinland, wo die Gemeindeverfassung einen Unterschied zwischen
Stadt und Land nicht kannte, und im Osten möglichste Zurückdrängung des
ritterschaftlichen Einflusses aus der Gemeindeverwaltung, in kirchlichen
Dingen gegenüber der von den Gerlachs propagierten Herrschaft einer vom
Staate ganz freien evangelischen Kirche paritätische Behandlung der Konfessionen auf Grund der Verfassung, auch Zulassung von Nichtchristen zu
den obrigkeitlichen Ämtern und den Kammern.

Zur Erörterung der deutschen Politik der Partei übergehend bespricht S. Bethmann Hollwegs deutsches Programm an der Hand seiner Schrift von 1848 "Reaktion und Sonderthümelei" und die von R. von der Goltz in demselben Jahre veröffentlichten Vorschläge "Über die Reorganisation des deutschen Bundes", die nach amerikanischem Muster dem König von Preussen als Protektor die Exekutive einer föderativen Bundesregierung, einem Oberhause von Botschaftern der Fürsten und einem durch Volkswahlen gebildeten Volkshause die Legislative übertragen wollten. Im Preussischen Wochenblatt hat bis zum Herbst 1854 in der deutschen Frage meist gleichfalls von der Goltz das Wort geführt im Sinne eines kleindeutschen Bundes unter Preussens Führung, der mit Österreich in einem weiteren Bundesverhältnis stehen sollte; von einer Volksvertretung beim Bunde ist jetzt nicht mehr die Rede. Doch sollte die Popularität Preussens in Deutschland durch Widerstand gegen die reaktionären Bestrebungen des Bundestages gestärkt werden. Kernpunkt des Gegensatzes zur Gerlachschen Gruppe war aber, wie S. weiter richtig hervorhebt, die Meinungsverschiedenheit über die Stellung Preussens im europäischen Staatensystem. Die Wochenblattpartei drängte auf einen engen Zusammenschluss Preussens mit England, während ihre Gegner in dem Bund mit Russland Preussens einziges Heil erblickten. Der russischen Tendenzpolitik der letzteren trat eine englische Tendenzpolitik der ,Neukonservativen' entgegen. In einem letzten Kapitel dieses Hauptteiles werden schliesslich die Beziehungen des Prinzen von Preussen zur Partei Bethmann Hollweg geschildert; die Berufung des Ministeriums der neuen Ära war nach S. "das Ergebnis langdauernder persönlicher Einwirkungen" der Wochenblattpartei, die nicht weniger als fünf ihrer Mitglieder in dies Ministerium entsandte.

Zum Schluss (S. 219—245) ist S. den Ursachen für den Sturz des Ministeriums Manteuffel nachgegangen; er findet sie mit Julius Stahl darin, dass man aus dem Hasse der Masse die Gewissheit zu gewinnen meinte, für eine gute und gerechte Sache einzutreten. Die Frage: Recht oder Unrecht der Wochenblattpartei? wird dahin beantwortet, dass ihr Widerstand gegen den Reaktionskonservatismus patriotischen und sittlichen Beweggründen entsprang, nicht unkonservativ oder gar antikonservativ, in Wahrheit viel-

fach berechtigt war. Aber die politische Wirksamkeit der Gerlach und Manteuffel sei notwendig gewesen im Interesse der Monarchie Preussen, habe diese aus den Fluten der Revolution gerettet und gegenüber den parlamentarischen Ansprüchen des Liberalismus gestärkt, unter dessen doktrinärem Widerstand die Monarchie bald darauf dem deutschen Vaterlande die nationale Einigung errungen habe. Das Bestreben der Wochenblattpartei, der preussischen Monarchie einen dem englischen Vorbilde ähnlichen konstitutionellen Geist einzuflössen, sei ein verhängnisvoller Irrtum gewesen.

Wir sind dem Verfasser für vielfache Belehrung zu Dank verptlichtet, sind aber nach zwei Richtungen hin durch seine Abhandlung unbefriedigt geblieben.

Einmal ist ihr Aufbau nicht einwandfrei. Die Anordnung nach sachlichen Gesichtspunkten ist für dergleichen Untersuchungen von fragwürdigem Werte; denn sie ist nur zu sehr geeignet, die feine Linie genetischer Erkenntnis zu verwischen, die aufzufinden doch unser aller heisses Bemühen sein muss. Das macht sich auch im vorliegenden Falle bemerkbar. Und insbesondere ist der Unterbau des Ganzen zu schwach und zu schmal ausgefallen. Von den politischen Gedanken, die Bethmann Hollweg, Graf von der Goltz und andere führenden Mitglieder der früheren Wochenblattpartei im Jahre 1848 vertreten haben, erhalten wir kein zusammenhängendes Bild. Auf Bethmann Hollwegs Schrift "Reaktion und Sonderthümelei" kommt der Verf. S. 57 f., dann wieder S. 151 ff. zu sprechen; erschöpfend verwertet hat er sie nicht. Bethmanns "Vorschlag einer evangelischen Kirchenversammlung" und das in den "Verhandlungen der Wittenberger Versammlung für Gründung eines deutschen evangelischen Kirchenbundes" im September 1848 vorliegende Material hat S. sich ganz entgehen lassen. Aus des Grafen von der Goltz "Ideen über die Reorganisation des deutschen Bundes" wird S. 98. 102. 111-130. 140 f. einiges angeführt; erst S. 161 ff. wird das in ihnen enthaltene deutsche Programm im Zusammenhang vorgetragen. Uber den Inhalt der S. 67 und 156 zitierten, 1849 erschienenen Schrift von L. E. Mathis "Preussens deutsche Politik und ihre Gegner" bleibt man ganz im Ungewissen.

Aus der Schrift "Reaktion und Sonderthümelei" hat uns S. gerade diejenigen Ausführungen vorenthalten, die über Bethmann Hollwegs Staatsanschauung entscheidenden Aufschluss geben. B. lehnt die von Gentz gemachte Unterscheidung zwischen ständischer und konstitioneller Monarchie, welch letztere Staatsform Gentz wie den Tod verabscheut habe, mit ausdrücklichen Worten ab. Schon die alten Feudalstände haben nach B. neben ihren eigenen Rechten auch allgemeine Landesinteressen vertreten; bei allen neuen ständischen Verfassungen kann von Vertretung der eignen Rechte einzelner Klassen der Untertanen nicht mehr die Rede sein. Die preussischen Provinzialstände bedeuten davon keine Ausnahme. Denn Preussen hat durch innere Naturnotwendigkeit beim Wiederaufban des Staates "durch die grössten Staatsmänner, die wir in neuerer Zeit gehabt", die Richtung auf die konstitutionelle Monarchie hin erhalten. Die absolute Monarchie bedurfte einer naturgemässen Ergänzung durch freie Volksvertretung, wie sie sich in England längst aus dem Kampfe der königlichen Gewalt mit den alten



Feudalständen herausgebildet hatte. Die ersten Ankündigungen in den Zeiten der Not wurden, nachdem die Freiheit errungen war, in ein feierlich verbürgendes königliches Wort (Edikt vom 22. Mai 1815) verwandelt. Man war anfangs in übereilter Hitze auf ein einheitliches ständisches Organ losgegangen und suchte darum 1823 durch Einführung der Provinzialstände eine festere Grundlage zu schaffen. Aber als Friedrich Wilhelm IV. (durch Einberufung des Vereinigten Landtages 1847) die Provinzialstände mehr befreite und stärkte, zeigte sich alsbald das von W. v. Humboldt vorhergesagte übergreifende Streben derselben nach der ständischen Einheit. Die weitere Entwicklung hat der Sturm aus dem Westen unterbrochen; aber er hat nichts Neues gebracht; denn auf dem geraden Wege zur konstitutionellen Monarchie waren wir schon vorher.

Man ersieht den scharfen grundsätzlichen Gegensatz, in dem sich Bethmann Hollweg schon hier zu den Anschauungen der Kreuzzeitungspartei befindet: der Ursprung der konstitutionellen Monarchie liegt für ihn nicht in den Märztagen von 1848, sondern in den Freiheitskriegen. Damit wird aber zugleich der Anspruch der Ritterschaft auf selbständige obrigkeitliche Befugnisse abgelehnt. Es besteht kein Zusammenhang zwischen den ständischen Rechten des Kurstaates und den Provinzialständen von 1823; sondern diese sind auf Grund der Verheissung von 1815 von der absoluten Monarchie neu geschaffen worden. B. verteidigt deren Unabhängigkeit gegen die Ansprüche der Ritterschaft; das Beispiel Englands, darüber lassen seine Worte doch gar keinen Zweifel, wird nicht deshalb herangezogen, weil dort die königliche Gewalt stark beschränkt ist, sondern weil dort die Herrschaft der Feudalstände gebrochen ist, weil dort das Unterhaus eine einheitliche Vertretung des gesamten Volkes darstellt.

Dies politische Programm Bethmann Hollwegs unterscheidet sich, wie man sieht, in nichts von dem, das der rheinische Liberalismus unter dem Einfluss Camphausens in seiner Adresse vom 11. März aufgestellt hatte. Allerdings wendet sich B. scharf gegen die breite demokratische Basis, die man der konstitutionellen Monarchie geben will: er erklärt Urwahlen, selbst mit dem geringen Korrektiv indirekter Vollziehung durch Wahlmänner, für die verkehrteste aller denkbaren Einrichtungen, bei der kein Staat bestehen kann. Auch durch einen Census werde die rein numerische Volksvertretung nur wenig gebessert; das englische Haus der Gemeinen, das so gebildet werde, habe doch im Haus der Lords ein Gegengewicht und in seiner eigenen geschichtlichen Entwicklung ein Korrektiv in sich. Die Sicherung der Interessen aller Untertanen kann nur durch eine Repräsentation nach Ständen erreicht werden, deren wichtigste die drei alten Stände Adel, Bürger- und Bauernstand sind.

Auch diese ständischen Ideale waren die des rheinischen Liberalismus gewesen; Mevissen hatte sie noch 1840 vertreten<sup>3</sup>). In den Märztagen von 1848 hatte man sie allerdings verlassen; aber andererseits ist doch zu bedenken, dass Bethmann Hollwegs Schrift erst vom 1. September 1848 datiert ist und die Ablehnung der Urwahlen ausdrücklich mit der Erfahrung

<sup>3)</sup> Hansen, G. von Mevissen 11, 84.

begründet, die man mit der preussischen Nationalversammlung gemacht hatte. Auch das Ministerium Camphausen war mit dem Verlauf der Dinge nicht einverstanden, denn es war mit Ausnahme des Finanzministers Hansemann schon am 26. Juli zurückgetreten.

Nach alledem lässt sich die von S. (S. 150) gemachte Unterscheidung zwischen rheinischem Konservatismus und rheinischem Liberalismus nicht aufrecht erhalten, und vollends unverständlich ist uns, wie S. Bethmann Hollwegs deutsches Programm dahin erläutern kann, dass er "anders als die rheinischen Liberalen und Ultramontanen für eine deutsche Einigung ohne Hintergedanken, nicht mit der Hoffnung auf Verwirklichung parteipolitischer Theorien und auf innerpolitische Reformen oder auf Herstellung einer dem Staatsgedanken fremden Sonderexistenz" kämpfte. Dies Urteil über den rheinischen Liberalismus ist durchaus ungerechtfertigt; denn seine "Hintergedanken" und "parteipolitischen Theorien" waren auch die Bethmann Hollwegs. Was diesen namentlich von Mevissen scharf scheidet, sind vor allem die kirchlichen Überzeugungen; aber gerade darauf ist S. wie schon bemerkt, gar nicht eingegangen.

Die Nichtbeachtung der besonderen Verhältnisse, unter denen Bethmann Hollwegs Broschüre entstanden ist, hat die Darlegungen von S. aber noch in anderer Hinsicht beeinträchtigt. B. bekämpft den Verzicht auf die aus Österreich, Preussen und Baiern zu bildende dreigliedrige Bundesregierung und die Errichtung einer Centralgewalt durch die Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser, die am 29. Juni erfolgt war, als einen grossen Fehler. Glücklicherweise habe das preussische Volk sich "den seine ganze geschichtliche und staatliche Existenz ignorierenden Befehlen der papierenen Reichsgewalt" nicht gefügt. S. erblickt in solchen Ausserungen den Beweis, dass B. den preussischen Staatsgedanken mit vollem Bewusstsein vertrat und findet es (S. 156) unbedingt überraschend, dass B. im April 1849 dem König gleichwohl zur Annahme der Kaiserkrone geraten hat. S. übersieht hier völlig, dass das kleindeutsche Kaisertum seit den Märztagen von 1848 doch auch ein preussisches Programm war, dass dies Programm durch die Erhebung des österreichischen Reichsverwesers durchkreuzt, aber durch die Kaiserwahl hergestellt wurde. Die Haltung Bethmann Hollwegs ist also durchaus nicht widerspruchsvoll,

Ungleich verhängnisvoller noch als die Nichtbeachtung genetischer und chronologischer Zusammenhänge ist etwas anderes für die Abhandlung von S. geworden. Sie ist nicht von historischer Auffassung getragen, sondern von einem kecken Draufgängertum erfüllt, das sich vermisst, allen politischen Bestrebungen je nach dem Grade ihrer Anpassungsfähigkeit an die absolutistische preussische Monarchie ein Reifezeugnis auszustellen oder zu versagen. An die preussische Monarchie, deren Wesen S. doch recht dunkel geblieben ist; er würde sonst nicht der Meinung sein, dass der politisch unfruchtbare, in allen Farben der heiligen Allianz schillernde Legitimismus der Gerlachs die Überlieferungen des alten Preussen fortgeführt habe, und würde die Elemente des Cäsarismus, die Graf Brandenburg und Bismarck in dasselbe hineingetragen haben, angesichts der Ideen des Grafen von der Goltz eines Wortes gewürdigt haben.



S. steht dem preussischen Staat nicht mit der besonnenen Ruhe gegenüber, die für die Beschäftigung mit der neueren deutschen Geschichte in besonderem Masse erforderlich ist, weil im Kampfe der Parteien immer wieder der schnöde Versuch auftaucht, den Begriff des Nationalen auf einen Teil der Volksgenossen einzuschränken. Wir können somit nicht finden, dass S.s Standpunkt günstig gewählt ist. Die deutsche Einheitsbewegung will heute in ihrer ganzen Tiefe, Unaufhaltsamkeit und Folgerichtigkeit begriffen und nicht mehr auf Grund der Frage abgehandelt sein, was von den in ihr wirksamen Kräften sich durch den Ausgang des Kampfes um die Heeresreform als "staatsmännisch" und was als "doktrinär" erwiesen hat. Es geht heute nicht mehr an, die Politiker der Paulskirche als zwar geistreiche Männer, aber politische Ignoranten zu bezeichnen (S. 8) oder zu behaupten, Preussen sei ein Staat, dessen Geschichte das Volk in ganz besonderem Masse zur Selbstverwaltung erzogen habe (S. 128). Auf S. 150 Anm. 2 erklärt S., er wolle den rheinischen Konservatismus — dessen politische Ziele sich, wie wir sahen, mit denen des rheinischen Liberalismus in allen wesentlichen Punkten deckten — neukonservativ nennen. "Ich vermeide grundsätzlich die Bezeichnung ,jungkonservativ', da sie einen Widerspruch in sich birgt. Die Kombinierung jungliberal' ist sachlich und formell möglich und begründet: die Bezeichnung "jungkonservativ" wird dem gereift männlichen Charakter des Konservatismus nicht gerecht." Wir sind nicht in der Lage festzustellen, wie weit diese Unterscheidung der Schrift Bluntschlis von 1869 entnommen ist, auf die sich S. für sie beruft, möchten aber für seinen eigenen Konservatismus die Bezeichnung "jung-konservativ" einstweilen beibehalten.



## Anzeigen und Mitteilungen.

Dem in Bd. XXVII, 519/520 angezeigten III. Bande der von der Grossherzoglichen Archivdirektion herausgegebenen Inventare des Grossh. Badischen Landes-Archivs ist nunmehr der IV. Band (Karlsruhe 1911) gefolgt. Er gibt eine Uebersicht über sämtliche älteren Urkundenbestände einschliesslich des Lehn- und Adelsarchivs; ausgeschlossen sind nur die in den Selekten vereinigten Urkunden, die schon im I. Bande berücksichtigt sind, und die neueren Urkunden seit 1803. Für das vorliegende Inventar kam die ungeheure Zahl von 113650 Urkunden in Betracht, sodass eine Einzelverzeichnung ganz ausgeschlossen erschien. Es wurde daher ein Mittelweg eingeschlagen zwischen diesem Verfahren und den summarischen Uebersichten der preussischen Staatsarchive, die sich auf die Zeitgrenzen und die Zahl der Urkunden beschränken. So gibt die vorliegende

Uebersicht Auskunft über den Ort, auf den sich die Urkunden in der Hauptsache beziehen, ihre Sachrubrik, Zeitgrenzen und Anzahl. Bei den Urkunden des Lehn- und Adelsarchivs ist dem Namen des Geschlechts auch ein alphabetisches Verzeichnis der Orte, wo die Familie Lehen besass, beigegeben. Abgesehen von diesem letzteren Archiv handelt es sich im vorliegenden Bande um 43 verschiedene Urkundenarchive. Durch das ausführliche Register ist der Inhalt des Bandes aufs bequemste erschlossen. Köln. Herm. Keussen.

Rudolf Köstler, Die väterliche Ehebewilligung. [Kirchenrechtliche Abhandlungen, herausgegeben von Ulrich Stutz, Heft 51.] 8° (XXX u. 184 S.]. Stuttgart 1908. Verlag von Ferdinand Enke.

Die vorliegende rechtsgeschichtliche Studie verdankt ihre Entstehung

der Anregung des Professors W. von Hörmann, dessen umfangreichen und eindringenden Forschungen zur Geschichte des Eherechts unter den kanonistischen Arbeiten der Gegenwart einen der ersten Plätze einnehmen

K. hat sein Thema mit der grössten Sorgfalt und Gründlichkeit ausgearbeitet, so dass die Abhandlung im wesentlichen als für ihr Gebiet abschliessend betrachtet werden darf. Alle wichtigen Quellen des weltlichen und kirchlichen Rechts (Mosaische Gesetzgebung, römisches Recht, altkirchliches Gewohnheitsrecht Morgen- und Abendlande, Volksrechte, fränkische Kapitulariengesetzgebung, kanonisches Recht u. a. m.) sind in ihrer primären Form gewissenhaft untersucht und unter fortwährender Berücksichtigung der fast zahllosen Literaturmeinungen

interpretiert.

Für die Wandlung der Rechtsnormen sind besonders die in der älteren Zeit herrschende Praxis des Frauenraubes und die später ausgebildete scholastische Lehre von der sakramentalen Eigenschaft der Ehe massgebend gewesen. Infolge des ersten Umstandes wurde in der Gesetzgebung der fränkischen Kirche bereits im 6. Jahrhundert die väterliche Ehebewilligung als wesentliche Formvorschrift eingeführt, während auf Grund des zweiten Faktors dieses Erfordernis zuerst durch das Sentenzenbuch des Petrus Lombardus bestritten wurde. Die ethischen und dogmatischen Grundsätze der mittelalterlichen Kirche haben demnach die Entwicklung unseres Gegenstandes aufs nachhaltigste beeinflusst.

Als neue Ergebnisse der K.'schen Untersuchung hebe ich speziell die beiden wichtigsten Punkte hervor. 1) Die ältesten Anfänge des kirchlichen Ehehindernisses des Frauenraubes stehen in Zusammenhang mit den Wirkungen des kirchlichen Asylrechts. S. 81 ff. 2) Die Vorschrift der Lex Alamannorum, die einzige unter den germanischen Volksrechten, welche die väterliche Ehebewilligung kennt, beruht auf dem Einflusse der Kirche und gehört der jüngsten Rechtsentwicklung an. Die bisherige

Ansicht, welche in der alemannischen Bestimmung einen Rest des ältesten germanischen Rechts erblicken wollte,

ist demnach abzulehnen. S. 51 ff. Irrtümlich behauptet K. auf S. 159, dass die heutige Kurialpraxis noch für minderjährige Mädchen den Consensus parentum als notwendiges Requisit für die gültige Eheschliessung fordere. Denn die wenigen Entscheidungen der römischen Kurie, welche allenfalls diese Ansicht nahelegen, sind bei weitem nicht ausreichend, um einen festen stilus curiae mit gewohnheitsrechtlicher Geltung zu begründen. Ausserdem stehen zahlreiche jüngere Entscheidungen, die den consensus parentum ausdrücklich negieren, den älteren entgegen. Vgl. Acta Sanctae Sedis I, 54 ff. Appendix II. Quoad raptum puellae raptui consentientis. Zur Ergänzung der vorliegenden Arbeit dient der Aufsatz desselben Verfassers "Muntgewalt und Ehebewilligung in ihrem Verhältnis zu einander nach longobardischem und nach fränkischem Recht" in der Zeitschrift der Savignystiftung für Rechtsgeschichte XLII (1908), germ. Abt. XXIX, S. 78 ff. Vgl. ferner Friedrich Lenz, Ein Quellenbeitrag zum frühkirchlichen Eheschliessungsrecht (c. 1 X, IV, 2 und c. 2 C. XXXI qu. 2) in der Deutschen Zeitschrift für Kirchenrecht XX (1910) S. 272 ff. und Otto Opet, Brauttradition und Konsensgespräch in mittelalterlichen Trauungsritualen (1910).

Bonn. N. Hilling.

Joseph Lappe, Das Nordlüner Markenrecht (Sonderabdruck aus dem Jahresberichte des Progymnasiums zu Lünen a. d. Lippe, Dortmund 1910, S. 14-32).

Der Verfasser erläutert auf Grund von Akten aus dem Archiv der ehemaligen Praemonstratenserpropstei Kappenberg bei Lünen die Rechtsverhältnisse einer grundherrlichen Mark im Gebiet der Einzelhofsiedlungen und schildert besonders anschaulich die Wirtschaftsbedingungen und das Leben innerhalb der Genossenschaft. Neben Lappes früherer Untersuchung 1) über die Bauer-1) S. diese Zeitschrift 28, 1909, S. 528 ff.

Westd. Zeitschr. f. Gesch. u. Kunst. XXX, IV.

schaften der Stadt Geseke (Breslau 1908) ist diese kleine Abhandlung eine wertvolle Ergänzung zu Schottes Studien zur Geschichte der westfälischen Mark und der Markgenossenschaft (Münster 1908).

Bonn. H. Nottarp.

Léon Vanderkindere, Choix d'Études historiques. Bruxelles 1909, M. Weissenbruch. 389 Seiten.

Diese schöne, mit dem Bildnis des verdienten belgischen Gelehrten geschmückte Erinnerungsgabe vereinigt eine Auswahl seiner besten älteren und neueren Arbeiten. Besonders willkommen ist der Wiederabdruck der wichtigen Studien ,Les origines de la population flamande' und ,Le capitulaire de Servais et les origines du comté de Flandre', die 1895 und 1897 im Bulletin de la commission royale d'histoire de Belgique erschienen und auch jetzt wieder durch die damals beigefügten Karten erläutert sind. Von den Aufsätzen aus den letzten Jahren möchte ich zwei hervorheben, die mit einander in engem Zusammenhang stehen: ,La première phase de l'évolution constitutionelle des communes flamandes' (zuerst erschienen in den Annales de l'Est et du Nord 1905) und ,La politique communale de Philippe d'Alsace et ses conséquences' (zuerst erschienen im Bulletin de l'académie Royale de Belgique, Sept.-Okt. 1905 S. 749 - 788).

Die Errichtung besonderer Schöffenkollegien, so führt V. aus, bedeutet für die flandrischen Stadtgemeinden nicht den Anfang, sondern erst eine spätere Phase der kommunalen Entwicklung. Die Stadtgemeinde entsteht vielmehr als geschworene Einung, die zunächst nur einen Teil der städtischen Bevölkerung umfasst, sich nicht auf Adel, Geistlichkeit und Unfreie erstreckt. Die Einung wird als communio, pax, amicitia, lex quae dicitur chora bezeichnet; ihre Organe sind nicht Schöffen, sondern jurati. Neben ihnen werden in Saint-Omer 1128, in Furnes 1168, in Gent 1183 scabini genannt; aber das sind nicht Stadtschöffen, sondern gräfliche Landschöffen, scabini terre. Auch für Brügge lässt der Bericht Galberts (1127) nur auf solche Landschöffen schliessen; der Graf hat zwar nach Galbert den Bürgern das Recht verliehen "ut consuetudinarias leges suas de die in diem corrigerent et in melius commutarent, aber dieses Privileg bedeutete gewiss nicht die Errichtung eines städtischen Schöffenkollegs.

Die Befugnisse der Kommunalbehörde sind vorwiegend strafrechtlicher Art; die verwaltende Tätigkeit beschränkt sich auf Regelung der Gemeindeorganisation; die freiwillige Gerichtsbarkeit und der Zivilprozess verbleibt den Landschöffen. Schon deshalb kann die kommunale Einung nicht aus Gilde und Kaufmannsrecht hervorgegangen sein. Städtische Schöffenkollegien hat in Arras, Gent. Brügge, Ypern, Oudenarde erst Graf Philipp von Elsass (1168-1191) geschaffen. Aber die von ihm den Städten verliehenen Handfesten betonen, dass der Markt gräflich ist: sie verbieten den Bürgern, in der Stadt Waffen zu tragen oder etwas an den städtischen Satzungen zu ändern: sie bedrohen schwere Delikte mit einer Busse von 60 Pfund, also dem Sechsfachen des höchsten bis dahin üblichen Betrages. Philipps Politik den Städten gegenüber ist also eine zentralistische. er ist darin der Vorläufer der Grafen des 14. Jahrhunderts und der Herzöge von Burgund.

Seit dem Anfang des 13. Jahrhdts. haben sich dann die Grafen bemüht, die Macht der Schöffenkollegien durch Einführung eines jährlichen Wechsels der Mitglieder einzuschränken, gewiss im Einverständnis mit denjenigen Kreisen der Bürgerschaft, die einst die kommunale Einung errichtet hatten, dann aber aus der Leitung derselben durch die Schöffen verdrängt worden waren.

Ich freue mich feststellen zu können. dass Vanderkindere die flandrische Stadtgeschichte von demselben Dualismus beherrscht sieht, den ich in Utrecht, Köln, Worms, Mainz, Lübeck aufzuzeigen bemüht gewesen bin 1, und möchte daher die aufmerksame Lektüre seiner beiden Aufsätze insbesondere solchen Forschern empfeh-



Westdeutsche Zeitschrift 27, 185-263:
 155-243; Hansische Geschichtsblätter
 1911, 33-185.

len, die meine Unterscheidung zwischen den Scabinen und Senatoren der Kölner Stadtverfassung für eine "theoretische Konstruktion" halten. Die volle Erkenntnis der Sachlage hat sich V. freilich durch zweierlei versperrt. Einmal stellt er das Vorgehen des Grafen Philipp als ein schlechthin absolutistisches dar: ,il soumet les municipalités autonomes durement à son autorité policière' (S. 339). V. übersieht dabei völlig, dass die Schöffen doch auch Bürger sind, dass also die gräfliche Politik sich auf eine ganz bestimmte und sehr einflussreiche Partei in den Städten selbst stützt. Zweitens hat V. zwar hervorgehoben, dass die Errichtung der kommunalen Einung nicht als Ergebnis spezifisch kaufmännischer Bestrebungen scheint, aber er hat es unterlassen, den Spuren kaufmännischen Einflusses nachzugehen, die schon seit dem 12. Jahrhundert gleichwohl in den Kommunalcharten sichtbar werden. Ich rechne zu diesen Spuren die Abschaffung des Zweikampfes, die 1128 für Saint-Omer, 1188 für Tournai, 1231 für Arques ausgesprochen wird (S. 204). Nun sind gerade die Charten von Saint-Omer und Tournai durch die vergleichsweise hohen Bussätze von 10 Pfund (Silber) ausgezeichnet, während in Aire, Poperinghe, Soignies, Valenciennes die höchsten Bussen auf 3 Pfund oder 60 Silberschillinge festgesetzt sind, also den Betrag des Königsbanns darstellen.

Die Busse von 10 Pfund gehört in das gemeinfränkische Bussensystem hinein, auf das ich schon mehrfach hingewiesen habe<sup>2</sup>); die Bürger erweisen sich durch diese Busse als gleichen Rechtes mit den Leuten inferioris conditionis, die nach Galbert ihren Gerichtsstand vor Landrichtern und Landschöffen haben; V. selbst hat ja ausgeführt, dass dieser Gerichtsstand von den Bürgern trotz der kommunalen Einung vorerst noch

Graf Philipp hat nun durch Errichtung städtischer Schöffenkollegien das Landrecht auf das Stadtrecht übertragen; denn die Busse von 60 Pfund, die für die gräflichen Handfesten kennzeichnend ist, stellt natürlich nicht, wie V. (S. 312) meint, den Betrag des Königsbanns dar, sondern eine Versechsfachung der landrechtlichen Busse von 10 Pfund. Durch die neuen Schöffenkollegien erlangten diejenigen bürgerlichen Kreise, die sich mit dem Landesherrn im Einvernehmen befanden, die Herrschaft; welche wirtschaftliche Gruppe hinter dieser Schöffenpartei zu suchen ist, kann nach dem Bisherigen nicht zweifelhaft sein.

Es stellt sich so heraus, dass V. Vorhandensein einer einflussreichen kaufmännischen Schöffenpartei nicht genügend beachtet hat, weil er die Politik des Grafen Philipp in einseitiger Uebertreibung als absolutistisch ansieht und den von Anfang an im Einverständnis mit dem Landesherrn wirksamen kommunalpolitischen Einfluss der Kaufleute nicht bemerkt hat. Damit aber verliert auch die Kritik, die V. an Pirennes Darstellung dieser Dinge geübt hat, einen grossen Teil ihrer Berechtigung. Utrecht. O. Oppermann.

Pfälzer Reichsministerialen. Von Herm. Schreibmüller, Königl. Gymnasialprofessor, Kaiserslautern. Herm. Kaysers Verlag, 1911. 154 S.

Da neuerdings die alte Kontroverse über Ursprung und Bedeutung der Ministerialität wieder stark in den Vordergrund getreten ist, könnte man versucht sein, auch in dieser Schrift einen entsprechenden Beitrag

beibehalten wurde. Dies landrechtliche Element in den Kommunalcharten von Saint-Omer und Tournai
beweist also, dass in diesen Städten
die Landschöffen an der Errichtung
der Einung doch nicht ganz unbeteiligt waren; in der Charte von SaintOmer werden sie ja mehrfach erwähnt.
So laufen also kaufmännische und
Landschöffen-Einflüsse in den beiden
Stadtrechten parallel; die kaufmännische Gruppe erweist sich schon hier
als Verbündete der landesherrlichen
Politik.
Graf Philipp hat nun durch Er-

<sup>2)</sup> Westdeutsche Zeitschrift 27, 244 ff., Hansische Geschichtsblätter 1911, 161 ff. Das hier angenommene Wertverhältnis von Gold und Silber wie 10: 1 ist durch Sachsenspiegel III 45 § 1 gesichert: dat penning wichte goldes dat nam men to vor tein silveres. Vgl. auch J. Vormoor, Soziale Gliederung in Frankreich. (Leipziger histor. Abhandlungen 6. Heft, 1907) S. 76 f.

zu vermuten. Das trifft nicht zu, ist aber vom Verfasser auch gar nicht beabsichtigt. Er will, so sagt das Vorwort, ein buntes Bild geben aus dem Leben des alten Pfälzer Adels und eine Vorarbeit liefern zu einer Geschichte des Reichsgutes in der Pfalz. Dass ihm das erstere gelungen ist, wird man gern zugeben. beginnt seine mit drei Abbildungen und reichhaltigen Literatur- und Quellennachweisen versehene Darstellung mit einer Untersuchung über die Vermählung Richards von Cornwall in Kaiserslautern, die in der Feststellung gipfelt, dass Beatrix der gräflichen Familie der Falkenburger, nicht dem Ministerialengeschlecht Falkenstein-Bolanden zugehört. Ihre verwandtschaftlichen Beziehungen nicht nur zu dem Kölner Erzbischof, sondern auch zu den mächtigsten Reichsministerialengeschlechtern der Pfalz, das hebt Schreibmüller mit Recht hervor, werden Richards Wahl beeinflusst haben. Schon im ersten Kapitel nimmt Schr. die Gelegenheit wahr, dem Falkensteiner Zweig des Geschlechts Bolanden und seinem bedeutendsten Vertreter Philipp von Falkenstein eine eingehende Würdigung zu teil werden zu lassen. Weiterhin lässt er die übrigen pfälzischen Ministerialengeschlechter an uns vorüberziehen unter mancherlei beachtenswerten Nachweisen ihrer genealogischen und politischen Beziehungen. Ihre Hauptvertreter, Konrad von Scharfenberg, Eberhard von Lautern u. a. m. werden ausführlich charakterisiert, und nur der berühmte Markward von Annweiler kommt dabei zu kurz weg. Alles in allem erhält man einen lebhaften Eindruck von der Bedeutung der pfälzischen Ministerialität, und wenn Schreibmüllers Büchlein etwa die Anregung geben sollte zu einer gründlichen über ihn selbst durch Heranziehung der kulturgeschichtlichen Probleme hinausgehenden Untersuchung, wie sie etwa Kluckhohn der Ministerialität von Südostdeutschland hat zuteil werden lassen1), so wird ihm die

1) Paul Kluckhohn, Die Ministerialität in Südostdeutschland. Quellen und Studien zur Verfassungsgeschichte des Deutschen Reiches im Mittelalter und Neuzeit, herausgegeben von Karl Zeumer, Bd. IV. Weimar 1910. Wissenschaft zu Dank verpflichtet sein.

Köln. Herm. Thimme.

Walther Müller, Zur Frage des Ursprungs der mittelalterlichen Zünfte. Eine wirtschafts- und verfassungsgeschichtliche Untersuchung. (Leipziger Historische Abhandlungen H. 22). Leipzig, Quelle & Meyer, 1910. (Preis geh. 3,20 Mk.) XII u. 92 Seiten 8°.

Fleiss und Besonnenheit des Verfassers wie Klarheit der Darstellung zeichnen die vorliegende Arbeit, eine Leipziger Dissertation, in gleichem Masse aus. Nach einer übersichtlichen Schilderung der Ergebnisse der bisherigen Forschung untersucht der Verfasser zunächst die wirtschaftliche Lage und den Stand der Handwerker im frühen Mittelalter, d. h. vom Ende des 8. bis zum Anfang des 13. Jahrhunderts. Hier dürfte freilich die unterschiedslose Verwertung deutscher und französischer Quellen nicht zulässig sein. Der Verf. kommt zu dem Schluss: die grosse Menge der Gewerbetreibenden des frühen Mittelalters war abhängig und fronhofshörig, besass aber die Fähigkeit. für den freien Verkauf zu arbeiten. Sie konnten persönlich frei oder unfrei sein. Das Mass ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit war ausserordentlich verschieden; von einem stufenweisen Aufsteigen der Handwerker von der Unfreiheit zur Freiheit kann aber nicht die Rede sein. Diese Annahme einer Entwicklung von wirtschaftlicher Gebundenheit zur Freiheit, die der Verfasser bei Erörterung des ersten Strassburger Stadtrechts mit Recht ausdrücklich ablehnt (S. 34). findet freilich im nächsten Kapitel seine Anerkennung. Wir hören hier. die ältesten Handwerker seien herrschaftlich abhängige Leute gewesen. die aber "sehr bald" wirtschaftliche Selbständigkeit, die Fähigkeit für den freien Verkauf zu arbeiten, erlangt hätten. Der eigentlichen Entstehung der mittelalterlichen Zünfte widmet M. nur kurze Ausführungen. Er glaubt eine ununterbrochne Entwicklung und allmähliche Umwandlung der seit dem 9. Jahrhundert nachweisbaren herrschaftlichen Handwerkerämter zu den

späteren Zünften annehmen zu müssen. Allerdings seien, vielleicht schon im 12. Jahrhundert, auch durch freie Einung manche Gewerbe zur Zunftverfassung gelangt, vor allem solche, "welche in den Städten infolge reicherer Entfaltung des wirtschaftlichen Lebens oder infolge Arbeitsteilung daselbst erst neu entstanden." In einem Anhang werden die Datierung des Urbars von St. Riquier oder Centula sowie Ursprung und Charakter der Pariser Hauban-Abgabe behandelt. Düsseldorf. M. Foltz.

Ernst Dornfeld, Untersuchungen zu Gottfried Hagens Reimchronik der Stadt Köln nebst Beiträgen zur mittelriquarischen Grammatik (Germanistische Alhandlungen, hsgg. von Fr. Vogt, 40. Heft) XI, 320 S. Breslau, M. u. H. Marcus, 1912, Mk. 10,80.

Hagens "boech van der stede Coelne" weist an mehreren Stellen ein unverständliches Durcheinander von Versen auf. Es ist darum verwunderlich, dass ausser E. von Groote, dem ersten in Betracht kommenden Herausgeber und Bearbeiter der ältesten deutsch geschriebenen Reimchronik, auch die späteren, so C. Schröder, H. Cardauns, A. Birlinger, dem Sachverhalt dieser Unordnungen nicht auf die Spur gekommen sind. Sie halfen sich über die rätselhaften Stellen, die freilich auch ihnen meist unerträglich schienen, durch Zusätze und Besserungen hinweg oder suchten sie durch ihre Interpretationskunst verständlich zu machen. Mit rühmenswertem Scharfsinn deckt Dornfeld jetzt zuerst die Genesis der Unordnung auf. Die dunklen und für den Zusammenhang unbrauchbaren Stellen sind verschobene, durch Blattversetzungen an die unrichtige Stelle geratene Abschnitte! Am besten vermag Dornfeld dies für das Reimstück 4043 bis 4254 (Ausgabe Schröder in den "Chroniken deutscher Städte", in der v. Grooteschen Ausgabe 4039-4251) nachzuweisen. Durch Analyse dieser Verse zeigt Dornfeld, dass einmal 34, das andere Mal 36 Verse aus ihrer jetzigen Stelle auszuscheiden und an eine andere zu rücken sind. Bei diesen und den dazwischenliegenden Ab-

schnitten fiel es Dornfeld auf, dass sie von ziemlich gleichem Umfang waren, sodass er zu der Ueberzeugung gelangte, sie hätten je eine Seite oder zusammen ein Doppelblatt gebildet, das infolge der starken Benutzung der den Abschriften zu Grunde liegenden Vorlage durchriss, und dessen Einzelblätter dann von ungeschickter Hand an die verkehrte Stelle wieder eingelegt wurden. So stützt Dornfeld äusserlich noch die schon durch die Analyse der Verse zwingende innere Beweisführung. Er befasst sich noch mit zwei anderen Stellen, bei denen er in derselben scharfsinnigen und zugleich besonnenen Weise die Verschiebung von Abschnitten aufdeckt und durch Blattversetzung erklärt. In einem die Emendationen enthaltenden weiteren Teile wendet sich Dornfeld namentlich gegen Schröders "Besserungen", von denen in der Tat manche als ganz willkürlich gemachte zu bezeichnen sind. Es ist z. B. gar nicht einzusehen, weshalb Schröder anstatt licham in der Handschrift lichnam in seiner Ausgabe setzt, obwohl sich licham durch die verschiedensten Arten von handschriftlichen Kölner Quellen hindurch sehr früh und noch lange nachweisen lässt, lichnam dagegen nicht. Dornfeld selbst macht weit über 100 durchweg gelungene Emendationen, die um so wesentlicher sind, als in der Hauptsache nur eine Handschrift zugrunde lag, also nicht mehrere miteinander verglichen werden konnten, demnach sozusagen alles aus sich selbst heraus erklärt werden musste. Wertvoll für den Sprachforscher sind dann Dornfelds Ausführungen über die Schreibweise und die Sprache der Hagenschen Chronik. Jedem, der einmal altkölnische oder niederrheinische Texte in die Hand genommen hat, wird die willkürliche, auch in sonst guten verwilderte Ausgaben manchmal Orthographie aufgefallen sein. Um den hier so notwendigen Wandel zu schaffen, gibt der Verfasser beachtenswerte Vorschläge, die zwar zunächst für eine neue Ausgabe von Hagens Chronik von Belang sind, an denen aber auch die Herausgeber anderer Schriftwerke nicht vorüber gehen können. Ein besonderer Abschnitt

ist dem "graphischen" i (vgl. boich-Buch) gewidmet. Hier tritt Dornfeld ganz entschieden den Behauptungen entgegen, dass i das Zeichen eines in der altkölnischen und niederrheinischen Sprache vorhandenen Nachschlagelautes oder einer besonderen Betonung gewesen sei. Dornfelds Standpunkt ist durchaus richtig: i ist nichts anderes als ein "graphisches" Zeichen zur Hervorhebung der Vokallänge. Abnlich verhält es sich mit e. So erklärt sich auch die Schreibung der Ortsnamen Grevenbroich, Troisdorf (auch Troesdorf, doch seltener; vgl. Soest), Froitzheim und anderer. Eingehend behandelt der Verfasser auch den Stil Hagens, der bedeutende Beeinflussungen durch die Bibel und die volkstümliche Dichtung aufweist. Dass Hagens Heimat die Stadt Köln gewesen sei, ist nicht unbedingt sicher, und eben so wenig steht es fest, dass, wie man auf Grund der Schlussverse allgemein annahm, der Stadtschreiber Hagen mit Hagen. dem Verfasser der Chronik, identisch Auch dem Versbau und der Reimtechnik hat Dornfeld einen Abschnitt gewidmet, überhaupt eine ganze, gründliche und tüchtige Arbeit geleistet. Darum muss man es freudig begrüssen, dass die Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde beschlossen hat, den Vertasser der Arbeit mit einer neuen Herausgabe der Reimchronik zu betrauen, sodass Gewähr vorhanden ist, das für den Geschichtsund Sprachforscher gleich wichtige Denkmal in einer in vieler Hinsicht besseren Form in absehbarer Zeit vorzulegen.

Köln. A. Wrede.

Karl Hoffmann, Die Haltung des Erzbistums Köln in den kirchenpolitischen Kämpfen Ludwig des Bayern. Bonn, P. Hanstein. 1910. 104 Seiten. M. 2.

Diese sorgsam und sauber gearbeitete Abhandlung verfolgt die wechselvolle Stellung, welche die Kölner Erzbischöfe Heinrich von Virneburg und Walram von Jülich sowie die niederrheinischen Laienfürsten im Kampfe Ludwigs des Bayern mit der Kurie eingenommen haben. Die territoriale Beschränkung des Themas bringt es mit sich, dass die Ereignisse mehr annalistisch aneinandergereiht als in ihren tieferen Zusammenhängen aufgedeckt werden. Auch sieht der Verfasser, wie uns scheinen will, die Dinge in einer gewissen Verklärung. Wenn er S. 34 sagt: "Dem trotzigen Unterfangen des gereizten Königs, der nach der ewigen Stadt eilte, um sich ungeachtet des auf ihm lastenden Bannes und wider alles Herkommen vom römischen Volk zum Kaiser krönen zu lassen, mochte der Niederrhein nicht folgen", so ist zu bemerken, dass die geschlossene Parteinahme der niederrheinischen Fürsten gegen Ludwig doch nicht durch grundsätzliche Abneigung gegen dessen Politik, sondern durch die angestrengten Bemühungen der Kurie herbeigeführt worden ist. Und dass der Vertrag, den Walram von Köln am 25. April 1333 mit Balduin von Trier schloss, bezweckte, "das beiderseitige Verhältnis zu Papst und Kaiser in einer dem Frieden und der Versöhnung günstigen Weise zu regeln" (S. 59), kann man doch gewiss nicht behaupten. O. Oppermann.

Friedrich Schulz, Die Hanse und England von Eduard III. bis auf Heinrichs VIII. Zeit. Abhandlungen zur Verkehrs- und Seegeschichte, herausgegeben von Dietrich Schäfer. Band V. Carl Curtius. Berlin 1911.

Die Geschichte der Beziehungen zwischen England und der Hanse im 14. und 15. Jahrhundert zeigt bei allen Schwankungen im Einzelnen eine auffallende Einheitlichkeit der Hauptgesichtspunkte. Der doppelte Interessengegensatz, der in England die englischen Kaufleute die Hanse mit ihren Privilegien bekämpfen lässt, um den Ausfuhrhandel in die eigenen Hände zu bringen, und der im Osten den Konflikt der beiden Parteien stets von neuem herbeiführt, weil die Preussen sich sträuben, bei sich den Engländern dieselben Vorrechte einzuräumen, die sie selbst in England besitzen, beherrscht durch die Jahrhunderte immer wieder die Situation. Obwohl so die Kontinuität gerade dieses Stoffes zu einer zusammenfassenden Darstellung gewissermassen

herauszufordern scheint, fehlte eine solche bisher. Die vorliegende Arbeit, deren zwei erste und zwei letzte Kapitel als Berliner Dissertation erschienen sind, füllt also eine Lücke aus. Sie schildert die gekennzeichneten Beziehungen bis 1520 und fügt als Schlusskapitel eine Untersuchung hinzu über die hansischen Niederlassungen in England, ihr Verhältnis zu einander und ihre Organisation. Eine Liste der Aelterleute des Londoner Kontors von 1383-1520 schliesst das ganze ab. - Es ist bekannt, wie mannigfaltig trotz der Klarheit der Hauptgesichtspunkte und wie verwickelt im Einzelnen diese 150jährige Periode deutsch-englischer Beziehungen sich darstellt. Durch das Labyrinth der Verhandlungen und Verträge, der Kämpfe und Intriguen erweist sich die vorliegende Darstellung als guter Führer. Auch die weiteren politischen Beziehungen der beiden konkurrierenden Mächte, etwa zu Frankreich und Burgund und zu den nordischen Reichen, werden, soweit sie für das Thema in Betracht kommen, berücksichtigt. Allerdings dürfte man gut tun, den Andeutungen und Hinweisen des Verfassers auf dieser Linie gelegentlich auch über seine Darstellung hinaus weiter nachzugehen. - Etwas zu skeptisch verhält sich Schulz m. E. den Beschwerdeschriften der englischen Kaufleute gegenüber. Angaben, die so ins Einzelne gehen, wie die von ihm beanstandeten (S. 21 Anm. 2) dürften schwerlich ganz aus der Luft gegriffen sein. Es ist auch nicht angängig, sie verdächtig zu machen, weil sie gegen Thomas Hustede bzw. Honstede gerichtet sind. Hustede wird Vogt von Falsterlo genannt, und Schulz weist darauf hin, dass schon im August 1371 Hennig von Puttbus dort Schlossvogt gewesen sei. Aber was hindert uns, die besagten Vorgänge etwa an den Anfang von 1371 zu setzen, wenn sie H. R. I 3 Nr. 319 § 3-5 einfach in das 45. Jahr König Eduards III. verlegt werden? Man mag also immerhin mit Schulz die Klagen der englischen Kaufleute für übertrieben halten, aber die Stelle, um sie zu beanstanden, ist nicht gerade glücklich gewählt. Im übrigen ist die Beur-

teilung der Ereignisse sorgfältig abgewogen.

Köln. Herm. Thimme.

Sieber, Joh., Zur Geschichte des Reichsmatrikelwesens im ausgehenden Mittelalter (1422 -1521) (Leipziger historische Abhandlungen Heft XXIV) Leipzig, Quell u. Meyer, 1910. M. 3,60.

Die auf Seeligers Anregung zurückgehende fleissige und gut gegliederte Arbeit, die sich mit den ersten hundert Jahren des Reichsmatrikelwesens befasst, stellt zunächst fest, dass 1422 zum ersten Male der Versuch gemacht wurde, durch einen Anschlag aller Stände ein Reichsheer zusammenzubringen, wobei es allerdings auffällt, dass dieses in das Verfassungsleben des ausgehenden Mittelalters tief einschneidende Ereignis in den gleichzeitigen Chroniken kaum erwähnt wird. Zunächst war es ein Anschlag auf Truppen; 1486 erfolgt er zuerst auf Geld, erstreckt sich aber nicht auf die Grafen und Herren: diese Entwicklung hängt mit der erhöhten Bedeutung des Söldnerwesens zusammen. Aber erst die Wormser Matrikel v. J. 1521 zeigt eine geregelte Wehrverfassung. Die richtige Abschätzung war die Klippe, an welcher die Verhandlungen über den Anschlag oft zerschellten.

Besonders schwierig gestaltete sich die Untersuchung des Verf. über die Matrikel aufgenommenen Stände. Von einem einheitlichen und folgerichtigen Prinzip für die Aufnahme ist nicht die Rede. Auch die Gebiete an der Grenze des Reichs, deren Zusammenhang mit dem Reiche sehr fraglich war, wurden mitverzeichnet. Das einzige Zugeständnis an die veränderten tatsächlichen Verhältnisse ist die Auslassung der Schweizer um die Wende des 16. Jahrhunderts; dagegen wurden Burgund und Böhmen bis 1521 fortgeschleppt, obwohl Böhmen z. B. nie eine Reichshülfe leistete. Man führte aber keine Neuerungen ein, da diese prinzipiellen Charakter bekommen konnten. Die Feklkontingente wurden immer fortgeführt, um die Reichslasten, wenigstens dem Anschein nach, möglichst verteilen zu können.

Im einzelnen ist eine unglaubliche Verwirrung und Regellosigkeit festzustellen. Abgesehen von den mysteriösen Kontingenten von Ständen, "so man nicht finden kann", fällt es auf, dass z. B. bestimmte Abteien, obwohl unzweifelhafte Reichslehen, niemals Bei diesen herangezogen werden. Auslassungen ist es zweifelhaft, ob sie auf Privileg oder auf Nachlässigkeit sich zurückführen lassen. Wie gross die Willkür in der Aufnahme ist, zeigt der Umstand, dass z. B. 1454 nur 23, 1521 aber 77 Aebte angeschlagen werden. Es kommen eigentümliche Verwechslungen vor, die es verschuldeten, dass der Herzog von Lauenburg 1422-77 im Anschlage nicht erscheint, dass dasselbe Kontingent zweimal, unter Walchenried und Backenried, aufgeführt wird, dass Kreuzlingen durch Verstümmelung bis 1522 Kunzlingen genannt wird. Ein verhältnismässig grosser Prozentsatz der Städte, 54, begegnet in allen Matrikeln; überhaupt sind es 121, bei der Auslassung vieler von ihnen ist die Rücksichtnahme auf die Anrechte der Territorialherren zu erkennen; denn die Aufführung in der Reichsmatrikel galt als starkes Argument für die Reichsunmittelbarkeit.

Die Beteiligungsziffern der 6 Ständegruppen schwanken sehr, wie die Tabelle auf S. 90, 91 zeigt; die Hauptlast fiel jedenfalls den weltlichen Fürsten und den Städten zu. Die Matrikelzahlen sind nachweisbar ganz unzuverlässig und unfolgerichtig; bei den Städten stehen sie z. B. gar nicht mit der gewöhnlichen seit dem 14. Jahrhundert allerdings erstarrten Reichssteuer in Einklang. Dass dennoch die höchst unvollkommene Matrikel nicht durch die gerechtere Steuer des allgemeinen Pfennigs ersetzt wurde, wurde verschuldet durch den Widerstand der Städte, die ihre partikularistischen Tendenzen bei dem Matrikelwesen besser gewahrt sahen, als bei der zentralistischen Reichs-Dass seit d. J. 1521 die Matrikel wirksamer wurde, lag in der Hauptsache an zwei Gründen: dem ewigen Landfrieden von 1495 und der Kreiseinteilung von 1512.

An der im übrigen sorgfältigen

Arbeit fällt die Beibehaltung der altertümlichen Schreibweise der Vorlage auf; der Verf. schreibt Kamerach, Hervord, Stabel, St. Mathis, Geroltstein.

Köln. Herm. Keussen.

Gust. Knetsch, Die landständische Verfassung und reichsritterschaftliche Bewegung im Kurstaate Trier, vornehmlich im XVI. Jahrhundert. (Historische Studien 75.) Berlin, Ebering 1909. 184 S. 8° 4.80 Mk.

Der erste Teil der Arbeit behandelt die Entstehung und Entwicklung der landständischen Verfassung in Kur-Trier. Wenn er gegenüber dem zweiten Teil etwas mager und unübersichtlich ausgefallen ist, so liegt dies, wie der Verfasser im Vorwort hervorhebt, an der verhältnismässig geringen Ergiebigkeit des Materials. Bis gegen Ende des 15. Jahrhunderts hatte sich der Erzbischof zur Bestreitung seiner Ausgaben nur der Hülfe seines Klerus bedient, dessen Subsidien er nicht nur für geistliche, sondern auch weltliche Zwecke verwandte. Als aber entsprechend der umfassenderen weltlichen Politik des Kurstaates die Ausgaben immer grösser wurden und auch der Klerus allmählich Schwierigkeiten machte, sah sich der Erzbischof gezwungen, auch die weltlichen Stände zu den Lasten heranzuziehen. Dies hatte er bis jetzt zu vermeiden gesucht, da er als Entgelt dafür den Ständen gewisse Rechte bei der Regierung einzuräumen sich genötigt sah. Unter welchen Bedingungen die Stände sich zu Steuerzahlungen bereit fanden, und in welchen Beziehungen diese letzteren zu den Subsidien des Klerus standen, lässt sich aus der Darstellung nicht klar erkennen. Hier ist der wunde Punkt der Arbeit, wie auch Goldschmidt in der Historischen Zeitschrift und Rörig in der Deutschen Literaturzeitung hervorheben. Gut geschildert ist die Zusammensetzung und Tätigkeit des Landtages, dessen eintönige Verhandlungen wenig Interessantes bieten. Einen Lichtblick bildet die Verordnung von 1551 über den Wolleverkauf und die Einführung von gemeinsamem Mass und Gewicht. Eingehend und klar dargestellt sind

die Versuche der Umlage einer Reichssteuer mit ihren wichtigen Folgen für die Ritterschaft, wobei die Schwäche der Reichsgewalt und die innere Zerrissenheit der Ritterschaft trotz ihrer Einungen krass zu Tage tritt. Ein deutliches Bild der ritterschaftlichen Bewegung bietet der zweite Teil der Arbeit. In einem einleitenden Kapitel gibt der Verf. einen kurzen Ueberblick über den im 15. und 16. Jahrhundert sich vollziehenden schwung der staatlichen Verhältnisse hinsichtlich Verwaltung, Gerichtsbarkeit und Heerwesen, der für die Selbständigkeit des Adels schweren Schlag bedeutete. Er sollte hierdurch gezwungen werden, viele von seinen Privilegien aufzugeben und sich unter den Untertanenbegriff zu beugen. Trotzdem nun der Adel nach dem Falle Sickingens sich nicht mehr verhehlen konnte, dass seine alte Stellung unhaltbar sei, dachte er nicht an ein Nachgeben. Vom Erzbischof und den Ständen gedrängt, blieb ihm schliesslich kein anderer Ausweg, als sich der Territorialherrschaft zu entziehen und die Reichsunmittelbarkeit zu erstreben. Brücke hierzu bildeten die Charitativsubsidien an den Kaiser. Dass der Erzbischof diesen Eingriff in seine Rechte ruhig hinnehmen werde, konnte der Adel nicht erwarten, es scheint, als ob er von Anfang an auf die Hülfe des Domkapitels, in dem viele seiner Angehörigen sassen, gerechnet hatte. Und hierin täuschte er sich nicht; als es 1716 interimistisch die Regierung führte, suchte das Kapitel mit Gewalt den Streit zu Gunsten des Adels niederzuschlagen und dann seinen Erfolg durch die Wahlkapitulation zu sichern, doch ohne Erfolg. 1729 wurde der Prozess, nachdem er schon über 150 Jahre dauerte, durch einen Vergleich beigelegt, wodurch der Adel gegen einige Zugeständnisse als reich sunmittelbar anerkannt wurde. Bonn. Joh. Asen.

Richter, Paul, Die Kurtrierische Kanzlei im späteren Mittelalter. (Mitteilungen der K. Preuss. Archivverwaltung, H. 17.) Leipzig, S. Hirzel, 1911. Mk. 4.—. Im VIII. Bande des Trierer Ar-

chivs hat der Verf. eine interessante Studie über Peter Maier von Regensburg (1480-1542), einen verdienten Sekretär in der Kurtrierischen Kanzlei. veröffentlicht. Dieser Arbeit sind weitere Studien über diese Kanzlei bis zum 16. Jahrhundert gefolgt, die. in die Form eines Vortrags zusammengedrängt, im Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine, Jahrgang 1909 erschienen sind. In erweiterter Gestalt bilden sie den I. Teil — Organisationsfragen — des vorliegenden Buches. Der II. Teil behandelt das Registerwesen, der III. Teil Kanzlei und Archiv. Eine Anzahl von wichtigen einschlägigen Stücken sind als Beilagen abgedruckt.

Aus der älteren Zeit sind nur dürftige Nachrichten über die Kurtrierische Kanzlei erhalten. Sie wurde ursprünglich von den Kaplänen des Erzbischofs verwaltet, deren Entlohnung durch Pfründen erfolgte, welche der Vergebung ihres Herrn unterstanden. Erst in der ersten Hälfte des 14. Jhdts. sind wir besser unterrichtet. Wir wissen, dass unter dem berühmten Erzbischof Balduin die Kanzlei über 8 Personen zählte. Ein Jahrbundert später ist die Organisation in ihren Einzelheiten bekannt durch eine Taxordnung des Erzbischofs Otto von Ziegenhain, der zu entnehmen ist, dass damals der Kanzlei als etatsmässige Mitglieder ein Protonotar und 3 Notare angehörten, ausserdem finden wir einige Hülfsarbeiter, einen Kanzleiknecht und einen Boten erwähnt. Wieder 100 Jahre später zählte die Kanzlei ausser dem geistlichen Kanzler lauter weltliche Beamte: 2 Sekretäre, 5 Schreiber und einen Knecht. Da der Kanzler im 16. Jhdt, auch weltlich wurde, so war damit in Kurtrier ein völlig modernes Behördenwesen vorhanden. Die Kanzlei blieb aber trotzdem mit der geistlichen Verwaltung der Diözese betraut, so dass sie als die Zentralinstanz der gesamten Verwaltung des Erzstifts angesehen werden kann. Der Verf. macht darauf aufmerksam, dass es eine lohnende Aufgabe sein würde, die Stellung und den Aufgabenkreis Zentralinstanz gegen Offizialate und das Vikariat, gegen

die Kammer, den Geheimen Rat und die sonstigen Amtsstellen abzugrenzen.

Die Forschungen des Verf. bieten ihm Gelegenheit, über die hervorragenden Angehörigen der Kanzlei dankenswertes biographisches Material zusammenzustellen. Zu ihnen zählen im 14. Jhdt. Rudolf Losse, Notar unter Balduin, im 15. Jhdt. Tilmann Joel v. Linz, ein bedeutender Staatsmann, der später in den Kurkölnischen Dienst übertrat, der eingangs genannte Sekretär Peter Maier von Regensburg und der gleichzeitige Kanzler Ludolf von Enschringen, der als Altertumsforscher, Philosoph und Rechtsgelehrter seine

Laufbahn begonnen hatte.

Im II. Teil des Buches ist das Hauptinteresse auf die sorgfältige Untersuchung gerichtet, welche R. den 4 Balduineen widmet. Als deren Vorläufer stellt er einen Rommersdorfer Kodex fest, den er dem Erzbischof Albero (1131-52) zuweist und daher das Kopiar Alberos nennt. Von den 4 Balduineen gehören 3 dem Staatsarchiv Koblenz, 1 dem Grafen von Kesselstatt an (z. Zeit auf der Trierer Stadtbibliothek). Von den Koblenzer Handschriften ist der Oktav-Kodex als die Gebrauchshandschrift anzusehen, welche den Erzbischof und die Kanzlei auf Reisen begleitete, während die Codices A und B für die Archive des Erzbischofs und des Domkapitels bestimmt waren; das Balduineum Kesselstatt stellt nur ein Stadium der Vorarbeit, nicht das eigentliche Urkundenwerk selbst dar. Den Schluss des II. Abschnittes bilden Untersuchungen über die späteren Kopiare und die Anfange der alphabetischen Repertorien, die zuerst in den 1440er Jahren angelegt wurden. Das Verhältnis von Kanzlei und Archiv stellt R. im III. Teile dar; beide waren keineswegs stets mit einander verbunden.

Köln. Herm. Keussen.

Rudolf Häpke, Der deutsche Kaufmann in den Niederlanden. Pfingstblätter des Hansischen Geschichtsvereins. Blatt VII. Leipzig, Verlag von Duncker & Humblot. 1911. 66 S. Preis Mk. 1.—.

Die Geschichte des deutschen

Kaufmanns in den Niederlanden um die Wende des Mittelalters und in den angrenzenden Jahrhunderten konzentriert sich nacheinander um drei Mittelpunkte, und Häpke teilt dementsprechend seine Darstellung in die 3 Hauptkapitel: Brügge, Antwerpen, Amsterdam. Es ist verständlich, dass er mit besonderer Vorliebe bei Brügge verweilt. Denn einmal besindet sich hier der Verfasser von "Brügges Entwicklung zum mittelalterlichen Weltmarkt" (Berlin 1908) ganz eigentlich auf seinem Spezialgebiet, und anderseits verleiht doch auch gerade der Gegensatz zwischen dem heutigen Verfall Brügges und seiner früheren universalen Bedeutung dem mittelalterlichen Brügge einen besonderen Glanz, der Antwerpen und Amsterdam in dem Masse nicht zu eigen ist. So wählt Häpke Brügge als Schauplatz für seine höchst anschauliche Schilderung von dem Leben und Treiben des deutschen Kaufmanns an dem meist fern von seiner Heimat gelegenen Ort seiner Haupthandelstätigkeit. Da lernen wir ihn kennen als Angestellten, als Teilhaber und Prinzipal, beobachten ihn im Verkehr mit seinem Wirte, begleiten ihn beim Einkauf der Ware durch das internationale Getriebe der Weltstadt und haben Gelegenheit, sein selbstbewusstes Auftreten als Mitglied der Hanse zu bemerken. Aber gehört denn der deutsche Kaufmann in den Niederlanden in jedem Falle zur Hanse? Nach Häpke scheint es fast Dem gegenüber sei kurz daran erinnert, dass, in Antwerpen wenigstens, auch oberdeutsche Häuser, beispielsweise die Fugger, bedeutsam vertreten sind. - Antwerpen hat seine Blütezeit für den deutschen Handel schneller verloren als erreicht. Nur langsam lässt sich Brügge seine überragende Stellung von der Konkurrenz und .- vom Meer entreissen. Diese Zeit wird von Häpke unter dem Gesichtspunkt Brügge-Antwerpen treffend als Uebergangszeit charakterisiert. Ganz hat Antwerpen die Bedeutung seiner Vorgängerin als Weltmarkt wohl niemals erlangt. Konkurrenz der kleineren niederländischen Städte, die Brügge besonders im Tuchhandel Eintrag getan hatte, bleibt auch für Antwerpen bestehen.

Und wohl noch in höherem Masse als Häpke durchblicken lässt. Im Kölner Warenhandel des 16. Jahrhunderts nach den Niederlanden ist z. B. nicht einmal immer die Vormachtstellung Antwerpens deutlich zu erkennen, so dass man stellenweise geneigt sein möchte, geradezu von Dezentralisation zu reden. Hier dürften von Spezialuntersuchungen noch mancherlei Aufschlüsse zu erwarten sein. Auf der andern Seite ist der durch die Erhebung der Niederlande herbeigeführte Rückgang keineswegs so vollständig, wie wohl angenommen wird. Die Hanse freilich ging mit unaufhaltsamen Schritten ihrem Untergang entgegen. Zwei Abbildungen hat Häpke seiner Schrift beigegeben: die Hansehäuser in Brügge und Antwerpen; nach Amsterdam ist die Residenz des Hansekontors nicht mehr verlegt. Hier setzt eine ganz neue um nicht zu sagen moderne Entwicklung des Handelsbetriebes ein. Und so schliesst auch Häpke mit einem Ausblick auf unsere heutige Zeit. Fürden Rückblick in vergangene Jahrhunderte in seinem anziehend geschriebenen Büchlein, dem nebenbei bemerkt auch die literarischen Nachweise nicht fehlen, dürften ihm weite Kreise der Gebildeten, an die sich seine Darstellung wendet, dankbar sein.

Köln. Herm. Thimme.

J. Mendels, De joodse Gemeente te Groningen. Tweede, herziene en vermeerderde druk. Groningen. Wolters 1910. 112 S. fl. 1.25.

Die jüdische Gemeinde zu Groningen, mit deren Geschichte uns diese zuerst 1907 erschienene Schrift bekannt macht, hat sich seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts aus deutschen und polnischen Juden gebildet, ein rechtliches Verhältnis zu den städtischen Behörden aber erst seit 1711 infolge des Umstandes erlangt, dass die städtische Leihbank an einen Amsterdamer Juden verpachtet wurde. Das seiner Familie gewährte Schutzverhältnis wurde stillschweigend auf seine Glaubensgenossen ausgedehnt; 1732 erhielt er die Erlaubnis, in seinem Hause Gottesdienst zu halten, 1744 genehmigte dann der Rat eine Gemeindeordnung, 1754 die Errichtung einer öffentlichen Synagoge. Da die Baukosten teilweise als Hypothek von christlichen Bürgern dargeliehen wurden, hielt der Rat während der folgenden Jahrzehnte darauf, dass nur Juden, die zu den Lasten ihrer Gemeinde beitrugen, in der Stadt geduldet wurden; in diesem Sinne wurde 1776 eine neue Gemeindeordnung erlassen, welche die Ernennung des aus sechs Mitgliedern hestehenden Gemeindevorstandes dem Rate zuwies.

Diese Gemeindeordnung blieb auch nach Errichtung der batavischen Republik in Kraft; nur Wahl und jährlicher Wechsel des Gemeindevorstandes wurde 1798 und 1799 zuge-Interessant ist das Verhalten der Gemeinde bei Ausführung der Verfassung von 1798, die alle Kirchen für Munizipaleigentum erklärte, aber der grössten kirchlichen Gemeinde des Ortes das Näherrecht gegen Abfindung der übrigen Gemeinden im Verhältnis zu ihrer Kopfzahl zuwies. Die jüdische Gemeinde erklärte einstimmig, von kirchlichen Gebäuden, die Eigentum ihrer Mitbürger seien, kein Geld annehmen zu wollen, und verzichtete auf ihren Anteil zu gunsten der Nederduitsch-Hervormde Gemeinde. Dieser konservativen Haltung entspricht die starke Sympathie, mit der die Herstellung des oranischen Königtums von den Groninger Juden begrüsst Erst jetzt wurde die Gewurde. meinde in kirchlichen Angelegenheiten der Beaufsichtigung durch den Rat völlig entzogen und dem Kultusministerium unterstellt. Die deutschen Beziehungen der Gemeinde waren noch im 19. Jahrhundert so stark, dass sie 1801 einen Rabbiner aus Hannover, 1852 einen solchen aus Fulda berief; der letztere erregte freilich durch lässige Amtsführung so starke Unzufriedenheit, dass man ihm 1861 kündigte.

Für die Einleitung, die eine Uebersicht über die Geschichte der Juden in den Niederlanden währeud des Mittelalters geben will, standen die heute freilich stark veralteten Vorarbeiten von Reiffenberg: De l'état politique des juifs aux Pays-Bas,



prit cipalement pendant le Moyen-age, Nouvelles archives historiques des Pays-Bas V (1830) 1 ff., 297 ff. und K. J. Koenen: Geschiedenis der joden in Nederland (1843) zur Verfügung. Was M. selbst zur Vermehrung des von ihnen gebotenen Materials beigebracht hat, steht mit dem Thema teilweise nur in sehr losem Zusammenhang. Herabgedrückt wird das Niveau des ganzen Buches durch die humoristischen Bemerkungen, in denen sich der Verf. allenthalben gefällt. Sie gehen überdies nicht immer von richtigen Voraussetzungen aus. Aus den Glossen, mit denen der Verf. S. 61 die Gemeindeordnung von 1776 begleitet, ergibt sich z. B., dass er der Meinung ist, es seien schon damals Heiraten zwischen Juden und Christen vorgekommen.

Utrecht. O. Oppermann.

Simons, Beiträge zu einer quellenmässigen Geschichte der Stadt Zülpich. Band I. Zülpich, Verlag von Heinrich Nagelschmitt, 1910.

Im ersten Teil (S. 1-66) dieses Sammelbandes werden ältere Artikel verschiedener Autoren, namentlich des verstorbenen Oberpfarrers Nagelschmitt veröffentlicht, farbenreiche Kleinmalerei zur lokalen Kirchengeschichte enthaltend, geschickt geschrieben und gar nicht uninteressant, nur dass sich hier und da eine etwas starke apologetische Tendenz bemerkbar macht. Der zweite und weit grössere Teil (S. 67-205) bringt eigene Arbeit des Herausgebers, fleissige und sehr dankenswerte Auszüge aus den Rechnungsbüchern der Stadt, die von 1603 ab in seltener Vollständigkeit erhalten sind. geben Aufschluss über das kleine und innerlich doch so reiche Leben einer verträumten Stadt des 17. und 18. Jahrhunderts und sind ein Zeuge mehr dafür, welch wichtige Quelle zur Geschichte jeder Art in den verschiedenen Rechnungsbüchern vielfach ungenutzt verborgen liegt.

Bonn. H. Nottarp.

Karl Heinrich Brach, Die Reform des Gerichtswesens im Erzbistum Köln unter Maximilian Franz. (Beiträge für die Geschichte Niedersachsens und Westfalens, Heft 24) 80 88 Seiten. Hildesheim 1910. Verlag von Au-

Das ausgehende 18. Jahrhundert bekundete allenthalben ein starkes Drängen nach Reformen auf dem Gebiete der Verwaltung und des Justizwesens, eine Bewegung, die hauptsächlich durch den Widerstreit der alten Prinzipien der Feudalität und den neuen Forderungen des absoluten Staates veranlasst wurde.

B. gibt in den Anfangskapiteln seiner Untersuchung einen kurzen Ueberblick über die günstige Beurteilung der Regierung des Kölnischen Kurfürsten Maximilian Franz, Erzherzogs von Oesterreich (1784-1801), und legt dann ausführlich die bei dem Regierungsantritte des Fürsten herrschenden Mängel des gesamten Justizwesens dar. Unter den letzteren sind die grosse Anzahl und die verschiedenen Arten der Gerichte staatliche, städtische, kirchliche und patrimoniale), ferner der Mangel einer exklusiven Kompetenzordnung, der schleppende Prozessführung, Gang der schlechte Besoldungg der Gerichtsbeamten, die übermässige Zahl der Advokaten und Prokuratoren u. a. m. besonders hervorzuheben. In den folgenden Abschnitten werden die Reformen 1) des prozessualischen Verfabrens, 2) des Strafrechts, 3) der Sitten- und Ordnungspolizei und 4) des Zivilrechts behandelt.

Die beiden bedeutsamsten Reformen des Kurfürsten waren 1) die Gründung eigenen Oberappellationsgerichts für die kurfürstlichen Länder im Jahre 1786 und 2) die Reorganisation des Kölnischen Offizialatsgerichts im Jahre 1787. Ausserdem war der für das Wohl seines Landes eifrig tätige Fürst fortwährend bemüht, grössere und kleinere Missstände zu beseitigen. Auf dem Gebiete der Strafrechtspflege und des Gefängniswesens wurden im Zeitalter der Aufklärung ganz neue Bahnen gelegt, die zu dem heutigen Rechte überleiten. Auch Kurfürst Maximilian Franz war hier sehr erfolgreich tätig.

Die Kölnischen Reformen empfingen ihre Anregung hauptsächlich von Preussen und Oesterreich. Man muss es dem Kurfürsten Maximilian Franz zu besonderem Lobe anrechnen, dass er in allen Dingen selbständig und massvoll zu Werke ging. Von den überstürzenden Reformideen seines Bruders, Kaiser Josephs II., hat er sich vollständig freigehalten.

Die Ergebnisse der vorliegenden Schrift stützen sich vorwiegend auf unedierte Materialien der Staatsarchive zu Düsseldort und Münster. Nach der sprachlichen Seite hin verdient die recht fliessende Darstellung Anerkennung. Jedoch lässt der Aufbau des Ganzen zu wünschen übrig. Man vermisst ver allem ein eigenes Kapitel über die Organisation der Gerichtsverfassung, in dem füglich auch die Vorschriften über die Ausbildung und die Anstellung der Richter zusammenhängend dargestellt worden wären. Auch fliessen die materiellrechtlichen und prozessualischen Vorschriften sehr oft in einander über. Ich habe mich bei der Lektüre des Buches nicht davon überzeugen können, dass der Herr Verfasser eine genügende juristische Schulung besitzt. In dem Titel der Schrift wäre der Ausdruck "Kurfürstentum Köln" statt "Erzbistum Köln" entschieden vorzuziehen. Das Bonner Offizialatsgericht wird bei Ferdinand Walter, Das alte Erzstift und die Reichsstadt Cöln (1866) S. 361 erwähnt, so dass die Bemerkung des Verf. auf S. 12 Anm. 2 nicht zutrifft. Vgl. ferner über den Offizial als Stellvertreter des Archidiakons zu Bonn, Maassen, Geschichte der Pfarreien des Dekanates Bonn I. Teil: Stadt Bonn (1894) S. 27.

Bonn. N. Hilling.

Friedrich Kemmerling, Studien zur Geschichte des älteren Kölner Zeitungswesens. Bonner Dissertation. Bonn, Hauptmann, 1911. 93 S.

Der Verfasser hat sich redlich bemüht, auf Grund eines ausserorordentlich trümmerhaften Materials die Anfänge des stadtkölnischen Zeitungswesens bis zum Auftreten Roderiques, also bis etwa zum Jahre 1730, genauer zu schildern. Mit Recht hat er dabei über das spärliche in Köln

selbst im Stadtarchiv und in der Stadtbibliothek befindliche Material hinausgegriffen und mit Nutzen besonders Wiener Akten und Dresdener Zeitungsnummern herangezogen. Dankenswert ist auch der Hinweis auf das anscheinend recht umfassende altkölnische Zeitungsmaterial in der Gräflich Fürstenbergisch-Herdringenschen Bibliothek. Auch die gleichfalls spärliche Spezialliteratur, die bisher über die Anfänge der Zeitungspresse in andern deutschen Gebieten erschienen ist, wird vergleichsweise nutzbar gemacht. Da die Zeitungen selbst (auf die handschriftlichen und nichtperiodischen Einzeldrucke wird nicht eingegangen) im allgemeinen nur in ganz geringem Umfange erhalten sind, so musste sich die Arbeit auf eine Beschreibuug der äusseren Verhältnisse beschränken. Diese wird vom Verfasser unter richtiger Berücksichtigung der stadtkölnischen Eigenart ziemlich eingehend ausgestaltet und führt vielfach auf festeren Boden als der bekannte Versuch Ennens. Der Hauptteil der Schrift ist der Charakteristik der einzelnen Zeitungen seit c. 1620, u. a. des trefflichen von 1725 bis in die siebziger Jahre binein erscheinenden Historischen Journals, gewidmet. Da sich von diesem acht vollständige Jahrgänge erhalten haben, so hätte hier wenigstens die äussere noch mehr durch die innere Charakteristik ergänzt werden sollen. In den allgemeinen Abschnitten werden die Konzessionierung, Privilegierung und die Zensur behandelt. Auffallend wenig Spuren haben sich in dieser Frühzeit von französischen Zeitungen in Köln erhalten, die später im achtzehnten Jahrhundert, und zwar lange vor der französischen Herrschaft, in Köln, Bonn und besonders im Herzogtum Cleve zu so grosser Bedeutung gelangt sind. Bei dem mancherlei lokalgeschichtlichen Material, das in der Arbeit zerstreut ist, wäre ein Register der Personen und der stadtkölnischen Ortlichkeiten erwünscht gewesen. Bei der Wiedergabe der handschriftlichen Vorlagen hätte häufiger normalisiert werden können. Auch ist das Eingehen auf Details gelegentlich zu weit getrieben. Allein

der Wert der soliden Arbeit wird dadurch kaum beeinträchtigt. Sie wird dem künftigen Bearbeiter Roderiques und allen Freunden rheinischer Pressgeschichte willkommen sein.

Bonn. Hashagen.

Dr. Wilhelm Poethen, Das literarische Leben im Wuppertale während des 19. Jahrhunderts. Teil 1. Elberfeld 1910. Kommissions-

verlag von A. Martini und Grüttefien. 126 S.

Diese Abhandlung, durch die der Verfasser an der Universität Münster die philosophische Doktorwürde erworben hat, befasst sich nach einem Ueberblick über die literarische Produktion des Wuppertales von Anfang des 17. Jahrhunderts bis in die 1840er Jahre ausführlich mit Adolf Schults, Karl Siebel und Emil Rittershaus. Aus dem Nachlasse des letzteren hat dem Verfasser nach dem Vorwort reiches handschriftliches Material zur Verfügung gestanden; welcher Art es war, ist nicht ersichtlich, da er auch in dem Kapitel über Rittershaus ausser einem bisher unveröffentlichten Briefe Roseggers von 1889 nur gedruckte Quellen anführt. Im Uebrigen begnüge ich mich, von der Arbeitsweise des Verfassers zwei Proben zu geben.

F. Roeber, Literatur und Kunst im Wuppertale (Iserlohn 1886) S. 63.

Jenen Studien hat sich auch der ältere Follen hingegeben. Beide Brüder schlossen sich den unklaren und verworrenen Bestrebungen an, welche namentlich von den deutschen Hochschulen ausgingen, um eine Wiedergeburt Deutschlands zu bewirken.

Im Wuppertal gab es nichts weniger als Umsturzideen; es hatte gerade damals durch eine neue Zollgesetzgebung Abhilfe für viele Beschwerden erlangt, und seine industrielle Tätigkeit sah eine glänzende Zukunft vor sich geöffnet.

Aus dem Jahre seiner Verhaftung 1819 stammt sein von patriotischem Feuer durchglühtes, aber doch etwas phrasenhaftes und bombastisches Bundeslied.

In demselben Jahre erschien von ihm... eine Uebersetzung von alten lateinischen christlichen Liedern und Kirchengesängen "der freysinnigen teutschen Christgemeine und ihrem Sänger Ludewig Uhland geweihet". Im Jahre vorher hatte er "freysinnigen Germanen geweihet" als Probe eine Uebersetzung des neunten Gesanges aus Torquato Tassos befreitem Jerusalem drucken Iassen.

Poethen S. 21 f.

Ziel und Streben A. L. Follens wie auch seines Bruders Karl war auf eine Wiedergeburt Deutschlands gerichtet. In diesem Verlangen . . . hatte er sich den deutschen Hochschulbestrebungen (!) angeschlossen, und auch während seines Aufenthaltes in Elberfeld zündete der Gedanke eines deutschen Einheitsstaates mächtig in ihm (!). Jedoch im Wuppertale, das für seine industrielle Tätigkeit eine glänzende Zukunft voraussah, fand er wenig Verständnis für seine Umsturzideen.

Für das Wuppertal kommt er in Betracht durch die Uebertragung des 9. Gesanges aus Tassos befreitem Jerusalem, die er 1818 in Elberfeld erscheinen liess, und die er "freysinnigen Germanen widmete". 1819 verfasste er ein begeistertes hochtrabendes (!) Bundeslied 1). Aus demselben Jahre stammt auch seine Uebersetzung alter lateinischer Kirchenlieder, der "freysinnigen teutschen Christgemeine und ihrem Sänger Ludewig Uhland geweihet", unter dem Titel "Alte christliche Lieder und Kirchengesänge, teutsch und lateinisch, nebst einem Anhange von alten und neuen Weisen".

Zu einem vorhergenden Satze merkt Poethen an, dass sich eine vollständige Aufzählung von Follens späteren Schriften bei Goedeke, Grundriss zur Geschichte der deutschen Dichtung 8, 138 und in der Allgemeinen deutschen Biographlie 7, 148 finde. An diesen Stellen ist aber auch der vollständige Titel der Kirchenlieder angegeben, der bei Röber fehlt.

A. Herzog, Die neuere Literatur im Wuppertale (Barmen 1888) S. 19 über Adolf Schults.

Er wurde geboren am 5. Juni 1820

Poethen S. 37.

Am 5. Juni 1820 wurde er als Sohn



zu Elberfeld als Sohn des Werkführers Peter Schults, eines streng religiösen Mannes von ernster, unbeugsamer Sinnesart. Lebhafteren Charakters war die Mutter, die aus einer französischen Familie stammte und mit dem frischeren Temperamente eine über ihren Stand hinausgehende Bildung verband. Das Wohnhaus der Familie befand sich etwas vor der Stadt, von Gärten umschlossen, und in dieser fast ländlichen Stille verlebte der Dichter seine erste Kinderzeit. Er stand da ganz unter dem Einfluss seiner Mutter; den Vater hielten seine Berufsgeschäfte den Tag über von Hause fern. Die Stille des Landlebens ist bei dem Heranwachsenden nicht ohne Folgen geblieben. Auf der einen Seite zeitigte sie sein Gefühl, sein inniges Verständnis der Natur, auf der anderen aber erwuchs ihm in der Abgeschlossenheit eine unbezwingliche Schüchternheit, eine gewisse Scheu der Aussenwelt gegenüber, die er nie ganz ablegte. Verhängnisvoll wurde ihm dies, als er ... die Realschule besuchen sollte; er . . . entlief ihr gleich am ersten Tage.

In seinem 14. Jahre kam Schults als Lehrling auf das Kontor Johann Simons Erben, wo auch sein Vater angestellt war. ... Mit aller Kraft benutzte er seine Feierstunden zum Selbststudium und suchte mit zäher Ausdauer und grossem Fleiss die Lücken seiner Schulbildung auszu-

füllen.

Utrecht.

Martin Berger, Pascal David und die politische Entwicklung Elsass-Lothringens 1882-1907. München 1910, J. F. Lehmanns Verlag, 170 Seiten.

Diese Schrift macht uns mit der Wirksamkeit des langjährigen Chefredakteurs der Strassburger Post bekannt. David entstammte einer katholischen Familie des Elsass. Der Grossvater, geb. 1790, war französischer Leutnant und später Gasthofbesitzer in Aachen, der Vater war preussischer Oberförster in Eschweiler. Pascal selbst, geb. 1850, trat 1869 in den Postdienst, war 1876-79 deutscher Postsekretär in Konstanti-

des Werkführers Peter Schults zu Elberfeld geboren. Die Berufspflicht nahm den ernsten und strengen Vater sehr in Anspruch, und so wuchs der Knabe wesentlich unter dem Einfluss der Mutter heran. In der Einsamkeit des elterlichen Wohnhauses, das, von Gärten umgeben, ausserhalb der Stadt lag, verbrachte er seine Jugendjahre. Diese ländliche Stille nun gab dem künftigen Lyriker zwar ein inniges Gefühl und Verständnis für die ihn umgebende Natur mit; aber sie legte in ihn auch jene Scheu vor der Aussenwelt und Schüchternheit vor den Menschen, die er sein ganzes Leben kaum überwunden hat. Selbst das lebhafte, frische Temperament der Mutter, die französischer Abkunft war, vermochte kein wirksames Gegengewicht gegen die stille Abgeschlossenheit zu bieten, in der er aufwuchs. Der Realschule, die der Knabe besuchen sollte, entlief er gleich am ersten Tage.

Mit 14 Jahren trat er in das Kontor der Fabrik ein, in der auch der Vater seinem Berufe oblag. Eifrig benutzte nun der kaufmännische Lehrling die ihm bleibenden Freistunden, seine Schulbildung durch fleissiges Selbststudium zu ergänzen.

1) Es ist mitgeteilt bei Roeber a. a. O. S. 67 (Anmerkung Poethens).

O. Oppermann.

nopel und zugleich Korrespondent der Kölnischen Zeitung, in deren Redaktion er 1880 eintrat. 1882 übernahm er die Leitung der als Ableger der Kölnischen Zeitung gegründeten Strassburger Post; unermüdlich ist er für eine entschieden deutsche Politik und nach Möglichlichkeit auch für die Forderung "Elsass-Lothringen den Elsass-Lothringern!" eingetreten (vgl. namentlich S. 72). Am 27. März 1908 setzte der Tod seiner ununterbrochenen Wirksamkeit in diesem Berufe ein Ziel.

Berger hat seine Aufgabe in der Weise zu lösen gesucht, dass er die



elsass-lothringische Geschichte dieses Zeitraums in annalistischer Folge vorüberziehen lässt und auf die jeweilige Stellungnahme der Strassburger Post verweist; einige Artikel werden im Wortlaut mitgeteilt. Ein tiefer eindringendes Verfahren hat B. weder der Psychologie seines Helden noch dem Milieu zugewendet erstere anlangend ist es natürlich unzulässig von einem Grossen im Reiche des Geistes zu sprechen (S. 167, vgl. auch die Aeusserung des Jugendfreundes S. 4: "schon damals hatte ich das Gefühl, dass P. D. ein grosser Mann werden würde"), und neben der ausserordentlichen Arbeitskraft D.s hätte doch auch seine ausserordentliche Fähigkeit vermittelnder Haltung hervorgehoben werden müssen. Dass D. gelegentlich von sich selbst sehr stark abschrieb, beweist der von Berger S. 134 abgedruckte Artikel vom 7. März 1906 über den Staatssekretär von Puttkamer: er ist eine fast wörtliche Wiederholung des von Berger S. 127 mitgeteilten Artikels vom 27. Juni Niemand wird dergleichen, zumal die Bezugnahme wenigstens mit einer allgemeinen Wendung angedeutet ist, einem Journalisten verübeln. Berger aber hätte uns nicht darüber im Unklaren lassen sollen, dass er die Uebereinstimmung bemerkt hat. Für die geschichtliche Darstellung hat Berger die Memoiren des Fürsten Chlodwig Hohenlohe, die für die Zeit von 1885 bis 1894 eine unvergleichliche Quelle für die Geschichte der eigentümlich unsicheren staatsrechtlichen Zustände Elsass-Lothringens sind, nur in Form ganz gelegentlicher, rein äusserlich beigefügter Zitate herangezogen. Eine erschöpfende Benutzung dieser Quelle würde Berger dazu genötigt haben, manches in schärfere Beleuchtung zu rücken, was er im Halbdunkel gelassen hat. Aus Hohenlohes Aufzeichnungen ergibt sich z. B. (S. 417). dass der in Berlin weilende Statthalter am 31. März 1887 erst durch ein Telegramm von der am 30. März in der Strassburger Post erschienenen Depesche des Wolffschen Bureaus Kenntnis erhielt, welche als Inhalt eines in Berlin ausgearheiteten Gesetzentwurfes u. a. die Aufhebung

der Statthalterschaft und des Landesausschusses angab, dessen Suspendierung der Bezirkspräsident Back schon am 22. Februar (Hohenlohe II 411) dem Statthalter empfohlen hatte. Am 1. April wurde die Nachricht der Strassburger Post durch die offiziöse "Landeszeitung" für unbegründet erklärt. Es würde unter diesen Umständen eine Bereicherung unseres geschichtlichen Wissens bedeuten, wenn wir über die Beziehungen Backs zur Strassburger Post näher unterrichtet würden, zumal da sie (vgl. Berger S. 60 f.) seit dem 24. Februar für Suspension des Reichstagswahlrechts in Elsass-Lothringen eingetreten ist. Der von Berger (S. 46) gegen K. H. Keck, den Biographen des Statthalters Manteuffel, erhobene Vorwurf, es bedeute einen bedauerlichen Mangel an tieferer Kenntnis der Personen und Verhältnisse, dass K. "Otto Back wohlwollend-herablassend einen sehr tüchtigen Beamten nenne", lässt vermuten, dass Berger uns solche Aufklärung in der Tat hätte geben können. Die Worte von Takt und Diskretion, die im Vorwort zu lesen sind, entschädigen nicht dafür, dass es nicht geschehen ist.

Die Höhenstufe der Darstellung ist stellenweise eine recht niedrige. S. 59 heisst es von einem in protestlerischem Sinne politisch tätigen Arzt, er habe die an seinen Patienten mit Vorliebe erprobte Kaltwasserkur leider bei sich selbst nicht angewandt, S. 67 wird Präsideut Grévy ein biederer Kaninchenzüchter genannt, und Ausdrücke wie "freche Herausforderung" und "infame Besudelung" (S. 114) sollte ein geschichtliches Buch auch gegenüber der protestlerischen Kaplanspresse vermeiden.

Utrecht. O. Oppermann.

Die Kunstdenkmäler der Rheinprovinz. Im Auftrage des Provinzialverbandes der Rheinprovinz herausgegeben von Paul Clemen. Siebenter Band, I. Abteilung: Die Kunstdenk-

mäler der Stadt Köln, Zweiter Bd.

I. Abteilung (die kirchlichen Denkmäler der Stadt Köln: S. Gereon, S. Johann Baptist, die Marienkirchen, Gross S. Martin) bearbeitet von Hugo Rathgens, mit Quellen-

übersichten von Joh. Krudewig (Düsseldorf, L Schwann, 1911).

Es sind nun mehr als fünfzig Jahre schon vergangen seit der ersten Inangriffnahme des grossen Werkes der deutschen Denkmälerinventari-Ein einheitlicher Plan für die Art der Bearbeitung lag nicht vor. Die verschiedenen Verfasser haben denn auch die Aufgabe sehr verschiedenartig angefasst. Mit der Zeit aber haben sich die Anforderungen, die an ein gutes Inventar zu stellen seien, doch geklärt und genähert, vor allem haben sie sich Man kann drei Stufen gesteigert. der Entwicklung unterscheiden. Auf der ersten, für welche die Bearbeitung des Regierungsbezirkes Cassel durch Wilhelm Lotz Muster war, wurden kurze, präzise Beschreibungen verlangt ohne kritische Erörterungen. Auf der zweiten ging die Beschreibung sehr ins Einzelne und Breite, vermochte aber wirkliche Anschaulichkeit nicht zu erreichen; so die erste, von P. Lehfeldt verfasste Abteilung des rheinischen Inventars (Reg.-Bez. Coblenz). Mit der Uebernahme der Arbeit durch Paul Clemen wurde ein dritter Typus geschaffen, der seither von vielen Inventaren als mustergültig übernommen ist. Jede Zeit wird gesondert behandelt, Geschichte und Beschreibung schärfer auseinandergelegt, die Literatur mit grosser Vollständigkeit verzeichnet, und die wichtigste Neuerung: Abbildungen treten hinzu. Dieser Plan ist in den zwanzig Jahren, in denen Clemen die Bearbeitung geleitet hat, unverändert geblieben, was nicht hinderte, mit zunehmender Erfahrung die Ausführung von Band zu Band vollkommener werden zu lassen.

Nun ist die Inventarisationsarbeit, indem sie sich der Stadt Köln zuzuwenden hatte, vor einem Objekt angelangt, dem man noch ein Mehr schuldig zu sein schien. Für die älteren Generationen galt, dank der Bemühungen Boisserées, Köln als die best erforschte und dargestellte Denkmälerstadt Deutschlands. Dieses relative Höchstniveau hat sie aber schon lange nicht mehr behauptet. Die Einzelforschung hat manche Fortschritte gemacht, die Vermessung und

graphische Darstellung nur sehr geringe über Boisserée hinaus. Durfte man bei dieser Lage der Dinge sich damit begnügen — worüber die Inventare des älteren Schlages meist nicht hinausgegangen sind — einfach den bisher erreichten Stand des Wissens zu buchen?

Durfte man angesichts dieser ebenso schwierigen als wichtigen Gegenstände so bescheiden noch bleiben? Ich begreife, dass dem leitenden Herausgeber die Entscheidung nicht leicht gefallen sein wird, und freue mich, dass er sich zu Gunsten der höheren Ansprüche entschieden hat.

Was dieser erste Band in der Abteilung der Kölner Kirchen darbietet, ist in der Tat etwas wesentlich anderes, als was wir bisher unter dem Namen des Inventars verstanden haben: es ist eine Reihe von Monographien, aufgebaut auf intensiver Forscherarbeit. Die Abteilung wird vier Bände umfassen, d. h. den Kölner Kirchen ist ebensoviel Raum zugewiesen, als dem ganzen übrigen Regierungsbezirk.

Mit der Wahl des Bearbeiters hat man durchaus Glück gehabt. Dr. ing. Rahtgens istaicht Einer von Vielen. Er hat seine fachmännische Ausbildung als Architekt empfangen, ohne doch längere Zeit sich in künstlerischem Schaffen zu bewegen. Diese Unbefangenheit hat es ihm offenbar erleichtert, in die historisch-kritische Denkweise sich einzuleben, also eine Verbindung herzustellen, wie gerade Inventarisationstätigkeit braucht, aber nicht eben oft findet. Der Architekt hat als Beobachter vieles vor dem Nichtarchitekten voraus; es kommt aber weiterhin darauf an, diese Beobachtungen richtig zu verbinden und die richtigen Schlüsse aus ihnen zu ziehen, was eine besondere Disziplinierung des Geistes voraussetzt, auf die der Architekt als solcher nicht eingestellt zu sein pflegt.

Sehr zu Statten ist ihm auch gekommen, dass ihm das rein historische Quellenmaterial von Fachmännern, Dr. Redlich und Dr. Krudewig, vorgearbeitet war, sowie dass für Plastik und Malerei andere Kenner ihre Urteile beisteuern konnten. So hat schliesslich der ganze, diesen Studien zur Zeit am Rhein obliegende Gelehrtenkreis das Seine zum Gelingen

beigetragen.

Im Vordergrund des Interesses stehen aber doch die architekturgeschichtlichen Abschnitte. S. Gereon, S. Maria im Capitol, Gross-S. Martin, enthalten ein jedes Probleme ersten Ranges. - Für S. Gereon wird festgestellt, dass die primitive Ausführung des sichtbaren Mauerwerks nicht römischen Ursprunges sein kann, vielmehr von einem Erneuerungsbau der merovingischen Periode, am wahrscheinlichsten des 6. Jahrhunderts, herrührt, wenn auch ein römisches Muster notwendig angenommen werden muss. Nichts sicheres hat sich über den von den älteren Quellen erwähnten "Märtyrerbrunnen" ergeben. Nach Gregor von Tours lag er im Mittelpunkt und dürfte somit überhaupt den Anlass zu der ungewöhnlichen zentralen Anlage gegeben haben. Ich möchte hypothetisch auf ein Analogon hinweisen. In dem (ebenfalls zentralen!) Bauwerk, aus dem der Dom zu Trier hervorgegangen ist, hat sich im Mittelpunkt ein 10 eckiges, wie es scheint von einem Baldachin überdachtes flaches Becken gefunden, über dessen Bestimmung sich nichts sagen lässt, als dass es

sicherlich ein Taufbecken war. Hätte vielleicht hier, und ebenso in S. Gereon, ein der Christengemeinde wichtiges Erinnerungsmal gestanden - vergleichbar den Denkmalskirchen des Heiligen Landes? In der Zeit des 4.-6. Jahrhunderts ist ja sicher eine orientalische Einströmung bis ins Rheinland vorgedrungen. - Mit besonderer Spannung musste man Rathgens Forschung über S. Maria im Kapitol und das Verhältnis dieser Kirche zu einem etwaigen römischen Vorgängerbau entgegensehen. Ein solcher hat sich in den Fundamenten in der Tat gefunden; aber - dies ist das überraschende - er ist so gestaltet, dass aus ihm die Kirche des 11. Jahrhunderts in ihrem exzeptionellen Grundriss nicht abgeleitet werden kann. Mit diesem negativen Ergebnis ist natürlich der prinzipiell römische Ursprung des dem Gedankenkreise des 11. Jahrhunderts durchaus fernliegenden Motivs noch nicht widerlegt, aber die Vermutungen sind einstweilen ganz ins Ungewisse gestellt. Vielleicht wird schon die von Rathgens zu erwartende grössere Monographie über die Kapitolskirche Aufschlüsse bringen.

Strassburg.

G. Dehio.



Digitized by Google

Original from PRINCETON UNIVERSITY



